Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Digitized by Google

SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
LVX
FIAT
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

JAN 28 1920

7 59

erundvierzigster Jahrgang
Jährlich 12 Hefte

Januar 1919

Preis vierteljährl. ■ Mark
Beim Postbezug ohne Bestellgeld

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Herausgegeben von

Richard Fleischer

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Inhalts-Verzeichnis

Seite

Philipp Zorn: Der Völkerbund 1

Günther Thomas: Wilsons Persönlichkeit und Haltung 12

Reinhold Seeberg: Politik und Moral. Rede bei dem Antritt des Rektorats der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin (am 25. Sept. 1918) 24

Geheimrat Dr. Endemann (Heidelberg): Vom juristischen Willen zur Gerechtigkeit 43

Wolfgang Windelband: Friedrich Eichhorns Briefe an Gneisenau (1809 bis 1818) 50

Professor Karl Bohlin (Stockholm): Die Farben der Nebelgestirne 62

F. v. Duhn: Altes und neues Griechentum auf den Ägäischen Inseln 67

Universitätsprofessor Dr. Albert Eichler (Graz): Die Shakespeare-Bacon-Hypothesen 75

Reichsgerichtsrat a. D. H. Wittmaack: Der Rechtsschutz des feindlichen Privateigentums in England 87

Literarische Berichte 89

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes 95

Stuttgart Deutsche Verlags-Anstalt Leipzig

1919

Preis des Jahrgangs 24 Mark

Digitized by Google

Karlsruher Lebensversicherung
auf Gegenseitigkeit.
Bisher beantragte Versicherungen 1570 Millionen Mark.
Dividenden der Versicherten für die Kriegsjahre 1914/18: 39 Millionen Mark.
Kriegsversicherung mit sofortiger Vollzahlung.
Aufnahme vom 10. Lebensjahre an.

Bromwasser von Dr. A. ERLENMEYER
Erprobt und bewährt bei
Schlaflosigkeit und Nervosität
In Apotheken und Handlungen natürlicher Mineralwässer. Einzelgabe 75 ccm = 1 gr Bromsalze. :: Diese 2 bis 3 mal täglich.
Größere Gaben auf ärztliche Verordnung.
Dr. Carbach & Cie. in Bendorf am Rhein

Schriftsteller! Komponisten!
Bühnenwerke, Erzählungen, Märchen, Gedichte, wissenschaftl. Arbeiten, sowie neue Kompositionen übernimmt
Verlag Aurora, Dresden-Weinböhla

Bettnässen.
Abhilfe sofort.
Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst
Institut Englbrecht, München 28, Kapuzinerstr. 9

Obacht! Obacht!
Bürsten
Wir liefern Bürsten aus Moorwurzeln, nur prima Ware, zu billigen Preisen
Joseph Lindner & Co., Bürstenfabrik
Wölsauerhammer bei Marktredwitz,
Oberfranken, Bayern.

Bei der **Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart** erschien soeben:

Florentinische Erinnerungen
Von **Isolde Kurz**
3. und 4. Auflage. Geheftet M 6.—, gebunden M 8.—
„In vollen begeisterten Akkorden besingt sie die Stadt, die sie so liebgewonnen hat, den Geist der Vergangenheit, der um ihre Paläste und Denkmäler schwebt ... Farbensprühende Schilderungen wechseln mit humorvollen psychologischen Darlegungen ... Alles in allem ein reifes, gehaltvolles Buch der Dichterin." (Staatsanzeiger, Stuttgart.)

Digitized by Google

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Herausgegeben von

Richard Fleischer

Vierundvierzigster Jahrgang. Erster Band

Januar bis März 1919

Stuttgart und Leipzig 1919 Deutsche Verlags-Anstalt

Digitized by Google

AP30
D4
v.44; 1-2

UNIV. OF
CALIFORNIA

Digitized by Google

Inhalt

des

Ersten Quartal-Bandes des Jahrgangs XLIV

(Januar bis März 1919)

	Seite
Philipp Zorn: Der Völkerbund	1
Günther Thomas: Wilsons Persönlichkeit und Haltung	12
Reinhold Seeberg: Politik und Moral. Rede bei dem Antritt des Rektorats der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin (am 25. Sept. 1918)	24
Geheimrat Dr. **Endemann** (Heidelberg): Vom juristischen Willen zur Gerechtigkeit	43
Wolfgang Windelband: Friedrich Eichhorns Briefe an Gneisenau (1809—1818)	50. 135. 264
Professor **Karl Bohlin** (Stockholm): Die Farben der Nebelgestirne	62
F. v. Duhn: Altes und neues Griechentum auf den Ägäischen Inseln	67. 154
Universitätsprofessor Dr. **Albert Eichler** (Graz): Die Shakespeare-Bacon-Hypothesen	75
Reichsgerichtsrat a. D. **H. Wittmaack:** Der Rechtsschutz des feindlichen Privateigentums in England	87
Prinz Alexander zu Hohenlohe: Eine graue Eminenz. Erinnerungen aus dem Auswärtigen Amt in Berlin	97
Professor Dr. **Robert Liefmann** (Freiburg i. B.): Nationalismus und Völkerbund	112
Friedrich Noack: Deutsche Güter und Schöpfungen in Rom	116
Friedrich Stieve: Das neue Deutschland	123
Wirkl. Geh. Rat Prof. D. Weiß †: Judenchristentum und Heidenchristentum im apostolischen Zeitalter	163
Ferdinand Sommer: Sprache und Schrift	173
Professor Dr. **Gerhard Budde** (Hannover): Gedanken über einige neuere Goethewerke	183
Wie kam es doch?	193
Kurd v. Schlözer: Jugendbriefe	197
Prof. Dr. F. Wohltmann (Halle a. S.): Unsere Volksernährung in Gegenwart und Zukunft	204

413314

Digitized by Google

Seite

Dr. Wilhelm Schüßler, Privatdozent an der Universität Frankfurt a. M.: Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard v. Dalwigk zu Lichtenfels in den Jahren 1866/67 und 1870/71 209

Landrat v. Thadden-Trieglaff: Östliche Landkreise nach der Umwälzung 231

Erich Petzet: Paul Heyse und die Politik. Mit unveröffentlichten Briefen aus dem Freundeskreis des Dichters 238

Otto Wiener: Der Grad der Willensfreiheit 256

E. K.: Die Inflation 281

Kleine Revuen

Literarische Berichte 89. 188. 283

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes 95. 192. 287

Digitized by Google

Der Völkerbund

Von

Philipp Zorn

Zweiter Artikel

Die zweite umfassende und bedeutsame Untersuchung über das Problem des Völkerbundes von deutscher Seite ist die Schrift des bekannten Parlamentariers, jetzigen Staatssekretärs Erzberger (Berlin, Hobbing, 1918). Sie trägt einen wesentlich anderen Charakter als die Schrift von Schücking. Spricht hier der gelehrte Völkerrechtsjurist, ausgestattet mit der Fülle eines tiefgründigen Wissens, über die Entwicklung des größten Problemes seiner Wissenschaft, so vernehmen wir dort die Stimme des in erster Linie von den Gedanken der Staatsentwicklung der Gegenwart und Zukunft beherrschten Politikers, der in idealer Begeisterung seinem Volke und der ganzen Menschheit den Weg zu zeichnen sich bemüht, um aus dem grauenhaften Elend des Weltkrieges hinüberzuführen in die Gefilde, wenn nicht des ewigen Friedens, so doch einer festgesicherten dauernden Friedensordnung der Staatenwelt und damit der Menschheit. Dies Ergebnis ist beiden Schriften gemeinsam, und beide versuchen in festumrissenen Einzelsätzen die Grundlinien dieser zukünftigen Friedensordnung zu ziehen, ebenso wie beide sich darüber klar sind, daß der ewige Friede auf Erden ein unerreichbarer Traum ist und immer bleiben wird. Eine aus der politischen Parteistellung Erzbergers sich ergebende Besonderheit ist die bedeutsame Stellung, die dieser dem Papsttume in der künftigen Friedensordnung der Menschheit zuweist; darauf wird zurückzukommen sein. Das Endergebnis ist jedenfalls für den pazifistischen Völkerrechtsgelehrten wie für den Zentrumspolitiker im wesentlichen das gleiche, und die Prüfung unsererseits hat die Frage zu beantworten, ob oder inwieweit vom allgemeinen deutschen Interesse aus diesem Ergebnis zugestimmt werden kann. Daß bis zum Ausbruch des Weltkrieges die öffentliche Meinung in Deutschland allen diesen Gedanken nicht nur sehr zweifelnd, sondern weit überwiegend rundweg ablehnend gegenüberstand, ist zweifellos; daß durch den Weltkrieg bereits in seinem früheren, für uns siegreichen Verlaufe eine wesentliche Veränderung eingetreten war, die durch die schließlich gegenüber der ungeheuren Weltübermacht eingetretene deutsche Katastrophe noch eine bedeutende Verstärkung erfahren hat, ist ebenso zweifellos.

Copyright 1919 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

Die Schrift Erzbergers läßt sich unschwer in einen allgemeinen und besonderen Teil gliedern. Der letztere behandelt die Einzelfragen des künftigen Völkerbundes; er mündet aus in einen in 40 Artikeln gegebenen Verfassungsentwurf — ähnlich wie schon Saint-Pierre und später Kant einen solchen aufzustellen versucht hatten —, und die kritische Prüfung dieser Einzelfragen wird die Aufgabe der nachfolgenden Untersuchung zu bilden haben. Voranzuschicken sind einige Bemerkungen zum allgemeinen Teile. In diesem stellt Erzberger zuvörderst eine Reihe von markanten Äußerungen maßgebender Staatsmänner des Weltkrieges über den „Schrei nach dem Völkerbunde" zusammen. In späterer ruhiger Zeit wird die wissenschaftliche Erforschung der in diesen Aussprüchen der Staatsmänner niedergelegten Entwicklung der Völker nach dem Endziele des Völkerbundes eine interessante Aufgabe der Geschichtswissenschaft sein müssen. Die führende Persönlichkeit in dieser Bewegung ist zweifellos der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Wilson, in seinen zahlreichen programmatischen Erklärungen. Ihm hatten sich die Staatsmänner der Zentralmächte, insbesonders Bethmann Hollweg in seiner bedeutendsten Reichstagsrede, der vom 9. November 1916, unbedingt angeschlossen und alle ihm folgenden Reichskanzler, besonders Graf Hertling und Prinz Max von Baden, stellten sich entschieden auf den gleichen Standpunkt. Frankreich hat in der Frage des Völkerbundes zweifellos eine große geistige Überlieferung, die ebenso zweifellos in weiten Kreisen des Volkes noch heute lebt; während des Weltkrieges hat der Völkerbundsgedanke in Frankreich seitens der leitenden Staatsmänner keinen starken Ausdruck gefunden, und ebenso gilt dies von Italien; die nationalen Ideen waren in beiden Ländern stärker als der internationale Gedanke des Völkerbundes. England hat in der Frage immer eine besondere Stellung eingenommen; für England war der Völkerbundsgedanke immer und besonders in der neuesten Zeit gleichbedeutend mit dem Gedanken des britischen Weltreiches; das Virgilsche Wort: „Tu regere imperio populos, Romane, memento" war stets das Grunddogma englischer Politik und ist dies bis zum heutigen Tage; nur Grey — Erzberger betont dies mit Recht — hat sich dem Wilsonschen Gedankengange in einer besonderen Schrift wirklich genähert. Lloyd George und Clemenceau haben den Völkerbundgedanken nicht gefördert. Es wird sich auf dem demnächstigen Friedenskongresse zeigen müssen, ob und wie sich die Gedankengänge der verschiedenen Bundesglieder der „Entente" in dieser großen Menschheitsfrage vereinigen lassen und ob der Wilsonsche Einfluß, der den Weltkrieg zugunsten dieser Entente entschieden hat, stark genug sein wird, auch den künftigen Friedensstand der Welt nach den grauenhaften Erfahrungen des Weltkrieges im Sinne der Gedanken Wilsons herzustellen und dauernd zu sichern.

In eingehender Weise behandelt sodann Erzberger die Stellung des Papsttums zu der Frage des Völkerbundes. Zu diesen Ausführungen könnten mancherlei der Geschichte entnommene Anmerkungen gemacht werden.

Digitized by Google

Dies würde jedoch an dieser Stelle zu weit führen, und es sei dazu nur in Kürze folgendes hervorgehoben. Es ist gewiß richtig, daß das Papsttum nach seiner spirituellen Mission für die Welt der Träger des reinsten Völkerbundgedankens hätte sein müssen; die Grundgedanken des Christentumes sind die idealste Ausprägung des Völkerbundgedankens, die überhaupt denkbar ist. Und daß diese Gedanken bei den großen Kirchenlehrern immer und immer wieder ihren Ausdruck gefunden haben, könnte nur Haß oder Unkenntnis leugnen. Daß Erzberger diese Momente hervorhebt und in das idealste Licht stellt, darf und wird ihm niemand verargen. Aber es ist auch richtig, daß diese ideale Gedankenwelt im mittelalterlichen Papsttum — und schon bei Augustin ist dies der Fall — sich zu einem sehr realen und harten Machtgedanken umgewandelt hatte: der Papst ist danach von Gott zum Herrn über die Königreiche der Welt gesetzt. Dieser Machtgedanke findet in einem großartigen Staats- und Rechtssysteme seinen Ausdruck: die pax Romana der mittelalterlichen Päpste ist im letzten Ende dem Gedanken nach auch nichts anderes als die pax Romana des römischen Weltreiches, wie dies das Eingreifen der Päpste in die kriegerischen Verwickelungen der Welt klar beweist. Der kirchliche Universalstaat des Mittelalters kann danach nicht als eine Verwirklichung des Völkerbundgedankens bezeichnet werden. Erst nach den großen Umwälzungen, die durch die Kämpfe Philipps des Schönen mit dem Papsttum eingeleitet wurden, hat das Papsttum sich sehr allmählich wieder auf den idealen Völkerbundgedanken besonnen, und auch heute noch wird man des begründeten Zweifels sich nicht entschlagen dürfen, ob das mittelalterliche Rechtssystem grundsätzlich aufgegeben ist. Die stark zur Geltung gebrachte Predigertätigkeit des größten Staatsmannes der neueren Papstgeschichte, Leo XIII., besonders in der Ansprache an die Kardinäle von 1879: de munere pacifico ecclesiae commisso, und seines heutigen Nachfolgers Benedikt XV. im Sinne von Weltfriede und Völkerbund muß in jedem Falle dankbar und freudig anerkannt werden. Auf den beiden Haager Friedenskonferenzen blieb bekanntlich infolge des unbedingten Widerspruches von Italien der Papst unvertreten. Daß Deutschland eine Mitarbeit des Papstes auf dem künftigen Friedenskongresse nicht nur billigen, sondern freudig begrüßen wird, darf als zweifellos betrachtet werden, denn gerade unter den heutigen Staatsverhältnissen wird der Papst der unparteiischste und darum gerechteste Beurteiler der internationalen Fragen sein.

Weiter betrachtet Erzberger im ersten allgemeinen Teile seiner Schrift die besondere Stellung Deutschlands zur Völkerbundfrage. Es wurde oben hervorgehoben, wie abgeneigt weiteste Kreise des deutschen Volkstumes in der Zeit des 19. Jahrhunderts dem ganzen Völkerbundgedanken waren. Dies erklärt sich aus der immer wachsenden Stärke der unerfüllten nationalen Idee. Je trauriger die staatliche Leidensgeschichte des deutschen Volkes seit dem Interregnum und je trostloser insbesondere der Zustand des alten deutschen Bundes nach den Freiheitskriegen unter der Diktatur Metternichs war, um

Digitized by Google

so heißer und ungestümer wurde im 19. Jahrhundert die Macht der nationalen Idee, bis sie endlich im wiedererstandenen starken Reiche seine Erfüllung fand. Diese Zeit, in der die nationale Idee die Geister und Seelen im deutschen Volke ganz beherrschte, konnte dem internationalen Gedanken einer Staatenverbindung durch einen Völkerbund nicht günstig sein. Mit Recht führt Treitschke in einer seiner schönsten kleineren Arbeiten, der Abhandlung über Lessing, aus, daß erst nach Erfüllung der nationalen Idee durch Aufrichtung des unabhängigen Staates ihres Volkstumes bei den Völkern der Gedanke einer Staatenverbindung der Völker zur dauernden Sicherung des Friedens Kraft gewinnen könne.

Aber nach anderer Richtung hat allerdings der Völkerbundgedanke im deutschen Geistesleben große Bedeutung gehabt. Zwei große Denker der klassischen Periode unserer Literatur haben sich, weil ihr Geistesleben weit über die nationalen Grenzen hinausreichte und der Menschheit gehörte, mit dem Völkerbundgedanken eingehend beschäftigt: Kant und Herder; und Kant hat sich zu ihm nicht nur in zahlreichen einzelnen Äußerungen bekannt, sondern ein vollständiges, großartig ausgedachtes System des Völkerbundes entworfen. Erzberger teilt eine Reihe der wichtigsten Aussprüche des großen Königsberger Weltweisen zu dieser Frage mit. Die Zeit, in der sie geschahen, war diesen Gedanken nicht günstig; Kants Worte verhallten ungehört, und auch später hat gerade dieser Teil der Kantschen Geistesarbeit keine ihrer würdige Fortwirkung gehabt. Jetzt in den Tagen des Weltkrieges hat man sich wieder eingehend mit diesen Kantschen Gedanken zu beschäftigen begonnen, und es darf der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß sie nach dem Weltkriege, im Zusammenhang mit anderen gleichgerichteten Arbeiten unserer klassischen Literaturperiode, besonders Herders, eine ihrer Bedeutung entsprechende wissenschaftliche Bearbeitung finden werden.

Eines steht jedenfalls fest: der größte deutsche Philosoph, der heute noch den stärksten Einfluß auf das deutsche Geistesleben ausübt, war ein überzeugter und unerschütterlicher Vertreter des Völkerbundgedankens.

Und auch ein Zweites aus dem deutschen Staats-, Rechts- und Geistesleben vergangener Zeit betont Erzberger gleichfalls stark und mit vollem Recht. Ein besonders wichtiger Punkt in dem Gesamtproblem des Völkerbundes war zu allen Zeiten und ist es auch heute: die friedliche Erledigung zwischenstaatlicher Streitigkeiten durch Schiedsgericht. In der deutschen Rechtsgeschichte aber spielt dieser Gedanke eine überaus bedeutsame Rolle. Handelt es sich dabei auch nicht um internationale Streitigkeiten im eigentlichen Sinne des Wortes, so war nach dem Zusammenbruch der Reichsorganisation in der Hohenstaufenkatastrophe der Zusammenhang der deutschen Staatsgebilde in so hohem Grade aufgelöst worden, daß der Staatsgedanke des Reiches so gut wie verloren war. In der Zeit nun, in der das Reich nicht mehr imstande war, den erforderlichen Rechtsschutz als Ausfluß seiner souveränen Macht zu gewähren, hat in weitem Umfange

Digitized by Google

die vereinbarte Schiedsgerichtsbarkeit von Städte- und Fürstenbünden diesen Rechtsschutz gewährt und wirksam ersetzt. In einer schönen Untersuchung hat vor kurzem Hommerich (Deutschtum und Schiedsgerichtsbarkeit, Herder 1918) diese Zusammenhänge der deutschen Rechtsgeschichte, anknüpfend vor allem an Waitz'sche Forschungen älterer Zeit, in helles Licht gestellt und nachgewiesen, daß der wichtigste Bestandteil des Völkerbundproblemes, die Schiedsgerichtsbarkeit, seit alten Zeiten, in großer Stärke besonders seit dem 12. Jahrhundert, der deutschen Rechtsgeschichte angehört, und daß er im deutschen Rechte seine Ausstrahlungen bis in die allerneueste Zeit in Art. 11 Abs. 4 der deutschen Bundesakte und in Art. 76 der heutigen Reichsverfassung gefunden hat.

So waren die Rechtsgedanken des Völkerbundproblems seit dem frühen Mittelalter ein wichtiger Bestandteil deutschen Staats- und Rechtslebens und sind es bis auf diesen Tag geblieben. Dem deutschen Denken, das sich aus der eigenen Rechtsgeschichte nährt, kann somit die Aufnahme des internationalen Schiedsgerichtsgedankens, des Kernpunktes des Völkerbundes, nicht schwerfallen. —

Wenden wir uns nach diesen allgemeinen Erörterungen der kritischen Prüfung der Einzelpunkte des Völkerbundproblems zu, so ist zunächst der Begriff des Völkerbundes festzustellen. Jede Untersuchung über das moderne Völkerbundproblem, wie es durch den Weltkrieg in den Vordergrund der Menschheitsgedanken gestellt ist, wird seinen Ausgangspunkt nehmen müssen von dem Gegensatze dieses modernen Problemes zu jenem anderen Gedanken des „Völkerbundes", wie ihn die Weltgeschichte ausgeprägt hat — um von den älteren asiatischen Weltreichen abzusehen — in dem Reiche Alexanders des Großen und im Römerreiche. Auch Erzberger beschäftigt sich kurz mit diesen welthistorischen Gestaltungen. Sie beruhen ausschließlich auf Macht und Eroberung: ein Staat unterjocht andere Staaten der Reihe nach, bis auf diesem Wege der Eroberung ein Weltstaat entsteht. Die letzte Gestaltung in der Geschichte hat dieser Gedanke im Reiche Karls des Großen gefunden; nach dieser Zeit hat das spanisch-österreichische Weltreich der Habsburger sich ihm genähert. In den französischen Staatsplänen Heinrichs IV., Ludwigs XIV., Napoleons ist gleichfalls dieser Herrschafts- und Hegemoniegedanke der beherrschende, der dem jetzt von der Menschheit geforderten Völkerbunde schnurstracks entgegengesetzt ist.

Aber dennoch gehört jener Weltstaats-Machtgedanke nicht nur der Geschichte, sondern auch der Wirklichkeit des heutigen Staats- und Völkerlebens an: seine moderne Verwirklichung ist das heutige englische Weltreich. Die Auseinandersetzung zwischen dem englischen Weltreichsgedanken und dem modernen Völkerbundproblem wird der weitaus wichtigste und schwierigste Teil der der Welt heute bevorstehenden Völkerbundarbeit auf dem demnächstigen Friedenskongresse sein müssen.

Der neue Völkerbund, nach dem die Menschheit verlangt, kann nicht beruhen auf einer irgendwie gearteten Herrschaft eines Staates und Volkes über

Digitized by Google

andere Staaten und Völker, sondern muß bestehen aus freien, in voller Unabhängigkeit nebeneinander stehenden Staaten, die auf der Grundlage eines in sich geschlossenen Volkstumes gebildet sind: Nationalitätsprinzip und Selbstbestimmungsrecht der Völker. Nur auf diesen Grundgedanken kann der neue Völkerbund aufgebaut werden, und nur auf diesen Grundlagen verspricht er Dauer und Erfolg. Nicht das trügerische „Gleichgewichts"-System der Staaten oder Staatenbündnisse, sondern der „organisierte Gemeinfriede" unter den gleichberechtigten Staaten (Wilson), nicht der Macht-, sondern nur der Rechtsgedanke muß Grundlage und Ziel des neuen Völkerbundes sein. Die näheren Erörterungen hiezu sind in meinem ersten Artikel (s. Dezember-Heft 1918, S. 193 ff.) gegeben. Dort ist auch bereits dargelegt, daß wir, wie dies Schücking zuerst in eingehender Darstellung nachgewiesen hat, in dem Staatenverbande der beiden Haager Friedenskonferenzen den gegebenen Rahmen dieses Völkerbundes bereits besitzen und nur eine weitere sichere Ausgestaltung dieses Rahmens erforderlich ist. Auffallenderweise betont Erzberger diesen bereits vorhandenen Rahmen des Völkerbundes nicht mit der genügenden Kraft und Schärfe; die Schückingschen Gedanken bieten eine richtige, überaus wertvolle Grundlage für die weitere Arbeit; insbesondere auch der von Schücking eingehend geprüfte Gedanke des Verbotes von politischen Sonderbündnissen einzelner Staaten wird nach der furchtbaren Katastrophe, in die dieser Weg der Sonderbündnisse die Welt gestürzt hat, sorgfältig erwogen werden müssen.

Ist durch festere äußere Organisation des Haager Staatenverbandes der neue Völkerbund hergestellt, so bedarf es zur Herstellung seiner inneren Organisation der grundgesetzlichen Regelung seiner wichtigsten Aufgaben.

Auch hiefür ist bereits durch die großartige Friedensarbeit, die in den Jahrzehnten seit 1870 getan wurde, eine hochwichtige und weitumfassende Vorarbeit geschehen, die einfach übernommen werden kann und nur der systematischen Einfügung in den Rahmen des neuen Völkerbundes bedarf. Auch hierüber wurde bereits im ersten Artikel die nähere Darlegung gegeben: die einzelnen „Weltunionen", die teilweise bereits mit einem festen Behördenapparat ausgestattet sind, bilden wertvollste Bestandteile des neuen Völkerbundstaatensystemes; ihre Aufzählung ist oben gegeben. Sowohl Schücking als Erzberger besprechen auch, letzterer in sehr eingehender Weise, diese Materien und betonen ihre Wichtigkeit, geben aber keine weiteren Vorschläge für ihre Eingliederung in das System des neuen Völkerbundes; auch in dem Erzbergerschen Verfassungsentwurfe sind sie nicht erwähnt; es wird aber nicht verkannt werden dürfen, von welcher Bedeutung diese bereits bestehenden Einzelorganisationen für das Gesamtsystem des neuen Völkerbundes, in das sie einzufügen sind, sein müssen.

Die hauptsächlichsten neu zu regelnden Fragen sind von Erzberger — im wesentlichen übereinstimmend mit Schücking — dahin bezeichnet: Schiedsgericht, Abrüstung, Freiheit der Meere, offene Tür für Handel und Ver-

Digitized by Google

kehr, Kolonien, ewige Neutralität. Zu allen diesen Fragen wurde bereits im ersten Artikel Stellung genommen. Erzberger behandelt sie in eingehender Weise; die gedankenreichen Ausführungen werden heute wohl zwar nicht in allen ihren Einzelheiten, aber in der Hauptsache Zustimmung finden. Diese Einzelfragen des Problems werden von Erzberger wesentlich vom politischen, insbesondere vom wirtschaftspolitischen Gesichtspunkt aus erörtert, dazu auch wertvolle statistische Mitteilungen gegeben, so über den deutschen Ausfuhr- und Einfuhrhandel, über das Verhältnis der Staaten nach ihrer Größe und Einwohnerzahl zu ihrem Kolonialbesitz; alle diese Ausführungen dürfen berechtigten Anspruch auf gebührende Beachtung erheben und werden sie finden.

Hier seien dazu nur einige Bemerkungen gemacht. Das Schiedsgerichtsproblem, das Erzberger sehr eingehend bespricht, ist seinem Wesen nach ein juristisches Problem, so groß auch seine politische Bedeutung sein mag, und muß als solches behandelt werden. Erzberger kommt zu dem Ergebnis: es sei ein allgemeines obligatorisches Schiedsgericht des Völkerbundes zur friedlichen Erledigung aller internationalen Streitfälle einzusetzen, denn alle internationalen Streitfälle seien Rechtsfälle.

Dieser Meinung war man bei den bisherigen, sehr tiefgründigen Verhandlungen über die internationale Schiedsgerichtsbarkeit nicht, und die gesamte sehr umfassende Literatur über die Materie steht auf anderem Standpunkte. Vielmehr ging man sowohl auf der ersten wie auf der zweiten Friedenskonferenz von dem als zweifellos angenommenen Vordersatze aus: daß nur Rechtsfragen der schiedsgerichtlichen Entscheidung zugeführt werden könnten, und darin lag der Satz umschlossen, daß unterschieden werden müsse zwischen Rechtsfragen und politischen Fragen; die schiedsrichterliche Entscheidung der letzteren sei zwar keineswegs ausgeschlossen, sie könne aber nicht zur obligatorischen Rechtspflicht der Staaten, wie bei den Rechtsfragen, erhoben werden. Wenn nun auch zugegeben werden muß, daß die meisten, vielleicht alle, internationalen Streithändel eine rechtliche Beziehung haben, insofern es sich regelmäßig um die Auslegung von Staatsverträgen handeln wird, so wird doch andrerseits unmöglich geleugnet werden können, daß viele, und zwar gerade die wichtigsten und schwierigsten der internationalen Streithändel einen so weit überwiegend politischen Charakter tragen, daß die rein juristische Form der Entscheidung durch richterliches Verfahren und Rechtsurteil für sie wenigstens als obligatorische Rechtspflicht nicht aufgestellt werden kann. Die Erzbergersche These erscheint demgemäß nicht als annehmbar und wird nicht auf Annahme durch die Staaten rechnen können; auch im Interesse der Sache selbst, der friedlichen Erledigung aller internationalen Streitfälle, wird es nicht liegen, die bisherige Unterscheidung von politischen und Rechtsfragen fallen zu lassen; es wäre dies eine Überspannung des Rechtsgedankens, die wahrscheinlich diesen Gedanken selbst schwer schädigen würde.

Digitized by Google

Man wird vielmehr, wie im ersten Artikel ausgeführt, das zukünftige System der friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle in der Weise zu gestalten haben, daß man

erstens für reine Wirtschafts- und Rechtsfragen die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit ohne Vorbehalt anerkennt; und vielleicht wird es gelingen, für diesen Kreis einen wirklich ständigen internationalen Gerichtshof, gemäß dem amerikanischen Entwurf auf der zweiten Friedenskonferenz, insbesondere für das Gesamtgebiet des internationalen Privatrechtes, zu schaffen;

zweitens für Streitfragen von gemischtem rechtlich-politischem Charakter die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit mit der Ehrenklausel anerkennt, deren Ausübung dem bisherigen bewährten Haager Schiedshof zukäme;

drittens für Streitfragen von überwiegend politischem Charakter wie bisher die freiwillige Überweisung durch die Parteien an den Haager Schiedshof festhält, außerdem aber eine obligatorische Vermittelung (Mediation) durch dritte Mächte einrichtet, was nach meiner Überzeugung der Schaffung eines besonderen Vermittelungsrates, wie sie von anderer Seite vorgeschlagen ist, vorzuziehen wäre.

Die Erzbergerschen Ausführungen über ein obligatorisches Schiedsgericht für alle internationalen Streitfälle gehen zu weit und werden weder bei Juristen noch bei Politikern allgemeine Zustimmung finden können; der Versuch ihrer Durchführung würde an der machtvollen Wirklichkeit der Staatenverhältnisse scheitern.

Erzberger schlägt noch die Schaffung einer Berufungsinstanz durch Bildung eines Oberschiedsgerichtes, in dem für den Papst eine besondere Aufgabe gewünscht wird, vor; wir gehen hierauf nicht näher ein, bemerken nur, daß auch diese Frage bereits auf der ersten Friedenskonferenz sorgfältig geprüft und im Sinne eines Ausgleichs der sich gegenüberstehenden Anschauungen gelöst wurde. Jedenfalls ist die Frage einer erneuten Prüfung wert.

In der Frage der Abrüstung hat Erzberger zwar deren Notwendigkeit mit guten, besonders finanziellen Gründen dargetan, für die unendlich schwierige praktische Lösung des Problems aber nichts wesentlich Neues beigebracht. Daß die Abrüstung sich auch auf die Seestreitkräfte zu beziehen habe, wird als selbstverständlich anzuerkennen sein und würde zu einer völligen Beseitigung der Kriegsflotten führen, ausgenommen für die vom Völkerbund einzurichtende Seepolizei, besonders behufs Sicherung des freien Verkehrs durch die Meerengen. Daß es sich hier um die schwierigsten Weltprobleme handelt, ist ohne weiteres klar. Und die Zukunft wird lehren, ob es dem Einflusse Wilsons gelingen wird, sie der Lösung zuzuführen.

Auch in der Frage der Freiheit der Meere und der Handelsfreiheit bringt Erzberger keine neuen Gesichtspunkte bei; daß er von wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten aus beide Momente als besonders wichtige Verfassungsgrundsätze des Völkerbundes betrachtet, ist selbstverständlich. Den Schückingschen Gedanken, den Freihandel zum Völkerbundgrundrecht zu

Digitized by Google

erheben, weist auch Erzberger, wie dies oben im ersten Artikel geschehen ist, zurück. Über das zollpolitische Verhältnis der Kolonien zu ihrem Mutterlande spricht er sich dahin aus, daß eine irgendwie geartete Sonderstellung in dieser Beziehung auszuschließen sei. Auf diesem Standpunkte standen bisher Holland und Deutschland, indes alle übrigen Staaten, allerdings in verschiedener Weise, wirtschaftliche Sonderrechte im Verhältnis zwischen Mutterland und Kolonien aufstellten. Man wird derartige Sonderrechte nicht ohne weiteres als ungerechtfertigt zu behaupten berechtigt sein: erstens sind sie eine verdiente Entschädigung des Mutterlandes für seine, finanziell vielfach sehr bedeutende, kolonisatorische Arbeit, und zweitens erscheint es als berechtigt, daß zwischen Mutterland und Tochterland auch in bezug auf den Handel ein engeres Rechtsverhältnis bestehe als zu fremden, unbeteiligten Ländern.

In eingehender und anregender Weise behandelt sodann Erzberger die Frage der Kolonien überhaupt und führt mit Recht aus, daß Deutschland nach seiner Bevölkerungsziffer sowohl wie nach seinen bisherigen kolonisatorischen Leistungen einen berechtigten Anspruch darauf habe, auch an der künftigen kolonisatorischen Arbeit der Menschheit im Rahmen des Völkerbundes beteiligt zu werden. Der Hauptpunkt dieser Arbeit wird die kulturelle Erschließung und Durchdringung Afrikas sein, an der Deutschland seinen Anteil für ein möglichst zusammenhängendes Gebiet geltend zu machen ein vollbegründetes Anrecht durch seine bisherigen Forschungs- und Kolonisationsleistungen in Afrika sich erworben hat. Dem Gedanken Erzbergers, diese große Menschheitsarbeit in den rechtlichen Rahmen einer vollständigen Neutralisierung Afrikas, in weiterer Ausgestaltung der Gedanken der Kongo-Akte, zu stellen, wird man nur vollständig und lebhaft, insbesondere nach den greuelvollen Erfahrungen des Weltkrieges, beizustimmen haben; die Behandlung weißer Frauen und der Missionare in den eroberten Kolonien während des Weltkrieges wird immer eine unerhörte Scheußlichkeit bleiben; und die Verwendung von Wilden und Menschenfressern als Soldaten in einem Kampfe zwischen Kulturvölkern wird gleichfalls für ewige Zeiten als ein Hohn auf Kultur und Zivilisation von der Geschichte gebrandmarkt werden.

Die Frage der „ewigen Neutralität" wird, falls es gelingt, einen wirklichen Völkerbund aufzurichten, keine große Bedeutung mehr haben. Daß sie für die Schweiz als bewährt und in den tatsächlichen Verhältnissen begründet auch weiter aufrechterhalten werden wird, darf wohl als sicher angenommen werden. Daß sie für Belgien undurchführbar ist, hat der Weltkrieg klar gezeigt. Erzberger behandelt bei diesem Anlaß in sehr eingehender Weise den deutschen „Neutralitätsbruch" gegenüber Belgien und kommt zu dem Ergebnis, daß die deutsche Schuld unleugbar und demgemäß Deutschland zu voller Entschädigung verpflichtet sei. Die Frage ist unzählige Male behandelt worden, und wir haben nicht die Absicht, hier abermals des näheren auf sie einzugehen. Ob das Vorgehen Deutschlands politisch richtig war, mag

Digitized by Google

dahingestellt bleiben, die Äußerungen Bismarcks über diesen Punkt, die Erzberger mitteilt, sind sehr bezeichnend.

Zum Schlusse werden noch Einzelfragen der Verfassung des Völkerbundes und insbesondere die Frage der Exekutive für seine Beschlüsse und Urteile besprochen. Bereits im ersten Artikel wurde auch zu diesen Fragen Stellung genommen, und es ist dem auf Grund der Erzbergerschen Ausführungen nur weniges beizufügen.

Der Staatenverband der beiden Haager Friedenskonferenzen ist der heute schon vorhandene feste Rahmen des künftigen Völkerbundes; seine Glieder sind die souveränen Staaten, die zu jenen Konferenzen vereinigt waren. Welche wichtigen Sonderfragen hier noch einer Lösung bedürfen, wurde im ersten Artikel dargelegt. Die äußere Rechtsform des Völkerbundes kann demnach nur ein Staatsvertrag sein. Eine äußere Organisation besitzt dieser Völkerbund bereits in den Konferenzen selbst sowie in dem ständigen Bureau im Haag und dem bestehenden diplomatischen Verwaltungsrat; diese Organisation wäre lediglich auszubauen. Zu regeln wären noch insbesondere die Fragen des Vorsitzes und der Abstimmung; ein wechselnder Vorsitz der Großmächte würde wohl unschwer festzustellen sein. Schwieriger ist die Frage der Abstimmung. Nach dem bisherigen Völkerrecht bedurfte es der Einstimmigkeit für einen bindenden Konferenzbeschluß. Daran wird im künftigen Völkerbunde nicht festgehalten werden können, da dieses liberum veto jede gesunde Weiterentwicklung ausschließt. Schon auf der zweiten Friedenskonferenz hatte man dies klar erkannt und das Prinzip der Einstimmigkeit zu ersetzen versucht durch eine, völlig ungeordnete, „Quasi-Einstimmigkeit". Man wird notwendigerweise zu dem Prinzip der Mehrheitsbeschlüsse — in näher zu bestimmender Form — übergehen müssen.

Auch die Gerichtsorganisation des neuen Völkerbundes ist in dem 1899 errichteten ständigen Haager Schiedshofe bereits vorhanden. In welcher Weise diese auszubauen wäre, ist im ersten Artikel näher ausgeführt.

Ebenso ist dort die Frage der erforderlichen Exekutive bereits behandelt; Erzberger trifft in seinen Vorschlägen hier im wesentlichen mit Schücking zusammen. Völlig entbehrlich werden solche Exekutivvorschriften nicht sein; aber mit Recht betont Erzberger wie auch Schücking, ebenso wie auch ich dies früher schon mehrfach getan habe, die gewaltige moralische Kraft, welche bisher schon Beschlüsse und Urteile des internationalen Rechtes ausgeübt haben, so daß der Mangel von Exekutivvorschriften nicht in fühlbarer Weise hervortrat. Abbruch der Beziehungen und wirtschaftliche Sperrmaßregeln gegen ungehorsame Bundesglieder würden auch künftig zweifellos in den meisten Fällen eine vollständig genügende Exekutive darstellen. Der Gedanke einer internationalen Seepolizei, mit dem besonders holländische Schriftsteller sich schon vor dem Weltkriege eingehend beschäftigt hatten, hat übrigens schon gegenüber dem Sklavenraub und Sklavenhandel in Afrika

Digitized by Google

sowie für die Nordseefischerei und den Branntweinhandel in der Nordsee eine hochinteressante praktische Verwirklichung gefunden.

Nach dem Abschlusse des Weltkrieges steht der Plan des Völkerbundes weit im Vordergrunde des Denkens und Hoffens in der ganzen zivilisierten Menschheit. Es ist hocherfreulich, daß von deutscher Seite dieser Plan bereits zwei so eindringende Untersuchungen gefunden hat, die beide, die eine mit dem Rüstzeug völkerrechtlicher Gelehrsamkeit, die andere mit dem idealen Schwung des begeisterten Politikers, sich mit größter Entschiedenheit und in eingehender Begründung der Einzelheiten dahin aussprechen, daß der Plan nicht nur durchgeführt werden müsse, sondern auch durchgeführt werden *könne*. Es ist unbedingte Pflicht aller, die am Wiederaufbau des deutschen und damit zugleich des Staatslebens der Welt mitzuarbeiten berufen sind, sich mit diesen Fragen vertraut zu machen und sie aufs sorgsamste und gewissenhafteste zu prüfen. Darum wünschen wir den beiden oben besprochenen Schriften viele Leser.

In den Freimaurergesprächen läßt *Lessing* den einen der beiden Sprecher den tiefsinnigen Ausspruch tun — Treitschke nennt ihn ein „himmlisch mildes Wort" —: „Was Blut kostet, ist gewiß kein Blut wert." Das Blut der Millionen aus allen großen Völkern des Erdkreises, das im Weltkriege in Strömen geflossen ist, schreit die furchtbare Frage zum Himmel, ob der Weltkrieg dieses Blutes wert war? Die ganze Staatenwelt des europäischen Ostens und von Mitteleuropa hat der Weltkrieg teils völlig in Trümmer gelegt, teils auf völlig neue Grundlagen gestellt. Und welche Folgen staatlicher Art der Weltkrieg für die Staaten des europäischen Westens haben wird, wissen wir heute noch nicht. Nur Eines wissen wir mit absoluter Gewißheit: daß die rein kapitalistische Grundlage der Staatsordnung, wie sie bis zu dieser Stunde noch an der Themse, an der Seine und auf dem Kapitole der neuen Welt festgehalten wird, keine Dauer der Zukunft haben kann.

Zweimal ist in der Geschichte nach schwerem Völkerringen der Menschheit der Versuch zu praktischer Verwirklichung des Völkerbundideales gemacht worden: im Westfälischen Frieden und in der Heiligen Allianz. Beide Male vergeblich: der erste Versuch mündete aus in die Weltstaatspläne Ludwigs XIV. und die Kriege, die zu ihrer Vernichtung führten, der zweite in die russische Hegemonie Nikolaus' I. und die Kriege, die ihre Folge waren.

Nun stehen wir abermals vor einem neuen Versuche der Verwirklichung des großen Gedankens, dessen mächtigster Prophet der deutsche Philosoph Kant war.

Wird dieser Versuch gelingen? Das Dunkel der Zukunft umhüllt die Antwort auf die große Schicksalsfrage. Aber in jedem Falle ist durch die soziale Umgestaltung der Menschheit der Boden für die Lösung des Problemes heute in ganz anderer Weise vor- und zubereitet als nach dem Dreißigjährigen Kriege und den Freiheitskriegen.

Digitized by Google

Und das Blut der Millionen, das im Weltkriege geflossen ist, fordert mit unerbittlicher welthistorischer Notwendigkeit, daß die Völker und Staaten mit Aufbietung aller Kraft und alles guten Willens sich an die Arbeit der Lösung des Problemes machen, durch die das Wort zur Wahrheit des Staatenlebens der Menschheit werde: „Was Blut kostet, ist gewiß kein Blut wert."

Wilsons Persönlichkeit und Haltung

Von

Günther Thomas

Trotz seiner langen Dauer hat der Weltkrieg eigentlich nur wenige Männer hervorgebracht, von denen man sagen darf, daß sie die Mitwelt weit überragen. Bei uns Hindenburg und Ludendorff, trotz der tiefen Schatten, die kürzlich auf das früher so hell strahlende Bild Ludendorffs gefallen sind, bei den Engländern Lloyd George und bei den Franzosen Clémenceau und Foch, mit diesen fünf Namen ist eigentlich das alte Europa erschöpft. Einer aber kommt hinzu, dessen Persönlichkeit seit Jahren in aller Munde ist, über den man wirklich sagen kann, „von der Parteien Haß und Gunst verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte": Woodrow Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. In allen Ländern ist er zeitweilig als Retter in der Not begrüßt oder als blasser Theoretiker, als doktrinärer Professor, als die verkörperte kalte Selbstsucht, als nüchterner, kleinherziger Dollarjäger geschmäht worden. Während ihn die einen als Freund und Beglücker einer verzweifelnden Menschheit, als den Künder eines neuen Völkerevangeliums priesen, hielten ihn andere für einen fanatischen Hasser deutschen Wesens mit einem Stich ins Pathologische, für den typischen amerikanischen Politiker, der die weitgesteckten Ziele des amerikanischen Imperialismus mit eiserner Folgerichtigkeit und hartherziger Gewissenlosigkeit verfolgt. Und keiner, nicht einmal der „Tiger" Clémenceau, ist in seinem eigenen Lande so beschimpft und angegriffen worden, wie Präsident Wilson, ohne daß es auf ihn irgendwelchen Eindruck zu machen schien und ohne daß er sich dadurch um Haaresbreite von dem einmal eingeschlagenen Weg abbringen ließ. Die sprichwörtliche Hartnäckigkeit und Zähigkeit seiner schottischen Vorfahren ist bei ihm offenbar in Reinkultur vorhanden! In diesen Zeilen soll der Versuch gemacht werden, seiner Persönlichkeit etwas näher zu kommen und den Schlüssel zu manchem zu finden, was deutschen Lesern bisher unerklärlich schien. An diese Aufgabe soll sine ira et studio herangegangen werden, so schwer das heute noch einem Deutschen fällt.

Eins mag gleich vorausgeschickt werden: wer in Wilson einen reinen Idealisten oder fanatischen Prinzipienreiter erblickt, ist gleichermaßen gewaltig

Digitized by Google

im Irrtum. Er ist ursprünglich Jurist und Historiker, dessen völkerrechtliche und politische Studien sich dem Geiste und der Richtung nach wohl ganz im angloamerikanischen, also angelsächsischen Bannkreis bewegten, aber doch sehr stark auf deutschen Quellen beruhen. Es sei hier nochmals darauf hingewiesen, daß sein von mir übersetztes Buch „Der Staat" (Berlin 1913, Hermann Hillger Verlag) nach Wilsons eigenen Einführungsworten zur deutschen Ausgabe zum sehr großen Teil auf deutschen Völkerrechtslehrern fußt. Auch darf man ihn nicht als weltfremden Professor hinstellen, der von deutschen politischen Einrichtungen keine Ahnung hat. Das genannte Buch weist im Gegenteil ein verblüffend tiefes Eindringen in den Geist deutscher und preußischer Verwaltungseinrichtungen auf, verblüffend zum mindesten bei einem Amerikaner. Ähnlich überraschend ist auch seine Kenntnis der politischen Verhältnisse und Entwicklung Frankreichs, im Gegensatz zu Deutschland. Das Kapitel über England atmet auf jeder Seite Bewunderung für die in langer gerader Linie erfolgte politische Entwicklung zur demokratischen und parlamentarischen Regierungsform, um in dem Kapitel über Amerika zu einem begeisterten Dithyrambus darauf zu enden, daß dort am reinsten und vollkommensten das Ideal einer wahrhaft demokratischen Regierung erreicht worden sei, das nach Lincolns unsterblichen Worten bestehe in einer „Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk". Dabei sei als recht pikantes Streiflicht die Tatsache erwähnt, daß die Amerikaner bei Herstellung ihrer Verfassung vollbewußt den englischen Parlamentarismus als Ausdruck der Volksregierung oder Demokratie ablehnten und ihr Heil in einer ganz andern Form suchten und fanden: in der völligen Trennung und Gleichstellung der drei Regierungsgewalten, der vollziehenden, der gesetzgebenden und der rechtsprechenden Gewalt. Die Amerikaner, die in der englischen Geschichte nur zu zahlreiche Beispiele der Unzulänglichkeiten und Nachteile des Parlamentarismus gefunden und zum Teil am eigenen Leibe erfahren hatten, wollten nichts davon wissen, daß die Inhaber der vollziehenden Gewalt nur ein jederzeit zu beseitigender Ausschuß der gesetzgebenden Gewalt sein sollen, sondern führten viel lieber eine Kryptomonarchie oder -autokratie ein, indem sie die vollziehende Gewalt mit sehr weitreichenden Machtbefugnissen ausstatteten, aber den Besitz durch einen Mann zeitlich eng begrenzten und von einer indirekten Volkswahl abhängig machten. Diese Randbemerkung mögen sich die zu Herzen nehmen, die da noch vor kurzem glaubten und heute glauben, daß sie in der Einführung des Parlamentarismus bei uns das Allheilmittel für unsere politischen Gebresten entdeckt haben. Eine Patentmedizin mit garantiertem Erfolg ist der Parlamentarismus wahrlich nicht — es kommt darauf an, wie er gehandhabt wird!

Es liegt in der geschichtlichen Entwicklung der Vereinigten Staaten begründet, daß der Präsident als Inhaber der vollziehenden Gewalt auf dem Gebiet der auswärtigen Politik fast unumschränkt herrscht. In gewissem Sinne eingeengt ist er nur durch die Bestimmung der Verfassung, daß Ver-

Digitized by Google

träge und Abkommen mit andern Ländern der Bestätigung durch den Senat und, wenn sie die Finanzgebarung der Vereinigten Staaten irgendwie berühren, auch durch das Repräsentantenhaus unterliegen, sowie durch das allgemeine Bestätigungsrecht des Senats für Beamtenernennungen, also dessen Mitwirkung bei der Auswahl der Vertreter im Ausland. Aus dem Bestätigungs- und Mitwirkungsrecht des Senats bei Staatsverträgen und Ernennungen (by the advice and consent of the senate, wie es wörtlich heißt) hat sich im Lauf der Zeit als Gewohnheitsrecht die Mitwirkung des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten in der auswärtigen Politik überhaupt herausgebildet. Es würde der Mühe lohnen, einmal zu zeigen, wie sich fast von Anfang an bis heute ein zäher, meist hinter den Kulissen geführter Kampf zwischen Präsident und Senatsausschuß um die maßgebende Beeinflussung der auswärtigen Politik abgespielt hat und wie das Zünglein der Wage je nach den Persönlichkeiten hin und her geschwankt hat. In kritischen und namentlich in kriegerischen Zeiten wurde dieser Kampf stets mit ganz besonderer Erbitterung ausgefochten. Das galt für die Zeit des Bürgerkrieges unter Lincoln und das galt ganz besonders für die Zeit vom Eintritt Amerikas in den Weltkrieg bis zum Waffenstillstand. Dieser stille, zähe Kampf bildete auch den Hintergrund der jüngsten Kongreßwahlen, bei denen allerdings Präsident Wilson eine taktische Niederlage erlitt, ohne sich jedoch in der Verfolgung seiner politischen Ziele beirren zu lassen. Es kommt ihm dabei der Umstand glücklich zustatten, daß die Lebensdauer des neugewählten Kongresses erst am 4. März 1919 beginnt, bis dahin also noch in beiden Häusern des Kongresses eine Mehrheit hinter ihm steht. Die Ratifizierung des Friedensvertrages wird allerdings Aufgabe des neuen Kongresses sein, doch sind kaum erhebliche Schwierigkeiten zu erwarten, wenn erst einmal das große Werk vollendet ist. Freilich dürften ihm die Republikaner während der Verhandlungen noch manche Steine in den Weg werfen. Jedenfalls darf bei der Beurteilung der äußeren Politik Wilsons nie außer acht gelassen werden, daß ein Präsident der Vereinigten Staaten ungleich mehr von innerpolitischen Rücksichten, Strömungen und Treibereien beeinflußt wird, als es in europäischen Ländern der Fall zu sein pflegt.

In jenem Buch „Der Staat" sagt Wilson unter anderem, daß die Begründung des Deutschen Reiches ihre Krönung durch den Krieg von 1870/71 gefunden habe, der für deutschen Patriotismus geführt worden ist. Wenn auch nicht mit so vielen Worten, so hat er doch damals unzweifelhaft der Auffassung Ausdruck gegeben, daß Deutschland mit der Rückeroberung Elsaß-Lothringens nur sein gutes Recht ausgeübt habe. Seit dem Eintritt Amerikas in den Krieg spricht er davon, das im Frankfurter Frieden Frankreich durch die Eroberung Elsaß-Lothringens angetane „Unrecht" müsse wieder gutgemacht werden. Früher also waren seine Sympathien unzweifelhaft ganz auf deutscher Seite und nicht bei den Franzosen, während es heute umgekehrt steht. Wie ist dieser Sinneswandel zu erklären?

Digitized by Google

Auch Wilson ist ein Kind seiner Zeit und als Amerikaner von besonderen Stimmungen und Strömungen abhängig. Zwischen der Abfassung jenes Buches und seinen jetzigen Noten und Reden liegt eine lange Spanne Zeit voll wichtiger Entwickelungen. Damals stand Wilson, wie die meisten Amerikaner, mit ihren Sympathien auf deutscher Seite, weil die dramatische Gründung des Deutschen Reiches, die gewaltige Persönlichkeit Bismarcks, die hochragende Figur des alten Kaisers und die Ruhmestaten der deutschen Heere ihren Eindruck auf empfängliche Gemüter nicht verfehlten. Bei ihm, dem eingefleischten Republikaner, trat noch eine gewisse Enttäuschung über Frankreich zur Verschärfung des Gegensatzes hinzu. Seitdem war aber in Deutschland langsam, uns selbst unbewußt, ein erheblicher Wandel zum Schlechteren eingetreten. Zu Zeiten Bismarcks, der noch ganz auf europäische und viel weniger auf Weltpolitik eingestellt war, glaubte kein Amerikaner an eine mögliche Gegnerschaft zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten. Wenn auch Bismarck persönlich aus seiner Mißbilligung der Monroedoktrin, die er selbst einst als amerikanische Anmaßung bezeichnete, nie ein Hehl gemacht hat, so hatte das doch keine praktische politische Bedeutung. Er hat es auch stets wohl verstanden, den Amerikanern Achtung vor ihm und dem deutschen Volke einzuflößen. Von Umschmeicheln oder Nachlaufen für die Amerikaner war bei ihm keine Rede. Als Präsident Grant nach Ablauf seines zweiten Präsidententermines eine Weltreise machte, um sich im Ausland feiern zu lassen und so den zu Hause etwas verblaßten Nimbus im Hinblick auf eine dritte Wahl wieder aufzufrischen, begnügte sich Berlin damit, daß Bismarck im Hotel eine Karte für Grant hinterließ und ihn zum Essen einlud; der alte Kaiser empfing ihn in Audienz, der Hof nahm keine Notiz weiter von ihm. Damit vergleiche man die Behandlung Roosevelts, als er aus demselben Grunde eine gleiche Weltreise unternahm! Im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts hatte auch der deutsche Name in Amerika dadurch einen besonderen Klang, daß die deutsch-amerikanische Einwanderung sehr stark war, daß das deutschamerikanische Element einen wichtigen politischen und Kulturfaktor im amerikanischen Volk bedeutete und Führer wie Karl Schurz, Oswald Ottendorfer u. a. zu stellen hatte, die jeden Amerikaner mit Achtung erfüllten. Von dieser stolzen Höhe ist das Deutschamerikanertum bei dem Mangel an Nachschub aus der alten Heimat und an geistig bedeutenden Führern langsam herabgeglitten.

Zu Bismarcks Lebzeiten hörten wir nichts mehr und noch nichts von den ehemals und später wieder so beliebten Schlagworten von der Herrschaft des preußischen Militarismus, des Junkertums usw. Seit Anfang der 90er Jahre aber begannen sich die Dinge zu ändern. Das Deutsche Reich trieb Kolonial- und Weltpolitik im großen Stil, keineswegs immer mit glücklicher Hand. Das persönliche Regiment mit der Betonung des „Ich" nahm überhand. Bei jeder Gelegenheit versuchte Deutschland die Führung an sich zu reißen, so z. B. beim Boxerkrieg in China, bei der Blockade von Vene-

Digitized by Google

zuela usw. Es ergaben sich Reibungsflächen auch mit den Vereinigten Staaten, zuerst in der Samoafrage und dann während des Spanisch-Amerikanischen Krieges nach der Schlacht von Manila. Auf die einzelnen Vorgänge näher einzugehen, fehlt hier der Raum; es genügt auch, lediglich daran zu erinnern. In der schon erwähnten Blockade Venezuelas, die in Amerika ganz besonders böses Blut machte, weil man darin eine ernste Bedrohung der Monroedoktrin sah, war England der eigentliche Urheber gewesen. Deutschland aber war es, das während der Blockadezeit allein neben den beiden anderen Teilhabern, England und Italien, wirklich Ernst machte, so daß sich der Zorn Amerikas auf englische Einflüsterung gegen Deutschland wandte. Mit unbegreiflicher Kurzsichtigkeit ließ die deutsche Regierung ruhig durch die englische Presse und englische Politiker in Amerika den Eindruck erwecken und verbreiten, daß von Deutschland der Anstoß zu der unglückseligen Blockadepolitik gegeben worden sei, zu deren Beteiligung sich das unschuldige England zu seinem großen Bedauern habe verleiten lassen. Erst nach mehr als Jahresfrist legte im Reichstag der damalige Staatssekretär Freiherr von Richthofen den amtlichen Schriftwechsel vor, aus dem der wirkliche Sachverhalt unzweideutig hervorging — natürlich viel zu spät, denn nun konnte das tief eingewurzelte Mißtrauen nicht mehr beseitigt werden.

Alldeutsche Schriften, Artikel und Reden haben unzweifelhaft gleichfalls viel dazu beigetragen, den Boden in Amerika für eine deutschfeindliche Stimmung und Haltung vorzubereiten — nicht aber so sehr diese Ergüsse an sich, denn ähnliches ist in allen Ländern, auch in Amerika, zu finden gewesen. Der Schwerpunkt liegt darin, daß man in anderen Ländern solche Veröffentlichungen, die zum Teil sogar auf durchaus gesunden Gedanken und Grundlagen beruhten und nur manchmal in ihren Schlußfolgerungen etwas uferlos waren, einfach als das behandelte, was sie waren, nämlich als Ansichten einzelner Persönlichkeiten oder Kreise, die auf die Regierungspolitik keinen Einfluß ausübten. Ihre unverdiente Bedeutung gewannen sie nur dadurch, daß sie sofort von gegnerischer Seite weit über Gebühr angegriffen und als höchst gefährlich hingestellt wurden, wodurch erst die Aufmerksamkeit des Auslandes darauf gelenkt wurde. Nachdem einmal zuerst die englischen und später, gemeinsam mit diesen, die amerikanischen Korrespondenten auf diese Spur gesetzt worden waren, griffen sie bereitwilligst jede, auch noch so bedeutungslose Äußerung irgendwelcher politischer Schriftsteller oder Artikelschreiber auf, um sie mit dem Stempel „alldeutsch" zu versehen und somit als Äußerung weiter einflußreicher Kreise in die Welt zu posaunen. In dasselbe Kapitel gehört die von einem Teil unserer Presse wie von den Witzblättern leider maßlos übertriebene Schilderung unserer innerpolitischen Zustände. Bei den verwickelten Verhältnissen unserer Reichs- und Staatsverfassungen, bei der Ungleichheit des Wahlrechts in den einzelnen Staaten, vor allen Dingen bei dem überwiegenden Anteil Preußens an der Reichsleitung war es leicht, eine Verwirrung der Begriffe herbeizuführen und bei

Digitized by Google

einem großen Teil des amerikanischen und sonstigen Publikums im Auslande die Auffassung hervorzurufen, als ob das allgemein als rückständig verschriene Wahlrecht nicht das preußische, sondern das deutsche sei. So wurde, namentlich in Amerika, die Ansicht erzeugt, das deutsche Wahlrecht, das tatsächlich weit liberaler als das amerikanische war — ein eigentliches amerikanisches Wahlrecht gibt es überhaupt nicht, sondern nur ein solches der Einzelstaaten —, sei von vorsündflutlicher Engherzigkeit und ein Klassenwahlrecht schlimmster Sorte gewesen. Das persönliche Hervortreten des Kaisers trug dazu bei, immer wieder von neuem den Klagen über das persönliche Regiment, was man in Amerika Autokratie und später „Kaiserismus" nannte, neue Nahrung zu geben. Im Leben der Reichshauptstadt trat zugleich immer mehr an die Stelle der Einfachheit altwilhelminischer Zeit höfischer Prunk und militärischer Pomp. Auf Äußerlichkeiten wurde mehr gesehen als auf inneren Wert. Die ungeahnt schnelle wirtschaftliche Blüte Deutschlands täuschte uns darüber hinweg, daß der gesunde, gerade, einfache Sinn des Volkes vielfach schwand. Ferner zog gerade das Aufblühen unserer Industrie, von Handel und Verkehr die besten Köpfe des deutschen Volkes in ihren Bannkreis, die sich sonst vielleicht politisch betätigt hätten. Man braucht nur die Namen von Führern der Reichstagsparteien aus der Bismarckschen Zeit mit denen der Bülowschen und Bethmannschen zu vergleichen, um den gewaltigen Unterschied mit einem Schlage zu erkennen. Was hatte dieses Jahrhundert an Parlamentariern Männern entgegenzustellen wie Bennigsen, Lasker, Forckenbeck, Richter, Falk, Windthorst, Reichensperger, Mallinckrodt, Kardorff und viele andere? Unter Bismarck waren die Reichstagsdebatten von ganz anderem Geist erfüllt als unter Bülow und Bethmann, eben weil hervorragende Männer von hoher geistiger Bedeutung im Reichstag saßen. Richtig ist, daß der Reichstag selbst sich ungefähr in den letzten 20 bis 30 Jahren so ziemlich um jeden Einfluß gebracht hatte. Die Tatsache stimmt, daß der Deutsche Reichstag im Ausland, namentlich in Amerika, mit noch viel größerer Geringschätzung betrachtet ward, als bei uns im Reich selbst. Das ist aber Schuld des Reichstags, dessen Verhandlungen immer seichter und geistloser geworden waren.

In diesem Zusammenhang muß auf den Professorenaustausch hingewiesen werden, von dem man sich so viel versprochen hatte. Die deutschen Professoren in Amerika wurden wie alle anderen Gelehrten auch behandelt, höflich und gastfrei aufgenommen und verkehrten in den Kreisen, in die sie gehörten. In Deutschland wurden die amerikanischen Professoren als — man verzeihe den harten Ausdruck — große Tiere empfangen, die dauernd zu Hoffestlichkeiten, zu privaten Veranstaltungen, beim Kaiserpaar usw. eingeladen wurden. Das verdrehte ihnen den Kopf und erfüllte sie mit Vorstellungen über die Bedeutung ihrer Persönlichkeiten, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprachen. Das Schlimmste aber war, daß sich der Kaiser in seiner ungezwungenen Art bei den Unterhaltungen mit den amerikanischen Professoren

Digitized by Google

sehr wenig oder gar keine Zurückhaltung auferlegte, und durch seine unverhohlene Bewunderung für alles Amerikanische bei den Herren und ihren Damen das Gefühl der absoluten Überlegenheit alles Amerikanischen über deutsches Wesen hervorrief und bestärkte. Das war die Bereicherung, mit der die amerikanischen Professoren nach Hause zurückkehrten.

Daß alle diese Verhältnisse, die bei der äußerlich stetig zunehmenden Machtfülle des Deutschen Reiches und bei dem eifrigen Streben der maßgebenden Kreise, stets im Brennpunkt der Weltereignisse zu stehen, immer wieder die Einbildungskraft des Auslandes beschäftigte, liegt auf der Hand. Daß aber gerade für den Unbeteiligten, der noch dazu die Entwicklung im Spiegel englischer, französischer und amerikanischer Berichterstatter erblickte, das Bild kein so ungetrübt glanzvolles war, wie es uns erschien, ist uns — leider zu spät — ebenso klar geworden. Uns sind plötzlich die Augen darüber aufgegangen, wie sehr wir uns über die Beurteilung Deutschlands und deutschen Wesens im Ausland getäuscht hatten.

Es ist nur verständlich, daß ein Mann wie Wilson von diesen Wandlungen in der Beurteilung Deutschlands, des deutschen Volkes und seiner führenden Kreise stark beeinflußt worden ist. Und nun kam der Krieg! Wer da weiß, wie sehr gerade der Amerikaner äußerlich auf das hält, was er die „Heiligkeit von Verträgen" (sanctity of contract) nennt, der mußte erwarten, daß uns das verhängnisvolle Eingeständnis Bethmanns im Reichstag am 4. August 1914 über die Verletzung der Neutralität Belgiens sofort bei den Amerikanern für immer ins Unrecht setzen würde. Die Behauptung Bethmanns, die deutsche Regierung habe von dem Ultimatum Österreichs an Serbien keine genaue Kenntnis gehabt, hat im Ausland kein Mensch geglaubt, weil niemand eine Regierung für so harmlos hält. Im Gegenteil, Österreich-Ungarn galt als von Deutschland, vom Kaiser persönlich, gegängelt und als deren willenloses Werkzeug. Die Tatsache, daß die ersten Kriegserklärungen von uns ausgingen, bestärkte nur diese Überzeugung. Das große Kapitel von der „Schuld am Kriege" wird ja jetzt von der Presse aller Länder und — hoffentlich — vor einem durchaus unparteiischen internationalen Gerichtshof eingehend untersucht werden. Aber selbst wenn wir gereinigt daraus hervorgehen sollten, wäre der 1914 angerichtete Schaden nicht wieder gutzumachen. Unmittelbar darauf begann der mit sehr geschickter Berechnung der nord- und südamerikanischen Psyche ins Werk gesetzte Feldzug gegen uns über die sogenannten belgischen Greuel, mit Hilfe von angeblich protokollarischen Aussagen der Verstümmelten, von Priestern, Ärzten und Beamten mit Bildern und Filmen. Dagegen waren wir machtlos. Wir standen vor einem psychologischen Rätsel und bombardierten in völliger Kopflosigkeit das gesamte Ausland, namentlich Amerika, mit wahren Ozeanen von Broschüren, Flugblättern usw. unter dem Motto: „Die Wahrheit ins Ausland!" In diesen krampfhaften Bemühungen erblickten die Amerikaner wieder nur das Eingeständnis einer moralischen Schuld. Es folgte die Torpedierung der „Lusitania" mit dem Untergang

Digitized by Google

von Frauen und Kindern — ein Vorgang, der auf das in solchen Fällen ungemein empfängliche Gemüt der Amerikaner einen unverwischbar tiefen Eindruck machte. Inzwischen hatte sich aus der anfänglich mühsam behaupteten Neutralität der Amerikaner langsam die Unterstützung Englands zunächst durch Lieferung von Kriegsgerät aller Art und Munition herausgebildet. Wütende Proteste von unserer Seite fruchteten natürlich nichts und trugen nur zur Verschärfung der Stimmung bei. Leider verführte das auch zu manchen Schritten, die wohl besser ungeschehen geblieben wären. Was bei uns bis heute nur in sehr wenigen Kreisen bekannt ist, einfach weil es unter der Kriegszensur nicht gestattet war, überhaupt ein Wort darüber zu sagen, wurde spalten- und seitenweise in amerikanischen Blättern breitgetreten: die angeblichen Versuche bezahlter deutscher Agenten, in amerikanischen Munitions- und Waffenfabriken Arbeiteraufstände hervorzurufen, Sabotage zu treiben und selbst Feuer anzulegen, Brücken und Tunnels zu sprengen, Eisenbahnen- und Schiffsbetriebe zu stören usw.

Unzweifelhaft ist, daß den sogenannten deutschen Agenten und Spionen so manche Untat, die von ganz anderer Seite begangen wurde, in die Schuhe geschoben wurde. Ebenso unzweifelhaft aber ist auch von deutscher Seite mit einem Ungeschick sondergleichen verfahren worden, so daß es den Spürhunden unserer Gegner gelungen ist, verdächtiges Material in reicher Fülle zu erhalten. Wie das ausgenutzt worden ist, um den Haß gegen den preußischen Militarismus, gegen das Junkertum, den „Kaiserismus" bis zur Siedehitze anzustacheln, braucht man nicht erst weiter auszumalen. Wilson bewahrte äußerlich Zurückhaltung und Ruhe, aber ich habe in der amerikanischen Botschaft, nicht nur von Gerard allein, oft genug zu hören bekommen, was für Verdachtsmomente nicht nur, sondern was für wirksames Material vorhanden und wie groß die Wut darüber war. Wilson blieb verschlossen, aber wer ihn kannte, wußte, daß sich in ihm eine Summe von Verärgerung und Entrüstung aufspeicherte, die eines Tages zur Entladung kommen mußte. Von unserer Seite ist nichts geschehen, um dem irgendwie entgegenzutreten. Graf Bernstorff selbst, der in Amerika infolge dieser Vorgänge persönlich aufs Häßlichste angefeindet und mit Schmutz beworfen worden ist, tat wohl das Menschenmögliche, war aber allein gegen diese Strömung machtlos. Daß er bis zum letzten Augenblick trotz allem mit Wilson auf gutem Fuß geblieben ist, macht seinem diplomatischen Geschick alle Ehre. Im Gegensatz zu unserem Ungeschick stand die Meisterschaft, mit der alsbald England und Frankreich die sehr zahlreichen Slawen in Amerika, besonders Polen und Tschechen, gegen Deutschland mobil zu machen verstanden.

Die andauernden und gegen den Schluß des Krieges sich steigernden Klagen über die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland, die wohl stark übertrieben waren, stellenweise aber nicht ohne tatsächlichen Hintergrund waren, sind weiter sehr gegen uns ausgenutzt worden, woran nichts ändert, daß wir Grund zu mindestens ebenso lauten Klagen hatten.

Digitized by Google

Ein anderes Kapitel in dieser trüben Geschichte ist dasjenige über die Persönlichkeit des Botschafters Gerard. Sicherlich haben dessen Berichte Wilsons Ansicht und Haltung stark beeinflußt. Gerard war ein amerikanischer Durchschnittspolitiker, von dem brennenden Ehrgeiz beseelt, vermöge seiner Stellung und seines Geldes in der Berliner Gesellschaft eine große Rolle zu spielen. All diesen Hoffnungen machte der Krieg ein jähes Ende. Er war im Anfang des Krieges, auch trotz der „Lusitania", noch bis gegen Ende 1915 im großen ganzen mindestens nicht deutschfeindlich. Plötzlichen Einflüssen unterworfen, schwankte er leicht in seinen Stimmungen von einem Extrem zum anderen und Äußerungen gelegentlichen Unmuts, vielleicht auch unbeholfene Versuche, durch Drohungen irgendwelche augenblickliche Zwecke zu erreichen, haben frühzeitig dazu beigetragen, bei uns den Eindruck zu erwecken, als ob er wütend deutschfeindlich sei. Für den ersten Teil des Krieges war dieser Eindruck keinesfalls zutreffend. Richtig ist, daß er vielfach stark verstimmt und verärgert war. Er war auf erhebliche Schwierigkeiten bei den Kommandanten einzelner Gefangenenlager gestoßen, die sich in ihrer Selbstherrlichkeit über klare Vorschriften willkürlich hinwegsetzten und ihm die zeugenlose Vernehmung von englischen Kriegsgefangenen verbieten wollten. Es gab scharfe Reibungen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Kriegsministerium, wie überhaupt leider während des ganzen Krieges das Verhältnis zwischen den Ämtern und Ministerien keineswegs sehr harmonisch war. Diese Verärgerung nahm zu, als sich die Lage zwischen beiden Ländern selbst zuspitzte. In solchen Augenblicken übler Laune sind Berichte an Wilson abgegangen, die zur Besserung der Stimmung des Präsidenten der Vereinigten Staaten gegen Deutschland nicht beitrugen. An Ungeschicklichkeiten von unserer Seite hat es nicht gefehlt. Als eine Ungeschicklichkeit sondergleichen muß es bezeichnet werden, daß z. B. in einer Unterredung auf eine Bemerkung der Unterstaatssekretär Zimmermann Herrn Gerard erwiderte, an einem Krieg Amerikas gegen Deutschland sei nicht zu denken, denn es befänden sich drüben fünfmalhunderttausend deutsche Reservisten, die sich sofort erheben würden, worauf ihm Gerard zur Antwort gab, es befänden sich in Amerika auch fünfmalhunderttausend Laternenpfähle, mit denen die Reservisten in einem solchen Falle nähere Bekanntschaft machen würden. Die kindliche Äußerung Zimmermanns steht ungefähr auf gleicher Höhe wie die berühmte Note an Mexiko. Gerade diese mexikanische Note hat bei Wilson und dem amerikanischen Volke dem Faß den Boden ausgeschlagen. Dazu kommt das Kapitel des U-Bootkrieges.

Es ist heute eine müßige Frage, ob Wilson, also Amerika, auch ohne die Verschärfung des U-Bootkrieges in den Krieg gegen Deutschland eingetreten wäre oder nicht. Wahrscheinlich haben diejenigen recht, die diese Frage bejahen, denn Wilson gehört zu der dünnen, aber unumschränkt herrschenden und führenden Oberschicht der Angelsachsen in Amerika, die tief durchdrungen ist von dem Glauben an die weltgeschichtliche Aufgabe des Angelsachsentums

Digitized by Google

überhaupt. Die frühere Gegensätzlichkeit zwischen England und Amerika ist dank der außerordentlich geschickten Politik der englischen Staatsmänner und der englischen Presse, dank der vielfach engen Berührung durch Sprache, Literatur, Kirche, Rechtswesen und gemeinsame politische Ausgangspunkte geschwunden. Seit dem Spanisch-Amerikanischen Krieg, also seit jetzt 20 Jahren, ist das Gefühl der Zusammengehörigkeit, namentlich auch im Hinblick auf die Möglichkeit einer Auseinandersetzung mit Japan, täglich stärker geworden. Es ist also mindestens wahrscheinlich, daß Wilson unter allen Umständen eine völlige Niederlage Englands verhindern zu müssen glaubte, und daß das die eigentliche Triebfeder war, die ihn zur Teilnahme am Kriege veranlaßte. Aber unzweifelhaft hat die Verschärfung des U-Bootkrieges Wilson den willkommenen Vorwand geliefert, um damit sein widerstrebendes Volk mitzureißen. Von ausschlaggebender Bedeutung jedoch ist jedenfalls die Behandlung gewesen, die ihm und Gerard zuteil geworden ist.

Bekanntlich ist der Reichskanzler von Bethmann Hollweg und seine Umgebung, an sich mit Recht, der Überzeugung gewesen, daß die Verschärfung des U-Bootkrieges uns auch den Krieg mit Amerika bringen werde. Aus diesem Grunde haben sie sich der Maßregel widersetzt. Das war ihr gutes Recht. Wie wir jetzt aber wissen, gingen in der Zeit unmittelbar vor Verschärfung des U-Bootkrieges Verhandlungen zwischen Berlin und Washington, deren Zweck die Herbeiführung des Friedens durch Wilson war. Wir wissen, daß Wilson von dem Friedensangebot der deutschen Regierung Ende 1916 vorher in Kenntnis gesetzt worden war und es billigte. Wir wissen jetzt, daß er fest entschlossen war, alles in seinen Kräften zu tun, um einen Frieden auf der Grundlage „ohne Annexionen und ohne Entschädigungen" herbeizuführen. Er war im November 1916 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten wiedergewählt worden auf das Versprechen hin, Amerika aus dem Kriege herauszuhalten. Er war gewählt worden als Friedenspräsident und wollte wenigstens einen ernsthaften Versuch machen, sein Versprechen zu halten, denn damals hätte ein solcher Frieden auch England vor der drohenden Niederlage gerettet und somit das angelsächsische Interesse ausreichend gewahrt. Im Spätherbst 1916 reiste Botschafter Gerard nach Amerika, um mit dem Präsidenten und der amerikanischen Regierung, die seit drei Jahren unterbrochene persönliche Fühlungnahme wieder herzustellen. Unmittelbar vor seiner Abreise fand bei einer, von dem bekannten amerikanischen Korrespondenten Bayard Hale herbeigeführten Gelegenheit eine Aussprache zwischen Gerard, Vertretern des Auswärtigen Amtes und einer dem damaligen Kanzler besonders nahestehenden Persönlichkeit statt. Es wurde dabei vereinbart, was Gerard dem Präsidenten Wilson als maßgebende Auffassung der deutschen Reichsleitung über die politische Lage und die Friedensfrage berichten sollte. Kurz nach Neujahr 1917 kehrte Gerard zurück und auf Anregung des Auswärtigen Amtes veranstaltete die amerikanische Handelskammer zu Berlin das bekannte Begrüßungsessen zu Ehren Gerards, um die erwünschte Gelegenheit zum Austausch politischer

Digitized by Google

Reden zu geben. Diese Veranstaltung, die so großes Aufsehen erregte, fand bekanntlich am 6. Januar 1917 im Hotel Adlon zu Berlin statt. Neben der Wärme, mit der die amtlichen deutschen Redner sprachen, fiel besonders die Rede Gerards auf, der erklärte, die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen seien nie besser gewesen, als in diesem Augenblick und würden es sein, so lange die jetzt in Deutschland am Ruder befindlichen Männer im Amt verblieben. Das war unverkennbar die Antwort Wilsons auf die von Gerard gemachten Eröffnungen.

Schreiber dieser Zeilen hat genau eine Woche nach dem Essen im Adlon eine lange Unterredung unter vier Augen mit Gerard über seine Rede gehabt, wovon hier zum ersten Male in der Öffentlichkeit Mitteilung gemacht werden soll. Auf die Frage, was er darunter verstehe, daß die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen nie besser gewesen seien, erwiderte Gerard, äußerlich seien die Beziehungen zwischen den beiden Völkern, auch zwischen dem Kaiser und mehr oder weniger verantwortlichen Vertretern des amerikanischen Volkes, wohl herzlicher gewesen, als zu jener Zeit (Anfang 1917), aber früher seien die Beziehungen zwischen beiden Regierungen — und nur von den Regierungen spreche er — nie einer solchen Belastungsprobe unterzogen gewesen, wie während der letzten beiden Jahre. Da sie diese sehr schwere Belastungsprobe ausgehalten hätten, fühle er sich zu einer solchen Äußerung berechtigt. Das ließ sich jedenfalls hören. Auf meine ausführlich begründete Bemerkung, daß doch wohl die Verschärfung des U-Bootkrieges angesichts der allgemeinen Stimmung in Deutschland und des Druckes der öffentlichen Meinung als nahe bevorstehend anzusehen sei, erwiderte Gerard mit großer Lebhaftigkeit, davon könne keine Rede sein, denn es sei ihm noch vor ganz kurzem, noch nach dem Festessen, persönlich die bestimmte Versicherung erteilt worden, daß die Verschärfung des U-Bootkrieges **nicht** kommen werde. Auf meine mehrfach geäußerten Bedenken, ob da nicht ein Mißverständnis vorliege, erwiderte Gerard wiederholt mit größter Bestimmtheit, die Versicherung sei ihm in so unzweideutiger Form mehrfach gegeben worden, daß er nicht daran zweifeln könne. Auf den Einwurf, daß eine Regierung, die sich dem allgemeinen Verlangen nach Verschärfung des U-Bootkrieges widersetze, von einem Sturm des Unwillens der öffentlichen Meinung fortgefegt werden könnte, meinte er, nach langem Nachdenken, dazu sei die Stellung der deutschen Regierung dem deutschen Volke gegenüber doch wohl zu stark. Das eine aber müsse er betonen: „Präsident Wilson habe ihm gegenüber in Washington keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Verschärfung des U-Bootkrieges die Kriegserklärung Amerikas unweigerlich zur Folge haben werde; es sei ja möglich, daß seither der Präsident seine Ansicht geändert habe, doch sei das kaum anzunehmen, da er im allgemeinen ein obstinate charakter sei und an dem einmal nach reiflicher Überlegung gefaßten Entschluß festzuhalten pflege." Den Inhalt dieser Unterredung schrieb ich sofort ausführlich nieder und gab ihn durch

Digitized by Google

Vermittlung einer befreundeten Stelle im Auswärtigen Amt an Staatssekretär Zimmermann und den Reichskanzler weiter. Ganz kurze Zeit später mußte Graf Bernstorff in Washington die Note mit der Ankündigung des verschärften U-Bootkrieges überreichen. Wenn der damalige Reichskanzler mit Wilson in Verhandlungen über die Herbeiführung des Friedens stand und ihm durch Gerard die bestimmte Versicherung, daß es keine Verschärfung des U-Bootkrieges geben werde, hatte zukommen lassen, so mußte er in dem Augenblick abtreten, in dem eine Politik beschlossen wurde, die das schroffe Gegenteil der abgegebenen Versprechungen bedeutete. Sein Nachfolger konnte sich darauf berufen, daß die Stimmung des deutschen Volkes und die Kriegslage die Anwendung aller möglichen Kriegsmittel England und der Hungerblockade gegenüber rechtfertigten. Der Nachfolger konnte mit reinen Händen der amerikanischen Regierung gegenüberstehen. Derselbe Reichskanzler aber, der unmittelbar vorher die gegenteilige bündige Versicherung abgegeben hatte, mußte bei Wilson und Gerard den für uns tiefbeschämenden Eindruck der Doppelzüngigkeit, der Unaufrichtigkeit und der Unzuverlässigkeit hervorrufen. Nach den Äußerungen eines Teiles unserer Presse mußte die amerikanische Regierung weiter annehmen, der Entschluß zur Verschärfung des U-Bootkrieges sei zurückzuführen auf den persönlichen Einfluß des Kaisers und seiner militärischen Ratgeber. Hierin liegt letzten Endes der psychologische Schlüssel für die Haltung, die seither Wilson in seinen Kundgebungen gegen uns unentwegt eingenommen hat. Daher sein Haß gegen „Kaiserismus", Autokratie, Militarismus und Junkertum, wofür der Boden, wie früher ausführlich dargelegt, reichlich vorbereitet war.

Dazu kommt ein anderes Moment. Wilson war, wie gesagt, als Friedenspräsident erwählt worden. Er war seinen Neigungen nach in gewissem Sinne Pazifist, zugleich aber auch politisch Imperialist, wie offen oder versteckt alle amerikanischen Politiker. Vor allen Dingen war und ist er akademisch Antimonarchist. Da er nun seiner Auffassung nach moralisch gezwungen war, die Teilnahme Amerikas am Kriege herbeizuführen, bedurfte er eines stark aufpeitschenden Mittels, um die Kriegslust in seinem Volk zu entflammen. Wie schwer ihm das geworden ist, wissen wir. Leider aber ist ihm durch die Charakterschwäche Bethmanns, der an seinem Posten klebte, als ihm das Gebot der Ehre den sofortigen Rücktritt nahelegen mußte, die wirksamste Waffe für die Aufpeitschung der Kriegsstimmung in Amerika geliefert worden. Daraus erklärt sich auch, wie Wilson dazu kam, in seiner Kriegsbotschaft an den Kongreß zu erklären, mit dem deutschen Volk habe das amerikanische Volk keinen Streitgrund, es handle sich um einen Kampf gegen Unterdrückung, gegen Willkürherrschaft usw., von welchem Druck das deutsche Volk befreit werden müsse. Daß dieses Mittel durchgeschlagen hat und durchschlagen mußte, wird jedem einleuchten, der da weiß, wie leicht das amerikanische Volk durch Reden von seiner Rolle als Freiheitsbringer und Menschheitsbeglücker in einen Sinnesrausch versetzt werden kann.

Digitized by Google

Nach diesen Ausführungen wird man wohl besser begreifen, wie es kam, daß Wilson in den Krieg gegen uns eintrat und wie sein Haß gegen die bei uns nach einer Vorstellung herrschenden Kräfte, vor allen Dingen gegen die Hohenzollern, entstanden ist. Der furchtbare Zusammenbruch, der für uns so orkanartig plötzlich erfolgte, hat ihn weniger überrascht als uns, da man im Ausland stets sehr gut und besser über unsere Verhältnisse unterrichtet war als wir selbst. Wir wissen ja leider heute erst, und vielleicht noch nicht einmal in vollem Umfang, wie sehr wir, bewußt und unbewußt, getäuscht worden sind. Wenn er früher erklärte, nicht gegen das deutsche Volk, sondern nur gegen Militarismus, Kaiserismus und Junkertum Krieg zu führen, so hat er allen Grund, auf seinen vollen Erfolg mit Genugtuung hinzuweisen. Nur durch den Eintritt Amerikas in den Krieg sind wir besiegt, wenn auch nicht geschlagen worden. Die gewaltigen Leistungen des tapferen, zähen deutschen Volkes müssen auf ihn großen Eindruck gemacht haben. In Paris wird sich zeigen, ob er kraft seiner unleugbar starken Persönlichkeit imstande sein wird, sein Ideal eines ehrlich gemeinten, allen Teilnehmern auch gerecht werdenden Völkerbundes zu verwirklichen.

Politik und Moral

Rede bei dem Antritt des Rektorats der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin (am 25. September 1918)

Von

Reinhold Seeberg

I

Politik und Moral wurzeln beide in den Tiefen der menschlichen Naturanlage. Der Mensch, wie wir ihn kennen, ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein moralisches Lebewesen. Wir Menschen sind von urher bestimmt zu einem Leben wechselseitiger Gemeinschaft. In jedem Menschen ist daher irgendwie der Trieb wirksam, für andere zu leben und zu wirken. Dieser Trieb läßt uns sowohl danach trachten, auf andere Personen einzuwirken, als auch uns selbst ihren Wirkungen zu unterstellen. Hierin ist sowohl das moralische wie das politische Handeln begründet. Nun wird aber dieser Trieb zum Handeln dadurch besonders bestimmt, daß wir von innen her genötigt sind, ein absolutes Ziel unseres Handelns, ein höchstes Ideal zu suchen. Dies absolute Ziel ist als solches gemeingültig. Es fordert daher nicht nur die Leitung unseres eigenen Wollens, sondern treibt uns auch an, alle Menschen ihm zu unterwerfen. Wie wir selbst aber dies Ziel, eben weil es nicht empirisch oder vorteilhaft und nützlich, sondern rein ideal ist, nur in der Form freien Wollens zu ergreifen vermögen, so können wir auch keinen

Digitized by Google

anderen Menschen ihm zwangsweise unterwerfen. Wir haben daher keine andere Möglichkeit, andere Personen für dieses höchste Ideal zu gewinnen, als die persönliche Hingabe an sie, den Dienst an ihrer Seele. Die Richtung unseres eigenen Willens auf das absolute Ideal ist also zugleich Richtung auf das Wollen unserer Mitmenschen. Dies beides ist in der Moral zusammengefaßt.

Wir stehen also unter dem Einfluß eines unwandelbaren inneren Sollens, aber erleben zugleich in dessen Befolgung das erhebende Bewußtsein der Hoheit innerer Freiheit. So vereinigen sich in der Moral der höchste Idealismus eines absolut verpflichtenden transzendentalen Zieles, das Gefühl freier über den bloßen Naturzusammenhang erhabener Geistigkeit und das Wohlwollen oder die fördernde Liebe anderen geistigen Wesen gegenüber.

Es ist selbstverständlich, daß diese Züge je nach der Kulturstufe und Kulturart, die ein Volk innehat, sich in sehr verschiedenen, abgestuften konkreten Formen darstellen werden. Es wird zur Veranschaulichung dieser Gedanken förderlich sein, wenn wir sie auf die unsere Kultur in irgendeinem Grade bestimmende christliche Moral anwenden. Hier wird als Ziel des sittlichen Strebens das Reich Gottes hingestellt als eine Gemeinschaft, deren Glieder im unmittelbaren Erleben des erlösenden göttlichen Herrscherwillens Gott dadurch dienen, daß sie einander lieben. In diesen Kreis höchster Geistigkeit und innerer Freiheit einzutreten und andere ihm zuzuführen, soll das Ziel jedes Menschen sein. Da aber das Ziel nur erreicht werden kann, wenn der Mensch die Not und Sorge seines äußeren Lebens zu überwinden vermag, so ist die Dienstwilligkeit und Hilfsbereitschaft auf allen Gebieten des Lebens miteingeschlossen in die sittliche Liebe. Eine solche Liebe, die die Persönlichkeit in dem Mitmenschen ehrt, indem sie ihrem höchsten Bedarf entspricht und die zugleich alle äußeren Mittel für diesen Zweck in Bewegung zu setzen bereit ist unter Hingabe des eigenen Lebens mit allen seinen Mitteln und Gütern — das ist es, was uns doch zumeist in einem gewissen Grade vorschwebt, wenn wir von Moral sprechen.

Wir nennen das moralische Handeln auch gutes Handeln. Dadurch gewinnt aber der Begriff der Moral ein noch schärfer zugespitztes Profil. Dem Guten steht als Widerspiel das Böse gegenüber. In der menschlichen Seele liegt neben dem Antriebe, für andere zu sein, ein anderer radikaler Trieb. Man kann ihn als Selbstsucht bezeichnen. Er bestimmt das menschliche Wollen und Handeln in einer der Moral direkt zuwiderlaufenden Weise. Alle Kräfte der Person und alle ihre Beziehungen zu anderen Personen trachtet er auszunutzen zu der Befriedigung der eigenen Begierden. Das verpflichtende Ideal wird ersetzt durch die Gier nach eigenem Glück. Statt daß man jenem Ideal und allen, die ihm zugeführt werden sollen, dient, läßt man alle Dinge dem eigenen Glück dienen. Das ist das Böse. Es erniedrigt das Leben, indem es seine edelste Schwungkraft lähmt, und es läßt das Leben verarmen, indem es den Menschen innerlich isoliert.

Digitized by Google

Aber von klein auf ist dieser böse Trieb, der sich übrigens sehr scharf von der Selbsterhaltung unterscheidet, in der Seele wirksam, wie etwas Naturgemäßes und Selbstverständliches erscheint er ihr und auf alle Lebensbeziehungen trachtet sie ihn zu erstrecken. Aber gerade der innere Widerspruch, der hierdurch in die Seele kommt mit all seinen Irrungen und Spannungen, trägt dazu bei, in dem Menschen das Bewußtsein der eigenartigen Hoheit seines moralischen Wesens zu erhalten.

II

Für andere sein und für sich sein, gut und böse sein — so hörten wir. Ist es nun aber menschliche Anlage, für andere zu sein, so werden notwendig die anderen auch für mich sein. Das führt uns aber zu einem weiteren Zusammenhang. Es entsteht eine umfassende menschliche Gemeinschaft. Keine solche Gemeinschaft kann bestehen ohne eine Ordnung der wechselseitigen Beziehung der in ihr vereinigten wollenden Wesen. Aber diese Willensvereinigung hat einen ganz anderen Charakter als die freie moralische Beziehung zweier Willen zueinander. Diese ist frei oder sie ist überhaupt nicht, jene dagegen besteht, sofern die Willen sich einer äußeren gegebenen Form des Handelns unterordnen. Das ist die soziale oder staatliche Form der Willensvereinigung. In der Moral handelt es sich um die freiwillige Förderung eines anderen Willens, ohne auf irgendeine Gegenleistung von seiner Seite her zu rechnen. Das Böse war die freiwillige selbstsüchtige Hemmung des anderen Willens. Die staatliche Gemeinschaft der Menschen dagegen ist der Ausdruck des Gesamtwillens eines Volkes, der den einzelnen Willen das zu dem Bestand des Ganzen notwendige gegenseitige Verhalten vorschreibt.

Aber auch diese Form des menschlichen Lebens ist nicht etwa ein Produkt zufälliger Überlegungen — ein bellum omnium contra omnes hat es ebensowenig jemals gegeben als einen contrat social —, sondern eine in der menschlichen Anlage begründete und daher lebensnotwendige Existenzform. Es ist das staatliche Leben. Viele freiwollende, ja selbstsüchtige Wesen machen eine Lebenseinheit aus, die wie alles Leben sich mit einer gewissen Regelmäßigkeit entfaltet. Die Einheit dieser großen Willensgenossenschaft ist einerseits natürlich begründet auf der Gemeinsamkeit von Boden und Klima, von Blutmischung und Schädelbildung, andererseits beruht sie auf der Gemeinsamkeit der geistigen Richtung, wie sie in der Geschichte geworden ist. So kommt in die Vielheit der Willen eine gemeinsame Lebensrichtung. Derselbe Takt beherrscht die Bewegung der vielen und die gleichen Maßstäbe regeln ihre Gedankenbildung und Urteile.

Jedoch, diese Einheit ist keineswegs eine konstante Größe. Niemand ist es gelungen, das Gesetz ihrer Entwicklung zu ermitteln. Es gibt immer Einzelwillen, die sich der Leitung des Gesamtwillens entziehen wollen. Oft tauchen in dem breiten Strom der Entwicklung Einzelströmungen auf, die sich dem Rhythmus der Gesamtbewegung nicht fügen. Fast immer prallen die Wogen

Digitized by Google

der Entwicklung in hartem Stoß aneinander, wenn aus den Zukunftstendenzen der geschichtlichen Vergangenheit konkrete Gegenwartsziele werden sollen. Es ist der Konflikt zwischen dem die Entwicklung leitenden Gesamtwillen und dem Gegenwartswillen einer Generation.

Dieses ungeheure Ganze, das sich in tausend und aber tausend Gliedern regt, die scheinbar alle nur ihr Sonderdasein führen, ja auseinanderstreben, ist aber dennoch durchdrungen von der Einheit eines geistigen Willens. Es ist ein Leben, das seine Glieder durchdringt und auch die extravagantesten unter ihnen sich schließlich einordnet. Es ist ein Leben, das trotz des Eigenwillens der einzelnen Menschen durch alle Krisen der Geburten neuer Gegenwarten hindurch sich, ständig fortschreitend, entfaltet. Dieses geschichtliche Gesamtleben ist der Staat als die wirksame Einheitsform aller Lebensfunktionen eines Volkes. Die Tätigkeit aber, die die Vielheit der Glieder und Gruppen, der Interessen und Parteien bewußt oder willentlich zur Einheit des geschichtlichen nationalen Lebens hinführt, ist die Politik. Ihr Hauptträger ist die Regierung samt all den Hilfs- und Kontrollorganen, die ihr zur Seite stehen.

Die Politik ist also zunächst im Sinne der sogenannten inneren Politik zu verstehen. Und hierin besteht in der Tat ihr Wesen. Sie ist die Leitung und Erhaltung der Kraft und Einheit des Lebens einer Nation in Beharren und Fortschritt. Da nun aber bei höherer Entwicklung der Kultur das Leben eines Volkes stets in vielseitigem Zusammenhang zu dem Leben der anderen Völker steht, so tritt die äußere Politik als eine notwendige Ergänzung zu der inneren Politik hinzu. Wer den gesicherten Fortschritt des Lebens seines Volkes erstrebt, muß zugleich für ein Verhältnis zu den übrigen Nationen Sorge tragen, das diesen Fortschritt ermöglicht. Daher ist ein allseitig ehrlich gewollter Friede das Ziel der äußeren Politik. Diesem Zweck dient auch der Krieg.

III

Politik und Moral! Die Eigenheit beider Begriffe erfassen heißt den Gegensatz erkennen, der sie trennt. Auf seiten der Moral liegt alles das, was uns edel und erstrebenswert erscheint, Liebe, Wohlwollen, Hingabe, Aufopferung. Auf der Seite der Politik sehen wir die Rücksichtslosigkeit und den unbarmherzigen Egoismus der einander bekämpfenden Parteien und Völker. Hier erscheint es als Pflicht, den Gegner so empfindlich als möglich zu treffen und das Leben anderer zu zerstören, um sich selbst zu behaupten. Dazu kommt die Hinterlist und Lüge der Diplomaten, die leere Aufgeblasenheit der Bureaukraten, der Obskurantismus der Parteilöwen. Es ist aber eine, freilich erklärliche, Täuschung, wenn man so tut, als hafteten die abstoßenden Züge bloß an der äußeren Politik, weil sie es zu Kriegen kommen läßt. In weniger großen und auffallenden Dimensionen treten uns die nämlichen Züge aber auch in der inneren Politik entgegen, und das kann nicht

Digitized by Google

anders sein, denn sie ist die eigentliche Politik. Es ist wichtig, hieran festzuhalten, wenn man nicht rettungsloser Konfusion anheimfallen will, wie sie in den aufgeregten Gefühlsurteilen von heute und gestern zutage treten. Nicht erst der Krieg schafft die harten Rätsel des menschlichen Gemeinschaftslebens. Sie sind alle vorher schon vorhanden, der Krieg öffnet aber auch den Blinden die Augen, sie zu sehen. Es ist ein wunderliches Verfahren, sich über die Raubtiere in den Wappen der Großstaaten zu entsetzen und den Traum von der internationalen Verständigung und ewigem Frieden zu träumen, dabei aber nach innen hin mit aller Rücksichtslosigkeit die Lage im Parteiinteresse auszubeuten. Da tut man ja selbst das mit der rechten Hand, was man eben für die linke Hand so feierlich verdammt hat.

Vielleicht dient es zur Klärung unseres Problems, wenn wir einen Augenblick auf die verschiedenartige Auffassung des Verhältnisses von Politik und Moral bei den Hauptgegnern des Weltkrieges, bei den Deutschen und bei den Angelsachsen, hinblicken. Es wird sich dabei eine verschiedene Grundauffassung zeigen, die an ihrem Teil das Wort unseres Kaisers von den zwei einander bekämpfenden Weltanschauungen rechtfertigt. Schon rein äußerlich fällt dem aufmerksamen Beobachter auf, daß die Engländer nicht müde werden, uns ein unmoralisches politisches System vorzuwerfen, während bei uns weitere Kreise in der Regel über die einzelnen unmoralischen Handlungen der Gegner — Baralong, King Stephen, Casement usw. — sich entrüsten.

Dieser Unterschied hängt aber, wenn ich recht sehe, mit gewissen Grunddifferenzen in den sittlichen Anschauungen der lutherischen und der anglokalvinistischen Länder eng zusammen. Unsere deutsche Auffassung geht in den Grundzügen auf Luthers Gedanken zurück. Das Mittelalter wollte einst die Politik wie das gesamte soziale und staatliche Leben der Leitung der christlichen Moral unterstellen. Das göttliche von der Kirche ausgelegte Gesetz sollte auch der Staat anwenden, freilich nur in groben äußeren Umrissen, wie es seine niedere Natur erfordert. Konsequenter noch und klarer haben die Reformer des ausgehenden Mittelalters diesen Gedanken fortgeführt. Das „evangelische Gesetz" sollte alle Schäden in Staat und Kirche bessern, jedem Recht schaffen und alles Unrecht aufheben. Dies Gesetz ist aber im letzten Grunde eine vernunftgemäße Regel, so daß alle vernünftigen Menschen ihm zustimmen können und sollen. Aber diese mittelalterliche Auffassung hat, wie bekannt, nur bewirkt, daß die kirchliche Moral politisiert und die Politik doch nicht moralisch wurde.

Dem ist Luther entgegengetreten durch eine zweifache Erkenntnis. Einmal lehrt er, daß Moral und Politik, Kirche und Staat, Glauben und Wissen nicht nur dem Grade, sondern der Art nach voneinander verschieden sind und beide Gebiete somit ihr eigengesetzliches Dasein führen. Sodann erkennt Luther, daß die Moral nicht den gesetzlichen Charakter einer vorgeschriebenen Ordnung hat, sondern ebenso wie die Religion in das Gebiet des persönlichen freien Lebens und Wollens des einzelnen Menschen fällt, während

Digitized by Google

der Staat auf einer äußerlich rechtlichen Zwangsordnung beruht. Der Staat kann und soll also nichts anderes erstreben als ein Zusammenwirken seiner Glieder zum Zweck der Erhaltung und Ordnung des Lebens eines Volkes. Hier gilt keine andere Regel als die vernünftige Zweckmäßigkeit. Und hier gibt es keinen höheren Erfolg als den, daß die Menschen zu gegenseitiger Förderung eine feste Lebensordnung einhalten. Diese erstreckt sich im Sinn Luthers nicht nur auf die Herstellung der Rechtssicherheit, sondern auch auf die Durchführung eines fortschreitenden Kulturlebens. Dies beides wird aber dadurch erreicht, daß man die überkommenen geschichtlichen Ordnungen in Kraft erhält und sie in etwaigen Bedarfsfällen innerhalb ihrer selbst verbessert. Kluge Überlegung und sichere Entschiedenheit in der Handhabung der ihnen zu Gebote stehenden Rechts- und Machtmittel sind demnach die Aufgaben der Fürsten. Wenn sie außerdem christliche, ernst moralische Persönlichkeiten sind, so werden sie ihre Aufgaben besser, weil gewissenhafter und treuer, durchführen. Aber darum behalten diese Aufgaben immer ihren rein naturgemäßen, durch verständige Gesetze gebotenen Charakter und erlangen nicht etwa eine höhere christlich-moralische Geltung.

Man pflegt vor der Härte zu erschrecken, mit der Luther dem Bauernaufstand entgegentrat. Aber sie wird doch sofort begreiflich, wenn man ihren Grund versteht. Das war es, was Luther empörte, daß die Bauern ihr sozialpolitisches Programm mit der Autorität der christlichen Religion und Moral bekleideten und sich so von vornherein einer großen Lüge schuldig machten. Nicht minder widerstrebte ihm die Absicht, die ganze geschichtliche Lebensordnung um der Interessen eines Teiles des Volkes willen umzustoßen.

Es ist heute nicht unsere Aufgabe, den Staatsgedanken Luthers darzustellen und zu beurteilen. Es ist genug, wenn wir den Grundriß verstehen lernen. Luther hat ein kräftiges Bewußtsein von dem Staat als einer geschichtlich gestaltenden Lebensform besessen und er hat die alte deutsche Empfindung von der inneren freien Einheit zwischen Leitern und Geleiteten geteilt. Der Staat war ihm doch nicht bloß eine Gewaltordnung, sondern auch eine Genossenschaft. Aber das große Problem, das sich aus seiner eigenen Entdeckung der Innerlichkeit und Freiheit des Menschenwesens ergab, nämlich wie jenes geschichtliche Formprinzip sich unbeschadet der persönlichen Freiheit und gerade in ihr durchsetzen kann, ist ihm nicht aufgegangen. Und doch ist der ethische Idealismus Luthers ein Hauptmotiv geworden zur Durchsetzung dieser Persönlichkeitsrechte im Staat, mag immerhin zunächst die politische Gedankenwelt Luthers den fürstlichen Absolutismus und die Untertanenhaftigkeit der Bürger gefördert haben.

Das hindert nicht, daß für die uns beschäftigende Frage bei Luther die Ansätze zu einer Lösung vorliegen, welche für die deutsche Auffassung maßgebend geworden sind. Der Staat wird als eine Größe des geschichtlichen Lebens angesehen, eine Ordnung des natürlichen Gesamtlebens nach den Gesetzen der Vernunft und der Zweckmäßigkeit. Die Moral dagegen ist freie

Digitized by Google

persönliche Liebe zu Gott und den Brüdern. Der Staat ist nicht moralisch und handelt als solcher nicht moralisch. Aber die Bürger des Staates sollen moralisch sein, und sie werden, wenn sie es sind, nicht etwa die Staatsordnungen denaturalisieren oder moralisieren, sondern sie werden in diesen Ordnungen treu wirken mit dem Bewußtsein, gerade als Glieder einer höheren sittlichen Lebensordnung zu der pflichtmäßigen Beobachtung und der zweckmäßigen Fortbildung der staatlichen wie der sonstigen natürlichen Ordnungen verbunden zu sein. Das Gesamtleben an sich ist nicht moralisch, aber sind seine Glieder moralische Persönlichkeiten, so wird auch die höchste Moral in ihm Platz finden und es fördern.

Ganz anders hat sich die Anschauung auf dem angelsächsischen Boden unter den Einwirkungen des Kalvinismus entwickelt. Kalvin hat die Staatsordnung nach den Geboten Gottes herstellen wollen und er ist der Ansicht gewesen, daß die aristokratische Republik die ideale Staatsform sei, weil sie den Bürgern die Freiheit verbürge, sofern sie irgendwie doch auch an der Regierung beteiligt sind. Das sind antike und mittelalterliche Gedanken. Man hat den zweiten dieser Gedanken zunächst zurückstellen müssen. Aber auch der Gedanke von der Einrichtung des öffentlichen Lebens nach dem moralischen Gesetz hat sich nur in eigentümlich modifizierter Gestalt durchgesetzt. In den Niederlanden hatten sich in den Befreiungskämpfen des 16. Jahrhunderts die echten Kalvinisten mit einer Gruppe von humanistisch und spiritualistisch gestimmten Reformern vereinigt. Aber diese großen Gegensätze stießen, nachdem der gemeinsame Gegner überwunden war, wieder scharf aneinander. Die Dordrechter Synode konstatierte den Bruch und hob die Verbindung auf. Aber diese ist dann auf englischem Boden während der Kämpfe Cromwells wieder erstanden und hat jetzt weltgeschichtliche Bedeutung gewonnen, indem der praktische, allem Prinzipienwesen abholde englische Geist an ihr festhielt und sie den konkreten Verhältnissen akkommodierte. Es entsteht damit zugleich eine besondere Spielart des Kalvinismus, die man als Anglokalvinismus bezeichnen kann. Zwar sollte jede religiöse Gruppe, sofern sie nur christlich ist, ihre Lehren und Bräuche behalten, aber sie alle vereinigen sich zugleich in der Anerkennung gewisser religiöser und moralischer Wahrheiten. Und diese gelten für alle Staatsbürger und verleihen dadurch dem Staat eine Art religiösen und ethischen Charakters. Die Autorität, die nach Kalvin den biblischen Gesetzen zukommt, wird übertragen auf gewisse moralische Grundwahrheiten, die im weiteren Sinn als christliche anzusehen sind. Diese Wahrheiten sind an sich nicht verschieden von den Gedanken des Naturrechts, aber sie treten mit moralischer Autorität auf und gelten im praktischen Leben als christlich und evangelisch. Auf dieser moralischen Autorität beruht die staatliche Ordnung. Diese ist nicht bloß ein Produkt der vernünftigen Überlegung der Zweckmäßigkeit innerhalb der natürlichen Entwicklung des Volkes. Der Staat ist nicht die oberste Autorität, sondern hinter ihm steht die Autorität der Moral. Aber nicht in den Dogmen der verschiedenen Kirchen

Digitized by Google

kann und darf diese Autorität gesucht werden, sie wird ausgeübt von der „Gesellschaft" oder von der diese beherrschenden öffentlichen Meinung.

Das ist der Demokratismus, der den angelsächsischen Ländern eigentümlich ist und der noch heute für sich christliche Autorität in Anspruch nimmt. So schrieb eine amerikanische Zeitung: „Demokratie ist Christentum als Staatserscheinung, Demokratie ist Christus als Prophet der allgemeinen Brüderschaft der Menschen. Demokratie ist Amerika als Befreier der Welt. Amerika ist der Idealismus, der die Führung der Welt übernimmt. Amerika ist Christentum im Kampf gegen die Dienstbarkeit des Imperialismus . . . Amerika ist die Fleischwerdung des barmherzigen Samariters unter den Völkern, gebend, leihend, helfend." Es ist derselbe Geist, wenn Wilson der staunenden Welt seine Truppen als Kreuzfahrer vorstellte.

Und nun begreifen wir den Gedanken, daß der Gottesstaat, dessen Verwirklichung uns als ein stets zu erstrebendes und empirisch nie erreichtes Ziel erscheint, in England und Amerika verwirklicht sein soll, und daß das Angelsachsentum beansprucht, als ein Heiland der Welt Moral und Freiheit zu bringen. Freilich, wer überlegt, daß die diesen Gottesstaat begründenden Ideale von Zeitungsschreibern und „Politikern" sowie den hinter beiden stehenden Großkapitalisten abhängen, dem wird diese Neugründung des Gottesstaates wenig einleuchtend erscheinen. Sehr viel höher stand da doch die altkalvinistische oder die mittelalterliche Auffassung, daß der Staat nach Gottes Geboten zu regieren sei. Aber in diesem Zusammenhang empfängt die eigentümliche Tatsache, daß im Kampf gegen Deutschland die katholischen romanischen Länder und die angelsächsischen Kalvinisten sich die Hand gereicht haben, eine neue Beleuchtung. Für die beiderseitige Auffassung ist ja der Staat nicht eine göttliche eigengesetzliche Gründung, sondern der Mandatar, sei es der Kirche, sei es der öffentlichen Meinung der christlichen Gesellschaft. Diesen und nicht dem Staat kommt daher die maßgebende Autorität zu. Die Wahlverwandtschaft, auf die wir gestoßen sind, erklärt aber auch die in katholischen Ländern nicht seltene Vorliebe für demokratische Tendenzen. Aber schließlich führt diese Abhängigkeit der Politik von der Moral immer, umgekehrt, dazu, daß die Moral selbst politische Art annimmt. Unwillkürlich wird sie nach den rein staatlichen Tendenzen gemodelt. Daher ist die Glückstheorie in weitesten Kreisen für die englische Moralanschauung maßgebend geworden. Moralisch ist das Handeln, das die Menschen, oder doch möglichst viele unter ihnen, glücklich macht. Das ist vom staatlichen Standpunkt her verständlich, jede echte Moral wird dadurch zerstört.

Die ungeheure Täuschung, die in diesen angelsächsischen Gedanken liegt, wird aber noch gesteigert, wenn man erwägt, daß die englische Politik stets die inner- wie außerpolitischen Fragen ausschließlich nach den Maßstäben des Erfolges und der praktischen Nutzbarkeit behandelt, freilich auch nie deren vermeintliche Moralität zu unterstreichen verabsäumt hat. Weder ist jemals die brüderliche Demokratie, von der man redet, hergestellt, an ihre Stelle

Digitized by Google

trat in Wirklichkeit die Aristokratie oder die Plutokratie, noch sind die zahllosen Kriege Englands je unter einem anderen Stern als dem des härtesten Egoismus der besitzenden Klassen geführt worden, noch hat bis auf die neueste Zeit die Moral der englischen Politik sich zu erweisen vermocht. Schon im Jahre 1665 meinte der englische Admiral George Monck bei dem Kriege wider die Niederlande: „Was kommt es auf diesen oder jenen Grund an? Was wir brauchen, ist ein Stück mehr von dem Handel, den die Holländer jetzt haben." Und neuerdings schrieb wieder ein englischer Offizier: England gibt alle Arten von Gründen für den Krieg an, aber der Grund von allem ist der Handel. Aber trotzdem soll dies alles christlich und moralisch sein. So führt die Theorie mit Notwendigkeit zu der Doppelheit der Maßstäbe, die für den Engländer so charakteristisch ist. Der Erfolg ist alles und die Moral ist alles. Also muß, was zu Erfolg führt, moralisch sein und die Moral den Erfolg sichern. Nothing succeeds like success. Die furchtbare Selbsttäuschung dieser Anschauung kann nicht besser ausgedrückt werden, als es die Oxforder Gelehrten getan haben mit dem Satz: „Es ist richtig, daß wir für unser eigenes Interesse kämpfen. Aber was ist unser Interesse? Wir kämpfen für das Recht, und das Recht ist unser oberstes Interesse."

IV

Der weltgeschichtliche Versuch, die Moral des Staates durch seine Abhängigkeit von der Kirche zu sichern, ist ebenso gescheitert, wie der Versuch, dem Staat durch die Abhängigkeit von den moralischen Anschauungen der öffentlichen Meinung der christlichen Gesellschaft sittlichen Charakter zu verleihen, die Probe nicht besteht. Es soll keineswegs geleugnet werden, daß beide Anschauungen zeitweilig für gewisse Kreise der Bevölkerung von erzieherischem Werte gewesen sind, wie auch ihr Vorhandensein fraglos die Existenz ernster Kreise, die auf die Moral nicht verzichten wollen, bezeugt. Aber durch solche Erwägungen wird das Unmögliche nicht möglich. Es ist eine bloße Einbildung, daß die Tätigkeit des Staates oder die Politik jemals nach den Gesichtspunkten der privaten Moral durchgeführt werden könnte. Nicht in bösem Willen, sondern in der sachlichen Unmöglichkeit ist das begründet. Ich kann und soll in freier Liebe auf meinen Vorteil zugunsten einer anderen Person verzichten, aber ich begehe ein Verbrechen, wenn ich als Politiker einen Vorteil meines Volkes zugunsten eines anderen preisgebe; denn ich verzichte in diesem Falle ja nicht auf einen persönlichen Vorteil, sondern ich schädige die, deren Interesse wahrzunehmen meine Pflicht ist. Ich kann und soll den Glauben und die persönliche Begeisterung für das Gute in allen Menschen erwecken, aber ich bin ein Tor, wenn ich die dauernden, notwendigen Ordnungen des öffentlichen Lebens auf solche Begeisterung allein aufbauen will. Wir können keine Fabrik und keine Schule, keine Stadt und keinen Kreis so leiten, wie sollte es dann bei den tausendfachen unendlich komplizierten Willensverhältnissen des ganzen Volkes möglich sein? Und

Digitized by Google

wie sollte gar das Verhältnis der Riesenorganismen der Großmächte jemals nach den Regeln christlicher Liebe und gegenseitiger Rücksicht geordnet werden? Der Schweizer Theologe Ragaz schreibt: „Das Raubtierverhältnis, das Mißtrauen muß aus den internationalen Beziehungen weg. An Stelle der Machtpolitik muß eine Politik des Dienens, an Stelle der Raubtierpolitik die Menschenpolitik treten; was aber die Aufhebung dessen wäre, was man bisher Politik zu nennen pflegte." Man kann sich bei solchen Worten leider gar nichts denken. Nur fromme oder auch unfromme Unüberlegtheit oder dann der freche Plan, im Nebel der Phrasen leichter in fremden Teichen fischen zu können, kann sich zu solchen Urteilen bekennen. Wir Deutsche haben keinen Anlaß, uns für derartige Phantastereien zu erwärmen, denn unsere Tradition stellt uns auf den sicheren Boden der Auffassung Luthers.

Heißt dies nun aber nicht, auf jede Moral im staatlichen Leben verzichten und die Staaten in der Tat als „große Räuberbanden", wie Augustin sagt, als Raubtiere auffassen? Muß nicht hier Machiavellis Ideal vom Fürsten, der je nach den Umständen als Fuchs oder Löwe auftritt, aber sich immer in den Schleier moralischer Phrasen hüllt, in Geltung treten? Wenn man den leidenschaftlichen Worten, in denen eine solche Kritik auftritt, Gedanken zu entnehmen versucht, so möchte man etwa auf folgende stoßen: Die Absicht des Staates ist unsittlich, denn er befolgt die egoistischen Tendenzen eines Volkes im Gegensatz zur Menschheit. Und seine Mittel sind unsittlich, denn er vergewaltigt die Menschen und nötigt sie dabei zu unsittlichen Taten. Für gewöhnlich denkt man hierbei zunächst an die äußere Politik, aber es gilt genau das gleiche auch von der inneren Politik. Wir wollen versuchen, diese Anklagen zu entgründen, indem wir das Verhältnis von Politik und Moral nach einigen Seiten hin positiv beleuchten.

Vor allem muß das wunderliche Mißverständnis vom staatlichen Egoismus abgestreift werden. Der Staat ist eben kein Ego wie die einzelne Person. Es ist daher auch kein Egoismus, wenn er die Lebensbewegung des Volkes im Gegensatz zu anderen Völkern zu behaupten strebt. Um was er ringt, regt die Arbeit und die Mühe langer Generationen an zu nutzbringendem Schaffen. Die selbstische Genußsucht auf Kosten der anderen, die den Egoismus kennzeichnet, ist also undenkbar in dem politischen Wirken des Staates. Es ist nur ein Spiel mit Worten, hier vom Egoismus zu sprechen.

Wir erinnern uns sodann daran, daß es sich bei der Politik um Leitung des Gesamtlebens eines Volkes handelt, das in einem stetigen Werdeprozeß begriffen ist. Hieraus ergibt sich zunächst, daß die Politik unmöglich allen Individuen oder Gruppen gleichmäßig Glück schaffen kann. Denn was dem einen Glück bringt, gereicht dem anderen zum Unglück. Und in einem großen Entwicklungsprozeß werden naturgemäß die verschiedenen Teile des Organismus bald mehr, bald weniger Lasten tragen. Das bedrückt den einzelnen zeitweilig, auch wenn die scheinbare Unbilligkeit der Lastenverteilung sich für das Ganze allmählich ausgleicht. Das nämliche gilt auch von den einander

Digitized by Google

ablösenden Generationen. Es kann das Dasein ganzer Geschlechter in die Schatten des Winters oder in die hungrige Wartezeit der Aussaat fallen. Sie entbehren und leiden, damit es den Kindern und Enkeln wohlgehe. Und umgekehrt, das helle Licht, in dem die eine Generation wandelt, wirft dunkle und kalte Schatten auf die nächste Generation. Man kann hieraus entnehmen, wie nichtssagend die Bestimmung des Staatszweckes als „Glück" ist. Der Staat oder die Politik kann sich unmöglich an dem Glück der einzelnen Personen, Gruppen oder auch Generationen orientieren, sondern er kann nur auf die gesunde Gesamtentwicklung des Volkes hinschauen. Er muß Entbehrung, Not und Tod über Personen und Generationen verhängen, um Leben und Kraft des Volkes zu erhalten. Wer das unmoralisch nennen will, der vergißt, daß der Staat nicht die einzelnen Menschen als solche, sondern das Volk als Einheit zum Gegenstand seines Wirkens hat. Und dann, gibt es denn wirklich eine sittlich erziehende Liebe auch dem einzelnen gegenüber, die in jedem Moment nur Angenehmes sagen und tun dürfte?

Wir machen einen Schritt weiter. Das Ziel wie die Mittel der Politik müssen Wirklichkeiten sein. Nicht phantastische Pläne einer allgemeinen Weltbeglückung, nicht ein uferloser Imperialismus, nicht ein phäakenhaft behäbiges Glück dürfen das Ziel der Politik werden. Ihr handelt es sich nur darum, das Leben und die gesunde Kraft der Nation zu erhalten und ihrer Entwicklung die Bahnen zu erschließen. Das Ziel muß den Mitteln proportional sein, daher dürfen die Mittel zu diesem Werk nur innerhalb der gegebenen realen Möglichkeiten gesucht werden. Nicht immer wird der Politiker im Hinblick auf diese Mittel in der Lage sein, vorwärts zu gehen. Es können in der Entwicklung auch Stockungen und Erstarrungen eintreten, die dazu nötigen, die Ziele kleiner zu nehmen und näher zu stecken. Nachlassen der natürlichen Fruchtbarkeit des Volkes, übermächtige wirtschaftliche Konkurrenz, Kriegsunglück, Erstarkung und Aufstieg der Nachbarn können in dieser Weise wirksam werden. Solch ein Rückzug stellt dem Politiker nach außen wie nach innen die allerschwierigsten Aufgaben. Es ist in der Regel viel schwieriger, den notwendigen Rückzug zu leiten als das freudige Vorwärtsgehen. Alle solche Möglichkeiten sind aber eigentlich nur verborgene Wirklichkeiten, die dem Auge, das nur einen kleinen Ausschnitt überblickt, verborgen bleiben. Aber der große Politiker nimmt sie um so früher wahr, je mehr er die Gabe der Intuition, die das Wesen des Genies ausmacht, besitzt. Freilich, nicht immer stehen solche Begabungen zu Gebote. Dann gibt es ein Hin- und Hertappen, ein mühsames durch Schaden klug werden.

Aber zu dem positiven Fortschreiten wie zu dem negativen Zurückbleiben kommt immer noch erschwerend hinzu, daß das Objekt des Politikers ein überaus empfindlicher und beweglicher Lebensprozeß ist. Die Lage kann sich plötzlich verschieben, Hindernisse und Förderungen, die nicht vorherzusehen waren, können aufkommen. Deshalb muß der Politiker über die Beweglichkeit und die innere Freiheit von Programmen und Dogmen verfügen, um

Digitized by Google

sein Handeln den neuen Realitäten anzupassen. Nichts vielleicht ist an der englischen Politik so bewunderungswürdig, wie die Geschicklichkeit, jede sich darbietende neue Situation auszunützen.

Der einzige feste Orientierungspunkt der Politik bleibt somit das Leben des eigenen Volkes. Das gilt von der inneren Politik ebenso wie von der äußeren. Fordert es die Lebenseinheit des eigenen Volkes, so müssen innere Änderungen vorgenommen werden. Auch das Leben der Völker bewegt sich keineswegs immer in stetiger Entwicklung, auch hier treten plötzliche Eruptionen auf, ein Herausschleudern bisher verborgener und zurückgehaltener Kräfte. Unterdrückte Evolutionen brechen dann wohl in erschreckenden Revolutionen hervor und in wenigen Jahren werden die Werke von Jahrhunderten zerstört oder werden Stoffe für die Arbeit vieler Generationen gewonnen. Aber auch dann ist an der Einheit der Lebenskraft nicht zu verzweifeln. Die Lebenseinheit bedingt aber auch eine Rücksichtnahme auf die übrigen Völker, denn sie ist nur in dem Maße gesichert, als sie diesen die Lebensentwicklung nicht abschneidet. Jede gesunde Politik wird daher sowohl den verschiedenen Klassen des eigenen Volkes die ihrer Kraft entsprechende Lebensentwicklung eröffnen als auch den übrigen Völkern ihre Lebensentwicklung nicht verlegen, mag sie sie auch nach dem Maße der wirklichen Kräfte beschränken. Aber diese Rücksichten werden vom Standpunkt der Politik her lediglich unter dem einen Richtpunkt der freien Lebensentwicklung des eigenen Volkes eintreten dürfen. Aber eben deswegen ist keine Politik vernünftig und dauerhaft, die es auf Entehrung, Umsturz und Ausbeutung anderer Völker absieht.

Dies ist der feste Punkt in jeder Politik nach innen wie nach außen. Wie aber dieser Grundsatz auf die gegebene Lage anzuwenden ist, das hängt von der genauen Erwägung dieser unter dem angegebenen Gesichtspunkt ab — das darf nie von irgendeinem vermeintlich moralischen Dogma abhängig gemacht werden. Da hängt die Entscheidung lediglich von der Einsicht in die Lebensnotwendigkeiten des eigenen Volkes und von der Erwägung der gegebenen Realitäten ab. Der Frankfurter Friede ist anders ausgefallen als der Nikolsburger Friede und beide Werke lobten ihren Meister. So gibt es nur ein Dogma in der Politik. Es hat formalen Charakter: Handle so, daß die realen Kräfte deines Volkes zu der durch die Wirklichkeit ermöglichten Lebensentfaltung gelangen.

Das ist Realpolitik. Sie ist aber eben als solche nie eine bloße Machtpolitik, sondern sie hat es mit an erster Stelle mit den realen Imponderabilien der eigenen wie der fremden Volksseelen — wie Moral, Religion, nationales Bewußtsein — zu tun. Ist aber die Wirklichkeit der maßgebende Orientierungspunkt aller Politik, dann muß die Politik wahrhaftig sein und die Lüge vermeiden. Man lügt aber in der Politik nicht minder, wenn man an sich reißt, was einem nicht zusteht und was man nicht behaupten kann, als wenn man das preisgibt, was man braucht und was zu behaupten man die Kraft hat. Das ist die Wahrhaftigkeit in der Politik als die Anerkennung der Realität

Digitized by Google

auf physischem wie geistigem Gebiet. Und weil sie die Wirklichkeit erfaßt, darum ist solche wahrhaftige Politik der Weg zum inneren und äußeren Frieden, während jede die Wirklichkeit verleugnende innere und äußere Politik, sie mag nun zu viel fordern oder zu wenig, immer nur Stoff für neue Unruhen schafft. Wollte man dieser Forderung der Wahrhaftigkeit etwa gegenüberstellen, daß die Politiker doch oft lügen, so wird es genug sein an der Gegenfrage, in welchem Lebenskreise denn nicht gelogen wird. Nicht darum, daß Schmutz und Unrecht sich einer Lebensfunktion anheften, handelt es sich, sondern darum, ob diese so beschaffen ist, daß sie ohne Schmutz überhaupt nicht bestehen kann. Das kann aber von der Politik genau ebensowenig gesagt werden als etwa vom Handel oder der Industrie, der Landwirtschaft oder der Wissenschaft. Und darauf kommt es hier an. Die Politik ist ihrem Wesen nach nicht unmoralisch.

Aber hier stocken wir. Eine Fülle von Einreden erhebt sich. Man verweist etwa darauf, daß schon in das Fundament vieler Staaten ein Stein Unrecht eingemauert ist, oder daß die großen politischen Bewegungen, die zu Verfassungsänderungen führen, so oft mit formalem Unrecht behaftet sind, oder daß der Schwächere bei den Friedensschlüssen nicht selten unterdrückt worden ist. Das alles kann natürlich nicht in Abrede gestellt werden. Aber es beweist an sich doch nur, daß in der Politik wie auch anderwärts Unrecht geschieht, nicht aber, daß Politik Unrecht ist. Im einzelnen werden die Fälle sehr verschieden liegen. Es kann bei einer erzwungenen Verfassungsänderung, materiell betrachtet, das Richtige und Gute geschehen sein, nur daß man formell wider altes Recht verstieß, weil man eben neues einführen mußte. Es kann der Schwächere zurückgedrängt worden sein, weil ihm die Kraft geschichtlichen Lebens, die seine Stellung im Gange des politischen Lebens erfordert, abhanden gekommen war. Da kann von moralischem Unrecht nicht gesprochen werden. Anders liegt die Sache, wenn das Unrecht seine zerstörende Kraft fortdauernd offenbart, wenn es dauernde Schädigung des Benachteiligten und fortgesetzte Lebensschädigung ist. Man denke etwa an die Herrschaft Englands in Irland. Da hat die Weltpolitik, aber auch die Politik des einzelnen Volkes das lebhafte Interesse daran, daß das Unrecht aufgehoben werde, und die dazu sich bietende Gelegenheit ist somit wahrzunehmen. Aber wohl in der Mehrzahl solcher Fälle historischen Unrechts ist dies verjährt. Es kann gar nicht ungeschehen gemacht werden, denn dadurch würde statt Nutzen Schaden, statt Recht neues Unrecht geschaffen. Wenn die Wunden vernarbt sind oder am Vernarben sind, soll man sie nicht wieder aufreißen. Wenn sich die neuen Verhältnisse konsolidiert haben, ist es Schaden für alle, die alten künstlich wiederherzustellen. Das ist der sittliche Hintergrund im Rechtsbegriff der Verjährung. Und in dem politischen Leben tritt die Verjährung unter Umständen erstaunlich schnell ein. Es liegt also nicht im Wesen der Politik, unmoralisch zu sein.

Digitized by Google

V

So geht die Politik oder der Staat als ihr Träger den königlichen Weg der Lebenserhaltung und Lebensförderung des eigenen Volkes. Sie leistet gerade in dieser Beschränkung einen sicheren Beitrag zur Förderung des Gemeinwohls der Menschheit. Und hier eröffnet sich nun der Blick auf die positive Beziehung von Politik und Moral und auf die Frage, ob die Politik die Menschen zum Unrecht zwinge. Eines ist uns ja jetzt klar geworden, nämlich daß die Politik die Regeln ihres Handelns nicht der Moral entnimmt. Wo man das behauptet, denkt man entweder an bloßen Schein oder an eine Unwahrheit, die eine corruptio optimi pessima in sich trägt. Demgegenüber besteht die wirkliche Beziehung der Politik zur Moral in folgenden Punkten.

Zunächst schafft erst die Politik die Möglichkeit der Einwirkung der Moral auf ein Volk, denn sie stellt die geordneten und lebenskräftigen Beziehungen her, innerhalb welcher der Mensch fähig wird, moralische Ideale festzuhalten und geltend zu machen. — Sodann kämpfen Politik wie Moral gemeinsam, wenn auch mit ganz verschiedenen Mitteln, wider den gleichen Feind. Es ist der böse, selbstsüchtige Trieb in den einzelnen Menschen. Wenn etwa dieser Egoismus das Gesamtwohl dem Wohl der eigenen Person oder Klasse zum Opfer bringt oder wenn er durch willkürliche Beschränkung der Kinderzahl nationalen Selbstmord übt, so ist das für den Zweck des Staates wie für das moralische Ideal zerstörend. Wider den Egoismus gehen Politik wie Moral an und in diesem Kampf werden sie sich in der Praxis des Lebens immer verbünden. Es gibt keine Moral ohne den Staat, aber es wird auch nie einen gesunden Staat ohne Moral geben. Daher finden wir auch immer in der Geschichte, daß lebensstarke Staaten, die die Kultur zu fördern bestrebt sind, auch Sinn und Interesse für die die Religion und Moral pflegenden Einrichtungen, wie vor allem die Kirchen, haben. Dabei lehrt die geschichtliche Erfahrung, daß Religion wie Moral in dem Maße erstarken und wirksam werden, als sie sich frei aus sich entfalten, dabei vom Staate vielleicht unterstützt, aber nicht verstaatlicht werden.

Aber mehr noch. Nicht selten wird die Politik geradezu sich von Einwirkungen der Moral leiten lassen. Diese Leitung ist, wie wir sahen, nicht eine direkte, als würden die politischen Ziele nach moralischen Motiven gestaltet, sie vollzieht sich vielmehr auf indirektem Wege. Wenn in einem Volke die christliche Sittlichkeit eine reale, das Leben bestimmende Kraft ist, dann kann die Politik gar nicht anders, als mit dieser Kraft in der Gesetzgebung und Verwaltung zu rechnen. Sie macht nicht christliche Gesetze, aber sie macht Gesetze, wie sie für ein Gemeinwesen, in welchem das Christentum eine lebendige Macht ist, erforderlich sind. Nicht direkt, sondern indirekt wirkt somit die Moral auf die Politik ein. Das ist der große Gedanke Luthers und auf derselben Linie hat sich auch die Bismarcksche Politik auf einem ihrer Höhepunkte gehalten. Es ist lehrreich, sich daran zu erinnern,

Digitized by Google

daß Bismarck seine heute von der ganzen Welt bewunderte sozialpolitische Gesetzgebung nur unter dem zähen Widerstand der Vertreter des demokratischen Freiheitsprinzips hat durchsetzen können. Dem entspricht es aber, daß sich seine Begründung dieser Gesetze auf dem Boden der lutherischen Tradition bewegt. Bismarck erkannte, daß die sozialen Ideen der christlichen Moral eine Macht im Volk waren, mochten sie, wie er sagte, in einigen Kreisen auch nur in „fossilem Zustand" erhalten sein. Diese Realität war es, die ihn in rein politischen Erwägungen zu der sozialpolitischen Gesetzgebung trieb und sie zugleich ermöglichte. Hier ist nichts von der christlichen Politik der Bauern und Schwärmer der Reformationszeit, sondern hier handelt der Staat im Sinn Luthers nach rein vernünftigen Erwägungen der Zweckmäßigkeit, aber zugleich im Hinblick auf den realen sittlichen Geist des Volkes.

VI

Dieser Gesichtspunkt ist für unser Problem maßgebend. Es gibt Kreise, die in Angst und Sorge darüber sind, daß die christliche Moral die Schrecken des Krieges nicht habe verhindern können. Sie klagen deshalb entweder die Kirche oder den Staat oder auch gewisse ihnen unsympathische politische Gruppen an und werden nicht müde, ihnen die Schuld für den Krieg und seine Dauer aufzubürden. Fast kann es bisweilen danach aussehen, als wäre es eine Probe tiefer Sittlichkeit und politischer Einsicht, das eigene Nest möglichst ausgiebig zu beschmutzen. Aber auf diesem Wege, der doch wieder nur eine Nachahmung angelsächsischer Methoden, freilich in deutscher Ehrlichkeit, ist, läßt sich nichts erreichen außer einem gewissen „Defaitismus", den doch niemand will. In der Moral handelt es sich um ganz andere Wege, wenn etwas zustande kommen soll. Kämpft um die Herzen der Menschen, erfüllt sie mit heiligem Sinn und gebt ihnen den Schwung einer ewigen Bewegung, und die Menschen werden Mut und Freudigkeit gewinnen, das Unabwendbare zu tragen und das ihrige zu tun, die Not zu mildern! Und dieser Weg wird auch zwar kaum jemals zu einem „ewigen Frieden" führen, vielleicht aber dazu, daß die Staaten weniger frivol und skrupellos, als es in diesem Kriege geschehen ist, in den Krieg eintreten. Dieser Weg wird auch dazu förderlich sein, daß die Unbarmherzigkeit gegen Frauen, Kinder, Verwundete und Gefangene eingeschränkt wird. Und derartiges ist nicht nur in bezug auf den Krieg und seine Nöte zu erwarten, sondern in dem Grade, als echte Moral eine wirksame Realität in dem Leben des ganzen Volkes wird, wird die Politik genötigt sein, diese Realität zu berücksichtigen. Je mehr ernste moralische Menschen es in einem Volke gibt, desto mehr sittliche Persönlichkeiten werden an seiner Leitung beteiligt sein, desto mehr werden die unlauteren Mittel im politischen Kampf schwinden. Das ist ein wirkliches Zukunftsziel, das auch den Kirchen nicht genug eingeschärft werden kann. Man arbeite mit aller Kraft um die Ausbreitung und Vertiefung des religiösen und sittlichen Sinnes. Wenn die Menschen dann besser werden,

Digitized by Google

wird es in der Welt besser stehen. Das ist ein Ziel, das unendlich viel mehr Erfolg verheißt, freilich auch viel mehr Mühe erfordert, als die wiederauflebenden chiliastischen Gedanken von großen Völkerverbrüderungen mit einem ewigen Frieden. In stiller Arbeit an den Herzen der Menschen fange man an, nicht mit politischen Moralprogrammen auf den Parlamentstribünen oder in den Volksversammlungen. Auch hier soll man mit realen Zielen rechnen. Die Politik bessert die Verhältnisse und eröffnet dadurch die Möglichkeit des moralischen Verhaltens in einem Volk, die Moral bessert das Verhalten der Menschen und stützt und hebt dadurch die von der Politik hergestellten Verhältnisse.

Darüber werden wir jetzt einig sein, daß die Politik nicht unmoralisch ist oder daß weder ihre Zwecke unlauter sind, noch die zu diesen Zwecken erforderlichen Mittel. Aber trotzdem kann von der Politik als solcher nicht gesagt werden, daß sie moralisch ist. Sie erhält das Leben des Volkes mit allen Mitteln, die hierzu geeignet sind. Das ist an und für sich ebensowenig etwas Moralisches als Kinder zeugen, Handel treiben oder Kranke heilen. Die Politik ist daher nicht als gut oder böse zu bezeichnen, sondern sie kann zweckmäßig oder unzweckmäßig, klug oder unklug, weitblickend oder kurzsichtig sein. Da nun aber eine kluge und weitblickende Politik gesunde Verhältnisse in einem Volk schafft und dadurch indirekt das moralische Leben fördert, wird man eine solche zweckmäßige Politik in ungenauerer Rede wohl als moralische Politik bezeichnen dürfen. Aber an sich bleibt Politik Politik und Moral Moral. Der alte Bismarck hat einmal in sehr lehrreichen Worten zwar für die Moral den kategorischen Imperativ Kants anerkannt, aber zugleich von seinem Wirken erklärt: „Wenn ich zu handeln hatte, habe ich mich niemals gefragt: nach welchen Grundsätzen handelst du nun? sondern ich habe zugegriffen und getan, was ich für gut hielt."

Ist nun aber die Politik nicht unmoralisch, aber auch nicht moralisch, so wird doch der Politiker als Persönlichkeit stets moralisch oder unmoralisch sein. Wenn der Politiker in dem Bewußtsein der Verantwortlichkeit für das Leben seines Volkes, ohne rechts oder links zu blicken, nach bestem Wissen und Gewissen handelt, so ist dies sein Tun moralisch, der Erfolg mag ihm hold oder unhold sein. Wenn er dagegen sein Handeln mitbestimmt werden läßt durch die Rücksicht auf seine Popularität, auf die Wünsche seiner Parteigenossen oder auf die Erhaltung momentaner Ruhe unter Verpassung der richtigen Gelegenheit zum Fortschritt, so handelt er unmoralisch. Hier wird man den tieferen moralischen Sinn der Einrichtung verstehen, die die oberste Spitze der Regierung nur Gott verantwortlich sein läßt und die die Minister nicht in die Versuchung bringt, die von dem Parteiminister unabtrennbar ist. Nicht nur Minister oder Generale handeln moralisch, wenn sie in dieser Weise das tun, was die Pflicht gegen ihr Volk ihnen gebietet, sondern dasselbe gilt auch von dem Wirken des jüngsten Soldaten und der letzten Straßenbahnschaffnerin. Es ist eine moralische Tat, daß sie ihre Kräfte der Not

Digitized by Google

ihres Volkes zu Gebote stellen. Nicht die Politik als solche ist moralisch, aber der in der Politik handelnde Mensch, er leite nun oder werde geleitet, kann und soll sein Wirken als Mittel zur Erreichung des höchsten Ideals gestalten und demgemäß in freier sittlicher Liebe ausführen.

VII

Diese Bemerkungen über Politik und Moral müssen aber schließlich noch einer Probe unterzogen werden. Läßt sich in dem Rahmen dieser Staatsauffassung die persönliche Freiheit des einzelnen Individuums behaupten? Nach angelsächsischer Auffassung besteht die Freiheit wesentlich in der Unabhängigkeit des äußeren privaten Lebens von Eingriffen der Staatsgewalt. Dazu kommt noch das Bewußtsein, daß man durch Zugehörigkeit zu der regierenden Partei gewissermaßen an der Volksleitung beteiligt werden kann. Dies Hochgefühl wird aber illusorisch, sobald man die Ohnmacht des einzelnen Wählers der Parteileitung gegenüber erwägt. Vollends leer ist aber jenes Pochen auf die äußere Freiheit vom Staat angesichts der kläglichen Abhängigkeit in den wirklich bedeutungsvollen Dingen des Lebens von der öffentlichen Meinung. Niemand hat diesen völligen Mangel an einer Freiheit, die des Namens wert ist, bei den Engländern so überzeugend dargelegt wie John Stuart Mill in seinem Buch „On liberty".

Die deutsche Auffassung kennt eine derartige Freiheit vom Staat nicht. Das bringt gewiß manche Unzulänglichkeiten und Unbequemlichkeiten mit sich. Das bureaukratische System mit seiner Vorherrschaft der geschäftlichen Routine und seinem Glauben an das Übliche dient — zumal im Hinblick auf die leitenden Stellen, die das Neue sehen und schaffen und sich nicht erst abringen lassen sollen — nicht immer zur Rechtfertigung des Sprichwortes, daß Gott dem auch Verstand gebe, dem er ein Amt gibt. Es laufen auch über unseren Boden noch manche morsche Zäune aus dem alten Polizeistaat. Sie könnten abgebrochen werden, ohne daß irgend etwas darüber zu Schaden käme. Und die zähe Sicherheit des bureaukratischen Systems würde vermutlich tiefer greifen, wenn für Besetzung der leitenden Stellen weder die bureaukratische Stufe noch die politische Parteistellung in erster Linie maßgebend ist, sondern der Reichtum an neuen fruchtbaren Gedanken und die Sicherheit in der Beurteilung der Entwicklung der wirklichen Welt. Aber schließlich handelt es sich dabei um Mängel, die abgestellt werden können oder auch um Äußerlichkeiten und Kleinigkeiten, und wir sollten nicht Engländern und Amerikanern den Gefallen tun, alsbald mit ihnen um die Wette darüber zu schelten. In der Hauptsache, in der Freiheit der moralischen Persönlichkeit, haben wir einen weiten Vorsprung vor ihnen. Unser Staat läßt uns bei der Beschränkung seines Wirkens auf gesetzliche Ordnungen einen weiten Spielraum innerer Freiheit, wie die Herrschaft der öffentlichen Meinung bei den Angelsachsen ihn niemals bieten kann. Wir sind nicht frei vom Staat, aber wir sind frei im Staat. In unserer Geschichte ist diese innere geistige Freiheit, wie sie

Digitized by Google

der Auffassung der Persönlichkeit in dem deutschen Idealismus entspricht, immer vielseitiger und tiefgehender zu einer Ergänzung der geschichtlichen Formmacht des Staates geworden. Sie tritt bei uns vielfach in anderen Formen auf wie bei den Angelsachsen oder den Romanen. Aber es ist ungebildet, von allen Bäumen dieselben Früchte zu erwarten. Wie das Leben überhaupt dort am reichsten ist, wo es nicht Abschlüsse und Lösungen zeigt, sondern drängende Spannungen schafft, so ist die Spannung zwischen den objektiven Mächten der Geschichte und den freien Organen ihrer Aneignung, wie sie unsere Geschichte in steigendem Maße begleitet, kein Zeichen des Mangels, sondern ein Antrieb zu hoffnungsstarker Arbeit. Das wollen wir auch bei der „Neuorientierung" unserer inneren Lage niemals vergessen. Sie muß unserer Art und Geschichte entsprechen und nicht Fremdes nachahmen.

VIII

Der Fragenkomplex, über den wir heute gesprochen haben, wird in den nächsten Jahren sicher oft diskutiert werden. Die großen Kriege lassen einerseits den Wert der Güter, um die sie gingen, steigen, sie erwecken aber auch andererseits im Hinblick auf die Opfer, die diese Güter kosteten, Bedenken an ihrem Wert. So ist es nach dem Dreißigjährigen Krieg gewesen und ähnlich war es auch nach den Befreiungskriegen. So werden auch wir nicht nur eine Steigerung in der Schätzung deutscher Art sowie unserer nationalen Lebenseinheit im Staat erfahren, sondern es wird auch mit Gründen der Moral eine Umbildung der geschichtlichen Grundrichtung unseres Staates sowie eine internationale Verbrüderung empfohlen werden. Und es ist keine Frage, daß man derartige angelsächsische Ideen von auswärts her uns auf das lebhafteste anraten wird. Die Geschichte einer Anzahl maßgebender politischer Ideen von dem 14. bis zum 19. Jahrhundert hat den gemeinsamen Gang durchlaufen, daß sie zunächst in England nach praktischem Bedarf rein empirisch aufgestellt wurden, daß sie dann in Frankreich verallgemeinert und rationalisiert wurden, während dann schließlich Deutschland sie idealisierte und ihre Prinzipien kritisch analysierte. So ist dafür gesorgt gewesen, daß die anglofränkische Ideenentente uns doch nicht allzu unmittelbar ergriffen hat. Wir wollen daher auch jetzt zusehen, daß wir fortschreiten, aber fortschreiten auf der Bahn unserer geschichtlich erworbenen Eigenart.

In dem gewaltigen Kampfe, der die Menschheit heute in zwei Lager zerspaltet, handelt es sich zuhöchst um den Gegensatz zweier ganz verschiedener politischer Systeme und um eine verschiedene Anwendung der Moral auf das öffentliche Leben. Welches dieser Systeme ist stärker, welches gießt mehr Stahl in das Blut und verleiht tiefere Energie dem Wollen? Ist die schlichte persönliche Moral stärker oder ist es die politisierte Moral? Erzeugt der im Staat verkörperte nationale Wille zum Leben die dauerhaftere Energie oder tut es die moralisierte Politik der öffentlichen Meinung? Das ist der Kern der Frage, wie er gerade in diesem letzten Stadium des Weltringens immer

Digitized by Google

deutlicher hervortritt. Aber die letzte Entscheidung hierüber wird nicht heute oder morgen erfolgen, hängt auch nicht an unserem Erfolg oder Nichterfolg einer ungeheuren Übermacht gegenüber, sondern an der Erhaltung und Durchsetzung der Kraft, die wir in dem Ringen dieser Jahre bewährt haben. Die Geschichte des kommenden Menschenalters wird die Entscheidung klarstellen. Die zermürbende seelische Wirkung einer langjährigen Kriegsdauer ist natürlich unendlich viel stärker, wenn der Krieg von einem Volksheer geführt wird, als wenn ein Söldnerheer ihn führt. Es ist das erstemal in der Geschichte, daß diese furchtbare Probe von den Völkern Europas bestanden wird. Da heißt es jetzt zuerst alle Kräfte der Moral zusammenzunehmen und alle Energie des politischen Wollens zu erwecken, um nicht innerlich in all dem Grauen und Elend zusammenzubrechen oder — was noch schlimmer ist — in dumpfe Stumpfheit zu versinken. Diesem Zweck möge an ihrem Teil auch die Arbeit unserer Universität in diesem Jahre dienen. Nur ein kleines Häuflein von uns ist übriggeblieben. Die Posaunen der Zuversicht erklingen minder hell als bisher und der dumpfe Klang des Nebelhornes des Trübsinns droht sie zu übertönen. Aber kein äußerer Feind ist so drohend als diese innere Gefahr des Erfrierens. Gott schenke da unserer Jugend warme Herzen und einen starken Mut, daß wir Alten an ihnen warm werden! Ein Sturm wie noch nie seit den Tagen der Völkerwanderung braust über Europa hin — ist es ein Frühlings- oder ein Herbststurm? Aber aus dem Heulen und Pfeifen, dem Ächzen und Wimmern des Sturmes tönt an unsere Herzen und Gewissen eine gewaltige Melodie:

Wachet auf, ruft uns die Stimme,
der Wächter sehr hoch auf der Zinne.

. . . . . .

Wohlauf der Bräut'gam kommt,
steht auf, die Lampen nehmt!

Möge der heilige Ernst der Pflichterfüllung in unserem Beruf und in der treuen Hingabe an das Vaterland wie ein Echo antworten dieser Wächterstimme! Dazu mahnt uns so mancher große Meister, der einst bei uns wirkte, von Fichte und Schleiermacher bis auf Treitschke und Wagner. Dazu rufen uns auf die vielen von unseren Brüdern, die ihr Blut auf fremdem Boden vergossen haben. Märtyrer der Freiheit und der Kultur der Welt waren sie, denn noch heute gilt das stolze Wort, das der Mann auf dem Bilde hinter mir[1]) soeben auszusprechen sich anschickt: „Es ist kein Ausweg: wenn ihr versinkt, so versinkt die ganze Menschheit mit, ohne Hoffnung einer einstigen Wiederherstellung."

[1]) Anspielung auf Arthur Kampfs Wandgemälde: Fichte zur deutschen Nation redend.

Digitized by Google

In ehrfürchtiger Erinnerung an die Großen vor uns und an unsere heimgegangenen Kommilitonen und im heiligen Bewußtsein der Pflicht in großer Zeit lassen Sie uns schließen mit den Weiheworten unseres Dichters:

Die Zukunft decket
Schmerzen und Glücke
schrittweis dem Blicke,
doch ungeschrecket
dringen wir vorwärts.
Und schwer und ferne
hängt eine Hülle
mit Ehrfurcht. — Stille
ruhn oben die Sterne
und unten die Gräber.
. . . . . .

Doch rufen von drüben
die Stimmen der Meister,
die Stimmen der Geister:
Versäumt nicht zu üben
die Kräfte des Guten,
hier winden sich Kronen
in ewiger Stille,
die sollen mit Fülle
die Tätigen lohnen.
Wir heißen euch hoffen!

Vom juristischen Willen zur Gerechtigkeit

Von

Geheimrat Dr. Endemann (Heidelberg)

Des Menschen Leben ist eingebettet in eine unendliche Fülle von gesetzlichen Vorschriften. Sie erfassen ihn bei seinem Eintritt in das Dasein, umgeben ihn bei unzähligen Lebensbetätigungen und wirken noch fort über seinen Tod hinaus. Mensch sein, heißt der Rechtszustand als ein von der Ordnung der staatlichen Gemeinschaft beherrschtes Subjekt. Wieweit die Regelung des Verhaltens der Menschen zueinander ausgreifen und wie Freiheit und Zwang sich zusammenfinden sollen, hängt von den wechselnden Kulturzuständen des einzelnen Volkes ab. Ihnen müssen die gesetzlichen nachgehen und vielgestaltig wechselnd sich anpassen. Unabänderlich ist nur das Ziel. Für den Einzelnen mag gelten, daß seine Willkür mit der Willkür aller

Digitized by Google

anderen nach einem allgemeinen Gesetze möglichster Freiheit vereinigt werden soll. Zuhöchst kommt es an auf die Herstellung einer Ordnung, die die sittliche und soziale Entwicklung der staatlich verbundenen Volksgemeinschaft am besten gewährleistet.

Dieser Trieb nach Einordnung und Anpassung ist von Natur allen Menschen eingeprägt. Vergemeinschaftung ist Ordnung, da ohne sie ein Miteinanderleben, sei es im engsten Kreise der Ehe und Familie, sei es im großen Verbande der Genossen oder des Volkes undenkbar deucht. Vernünftige Überlegung belehrt uns, daß solche Ordnung mit der erforderlichen Stetigkeit und Dauer nur bestehen kann, wenn sie ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte und Interessen herstellt. Darum fügt jeder sich insoweit den anderen, damit er für sich wiederum den angemessenen Spielraum gewinne; hier wie so oft zeigt sich, daß der eigene Egoismus die natürliche Kraft ist, die den Einzelnen am wirkungsvollsten in den Dienst höherer Zwecke stellt. Erfassen wir dies in seiner grundsätzlichen Bedeutung, so ergibt sich die bewußte Willensbestimmung nicht zur absoluten Gleichheit aller Menschen, wohl aber zur Prägung einer Gleichgeltung, die jedem seine Wertung verleiht nach dem ihm gebührenden Maße. Suum cuique tribuere; das ist der Satz, mit dem der römische Jurist das Ausmaß des Gerechten kundgab. Aus diesem Zweckgedanken erhebt sich der Wille zur Gerechtigkeit; er ist die Ursache jedes Rechtssatzes.

Begegnet sich somit das Streben nach Gerechtigkeit mit dem für alle Wissenschaften maßgeblichen Willen zur Wahrheit: so ist doch das Werkzeug der Jurisprudenz ein durchaus eigenartiges und ihrem Erkenntniszwecke in besonderer Art angepaßtes. Aus dem Gesamterlebnis des menschlichen Beisammenseins teilen wir bestimmte Gebiete ab und prädizieren sie als solche, die der rechtlichen Normierung bedürftig und würdig erscheinen. Wir erarbeiten damit erst die Tatbestände, die unser Erkenntnisziel bilden. Bei dieser Selektion tritt bereits eine sichere, von der Idee des Gerechten geleitete Willensbestimmung hervor. Jene vor der Ausbildung einer eigentlichen Rechtsordnung liegenden Vorzeiten sind keineswegs, wie es so oft zu lesen ist, Zustände frohgemuter Ungebundenheit, sondern im Gegenteil sklavischer Unterwerfung unter Gebräuche, die bis zur Kleidung, Speise, Trank, Arbeitstätigkeit und Götterverehrung das ganze Dasein fesselten. Recht und Religion gehörten zusammen und übernahmen die Leitung bei allem Tun. Erst die Verweltlichung des Rechtes schuf Freiheit und Selbstbestimmung, indem mit sorgsamer kritischer Erwägung das Gebiet abgesteckt wurde, das zum Wohle der Gesamtheit unter staatlichen Zwang gestellt werden muß, während alles andere den freiwaltenden Kräften der Sitte, der eigenen Selbstbestimmung und vor allem der inneren religiösen Überzeugung überlassen bleibt. Innerhalb des damit abgesteckten Rechtsgebietes werden zum Zwecke der Erkenntnis Eigentum und Forderungsrecht, Ehe und Verwandtschaft, Erwerb unter Lebenden und erbrechtliche Nachfolge von Todeswegen begrifflich geschieden

Digitized by Google

und jede Gruppe wiederum durch gemeinsame Merkmale bestimmt. So entstehen die juristischen Kategorien, die mit festgeprägten Definitionen alle für die rechtliche Normierung bestimmten Lebensverhältnisse erfassen und aus denen sich unter sorgsam erwählter Namengebung das System der Rechtsordnung entwickelt.

Was damit erreicht werden soll, ist die praktische Verwirklichung gerechter Zustände. Praktisch zunächst in dem Sinne, daß wir die empirisch gegebenen Lebensbeziehungen richtig verstehen, die Verkehrsbedürfnisse bewerten und zutreffend beeinflussen. Zugleich aber auch so, daß jeder Rechtssatz Wert und Geltung nur hat um seiner Brauchbarkeit willen. Denn anders als der Philosoph darf der Jurist nicht Halt machen bei der Aufdeckung eines Problemes und der Aufweisung der Methode, wie etwa die wissenschaftliche Forschung einer geahnten Lösung nähertreten könnte; sondern an ihn ergeht das Gebot, daß er in jedem Falle mit seinem Urteil fertig werden muß. Es mag sich um das alltäglichste handeln wie um die Frage, ob das gelieferte Kleid die erforderliche Tauglichkeit und den zugesicherten guten Sitz hat, oder um die Gültigkeit eines Testamentes, bei dem Millionen in Frage stehen. Er muß die Frage, ob eine geistige Erkrankung vorliege, die zur Anfechtung oder Scheidung der Ehe oder zur Entmündigung berechtigt, trotz aller Zweifel und Widersprüche, die in den Gutachten der berufenen medizinischen Sachverständigen ihm entgegentreten, mit eigener Verantwortung abschließend beantworten. Er muß den ursächlichen Zusammenhang zwischen der Tat und dem eingetretenen Schaden ermessen, der tatsächliche Verlauf mag noch so dunkel und verwickelt sein. Daneben finden wir tiefgelehrte Urteile, in denen entschieden wird, daß die Stadt Köln mit einem C und nicht mit einem K zu schreiben sei; und einer unserer höchsten Gerichtshöfe hat uns kürzlich darüber belehrt, daß im Sinne eines Ausfuhrverbotes des Bundesrates geschmolzenes Fett kein Fleisch ist. Es gibt kein Lebensgebiet, auf dem die Männer und Frauen des Volkes nicht Richter zur Lösung ihres Streites anrufen, und überall beanspruchen sie, daß er herausfinde, wo das Juristische in den Dingen drinstecke und er ihnen dann aufweise, wie das Verworrene in gerechter Weise zu lösen sei.

So betrachtet, mag es naheliegen, daß wir das Wesen des Gerechten in der Brauchbarkeit, die Richtigkeit einer Rechtsnorm aus ihrer Nützlichkeit erkennen sollen. Unzweifelhaft gibt der Erfolg einen beachtenswerten Befähigungsnachweis. Aber er allein entscheidet nicht über die innere Wertung. Für die antike Welt, besonders für Rom, hat sich die Sklaverei im Hauswesen und Gewerbeleben als durchaus nützlich erwiesen, sie hat die geistige wie künstlerische Kultur der Römer wesentlich gehoben; gleichwohl ist der Rechtszustand voller persönlicher Unfreiheit niemals als gerecht empfunden worden. Und umgekehrt erleben wir jetzt eine Fülle von Rechtsverordnungen, die auf Verteilung der notwendigen Lebensmittel gerichtet sind; Zweck und Inhalt dünken uns gerecht, aber nicht so stets ihr Erfolg.

Digitized by Google

Was uns gegen das Zufallsurteil sichert, zu dem der Utilismus leicht verführt, ist nur die Gewißheit über die sachliche Richtigkeit des Normeninhalts. Diese kann letzthin nur damit begriffen werden, daß wir das Recht als eine aus der Natur des Menschen mit innerer Notwendigkeit sich ergebende Ordnung erfassen. Das wird gemeint, wenn der göttliche Ursprung des Rechtes hervorgehoben wird; die Vorsehung hat die Menschen zur Gemeinschaft der Arbeit und des Lebens bestimmt, aus ihr stammen alle Werte der Kultur und Entwicklung. Gemeinschaft aber ist Ordnung und Ordnung Recht. Nicht als ein von außenher aufgeprägter Zwang, sondern als die aus der Natur des Beisammenlebens sich mit innerer Notwendigkeit ergebende Gebundenheit. Alle Forschung wie Erkenntnis ist demgemäß zu richten auf die Idee der den Dingen immanenten Gerechtigkeit. Der Mensch findet in ihnen die Gesetze, er schafft nicht für sie erst das Recht.

So verstanden, mag es scheinen, daß die Rechtsordnung in reinster Gestaltung zutage tritt, wenn ihre Bildung den freiwaltenden Kräften des Volkes überlassen wird. Aus den Gewohnheiten des Volkes wächst mit intuitiver Macht heraus, was den Lebensbedürfnissen und der Rechtsüberzeugung der Gesamtheit gemäß ist. Ein Recht, das sofort wirkt und allgemeine Geltung findet; denn freigewollt folgt jeder „der Gebräuche tiefgetretner Spur". Volkstümlich scheint es und voll praktischer Brauchbarkeit.

Wir machen Halt und nehmen Umschau. Gewohnheit ist die demokratischste Form der Rechtsbildung; hier spricht das Volk und die Obrigkeit schweigt. Aber das verbürgt noch keineswegs den volksgerechten Inhalt. Sehen wir genauer zu, so schreitet alle Gewohnheit im Gefolge der Mächtigeren. In den Städten die Patrizier, auf dem Lande die Besitzer der großen Höfe: bei ihnen war das Wissen des Rechts, die Anwendung im Volksgericht und damit die Macht, die Regeln nach ihren Bedürfnissen zu gestalten. Auf soziale Anerkennung und Schutz des Schwächeren sind Gewohnheitsrechte kaum jemals gerichtet. Dazu bedarf es fast stets des schöpferischen Gesetzgebers, der durch seinen imperativen Willen den trägen Verlauf alltäglicher Übungen durchbricht und die Entwicklung in neue Bahnen zwingt: stets unter Anfeindungen und bedroht von dem Vorwurfe, daß er altbefestigte Rechte umstürze und das Wohl des Landes gefährde.

Wer in solchem Ringen der Wahrheit gedient hat? Dafür gibt es nur einen Richter: die Geschichte. Sie allein befähigt uns, aus der Erfahrung der Kulturwissenschaften die Prinzipien der Vernunft herauszuarbeiten. Unser Wissen von den Kulturwerten auf dem Gebiete des Rechtes kann letzthin nur aus dem Ringen der Gesamtheit aller Völker um die Verwirklichung der Gerechtigkeit geschöpft werden. Die historische Entwicklung kann es ermöglichen, eine objektiv richtige rechtliche Regelung zu erkennen, die allgemeine dauernde Geltung beanspruchen darf, weil sie den Dingen wahrhaft adäquat ist.

Das ist der Menschheit beschieden worden durch das römische Recht. Mit markigen Befehlen hat das Gesetz der zwölf Tafeln den Grundbau er-

Digitized by Google

richtet; eherne Gebote, deren Härte zunächst befremdet, sich aber als Ausfluß des wahren psychologischen Verständnisses erweist für das, was Eindruck macht und Gehorsam erzwingt. An ihnen hat das römische Volk durch alle Zeiten festgehalten; mit der richtigen politischen Einsicht, daß damit allein die Ehrfurcht vor dem Gesetze und die Anpassung an seine Grundsätze verbürgt wird. Innerhalb des festgestellten Rahmens war freieste Entwicklung und Fortbildung gewährt. Durch Jahrhunderte hindurch haben die Prätoren hierbei die Leitung übernommen: für jedes Jahr wurde das bisher Errungene erneuter Prüfung unterworfen; in weiser Selbstbeschränkung maßte sich der neue Herr der Gerichtspflege nicht an, alles besser zu wissen, sondern übernahm, was die Probe bestanden hatte, und fügte vorsichtig seine Verbesserungen und Ergänzungen hinzu. Das alles unter unausgesetzter Prüfung, wie er selbst es für den Rechtsstreit am besten verwenden könne. Schöpferische Rechtsbildung und Praxis im Gerichte waren eins. Eine unvergleichlich kluge Mischung von Gebundenheit und Freiheit: und Männer, die sich des Gebrauches der Freiheit fähig wie würdig erwiesen. Denn alles das geschah unter der lebendigen Kontrolle wie Mitwirkung der ganzen Bürgerschaft, die an der Kenntnis aller Rechtssätze teilnahm und in ihrer alltäglichen Übung stand. Die Zusammenfassung und wissenschaftliche Verarbeitung fand endlich einen Juristenstand vor, der die Vornehmsten des Volkes in den Dienst der Rechtsbildung stellte. Sie boten jedermann öffentliche Beratung und Auskunfterteilung, und ihr Werk war es, daß die im Verkehr lebendigen Gedanken, wonach Treue und Redlichkeit bei allen Versprechen und bei jeder Klagerhebung bewahrt werden müssen, zu praktischer unmittelbarer Anwendung gelangten. So lehrten und erwiesen sie das rechtliche Können auf wissenschaftlicher Grundlage. Auch dabei immer mit praktischem Takte. Denn obwohl sie Gelehrte waren und jeder daher seinem eigenen Kopfe folgte, so stand doch als Ziel fest die Erringung der von der Allgemeinheit anerkannten Rechtssätze, und nur die Lehre galt gesetzesgleich, die sich die Zustimmung aller kaiserlich anerkannten Juristen erworben hatte. Sie haben nicht versucht, das Recht von theoretisch konstruierten Lehrsätzen aus zu meistern, sondern das herausgeholt: quod negotio inest, die den Dingen innewohnende gerechte Ordnung.

Das ist es. Was so dem von der Vorsehung zum Rechtserzieher auserwählten römischen Volke beschieden war, ist der ganzen menschlichen Kulturwelt zweimal zum Erwerbe gediehen. Zuerst als jus gentium, als das für alle Völker des römischen Reiches geltende Weltverkehrsrecht. Und zum anderen durch die Rezeption des römischen Rechtes um die Wende des 16. Jahrhunderts, als die meisten Staaten Europas und mit ihnen Deutschland dieses Recht als das den Rechtsanschauungen aller Zeiten und Menschen gemäße aus freier Wahl bei sich in Geltung setzten.

Was in der Geschichte der Menschheit dauernd sich also bewährt hat und heute noch den Grundstock aller Zivilgesetze und auch des Bürgerlichen Gesetz-

Digitized by Google

buches für das Deutsche Reich bildet: das kann den Anspruch erheben, daß es, soweit menschliche Einsicht reicht, die den Dingen objektiv innewohnende Wahrheit und Gerechtigkeit kündet.

Auf diesem Boden gilt es für uns weiterzubauen. Die Erfahrungen der Geschichte mögen dabei den Weg weisen.

Wenn uns heute die unendliche Masse gesetzlicher Vorschriften schier erdrückt, so muß das als unvermeidliches Übel des Kriegszustandes hingenommen werden. Künftig werden wir uns bewußt bleiben, daß die Autorität der Gesetze abnimmt im Verhältnis zu ihrer Masse; wo Unzählige straucheln, schwindet für den Einzelnen die innere Schamhaftigkeit vor der Gesetzesübertretung. Wenige Gesetze. Diese aber wuchtig und stetig. Bei uns herrscht die leidige Gewohnheit, allzuviel durch Gesetze zu regieren und an jedem Gesetze, kaum daß es fertig geworden ist, neuerungssüchtig herumzuändern. In Wahrheit jedoch kommt es vielmehr an auf den Eindruck und die Autorität, als auf die juristische Vollkommenheit des Gesetzes. Die Achtung vor dem Überlieferten und der Väter gutem Brauche, selbst wenn sie nicht mehr ganz modern und bequem erscheinen: das ist es, was feste treue Rechtszustände verbürgt und das Verkehrsleben auf gesicherte Grundlage stellt. Ob wir der imposanten Derbheit altrömischer Gesetze gewachsen sein könnten, ist fraglich; und doch wird ein fester großzügiger Eingriff, bei dem Ziel wie Erfolg für jedermann deutlich vor Augen treten, viel leichter vertragen, als die fortgesetzten kleinen zaghaften Eingriffe, die wenig ausgeben und stets verärgern. Ich denke etwa an die umfassenden Maßregeln, mit denen in eroberten Gebieten viele Tausende von Veteranen des römischen Heeres angesiedelt oder wie in Italien neue Bauernkolonien geschaffen und zugleich der allzu große Landbesitz einzelner beschnitten wurde; wobei auch das Problem der Unveräußerlichkeit des Ansiedlungsgutes durch die Volkstribunen eine Lösung fand. Eine besondere Kunst der Römer war die Duplizität der Wirkungen, die einem Gesetze verliehen wurde. Man erkannte, daß die Erhaltung und der Wiederaufbau eines kräftigen Volksstammes dringendstes Gebot staatlicher Fürsorge ist. Die daraufhin ergangene Gesetzgebung des Kaisers Augustus würde auf die Gegenwart angepaßt etwa dieses Gesicht zeigen. Zunächst die Erstreckung der vaterländischen Dienstpflicht auf die Ehepflicht bis zu bestimmtem ehepflichtigem Alter und unter Ausscheidung der gesundheitlich Untüchtigen. Zugleich nach antikem Vorbild als Mindestmaß das Dreikindersystem. Wenn etwa der Sohn des reichen Senatoren lieber Junggeselle verbleibt oder keine ehelichen Kinder hat: dann kürzt der Staat sein Erbrecht auf ein Zehntel und gibt das übrige an heiratswillige Ärmere und an kinderreiche Familien. Wir aber stehen seit Jahrzehnten in erfolgloser Beratung, wie die Erbschaftsteuer und die Hebung des Bevölkerungsbestandes uns gelingen könnten.

Über allen Satzungen stehen Brauch und Redlichkeit im Rechtsverkehre. Hier erzieherisch nach dem Vorbilde der klassischen Jurisprudenz zu wirken,

Digitized by Google

ist das vornehmlichste Streben der heutigen Rechtswissenschaft und wird durch eine Rechtsprechung gefördert, die mit großem Erfolge an der Verwirklichung unserer Gerechtigkeitsideen arbeitet. Was uns gegenüber den Römern fehlt, ist die mitschaffende Teilnahme des Volkes. Man kauft, schließt Mietverträge, fertigt Testamente an und erwartet, daß alle Rechtsfolgen von selbst sich einstellen werden; fallen sie anders aus, so richtet sich die Unzufriedenheit gegen den Juristen, weil er das einmal geschehene nicht wieder ungeschehen machen kann. Erst allgemach beginnt sich ein Interesse unter den Ehegatten dafür zu entwickeln, in welchem ehelichen Güterrechte sie leben und wie sich die Vermögensverhältnisse beim Tode eines Ehegatten gestalten werden; gerade hier sehen wir, wie wichtig es sein kann, wenn die unmittelbar Betroffenen aus eigener Erfahrung dem Gesetze gegenüber kritisch auftreten und zu sachgemäßen Verbesserungen den Anlaß geben.

Die größte Gefährdung jedoch für die Sicherheit unserer Rechtszustände entsteht aus der Unzuverlässigkeit der Sprache und des Ausdrucks im Verkehr. Nicht, daß wir unredlicher geworden wären. Aber man ist nachlässiger. Einst mußte jede rechtliche Abrede und Verfügung in feste Formelworte geprägt werden. Heute besteht gegen alle Rechtsformen ein Abscheu; und selbst der dringendste Rat, wichtige Vereinbarungen wenigstens schriftlich niederzulegen, begegnet Widerwillen; weshalb noch Formen, da das Wort des Redlichen doch genügt? Damit wird das Wesen der Formelworte völlig verkannt. Durch ihren Gebrauch soll zu klarem Bewußtsein kommen, wo sich das rechtlich bindende Versprechen abhebt von den rechtlich unerheblichen Beredungen. Vor allem aber eignet nur dem Formelworte die festbestimmte Eindeutigkeit. Dieses Wort hat objektive Geltung, es schafft Gewißheit, an der nicht mehr zu deuteln ist. Das ist uns heute fast verloren, da wir alles Heil in der Freiheit der Wortbildung und in der Formungebundenheit erkennen wollen. Die Folge ist, daß wir kaum jemals mit Sicherheit darauf vertrauen können, was ein Satz bedeutet und welche Auslegung er vor dem Richter finden wird. Wohlwollend und hilfreich sucht die Rechtsprechung überall den wahren Sinn zu ermitteln, und erzieherisch spricht sie aus, daß jeder sich den Willen imputieren lassen muß, der nach der gesunden Anschauung des Verkehrs bestehen kann. Aber dieser objektive Maßstab wird im Einzelfalle allzu leicht zum subjektiven und darum willkürlichen Ermessen. Auch die sorgfältig ausgewählte Fassung schützt nicht dagegen, daß Streit entsteht und hinterher die Parteien mit gewisser Überraschung erst erfahren, welchen Willen sie gehabt haben. So eindeutig zu sprechen, daß an dem Sinne nicht gedeutelt werden könnte: dazu sind wir kaum noch imstande. Und wenn ein Erblasser etwas noch so klar nach seiner Meinung im Testamente verfügt hat, die Zuversicht, daß es so verstanden und gehalten werde, kann ihm niemand geben.

So hat Bequemlichkeit zur Verhätschelung und ungeordnete Freiheit zur Rechtsunsicherheit geführt. Was demgegenüber nottut, ist scharfe Selbstkontrolle. Eine Erziehung zur Beherrschung des Verkehrs und seiner Formen;

Digitized by Google

denn nur, wer der Formen sicher ist, braucht nicht Vorbild und Meinung ängstlich den anderen abzulauschen und vermag aus eigener, also freier Selbstbestimmung Stellung zu nehmen gegenüber jeder Lebenslage. Daß diese Unterordnung unter das Ganze den Wert des Menschen hebt und nicht erdrückt, das zeigt uns täglich der Krieg als der große Lehrmeister. Denn gerade durch die Einfügung unter die Generalidee erlangt der einzelne erst seine Bedeutung, indem er nunmehr mit eigener Willensbestimmung und unter eigener Verantwortung das beschließt und ausführt, was die Gesamtlage auf seinem Teilgebiete fordert. Auf der inneren Front des Rechtes gibt das Gesetz die Richtung: daß unser Volksleben in Wahrheit mit Gerechtigkeit erfüllt werde, dazu bedarf es der verständnisvoll sich anpassenden guten Übung des gesamten Volkes und einer Sprache, die darauf besteht: ja ja, nein nein, was darüber geht, das ist vom Übel.

Friedrich Eichhorns Briefe an Gneisenau
(1809—1818)

Von

Wolfgang Windelband

Dem Briefwechsel Friedrich Eichhorns mit seiner Frau, den ich seit dem August 1916 fortlaufend in dieser Zeitschrift veröffentlicht habe, sollen im folgenden eine Anzahl von bisher ungedruckten Briefen angereiht werden, die aus der Feder desselben Verfassers stammen und an Neidhardt v. Gneisenau gerichtet sind. In den Briefen an seine Frau hat Eichhorn, deren Eigenart entsprechend, sich nicht mit der Ausführlichkeit, wie sie der Historiker wünschen möchte, auf die Erzählung der äußeren Ereignisse des öffentlichen Lebens eingelassen, an denen er mithandelnd Anteil nehmen oder deren Zeuge er wenigstens sein durfte. Er gibt im wesentlichen nicht so sehr eine Schilderung der tatsächlichen Geschehnisse, als vielmehr Reflexionen, zu denen diese ihn angeregt haben. Infolgedessen kommt diesem Briefwechsel, wie ich schon in der Einleitung zu ihm ausgeführt habe, die Bedeutung als Quelle für die Erkenntnis der damaligen historischen Vorgänge, so stark diese sich auch in ihm spiegeln, doch nicht in erster Linie zu. Seinen größten Wert besitzt er durch das rein Menschliche, das aus ihm zu uns spricht; er ist vornehmlich als ein für seine Zeit typisches Kulturdokument anzusehen.

Ganz anders die Briefe, in denen Eichhorn sich an Gneisenau wendet. Zwar lassen auch sie deutlich die Vorliebe des Schreibers für allgemeine Betrachtungen erkennen. Das ist ja überhaupt die Eigentümlichkeit aller dieser Männer aus der preußischen Reformzeit, daß sie stets hinter der besonderen Erscheinung des Einzelfalls das Allgemeine, Höhere suchen und sich nie bloß

Digitized by Google

mit der direkten Erfassung und Bewältigung des ihnen im praktischen Leben Gegenübertretenden begnügen. Sie kommen von der Idee her und streben nach ihr hin, ohne deshalb irgendwie den festen Boden der Welt der Tatsachen unter den Füßen zu verlieren. Im Gegenteil, gerade auf dieser ihrer Eigenart, auf dem nahen Zusammenhang, den sie zu den immanenten geistigen Mächten besitzen, beruht ein guter Teil ihrer Erfolge. Daß Eichhorn dieser Richtung angehört, die sich bemüht, wie er es einmal treffend formuliert hat, „das Einzelne des fließenden Lebens klar und deutlich im Zusammenhang mit den allgemein leitenden Ideen der Zeit zu erkennen und aufzufassen und anderen deutlich zu machen," das verleugnet er auch in diesen Briefen nicht. Aber sie sind doch alle geschrieben zu einem klar umrissenen, rein praktischen Zweck. Deshalb bleiben sie nicht bei beschaulichen, theoretischen Darlegungen, sondern sie setzen die realen Vorgänge und die Absichten, um derentwillen sie geschrieben sind, in das hellste Licht. Sie besitzen also zweifellos in stärkstem Maße eigentlichen Quellenwert.

Während der bisher veröffentlichte Briefwechsel sich im Besitze der Familie v. Eichhorn befindet, entnehme ich die unten abgedruckten Briefe dem seit einiger Zeit vom Kgl. Geh. Staatsarchiv in Berlin erworbenen, ebenso umfang- wie inhaltreichen Nachlaß Gneisenaus, der noch lange nicht in genügendem Maße ausgeschöpft ist. Die Zahl, die bei jedem Brief hinzugefügt ist, bedeutet die Nummer des Faszikels, in welchem er enthalten ist. Auch der von Pertz und Delbrück für ihre Biographien Gneisenaus nicht benutzte Teil des Nachlasses ist bereits einer Durchsicht unterzogen worden: Albert Pick hat in seinem Werke: Aus der Zeit der Noth 1806—1815, Schilderungen zur preußischen Geschichte aus dem brieflichen Nachlaß des Feldmarschalls Neidhardt v. Gneisenau, Berlin 1900, vieles Wertvolle veröffentlicht, darunter auch eine Reihe von Briefen Eichhorns.[1]) Er hat dabei aber eine große Zahl weiterer Briefe übergangen, deren Veröffentlichung für seine Zwecke zu weit geführt hätte. Sie sollen im folgenden mitgeteilt werden.

Briefe von Gneisenau an Eichhorn sind leider nur sehr wenige erhalten. Noch Eichhorn selbst hat sechs davon Pertz zur Verfügung gestellt, der sie in seinem Werke abgedruckt hat.[2]) Die Originale von fünf von ihnen ruhen heute im Nachlaß Gneisenaus, B. 404; das des sechsten habe ich nicht auffinden können.[3])

An dieser Stelle muß ich mich im wesentlichen auf den einfachen Abdruck der Briefe beschränken. Der Papiermangel, unter dem alle Zeitschriften

---

[1]) S. 186 ff., 249 ff., 340 ff.

[2]) Bd. II, S. 15, 525, 561, Bd. III, S. 49, 93, Bd. IV, S. 234 ff.

[3]) J. v. Pflugk-Harttung: Briefe des Generals Neidhardt v. Gneisenau 1809—1815, Gotha 1913, veröffentlicht S. 174 einen Brief, als dessen Empfänger er Eichhorn vermutet. Der Brief ist datiert: Paris, 2. XI. 1815 und ist nach Berlin gerichtet. Infolgedessen kann er nicht für Eichhorn bestimmt sein, da dieser damals mit Gneisenau zusammen in Paris war. Ich vermute, daß Savigny der Adressat ist.

Digitized by Google

leiden, macht mir eine ausführlichere Würdigung unmöglich. Nur das unbedingt zum Verständnis Notwendige füge ich an Bemerkungen hinzu. Dagegen sollen diese Briefe Aufnahme finden in die von mir für den Wiedereintritt geregelter Verhältnisse geplante Buchausgabe des gesamten Briefwechsels Eichhorns aus diesen Jahren, und dort werden sie dann auch die ihnen zukommende Verwertung erfahren.

Die Beziehungen zwischen Gneisenau und Eichhorn wurden angeknüpft in der Zeit, da die besten Männer Preußens nach dem gänzlichen Zusammenbruch des Staates ihr Alles an den inneren Wiederaufbau setzten. Die Not dieser Jahre, die Heimlichkeit, mit der sich diese Bestrebungen umgeben mußten, brachten es mit sich, daß die Gleichgesinnten vielfach auch persönlich einander näher traten, als das unter normalen Zuständen möglich gewesen wäre. Für diesen ganzen Patriotenkreis bedeutete der Name Gneisenau einen der Lichtstrahlen, an denen sie ihre immer wieder enttäuschten Hoffnungen aufrichteten. So hat auch Eichhorn schon lange, bevor es ihm vergönnt war, die persönliche Bekanntschaft des Helden zu machen, zu ihm als einem der Führer im kommenden Entscheidungskampfe mit verehrungsvoller Liebe emporgeblickt. Unmittelbar an ihn gewendet hat er sich zum erstenmal im Januar 1809. Gneisenau hatte damals die Absicht zu erkennen gegeben, aus dem preußischen Dienst auszuscheiden, weil er der Überzeugung war, im Ausland den Interessen des Staates besser dienen zu können. Bei allen seinen Anhängern aber erregte diese Absicht die äußerste Bestürzung, sie glaubten seine Wirksamkeit und seinen Einfluß in Berlin nicht entbehren zu können. Der damalige Kommandant von Berlin, Graf Chasot, einer der Tätigsten im Sinne der „guten Partei", vereinigte sich mit einer Anzahl von Gesinnungsgenossen, um gemeinsam Gneisenau zu beschwören, von seinem Vorhaben abzustehen und Preußen nicht den Rücken zu kehren. Unter ihnen befand sich auch Eichhorn. Das Schreiben, das sie an Gneisenau richteten, ist zwar undatiert. Aber es liegt zwischen lauter Stücken aus dem Beginn des Jahres 1809,[1]) und da es dem Sinne nach durchaus mit dem bei Pick, a. a. O., S. 154 veröffentlichten Briefe Chasots vom 5. Januar 1809 übereinstimmt, darf man mit Sicherheit annehmen, daß es ebenfalls in diesen Monat zu verlegen ist. Es hat folgenden Wortlaut:

Verehrungswürdigster!

Durch keine äußeren Hindernisse sich von der Verfolgung des mit reiner Ueberzeugung gewählten Weges abbringen zu lassen, ist der unerschütterliche Entschluß der unterzeichneten. Mancherley Stürme haben uns Gelegenheit gegeben, die Festigkeit dieses Entschlusses zu prüfen, zu bewähren, und nur dann sind wir, aber auch tief bekümmert, wenn das Gebäude unsrer Hoffnungen von innen in seinen Grundvesten erschüttert wird. Leider müssen eben izt wir das Eintreten einer solchen Erschütterung befürchten, da Ihr leztes

[1]) B. 408.

Digitized by Google

Schreiben an den Gr. Chasot uns mit dem Verlust eines Mannes bedroht, welcher der gerechten Sache zu jeder Zeit völlig unentbehrlich ist. Zwar wird uns nicht die Hoffnung geraubt Sie im Augenblick der Ausführung an unserer Spitze zu sehn, allein bis dahin müssen wir alle die unübersehbaren nachtheiligen Folgen fürchten, welche Ihre Entfernung vom Sitz der Regierung nothwendig herbeyführen muß, Folgen, welche leicht alle unsere Absichten lähmen könnten.

So wenig auch dem gewöhnlichen Gange nach, in Ihrem gegenwärtigen Verhältnisse der Erfolg Ihren Anstrengungen entsprechen mag, so wenig Früchte Sie auch von der Zukunft erwarten, so können doch Augenblicke, vielleicht ganz außerhalb der nächsten Berechnung eintreten, in denen eben Sie es sind und allein es seyn können, der einem schwankenden Entschluß die Richtung giebt, aus welcher Seegen für die Menschheit hervorgeht. Wer mit der Consequenz zu thun hat, der kann Möglichkeit oder Unmöglichkeit seines Würkens im voraus bestimmen, nicht so im Gegentheil — mitten in der größten Gebundenheit zerstöhrt plözlich ein glücklich ergriffener Moment das ganze Chaos der Inkonsequenz durch sich selbst, und führt Begebenheiten herbey welche Festigkeit erzwingen. Würde Ihr Edelmuth es sich vergeben können, wenn Ihre Entfernung einen solchen Augenblick nuzlos machte?

Was soll aus dem Guten und Kräftigen in unserem Vaterlande werden, wenn seine Repräsentanten es verlassen. Soll der Nahme Gneisenau nicht mehr die Kämpfer gegen das schlechte und gemeine beseelen, wie er den Muth der Vertheidiger des freien Colbergs gegen die Heere der Unterdrückung beseelte? Soll Ihr kräftiger Geist nicht durch Ausdauer uns den Sieg verleihen wie jenen?

Nein Sie dürfen uns nicht verlassen! Sie waren es, durch den die Sehnsucht nach edler Freiheit und Selbständigkeit in der ermatteten Nation wieder aufgeregt wurde, Ihrer bedarf sie, sich darin zu erhalten und fortzuschreiten. Verlassen Sie diese, so wird sie das Opfer des Schlechten, u. Sie sind dafür verantwortlich, ein neues Beyspiel des Sieges des Bösen über das Gute veranlaßt zu haben, welches die Muthlosigkeit in die ihr so lange zugestandenen, kaum etwas geschmälerten Rechte wieder einsetzen wird. Hat aber kein Augenblick der Entfernung sich zwischen die treu Verbundenen gestellt, haben Sie nie aufgehört der Edelstein zu seyn welcher die Kette verbindet, haben Sie uns mit Einheit bis zur Entscheidung geleitet — dann gebiete das Schicksal, fallen wir alsdann, so fallen wir nicht nur vereint als muthige, sondern auch als besonnene Streiter und Sie als die erhabenste und schönste Darstellung des weisen Kampfes für Tugend und Recht.

Schlagen Sie, Verehrungswürdigster, Männern die Ihrer nicht unwerth sind, die dringende Bitte nicht ab, welche diese Zeilen veranlaßte, gewähren Sie uns bald einige Worte des Trostes, und rechnen Sie unter allen Umständen des Lebens auf unsere gesammte, wie eines jeden treue Anhänglichkeit und hohe Verehrung.

Digitized by Google

G. Reimer.[1]) Schleiermacher. Roeder 1te.[2]) Arnim.[3]) Thiele.[4]) Stülpnagel.[5]) v. Bardeleben.[6]) Rappard.[7]) Eichhorn. Roeder 2te. Chasot.[8])

*

So eindringlich diese Worte auch waren, sie konnten doch nicht die Veranlassung für Gneisenau sein, zunächst noch seinen Plan unausgeführt zu lassen. Er blieb vielmehr deswegen auf seinem Posten, weil er die Hoffnung hegte, seinen Einfluß dahin geltend machen zu können, daß Preußen an der Seite Österreichs in den Kampf gegen Napoleon eintrete. Als aber diese Erwartung zuschanden geworden war, als die preußische Regierung tatenlos dem Zusammenbruche des Kaiserstaates zugesehen hatte, da ließ er sich nicht mehr halten. Er ging zunächst nach England und von dort aus über Schweden nach Rußland. Nach Preußen kehrte er erst dann zurück, als sich die Aussicht auf Krieg zwischen Rußland und Frankreich eröffnete; nun galt es für ihn, den König zur Stellungnahme zugunsten des Zaren zu beeinflussen. Bei seinem heimlichen Aufenthalt in Berlin im Juni 1810 hat er persönliche Bekanntschaft mit Eichhorn geschlossen. Dieser hatte sich inzwischen durch seine unermüdliche Tätigkeit im vaterländischen Interesse eine führende Stellung innerhalb des Patriotenkreises erworben, und so hat es auch nicht lange gedauert, bis sein Verhältnis zu Gneisenau den Charakter der Freundschaft gewann. „Sie waren mir während meines letzten Aufenthaltes in Berlin

---

[1]) Der bekannte Verlagsbuchhändler Georg Andreas Reimer.

[2]) Es gab 1809 vier Brüder v. Roeder, vgl. Maximilian Schultze, Standhaft und treu; Karl v. Roeder und seine Brüder in Preußens Kämpfen von 1806—1815, Berlin 1912. Die beiden Unterzeichneten werden vermutlich Karl und Ferdinand v. Roeder sein, die bald darauf selbst aus der preußischen Armee ausschieden, um in Österreich Dienst zu nehmen.

[3]) Graf Arnim-Boitzenburg, verheiratet mit einer Schwester der Gemahlin des Freiherrn vom Stein. Gestorben 1812. Wird häufig genannt als einer der Führer der Patriotenpartei.

[4]) Ludwig Gustav v. Thiele, damals Kapitän und Flügeladjutant des Königs, 1811 kommandiert als persönlicher Adjutant Blüchers; gestorben 1852 als General der Infanterie und Staatsminister.

[5]) Wolf v. Stülpnagel, damals Kapitän. Spielte später eine große Rolle bei der Gründung der russisch-deutschen Legion; gestorben 1839 als Generalleutnant und Departementschef im Kriegsministerium.

[6]) Karl Alexander v. Bardeleben. Erwarb sich 1813 erhebliche Verdienste bei der Aufstellung der Landwehr in Ostpreußen; gefallen 1813 bei der Belagerung von Küstrin. Nicht zu verwechseln mit dem bürgerlichen Begründer des Tugendbundes, Assessor Heinrich Bardeleben.

[7]) Kammergerichtsrat.

[8]) Geboren 1763. 1807—1809 Kommandant von Berlin, mußte entlassen werden wegen seiner allzu deutlichen Begünstigung des Schillschen Unternehmens. Gründet 1812 die russisch-deutsche Legion. (Von den Unterzeichnern der Adresse sind also nicht weniger als vier — Chasot, Stülpnagel und die beiden Roeder — später selbst in fremde Dienste getreten.) Gestorben 13. Januar 1813.

Digitized by Google

eine freudige Erscheinung," schrieb Gneisenau ihm in dem Brief vom 6. Januar 1811,[1]) der die Korrespondenz der beiden Männer eröffnet. Er bat ihn um Mitteilung seiner Ansicht, wie er sich die zukünftige Entwicklung vorstelle. Eichhorns Antwort hierauf läßt deutlich erkennen, wie stolz er sich fühlte und was es für ihn bedeutete, mit Gneisenau in so nahe Beziehung zu treten. Dessen Wunsch entsprechend ergeht er sich in einer ausführlichen allgemeinen Betrachtung der inneren und äußeren Lage des preußischen Staats. Mit dem pathetischen Schwung, zu dem sie sich stellenweise erhebt, stellt sie eine Art politischen Glaubensbekenntnisses dar. Besonders hinweisen möchte ich auf die schönen Worte, in denen sich Eichhorn gegen den Kleinmut wendet, der, auf eigene Willensbetätigung verzichtend, sich unterwürfig dem Gange des Schicksals beugt. „Was der Mensch ist, das ist er nur mit Freiheit." Und ebenso wie diese seine Weltanschauung den Menschen ganz auf sich selber stellt, so auch seine politische Auffassung den Staat. Deshalb warnt er in der Frage des Bündnisses mit Rußland aufs eindringlichste davor, das Schicksal des Vaterlandes ganz allein abhängig zu machen von der Hilfe einer auswärtigen Macht, obwohl er grundsätzlich durchaus derselben Meinung wie Gneisenau huldigt, daß Preußen sich dem Zaren verbinden solle. Aber das eigentliche Heil kann nicht durch fremde Unterstützung gewonnen werden, für den Ausgang entscheidend sind immer nur die eigenen Kräfte. Die gilt es zum Befreiungskampfe zu stählen. „Auf uns selber können wir nur stehen." Und dieser Kampf wird auch dann nicht erfolglos sein, wenn er nicht zum Siege führt. „Der, welcher dem Gesetz der Sittlichkeit folgend mit Kraft widerstrebet, kann wohl zerstört, aber nicht überwunden werden, versöhnt das Schicksal und streut Keime zu einer neu wachsenden sittlichen Ordnung." Hohe Entschlußfreudigkeit und stolzes Bewußtsein der dem preußischen Staate wiedererstandenen Kräfte sprechen aus diesen Sätzen. Als klassischer Ausdruck für die in diesem Kreise hochgemuter Männer herrschende Stimmung kann dieser Brief Eichhorns gelten.

Verehrungswürdigster![2])

Worte, so freundlich u. innig u. auf die wichtigsten Sorgen deutend, als mir Ihr Brief vom 6ten Januar d. J. zugetragen, sind die köstliche Berührung eines herrlichen Gemüths, die eine empfängliche Seele wunderbar durchdringt u. aufregt u. wie mit einem kräftigeren Leben von Gedanken u. Empfindungen erfüllt. Schon lange bin ich gewohnt, was ich von irgend einigem Interesse erlebe, auf Sie zu beziehen, durch den Gedanken an Sie bey dem Widrigen u. Bösen mich zu stärken u. zu erheben, und in dem Guten, das ich erfahre, nicht bloß den augenblicklichen Genuß zu empfinden, sondern auch das Samenkorn reicherer Hoffnungen zu erkennen. Sie moegen Sich leicht vorstellen, wie in dieser lebendigen Gemeinschaft, die ich zu meiner Freude und Erhebung

[1]) Pertz, a. a. O., Bd. 2, S. 15 f.
[2]) Ohne Datum, Januar 1811. B. 412.

Digitized by Google

mir durch Dichtung gebildet, nun die Mittheilung Ihres Briefs als die wahrhaften u. wirklichen Äußerungen der innigen Rükwirkung einer nicht bloß von mir gedichteten Gemeinschaft mich ergriffen u. erfüllt. Seit Ihrer freundschaftlichen unmittelbaren Begrüßung ist es, als wenn ich die volle Ueberzeugung meines reichen, nie zu entwindenden Besitzes erlangt hätte.

Indeß man hier in tausendfältigen kleinen Sorgen und Arbeiten sich den Blick auf das Ganze zerstreut u. verwirrt, umfaßt Ihre Betrachtung in dem stillen Winkel Ihres Hauses,[1]) ahnungsschwer, die laufenden Ereignisse im großen Zusammenhange. Das Bild, das Sie Sich von uns machen, ist ein treues Bild.

Man hat, wohl mehr um äußerer Veranlassung willen als aus einer wahrhaft inneren Ueberzeugung, die Nothwendigkeit gefühlt, daß unsere Rettung mit Verbesserungen u. Aenderungen im Innern anheben müsse. Zu dem Ende ist die Administration in die Hände eines Einzigen gegeben worden,[2]) man beabsichtigt auch eine Abänderung der Constitution, um eine lebendige Wechselwirkung zwischen Volk u. Regierung zu begründen. Der Wille ist der beste, die Gesinnungen sind höchst liberal, aber der Wille ist ohne Kraft u. die Einsichten ohne Umfassung und auf das Innere dringende Erleuchtung. Man wollte Einheit, damit die verschiedenen Gewalten sich nicht stöhrten, sondern als Organe eines Prinzips wirkten. Dazu dient aber nicht bloß, daß durch ein Ressort Reglement gesagt werde, wie nur einer sey der herrschende u. die andern dienend. Die Dictatur muß auch zu herrschen u. die andern Organe in einem dienenden Verhältnisse zu erhalten verstehn. Eine bloße Instruktion schneidet den Bedienten den Weg nicht ab, den Herrn zu spielen. Indem man die Verfassung veredlen u. eine lebendige Wechselbeziehung zwischen Nation u. Regierung herstellen will, geräth man in kleine Discussionen mit den existirenden Ständen, die erbittern u. wo man wieder aus Liberalität nachgiebt, die Liberalität über der Schwäche vergessen machen u. zu übermüthigen Anmaßungen reitzen. Mit einem auf das Ganze gerichteten Sinn haben beyde Theile sich genähert u. mit einander zu unterhandeln gelobt; während der Unterhandlung vergißt man das geschehene Angelöbniß, es tritt der alte Egoismus aus seinem Winkel hervor u. treibt sein voriges Spiel. Es wird viel gesprochen, über dem Sprechen vergißt die Regierung das Thun, u. eine Regierung sollte sich doch nur durch Thun offenbaren.

Die neuen Finanzgesetze sind von einigen jungen Leuten nach einer Theorie, die mit der Praxis nicht identisch ist, sondern wie ein Abstraktes ohne lebendige Vermittelung dem Besondern entgegensteht, und mit der dürftigsten Kenntniß des geschichtlichen Daseyn des Staats, die bei politischen Institutionen das

---

[1]) Gneisenau lebte damals ohne amtliche Beschäftigung auf seinem Gut Mittelkauffung bei Jauer in Schlesien.

[2]) Durch die Ernennung Hardenbergs zum Staatskanzler. Die seine Befugnisse regelnde Verordnung ist datiert vom 27. Oktober 1810.

Digitized by Google

Wichtigste ist, ausgearbeitet.[1]) Bey der Ausübung finden sich nun tausend Schwierigkeiten. Die Regierung ist wieder zu liberal u. gerecht, um, indem sie diese Schwierigkeiten anerkennt, sie durch tyrannische Machtgebothe zu heben. Sie suspendiert die Ausübung, die elenden politischen Schuster haben nun Recht, u. das öffentliche Vertrauen nimmt täglich ab.

Aber lassen Sie es uns, verehrungswürdigster Freund, offen gestehen, das Unglück liegt mehr in der Sache als in den Personen. Wo sollte sich in unserer bisherigen Geschichte, unter dem ermattenden Getriebe des Geschäftslebens ein politischer Charakter erzeugen u. entwickeln, der ohne Bücher und Theorien mit tiefem Blick das vielfach gegliederte Leben einer Nation unmittelbar ergründet, mit kräftiger Liebe dem, was der Nation Noth ist, sich weyht u. das tief Erspähte und liebend Ersonnene mit der unabwendlichen Macht eines Naturgesetzes gebiethet? Wer dieses vereinigte, u. einen solchen Staatsmann brauchen wir, wäre nicht vorbereitet u. geworden durch die bisherige Zeit, er wäre wie ein Gott in die Zeit gekommen, sie zu heilen u. zu bessern. Wo wird uns aber dieser verkündiget? Mit Recht sagen Sie, daß keine Wunder mehr geschehen.

Indeß wir uns so innerlich nach dem Bessern abängstigen und es nicht erreichen koennen, sinnt der Feind an den Grenzen Verrath, wie er über Nacht über uns kommen will. Täglich ziehen an unendlich vielen Punkten des Rheinstroms Truppen, aber ganz einzeln u. zerstreut, wie Beurlaubte, Reconvalescenten, einzelne Ersazmannschaften, herüber u. ehe wir es uns versehen, ist die zerstöhrende Macht gebildet. Die Regierung weiß es, u. möchte gern helfen; aber sie weiß nach außen hin so wenig Rath, als sie fruchtlos im Innern sich abmüht. Meist wird auch die Frage so schlecht gestellt, als wenn es nur darum zu thun wäre, ob man Rußlands oder Frankreichs Parthie nehmen soll. Wer sich als einen Parthienehmer ansieht, hat schon das Vertrauen u. die Hofnung auf sich aufgegeben, u. will durch einen andern sich retten. Wer sich Frankreich als Freund hingiebt, ist das Schaf, welches sich dem Wolf zur Speise hinwirft, wer Rußlands Parthey folgt, will bey dem Schaf gegen den Wolf Hülfe suchen. Auf uns selber koennen wir nur stehen; wir koennen nur fragen, ob wir als elende Beute uns fressen lassen oder als Männer sterben wollen. Die Entschlossenheit zu sterben hat schon unzähligemahl den Sieg bereitet. Dieß müßte das System der Regierung seyn.

Einzelne ohne die Regierung koennen sterben, aber ohne Hofnung des Siegs. Die Regierung scheint denn doch wieder auf die Einzelnen zu hoffen, u. ich habe gegründete Vermuthungen, daß sie dieselben im Augenblick der Gefahr anrufen u. mit Machtvollkommenheit sie bekleiden wird. Wenn sie

---

[1]) Dies harte Urteil über die Hardenbergsche Finanzgesetzgebung wurde auch von anderen geteilt. Niebuhr und Schön haben ihretwegen sich von dem Staatskanzler getrennt. Zweifellos bildete sie auch den schwächsten Teil des Reformwerks.

Digitized by Google

aber angerufen werden, wird es aber dann nicht zu spät seyn? So fällt gleich wieder die Hofnung, die sich eben bilden wollen, u. die Zukunft bleibt voll Dunkel u. Verwirrung.

Es findet sich wenig Reiz, in dieses Feld ohne Bahn und ohne Sterne sich zu wagen. Und dennoch treibt ein Gefühl vorwärts, nicht ruhig und leidend über sich kommen zu lassen, was die Zukunft biethet. Ist es der Wille des Schicksals, daß wir untergehen u. daß aus dem Untergang sich das Bessere bereite, so müssen die zerstöhrenden Kräfte dennoch einen Widerstand finden, denn nur aus einem Kampfe geht das Tüchtige u. Bleibende hervor.

Mir scheint es, daß man nur dahinstreben müsse, einen Kampf hervorzubringen u. Zeit zu gewinnen. Freylich ist es von einem Feinde, wie Napoleon, viel verlangt, daß er seine Einrichtung nur auf einen Angriff u. nicht auf ein gleichzeitiges Umwerfen mit dem ersten Angriffe machen sollte; nicht weniger ist es verlangt von einer gutmüthigen Regierung, daß sie die Blößen des gegnerischen Plans benutzen und im Augenblick des Angriffs zu einem Bewußtseyn u. Gebrauch von Kräften gelangen sollte, um wenigstens die ersten Schläge abzuwehren. Aber ich unterhalte eine von diesen Hofnungen, weil ich mich sonst ganz blind für die Zukunft u. ohne einige Erwartung zur Thätigkeit finden würde. Kann man die Sache nur zu einem Kampfe bringen, so kenn' ich gefeyerte Nahmen, um die sich die zerstreuten u. einzelnen Guten u. Tüchtigen versammeln u. um so leichter u. freyer versammeln werden, wenn jene mit einer Autorität der Regierung ausgerüstet sind. Durch das Anreyhen u. Anschließen bilden sich organisierte Mächte, welche die weniger vertrauenden herbeyziehen, so wachsen u. durch den Anwuchs wieder neue herbeyziehen. Wie aber der Kampf seyn wird u. wie enden, das läßt keine Berechnung erspähen. Folgt dann doch Ueberwindung, so sind die Streiter als Männer mit freudiger Lust gefallen. Tausende sind angeregt u. belebet, dieses Leben wird wuchern u., wenn die Reife gekommen ist, kräftig sich äußern.

Es war eine Zeit, wo die Thaten u. ihre Erfolge sich wägen ließen, wo man mit großer Sicherheit die Erndte sehen konnte von der Saat, die man ausstreute.[1]) Die Sicherheit des Erfolgs reizte und bestimmte zum Thun. Zu dieser Zeit waltete recht der Wille der Menschen, u. jeder fand sich frey. Was nun geschieht, zeigt sich nicht als der Erfolg eines bestimmten menschlichen Thun. Es kommen furchtbare Bewegungen, die wie sie mit der frühern Geschichte nur im großen Sinne u. nicht nach menschlicher Berechnung zusammenhängen, auch alle Deutung ihres Ziels, wie es menschlich von dem Einzelnen auf das Einzelne geschieht, ausschließen. Recht im eigentlichen Sinne hat das Schikfal die Zuegel der Weltregierung übernommen. Wo der Mensch, auch der Bessre mit seinem Thun u. mit Freyheit anschlagen will,

[1]) Eichhorn meint die Zeit der österreichischen Erhebung 1809.

Digitized by Google

wird er von der Gewalt weggestoßen, oder mitfortgerissen oder zermalmt. Er muß sich der Nothwendigkeit unterordnen u. findet sich nirgends als ein Macher sondern als ein Werkzeug.

So ist zwar die geschichtliche Ansicht der Zeit. Aber wehe dem, der diese geschichtliche Ansicht auch zu Maximen seines Handelns macht, der den Glauben an die Freyheit u. seine Selbständigkeit aufgiebt, nur auch ein blindes Werkzeug des Schikſals sein will u. sich dem Teufel ergiebt, weil er dem Teufel nicht wehren kann. Was der Mensch ist, ist er nur mit Freyheit; das Schikſal zieht außer ihm als eine blinde Macht vorüber, sein Gang und seine Bewegungen koennen nicht gewußt u. errathen werden, u. niemand kann sie daher auch wollen. Das Schikſal tritt immer auf als Rächerin früherer Unthaten, als strafende Gerechtigkeit. Wer die Idee des Schikſals zur Maxime seines Handelns macht, arbeitet für die Unsittlichkeit. Auch er wird zermalmt u. von seinem Gedächtnis bleibt keine Spur, indeß der, welcher dem Geseze der Sittlichkeit folgend mit Kraft widerstrebet, wohl zerstöhrt aber nicht überwunden werden kann, das Schikſal versöhnt u. Keime streut zu einer neu wachsenden sittlichen Ordnung. —

Allzulange hab' ich Sie, verehrungswürdigster Freund, durch Betrachtungen hingezogen, die in dem höheren Leben, wozu Sie berufen sind, kräftig u. lebendig sich zu erheben gewohnt sind. Wär' ich Ihnen nur näher u. koennt' ich öfters von Ihnen hoeren u. Ihnen wieder mittheilen. So oft bringen die gegenwärtigen Ereigniſse das Verlangen dazu hervor. Koennen Sie mir nicht einen Weeg in Vorschlag bringen, wie diese Mittheilung bei dringenden Anläſſen leicht geschehen koennte?

Dem Herzen u. der Verehrung Ihrer Freunde bleiben Sie unabänderlich nahe. Ihr Brief redet nicht bloß von öffentlichem Unglück, sondern auch von häußlichem, das auf Sie eindringt. Wenn lezteres nur von der Art wäre, daß es durch Mittragung von Freunden gemildert werden koennte?

Der Himmel gieße seinen ganzen Seegen über Sie u. erhalte Sie Ihren Freunden u. allen Guten.

Mit der wärmsten Verehrung und unveränderlichen Treue verharre ich

Ihr Freund und Diener

Eichhorn.

*

Eine der wichtigsten Betätigungen Eichhorns bestand, wie aus dem folgenden Brief und aus einer Reihe weiterer hervorgeht, in der Verwaltung des von den Franzoſenfeinden in der Zeit der Vorbereitung gesammelten Geldes, das nunmehr seinem Zwecke zugeführt werden sollte. Überhaupt hat Eichhorn vielfach, auch noch in späteren Jahren, wie die bei Pflugk-Harttung, a. a. O. abgedruckten Briefe beweisen, Gneisenau in finanziellen Angelegenheiten beraten.

Digitized by Google

Berlin den 2t Maerz 11.[1])

Verehrungswürdigster!

Gleich nach Empfang Ihrer geschäzten Zuschrift vom 15t Februar hab' ich mit Teutsch[2]) gesprochen. Sie dürfen nur befehlen, wieviel u. auf welchem Weege ich Ihnen übersenden soll. Machen Sie Ihre Rechnung aber ja nicht zu sparsam. Was u. wieviel Sie wünschen, steht Ihnen zu Diensten. Soll ich Ihnen einen Wechsel auf Ihre Ordre in Breslau zahlbar übersenden? Oder schlagen Sie mir einen Ihrer Freunde vor, auf dessen Nahmen ich den Wechsel stellen soll, der vielleicht schneller, wie Sie, das Geld erheben kann? Wünschen Sie, daß ich den Wechsel unter Ihrer Addresse nach Ihrem jetzigen Aufenthalt abgehen lassen soll, oder ziehen Sie es der Kürze halber vor, den Wechsel direkt an den vorzuschlagenden Freund zu senden? Sie koennten auch auf mich assigniren, in welchem Falle ich nur einige Tage vor der Realisation durch Sie avisirt [zu] sein wünschte. Warum kann ich Ihnen den Vorschuß nicht gleich zutragen?

Sie werden wohl meine Antwort auf die Zeilen, womit Sie mich so sehr erfreut, erhalten haben. Wäre nur Mittel-Kauffung so nah als Charlottenburg, wie schlüge mein Herz, jeden Abend dahin zu wallfahrten, u. bey dem Manne meiner Liebe u. Verehrung wieder Aufregung zu gewinnen aus allen ermattenden Erfahrungen des Tages.

Mit unveränderlicher Treue u. Ergebenheit

Ihr Eichhorn.

*

Der Zeit nach gehört hierher ein sehr ausführlicher und ganz außerordentlich wertvoller Brief Eichhorns vom 23. Juni 1811 über die allgemeine politische Lage und die zu ergreifenden Maßnahmen, den Pick a. a. O., S. 186 ff., bereits veröffentlicht hat und den ich deshalb an dieser Stelle nicht noch einmal abdrucke.

In der Einleitung zu der Korrespondenz Eichhorns mit seiner Frau habe ich eine Reise nach Wien erwähnt, die er im August 1811 unternommen hat. Über ihren Zweck hatte ich damals keine genaueren Angaben machen können; ich hatte es nur als sehr unwahrscheinlich hingestellt, daß sie nicht durch politische Beweggründe veranlaßt worden sei. Wie berechtigt diese Vermutung war, zeigt sich nunmehr aufs klarste aus Eichhorns Briefen, in denen er Gneisenau über die Resultate seiner Sendung Bericht erstattet. Gneisenau hegte damals die bestimmte Erwartung, daß Preußen sich mit Rußland gegen Napoleon verbünden werde, oder zum mindesten gab er sich den Agenten der englischen Regierung gegenüber den Anschein dieses bestimmten Glaubens,

---

[1]) B. 412.

[2]) H. Ulmann hat nachgewiesen, daß Teutsch das Pseudonym des Grafen Chasot war (Graf Chasot inmitten der preußischen Erhebungspartei im Jahre 1811, Forschungen zur brandenburg-preußischen Geschichte, 1901, S. 142 ff.).

Digitized by Google

um deren Unterstützung zu gewinnen. Die Verbindung mit einem der wichtigsten dieser Agenten, John Mordaunt Johnson, herzustellen, war Eichhorns Aufgabe. Er sollte durch ihn England veranlassen, Waffen für die preußische Erhebung bereit zu stellen. Gneisenau selbst war viel zu scharf überwacht, um mit Johnson in persönliche Beziehung treten zu können; infolgedessen beauftragte er den damals noch unverdächtigen Eichhorn hiermit. Bei der strengen Postkontrolle, welche die Franzosen ausübten, mußte Eichhorn in seinen Briefen natürlich die denkbar größte Vorsicht beobachten. Sie gingen alle unter der Deckadresse: „An Herrn Adolph Griesheim in Berlin" und bedienten sich einer verabredeten Sprache, die ihnen den Anschein harmloser Geschäftsbriefe gab. „Bankozettel" oder „Einlösungsscheine" bedeuten in Wirklichkeit Gewehre. Johnson, dessen Name vermieden werden mußte, erscheint als „Dresky". Daß Gneisenau mit einer Sendung von so weitreichender Bedeutung Eichhorn betraute, beweist das Maß von Hochschätzung, das dieser sich zu erwerben verstanden hatte. In der Tat ist es ihm gelungen, von Johnson die Zusicherung zu erhalten, seine Regierung werde 50 000 Gewehre zur Verfügung Preußens stellen.[1]) Außerdem brachte er den Schlüssel zu der Geheimschrift mit, in der künftig die Korrespondenz zwischen Gneisenau und Johnson erfolgen sollte.

d. 3. Aug. 1811.[2])

Ew. Hochwohlgebohrenen Zeilen hab' ich erst zu einer Zeit erhalten, als ich unter den Stunden, in welchen Sie mir für heute den Zutritt erlaubt, nicht mehr wählen konnte. Ich werde daher von der Erlaubniß Gebrauch machen u. Sie morgen ganz früh, wohl schon um 7 Uhr, besuchen. Schon fürchtet' ich, daß der Zudrang von Geschäften Ihre Erinnerung von mir abgezogen, und ich sann schon darauf, der lezteren mich wieder in den Weeg zu stellen. Jede Minute, die Sie mir schenken wollen, ist für mich köstlich.

Voll der innigsten Verehrung

Ihr treu ergebenster Eichhorn.

(Fortsetzung folgt)

---

[1]) Brief Johnsons (unter dem Decknamen G. Wagner) an Gneisenau, 11. November 1811, B. 412.

[2]) B. 411.

Digitized by Google

Die Farben der Nebelgestirne

Von

Professor Karl Bohlin (Stockholm)

Bei einer früheren Gelegenheit[1]) wurde die Verschiedenheit der Farben der Fixsterne besprochen, insofern dieselbe über die Entwickelungsstufe der Sterne Aufschluß zu geben geeignet ist. Es ist gezeigt worden, wie man mit Zuhilfenahme der Strahlungsgesetze für das Licht jederzeit mit recht erheblicher Genauigkeit auf die Temperatur der Sterne schließen kann. Aber schon die unmittelbar dem Auge erscheinende Farbe der einzelnen Sterne gestattet über die jeweilige Temperatur derselben im großen und ganzen zu urteilen. Die ganz weißen Sterne, wie z. B. Sirius, Wega, Altair, dürfen so auf der höchsten Stufe der Glühtemperatur sich befinden, während andererseits schon etwas abgekühlt diejenigen Sterne sind, deren Farbe ins Gelb oder Rot übergehen. Hierher gehören z. B. die helleren Sterne: Arkturus, Aldebaran, Beteigeuze. Capella, der helle Stern im Sternbilde Auriga, ist nicht mehr weder weiß noch rot. Die Farbe dieses Objektes kommt dem anmutigen Glanze unserer Sonne fast gleich, welche zu denjenigen gelben Sternen gezählt wird, die schon etwas, aber noch nicht erheblich erkaltet sind.

Jedem, der die Gelegenheit hat, den Sternhimmel durch ein Fernrohr oder sogar nur mittels eines Opernglases eingehender zu betrachten, werden die mannigfaltigen Abstufungen der Farbe zwischen den obenerwähnten Stufen auffallen, die nicht nur an und für sich durch Anmut ansprechend sind, sondern auch durch ihre Zusammenwirkung zu der hohen Pracht des Firmaments beitragen. Von den ganz weißen Sternen gibt es ein Übergang zu den grauweißen, z. B. Alfa im Schwan, und fernerhin zu den bläulichen, die sogar öfter, z. B. bei den Orionsternen, ins Bläulichgrüne übergehen, wonach wir über die Stufe der weißgelblichen Sterne ins Gebiet der orangefarbigen, der bronzefarbigen und schließlich zu den ganz dunkelroten — Beispiel der von Herschel so genannte „Granatstern" My Cephei — geführt werden.

Diese Gradationen der Farbe sind wissenschaftlich im System gestellt, indem man nämlich folgende Sterntypen:

B Orion-Sterne oder Helium-Sterne,
A Weiße Sterne, Typ Sirius,
F Weiß bis gelbe Sterne,
G Gelbe Sterne, Typ der Sonne,
K Gelb- bis orangefarbige Sterne,
M Orange- bis
N Rotfarbige Sterne

[1]) Juli-Heft 1913 der „Deutschen Revue".

Digitized by Google

aufgestellt und sogar zwischen je zwei derselben bis zu zehn Unterabteilungen eingeführt hat, so daß z. B. A 8 F einen Typus bezeichnet, der sich zwischen A und F, aber näher an F befindet, bezeichnen möge. Im großen und ganzen werden diese Typen A bis M mit den verschiedenen Entwickelungsstufen der Objekte in bezug auf Alter und sinkende Temperatur in Parallele gestellt. Man kann sich aber bei eingehenderer Betrachtung der verschiedenen Sternfarben kaum der Auffassung anschließen, daß außer der Temperatur noch andere Ursachen zu diesem Farbenspiele beitragen mögen, namentlich und vielleicht die Struktur der verschiedenen Sterne aus verschiedenen Substanzen, bzw. aus verschiedenen Gasen, die von Stern zu Stern in ungleicher Weise hervortreten und in ihrem besonderen gefärbten Lichte glühen. Daß dem so ist, hat schon einigermaßen das Spektroskop gezeigt, indem einige Sterne — der B-Typus — vorzugsweise das leichte Gas Helium kenntlich machen, andere, die A-Sterne, vornehmlich den Wasserstoff und die folgenden Typen eine Mannigfaltigkeit von metallischen Gasen in ihren Atmosphären darbieten.

Es ist in der vorliegenden Mitteilung indessen nicht die Absicht, auf eine eventuelle Erweiterung dieser Distinktionen einzugehen, um so mehr, als dies noch der künftigen Forschung vorbehalten ist, deren Resultate in dieser Hinsicht erst abzuwarten sind. Wir werden uns statt dessen mit einer anderen Klasse von Himmelsobjekten als der eigentlichen Sterne hier beschäftigen, nämlich mit den Nebeln, deren man zwei Arten unterscheidet: die planetarischen Nebel und die Spiralnebel, deren Anzahl am Sternhimmel nach unseren gegenwärtigen Kenntnissen schon sehr erheblich ist und z. B. von Keeler auf Grund seiner Beobachtungen an der Lick-Sternwarte zu Hunderttausenden geschätzt worden ist.

Zu den allerwichtigsten Tatsachen der astronomischen Wissenschaft wird die von W. Huggins 1864 gemachte Entdeckung gezählt, wonach gewisse Nebel — die von Herschel so genannten planetarischen Nebel, weil ihre scheibenförmige Gestalt an diejenige der Planeten erinnert — ein monochromatisches, d. h. einfarbiges Licht besitzen, genauer gesagt, daß ihr Spektrum aus einer oder zweien, mitunter aus mehreren getrennten hellen Linien auf einem im übrigen dunklen Hintergrunde besteht. Die Wellenlängen der beiden maßgebenden Nebellinien[1]) befinden sich im Spektrum beim Übergang vom Grün ins Blau. Dem Auge erscheinen auch diese Nebel von einer grünlich-bläulichen Farbe. Jedoch wechseln die Verhältnisse etwas von einem Objekte zu dem anderen, und in einigen Fällen ist eine violette Strahlung[2]) vorwiegend.

Es ist darauf hingewiesen worden, daß diese Verschiedenheiten gewissermaßen an die verschiedenen Spektraltypen der Sterne erinnern, und daß, da die letzteren ein Merkmal der verschiedenen Entwickelungsstufen der Sterne

[1]) 0.5067 und 0.4953 Mikron oder Tausendteile des Millimeters.
[2]) Wellenlänge 0.373.

Digitized by Google

abgeben, gleichfalls, wie von F. A. Seares angemerkt worden ist, in den verschiedenen Spektren der Gasnebel ein entsprechendes Kennzeichen für deren Alter und Entwickelungsstufe sich ausprägen möge.

Die genannten Umstände zeigen, daß die planetarischen Nebel aus Gasen bestehen zum Unterschied von den allgemeinen Nebeln oder den sog. Spiralnebeln, die im Gegenteil ein kontinuierliches Spektrum zeigen, das mit seinen dunklen Absorptionslinien im ganzen an das Sonnenspektrum erinnert und darauf hindeutet, daß der feste oder flüssige Aggregatzustand der Materie in diesen Nebeln vorherrschend ist.

Gewissermaßen hätte man dies auf Grund der eigentümlichen Farbe der Spiralnebel vorhersagen können, weil dieselbe nämlich im allgemeinen etwas ins Rote geht. Von dem größten der Spiralnebel — dem Andromedanebel — bemerkt Simon Marius, der denselben 1612 näher beobachtete, daß dessen Aussehen einer durch Horn leuchtenden Kerze — einer heutzutage fast in Vergessenheit geratenen Beleuchtungsart — gleiche. Dieselbe etwas ins Rot gehende, unbestimmte Farbe und nebelige Erscheinung kommt einer Mehrzahl anderer hellerer, jedoch nur teleskopisch sichtbarer Nebel zu. Es ist auch vermutet worden, daß dunkle, in den Nebel eingemengte Materie zu dessen eigenartigem Aussehen beitragen möge. Dies wurde neuerdings durch Photographien solcher, zur Erde zufällig auf Kant stehender Nebel bestätigt, wobei das Vorhandensein von dunkler Materie in den äußeren Spiralen des Objektes augenscheinlich auf dem hellen Hintergrunde seines leuchtenden Kerns hervortritt.

Da der Unterschied zwischen den verhältnismäßig wenigen planetarischen Nebeln einerseits und der großen Mehrzahl der Spiralnebel andererseits ein so wesentlicher ist, kann es nicht wundern, daß Huggins hieraus Veranlassung fand, auf einen entsprechenden Unterschied in der kosmologischen Stellung der

Digitized by Google

beiden Arten von Objekten zu schließen, indem er nämlich die planetarischen Nebel als Objekte „einer höheren Ordnung" als die übrigen Himmelsobjekte betrachtete. Wie schon 1907 bemerkt wurde, dürfte diese Ansicht es nicht ausschließen, daß einige der gasförmigen Nebel dem Milchstraßensysteme angehören. Dies ist anzunehmen beispielsweise von den großen, an der Form unregelmäßigen Nebeln, wie z. B. dem Orionnebel, dem sog. Amerikanebel, und einer Menge ähnlicher Nebelgebilde, voraussichtlich ist es aber auch der Fall mit einigen der ganz kleinen planetarischen Nebeln von regelmäßigem Umriß.

Erst in der allerletzten Zeit hat die Systematik der Nebel gewisse Modifikationen erfahren. Bei der Betrachtung eines Spiralnebels im Gesichtsfelde eines Teleskops kommt eigentlich bloß dessen zentraler Teil zur Geltung, während die äußeren in der Regel ausgedehnten Teile zu lichtschwach sind, um sich anders als durch photographische Dauerexponierung geltend zu machen. Die obenerwähnten Beobachtungen über die Farben der Nebel beziehen sich deshalb in erster Linie nur auf die Zentren der Objekte. Bis auf weiteres war aber diese Farbennotierung als für diese Nebel im ganzen geltend angenommen, um so mehr, als die Erfahrung gezeigt hat, daß ihr Licht nur wenig photographisch wirksam ist. So erfordert die Aufnahme des großen Andromedanebels mit einem 16-cm-Objektiv bis zu fünf Stunden Exponierung, was viel mehr ist, als man mit Rücksicht auf die verhältnismäßig bedeutende Helligkeit dieses Objektes erwarten würde.

Es scheint doch, als ob die äußeren gewundenen Teile dieser Nebel andere Lichtarten aussenden als ihr Zentrum. Rein physikalische Experimente bestätigen diese Auffassung. Denn keine Mischung von leuchtenden Gasen ist in ihrer Strahlung vollkommen homogen. Dies folgt schon daraus, daß der Druck und die Temperatur in einer Gasmischung im allgemeinen nicht als gleichmäßig angenommen werden dürfen. In der Weise wechselt das Spektrum des elektrischen Lichtbogens von Punkt zu Punkt innerhalb desselben, und so ist auch das Verhältnis bei der elektrischen Entladung in verdünnten Gasen (Geißler-Röhren). Es ist deshalb mit den physikalischen Tatsachen durchaus übereinstimmend, daß ähnliche Variationen auch in den Nebeln wahrgenommen worden sind. Für gewisse planetarische Nebel fand Wright in ähnlicher Weise eine wechselnde, gegen das Zentrum hin zunehmende Intensität der Strahlung 0.4686 im Blau.

Da indessen, mit Ausnahme der helleren planetarischen Nebel, die übrigen Nebelobjekte am Himmel nicht hinreichende Lichtstärke besitzen, um die Veränderung der Intensität innerhalb derselben direkt photometrisch zu bestimmen, und noch weniger zur Untersuchung der Farbenverteilung in denselben auf Grund ihres Spektrums sich eignen, so ist man vorläufig auf andere oberflächlichere Methoden angewiesen, die jedoch wenigstens eine Überschlagsberechnung über die Licht- und Farbenverteilung gestatten. Die hierzu vorzugsweise in Anwendung kommende Methode besteht in der Photographie

Digitized by Google

der Nebel durch gefärbte Gläser oder durch mit Flüssigkeit gefüllte Zellen, sog. Farbenfilter. James E. Keeler, seiner Zeit Direktor der Lick-Sternwarte, war der erste, der mit Erfolg diese Methode namentlich auf den Orionnebel anwendete. Huggins hatte wohl schon 1863 die Vermutung ausgesprochen, daß das Licht dieses Nebels nicht gleichförmig verteilt sei, und H. Draper begann zur Entscheidung dieser Frage spektroskopische Untersuchungen dieses Nebels, die leider durch seinen Tod abgebrochen worden sind. Campbell zeigte, daß die Nebellinie (0.5007) die hellste Spektrallinie in der sog. Huyghensschen Region dieses Nebels war, während die zweite Wasserstofflinie in den entfernteren Teilen des Nebels am meisten hervortritt. Daß diese Wahrnehmungen, wie mitunter angenommen worden ist, nicht auf subjektiver Auffassung beruhten, wurde von Keeler in obenerwähnter Weise gezeigt, indem nämlich das Objekt einerseits direkt, mit gewöhnlichen violettempfindlichen Platten und andererseits durch ein gelblich-grünes Farbenfilter mit Anwendung orthochromatischer (rot- und gelbempfindlicher) Platten photographiert wurde. Es zeigte sich hierbei, daß die zentrale, sog. Huyghensche Region auf den beiden Arten von Photographien mit derselben Stärke erschien, daß aber die äußeren Gebiete des Nebels an den orthochromatischen Platten erheblich schwächer hervortreten, als der Fall war auf den ungefärbten Platten. Die besten Resultate wurden durch Sensibilisierung gewöhnlicher Platten in einer eigens hergestellten Erythrosinlösung erlangt.

Dieses Verfahren Keelers ist in neuerer Zeit mit Erfolg in größerem Umfange von F. H. Seares auf verschiedene planetarische und Spiralnebel angewandt worden. Seine Photographien sind am 60zölligen Reflektor des Mount-Wilson-Solar-Observatory ausgeführt worden und beziehen sich vornehmlich auf die bekannten Spiralnebel N.G.C. 5194, 4736, 4254. Ähnlich wie Keeler führt er Doppelsätze von Photographien aus, einerseits durch Gelbfilter bei isochromatischen Platten, andererseits ohne Filter mit gewöhnlichen Platten. Um dabei für bläulich gefärbte Flächen dieselbe Lichtstärke in jedem Falle zu erlangen, wurde den Isoplatten eine sechsmal längere Exponierung als den gewöhnlichen Platten gegeben.

Bei der Prüfung der so erhaltenen Bildpaare der Objekte zeigt sich, daß an beiden Bildern die Sterne von derselben Deutlichkeit sind. Dagegen sind die Nebeläste erheblich schwächer für das gelbe Licht als für das blaue und dies in solchem Maße, daß die Spiralformationen an den isochromatischen Aufnahmen fast verschwinden. Es ist hieraus offenbar zu schließen, daß die Spiraläste der Nebel vorzugsweise blaues Licht entsenden, in auffälligem Gegensatz zum Zentralknoten des Nebels, der auf den beiden Photographien fast gleich hell erscheint. Es ist vor kurzem auch mitgeteilt worden, daß in einem der Spiralnebel ein entfernter Knoten- oder Trabantnebel deutliches Gasspektrum zeige. Jedoch wurde diese Beobachtung noch nicht bestätigt.

Digitized by Google

Diese überraschenden Ergebnisse, wonach gasförmig leuchtende Materie auch in den Spiralnebeln und vorzugsweise in den äußeren Ästen derselben vorhanden ist, sind geeignet, die bis jetzt übliche Klassifikation unter den planetarischen und den Spiralnebeln zu modifizieren.

Altes und neues Griechentum auf den Ägäischen Inseln

Von

F. v. Duhn

Niemals werd' ich dich vergessen,
Wie ich einst im Kranz dich sah
Deiner Palmen und Zypressen,
Reizendes Parikia!
Aus dem Meer auf Felsterrassen
Steigst du sanft, und dichter Wein
Hüllt die säulenreichen Gassen
Dir in grüne Schleier ein.
Brunnen rauschen, Vögel rufen,
Rosen glühn im Laubgeflecht,
Und hinauf, hinab die Stufen
Wallt ein göttergleich Geschlecht.
Blonde Knaben, deren Brauen
Träumerischer Ernst umwebt,
Schlanke, marmorschöne Frauen,
Deren Schritt wie Reigen schwebt.
Ob die Fabelwelt der Dichter
Längst zerronnen: hoch und rein
Spielt um diese Angesichter
Noch von ihr ein Widerschein;
Und in fremder Märchenhülle,
Wenn sie dir vorübergehn,
Glaubst du Phoibos' Lockenfülle,
Aphroditens Reiz zu sehn.
Wahrlich, aus dem Weltgetriebe
Flücht' in diese stille Bucht
Wer die Sehnsucht, wer die Liebe,
Wer der Schönheit Urbild sucht!

So sang vor 75 Jahren Geibel, das Herz voll klassischer Romantik, so empfindet trotz allem noch heute ein Hellasfahrer, der im Busen ein klassisch gebildetes Herz, im Kopf freudigen Lebenswillen und zwei helle Augen hat. Denn eine herrliche Ecke unserer Welt ist die griechische Inselflur! Von poetischem Glanz seit den Tagen Homers umflossen, vom trivialen Reisestrom nicht entwürdigt. Im Interesse mancher Reisenden — leider! Denn es ist ein hoher, ganz eigenartiger Genuß, von einer Insel zur anderen zu gleiten, vorüber an ragenden Klippen, die in wundersamem Licht strahlen, an Marmorbergen, deren Weiß zum Tiefblau des Himmels, zum Amethystblau des Meeres, zum Grün der Weinberge, Oliven, Zitronenwälder, Myrten, Pinien und Zypressen in wundervoll wirkendem Gegensatz steht — und dann auf jeder dieser Inseln neue, eigenartige Eindrücke in sich aufzunehmen, einer rassereinen, gutartigen, liebenswürdigen, gastfreien und fein empfindenden Bevölkerung nahezutreten, dem steten Wechsel klassischer Erinnerungen sich hinzugeben!

Wohl noch für lange werden diese glücklichen Inseln und ihre Eigenart bewahrt bleiben von dem gleichmachenden Einfluß des modernen Reisewesens. Denn man findet nur wenige und vielfach unbequeme, ja primitive Verbindungen

Digitized by Google

von Insel zu Insel, kaum Gasthöfe im modernen Sinn des Wortes, muß manchen materiellen Genüssen entsagen und durchweg griechisch reden. Dafür tritt man aber auch viel leichter und inniger als anderswo mit der Bevölkerung in Fühlung, lernt von ihr, wird von ihr als Freund angesehen und mit naiver Freude eingeweiht in die kleinen Interessen sowohl des einzelnen wie der ihrer Natur nach in sich abgeschlossenen und unter stets ziemlich gleichförmigen Lebensbedingungen existierenden Gemeinwesen. Alte und neue Zeit scheidet sich hier wenig. Wie im flimmernden Sonnenglanz Meereshorizont und Himmel ineinander übergehen, man oft kaum die Scheidelinie gewahrt, so löst sich das antike Substrat, die Vergangenheit, hier viel weniger scharf von der Gegenwart, läßt sich häufig kaum trennen. Aus solchen Eindrücken gestaltet sich dem Reisenden ein Bild, dessen Hintergrund ich leicht andeuten, von dessen Zeichnung und ideeller Farbenwirkung ich durch Zusammenstellen charakteristischer Einzelzüge eine Vorstellung geben möchte.

Wer vom festländischen Griechenland oder gar aus türkischen oder bis vor kurzem türkischen Landen auf die zum griechischen Königreich gehörenden Inseln oder die von den Italienern widerrechtlich besetzten Sporaden kommt, fühlt sich zunächst aufs erfreulichste berührt durch die größere Sauberkeit der Städte, Dörfer und Menschen, die Häuser durchweg in blinkend weißem Anstrich gehalten, im Innern reinlicher, in manchen Häusern hübscher alter Hausrat, namentlich schöne alte Spitzen, Webereien und Stoffe; eine gewisse gentile Art der Bewohner entspricht diesem Äußeren ihrer Lebensform, man sieht, daß die isolierte Lage die alte Griechenrasse viel reiner erhalten hat: kein Einschlag türkischen oder albanesischen Blutes ist erfolgt, und viel hohe, ja klassische Schönheit bei Männern und Frauen, Knaben und Mädchen erfreut unser Auge und scheint fast veredelnd, im antiken Sinne, auf die Träger solcher feinen Formbildung zu wirken. Unschwer entdeckt man die wohltätige Wirkung jahrhundertelanger intimer Beziehungen zum Westen, zu Italien, besonders zu Venedig. Wo die Türken hausen und hausten, reicht das Mittelalter fast bis in die Gegenwart; auf die Inseln dagegen, über die seit 1204, zum Teil bis zum Passarowitzer Frieden, die Königin der Adria ihre schützende Hand hielt, ist ein Abglanz gekommen italienischer Renaissance, Lebenskunst und Lebensfreude. Da begegnen wir noch heute zahlreichen Familiennamen, deren Träger stolz auf die alten Wappen über ihren Türen und ihre Familienüberlieferungen blicken, sonst aber vielfach ganz verarmt sind. Diesen italienischen Familien, die im Dienst der Serenissima oder aus eigenem Handelsinteresse sich zahlreich auf den Inseln festsetzten, ist es auch zu verdanken, daß die römisch-katholische Kirche dort noch heute wurzelt, auf allen größeren Inseln ihre Kathedralen und in Syra, früher auf Naxos, ihren Erzbischof hat. Die Vornehmheit, mit der sie auftritt, und die okzidentale feinere Bildung und Weltauffassung, die sie zur Schau trägt, steht in auffälligem Gegensatz zur erstarrten, geistig stagnierenden, in ihren Vertretern vielfach bauernhaften griechischen Kirche. Beide Kirchen vertragen sich übrigens, da keine die andere durch Wettbewerb

Digitized by Google

bedrängt; sie selbst und ihre Anhänger stehen scharf auseinander, Mischehen gehören zu den größten Seltenheiten.

Aber gerade dieser starre, zähe Charakter der orthodoxen Kirche hat wesentlich dazu beigetragen, bei ihren Anhängern — und das ist doch die bei weitem größte Menge auch aller Insulaner —, ungemein viel ganz Altes zu erhalten. Sagt doch ein so guter Kenner der griechischen Kirche wie Harnack in seinen Vorlesungen über das Wesen des Christentums: „Die griechische Kirche erscheint nicht als eine christliche Schöpfung mit einem griechischen Einschlag, sondern als eine griechische Schöpfung mit einem christlichen Einschlag." Und nachdem er dann ausgeführt, wie der Intellektualismus und Ritualismus das lebendige Christentum in dieser Kirche ertötet hat, fährt er fort: „Dieses offizielle Kirchentum mit seinen Priestern und seinem Kultus, mit all den Gefäßen, Heiligen, Bildern und Amuletten, mit seiner Fastenordnung und seinen Festen hat mit der Religion Christi gar nichts zu tun. Das alles ist antike Religion, angeknüpft an einige Begriffe des Evangeliums, oder besser, das ist die antike Religion, welche das Evangelium aufgesogen hat." Diese selbe griechische Kirche aber hat dem Volk seine Sprache gerettet, hat den nationalen Gedanken auch in den trüben Zeiten völligsten Knechttums aufrecht erhalten. Sie wird noch heute als nationales Palladium empfunden und ist trotz der geistig tiefen Stufe ihrer meisten Priester von ungeheurer Autorität umgeben, gerade wegen ihrer Zähigkeit; denn seit dem sechsten Jahrhundert hat sich so gut wie nichts in ihr geändert. Nicht einmal das Neue Testament darf ins Neugriechische übersetzt werden, damit die Heiligkeit der Sprache des Herrn nicht angetastet werde. Man erinnere sich eines förmlichen Aufruhrs, der unter den Studenten der Universität Athen entstand, als vor noch nicht langer Zeit eine solche Übersetzung veranstaltet werden sollte, mit der besten Absicht, dem Volk die Heilige Schrift dadurch näher zu bringen. Bei meiner ersten längeren Anwesenheit auf Kreta, 1901, als die Insel noch nicht formell zu Griechenland gehörte, also der Metropolit von Athen dort amtlich noch nichts zu sagen hatte, lebte ich einige Zeit als freundlich aufgenommener Gast der italienischen archäologischen Mission in Kandia. Zum Frühstück erschien meistens auch ein Oberstleutnant, Kommandant der vortrefflichen italienischen Karabinieri, die auf der unruhigen Insel die erste Ordnung schaffen und eine einheimische Polizeitruppe ausbilden sollten. Eines Tages erschien er in der heitersten Stimmung. Zu seinen Aufgaben gehörte auch die Aufsicht und Ordnung der damals mit vielen mehr unruhigen als bösartigen Elementen gefüllten Gefängnisse. Von einer englischen Bibelgesellschaft war ihm eine größere Anzahl in England hergestellter neugriechischer Testamente zur Verteilung überwiesen worden. Die gefangenen Kreter hatten mit größter Freude dazu gegriffen und die Lektüre, vielfach mit vereinten Kräften, da nicht alle lesen konnten, begonnen, sich auch mehrfach sehr dankbar darüber geäußert. An jenem Tage aber war ein Gewitter losgebrochen. Die eifrigen Leser waren bis zum Titusbrief gekommen, wo 1, 12 bekanntlich ein den Kretern nicht gerade

Digitized by Google

schmeichelhafter Vers des Aratos steht: „Die Kreter sind immer Lügner, böse Tiere und faule Bäuche." Die Bücher flogen in die Ecke, und von dem Tage ab lasen sie nicht weiter. So sehr identifizierten sich diese naiven Naturkinder mit ihren zwei Jahrtausende älteren Vorfahren! Es wäre recht, daß man ihnen bisher ein Buch, in dem derartiges stände, vorenthalten hätte.

So steht die griechische Kirche noch heute vor uns, wie sie hervorging aus dem siegreichen Kampfe mit den Religionen der Antike, den sie hier, in den hellenischen Gegenden, wo die Hochburg des alten Glaubens war, nur gewinnen konnte durch weitgehende Anpassung an die antiken Vorstellungskreise. Daher der so rein antike Charakter von Ritus und Festen und das Fortleben von so vielem Vorchristlichem, das im Gebiet der romanischen und germanischen Nationen weggefegt oder in die dunkelsten Winkel der Kinderstube verbannt ist, als unverstandener Aberglaube schwach weiterglimmt oder nur in völlig umgegossenen Formeln, wie im Festspielhaus von Bayreuth, noch zu uns zu sprechen versucht.

Steht auch im Dogma der griechischen Kirche Christus im Mittelpunkt, ist das Auferstehungsfest als Beweis der Gottheit Christi, der Wesensgleichheit mit dem Vater, das höchste Fest, so hat doch die eigenartige Logoslehre die menschliche Persönlichkeit Christi den Gläubigen so entrückt, daß sie sich an andere, an Mittelsmänner und vermittelnde Frauen zu wenden das Bedürfnis empfinden. Sie brauchen einen „Zuflüsterer", einen Psithyristes oder Psithyros, wie die alten Griechen mit naiver Deutlichkeit einen solchen diplomatischen Zwischenheiligen nannten, dem man sein Anliegen gegen Zahlung eines bescheidenen Entgelts ins Ohr flüsterte, wenn man sich nicht recht traute, den großen Göttern selbst in so vertraulicher Weise zu nahen: freilich auch das, wenn es nicht besondere Dämonen waren, wie z. B. auf Rhodos, gern ihrem Wesen nach besonders dienstbereite Götter wie Hermes, Aphrodite, Eros.

Solche Vermittler lieferte nun die antike Religion in großer Fülle. Sie leben ruhig weiter, zum Teil mit ihren Mythen und Funktionen, diese alten Götter und christlichen Heiligen, helfen oder werden gefürchtet; gleiche Opfer, gleiche Gelübde und Gebete steigen zu ihnen empor; der christliche Olymp ist von der gleichen, jeweilig fröhlichen oder ernsten Götterschar bevölkert wie der althellenische; die ganze Natur, Erde und Meer, Berge und Bäume, Quellen und Höhlen, ja die Atmosphäre selbst sind belebt durch Wesen, die bald mehr als Götter, bald mehr als Gespenster und Unholde helfen oder schrecken.

Ich will gleich mit einer allerliebsten Sage beginnen: Der heilige Dionysios schuf den Wein, und auf Naxos, ganz wie sein antiker Vorgänger, Dionysos. Wie er das gemacht habe, erzählte ein alter Bauer dem Bildhauer Siegel, der mir, damals hochbetagt, die Richtigkeit der Wiedergabe bestätigte, folgendermaßen: „Als der heilige Dionysios noch klein war, machte er eine Reise durch Hellas, um nach Naxos zu gehen; da aber der Weg sehr lang war, ermüdete er und setzte sich auf einen Stein, um auszuruhen. Als er nun so dasaß und niederschaute, sah er zu seinen Füßen ein Pflänzchen aus dem Boden

Digitized by Google

sprießen, welches er so schön fand, daß er sogleich den Entschluß faßte, es mitzunehmen und zu pflanzen. Er hob das Pflänzchen aus und trug es mit sich fort. Da aber die Sonne eben sehr heiß war, fürchtete er, daß es verdorren werde, bis er nach Naxos käme. Da fand er ein Vogelbein, steckte das Pflänzlein in dasselbe und ging weiter. Allein in der gesegneten Hand des Heiligen wuchs das Pflänzlein so rasch, daß es bald oben und unten aus dem Knochen herausragte. Da fürchtete er wieder, daß es verdorren werde, und dachte auf Abhilfe. Da fand er ein Löwenbein. Aber bald wuchs das Pflänzlein auch aus dem Löwenbein. Da fand er ein Eselsbein; das war noch dicker als das Löwenbein. Und er steckte das Pflänzchen mit dem Vogel- und Löwenbein in das Eselsbein, und so kam er auf Naxos an. Als er nun das Pflänzchen pflanzen wollte, fand er, daß sich die Wurzeln um das Vogelbein, um das Löwenbein und um das Eselsbein festgeschlungen hatten. Da er es also nicht herausnehmen konnte, ohne die Wurzeln zu beschädigen, pflanzte er es ein, wie es eben war, und schnell wuchs die Pflanze empor und trug zu seiner Freude die schönsten Trauben, aus welchen er sogleich den ersten Wein bereitete und den Menschen zu trinken gab. Aber welch Wunder sah er nun! Als die Menschen davon tranken, sangen sie anfangs wie die Vögelchen, und wenn sie mehr davon tranken, wurden sie stark wie die Löwen, wenn sie aber noch mehr davon tranken, wurden sie wie — die Esel" (Wachsmuth, Das alte Griechenland im neuen, 24—25). — Auf Paros, Naxos gegenüber, hat der heilige Georg dionysische Funktionen übernehmen müssen; denn vor seiner Kirche findet am 3. November, dem Tage, wo zuerst neuer Wein aus den Fässern gelassen und gekostet wird, ein bacchisches Fest statt mit viel Tanz, dem Heiligen zu Ehren, und entsprechendem Trunk; die Geistlichkeit ist anwesend und segnet Wein, Trinker und Tänzer, und die Kirche heißt: „Die Kirche des trunkenen Georgios." — Auf der ebenfalls nahen Insel Seriphos tritt die heilige Jungfrau selbst in ähnlicher Weise ein. Will dort jemand ein neues Stück Rebland anlegen, so wählt er dazu einen der Jungfrau heiligen Tag, ruft fünfzig oder mehr Mitbürger zu Hilfe auf, übergibt jedem einen Spaten, füllt Schläuche mit Wein und nimmt große Mengen gebratener Ziegenböcke — das den Reben und daher dem Dionysos feindliche Tier — mit aufs Feld; in fröhlicher Prozession zieht man hinaus, voran eine weiße Standarte. Mit den Unterbrechungen, welche die Vertilgung des Weins und Ziegenfleisches erfordern, wird im übrigen den Tag fleißig durchgearbeitet: denn in einem Tag muß die Arbeit geschafft sein. Abends zieht man dann mit Werkzeug und leeren Schläuchen, entsprechend fröhlicher, wieder heim, die weiße Standarte wird vor der Marienkirche aufgepflanzt, und alles führt der Jungfrau zu Ehren muntere Tänze auf, bis tief in die Nacht. Daß der Gott durch die Jungfrau ersetzt ist, erklärt sich wohl durch die Tatsache, daß im Altertum die Hauptgottheit von Seriphos Pallas Athene war.

Viel Artemiskult hatte Keos. Ein Dorf der Insel heißt noch heute Artemonas, d. h. Sitz der Artemis, wie Parthenon Sitz der Parthenos. Aber an Stelle der alten Artemis verehrt man jetzt den heiligen Artemidos, dem,

Digitized by Google

antikem Brauch gemäß, die Kleider kranker Kinder dargebracht werden. Auf der vom Nordwind umbrausten Insel Tenos wurden einst zwei Nordwinde vom heiligen Michael eingefangen, begraben und auf ihre Gräber Pfeiler gestellt, von denen je einer sich schüttelt, wenn der Nordwind daherstürmt. So die jetzige Sage. Der kriegerische, allgewaltige Erzengel ist hier an Stelle des Herakles getreten, von dem die Alten gerade auf Tenos dieselbe Sage erzählten; sogar das Schwanken der einen der Grabstelen ist ein antiker Zug. — Sicher ersetzt derselbe Erzengel auch auf Syme einen alten, der Stürme waltenden Gott: denn ihm weihten glücklich zurückkehrende Schiffer der Insel Hydra einen Teil ihres Erlöses, einen heiligen Zehnten, wenigstens bis zu den Freiheitskriegen.

So trat an Stelle der friedliche Seefahrt verheißenden Aphrodite Euploia, z. B. auf Melos die Madonna vom Meere, Panagia Thalassitria, so der heilige Nikolaos an zahllosen Orten an Stelle des Poseidon, auch da, wo jener als Erderschütterer verehrt wurde, im Binnenland, z. B. in Delphi. Dagegen werden die dem lichten Himmelsgott geweihten Höhen Wohnsitze des gen Himmel auf feurigem Wagen gefahrenen Propheten Elias, Ilias ausgesprochen, wie die Sonne, Helios, Ilios gesprochen.

Auf Naxos wird, wie Dionysos durch den heiligen Dionysios, so Demeter durch den heiligen Demetrios vertreten. Manche Gestalten leben aber auch unmittelbar und direkt weiter. So ist z. B. auf der von andauernder vulkanischer Tätigkeit beunruhigten Insel Thera der alte unterirdische Feuergott Hephaistos ein unheimliches, feindseliges Wesen, an dessen Existenz die Theräer noch heute ebenso fest glauben, wie den Christen zur Zeit des Hieronymus und Augustinus das reale Weiterleben der alten Götter in Gestalt feindlicher Dämonen feststand. Genau so war es ja übrigens bei uns, nur daß im Laufe der Zeit, nach Aufhören des Kampfes der neuen Religion gegen die alte, auch das gute, wohltätige Wesen neben dem unheimlichen, strafenden, zerstörenden wieder in seine Rechte tritt. So sind ja die „Unterirdischen" in unseren Volkssagen und Märchen oftmals wieder zu segenspendenden, hilfreichen Erdmännchen und Heinzelmännchen geworden, so belohnt Wotan, der wilde Jäger, gelegentlich freundliches Entgegenkommen, so belohnt und straft Frau Holle je nach Verdienst usw.

Merkwürdig zäh hat sich in ganz Griechenland der Glaube an die drei Schicksalsgöttinnen, die Moirai, erhalten. Unerbittlich sind die drei Frauen. Gelegentlich sind es auch vierzig, unter denen die drei mächtigsten, von denen wieder eine, die „große", mächtiger ist als die zwei anderen, sich verstecken und nicht herauszufinden sind, wenn der Mensch Milderung der ihm in die Wiege gelegten Schicksalssprüche erflehen möchte. Sie sind Bringerinnen von Krankheit, Leid, frühem Tod, aber auch gütige Feen, die an der Wiege des Kindes erscheinen, am dritten Tage, nachdem das Kind gewaschen ist in Wasser, in dem wohlriechende Zweige liegen: so auf Lesbos. Sie verheißen ihm Gutes, wenn sie ihm gerade Gutes verheißen wollen. Auch als Spinne-

Digitized by Google

rinnen, wie im keltischen und germanischen Glauben und Märchen, sieht sie das Volk, die dem Kinde sein Geschick zuspinnen, gerade so wie Dichtung und Kunst des Altertums sie darstellen. Mitunter beschließen die Göttinnen, daß eine drohende Gefahr durch gewisse, von ihnen vorausbestimmte Mittel abgewendet werden kann: glücklich der Vater, dem es gelingt, ein solches „Moirama" zu erlauschen! Man opfert ihnen noch: man muß sie von fern herbeirufen, denn sie wohnen weit weg von uns, am Ende der Welt, in glänzendem Schloß. Aber der Weg ist weit. So deckt man ihnen denn in der Wochenstube einen Tisch. Auf den gehören ein Teller Honig, drei Mandelkerne oder drei Stück Konfekt, drei Gläser Wasser, drei Löffelchen und drei seidene Handtücher. Alles muß schön sauber und rein in der Stube sein. Die Moirai kosten von dem frugalen Mahl, bevor sie ihr Urteil sprechen. So der allgemeine griechische Glaube. Auf Lesbos ist man sogar überzeugt, daß eine alte Frau, an jenem dritten Tage still an der Wiege des Kindes sitzend, oftmals vernehmen kann, was die Moiren über des Kindes Schicksal bestimmen. Auf Andros, der halbalbanesischen Insel, fürchtet man, daß die Moirai gelegentlich auch die Kinder stehlen. Auf Sikinos, einer sehr abgeschlossenen, weil hafenlosen Insel, die besonders viel Altertümliches erhalten hat, bleiben die Moirai auch im späteren Leben mit dem Menschen in dauernder Beziehung, spinnen ihm Gutes, aber auch Übles zu, greifen also viel stärker, in mehr antikem Sinne, in das Menschendasein ein. Ist dort jemand mit seinem Geschick unzufrieden, so kann er sogar auf einsamer Bergeshöhe mit seiner Moira Zwiesprache halten; so übrigens auch anderswo, auch im Märchen (Kretschmer, Neugriechische Märchen, XII). Die einsame Insel Sikinos hat beiläufig mehr Kirchen und Kapellen als Wohnhäuser. Ebenso liegt das Verhältnis auf der durch Versehen der Mächte damals türkisch gebliebenen, jetzt von Italien besetzten abgelegenen Insel Astypalaia. Schon das Altertum wunderte sich über die vielen dort verehrten Götter und Heroen. Roß erzählte vor siebzig Jahren, daß sich dort Kapelle an Kapelle reihe, Kirche an Kirche; auf 365, so viel Tage im Jahr, bezifferte ihre Zahl kürzlich Freiherr Hiller v. Gärtringen, der beste Inselkenner, in einer reizenden Plauderei über diese kleine Insel der Seligen in der Jubiläumsnummer, der hundertsten, der Görlitzer Griechenzeitung. Selbst auf einer verhältnismäßig verkehrsreichen Insel wie Thera, wohin ihr herrlicher Wein und ihre vulkanischen Produkte viele Schiffe ziehen, gab es, als ich mich 1901 einige Zeit dort aufhielt, auf noch nicht 15 000 Einwohner nur zwei Advokaten, aber 114 Priester. Solche Zustände sind der Erhaltung von recht viel Altem ungemein günstig.

Auf der Insel Kythnos, berühmt durch ihre Mineralbäder, lebt der Totenschiffer und alte Unterweltgott Charon noch anders wie als wilder Jäger in den auch uns durch Goethes schöne Wiedergabe vertrauten Volksliedern und Märchen. Kein Kythnier bedient sich selbst jener Thermalbäder, die doch so viel Kurgäste und Geld auf seine Insel bringen; denn dort unten, woher die heißen Wasser kommen, habe Charon seinen Garten, wo statt der Blumen und

Digitized by Google

jungen Bäume lauter zu Tod erstarrte Kinder, junge Frauen und Mütter stehen — so lautet die düstere Vorstellung jener Insulaner.

Nicht nur die alten Götter, sondern auch die alten Hellenen leben vielfach weiter, freilich eingehüllt in dichten, vergrößernden Märchenmantel. Eine dunkle, aber merkwürdige Erinnerung an die alte Apolloinsel Delos, den einstigen religiösen Mittelpunkt der Inselwelt und Schauplatz glänzender Festversammlungen, läßt sich wahrnehmen in dem Glauben der Insel Syra, daß die Geister der alten Hellenen einmal im Jahr von allen Seiten Griechenlands nach Delos zögen, auf dieser Wanderung auf Syra haltmachten und an einer „Deli" genannten Stelle — natürlich einem alten Delion, Heiligtum des delischen Apollon — oberhalb Alt-Syras sich durch Waschung reinigten, um rein „vor den Gott auf Delos" zu treten. Delos ist seit dem Altertum unbewohnt. Seine antike Heiligkeit spiegelt sich noch in dem heutigen Glauben wider, daß der Inopos, ein kleiner, auf dem wasserarmen Felseiland ebenso rätselhafter wie wertvoller Bach, den die Alten in geheimnisvolle Verbindung mit dem Nil setzten, jetzt in eine ebensolche mit dem Jordan gebracht wird.

So wie hier die alten Hellenen noch weiterleben, so walten nach naivem schönem Volksglauben die Geister der alten Hellenen noch fort in den lebensvollen adligen Marmorwerken altgriechischen Meißels; vernehmlich hörten die Athener ihr Seufzen aus den Kisten hervordringen, welche Lord Elgin mit den Parthenonbildwerken gefüllt hatte und vor den Augen des trauernden Volkes von Athen zum Piräus schaffen ließ.

Weit zäher aber noch als die Gestalten der alten großen Götter, gegen die die Kirche selbstverständlich eine Kampfstellung einnahm, am heftigsten, so scheint es, gegen Apollon, sitzt der Glaube an alle die Wesen, welche die Natur belebten, die Nymphen und Nereiden, Dryaden und Hamadryaden, die Geister der Luft und des Wassers, die rächenden Erinyen und harpyienartigen Hexen, Lamiai, Unholde und Unholdinnen aller Art. Sind auch vielfach diese von antikem Glauben, Dichtung und Kunst in scharfumrissenen plastischen Formen geprägten Gestalten in gespenstischen Nebel zurückgetreten, so sind sie doch noch da und üben ihre Macht über die Gemüter der Menschen genau so wie vor zwei und drei Jahrtausenden.

Auf der Insel Keos werden den Nereiden, auf daß sie den Menschen keinen Schaden bringen, nicht etwa die neugeborenen Kinder oder im Sturmesbrausen die Menschen rauben, unter freiem Himmel Opfer dargebracht, bestehend aus Kornfrüchten und Honig. Auch auf Siphnos fürchtet man noch heute, auf Dreiwegen diesen Unholdinnen zu begegnen, und sucht ihrer schädlichen Gewalt durch Opfer von Milch und Honig vorzubeugen. In Athen dagegen murmelten zwar noch vor siebzig Jahren, und auch da nur mehr alte Weiber, beim Wirbelsturm die Worte: „Milch und Honig auf euren Weg!", behielten jedoch ihre Opfergaben schon hübsch für sich. (Schluß folgt)

Digitized by Google

Die Shakespeare-Bacon-Hypothesen

Von

Universitätsprofessor Dr. Albert Eichler in Graz

Seit mehr als einem halben Jahrhundert besteht neben der „offiziellen" Shakespeare-Philologie eine systematisch betriebene Untersuchung der mit Shakespeare zusammenhängenden literarhistorischen, biographischen und ästhetischen Fragen, der sich fast ausschließlich Nichtfachleute gewidmet haben und deren ausgesprochener Endzweck ist, die Werke des in Stratford geborenen und nach einer erfolgreichen Schauspielertätigkeit in London wieder in sein Heimatsstädtchen zurückgekehrten und daselbst verstorbenen William Shakespeare oder Shakspere diesem abzusprechen und als deren Verfasser eine andere hiezu nach der Meinung der Zweifler weitaus besser befähigte Persönlichkeit geltend zu machen. So wenig Einhelligkeit nun auch unter den zahllosen dilettantischen Antishakespearianern hinsichtlich der Wahl dieses erst zu erschließenden wahren Dichters herrscht, so sind die Methoden — wenn man diesen Ausdruck mit weitherzigem Entgegenkommen gebrauchen will —, mittels welcher die Entschleierung der angeblich so lange fest verborgenen Wahrheit bewerkstelligt werden soll, doch annähernd dieselben, und nach der überwiegenden Menge der für Francis Bacon eintretenden Apostel kann man diese ganze Richtung vom wissenschaftlichen Standpunkte aus cum grano salis als „Shakespeare-Bacon-Hypothesen" bezeichnen. Schon der Umstand aber, daß eine solche Vielheit von „wahren" Dichtern für den Stratforder eingesetzt werden soll, daß selbst die richtigen „Baconianer" bezüglich des Grades und der Art von Bacons Anteil an der Herstellung der Shakespeare-Dramen weit auseinandergehen, muß unbefangenen Beurteilern die ganze, nach neuesten Schätzungen bereits über tausend Publikationen umfassende Bewegung als eine rein hypothesenhafte verdächtig machen. Und so sehr jeder neu auftretende Jünger sich auch gegen diese Auffassung seines Evangeliums als Hypothese wehrt und gerne von „Theorie" und „Forschungsergebnissen" spricht, so wenig ist ein greifbarer Tatsachenbestand aus allen diesen, zum Teil recht umfänglichen Schriften herauszuschälen gewesen: Die „Millionen" Gründe, von denen ein allermodernster Popularisator der ganzen Irrgänge zu fabeln weiß, sind in sich morsch und widerspruchsvoll, knicken bei der geringsten Belastungsprobe zusammen und räumen nicht selten bei einem und demselben Autor mit überraschender Behendigkeit neuen, aber keineswegs besseren Stützen den Platz. Im folgenden sei nun versucht, die typischen Phasen dieser eigenartigen Ideenentgleisungen kurz zu schildern.[1])

[1]) Der Verfasser benützt mit Genehmigung des Verlegers der „(österr.) Zeitschrift für das Realschulwesen" an einigen wenigen Stellen seinen eingehenden kritischen Aufsatz: „Wieder einmal Shakspер-Bacon-Shakespeare", der anläßlich der Veröffentlichungen Alfreds von Weber-Ebenhof dortselbst (42. Jahrg., 10. und 11. Heft) erschienen ist.

Digitized by Google

Schon im 18. Jahrhundert wurden gelegentlich Zweifel geäußert, daß der in der kleinen Landstadt Stratford am Avon geborene, vorgeblich nur in ungebildeter Umgebung aufgewachsene Fleischerlehrling (als solchen bezeichnet ihn eine späte geschwätzige Anekdote in sehr einseitiger Auslegung des vielfach gespaltenen Berufes seines Vaters) und nachmalige Schauspieler und Theateraktionär, von dessen Leben wir so wenig, vor allem so gar nichts innerlich Bedeutsames näher kennen, der aller Wahrscheinlichkeit nach nie eine höhere Schule besucht hat, die Dramen geschrieben haben könne, in denen sich so viel universelles Wissen kundgebe. Trotz der schon im Jahrhundert der Aufklärung überzeugend dargetanen Verwechslung von gelehrter und von künstlerischer Bildung, die sich in der genannten Erwägung birgt, und trotz der durchaus populären Erfassung aller in den Dramen erwähnten Geisteswerte der Antike und des Humanismus sind jene Zweifel nun nicht mehr zur Ruhe gekommen: Die Amerikanerin Miß Delia Bacon hat sie 1856 energisch aufgegriffen und aus ihnen ein System dogmatischer Art geschaffen, wonach die einzige um das Jahr 1600 in England lebende Person, die eine so umfassende Gelehrsamkeit und zugleich eine so hervorragende dichterische Genialität besessen habe, wie sie aus den Shakespeare-Dramen hervorleuchte, nur Francis Bacon gewesen sein könne. Ihr Hauptargument waren sowohl Anklänge von Wendungen und Gedanken in den Dramen an Bacons beglaubigte Werke — also innere Gründe —, als auch die Idee einer in den Dramen verborgenen Geheimschrift, mittelst welcher Bacon seine sozusagen „freisinnigen" philosophischen Anschauungen in größerer Zahl und ausgesprochener Formulierung, nur Eingeweihten entzifferbar, in seine „poetischen" Werke hineingebracht habe, — also äußere, gewissermaßen dokumentarische Gründe. Gegen die ersteren Argumente läßt sich ins Feld führen, daß die allgemeinen Gedanken einer Epoche — und nur um solche handelt es sich hier — irgendwie in sämtlichen ihrer bedeutenderen Literaturwerke wiederkehren, daß Bacons philosophische Schriften selbst ein Beispiel einer solchen, sehr blendenden Kompilation des damals den „Geist der Zeit" ausmachenden Gemeingutes sind. Gegen die zweite Gruppe spricht die Kompliziertheit einer gleichzeitig wahrhaft künstlerisch wirkenden und doch wieder polizeiberichtmäßig genauen und nüchternen Stilistik einer ganz auf Bühnenwirkung gestellten und in echt nationaler Tradition stehenden Dramatik. Dennoch sind diese beiden Vorstellungen, die einer inneren Verwandtschaft der echten und „heimlichen"-Werke Bacons, sowie die der versteckten Nachweise des wahren Sachverhaltes nun nicht mehr zu bannen gewesen, so gründlich auch Entgegnungsschriften aller Art auf die Schwächen des ganzen Erwägungskomplexes hingewiesen haben. Besonders scheinen Juristen von der durch die zweite Vorstellungssphäre gebotenen detektivmäßigen Aufspürungsmethode bei der Stoffbetrachtung angelockt worden zu sein, auf verschiedensten Wegen und in ganz raffinierter Weise, die für Bacon angenommene weitgehende Mystifikation seiner Zeitgenossen durch Enthüllung der verborgenen Bedeutung von einzelnen Wörtern und Buch-

Digitized by Google

staben, von Bildwerken, Emblemen, Ornamenten, ja von förmlichen geheimschriftlichen Systemen zu erweisen. Nicht weniger ausschweifend haben sich die Vertreter und Vertreterinnen der inneren Gründe in der Auswertung der Parallelstellen gefallen. Deren Haupt kann füglich die Londonerin Miß Pott genannt werden, die, mit dem Vergleiche der Shakespeare-Dramen mit den doch so umfänglichen englischen Druckwerken Bacons nicht zufrieden, eine handschriftlich erhaltene Lesefrüchtesammlung, die dieser Politiker wohl nur zum Teil selber geschrieben hat, den „Promus of Formularies and Elegancies &c." 1883 herausgab und diese Apophthegmen- und Sentenzenkompilation zum Nachweise von über 1655 Redewendungen heranzog, die sich nur bei Bacon und bei Shakespeare, nicht aber vor diesen beiden, fänden. Die letztere Behauptung ist von literarhistorischer Seite durch Beibringung von Belegen aus anderen Schriftstellern längst einwandfrei widerlegt worden, und damit wäre diese Hypothese eigentlich von vornherein abgetan. Doch ist ihre Überzeugungskraft für baconianische Literatur anscheinend immer noch sehr groß, denn sie wird stets von neuem als untrüglicher Beweis für die Wesensgleichheit von Shakespeare und Bacon hervorgeholt. Da sich ihre Begründerin selber der handgreiflichen Beobachtung nicht verschließen konnte, daß ähnliche Phrasen und Motive wie im „Promus" auch in den Dramen von Marlowe, Greene, Marston, Massinger, Middleton, Webster, ja sogar in denen des erst im Todesjahre Bacons dramatisch auftretenden Shirley vorkommen, hat sie, statt dadurch zur Besinnung zu kommen und jene Ähnlichkeiten eben als im Charakter dieser Anthologie des Lesestoffes gebildeter Zeitgenossen begründet zu erfassen, kühnlich gefolgert, daß auch alle diese Dramen nur aus eines Künstlers Werkstatt hervorgegangen seien. Und dieses wahre Universalgenie mit einer solchen Fülle von Pseudonymen ist wiederum nur Bacon gewesen! Er hätte nach dieser Pottschen Hypothese nicht weniger als 150 Stücke geschrieben, die sämtlich zwischen 1586 und 1666, wie wir genau wissen, aufgeführt worden sind. Und nicht ein Schauspieler, nicht ein auf der Bühne sich herumräkelnder vornehmer Theatermäzen hätte geahnt oder sich zu sagen getraut, daß der ungestüm-heroische Marlowe, der heitere, märchenfreudige Greene, der überfeinerte Shirley usf. nur Puppen in der Hand eines hochmögenden Adeligen seien, der in den am stärksten entgegengesetzten Stilarten der dramatischen Kunst, die sich aber auch wieder von seinem rhetorischen Prosastil beträchtlich unterschieden, so wohl bewandert, bloß aus Bescheidenheit oder Laune oder politischer Vorsicht inkognito zu bleiben beliebte? Solche Nachrechnungen und Überlegungen würde Miß Pott vermutlich als philiströs beiseite geschoben haben, denn sie scheut nicht davor zurück, die Essays des Franzosen Montaigne (!) ihrem Tausendkünstler Bacon zuzuschieben. Mit derselben Beweislogik haben dann andere Parallelstellennimrode männlichen und weiblichen Geschlechtes in einer eigenartigen Konsequenz ihrer Konkordanzhypothesen alle möglichen frühneuenglischen Literaturwerke, die auch nur leise, belanglos oder vermeintlich an Bacon anklingen, freigebig dem unermüdlich

Digitized by Google

Schaffenden zugewiesen: alle genialeren Werke von George Peele, George Chapman, Ben Jonson, Francis Beaumont, John Fletcher, John Ford, ferner die epische Riesenallegorie Edmund Spensers „Die Feenkönigin", desselben „Hirtenkalender" und sonstige Werke, Burtons „Anatomie der Schwermut" u. a. m.! Ein Mr. Roe ist sogar noch um einen Siebenmeilenschritt weitergegangen und hat, mit Parallelstellen wohlausgerüstet, behauptet, Bunyan, der Verfasser der „Pilgerfahrt", Defoe und Swift hätten ihre Werke aus dem literarischen Nachlaß Bacons zusammengestohlen — ein leider nicht vereinzeltes Beispiel für den Verleumdungshang pathologischer Prägung, der sich fanatischer Baconianer in ihrer Originalitätssucht zuweilen bemächtigt. Der sehr bequeme Ausweg, die historischen Zeugnisse eines Ben Jonson oder der Theaterkollegen Shakespeares Heminge und Condell und anderer dadurch zu beseitigen, daß man diese Leute einfach für bestochene Lügner erklärt — gänzlich unbeweisbare Verdächtigungen —, sei hier mit Beziehung auf seinen vermutlichen Erfinder, den Amerikaner Edwards (1900) nur nebenbei erwähnt: welches Licht auf Bacon selber als den Anstifter eines so weitverzweigten Schwindels fiele, scheinen sich die Anhänger dieser Betrüger-Hypothesen, die bis heute weiter gepflegt werden, niemals klar gemacht zu haben. Abgesehen von baconianischen Schriften, welche die Parallelen als einziges oder doch hervorstechendes Beweismittel anwenden, ist aber diese Argumentation allmählich auch in die zweite Hauptgruppe, der wir uns nun zuwenden wollen, als Hilfshypothese, als freilich in der mißbräuchlichen Oberflächlichkeit seiner Benützer ganz unverläßliche Stütze der „Geheimschrift" oder deren Abarten eingedrungen.

Die Geheimschrift suchen die Baconianer wohl deshalb in den „pseudonymen" Werken Bacons, weil dieser mit den Methoden der Diplomatie wohlvertraute Staatsmann gelegentlich in seinem Buche „De Dignitate et Augmentis Scientiarum" über „Ciphrae simplices" und „Ciphrae duplices" handelt. Miß Bacon, welche ja auch in dieser Richtung hin Aufschlüsse suchte, hat es nicht mehr erlebt, vor ihrer Geistesumnachtung, die bald nach ihren Veröffentlichungen eintrat, den Schlüssel zu dieser Geheimschrift, welche vor allem im Texte der Folio A (1623) der Shakespeare-Dramen stecken soll, aufzufinden. Seit Miß Bacons Tode sind aber andere in dieser Hinsicht glücklicher gewesen, wenn man ihren eigenen Worten trauen darf. Dies wird einem freilich nicht leicht gemacht, erstens weil die verschiedenen Systeme der einzelnen „Entdecker" untereinander so erheblich abweichen, daß man ein halbes Dutzend gleichzeitig nebeneinander im besagten Texte laufender verborgener Chiffrenmitteilungen annehmen müßte, wenn alle wirklich von Bacon herrührten, wie ihre modernen „Erforscher" behaupten; zweitens weil die innige Verbindung so vieler Systeme mit dem auch Uneingeweihten zugänglichen dichterischen Wortlaut eine schier übermenschliche Genialität ihres Verfassers voraussetzen ließen; drittens weil der schmähsüchtige, kleinliche Tratsch, dessen breite Wiedergabe den wesentlichsten Inhalt aller dieser „Chiffren" bildet,

Digitized by Google

im krassesten Widerspruch zur Tiefe und Schönheit der Dramen steht, von wem immer diese nun auch herrühren mögen; und viertens weil die Aufdeckung desselben Geheiminhaltes nach dem Foliotext und nach den etwaigen früheren Quartotexten der einzelnen Dramen nicht möglich war — soweit wir überhaupt von den Entdeckern dieser „Systeme" mit ihren Schlüsseln bekannt gemacht worden sind oder uns diese als wahrscheinlich anwendbar erschlossen worden sind. Wenn ein solcher „Schlüssel" der Mrs. Windle von Bacon selber auf spiritistischem Wege mitgeteilt worden sein soll, wie diese Amerikanerin angab, wird allerdings das wissenschaftliche Zutrauen zu solchen „Entdeckungen" nicht fest gegründet sein können. Ob Mrs. Windle gutgläubig und bloß wahnbefangen oder zu irgend welchen Zwecken auf die Leichtgläubigkeit derer, die nie alle werden, spekulierend, in schwindelhafter Weise zu ihren Entdeckungen gekommen ist, läßt sich kaum entscheiden. Letzteren Vorwurf kann man aber füglich gegen den amerikanischen Juristen Ignatius Donnelly erheben, der ein „Great Cryptogram" (1888) herausgefunden zu haben behauptete, dessen Schlüssel er der Mitwelt beharrlich vorenthielt, obwohl er mittels desselben eine ganz unglaublich weitverzweigte anekdotenhafte Zeitgeschichte widerlichster und unwahrscheinlichster Art aus der Folio A herausgelesen hat. Donnelly, der nachweislich ein recht gutes Geschäft mit seinem Humbugbuche gemacht hat, darf den traurigen Ruhm für sich beanspruchen, sowohl die in ihrer Dummheit ekelhaften „biographischen" Nachrichten über den „Lumpen" usf. Shakspr aus Stratford in die Welt gesetzt zu haben, als auch der Begründer der allgegenwärtigen Feder Bacons zu sein, indem er zunächst schon Marlowe für einen „Strohmann" des vornehmen Juristen erklärte. Die Einzelheiten der angeblichen „Entdeckungen" sprechen allen Angaben der urkundlich in Betracht kommenden Zeitgeschichtsquellen, vornehmlich den Biographien Shakespeares und Bacons zu deutlich Hohn, als daß man sich mit ihrer Widerlegung heute noch aufhalten dürfte. Es ist jedoch nicht überflüssig darauf hinzuweisen, daß Donnellys Machwerk sofort einen deutschen Apostel gefunden hat, der zwar seine Dankesschuld der trüben Quelle gegenüber nicht anerkannte, sie aber desto fleißiger ausschrieb: es war R. F. Graf Vitzthum von Eckstädt mit seinem „gediegenen" Werke, wie es jüngst von einem Baconianer noch gerühmt wurde,[1]) „Shakespeare und Shakspere" (1888). Nebenbei bemerkt, hat der hochgeborene ehemalige österreichische Diplomat hiemit auch die ganz unsinnige, durch nichts zu erhärtende Unterscheidung der Orthographie des Dramendichters (d. h. Bacons) und der des Strohmannes, Schauspielers, Gentlemans aus Stratford, Geldverleihers usf. für die deutsche Baconianerliteratur fruchtbar gemacht. Hier wie sonst erleben wir den typischen Fall, daß ein Baconianer die „Resultate" der Bücher eines anderen fix und fertig übernimmt, ohne sich um die Methode, mit

[1]) v. Weber-Ebenhof, „Bacon-Shakespeare-Cervantes" usf. Leipzig-Wien, 1917, S. 174.

Digitized by Google

welcher sie verarbeitet sein sollen, zu kümmern, ja ohne auch nur zu verraten, von wem die angeblich als unerschütterlich festgestellten neuen Tatsachen ausfindig gemacht worden sind.

Doch zur nächsten „Entzifferung" von Bedeutung. Sie ist dem Dr. med. O. W. Owen gelungen, wenn sein eigenes Wort dafür allein genügt („Sir Francis Bacon's Cipher-Story" 1894), und, seinem Geständnis nach, nur eine von mehreren beim Foliotexte möglichen Methoden! Owen geht weniger sprunghaft als Donnelly vor, sowohl in der Schlüsselfrage, als auch im Inhalt der nun fester gefügten, als einzig richtig bezeichneten Lebensgeschichte Bacons. Danach soll dieser der älteste Sohn einer heimlichen, aber rechtmäßig von der Prinzessin (späteren Königin) Elisabeth mit dem Grafen Leicester während ihrer beider Gefangenschaft im Tower von London eingegangenen Ehe, also ein Tudorprinz und der rechtmäßige (?) Erbe der Krone von England sein, der Graf Essex jedoch sein gleichfalls dieser Ehe entsprossener jüngerer Bruder, der später bekanntlich von der Königin (also seiner Mutter!), und zwar mit infolge der von Bacon (also seinem Bruder!) gegen ihn ausgearbeiteten Anklageschrift wegen Hochverrats hingerichtet wurde. Von allen gegen Owens Aufstellungen selbst von Baconianern reinsten Wassers vorgebrachten Einwänden mag schon der eine allein gesunddenkende Menschen überzeugen, daß diese vorgebliche Vermählung Elisabeths mit Leicester im Jahre 1553—1554 stattgefunden haben müßte, d. h. zu einer Zeit, zu welcher Leicester bereits etwa seit vier Jahren mit Lady Amy (Robsart) legal verheiratet gewesen ist: von einer „rechtmäßigen" Ehe könnte also gar keine Rede sein. Würde man nun auch diese Hypothese einer Bigamie Leicesters mit seinem skrupellosen Charakter vereinbar finden, so ist das wohl mit dem der sehr klugen Elisabeth nicht möglich, die denn doch von Leicesters offizieller Ehe wissen mußte und damals wie später, falls es ihr gelüstete, andere Mittel genug gehabt hat, sich Leicester als Geliebten zu sichern. — Einen wieder anders lautenden Baconroman hat 1899 Owens Schülerin Mrs. Gallup („The Bi-Literal Cipher"), die ein drittes wieder mit dem Brustton der Überzeugung als echt angepriesenes Dechiffriersystem auf die so vielfach sezierte Folio A anwandte, aus dem so unerwartet inhaltsreichen Buche herauseskamotiert, allerdings auch aus zahlreichen anderen zeitgenössischen belletristischen und sonstigen Schriften, einschließlich der Prosawerke Bacons. Candler und Marston haben dieser Amerikanerin ausgesprochene Fälschungen im Texte ihrer angeblichen „Entzifferung" philologisch einwandfrei nachgewiesen, unter anderm ist eine ihrer Behauptung nach aus Burtons „Schwermuts-Anatomie" herauslesbare, auch von Bacon in diese seine nur unter Decknamen veröffentlichte Schrift hineinpraktizierte Prosaparaphrase der „Ilias" Homers — man stelle sich die Notwendigkeit vor, ein derartiges Werk in Geheimschrift niederzulegen! — als eine plumpe Zusammenkleisterung aus Popes Versübersetzung entlarvt worden. Vor der englischen Bacon-Gesellschaft bezeichnete sie die „Entzifferung" als in einer Art Inspirationszustand

Digitized by Google

nur zeitweise ihr und niemand sonst möglich. Derartige Ausflüchte, die sie noch ganz modernen Baconianern gegenüber gebraucht haben soll, lassen ihre „Geheimschrift" ebenso wie die Owens und Donnellys als dreiste Fälschungen erscheinen, die nicht Bacon, sondern seine amerikanischen Ausmünzer in der Folio A untergebracht haben. Das Unerklärliche ist aber nun, daß die „Ergebnisse" dieser Entzifferer auch von solchen Baconianern, die sich mit ihrer „Wissenschaftlichkeit" in ihren Büchern brüsten, trotz allem Abscheu vor solchen Schwindeleien, wieder kaltblütig übernommen und als Grundlage neuer „Entdeckungen", als Stütze alter Hypothesenteile benutzt werden. — 1909 hat der Holzhändler Booth ein neues, für uns also das vierte Kryptogrammsystem in dem Foliobande von 1623 erkannt, in welchem die Chiffren bald von oben, bald von unten gezählt, alle die Dechiffrierung unbequem störenden Zeichen als „blinde Buchstaben" einfach ausgestoßen werden, und was dergleichen Künste mehr sind. Erwähnen wir nur noch einen fünften durchlaufenden Schlüssel, den von Bruno Eelbo, dem dichterisch veranlagten Baurat, in seinem vierbändigen Werke „Bacons entdeckte Urkunden". Nach diesen ist William Shakespeare nur der Maskenträger, der Hahnrei (cuckold!) Bacons. Die falschen Seitenzahlen in der Folio A spielen bei diesem „Schlüssel" eine große Rolle, ebenso auch die Initialen der Dramen; außerdem aber genügen hier nicht etwa einfache Chiffren, sondern bloße Kennbuchstaben oder Kennwörter zur Andeutung der beherrschenden Begriffe: in den Quartoausgaben der Epen beispielsweise für „Bacon" i, p, B, x, ba, xy, ab, yx, lla, all, n, M, H, II, T (=Tudor), FB (=Francis Bacon), für „Elisabeth" E, u, y, m u. dgl. — Man sieht, die „Ciphrae duplices" sind wieder ebenso fruchtbar am Werke, wie die alten amerikanischen Skandalmärchen. Wenn Eelbo auch die in einem englischen Buch keineswegs seltenen Wörter „peace, But, To" für „Namenssignaturen" Bacons ausgibt, so ergäbe sich für jeden Einsichtigen daraus der zwingende Schluß, die gesamte englische Literatur der Zeit dem ohnedies so vielfach pseudonymen Essayisten zuzuweisen: auf ein paar tausend Bücher mehr kommt es ja dann nicht mehr an! Hat doch Eelbo selbst geheimnisvolle Belege dafür gefunden, daß Bacon auch Chaucers Werke geschrieben hat, die sonst von den „kenntnislosen" Philologen als im 14. Jahrhundert verfaßt und bereits 1532 gedruckt betrachtet wurden, also selbst für den frühreifen Bacon etwas zu früh!

Die erstaunliche und ebenso bedauerliche Aufwendung von Scharfsinn auf die Enträtselung so vieler, einander schon inhaltlich oft unversöhnlich widersprechender „Geheimschriften" ist aus der Baconianerliteratur nicht mehr verschwunden und treibt trotz aller mühelos in jedem Einzelfalle vorgebrachten Einwände der Gelehrten und des einfachen Mutterwitzes noch sonderbare Blüten. Bereits bei Eelbo waren die „Initialen" zu erwähnen, und als Übertragung des Prinzips dieser vorgeblichen Verschleierungsmethoden Bacons auf das Illustrative lassen sich die von Bormann und vielen anderen gepflegten Vignetten- und Emblementzifferungen, die Titelbilderaus-

Digitized by Google

deutungen betrachten. Diese Hypotheſenſpielarten ſind durch eine für Laien beſonders beſtechend wirkende Verknüpfung mit den üppigen Gewächſen einer wahren Zufalls- und Einfallsetymologie ausgezeichnet. Als deutſcher Hauptvertreter dieſer Hypotheſenbeſonderheit kann zunächſt der Leipziger Dialektdichter Edwin Bormann gelten, der vom Jahre 1894 an nicht weniger als ſechzehn Schriften der baconianiſchen Sache gewidmet hat. In ihnen erſcheint die Parabolik der philoſophiſchen Ideen Bacons in den Shakeſpearedramen auf die Spitze getrieben; an dieſen „inneren" Kriterien war es aber für Bormann nicht genug. Er war der Meinung, daß Bacon auch den Buchſchmuck ſeiner zahlreichen anonymen und pſeudonymen Werke ſolchergeſtalt entworfen und angeordnet habe, daß Figuren, Figürchen, Linienornamente, Ranken, Blumen, Früchte, vornehmlich aber gewiſſe Tiere an ſich oder in ganz beſtimmten bezeichnenden Stellungen im Bilde den Namen Bacon ergeben oder doch andeuten ſollten. Die Buchleiſten der Folio A und anderer Bücher werden nach dieſem Hypotheſengrundſatz zu wahren Rebuſſen, wobei jedoch die Löſungen noch dadurch erſchwert erſcheinen, daß man den Namen „Bacon" erſt aus einzelnen Elementen (Buchſtaben oder Buchſtabengruppen) zuſammenzuſtellen hat, die wiederum oft nur durch ein Wortſpiel erſchließbar ſind, und daß hierbei Abkürzungsformeln, welche nur in der Phantaſie des Verfechters dieſer Hypotheſen vorhanden ſind, als Kennwörter, Fabrikmarken uſf. heranzuziehen ſind. Bormann iſt ſowohl von ſeinen ſächſiſchen Gedichten in den „Münchener Fliegenden Blättern" als auch von ſeinen paraboliſchen Deutungen der Eigennamen bei Shakeſpeare an das Zerteilen von Wörtern gewöhnt. Horatio zerlegt er in Hol und ratio (die Vernunft), Benedick in bene und dic und tus (wobei die gleich „dick" ſein ſoll, was freilich auf gut engliſch „thick" heißt!), Shylock in shy und lock (der ſcheu ſeine Türen verſchließt!) uſf. uſf. Da ſich nun der Name Bacon in ſeiner urſprünglichen Sachbedeutung „Speckſeite, Speiſeſpeck" begreiflicherweiſe nur ſelten in den Shakeſpearedramen findet, ſpürt ihn Bormann eben in den abenteuerlichſten Verſteckformen auf. Da gibt er ſich ſchon mit dem in den Dramen häufigeren Worte back, „der Rücken", zufrieden, noch lieber ſind ihm freilich back on, oder wenn ſich dieſe recht ungewöhnliche zufällige Zuſammenſtellung nicht konſtruieren läßt, on back, auch backwards uſf. Alle dieſe Sigeln können auf den in Bormanns Einbildungskraft beim Leſen des Textes der Folio A allgegenwärtigen „Franz Speck", wie er Bacon nennt, hindeuten. Daß auch beake „der Schnabel" das bequeme Schlüſſelwort back und damit „Bacon" vertreten kann, würde man für die Gipfelleiſtung der paraboliſch-etymologiſchen Seiltänzereien Bormanns halten, wenn es nicht noch beſſer käme. Bei der Vorſtellung des Kuſſes der Venus auf des Adonis (= Bacon!!) flaumbeſchatteten Jünglingsmund mutet uns der Leipziger Humoriſt allen Ernſtes zu, uns die Göttin in eine ſaftige Speckſeite hineinbeißend zu denken: „Welch drolliger Doppelſinn!" ruft er begeiſtert aus. Von bacon = „Speck" kommt Bormann auf den

Digitized by Google

Sinn „Schwein, Eber" (Bacons Wappentier!), was das Wort ebensowenig bedeuten kann wie „Rücken, Lende, Hinterteil", was er naiverweise und mit ihm v. Weber-Ebenhof behauptet. Und mit beacon „Stern, Leuchte" usf. bringt er es, unbeschwert von elementarsten historisch-grammatischen Erwägungen, die man eben bloß den „pedantischen" Philologen überläßt, zusammen. Alle diese Seifenblasen von Etymologien in der Textparabolik schillern nun auch in der Bilderinterpretation dieses Baconianers und seiner gelehrigen Schüler: die Abbildung eines tierischen oder menschlichen Rückens, womöglich eines „speckigen", nackten Rückens oder gar eines Hinterteils wird sofort zur Andeutung auf den pseudonymen Bacon, ja dazu genügt sogar schon eine „fettige" Gestalt. Wenn man die sämtlichen Renaissancebücher, in denen wohlgenährte Putti uns ihre feisten Rückseiten auf Titelblättern und Vignetten zuwenden, als von Bacon stammend namhaft machen wollte, müßte der fleißige Mann doch noch viel länger gelebt haben, als man nach den bisherigen baconianischen Endpunkten Chaucer bis Swift, d. h. etwa dreieinhalb Jahrhunderte lang, ausrechnen konnte. Bormanns Auslegung der „Bogenschützenleiste" in der Folio A bietet eine Unzahl keimfähigster „Etymologien", die denn auch noch 1917 mächtig ins Kraut geschossen sind,[1]) so z. B. in folgenden Sätzen: „Eine andere hieroglyphische Darstellung des Namens Bacon könnte etwa die sein durch einen back-comb (Haarschopf, Kopfschmuck, Einsteckkamm). Figuren mit solchem back-comb sind nicht weniger als einige Dutzend auf den Zierstücken der Dramen vorhanden." Letzteres ist richtig; aber einige Kleinigkeiten wären erst zu erhärten, ehe man Bormanns ersten Satz annimmt. Erstens, nämlich, daß die fragliche Verzierung überhaupt ein Kamm ist, und dann, wenn ja, daß sie back-comb (ein jedenfalls seltenes, weil nirgends belegtes Wort!) heißt. Zweitens, daß für diesen nicht ausgemachten Fall ein Wortspiel der Bildfigur mit dem im Frühneuenglischen ganz anders ausgesprochenen „Bacon" vorliegen muß oder wenigstens kann. Drittens, daß dieses Vignettenelement nur auf die angeblich pseudonymen Bacon-Werke hinweist und sonst nicht vorkommt. — Bormann setzt sodann aus dem englischen bay „(sprich bé)"(!) in seinen so buntscheckigen Bedeutungen und aus con (schottisch! = Eichhörnchen) oder cone „Kegelschnecke" oder gar coni, cony „Kaninchen" neue „Allegorien", wie er das nennt, für „Bacon" zusammen. Und diese verknüpft er dann munter mit den mannigfaltigen Rehböcken, Eichhörnchen, Kaninchen (auch Hasen!), ja mit allgemeineren Jagdszenen, mit Lorbeerbeeren oder -blättern, mit Rückenstellungen, ja mit bloßen C- oder O-Schnörkeln (Con wird in lateinischer Abkürzungstechnik durch ein umgekehrtes C wiedergegeben) auf den Vignetten. Dabei ist außer der gargantuesken Kombinationssucht aber auch festzustellen, daß viele der angeblichen Sachwörter dieser Bilderrätsel gar nicht oder spät oder bloß dialektisch oder in weit abliegender Bedeutung belegbar sind —

[1]) Vgl. v. Weber-Ebenhof, a. a. O., S. 50 und sonst.

Digitized by Google

ein bedenkliches Merkmal für die Festigkeit dieser Hypotheſenverästelungen. Bormann erkennt z. B. in jedem der beiden einander den Rücken kehrenden Kaninchen auf der „Bogenschützenleiste“ ein männliches Tier — woran, erfahren wir nicht — und erklärt, ein solches hieß buck-coney. War dieses Wort je in Gebrauch — ich finde es nicht belegt —, so war es gewiß nicht häufig und somit eine Rätsellösung den Zeitgenossen mit seiner Hilfe kaum leicht möglich, insbesondere, weil die Leser der Folio A es noch etwa „bukkuni“ gesprochen haben müßten, wodurch eine Beziehung auf „Baconi“ (Genetiv des Namens) oder „bacony“ (ein spätes Adjektiv „speckig“) schwerlich auf der Hand gelegen wäre. Da ist ein sonst recht flott in Bormanns Fahrwasser segelnder modernster Baconianer[1]) gerade in diesem einen Fall vorsichtiger — ob zufällig oder in einer Anwandlung lautgeschichtlichen Wissens oder nur, um „origineller“ zu sein, wagt man kaum zu entscheiden. Er deutet folgendermaßen: „Der rechte Schütze weist dem Beobachter den Rücken (back), hinter dem ein Kaninchen (cony) steht, wodurch wieder back-con(y), der Name Bacon, gegeben ist.“ Schade nur um das y, das unter den Tisch fällt! So genau darf man eben solche „Deutungen“ nicht unter die Lupe nehmen, das geht aus anderen Elementen der Auslegung des genannten Bormann-Jüngers gerade wieder bei derselben Buchleiste schlagend hervor: „In der Mitte sitzt ein dicker, fettig glänzender, verfetteter Junge (baby), welcher im Englischen bacony (speckig) bezeichnet wird. Er hockt auf seinen Beinen, was man „to sit on his bacons“ nennt.“ Von baby zu bacon ist ein weiter Weg, und die zuletzt zitierte Wendung möchte man doch wenigstens einmal bei einem englischen Autor in dem hier angegebenen Sinne antreffen; dasselbe wünscht man von „to bag on“, was „auf etwas zielen“ heißen soll. Über rein semasiologische Schnitzer hinaus geht endlich die dem einfachsten Hausverstand ins Gesicht schlagende Feststellung: „Die beiden Schützen schießen nicht mit gewöhnlichen leichten Pfeilen, sondern mit gewaltigen Speeren (speare), die sie mächtig schütteln (shake), und deuten demnach auf shake-speare, den Speerschüttler ... hin.“ Ein Geschoß, das mit dem Bogen abgeschossen wird, heißt auch im Englischen nicht speare, wie jeder Realschüler weiß, und wozu man dieses Geschoß beim Zielen „mächtig schütteln“ soll und wie der Illustrator uns ein solches Schütteln im Bilde glaubhaft gemacht hätte, möge uns doch erst klargemacht werden, ehe wir der Treffsicherheit dieser mit back-comb usf. operierenden „Allegorie“ auf Gnade oder Ungnade Glauben schenken. Wozu übrigens in einem Buche, das wie die Folio A den „pseudonymen“ Namen Shakespeare an der Stirne trug, eine so versteckte Anspielung auf den „Speerschüttler“? Oder sind, was ich bei Bormann und v. Weber-Ebenhof vermisse, die zwei Shakespeare, der mit dem Bindestrich (der rechts) und der ohne Bindestrich (der links), der Trunkenbold, Schlemmer usf. „Jacques Pierre“ (!) damit

[1]) v. Weber-Ebenhof, a. a. O., S. 51.

Digitized by Google

gemeint?? Die Allegoriſierungswut der beiden eben erwähnten Baconianer hat an der einen Namensenträtſelung aus dieſer Buchleiſte nicht genug: eine zweite „höhere“ Deutung wird ihr zuteil, die ganz myſtiſch anmutet, aber leider auch nur der flüchtigſten Kritik nicht ſtandhält, im übrigen beim Öſterreicher — zufällig wohl (?) — überraſchend viele Ähnlichkeiten mit den „Allegorien“ des Sachſen verrät. Ich mache mich verbindlich, aus den Titelblättern der Werke des ſchottiſchen Lairds William Drummond von Hawthornden, eines Zeitgenoſſen Bacons und Ben Jonſons (in deſſen Folioband von 1616 übrigens jene ſo ſchonungslos malträtierte Leiſte auch ſchon vorkommt und ſich etliche von Drummonds Verleger früher verwendete Vignetten finden), einen nach baconianiſcher Logik lückenloſen Beweis für eine neue „Entdeckung“ anzutreten, die nämlich, daß auch Drummond nur ein „Strohmann“ ſeines ſüdlicheren Standesgenoſſen war, ebenſo wie William Dunbar, Sir Philip Sidney, John Florio, Joſeph Addiſon u. a., die ich mir als nächſte Bewerber um Bacon-Pſeudonyme vorgemerkt habe.

Die Buchleiſtenmonomanie, anders kann man ſie nach der Bekanntſchaft mit auch nur wenigen Beiſpielen dieſer Art von Exegeſen wirklich nicht benamſen, durchzieht ganze baconianiſche Schriften und findet ſich in faſt vollſtändiger Geſchloſſenheit und in Anwendung auf die Spenſer- und Cervantes-Bacon-Hypotheſen im oft zitierten Werke des öſterreichiſchen Vorkämpfers dieſer Literaturrichtung wieder. Er greift auch, neben ſämtlichen anderen äußeren und inneren Pſeudoargumenten ſeiner Vorgänger, alle Merkmale ihrer Betrachtungsweiſe der Shakeſpeareporträte und der Grabbüſte auf. Hier hat er ja infolge der dunklen Entſtehungsgeſchichte dieſer Denkmäler und ihrer Kunſtloſigkeit den erwünſcht fetten Boden für ſeine (reſpektive ſeiner Kulturpioniere) Unkrautſaatkörner. Einer ernſten Nachprüfung halten aber alle aus der eingeſchlagenen Interpretationsweiſe gezogenen Schlüſſe, die vielfach auf gänzlich falſchen Tatſachenberichten beruhen, niemals ſtand, wie ſchon den Vorläufern v. Weber-Ebenhofs in zahlreichen Abwehrſchriften — leider ganz erfolglos — geſagt worden iſt, wie aber jeder Kenner der Materie ſtündlich neuerdings beweiſen kann.

Sämtlichen zu Unrecht als „Methoden“ figurierenden Beweismitteln der baconianiſchen Richtung gegenüber haben Vertreter der Fachwiſſenſchaft ſeit dem Erſtehen dieſer Literatur von Zeit zu Zeit ſtets gleich feſtgegründete Gegenargumente zur Hand gehabt und damit die einzelnen „Ergebniſſe“ mühelos zerſtört — was ja übrigens auch die Baconianer insbeſondere mit den ketzeriſchen Schriften derjenigen Autoren beſorgt haben, die als den wahren „Shakeſpeare“ nicht oder nicht ausſchließlich Bacon auszurufen unternahmen. Solange nicht ein nicht geheimſchriftlich (in Text, Ziffern, Vignetten, Titelbildern, Porträten u. dgl.) überlieferter dokumentariſcher Nachweis für die geſamte Hypotheſe beigebracht wird, wird die Angliſtik auf ihrem ablehnenden Standpunkte beharren müſſen, der ſich durch die Berufung auf die hiſtoriſch beglaubigten Lebens- und Schaffensumſtände ſowohl Bacons als

Digitized by Google

auch insbesondere Shakespeares von selbst rechtfertigt. Selbst wenn es gelingen sollte, den Stratforder Shakespeare — natürlich mit handgreiflicheren Urkundenbeweisen, als es die elenden Verleumdungen Donnellys und seiner Spießgesellen waren und sind — die Autorschaft der Shakespearedramen überzeugend abzusprechen, wäre dann noch immer ein exakter Beweis für Bacons Anteil an ihrer Abfassung vonnöten.

Wenn sich aber nun in dem glücklicherweise mit einem durchaus gesunden Kunstinstinkt und Hausverstand reichlich begabten Wien eine „österreichische Shakespeare-Bacon-Gesellschaft" zusammengefunden hat, so könnte man mit mitleidigem Lächeln an dieser geringfügigen Gründung vorübergehen, wenn nicht die ersten Lebenszeichen dieser auserlesenen Vereinigung zum Nachdenken stimmen müßten. Sowohl die erste umfängliche Werbeschrift[1]) wie alle bisherigen „Mitteilungen" zeigen nämlich einen derartig gehässigen Ton gegen die „Stratforder", d. h. die an Shakespeare aus Stratford als Dichter Glaubenden, daß die mit großem Aufwand betriebene Ausstreuung der Vereinsziele alles andere eher als den von diesen behaupteten kulturfördernden Zweck erwarten lassen. Den „Stratfordern" wird unverblümt unpatriotische Gesinnung, bewußte Fälschung oder Weiterverbreitung der verfälschten Shakespearelegende vorgeworfen und Bacon als Ausbund wissenschaftlicher und ethischer Fortschrittsbewegung ausposaunt. Daß er ersteres nicht war, hat v. Liebig überzeugend dargetan; daß ihm alles zu letzterem fehlte, kann jeder Laie, der seine (nicht baconianisch ausgeschmückte) Biographie mit ihren zahllosen Beweisen von Strebertum, Schmeichelei, schnödem Eigennutz, kalter Berechnung liest, leicht selbst beurteilen. Ob man den historischen oder den sagenumsponnenen baconianischen Bacon auf den Thron des Dichterideales, den vorläufig der „Stratforder" noch fester denn je innehat, setzen will, ein *ethischer* Gewinn ist weder für das deutsche Volk noch für den österreichischen Staat davon zu gewärtigen. Im Grunde wäre es ja auch nur ein Tausch *eines* Briten gegen einen anderen — und dem alles untergrabenden englischen Einfluß entgegenzuarbeiten, ist doch nach des Präsidenten, Schriftleiters usf. usf. v. Weber-Ebenhofs Kundgebungen auf die Fahne der neuen Antishakespearegesellschaft geschrieben! Wie der ganze Baconianismus mit Wissenschaft nicht das mindeste zu schaffen hat, so namentlich diese neueste „Gründung", die ein ganz eigenartig politisch gestimmtes Wesen verrät, das höchstens einem unvorsichtigen Laien, niemals aber der unbekümmert um solche ephemere Erscheinungen ihren Pfad weiterverfolgenden Forschung gefährlich werden kann.

---

[1]) Das oft genannte Buch v. Weber-Ebenhofs ist nach der Reklamenotiz auf der dritten Umschlagseite sowie nach seiner ganzen Schreibweise lediglich als eine solche Propagandamache zu betrachten.

Digitized by Google

Der Rechtsschutz des feindlichen Privateigentums in England

Von

Reichsgerichtsrat a. D. H. Wittmaack

In England sind deutsche Vermögenswerte zu einem großen Betrage mit Beschlag belegt, Geschäfte sind zum Teil liquidiert und veräußert. Es ist daher von Interesse, zu untersuchen, wie die Rechtslage in betreff dieser Werte ist, und ob die Erwartung berechtigt ist, daß die englische Regierung diese Werte nach dem Kriege wieder herausgeben wird. Ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen Deutschland und England besteht in dieser Hinsicht nicht. Das 4. Haager Abkommen von 1907 (Art. 46), wonach das Privateigentum nicht eingezogen werden darf, bezieht sich auf das feindliche Vermögen, welches sich in einem okkupierten feindlichen Gebiet befindet, nicht auf solche feindliche Vermögensstücke, die zur Zeit des Ausbruchs eines Krieges im Inland vorgefunden werden.

Nach der englischen Auffassung gehört es zum Gebiet des inländischen Rechts (municipal law), über letztere Anordnungen zu treffen. Ein Gesetz, welches vorschreibt, daß das in England befindliche Privateigentum geschont werden soll, wenn ein Krieg zwischen England und dem Heimatstaat der Eigentümer ausbricht, besteht in England nicht. Die Judikatur spielt dort eine weit größere Rolle für die Ausbildung des Rechts als auf dem europäischen Kontinent. Die in einem gerichtlichen Urteil ausgesprochenen Regeln binden für alle zukünftigen Fälle, von Ausnahmen abgesehen, das Gericht, welches erkannt hat, selbst und die im Range gleichgestellten oder untergeordneten Gerichte. Es fehlt nun aber auch ein Urteil, welches eine Regel des erwähnten Inhalts ausspräche.

Ein englischer Jurist, Hale, der sich als Richter einen Ruf erworben hatte, äußert sich in einem im Jahre 1778 herausgegebenen Buche über strafrechtliche Anklagen (Pleas of the Crown, Bd. I, S. 95): „Einem auswärtigen Feinde gehörige bewegliche Sachen und Forderungen, welche in dem Königreich angetroffen werden, gehören nach englischem Recht dem König und können von ihm eingezogen werden." In einem Privatrechtsstreit aus dem Jahre 1800 gab der Kronanwalt (King's Advocate) in dem Plädoyer für die eine Partei folgende Erklärung über das geltende Recht ab: „Der Krieg bringt jeden einzelnen Untertan der beteiligten Regierungen, ebenso wie die Regierungen selbst, in den Zustand der Feindseligkeit miteinander. In solchem Zustande hören alle Verträge und alle privatrechtlichen Kontrakte sowie alle Eigentumsrechte auf. Das Eigentumsrecht steht notwendigerweise in Widerspruch mit dem Kriegszustand." Diese Erklärung fand keinen Widerspruch von der anderen Seite. Das Gericht hatte nach Lage der Sache keinen Anlaß, sich hierüber auszusprechen. — Zum Verständnis der Ausführungen des Kronanwalts fügen wir hinzu, daß in England und Nordamerika eine andere Auffassung des Krieges herrscht als auf dem europäischen Kontinent. Während man hier den Krieg, soweit möglich, auf die Feindseligkeiten zwischen den militärischen Streitkräften zu beschränken sucht, gilt in England und Nordamerika die Regel, daß der Krieg nicht ausschließlich zwischen den bewaffneten Streitkräften geführt wird und nicht ausschließlich gegen den feindlichen Staat gerichtet ist. Allen feindlichen Untertanen möglichst zu schaden, gilt ebenso für eine patriotische Pflicht, wie die Teilnahme an den Kämpfen.

Bei Beginn des Krieges mit Dänemark im Jahre 1807 beschlagnahmte und kondemnierte die englische Regierung alle dänischen Schiffe und Güter in britischen Gewässern und auf offener See, soweit sie derselben habhaft werden konnte. Dieser Völkerrechtsbruch veranlaßte die dänische Regierung zu einer Vergeltungsmaßregel. Sie konfiszierte alle englischen Schiffe, Waren und Forderungen innerhalb ihres Gebietes. Die Frage, ob

Digitized by Google

die Einziehung der Forderungen englischer Untertanen durch Dänemark gerechtfertigt sei, kam im Jahre 1817 in einem Rechtsstreit vor einem englischen Gerichte zur Entscheidung, indem ein englischer Gläubiger wegen einer von Dänemark eingezogenen Schuld gegen den Schuldner, einen dänischen Staatsangehörigen, in England klagbar wurde. Das Gericht entschied dahin, daß die Maßregel der dänischen Regierung völkerrechtlich nicht gerechtfertig erscheine, und daß der Schuldner durch die Einzahlung an den dänischen Fiskus nicht liberiert sei. Lord Ellenborough, welcher das Urteil begründete, führte insbesondere aus, daß eine solche Konfiskation von Forderungen in England und auch sonst nicht vorgekommen sei. Darauf, daß die dänische Verordnung eine Vergeltung gegen die englische Konfiskation der dänischen Schiffe und Güter gewesen sei, wurde kein Gewicht gelegt, namentlich wurde nicht hervorgehoben, daß auch die englische Verordnung nicht den modernen Ansichten entspreche. Das Urteil des Lord Ellenborough wurde später in England scharf kritisiert, so insbesondere von dem bekannten Völkerrechtsschriftsteller Phillimore. Man hat dem Urteil vorgeworfen, daß die darin ausgesprochene Ansicht über die frühere Praxis irrig sei, kurz, daß das Urteil die erforderliche Gründlichkeit und Besonnenheit vermissen lasse. Phillimore geht sogar so weit, es in Zweifel zu ziehen, ob man nicht künftig in einem ähnlichen Falle von der Regel, daß die Gerichte an die früheren Urteile von Gerichten gleichen oder höheren Ranges gebunden seien, abweichen werde. Das Urteil ist für unsere Frage jedenfalls nicht maßgebend, da es sich nur auf die Konfiskation von Forderungen feindlicher Untertanen, nicht auf das körperliche Eigentum bezieht. Zwischen diesen beiden Maßnahmen besteht ein wesentlicher Unterschied. Das körperliche Eigentum befindet sich vollständig in der Gewalt des kriegführenden Staates, während derselbe mit der Konfiskation von Forderungen feindlicher Untertanen über sein Gebiet hinausgreift, indem dadurch auch Personen außerhalb seines Gebiets betroffen werden.

In der Begründung eines Urteils des Admiralty Prize Court stellte der Richter Lushington folgenden Grundsatz fest: Wenn das feindliche Eigentum auf dem Lande sei, so unterliege es nach dem alten Recht ebenfalls der Konfiskation. Dieses harte Recht sei zwar später gemildert, es stehe dasselbe aber ohne Zweifel der Krone zu, wenn sie für angemessen halte, es anzuwenden.

Weiteres Material über das spezifisch englische Recht in bezug auf unsere Frage liegt, soweit wir haben ermitteln können, nicht vor.

Es ergibt sich hieraus, daß in England keineswegs eine besondere Rechtsregel anerkannt ist, wonach das im Lande befindliche Eigentum feindlicher Untertanen geschont werden soll. Vielmehr geht die herrschende Ansicht dahin, daß der Krone das Recht zustehe, das bei Ausbruch des Krieges im Lande befindliche feindliche Eigentum zu konfiszieren, und daß es nur von ihrem Gutdünken oder ihrem Ermessen abhänge, ob sie dieses Recht ausüben wolle.

Was die seitherige Praxis anlangt, so ist das Recht der Konfiskation des feindlichen Eigentums, welches sich bei Ausbruch des Krieges im Inlande befindet, seit den Napoleonischen Kriegen nur in einem einzigen Falle ausgeübt worden. Dieser Fall ereignete sich im Jahre 1861, als in dem nordamerikanischen Sezessionskriege der Kongreß der Südstaaten alles feindliche Eigentum konfiszierte. Die völkerrechtliche Berechtigung zur Konfiskation des im Inland befindlichen feindlichen Vermögens ist in Nordamerika durch ein im zweiten Dezennium des vorigen Jahrhunderts erlassenes Urteil des höchsten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten anerkannt. In Anlaß der Konfiskationsverfügung erließ die englische Regierung an die Südstaaten eine Note, in welcher bemerkt wurde: Welches auch die abstrakten Regeln des Völkerrechts früher gewesen sein möchten, die Fälle der Anwendung derselben seien jedenfalls in der neueren und zivilisierten Zeit so selten und sie seien so allgemein verurteilt worden, daß man fast sagen könne, die Regel sei obsolet geworden.

Darf man danach hoffen, daß die englische Regierung auch in dem gegenwärtigen Kriege von der Anwendung der strengen Regel weiter absehen wird? Die englische Re-

Digitized by Google

gierung ist bereits durch die gegen das feindliche Vermögen getroffenen Anordnungen der Beschlagnahme und der Liquidation von den früheren Regeln abgewichen. Auch ist bekanntlich jetzt von England und den Vereinigten Staaten eine Beschlagnahme neutraler Schiffe zugunsten der Alliierten in einem Umfang erfolgt, wie es früher kraft des sogenannten jus angariae nie geschehen ist. Daher darf man wohl nicht mit Sicherheit darauf vertrauen, daß das in England befindliche deutsche Vermögen, welches dort mit Beschlag belegt ist, im Laufe des Krieges von der Konfiskation freibleiben und nach dem Frieden zurückgegeben wird.

*

Nachträglich habe ich aus einem Urteil der Reklamationskommission des II. Steuerkreises Leipzig, datiert vom 27. März d. J., ersehen, daß „die englische Regierung in dem künftigen Friedensvertrag zur Herausgabe der Papiere (nämlich der in England mit Beschlag belegten) gezwungen werden wird, soweit sie sich nicht freiwillig hierzu erbietet". Ich glaube diese Mitteilung zur Beruhigung der Interessenten hinzufügen zu sollen. Die Kommission gibt zwar nicht an, woher sie diese Nachricht hat, es ist aber ausgeschlossen, daß eine Kommission von einem solchen Ansehen eine derartige Mitteilung macht, ohne daß sie vollständig zuverlässige Grundlagen dafür hat. Sie selbst zieht aus diesen Tatsachen denn auch die Folgerung, daß „nach ihrer Überzeugung der Anspruch des Reklamanten bezüglich der in London beschlagnahmten Papiere nicht gefährdet ist". Wahrscheinlich ist die der Kommission gemachte Mitteilung diskreter Art gewesen. Die Kommission drückt sich vorsichtig aus, indem sie bezüglich ihrer Folgerung aus der Mitteilung sich dahin äußert, daß nach ihrer Überzeugung der Anspruch nicht gefährdet sei. Sie scheint darauf Rücksicht genommen zu haben, daß das schließliche Ergebnis der Friedensverhandlungen sich nicht mit absoluter Sicherheit voraussehen läßt.

Literarische Berichte

Die Insel. Novelle von Josef Ponten. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.50.

„Es kommt in unserm Reden immer nur darauf an, den Nerv zu treffen, daß der Hörer zusammenzuckt. Man muß Sinnbilder finden, die aus sich selbst leben." Dies Wort, das Ponten den Mönch Spiridion in seiner neuen Novelle aussprechen läßt, klingt in uns wie ein Motto für die starke und ergreifende Dichtung nach. Mächtigere Sinnbilder, als der Dichter hier gefunden, hätten sich nicht erdenken lassen: für die schicksalschaffende Gewalt der Natur die einsame, von Sonnenglut und Windesbrausen beherrschte Klosterinsel im griechischen Archipel; für die bezaubernde Macht der Kultur die verfeinerte und doch frisch und temperamentvoll gebliebene Frau, die, halb von Neugier, halb von Naturheimweh gelockt, auf ihrer eleganten Jacht das Eiland aufsucht. Das Idyll der Mönche, humoristisch beginnend, wandelt sich rasch in ein Drama der Leidenschaft, dessen Personen Maria, die schöne Fremde, und der wegen „Ketzerei" in das Inselkloster verbannte Spiridion sind; und in jäher Schnelle — die ganze Handlung spielt sich im Zeitraum von vierundzwanzig Stunden ab — vollzieht sich die Tragik eines Schicksals, dessen Unabwendbarkeit nur ein starkes logisches Denken so vor den Leser hinstellen konnte. Aber das Denken ist ganz mit Anschauung umkleidet. Die Schilderung des Landschaftlichen und des Wandels der Tageszeiten, von der spärlichen Kühle des Morgens bis zur harpyiendurchlärmten schwülen Sternennacht, die Darstellung des Klosterwesens wie der Menschen, der rasch und sicher hingesetzten Mönchstypen, die dem geistigsten unter ihnen, eben dem „Ketzer" Spiridion, zur Folie dienen, und der schönen lebenglühenden Nordländerin — alles ist von einer nicht mehr zu steigernden Intensität, über die man die kluge Knappheit der Mittel ganz vergißt und die dem enggerahmten tragischen Idyll die Wirkungsfülle eines breitausladenden Epos gibt. Wenn Ponten die Anregung zu der Novelle auf seiner griechischen Reise empfangen hat

Digitized by Google

so ist ihm die Kunst, mit der er diesen „tragischen Einakter" — wie man „Die Insel" fast nennen möchte — gestaltete, gereift in der Arbeit an dem großen Roman „Der Babylonische Turm", diesem weitgespannten epischen Gemälde deutschen Lebens und deutscher Seelentragik. —y—

Geschichte der deutschen Literatur von Wilhelm Scherer. Mit einem Anhang „Die deutsche Literatur von Goethes Tod bis zur Gegenwart" von Oskar Walzel. Berlin, Askanischer Verlag. M. 10.—.

Es kann sich hier nicht um eine Besprechung von Scherers Literaturgeschichte handeln: dazu ist das berühmte Werk zu alt, zu weit verbreitet, zu erprobt. Mag die Wissenschaft in Einzelheiten darüber hinausgegangen sein, mag der Fachmann heute manches mit anderen Augen ansehen als Scherer, die großen Züge seiner Darstellung sind von aller Forschung unverrückt geblieben, und gerade ihre glänzende Herausarbeitung ist das Wertvollste an diesem Juwel unter allen literaturgeschichtlichen Büchern, die wir in Deutschland besitzen. Aber gerade auch hierin könnte für den vorliegenden Neudruck eine Gefahr liegen. Gewiß ist es lauten Rühmens würdig, daß wir das herrliche Werk, diesen reinen und reichen Quell der Erkenntnis in feinstgeschliffener Schale, jetzt in einer so vornehmen, geschmackvollen, buchtechnisch — bis auf sehr viele lästige Druckfehler — ganz vorzüglich gelungenen und dabei erstaunlich wohlfeilen Ausgabe besitzen, aber wem es wie Scherer immer in erster Linie auf die großen Züge, auf die Wechselwirkungen herüber und hinüber, auf die verborgenen Zusammenhänge, kurz auf die innere Geschichte der Literatur ankommt, der setzt die Kenntnis der Einzeltatsachen beim Leser unbekümmert voraus. Für die weiten Kreise, für die die vorliegende Neuausgabe im letzten Grunde bestimmt ist, wird das Buch also vielleicht doch zu „hoch" sein und damit seines Verlegers Hoffnungen am Ende nicht voll erfüllen, aber immerhin bleiben Leser genug, die es mit Begeisterung und Vorteil werden zu genießen verstehen, Lehrer höherer Unterrichtsanstalten, Studenten uff., so daß man ihm trotzdem eine große Zukunft prophezeien darf. Höchsten Dank verdient es, daß Oskar Walzel sein glänzendes Wissen darangesetzt hat, das Werk bis auf die Gegenwart zu ergänzen. In allem Stofflichen ist ihm diese außergewöhnlich schwierige Aufgabe restlos gelungen: die Analyse des Wesensunterschiedes von Impressionismus und Expressionismus ist ein Meisterstück. Walzel besitzt die gleiche Kraft der Beherrschung gewaltiger Stoffmassen wie Scherer, man liest seine Darstellung mit dem gleichen Gewinn an Belehrung wie die seines Vorgängers, aber allerdings doch nicht ganz mit dem gleichen ästhetischen Genuß. Scherer ist natürlicher, frischer, unbefangener, beweglicher im Ausdruck als er, sein Bericht ist runder, ausgereifter und ruhiger, seine Uebergänge sind schmiegsamer, zwangloser, gelenker. Bleibt Walzel wissenschaftlicher, so ist Scherer künstlerischer, der Entwicklungsgang unserer Dichtung wird bei ihm selbst zu einer großartigen Dichtung, in klassischer Ueberlegenheit und Abklärung gestaltet von einer wahrhaft divinatorischen Begabung. Hans Zimmer.

Politik und Moral. Von Franz Erich. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht.

In einer Auseinandersetzung mit Politikern und Philosophen sowohl der Vergangenheit als auch der Gegenwart erweitert der Verfasser zunächst die beiden im Titel genannten Begriffe. Er verwirft dann die Meinung, daß im Privatleben die sittliche Verpflichtung gelte, im Staatsleben aber skrupellose Gewalt. Vielmehr muß anerkannt werden, daß das Staatsleben von sittlichen Kräften durchtränkt ist: „Unabhängigkeit, Macht, Entfaltungsmöglichkeit sind für den Staat Fundament und Form; Aufbau und Inhalt aber sind geistige und sittliche Dinge," unterstehen also den Zielen und Normen der sittlichen Vernunft. Wenn hinzugenommen wird, daß aus dem obersten Sittengesetz die einen bestimmten Staatswesen zu einer bestimmten Zeit eigenen ethischen Verpflichtungen mit Hilfe der Geschichte sich entwickeln, so ergibt sich eine befriedigende Lösung des scheinbaren Widerspruchs zwischen Politik und Moral. D.

Englands Friedensschlüsse. Von Wolfgang Michael, Professor an der Universität Freiburg i. B. Berlin und Leipzig, W. Rothschild. Preis geheftet M. 2.60.

Das Schlußwort dieser kleinen Schrift verrät, daß, als sie geschrieben wurde, man in Deutschland noch auf einen Frieden hoffte, der das Ergebnis abwägender Verhandlungen mit den Feinden sein würde; heute müssen wir der bitteren Möglichkeit eines „Diktatfriedens" ins Auge sehen lernen. Der geschichtliche Ueberblick, den der Freiburger Historiker gibt, verliert aber darum nicht an Wert. Er trägt an seinem Teil dazu bei, uns zu der Eigenschaft zu erziehen, die für alle Zukunft die wichtigste für eine klare und gesunde Führung der deutschen Politik bilden muß: zur Illusionslosigkeit. Michaels ebenso knapp gefaßte wie inhaltreiche Schilderung der englischen Kriegs- und Friedenspolitik zeigt als die Lehre von mehr als zwei Jahrhunderten, daß England

Digitized by Google

ein zweifelhafter Verbündeter, ein erbarmungsloser Sieger ist, ebenso bar jeder Regung privater Moral in Dingen der großen Politik, wie meisterhaft bemüht, als Vorkämpfer der Moral zu erscheinen. England wird auch uns — das lehren all seine Friedensschlüsse — auf Generationen hinaus demütigen und ohnmächtig machen. Ob wir darüber zu Grunde gehen oder nicht, hängt nicht von seiner oder Wilsons Großmut ab, sondern allein von der Lebenskraft und Tüchtigkeit unseres Volkes und von unserer politischen Bildungsfähigkeit, für die historisch klare, durch nationale Empfindung nicht getrübte, sondern vertiefte Betrachtung der Geschichte, zu der auch die hier empfohlene Schrift hinleitet, ein treffliches Erziehungsmittel ist. ss.

Das Verfassungsproblem im Habsburgerreich. Von Dr. Wilhelm Schüßler. Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlags-Anstalt 1918, geb. M. 8.—.

„Die Uebereinstimmung der äußeren mit der inneren Politik: das muß das Ziel jeder ihrer Verantwortung bewußten österreichischen und gemeinsamen Regierung sein, die das Verfassungsproblem im Sinne der kulturhistorischen Mission der Monarchie lösen will. Von dem Gelingen oder Mißlingen dieser Uebereinstimmung wird letzten Endes das Schicksal des Habsburgerreiches bestimmt werden." Mit diesen Worten beschließt Schüßler seine Untersuchungen, und heute erleben wir es, daß das Habsburgerreich auseinanderfällt, weil eben diese Uebereinstimmung sich nicht hat erzielen lassen. Angesichts der ungeheuren Bedeutung, die das Schicksal unseres Verbündeten für uns selbst besitzt, ist der Gedanke des Verfassers lebhaft zu begrüßen, uns die bisher fehlende Uebersicht über die historische Entwicklung der Verfassungsfrage Oesterreich-Ungarns von der Gründung des Staats bis auf den heutigen Tag zu geben. Der zentralistische, der dualistische und der föderalistische Lösungsversuch ziehen an uns vorüber. Wenn es auch berechtigt ist, daß der Hauptnachdruck auf die Ereignisse der letzten Jahrzehnte gelegt wird, so hätte deshalb doch die ältere Entwicklung eine etwas vertiefte Behandlung verdient. Der große Schnitt, den z. B. die Maßnahmen Maria Theresias bedeuten, tritt keineswegs mit genügender Deutlichkeit hervor.

Die Möglichkeit einer Besserung der innerstaatlichen Zustände sieht der Verfasser auf zwei Wegen: entweder durch die Neubelebung eines als Bundesstaat der freien Nationen erscheinenden Großösterreichs (diesen Weg versucht ja das kaiserliche Manifest einzuschlagen), oder durch die Verlegung des Schwerpunktes nach Ungarn, zu dem die österreichischen Länder in ein Verhältnis treten würden gleich dem, in dem heute Kroatien zu Ungarn steht. Leider sieht es ja aus, als ob für beide Möglichkeiten die Zeit verpaßt wäre, als ob die Einheit des Kaiserstaats, an deren Beibehaltung der Verfasser noch unerschütterlich glaubt, fortan als überwundener Standpunkt zu gelten habe. W. W.

Theodor Storms Leben und Werke. Zur Einführung in Welt und Herz des Dichters. Von Alfred Biese. Mit einem Bildnis des Dichters. Leipzig, Hesse & Becker, 1917. 155 S. Geb. M. 2.50.

Ein Berufener, der sein feines Verständnis für Storms Dichtungen schon in mannigfachen Veröffentlichungen bekundet hat, bietet hier die Lebensgeschichte des Dichters, sein Charakterbild und eine Würdigung seines Schaffens knapp und doch mit so reichem Gehalt, daß das Büchlein als eine Musterbiographie bezeichnet werden kann. Nach der ästhetischen Seite sind gewiß noch Ergänzungen möglich. Der trefflich gelungenen Schilderung von Storms Persönlichkeit kommt es zugute, daß der Verfasser selbst im Hause des Dichters verkehren und sein Wesen unmittelbar auf sich wirken lassen durfte.

Heinrich Brömse.

Das Glockenspiel. Gedichte von Auguste Supper. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart. Geh. M. 2.—, geb. M. 3.—.

Auguste Supper ist eine im schönsten, über konfessionelle Schranken hinausgehobenen Sinn religiöse Dichterin. Ihr Innenleben findet in der objektiven Kunst der Erzählung, so meisterhaft sie sie auch übt, nicht volles Genügen, es drängt sie zur unmittelbaren Aeußerung im lyrischen Gedicht. So steht ihre Lyrik, wenn sie auch dem äußeren Umfang nach nur einen kleinen Teil ihres Schaffens bildet, gewissermaßen in dessen Mittelpunkt, und ihre Gedichtbände, deren zweiter soeben unter dem Titel „Das Glockenspiel" erschienen ist, dürfen von denen, die der Dichterin wirklich ganz nahe kommen wollen, nicht übersehen werden. Und dabei ist dieser neue Band als ein Buch des Trostes und der Erhebung so recht geeignet, in der unsäglichen Bitterkeit und Trübe dieser Tage Licht und Zuversicht zu verbreiten. Ein religiöser Grundton klingt durch die ganze Sammlung, oder vielmehr, er schwingt überall in der Tiefe mit, als eine Art Orgelpunkt, über dem ohne alle Eintönigkeit sich die mannigfachsten Weisen und Stimmungen entfalten können. Gesunde Lebensweisheit, starke Heimatliebe, heißes vaterländisches Empfinden, ein tiefes, alles Lebendige mit geschwisterlicher Liebe um-

Digitized by Google

fassendes Naturgefühl finden, in schlichte, edle Formen gefaßt, den reinen, wohltuenden, bezwingenden Ausdruck. Auch ein leiser, freundlicher Humor wagt sich wohl einmal hervor und wirkt, da er von Herzen und aus einem reinen, freien Herzen kommt, in der überwiegend ernsten Umgebung durchaus nicht störend, sondern erfrischend und belebend.

Deutsche Orientbücherei. Herausgeber Ernst Jäckh. Nr. 24: Dr. Wilhelm Knorr, Die Donau und die Meerengenfrage. Weimar 1917, Kiepenheuer.

Eine ganz vortreffliche Schrift, welche die gesamte Geschichte der Donau- und Meerengenfrage vor dem Leser aufrollt, in einer überaus gründlichen und anziehenden Weise, und den Schluß aufstellt, daß keine „europäische Garantie", sondern nur eine im Anschluß an ihre naturgemäßen Freunde gesundete und erstarkte Türkei die notwendige Ordnung der orientalischen Dinge gewährleistet. Diese Ordnung besteht in der Freiheit der Donauschiffahrt, dem Gleichgewicht der Kräfte im Schwarzen Meer und der Offenhaltung unseres Verkehrs mit dem Osten. Ist diese Lösung erreicht, so ist die orientalische Frage selbst gelöst und die Ruhe Europas gesichert. E.

Deutsche Literaturdenkmäler des 17. und 18. Jahrhunderts bis Klopstock. III.: Drama. Herausgegeben von Dr. Reinhard Dietel („Sammlung Göschen" 754). Berlin und Leipzig, G. J. Göschensche Verlagshandlung G. m. b. H. In Leinen 90 Pf.

Straffe Beschränkung auf das wirklich Nötige in den eigenen Zutaten — nur eine Seite sorgfältig ausgewählte Literaturangaben, eine nur fünfzehn Seiten lange, klar die großen Entwicklungslinien herausarbeitende Einleitung, ganz kurze biographisch-bibliographische Vorbemerkungen und haushälterische Fußnoten — ermöglichen es Dietel, uns in diesem handlichen Heftchen mit allen Hauptvertretern des deutschen Dramas im 17. und 18. Jahrhundert vor Klopstock bekannt zu machen. Es geschieht in Proben aus insgesamt neun ernsten und heiteren Stücken, und es muß anerkannt werden, daß diese geschickt herausgehobenen Proben eine vorzügliche und bequeme Einführung in das Drama des genannten Zeitraumes gewähren.

Hans Zimmer.

Papst, Kurie und Weltkrieg. Historisch-kritische Studie von einem Deutschen. 15. Tausend. Berlin W 35, Saemann Verlag 1918. M. 3.—.

Die vorliegende Arbeit verdient vollste Aufmerksamkeit und muß dem deutschen Volke ohne Unterschied der Konfession zum Studium empfohlen werden. Stellt es doch auf aktenmäßiger Grundlage vor der ganzen Welt die gegen uns seit Menschenaltern geübte Zurücksetzung einwandfrei fest, aber ohne dabei in den leisesten Neid, Zorn oder Haß zu verfallen. Es ist mit unendlichem Fleiße, gründlich und streng wissenschaftlich gearbeitet und muß deshalb alle Aufmerksamkeit finden, die auch bereits in der katholischen wie in der ganzen übrigen deutschen Presse deutlich erkennbar und zustimmend zutage tritt. Wer es mit dem deutschen Volke und seiner Zukunft gut meint, muß sich die Kenntnis jener Dinge aneignen und diese Arbeit selbst gründlich studieren. Denn das in der großen Masse evangelische deutsche Volk kann aus diesem die weiteste Verbreitung verdienenden Buch die vielleicht noch nicht allgemein bekannte Tatsache erlernen, daß wir in diesem Riesenkampfe, den wir für unsere religiösen und sittlichen Güter gezwungen führen müssen, ganz allein stehen. Niemals war Rom unser Freund und wird es nimmer werden! Um dies voll verstehen und begreifen zu können, dienen uns diese Studien als wirklich sicherer und verdienstvoller Führer.

O. E. K.

Um Tripolis. Von Enver-Pascha. München, H. Bruckmann 1918, M. 4.20.

Das Tagebuch Enver-Paschas aus den Kämpfen mit Italien vom 4. September 1911 bis 25. November 1912 wird hier in ausgezeichneter Uebersetzung und hübscher Ausstattung veröffentlicht. Wenn ja auch Enver heute von der öffentlichen Bühne seines Landes unter dem Druck der ungeheuren Ereignisse verschwunden ist, wird man doch die Gelegenheit begrüßen, durch diese Blätter einen Blick in sein innerstes Wesen zu tun. Von besonderem Wert ist die darin enthaltene Schilderung seiner organisatorischen Maßnahmen, durch die er erst den Kampf der Araber gegen die italienischen Truppen möglich gemacht hat.

W. W.

Fichte und wir. Von Hermann Schwarz. Osterwieck im Harz, A. W. Zickfeldt.

Sechs Vorträge, gehalten auf der sogenannten Lauterberger Weltanschauungswoche und ergänzt durch einen gleichfalls Ende 1916 in Braunschweig gehaltenen Vortrag, sind hier zusammengestellt. Ein Verhältnis innerer Zugehörigkeit hat den Greifswalder Philosophieprofessor Schwarz zu Fichte geführt und in ihm die Ueberzeugung entstehen lassen, daß Fichtes Glaube an die schöpferische Kraft des Geistes, sein sachlicher Ernst und seine Pflichtenlehre dem Deutschen der Gegenwart wesentlich werden können. In einer berechtigt freien

Digitized by Google

Wiedergabe schildert der Verfasser Fichtes Philosophie im Zusammenhang des deutschen Idealismus überhaupt; der Leser folgt gern, hat aber — wie wohl auch seinerzeit der Hörer — das Gefühl, daß die Darstellung wirksamer sein würde, wenn sie weniger mit Fachausdrücken belastet wäre.

D.

Das Don-Juan-Problem in der neueren Dichtung. Von Hans Heckel. („Breslauer Beiträge zur Literaturgeschichte", herausgegeben von Koch und Sarrazin, n. F. Heft 47.) Stuttgart, J. B. Metzlersche Buchhandlung. M. 6.—.

Weitreichende Belesenheit in der spanischen, portugiesischen, italienischen, französischen, holländischen, englischen, deutschen, skandinavischen, russischen, polnischen und japanischen Literatur war nötig, um uns diesen dankenswerten Beitrag zur vergleichenden Literaturgeschichte zu bieten. Er hat insofern aktuelles Interesse, als in jüngster Zeit das Don-Juan-Problem wieder in stärkerem Maße als in den letzten Jahrzehnten Gegenstand dichterischer Lösungsversuche geworden ist. Aber der Don Juan der Gegenwart ist ein anderer als der Frevler und Gotteslästerer, dessen endliche Bestrafung durch das verhöhnte Marmorbild die Grundlage der Darstellungen vom Burlador de Sevilla bis zu Mozarts Don Giovanni bildet: heute sehen die Dichter in ihm einen kämpfenden und ringenden Menschen unter dem Zwange eines erbarmungslosen Schicksals, das ihn der übermächtigen Gewalt seines Genuß- und Liebestriebes unterworfen hat. Wie diese Umgestaltung des Typus von E. T. A. Hoffmann und Lenau bis heute vor sich geht, zeigt die gut disponierte Untersuchung, ein eigener Abschnitt aber wurde den Dichtungen zugewiesen, die sich in den Rahmen jener Entwicklung nicht einfügen ließen, sowie den Werken, die sich mit dem altgewordenen Don Juan beschäftigen.

Hans Zimmer

Roms letzte Tage unter der Tiara. Erinnerungen eines römischen Kanoniers aus den Jahren 1868—1870. Von Klemens August Eickholdt. Freiburg, Herdersche Verlagsbuchhandlung. Geh. M. 3.50, geb. M. 4.50.

Der „römische Kanonier", der einzige heute noch lebende deutsche Offizier Pius' IX., erzählt in dem vorliegenden Buch seine Erinnerungen und Eindrücke über das Heerwesen, die staatlichen und gesellschaftlichen Zustände, die kirchlichen Vorgänge und Feste, die Volksstimmung und den Volksbrauch in Stadt und Land während der letzten Jahre des Kirchenstaates. Vor allem schildert er den Untergang des Kirchenstaates, und hier hat er sich nicht mit seinen persönlichen Beobachtungen allein begnügt, sondern auch das päpstliche Archiv gewissenhaft benutzt. Das Buch dürfte gerade gegenwärtig von besonderem Interesse sein.

Wir waren drei Kameraden. Kriegserlebnisse von Wilhelm Spengler. Mit einer Einführung von Dr. Philipp Witkop, Professor an der Universität zu Freiburg im Breisgau. Freiburg im Breisgau 1917, Herdersche Verlagsbuchhandlung. M. 2.20.

Diese Aufzeichnungen wirken stark und echt, weil sie zunächst ganz ohne Berechnung auf schriftstellerische Wirkung geschrieben wurden und doch die Größe des Erlebnisses mit künstlerischer Anschauung und Ausdruckskraft zusammentraf. So ist ein zum Teil meisterhaftes Bild der ersten Kriegswochen entstanden, die der Verfasser in einem bayerischen Infanterieregiment verbracht hat, mit ihren Vor- und Rückmärschen, ihrem Jammer und ihrer stolzen Größe. Anschaulich und packend und ganz ohne Redensarten ist dies Buch, so daß es Anspruch darauf hat, in der Kriegsliteratur einen dauernden Platz zu behaupten.

H. Brömse.

Türkische Erzählungen. Herausgegeben von Max Rudolf Kaufmann. München, Delphin-Verlag. 157 S.

Bei Oghlu. Türkische Frauen. Ihr Leben im Harem und im Spiegel türkischer Erzählungen. Mit 18 Abbildungen. München, Delphin-Verlag. 126 S. M. 1.80 (2.80).

Die Kenntnis der türkischen Literatur ist bei uns so dürftig, daß wir für die durch Kaufmanns Sammelwerk gegebene Vermittlung dankbar sein müssen. Die zum Teil humoristischen Kulturbilder von Ahmed Hikmet, die empfindsamen Geschichten von Halid Sia, die von heißem Vaterlandsgefühl erfüllten Erzählungen von Aka Gündüs enthalten alle bemerkenswerte Züge, ohne daß doch im ganzen eine starke Sonderart hervorträte. Am meisten gilt dies wohl von den angefügten Volksmärchen, die wir gern in noch größerer Zahl sehen möchten. Dankenswert ist auch die Einleitung des Herausgebers, die einige Kenntnis von der Entwicklung und dem augenblicklichen Stand der türkischen Literatur verschafft und deren Zusammenhang mit dem allgemeinen geistigen und politischen Leben wenigstens andeutet.

Ein besonders verschlossenes und spannendes Kapitel aus der türkischen Kultur wird in dem zweiten Buch erörtert. Der Verfasser weist selbst zu weitgehende Ansprüche seiner Leser zurück: er will nicht von der

Digitized by Google

türkischen Frau sprechen (die sich je nach der Gegend und den Verhältnissen in anderem Lichte zeigt), sondern einzelne Beobachtungen aus dem Leben türkischer Frauen liefern. Auch in dieser Beschränkung ist das Buch als Beitrag zu einer noch zu schreibenden „Psychologie der türkischen Frau" aufschlußreich. Es beruht auf gründlichen Kenntnissen und den Erfahrungen eines mehrjährigen Aufenthalts in der Türkei. Von besonderer Wichtigkeit scheinen mir die Ausführungen über die Religions- und Rechtsfragen im Leben der türkischen Frauen zu sein. Auch diesem Buch sind die Uebersetzungen mehrerer türkischer Erzählungen beigegeben, die an sich lesenswert sind und die Darlegungen des Verfassers ergänzen und veranschaulichen.

H. Br.

Gesetz und Geschichte. Von Fritz Neeff. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

Der Untertitel des Büchleins lautet: „Eine philosophische Gabe aus dem Felde." Wir können uns solche Gaben wohl gefallen lassen. Der jugendliche Verfasser will über dem Gegensatz der Naturwissenschaften (als Gesetzeswissenschaften) und der Geschichte (als Ereigniswissenschaft) eine höhere Einheit errichten, indem er betont, daß die Geschichte in ihrer Heraushebung des Besonderen sich doch auch aus dem allgemeinen Geschehen herausbildet und für Allgemeinheiten gilt. Ihr eigentümliches Kennzeichen freilich bleibt das Werden eines Neuen und die schöpferische Freiheit. Sie hat daher mit den Erlebnissen und mit dem Reich der Werte den engsten Zusammenhang.

D.

Eduard Sueß, Erinnerungen. Leipzig 1916, S. Hirzel.

Wir erhalten hier die Erinnerungen des berühmten und charaktervollen Wiener Geologen und Präsidenten der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften, der aus einer (laut eines Grabsteins in der Schottenkirche) schon 1467 nachweisbaren angesehenen Wiener Familie stammt; sein Vater, ein Pfarrerssohn, wollte auch evangelischer Theologe werden, trat aber einer Heirat wegen zum Kaufmannsstande über und ließ dann den Sohn studieren, worüber dieser 1848, 17jährig, in die akademische Legion eintrat. Ihr widmet Sueß eine ausführliche Darstellung, wobei er den Vorwurf, als ob sie anarchistisch gewesen sei, als unverdient abweist. Wenn auch die wissenschaftliche Entwicklung des bedeutenden Mannes den Faden der Erinnerungen bildet (1867 ward er Ordinarius), so spielen doch auch die politischen und kulturellen Dinge vielfach herein, so daß das Buch eine wertvolle und bedeutsame literarische Erscheinung heißen darf. Es reicht bis 1894; ein gehaltvolles Schlußwort und ein Register erhöhen seinen Wert.

E.

Beiträge zur Kriegsseelenkunde der Engländer und anderes. Vaterländische Herzenserleichtungen von Missionspräses Immanuel Genähr. Bertelsmann, Gütersloh 1917.

Was ist der Wert all der Kriegsveröffentlichungen? möchte man sich manchmal vielleicht fragen. Sind sie nicht zumeist wertlos, weil verfrüht, weil allzu subjektiv? Mangelt es uns nicht noch an Vollständigkeit des Stoffes und erst gar an Uebersicht über denselben? Diese Fragen liegen nahe. Aber man darf sie nicht ohne weiteres bejahen. Wir müssen und dürfen uns auch jetzt schon unsere Urteile bilden. Und es strömt schon jetzt solche Fülle von Stoff überall herbei, daß eine ordnende, sichtende, beurteilende Tätigkeit jetzt bereits einsetzen muß. Natürlich sind alle derartigen Arbeiten nur Vorarbeiten für spätere, abschließende Werke. Solchen zeitgeschichtlichen Wert hat unbedingt auch das vorliegende Büchlein, das „nichts weiter sein soll als ein Versuch, das Engländertum als Problem zu lösen". Es handelt sich um eine größere Anzahl von Aufsätzen: Die englischen Christen und der Krieg. Der Stammbaum der Engländer. „Die Briten — das Volk Gottes". Woher das Selbstgefühl des Engländers? Englische Wundersucht. Deutsche Kultur in englischer Beleuchtung. Wider den Haß usw. Sie alle lesen sich spannend und interessant. Zahlreiche englische Quellen, vor allem kirchlich-christliche, sowie die neueste Erbauungsliteratur sind benutzt worden. Eine scharfe Kritik ist jedes Bild, das uns die Engländer in ihrer Kriegspsychose zeigt; verzerrt sind die Züge, geblendet die Augen des Britenvolkes. Aber neben der Kritik betont das Buch die Selbstkritik, indem wir Deutsche im Urteil unserer Feinde beleuchtet werden und in besonnener Weise zur Selbstprüfung aufgefordert werden. Wenn der Verfasser den Wunsch ausspricht, daß später, wenn einmal eine „Geschichte menschlicher Verirrungen" geschrieben werden sollte, auch seine Beiträge mit zu Rate gezogen werden sollten, so kann man nur hinzufügen, daß sie auch schon augenblicklich wohl von jedem, der sie zur Hand nimmt, mit Interesse und Nutzen gelesen werden dürften.

Dr. W.

Das Wollgewerbe in Eßlingen bis zum Ende des 17. Jahrh. Von Dr. Friedrich Bauer. Berlin 1914, W. Rothschild.

Dieses 55. Heft der Freiburger „Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte"

Digitized by Google

ist ein wertvoller Beitrag zur deutschen Wirtschaftsgeschichte. Dr. Bauer hat die vorhandenen Quellen, unter denen Pfaffs „Geschichte Eßlingens“ und Diehls „Urkundenbuch“, vor allen aber das Eßlinger Stadtarchiv hervorragen, fleißig benutzt und hat nachgewiesen, wie das Wollgewerbe und besonders die Tuchmacherei in der alten Reichsstadt, unterstützt durch die auf der Filderhochfläche betriebenen Schafzucht, sich zu einer schönen Blüte entfaltete. Auch der Handel und die Zunftverfassung finden eine sorgsame Darstellung.

Bilder aus Palästina, Nordarabien und dem Sinai. Von B. Moritz. Hundert Bilder nach Photographien mit erläuterndem Text. Berlin 1916, Dietrich Reimer (Ernst Vohsen).

Die Auswahl des vorliegenden umfangreichen Bilderwerks ist Sammlungen entnommen, die teils vom Verfasser selbst, teils auch von befreundeter türkischer Seite stammend (letztere Aufnahmen sind aus den dem Europäer verschlossenen „heiligen“ Gebieten Arabiens), aus Reisen in den Jahren 1905—1915 herrühren. Die Zusammenstellung der Bilder darf als recht glücklich bezeichnet werden, insofern sie — in Vermeidung jeglicher fachlicher Einseitigkeit — einen lebendigen und anschaulichen Einblick in die typischen Erscheinungen von Land und Leuten des islamischen Westasiens vermitteln. Neben den kulturhistorisch wichtigen Zentren, wie Jerusalem, Mekka und Medina, entwickelt uns der Verfasser die charakteristischen Landschaftsszenerien des arabischen Landes: den wildzerklüfteten Sinai mit seinen kahlen Zacken, und die monotone, sonndurchglühte Wüste Peträas — dazu als überraschenden Kontrast das entzückende Bildchen des „Isistempels“ (Abbild. 46). Die originellen Typen der Bauern und Beduinen, die Zeltlager der letzteren im Gebiet des Ostjordanlandes zeigen uns in ebenso gelungenen wie instruktiven Aufnahmen das Leben und Treiben des primitiven Nomaden wie die Szenerien aus den Pilgerprozessionen und kultischen Feiern (68: Zug des für die Kaaba bestimmten Teppichs, 77/78 Lager und Zug der Wallfahrer nach der Ebene Arafât usw.), die Kraft des religiösen Gedankens im Islam. Zahlreich sind auch die Aufnahmen von der ebenso technisch interessanten als strategisch wichtigen Hedschasbahn, und von den alten Baudenkmälern aus der Omajjadenzeit, den Wüstenschlössern Mescheta (dessen Hauptfassade bekanntlich sich im Kaiser-Friedrich-Museum befindet) und Kusajjir Amra mit Wandmalereien aus byzantinischer Zeit. — Der den Bildertafeln beigegebene Text der Einleitung sucht alles, was in kulturhistorischer und archäologischer, topographischer und ethnographischer Hinsicht zum Verständnis der Aufnahmen beitragen kann, in knappen, aber instruktiven Angaben zusammenzufassen. Autor und Verlag, der in gewohnter Weise an der vornehmen Ausstattung nichts hat fehlen lassen, haben sich um die schöne Publikation in gleicher Weise verdient gemacht. O. R.

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Bauer-Rohrfelden, Viktor, Dr., Ritter v., Der Sinn des Krieges. Heft 1. Wien und Leipzig 1918, Manz, Verlags- und Universitätsbuchhandlung. Preis Kr. 3.30.

Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft. Herausgeber Prof. Dr. Franz v. Mammen. Heft 46: Bönlinger, Hans, Die Umtriebsbestimmung im jährlich nachhaltigen Forstbetriebe. Heft 49: Schmidt, Heinrich, Otto, Deutschlands Friede und Freiheit und ihre dauernde Sicherung. Heft 53: Herre, Paul, Dr., Bismarcks Staatskunst. Dresden und Leipzig 1917, Verlag „Globus“, Wissenschaftliche Verlagsanstalt. Preis pro Heft M. 1.80.

Charmatz, Richard, Deutsche Demokratie. Wien-Warnsdorf-Leipzig 1918, Verlag Ed. Strache. Preis M. 6 20 = Kr. 7.40.

Das größere Deutschland. Herausgegeben von W. Bacmeister. Wochenschrift für Deutsche Welt- und Kolonialpolitik. 5. Jahrgang, Heft 36. Dresden-A 1918, Verlag Das größere Deutschland. Preis M. —.40.

Der große Krieg in Einzeldarstellungen. Heft 21: Gorlice-Tarnow. Heft 33: Die Befreiung Siebenbürgens und die Schlachten bei Targu Jiu und am Argesch. Herausgegeben im Auftrage des Generalstabes des Feldheeres. Oldenburg i Gr., Gerhard Stalling. Preis à M. 1.50.

Der Weltkrieg in seiner Einwirkung auf das deutsche Volk. Herausgegeben von Generalleutnant Max Schwarte. Leipzig 1918, Verlag von Quelle & Meyer. Preis geb. M. 16.—.

Deutschland und der Katholizismus. Gedanken zur Neugestaltung des deutschen Geistes- und Gesellschaftslebens. Herausgegeben von Dr. M. Meinertz und Dr.

Digitized by Google

H. Sacher. 2 Bände. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. Preis M. 24.—, geb. M. 29.—.

Endres, Franz Carl, Bosporuswellen. Ein Roman aus Konstantinopel. Stuttgart, Francksche Verlagshandlung. Preis geh. M. 3.20, geb. M. 4.50.

Engel, Eduard, Gutes Deutsch. Ein Führer durch Falsch und Richtig. Leipzig 1918, Verlag Hesse & Becker. Preis M. 4.—.

Ernst, E. W., Wie muß der Friede werden? Bad Nassau (Lahn), Verlag Zentralstelle zur Verbreitung guter deutscher Literatur. Preis M. —.50.

Federmann, Max, Bestimmung, Volksschauspiel in 3 Akten. Berlin SW 47 1918, Verlag Ora.

Grimm, Hans, Der Ölsucher von Duala. Ein Tagebuch, bearbeitet von Hans Grimm. Berlin-Wien, Ullstein & Co.

Grundriß der Sozialökonomie. V. Abteilung. Die einzelnen Erwerbsgebiete in der kapitalistischen Wirtschaft und die ökonomische Binnenpolitik im modernen Staate. I. Teil: Handel 1. 2. Bearbeitet von H. Sieveking, J. Hirsch. Tübingen, J. C. B. Mohr. M. 8.80. (Subskr. M. 7.70.)

Hampe, Karl, Belgien und Holland vor dem Weltkriege. Eine Darstellung ihrer politischen, militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen und Annäherungsbestrebungen in den letzten Jahrzehnten. Gotha, F. A. Perthes. M. 2.40.

Hauck, Albert, Prof., Die Reformation in ihrer Wirkung auf das Leben. Sechs Volkshochschulvorträge. Leipzig, B. G. Teubner. M. 2.50.

Hauptquellen zur Neueren Geschichte. Herausgegeben von Erich Brandenburg. Der Dreißigjährige Krieg. Zusammengesetzt von Hans Schulz. 1. Bis zum Tode Gustav Adolfs. II. Seit dem Tode Gustav Adolfs. Leipzig, B. G. Teubner. Kart. je M. 2.40.

Heyer, Dr. phil. et jur. Karl, Der Machiavellismus. Berlin, Ferdinand Dümmler. M. 3.50.

Höffner, Johannes, Die Hohenzollern und das Reich. Halle, Richard Mühlmann. Kart. M. 3.—.

Kriegszeitung der Festung Borkum. Auswahl aus zwei Jahrgängen. Herausgegeben von Carl Lange. Berlin, R. v. Deckers Verlag. Geb. M. 6.—.

Lamprecht, Karl, Kindheitserinnerungen. Mit 11 Bildern. Gotha, F. A. Perthes. M. 3.—.

Mitteilungen des Vereins der Freunde des humanistischen Gymnasiums. Herausgegeben vom Vereinsvorstande. Redigiert von Dr. S. Frankfurter. Heft 18. Wien, Karl Fromme.

Quellensammlung Lambeck-Kurze-Rühlmann für den geschichtlichen Unterricht an höheren Schulen. Reihe II. Heft 132, 133: Frankreich vom Sturze der Julimonarchie bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. I. und II. Von Professor Dr. O. Dietrich. Heft 142: Belgien. Von Dr. Fr. Baethgen. Heft 144: Polen. Von Dr. R. F. Kaindl. Heft 183, 184, 185: Staatsanschauungen. 1. Teil: Antike, Mittelalter, Reformation. 2. Teil: Das 16. bis 18. Jahrhundert. 3. Teil: Das 19. Jahrhundert. Von Prof. Dr. Paul Rühlmann. Leipzig, B. G. Teubner. Je M. —.60.

Rühlmann, Professor Dr. Paul, Die französische Schule und der Weltkrieg. Leipzig, Quelle & Meyer. M. 2.20.

Sammlung Göschen. Bd 581: Max Rose, Einleitung in die Funktionentheorie (Die komplexen Zahlen und ihre elementaren Funktionen). Berlin, C. J. Göschensche Verlagshandlung. Geb. M. 1.25.

Schücking, Walther, Die völkerrechtliche Lehre des Weltkrieges. Leipzig, Veit & Co. M. 9.—.

Schumacher, Professor Dr. Hermann, Die Lösung der belgischen Frage. Der deutsch-belgische Wettbewerb und seine Regelung. Leipzig, S. Hirzel. M. 2.10.

Simmel, Georg, Der Konflikt der modernen Kultur. Ein Vortrag. München, Duncker & Humblot. M. 1.—.

Wissenschaft und Bildung. Einzeldarstellungen aus allen Gebieten des Wissens. Band 144: Deutsche Malerei seit 1870. Von Dr. Wilhelm Waetzoldt. Leipzig, Quelle & Meyer. Geb. M. 1.50.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Übersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

Eine graue Eminenz

Erinnerungen aus dem Auswärtigen Amt in Berlin

Von

Prinz Alexander zu Hohenlohe

Wer in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu gewissen Stunden des Tages, z. B. nachmittags zwischen ½2 und ½3 oder abends spät, nach Schluß der eigentlichen Amtsstunden, die Wilhelmstraße in Berlin von der Leipzigerstraße nach den Linden zu hinunterging, und zwar auf der Seite, auf das sich das langgestreckte, einstöckige schlichte alte Gebäude befindet, das die Bureaus des Auswärtigen Amts des Deutschen Reiches beherbergt, konnte fast regelmäßig einem ziemlich hochgewachsenen, rüstig einherschreitenden Manne begegnen, dessen Gesichtszüge, wenn er sie sich näher betrachtet hätte, sicher in seiner Erinnerung haften geblieben wären: große, etwas verschleiert und doch durchdringend und energisch blickende graue Augen, eine Adlernase und ein grauer Schnurr- und Vollbart, dem man ansah, daß er nicht oft mit dem Friseur in Berührung kommen mußte. Und wenn er sich gefragt hätte, wer dieser Mann mit dem meist tief in die Stirne gedrückten schwarzen Hute und dem hochgeschlagenen Mantelkragen, mit den Händen in den Taschen und dem mißtrauischen Blicke wohl sein könne, so hätte er kaum den Beruf dieses mysteriösen Passanten erraten. Wahrscheinlich hätte er ihn für einen Oberförster oder Inspektor vom Lande gehalten, der für einige Tage aus seiner Provinz in die Hauptstadt gekommen ist, vielleicht auch für einen Gelehrten. In Wirklichkeit war dieser einsame Spaziergänger, der noch so spät am Abend die um diese Zeit menschenleere Straße hinauf, mit dem geladenen Revolver in der Tasche, nach seiner in einer entlegenen Vorstadt gelegenen kleinen Wohnung ging, eine der mächtigsten, einflußreichsten Persönlichkeiten des Deutschen Reiches, ein Mann, vor dem so mancher im Dienste ergraute Botschafter oder Gesandte zitterte, und von dessen Laune das Wohl und Wehe zahlreicher Beamten, nicht nur des diplomatischen Dienstes, sondern auch der inneren Verwaltung in Preußen und im Reiche abhing; ja noch mehr, von dessen Entscheidung oft in wichtigen Augenblicken die Richtung

Copyright 1919 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

der gesamten auswärtigen Politik des Deutschen Reichs bestimmt wurde.

Baron Holstein gehörte, wenn ich nicht irre, einem alten holsteinischen Freiherrngeschlecht an. Wann er in die diplomatische Karriere eingetreten, ist mir nicht bekannt. Ich weiß nur soviel, daß er im Jahre 1870/71 zu dem engeren Stabe der Beamten gehörte, die den damaligen Bundeskanzler ins Feld begleiteten und daß er, bald nach dem Kriege zum Sekretär an der deutschen Botschaft in Paris ernannt, schon auf diesem Posten durch seine, ich möchte fast sagen, fanatische Hingabe an den Dienst im Interesse seines obersten Chefs, des Fürsten Bismarck, sich auszeichnete, was im Prozeß Arnim zutage trat, wo er als Belastungszeuge seines direkten Vorgesetzten, des Botschafters Grafen Arnim, auftrat.

Für diejenigen Leser, denen der heute weit zurückliegende Prozeß nicht gegenwärtig ist, will ich nur kurz erwähnen, wie dieser Prozeß entstand und um was es sich dabei gehandelt hat. Graf Arnim, ein außergewöhnlich fähiger, aber zugleich maßlos ehrgeiziger Diplomat, war, da Bismarck bemerkt hatte, daß er in ihm nicht den Vertreter seiner Politik auf dem Botschafterposten in Paris hatte, den er verlangte (ich erinnere an das bekannte Bismarcksche Wort: „Meine Botschafter müssen einschwenken wie die Unteroffiziere"), von Paris auf den Botschafterposten in Konstantinopel versetzt worden. Zu seinem Nachfolger hatte Bismarck im vollen Einverständnis mit Kaiser Wilhelm, meinen Vater gewählt, der damals erster Vizepräsident des ersten Deutschen Reichstags war und mit dem Bismarck schon zur Zeit, als mein Vater bayerischer Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen gewesen war, die besten und vertrauensvollsten Beziehungen hatte und von dem auch der alte Kaiser überzeugt war, daß er der geeignete Mann für den, in dem damaligen Augenblick so kurz nach dem Friedensschluß mit Frankreich, besonders heiklen, schwierigen und sehr viel Takt und Umsicht erfordernden Posten in Paris sei. Kurze Zeit, nachdem mein Vater im Herbst 1874 seinen Posten angetreten hatte, erhielt er einen Erlaß von Bismarck, in dem Bezug genommen wurde auf zwei oder drei frühere Erlasse des Kanzlers an den Botschafter in Paris. Mein Vater suchte nach den betreffenden Aktennummern, aber trotz wiederholtem Suchen fand sich keiner dieser Erlasse in den Schränken der Botschaft vor. Er berichtete also pflichtgemäß an den Kanzler, daß die verlangten Nummern sich nicht in Paris befänden, es müsse ein Irrtum vorliegen. Die Erlasse bezogen sich auf die Kirchenpolitik des Fürsten Bismarck, — es war nebenbei bemerkt, damals die Zeit des sog. „Kulturkampfs". Daraufhin große Erregung beim Kanzler, der nunmehr den Grafen Arnim zum Bericht auffordern ließ, ob er etwa die Erlasse versehentlich mitgenommen habe und wo sie sich befänden. Daraufhin kam die merkwürdige Antwort des Grafen Arnim, die Erlasse habe er aus dem Grunde an sich genommen, weil sie sich mit kirchenpolitischen Dingen beschäftigten und u. a. auch die Person des Kardinals Hohenlohe,

Digitized by Google

des Bruders meines Vaters, berührten und er vermeiden wollte, daß sie meinem Vater zu Gesicht kämen. Auf die Aufforderung Bismarcks, die Erlasse sofort einzusenden, verweigerte Graf Arnim unter dem Vorgeben, er sehe sie als sein Privateigentum an, die Rückgabe. Jetzt kannte der Zorn des Fürsten Bismarck keine Grenzen mehr und er ließ alle Rücksichten beiseite. Es ist bekannt, wie er dann dem Grafen Arnim den Prozeß machen und durch alle Instanzen durchführen ließ, bis schließlich der Botschafter zum Zuchthaus verurteilt wurde, dem er sich nur durch rechtzeitige Flucht nach der Schweiz entzog, wo er als ein gebrochener Mann noch einige Jahre gelebt hat und schließlich im Exil gestorben ist. Dieser Fall Arnim ist einer jener typischen Fälle, in denen einer der häßlichsten Charakterzüge des genialen Staatsmannes zutage tritt, die persönliche Rachsucht und der Haß. Um diesen zu befriedigen, waren ihm alle Mittel recht, und mit dem Gegner, der sich ihm in den Weg stellte, und gar mit einem, in dem er einen Nebenbuhler erblicken zu müssen glaubte, der ihn von der Macht verdrängen könnte, mit dem hatte er kein Mitleid, sondern er trachtete ihn unschädlich zu machen, ja zu vernichten, wie er nur konnte. Daß Graf Arnim zu seinen Gegnern gehörte und den Ehrgeiz hatte, den Fürsten Bismarck zu ersetzen, das ist unzweifelhaft. Es macht aber deswegen das Vorgehen Bismarcks gegen ihn nicht sympathischer. Ich habe diese Sache besonders erwähnt, weil die Zeugenaussage in diesem Prozeß und die Rolle, die Baron Holstein darin gegenüber seinem früheren direkten Vorgesetzten gespielt hat, in seinem Leben eine gewisse Bedeutung hat. Sie ist später immer wie ein Makel an ihm haften geblieben, den er nicht mehr losgeworden ist; und es ist nicht unmöglich, daß dies zu der Verbitterung seines Charakters viel beigetragen hat. Daß diese Rolle zu den geheimen, wenn ich so sagen soll, polizeilichen Neigungen des Barons Holstein paßte, hat er auch noch bei späteren Gelegenheiten gezeigt. So entsinne ich mich noch sehr gut, wie meine Mutter sich darüber beklagt hat, daß sie, wenn sie mit meinen Schwestern in Paris zu Fuß ausging, wiederholt bemerkt habe, wie sie von Holstein in einer gewissen Distanz gefolgt und von ihm beobachtet wurde. Auch weiß ich noch, wie sie und meine Schwester durch Freunde aus der französischen offiziellen Welt vor Holstein und seiner Spionage gewarnt wurden. Daß er mit dem Kanzler direkt über den Kopf seines Chefs korrespondierte, war schon im Prozeß Arnim zutage gekommen. Dieses System setzte er auch jetzt fort, um es später, als er selbst Rat im Auswärtigen Amt wurde und immer mehr Einfluß auf die Leitung der Politik gewann, dahin umzuwandeln, daß er selbst mit den verschiedenen Botschaftern und Gesandten privatim korrespondierte, sich von ihnen berichten ließ und seinerseits wiederum ihnen Anweisungen gab, und zwar Anweisungen nicht nur, wie sie die Politik des Reichs gegenüber der Regierung, bei der sie akkreditiert waren, zu vertreten hatten, sondern, und letzteres nahm in der letzten Zeit seiner Amtstätigkeit immer größeren Umfang und größere Bedeutung an, was und in welchem

Digitized by Google

Sinne sie zu berichten hätten. Welche gefährlichen Folgen dieses System für die ganze Politik des Reichs haben konnte, ja mußte, liegt auf der Hand.

Und tatsächlich hat es auch wiederholt diese Folgen gehabt. Ich werde später noch darauf zurückkommen.

Besonders gefährlich mußte dieses System werden, wenn es auf schwache Charaktere oder auf Persönlichkeiten traf, die aus irgendeinem Grunde, sei es durch ihre Vermögensverhältnisse, sei es aus andern Gründen, in ihrer Unabhängigkeit beeinträchtigt und daher, willig oder unwillig, ein Werkzeug in seiner Hand wurden. Und er hatte ein geradezu diabolisches Geschick, diese Schwächen aufzuspüren und sie, sobald er sie herausgefunden hatte, zu benützen. Ja, er brachte mit Absicht, wenn es ihm irgendwie möglich war, solche Persönlichkeiten an wichtige Posten, weil es dann um so sicherer war, sie in seiner Macht zu haben. Um den Geheimnissen des Privatlebens dieser Herren auf die Spur zu kommen, schaute er vor keinem Mittel zurück, ebensowenig aber auch davor, diese, wenn er sie erfahren hatte, skrupellos und rücksichtslos zu gebrauchen. Er war in dieser Beziehung in einer guten Schule gewesen, denn auch der große Kanzler kannte in dieser Beziehung ebensowenig Skrupel wie Rücksichten, und welche Rolle unter seinem Regime die politische Geheimpolizei gespielt hat, ist bekannt. Holstein hat diese Tradition auch nach dem Abgang und nach dem Tode des Fürsten Bismarck im Auswärtigen Amte fortgesetzt. Das Tragische, oder wenn man will tragikomische, trat ein, als er dann bei Gelegenheit des bekannten Tauschprozesses zu seiner unangenehmen Überraschung erkennen mußte, daß er selbst ein Opfer der politischen Polizei wurde oder wenigstens stark unter ihr zu leiden hatte. Ich gehe auf diesen Prozeß nicht näher ein, bei dem ich selbst durch die, wie sich sehr bald herausgestellt hat, lügenhafte Aussage eines der angeklagten Geheimagenten, genötigt wurde, als Zeuge auf der Zeugenbank Platz zu nehmen, neben dem Staatssekretär v. Marschall, dem Botschafter Grafen Philipp Eulenburg und dem Baron Holstein selbst. Wer sich für diesen Prozeß näher interessiert, kann darüber einiges in dem kürzlich erschienenen Buche des Geheimen Legationsrates Haman, „Der neue Kurs" finden. Besonders gefährlich wurden die Konsequenzen dieses Holsteinschen Systems der bestellten Berichte aber in den letzten Jahren, als die Schrullenhaftigkeit, der Zug zum Mißtrauen, ja geradezu zum Verfolgungswahn bei ihm immer mehr zunahm. Wie eigenmächtig er in seiner Amtstätigkeit vorging, davon können sich Außenstehende schwer einen Begriff machen. Ich will nur ein Beispiel erwähnen. Er hatte die Gewohnheit, im Laufe des Sommers einen vierwöchentlichen Urlaub zu nehmen, den er, menschenscheu wie er war, womöglich in irgendeinem verborgenen Nest in den Bergen oder im Walde zubrachte, meist ohne seine Adresse zu hinterlassen. Während eines solchen Urlaubs begab es sich, daß der damals im Amt befindliche Staatssekretär ein wichtiges Aktenstück benötigte. Als er danach verlangte, erhielt er zur

Digitized by Google

Antwort: „Ja, das hat der Herr Baron eingeschlossen, das können Sie nicht bekommen!“ Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß der Staatssekretär sich damit bescheiden mußte, und es auch schwerlich gewagt haben wird, seinem Untergebenen, denn das war ja doch Holstein, als dieser aus dem Urlaub zurückkehrte, irgendwelche Vorstellungen zu machen. Da würde er übel angekommen sein!

Ebenso rücksichtslos war Holstein in der Behandlung, die er den ad audiendum verbum von Zeit zu Zeit in Berlin erscheinenden deutschen Missionschefs, Botschaftern und Gesandten zuteil werden ließ. Manche ließ er tagelang antichambrieren, ohne sie vorzulassen, andere empfing er überhaupt nicht. Ich weiß deutsche Botschafter, die jahrelang nicht mehr bei ihm vorgelassen wurden, nur weil er irgendeinen Verdacht persönlicher Art gegen sie hatte. Dabei war er nota bene Chef der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, und eine Unterredung mit ihm, der tatsächlich unter mehreren Kanzlern die auswärtige Politik des Reiches bestimmt hat, wäre für diese von der größten Wichtigkeit und Nutzen gewesen. Ich entsinne mich noch eines charakteristischen Vorfalls, den ich selbst im Gebäude des Auswärtigen Amtes erlebt habe. Ich hatte mich eben bei Holstein anmelden lassen, als im Korridor, wo ich wartete, einer unserer auf Urlaub in Berlin befindlichen Botschafter erschien, der ebenfalls den Wunsch hatte, den allmächtigen Chef der politischen Abteilung, die „graue Eminenz“ des Auswärtigen Amtes, zu sprechen. In diesem Augenblick kam der Diener aus der Holsteinschen Stube heraus. Ich bedeutete ihm, er solle zunächst noch den Botschafter melden, ich würde so lange warten. Der Diener tat, wie ihm geheißen, kam aber sogleich wieder zurück mit der Antwort an den Botschafter: „Der Herr Baron haben keine Zeit. Der Herr Baron diktieren,“ darauf aber zu mir sich wendend, so daß der Botschafter es noch hören konnte: „Der Herr Baron lassen bitten.“ Wie peinlich mir, der ich damals einer der jüngsten, wenn nicht der jüngste Reichstagsabgeordnete war, dies gegenüber dem ergrauten Botschafter sein mußte, kann man sich denken. Übrigens ist es auch mir selbst später passiert, zur Zeit, als mein Vater Reichskanzler war und ich gewissermaßen als Privatsekretär meines Vaters manche Aufträge ins Auswärtige Amt und auch an Holstein zu überbringen hatte, daß dieser mir plötzlich ohne Angabe von Gründen seine Tür verschloß, und zwar mehrere Tage lang. Mein Vater, dem das sehr unbequem war, erkundigte sich bei Holstein nach dem Grunde seiner Mißstimmung gegen mich. Und was erfuhren wir? Der Grund, warum er mich plötzlich nicht mehr sehen wollte, war, daß ich einige Tage vorher im Gespräch mit ihm, ohne mir dabei etwas Anmaßendes zu denken, den Ausdruck „ich würde Ihnen raten“ gebraucht hatte. Dieser, seiner Meinung nach, respektwidrige Ausdruck eines jungen Mannes ihm, dem ergrauten Beamten gegenüber, hatte ihn verletzt; er erblickte darin eine Anmaßung meinerseits und wollte nichts mehr mit mir zu tun haben. So empfindlich war sein Charakter. Erst dem Zureden meines

Digitized by Google

Vaters gelang es, ihn dazu zu bringen, daß er mich wieder empfing, und als ich ihn dann noch selbst darüber aufgeklärt hatte, daß hinter meinen Worten nicht die geringste böse Absicht gesteckt habe, war das alte Vertrauensverhältnis wieder hergestellt. Mir waren trotz seiner Schrullenhaftigkeit die Stunden, die ich bei dem klugen, feingebildeten, originellen alten Manne zubrachte, in dessen Händen damals die Fäden der auswärtigen deutschen Politik zusammenliefen, sehr wertvoll, und man konnte wirklich da manches lernen. Vor allem war er ein Meister des Stils, was auch eine der Eigenschaften gewesen ist, die der große Kanzler an ihm besonders geschätzt hat. Und ich war nicht wenig stolz, wenn ich ein Lob aus seinem Munde für etwas erhielt, was ich geschrieben hatte. Aber auch sonst war mir der Umgang mit ihm interessant. Ich entsinne mich noch, wie er einmal den Grafen Paul Hatzfeld, damals Botschafter in London, empfing. Ich wollte mich entfernen, als er gemeldet wurde, Holstein aber hieß mich bleiben und sagte mir: „Hören Sie zu, Sie können dabei etwas lernen." Und in der Tat war das Gespräch zwischen diesen beiden gescheiten Männern — Hatzfeld war einer der fähigsten Botschafter, die wir je in London gehabt haben — für mich sehr lehrreich, denn es wurde von ihnen die ganze große auswärtige Politik durchgesprochen. Oft, wenn ich zu ihm kam und er gerade zum Staatssekretär gerufen wurde, dessen Amtszimmer nur durch eine Tür von dem seinigen getrennt war, sagte er mir: „Setzen Sie sich an meinen Schreibtisch und lesen Sie, was Sie wollen"; und ich las dann die Berichte der Botschafter und Gesandten, die auf seinem Tische lagen, oder einen von ihm entworfenen Erlaß und dergleichen. Die Stunde, zu der ich ihn sah, namentlich in der Zeit, als ich gewissermaßen dienstlich als Überbringer gewisser Aufträge des Reichskanzlers an das Auswärtige Amt während der Reichskanzlerzeit meines Vaters mit ihm zu tun hatte — ich war damals, um der Sache eine Form zu geben, zum Legationsrate im Auswärtigen Amt ernannt worden —, war gewöhnlich zwischen 12 und 1 Uhr nachmittags. Zu dieser Zeit versammelte sich meistens ein kleines Konziliabulum bei ihm. Dazu gehörte regelmäßig der Justizrat Dr. Fischer und der Herr v. Huhn von der „Kölnischen Zeitung", der erstere ein Rheinländer, der andere der echte Balte, manchmal Dr. August Stein von der „Frankfurter Zeitung" und vom Auswärtigen Amte selbst damals Herr v. Kiderlen, Dr. Hamann und einer oder der andere von den Räten der politischen Abteilung, wie Graf Pourtalès oder Herr v. Lindenau, manchmal auch der Freiherr v. Marschall während der Zeit, als er Staatssekretär war. Da wurden dann alle wichtigen Tagesfragen, und zwar nicht nur die äußeren, sondern auch der inneren preußischen und Reichspolitik lebhaft besprochen, und Holstein benutzte die Gelegenheit, um nicht nur von den anwesenden Journalisten sich genau über alles, was vorging, namentlich über persönliche Details der im Amt befindlichen Personen sich unterrichten zu lassen, sondern auch um ihnen seine Direktiven zu geben. Er verfolgte sehr aufmerksam die in- und ausländische Presse,

Digitized by Google

sowohl was die äußere wie die innere Politik betrifft, und liebte es, sie zu beeinflussen. Manchmal griff er auch selbst zur Feder. Seine Hauptstärke lag auf diesem Gebiet zur Zeit einer Minister- oder Kanzlerkrise. Dann verfolgte er die Vorgänge mit Luchsaugen, und das war besonders der Moment, wo er selbst eingriff. Gegen persönliche Angriffe in der Presse aber war er von einer mimosenhaften Empfindlichkeit. In irgendeiner Weise in die Öffentlichkeit gezerrt zu werden, war ihm ein Greuel, ja er hatte geradezu Angst davor; und wenn es, was selten geschah, einmal vorkam, dann geriet er in eine furchtbare Aufregung. In dem bereits erwähnten Hamannschen Buche ist der Feldzug des „Kladderadatsch", des bekannten Berliner politischen Witzblattes, gegen Holstein erwähnt, der schließlich zu einer allerdings ergebnislosen Duellforderung Holsteins an den Grafen Guido Henkel führte, in dem Holstein den Inspirator der gegen ihn gerichteten Angriffe vermutete. Sein Zeuge, der die Forderung überbrachte, war der spätere Generalgouverneur von Belgien, General v. Bissing, der des Grafen Henkel Graf Waldersee, der durch seine Leitung der berühmten internationalen Strafexpedition nach China, namentlich aber durch die bei dieser Gelegenheit auf seiner „Ausreise" (wie heute der schöne Ausdruck lautet) eingeheimsten „Vorschußlorbeeren" berühmt gewordene preußische Generalfeldmarschall, einer der gefährlichsten politischen Generale, die in den letzten dreißig Jahren der deutschen Armee angehört haben, eine merkwürdige Persönlichkeit, deren Schilderung ein eigenes Kapitel verdiente.

Diese geradezu krankhafte Scheu vor der Öffentlichkeit war auch der Grund, weshalb Holstein sich immer gesträubt hat, das Amt als Staatssekretär des Auswärtigen anzunehmen, was eigentlich, da er ja doch tatsächlich die Leitung in der Hand hatte, logisch gewesen wäre. Es wurde ihm von meinem Vater und ich glaube auch von Bülow wiederholt angetragen. Er lehnte es aber immer ab, ja selbst den Titel Exzellenz, der ihm der Zahl seiner Dienstjahre, seinem Alter und der Stellung nach, die er im Amte einnahm, längst zugekommen wäre, mußte man ihm geradezu aufdrängen, und er nahm ihn, wenn ich mich recht entsinne, erst in den allerletzten Jahren der Kanzlerschaft meines Vaters an. Er war ein merkwürdiges und seltenes Beispiel eines Mannes, dem nur an der Macht selbst, nicht an ihrem äußeren Scheine gelegen ist, das war der nicht am wenigsten interessante und eigentümliche Zug seines Charakters. Je weniger er seine Person nach außen hervortreten zu lassen brauchte, je mehr lag ihm daran, hinter den Kulissen seine Macht zu betätigen. Er kam mir immer vor wie eine Spinne, die in irgendeiner dunkeln Ecke sitzend alles beobachtet und ihre Opfer nicht aus dem Auge läßt. Denn das hatte er von seinem großen Meister gelernt, unversöhnlich zu hassen, und wen er haßte, dem suchte er auch zu schaden, und manches deutschen Diplomaten Karriere hat durch seine Hand ein frühzeitiges Ende gefunden. Daß er auch bei der Anstiftung des so unerfreulichen und dem deutschen Ansehen im Auslande sehr schädlich

Digitized by Google

gewesenen Prozesses Eulenburg, auf den ich hier nicht näher eingehen möchte, seine Hand im Spiele gehabt hat, ist mir unzweifelhaft. Auch noch bei ganz anderen Gelegenheiten, so zum Beispiel bei der großen Preßaktion, die sich direkt gegen den Kaiser wendete, nach der berühmten „Daily-Telegraph"-Affäre (der „Daily Telegraph" hatte eine Unterredung des Deutschen Kaisers mit einem Engländer veröffentlicht, die vor dem Abdruck dem Reichskanzler Fürsten Bülow vorgelegt, von diesem aber, sei es nicht oder nicht aufmerksam genug gelesen und mit dem Imprimatur versehen worden war, nachher aber einen Sturm in der ganzen europäischen Presse hervorrief), ist er, davon bin ich überzeugt, der Spiritus rector gewesen, wie er ja auf drei Kanzler, auf Graf Caprivi, auf meinen Vater und besonders auf Fürst Bülow einen großen Einfluß besessen hat, teils durch seine tatsächlich große politische Erfahrung und Begabung, teils infolge einer in seiner Persönlichkeit liegenden suggestiven Kraft. Ich habe selten bei einem Menschen einen so beinahe unheimlich zu nennenden faszinierenden Blick beobachtet, und ich gestehe offen, ich habe mich oft wehren müssen, um dieser, ich möchte sagen magnetischen Kraft, die von ihm ausging, nicht zu unterliegen. Ich habe einige Male Gelegenheit gehabt, zu bemerken, daß dies bei meinem Vater der Fall war, und nicht zu seinem Vorteil, wie er mir selber oft später eingestand; denn das, was Holstein gerade infolge seines mißtrauischen Charakters fehlte, das war die Objektivität des Urteils. Er sah alles, auch die Politik, immer vom rein persönlichen Standpunkt aus an und suchte bei allen politischen Ereignissen immer nach den persönlichen egoistischen Motiven der dabei in Frage kommenden Personen. Auch das hatte er bis zu einem gewissen Grade seinem Meister abgeguckt.

Nun ist es gewiß für den Politiker und den Diplomaten notwendig, daß er die Eigenschaften, die Gewohnheiten und die Absichten der handelnden Personen bei einer politischen Aktion zu erkennen sucht und sie in seine Berechnungen aufnimmt, aber über diesen Detail darf er doch nicht das große Ganze aus dem Auge verlieren und die Folgen, die eine bestimmte politische Aktion, abgesehen von persönlichen Einflüssen, sachlich auf die Verhältnisse der Staaten zueinander haben muß. Indem er den Personen manchmal eine übertriebene Bedeutung beilegte — und es gibt Umstände, wo die Verhältnisse stärker sind als die Menschen —, verlor er oft diesen großen Zusammenhang aus den Augen. Daß es nicht immer einen glücklichen Einfluß auf den jeweiligen Kanzler hatte, das habe ich schon angedeutet, als ich den Eulenburgprozeß und die Daily-Telegraph-Affäre erwähnte. Man könnte manche Beispiele dafür erzählen, wenn es heute schon möglich wäre. Es sind aber noch zu viele der Hauptakteure aus dieser Zeit am Leben. Ein krasser Fall, wo ein Holsteinscher Rat weittragende Folgen, und zwar keine glücklichen für das Deutsche Reich gehabt hat, war die berühmte Reise des Kaisers nach Tanger und seine Landung dort, die auf Anstiftung Holsteins von dem Fürsten Bülow angeraten, nur mit Widerwillen vom Kaiser unternommen

Digitized by Google

wurde. Es würde mich aber zu weit führen, wenn ich hier auf die unselige Marokkopolitik näher eingehen wollte. Es ließe sich ein ganzes Buch darüber schreiben. Jedenfalls, so viel steht schon jetzt für den Eingeweihten fest, daß sie eines der verhängnisvollsten Kapitel der deutschen auswärtigen Politik der letzten fünfzehn Jahre bildet und daß dabei Holstein ein sehr großer, wenn nicht der größte Teil der Verantwortung trifft. Welche Konsequenzen sie gehabt hat, ist jetzt mit erschreckender Deutlichkeit sichtbar geworden, und man kann ruhig sagen, daß in der Zahl derjenigen, die zu den Hauptschuldigen am Ausbruch des gegenwärtigen Weltkrieges gehören, Holstein nicht der letzte ist. Seine ganze Politik, was Frankreich betrifft, beruhte auf total falschen Grundlagen. Er lebte noch immer in der Vorstellung, das Frankreich der siebziger Jahre, während deren er in Paris gewesen ist, vor sich zu haben. Davon ließ er sich nicht abbringen, und auf diese ganz falsche Vorstellung basierte er seine Politik. Er wußte nichts davon, daß inzwischen ein ganz anderes, neues Frankreich herangewachsen war, er hatte keine Ahnung von der verborgenen Energie und Lebenskraft, die noch in dem französischen Volke vorhanden war, und er unterschätzte, wie übrigens die meisten Deutschen, die Wirkung, welche die allgemeine Wehrpflicht im Falle eines Krieges auf das französische Volk haben würde, und daß es etwas anderes ist, ein Volk in Waffen vor sich zu haben, das um seine Existenz kämpft, als ein Söldnerheer wie zur Zeit des zweiten Kaiserreichs. Seit Jahren in seinem Zimmer — ich hätte beinahe gesagt in seiner Zelle — in der Wilhelmstraße eingekapselt, ohne jemals wieder ins Ausland gekommen zu sein, seinen Verkehr immer mehr auf wenige Personen beschränkend, menschenscheu und weltfremd geworden, hatte er allmählich vollkommen die Fühlung mit der realen Außenwelt verloren und sich in seinem Kopf ein wunderliches Bild der Welt und einen Plan für seine auswärtige Politik zurechtgemacht, der in die Wirklichkeit nicht nur nicht paßte, sondern der geradezu gefährlich war. In diesen Plan gehörte die Annahme, daß mit Frankreich eine Verständigung unmöglich sei, während das sehr wohl der Fall gewesen wäre, hatte doch Delcassé, derselbe Delcassé, dessen Sturz nachher als ein Triumph der deutschen Politik ausposaunt wurde, sehr bemerkenswerte Schritte zu einer Annäherung, und zwar einer sehr weitgehenden und für uns vorteilhaften gemacht, war aber von Berlin abgewiesen worden auf Rat Holsteins! Der Triumph über Delcassé ist Deutschland teuer zu stehen gekommen! — Man kann ruhig sagen, daß diese unglückliche, von Holstein inspirierte Politik hauptsächlich zu der unseligen Entwicklung der europäischen Lage beigetragen hat, die schließlich zu der sogenannten „Einkreisung", richtiger Auskreisung des Deutschen Reichs, — und letzten Endes zum Weltkrieg geführt hat.

Diese Politik führte Holstein aus der Ecke seines Bureaus heraus, der großen Öffentlichkeit fast ganz unbekannt. Nicht nur im Volke kannten ihn wohl nur ganz wenige dem Namen nach, sogar unter den ausländischen in Berlin

Digitized by Google

akkreditierten Diplomaten gab es wenige, denen Gelegenheit geworden war, ihn auch nur zu sehen, für die meisten war er eine Art von mystischer Figur; und ebenso wird es eine ganze Anzahl Beamte seines eigenen Ressorts und erst recht der anderen Berliner Ministerien oder Mitglieder der Parlamente gegeben haben, die ihn niemals zu Gesicht bekommen haben. Ja, was geradezu ungeheuerlich klingt, der Kaiser selbst hat Holstein jahrelang nicht gekannt, und es bedurfte erst des ausdrücklich zu erkennen gegebenen kaiserlichen Wunsches, daß Holstein bei Gelegenheit eines kleinen Diners beim Reichskanzler, bei dem Holstein eigens zu diesem Zweck eingeladen war, dem Kaiser vorgestellt wurde, einer Zusammenkunft, bei der es übrigens dem Kaiser gelang, den alten menschenscheuen Sonderling ganz zu gewinnen, wenigstens für den Augenblick. Ob auch politisch, das möchte ich bezweifeln, denn so wie ich ihn gekannt habe, war Holstein nicht der Mann, der davor zurückgeschreckt wäre, *selbst gegen* seinen Kaiser die Methode der Einschüchterung zu versuchen, wenn er es im Interesse der Durchführung der Politik, die *er* für richtig hielt, für nützlich erachtete. Ich entsinne mich, wie er wiederholt meinen Vater zu überreden gesucht hat, dieses System, als dessen drastischstes Beispiel die schon früher erwähnte Daily-Telegraph-Affäre unter der Kanzlerschaft Bülows genannt werden kann, anzuwenden. Mein Vater hat es immer abgelehnt, und so sehr er sonst meiner Meinung nach oft nur zu viel auf Holsteins Rat hörte, in diesem Punkte ließ er sich nicht durch ihn beeinflussen. Er antwortete ihm bei jeder solchen Gelegenheit, er sei ein zu überzeugter Monarchist, als daß er, selbst wenn er mit manchem, was der Kaiser tue oder sage, nicht einverstanden sei, jemals vergessen könnte, daß er es mit *seinem Kaiser* zu tun habe und sich dazu entschließen könnte, *solche* Mittel gegen seinen Monarchen anzuwenden, um ihn seiner Politik gefügig zu machen.

Holstein war übrigens, wie ich bei dieser Gelegenheit einschalten will, wenn man seine politische Farbe bezeichnen soll, weder ein Demokrat noch ein Reaktionär und Ultrakonservativer. Er war Monarchist, aber *über* den Monarchen stellte er das Vaterland. Davon habe ich in den langen Jahren, in denen ich Gelegenheit gehabt habe, ihn zu beobachten, die feste Überzeugung bekommen, daß sein Handeln wirklich vom reinsten deutschen Patriotismus geleitet war. Daß er sich in der Wahl seiner Politik oft geirrt hat und diese dem Deutschen Reich statt Nutzen, Schaden gebracht hat, ist etwas anderes. Wenn man seine politische Anschauung zusammenfassen will, so wird man am besten sagen, er war freikonservativ, ja vielleicht kann man ihn einen Liberalen nennen, im Sinne des Liberalismus der alten Schule, wie er heute kaum mehr existiert. Daß er manche Vorurteile seiner Kaste abgestreift und einen freieren Blick für Menschen und Dinge gewonnen hatte, verdankte er vielleicht einem Aufenthalt in den Vereinigten Staaten. Wann diese amerikanische Phase seines Lebens gewesen war und wie lang sie gedauert hat, weiß ich nicht. Er sprach selten davon. Ich entsinne mich nur, daß er einmal, gelegentlich eines Jagdbesuchs bei meinen Eltern während eines Sommer-

Digitized by Google

aufenthaltes in Aussee, abends nach einer Gemsjagd von seinen amerikanischen Abenteuern unter den Indianern erzählt hat. Man kann sich denken, ich war damals in dem Alter, wo man mit Heißhunger „Lederstrumpf" verschlingt und sich so in die Cooperschen Figuren hineinlebt, bis man selber eine davon zu sein glaubt, welchen tiefen Eindruck mir diese Erzählung gemacht hat und mit welchem Respekt ich einen Mann betrachtete, der wirklich selbst am Feuer eines Siouxhäuptlings gesessen und die Friedenspfeife mit ihm geraucht hatte! Das war aber nicht meine erste Begegnung mit Holstein. Zum ersten Male hatte ich ihn erblickt, als ich 1874 als zwölfjähriger Knabe nach Paris kam, wo mein Vater zum Botschafter ernannt war. Aus dieser Zeit ist mir noch ganz deutlich das tiefe Mißtrauen und die Antipathie erinnerlich, die meine Mutter gegen Holstein hegte, ein Mißtrauen, das sie ihm bis zuletzt bewahrt hat, und zwar mehr aus einem instinktiven Gefühl heraus als auf Grund ganz bestimmter Tatsachen. Daß dieses Gefühl nicht unberechtigt war, hat sich im Laufe der Zeit immer mehr herausgestellt. Denn wenn ich auf die Jahre zurückblicke, in denen Holstein das volle Vertrauen meines Vaters besaß, so muß ich sagen, daß der Einfluß, den er auf ihn, und zwar aus der Nähe wie aus der Ferne ausübte, denn auch brieflich hielt er diese Beeinflussung aufrecht, meinem Vater nicht immer zum Segen gereicht hat. Was meine Mutter ihm nie verziehen hat, das waren die Störungen, die fast bei jedem Urlaube meines Vaters durch Alarmdepeschen oder Briefe von Holstein hervorgerufen wurden, der, wegen irgendeiner politischen Komplikation in Aufregung geraten, meinem Vater zur sofortigen Beendigung seines Urlaubs und zur Rückkehr auf seinen Posten aufforderte. Was sie ihm aber besonders nachtrug, das war, daß sie Holstein im Verdacht hatte, dem Fürsten Bismarck im Jahre 1880 dazu geraten zu haben, meinen Vater von Paris abzuberufen und ihm das Staatssekretariat des Auswärtigen zu übertragen, ein Amt, bei dem vorauszusehen war, daß es infolge der damit namentlich, man kann sich vorstellen, unter Bismarck in der damaligen Zeit verbundenen riesigen Arbeitslast meinem Vater seine Gesundheit kosten würde. Das traf auch wirklich bald ein, denn nach einigen Monaten erkrankte er infolge der Überanstrengung und obendrein einer ungesunden Wohnung schwer an Typhus und konnte erst nach Monaten nach Paris zurückkehren.

Zum Schluß aber kam noch die Mitwirkung Holsteins bei der Wahl meines Vaters zum Reichskanzler hinzu. Meine Mutter war, mit Recht, der Meinung, daß mein Vater in dem hohen Alter von 75 Jahren, bei einer schon geschwächten Gesundheit, nicht mehr imstande sein werde, die Bürde dieses neuen Amtes zu tragen, und tat alles, um ihn von der Annahme abzuhalten. Holstein aber, als er sah, daß die Tage des Grafen Caprivi gezählt seien, hatte selbst im letzten Augenblick noch zum Sturze desselben beigetragen, und war nun bestrebt, vor allem einen Kanzler zu bekommen, von dem er sicher sein konnte, daß dieser neue Chef ihn auch weiter seine Rolle als graue Eminenz werde weiterspielen lassen. Diesen Kanzler glaubte

Digitized by Google

er, leider nicht ganz mit Unrecht, in meinem Vater gefunden zu haben, und arbeitete nun mit allen Mitteln hinter den Kulissen, um dessen Kandidatur auf den Reichskanzlerposten zu verwirklichen. Er ließ es sich sogar nicht verdrießen, meinem Vater, den der Kaiser telegraphisch von Straßburg nach Potsdam berufen hatte (durch ein Telegramm, worin es nur hieß, „es handelt sich um wichtige Interessen des Reichs"), und der erst unterwegs aus der „Frankfurter Zeitung" die Reichskanzlerkrise und das Entlassungsgesuch Caprivis und des Ministerpräsidenten Grafen Botho Eulenburg erfuhr, bis nach Leipzig entgegenzufahren, um nur ja der erste zu sein, der ihn bei seiner Ankunft spreche und um ihm etwaige Velleitäten, den Posten abzulehnen, sofort energisch auszureden. Das gelang ihm nur zu gut. Sei es, daß sich sein alter suggestiver Einfluß auf meinen Vater wieder geltend machte, sei es, daß vielleicht doch auch der Ehrgeiz den alten Herrn dazu trieb, auf seine alten Tage seine lange politische Laufbahn mit der Übernahme des zwar dornenvollen, aber auch ehrenvollen höchsten Reichsamtes zu krönen — mein Vater, der mit der Absicht der Ablehnung des Reichskanzlerpostens von Frankfurt nach Potsdam weitergereist war, wurde in seinem Entschlusse wankend, so daß es, als er im Neuen Palais sich dem Kaiser gegenüberbefand, dessen Überredungsgabe bald gelang, ihn zur Annahme des Amtes des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen zu bewegen. Man denke, ein von Natur körperlich nicht sehr starker Mann von 75 Jahren und die mit diesen drei Ämtern verbundene Arbeitslast, kurz, ein Amt, das für den Riesen Bismarck zugeschnitten, für alle seine Nachfolger, wenn sie es gewissenhaft damit nahmen, erdrückend sein mußte. Ein Telegramm meiner Mutter an die Kaiserin, worin sie die Kaiserin bat, doch ihren Einfluß geltend zu machen, damit diese Last meinem Vater im Interesse der Erhaltung seiner Gesundheit erspart bleibe, erhielt die Antwort: „Der Fürst opfert sich für Kaiser und Reich", und als ich den Tag darauf in Potsdam mit meinem Vater zusammentraf und meinerseits versuchte, ihm die Annahme auszureden, unterbrach er mich gleich mit den Worten: „Du bist zu spät gekommen. Ich kann nicht mehr zurück," Worte, die mich mit Bestürzung erfüllten, denn ich hatte die größten Besorgnisse und fürchtete, daß mein Vater mit der Übernahme dieses Amtes sein Leben und seine ganze politische Reputation aufs Spiel setzte. Nebenbei tat es mir leid, ihn seinen Posten als Statthalter in Elsaß-Lothringen verlassen zu sehen, wo er wirklich der „rechte Mann am rechten Platz" war und wo sich die Verhältnisse unter seiner wohlwollenden, gerechten, stetigen Verwaltung und bei dem Vertrauen, das er sich bei der ganzen Bevölkerung erworben hatte, gerade zu beruhigen und zu konsolidieren anfing. Ich bin heute noch überzeugt, daß, wenn er bis zu seinem Lebensende auf seinem Statthalterposten in Straßburg geblieben wäre, die Verhältnisse im „Reichslande" eine ganz andere und erfreulichere Entwicklung genommen hätten als unter seinen Nachfolgern, und daß manche unangenehmen Zwischenfälle vermieden worden wären, die sehr viel zur Verbitterung eines

Digitized by Google

Teils der Bevölkerung und zu der bedauerlichen Zuspitzung des Gegensatzes zwischen „Altdeutschen" und Einheimischen beigetragen und schließlich zu der Explosion in dem berüchtigten Fall Zabern geführt haben, die plötzlich wie mit einem Scheinwerfer die Lage in Elsaß-Lothringen beleuchtet und einen Widerhall im ganzen Ausland gefunden hat, der sehr dazu beigetragen hat, die elsaß-lothringische Frage, die bei vielen Ausländern allmählich in Vergessenheit zu geraten begann, wieder aufleben zu lassen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich erwähnen, daß auch die elsaß-lothringischen Angelegenheiten, obgleich sie durchaus nicht, wenigstens nicht direkt, in den Kompetenzbereich des Auswärtigen Amts gehörten, der aufmerksamen Beobachtung Holsteins nicht entgingen, und daß es mehr wie einmal vorkam, daß er sich brieflich in dortige Angelegenheiten einmischte, unter dem Motto, meinen Vater vor einem Konflikt mit Bismarck, der damals noch Kanzler war, zu warnen. So bei der Statthalterkrisis im Jahre 1887, als nach dem schlechten Ausfall der Wahlen, hervorgerufen durch den Boulangerrummel in Paris und die Kriegsgerüchte und Drohungen von Berlin, eine starke Strömung in Berlin sich erhob für eine Änderung der Verwaltungsorganisation und eine Beseitigung des Statthalters. Diese Bestrebungen scheiterten aber am energischen Widerstand des alten Kaisers, der meinem Vater sein volles Vertrauen bewahrt hatte und von einem Wechsel nichts wissen wollte. Fürst Bismarck gab nach, bestand aber darauf, daß energische Maßnahmen gegen die im Elsaß verbreitete französische „Patriotenliga" ergriffen und daß durch Einführung des Paßzwanges der Graben zwischen Frankreich und Elsaß-Lothringen vertieft werde. Wenige Maßregeln haben so verbitternd in weiten Kreisen der elsaß-lothringischen Bevölkerung gewirkt, denn bei den vielfachen verwandtschaftlichen Beziehungen der Bewohner von Elsaß und Lothringen zu französischen Familien mußte sie in das intimste Familienleben einschneiden und zu Härten und Grausamkeiten führen, die mehr wie alle bisherigen Maßnahmen die Bevölkerung von Deutschland abstieß und in die Arme ihres früheren Vaterlandes zurückführte. Es kamen peinliche Fälle vor, wie, daß ein Sohn wegen Verweigerung des Paßvisums verhindert wurde, am Sterbebette seiner Mutter, oder ein Enkel am Sterbebette seines Großvaters rechtzeitig einzutreffen usw. Der Zweck, die Vertiefung des Grabens, war erreicht, aber nicht in dem Sinne, daß von jetzt ab alle Beziehungen zwischen Lothringen und Frankreich aufhörten und die Elsaß-Lothringer statt dessen sich nach Deutschland zu wandten und dort Anschluß suchten. Nein, gerade je tiefer der Graben wurde, desto mehr und desto zartere Fäden spannte die Sehnsucht über ihn, und gerade durch die Erschwerung, die von jetzt ab der Verkehr zwischen Elsaß-Lothringen und Franzosen erlitt, wurde die Anziehungskraft Frankreichs auf Elsaß-Lothringen doppelt erhöht, wie ja das Verbotene immer einen besonderen Reiz hat. Das moralische Band, das die Elsässer und Lothringer mit Frankreich verknüpfte, wurde nun nur um so fester. Daß Holstein, getreu seiner Auf-

Digitized by Google

fassung von der Stimmung des französischen Volks, seine brieflichen Ratschläge nur im Sinne einer Verschärfung der Maßregeln und einer Politik des gewaltsamen Niederhaltens der Bevölkerung abgab, brauche ich wohl nicht besonders zu erwähnen. Dabei war er, meines Wissens, nie auch nur mit einem Schritte im Elsaß oder in Lothringen gewesen und kannte die Verhältnisse nur vom Hörensagen. Besonders aber entsprachen die polizeilichen und gerichtlichen Maßnahmen, die Bismarck durch das Reichsgericht in Elsaß-Lothringen vornehmen ließ, seinem Geschmack. Ich führe diesen Fall nur an, um zu zeigen, wie Holstein sich nicht auf sein Ressort beschränkt hat, sondern seinen starken Willen zur Macht auch auf Gebieten betätigte, die nicht zu seinem speziellen Ressort gehörten. So mischte er sich auch mit Vorliebe in Personalfragen, und bei jeder Besetzung eines wichtigen Postens, sei es im Reich, sei es in Preußen, mußte er sein Wort dazu sagen. Oft hatte er einen eigenen Kandidaten, und um diesem zum Siege zu verhelfen, ließ er dann, aus seiner Zelle heraus, alle Minen seiner Intrigen hinter den Kulissen spielen. Auch bei der Besetzung der wichtigsten Posten in Elsaß-Lothringen mischte er sich ein, und ich habe wiederholt energisch bei ihm eingreifen müssen, um den Staatssekretär v. Puttkamer zu retten, dessen Beseitigung er für notwendig hielt, während ich, dessen hervorragende Fähigkeiten kennend, ein weiteres Verbleiben desselben im Amte im Interesse des Landes für nützlich hielt. Puttkamer war von allen Ministern, die ich in Elsaß-Lothringen am Werk gesehen habe, weitaus der fähigste, ja der einzige aus Norddeutschland stammende Minister, der wirkliches Verständnis für das Land und seine Bevölkerung hatte, und er ist bis heute vielfach verkannt worden. Er hatte das Zeug zu einem Staatsmann, oder vielmehr er war ein Staatsmann, und wenn schließlich seine Laufbahn ein frühzeitiges Ende genommen hat, so war dies eine Folge unglücklicher Familienverhältnisse, nicht aber Mangel an den erforderlichen staatsmännischen Eigenschaften.

Wenn ich zum Schluß die Persönlichkeit des Herrn v. Holstein in wenigen Strichen zusammenfassen soll, so muß ich sagen, daß mein Eindruck von ihm, besonders in der Zeit, als ich in täglichem Kontakt mit ihm gewesen bin, der eines Menschen war, dem auf den Grund zu kommen selbst in nächster Nähe schwer ist. Es kam mir oft vor, als sei unter der harten Außenseite, die er für die meisten seiner Besucher allein zeigte, für den, der ihm näher kam, manchmal eine zartbesaitete Natur und ein gutes Herz sorgfältig verborgen zu erkennen. Seine Scheu vor Menschen und vor der Öffentlichkeit und seine übergroße Empfindlichkeit schien mir damit zusammenzuhängen. Vielleicht hatte er Enttäuschungen erlebt, die ihn für immer davor zurückschreckten, sich anderen mitzuteilen. Es ist mir erinnerlich, daß mir einmal — nicht von ihm, aber von jemand, der seine Vergangenheit kannte — Andeutungen gemacht wurden über einen Liebesroman, der unglücklich für ihn ausgegangen sei und für immer aus ihm einen verbitterten Junggesellen und Weiberfeind gemacht habe. Trotzdem war er dem Umgang mit Damen nicht ganz abhold, und

Digitized by Google

es gab in Berlin einige wenige, allerdings schon nicht mehr junge Frauen, zu denen er regelmäßig zu kommen pflegte und auf deren Freundschaft er großen Wert legte. Aber so weich und zart er sich auch manchmal in intimem Kreise geben konnte, so hart, grausam, rücksichtslos zeigte er sich wiederum im politischen Kampf. Da kannte er dann keine Rücksichten, und man hatte das Gefühl, daß, wenn wir z. B. noch in der Zeit der italienischen Renaissance gelebt hätten, er vor keinem Gewaltmittel zurückgeschreckt wäre, um sein Ziel zu erreichen. Sein Hauptcharakterzug war der ausgesprochene Wille zur Macht, und zwar zur Macht an sich, wobei er gern auf den äußeren Schein der Macht verzichtete. Die Macht aber, davon bin ich auch heute noch überzeugt, suchte er einmal des Genusses willen, den das Gefühl des Besitzes der Macht gibt, anderseits aber, um diese Macht zu benützen nicht für Erreichung egoistischer Zwecke, etwa um sich zu bereichern oder Titel und Ehren einzuheimsen, denn für sich wollte er nichts; bedürfnislos und aszetengleich, wie er lebte, hing er an der Macht nur, um sie im Interesse seines deutschen Vaterlandes zu verwenden.

Wenn trotzdem, trotz seinen idealen Absichten, das Resultat ein ganz anderes gewesen ist und die Zeit seiner Herrschaft im Auswärtigen Amt und seines fast unbeschränkten Einflusses auf die Leitung der deutschen auswärtigen Politik eine der verhängnisvollsten Phasen in der Geschichte dieses Amtes ist, so liegt das einmal in seiner Persönlichkeit, deren Schattenseiten allmählich die Lichtseiten überwogen und mit dem zunehmenden Alter derart ausarteten, daß man sich zuletzt fragen mußte, ob man es noch mit einem geistig vollkommen normalen Menschen zu tun habe. Wenn ich mir manchmal seine Methoden mitangesehen und überlegt habe, wie er, der doch von Geburt und Erziehung an andere Prinzipien in sich aufgenommen haben mußte, in der Betätigung seiner Macht auf so bedenkliche moralische Abwege kommen konnte, so kam mir oft die Frage: Gehört das vielleicht zum Metier? Ist es in der Politik und besonders der auswärtigen Politik vielleicht nicht möglich, mit anständigen Mitteln zu arbeiten? Sind Politik und Moral wirklich inkompatibel? Und trotz seinem Beispiel habe ich mich nie dazu entschließen können, auf diese Frage mit Ja zu antworten. Ich glaube immer noch, daß auch in der Politik man mit anständigen, moralischen Prinzipien und Mitteln am besten vorwärts kommt.

Wie dem auch sei — in der Geschichte des Berliner Auswärtigen Amtes wird Holstein als eine der merkwürdigsten und geheimnisvollsten Persönlichkeiten fortleben, die dort amtlich tätig waren.

Digitized by Google

Nationalismus und Völkerbund

Von

Professor Dr. Robert Liefmann (Freiburg i. B.)

Der politische Zusammenschluß großer Teile des Bürgertums und ein offenes Bekenntnis zur Demokratie wird vielen unter uns erschwert durch den Gedanken, daß die linksstehenden Parteien bei uns nicht national genug seien. Dieser Vorwurf hält insbesondere manche Nationalliberale und die bisher politisch indifferenten, geistig höherstehenden Schichten des Bürgertums, namentlich auch akademische Kreise, von dem Eintreten für die Demokratie ab, auch wenn sie sich keineswegs im alldeutschen Sinne festgelegt hatten. Er knüpft vor allem auch an den Gedanken des Völkerbundes an, der von den linksstehenden Parteien schon vor unserem militärischen Zusammenbruch vertreten wurde — wie wir in unserer jetzigen Lage sagen müssen, unter allen Umständen mit Recht —, dem aber weite Kreise mißtrauisch gegenüberstanden. Und das ohne Zweifel auch nicht ganz mit Unrecht, denn er sollte von unseren Gegnern benutzt werden, ihre Übermacht mit den geringsten Mitteln aufrechtzuerhalten. Auch der einigen führenden Zeitungen der Demokratie zugeschriebene „internationale" Charakter spielt bei jenem Gedanken mangelnden nationalen Sinnes in der deutschen Demokratie eine Rolle.

Im letzten Grunde hängen diese Bedenken mit der Verschiedenheit der deutschen Staatsidee gegenüber derjenigen nicht nur der westlichen Länder, sondern man kann sagen der ganzen übrigen Welt zusammen. Von dieser Verschiedenheit, die auf die letzten Fragen der Stellung des Individuums zum Staat zurückgeht, ist in unseren politischen Erörterungen noch längst nicht genügend die Rede gewesen, sie ist den breiten Schichten unseres Volkes noch nicht genug zum Bewußtsein gekommen. Und dennoch liegen hier die Hauptwurzeln unserer Isoliertheit in der Welt, die Hauptgründe des Mißtrauens gegen uns und unserer Unbeliebtheit im Auslande.

Die deutsche Staatsidee besteht in der bewußten Unterordnung des Individuums unter den Staat, also in der entschiedenen Vertretung des „Sozialprinzips" in diesem Sinne gegenüber dem Individualprinzip, des Gedankens, daß die sozialen Gesamtheiten, an ihrer Spitze der Staat, die Hauptsache und die Einzelnen nur dienende Glieder seien. Aus dieser Auffassung fließen manche der schönsten und edelsten Blüten deutschen Wesens, so der Sinn für Ordnung und Gehorsam gegen die Staatsgewalt, die uns groß gemacht und unter den schwierigsten Verhältnissen des Weltkrieges solange auszuhalten geholfen haben. Aus dieser deutschen Staatsidee fließt aber auch das, was unsere Feinde als „Militarismus" bekämpfen, eben jener Sinn nicht nur für Ordnung, sondern für Unterordnung, jenes

Digitized by Google

Bedürfnis, sich führen zu lassen, was alles in unserer Militärmaschine seinen vollkommensten Ausdruck fand. Die Folge dieser Auffassung ist, daß wir immer alles vom Staate erwarten, er ist für uns immer der Retter aus aller Not; die Folge ist, kurz gesagt, der deutsche Obrigkeits- und Vormundsstaat. Daher sind wir auch mit der staatlichen Sozialversicherung vorausgegangen, und noch heute spielt das Verlangen nach weiterer Versicherung und immer weiterer Ausdehnung des Staatsbeamtentums bei uns die größte Rolle. Auch der Sozialismus in seiner spezifisch deutschen Erscheinung als Verstaatlichung aller Produktionsmittel im Gegensatz zu dem mehr genossenschaftlich gedachten älteren französischen Sozialismus geht auf die deutsche Staatsidee, die Überspannung des Staatsgedankens, zurück und ist, wenn man es paradox ausdrücken will, auch nichts anderes als „Militarismus" im Sinne unserer Gegner, er ist der Militarismus, das staatliche Reglementierungs- und Bevormundungssystem auch auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen.

Demgegenüber wollen unsere Gegner, ja will die gesamte übrige Welt von dem deutschen Staatsgedanken nichts wissen und bekämpft unter den Schlagworten des „Militarismus" und „Kaiserismus" nicht nur die deutsche Militärdiktatur, die sich an manche unserer Fürsten knüpfte, sondern überhaupt das deutsche Prinzip der individuellen Unterordnung unter den Staat. Und wenn unsere Gegner während des Krieges auch manches von dem deutschen „starken Staat" übernommen haben und einiges davon vielleicht für die Zukunft beibehalten werden, so suchen sie doch im allgemeinen offensichtlich möglichst bald wieder zu ihrem alten Ideal zurückzukehren. Dieses ist aber möglichste Freiheit des Individuums vom Staat. Es ist der große Unterschied des deutschen Staatsgedankens gegenüber dem in fast allen anderen Ländern, daß, während wir Recht, Ordnung, Führung vor allem durch den Staat verlangen, dort die Regelung der sozialen Beziehungen in wesentlichen Punkten in ganz anderer Weise erfolgt. Die Aufgaben, die bei uns der Staat erfüllt, leistet dort in viel größerem Umfange Gesellschaft und Sitte. Sie sind in viel größerem Maße als bei uns Träger der sozialen Ordnung. Man fügt sich im Auslande den Gesetzen viel weniger aus Sinn für Ordnung oder aus Unterordnung unter die allgemeinen Interessen als aus moralischen Gründen und aus gesellschaftlichem Zwang. Der letztere insbesondere wirkt in den seit langem demokratischen Ländern viel schärfer als bei uns, er führt eine sehr viel größere Gleichmäßigkeit der politischen und sozialen Ideen herbei und erzwingt zum Beispiel mit viel größerer Macht ein allgemeines Nationalgefühl, an dem es in unserem Zustande des Individualismus und der politischen Eigenbrödelei noch so vielfach fehlt.

Alles das läßt sich am besten in Amerika beobachten und erklärt die erstaunliche Homogenität der Bevölkerung gegenüber dem Kriege, trotz deutscher und irischer Elemente, die gegenüber dem gesellschaftlichen Zwang

Digitized by Google

und der moralischen Idee, daß der Krieg gegen Deutschland eine Art Kreuzzug sei, nicht aufzukommen vermochten. Aber auch die westlichen Länder Europas stehen dieser ganzen politischen und sozialen Struktur ohne Zweifel erheblich näher als wir. Und auch im Osten hat unser Ordnungsstaat zu einem großen Teil deswegen Schiffbruch gelitten, weil diese Völker eine schlechte Verwaltung bei größerer Freiheit vom Staate vorziehen.

Es herrscht eben in der ganzen übrigen Welt eine andere Geistesverfassung gegenüber dem Verhältnis von Individuum und Staat, und darauf haben wir nicht genügend geachtet. Darauf beruht auch das eigentümliche Mißtrauen, das man, nicht nur in Frankreich, sondern auch im neutralen Auslande, jetzt unserer Revolution entgegenbringt. Man glaubt, daß unser neues demokratisches oder sozialistisches Staatswesen doch nur wieder ein Vormundschaftsstaat sei, der den deutschen Staatsgedanken nun auch noch auf das wirtschaftliche Gebiet ausdehnen wolle. Deshalb wollen die gegnerischen Regierungen auch von unserer Sozialisierung, die ja bekanntlich auch jenseits unserer Grenzen Anhänger gefunden hat, nichts wissen und lehnen das Verhandeln mit ihren Vertretern ab.

Ich war nun bisher der Meinung, daß der deutsche Staatsgedanke und unsere ganze darauf aufgebaute Staatsverfassung und Kultur den ausländischen Verhältnissen gegenüber keineswegs als unterlegen angesehen werden könne. Und diese Meinung ist während des Krieges selbst, in dem wir eine so unerhörte Leistungsfähigkeit gezeigt und die Bewunderung der ganzen Welt erregt haben, auch durchaus nicht erschüttert worden. Denn unser Staatsgedanke unterwirft zwar den Einzelnen weitgehend *äußerem Zwang*, er läßt uns aber viel mehr *innere Freiheit* als da, wo die soziale Ordnung in der Hauptsache durch Sitten und gesellschaftliche Normen herbeigeführt wird. Er ermöglichte uns eine viel individuellere *Kultur*, als sie in jenen Ländern im allgemeinen zu finden war, dagegen vielleicht etwas weniger „*Zivilisation*", d. h. eben Bindung an äußere Formen des gesellschaftlichen Lebens. In den anderen Ländern wird bei größerer Freiheit vom Staate das ganze Leben weitgehend durch Sitte und gesellschaftliche Anschauungen uniformiert, die, wie man besonders in Amerika beobachten kann, außerordentlich viel stärker zusammenschweißen als die Unterordnung unter den Staat. Unsere Gegner empfinden den gesellschaftlichen Zwang weniger als die größere Freiheit vom Staate, und man muß sagen, *demokratischer* ist diese Regelung des Zusammenlebens von innen heraus und daher liegt sie vielleicht im Zuge der gegenwärtigen politischen Entwicklung, wenn sie auch der individuellen Kultur abträglich sein mag.

Ich muß gestehen, daß ich, solange wir Aussicht auf einen einigermaßen günstigen Kriegsausgang hatten bzw. solange der Glaube daran auf Grund unserer Kriegserfolge im Volke verbreitet war, die Meinung vertreten habe, daß der deutsche Staatsgedanke ein ebenso hohes und sittliches Ziel sei, wie die von den Gegnern mit so großem Aufwand an Worten und pharisäischem

Digitized by Google

Selbstbewußtsein verkündeten Ideen des Rechtes und der Menschlichkeit, und daß ich nicht eingesehen habe, weshalb das deutsche Volk, das sich im Kriege als das leistungsfähigste der Welt erwiesen hatte, nicht berufen sein sollte, diese Ideen zur allgemeinen Verwirklichung zu bringen. Auch heute noch glaube ich, daß diesen Gedanken, vielleicht einschließlich mancher Ideale des Sozialismus, eine spätere Zukunft möglicherweise zum Siege verhelfen wird.

Aber für die Gegenwart müssen wir klipp und klar auf die Verwirklichung der deutschen Staatsidee verzichten, und alle politischen Parteien müssen sich dieser Notwendigkeit bewußt sein. Wir können sie nicht verwirklichen, weil nach der politischen Seite hin der deutsche Obrigkeitsstaat von unseren Gegnern, auf die wir nach unserer Niederlage in ganz anderer Weise Rücksicht nehmen müssen, als eine ständige Bedrohung aufgefaßt werden würde, während nach der wirtschaftlichen Seite hin eine Auslösung unserer Wirtschaft aus der allgemeinen individualistischen Organisation der Produktion und Güterverteilung unmöglich ist. Mit unserer Niederlage sind wir gezwungen, der westlichen Gedankenwelt in politischer und sozialer Hinsicht bei uns Eingang zu verschaffen. Nur dann können wir auch ein Glied des Völkerbundes werden, den wir in unserer heutigen Ohnmacht erstreben müssen, auch wenn nationale Besonderheiten, die manchen noch am Herzen liegen, dabei nicht beibehalten werden können. Wir müssen über allgemeines Wahlrecht und eine staatliche Sozialversicherung hinaus, mit denen wir bisher gern den sozialen Charakter unseres Staates begründeten, eine Demokratie verwirklichen, die auf einer Durchdringung des Volkes mit demokratischem Geiste beruht und die heute noch so bedeutende ständische Gliederung und Abschließung zurückdrängt. Wir werden in dieser Demokratie ebenso wie das Ausland mehr gesellschaftlichen Zwang auf uns nehmen müssen, mag auch manchem die größere politische Freiheit nur als ein schwaches Entgelt dafür erscheinen.

Wenn wir zu diesem demokratischen Geiste gelangen, wird sich auch das jetzt von vielen in der Demokratie vermißte Nationalgefühl entwickeln. Denn wie wiederum die Beobachtung besonders in Amerika lehrt, sind die Sitten und gesellschaftlichen Anschauungen ein viel stärkerer Zwang dazu als die Monarchie und eine starke Staatsgewalt. Im übrigen wird unsere traurige internationale Lage und der Übermut unserer Feinde schon die Stärkung des deutschen Nationalgefühls bewirken. Einige Parteien dürfen sich aber nicht mehr als besonders national hinstellen, denn was heute im wahren Sinne national, d. h. für unsere Zukunft förderlich ist, ist heute schwerer zu sagen als je.

Jedenfalls müssen wir heute Realpolitik treiben, um die schweren inneren und äußeren Aufgaben der Übergangszeit zu lösen. Wir müssen daher die politische Eigenbrödelei aufgeben, die vor allem auch an den Universitäten und in den akademischen Berufen ihren Sitz hatte, und müssen lernen, uns einer politischen Partei anzuschließen, auch wenn sie nicht gerade

Digitized by Google

in allem und jedem unseren gegenwärtigen besonderen Wünschen entspricht. Daher würde ich es auch für sehr bedauerlich halten, wenn aus solchen „nationalen" Gründen oder wegen der Stellung der Demokratie zum Völkerbund die bisherige nationalliberale Partei nicht zu einer Vereinigung mit der demokratischen gelangen könnte. Für unbedeutende Parteiunterschiede ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo der Feind vor den Toren und im Lande steht, bei der Lösung der politischen Aufgaben kein Raum. Heute handelt es sich darum, die wertvollen Ergebnisse der Revolution auszubauen, auf der anderen Seite aber der Sozialdemokratie den Rücken gegen den Terror von links her zu stärken und ein Zusammengehen mit dem Bürgertum anzubahnen. Die besonnenen Elemente der Sozialdemokratie, die doch in Wahrheit auch nichts anderes als Bürgerliche sind, und die sich im Kriege so national gezeigt haben wie andere, müssen wissen, daß sie kein scharfer Gegensatz von den bürgerlichen Parteien trennt und daß sich im neuen Volksstaate auch die bisherigen Standesunterschiede immer mehr verwischen werden.

Die deutsche Staatsidee der Unterordnung des Einzelnen unter die Gesamtinteressen braucht deshalb doch niemand preiszugeben. Es mache sie vielmehr ein jeder zu seinem Ideal und lasse sie den Leitstern seines Verhaltens dem Staate gegenüber sein. Dann wird unser neues Staatswesen vorbildlich für andere werden, und das deutsche Volk, das schon so viele große Ideen der Menschheit geschenkt hat, wird dann doch vielleicht im Völkerbund das erreichen, was es gegen den Bund der Völker nicht vermochte, und so schließlich auch diesem Gedanken zum Siege verhelfen.

Deutsche Güter und Schöpfungen in Rom

Von

Friedrich Noack

Der nahe Beginn der Friedensverhandlungen erfüllt Tausende und aber Tausende von Deutschen, die vor dem Krieg mit ihrem Wirken und Streben im feindlichen Ausland festgewurzelt waren, mit hoffender Sorge, ob und wie sie den im Stich gelassenen Besitz wieder finden werden, und ob es ihnen möglich sein und erlaubt werden wird, die frühere Arbeit an der gewohnten Stätte, die zur zweiten Heimat geworden war, wieder aufzunehmen, die alten Fäden, die sie mit den fremden Völkern verbanden, neu zu knüpfen und, aus Ruinen vielleicht, frisches Leben des Deutschtums im Ausland erblühen zu lassen. Wirtschaftliche Anliegen mannigfaltigster Art, die einen Gesamtwert von vielen Millionen und Milliarden darstellen, werden nicht versäumen, sich bei den Friedensverhandlungen dringlich zur Geltung zu bringen, damit der Mißgunst des feindlichen Wettbewerbs zu ihren Gunsten abgerungen wird, was nur irgend erreichbar ist.

Digitized by Google

Rom ist unter den Hauptstädten der feindlichen Großmächte in einer besonderen Lage hinsichtlich der hier heimisch gewordenen deutschen Arbeitskraft. Wie lebendig und fruchtbar auch unter der Hut des Bundesverhältnisses die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien sich entwickelt hatten, so stand doch die Ewige Stadt in der Wertskala des Handels- und Geschäftsverkehrs mit dem Reich tiefer als die jüngeren großen Mittelpunkte in Europa, die Summe der hier angelegten und schaffenden wirtschaftlichen Werte deutscher Herkunft war verhältnismäßig gering. Dagegen ist an keinem anderen Ort des Auslands ein annähernd gleichwertiger Schatz von deutschen Kulturwerten im Lauf der Jahrhunderte angesammelt worden und erwachsen wie in Rom. Seit die deutsche Kolonie den ungastlich gewordenen Tiberstrand notgedrungen hat verlassen müssen, bangt das geistige Deutschland um das künftige Schicksal zahlreicher idealer Güter und kulturell wertvoller Schöpfungen des Deutschtums auf diesem weltgeschichtlich geweihten Boden. Es wäre töricht, sich verhehlen zu wollen, daß diese deutschen Werte in der Siebenhügelstadt durch den Krieg in dringende Gefahr geraten sind und daß es zielbewußter Tatkraft bei den Friedensverhandlungen bedarf, um sie wenigstens teilweise zu retten, zu erhalten und ihren künftigen Fortbestand zu sichern. Denn wer die letzten Jahrzehnte vor dem Weltkrieg in Rom mit offenen Augen verlebt hat, dem kann es nicht entgangen sein, daß auch das geistige deutsche Leben, welches sich in der alten Hauptstadt der Welt aus starken historischen Gründen zu Hause fühlte, von den immer anspruchsvoller werdenden italienischen Nationalisten ebenso mißgünstig angesehen wurde wie die erfolggekrönte Arbeit deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender, und daß das Feldgeschrei der Kriegstreiber: Fuori lo straniero! gegen die deutsche Wissenschaft und Kunst ebenso ernstlich gerichtet war wie gegen die österreichische Herrschaft im Gebiet der Sprache Dantes. Die fast fünfjährige ungestörte Deutschenhetze der Tagespresse und die nach schweren Niederlagen plötzlich eingetretene glückliche Wendung der Dinge hat ohne Zweifel den Groll eines großen Teils der Italiener gegen deutsche Kultur auf italienischem Boden und die Begehrlichkeit nach deutschen Gütern nur noch gesteigert.

Am wenigsten gefährdet erscheinen die alten, noch aus dem Mittelalter stammenden kirchlichen Stiftungen und Anstalten deutscher Nation. Ihr ehrwürdiges Alter, das schon viele Wechsel und Stürme überdauert hat, gewährt ihnen nicht minder einen gewissen Schutz wie die Rücksicht und Achtung vor der katholischen Kirche, die im königlichen Italien tatsächlich viel stärker sind, als die klerikale Presse glauben zu machen pflegt, und die jetzt um so lieber geübt werden, als das Papsttum trotz allen gelegentlichen Reibungen doch während des Krieges sich recht gut italienisch bewährt hat. Wenn auch durch die Kirche beschirmt, so erfordert immerhin das künftige Geschick dieser Anstalten die fürsorgliche Aufmerksamkeit der deutschen Friedensunterhändler. Die älteste Stiftung, der Campo Santo Teutonico bei St. Peter, um-

Digitized by Google

faßt die Kirche S. Maria della Pietà, das zugehörige Hospiz und Priesterkolleg mit einer reichen kirchen- und kunstgeschichtlichen Bücherei, einem von Monsignore De Waal begründeten Museum altchristlicher Kunst und einem kleinen Archiv, welches die Akten der Erzbruderschaft vom Campo Santo, des Pilgerhauses und der ehemals blühenden deutschen Bäcker- und Schusterbruderschaft enthält. Unersetzliche Werte, die behütet werden müssen! Der uralte, stimmungsvolle Friedhof der katholischen Deutschen, der daneben liegt, ist ein ehrwürdiges schönes Denkmal deutscher Geschichte in Rom; er war nach 1870 schon einmal in Gefahr, aufgehoben zu werden, da die neue Gesetzgebung das Begraben innerhalb der Stadt verbietet, und könnte unter Berufung darauf jetzt von neuem bedroht werden. Die andere katholische Stiftung deutscher Nation, S. Maria dell'Anima, ist jünger als der Campo Santo, hat aber einen größeren Besitz an Bauten und Grundstücken; ihre Kirche ist reich an Denkmälern der bildenden Kunst vom Zeitalter der Auflebung bis in unsere Tage und ist als Bau bedeutend; in dem weitläufigen Anwesen finden sich neben Wohn- und Geselligkeitsräumen, in denen verschiedene deutsche Wohltätigkeitsvereine ihren Sammelpunkt haben, eine Bibliothek und ein bis ins Mittelalter zurückreichendes Archiv. Der Anima, die seit einem Jahrhundert unter dem Schutz des habsburgischen Kaiserhauses stand und von Österreich ihre Rektoren erhielt, droht nunmehr die nachdrückliche Erneuerung eines nie ganz aufgegebenen belgischen Anspruchs. Da die Gründung des Animahospizes am Ausgang des Mittelalters, als die Niederlande noch einen Bestandteil des Deutschen Reiches bildeten, zum großen Teil durch Wohltäter aus jenen Gebieten geschehen war, so konnte der Historiker Gisbert Brom noch in einer vor zehn Jahren in Rom veröffentlichten Schrift den niederländischen Anspruch auf diese deutsche Nationalstiftung historisch und urkundlich begründen. Die Schutzherrschaft Österreichs als katholischer Vormacht im deutschen Volksgebiet ist nun erloschen, es wird daher unabweisbar sein, die rechtlichen Beziehungen der Anima, wie auch des Campo Santo, zum neuen Deutschland auf neuer Grundlage zu ordnen, fremde Ansprüche nach Möglichkeit abzuwehren und die wissenschaftliche Wirksamkeit beider Anstalten auch für die Zukunft zu sichern.

In Verbindung mit der römischen Kirche stehen ferner das zur Erziehung deutscher und ungarischer Priester von den Jesuiten begründete und geleitete Collegium Germanicum-Hungaricum, verschiedene von Deutschland entsandte klösterliche Niederlassungen und der Sitz des preußischen Gesandten beim Heiligen Stuhl, die zwischen Porta Pia und Porta Salaria gelegene, vor hundert Jahren von Pauline Borghese, der Schwester Napoleons I., bewohnte Villa Bonaparte. Da am 20. September 1870 durch diesen an die Stadtmauer angrenzenden Garten die Truppen Viktor Emanuels in das päpstliche Rom eingedrungen sind, so hat die römische Presse wiederholt ihr Mißfallen darüber ausgesprochen, daß die für die vaterländische Geschichte denkwürdige Stätte in den Besitz einer fremden Macht gelangt

Digitized by Google

ist, und man darf nicht überrascht sein, wenn Italien im Friedensschluß die Villa Bonaparte, einst Wohnsitz des Kardinals und Staatssekretärs Valenti, für sich beansprucht, während es sich wohl für die Pflanzstätte der deutschen Zöglinge des jesuitischen Romanismus und die übrigen deutschen Klöster, Sinnbilder und Werkzeuge des geistlichen Imperialismus Roms, kaum ernstlich interessieren wird.

Die evangelische Kirche hat zwei wichtige Stätten am Tiberstrand. Im Sommer 1914 war die nach langwierigem Hader endlich zur Ausführung gekommene Kirche der deutschen evangelischen Gemeinde in Via Toscana mit zugehörigem Gemeinde- und Pfarrhaus zur Einweihung bereit; der Wunsch Bunsens, daß die evangelischen Deutschen Roms das Reformationsfest 1917 in einem eigenen Gotteshaus feiern könnten, war der Erfüllung nahe; der Ausbruch des Weltkrieges hat sie vereitelt. Dieser Schmerzenskirche droht allerdings wohl kaum eine andere Gefahr als die, daß nach dem Friedensschluß die evangelischen Deutschen Roms an Zahl zu sehr zusammengeschmolzen sein werden, um ihr Gemeindeleben in der gedachten Form erhalten zu können. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts wurden die in der päpstlichen Hauptstadt verstorbenen Ketzer an der Cestiuspyramide längs der Stadtmauer begraben. Den rastlosen Bemühungen Niebuhrs ist es vor nahezu hundert Jahren gelungen, der Kurie die Erlaubnis zur Herstellung eines festen, umfriedigten Kirchhofs der nichtkatholischen Christen aller Nationen an jener Stelle abzutrotzen. Seitdem steht derselbe unter dem Schutz und der Verwaltung der preußischen bzw. deutschen diplomatischen Vertretung; neben den protestantischen Deutschen haben dort Engländer, Russen, akatholische Italiener und viele andere fremde Romverehrer ihre letzte Ruhestatt gefunden. Ungefährdet ist diese weihevolle Stätte auch nach 1870 nicht gewesen. Das allgemeine Gesetz gegen das Begraben innerhalb der Stadt konnte gegen den Friedhof der Ketzer ebensowohl geltend gemacht werden wie gegen den Campo Santo bei St. Peter, und hinzukamen noch die Stadterweiterungspläne des römischen Munizipiums, denen der Friedhof im Wege lag. Ob es gelingen wird, das seinerzeit vom Botschafter v. Bülow mit der Stadtverwaltung vereinbarte Abkommen, infolgedessen der Begräbnisplatz nach dem Testaccio hin erweitert und mit einer von dem Baumeister A. Holzinger errichteten Kapelle versehen werden konnte, für die Zukunft aufrechtzuerhalten, kann angesichts der Begehrlichkeit des italienischen Nationalismus niemand mit Bestimmtheit voraussagen.

Diese Begehrlichkeit richtet sich vor allen Dingen mit großer Entschiedenheit, und nicht seit gestern, gegen den Besitz des Deutschen Reiches auf dem Kapitol. Bei uns denkt kaum noch jemand an den Unwillen der Römer gegen die schrittweise Niederlassung Preußens auf dem durch die älteste römische Geschichte geweihten Hügel. Die Römer murrten ebenso, als Bunsen 1836 über dem Tarpejischen Fels das preußische Krankenhaus erbauen ließ, wie gegen den Ankauf des Palazzo Caffarelli, in dessen

Digitized by Google

Garten die Trümmer des alten Jupitertempels stehen, 1854 durch den König von Preußen und gegen den Neubau des Deutschen Archäologischen Instituts 1877 auf einem Nachbargrundstück. Durch Jahrzehnte hindurch hat die päpstliche Regierung und mit ihr die römische Stadtverwaltung förmlichen Einspruch gegen den Verkauf des Caffarelli an Preußen erhoben, und erst dem Botschafter v. Bülow gelang es, 1895 einen friedlichen Vergleich mit der Stadt Rom über das deutsche Besitzrecht am kapitolinischen Hügel herbeizuführen. Es ist sattsam bekannt, wie wenig man sich in Rom durch diese Vereinbarung gebunden fühlt. Während des Krieges hat derselbe Apolloni, der seinerzeit dem Deutschen Kaiser mit schmeichlerischer Verehrung die Ehrenmitgliedschaft der Akademie S. Luca, als Dank für die Bereicherung der Kunstschätze Roms durch Prells Caffarelligemälde, angetragen hatte, mit allen Mitteln der Agitation im römischen Stadtrat die Forderung durchgebracht, daß der italienische Staat das deutsche Botschaftsgebäude in Besitz nehme, abbreche und dadurch die Reste des Jupitertempels wieder ans Licht bringe. Man muß also darauf gefaßt sein, daß das auf allen Schlachtfeldern geschlagene Italien nunmehr unter dem Schutz seiner mächtigen Bundesgenossen rücksichtslos die völlige Entfernung Deutschlands vom Kapitol verlangen wird. Die italienische, von überschwenglichem Nationalstolz getragene Begehrlichkeit wird auch nicht haltmachen vor den deutschen Pflegestätten friedlicher Wissenschaft, die sich den italienischen Gelehrten immer gastlich geöffnet haben. Die Abneigung der Römer gegen das von Bunsen unter dem Schutz des Kronprinzen von Preußen 1829 gegründete Archäologische Institut ist so alt wie das Institut selbst. Daran ändert die Tatsache nichts, daß viele italienische Gelehrte ihm angehört und darin mitgearbeitet haben; im Grunde sah man die zu einem Weltruf gelangte Anstalt als einen lästigen fremden Wettbewerb auf dem heimatlichen Boden an und empfand, als noch der Dreibund in Blüte stand, in nationalistischen Kreisen der italienischen Gelehrtenwelt bereits die dankenswerte Arbeit deutscher Altertumsforscher in Italien als eine ärgerliche Bevormundung, von der man sich schleunigst, auch auf Kosten der Wissenschaft selbst, zu befreien trachtete. Noch lebt in der Erinnerung die unwürdige Fehde italienischer Fachgenossen in der Tagespresse und vor Gericht gegen Forscher wie Hülsen und Helbig, und die Art, wie in den letzten Jahren vor dem Krieg das Institut auf dem Kapitol von Berlin aus behandelt wurde, könnte fast den Glauben erwecken, daß die Zentralleitung sich anschickte, die Stellung nach und nach ganz zu räumen.

Wie um den Fortbestand des ruhmreichen Archäologischen Instituts, so sind auch begründete Besorgnisse vorhanden um das fernere Schicksal des an Jahren jüngeren, aber nicht minder verdienstvollen Preußischen Historischen Instituts. Es sind dreißig Jahre her, seit im Auftrag der preußischen Regierung Geschichtsforscher ihre Tätigkeit, zuerst in bescheidenem Maße, in dem von Leo XIII. geöffneten Vatikanischen Archiv begannen. Seit 1903 unter Kehrs zielbewußter, tatkräftiger Leitung hat sich die Anstalt glänzend

Digitized by Google

entwickelt und ist im besten Einvernehmen und emsigen Zusammenarbeiten mit gleichen Einrichtungen anderer Staaten ein Mittelpunkt für geschichtliche und kunstgeschichtliche Forschung geworden, der dem deutschen Namen weithin Ehre machte; man konnte kurz vor dem Krieg daran denken, die stetig anwachsenden räumlichen Bedürfnisse des Instituts durch einen selbständigen Neubau im Gebiet der Valle Giulia zu befriedigen. Der Krieg hat nicht nur dies alles ins Stocken gebracht, sondern auch die ganze Zukunft des Instituts in Frage gestellt. Um den Fortbestand und die weitere Entwicklung der erst kurz vor dem Krieg eröffneten, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft unterstellten Bibliotheca Hertziana hegt man aus verschiedenen Gründen die gleichen Besorgnisse. Diese von der hochherzigen Stifterin für kunstgeschichtliche Forschungen über das goldene Zeitalter der italienischen Kultur bestimmte Studienanstalt befindet sich in dem von Henriette Hertz seit 1905 erworbenen und neu hergerichteten Palazzo Zuccari, dem sie unter sorgfältiger Wahrung der älteren Gestalt den Bachsaal für musikalische Darbietungen hat angliedern lassen. Da Federico Zuccari, der Erbauer des Hauses, Begründer und erster Vorsitzender der römischen Künstlerakademie S. Luca gewesen ist, so liegt die Befürchtung nahe, daß italienischer Nationalstolz sich jetzt nicht damit abfinden mag, das Erbe des römischen Meisters in deutschen Händen zu sehen.

Zehn Jahre vor dem Ausbruch des Weltbrands war in Rom auf den Trümmern der leichtfertig zugrunde gerichteten evangelischen Kapitolschule eine paritätische deutsche Schule errichtet worden, die sich allerdings der besonderen Gunst der Reichsbehörden, nicht aber der Zustimmung der katholischen Hierarchie erfreuen konnte. Sie hat sich bisher befriedigend ausgewachsen, wenn auch ihre Verfassung an dem Fehler leidet, daß sie infolge des leidigen Haders, aus dem sie hervorgegangen, mehr durch persönliche Herrschaftsgelüste als durch sachliche Grundsätze beeinflußt erscheint. Wenn diese deutsche Schule weiterbestehen kann, was bei dem vermutlichen Rückgang der deutschen Kolonie in Rom nicht verbürgt ist, so müßte der Deutsche Schulverein, der sie bisher mit Hilfe des Reichs erhalten hat, auf neue gesunde und gerechte Grundlagen gestellt werden, um lebensfähig bleiben und wirklich eine Vertretung der Erziehungsinteressen des römischen Deutschtums sein zu können.

Für die Pflege der bildenden Künste und die Weiterbildung aufstrebender junger Kräfte auf dem alten Nährboden der Alma Urbs, die seit Jahrhunderten als die hohe Schule verehrt wird, ist von deutscher Seite erst in den allerletzten Jahren vor dem Krieg eine vielversprechende Tat geschehen, nachdem die seit vielen Jahren dringend erhobenen Forderungen immer unerfüllt geblieben waren. Die Form und Ausgestaltung der Deutschen Akademie, die jedoch keine Akademie im alten Sinne sein sollte, entsprach durchaus dem wirtschaftlichen Hochstand und dem Machtgefühl des deutschen Kaiserreichs; mit den reichen, von einem Berliner Krösus bereitgestellten

Digitized by Google

Mitteln konnte der hochbegabte Architekt Zürcher in der herrlich gelegenen Vigna Massimi vor Porta Pia eine Anlage schaffen, die durch zweckmäßige Einrichtung und edelste Schönheit die Bewunderung und vielleicht auch den Neid anderer Völker erregte. Ein Teil dieser Accademia Tedesca war schon 1913 in Gebrauch genommen; was nach dem Friedensschluß aus ihr werden wird, liegt völlig im Dunkel. Durchaus unsicher ist ebenso das künftige Geschick der übrigen, dem deutschen Kunstleben gewidmeten und entwachsenen Anstalten. Wenn der Deutsche Künstlerverein, der seit 1845 besteht und sich mit der Zeit zu einem Geselligkeitsverein der Deutschen Roms umgewandelt hat, nach dem Frieden nicht wieder in der bisherigen Gestalt auferstehen sollte, so wird ihm kaum jemand eine Träne nachweinen; denn er siechte seit Jahren an einem konstitutionellen Gebrechen dahin, indem sein Name und seine veraltete Verfassung in einem unversöhnlichen Gegensatz zu den veränderten Verhältnissen im römischen Deutschtum standen, und er durch den Empfang einer Unterstützung aus dem Schulfonds des Auswärtigen Amtes zu Berlin in eine verhängnisvolle Abhängigkeit von einer nicht immer wohlwollenden Bureaukratie geraten war. Er hat in den letzten Jahren ein Scheindasein unter allgemeiner Gleichgültigkeit der zersplitterten deutschen Kolonie geführt. Aber seine Räume im Palazzo Serlupi bargen einen wertvollen Besitz von Werken der Malerei und Bildnerei, eine nicht unbedeutende Bibliothek und vor allem einen unersetzlichen Schatz von künstlerischen und handschriftlichen Urkunden deutschen Lebens und deutscher Kultur im Ausland. Was auch aus dem Verein selber werden mag, so muß Deutschland unbedingt auf die Rettung und gewissenhafte Bewahrung seines Archivs, seiner Bücher, Zeichnungen usw. bedacht sein. Im Zusammenhang mit dem deutschrömischen Künstlerleben stehen auch gewisse Vermögenswerte. Der Verein hatte bei dem deutschen Bankhaus Nast-Kolb und Schumacher einen Sparfonds angelegt, dieselbe Bank verwaltete das auf rund 100000 Lire angewachsene Vermögen der 1815 gegründeten Künstlerhilfskasse; ansehnliche Stiftungen der deutschen Künstler Franz Catel und Gustav und Eduard Müller lieferten regelmäßig Mittel zur Förderung deutscher wie italienischer Künstler. Man darf hoffen, daß diese Werte nicht verloren gehen, sondern auch in Zukunft wieder ihren satzungsmäßigen Zwecken zugute kommen.

Schwer bedroht erscheinen dagegen zwei mit dem deutschen Künstlerleben Roms eng verknüpfte Besitzungen in der Umgebung der Ewigen Stadt: die Serpentara und Villa Falconieri, beide Eigentum des letzten deutschen Kaisers. Der prächtige Eichwald Serpentara bei Olevano, die Wiege der deutschen Landschaftsmalerei des 19. Jahrhunderts, war vor etwa vierzig Jahren von Verehrern und Meistern der Kunst durch Ankauf vor der Vernichtung bewahrt und unter den Schutz des Kaisers gestellt worden; der würdige Nestor unserer Künstlerkolonie in Rom, Bildhauer Gerhardt, hat zehn Jahre vor seinem Hinscheiden daselbst ein schmuckes Unterkunftshäuschen

Digitized by Google

rbaut und der Berliner Akademie vermacht. In der herrlich gelegenen, oft von Richard Voß bewohnten Villa Falconieri bei Frascati hat Wilhelm II. vor wenigen Jahren einen Ruhe- und Erholungssitz für deutsche Künstler und Gelehrte geschaffen. Daß die Italiener nach diesen beiden, dem Deutschtum teuren Stätten begehrliche Hände ausstrecken, ist leider nicht zu bezweifeln. Wird es gelingen, sie für uns zu bewahren? Ein anderer, durch lange ehrenvolle Geschichte mit deutscher Kultur verwachsener, schönheitsglänzender Wohnsitz in Rom, Villa Malta, ist seit einigen Jahren deutsches Privateigentum und als solches hoffentlich gesichert. Es wäre tiefschmerzlich, wenn diese durch Goethe, Herder, die Herzogin Amalie von Sachsen-Weimar, durch König Ludwig I. von Bayern und eine unabsehbare Reihe von Künstlerinsassen dem Deutschtum geweihte Stätte auf der Höhe des Pincio, an der Stelle der Gärten des Lukullus, uns verloren ginge!

Niemand kann heute mit Gewißheit sagen, wie sich durch den Friedensschluß künftig unsere Beziehungen zu Italien gestalten werden. Das Deutsche Reich, das vor fünf Jahren noch stolz auf seine vielfachen kulturellen Güter und Schöpfungen in Rom schauen konnte, liegt heute, von einem grausamen Geschick verfolgt, wehrlos am Boden.

Daß es den Großmächten, die sich vielleicht eine gerechte Würdigung der Verdienste des deutschen Volkes um Gesittung, Wissenschaft und Kunst, trotz allen Verleumdungen einer deutschfeindlichen Presse, bewahrt haben, möglich sein werde, uns gegen schrankenlose Raubgelüste zu schützen, müssen wir hoffen und wünschen; eine Sicherheit haben wir leider nicht für das Gelingen solcher Bemühungen. Wir sind vorerst auf uns allein und auf die eigene Vertretung unserer Rechte in den Friedensverhandlungen angewiesen. Mögen die deutschen Unterhändler auf dem Friedenskongreß Umsicht und Tatkraft genug besitzen, um in der Ewigen Stadt dem deutschen Volk das zu bewahren, was es in ehrenvoller redlicher Arbeit erworben und geschaffen hat, als ein dauerndes Zeugnis seines hohen Kulturberufs und der Völkergemeinschaft im Streben nach den höchsten Idealen der Weisheit und Schönheit!

Das neue Deutschland

Von

Friedrich Stieve

In seinen sehr beachtenswerten Aufzeichnungen über die russische Revolution (Oktoberheft 1918 der Süddeutschen Monatshefte) schreibt Maxim Gorkij, es gebe zwei Arten von Revolutionären, nämlich den sog. „ewigen" Revolutionär und den Gelegenheitsrevolutionär „für den heutigen Tag". Der erstere „verkörpert in sich das revolutionäre prometheische Prinzip und ist der geistige Erbe des ganzen Komplexes von Ideen, von denen die Mensch-

Digitized by Google

heit auf ihrem Wege zur Vervollkommnung bewegt wird". Der letztere „ist der rebellisch gewordene Sklave eines strafenden und rachsüchtigen Gottes" ohne „organischen Zusammenhang mit der Vergangenheit der Welt" und „hält sich für gänzlich befreit, während er aber innerlich vom schweren Konservatismus zoologischer Instinkte gefesselt" ist. Maxim Gorkij gelangt zu diesen Definitionen vom Boden des russischen Bolschewismus aus, und seine Worte sind natürlich unter einem solchen Gesichtspunkt zu verstehen. Und doch enthält seine Unterscheidung zwischen dem „ewigen" Revolutionär und dem Gelegenheitsrevolutionär „für den heutigen Tag" auch eine Wahrheit für uns. Denn wenn man die Revolution bei uns in Deutschland näher beobachtet, so wird man bald finden, daß bei ihr gewisse Elemente am Werke sind, die gewissermaßen als revolutionär „für den heutigen Tag" angesprochen werden können, d. h. also, in der Übersetzung vom Russischen ins Deutsche, Menschen, die sich gegen das alte System, das sie beseitigen helfen, nicht aus einer tiefen, schon früher gehegten Überzeugung der Notwendigkeit heraus erheben, sondern nur, weil ihnen die Not der Stunde befiehlt, das Alte mit einem Neuen zu vertauschen, von dem sie eigentlich keinerlei klare Vorstellung besitzen. Sie sind keine berufenen Wortführer der Freiheit, sondern Knechte eines dunklen Instinktes, der vielleicht deshalb „zoologisch" genannt werden kann, weil er mit dem unbefriedigten Magen in enger Beziehung steht.

Als wahre Revolutionäre dürfen wir nur diejenigen ansprechen, die den Geist des Umsturzes bereits lange in sich trugen und gegen den Zustand von gestern und vorgestern protestierten, als derselbe noch herrschte. Sie allein haben jetzt ein Recht darauf, gehört zu werden, denn sie haben in ihrem Inneren die Neuerung schon vollzogen, bevor der äußere Umschwung eintrat. Von ihnen kann man auch erwarten, daß sie aus ihrer stillen Vorbereitung heraus die Wege sehen, die jetzt am besten zu jenem Deutschland führen, das aus den Trümmern des vergangenen erstehen soll.

Wenn ich es daher unternehme, zu diesem Deutschland hier Stellung zu nehmen, so muß ich nach meiner Ansicht erst den Beweis beibringen, daß ich es nicht nur will, weil es jetzt unweigerlich kommt, sondern weil ich es vorher in mir trug und seine Geburt ersehnte. Zu diesem Zwecke erlaube ich mir auf eine kleine Schrift zurückzugreifen, die ich im Jahre 1909 unter dem Titel „Kampf unserem Jahrhundert!" (Leipzig, Haupt & Hammon) erscheinen ließ und in der sich folgendes Kapitel über die Politik von damals findet:

„Jede Zeit hat ihre Despoten, aber die unsere besitzt deren übergenug. Und sie, die sich rühmt, die absolute Gewalt der Gekrönten beseitigt zu haben, hat sich doch vor der eisernen Willenskraft eines Genies gebeugt und neben den vielen unpersönlichen Fesseln auch noch den schroff persönlichen Herrscher über sich geduldet. Unter diesem Herrscher meine ich Otto v. Bismarck. Helden der Tat pflegen auf ihrem Jahrhundert zu lasten mit der ganzen

Digitized by Google

Wucht ihrer Größe und ihm den unvergänglichen Stempel des eigenen Wesens tief aufzupressen. Darin liegt ihr Sieg, aber zugleich auch der Kern ihres Unterganges. Denn je gewaltiger der Druck, desto stärker der Gegendruck. Es muß über kurz oder lang ein Menschenalter kommen, das die bestimmende Gewalt als eine Hemmung des freien Werdens empfindet, und dies um so mehr, als Menschen des Willens notwendigerweise einseitig sind und dadurch mit ihren Werken auf die Dauer niemals ganz befriedigen. Für Otto v. Bismarck naht die Stunde des Rückschlages, obwohl es äußerlich scheinen möchte, als sei eben jetzt der Prozeß seiner Heiligsprechung im Gange. Denn seine Worte werden von unseren Politikern zitiert wie Evangelien und unwiderlegliche Wahrheiten, sein Leben und Handeln selbst wird als unfehlbar hingestellt, seine gesamte Gestalt ins Heroenhafte vergrößert und mit übermenschlichem Schimmer umgeben. Aber vielleicht gerade durch diese Art, ihn seiner lebendigen Wirklichkeit zu entkleiden, raubt man ihm unmerklich einen Teil der realen Macht. Ein leises Zittern geht durch die Grundfesten seiner großartigen Schöpfung.

Betrachten wir uns ein wenig, was er vollbracht! Ein deutscher Festredner würde sich ungefähr folgendermaßen ausdrücken: „Der eherne Reichskanzler hat dem deutschen Volke das gegeben, wonach es jahrhundertelang gesehnt und vergeblich gestrebt: ein einiges Kaiserreich.“ Solche Herren sollten, anstatt ihre Rede einen dröhnenden Klang zu verleihen, bei derartigen Worten etwas still und nachdenklich werden und sich überlegen, was es im Grunde heißt, wenn eine Nation das Ziel ihrer innersten Begierde von oben her als Gabe erhält und nicht allein aus eigenster Kraft. „Aber,“ wird er entrüstet auf diesen Einwurf erwidern, „haben nicht unsere Väter auf den Schlachtfeldern geblutet und nie dagewesene Siege errungen?“ Gewiß! Und das sogar in dem klaren Gefühl stolzer Eintracht. Aber das Endergebnis des Krieges: die Reichsgründung, ist dennoch nahezu ausschließlich das Werk des einen, einzigen, des Fürsten Otto v. Bismarck; und wer es nicht glauben will, besehe das Werk selber, und er wird die Spuren seines Geistes überall deutlich erkennen. Manchmal möchte man direkt sagen, daß seine Schöpfung nur für ihn erzeugt wurde, für sein besonderes Wesen, so ist sie seinem Charakter angepaßt. Eine unbedingt monarchische Gesinnung ist die Seele des Ganzen. Wäre Bismarck selbst König gewesen, so hätte er keineswegs das Amt des Reichskanzlers mit persönlicher Verantwortlichkeit eingerichtet. So aber mußte er sich einen festen Machtposten sichern, und sein eigenes Herrschergenie traf daher diese scheinbar sehr liberal angehauchte Neuordnung. Wer ferner die Geschichte kennt, weiß auch, wie der Reichskanzler dazu kam, das allgemeine Wahlrecht zu gewähren, das er selbst für wieder abschaffbar erklärte, wenn es keine guten Früchte zeitigen sollte. Eine Erfolgfrage im Innern bestimmte ihn zu dem Schritt, es war ein einfacher Schachzug berechnender Interessenpolitik und nicht etwa romantische Begeisterung für Gleichheit. Der real denkende Fürst war kein Mann der Ideen; diese lagen

Digitized by Google

vielmehr im Jahrhundert offen da und boten sich willigst zum Gebrauche an. Er benutzte sie, wenn er sich davon für seine Ziele Erfolg versprach. Wohlbemerkt war es natürlich nicht kalter, persönlicher Egoismus, der seine Handlungen lenkte, sondern der preußische Staatsegoismus, der in ihm eine wunderbare Verkörperung fand.

Aber das Volk mit seinen Wünschen für sich kam dabei unzweifelhaft zu kurz. Was hat es eigentlich im neuen Deutschland zu tun und zu sagen? Ihm ward der Reichstag gegeben, der seine Rechte nach oben hin vertreten soll. Alle anderen freiheitlichen Bestimmungen, besonders in den Kommunen, gehen auf den Freiherrn vom Stein zurück, der an Genie für innere Politik Bismarck ganz entschieden überragte. Manche seiner großen Pläne blieben bis heute ein unausgeführtes Ideal. Doch wir haben ja den Reichstag, das ist unser Haupttrost. Freilich, die Befugnisse dieser allgemeinen Vertretung sind, wenn man sie an der einstigen Sehnsucht des Volkes nach Mitregierung mißt, unendlich beschränkte. Geldbewilligung und Beantragung oder Billigung von Gesetzentwürfen, das sind die Rechte der Abgeordneten, aber auch diese sind noch durch besondere Bestimmungen, wie z. B. Auflösung der Versammlung, eingeengt. Ein starker Monarch oder Reichskanzler kann durch den Reichstag nie in seinen Handlungen dauernd gehindert oder entscheidend beeinflußt werden.

Die Rücksicht auf die Persönlichkeit des einen Lenkenden hatte die Zurücksetzung der vielen Volksvertreter zur Folge. Das gilt vor allem in der auswärtigen Politik, von der die Nation schlechterdings gänzlich ausgeschlossen ist. Da zeigt das Werk besonders deutlich die Züge seines Schöpfers, der auf dem Felde, das so recht sein eigenstes war, niemand mitreden lassen wollte. Die Verhandlungen mit fremden Mächten, Entscheidungen über Krieg und Frieden, alles geschieht ohne das Mitwissen der Gesamtheit. Es ist unglaublich, mit welchen sogenannten Aufklärungen über die Beziehungen Deutschlands zu den übrigen europäischen Gewalten die Abgeordneten abgespeist werden; mit Worten, die im Grunde nur sehr Allgemeines oder direkt nichts besagen, und das Volk, das im Falle eines Kampfes die heilige Pflicht hat, sein Blut zu vergießen, hat nicht nur kein Recht, diesen Kampf im Entstehen zu verhindern, sondern überhaupt keine Möglichkeit dazu. In dieser Einrichtung liegt eine große Verachtung der Nation, die einstens nach der Selbstbestimmung gestrebt hat, aber nun mehr und mehr entwöhnt wurde, sich mit den eigenen Angelegenheiten zu befassen. „Warum kümmert sich die deutsche Jugend z. B. an den Universitäten gar nicht um die Politik?“ so fragen alle Ausländer, die uns besuchen und bei unseren Studenten den fast gänzlichen Mangel an Interesse in dieser Hinsicht mit Staunen beobachten. Die geschichtliche, innere Ursache liegt in Bismarcks Auftreten, das uns wohl zu Stärke und Glanz nach außen hin verhalf, aber mehr durch Genie und Kraft des einen Mannes, als durch bewußtes Handeln aller. Es wurde uns zu viel *vorgetan* in den großen Jahren der Reichs-

Digitized by Google

erstehung. Diese selbst ist, wie schon gesagt, mehr ein Geschenk als ein durchaus selbsterrungenes Gut. Und seitdem ging es immer so weiter in allen auswärtigen Fragen! Bald wiegte man sich im Gefühle bequemer Sicherheit; die unfehlbare Hand des ersten Kanzlers lenkte das Steuer ja so gut, da brauchte man nicht zu sorgen. So hat die Menge die Gedankenlosigkeit und Zufriedenheit von Kindern sich angeeignet, die gar nichts mehr darin finden, wenn die wichtigsten Vorgänge ohne ihre Zustimmung und tiefere Kenntnisnahme geschehen. Dieser Zustand birgt eine große Unwahrheit in sich, ein Mißverhältnis, das sich sogleich empfindlich geltend macht, wenn die Leitung in weniger erfahrene Hand zu liegen kommt.

Der hohe Gedanke der Selbstbestimmung der Nation ist geboren, mit stolzen Schmerzen geboren in den Befreiungskämpfen zu Beginn des 19. Jahrhunderts; ja in den vortrefflichsten Köpfen, wie bei Stein, Fichte und W. v. Humboldt, hatte er schon vorher Leben erhalten, als Napoleons Gewalt noch von der Masse bestaunt wurde. Seitdem er aber zum Bewußtsein kam, rang er unaufhörlich um den Sieg. Die graue Zeit der Reaktion wurde überdauert mit dem Trotz von Märtyrern, und immer neue Wellen der emporstrebenden Kraft bäumten sich auf. Aber dennoch blieb ihr der eigentliche Erfolg bis heute versagt, denn ein treuer Anhänger der Gewalt, gegen die sie sich wandte, vollendete mit eiserner Hand von oben her einen Teil ihrer innersten Träume und blendete durch dieses Schauspiel die Augen der begehrenden Streiterin Idee! Ja noch mehr! Er entmutigte sie, da er mit realer Berechnung das erzwang, wofür sie vergeblich geblutet und gebangt. Er führte den greifbaren Nutzen gegen sie zu Felde und raubte ihr dadurch die ergebene Schar der Jünger. Die Wucht seiner Taten ließ ihr Hoffen als dünn und blutlos erscheinen, und bald war Spott und Verachtung ihr allgemeines Los. Sie floh aus dem Lichte des siegesfrohen Tages, und lange schien es, als sei sie ganz dahin. Aber man täusche sich nicht! Eine Idee, die einmal Licht geworfen in das Dunkel dieser Welt, die einmal Fuß gefaßt auf unserem flüchtigen Erdball, verschwindet nie mehr, eh' sie gewisse Triumphe gefeiert hat. Und zumal eine Idee höherer Freiheit! Sie kann unterdrückt werden und verstummen, aber sterben wird sie nie. Denn dies ist das Merkwürdige bei dem Geschlechte der Menschen: obwohl ihr Wesen zum Dienen eingerichtet ist, wirkt doch in Wenigen ein unwiderstehliches Streben nach immer größerer Ungebundenheit und Selbstregierung. Und von diesen Wenigen gehen Fäden aus zu den Vielen und ziehen diese nach, langsam, aber sicher auf der kühnen Bahn der Befreiung. So ist auch der Gedanke der Selbstbestimmung unserer Nation nicht in Wahrheit vertilgt, wenn er gleich über ein Menschenalter geschwiegen.

Es war in den berühmten Novembertagen des Jahres 1908, da er ganz, ganz schüchtern sich wieder hervorwagte aus dem Versteck, in das er vor der Macht des Tages sich verborgen hatte. Es war in dem Augenblick, als man zum erstenmal recht deutlich empfand, welche Fehler die Verfassung

Digitized by Google

Bismarcks in sich trug. Ein impressionistisch angelegter Herrscher, der leicht von Stimmungen sich hinreißen läßt und in dem ganz persönlichen Regierungssystem zu einseitiger Überschätzung seiner Einzelpersönlichkeit vorgedrungen ist, gefährdet plötzlich durch seine Redseligkeit das ganze Volk, so daß ringsum Feinde erstehen. Wer kann das verhindern, und wer kann berechnen, wohin das unter Umständen zu führen vermag? Mit einem Schlage sieht man die gesamte Gefahr, und zugleich die Unmöglichkeit, sie nachdrücklich zu verhüten. Dahin mußte es kommen, und es ist gut, daß wir endlich an diesem Punkt angelangt sind. Wenn sich auch die meisten noch nicht klar sind, was es eigentlich bedeutet und wo der letzte Grund zu finden ist — die Wunde ist doch einmal aufgedeckt und das Gefühl ihres Vorhandenseins kommt der Nation nie mehr abhanden. Und einmal, wenn die Empfindung wächst und bis zur Bewußtheit reift, wird das Volk, oder vielmehr die Wollenden und Denkenden unter dem Volk werden erkennen, daß ihr Kampfruf heißen muß: Gegen Bismarck! Das klingt unserem Ohre wie toller Wahn. Er soll unser Feind sein, den wir achten wie keinen Zweiten, nach dessen unfehlbarer Steuermannshand wir uns beinahe täglich sehnen; gegen ihn und sein unsterbliches Werk sollen wir uns richten? Aber es ist so und muß dazu kommen. Den großen Menschen in ihm werden wir ewig verehren, den gewaltigen Kämpfer und Sieger immerdar bewundern, aber dennoch werden wir uns erheben gegen seine imposante Macht, um die Fehler seiner Taten zu beseitigen.

Wiederum scheint es bizarr, wenn ich sage, daß der erste Reichskanzler in gewisser Hinsicht der echte Vorläufer Wilhelms II. war, obwohl dieser ihm den Abschied gab. Denn unser Regierungssystem ist so beschaffen, daß *eine* Persönlichkeit die Leitung in der Hand hat, diese eine Persönlichkeit kann entweder der Kaiser oder der Reichskanzler sein. Unter Wilhelm I. war in der Tat Bismarck der Regent von Deutschland, auf ihn folgte der junge Enkel des alten Preußenkönigs, mit nachdrücklichem Herrschergelüste ausgestattet, und der Kampf gegen den bisherigen Gewalthaber Bismarck war unvermeidlich. Die bestimmende Stellung des ersten Beamten übernahm bald der willensstarke Kaiser selbst. Solange die Verfassung von 1871 dauert, wird unser Vaterland immer eine nahezu absolute Monarchie bleiben, und die Frage dreht sich dann bloß darum, ob der Kaiser oder der Kanzler der eigentliche Monarch ist. Man regt sich heute über die unmäßige Selbstgerechtigkeit Wilhelms II. auf. Bismarck, sein Vorfahre im Regieren, ging nicht minder eigenmächtig zuwege, nur bestand dabei der Unterschied, daß *er* ein Genie war. Der Fehler liegt aber am System, das einem Mantel gleicht, der auf einen Riesen zugeschnitten ist, und die Kleineren, die ihn nun tragen, zu allerlei Fehltritten verleitet. Es ist eben die Gewalt zu einseitig geteilt und ausschließlich in die oberste Sphäre verlegt.

Und der Reichstag, schon von Geburt her ein Schwächling, tut selbst noch alles, um sich die wenigen Kräfte, die er besitzt, mutwillig zu rauben.

Digitized by Google

Er ist zerspalten in Parteien, die sich gegenseitig bitter befehden und ihre Streitigkeiten für das Bedeutendste auf der Welt halten. Hier hat das kleinliche Machtgelüste mittelmäßiger Naturen vollen Spielraum, sich in seiner ganzen Unfruchtbarkeit zu entfalten. Parteizwiste im Schoße eines Volkes sind immer ein jämmerlicher Anblick, aber auch sie können doch mit einem gewissen Anflug von Großzügigkeit geführt werden. Davon jedoch ist bei uns eigentlich nie die Rede. Und gar den Blick für die Gesamtheit der Nation hat kaum einer von all denen, die sich rühmen, unser Volk zu vertreten und seinen innersten Wünschen in hoher Versammlung gebührenden Ausdruck zu verleihen. Es ist nur allzuoft ein Bild beschämender Kleinlichkeit, das die „vereinigten" Abgeordneten dem Auge des ernst besorgten Deutschen bieten. Die Erkenntnis der meisten reicht nicht hinaus über die engen Grenzen der Partei! Die Parteien sind Interessengruppen, deren jede sich für den Hauptteil der Nation erklärt und ihr Gedeihen für das Heil des Ganzen. Der blanke Egoismus regiert sie, nicht die Vernunft oder ideale Beweggründe. Und die Führer der einzelnen Gruppen werden getragen von lächerlichem Bewußtsein ihrer Wichtigkeit, von mehr oder weniger unverhohlenen kleinbürgerlichen Machtinstinkten. Eine Einheit des Handelns ist nicht zu erzielen, und ein Bewußtsein der Abgeordneten als Vertreter des Volkes überhaupt besteht nicht. Das zeigten wiederum die Novembertage in erschreckender Deutlichkeit. Wohl hatte es zuerst den Anschein, als sei allgemeine Übereinstimmung vorhanden. Aber was hätte ein zielgewisses, in sich starkes Parlament getan, dem der Wert der eigenen gesamten Körperschaft über alles geht? Es hätte ohne Bedenken die Finanznot der Regierung benützt, um sich höheren Einfluß zu ertrotzen. War das Bewilligungsrecht neuer Steuern nicht ein willkommenes Sprungbrett? Der richtige Vorschlag wurde von den Sozialdemokraten gemacht, aber darum mit Abscheu von den übrigen Parteien zurückgewiesen. Das hätte ja sonst ausgesehen wie ein Sieg dieser inneren Feinde. Damit bewies der Reichstag, daß er, so wie er ist, gar keine größeren Rechte verdient. Denn nur was man selber begehrt, kommt einem in Wahrheit zu. Ein Volk, das keine bessere Freiheit fordert, verdient sie auch nicht und ist nicht imstande, sie zu ertragen. Das ist ein trübes Zeichen für unsere Nation, aber der letzte Grund sind — wie bereits angedeutet — die Parteien mit ihren inneren Zerwürfnissen und mit der kläglichen Art gegenseitiger Befehdung. Man denke an die Verhandlungen über die Reichsfinanzreform im Jahre 1909. Die Männer wären schon da, die sich selbst genügend Mut und Einsicht zutrauen, um auch die Hand in das Feuer außerpolitischer Fragen zu legen, Männer, die lieber mitdulden würden, um nur mitarbeiten zu können, lieber die eigene Kraft ansetzen, als sich stumpf leiten zu lassen, Männer endlich, die ihr eigenes Ich hoch genug werten, um eine „gütige" Bevormundung als lästigen Druck zu empfinden. Doch diese einzig echten Bürger kommen kaum zu Worte, geschweige denn zur Betätigung.

Digitized by Google

Wie aber wird nun die Politik gehandhabt, von der man so vorsorglich die Gesamtheit auszuschließen für gut erachtet? Welche Gesichtspunkte sind da maßgebend? Beim ersten Anblick bemerkt man eine allgemeine, allseitige Friedensliebe, die bei jeder möglichen Gelegenheit krampfhaft betont wird. Unter diesem schönen Namen verhüllt man jedoch im letzten Grunde nichts anderes als eine große Scheu vor dem Krieg, die heute allen europäischen Regierungen in gleicher Weise innewohnt. Dieses Bangen ist es, das bei genauerem Zusehen eigentlich den Verkehr der Mächte untereinander bestimmt. Es ist humoristisch, dies im einzelnen zu verfolgen, und man hat beinahe jeden Tag Gelegenheit dazu. Das auffallendste ist, daß man sofort mit den Waffen laut und mutig droht, um dadurch einschüchternd zu wirken und so das Losschlagen sicher zu verhüten. Diese Methode des gegenseitig sich Verblüffens und Erschreckens wird von allen mit mehr oder weniger Kunst geübt. Es wird auf diesem Wege jede Streitigkeit ausgefochten, und es kommt nur darauf an, wer am klügsten oder verwegensten sich raufluſtig zu stellen vermag. In Wirklichkeit herrscht, wie gesagt, überall eine gründliche Abneigung gegen den Krieg. Die europäischen Reiche sind teils altersschwach, wie Spanien und die Türkei, teils aber sind sie vorwiegend Handelsvölker geworden und hassen als solche jede Störung ihrer friedliebenden Tätigkeit. Kaufleute, die bis zu einem gewissen Grade ihren Ausdehnungstrieb gesättigt haben, sind für den Kampf kaum mehr zu begeistern, besonders nicht für den aggressiven. Sie beschränken sich auf Wahrung der Interessen und gleichen großen Parvenüs, die zwar ein sehr empfindsames Ehrgefühl haben, aber die Ruhe dennoch über alles schätzen. Die wichtigsten Schlachten werden heute auf dem Markte geschlagen und auf dem Felde der Technik. Das ist eine unendlich befriedigende Tatsache. Und die gekrönten Häupter sind die Hauptverwalter des Handels, allen voran König Eduard von England, der sämtliche Tugenden eines gewandten Geschäftsreisenden besitzt und die Firma „Britannia" ausgezeichnet nach außen hin zu vertreten und gegen Konkurrenzunternehmungen, die er gerne, soweit wie angänglich, isoliert, zu schützen weiß. Der Schwung stolzer Tatenlust und kühner Begierde ist bei Fürsten und Nationen ersetzt durch die feinen Künste egoistischer Berechnung, große politische Leidenschaften sind abgelöst durch blutlose List und Vertragstaktik. Und sollte irgendwo einmal wegen ferner Handelsbeziehungen ein Streit entbrennen, der die kühlen Stirnen der Diplomaten bis zu gegenseitiger Beleidigung erhitzen und den Monarchen die Schwerter in die Hände drücken könnte, so würden die Nationen wohl aus Folgsamkeit, nie aber aus wahrer Überzeugung und Begeisterung zu Felde ziehen. Man täusche sich nicht! Die Zeit der Söldnerkriege ist vorüber, und die Völker verlangen, daß ihr Herz und inneres Begehren die Waffen leitet und nicht die Sorge um kaufmännische Vorherrschaft in entlegenen Weltteilen. Noch eines gibt es übrigens, was die Flinten im Zaume hält: die innere Finanznot vieler Länder, die eine Verschwendung von Mitteln gar nicht erlaubt. Und außer-

Digitized by Google

dem lastet über allen mit der beengenden Macht des Alpdrückens das Gespenst des europäischen Brandes; des Kampfes aller Nationen gegen alle, ein Gespenst, das wie ein unsichtbarer Schutzengel des Friedens mit seinen Flügeln ganz Europa beschattet.

Die deutsche Regierung nun stimmt in das allgemeine Konzert getreulich ein, nur mit einem leisen Einschlag von ungeschickter Ehrlichkeit und steifer Gefühlsromantik, wodurch die Gegner oftmals Siege erringen. Dazu kommt aber als entschieden unvorteilhaftes Moment die impulsive Persönlichkeit des Kaisers, die zu allem eher als zu der wesensarmen Politik unserer Zeit angetan ist. Außerdem fehlt Wilhelm II. die innere Fühlung mit seiner Nation. Es ist schon zu viel in diesen Punkten gesagt worden, um hier alles zu wiederholen. Das Endergebnis bleibt, daß die Leitung unserer auswärtigen Beziehungen geschieht ohne Wissen und Wollen der Gesamtheit und oft genug direkt deren Wünschen entgegen. Dies geht, solange der Friede währt; da erträgt man alle diplomatischen Schlappen und Umzingelungen geduldig genug. Sollte aber einmal der Krieg entbrennen aus dieser unpopulären Politik heraus, so wird man endlich die Schäden erkennen, die Wunden klaffen sehen. Für die innere Erweckung unserer Nation zum Streben nach höherer Freiheit und Selbstbestimmung könnte ein Kampf nur äußerst fruchtbar sein. Die Deutschen scheinen nun einmal daran gewöhnt, allein vom Unglück zu lernen, sei es durch die trüben Erfahrungen der Jahrhunderte oder aus eigener Trägheit und aus Mangel an selbständiger Initiative. Aber wenn man einmal bluten würde für das gegenwärtige System, dann müßte ja die Frage erwachen, ob die heiligen Opfer mit Recht vergeudet werden. In der Hand des Leidenden ist die Kritik eine gefährliche Waffe, und der Mensch, der sein Leben hingibt, will auch den Wert des Preises kennen. Von diesem Gesichtspunkte aus wäre ein Krieg ein Segen für uns: eine harte Schule zur inneren Reinigung.

Die Geschichte erträgt die Lügen im Leben der Staaten nur bis zu einem gewissen Grade. Sie hat gegen die innere Unwahrheit des Papsttums die Reformation geboren, gegen das falsche Wesen der europäischen Kabinette Napoleon, sie tilgt die Mißverhältnisse, wenn sie zu Krankheiten heranwachsen und die Fühlung mit realer Möglichkeit zu verlieren beginnen. So hat sie als Arzt für die Zerrissenheit der deutschen Stämme Bismarck ernannt, hat einstens die unnatürlichen Zustände des ancien régime durch das Fieber der Revolution geheilt. Auch für unsere jetzigen Leiden wird sie die Zeit der Gesundung heranführen. Es ist eine historische Lüge: dieser Widerspruch zwischen der Sehnsucht der Besten nach mehr Selbstbestimmung und der lauten Wirklichkeit des ewigen Bevormundens von oben her. Und diese Lüge wird weher und weher tun, je mehr Ungeschicklichkeit und Selbstherrlichkeit in den Höhen und je mehr Eigenbewußtsein und Energie in den Tiefen sich verbreitet. Dann kommt sicher einmal der Punkt, wo sie in sich unmöglich wird. In dieser Richtung liegt eine große und stolze Zukunft;

Digitized by Google

die Hoffnung auf sie mag uns die matte Schwüle der Gegenwart leichter erdulden helfen und den Glauben an die Jugend der Nation, trotz aller bedenklichen Alterszeichen, erhalten. Denn ein Volk, das innere Rätsel zu lösen hat, ist noch jung. Die Rätsel sind, wie für den Einzelnen, so auch für Gesamtheiten, die Götter des Werdens. Wer sich satt und befriedigt fühlt, ist zum Sterben reif. Alle, die unsere Verfassung als vollkommen preisen, weil sie ihrer Bequemlichkeit oder Machtgier entspricht, sind die wahren Feinde des Vaterlandes. Nicht Sicherheit, sondern Freiheit ist das Ziel der Menschenentwicklung. Wer den Gang dahin meidet oder gar aufhalten will, gehört zum Reiche der Finsternis, wer ihn wandelt, wandelt zum Licht." — — —

Ich habe meine Äußerungen aus dem Jahre 1909 in diesen Tagen mit seltsamen Gefühlen wieder gelesen und erinnere mich jetzt deutlich daran, daß sie mir damals den lebhaften Tadel manches meiner akademischen Freunde eintrugen. Jedenfalls glaube ich durch sie tatsächlich den Beweis erbracht zu haben, daß in meinem Bewußtsein die Revolution bereits beträchtliche Zeit vor ihrem Eintreffen, wenn ich so sagen darf, die Augen aufgeschlagen hat. Ich führe jedoch das hier wiedergegebene Kapitel nicht nur deshalb an, weil aus ihm meine frühere Stellungnahme deutlich hervorgeht, sondern weil es zugleich meine jetzige Stellungnahme deutlich genug verrät.

Was ich in meinem jugendlichen Ungestüm im Jahre 1909 verlangte, war das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Damit meinte ich nicht jenes äußere Recht im Sinne Wilsons, das sich allein darauf beschränkt, daß eine Nation über die Frage ihrer politischen Zugehörigkeit aus eigenen Stücken die letzte Entscheidung treffen soll, sondern ich meinte damit das Recht der Deutschen, das Schicksal ihrer Gesamtheit selbst in die Hand zu nehmen. Ich meinte die Mündigkeitserklärung unserer Nation. Mein Gewissen bäumte sich aus einem tiefen inneren und historischen Erleben heraus gegen die Tatsache auf, daß ein Volk, das 1813 für seine Freiheit und 1870/71 für seine Einheit geblutet hatte, 1909 noch nicht die Möglichkeit besaß, ein entscheidendes Wort bei der Gestaltung seiner Gegenwart und Zukunft mitzureden. Ich war jugendlich kühn genug, zur Beseitigung dieses Übelstandes sogar vor dem Gedanken an einen Krieg nicht zurückzuschrecken, weil ich voraussah, daß neue Blutopfer des Volkes bei diesem endlich auch die Ansprüche auf Selbstregierung notwendig auslösen würde.

Der Verlauf des Weltkrieges hat meine Vermutungen bewahrheitet. Heute brauche ich über den Zustand von gestern nicht viel Worte zu verlieren, denn das Vergangene hat sich durch seinen Fall in den Augen aller selbst gerichtet, und jetzt, da es gestürzt ist, zweifelt wohl auch niemand mehr daran, daß es, wenn ich so sagen darf, einen organischen Tod starb, das heißt, daß es durch sich selbst, an seiner eigenen Unhaltbarkeit zugrunde ging. Es ist also nunmehr leicht, seine Fehler plastisch zu sehen. Warum brach die Ver-

Digitized by Google

fassung, die Bismarck dem Deutschen Reiche gab, über Nacht wie ein Kartengebäude zusammen? Man könnte als Antwort hierauf eine lange Kette von Tatsachen, eine dramatische Geschichte von Einzelheiten anführen, was an und für sich historisch ungeheuer interessant wäre, aber man würde zum Schluß doch immer wieder zu dem einen Ergebnis gelangen, das ich 1909 bereits vorwegnahm: Das Alte fiel, weil es eine große geschichtliche Lüge geworden war. Die Verfassung eines Landes ist, wenn sie gesund sein soll, eine Verteilung der Macht, die genau den Kräfteverhältnissen innerhalb des Landes entspricht. Das aber war bei uns keineswegs der Fall. Wie ich im Jahre 1909 ausführte, lag die Macht fast ausschließlich beim Kaiser oder in zweiter Linie bei den regierenden Häuptern der Kleinstaaten. Der Reichstag und die verschiedenen Landtage, in denen das Volk vertreten war, besaßen keinen nennenswerten Einfluß auf die großen Entscheidungen. Ihre einzige Waffe war tatsächlich im Notfalle die Bewilligung oder vielmehr die Nichtbewilligung des Budgets, und zu ihrer Anwendung entschied man sich um so schwerer, weil man gegenüber den allein der Krone verantwortlichen Ministern keine eigentliche Möglichkeit besaß, um Streitfälle von Grund aus nachzuprüfen. Darum waren auch Regierungen, die sich nominell auf eine Mehrheit der Parteien stützten, letzten Endes nur illusorische Schöpfungen, denn sie stützten sich allein auf das vage Vertrauen dieser Mehrheit, der sie vielleicht nahestanden, nicht aber auf deren tiefgehende Billigung ihrer Handlungen.

Im Frieden konnte ein derartig künstliches Gebilde noch zur Not infolge des Gesetzes der Tradition — oder der Trägheit, wenn man will — zusammenhalten. Die Feuerprobe des Krieges vermochte es aber unter keiner Bedingung zu bestehen. Dafür hatte das alte System selbst in tragischer Weise vorgesorgt. Es hatte nämlich von der französischen Revolution für das deutsche Volk nicht die inneren Freiheiten eines demokratischen Staates, wohl aber die schwerste seiner Pflichten übernommen, nämlich das Volksheer. Absolute Monarchien — und um eine solche handelt es sich bei uns in Wahrheit — lassen sich aber nur durch Söldnerheere aufrechterhalten, deren Existenz einzig und allein von dem Willen des Herrschers abhängt. Volksheere jedoch, die von der Gesamtheit der Nation das größte Opfer, nämlich das Blutopfer, verlangen, setzen auch eine weitgehende Beteiligung der Gesamtheit an den Rechten im Staatsleben voraus, wenn nicht ganz von selbst ein unerträgliches Mißverhältnis zwischen Soll und Haben eintreten soll. Das ist eine schlichte Tatsache, die für jeden nur einigermaßen Nachdenklichen auf der Hand liegt. Selbst ein glücklich geführter Krieg hätte eine, wenn auch vielleicht friedliche Umwälzung notwendigerweise zur Folge gehabt, da das tatsächliche Kräfteverhältnis einmal unwiderleglich dargetan war. Wir werden das auch bei den Ententeländern erleben, wo die zahlenmäßig überlegenen Arbeitermassen, die bisher zweifellos auch dort äußerst stiefmütterlich bedacht waren, ihre Forderung auf größeren Einfluß mit unerbittlicher Energie

Digitized by Google

geltend machen werden. Ich streife diese Tatsache hier nur im Vorübergehen, weil sie zugleich in das Kapitel der fortschreitenden Sozialisierung des Staates gehört und bei dem politischen Problem, das ich hier im Hinblick auf Deutschland behandle, erst in zweiter Linie in Frage kommt. Für unseren Zusammenhang ist es jedenfalls bedeutungsvoll, daß der Krieg notwendigerweise die Ungleichheit in der Verteilung der Rechte ans Licht bringen mußte.

Heute ist dies geschehen, und das Volk selbst hat durch seine Erhebung der Wahrheit insofern zum Recht verholfen, als es das alte System mit einem Schlag beseitigte. Damit ist aber, wie jedermann weiß, noch lange nicht die ganze Arbeit getan. Die Revolution hat gewissermaßen erst ihre negative Pflicht erfüllt. Nun ruht die ganze Verantwortung zur positiven Neuerrichtung Deutschlands auf ihr. In diesem Punkte erst wird sich zeigen, inwieweit sie für die Zukunft wirklich fruchtbar ist.

Die größte Gefahr, die unserer jungen Freiheit droht, ist die einer neuen Diktatur an Stelle der von Bismarck geschaffenen. Es steht zu befürchten, daß eine Klasse sich zum Herrscher über alle übrigen aufwirft und dadurch das Mißverhältnis der Kräfteverteilung in veränderter Form abermals herbeiführt. Das wäre das schlimmste Unglück, das uns in der Stunde der Erlösung von dem alten Übel geschehen könnte. Jeder wahrhaft Revolutionäre muß sich hiergegen mit der ganzen Kraft seiner Überzeugung auflehnen, denn er weiß genau, daß das unerbittliche Gesetz von der gesunden Verfassung eines Staates, das ich soeben dargetan habe, mit eherner Notwendigkeit über kurz oder lang eine neue Umwälzung auslösen würde, bis endlich das richtige Gleichgewicht der Kräfte hergestellt wäre.

Soll das riesige Werk des Aufbaues gelingen, so ist es höchstes Gebot, daß keiner von ihm ausgeschlossen bleibt. Alle müssen sich daran beteiligen und in dem Vaterhaus der Zukunft den gerechten Platz erhalten. Wer das zu verhindern sucht oder sich der heiligen Aufgabe entzieht, der versündigt sich am Ganzen. Ich habe in meinem Kapitel von 1909 deutlich genug darauf hingewiesen, daß das deutsche Volk bisher die schwerste Pflicht: die gegen sich selbst in sträflichster Weise versäumt hat. Ich habe hervorgehoben, daß die frühere Vertretung dieses Volkes, der Reichstag, die günstigsten Gelegenheiten zur Stärkung seines Einflusses ungenutzt verstreichen ließ und sich dadurch zum Mitschuldigen an dem inneren Unglück der Nation machte. Jetzt schlägt wie nie zuvor und niemals wieder die Stunde der Entscheidung. Deutschland steht in einem Augenblick, wo es, um mit Schiller zu sprechen, eine Frage frei hat an das Schicksal. Die Antwort kann es nur selber geben, aus sich heraus.

Und diese Antwort ist so klar und einfach wie die tiefsten Weisheiten des menschlichen Werdens immer sind: von den Schlachtfeldern Nordfrankreichs, Belgiens, Polens, Serbiens und all jener Gefilde, auf denen deutsche Soldaten für die deutsche Freiheit starben, klingt sie herüber wie ein mächtiger Gesang, dem sich keiner auf die Dauer entwinden kann. Die erhabene

Digitized by Google

Gleichheit des Todes von Tausenden und aber Tausenden unserer Brüder ist uns, den Lebenden, das heilige Gebot. Die Saat der Opfer fordert von uns die Ernte des Rechtes. Laßt uns der Gefallenen würdig sein, daß keiner unter ihnen sein Blut umsonst verspritzte. Gleichheit für alle — das ist der heiße Wunsch der namenlosen Gräber unserer Liebsten.

Friedrich Eichhorns Briefe an Gneisenau
(1809—1818)

Von

Wolfgang Windelband

(Fortsetzung)

Wien, den 19t August 1811.[1])

Ich hoere eben von einer Gelegenheit nach Berlin. Ich benutze sie, um Ihnen, mein verehrter Freund, einige Nachrichten über meine Reise zu geben: Sie wissen, daß es ursprünglich mein Plan war, so schnell als moeglich ins Bad zu reisen und mich unterweegs von den Gebirgsreizen gar nicht aufhalten zu lassen. Die zu große Eile, mit welcher in den ersten Tagen die Reise vor sich gieng, die kalte und böse Witterung, für die man durch die vorher gegangene große Hitze doppelt empfindlich geworden, u. die Ungewohnheit der uns begleitenden Frauen an die Beschwerlichkeiten einer schnellgehenden Reise hatten die schlimme Wirkung, daß Unpäßlichkeiten wie Anfälle von Dysenterie unter der Reisegesellschaft sich äußerten. Das Uebel ward jedoch nicht bedeutend. Wir mußten ihm nur einige Tage Aufschub opfern. Nachdem die Besorgniß vor seinem Zunehmen behoben war, sezte ich ohne Aufenthalt meine Reise hieher fort, u. kam am 17. d. M. hier an.

Auf meiner Reise hieher hab' ich wenig Interessantes erfahren, welches der Mittheilung würdig wäre. In Warmbrunn war ich einen halben Tag, u. wurde durch einen unaufhoerlichen Regen dergestalt eingeweicht u. gebadet, daß ich die Lust verlor, nach dem kalten Bade, welches ich in so reichem Maaße nehmen müssen, in der dortigen Badeanstalt noch ein anderes zu versuchen. Ich fand wenig Bekandte, sie waren meist schon abgereist. Ihren Freund Clause[2]) hab' ich angetroffen u. Ihren schriftlichen Gruß an ihn bestellt.

Sie denken wohl, daß ich unter den üppigen Genüssen der hiesigen Residenz, denen ein unter Geschäften u. in der Abgezogenheit von äußern Reizen eingetrockneter preußischer Geschäftsmann mit allen Verlangen u. Kräften

---

[1]) B. 411.

[2]) Offenbar ist Clausewitz gemeint.

Digitized by Google

des sinnlichen Lebens sich gerne Preiß geben mag, um sich in dem Strom ungewohnten Genusses umtreiben zu lassen u. seine Verschrumpfung zur Fülle aufzuhegen, jede ernste Arbeit u. jede absichtliche Spannung zu einer bedeutenden Thätigkeit vergessen werde. Man kann freylich von einem Aufenthalt von 4 Tagen noch nicht viel sagen. Sowie ich aber bis jetzo die Ansicht des hiesigen Lebens gefaßt, so find' ich eben die Ueppigkeit weit unter der Vorstellung, welche wir Nordländer, die im Süden nicht näher bekandt sind, uns davon machen. Ich zweifele daher sehr, daß, was Berlin nicht vermocht, Wien hervorbringen u. mich empfinden lassen wird, daß ich einen Bauch habe. Wenn ich Ihre Addressen nicht hätte, würde es mir schwer werden, so bald mich hier anzuschließen. Man greift viele Leute, die höchst gutmüthig u. zuvorkommend gegen Fremde sind; ein Fremder, der aber gekommen ist, das Merkwürdige zu sehen, kann sich nicht so leicht mit der bloßen Gutmüthigkeit begnügen.

Bald nach meiner Ankunft bemüht' ich mich, den Mann aufzusuchen, an welchen Sie die bedeutende Forderung haben,[1]) um ihn zu erinnern, daß er doch seine Schuldigkeit erfülle. Es kostete mir einige Nachfrage, bis ich ihn aufgefunden. Er hat mich auf das freundlichste aufgenommen u. den besten Willen gezeigt, seine Verbindlichkeit zu erfüllen. Nur in baarem Geld, stellt' er vor, koenn' er unmoeglich Zahlung leisten. Baares Geld cirkulire hier nicht mehr; Ihre Befriedigung koenne nur in hiesigen Papieren geschehen. Als ich ihm sagte, daß Sie eine große Summe nöthig hätten, erschrak er. Denn er meynte, er hätte nur vorläuffig auf eine Abschlagszahlung von 3000 Gulden in B.[anko]-Zetteln sich anheischig gemacht. So viel hab' er auf sich nehmen koennen, ohne weitere Rükfprache. Wollten Sie mehr haben an Terminalzahlungen, so müsse er erst Rükfprache mit dem Hause Boelzig nehmen, von dem er die Schuld übernommen, damit er seinerseits, wenn er größere Zahlung leistete, der Deckung u. Wiedererstattung sicher seyn koenne. Auf eine solche Anfrage koennen Sie nun nicht warten. Wenn ich ihn zu keinem andern Entschluß bringen kann, so werd' ich ihm schon die Zusicherung geben, daß, sofern die Genehmigung des Hauses Boelzig ausbliebe, Sie für seine Entschädigung sorgen wollten. Ich habe die beste Hoffnung, daß meine Unterhandlung mit ihm gut gehen wird, da er Sie so hoch schäzt u. für Ihren Credit alles aufbiethen wird. In acht Tagen werd' ich entscheidende Antwort erhalten. Nach der Versicherung Ihres Handelscorrespondenten hat er hinreichende Fonds zu Ihrer Befriedigung, obgleich große Rimessen in denselben Papieren, als er angebothen, neuerlich nach Sachsen u. ins Herzogthum Warschau gemacht sind.

Ich schließe, weil die Gelegenheit drängt. Hoffe auf Nachricht. Mit der innigsten Verehrung u. Freundschaft Ihr

Eichhorn.

[1]) Johnson.

Digitized by Google

Landeck, den 1t Septbr. 1811.[1])

Ich habe Wien verlassen und bin seit einer Stunde hier. Ehe ich aus Wien gieng, hab' ich Ihre dortige Angelegenheit, verehrter Freund, in Ordnung gebracht, u. eile, mit zwey Worten Ihnen von dem Resultate Nachricht zu geben.

Dresky [Johnson[2])] hat unbegrenztes Vertrauen auf Sie; für Sie will er alles thun, für die Familie, für die Sie sich verwenden, gar nichts. Erst als ich ihn überzeugt, daß die Familie[3]) gegenwärtig nichts ohne Ihren Rath u. Ihre Veranlassung thäte, gab er sich hin u. erklärte sich zu allem bereit, was nur in seinen Kräften stünde. Für seine eigene Gefahr will er 10000 fl. Einlösungsscheine [Gewehre] an einem Orte deponiren, wo Sie es wünschen, u. diese sollen gleich in dem Momente zur Disposition stehen, wenn der Zwek, wofür die nothleidende Familie sie haben will, äußerlich ins Werk gesezt wird u. keine Täuschung mehr moeglich ist.[4]) Ist jene Summe früher nöthig, allenfalls zu vorbereitenden Einleitungen, so will er sie auch hergeben, jedoch nur vorläuffig auf Credit oder baare Zahlung, nicht für eigene Rechnung.

Um Ihnen zu beweisen, wie er alle Ihre Wünsche zu erfüllen trachtet, hat Dresky an das Hauptcomptoir[5]) geschrieben u. um Authorisation u. Anweisung der nöthigen Fonds zu allen Vorschüssen, die Sie nur haben wollen, gebeten. Er hält es für zwekmäßig, wenn auch Sie ohne Zeitverlust unmittelbar an sein Haus sich wenden; jedoch müßte dieß durch eine Person geschehen, die durch ihre persönlichen Eigenschaften Zutrauen erwecke und auch für den Antrag, welchen sie machen solle, hervorzubringen verstehe.

Meine Abrede mit ihm war zwiefach. Wenn er für eigene Rechnung einen Vorschuß machen soll, hat er sich zur Deposition der eben gedachten Summe von 10000 fl. Einlösungsscheine erbothen; soll er jedoch nur als Commissionär von Ihnen handeln u. sind Sie bereit, für seine Deckung zu sorgen, so ist er entschlossen, soviel Vorschüsse zu machen, als Sie nur immer haben wollen u. wohin Sie wünschen.

Vor allem geht Dreskys Bitte dahin, daß Sie sobald als moeglich einen sachverständigen Mann zu ihm schicken, dessen Beystand er bey dem Einkauf der Sachen, welche Ihre unglückliche Familie für ihre Einrichtung bedarf, sich bedienen koennte. Man kauft in Wien als Ausländer mit baarem Gelde wegen des schlechten Courses der Bankozettel unglaublich wohlfeil. Daher hat auch der neulich nach Berlin zurükkehrende Großcanzler Beyme einen Wagen voll Sachen zur Einrichtung seines Stegeliz[6]) von hier mit sich

---

[1]) B. 412.

[2]) Die Zusätze in eckigen Klammern sind im Original in Rotstift von Gneisenau selbst gemacht.

[3]) Gemeint ist die preußische Regierung.

[4]) Also beim Abschluß des Bündnisses gegen Frankreich.

[5]) Das Londoner Auswärtige Amt.

[6]) Beyme wohnte in Stegliz.

Digitized by Google

genommen. Es ist doch einmal Ihre Absicht, der Familie, welcher Sie Ihre Hülfe zugesagt, nicht sowohl mit Geldvorschüssen, die leichtsinnig verschwendet u. zu den für sie heilsamen Zwecken nicht angewendet werden möchten, sondern mit Sachen, die sie behalten muß u. ihre Existenz wieder gründen, zu Hülfe zu kommen. Dresky ist nicht sachverständig, auch will er sich Wagner's [Hauptmann im östr. Generalstabe] nicht bedienen, der ebenfalls nicht sonderliche Waarenkenntniß besizt. Deßhalb hält er es für durchaus nothwendig, daß Sie unverzüglich einen brauchbaren Mann zu ihm schicken. Er macht Sie auf einen Mann in Breslau aufmerksam, der im Jahre 1807 oder 1808 von Glaz aus einen ähnlichen Auftrag eines Ihnen Bekandten ausgerichtet hat. Sollt' es gar der brave Mann seyn, den ich einmal bey Ihnen angetroffen u. der durch die Ehrenmedaille, welche er für seinen im lezten Kriege bewiesenen Patriotismus erhalten, gleich meine Achtung gewonnen? [Nein.] Meine Gesundheit fordert, daß ich noch 10 bis 14 Tage hier bleibe, um das Bad zu gebrauchen, dann geh' ich über Breslau u. Glogau nach Berlin. Wünschen Sie, daß der Mann, den Sie abschicken, noch mit mir nähere Rüksprache nimmt, so kann er mich in den nächsten 14 Tagen hier bey dem Bürgermeister Tryllitsch, nachher bey dem Oberlandes Gerichts Rath Erbkamm in Glogau u. noch vor Glogau bey dem Oberlandes Gerichtsassessor Kels oder Präsidenten Merkel[1]) in Breslau erfragen. In Breslau bin ich wohl in 3 Wochen. Dort oder in Glogau koennt' er mich wohl am sichersten erwarten.

Morgen send' ich einen eigenhändigen Brief von Dresky an Sie ab, den ich vorher zu lesen bitte, ehe Sie einen bestimmten Entschluß fassen.

Wie sieht's bey Ihnen aus. Es ist doch ein Glück, daß die Kriegesgewitter, die aufzuziehen schienen, wieder verschwunden sind.[2])

Ich schrieb in der größten Eile, um die Gelegenheit nicht vorbey gehen zu lassen.

Leben Sie wohl, mein hochverehrter Freund; bald erhalten Sie neue Nachrichten von mir. Erhalten Sie mir die Gewogenheit u. Freundschaft, in der ich mein ganzes Glück finde.

Ihr treu ergebener

Eichhorn.

Landeck den 12t Septbr. 1811.[3])

Während meines Aufenthalts in Wien hab' ich mir Mühe gegeben, Materialien zu einer Geschichte der Oesterreichschen Landwehr zu sammeln. Vor allem war mein Augenmerk darauf gerichtet, alle Reglements über ihre Formation, ihr Exercitium, ihr Verhältniß zu dem eigentlichen Militair u. wieder zum Civil zusammenzubringen. Ich fragte dabey Dresky, Wagner u.

[1]) Der spätere hochverdiente Oberpräsident von Schlesien.

[2]) Offenbar nur zur Täuschung der Postüberwachung geschrieben.

[3]) B. 411.

Digitized by Google

Friedrich Schlegel um Rath. Sie versicherten mich alle, daß der Plan der allgemeinen Organisation nie ins Publikum gekommen, sondern in dem Archiv als ein Geheimniß verwahrt werde. Wozu hier ein Geheimniß, seh' ich nicht ein. Im Uebrigen wären sehr wenige Reglements u. Publicanden ergangen. Man hätte es den Personen, die mit der Formation der verschiedenen Landwehrbataillons beschäftigt worden, überlassen, nach einer allgemeinen Instruktion ihren Auftrag auszurichten. Dieß hätten sie um so leichter thun koennen, da die innere Einrichtung u. auch das Exerciren ganz nach dem Reglement für das stehende Militair regulirt wurden. Man verwies mich auf ein Buch, welches bereits die Geschichte der Landwehr zum Gegenstand habe u. worinn sich das Meiste gesammelt finde, was über die Organisation von der Regierung bekandt gemacht worden. Das Buch hab' ich mir angeschafft. Es ist vielleicht nicht ohne Interesse für Sie, mein hochverehrter Freund, der Sie mit einem Studium des lezten Krieges im Detail sich beschäftigen, von diesem Buche Kenntniß zu nehmen. Deßhalb theil' ich es Ihnen mit. Ich hoffe, daß Sie mittlerweile meine früheren Briefe erhalten haben werden.

Dresky hab' ich ganz so gefunden, wie Sie mir ihn beschrieben. Ist Ihnen auch sein großes Sprachtalent bekandt? In der kürzesten Zeit erlernt er jede neuere Sprache. Ich hab' ihm nur einen ganz kurzen Unterricht in der Sprache gegeben, worinn Sie mein Lehrer gewesen,[1]) u. er versteht sie so gut wie ich. Wenn Sie mir es nicht glauben, so koennen Sie Selbst einmal den Versuch machen u. ihn auf die Probe stellen.

Leben Sie wohl, mein verehrter Freund. Es hofft Sie bald umarmen u. von seiner unveränderlichen Verehrung persoenlich versichern zu koennen

Eichhorn.

B.[erlin], d. 8. Maerz 12.[2])

Ew. Hochwohlgebohrenen übersend' ich beykommend die mir gütigst mitgetheilten Notices sur l'intérieur de la France und das in Ihrer Rechtssache gegen den Freystallbesitzer Opitz ergangene Erkenntnis. Beydes wünscht' ich, Ihnen persoenlich behändigen zu koennen; nur wegen der unendlichen Sorgen u. Arbeiten, die Sie in der lezten Zeit umdrängten, scheut' ich mich, stöhrend wie ich es nur hätte seyn können, in Ihr Haus einzutreten.

Wohl mußte das gesprochene Erkenntnis Ihr Gefühl auf das empfindlichste aufregen, wenn es gleich nach unseren formalen Gesezen ein Spruch Rechtens ist. Wo nicht über Eigenthum oder das Mein und Dein gestritten wird, sondern es auf eine gründliche Würdigung moralischer Momente ankommt, ist die lebendige Idee der Gerechtigkeit sowohl in unsern Gesezen als in deren Anwendung durch die Richter längst untergegangen. Hohe Erscheinungen der Liebe nennt die Sitte exzentrische Überspannungen, u. Aus-

[1]) Gemeint ist wohl die eifrige Betätigung für die gute Sache.
[2]) B. 411.

Digitized by Google

drücke des Hasses u. der Verachtung, auch der gerechtesten, verdammt das Recht. Das Verhältniß des Staats zu den in ihm sich befindenden Individuen ist eine rein formale Abstraction. Jedem Individuum ist das Recht entzogen, in irgend einem Verhältniß, auch auf den stärksten Reiz, einem andern seine Verachtung positiv zu bezeugen, es soll nur die Thatsache des Reizes dem Staate zum weiteren Verfahren gegen den Reitzenden anzeigen, es soll kalt u. empfindungslos seyn, auch in den zartesten persönlichen Verhältnissen, wo eine Anzeige bey dem Staate zu keiner Hülfe u. Genugthuung führen kann. In der Voraussetzung einer solchen Rechtsverfassung wird Ihr Verstand, mein innig verehrter Freund, der jene Voraussetzung als formale Praemisse entwirft, mit dem lautesten Widerspruch Ihres ganzen Gemüths, dennoch entscheiden, daß das ergangene Urtheil rechtgesprochen ist. Solche Widersprüche des formalen Rechts u. der lebendigen Idee der Gerechtigkeit haben das Sprichwort hervorgebracht: summum jus summa injuria.

Wenn sich Ihre Arbeiten gemindert haben, wünscht' ich dringend, vor Ihrer Abreise, die wir fürchten müssen, noch einmal Sie zu besuchen und über manche Verhältnisse Sie sprechen zu dürfen.

Mit der innigsten Verehrung Ihr treu ergebener

Eichhorn.

*

Die in den letzten Zeilen als bevorstehend bezeichnete und befürchtete Abreise Gneisenaus wurde sehr bald zur Tatsache. Da Preußen das Bündnis mit Napoleon schloß, reichte er wieder wie im Jahre 1809 sein Abschiedsgesuch ein. Am 9. März wurde es vom König bewilligt, und Gneisenau reiste über Wien nach Rußland. Fast genau ein Jahr später betrat er wieder den deutschen Boden und nahm die unterbrochenen Beziehungen zu seinen Berliner Gesinnungsgenossen aufs neue auf. Mit den beiden folgenden Briefen, die mit der Deckadresse „An Herrn Login" versehen sind, begrüßte Eichhorn ihn wieder in der Heimat.

Berlin den 5t Maerz 1813.[1])

Seyn Sie gegrüßt, mein hochverehrter Freund, auf deutscher Erde! Unsere Sehnsucht hat Sie lange gesucht; bey dem gänzlichen Ausbleiben aller Nachrichten fiengen wir schon an, Ihrentwegen in Sorgen zu seyn; wir freuten uns nur unvollständig des vom Himmel Gewährten, weil wir diejenigen, die seine Söhne u. Auserkohrnen sind, darunter vor allen Sie, noch nicht in Thätigkeit sahen, sein Werk zu fördern. Mit tausend Armen werden Sie umschlungen. Kommen Sie, eilen Sie. Wie Sie, werden wir durch die Verwirrung der Rathschläge u. Entwürfe, die wir von uns her wahrnehmen, am meisten durch die Halbheit u. Unentschlossenheit da, wo sie am wenigsten

[1]) B. 414.

Digitized by Google

seyn soll, beunruhiget. Alle wollen das Gute, wollen dem Vaterlande helfen. Die Verwirrung rührt aber hauptsächlich daher, weil die Einzelnen kein Vertrauen zu den Männern haben, die sie an der Spitze der Regierung sehen, einen einzigen weisen Mann ausgenommen. Sie isoliren sich daher mit ihrem Wirken, u. weil nun alles von Einzelnen von beschränkten Standpunkten aus geschieht, so ist alles ein sich durchkreuzendes und stöhrendes Gewühl. Wenn einmal Männer an der Spitze sind, welche sich des herrlichen Geistes, der die angeregte Menge durchströmt, zu bemächtigen verstehen, das allgemeine Streben u. die gährende Bewegung ihrer präpotenten Kraft unterordnen u. zu einem Zwecke beseelen u. organisieren —, das Werk muß ein herrliches Gedeyhen finden. Bleiben aber diese bindenden und regelnden Führer länger außer Thätigkeit, dann seh' ich nur unendliche Verwirrung u. in dieser Verwirrung Ohnmacht, die nicht widerstehen kann. Darum eilen Sie, mein hochverehrter Freund! Sie werden Ihre Gründe haben, die Sie bewegen, Ihre Bestimmung lieber abzuwarten als in Breslau einzuhohlen. Ich vermuthe diese Gründe u. verehre sie. Dann eilen Sie aber doch hieher. Es geschieht hier auch so manches vereinzelt. Alles wird sich an Sie anschließen u. Ihren Rath u. Ihre Führung suchen. Wie die Sachen stehen, erwartet man auch in den nächsten Tagen die Rückkunft des Koenigs. Die Räumung der Stadt durch die Franzosen u. den Einmarsch der Russen lesen Sie in der heutigen Zeitung. Was durch die Post mittheilbar ist, enthält die Zeitung mit ziemlicher Vollständigkeit; was sich hinzusetzen ließe, wäre noch gewagt, einem Briefe anzuvertrauen.

Die Nachricht von dem Tode unseres Freundes,[1]) die Ihnen schon in Colberg entgegengekommen, ist leider gegründet. Aus Ihrer Empfindung messen Sie den Schmerz, womit uns diese Todespost ergriffen. Er starb, nach einer Meldung von Stülpnagel, am 11ten Januar[2]) Mittags an einer Krankheit, die er durch sein gutes Herz u. durch seine stete Bereitwilligkeit, anderer Noth zu Hülfe zu kommen, sich zugezogen hatte. Nur die Morgenröthe des neuen Tages sollte sein Auge sehen; er sollte nicht genießen, was er durch unermüdliche Thätigkeit, unerschütterlichen Muth u. treuen Glauben so kräftig an seinem Theile bereiten helfen. Die Erinnerung an einen solchen Mann ist ein herrlicher Schatz. Mein Leben fühlt' ich erst seitdem reich werden, als es mit dem seinigen sich verflocht.

Eckardt[3]) ist bereits nach Breslau abgegangen. Ich habe mich bis jetzt zurückgehalten, weil es in der Hauptstadt viel zu thun gab u. noch zu thun giebt. Wie sehr wünscht' ich Sie vorher zu sprechen u. mit Ihnen Abrede zu nehmen, ehe ich mir eine neue Bestimmung gebe!

---

[1]) des Grafen Chasot.

[2]) Das richtige Datum ist der 13. Januar.

[3]) Stadtjustizial und Oberbergamtsassessor, intimer Freund Eichhorns, verwaltete, wie der nächste Brief zeigt, mit ihm zusammen die von dem Patriotenkreise gesammelten Gelder.

Digitized by Google

Wegen der jungen Person, die Sie an mich addressirt haben,[1]) werd' ich mich genau nach Ihrer Instruktion richten.

Mit unbegrenzter Verehrung Ihr treu ergebener

Eichhorn.

d. 12t Maerz 13.[2])

Ihre beyden Briefe, mein hochverehrter Freund, einen aus Colberg vom 26t Februar u. den andern vom 8t Maerz hab' ich richtig erhalten. Den ersten hab' ich auf der Stelle beantwortet unter der äußeren Addresse von Schroeder.[3]) Ich besorge aber, mein Brief wird sobald nicht in Ihre Hände kommen. Glüklicherweise wird er Sie auch nicht erst über die Gegenstände zu unterrichten brauchen, welche Sie in dem Augenblick, als Sie den Ihrigen schrieben, zu wissen wünschten.

Aus meinem Briefe erlaub ich mir Ihnen die freudige Theilnahme zu wiederhohlen, welche Ihre, des lang Ersehnten, Rükkunft auf vaterländschem Boden mir u. allen Ihren Freunden erwekt hat. Mit besonderer Zuversicht sehen wir auf das große Werk, welches in dieser außerordentlichen Crisis bereitet wird, da wir Sie den Reyhen derer Sich anschließen sehen, welche die Sache des Vaterlands führen sollen. Moege nur das Auge unseres Regenten erleuchtet u. die Kraft seines Willens mit Energie erfüllt werden, um in diesem Momente, welchen keine Zukunft dem Preußischen Staate zum zweytenmahl schencken wird, die ausgezeichneten Männer, welche die allgemeine Stimme schon längst gewießen hat, mit Macht und Fugniß zu außerordentlichen Maaßregeln u. zur freyen Entwicklung aller in ihnen strebenden Kräfte auszurüsten.

Chasot, der freundliche, sieht von den Sternen unserem Wirken u. Arbeiten zu. Die Nachricht seines Todes wird Ihnen bereits in Breslau mit schreckender Gewißheit zugetragen worden seyn. Eckardt war schon vor Ihrem ersten Briefe von hier abgegangen. Er soll gegenwärtig in Neumark bey den Brandenburgschen Husaren angestellt seyn. Lassen Sie ihn doch, ich bitte darum, von Ihrer Ankunft in Breslau wissen, damit er komme, Sie zu besuchen. Sie wissen, mit welcher Verehrung er an Ihnen hängt.

Unsere Fonds haben Eckardt u. mir bis jezt manche saure Stunde gemacht. Chasot hatte auf das Empfangene uns beyden eine rechtskräftig feststehende Forderung an seine Frau à 12000 Th Courant in zwey getrennten Summen cedirt. Wir suchten die Execution nach, die Guths Revenuen der zähen Schuldnerin wurden auf unseren Antrag in Beschlag genommen und schon hatten wir die Aussicht, wo nicht ganz doch zu einem bedeutenden Theile unsere Forderung zu realisiren. In dieser Lage der Exekution suchte

[1]) Gneisenaus Sohn August, wie aus dem Briefe vom 2. III., Pertz, a. a. O., Bd. 2, S. 516, hervorgeht.

[2]) B. 414. Zum Teil veröffentlicht bei Pick, a. a. O., S. 249 f.

[3]) Freund Gneisenaus, Kaufmann in Kolberg.

Digitized by Google

die Gräfin Chasot unmittelbar bey dem Koenige Hülfe, u. Gott weiß, wer Ihre Bitte mag unterstüzt haben. Es erging auf einmal eine Cabinets Ordre an den Justizminister:

> Da die von dem Grafen Chasot auf Eckardt und mich geschehenen Cessionen nur simulirt seyn koennten, um die Ansprüche des Fiscus auf das Vermoegen des ausgetretenen Grafen Chasot zu vereiteln, jene Forderung eigentlich nur dem Fiscus zukäme, u. der Koenig geneigt sey, in Einziehung derselben der Gräfin Chasot Nachsicht angedeyhen zu lassen, so habe der Justizminister die verfügte Exekution aufzuheben.

Die Exekution ward auch aufgehoben. Wir, Eckardt u. ich, stellten dagegen das harte Unrecht, das uns durch jene Cabinets Ordre widerfahren sey, in unmittelbarer Eingabe vor; ich versicherte, daß ich dem Grafen Chasot das Capital, wofür er mir die Forderung an seine Frau cedirt, zwar nicht aus eigenen Mitteln, wohl aber durch Vorschüsse von Freunden, die ich nicht nennen koennte, negoziirt hätte, u. nahm die Wahrheit der Versicherung auf meinen Diensteyd. Dieß hatte denn auch die Folge, daß auf eine Cabinets Ordre, die dem Justizminister verstattete, die Execution wieder zuzulassen, wenn er sich wahre Ueberzeugung verschafft hätte, daß die Cession in der That nicht simuliert wäre, unser Recht anerkandt u. der Gräfin Chasot vor kurzem angedeutet ward, binnen 4 Wochen bey Wiedereintretung der Exekution uns zu befriedigen. Diese Frist läufft in 8 Tagen ab. Dann werden wir die Execution verfolgen, wozu es die Halsstarrigkeit unsrer Schuldnerin gewiß kommen läßt. Es ist nicht uninteressant, das Nähere der Geschichte zu erfahren. Sollte Eckard so glüklich seyn, Sie persoenlich zu sehen, so wird er Ihnen manches mittheilen koennen, was in diesem Briefe nicht der Ort ist, zu erzählen. Sie sehen, mein verehrter Freund, wie wir troz unseres nominalen Reichthums für den Augenblick in der That arm sind. Denn auch Roeder hat auf das bey ihm ausstehende Capital bis jezt nicht einen Groschen gezahlt wegen voelligen zeitigen Unvermoegen, das er hoch u. theuer versichert u. das man ihm glauben muß. Nur einen kleinen Rest von etwa 600 Th Courant haben wir baar bewahrt, welchen ich Ihnen hiemit bereitwilligst zur Disposition stelle. Ich hoffe, daß die nächst zu extrahirende Execution wider die Gräfin Chasot bald etwas abwerfen wird, was ich zu Ihrer Disposition ebenfalls sogleich anzeigen will.

Der Himmel seegne alle Ihre Bemühungen, mein hochverehrter Freund. Ich wünsche nichts sehnlicher, als Sie zu sehen und zu sprechen. Koennen Sie mich in die Sphäre Ihres Wirkens ziehen, um unter u. mit Ihnen an dem Gedeyen der Sache zu arbeiten, der ich längst alles, was ich bin und habe, geweyht habe, so werd' ich Ihrem Rufe freudig folgen.

Reimer, Schleyermacher u. alle Freunde grüßen Sie auf das herzlichste. Von Baersch,[1]) der sich in den lezten Zeiten höchst brav u. unternehmend

[1]) Georg Baersch, einer der Gründer des Tugendbundes und Teilnehmer an dem Zuge Schills.

Digitized by Google

bewiesen hat, ist mir anliegender Brief zur Bestellung an Sie übergeben worden.

Unser Freund Peters[1]) ist mit Wittgenstein hier angekommen. Seine Absicht u. seine Bestimmung ist Ihnen gewiß bekandt. Er ist begierig nach Briefen, von denen er vermuthet, daß Sie sie ihm mitgebracht hätten, u. vertraut auf Ihre Unterstützung seines Vorhabens am Orte Ihres gegenwärtigen Aufenthalts.

Mit inniger Verehrung und treuer Freundschaft Ihr

Eichhorn.[2])

*

Nach dem Anschluß Preußens an die Gegner Napoleons konnte die Tätigkeit der Patrioten, die bisher so sorgfältig hatte geheim gehalten werden müssen, nunmehr in breitester Öffentlichkeit vor sich gehen. Während des Frühjahrsfeldzugs 1813 blieb Eichhorn in Berlin und widmete sich ganz den Aufgaben, die sich durch die Aufstellung von Landwehr und Landsturm erhoben, als Mitglied des zu diesem Zwecke eingesetzten Ausschusses. Sein oben mitgeteilter Brief aus Landeck vom 12. September 1811 zeigt, daß er bereits seit längerer Zeit sich theoretisch hierauf vorbereitet hat. Gerade in Berlin stieß die Bildung des Landsturms auf ganz besondere Hindernisse. Die Basis, auf der Scharnhorst und Gneisenau ihn aufrichten wollten, stand allerdings in schroffem Gegensatz zu den bisherigen Prinzipien des preußischen Staates, und es ist kein Wunder, daß er vielen als allzu demokratisch erschien. Eichhorn selbst, der sich ganz besonders bei seiner Verteidigung hervortat, wurde dem König als Jakobiner verdächtigt. Diese Gedankengänge haben schließlich bei dem vorsichtigen Friedrich Wilhelm den Sieg davongetragen und zu der Verordnung vom 17. Juli 1813 geführt, die eine sehr erhebliche Abschwächung des ursprünglichen Edikts bedeutete und dessen Anhängern als seine völlige Zurücknahme erschien.[3]) Über alles, was sich in dieser Beziehung ereignete, und über die damaligen Stimmungen innerhalb der Bürgerschaft Berlins wurde Gneisenau fortlaufend durch Eichhorn unterrichtet. Dessen Schilderungen sind allerdings viel zu sehr von einseitiger Parteinahme diktiert, als daß sie einfach als objektive historische Wahrheit hingenommen werden dürften. Ganz schief ist z. B. seine Beurteilung des Berliner Militärgouverne-

---

[1]) Gemeint ist höchst wahrscheinlich Clausewitz, der sich damals gelegentlich auch des Pseudonyms Peter Müller bediente. Er kam zusammen mit der Armee Wittgenstein nach Berlin. Seine Hoffnung, wieder in den preußischen Dienst übernommen zu werden, scheiterte aber zunächst noch trotz der Befürwortung durch Scharnhorst und Gneisenau an dem Widerstand des Königs. Erst April 1814 wurde er als Oberst wieder in die preußische Armee eingestellt.

[2]) Ein weiterer Brief Eichhorns vom 16. März ist in vollem Wortlaut veröffentlicht bei Pick, a. a. O., S. 250 f.

[3]) Näheres über diese Vorgänge bei M. Blumenthal, „Der preußische Landsturm von 1813", Berlin 1900.

Digitized by Google

ments, dem er die Hauptschuld an den Hindernissen beimißt, die sich vor der restlosen Durchführung des Landsturmedikts auftürmten. In Wahrheit haben General L'Estocq und der Geheime Staatsrat Sack, ein Verwandter von Eichhorns Gattin, ihr möglichstes getan, um die Wünsche der Parteigänger Gneisenaus und Scharnhorsts bei den entscheidenden Stellen durchzusetzen. Die leidenschaftliche Aufregung, in die Eichhorn durch die Kämpfe und Intrigen dieser Wochen versetzt wurde, darf man also bei dem Lesen seiner Berichte nicht außer acht lassen. Immerhin enthalten sie doch äußerst schätzenswertes Material und sind vor allem durch die Unmittelbarkeit und Frische, mit der sie die Ereignisse wiedererzählen, von Nutzen für die historische Forschung.

Berlin, den 27t. April 1813.[1])

Ich benutze die sichere Gelegenheit, welche mir die Reise des jungen Herrn v. Scharnhorst ins Hauptquartier bietet, Ihnen, mein hochverehrter Freund, über unsere hiesige Lage, unsere Sorgen und unsere Wünsche eine offene und treue Mitteilung zu machen. Sie u. der Vater des Ueberbringers haben das unbegrenzte Vertrauen aller derjenigen, welche es mit der guten Sache des Vaterlands nach allen Richtungen hin gründlich meynen. Wir koennen uns leicht vorstellen, wie die mächtigen Bewegungen der unmittelbaren Umgebung Ihr Gemüth ganz in Anspruch nehmen. Dennoch wissen die, welche daheim die vaterländischen Angelegenheiten mit Ernst u. Treue besorgen, niemand, den sie mit solcher Zuversicht zum Führer u. Leiter ihrer Arbeiten machen koennen, wie Sie. Sie müssen schon Ihre Aufmerksamkeit etwas rückwärts wenden u. sehen u. hoeren, was hier vorgeht.

Der Sinn unter den Einwohnern von Berlin u. der ganzen Marck ist so gut als man nur wünschen kann. Ganz dreist kann man aussprechen, was die Zeit fordert, keine Maaßregel ist so außerordentlich, die nicht in jedem Gemüthe eine schon vorbereitete Ueberzeugung ihrer Nothwendigkeit finde. Die Leute sind aber zu eingewohnt u. fixirt in häußlichen u. Geschäftsverhältnissen; es gebricht ihnen der Muth u. die Kraft, die Schranken, mit welchen die lange Gewohnheit sie einengt, zu durchbrechen, in dem Mangel einer lebendigen Kraft nimmt auch der Verstand u. die Einsicht nicht den freyen, ungehinderten Schwung, der tief in das Wesen der Verhältnisse dringt, Schwierigkeiten aufräumt u. den Weg bahnt, daß mit geringerm Opfer dasselbe Ziel erreicht wird. Es bedarf eines Hebels, wodurch die eingeengte Kraft herausgerissen u. aufgerichtet wird. Dieser Hebel ist anzusetzen an der Eigenschaft unseres Volks, die es wie alle deutschen Völker auszeichnet — an seiner Treue u. seinem Gehorsam gegen die Regierung. Die Regierung kann befehlen, was jedem Einzelnen für sich unmöglich geschienen; er thut den Willen der Regierung, er findet auch die Kraft in sich, ihn zu thun, lernt sich nun selbst mehr kennen, u. jeder neue Befehl trifft ihn geschikter u. bereitwilliger zu neuen

[1]) A. 9.

Digitized by Google

Anstrengungen. Von dem Throne herab sind die herrlichsten Befehle ergangen, jede, auch noch so außerordentliche Maaßregel, ist mit unbedingtem Beyfall aufgenommen u. die ganze Nation ergriffen worden. Aber die Zeit, worauf jene Befehle hinarbeiten, liegt nicht in der nächsten Zeit, nicht bestimmte Handlungen sind gebothen, nach deren Verrichtung jene Befehle erfüllt sind; große Einrichtungen sind nur angedeutet, welche in einer Reyhe von Entwicklungen durch alle Abstufungen u. Organe des koeniglichen Willens oder der Regierung ausgeführt werden koennen; es sind mehr Grundsätze u. Ansichten aufgestellt, welche die untergeordneten Regierungsgewalten zu einem neuen kräftigen Thun beleben sollen. Hier liegt aber das Uebel verborgen. In der Höhe ist jetzo heiteres u. warmes Sonnenlicht; was aber von dort an abwärts steht bis zur niedrigsten Canzelleystube herab, ist meist noch im Dunkel u. Chaos. Die größte Anzahl der Officianten höhren Ranges ist im öffentlichen Thun für die große Sache negativ, im Stillen u. Geheimen sogar contrair. Die ehrlichen unter ihnen sehen in den neuen Maaßregeln nur Ueberspannungen heißer Köpfe, Aufopferung der letzten Kräfte für einen Zweck, der doch nicht erreicht werden kann, höchstens, wenn noch etwas daraus entsteht, Anarchie u. Revolution. In dieser Gesinnung äußern sie sich in ihren Privatkreisen; es ist diese Gesinnung, welche zweckmäßige Vorschläge tüchtiger Männer abweist u. vereitelt, nicht ein Hinderniß des Dienstes, welches sie, anscheinend Wächter u. Erhalter der koeniglichen Interesse im Umkreise ihrer Dienstverwaltung, verwenden. Als der Aufruf der Freywilligen geschahe, wurde zwar, weil dieß der ausdrükliche Wille des Koenigs war, von den Departementschefs den untergeordneten Behoerden befohlen, daß sie den Gegenstand des Aufrufs kräftigst befoerdern sollten. Wenn aber nun ein junger Mann zu jenen Haufen kam u. seinen Entschluß, dem Rufe zu folgen, mitteilte, ward ihm das Gemüth schwer gemacht.

Ob er denn auch recht bedacht, was er thäte? Er trete aus seiner ganzen Carrière, die er so schoen angefangen.

Durch ein indirektes, dem Leben näher tretendes Wirken sollte wieder aufgehoben werden, was ein direkter Befehl, den man jedoch nur in die Zeitungen aufgenommen hatte, gebothen hatte. Bey der jetzigen Einrichtung der Landwehr werden die alten Schwierigkeiten der Officianten erneuert. Die höheren Staatsbeamten halten abermals für unausführbar, Männer von ihren Weibern, einzige Söhne von ihren Eltern, Kaufleute u. Handwerker von ihren Geschäften fortzureißen. Glauben Sie, daß einer der hiesigen Departementschefs, oder Direktoren u. Praesidenten seine Officianten geprüft u. untersucht habe, welche für den Landwehrdienst Neigung hätten oder dazu geschikt wären, daß er für diejenigen, welche er zum Waffendienst durch körperliche oder geistige Anlagen berufen erkandt, eine Uebertragung der Arbeit unter den übrigen Officianten einzuleiten sich bemüht hätte? Der hiesige Ausschuß zur Bildung der Landwehr hat mehrere Officianten zu Officiers gewählt, von denen er überzeugt ist, daß sie das Schwert tüchtig führen u. daß ein anderer, zum

Digitized by Google

Wehrdienst untauglicher, ihre Schreibereyen ebenso gut besorgen kann. Die Vorgesezten widersprechen aber der Anstellung — der einzige active Antheil, welchen sie bey der Errichtung der Landwehr nehmen — sie wollen beynahe nicht den unbedeutendsten Canzellisten als entbehrlich gehen lassen.

Ich komme nun darauf zurük, wovon ich ausgeschweift. Wenn Treue u. Gehorsam gegen den Willen der Regierung das Hauptmotiv ist, die schwachen u. kleinmüthigen im Volte aufzuregen, wie soll dieß wirksam sein, wenn jener Wille so todt, in der fortgesezten Erscheinung der ersten Bewegung so widersprechend sich offenbart? Das beste Mittel wäre, die Sache zu ändern — man nehme andere Officianten. Wo sind aber die vielen Guten zu finden, um die vielen Schlechten zu ersetzen? Jenseit der Elbe thut es wahrlich Noth, daß der Mann, welcher als Civil Gouverneur [1]) das Vaterland den abgetrennt gewesenen Kindern wieder giebt, mit großem, kräftigen Charakter auftritt. Man hätte aber keinen von schwächlicherer Gesinnung finden koennen als den Verfasser der demüthigen Schrift, jüngst erschienen, welche unsern Wittwen u. Waisen Gnade bey den Räubern ihres Eigenthums in Polen erbetteln sollte. Leider sind die Guten u. Tüchtigen selten. Darum bleibt nur übrig, daß der Mann, welcher an der Spitze der Civiladministration steht, mit einer Art von Terrorismus die untergeordneten Behoerden treibt, stoeßt, auf sie wacht, wenn er einen schlechten findet, ihn wegjagt, einen guten, ihn festhält u. stramm die Zügel haltend Achtung u. Furcht erwekt. Dahin muß es kommen. Wirken Sie, mein hochverehrter Freund, mit allem Ihrem Einfluß darauf hin. Nicht allgemeine Cabinets Ordres müssen gegeben werden, sondern spezielle Instruktionen, welche den Officianten die Summe ihrer Pflichten bey Beförderung der neuen Einrichtungen als äußere Gesetze vorschreiben, da sie den Sinn u. die freye Neigung nicht in sich selbst finden.

Zunächst von der hiesigen Landwehr zu reden, so hat sie allerdings mehr Schwierigkeiten als anderwärts. An 6000 junge Leute sind auf den Aufruf der Freywilligen schon gegangen, weil sie nicht als Cantonisten unter die Regimenter gestekt werden wollten; die Aufrufung der Jaeger war in Berlin auch leichter als anderwärts, daher giengen von hier verhältnißmäßig mehr Freywillige als von andern Orten, namentlich vom Lande. Die Errichtung der Landwehr fand deßhalb die Classe der jungen u. loosen Leute, welche am leichtesten zum Soldatenstande übergehen, meist erschöpft; die Landwehrmänner müssen jezt unter Verheyrateten u. solchen, die schon durch einen äußeren Beruf verwickelt u. festgehalten sind, gesucht werden. Die Zahl der Landwehr für Berlin ist ohne Rücksicht auf den starken Abgang der jungen Mannschaft nach Verhältniß der Bevölkerung überhaupt bestimmt, u. man koennte sagen, daß Berlin stärker angezogen würde als das platte Land.

---

[1]) Der damalige Geh. Staatsrat, spätere Finanzminister Wilhelm Anton v. Klewitz war am 9. April zum Zivilgouverneur des Landes zwischen Elbe und Weser ernannt worden.

Digitized by Google

Aber es wäre eine strafbare Thorheit, hier das Mehr oder Weniger abwägen zu wollen. Ist doch die Aufstellung der jetzigen Landwehr nur ein Abschlag auf die Zusammenziehung aller männlichen Einwohner, die zur Vertheidigung des Vaterlands verpflichtet sind! Und haben nicht die Berliner am meisten zu verlieren, wenn das Vaterland untergeht? Sie sehen es auch ein u. thun willig, was man fordert. Die nächste Schwierigkeit bereitet der Magistrat. Buesching[1]) ist ein schwacher Mensch, den der erste Stein in seinem Weege aufhält, der übrige Magistrat in Schlaf versunken. Was würde Berlin nicht thun koennen, wenn großherzige u. lebendige Magistratspersonen an der Spitze des städtischen Wesens ständen? Die Landwehr wird zusammenkommen troz aller Hindernisse. Diese wollen wir überwinden. Nur bey der Organisation müssen wir Ihre Hülfe haben. Auf dem Lande treten meist Guthsbesitzer oder ihre Söhne, die schon gedient haben, als Officiers in die Landwehr. Hier aber thut es mit den Officiers Noth. Es wird schwer halten, die etatsmäßige Zahl voll zu erhalten. Sorgen Sie doch dafür, daß uns

1) zwey tüchtige Männer als Brigadiers
2) zwey tüchtige zu Bataillonschefs
3) noch vier bis fünf zu Compagniechefs
3) zwey zu Escadronchefs

aus der activen Armée überwiesen werden. Sonst bleibt das Corps zu loose. Von den hiesigen inactiven oder verabschiedeten Officiers konnten wir nur sehr wenige brauchen, man hätte sie, wenn sie noch etwas werth wären, längst in die thätige Armée gezogen. Die Gensd'armerie ist auch so unvollkommen ausgewählt, daß wir beynahe niemand daraus nehmen konnten. Auch die verabschiedeten Soldaten gaben uns eine schlechte Ausbeute. Sie haben meist vor Einführung des neuen Exercier-Reglements[2]) ihren Abschied erhalten, u. müssen lernen wie die neuen Landwehrmänner. Sobald die Landwehr einiger maßen im Stande ist, müssen sie Berlin verlassen. Hätte man keine Gelegenheit, sie gegen den Feind zu beschäftigen, so müßte man sie doch ausmarschieren lassen u. eher eine Landwehr vom Lande in die Stadt legen. Denn so lange die Menschen, welche großentheils in verwickelten Verhältnissen stehen, in der Stadt sind, wachsen sie nie in einen militairischen Körper zusammen; sie treiben ihr Hauptgeschäft fort u. sehen den Dienst als Nebensache an. Will man die Menschen erleichtern, so koennte man sie, sobald sie nach einiger Entfernung aus der Stadt einen festen Zusammenhang u. einen militairischen Geist gewonnen, allenfalls wieder zurükkehren lassen.

Ist die Landwehr ausmarschirt u. kein anderes Corps eingerükt, so muß eine Anstalt getroffen werden, daß Berlin nicht ohne gehoerige Vertheidigung

---

[1]) Oberbürgermeister von Berlin.

[2]) Das neue Exerzierreglement war 1812 eingeführt worden. Sein Fortschritt bestand hauptsächlich darin, daß es die Ausbildung im Tirailleurgefecht für die ganze Infanterie, nicht bloß für Spezialtruppen, vorschrieb.

Digitized by Google

bleibt. Diese kann auf die aufzulösende Bürger Garde gegründet werden. Aufzulösen ist die Bürger Garde auf jeden Fall. Denn ihre Chefs taugen nichts, ihr esprit de corps ist schlecht, sie ist ein Denkmal aus der Herrschaft des Bösen. Die Männer einzeln genommen sind jedoch brav, sie haben Montirung, die nur, um die Erinnerung auszulöschen, etwas verändert werden muß, sie haben Waffen mit Ausnahme von Gewehren. Man gebe ihnen neue Chefs, Gewehre u. richte ihre Organisation in einer genauen Beziehung auf den Landsturm in Berlin ein. Die Organisation geschieht am besten durch den Ausschuß zur Bildung der Landwehr, der auch ohne Eyfersucht die Officiers wählen kann. Auf diese Weise wird ein zum Wehrdienst schon etwas Gebildetes, das nach den Ausnahmen des Landwehredikts in Absicht der meisten Individuen, die Inhaber von Handlungen, Fabriken pp. sind, in die Landwehr nicht aufgenommen werden koennen, erhalten u. in den allgemeinen Organismus der Vertheidigung aufgenommen.

Wenn Sie, hochverehrter Freund, meine Ansicht theilen, so schreiben Sie mir bald einige Zeilen, um das Weitere einleiten zu koennen.

Ueber das Militair Gouvernement für Berlin u. was dabey Noth thut, wird Ihnen der Ueberbringer meine Erfahrungen mittheilen. Wahrlich wie es steht u. handelt, ist wenig zu erwarten im Falle der Noth.

Der berühmte Arzt, Oberberg Rath Reil,[1]) hat mir die Anlagen über das Medizinalwesen stehender Heere u. dessen zwekmäßige Einrichtung mitgetheilt Sie scheinen mir sehr fruchtbare u. praktisch ausführbare Ideen zu enthalten. Ich erfülle ein Verlangen des Verfassers, indem ich sie Ihnen übersende. Haben Sie einige freye Momente, so bitte ich, denselben Ihre Aufmerksamkeit zn widmen u. Ihre Ansicht darüber mir kund zu thun. Ich füge Reils Schreiben an mich bey. In diesem ist eine grobe Unordnung u. schändliche Oekonomie in den hiesigen Militairlazarethen berührt. Die Sache macht großes Aufsehen. Noch ist es aber schwer, darüber zu urtheilen, in wie weit sie Grund hat. Bei keiner Classe von Menschen wüthet die Leidenschaftlichkeit so, wie bei Aerzten. Die Berliner Aerzte zeichnen sich noch vor andern aus. Die Lazareth Geschichte wird von Leidenschaften noch herumgezerrt, u. das Bild der Wahrheit tritt noch nicht rein u. ungetrübt hervor. Hoechst wünschenswert wäre es aber, wenn man von oben her die Aufmerksamkeit auf die Sache richtete, einen Bericht des Militair Gouvernement erforderte u. letzterem anbeföhle, vorher die Sache durch Aerzte verschiedener Partheyen aufklären zu lassen. Um der öffentlichen Meynung u. des allgemeinen Gerede willen muß die Sache genau genommen werden.

Ich sehne mich nach dem Augenblik, wo Sie mich zu Sich rufen. Nur die Bildung der Landwehr hält mich hier noch fest. Alles andre Thun und Schreiben eckelt mich hier an. Lassen Sie meine Ungeduld nicht zu lange

---

[1]) Der berühmte Hallenser Kliniker, seit Begründung der Berliner Universität an ihr tätig, gest. am Lazarettyphus kurz nach der Leipziger Schlacht.

Digitized by Google

warten. Ich halte es nicht aus, indeß Ihr Männer dort die größten Erfahrungen erlebten. Selbst wirkt ein Heldenthum in Werken des Kriegs u. der Politik bereitet, hier um die Zeitung zu lesen u. stumm u. unthätig nur bewundern zu müssen.

Bey dem Ausschuß zur Bildung der Landwehr ist ein Herr v. Hansen, sonst Officier, sehr thätig. Wir haben ihn als Bataillonschef bey der Landwehr in Vorschlag gebracht. Er bat mich, sein Andenken bey Ihnen zu erneuern. Der beste Mitarbeiter im Bureau des Geheimen Staats Raths Sack ist der R[egierungs] Rath v. Baerensprung,[1]) bekandt durch seine Geschichte mit Scharnweber.[2]) Er soll, wohl zur Strafe, nach Gumbinnen versezt werden. Der Mann ist mehr werth als das ganze Personal von Sack u. kein anderer in Berlin wiegt seine Brauchbarkeit auf. Ist es moeglich, daß man einen so tüchtigen Mann aus Verhältnissen, die seiner so sehr bedürfen, in der dem Feinde am meisten ausgesezten Provinz in der entscheidendsten Zeit fortreißt, unthätig macht u. in den äußersten Winkel der Monarchie verweist, wo die meisten Krafte eher her gezogen werden sollen?

Ich ermüde Ihre Geduld durch mein langes Schreiben u. will abbrechen.

Sie erhalten beykommend noch die Stickerey zu einer Generalsuniform, welche Sie durch v. Podewils haben bestellen lassen. Alle Freunde grüßen auf das herzlichste, besonders Schleyermacher u. Reimer.

Mit treuer Verehrung und Freundschaft

Ihr

Eichhorn.

Berlin, den 28t. Juni 13.[3])

Die beiden Cadetten Officiers v. Schmeling, von welchen Sie, mein hochverehrter Freund, diesen Brief erhalten, waren von dem Ausschuß zur Bildung der Landwehr u. des Landsturms in Berlin, von dem ich Mitglied bin, zu Officiers bey der Landwehr, der ältere zum Capitain u. der jüngere zum Brigade Adjutant gewählt worden. Unter ihnen bildet sich unsre Landwehr, sie unterrichteten und exercirten alle Officiers, und durch den Sinn, mit welchem sie in das neue Institut eingingen und Officiers u. Landwehrmänner behandelten, gewannen sie die allgemeine Achtung ihrer Vorgesezten u. die Liebe ihrer Cammeraden u. Untergebenen. Plözlich u. ehe noch das ganze Verzeichniß der von uns gewählten Officiers durch das Militair Gouvernement bey dem Koenig zur Bestätigung eingesandt worden, erhalten sie durch eine Cabinets

---

[1]) Später Oberbürgermeister von Berlin. Die „Geschichte mit Scharnweber", von der Eichhorn spricht, scheint eine Duellsache gewesen zu sein.

[2]) Christian Friedrich Scharnweber, geb. 1770, einer der intimsten Mitarbeiter Hardenbergs. Wesentlich seinen Bemühungen ist die obenerwähnte Zurücknahme des Landsturmedikts zuzuschreiben. Im Verlauf der Verhandlungen hierüber hat er Gneisenau zum Duell gefordert, das aber vom König verboten wurde.

[3]) B. 414.

Digitized by Google

Ordre die Anweisung, nach dem Hauptquartier zu einer neuen Bestimmung abzugehen. Wir haben früherhin so oft darum gebeten, daß uns für die Landwehr mehrere junge Officiers von dem stehenden Heere überlassen werden möchten; diese Bitte ist nicht nur nicht erfüllt, sondern man nimmt uns noch das Wenige, was wir bereits an uns gezogen haben u. der neuen Bildung Kraft u. Leben mittheilen kann. Sehe ich die Sache richtig an, so wäre es unendlich besser, man hätte die bis auf die lezte Zeit inactiv gebliebenen Officiers, worauf man die Landwehr allein angewiesen, zur stehenden Armée geschikt u. dafür von der lezteren tüchtige junge Männer zur Landwehr commandirt. Jene inactiven Officiers sind in der Regul übrig geblieben, weil man nicht viel auf sie hielt. Solche Leute sollen nun den Sinn einer neuen u. frischen Bildung machen. Bey der stehenden Armée wären sie durch die schon vorhandene Bildung u. Kraft gehalten u. auch recht brauchbar gemacht worden; bey der Landwehr ist in der Regul ihre höchste Brauchbarkeit, daß sie nicht verderben. Die meisten haben nicht einmal das neue Exerzier-Reglement studirt u. finden sich schwerer hinein, als die von uns zu Officiers ernannten Civilisten, u. was von militairischem Geiste in ihnen wohnt, möchte eben nicht der Geist der Landwehr seyn dürfen. Die beyden v. Schmeling waren die allein wahrhaft brauchbaren unter den gedienten Officiers. Wir haben das hiesige Militair-Gouvernement gebeten, es moege sich bey dem Koenig verwenden, daß uns die jungen Männer gelassen werden. Sie leisten, mein hochverehrter Freund, der guten Sache einen Dienst, wenn Sie zur Erfüllung unseres Wunsches etwas beytragen wollen. —

Ich muß Ihnen doch auch über den Fortgang der guten Sache in der Mark etwas schreiben. Landwehr- u. Landsturmedikt sind von dem größten Theil der Landbewohner, auch von einem großen Theil der Stadtbewohner mit Enthusiasmus aufgenommen worden, u. troz der ungeheuren Erschöpfung gieng die Bildung der Landwehr u. des Landsturms rasch u. mit Lust vorwärts, soweit beydes von dem guten Sinne des Volks abhieng. Der Landsturm ist jezt auf dem ganzen Lande u. in allen Städten aufs schoenste gebildet, auch die Landwehr ist beynahe überall bis auf einige kleine Ausnahmen fertig. In der Stadt Berlin fand ihre Errichtung die größten Schwierigkeiten im Vergleich mit andern Orten, nicht in dem widerstrebenden Geiste sondern in Umständen u. Verhältnissen, die zufällig nur in Berlin zusammentrafen. Berlin war cantonfrey. Der Aufruf der freywilligen Jäger lokte den cantonfreyen Orten den größten Antheil der jungen Mannschaft ab, weil sie die Drohung nicht in Erfüllung gehen lassen wollte, als cantonpflichtig eingestellt zu werden, und weil der Reichthum u. die Mildthätigkeit der Residenz unendlich viel junge Leute ausrüstete, die anderwärts zurückbleiben müssen. Auf diese Weise war die beste Jugend — man rechnet über 6000 junge Leute, die nach Colberg u. Breslau gegangen sind — schon abgeschöpft, als man anfieng, die Landwehr auszuziehen. Hiezu kommt, daß Berlin in einer unverhältnißmäßigen Repartition zum Etat der Churmärkischen Landwehr von

Digitized by Google

21000 Mann die bedeutende Zahl von 5000 Mann stellen muß. Man wollte anfänglich wegen dieser prägravirenden Zahl Vorstellungen machen; sie unterblieben jedoch, weil sie als Mangel an Patriotismus gedeutet werden koennten. Jeder muß nicht einen Theil des Seinigen beytragen u. im Verhältniß zu andern für die allgemeine Sache; er muß entschlossen seyn, sein Ganzes zu weyhen u. nicht erst fragen, was thun die andern u. wie bin ich mit meinem Beytrag in ein billiges Verhältniß zu setzen. Die ganze Berliner Landwehr soll aus 5 Bataillons zu 4 Compagnien je à 200 Mann Fußvolk u. 6 Escadrons à 80 Mann Reuterey bestehen. Die reitende Landwehr ist fertig, es fehlen ihr nur noch, was liefern soll — die Regierung, nemlich Säbel u. Pistolen. Die Leute finden es stark, daß schon über die Hälfte des Waffenstillstands verflossen ist, u. die reitende Landwehr hat noch nicht die Todtmachungswerkzeuge. Wir schreiben uns die Finger darnach ab. Das Militair-Gouvernement antwortet uns immer: es thäte alles, sie herbey zu schaffen, wir sollten uns gedulden.

Um alles in der Welt möcht' ich einmal 2 Stunden bey Ihnen seyn, um meine in dieser Zeit über den Gang der hiesigen Angelegenheiten gemachten Erfahrungen Ihnen mitzutheilen. Landwehr u. Landsturm sind herrlich u. nothwendig. Wenn man sie haben will u. ordentlich gebrauchen, muß man aber nicht bloß ihre Errichtung in gut gefaßten Edikten vorschreiben sondern auch Männer hinstellen, von Kraft u. tüchtigem Sinne, die aus innerer Lust u. Liebe die Sache verstehen u. fördern, wie sie gemeynt ist, nicht zu Halbem, Viertheln ꝛc., zusammenbrechen u. reduziren u. immer einschränken. In diesem Punkte zeigt sich recht die Unvollkommenheit unserer Administration. Alle Männer sind nach der großen Umwandlung unseres politischen Systems geblieben, die man zum Theil wegen ihrer natürlichen Nichtigkeit oder Anhänglichkeit an die frühere politische Ordnung, den Schein der Treue an den alliirten Teufel zu erhalten, angenommen hatte. Es ist wahrlich eine lächerliche Erscheinung, nachdem man ausgesprochen hat:

ruhmvollen Tod oder ehrenvollen Frieden,

jene Leute zu Organen zu gebrauchen. Daß in der Mark d. h. namentlich in Berlin nur ein kleiner Theil von dem geschieht, was geschehen koennte, daran ist allein die Schwäche oder Schlechtigkeit der regierenden Behoerden Schuld. Wahrlich, ich übertreibe nicht. Der Koenig mag befehlen, die Einwohner in der Mark sollen, jeder sein halbes Vermoegen, hergeben u. zu einem Viertheil sich schlachten lassen, um den Staat zu retten, es geschieht ohne Murren. Was für die große Sache dem Volke befohlen wird, geht ohne Widerspruch durch, wenn die Befehlenden Einsicht, Kraft u. Gerechtigkeit beweisen. Ist es zu verantworten, daß hier der Widerspruch nicht vom Volke, sondern in der Regul von den befehlenden Behoerden ausgeht, daß das Volk Muth und Vertrauen beweist, von den Behoerden aber ihm immer Gesichter von Angst u. Furcht gemacht werden, daß die guten Officianten $^9/_{10}$ ihrer Thätigkeit im Kampfe u. Widerspruch gegen die schlechten Officianten

Digitized by Google

verlieren müssen, u. nur den kleinen übrigen Theil der Sache widmen koennen? Als Boyen nach der Schlacht von Groß Goerschen zu uns kam,[1]) erschien er uns ein Engel des Himmels. Koennte er nicht, oder doch ein Mann wie er, bey uns bleiben, die Streitkräfte vorbereiten u. organisiren, und uns ein Führer seyn im Schlagen? Das Alter ist ganz imbecill. Will man denn erst auf dumme Streiche warten, um sich hievon zu überzeugen? Als man im Jahre 1806 diese Ueberzeugung erlangt hatte, waren Magdeburg u. Stettin nicht mehr zu retten. Alle Guten beschwoeren Sie, mein hochverehrter Freund, helfen Sie uns. Wir wollen ja was Tüchtiges, mit Lust u. Freude dem Tode entgegengehen — schicken Sie uns nur einen Mann, der nicht vor Alter ein Kind ist, dem Augen u. Ohren, sogar die äußeren Sinne, nicht zugegangen sind, sondern dem das Herz noch frisch schlägt. So viele herrliche Kräfte sieht man um sich verbreitet, im Hochgefühl, das dieser Anblick gewährt, möchten wir Maerker allein die ganze französische Macht auf Tod u. Leben herausfordern. Aber alles dieß zerstäubt vor dem ersten Stoße des Corsen, wie Maerkscher Sand, wenn nicht ein kräftiger Mann darüber waltet. Rechnen Sie nicht auf den commandirenden B.[2]) Was hat dieser nicht gethan, oder viel mehr unterlassen!

Ich gehoere nicht zu denen, welche ohne Noth klagen, deren Zahl jetzt so groß ist. Viel schwaches Gesindel führt nur diesen Ton der Klage, um seinen schlechten Willen, nichts zu thun, mit Anstand zu beschoenigen, weil denn doch alles verloren wäre. Mein Muth u. mein Vertrauen steht fest. Zunächst in der Betrachtung der allgemeinen Lage der Dinge, in der zu einer Reinigung der moralischen Welt troz aller menschlichen Schwäche u. Verkehrtheit strebenden Tendenz unserer Zeit Geschichte, in dem allgemeinen Eckel, welchen das bis zur vollendeten Scheußlichkeit offenbar gewordene Bild der Lüge u. des Betrugs in Europa erregt hat. Ferner in einem lebendigen religiösen Glauben. Aber nicht bloß in diesem religiösen Glauben u. in der Betrachtung der Nothwendigkeit möcht' ich mich beruhigen, sondern auch in dem, was ich im Gebiethe der Freyheit u. des praktischen Lebens andrer thun und leiden sehe, u. wozu ich mich als Glied dieser bürgerlichen Ordnung veranlaßt finde. Niemand thut gern, was er mit Bewußtseyn thut, ins Blaue; er knüpft gerne Handlungen an den Zweck u. die Erwartung bestimmter Erfolge, u. wo er dieß nicht kann, ergreift ihn mit Recht Unmuth. Diesen werden Sie, mein hochverehrter Freund, mir nicht übel deuten. Ihre Talente sind so groß u. Ihr Einfluß muß, wenn die Welt gerecht ist, so entschieden seyn, daß ich es für Pflicht hielt, gerade gegen Sie mit aller Offenheit über das, was hier die

---

[1]) Mit dem Auftrag, die Verteidigung Berlins durch Landwehr und Landsturm zu organisieren.

[2]) Gemeint ist wahrscheinlich der Kommandant von Berlin, General Brauchitsch, der auch Boyen als scharfen Gegner des Landsturms erwähnt: er erblicke in dieser neuen Einrichtung „eine völlige Profanation aller Soldatenheiligtümer“ (Erinnerungen aus dem Leben des Generalfeldmarschalls H. v. Boyen, Bd. 3, S. 74).

Digitized by Google

Guten drückt, mich auszusprechen, weil wir vor allem durch Sie geholfen zu seyn hoffen u. wünschen.

Eine wunderliche Sage hat sich hier verbreitet. Ein Mensch, der mit tollem Frevel sich in alles mischt u. mit hündischer Demuth u. Dreistigkeit sich in den Staub wirft u. dann wieder herumspringt u. alles Herrliche betappset, soll Ihnen zu nahe getreten seyn. Warum wird der Mensch nicht über die Grenze gebracht? Hier in Berlin stand er zuletzt wie ein Einsiedler, weil niemand sich mehr mit ihm abgeben wollte; er drängte sich hierauf an Doerenberg[1]) u. Tettenborn, die ihn mit Protest zurückwiesen; nun will er sein Unwesen dort bey Ihnen treiben. Jagen Sie doch den Unsaubern zum Tempel hinaus.

Kann ich wohl auf einige Zeilen mir bald von Ihnen Hoffnung machen? Sie erhalten durch die Ueberbringer noch einige andre Briefe, die Gibson[2]) bey mir niedergelegt hat. Von ihm hab' ich noch einige andre Sachen für Sie in Verwahrung. Die v. Schmeling konnten sie nicht mitnehmen. Soll ich sie behalten, oder Ihnen durch die Post schicken? Wohin? Die Sachen werden im beykommenden Briefe von Gibson verzeichnet seyn.

Die Freunde grüßen auf das herzlichste. Mit unveränderlicher Verehrung Ihr treu ergebener Eichhorn.[3])

(Schluß folgt)

Altes und neues Griechentum auf den Ägäischen Inseln

Von

F. v. Duhn

(Schluß)

Auch der verstorbene Mensch wird gefürchtet, Tod und Trauerzeit werden umgeben und angefüllt mit frommen Bräuchen aller Art, die den Toten gnädig stimmen, seine Rückkehr oder das Nachziehen Lebender durch ihn verhindern sollen. Diese Dinge, bei denen die Pietät eine viel geringere Rolle spielt als die Furcht, sind uralt; der ganze altgriechische Bestattungsritus, die Bestattungspflicht überhaupt, baut sich auf ihnen auf. Und so festgewurzelt ist das alles, daß die Kirche sich mit ihnen allen Ernstes abfinden mußte.

So behauptete jemand auf Keos, er habe einen vor zwei Jahren gestorbenen alten Mann namens Manetas auf einsamem Feldwege getroffen; man öffnet das Grab und findet keine Gebeine mehr darin; eiligst wird der Priester geholt,

---

[1]) Der durch die Erhebung gegen Jérôme 1809 bekannte General v. Dörnberg, der im Gefolge Tettenborns wieder nach Preußen gekommen war.

[2]) Gneisenaus Freund, der Danziger Großkaufmann Alexander Gibson.

[3]) Offenbar absichtlich ganz unleserlich geschrieben.

Digitized by Google

dieser gießt geweihtes Öl in das Grab und zündet es an, eine bläuliche Flamme stieg auf gen Himmel, und seit der Zeit ging Manetas nicht mehr um. — Auf Patmos singen die Frauen am Tage nach der Bestattung in der Kirche ein Klagelied, das den Namen Paraxypnisma führt, d. h. ein Sang, der durch seine Formeln den Toten verhindern soll, wieder aufzuwachen und zurückzukehren. — Auf Mykonos, übrigens auch auf anderen Inseln und vielfach auf dem Festlande, ruht der Tote nur drei Jahre im Grabe, wird dann wieder ausgegraben, die Knochen gewaschen und gereinigt und ins gemeinsame Beinhaus gebracht; ist an den Knochen noch unverwestes Fleisch, so ist das ein sehr übles Zeichen: der Tote hat noch keine Ruhe, geht noch um als gefährlicher Geist, der Seuchen und Pestilenz bringen kann, und muß beschworen werden. Er ist ein Werwolf oder Vampir, Katachanas, d. h. Verschlingender, z. B. auf Kreta und Rhodos. Diese unheimliche, schon bei den Alten verbreitete Vorstellung ist noch äußerst lebendig, wiederum ganz besonders auf den Inseln, aber auch auf dem Festland. Ebenso übrigens auch bei Albanesen, Slawen und anderen Völkern. Nichts verkehrter jedoch, als, wie man mitunter liest, sie erst von außen den Griechen zugebracht zu erklären, sie womöglich zu verwerten, um auch mit ihrer Hilfe die Rassereinheit der heutigen Griechen nach altem Rezept in Frage zu stellen. Gerade da, wo die Rasse ersichtlich am reinsten sich erhalten hat, ist sie am stärksten entwickelt, eben auf den Inseln. Diese Gedankenreihen gehören zu uralter Unterströmung, von der die vornehme klassische Literatur nichts weiß oder vielmehr nichts wissen will, sie nur ganz gelegentlich streift, zu jenen Unterströmungen, die von der lichten olympischen Götterwelt wohl überstrahlt und verdeckt, aber nicht vernichtet werden und nach Zerstörung der alten Religion wieder nackter an die Oberfläche treten.

Auf Kythnos besorgt die Kirche die Unschädlichmachung in der Weise, daß der Priester an einem Freitag das Grab öffnet. Denn nur am Freitag — anderswo ist es der Sonnabend (die Wahl eines dieser beiden Tage ist natürlich christlicher Einschlag) — ruht der Tote fest in seinem Grabe. Der Priester tut die Gebeine in einen Sack und bringt sie hinüber nach der unbewohnten kleinen Felsinsel Daskalio. Von dort kann der Tote nicht zu den Lebenden kommen, denn kein Geist kann über salziges Wasser. — Genau so tut man auf Kreta, Lesbos und anderswo. Noch in die Zeit des hellen Kampfes zwischen antiker und christlicher Religion führt uns die ebenfalls auf Lesbos, jedoch auch anderswo heimische Vorstellung, daß der Tote nicht verwesen kann, also zum Werwolf wird, wenn eine Katze, das schleichende Tier der Nacht, über die Leiche wegspringt, solcher Sprung aber wird veranlaßt durch den Fluch eines Bischofs oder Priesters. Unwillkürlich erinnert man sich, daß italienischem Volksglauben nach jeder Papst als solcher den „bösen Blick" hat. Übrigens hat die Kirche eine eigene liturgische Formel gegen die Werwölfe, die z. B. auf Kimolos in folgender Weise angewendet wird: An ein verdächtiges Grab wird ein Priester geholt; vereint mit den Hinterbliebenen kniet er zunächst am Grabe nieder und betet zu Gott in festen Formeln um Erbarmen für den

Digitized by Google

armen Geist. „Möge er nunmehr nach seinem Tode für ewig gefestigt sein gleichwie Steine und Eisen!" sind die Schlußworte der kirchlichen Formel. Alsdann aber wird eine Spende von kochendem Wasser mit Weinessig auf das Grab gegossen. Dies ist die den Toten beruhigende Grabspende, denn doppelt genäht hält fester. Noch ein letztes Rattern der Gebeine im Grabe hören die andächtig Umstehenden — dann ist Ruhe für immer eingetreten. Noch radikaler ging man früher vor: Um 1700 sah der französische Inselreisende Tournefort, daß man Leichen ausgrub, verbrannte und die Asche in alle Winde streute, damit der Tote kein gefährlicher Geist oder Werwolf würde, also genau so, wie es z. B. Sulla mit des Marius Leiche machte, damit das Volk nicht auf die Mithilfe des toten Helden gegen ihn hoffen könne, oder wie die Kirche im Mittelalter und beginnender Neuzeit die Verbrennung für Hexen und Ketzer anordnete, damit sie nicht noch im Tode Übles weiterzuwirken vermöchten. Seitdem hat die Kirche solch unchristliche Art verboten. Nur vom nördlichen Andros, dem einzigen Punkt auf der Insel, bis wohin Albanesen vorgedrungen sind und die sonst rein griechische Bevölkerung der Insel durchsetzt haben, hat ein englischer Reisender, Bent, im Jahre 1884 noch dasselbe berichtet: Man glaubte die Gebeine einer jungen Frau im Grabe rattern zu hören; der Priester ließ sich veranlassen, das Grab zu öffnen, man fand den Leichnam unverwest, ein klarer Beweis seines Umgehens als Geist, man schnitt ihn also in Stücke und verbrannte ihn. In Unteritalien und Sizilien gibt es bekanntlich seit der byzantinisch-normännischen Zeit oder auch erst seit dem Türkeneinbruch eine beträchtliche Zahl griechischer und albanesischer Gemeinden. In immer wiederholten Verboten hat die Kirche eifern müssen gegen den Brauch dieser Leute, einzelne Tote wieder aus ihren Särgen zu nehmen, mit Öl zu übergießen und zu verbrennen. In solchen animistischen Vorstellungskreisen wird beiläufig die Ursache auch zum erstmaligen Aufkommen des Totenverbrennens im indogermanischen Völkergebiet, im 3. Jahrtausend v. Chr. gesucht werden müssen. Wünsche, die dem Toten noch in christlicher Zeit nachgerufen werden, wie Chreste chaire, requiescat in pace, unser „Ruhe sanft", haben ursprünglich viel tieferen konkreteren Sinn als den einer freundlichen und leeren Formel.

Echt antik ist der Ritualismus der griechischen Kirche. Strenges Beobachten aller religiösen Vorschriften allein, namentlich der Fasten, peinlich genaues Innehalten der Gebetsformeln usw. sichert die Beachtung der menschlichen Wünsche durch Gott, versöhnt die Menschen mit der Gottheit. Aber neben dem kirchlichen her geht unendlich viel antikes Ritual, das in allen wichtigen Augenblicken des menschlichen Lebens, in allen denkbaren Lagen neben den kirchlichen Ritus tritt, ihn ergänzt, sich mit ihm durchsetzt, ja ihn zeitweilig verdunkelt und zu sich hinüberzwingt.

Die Vorstellung, daß der Mensch dem Gott etwas schenken müsse, damit dieser ihm wieder etwas Gutes erweise, damit er sich den Gott verpflichte — do ut des —, die allem Opfer zugrunde liegt und auch in der römischen Kirche noch überall greifbar zutage tritt, sie ist in der griechischen Welt auch in der

Digitized by Google

Form noch ganz antik lebendig und insbesondere auf den Inseln in seltener Reinheit erhalten.

Wer auf Kimolos ein Haus bauen will, tötet eine Ziege und einen Vogel und bestreicht mit beider Blute den Grundstein, jetzt natürlich in Kreuzesform; ähnlich oft auch auf dem Festland: eine Henne mit ihren Küchlein, ein Lamm oder Widder sind da meist die Opfertiere. — Steht auf Thera ein Schiff zum Stapellauf bereit, so wird in Gegenwart des Priesters entweder ein Ochse, ein Lamm oder eine Taube geschlachtet, je nach Größe des Schiffs und dem Vermögen des Eigners, und mit dem Blut ein Kreuz auf das Verdeck gemalt. Wollen wir den Sinn dieser Tiere aus ihrer Bedeutung im Altertum erschließen, so wird das Schiff durch das Stieropfer in den besonderen Schutz des rettenden Zeus, des Zeus Soter, durch das Lamm in den des Hermes als Herrn der Winde und Geleiters gestellt, durch die Taube der Aphrodite Euploia empfohlen. Für erfreuliche Vertilgung des Opferfleisches, soweit es nicht der Gottheit zufällt, sorgt das feierliche Festgelage, ganz wie zu alten Zeiten.

Man ist aber auch diplomatisch mit seinen Opfern. Originell ist z. B. auf Keos der Brauch zu Ehren der heiligen Anargyroi, d. h. der in der ganzen griechischen Welt an Stelle der alten Heilgötter getretenen heiligen Ärzte Kosmas und Damianos, die heilen, ohne Silbergeld dafür zu verlangen wie die menschlichen Ärzte: das besagt ihr Name, „die Silberlosen". Ist z. B. ein Ochse krank, so führt man ihn zu der entfernt, mitten im Lande, erbauten Kirche der heiligen Anargyroi und betet für seine Wiederherstellung; wohlverstanden, der Ochse muß dahin geführt werden, denn Gebete oder Gelübde zu Hause würden nichts helfen, der Glaube an die Allgegenwart göttlicher Mächte ist viel zu abstrakt, um von den Anhängern der griechischen und, sehen wir genau zu, auch der römischen Kirche (denken wir nur an den Reliquienkult) — ernstlich geteilt zu werden. Man muß den Gott aufsuchen, um zu seiner Wohnung zu kommen, oder wenigstens dorthin, wohin er, gerufen, zu kommen pflegt. Sonst wird man nicht erhört oder hat es doch wesentlich schwerer, erhört zu werden. Das ist gut antik gedacht. So denken noch heute die Naturvölker oder ihnen noch Nahestehende, wie z. B. die sibirischen Bauern um Tomsk. Kräht bei solchem Zuge mit dem kranken Ochsen zu den Heiligen der Hahn oder läßt sich eine Mannesstimme vernehmen oder grunzt ein Schwein, so ist gute Hoffnung für Wiederherstellung des Ochsen; hört man aber eine Katze, einen Hund oder — eine Weiberstimme, so ist das von sehr übler Vorbedeutung. Vor den Heiligen wird alsdann ein feierliches Gelübde abgelegt, daß der Ochse, wenn er geheilt wird, den Heiligen als Opfer dargebracht werden soll, aber erst, wenn er nicht mehr arbeiten kann. Am 1. Juli, dem Fest der Anargyroi, sieht man daher hochbetagte Ochsen auf dem Marsch zu den Heiligen: auf der Schwelle des Kirchleins werden sie geschlachtet und das Fleisch dann unter die Armen verteilt. Im Altertum wurden dem Gott noch einige in Fett gewickelte Knochen verbrannt, und der Priester erhielt die Haut des Tieres oder eine Ablösung in Geldwert zum Geschenk — sonst wird alles ebenso gewesen sein. Übrigens hat

Digitized by Google

sich das Recht des Priesters auf die Haut selbst oder die Geldablösung, das „Dermatikon", vereinzelt auch noch bis in die Erinnerung der Gegenwart erhalten. So gibt es auf Lesbos manche Kapellen auf den steilen Gipfeln der die Insel so malerisch gestaltenden Berge oder inmitten der dichten Wälder in den wunderschönen Talniederungen. Diese Kapellen sind sicher Nachfolger antiker Kultusstätten: gerade diese beiden Örtlichkeiten, die Berggipfel, auf Lesbos besonders auffällig isoliert und spitz, und der heilige Hain im reichen Fruchtland weisen darauf hin. Neben den Kapellen im heiligen Hain ist stets eine Quelle, der Wundereigenschaften zugeschrieben werden. Beim Jahresfest des Heiligen ist dort große Festversammlung, Panegyris, die bei entfernt liegenden Kapellen schon des Abends beginnt, der Rechnung des kirchlichen Kalenders gemäß. Nach der Frühmesse lagert sich dann alles im Freien, schmaust, musiziert, tanzt. Gegen Abend Rückkehr, alle das Haupt bekränzt; die jungen Burschen erhalten beim Durchreiten der Dörfer auf dem Hin- und Rückwege Wein von den Frauen und Mädchen ihnen bekannter Häuser und bringen ihnen dafür Erinnerungsgaben vom Heiligen mit. So ist das Fest jetzt. Aber die Erinnerung lebt noch, daß früher ein der Gemeinde gehöriger Ochse, der vorher, ohne zu arbeiten, frei weiden mußte, von jeder Gemeinde dem Heiligen zu Ehren geschlachtet wurde, daß außerdem die Wohlhabenden einen Hammel schlachten ließen, dessen Fleisch die Armen, dessen Haut jedoch der Priester des betreffenden Heiligen bekam.

Vergebliche Versuche, den Zorn der göttlichen Macht abzulenken, machte man noch im vorigen Jahrhundert auf Melos in ganz eigenartiger Weise. Vom sechzehnten bis neunzehnten Jahrhundert lag in der Ebene der Hauptort, jetzt Paläochora, statt des heute die tief einschneidende Hafenbucht hoch überragenden Kastri, im Altertum und Mittelalter und wieder heutzutage die unbequem gelegene Hauptstadt auf steiler Höhe. Paläochora lag in fruchtbarer, aber felsiger Gegend, die den Wasserablauf erschwerte. Die Malaria raffte die Menschen familienweise dahin, und am Ende entschloß man sich, die schöngebaute blühende Stadt zu verlassen, jedoch nicht, ohne vorher noch einige verzweifelte Anstrengungen gemacht zu haben, den „Fluch" zu bannen. Denn an den Fluch eines Priesters, der wegen schlechter Aufführung die Stadt hatte verlassen müssen, knüpfte das Volk das Unglück. Man nahm Zwillingskälber, vierzig Tage nach ihrer Geburt, spannte sie ins Joch, umpflügte damit ein Stück Land, opferte dann die Kälber inmitten des durch die Pflugfurche gebildeten Kreises und verteilte das Fleisch unter die Armen. Aber der Erfolg blieb aus. Da wartete man den 10. Februar ab, als den Tag des heiligen Charalampos, der den Priestern seines Altars Macht über Pestilenz verleiht, und beschloß, die Krankheit zu kochen. Vierzig verheiratete Frauen mußten die Namen der Krankheiten, die sich in der Stadt zeigten, auf Papierschnitzel schreiben — merkwürdig freilich, daß sie alle haben schreiben können —; diese wurden in einem Kessel gekocht, gemeinsam mit etwas Geld und einem Hahn. Aber auch dieses Mittel verfing nicht. Schließlich arbeiteten dieselben vierzig Frauen ein großes

Digitized by Google

Gewand in einem Tag, hingen es auf in der Kirche des heiligen Charalampos, schnitten es am nächsten Tag zu Streifen und verteilten diese unter die Armen. Auch dies Mittel half nicht. Der priesterliche Fluch, obschon von einem moralisch Unwürdigen ausgesprochen, war stärker als die priesterliche Fürbitte, als Beschwörung und Opfer: die Stadt wurde definitiv verlassen.

Wie wir hier die Kirche mit wildem Zauber und Aberglauben in bedenklicher Beziehung sehen, so noch oft. So ist z. B. auf Amorgos, der östlichsten entlegenen Kykladeninsel, noch ein richtiges Orakel im Betrieb, bei dem in einsamer Schlucht am entfernten Meeresstrand versteckten Kirchlein des heiligen Georgios Balsamites. Das Wasser einer heiligen Quelle wird je nach der größeren oder geringeren Trübung oder nach zufällig darin enthaltenen Gegenständen, wie Insekten, Blättern oder dgl., zu allerlei Vorbedeutung benutzt. Ein Priester verwaltet das Orakel und umgibt es mit geistlichen Funktionen. — So gibt es eine förmliche kirchliche Liturgie gegen den bösen Blick, der von den jetzigen Griechen nicht weniger gefürchtet wird als von den alten. Auf Keos wird die Liturgie noch gesprochen.

In Kultusformen und Aberglauben, in Festen und uralten Spielen, in Sitte und Brauch tritt uns somit das Altertum gerade auf den Inseln noch heute tausendfach und besonders rein erhalten entgegen. Wer das größte griechische Kirchenfest, das zweimal jährlich auf Tenos gefeierte Fest der Evangelistria, gesehen hat, wo aus aller Welt die gläubigen Hellenen zusammenströmen, vermag unschwer in gleicher Weise die großen Festversammlungen des Altertums mit religiösem Hintergrund in Delos und Eleusis, Delphi, Olympia und an zahlreichen anderen Orten sich vorzustellen. Auch auf Tenos wird von seinen Gebresten nur geheilt, wer sich entschließt, in der Kirche zu schlafen. Nur im Traum heilt die Mutter Gottes, wie weiland Asklepios, wenigstens solange er durch Wunder heilte, wie in Epidauros, Athen und anderswo. Auf Kos wurde der Gott gelehrt. Dadurch wurde Kos Geburtsstätte und Ausgangspunkt wirklich wissenschaftlicher Heilkunst und griff schon vor Alexanders Welteroberung hinaus über das Ziel, das sich heute noch Tenos bescheiden, aber wirkungsvoll zu setzen fortfährt.

Will es auf Andros nicht regnen, so zieht die Geistlichkeit noch heute wie vor 2000 Jahren auf den höchsten Berggipfel, den heiligen Elias, unter Mitnahme von Bildern der Heiligen, damit ihre Fürsprache mithelfe beim Erflehen des Regens von Gott, der die Wolken als regenversprechende Vorzeichen zuerst um die Berggipfel sich ballen läßt. Oben auf dem Gipfel ist man auch ohne Kirchenbau Gott am nächsten. — So gewahrt man auf dem Zeusberge von Naxos, dem über 1000 Meter hohen Zentralgipfel dieser schöngeformten Insel, ein offenes Heiligtum, mit einfacher Mauer umgeben, einem roh gefügten Altar in der Mitte und primitiv gemalten Votivtafeln ringsum — alles rein antik, aber heute die Hauptkultusstätte der Hirten. — Auf Leros vertreibt ein in Prozession den Heuschrecken entgegengetragenes Bild der Mutter Gottes diese Plage genau so sicher wie im Altertum das Bild des heuschreckenabwehrenden Apollon, des Apollon Parnopios.

Digitized by Google

In ähnlicher Fortsetzung antiker Kultsitte finden am Johannistag auf Thera Trinkfeste statt mit feierlichen Gesängen von Rhapsoden und in heiligen Bezirken und Kirchen Spiel und Schmauserei. Ebenso auf dem nahen Jos. So speisen auf Pholegandros, auch benachbart, an Mariä Himmelfahrt, dem 15. August, alle Einwohner zu festlichem Mahl vereinigt in geräumigem Saal neben der Kirche, dem einzig stehengebliebenen Gebäude der alten, lange verlassenen einstigen Stadt auf einsamer Bergeshöhe.

Von der Wiege bis zum Grabe ist der Mensch von altem Glauben gehegt und umgeben. Wird auf Sikinos ein Kind geboren, so muß der schönste Mann auf der Insel es auf den Arm nehmen, damit es durch seine Umarmung Schönheit und Stärke erhält, die schönste Frau es an die Brust legen, damit es ebenso schön wird — wer denkt da nicht an die spartanische Geschichte Herodots vom kleinen Demaratos und der schönen Frau Helena! Ist das Kind kränklich, so hält es auf Kythnos die Mutter dem ersten neuen Mond hin und spricht ein Gebet zum Mond mit der Bitte, ihm zu helfen. — Vorsicht ist immer gut: daher werden am 1. März auf Kythnos, Lesbos und anderen Inseln den kleinen Kindern Ringe aus einfachstem Material, mit zwei bunten, am liebsten roten Wollfäden umwickelt, an den Finger getan, bis Ostern daran gelassen und dann an der Kirchtür verbrannt: damit verbrennt jedes Fieber. Ist aber wirklich Fieber da, so werden kleine Stücke vom Gewand an einen Baum gebunden, der nahe bei einer Kapelle steht, dazu einige beschwörende Formeln — dann zieht das Fieber in den Baum. Ich habe selbst einmal an der Mauer einer Kapelle des heiligen Georg auf griechischem Boden Kleinasiens unter einem ganz mit Fieberfetzen behängten Baum geschlafen, der Baum behielt glücklicherweise sein Fieber für sich. Es ist das ein weitverbreiteter Glaube und Brauch. Solche Bäume dürfen nie geschlagen werden. Sie sind heilig. Mitunter, z. B. auf Lesbos, gibt es auch solche Bäume, die nicht bei einer Kapelle stehen. In dem Fall liegt am Fuß des Baumes ein großer Stein. Man befestigt dann geweihte Wachskerzen, wie man sie sonst in die Kapelle zu tragen pflegt, an den Stein, heftet sie auch wohl an den Baumstamm. Dies alles ist uralt, hinaufreichend in Zeiten, die der entwickelten altgriechischen Religion selbst weit voraufliegen.

Zaubersprüche und Wunderkuren sind Legion, zum Teil hochinteressant. Sie helfen eigentlich gegen alle Krankheiten, ähnlich wie bei unseren Bauern und Altvordern. Nur gegen Irrsinn kann bloß die Kirche helfen. Begreiflich, da es nach griechischer Vorstellung feindselige teuflische Dämonen sind, von denen ein armer Irrsinniger besessen wird. Das Sondergebiet der Teufelsaustreibung hat aber die Kirche sich stets vorbehalten, entsprechend den bekannten Worten des Evangeliums.

Liebliche Bilder zeigen die Mittel, mit welchen Liebe erweckt, liebende Herzen zusammengeführt werden sollen — mitunter sind sie freilich auch nicht ganz sauber —, oder die uralten Tänze aus religiösem Anlaß, namentlich bei Hochzeiten und bestimmten Jahresfesten, die traditionellen Spiele, die Schwalbenliedchen, mit denen an zahlreichen Orten, besonders hübsch z. B. auf Kythnos,

Digitized by Google

der Frühling von den Kindern begrüßt wird. Ein solches altgriechisches Lied, eines der wenigen echten Volkslieder des Altertums, das auf uns gekommen ist, besitzen wir noch von der Insel Rhodos. Und wie der Frühling begrüßt wird, so wird der wichtige Abschnitt der Sommersonnenwende noch vielfach mit Formen gefeiert, die den alten Jahresschluß und Jahresanfang — das attische Jahr z. B. begann bekanntlich mit dem Neumond nach der Sommersonnenwende — zur Erklärung haben. Eine Menge von Zukunfterkundungen, wie wir sie noch um Silvester treiben, fallen in griechischen Landen in die Johannisnacht. Besonders deutlich ist folgender Brauch von Lesbos — ob auch auf anderen Inseln, weiß ich nicht —: Am Johannismorgen vor Sonnenaufgang gehen die Einwohner der am Meer liegenden Orte an den Strand und baden. Unterwegs gürten sie sich mit Weidengerten; im Meer lösen sie dieselben und rufen: „Mit diesen Weiden scheiden alle Leiden!" Dann suchen sie die sog. Petra maliare, d. h. den haarigen Stein. Legt man solchen Stein in einen Koffer, so bleiben alle Motten den Kleidern fern, je mehr Haare den Stein umgeben, um so zahlreicher werden die Kleider in dem Koffer werden. Der Tag wird als Festtag gefeiert; man spiegelt sich in Öl, um schön zu werden; man sammelt Binsen, um für die neu beginnende Zeit neue Besen zu machen. Auch der sog. Kledonas, das Zukunftraten aus verdeckten Zeichen, zu denen gesprochene Verschen in mantischen Bezug gesetzt werden, eine Übung, gewiß ebenso uralt wie das Wort, findet am Johannisabend statt.

Nicht minder lebendig würde das alte Hellenentum sprechen, wollte ich alle die Bräuche hier vorführen, mit denen das Abscheiden der Menschen, die Bestattung, die erste und die spätere Trauerzeit und die Erinnerungstage begleitet werden. Hier ist der alte Glaube wohl am zähesten lebendig geblieben und stellt uns der heutige Brauch tatsächlich alles vor Augen, was die Überlieferung aus dem Altertum uns meldet, dabei auch gar manches, was sie zufällig verschweigt. Aber es würde zu viel des einzelnen werden, um noch entschuldigt zu sein durch die Freude des heutigen Forschers und Griechenfreundes, wenn sich ihm so auf der Oberfläche greifbar und sichtbar selbst entgegenträgt, was er sonst mühselig alten Büchern oder dem Boden der Erde abfragen muß. Der heutigen liebenswürdigen Menschen Gefühle und Gewohnheiten, ihr Glaube und ihre Lieder, ihre Sagen und Märchen helfen stark mit, uns die lange schwere Reihe zwischengelagerter Jahrhunderte vergessen zu machen, ebenso wie das ewig gleiche Meer, die köstlichen Inseln und Küsten mit ihren schönen Formen, ihren lieblichen Fruchtebenen und dunkel bewachsenen Schluchten, alles schwimmt im Glanz südlicher Sonne und Farben, unsere Gedanken über die Gegenwart hinweghebend und mit leichtem Fluge in die Tage Homers hinübertragend.

So genoß die Poesie der Inseln des Ägäischen Meeres jenes Dichterpaar, deren einen ich zu Anfang meiner Betrachtungen zu Wort kommen ließ. Köstliche, über ihr ganzes Leben hinwegscheinende Tage verlebten Emanuel Geibel und Ernst Curtius, die Lübecker Landsmänner und Schulgenossen, auf den

Digitized by Google

Inseln, hingegeben dem reinen Genuß der Gegenwart, aber getragen von dem Hochgefühl, historischen Boden im vollsten Sinn des Wortes unter und um sich zu haben. Ich gestatte mir, zu schließen mit einigen prachtvoll schildernden Worten von Ernst Curtius, mit denen er, der Dichter unter den Historikern, im Jahre 1846 über Naxos sprach, in jenem Vortrag, dessen Wirkung auf den damaligen Prinzen von Preußen und seine hohe Gemahlin derartig war, daß sie daraufhin Curtius zum Erzieher unseres späteren Kronprinzen bestimmten:

„Die priesterlichen Sagen des Ägäischen Meeres meldeten von jener langen Regennacht, die einst alles Inselland im Wasser begraben habe, wie vom westlichen bis zum östlichen Strande einst ein breites, wüstes, hafenloses Meer geflutet sei. Aber die Fluten sanken; empor stiegen die Töchter des Meeres, Delos als die Erstgeborene, die nach altem Dichterwort zitternd vor Bangigkeit unter den Wellen verborgen lag; dann hoben die anderen Schwestern nacheinander die Häupter empor; da wurde auch die schönste Gruppe frei, das Inselpaar Naxos und Paros, beide so eng unter sich verbunden, daß man sie mit dem einen Namen Paronaxia umfaßt. Paros' edle, schlanke Formen scheinen schon aus der Ferne den köstlichen Inhalt seiner Berge zu bezeugen. Welch eine Welt von Tempeln und Bildwerken ist aus ihrem Schoße hervorgegangen! Und heute noch glänzen ihre unterirdischen Höhlengänge bei Fackellicht wie die Festsäle eines weit verzweigten Feenpalastes. Paros ist reich an Quellen und geräumigen Häfen. Naxos ist die größere und mächtigere Nachbarin; nach allen Seiten abgerundet, ohne tiefere Einschnitte, steigt sie in massenhafter Erhebung aus dem Meere und hebt ihren breiten Gipfelberg stolz über alle Kykladen. Durch Umfang und Festigkeit zum Haupt der Schwesterinseln bestimmt, ist sie durch mannigfachen Segen der Natur nicht minder ausgezeichnet. Klein-Sizilien hieß sie bei den Alten wegen der Fülle an Korn, Wein und Öl. Auch heute noch ist Naxos ein Paradies im Vergleich mit den umliegenden Inseln. Seine Gärten blühen in morgenländischer Pracht, voll von Zedern, Granatbäumen, Mandeln, Orangen und allen edlen Früchten, welche die Naxioten bei Südwind brechen, in ihre Schiffe laden und in rascher Fahrt nach Konstantinopel bringen, um der Reichen Tische damit zu schmücken. Immergrün sind die edlen Waldungen, die der Herbst mit mildem Regen anfrischt, und ehe man des Winters gewahr wird, verkünden die Orangendüfte, welche die Luft erfüllen, und die bunten Anemonen, die den Boden färben, daß der Frühling wieder da sei, und die Bienen schwärmen wieder um die mit duftigen Kräutern dicht bewachsenen Höhen." Und triumphierend schließt die entzückte Beschreibung: „Auf dem über 3000 Fuß hohen Zeusberge in der Mitte von Naxos sieht man 22 Inseln zu Füßen liegen und in der östlichen Ferne die Bergmassen Asiens in blassen Linien aufsteigen." Curtius nimmt Abschied von den Kykladen mit folgendem schönem Sonett:

Leb wohl, mein Naxos! Sieh, es schwellt gelinde
Das Segel sich und führet mich von hinnen;

Digitized by Google

Noch seh ich drüben deine weißen Zinnen
Und gebe diesen letzten Gruß dem Winde.
Hab' Dank für jede Lust! Gleich einem Kinde,
Dem leicht und ohne Harm die Stunden rinnen,
Hab' ich bei dir gelebt, und dies gewinnen —
Es ist des Glückes schönstes Angebinde.
Wann werden wieder zu so holdem Frieden
Zu Lust und Lied mich duft'ge Gärten laden,
In welchen glüht die Frucht der Hesperiden?
O blühe, stille Wohnung der Najaden,
Und bleibe gern, vom lauten Markt geschieden,
Dir selbst genug, du schönste der Zykladen![1])

Judenchristentum und Heidenchristentum im apostolischen Zeitalter

Von

Wirkl. Geh. Rat Prof. D. Weiß†

Vielen unter uns ist es noch immer eine seltsame Kunde, die sie am liebsten der Vergessenheit anheimgeben möchten, daß der Schöpfer unserer Religion ein Jude war. Und doch ist das durchaus kein blöder Zufall. Die Entwicklung der Weltgeschichte ist nun einmal keine sprunghafte. Jede scheinbar noch so neue Erscheinung zeigt sich bei näherer Untersuchung als mannigfach vorbereitet. Daher konnte die Vollendung der Religion im Christentum nur aus dem klassischen Volk der Religion, aus dem Judentum hervorgehen. Seine heiligen Bücher bilden immer noch die weitaus größere Hälfte unserer Bibel, seine Geschichte behandelt die Schule mit Recht als die Vorgeschichte unserer Religion, an seinen Propheten und Psalmen nährt sich unser religiöses Leben oft leichter als am Neuen Testament. Die Schriften, die in diesem vereinigt sind, rühren sämtlich von Judenchristen her, mit Ausnahme der zweiteiligen, welche die Geschichte des Urchristentums behandelt. Sie sucht zu zeigen, wie nach Gottes Rat und unter seiner Leitung das Christentum von den Juden zu den Heiden übergehen mußte. Zu diesem Zweck erzählt sie besonders den Ursprung und die Entwicklung der Heidenmission durch den Apostel Paulus. Daraus entsteht leicht die Vorstellung, das Christentum habe seine Wurzeln wesentlich in den durch die Heidenmission gewonnenen Weltvölkern gehabt,

[1]) Die mitgeteilten Tatsachen über Glauben und Brauch auf den Ägäischen Inseln beruhen zum Teil auf eigener Erkundung, sind zum Teil Mitteilungen von Roß, Bent, Carnoy und Nikolaides, Georgakis und Pineau u. a. entnommen.

Digitized by Google

es habe eine eigentliche Judenmission nie gegeben, und sei darum das Judenchristentum ein bald verschwindender Rest aus der Urgeschichte unserer Religion gewesen. Aber die Urkunden des Neuen Testaments ergeben, wenn man ihren Wortlaut nicht gewaltsam umdeutet, eine durchaus andere Vorstellung.

I

Wir haben, vielleicht als die älteste Urkunde im Neuen Testament, einen Brief des Jakobus, den man den Bruder des Herrn nannte, und der lange Zeit an der Spitze der Gemeinde zu Jerusalem stand. Dieser Brief ist an messiasgläubige Juden gerichtet, die noch im engsten Zusammenhang mit ihren ungläubigen Volksgenossen leben, obwohl diese den Namen Christi lästern. Sie besuchen noch ihre Synagogen, um sich an den dort gelesenen und erklärten Schriften des Alten Testaments zu erbauen, und sie werden von ihren Gegnern vor die jüdischen Synagogengerichte geschleppt. Aber der Brief setzt voraus, daß selbst ungläubige Volksgenossen sich ein Mahnwort des auch unter ihnen seines Gesetzeseifers wegen hochverehrten Jakobus werden gefallen lassen. Darum richtet er an die reichen ungläubigen Juden eine furchtbar ernste Strafpredigt und wendet sich in der Adresse absichtlich ganz allgemein an „die zwölf Stämme in der Zerstreuung". Natürlich werden die Gläubigen unter ihnen zuerst sich das Wort eines „Knechtes Gottes und des Herrn Jesu Christi" gesagt sein lassen. Es gab also bereits in der Diaspora draußen Gemeinden gläubiger Juden. Als der Hohe Rat den Eiferer Saul beauftragte, die Gläubigen außerhalb Jerusalems aufzuspüren und vor sein Gericht zu bringen, zog dieser zuerst nach Damaskus. Gewiß waren die Gläubigen daselbst zunächst solche, die, um der Verfolgung der Gemeinde in Jerusalem zu entgehen, sich ins Ausland geflüchtet hatten. Aber der Trieb zur Mission war dem Judentum, das sich bewußt war, die eine wahre Religion zu besitzen, von vornherein eingeboren. Jesus redet einmal von den Schriftgelehrten, die „Land und Meer durchziehen, um nur einen Proselyten zu machen". So werden die Judenchristen, die sich bewußt waren, die Vollendung ihrer Religion erlebt zu haben, erst recht bestrebt gewesen sein, diese unter ihren Volksgenossen zu verbreiten. Jakobus kennt in seinem Brief ganz genau die Zustände in solchen Diasporagemeinden, wo man mit großem Eifer die ungläubigen Volksgenossen zu bekehren suchte, und er setzt voraus, daß die Zustände in anderen nicht wesentlich andere gewesen sein werden als die ihm aus erreichbarer Nähe zunächst bekannt gewordenen. Diese Gemeinden waren zunächst entstanden durch die sozusagen unwillkürliche Propaganda, welche messiasgläubige Juden, wenn sie in die Diaspora hinauskamen, dort ausübten, oder wenn dortige Juden durch ihre Festbesuche oder Handelsreisen in Palästina das Christentum kennengelernt hatten und dafür gewonnen waren.

Der erste Brief des Petrus, der ebenfalls noch der ältesten Zeit angehört, richtet sich an „die auserwählten Fremdlinge in der Diaspora mehrerer Landschaften Vorderasiens" und zeigt also, daß auch dort bereits Gemeinden ent-

Digitized by Google

standen waren, und zwar auf diesem Wege. Das bestätigt in merkwürdiger Weise die Apostelgeschichte indirekt. Paulus, der in all seinem amtlichen Wirken sich vom Geiste leiten ließ, hat es wiederholt als seinen Grundsatz ausgesprochen, nur da zu wirken, wo noch nicht von anderwärts Grund gelegt war. Wenn nun die Apostelgeschichte erzählt, daß der Geist ihn in jenen Landschaften Vorderasiens zu wirken gehindert habe, so kann der Grund nur gewesen sein, daß es dort bereits judenchristliche Gemeinden gab. Aber der Brief zeigt auch nicht die geringste Spur davon, daß die, welche seinen Lesern das Evangelium verkündigt hatten, Apostel oder irgendwelche hervorragende Männer der Urgemeinde gewesen waren. Vielmehr beansprucht der Apostel ausdrücklich, ihnen die von jenen gewordene Botschaft erst durch seine Augenzeugenschaft zu bestätigen, und nun auch seinerseits ihnen Mahnung und Trost zu bringen. Wir hören nämlich, daß die dortigen Judenchristen die Leiden ihres Meisters mittragen mußten, indem sie „um des Namens Christi willen" geschmäht wurden, weil sie einen gekreuzigten Missetäter ihren Messias nannten. Wir lernen aus diesem Briefe aber auch, daß in der von Palästina entfernten Diaspora die Juden sich vielfach von ihrer heidnischen Umgebung in ihr Lasterleben hineinziehen ließen und sich damit begnügten, durch äußere Kultusübungen und gesetzliche Sitten ihre Religion zu beweisen. Wenn sich deshalb die Messiasgläubigen von ihnen stärker als in Palästina und seiner Umgebung absonderten, so suchten jene die Gewissensrüge, die ihnen das neue religiös-sittliche Leben ihrer früheren Sündengenossen schuf, damit loszuwerden, daß sie dieselben beschuldigten, im geheimen erst recht groben Lastern und Sünden sich zu ergeben. Wir erfahren auch, daß es ihnen gelungen war, diese Verleumdungen gegen die Christen unter den Heiden, in deren Mitte sie wohnten, zu verbreiten, so daß diese sie nun als Missetäter schmähten und verfolgten. Auch die Heiden waren natürlich nur zu bereit, die Juden, welche bisher ihre Sündenwege mitgegangen waren und sich nun plötzlich als die Heiligen aufspielen wollten, zu beschuldigen, daß sie im geheimen schlimmere Missetäter seien.

Aber nicht nur durch solche unwillkürliche Propaganda hat sich das Christentum unter den Juden verbreitet. Paulus erwähnt im ersten Korintherbrief es gelegentlich als eine den Lesern wohlbekannte Tatsache, daß die Apostel, insbesondere Petrus, sowie die Brüder des Herrn Missionsreisen machten und sich von den durch ihre Predigten gewonnenen Gemeinden zum Entgelt verpflegen ließen, oft sogar mit ihren sie begleitenden Frauen. Als Paulus in Cäsarea gefangen war, wurde er lebhaft beunruhigt durch die Nachricht, daß in den heidenchristlichen Gemeinden Phrygiens jüdische Theosophen aufgetreten seien, welche sie erst zur wahren christlichen Vollkommenheit in Leben und Lehre führen sollten. Das war natürlich nur möglich, wenn sie zu judenchristlichen Gemeinden jener Gegend gehörten, an denen sie einen Rückhalt hatten. Sein gleichzeitiges Rundschreiben an die kleinasiatischen Gemeinden, welches jetzt den Namen des Epheserbriefes führt, hat sichtlich den Hauptzweck, den Frieden und die kirchliche Einheit zwischen judenchristlichen und

Digitized by Google

heidenchristlichen Gemeinden zu fördern und zu sichern. Noch gegen das Jahr 70 zählt die Offenbarung Johannis unter den sieben vorderasiatischen Gemeinden, an die sie als Repräsentanten jener Gegend ihre Offenbarungen sendet, zwei auf, die ohne Zweifel rein judenchristliche waren. Denn die Gemeinde zu Smyrna wird in einer harten Verfolgung durch die Synagoge zur Furchtlosigkeit ermahnt, und der Gemeinde zu Philadelphia wird ein großer Erfolg ihrer propagandistischen Tätigkeit in der Synagogengemeinde verheißen.

Aber selbst Paulus hat sich lange Jahre hindurch der Judenmission gewidmet. Seit seiner Bekehrung war ihm kein Zweifel, daß derselbe Eifer, welcher ihn einst zu der schwersten Sünde, zur Verfolgung der Christengemeinde verführt hatte, jetzt von ihm im Dienste des Evangeliums verwandt werden müsse. Er begann diesen Dienst in den Synagogen zu Damaskus und Jerusalem, und als er genötigt wurde, sich in seine Heimat zurückzuziehen, wird er sich dort die lange Wartezeit über, bis Gott ihm den Fingerzeig für den Beginn der längst von ihm gewünschten Heidenmission gab, sich wesentlich seinen Volksgenossen gewidmet haben. Denn nirgends haben wir die geringste Spur von heidenchristlichen Gemeinden, die Paulus in Zilizien gegründet habe. Erst als man in Antiochien begonnen hatte, auch Heiden das Evangelium zu predigen, und sein Freund Barnabas, der um seine geheimsten Wünsche wußte, ihn dorthin rief, öffnete sich ihm daselbst ein Feld für seine Tätigkeit unter den Heiden. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Entschluß dazu für einen gesetzestreuen Juden ein sehr schwerer war, wie wir aus der Geschichte des Petrus und des Hauptmann Kornelius wissen, und ohne ausdrücklichen Wink Gottes nicht ausgeführt werden konnte. Selbst als die antiochenische Gemeinde das erste Missionsunternehmen in größerem Stil plante und ihn mit Barnabas dazu aussandte, waren das erste Ziel desselben die jüdischen Synagogen in Zypern und Kleinasien. Erst auf dieser Reise, wo immer wieder die Synagoge ungläubig blieb und die Sendboten des Evangeliums verfolgte, während die Heiden es gläubig annahmen, ist es dem Apostel zur Gewißheit geworden, daß Gott ihn durch seine Bekehrung speziell zur Heidenmission berufen habe. Aber nie litt es sein glühender Patriotismus, dem er im Römerbrief einen so rührenden Ausdruck gegeben hat, daß er an seinen Volksgenossen vorüberging. Wie die Apostelgeschichte erzählt und er selbst gelegentlich betont, hat er immer wieder bei seinem Volke angeknüpft. Ohnehin boten ihm ja die Synagogen, die auch Heiden zugänglich waren, den natürlichsten Anknüpfungspunkt für seine Wirksamkeit unter diesen. Er sagt, daß zu einer Zeit, wo er längst über die Anhänglichkeit an das väterliche Gesetz hinausgewachsen, er sich doch gern demselben wieder unterwerfe, wenn er dadurch einige aus seinem Volk gewinnen könne. Unter den Leiden, welche ihm seine amtliche Tätigkeit zuzog, zählt er auf, daß er fünfmal die spezifische Synagogenstrafe erlitten habe, woraus erhellt, wie lange er oft in seiner Wirksamkeit als Jude unter Juden verkehrt haben muß. Auch zahlenmäßig unterschätzt man daher sicher die Bedeutung des Judenchristentums im apostolischen Zeitalter, wie umgekehrt oft

Digitized by Google

der Umfang der kleinen Konventikel, die Paulus im Gewühl der großen Städte sammelte, überschätzt wird.

II

Man hat es oft beklagt oder geradezu dem Christentum als einen Abfall von seiner ursprünglichen Einheit vorgeworfen, daß es sich in verschiedene Kirchen und Bekenntnisse gespalten habe. Aber man vergaß, daß das Urchristentum von vornherein in der Form zweier verschiedener Kirchen aufgetreten ist, deren Unterschiede viel tiefergreifend waren als die, welche unsere Kirchen und Konfessionen trennen. Die Kreise des Juden- und die des Heidenchristentums waren in ihrer gesamten Lebenssitte getrennt. Jenes hielt am alttestamentlichen Gesetze fest, zu dessen Befolgung es durch die Beschneidung verpflichtet war, und von dem es Christus mit keinem Wort freigesprochen hatte. Das Gesetz aber enthielt nicht etwa bloß Sittengebote, sondern forderte Kultusgebräuche und zahllose Verpflichtungen, die tief in das häusliche, gesellige und wirtschaftliche Leben eingriffen. Paulus aber hatte den von ihm gegründeten Heidengemeinden nie das Gesetz Israels aufgezwungen, da er sich ja zum Heidenmissionar berufen wußte und darum nicht erst die Heiden zu Proselyten des Judentums machen konnte, ehe er ihnen das Heil im Evangelium darbot. Sein großer Erfolg in der Heidenwelt beruhte wesentlich mit darauf, daß er ihr einen Monotheismus, nach dem sie dürstete, predigte, der sie nicht wie die jüdische Propaganda zwang, sich der verhaßten oder verachteten jüdischen Lebenssitte zu unterwerfen. Bis tief in die sittlichen Anschauungen hinein reichte dieser Unterschied des gesetzestreuen und gesetzesfreien Christentums. Jenem waren durch das Gottesgesetz des Alten Testaments die Greuel der heidnischen Unzucht verboten. Paulus aber hatte die Gläubigen nicht nur von dem mosaischen Gesetz, sondern von jedem statutarischen Gesetz freigesprochen, da der Geist Christi sie treiben sollte, alles heidnische Sündenwesen abzulegen und sich von innen heraus zu erneuern. Nun galt aber den Heiden der Geschlechtsgenuß außerhalb der Ehe, soweit er nicht in ihre Rechte eingriff, gar nicht als eine Frage der Sittlichkeit, und Paulus mußte ihnen erst beweisen, daß er etwas ganz anderes sei als der Genuß von Speise und Trank. Daher war es ein so harter Kampf, den er gegen die Unzuchtssünden in den jungen Heidengemeinden zu führen hatte, obwohl er meisterhaft darzulegen wußte, wie das neue religiöse Leben der Christen mit ihnen unvereinbar sei.

Aber auch in die religiösen Anschauungen hinein erstreckten sich die Unterschiede der beiden Kirchenkreise. Dem Judenchristen war das Evangelium doch immer nur die Erfüllung der alten Gottesverheißung für ihr Volk. Sobald diese in Jesu als dem Messias erfüllt war, verstand es sich von selbst, daß das Ideal des Gottesvolkes im Kreise der messiasgläubigen Juden erfüllt war, daß sie die rechten Gotteskinder waren, denen die väterliche Liebe Gottes Vergebung der Sünden, Schutz in jeder Versuchung und Trost in aller Trübsal gewährleistete. Daher konnte es kommen, daß ein Brief wie der des Jakobus

Digitized by Google

den Namen Christi kaum nennt und doch dessen gewiß ist, daß das Wort der Heilsverkündigung, welches bewies, daß Jesus der Messias Israels gewesen sei, die Gläubigen in religiös-sittlicher Beziehung gleichsam „neugezeugt habe". Darum ist ihre ganze Heilshoffnung geknüpft an die Wiederkunft Christi. Wir wissen nicht, wie weit und wie lange man in den Kreisen des Judenchristentums noch an der durch die Propheten Israels begründeten Verknüpfung der nationalen Hoffnungen Israels mit der Vollendung des messianischen Heilswerks festhielt. Aber schwer genug mag es den Judenchristen geworden sein, sich in die Wege Gottes zu finden, welche es allmählich klarmachten, daß die Erfüllung seiner nationalen Hoffnungen dem in seiner großen Mehrheit ungläubig bleibenden Volke definitiv versagt sei.

Wie anders war die Heilsverkündigung, welche Paulus und seine Genossen den Heiden boten. Wir lernen dieselbe kennen teils aus Andeutungen des ersten Thessalonicherbriefes, teils aus dem Muster einer Heidenmissionspredigt, das uns Lukas in der Areopagrede des Paulus erhalten hat. Hier konnte selbstverständlich von einer Verheißung Israels zunächst gar keine Rede sein. Der Apostel knüpft an die Reste des Gottesbewußtseins im Heidentum an und an das Zeugnis ihres Gewissens, welches ihnen sagte, daß sie in ihrem Sündenleben gottverlassene Menschen seien. Darum geht er davon aus, daß mit der Wiederkunft Christi das große Gottesgericht hereinbreche, in dem dieser zum Weltrichter bestellt sei. Man könne dem Verderben in diesem Gericht nur entrinnen, wenn man an ihn als den Heilbringer glaube. Nun mußte Paulus zeigen, wie Christus uns durch seinen Tod die Sündenvergebung erworben habe, wie er aus Gnaden die Gläubigen zu Gottes Kindern gemacht und ihnen seinen Geist gesandt habe, damit sie in seiner Kraft ein neues religiös-sittliches Leben beginnen könnten. Er mußte zeigen, wie durch Christi Auferstehung uns die Aussicht eröffnet sei, zu einem himmlischen Leben zu gelangen, zu dem er durch seine Auferstehung eingegangen sei, und zu dem er seine Gläubigen bei seiner Wiederkehr führen werde.

Unter diesen Umständen ist es nur zu begreiflich, daß die Urgemeinde in Jerusalem, die unter der Leitung des gesetzeifrigen Jakobus stand, die aus den Heiden gewonnenen Gläubigen nicht als echte christliche Brüder anerkennen wollte. Man berief sich darauf, daß doch von jeher Heiden, die an dem Heil Israels Anteil nehmen wollten, sich durch Annahme der Beschneidung auf das Gesetz Mosis verpflichtet hätten. Wieviel mehr mußte das von den Heiden gelten, die an der durch den Messias gebrachten Vollendung des Heils in Israel teilnehmen wollten. Der Streit darüber entzündete sich namentlich in Antiochien, von wo das Missionsunternehmen ausgegangen war, das hauptsächlich zur Gründung einer heidenchristlichen Kirche geführt hatte. Auf Anregen des Paulus ging eine Gesandtschaft von Antiochien nach Jerusalem, um über die Streitfrage zu verhandeln. Der Apostel bestand darauf, einen seiner heidenchristlichen Schüler, namens Titus, mitzunehmen, weil es bei ihm sich sofort zeigen mußte, ob man es wagen werde, den Unbeschnittenen,

Digitized by Google

der nach jüdisch gesetzlicher Anschauung unrein war, d. h. der Gottgeweihtheit des jüdischen Volkes entbehrte, die Brudergemeinschaft zu verweigern. Es kam zu heftigen Diskussionen im Ältestenrat der Urgemeinde; aber die älteren Apostel nahmen die Partei des Paulus und setzten es durch, daß Titus „nicht gezwungen wurde, sich beschneiden zu lassen". Damit war die Frage im Prinzip entschieden, und die Heidenmission des Paulus anerkannt. Man reichte den abgesandten Vertretern der Heidenmission die Bruderhand zum Zeichen, daß man ein gemeinsames Werk treibe, Petrus und die Urapostel an den Juden, Paulus und Barnabas an den Heiden. Nicht als wollte man eine Scheidung der Missionsgebiete vornehmen, da Paulus nie darauf verzichten konnte, auch unter den in Heidenländern wohnenden Juden zu wirken. Nur die Verpflichtung für die Judenmission übernahmen die Urapostel, und die Heidenboten nur die Unterstützung der in den Verfolgungen verarmten Urgemeinde, durch welche die Heidengemeinden sich am besten der christlichen Brudergemeinschaft würdig erweisen konnten.

So hat Paulus selber im Galaterbrief die Verhandlungen in Jerusalem dargestellt, aber endlose Schwierigkeiten machte es, daß die Apostelgeschichte sie so viel anders darzustellen schien. Man kommt auch in der Tat über sie nicht hinaus, wenn man nicht anerkennt, daß Lukas hier seiner judenchristlichen Quelle folgt, aus der die wichtigsten Stücke in der ersten Hälfte seines Buches geschöpft sind. Diese Quelle berichtete aber über viel spätere Verhandlungen, und nur Lukas, der sich auch sonst über die Anfänge des Paulus nur mangelhaft unterrichtet zeigt, hat irrtümlich diese Verhandlungen für dieselben gehalten, von denen Paulus im Galaterbrief erzählt. Wir werden aber sehen, daß jene auf einen völlig anderen Anlaß hin entstanden waren.

III

Die Schwierigkeiten der Heidenfrage waren durch die Anerkennung der Heidenmission seitens der Urapostel noch lange nicht gelöst. Das zeigte sich sofort in Galatien. Als Paulus seine große Heidenmissionsreise nach Mazedonien und Griechenland antrat, hatte er, vom Geist getrieben, es vermieden, in den vorderasiatischen Landschaften, die er durchreisen mußte, zu predigen, da dort bereits in judenchristlichen Gemeinden Grund gelegt war. Nur in Galatien hatte er in einer noch rein heidnischen Gegend, in der er durch schwere Erkrankung zu längerem Aufenthalt genötigt war, es nicht unterlassen, das Evangelium zu verkündigen und heidenchristliche Gemeinden zu gründen. Selbstverständlich kamen diese nach der Abreise des Apostels sehr bald in Berührung mit den älteren judenchristlichen Gemeinden jener Landschaft, die von den Verhandlungen der Apostel in Jerusalem natürlich nichts wußten. Diese verlangten, daß die jüngeren heidenchristlichen Gemeinden die Unterschiede ihrer Lebensfitte dadurch aufheben sollten, daß sie die Beschneidung annähmen und sich auf das mosaische Gesetz verpflichteten. Man stellte ihnen vor, daß man es ja mit dieser Verpflichtung nicht so genau nehmen dürfe. Die Juden

Digitized by Google

in der Diaspora waren längst gewöhnt, in dem für sie schlechthin notwendigen Verkehr mit den Heiden manche Forderungen des Gesetzes, die denselben zu sehr einengten, fallen zu lassen.

Aber viel schwieriger wurde die Frage, wo Heidenchristen mit Judenchristen in derselben Gemeinde zusammenlebten. Die christliche Brudergemeinschaft forderte natürlich die Tischgemeinschaft, besonders die Gemeinsamkeit bei den feierlichen Mahlzeiten, in denen man nach Jesu Anordnung das Brot brach und den Kelch weihte „zu seinem Gedächtnis". So in der Gemeinde Antiochiens, die von vornherein die bekehrten Heiden in sich aufgenommen hatte. Petrus hatte auch keinen Anstoß genommen, als er dort hinkam, die unter ihnen eingeführte Tischgemeinschaft mitzumachen. Als aber Leute von Jakobus herkamen, die diese Tischgemeinschaft nach strenger Auffassung des alttestamentlichen Gesetzes für unerlaubt hielten, hatte Petrus aus Furcht, weniger gesetzestreu als Jakobus zu erscheinen, sich von der Tischgemeinschaft mit den Heidenchristen zurückgezogen und den Barnabas wie sämtliche Judenchristen bewogen, das ebenfalls zu tun. Als nun Paulus von seiner großen Heidenmissionsreise dorthin zurückkehrte, war er mit Recht empört darüber und stellte den Petrus in öffentlicher Gemeindeversammlung darüber zur Rede, indem er diese Verleugnung seiner besseren Überzeugung als Heuchelei brandmarkte. Es erhellt aus dem Zusammenhang, in dem Paulus diesen Vorfall im Galaterbrief erzählt, unzweifelhaft, daß Petrus sein Unrecht einsah. Aber als er nach Jerusalem zurückkehrte, hielt man es doch für notwendig, die Frage zu prüfen, was geschehen könne, um die Brudergemeinschaft zwischen Juden- und Heidenchristen zu ermöglichen. Diese Verhandlungen sind es, von denen die Quelle der Apostelgeschichte erzählte, und die Lukas fälschlich mit denen auf dem sog. Apostelkonzil verband. Paulus ist bei denselben gar nicht anwesend gewesen, vielmehr hat die Apostelgeschichte selbst die Erinnerung erhalten, daß erst bei seinem letzten Besuch in Jerusalem ihm von Jakobus und den Ältesten ihre damaligen Beschlüsse mitgeteilt wurden.

Bei diesen Verhandlungen stellte sich sofort heraus, daß Petrus und Jakobus doch von sehr verschiedenen Voraussetzungen aus die Heidenmission des Paulus anerkannt hatten. Jener hatte in den Ereignissen, die zur Taufe des Heiden Kornelius führten, die bestimmte Weisung gesehen, die Heiden nicht mehr für unrein zu halten, weil Gott selbst dadurch, daß er den gläubig gewordenen unter ihnen nach der Taufe den Geist mit seinen Wundergaben verlieh, sie für rein erklärt habe. Jakobus aber berief sich auf eine Prophetenstelle, nach der Gott sich allerdings in den gläubig gewordenen Heiden ein neues Volk erkoren habe, das seinen Namen führen dürfe, ohne daß damit eine Gemeinschaft mit dem alten Gottesvolk gegeben sei. Sollte eine solche doch hergestellt werden, so müsse man wenigstens die Hauptanstöße beseitigen, welche die Juden an der heidnischen Lebenssitte nahmen. Dazu gehörte vor allem, daß die Heidenchristen ohne Scheu von dem Götzenopferfleisch aßen, das auf dem Markte verkauft wurde, was den strengen Juden für eine Be-

Digitized by Google

teiligung an der Götzendienerei galt. Dazu kam, daß diesen als verboten galt, Blut und Ersticktes, von dem das Blut nicht ausgelassen war, zu essen, weil das Alte Testament ausdrücklich sage, daß Gott sich das Tierblut als sein spezifisches Eigentum für das Opfer vorbehalten habe. Wie man damit den geschlechtlichen Verkehr außerhalb der Ehe, der in der heidnischen Sitte durchaus nicht für unsittlich galt, verbinden konnte, haben wir oben gesehen. Die Enthaltung der Heidenchristen von diesen drei Stücken erschien schon darum notwendig, weil es die Mission unter den Juden unmöglich machte, wenn sie sahen, daß solche, die sich Christen nannten, sich durch diese Greuel verunreinigten.

Dem Apostel Paulus war durch den Auftritt in Antiochien die Freude an seinem bisherigen Hauptsitz daselbst verleidet, und er beschloß, Ephesus als solchen zu wählen, von wo er am besten seine europäischen und asiatischen Gemeinden leiten konnte. Auf der Reise dorthin kam er wieder nach Galatien und fand seine Gemeinden dort durch die Frage verunruhigt, ob nicht die Heidenchristen daselbst um der Gemeinschaft mit den benachbarten Judenchristen willen die Beschneidung annehmen und sich wenigstens im Prinzip auf das Gesetz verpflichten müßten. In seiner impulsiven Weise hatte der leidenschaftliche Mann sich auf keine Diskussion darüber eingelassen, sondern einfach erklärt, daß, wer ihnen ein anderes Evangelium verkündige, als sein gesetzesfreies, dem Fluche Gottes verfallen sei, und daß, wer sich durch die Beschneidung auf das Gesetz verpflichte, auch alle Forderungen desselben buchstäblich erfüllen müsse. Er hoffte damit die Frage abgetan zu haben, aber sobald er in Ephesus angelangt, traf ihn die Nachricht, daß seine galatischen Gemeinden im Abfall begriffen seien. Man hatte ihnen gesagt, daß Paulus kein Recht habe, sein Evangelium in dieser ausschließlichen Weise als das allein richtige zu bezeichnen, da doch die älteren Apostel nie die Gesetzestreue mit dem Christentum für unvereinbar gehalten hätten. Paulus hatte die Frage durch seine Autorität entscheiden wollen, und nun stellte man ihm die Autorität der Urapostel gegenüber. Daher zeigt er in seinem Brief an die Galater, wie er allein durch göttliche Offenbarung zu seinem gesetzesfreien Evangelium gekommen, wie dasselbe von den Uraposteln anerkannt und selbst einem Petrus gegenüber mit Erfolg zur Geltung gebracht sei. Mit unwiderleglicher Dialektik beweist er, wie die göttliche Gnade, die er den Heiden verkündige, jeden Versuch, dieselbe durch irgendwelche Werkgerechtigkeit verdienen zu wollen, ausschließe, wie der Glaube an sie allein den Menschen gerecht, d. h. vor Gott wohlgefällig mache. Zum erstenmal hat Paulus hier alle Konsequenzen seiner Gnadenlehre gezogen, wonach das Gesetz überhaupt nur für die Vorbereitungszeit gegeben sei und für Heiden wie für Juden jetzt seine religiöse Bedeutung verloren habe. Der Brief muß seinen Zweck vollkommen erreicht haben, da wir nie mehr etwas von Zerwürfnissen zwischen Paulus und den galatischen Gemeinden hören.

Schwerere Wirren noch entstanden in der korinthischen Gemeinde. Dort hatte lange ein alexandrinischer Jude namens Apollos, der von paulinischen

Digitized by Google

Schülern erst in das volle Verständnis des Christentums eingeführt war, gewirkt. Auch solche gab es dort, die sich Petrusschüler nannten, mochten sie nun gelegentlich bei Besuchen in Jerusalem bekehrt oder, was nicht unwahrscheinlich, auch Petrus auf seinen Missionsreisen einmal nach Korinth gekommen sein. Tief empört hatte den Apostel ein Streit, der zwischen diesen drei Parteien über die Vorzüge ihrer Lehre entstanden war, da er doch nicht ein Lehrer wie die anderen, sondern der Begründer der Gemeinde war. Große Sorge machte ihm auch die immer wieder sich einschleichende Neigung zu den Unzuchtsünden, die er ganz im Sinne der Apostel zu Jerusalem, aber natürlich ohne ihrer Beschlüsse zu gedenken, von denen er ja gar nichts wußte, als völlig unvereinbar mit dem Christentum erklärte. Auch über das Essen des Götzenopferfleisches, wie über viele andere Punkte waren Streitigkeiten in der Gemeinde ausgebrochen. Paulus erklärte das Essen des Götzenopferfleisches für völlig unverfänglich, hielt aber streng darauf, daß, wem dasselbe noch Gewissensskrupel verursache, es meiden müsse, und befahl den Freigesinnten, um die Ängstlichen nicht zu gewissenswidrigem Handeln zu verführen, lieber auf ihre Freiheit zu verzichten. Was aber diese korinthischen Wirren am bedenklichsten machte, war, daß aus Jerusalem Lehrer mit Empfehlungsbriefen nach Korinth gekommen waren, die noch Jesum selbst gehört hatten und sich daher als die eigentlichen Christusschüler aufspielten. Sie hüteten sich wohl, mit ihren letzten Absichten, die natürlich auf die Beugung der Heidenchristen unter das Gesetz gingen, hervorzutreten, da die Ereignisse in Galatien gelehrt hatten, wie Paulus ganz der Mann war, um all ihre Gründe zu widerlegen. Sie suchten erst durch die gehässigsten Anklagen und Verleumdungen die Autorität des Paulus zu brechen, die ja in dem Parteistreit ohnehin zu der eines Parteiführers herabgedrückt war. Auch diese Gegner hat Paulus durch seinen zweiten Korintherbrief definitiv überwunden, so daß sie das Feld räumen mußten und er monatelang mit der Gemeinde in vollstem Frieden leben konnte.

Dem ganzen Streit machte die Entwicklung der Dinge von selbst ein Ende. Als sich in Palästina das Fieber der Revolution gegen die Römerherrschaft der Gemüter bemächtigte, mußten die Gläubigen unter den Juden, welche diese nicht mitmachen wollten, immer schwerere Verfolgungen erdulden, denen sogar ein Mann wie Jakobus zum Opfer fiel. Und die Wiederkunft Christi, von der man die Errettung erhofft hatte, schien immer hoffnungsloser zu verziehen. Unter diesen Umständen erstand bei vielen die Frage, ob der Glaube an den Messias, um deswillen sie täglich solche Opfer brachten, ihrer wert sei, ob nicht die alten Heiligtümer, für die jetzt der letzte Kampf gestritten werden sollte, zum wahren religiösen Leben genügten. Da ersah einer ihrer Propheten, der im Ausland lebte, die ungeheure Gefahr der Situation und erkannte als das einzige Mittel, die unvergebbare Todsünde eines Abfalls von Gott zu verhüten, die völlige kultische und soziale Loslösung von ihren ungläubigen Volksgenossen. In dem sog. Hebräerbrief begründete er das schärfer als es Paulus je getan durch den Nachweis, daß mit dem Opfer des Hohenpriesters

Digitized by Google

auf Golgatha der gesamte jüdische Kultus abgeschafft sei. Bald genug bestätigten die Flammen des Tempels sein Wort, weil mit dessen Zerstörung der legitime alttestamentliche Kultus unmöglich geworden war. Damit sanken die Judenchristen, die noch an dem Gesetz festhalten wollten, zu einer bedeutungslosen Sekte herab. Aber auch die Judenchristen in der Diaspora gewöhnten sich je länger je mehr an die brüderliche Gemeinschaft mit den gesetzesfreien Heidenchristen, und diese konnten nun um so williger ihnen die Prärogative im Reiche der Gnade zugestehen. Paulus selbst hatte es in seinem Römerbrief ausgesprochen, daß das Evangelium zuerst für die Juden bestimmt sei, und hat dann im Epheserbrief einen Gedanken, den er dort gelegentlich ausgesprochen, zur Basis gemacht, auf der der definitive Friede zwischen Juden- und Heidenchristen hergestellt werden sollte, nämlich daß diese nur durch ihre Bekehrung in die Heilsgemeinschaft Israels aufgenommen seien. Auch die letzten Jerusalemer Beschlüsse, welche die Haupthindernisse des Verkehrs zwischen Juden- und Heidenchristen hinwegräumen sollten, waren im wesentlichen zur Annahme gelangt. Die Frage des Blutgenusses war von Anfang an in der Diaspora gegenstandslos, da Opfer nur in Jerusalem gebracht werden konnten, und fiel mit dem Aufhören des Opferkultes von selbst fort. Die Unzuchtsünden hatte Paulus von jeher für die eigentliche Grundsünde des Heidentums erklärt, und das Essen des Götzenopferfleisches, das, wie wir aus den Korintherbriefen wissen, selbst vielen Heidenchristen Skrupel machte, hatte Paulus lieber zu lassen geraten, als solche zu gewissenwidrigem Handeln zu verführen. Aus der Apokalypse sehen wir, daß dasselbe in Vorderasien ebenso wie die Unzucht für ein Zeichen des in heidnischen Kreisen aufkommenden Libertinismus gehalten wurde, welchen der Judas- und der zweite Petrusbrief mit den furchtbarsten Drohungen bekämpfte. Auch andere Eigenheiten des Judentums sind in die Verfassung, den Kultus und die Werkheiligkeit der sich bildenden Großkirche aufgenommen worden, und sie leben noch heute fort in der römischen Kirche. Erst der Protestantismus hat wieder dem heidenchristlichen Evangelium des Paulus den Sieg verschafft.

Sprache und Schrift

Von

Ferdinand Sommer

In vielen Jahrmyriaden hat sich an und aus dem Organismus des Menschen jene geistigste aller körperlichen Funktionen herausgebildet, die wir „Sprache“ nennen; ihr zur Seite steht jetzt innerhalb unseres Kulturkreises ein Produkt, das eine nicht allzusehr in die Tiefe gehende Betrachtung ohne viel Skrupel als ein mehr oder weniger gelungenes Konterfei der Sprache auf dauerhaftem Material bezeichnen wird: die Schrift. Wer die Be-

Digitized by Google

ziehungen zu verfolgen unternimmt, in denen beide zueinander stehen, genießt gegenüber anderen Fragen, die sich auf demselben Gebiet bewegen, wenigstens eine Vergünstigung: Er ist in der angenehmen Lage, sich und seine Leser nicht erst lange mit Begriffsbestimmungen quälen zu müssen, wie sie bei ähnlicher Gelegenheit gerade das mehrdeutige Wort „Sprache" mit sich bringt: Eine Erscheinung von solcher Vielseitigkeit, wie es die Sprache ist, kann an sich von so mannigfaltigen Gesichtspunkten aus beleuchtet und analysiert werden, daß eine völlig umfassende Definition, die allen Betrachtungsarten gleicherweise gerecht würde, überhaupt nicht denkbar ist. In unserem Falle liegt die Sache einfach: Man darf sich, ohne befürchten zu müssen, daß Wesentliches zu kurz kommt, darauf beschränken, die Sprache in ihrer Rolle als Verständigungsmittel zu betrachten, als Verständigungsmittel freilich im Sinne des Wortes. Denn dies ist der Boden, in dem die Wechselbeziehungen zwischen Sprache und Schrift wurzeln, es ist zugleich — ein weiterer, in unseren Tagen nicht zu unterschätzender Vorteil — gerade die praktische Seite der sprachlichen Betätigung, die hier in den Vordergrund tritt. Demnach gehört auch zur richtigen Beurteilung dieser Beziehungen von Rechts wegen nichts mehr als praktischer, gesunder Menschenverstand, ohne die schwere Maschinerie der Gelehrsamkeit, und die Wissenschaft hat ihrem natürlichen Beruf als Lehrmeisterin nur insofern nachzugehen, als sie dafür sorgen muß, daß dabei der richtige Weg eingeschlagen und beibehalten wird, kann es doch dem gesündesten Menschenverstand wie den gesündesten Beinen auch auf ebener Straße begegnen, daß er sich hier und da einmal verläuft, wenn — kein Wegweiser da ist.

Das Verhältnis der Schrift zur Sprache wird der unbefangene Betrachter sofort nach mehr als einem Gesichtspunkte als das der ausgesprochenen Unterordnung bezeichnen. Man wird als Niederschlag des allgemeinen Urteils etwa folgende drei Sätze aufstellen können: Erstens, Schreiben und Schrift sind zeitlich später als Sprechen und Sprache; zweitens, die Schrift ist ihrer Entstehungsart nach der Sprache gegenüber inferior, denn sie ist ein Kunstprodukt, während der Quell der Sprache der Natur des Menschen lebendig entströmt; drittens, die Leistungsfähigkeit der Schrift, die lediglich die Stelle eines Hilfsmittels einnimmt, ist geringer als die der Sprache. Letzteres wird, den richtigen Umfang des Urteils vorausgesetzt, auch die Wissenschaft ohne weiteres zugestehen. Und muß nicht der Verdacht des gewollten Geistreichtuns wach werden, wenn man sich den beiden ersten Punkten der Beurteilung gegenüber auch nur eine Bedenkzeit ausbittet? Ein Blick auf den Zustand, wie ihn unsere heutige kulturelle Lage darbietet, und die oben formulierten Meinungen müssen sich ja fast notwendig einstellen. Zeitlich betrachtet, geht in jedem einzelnen Falle des Verfahrens dem Schreibprozeß ein Sprachprozeß vorher; für gewöhnlich allerdings ein Denken, aber in sprachlicher Form, ohne die eine Niederschrift von vornherein unmöglich wäre. Man wird nicht weiter darüber debattieren, daß die Anwendung der

Digitized by Google

schriftlichen Verständigung sich in die zwei Akte des Gebens und des Empfangens zerlegt, und daß beim letzteren, beim Lesen, sich das Verfahren in umgekehrter Reihenfolge abwickelt. Gewiß, das Geschriebene, das nicht gelesen wird, hat seinen Beruf verfehlt, aber seine Entstehung eben setzt wiederum sprachliche Tätigkeit voraus; es sei denn, daß man sich in theoretischer Spitzfindigkeit einen Fall konstruiert, wo jemand, ohne mit dem Zweck und Wesen der Schreibkunst vertraut zu sein, für ihn bedeutungslose Buchstabenzeichen hinmalt, die ein anderer dann liest. Immerhin ist es vielleicht nicht ganz unnütz, auch diese kleine Belanglosigkeit hier einen Augenblick im Gesichtsfeld gehabt zu haben, und wäre es nur, um mit Hilfe der Kontrastwirkung den normalen Zustand um so klarer vor Augen zu sehen. Wie bei jeder einzelnen Anwendung, so auch bei der Aneignung des Schreibens durch das menschliche Individuum: Daß ein normales Produkt unserer modernen Erziehungskünste eher den Mund zum Sprechen als die Finger zum Schreiben gebrauchen lernt, auch diese Sorte von Weisheit würde ich dem Papier nicht anvertraut haben, wenn sie nicht hier im Zusammenhang stehen müßte; verfolgt doch die Erwähnung dieser Selbstverständlichkeiten zugleich noch einen besonderen, in erster Linie negativen Zweck: Eine übel angebrachte „naturwissenschaftliche" Betrachtungsweise könnte sich versucht fühlen, auch auf unserem Gebiet mit einer Art von „biogenetischem Grundgesetz" zu kokettieren, um, wenn auch nur in Form eines Gleichnisses, von der individuellen Entwicklung einen Rückschluß aufs Allgemeine zu ziehen, dergestalt, daß die Beobachtungen am einzelnen Menschen zum Maßstab für die Beurteilung des „parallelen" Prozesses in der Menschheitsgeschichte genommen würde. Wie verkehrt aber das sein würde, soll gerade die folgende entwicklungsgeschichtliche Skizze lehren. Und wie behutsam auch schon bei der Untersuchung des einzelnen Menschen verfahren werden muß, mag zuvor noch eine kurze Bewertung jener weitverbreiteten Ansicht dartun, daß dem „Kunstprodukt" der Schrift die Sprache als „Naturprodukt" gegenüberzustellen sei. Und zwar trifft eine kritische Analyse dieses Werturteils zunächst lediglich den Teil, der die Sprache angeht: Man hat allen Ernstes danach zu fragen, ob die Sprache, wie sie jeder von uns mit größerer oder geringerer Fertigkeit sich erworben hat und handhabt, wirklich etwas „Natürliches", etwas „Angeborenes" ist. Nur eine kleine Einrenkung, und das Richtige ergibt sich von selbst: Nicht das Sprechen — nur die Fähigkeit, sprechen zu lernen, ist dem einzelnen Mitglied der Gattung homo sapiens mit auf den Weg gegeben, dies oft recht mühsame Lernen selbst aber vollzieht sich auf Grund einer durchaus nicht „natürlichen" Einwirkung von außen durch die Erzieher, und auf welche „künstliche" Weise es sich zum Teil vollzieht, davon wird das Schreckenswort „Schulbank" leicht ein nicht immer erfreuliches Erinnerungsbild beim Leser hervorzaubern. Wüchse ein menschliches Wesen in stummer Umgebung auf, es würde ebensoviel und sowenig sprechen lernen wie das Tier, wohl aber würde es wie dieses — das mag zur Ver-

Digitized by Google

deutlichung daneben gestellt sein — sehen und hören. Ein hochangesehener Gelehrter hat einmal die auf den ersten Blick verblüffende, aber ihrem Kern nach durchaus richtige Äußerung getan: „Der Mensch lernt sprechen, wie er Billardspielen lernt."

Und wie stellt sich nun das Verhältnis von Sprache und Schrift im Werdegang der Menschheitsgeschichte dar? Steht hier nicht doch die Tatsache unerschütterlich fest, daß die Schrift als ein „Hilfsmittel" der Sprache erst auftritt in einer Epoche, die, mag sie auch die erste Morgendämmerung für das Licht der Geschichte bedeuten, doch unendlich viel jünger ist als die Ausbildung der Sprache? Hier kommen wir nun freilich doch um eine kurze Frage nach der Begriffsbestimmung nicht herum: *Von wann an* sollen wir von „Schrift" reden? Daß unsere heutige Art zu schreiben das einstweilige Endergebnis eines jahrtausendelangen Prozesses darstellt, wissen wir, wir wissen desgleichen, daß das für uns historisch zu frühest belegbare Stadium der Schrift eine Bilderschrift ist. Aber wie weiter? So viel steht fest: Auch diese Bilderschrift selber ist nicht eines schönen Tages fertig dem Gehirn eines gewaltigen Genies entsprungen, sie trägt schon in dem verhältnismäßig kurzen Zeitraum, in dem wir sie geschichtlich verfolgen können, deutliche Spuren einer Weiterentwicklung an sich. Das verpflichtet die Wissenschaft zu der weiteren Fragestellung, wie der uns nicht durch Denkmäler überlieferte Werdegang der *vorhistorischen* Zeit sich abgespielt haben wird, wenn es hier auch nur möglich ist, die über die geschichtlichen Anfangspunkte hinausführenden Linien als hypothetische *Hilfs*linien zu ziehen. Jeder derartige Versuch aber führt bei einiger Überlegung zu der Erkenntnis, daß diese Hilfslinien sich in einem absoluten Endpunkt nicht treffen noch treffen können. Es gibt hier keinen faßbaren Moment, wo sich eben sagen ließe: „Jetzt fängt die Schrift an; was vorher liegt, ist bloß eine Zeichnung." Der Punkt, an dem jene Linien sich schneiden sollen, liegt selbst wieder auf hypothetischem Gebiet, und anstatt seiner mathematischen Festlegung erscheint wiederum lediglich eine *Frage*: „Wie kommt überhaupt Schrift zustande?" Das führt in ein Gebiet, wo allerdings die von unserer Anschauung uns aufgedrungene Rangordnung von Sprache und Schrift ins Wanken geraten muß.

Unsere Lautsprache, meist schlechthin „Sprache" genannt, ist ja nur *eines* der Mittel, deren sich der menschliche Geist zum Zweck der Mitteilung an andere bedient, und steht sie jetzt im Vordergrund, hat sie die weiteste und feinste Ausbildung erlangt, weil das Material, von dem sie sich bildete, in seiner natürlichen Variabilität die größte Entwicklungsfähigkeit und Brauchbarkeit bekundet hat, so kann es doch nicht zweifelhaft sein, daß sie in ihren Anfängen durchaus mit allen anderen Verständigungsmitteln auf einer Stufe steht. Stellen wir die *Lautsprache* in ihrer denkbar primitivsten Form der *Gebärden-* oder, vielleicht noch besser und allgemeiner gesagt, der *Zeichen*sprache gegenüber, so erfüllen sie beide in gleicher Weise ihren Zweck, wie jedes beliebige, konkret gedachte Beispiel aufzeigen kann: Ob ein „Urmensch"

Digitized by Google

dem andern „Heda!“ zuruft, ob er ihm pfeift oder winkt oder ihn etwa durch in die Bäume eingehauene Kerben darauf aufmerksam macht, daß jener ihm auf dem so bezeichneten Weg nachkommen soll — alles das sind von Fall zu Fall taugliche Formen der Mitteilung, von denen keine der anderen an Wert absolut überlegen ist: Wirkt die lautliche Äußerung auf große Entfernung, weiter auch bei verhinderter oder verminderter Sichtbarkeit des Mitteilenden, so hat die lautlose Form oft den Vorzug, die beabsichtigte Nachricht lediglich auf den Empfänger zu beschränken, und hält man sich vor Augen, von welcher Wichtigkeit gerade die Lautlosigkeit etwa bei Jagd und Fehde sein kann, so ist damit gleichzeitig auch ihre Wichtigkeit für das Leben des Urmenschen speziell hinreichend klar. Kein Wunder, daß z. B. die Gebärdensprache noch in unserer Zeit bei sog. Naturvölkern eine weit größere, der der Lautsprache näherkommende Rolle spielt als in unserem Kulturkreis; der Vorrang, den die Lautsprache im Lauf der Zeiten sich erstritten hat, ist ein sekundärer Prozeß. Wo liegt nun aber die Wurzel der Schrift anders als in jener lautlosen Form der Mitteilung auf festem Material, für die „Zeichnung“ als allgemeinster Name dienen kann? Sie ist Vorbedingung und Grundlage für die Zeichenschrift, diese nur eine besondere Entwicklungsform der Zeichnung. Ihre Wege beginnen sich erst da zu trennen, wo die Zeichnung nicht mehr bloß die dargestellten Gegenstände zum Ausdruck bringt, sondern eine zunächst vielleicht recht unbedeutende Umwertung erfährt, so etwa, wenn in der alten chinesischen Bilderschrift die Zeichen „Berg“ + „Mann“ benutzt werden, um den Begriff „Eremit“ darzustellen. So viel geht aus diesen knappen Bemerkungen wohl hervor, daß von einer Wertunterordnung der Schrift unter die Sprache in der frühesten Zeit keine Rede sein kann. Zugleich ist damit gesagt, daß auch eine zeitliche Priorität der Sprache nicht ohne weiteres behauptet werden darf: Es ist ganz müßig, danach zu fragen, ob in jenem Augenblick, da ein Mensch sich zum erstenmal bewußt und absichtlich eines Verständigungsmittels zum Zwecke einer Mitteilung urwüchsigster Art bedient hat, dies ein ausgestoßener Laut oder ein ausgeführtes Zeichen war. Ja, wer Lust zum Theoretisieren hat, darf auf Grund dieser Erkenntnis sogar einmal ganz für sich erwägen, ob es prinzipiell möglich wäre, daß die Menschheit zwar eine Schrift, aber keine Sprache besäße. Das klingt widersinnig, ist es aber nicht: Angenommen, der menschliche Intellekt sei genau so ausbildungsfähig gewesen, wie wir ihn kennen, aber Atmungsorgane und Mund unfähig zur hinreichenden Hervorbringung artikulierter Laute, unfähig somit, Träger einer „Lautsprache“ zu werden, so würden wir es uns im wörtlichsten Sinn vielleicht „ausmalen“ können, wie sich eine aus irgendwie eingegrabenen Zeichen gebildete Sprache eingestellt hätte, vollkommen genug, um die menschlichen Gedanken in weitestem Umfang darzustellen, nur natürlich nicht in der uns geläufigen Form der Lautschrift. Doch überlassen wir es andern, das auszuspinnen. Gewiß ist die Phantasie auch für die Wissenschaft nützlich, ja notwendig, nur darf sie nicht an-

Digitized by Google

fangen zu phantasieren. Bescheiden wir uns bei dem Ergebnis, daß Sprache und Schrift in ihren ersten Keimen auf gleichem Boden als zunächst durchaus gleichwertige Gebilde nebeneinander gewachsen sind!

Und doch sprechen wir heutzutage mit vollem Recht von einer Abhängigkeit der Schrift von der Sprache und damit von einem Unterordnungsverhältnis. Dahin hat notwendig erst der Weg geführt, den die Weiterbildung der Schrift eingeschlagen hat, und die gerade für unsere Art der Sprachfixierung auf festem Stoff charakteristisch geworden ist: der Weg von der Bilderschrift zur Lautschrift. Der erste Schritt dazu ist die Prägung jener Darstellungsart, wie wir sie in spielerisch-scherzhafter Spiegelung noch heute bei unserem Rebus uns vor Augen zu führen vermögen, die Verwendung eines Bildzeichens für sein Homonym, d. h. also seine Bedeutungsmodifikation rein unter dem Einfluß lautlichen Gleichklangs: Wer etwa das Zeitwort wagen aus einem bildlich dargestellten Wagen oder haut aus einer gezeichneten Haut erraten läßt, tut hier zum Zweck eines harmlosen Späßchens nichts anderes, als was vor mehreren tausend Jahren die Ägypter in ernsthaftester Absicht getan haben, wenn sie das Zeichen der Schwalbe (wr) nur wegen des Gleichklangs auch für das Wort wr „groß" verwandten. Von da ab war das Schicksal der Schrift besiegelt, sie war unlöslich an die Sprache und deren lautliche Form gekettet, und um so fester, je weiter man auf der einmal betretenen Bahn fortfuhr. Gerade die Entwicklung bei den Ägyptern ist ja für die europäische Kultur von ausschlaggebender Bedeutung geworden: Ein eigentümlicher Lautveränderungsprozeß ihrer Sprache, verbunden mit der für unsere, aber nicht für ägyptische Sprachbegriffe merkwürdigen Gepflogenheit, die Vokalbezeichnung zu vernachlässigen, hat bei ihnen dazu geführt, daß Zeichen für gewisse Worte, die nur einen einzigen Konsonanten enthielten, einfach die Geltung eben dieses Konsonanten bekamen, und damit war der Grund zur eigentlichen Buchstabenschrift gelegt; also nicht, wie man bis vor kurzem noch geglaubt hat, auf dem Wege, daß die Wortzeichen allmählich samt und sonders auch für die Bezeichnung der in ihrem Anlaut stehenden Konsonanten benutzt wurden. Dieses Verfahren, das sogenannte „akrophonische Prinzip", zur konsequenten Durchführung gebracht zu haben, ist erst eine Tat der Semiten. Auch die Auffassung übrigens darf jetzt — und zwar schon seit etwas längerer Zeit — als überwunden gelten, daß die ägyptische Hieroglyphenschrift direkt die ältere Vorstufe, die Mutter des semitischen Schriftsystems gewesen wäre. Wohl aber lieferte sie das Muster und zum Teil das bildliche Material für eine von Semiten für Semiten geschaffene Bilderschrift, auf die das semitische Buchstabenalphabet zurückgeht. Spuren semitischer Sprachdenkmäler in Bilderschrift sind kürzlich im Sinai gefunden worden. Wie dann durch Herüberwandern des phönikischen Alphabets zu den indogermanischen Griechen, die vor allem mit der Durchführung der Vokaldarstellung eine segensreiche Umwälzung hervorriefen, wieder die Römer befruchtet wurden, die das griechische System in der auf dem

Digitized by Google

Boden der unteritalischen Kolonien heimischen Form empfingen, und wie schließlich mit dem siegreichen römischen Adler diese Gestalt des Alphabets ihren Triumphzug durchs ganze Abendland antrat, um dort nur noch sehr geringfügige Umwandelungen zu erleiden, das sind Dinge, die weit genug bekannt sind, um hier einer nochmaligen breiteren Darstellung entraten zu können. Erwähnt sei als späte, neuzeitliche Erfindung die Differenzierung im Gebrauch von I, U für vokalische, J, V für konsonantische Geltung. Die Zeichen I und J, U und V wurden ursprünglich unterschiedslos als Vokale wie als Konsonanten angewendet, die jüngeren abgerundeten Formen gehörten der kursiven Schreibart an.

Verfolgt man den Verlauf auch nur in größeren Zügen — an jedem Punkte von Bedeutung ist unschwer zu erkennen, daß wiederum ein Schritt geschehen ist, der die Schrift der Sprache mehr und mehr anpaßte und sie ihrer Hörigkeit unterstellte: Je stärker der Fortschritt im System der Lautschrift arbeitet, um so mehr steigt der Einfluß der Lautsprache. Er dominiert derartig, daß mancher kaum dazu gelangen wird, sich einmal die umgekehrte Frage vorzulegen, ob ihrerseits die Schrift in Wechselwirkung auch auf die Sprache abfärbt. Hier muß aber die Antwort gleichfalls unbedingt „Ja" lauten. Gelangt ein Volk durch Einführung eines Schriftsystems zu einer Schriftsprache, so bedingt die mit einer solchen Vereinigung der beiden Faktoren verbundene gegenseitige Rücksichtnahme unter anderem vorerst einmal, daß das Fortschreiten der sprachlichen Veränderungen eine gewisse Hemmung erfährt: Es kann hier nur angedeutet, nicht eingehender dargelegt werden, daß die literarische Sprachform, die ja durch Vermittlung der gebildeten Schichten sich mehr oder minder stark auch überall in die gesprochene Rede Eingang verschafft, tiefgreifenden Änderungen abhold ist und einen konservativen Charakter haben muß, wenn sie ihrem Zweck, ein ebenso taugliches wie dauerhaftes Verständigungsmittel für die gesamte Sprachgemeinschaft zu bilden, gerecht werden und bleiben will. Bisweilen führt dieser retardierende Grundzug zu einer immer breiter werdenden Kluft zwischen der erstarrenden geschriebenen Form und der lebendigen Rede; und darin gerade tut sich mittelbar besonders deutlich kund, welche Rolle die Handhabung der Schrift der Sprache gegenüber spielt. Um nur einen Punkt herauszugreifen: In wieviel Sprachen schleppt nicht die „Rechtschreibung" — übrigens nicht selten eine etwas euphemistische Bezeichnung — alte Sprachformen jahrhundertelang mit, die von der Aussprache längst überholt sind, im Englischen und Französischen heutzutage in noch höherem Maße als im Deutschen. Nicht ganz zum Schaden freilich. Wird doch dadurch wenigstens auf dem Papier die Möglichkeit gegeben, Wörter, die in der Aussprache zusammengefallen sind, formell noch zu scheiden (vgl. etwa französisch cent „hundert", sans „ohne", sang „Blut", sent „fühlt" usw.).

Wirkt die Schrift aber auch aktiv umgestaltend auf die Lautsprache? In beschränktem Umfang sicherlich: Gelangt die Rechtschreibung auf Wegen,

Digitized by Google

die oft genug mit der geradlinigen Weiterentwicklung der Sprache nichts zu tun haben, zu irgendeiner Änderung der bisherigen Schreibgewohnheit, so ist es namentlich das Medium der Schule, das hier bisweilen eine auf die Lautgebung zurückwirkende Kraft erzeugt: Die dem Norden entstammende Aussprache unseres alten langen umgelauteten ä als geschlossenes ē würde sich gewiß nicht so weit über ihr ursprüngliches Gebiet verbreiten, hätte ihr nicht die Orthographie in einzelnen Fällen — ohne Konsequenz — Rechnung getragen. Erleben wir das doch sozusagen am eigenen Leibe, die wir mit der Schreibung auch die Aussprache stets für das ältere stäts erlernt haben. (Wir schrieben aber, als ich in die Schule ging, noch unstät, und meine persönliche Aussprache trägt diese durch nichts als die Schrift gerechtfertigte Unterscheidung noch jetzt mit sich herum.) Ein Fall, der eines gewissen Humors nicht entbehrt, ist dieser: Die Hannoveraner, Hamburger usw. sprechen das schriftsprachliche st-, sp- als s-t-, s-p-, und betonen nicht selten mit einigem S-tolz diese Übereinstimmung mit der Schrift gegenüber dem anderswo üblichen scht-, schp-. In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß in den mittel- und oberdeutschen Mundarten, die die Hauptgrundlage unserer jetzigen deutschen Schriftsprache geliefert haben, anlautendes s- überhaupt vor nachfolgendem Konsonanten (etwa um 1300) zu sch- geworden ist, also auch *schlafen* aus älterem slâfen, *Schwein* aus swîn usw. Die Schreibung aber hat aus gewissen Gründen diesem Lautwandel nur in den letztgenannten Fällen Rechnung getragen, bei st-, sp- den *alten* Gebrauch der Aussprache zum Trotz beibehalten, während in einem großen Teil der niederdeutschen Dialekte der lautliche Übergang zu sch ganz unterblieben ist (noch jetzt dort auch slapen, Swin). Man hat also in Hannover bei st-, sp- die alte *mundartliche* Aussprache auch in die Artikulation der *hochdeutschen* Umgangssprache herübergenommen, und wenn man im Gegensatz dazu *schlafen* und *Schwein* spricht, so zeigt sich hierin unverkennbar der Einfluß der Sprachform, wie sie *geschrieben* wird; also historisch betrachtet ein ganz anderes Verhältnis, als die Sprechenden selbst glauben.

Wir sind durch die letzten Erörterungen schon ganz unmerklich zur Betrachtung der Frage gelangt, wieweit nun eigentlich die Schrift ihren Beruf als Dienerin der Sprache ausfüllt. Wir erkennen ihre Vorzüge darin, daß sie die Fixierung der Sprache auf zeitliche Dauer und für große räumliche Entfernung zwischen Geber und Empfänger vermittelt. Ja, wir können ihr noch ein weiteres zugestehen: sie vermag in bestimmten Fällen eine größere *Deutlichkeit* zu erzielen. Bleibt sie in dem hierher gehörigen, vorhin schon kurz erwähnten Fall, wo die festgewordene Orthographie uns eine klare etymologische Trennung gleichklingender Wörter ermöglicht, innerhalb ihrer eigensten Domäne, so hilft sie bei anderer Gelegenheit hie und da auch der *gesprochenen* Sprache selbst: Hat man ein Wort, einen Namen nicht recht beim Verkehr vom Mund zum Ohr in sich aufgenommen, so leistet die Gewährung der Bitte: „Schreib mir's auf!" oft die größten Dienste. Nicht anders,

Digitized by Google

wenn man sich dasselbe Wort vorbuchstabieren läßt. Buchstabieren aber ist — etwas paradox ausgedrückt — gesprochenes Schreiben; ohne Buchstaben kein Buchstabieren!

Anders steht es mit der Erfüllung der Aufgabe, das Bild der Sprache getreulich widerzuspiegeln. Das ist der Punkt, wo die Mängel der Schrift am offenkundigsten zutage treten. Bis zu einem gewissen Grade muß das allerdings so sein: Die gesprochene Sprache ist so unendlich reich an Lauten, daß es eine ungeheuerliche Belastung darstellen würde, wollte man durch ein raffiniertes Zeichensystem alle vorkommenden Modulationen wiedergeben; und welch ein Tohuwabohu würde sich einstellen, wollte man jedem Individuum die Freiheit lassen, mit Hilfe dieses Systems die Sprache so aufzuzeichnen, wie sie sich seinem Ohr darstellt. Es heißt hier nicht nur beim letzteren Punkt einen wohltätigen Zwang durch eine normalisierte Rechtschreibung ausüben, sondern auch in der Zahl der schriftlich zu unterscheidenden Laute eine Auswahl treffen, die freilich nicht selten in der Praxis recht grobschlächtig ausfällt: Was für verschiedene Dinge stellen wir mit unserem Zeichen e etwa in her, Herr, habe dar, ganz abgesehen von den sehr häufigen Fällen, wo unser e, genau genommen, stumm ist! Sprechen wir doch normalerweise in unbetonten Silben wie Vater, Vogel überhaupt kein e, sondern lassen das r oder l den Träger der Schlußsilbe bilden. Diese große Vielseitigkeit in der Verwendung des e ist ein Produkt der historischen Schicksale unseres Alphabets. Sie sind auch andererseits schuld daran, daß wir noch heute für den absolut einheitlichen Laut unseres sch nicht weniger als drei Zeichen brauchen, die weder einzeln noch gemeinsam geeignet sind, den jetzigen akustischen Wert dieses Lautes richtig zu übermitteln. (Altes sk ist zuerst s-ch geworden, eine Aussprache, die im Westfälischen noch jetzt zu hören ist, und daraus ist dann durch gegenseitige Angleichung der beiden Lautelemente der neue Zischlaut entstanden; die Schrift aber hat, wie so oft, keine Notiz von diesem Übergang genommen.) — Wir schreiben eu und sprechen etwa oö, ja, wir sollen bei eintretender Notwendigkeit der Silbentrennung auf Grund eines rein äußerlichen Prinzips die beiden Buchstaben -ng- in lan-ge auseinanderreißen, obwohl auch hier nur ein Laut vorliegt, derselbe, den wir in danke mit einem bloßen n schreiben (es ist, phonetisch betrachtet, der sog. „gutturale" Nasal, vom Zahnlaut n deutlich unterschieden; andere Sprachen, z. B. das Sanskrit, haben in richtiger Erkenntnis des lautlichen Tatbestandes dafür ein besonderes Zeichen geschaffen). Daß wir mit solchen Dingen im Deutschen noch verhältnismäßig gut daran sind, daß es bei anderen Völkern noch schlimmer aussieht, das kann niemand über das Vorhandensein dieser schweren Unzulänglichkeiten trösten und hinwegtäuschen.

Werden wir nicht, auf diesem Punkte angelangt, geradezu gedrängt, von Vergangenheit und Gegenwart her auch einen Blick in die Zukunft zu werfen? Freilich verzichten wir da gern auf die große Geste à la Ejlert Løvborg; auch maßen wir uns weder die Fähigkeit zu prophezeien, noch das Recht,

Digitized by Google

Wünsche zu äußern, an; Möglichkeiten allein gilt es zu erwägen: Eine Weiterbildung unserer Art von Lautschrift über das bis jetzt erreichte Stadium hinaus wird sich, wenn stets der praktische Zweck im Auge behalten werden soll, in bestimmten Richtlinien bewegen. Soll der oberste Grundsatz dabei die Energieersparnis sein, so läßt sich hierfür an verschiedenen Stellen einsetzen: Denselben gesprochenen Laut immer durch dasselbe Zeichen und ferner einheitliche Laute durch einheitliche Zeichen wiederzugeben, ein solches Verfahren würde viel Arbeitskraft und Zeit gewinnen helfen: Brauchte das Kind beispielsweise nicht mehr f, ph, v, sondern bloß f schreiben zu lernen, wo es f spricht, brauchte man für ch oder gar für sch nur je einen Buchstaben, das wäre für Auffassung, Gedächtnis und mechanische Leistung eine nicht unbeträchtliche Erleichterung. Würde nun umgekehrt etwa die Einführung mehrerer Zeichen dort, wo die schriftliche Darstellung einstweilen verschiedene Lautarten durch eines und dasselbe Schriftbild zum Ausdruck bringt, eine Belastung im Gefolge haben, also etwa die Schaffung eines besonderen Buchstaben für das dumpfe e? Gewiß, fürs Schreiben wäre dann mehr zu lernen, aber würde nicht vielleicht ein solcher Nachteil wieder aufgehoben durch die damit erreichte genauere Wiedergabe des Lautes, der uns ins Ohr klingt, und gleichzeitig durch die größere Sicherheit des Lesens, eine Kehrseite, die doch auch betrachtet sein soll? Wer einmal miterlebt hat, wie den Kindern beim Lesenlernen systematisch ein „habee gee-gesseen" aufgezwungen wird, wer es hat mitanhören müssen, daß dieser Unfug beim Gesang vielfach noch von erwachsenen Exemplaren unserer Volksgenossen verübt wird, mag wenigstens einmal darüber nachdenken. Eine radikalere Reform würde vielleicht danach streben, die Gestalt der Buchstaben selbst zu vereinfachen und die lernende Jugend weiter dadurch zu unterstützen, daß zugleich auch die Formen der geschriebenen Schrift, soweit angängig, denen der Druckschrift genähert würden, so daß ihr wesentlicher Unterschied im kursiven Duktus bestünde. Wer weiß, ob nicht auf einem solchen Wege ein Streit seinen versöhnenden Abschluß finden könnte, der gerade jetzt wieder die Gemüter besonders bewegt: der Streit um die deutsche Schrift! Die von einem durchaus verständlichen und sympathischen Patriotismus ins Feld geführten Gefühlsgründe sollten — das ist meine persönliche Überzeugung — hier zum mindesten nicht den Ausschlag geben; viele werden es für patriotischer halten, wenn man künftigen deutschen Generationen durch den endgültigen Übergang zu nur einem Alphabet an Stelle der bisher mit saurem Schweiß gelernten und geübten zwei ein großes Maß von Zeit und Mühe erspart — und die Praxis würde sich hier fürs „Lateinische" entscheiden müssen. Aber vielleicht schwänden diese patriotischen Hemmungen auch von selbst, wenn Deutschland die Wiege eines vereinfachten, praktischen und zugleich dem Auge wohlgefälligen Schriftsystems würde, eines Schriftsystems, das berufen sein könnte, sich die Welt zu erobern. Winkte hier nicht ein Ziel, der Unterstützung des edelsten Patriotismus sicher? — Ob sich dafür auch ein Weg fände? — Wir wollen nicht anfangen zu träumen,

Digitized by Google

auch nicht von noch ferneren Zeiten, in denen es vielleicht überhaupt keine Schrift mehr gibt. Daß die Möglichkeit einer solchen Zukunft besteht, lehrt uns ein Blick in die Welt der Telephonie, Telegraphie und — man verzeihe das vielleicht noch nicht ganz vollbürtige Wort — Phonographie.

Indes, so weit sind wir noch lange nicht, und vermutlich werden noch viele Geschlechter nach uns sich der Schrift als des alltäglichen Hilfsmittels für die Fixierung und Versendungsfähigkeit ihrer Gedanken und Gefühle bedienen. Solange das der Fall ist, wird hier wie überall „vernünftige Reform" das Losungswort sein müssen. Die Studierstube allerdings hat für solche Reformen kein durchweg geeignetes Klima. Da muß der frischere Wind der Praxis wehen. Will man aber dabei sich wenigstens des Beirates der Wissenschaft bedienen, so wird sie gerne zur Hand sein, und ich denke, nicht ganz ohne Erfolg.

Gedanken über einige neuere Goethewerke

Von

Professor Dr. Gerhard Budde (Hannover)

Im Jahre 1896 erschien der erste Band von Bielschowskys Goethe, einem Werke, das gleich nach seinem Erscheinen mit lebhaftester Zustimmung begrüßt wurde und sich mit Recht auch heute noch allgemeiner Wertschätzung erfreut. Es wendet sich an die weitesten Kreise, nicht etwa bloß an Kenner; deshalb geht es eingehend auf die Einzelheiten des Lebens des Dichters ein, dies auch aus dem anderen Grunde, weil man, wie es im Vorwort heißt, sich am ehesten vor Irrtümern in der Auffassung der Werke Goethes bewahren kann, wenn man von seinem Leben aus an sie herantritt. Diese Werke werden denn auch überall zu dem Leben des Dichters in Beziehung gesetzt und in formvollendeten Analysen, Erläuterungen und Würdigungen dem Leser vorgeführt, für den es zur Unterstützung der eigenen Lektüre von Goethes Werken kaum ein besseres Hilfsmittel geben möchte als dieses geistvolle Goethebuch.

Von Bielschowskys Werk unterscheiden sich die drei anderen neueren großen Goethewerke, die hier Erwähnung finden sollen, nämlich die von Chamberlain, Gundolf und Eduard Engel, gemeinschaftlich dadurch, daß sie für Kenner berechnet sind, die mit Goethes Werken eingehend vertraut sind. Aber unter sich sind sie wieder ganz verschiedener Art.

Das gilt besonders von den Werken Chamberlains und Gundolfs, deren Goetheauffassung so weit auseinandergeht, daß man nach der Lektüre dieser beiden Werke nicht die Biographie ein und desselben Mannes, sondern, wenn man von äußeren Daten und Verhältnissen absieht, eine Würdigung zweier verschiedenen genialen Persönlichkeiten gelesen zu haben glauben könnte.

Digitized by Google

Das kommt offenbar daher, daß jeder der beiden Verfasser mit einer ganz bestimmten Vorstellung von Goethes Persönlichkeit an die Abfassung seines Werkes herangetreten ist und nun versucht, in seinem Werke die Richtigkeit dieser Vorstellung zu erweisen. In dem Bilde, das sich Chamberlain von Goethe gemacht hat, überwiegen die germanisch christlichen Züge derart, daß darüber der antik heidnische und vor allem der spinozistische Einschlag in Goethes Welt- und Lebensanschauung zu kurz kommt. Daß der Einfluß, den Spinoza auf Goethe ausgeübt hat, viel größer gewesen ist, als es nach Chamberlain erscheint, möchte schon allein aus des Dichters eigenen Worten unschwer zu erweisen sein. Chamberlain versucht auf alle Weise, Goethe von Spinoza abzurücken und ihn mehr Kant anzunähern. Jedenfalls hat aber nichts an der Bewunderung und Verehrung etwas zu ändern vermocht, die Goethe bis an sein Lebensende dem großen holländischen Philosophen entgegengebracht hat, und vor allem war zweifellos der Abstand, der Goethe in bezug auf den Gottesbegriff von Kant trennte, weit größer und unüberbrückbarer, als jene Abweichung von Spinoza. Kant trennte die Welt in Anschauendes und Angeschautes; für Goethe gab es nur eine Welt, die Gott-Natur, d. h. die Einheit von Gott und Natur und damit auch von Gott und Mensch, wenn auch vielleicht, wie wir nachher sehen werden, in anderem Sinne wie bei Spinoza.

In der Beurteilung des Verhältnisses Goethes zu Spinoza tritt bei Chamberlain wieder die antisemitische Tendenz, die alle seine Arbeiten beherrscht, störend in die Erscheinung. Er möchte auch Goethe zum Antisemiten in seinem Sinne stempeln, und er bringt für diese seine Auffassung umfangreiches Einzelmaterial bei, über dessen Beweiswert man verschiedener Meinung sein kann. Jedenfalls steht aber diesem Material anderes gegenüber, das den behaupteten Antisemitismus Goethes arg in Frage stellt und, soviel ich sehe, leider von Chamberlain nicht erwähnt wird, so vor allem die Mahnung Goethes bei gelegentlicher Erwähnung von Lessings Nathan dem Weisen, die lautete: „Möge das darin ausgesprochene göttliche Duldungs- und Schonungsgefühl der Nation heilig und wert bleiben." Eine solche Mahnung wie diese wird nimmermehr ein Antisemit im Sinne Chamberlains aussprechen, ebensowenig wie er in so vorurteilsloser und sachlicher Weise dem Juden Spinoza gerecht werden könnte, wie es Goethe tat, der nachweislich Spinozas Ethik mit immer neuem Entzücken las und den der Satz dieses Philosophen: „Wer Gott liebt, kann nicht verlangen, daß Gott ihn wieder liebe," zu größter Bewunderung hinriß.

Wenn so leider einzelne Teile des Chamberlainschen Werkes durch die Rassentheorie und die antisemitische Tendenz des Verfassers unsachlich beeinflußt sind, so verdient doch das Werk als literarische Gesamtleistung hohes Lob. Bewundernswert ist vor allem die meisterhafte Art, in der der gewaltige Stoff gesichtet und dann wieder vereinigt ist, so daß sich das Ganze zwanglos in sechs große Kapitel (Das Leben, Die Persönlichkeit, Der praktisch

Digitized by Google

Tätige, Der Naturforscher, Der Dichter, Der Weise) zerlegt, die zusammen ein plastisch hervortretendes Gesamtbild ergeben, das nur der Reinigung von den störenden Flecken bedarf, auf die ich oben hinwies.

Auch Gundolfs Goethewerk hat eine Gesamtauffassung von Goethe zur Voraussetzung und sucht diese im einzelnen zu erweisen. Gundolf bestätigt dies selbst in der Einleitung, wo er u. a. sagt: „Man muß Goethe als ein Ganzes erlebt haben, ehe man es wagen darf, seine einzelnen Leistungen einzureihen, zu deuten oder zu benutzen als Formen seines Lebens." Aber während Chamberlain in Goethe vorwiegend den Germanen und Christen sucht, erscheint dieser Gundolf fast ausschließlich als antiker Mensch und als Spinozist. Damit ist der Goethe während und unmittelbar nach der italienischen Reise sicherlich richtig gekennzeichnet, aber bei dem alten Goethe sind diese Richtungen seiner Denkweise doch wesentlich durch andere Elemente ergänzt worden, so vor allem durch christliche. Den alten Goethe kann man nicht mehr schlechtweg einen Spinozisten nennen. „Spinoza läßt den Menschen gänzlich in das All aufgehen und hält alle menschlichen Begriffe vom Grunde der Dinge fern; Goethe gewährt dem Menschen mehr Selbständigkeit; so gewiß er seine Natur nur in steter Berührung mit dem All entfaltet, er hat dabei etwas Eigenes und Inneres einzusetzen, er kann dem Zustrom von draußen widerstehen. Der Lebensprozeß ist hier in aller Aneignung der Welt zugleich eine Selbsterhaltung gegen sie, ein Sichbehaupten gegen ihre Flut, er wird damit frischer, tatfroher, freudiger, als es die starren Begriffe Spinozas gestatten" (Eucken, „Lebensanschauungen" usw.). Dabei nähert sich dieser Goethe manchmal dem christlichen Theismus, was sich besonders in seiner Schätzung der durch Jesus und in den Evangelien vertretenen christlichen Ethik zeigt. Von diesen sagte er kurz vor seinem Tode (am 11. März 1832): „Es ist in ihnen der Abglanz einer Hoheit wirksam, die von der Person Christi ausging und die so göttlicher Art, wie nur je auf Erden das Göttliche erschienen ist. Fragt man mich, ob es in meiner Natur sei, ihm anbetende Ehrfurcht zu erweisen, so sage ich: durchaus! Ich beuge mich vor ihm, als der göttlichen Offenbarung des höchsten Prinzips der Sittlichkeit." Und weiter bei derselben Gelegenheit: „Mag die geistige Kultur nun immer fortschreiten, mögen die Naturwissenschaften in immer breiterer Ausdehnung und Tiefe wachsen und der menschliche Geist sich erweitern wie er will, über die Hoheit und sittliche Kultur des Christentums, wie es in den Evangelien schimmert und leuchtet, wird er nicht herauskommen." Einem Goethe, der so urteilt, kann das Sittengesetz nicht mehr ein bloßes Naturgesetz gewesen sein, wie es ihm vielleicht früher erschienen war; ihm muß es vielmehr, ebenso wie dem Christentum, als ein einer der Natur überlegenen Welt entstammendes Gesetz gegolten haben. Solche Urteile beweisen, daß Goethe auch stark vom Christentum beeinflußt worden ist. Zwar hat er stets das Göttliche nicht sowohl im Gegensatz als in enger Verbindung mit der Welt gefaßt; sein Gott ist ein immanenter und nicht ein transzendenter, aber damit ist noch

Digitized by Google

nicht gesagt, daß er ihn alle Zeit mit der Natur gleichgesetzt hat; vielmehr scheint es besonders des alten Goethes Auffassung gewesen zu sein, daß Gott zwar nicht von draußen zu den Dingen wirkt, sondern sie umfassend aus ihrem eigenen Wesen herauswirkt, aber nicht als etwas ihnen Gleiches, sondern als etwas sie Beherrschendes und ihnen Überlegenes. In dieser Beziehung geht sein Gottesbegriff über denjenigen Spinozas hinaus und nähert er sich dem christlichen, allerdings ohne ihm gleich zu werden.

Der unverkennbare Einfluß des Christentums und daneben, wenn auch erst in zweiter Linie, die vor allem durch Schiller verstärkte Einwirkung Kants auf Goethe scheinen mir bei Gundolf nicht zur vollen Geltung zu kommen und doch wesentlich zu dem Gesamtbilde Goethes zu gehören. Gundolfs Goethe ist, wie gesagt, zu sehr nur der Goethe während und kurz nach der italienischen Reise, und dieser ist wohl von niemandem schärfer und tiefer erfaßt worden als gerade von ihm.

Die Art, wie er diesen Goethe zeichnet, ist durchaus eigenartig, aus tiefem Denken geboren und den Leser zu stetem Nachdenken anregend, weil eine Fülle von Problemen aufgeworfen wird. Gundolf will nicht Biograph sein, für den die Werke nur Mittel zur Erkenntnis des Verfassers sind, aber auch nicht Ästhetiker, für den das Leben Stoff zum Aufbau der Werke ist, sondern Betrachter, für den „Leben und Werk nur die verschiedenen Attribute einer und derselben Substanz, einer geistig leiblichen Einheit" sind, die zugleich als Bewegung und als Form erscheint. Einem solchen Betrachter sind die Werke nicht die Zeichen, welche ein Leben bedeuten, sondern die Körper, welche es enthalten.

Bei den Werken sind zu unterscheiden die theoretischen und die dichterischen. Die Gespräche sind Äußerungen der unwillkürlichen Augenblicke Goethes, die Briefe und die theoretischen Werke Äußerungen seiner zweckhaften Tätigkeit, die dichterischen Werke dagegen die Verkörperung seiner eigentlichen ewigen Gestalt, in der sich als Grundmächte des Menschentums drei seiner orphischen Urworte verkörpern, nämlich *Δαίμων* (das Dämonische), *Τύχη* (das Zufällige), und *Ανάγκη* (die Nötigung, d. h. die äußere Bedingtheit des Lebens im Gegensatz zu dem inneren Gesetz). Was die Stoffgestaltung anbetrifft, so stellt Gundolf nicht die übliche Unterscheidung zwischen Lyrik, Epik, Dramatik auf, sondern er bezeichnet — und auch darin ist er wieder durchaus originell — als die drei Arten der Stoffgestaltung Lyrik, Symbolik und Allegorik. Ihre Unterschiede formuliert er am Schluß der Einleitung seines Werkes zusammenfassend folgendermaßen: „Goethes Lyrik enthält seine Urerlebnisse, dargestellt im Stoff seines Ich. — Goethes Symbolik enthält seine Urerlebnisse, dargestellt im Stoffe einer Bildungswelt. — Goethes Allegorik enthält seine abgeleiteten Erlebnisse im Stoffe einer Bildungswelt." Daß sich bei solcher Scheidung eine ganz andere Gruppierung der Goetheschen Dichtungen ergibt als bei der üblichen in Lyrik, Epik und Dramatik, liegt auf der Hand, und diese nach Gundolfs Werk näher zu verfolgen, ist von größtem Interesse, aber

Digitized by Google

nicht leicht, wie denn überhaupt dieses überaus geistvolle und tiefdringende Werk an den Leser hohe Anforderungen stellt und vor allem auch genaueste Kenntnis der sämtlichen Werke Goethes bei ihm voraussetzt.

In dieser Beziehung macht es das Werk Engels (1917) dem Leser leichter, wenngleich auch Engel auf Inhaltsangaben der allgemein bekannteren Dichtungen verzichtet. Aber er berichtet doch mehr literarhistorisch über das Leben und die Werke des Dichters, ohne, wie Chamberlain und Gundolf, tiefere Probleme aufzuwerfen und zu verfolgen. Auch ist seine Darstellung einfacher und volkstümlicher, so daß sein Werk für größere Kreise geeignet ist als die beiden anderen, die genaue Goethekenntnis und die Fähigkeit selbständiger Kritik voraussetzen. Aber trotzdem bringt Engel ein sehr umfangreiches Material bei, das von gründlichen Vorstudien zeugt und auch dem Kenner noch manches Neue bietet. Das gilt vor allem für Goethes Frankfurter Jahre, die der Studienzeit in Straßburg folgten und von denen Engel mit Recht sagt: „Goethe hat nachmals höhere Gipfel menschlicher und künstlerischer Reife erstiegen — eine schöpferische Urkraft wie in den Frankfurter Füllejahren spüren wir in den zwei Weimarer Menschenaltern nicht mehr strotzen und wirken." Besonders eingehend beschäftigt sich Engel auch mit Charlotte von Stein und Christiane Vulpius, wobei er der vielfach beliebten ungeschichtlichen Verhimmelung der ersteren und der Herabsetzung der letzteren scharf entgegentritt. Ob er dabei aber doch nicht Licht und Schatten etwas zu sehr zuungunsten der Stein und zugunsten der Vulpius verteilt hat, muß zweifelhaft erscheinen. Ansprechend wirkt die Art, wie Engel gegen eine Vergottung oder Vergötzung Goethes ankämpft, die in manchen Kreisen Mode geworden ist. Diesen ruft er mit Recht zu: „Ein sehr großer Mensch war Goethe, kein Gott, kein Halbgott." Es zeigt Goethes Charakterbild bei aller Größe doch auch bis ins hohe Alter hinein kleinmenschliche Züge und starke Leidenschaften, die zu verhüllen oder ganz zu verschweigen der Biograph keine Veranlassung und vor allem kein Recht hat. Goethe selbst ist sich ihrer wohl bewußt gewesen; seine Urteile über Schiller zeigen uns, daß er sich diesem großen Freunde an sittlichem Heroismus nicht gewachsen fühlte, so, wenn er von ihm sagt, daß er ihn an Christus erinnert habe, oder wenn er ihm in dem „Epilog zur Glocke" nachruft:

„Und hinter ihm, in wesenlosem Scheine
Lag, was uns alle bändigt, das Gemeine."

Alle die vier hier gewürdigten Goethewerke liefern eine reiche Beisteuer zur Goethekenntnis. Welches von ihnen das wertvollste ist, wird je nach der persönlichen Stellung des Beurteilers zu Goethe verschieden beantwortet werden. Wenn aber dieses Prädikat demjenigen Goethewerk zukommt, das nach seiner Eigenart am aufklärendsten und anregendsten auf alle Kreise gebildeter Menschen zu wirken, ihr Verständnis Goethes zu vertiefen und so die in Goethes Leben und Werken verborgene Kulturmacht in weitestem Um-

Digitized by Google

fange für das deutsche Volk fruchtbar zu machen vermag, dann muß es zweifellos dem Werke Bielschowskys zugesprochen werden, das zwar hie und da den Menschen Goethe etwas idealisiert, aber im ganzen doch in einer vorbildlichen Vereinigung von Wissenschaftlichkeit und Volkstümlichkeit ein bislang unübertroffenes Gesamtbild seines Lebens und Schaffens entworfen hat, das seit Jahrzehnten auf die weitesten Kreise Einfluß gewonnen hat und auch in Zukunft diesen Einfluß behalten und noch steigern wird.

Literarische Berichte

Erinnerungen von Fritz Mauthner. I. Prager Jugendjahre. München, Georg Müller.

„Wertvolle Selbstbiographien werden immer seltene Bücher bleiben." Die Selbstbiographie, auf die wir hier hinweisen und aus deren Vorwort wir diesen Satz entnehmen, darf wirklich zu den „seltenen Büchern" gezählt werden. Nach dem Vorwort könnte es wohl scheinen, als solle das Buch nur eine Kampfschrift gegen „die kindermörderische alte Schule" sein; und vielleicht hatte Mauthner allen Ernstes die Absicht, nur oder doch in allererster Linie eine solche Kampfschrift zu schreiben. Es ist aber der Segen echter Produktivität, sich niemals aufs Negative beschränken zu können; und so hat uns Mauthner viel mehr gegeben, als er nach seiner Versicherung geben wollte; neben dem Bekenntnis gegen die alte Schule, das er als den Hauptzweck seiner Aufzeichnungen bezeichnet, ein Stück dreifacher — nämlich deutscher, böhmischer, jüdischer — Kulturgeschichte und die Entwicklungsgeschichte eines klaren, unerbittlich kritischen und doch positiven Geistes, der das höchste Adelsprädikat des intellektuellen Menschen, die Unabhängigkeit, für sich in Anspruch nehmen darf. Mauthner blickt nicht wie auf ein seliges Idyll, ein versunkenes Paradies, auf seine Kindheit und Jugend zurück, die ihm durch allerlei unfähige, plumpe und rohe Lehrer menschlich verbittert wurden, wie der Instinkt seines frühreifen Intellekts sich gegen alles Veraltete und innerlich Tote des Schulplans und -betriebs empört auflehnte. Aber wie Zorn und Haß gegen unwürdige und unfähige Schultyrannen ihn doch die Dankbarkeit gegen ein paar bessere, menschlich feinere und anziehendere Gestalten unter seinen Lehrern nicht vergessen läßt, so lebt in ihm auch jene Dankbarkeit gegen das Schicksal, aus der heraus starke Geister noch die härtesten Widerstände und schwersten Heimsuchungen segnen, weil sie diesen doch zuletzt das Beste schulden, was sie haben: die eigene, durch Kampf und Widerstand gefestigte Persönlichkeit. So begreift Mauthner — und lehrt es seine Leser begreifen —, wie der von ihm als wahrhaft tragisch empfundene Umstand, daß er keine wirkliche eigene Muttersprache besessen hat, ihm das gab, was einen Hauptteil seines Lebenswerkes ausmacht: Mut und Zwang zur Sprachkritik; oder ähnlich, wie sein politisch neutrales Empfinden, das ihn weder der deutschböhmischen noch gar der tschechischen Sache als unbedingt ergebenen Parteigänger zuführte, dafür zum desto unbedingter guten Deutschen werden ließ: „Sancte Bismarck, magister Germaniae, ora pro nobis!" mit diesem heute vielen wohl veraltet dünkenden Stoßseufzer, dessen Sinn aber auch einmal wieder zu seinem Recht kommen wird, klingt das im Herbst 1917 geschriebene Nachwort der „Erinnerungen" aus; und zu den schönsten Kapiteln des Buches gehört die in ihrer herzlichen Wärme geradezu ergreifende Schilderung, wie der vom Gymnasium endlich Freigesprochene auf einer „Einsamen Fahrt" Deutschland für sich entdeckt und erobert — oder sich von ihm erobern läßt. Die Ausblicke ins Weite, die sich hier und an vielen anderen Stellen eröffnen, unterbrechen wirkungsvoll und wohltuend die biographisch unentbehrliche Darstellung der in mancher Beziehung recht engen Literaturzustände des damaligen Prag, des Wurzelbodens für Mauthners journalistisch-schriftstellerische Anfänge, deren damals noch fernes, hohes Ziel ein eingeschaltetes Kapitel „Kritik der Sprache" dem Auge des Lesers vorgreifend naherückt. So sind diese Jugenderinnerungen, die hoffentlich doch früher, als der Verfasser in Aussicht stellt, eine Fortsetzung finden werden, wohl in erster Linie die Geschichte einer geistigen Entwicklung, eines Schriftstellerlebens; aber wie dieser Schriftsteller nie zu dem

Digitized by Google

von Thomas Mann so glänzend gezeichneten und stigmatisierten „Zivilisationsliteraten" geworden ist, so ist der Schriftsteller immer in erster Linie Mensch geblieben und — trotz dem Mangel an einer „Muttersprache" — ein deutscher Dichter geworden, der uns hoffentlich und voraussichtlich recht bald eine Zusammenfassung auch seines dichterischen Lebenswerkes geben wird. —y—

Andwaranaut. Ueber Wissen und Glauben. Von Dr. Alois Geigel, Professor der Medizin. Würzburg 1914, Kabitzsch (99 S.).

Heutigestags fehlt es ja nicht an Versuchen, die altgermanische Religion wieder auf den Thron zu heben. Ein solcher liegt auch in dem oben genannten Buche vor, das auf Wunsch des verstorbenen Autors von seinem Sohne wieder „wortgetreu" herausgegeben worden ist. Es ist gut, daß der Herausgeber dies bemerkt, denn sonst hätte man erwarten können, daß er die Darstellungsweise des Buches etwas klarer gemacht hätte. Was aber den Inhalt des Buches anlangt, so wird in einer Art Einleitung betont, daß der „Mann" schließlich „um die Wahrheit bei sich selber anpocht. Denn nur, was er wissen kann, will er glauben" (S. 3). Also die Kenntnis vom Unterschied zwischen wissen und glauben (d. h. miteintreten für die Aussage eines Zeugen) fehlt dem Buche. Das ersieht man ja auch wieder daraus, daß er den „Glauben an Unendlichkeit von Raum und Zeit" erwähnt (S. 9), wo also „Glaube" nur Schlußfolgerung oder Vermutung bezeichnet. Bei dem Thema „Asgard" liest man: „Glaube, Herrenwillens nur gewärtig, freien Denkens abgedankt, will dennoch frei das Eine denken" (S. 27). Schon in diesen Beispielen zeigt sich aber hinreichend deutlich, daß das Buch nicht ohne Grund bereits bei seinem ersten Erscheinen kaum Zustimmung gefunden hat. — Ebendasselbe Thema, nur ohne Einkleidung in die altgermanische Mythologie, wird von L. Neuner in seinem „Leitfaden für eine Deutsche Religion auf naturwissenschaftlicher Grundlage" (München 1914, im Selbstverlag des Verf.) behandelt. Da wird einfach der materialistische Monismus als „deutsche Religion" proklamiert. Das ist doch ein mehrfach unberechtigtes Verfahren.

Ed. König

Hundert Jahre Psychiatrie. Ein Beitrag zur Geschichte menschlicher Gesittung. Von Emil Kraepelin. Berlin, Julius Springer.

Jedermann wird diese kurze Geschichte der neuesten Irrenheilkunde mit Anteilnahme, ja mit Ergriffenheit lesen. Wie lange hat es gedauert, bis die armen Geisteskranken menschenwürdig behandelt und eben dadurch aus ungebärdigen Halbtieren zu ruhigen Kranken gemacht worden sind! Der Leser lernt daraus, daß Auffassung und Behandlung von Krankheitserscheinungen diese selber sehr erheblich verändern können. Für den Fachmann ist wichtig, wie Kraepelin die verschiedenen Richtungen der Psychiatrie bewertet und welche Folgerungen er zieht, z. B. für die Besetzung der Lehrstühle mit Gehirnanatomen oder für das Verhältnis der (auch Nervenkranke aufnehmenden) Universitätskliniken zu den staatlichen Irrenanstalten, oder für eine psychiatrische Forschungsanstalt. Bei der ersten Sitzung der „Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie" in München hat Prof. Kraepelin diese Rede gehalten. D.

Des deutschen Volkes Meisterjahre. Der letzte Wille der Gefallenen. Von Hochschulprofessor Dr. Carl Kindermann. Zweite Auflage. Stuttgart, Greiner & Pfeiffer. 299 S. M. 3.— (3.50).

Zu einer Höhenwanderung ladet uns der Verfasser ein. Voll Gemütstiefe und Gedankenflug entwirft er in großen Zügen die Grundlinien einer deutschen Welt- und Lebensanschauung als Richtschnur für die Jahre der Reife, in die unser Volk jetzt eingetreten ist. In einem allgemeinen Teil sucht er „die kommende Gesamtrichtung des deutschen Volkes nach innen und außen" in geschichtlicher und philosophischer Begründung zu bestimmen. In einem besonderen Teil geht er auf die einzelnen Lebenskreise näher ein, in denen sich diese Gesamtrichtung ausgestaltet oder ausgestalten soll: Rasse, Familie, Erziehung, Sprache, Volkswirtschaft, Politik, Religion, Kunst und Wissenschaft und vieles andre mehr. Wie wir zu Edelmenschen, zu einem Meistervolk werden können, wie wir die höchste Kraft entfalten können, ist überall der leitende Gesichtspunkt. „Vereinigung entgegengesetzter Kräfte auf Grund der Gesamtumstände" ist die Losung für eine einheitliche und wohlgegliederte Entwicklung; maßvoll und gegenseitig bedingt muß alles im Einzelleben und im Volksleben sein, damit Deutschland seinen hohen Beruf erfüllen kann. Das großzügige Werk vermag wohl seine Höhenstimmung auf den Leser zu übertragen; die gehobene Sprache des Buches trägt nicht wenig dazu bei. Bei der allumfassenden Anlage des Ganzen kann es nicht ausbleiben, daß manches nur in sehr allgemeinen Zügen und gelegentlich etwas schwebenden Begriffen dargestellt ist, und daß der Verfasser nicht auf allen Gebieten, die im besonderen Teil besprochen werden, Gleichwertiges bietet. Gründliche Belehrung findet sich unter anderem besonders in den volkswirt-

Digitized by Google

schaftlichen Abschnitten, aber auch überall sonst ist das Werk vielfach anregend und von einheitlichen großen Gedanken erfüllt.

H. Brömse.

Volk und Vaterland. Deutschvölkisches Dichterbuch, herausgegeben von Adolf Bartels. 2 Bde. Halle (Saale) 1917, Richard Mühlmann.

Der Herausgeber ist nach dem Grundsatz verfahren, daß ein deutschvölkisches Dichterbuch vor allem ein Buch des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum sein müsse. Danach kam für ihn immer nur das Gleichzeitige oder vielmehr das Unmittelbare in Betracht. Ferner durfte kein Gebiet deutschen Lebens und also auch deutscher Dichtung ausgeschlossen sein. Doch mußte sich bei jedem gewählten Stücke der Bezug zum Volkstum, zu Volk, Vaterland, Staat und Gesellschaft, zur deutschen Kultur und zuletzt eben immer zum deutschen Wesen auch deutlich verraten. Von diesem Standpunkt aus ist diese reiche Sammlung entstanden, die, wie Bartels hofft, als „nationales Erziehungsbuch" gelten kann. Sie umfaßt die ganze Zeit von Walther von der Vogelweide bis auf unsere Tage. Ein doppeltes Register über die Dichter und die Gedichte leistet gute Dienste. Wir wünschen dieser Sammlung weite Verbreitung.

Dr. Ernst Müller.

Preußen und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und politische Aufsätze von Friedrich Meinecke. Oldenbourg, München und Berlin 1918, geh. M. 14.—.

In glücklichster Weise sind hier eine große Zahl von an den verschiedensten und teilweise recht entlegenen Stellen zerstreuten Aufsätzen zu einem abgerundeten Ganzen vereinigt; ungedruckt war nur die schöne Skizze über Treitschkes Persönlichkeit und Leistung. Der durch alle die Einzeluntersuchungen hindurchgehende gemeinsame Gesichtspunkt ist der Werdegang des deutschen Geistes seit der schärferen Erfassung des nationalen Gedankens. Der Band zerfällt in fünf Gruppen. Die erste besteht aus Beiträgen zur Gesamtgeschichte Preußens und Deutschlands seit hundert Jahren. Die zweite bringt Spezialarbeiten aus der Zeit der Befreiung und der Restauration. Die dritte befaßt sich mit Problemen aus den Tagen Friedrich Wilhelms IV. und des jungen Bismarck. Allerlei Untersuchungen zur Geschichte der Historiographie bilden die vierte, und die fünfte enthält schließlich drei Abhandlungen aus dem Weltkrieg, die in den beiden bekannten Sammlungen von Kriegsaufsätzen des Verfassers keine Aufnahme gefunden hatten. Näheres Eingehen auf den Inhalt verbietet leider der Platzmangel. Meineckes wissenschaftliche Eigenart darf als bekannt vorausgesetzt werden. So wollen wir uns damit begnügen, die Aufmerksamkeit auf dieses sein neuestes Werk hinzulenken. Gerade die Darstellungen aus der Zeit der Erhebung können in den schweren Tagen, die unser Vaterland heute durchmacht, allen historisch Interessierten nicht angelegentlich genug empfohlen werden. W. W.

Richard Wagner. Von Max Koch 3. Band. Berlin, Ernst Hofmann. Band 63 bis 65 der Biographiensammlung „Geisteshelden". Geheftet M. 17.50, in Leinen M. 22.—, Halbleder M. 25.—.

Der Verfasser, zurzeit Rektor der Breslauer Hochschule, ist durch seine Deutsche Literaturgeschichte (ein kleiner Band auch in der Göschenschen Sammlung) allgemein bekannt. Seine Arbeit über Wagner, die mit diesem dritten Bande (1859—1883) abgeschlossen vorliegt, zeichnet sich durch Gründlichkeit und Sachlichkeit so vorteilhaft aus, daß sie weitaus an erste Stelle rückt, wenn man die große Zahl der nach Glasenapp erschienenen Werke vergleicht. Letzterer behält natürlich durch Umfang des Beigebrachten den Vorrang. Aber Koch hat erneut und selbständig die Quellen gesichtet und ist hie und da zu andern Ergebnissen gekommen (z. B. in Darstellung der Beziehungen zu Felix Dahn). Der im Verhältnis zur Fülle des Stoffes mäßige Umfang ist durch eine Beschränkung aufs Geistige ermöglicht worden. Es entspricht dem Wesen der Sammlung „Geisteshelden", wenn auch bei R. Wagner Sinn und Gehalt seines Lebens wie seiner Werke in den Vordergrund treten; über die musikalischen und künstlerischen Fragen gibt es ein besonderes Schrifttum. Das Charakterbild, das Koch entwirft, ist mit seelischem Tiefblick erschaut und ohne Anpreisung so klar hingestellt, daß auch den Fernerstehenden die richtige Verteilung von Licht und Schatten überzeugen muß. Dazu kommt, daß die Beweggründe der Gegner, die Einflüsse der Umwelt in besonnene Betrachtung mit einbezogen werden. An Gregorovius' Darstellungskunst erinnert die lebensvolle Art, wie die Stätten, die Wagner besuchte, an denen er wirkte, geschildert werden; wir erleben gleichsam den Eindruck, den sie auf Wagner machen mußten. Besonders warm und fein ist der Abschnitt über die Meistersinger; beherzigenswert sind auch die abschließenden Ausführungen, denen sich gut gearbeitete Verzeichnisse (S. 611—774) anreihen. Das Ganze gehört zur klassischen Wagnerliteratur.

Dr. K. Grunsky (Stuttgart).

Digitized by Google

Geschichte der Araber. Von Cl. Huart. Ins Deutsche übersetzt von Sebastian Beck und Moritz Färber. 2 Bände, M. 18.—. Namen- und Sachregister. M. 5.—. Leipzig, K. F. Koehler.

Ist Huarts großzügige Darstellung der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des arabischen Volks auch zwar zunächst als eine an weitere Kreise sich wendende wissenschaftliche Publikation gedacht, so dürfte sie doch — eben in Anbetracht der eminenten Aktualität des arabischen Problems in unseren Tagen (Bagdadbahn, Suezkanal, Kalifatsfrage usw.) — schlechthin das Interesse eines jeden beanspruchen dürfen, der die Orientfrage politisch oder praktisch verfolgt. Die beiden großen Linien in der Geschichte des Arabertums: den Aufstieg, d. h. die allmähliche Konsolidierung der kleinen islamischen Gemeinde in Medina, die Gewinnung Mekkas, die schließliche Eroberung und Zusammenfassung der vorher disparaten Kräfte der arabischen Halbinsel, die durch die einheitliche Führung der arabischen Stämme ermöglichte Überflutung der alten Kulturländer Westasiens und Nordafrikas (Syriens, Mesopotamiens, Persiens, des Nillandes und der Atlasländer) bis zur Errichtung des gewaltigen Imperiums unter den Abbasiden in Bagdad, und dann den Niedergang, d. h. den allmählichen Verfall des Riesenreiches in seine Bestandteile und die Sprengung der Reichseinheit, die verheerende Wirkung der Mongolenstürme in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung, den schließlichen politischen Zusammenbruch des östlichen Arabertums und seine Unterwerfung durch die Türken, zuletzt noch die immer übermächtiger auftretende Expansion der europäischen Staaten auf dem Boden des Orients — diese beiden Haupt- und Richtlinien im historischen Werdegang der arabischen Rasse hat der Verfasser recht klar und übersichtlich herauszuarbeiten verstanden. Doch neben diesen historisch-politischen Ausführungen weiß Huart aber auch noch eine Fülle von „Realien" zu geben, so im 22. Abschnitt, wo er die wichtigsten Handelsartikel und die gewerblichen Erzeugnisse, für die der Orient ehedem so berühmt war, nebst den hauptsächlichsten Reiserouten bespricht. Die zwei Aperçus über die Literatur und Wissenschaft bei den Arabern, die den Beschluß des Werkes bilden, geben uns einen interessanten und anschaulichen Einblick in das geistige Leben und Denken eines Volkes, das dereinst einmal in den Tagen des Mittelalters der Lehrmeister Europas in Medizin, Philosophie und Naturwissenschaft gewesen war. O. R.

Das genetische Prinzip. Versuch einer Lebenslehre. Von Aug. Ludowici. München, F. Bruckmann. M. 6.—.

In diesem Werke wird der in der Geschichte menschlichen Denkens und Forschens immer wieder auftauchende und sich als Grundanlage des Geistes ausweisende Versuch, entgegengesetzte Potenzen durch höhere Vereinheitlichung zu versöhnen, vom Gesichtspunkt der modernen Biologie und ihrer Gesetze aus unternommen. Der Gedanke vorsokratischer Philosophie, eines Platon, J. Böhme, das Grundprinzip der nachkantischen Systeme wird hier von einem über reichstes naturwissenschaftliches Einzelmaterial verfügenden Forscher wieder aufgenommen und neu verwertet, während die geisteswissenschaftliche Basis sich als breit genug erweist, um modernem Lebensgefühl entsprechen zu können: Kant, Goethe, Schopenhauer, Nietzsche seien nur als richtunggebende unter den glänzenden Namen genannt, an die der Verfasser anzuknüpfen sucht. Auch er erkennt in der Polarität die „Grundtendenz der Natur" und zeigt als Synthese der das Individuum haltenden Seiten, Geburt und Tod, den Begriff des Lebens (Kap. I), bindet die Funktionen der Vernunft, Bildung von Idee und Erscheinung, im Erfahrungsbegriff zusammen (Kap. II), neutralisiert die Weltvorstellung mit ihrer Zukunft und Vergangenheit im Begriff Natur (Kap. III), und faßt die Elemente der Moral, Ideal und Begeisterung, im Kulturbegriff zusammen (Kap. IV). Denn Aufgabe des genetischen Prinzipes ist es überall, organische Widersprüche zu verknüpfen (wie eben skizziert), eine Methode richtigen Unterscheidens und Verbindens herzustellen; nicht ein absolutes Schema der Kategorien des Seins, sondern die Möglichkeit zu bieten zu immer neuen Synthesen, die aber nur einem unbeirrbaren Glauben an das Leben als höchsten, überzeitlichen Wert möglich sein werden. In diesem Sinne, als Beispiel und Anweisung, sei das ungemein anregende und belehrende Werk freudig begrüßt und einem eingehenden Studium anheimgegeben. O. Beyer

Digitized by Google

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Bischoff, Dietrich, Gedanken zur neuen Wirtschaft. Einige Betrachtungen über Walter Rathenaus Zukunftspläne. Berlin N. W. 23, Verlag Franz Wunder. Preis geh. M. 3.—.

Bissing, Friedrich Wilhelm, Dr., Freiherr v., Wünsche und Ziele! Ein offenes Wort zur politischen Lage. München, Verlag Max Kellerer. Preis M. 1.—.

Das Reich. Vierteljahrsschrift, herausgegeben von Alexander Freih. v. Bernus. 3. Jahr, Buch 2. München, Hans Sachs Verlag. Preis M. 2.80.

Drascher, Wahrhold, Dr., Das Vordringen der Vereinigten Staaten im westindischen Mittelmeergebiet. Mit einer Kartenskizze. Hamburg 1918, L. Friederichsen & Co. Geh. M. 4.—.

Frost, Walter, Professor, Schopenhauer als Erbe Kants in der philosophischen Seelenanalyse. Bonn 1918, Verlag Carl Georgi. Preis M. —.70.

Hindenburg-Worte, Gesammelt von Dr. H. Wohltmann. München 1918, Verlag J. F. Lehmann. Preis M. 2.—, feine Ausgabe M. 2.50 (dazu 20% Zuschlag).

Hinze, Adolf, Sozialdemokratie, Christentum, Materialismus und der Krieg. Osterwieck-Harz 1918, Kommiss.-Verlag von A. W. Zickfeldt. Geh. M. 6.— und 10% Teuerungszuschlag.

Hofmeister, Ad., Professor, England und das Völkerrecht in der Geschichte. München 1918, Verlag J. F. Lehmann. Preis M. 1.—.

Kohler, Josef, Dr., Geh. Rat, Professor, Grundlagen des Völkerrechts. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Stuttgart 1918, Verlag Ferdinand Enke. Preis M. 12.—.

Kuh, Felix, Dr., Der selbständige Unternehmer, seine wirtschaftliche, politische und soziale Bedeutung. Heft 8: Deutsche Zeitfragen. Berlin 1918, Verlag der Deutschen Vereinigung. Preis M. 2.—.

Lammasch, Heinrich, Der Friedensverband der Staaten. Leipzig, Verlag Der neue Geist. Preis M. 1.20.

Mausbach, Joseph, Dr., Naturrecht und Völkerrecht. Heft 1 u. 2: Das Völkerrecht. Herausgegeben von Godehard Jos. Ebers. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagsbuchhandlung. Preis M. 2.80.

Mitteilungen des Deutschen Werkbundes 1918, Nr. 2. Berlin, Selbstverlag des Deutschen Werkbundes. Jährlich 6 Hefte zum Preis von M. 6.—.

Rüdling, Ludwig, Eva. Ein Spiel vom ersten Sterben in 5 Aufzügen. Köln a. Rh., Verlag J. P. Bachem. Preis geh. M. 3.—.

Oesterreich. Zeitschrift für Geschichte. Unter Mitwirkung von Fachgenossen herausgegeben von Wilhelm Bauer. 1. Jahrgang Heft 1 bis 5. Wien, Verlag von L. W. Seidel & Sohn. Preis des Einzelheftes Kr. 3.—, jährlich 8 Hefte Kr. 20.—.

Reinke, J., Professor Dr., Politische Lehren des großen Krieges. Berlin SW 68 1918, Verlag E. S. Mittler & Sohn. M. 3.80.

Scheller, Will, Stefan George. Ein deutscher Lyriker. Leipzig, Verlag Hesse & Becker. Geh. M. 2.50, geb. M. 3.—.

Stutz, Ulrich, D. Dr., Professor an der Universität Berlin, Geh. Justizrat, Zum neuesten Stand des katholischen Mischehenrechts im Deutschen Reiche. Stuttgart 1918, Verlag Friedrich Enke. Preis M. 1.—.

Tauchnitz Edition Vol. 4524: Chesterfield Earl of, Letters to his Son. Vol. 4525: Emerson, Ralph Waldo, The Conduct of Life. Leipzig 1918, Verlag Bernhard Tauchnitz. Preis pro Band brosch. M. 2.50, geb. M. 4.—.

Volkshygienische Bücherei Band 7: Dr. M. Vaerting, Der Vaterschutz. Neue Wege zur Erhaltung der Manneskraft. Dresden, Volkshygienischer Verlag. Preis M. 3.60.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Übersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

Wie kam es doch?

Der Anfang vom Ende

Als Anfang August 1914 der Weltkrieg ausbrach, hatte der Deutsche Kaiser außer auf seine beiden schwachen Bundesgenossen noch das Vertrauen auf seinen Freund, den Zaren von Rußland, gestellt. Diese morsche Stütze schlug der elementare Wille des russischen Volkes fort. Es blieb nur noch die Hoffnung, England würde neutral bleiben. Diese Hoffnung konnte nur eine völlig trügerische sein, sobald ein deutscher Soldat einen Fußbreit Belgiens betrat. Dies geschah, und England erklärte, wie es nach den diplomatischen Vorgängen des 19. Jahrhunderts nicht anders konnte, Deutschland den Krieg. Daß der damalige Reichskanzler dadurch überrascht war, läßt darauf schließen, daß er die politischen Vorgänge des verflossenen Jahrhunderts nicht kannte.

So wie nunmehr die strategischen Verhältnisse lagen, war nur von einem raschen Erfolge im Westen zu erhoffen, daß rechtzeitig starke Kräfte an der Ostgrenze bereitgestellt werden konnten, um den Angriff überlegener russischer Kräfte abzuwehren. Dieser rasche erhoffte Erfolg blieb aus. Um den 10. September 1914 herum wurde es klar, daß der rechte Flügel des deutschen Heeres, wie zu erwarten, umfaßt, geschlagen war, die Mitte den siegreich begonnenen Angriff aufgeben mußte, und der Operationsplan des Großen Generalstabs trotz langer Vorbereitung gescheitert war. Dazu kam, daß das Herz der Obersten Heeresleitung zu weich war, um das Flehen der Provinz Ostpreußen um Schutz gegen die Russen abzuweisen. Mehrere Korps wurden, aus dem Wirbel der Kämpfe im Westen, nach dem Osten gesandt. Der große Gedanke, erst Sieg im Westen, dann Sieg im Osten war damit aufgegeben. Der Chef des Generalstabs der Armee, schon lange leidend, erkrankte ernstlich; mehrere Tage lang schleiften die strategischen Zügel am Boden.

Endlich mußte ein Entschluß gefaßt werden, was nun werden sollte. Der neue Chef des Generalstabes der Armee, jung, auf sein Glück vertrauend, gebot dem Rückzug des rechten Flügels sofort Halt und trieb die Mitte an, die aufgegebene Linie wiederzunehmen; psychologisch gewiß sehr richtig, aber fraglich, ob dies den starken feindlichen Kräften gegenüber auf die Dauer

Copyright 1919 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

vorteilhaft war! Man mußte damals ganze Arbeit machen. Straßburg, Metz, Antwerpen waren in die Front zu nehmen. Warum Truppen vorwärts der Festungen liegen lassen, um diese zu schützen? In der Linie Straßburg, Metz, Maas, Namur, Brüssel, Antwerpen war die Verteidigungskraft zu sammeln, in der verkürzten Linie, in den Festungen waren viele Truppen zu sparen. Die Oberste Heeresleitung dachte anders, sie wollte dem Feinde so wenig wie möglich an abgewonnenem Raum überlassen, trotzig stehen bleiben, sich nicht für besiegt erklären. Es kam zu der Tausende von Kilometern langen Stellung, ohne rechten Abschnitt vor der Front, zu der Verlegenheitsdefensive, aus der herauszukommen nur nach schnellsten Erfolgen im Osten möglich gewesen wäre. Da diese erst nach Jahren sich wirksam zeigten, gestalteten sich die deutschen Verhältnisse im Westen so spät der Offensive günstig, daß der Feind, durch Amerika vermehrt und übermächtig, diese leicht abwehren und vorteilhaft Gleiches mit Gleichem vergelten konnte. Der Anfang des deutschen großen strategischen Angriffs im August 1914 wurde zugleich sein Ende. Aus einigen neuen verfehlten Ansätzen ist er nicht mehr herausgekommen.

Die Verlegenheitsstrategie im Westen

Gewiß wäre es erwünscht gewesen, sich bald aus dieser Zwangslage im Westen herauszuwickeln. Es wurde versucht, des Gegners linken Flügel zu umfassen. Der Angriff auf die Lorettohöhe mißlang, auch bei Ypern konnte nicht durchgedrungen werden. Es fehlte an Kriegsmitteln und Truppen, namentlich die Ausbildung der letzteren, der jungen Kräfte in den Reservekorps ließ zu wünschen übrig; die unübertreffliche Tapferkeit vermehrte nur die Verluste. Es blieb im Jahre 1915 nichts anderes übrig, als sich stillschweigend weiter einzugraben und fürs erste die Initiative dem Gegner zu überlassen. Der fing denn auch an sich zu rühren und begann den großen Septemberdurchbruchsversuch in der Champagne. Wie blutig und gefährlich derselbe war, wissen alle, die damals in der Nähe waren. Der Durchbruch mißlang, weil die weit vordringende französische Infanterie der Führung entbehrte und ihre Artillerie nicht rechtzeitig nachkam. Der Stoß wurde aufgehalten, er verursachte eine kleine Beule in der Linie, aber nicht mehr. Indessen deutscherseits wollte man sich rühren. Anfang des Jahres 1916, im März, begann der Angriff gegen Verdun.

Welche Gründe dazu geführt haben, den stärksten Teil der Front anzugreifen, läßt sich heute noch nicht feststellen. Jedenfalls hätte ein Angriff von Westen her geringere Boden- und fortifikatorische Hindernisse gefunden und hätte mindestens die einzige Vollbahn erreicht, welche die Festung mit dem Hinterlande verband. Nach sechsmonatigen vergeblichen Anstrengungen machte im September 1916 die auf den Generalfeldmarschall v. Hindenburg übergegangene Oberste Heeresleitung mit dem erfolglosen Unternehmen Schluß.

Digitized by Google

Inzwischen hatten die vereinigten Engländer und Franzosen wiederum einen neuen, großartig angelegten Durchbruchsversuch, und zwar an der Somme, unternommen. Von Anfang Juli bis weit in den Herbst hinein dauerte das furchtbare Ringen. Dasselbe führte zu keinem vollen Erfolge, bewirkte jedoch in die deutsche Linie eine tiefe Einbuchtung.

Es war klar, daß die an und für sich schwachen deutschen Kräfte im Westen durch diese Kämpfe schwer mitgenommen sein mußten.

Das Licht im Osten

Inzwischen hatten sich vom September 1914 an die Verhältnisse im Osten wesentlich besser als im Westen gestaltet. Auf den Sieg von Tannenberg und an den masurischen Seen folgten im Verein mit den Österreichern die Vormärsche und durchdachten Rückzüge, die schließlich zu dem völligen Eindrücken des rechten russischen Armeeflügels führten und das Zusammenbrechen der östlichen Heereswalze bewirkten. Hindenburg und Ludendorff hatten Deutschland vor der moskowitischen Überschwemmung gerettet. Das deutsch-österreichische Ostheer nützte seine Erfolge aus und besetzte weite Strecken des feindlichen Landes, bis Odessa, Kiew, Finnland hinauf. War es dazu imstande? Konnte es so riesige Länderstrecken behaupten, während das Erscheinen stärkster Hilfskräfte im Westen bitter notwendig war? Das Endresultat hat dieser gewaltigen Ausdehnung, dem Verbleiben so großer Streitmittel im Osten nicht recht gegeben. Es sind in Finnland und den baltischen Ländern Hoffnungen erweckt worden, welche heute völlig geknickt sind und teilweise den Untergang dortiger befreundeter Stämme herbeiführen. Auf den Dank des befreiten Polens hatte man vergeblich gerechnet.

Die Schwüle im Westen

Jedem Einsichtigen war klar, daß die Entscheidung des Krieges im Westen lag. Hier war Anfang 1917 als Gegner auch noch Amerika auf den Plan getreten. Noch waren seine nicht hoch eingeschätzten Truppen nicht erschienen, währenddessen Engländer und Franzosen Douai und Cambrai gegenüber unverdrossen sich mühsam weiter vorwärts arbeiteten und schließlich vor einem diesseits als Glacis ausgearbeiteten langen Geländeabschnitt ein schweres Hindernis fanden. Indessen konnte deutscherseits nicht verhindert werden, daß die wichtige Vimyhöhe im April 1917 in feindliche Hände fiel.

Monatelang rollten die Züge deutscher Truppen von Osten nach dem Westen. Massenhaft gliederten sie sich hinter dem kämpfenden Westheere, widmeten sich der Erlernung der neuen Grabenkampfweise. Noch ein Winter verging, bis das verstärkte deutsche Westheer im Frühjahr 1918 zur entscheidenden Offensive aufschnellte.

Diese Offensive, unterstützt durch bis nach Paris hinein weittragende Geschütze, gelang in der ersten Phase glänzend, wurde durch eine längere

Digitized by Google

Erholungs- und Vorbereitungspause unterbrochen und endigte im letzten und dritten Teile mit einem Mißerfolge.

Sodann setzte der Gegenangriff der Ententemächte ein, der bis Anfang November 1918 das deutsche Westheer beinahe täglich um einige Kilometer zurückdrängte. Die Gründe, warum dies geschehen konnte, sind folgende: große numerische Überlegenheit der Feinde; viel höherer Wert des amerikanischen Soldaten, als erwartet war; mangelhafte Wirkung des U-Bootkrieges; der gewaltige Einfluß der Tanks, in deren Bau die amerikanische Technik eine Meisterschaft zeigte; die Überanstrengung des deutschen Westheeres in allen Teilen seiner Front; und ein schwerwiegender Punkt kam noch hinzu, der Krieg hatte zu lange gedauert, es war eine Übermüdung eingetreten, und dies benutzte seit dem Beginn des Jahres 1918 eine staatsfeindliche Partei im Inlande, um durch Emissäre, Flugschriften, revolutionäre Zeitungen den Geist des Frontheeres zu erschüttern. Dies gelang nur teilweise, wenn auch unangenehm genug bemerkbar. Die Mehrheitssozialisten nahmen an diesem verräterischen Treiben nicht teil, noch Anfang November schrieb der „Vorwärts", wenn die Waffenstillstandsbedingungen zu schlecht wären, müßte der Kampf weiter fortgesetzt werden.

Es war jedenfalls Mitte 1918 der Punkt erreicht, von dem Clausewitz sagt, daß ganz allmählich die Wage für die eine Partei sich als zu leicht zu heben beginnt. Dieser Moment ist für ein Friedensangebot zu spät, zur Annahme desselben ist der Gegner zu schlau. Hätte das deutsche Volk im Jahre 1917 einen Mann an seiner Spitze gehabt, der den Pulsschlag des Heeres und des Volkes kannte, hätte dieser den Blick der Voraussicht gehabt, dann hätte er, wenn auch nur mit großer Energie, die Aufgabe von Elsaß-Lothringen durchsetzen können, um wenigstens die Baltischen Provinzen zu retten, und um das deutsche Staatswesen zu erhalten. Nach dem Hamannschen zweiten Buche hätte im Jahre 1901 der damalige Reichskanzler ein Bündnis mit England haben können; er fühlte sich aber nicht stark genug, um dieses Bündnis der erregten deutschen Volksmeinung gegenüber durchzusetzen. Wäre dieses Bündnis nicht besser gewesen, als der jetzige Zustand? Hat nicht Fürst Bismarck seine größten Erfolge trotz des Widerstrebens der öffentlichen Meinung davongetragen?

Digitized by Google

Jugendbriefe[1])

Von

Kurd v. Schlözer

Frankfurt, 18. September 1848,
nachts 1 Uhr.

Was für ein Tag! Stunden der Verzweiflung, reich an Proben viehischer Brutalität und edelster Aufopferung! Erspart mir eine längere Beschreibung dieses fürchterlichen Dramas. Für heute, wo ich erschöpft bin von Aufregungen aller Art, nur wenig Worte: Der am Sonnabend gefaßte Entschluß der Nationalversammlung in betreff des Waffenstillstands zwischen Regierung und Aufständischen erregte bei der Frankfurter Bevölkerung, die schon von den Mitgliedern der Linken bearbeitet war, große Mißstimmung. Demolierung verschiedener Häuser war die Folge. Gestern große Volksversammlung. Von nah und fern strömten die Massen herbei. Eine Rede aufwühlender als die andere! Die Stadt wimmelte von Hanauern, Mainzern, Nassauern, Turnern, Republikanern, die mit ihren Fahnen gestern abend in hellen Haufen die Zeil auf und ab zogen, ohne jedoch weiteren Anlaß zu Störungen zu geben. Indessen verlauteten allerhand Gerüchte von einem Gewaltstreich, der gegen die Paulskirche ausgeführt werden solle. Der Senat ließ daher noch in der Nacht einige Bataillone Preußen und Österreicher aus Mainz kommen, die heute morgen beim Beginn der Sitzung vor der Paulskirche Aufstellung nahmen. Kaum war die Verhandlung eröffnet, als draußen Johlen und Pfeifen erschallte. Man hatte eine Überflutung der Kirche versucht, wurde aber durch die Truppen daran verhindert. Nun begann an verschiedenen Teilen der Stadt der Barrikadenbau, den man anfangs nicht weiter störte. Erst gegen 3 Uhr kam es zu Tätlichkeiten; die Österreicher gaben zuerst Feuer, dann brauste der Kampf bald durch alle Straßen der innern Stadt. Auf der Zeil standen die wackeren Preußen, in den Nebengassen, auf dem Römerberg, am Quai die Österreicher, zu denen bald auch Darmstädter Jäger stießen. Einige Barrikaden wurden im Sturm genommen und zerstört; aber nun wurden die Truppen von den Häusern aus beschossen. Mit wahrem Heroismus nahmen die Soldaten diesen ungleichen, teuflischen Kampf auf. Die breite Zeil war frei geblieben von Barrikaden; nur am Ende, bei der Konstablerwache, erhob sich eine riesige Verschanzung. Sie blieb aber, obwohl eine Abteilung nach der anderen dagegen vorgeschickt wurde, unerreichbar, denn die Häuser der Zeil boten den Insurgenten sichere Schlupfwinkel, aus den Nebengäßchen pfiffen ihre Büchsenkugeln nach allen Richtungen und trafen sicher ihr Ziel. Es war ergreifend zu sehen, wie die

[1]) Andere Jugendbriefe von Kurd v. Schlözer brachte die „Deutsche Revue" in den Heften Dezember 1915, Februar, April, September 1916.

Digitized by Google

tapferen Preußen, ihre Führer an der Spitze, im Sturmlauf vorrückend, rechts und links als Opfer dieser meuchelmörderischen Kugeln niedersanken und dann, gestützt auf die treuen Arme zweier Kameraden, in die Wohnungen der Bürger zurückgetragen wurden. Um 5 Uhr Waffenruhe! Man hatte eingesehen, daß auf diese Art die Barrikaden uneinnehmbar seien. Nun wurde mit den Meuterern unterhandelt. Der Erzherzog ist schwankend gewesen und hat sich einen Augenblick geneigt gezeigt, ihrer frechen Forderung nachzugeben, die Truppen aus der Stadt zu entfernen. Schon befürchtete man das Schlimmste. Die Uhr schlug sechs. In einer Viertelstunde war die Waffenruhe abgelaufen. Sollten die Barrikaden durch Infanterie genommen werden, so mußte man sich auf größte Verluste der braven Leute gefaßt machen. Da saust plötzlich in gestrecktem Galopp, wie die wilde Jagd, die Darmstädter Kavallerie mit schweren Geschützstücken die lange Zeil hinunter, voran der Rittmeister v. Boddien, ein schlesischer Abgeordneter der hiesigen Versammlung, der, ich weiß nicht wie, durch die Eisenbahn diese Unterstützung hergezaubert hatte. Noch wollte man unterhandeln, noch versprach man den Insurgenten freien Abzug, aber schon hatten sie durch voreilige Schüsse die Waffenruhe gebrochen, im Nu waren jetzt die Kanonen gegen die Barrikaden gerichtet, mit Kartätschen jagte man die Feinde in die Gegend der Mainbrücke zurück, wo sie im Rücken durch das ihnen ergebene Sachsenhausen gedeckt, sich wieder festsetzten. Mittlerweile hatte auch die Kavallerie alle Straßen zu den benachbarten Ortschaften nach jeder Richtung durchstreift, um die Bauern und Sensenmänner, die gegen Frankfurt marschieren sollten, zurückzujagen. Auch von Mainz waren neun Bataillone Preußen auf der Bahn herbefördert.

Nach einer Kanonade von etwa anderthalb Stunden war man Herr des größten Teils der Stadt. Zahlreiche Gefangene wurden eingebracht. Die wilden Turner in weißleinenen Kleidern und breiten Kalabreserhüten, mit Dolchen und Pistolen bewaffnet, alle Taschen voll Patronen, wurden zu Dutzenden eingefangen. Von den Frankfurter Bürgern haben sehr viele am Kampfe teilgenommen; auf der Zeil hob man ein ganzes Nest von Polen aus. Unter den übrigen Gefangenen befinden sich viele Ausländer und Juden. Manche der Aufständigen haben blindlings in die Luft geknallt. Herrn v. Meyern, der dem Straßenkampf vom Balkon des „Römischen Kaisers" zusah, wurde eine Zigarre vor dem Mund halb fortgeschossen.

Jetzt schweigt schon seit mehreren Stunden der Kanonendonner. Nur hin und wieder vernimmt man noch einzelne Flintenschüsse. Auf dem Roßmarkt liegen Österreicher, Kurhessen, Preußen, Darmstädter aller Waffengattungen um ihre flackernden Biwakfeuer. Ein malerisches Bild. Von allen Seiten wird den tapferen Leuten Wein und Bier zugeschleppt, mit Gesängen und Erzählungen suchen sie die Müdigkeit zu verscheuchen. Aber die unheimliche Kunde von dem grausamen Tod zweier Deputierten, des jungen ritterlichen Fürsten Lichnowsky und des ehrwürdigen, wackeren Generals

Digitized by Google

v. Auerswald erfüllt alles mit Entrüstung und Trauer. Der erstere hatte soeben erst in einer brillanten Rede ganz liberale Ideen vertreten. Beide wurden mittags bei einem Spazierritt auf der Friedberger Chaussee von einer aufständigen Rotte überfallen, die den General vor dem Gärtnerhaus, in das sich beide geflüchtet, kalten Blutes erschlug. Lichnowsky war ein noch schrecklicheres Schicksal beschieden. Durch sein freimütiges und keckes Wesen hatte er sich hier schon lange zahlreiche Feinde erworben. Als Fürst war er den Leuten besonders verhaßt, und schon gestern hörte man, „der Kerl müsse durch die Straße geschleift werden." ...Als er fortgeschleppt wurde und sich hierbei den Angreifern widersetzte, streckten ihn Kugeln nieder. Mit Sensen und Stöcken wurde auf den Wehrlosen eingeschlagen, ihm die rechte Hand abgehackt und der Sterbende auf der Landstraße liegen gelassen. Vorübergehende haben ihn aufgehoben und unter mehrfachen Unterbrechungen in das Heilige-Geist-Hospital gebracht. Soeben kam sein Freund Boddien von ihm. Der Ärmste liegt ächzend und stöhnend da, in wenigen Stunden muß er verscheiden. Schaudernd sieht man, daß es auch bei uns Bestien gibt, die derselben Unmenschlichkeiten fähig sind wie die Pöbelmassen der Pariser Junitage.

Über die Zahl der auf der Seite des Militärs Gebliebenen weiß man noch nichts Genaueres. Mehrere Offiziere sind gefallen. Der Verlust soll größer sein als der der Truppen vom 18. März. Die Insurgenten sind vortrefflich bewaffnet gewesen mit Büchsen und Doppelflinten. Morgen wird man das Nähere hören. Herr v. Schmerling (der interimistische Reichsminister des Innern) hat große Energie gezeigt, für die ihm das ganze Deutschland dankbar sein muß. Er hat trotz des Schwankens des Erzherzogs und trotz des Geschreis der Mitglieder der Linken, die ihn überlaufen haben, um ihn zur Zurückziehung der Truppen zu bewegen, die stärksten Mittel gegen die Insurgenten in Anwendung gebracht. Über die Stadt ist der Belagerungszustand verhängt. Mit den zahlreichen Gefangenen wird man kurzen Prozeß machen. Die Linke, die man ohne Zweifel als Urheberin dieser Katastrophen bezeichnen kann, da mehrere ihrer radikalen Mitglieder wie Zitz aus Mainz, Simon aus Trier, Wesendonck u. a. gestern in der Volksversammlung aufrührerische Reden gehalten haben, wird hoffentlich morgen durch den Bericht, der noch diese Nacht im Ministerium ausgearbeitet wird, moralisch vernichtet, wenn ihr nicht gar ein schlimmeres Schicksal bevorsteht. Wie wird aber dies Ereignis auf das übrige Deutschland wirken? Was geht vielleicht in diesem Augenblick in den anderen Städten unseres Vaterlandes vor? Ich bin überzeugt, daß die hiesige Revolution nicht allein dasteht. Die Vorfälle in Chemnitz und anderen Orten deuten auf Schlimmes. Was wird die zaghafte Berliner Regierung zu diesem kecken Auftreten der jungen Reichsgewalt sagen? Schmerling steht wie ein Diktator da. Hermann hat bekanntlich kein Ministerium bilden können; schon am Sonnabend nach der Sitzung hat der Erzherzog die alten Minister bis auf Heckscher (Justiz) zu

Digitized by Google

sich geladen und sie aufgefordert, interimistisch die Leitung der Geschäfte wieder zu übernehmen, wozu sie sich auch bereit erklärt haben. Auf Heckscher hat das Volk grimmen Haß geworfen. Er ist schon gestern nach Wiesbaden geflüchtet. Für die preußischen und darmstädtischen Truppen ist hier alles begeistert; weniger für die Kurhessen, die vielleicht eine zweideutige Rolle gespielt haben, doch ist dies nicht sicher.

*

Frankfurt, 24. Septe

Nun leben wir hier schon seit acht Tagen im Belagerungszustand, der den meisten Leuten sehr behagt, da er ein Gefühl von Sicherheit gibt, wie man es lange nicht mehr gekannt hat. Fast täglich gehen große Gefangenentransporte nach Mainz ab, und in der Umgegend von Frankfurt werden immer neue ergiebige Razzias gegen das rebellische Landvolk ausgeführt. Es soll hier ein Lager von 20000 Mann zusammengezogen werden; ein anderes weiter südlich. Gottlob, daß man sich noch überall auf die Truppen verlassen kann. Hierin finde ich einen erfreulichen Unterschied von Frankreich im Jahre 1789, wo das Heer bis auf wenige Garderegimenter sogleich von dem Revolutionstaumel ergriffen wurde. Im übrigen finde ich manche traurige Parallele mit jener unheilvollen Zeit. Im Oberlande ist es wieder lebendig geworden. Gestern gingen Preußen und Österreicher nach Freiburg ab. Das Landvolk ist überall demoralisiert. Die Greueltaten des 18. September finden dort nicht nur Beschönigung, sondern Beifall. In verschiedenen Gegenden Badens und Württemberg sind die Eisenbahnen demoliert, um den Zuzug der Truppen zu verhindern. Auch auf die Führer der Lokomotiven ist geschossen. Schmerling, der hier noch immer die Hauptrolle spielt, hat den Grafen Keller aus Erfurt, einen sehr ruhigen, besonnenen, dabei energischen Mann, mit den Truppen als Reichskommissar abgesandt, um die Verhältnisse in Baden zu ordnen. Man hat auch dort viel Polen, Italiener und andere Fremde eingefangen. Die Nachrichten von der Wiederankunft Moltkes in Schleswig haben hier natürlich neue Unruhen verursacht.

*

Frankfurt, Anfang November 1848.

Guter Bruder, die trüben Aussichten für die Zukunft teile ich ganz mit Dir. In Österreich wird es fürchterlich hergehen. Die deutschen Provinzen werden sich für den Kaiser erheben und gegen Wien kämpfen. Ungarn wird sich ganz frei zu machen suchen und dadurch in neue blutige Kämpfe mit Kroatien und Siebenbürgen kommen. Die Italiener werden ihr Haupt erheben und Gott möge dem braven Radetzky sein tapferes Heer erhalten. Hier ist man bereit, eine Reichsarmee von 30000 Mann nach Österreich zu schicken; zugleich werden aber dem Kaiser wahrscheinlich herbe Bedingungen gestellt werden, vor allem die, sich der Zentralgewalt anzuschließen. Tut er dies (woran ich zweifle), so würde die Sache für Deutschland noch glücklich

Digitized by Google

enden können; aber die schwarzgelbe Kamarilla wird sich nicht fügen, und ich sehe schon 100000 Mann Russen in Galizien einrücken. Auch mit Preußen sind, trotz der Erklärung des Grafen Dönhoff in der Berliner Nationalversammlung, die Verhältnisse noch immer nicht geregelt. Man sträubt sich in Berlin nach wie vor hartnäckig gegen die Forderungen des hiesigen Ministeriums in bezug auf die Auswärtige Vertretung. Aber — und nun magst Du den Phantasien Deines Bruders glauben oder nicht: Zur Einigkeit kommen wir doch einmal!

Glaubt Ihr vielleicht, daß die sechzehn Millionen Einwohner des Preußischen Königreichs sämtlich den Ansichten huldigen, wie man sie in den Marken und in Pommern findet? Wird ein für sich bestehendes Preußen im Stande sein, den Samen dieser großen Einheitsidee, der in allen Provinzen mehr oder weniger Wurzel geschlagen hat, wieder auszurotten? Nein und abermals nein! Daß dies alles nicht auf friedlichem Wege vor sich gehen wird — das gebe ich zu. Die Möglichkeit eines Bürgerkrieges liegt nicht fern. Die Diplomatie wird freilich alles aufbieten, um die Einigung zu verhindern. Aber es gibt Ideen, die sich nicht totschlagen lassen, für die ein Volk alles hingibt. Ich spreche nicht von Demokraten, Republikanern und ehrlichen fanatischen Demagogen, die sich bald beruhigen werden; denn ihre Lehren sind auf dem unsicheren Boden der französischen Februartage aufgebaut. Aber es gibt eine andere Idee, die älter ist, die nicht erst im Jahre 1848 auftauchte, die bereits auf der Germanistenversammlung in Lübeck als Wahrheit proklamiert wurde, die 1837 die Jugend begeistert hat,[1]) schon 1814 und 1815 sich Bahn brach, und zu deren vorübergehender Unterdrückung es der raffiniertesten Kunstkniffe aller europäischen Staatsmänner — wenn man sie überhaupt noch als solche bezeichnen kann — bedurfte: der deutsche Einheitsgedanke, die Hoffnung auf ein deutsches Parlament! Und diese Idee lebt in der Berliner Jugend ebensogut wie in den heranwachsenden politischen Kämpfern von Wien, Köln, Breslau, München und hundert anderen deutschen Städten. Diese felsenfeste Überzeugung habe ich aus den Verhandlungen in der Paulskirche geschöpft trotz der gleichzeitigen traurigen Vorgänge, die in Frankfurt Deutschlands Zukunft zu verdunkeln schienen.

*

Berlin, 10. Novemer 1848.

Ich bin hier gerade in aufgeregter Zeit wieder eingetroffen: Seit vorgestern schwebten wir in einer Ungewißheit, die uns das Schlimmste ahnen ließ. Nachdem der König acht Tage hin und her geschwankt hatte, ob Graf Brandenburg bleiben oder abtreten solle, wurde endlich seine definitive Ernennung zum Ministerpräsidenten am Mittwoch abend im Staatsanzeiger

[1]) Protest der Göttinger „Sieben" gegen den Verfassungsbruch des Königs von Hannover. „Das Ereignis goß wieder frisches Lebensblut einträchtiger vaterländischer Überzeugung in die Adern Deutschlands" (Dahlmann).

Digitized by Google

publiziert. Gestern erschien er in der Sitzung der Abgeordneten und verlas die Königliche Botschaft, die anordnet, daß die Versammlung von Berlin nach Brandenburg zu verlegen sei! Der Eindruck war ungeheuer. Eine erdrückende Majorität sprach sich sofort gegen diese Maßregelung aus und hielt noch denselben Abend eine Sitzung, in der beschlossen wurde, die Beratungen in Berlin fortzusetzen und sie einstweilen bis um 9 Uhr heut morgen zu vertagen. Die ganze Nacht über blieben Deputierte als Wache im Sitzungssaal, da sie jeden Augenblick den Einmarsch der Garde befürchtete. Diese erschien aber erst heute nachmittag 2 Uhr. Neue Spannung, neue Besorgnisse. Wunderbarerweise ist die Sache friedlich abgelaufen. Dasselbe Volk, das am 19. März die Truppen unter Hohn und Spott zum Tore hinausjohlte, empfing sie heute mit Jubelgeschrei, Hosianna und kreuzige! Die Masse bleibt sich immer gleich. Wo Wrangel sich zeigte, ertönten laute Vivats und Hurras. So zog ein Teil der Regimenter in die Kaserne, während ein anderer mit Artillerie auf dem Gendarmenmarkt vor dem Schauspielhaus Aufstellung nahm. Dort tagte die Nationalversammlung und schien trotz der plötzlich wiedererwachten Begeisterung der Berliner für das Militär keineswegs gesonnen, sich aufzulösen. Jetzt nahm die Sache eine andere Wendung. Die Bürgergarden, die unter Rimplers Führung das Schauspielhaus umringt hatten, wollten nicht abziehen. Wrangel hatte verschiedene sehr heftige Auseinandersetzungen mit Rimpler und durch diesen mit Unruh, dem Präsidenten — die Versammlung wollte nicht weichen, die Bürgerwehr sie nicht verlassen. Endlich um 5 Uhr gingen die Deputierten auseinander, nachdem sie vorher den Beschluß gefaßt hatten, sich um 9 Uhr morgen wieder zu versammeln. Wrangel beabsichtigt für morgen das Schauspielhaus zu besetzen und keinen Deputierten hineinzulassen. Wohin aber alle diese Staatsstreiche führen, was die Provinzen dazu sagen, wie das durch und durch aufgewühlte Schlesien und Sachsen diese Nachrichten aufnehmen werden — das mag der Himmel wissen! —

*

Berlin, 28. November 1848.

Der Landtag soll vertagt werden, um die Stellvertreter einzuberufen und die nötigen Ergänzungswahlen vorzunehmen. Das wird neue große Aufregung ins Land schleudern. Vincke, der eigentlich herberufen war, um nach *seinem* Willen ein Ministerium zu bilden, ist, wie es scheint, in Potsdam bei seiner Ankunft etwas schnöde abgefertigt mit dem Bemerken: „Es sei noch nicht so weit." Manteuffel will nämlich nicht eher abtreten, als bis „die Anarchie ganz unterdrückt ist" (das kann also noch lange dauern!) und bis er sich vor der Versammlung wegen seiner Maßregeln gerechtfertigt hat. Gagern hat jeden Ministerposten abgelehnt. Es ist eine öde, trübselige Zeit!

*

Digitized by Google

Berlin, 4. Dezember 1848.

Der Belagerungszustand dauert noch fort und scheint fürs erste kein Ende nehmen zu wollen. Am Sonnabend erschien der Prinz von Preußen mit der Prinzeß und dem jungen Prinzen in Berlin, um die Gardelandwehr, die von Stettin kam, einzuholen. Die Herrschaften sind hier von der Bevölkerung herzlich aufgenommen und sehr befriedigt nach Potsdam zurückgekehrt. Der Belagerungszustand ist allgemein an der Tagesordnung. Wo sich etwas in Sachsen oder Schlesien rührt — gleich Belagerungszustand! Es ist eigentlich sehr spaßig, als ob ein Kind nach jeder Unart von der Amme trocken gelegt wird. Das kleine Nest Marienwerder zeigt Unruhe — schleunigst erscheint ein königlicher Leutnant mit 50 Mann, das Städtchen befindet sich sofort im Belagerungszustand, und der glückliche Jünger des Mars hat vollkommen recht, dort wie Windischgrätz zu hausen. Man ist hier sehr gespannt auf die Papiere von Blum und Fröbel, die jener österreichische General binnen kurzem veröffentlichen wird. Sie sollen die fürchterlichsten Mordpläne enthalten. Für jeden Fürsten oder Fürstensohn (ob legitim oder nicht, ist gleich) war ein Mörder ausgesucht. Verschiedene Zeichnungen von Guillotinen, die Fröbel noch zu vervollkommnen versprochen hat, sollen sich auch dabei finden. Die Wiener bereiten große Dankadressen vor für Windischgrätz; ebenso die Berliner für Wrangel. Überhaupt fühlt sich der eigentliche Berliner ganz glücklich unter dieser neuen Art von Militärherrschaft. Statt der Klubs besucht er wieder sein Stammlokal. Der Allarmchor stört ihn nicht mehr des Nachts. Die Rinaldogestalten verschwinden von den Straßen, und die vornehme Welt kehrt allmählich wieder zurück. Besonders merkwürdig ist, daß die großen Bärte der Demokratie immer sparsamer wachsen. Man will in der Irrenanstalt zu Siegburg bemerkt haben, daß sich der erste Schritt zur Genesung bei den dortigen Kranken dadurch kundgibt, daß sie nach einem Barbier verlangen, um sich ihrer langen Bärte zu entledigen. Wer aber glaubt, daß mit allen diesen Maßregeln der Strom der Revolution zu hemmen sei, der irrt gewaltig. Es ist erfreulich, zu sehen, wie in diesem völlig demoralisierten Berlin wieder Recht und Ordnung zur Geltung kommt. Aber in Brandenburg gärt es fort. Das unpopuläre Ministerium scheint noch lange nicht weichen zu wollen. Manteuffel bewirbt sich um die Kandidatur in Teltow. Die Stelle des Finanzministers, die noch unbesetzt war — anfangs hieß es, das Ministerium bliebe nur 8—14 Tage — ist jetzt durch v. d. Heydt, einen der Sprecher des vorigen Landtags, ausgefüllt. Selbst den weitsichtigsten Politikern ist es unmöglich, vorauszusagen, was der nächste Tag bringen wird. Die Minister hüllen sich in tiefstes Stillschweigen und machen Alles von den Umständen abhängig. Montag Abend hieß es im Schloß zu Potsdam, der Landtag solle vertagt werden. Dienstag Morgen aber faßten die Minister auf Zureden einiger Deputierter einen anderen Beschluß; man wartete bis Freitag; Freitag erscheinen 20 Mitglieder der Linken, verlesen ihren Protest, und nun weiß wieder kein Mensch, was der

Digitized by Google

nächste Donnerstag bringt. Gagern soll Sonnabend Potsdam ziemlich entmutigt verlassen haben.

*

29. Juni 1849.

Napoleon prophezeit in einem seiner grandiosen Aufsätze die Zukunft Europas folgendermaßen:

„Das Fundament unserer politischen Gesellschaft ist so schadhaft, daß es einzustürzen droht. Der Zusammenbruch wird schrecklich sein und alle Nationen des Kontinents mit sich reißen. Keine menschliche Kraft wird fähig sein, den Gang der Ereignisse aufzuhalten. So wie die Birne, wenn sie reif ist, herabfällt, werden auch die Staaten am Ende ihres Herbstes zu Brei. Der Sturm der Revolution, von der einige Wolken sich über die ganze Oberfläche von Frankreich ausbreiteten, wird bald den ganzen Teil des Globus, den wir bewohnen, mit schrecklicher Nacht überziehen, und erst, wenn die Natur allen Brennstoff erschöpft hat, wird der Donner aufhören uud ein heiterer Tag wiedererscheinen. Die Welt kann nur durch Ströme von Blut gerettet werden. Ich allein hätte die Welt retten können, kein anderer! Ich hätte sie den Schmerzenskelch mit einem Zug leeren lassen, während sie ihn jetzt tropfenweise trinken muß." (Geschrieben 1815 auf St. Helena.)

Unsere Volksernährung in Gegenwart und Zukunft

Von

Prof. Dr. F. Wohltmann (Halle a. S.)

Die Frage unserer Ernährung wird nachgerade eine äußerst brennende. Auch die Amerikaner beschäftigen sich ernstlich mit ihr und sind zur Hilfe bereit, während die Engländer nicht von der Blockade ablassen wollen und unseren Notschrei gar als Täuschung hinstellen. Es dürfte daher eine klare Begründung geboten erscheinen.

Vor dem Deutsch-Französischen Kriege 1870/71 war Deutschland ein reiner Agrarstaat, der landwirtschaftliche Erzeugnisse in großen Mengen ausführte. Um die Mitte der achtziger Jahre wurden wir auch ein Handels- und Industriestaat von nach und nach immer größerer Bedeutung. Seitdem nahm die starke Auswanderung von alljährlich Hunderttausenden nach Amerika ab und konnte Deutschland die überschüssige Bevölkerung im Lande selbst beschäftigen, aber schließlich nicht mehr ernähren. Die Zunahme der Bevölkerung wuchs von 46 000 000 im Jahre 1883 auf 67 000 000 im Jahre 1913, d. i. im Mittel für das Jahr um 700 000 = 1,5 %.

Digitized by Google

So kam es, daß wir vor dem Kriege nicht nur sehr große Mengen landwirtschaftliche Erzeugnisse für die Volksernährung aus dem Auslande nötig hatten, sondern daß auch unser Viehstand auf die Einfuhr großer Mengen Futterstoffe angewiesen war, die im Jahre 1913 einen Wert von über einer Milliarde Mark ausmachte.

Wie sehr unsere Volksernährung unmittelbar vor dem Kriege von den Einfuhren aus dem Auslande abhängig war, ergibt sich aus folgendem **Überblick:**

Unsere Ernten an Roggen und Hafer genügten in normalen Jahren so eben für unsere heimischen Bedürfnisse, dahingegen fehlte uns $^1/_3$ unseres Weizenverbrauchs, so daß wir 1913 für 330 Millionen Mark Weizen einführen mußten. Unser Gerstebedarf konnte nur zur Hälfte auf der heimischen Scholle gedeckt werden; 100%, das ist für 365 Millionen Mark, wurden für Brau- und Futtergerste eingeführt.

Im Jahre 1913 erhielten wir ferner aus dem Auslande (abzüglich der Ausfuhr):

Reis	für	60	Millionen Mark
Mais	„	100	„ „
Hülsenfrüchte und Buchweizen	„	40	„ „
Gemüse	„	30	„ „
Obst	„	100	„ „
Südfrüchte	„	129	„ „
Wein	„	33	„ „
Geflügel und Eier	„	260	„ „
Fleisch	„	68	„ „
Milch, Käse, Butter, Schmalz, Talg usw.	„	280	„ „
Öle und Fette	„	34	„ „
Ölige Rohstoffe	„	300	„ „

Dieser gewaltigen Einfuhr konnten wir in der Hauptsache nur die Hälfte unserer Zuckererzeugung im Werte von 262 Millionen Mark als Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse gegenüberstellen und daneben die Ausfuhr von Brauerei- und Mühlenerzeugnissen im Werte von 124 Millionen Mark.

Nach Professor Warmboldt führten wir vor dem Kriege

10% aller pflanzlichen Nahrungsmittel,
33% des verzehrten tierischen Fettes und Fleisches,
55% der Molkereierzeugnisse und
30% der verbrauchten Eier ein.

In Nährstoffen umgerechnet mußten

25% unseres Eiweißbedarfes,
40% unseres Fettbedarfes und
10% unseres Bedarfes an Kohlehydraten

aus dem Auslande bezogen werden.

Digitized by Google

Unsere eigene Scholle lieferte an landwirtschaftlichen Stoffen 1913 eine Menge im Werte von rund 14 Milliarden Mark. Aus dem Auslande führten wir (abzüglich Ausfuhr) für über 4,7 Milliarden Mark landwirtschaftliche Stoffe ein, das war ungefähr $^1/_4$ des Gesamtverbrauches. Von diesen 4,7 Milliarden Mark entfielen 1,6 Milliarden auf die Ernährung der Bevölkerung, über 1 Milliarde auf tierisches Futter und 2,1 Milliarden auf die von unseren Fabriken benötigten Rohstoffe, worunter auch Baumwolle, Kautschuk, Leder usw. mit einbegriffen sind.

Eine vierköpfige Familie mußte daher für Nahrungs- und Kleidungsmittel alljährlich rund 100 Mark an Einfuhr aus dem Auslande ausgeben, oder man kann auch so rechnen, daß unsere heimische Scholle wohl 60 Millionen Menschen selbst zu ernähren vermochte, 7 Millionen jedoch auf Nahrungsmittel aus dem Auslande angewiesen waren. Bedenkt man nun ferner, daß für unser Vieh mindestens $^1/_8$ der Futterstoffe aus dem Auslande bezogen werden mußte, so ergibt sich, daß unsere landwirtschaftliche Abhängigkeit vom Auslande eine geradezu beängstigende geworden war.

Diese Abhängigkeit wäre ja nun an sich kein Unheil gewesen, denn auch England, Holland, die Schweiz, Belgien und Frankreich können das Volk nicht mehr auf eigener Scholle ernähren. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Englands sollen nicht größer sein, als daß sie nur drei Monate für die Ernährung des englischen Volkes ausreichen. Aber die Voraussetzung der Sicherheit unserer Volksernährung mußte die Freiheit des Handels und die Freiheit des Meeres sein, damit die Freiheit der Zufuhr gewährleistet war. Als uns diese benommen und als ferner den neutralen Staaten der Handel mit uns verboten wurde, mußten wir notgedrungen von Jahr zu Jahr in immer größere Verlegenheiten kommen, so daß selbst die Rationierung auf die Dauer uns nicht retten konnte.

Zum Glück hatten wir 1913 eine ausgezeichnete Ernte in Deutschland gemacht, die beste, die Deutschland je erlebt hat. Auch 1914 und 1915 konnten wir mit den Ernten leidlich zufrieden sein, aber 1916 versagte die Kartoffelernte, 1917 hatten wir in Gerste und Hafer eine vollständige Mißernte. Im Jahre 1918 war die Getreideernte zwar wesentlich besser als 1917, jedoch kaum mittel gegen frühere Jahre, aber die gesamte Kartoffelernte war keineswegs eine reichliche, konnte wegen des Frostes nicht voll geborgen werden und dürfte daher für die Bevölkerung nur eben genügen, zumal die Haltbarkeit der Kartoffel vielfach schlecht ist. Obst fehlt in diesem Jahre nahezu vollständig, auch das Frühgemüse war nur spärlich, dahingegen ist das Spätgemüse in reichlicher Menge vorhanden. Die Zuckerrübenernte brachte kaum so viel Zucker, wie wir vor dem Kriege im Lande brauchten, und genügt nur so eben, wenn die Munitionserzeugung nunmehr aufhört. Die Aufbesserung der Fleischration von 200 auf 300 g pro Kopf und Woche aus dem heimischen Viehbestande ist sehr bedenklich, da uns nur ein Drittel des früheren Schweinebestandes verblieb und der Wert unseres Rindviehbestandes

Digitized by Google

auf fast die Hälfte bereits gesunken ist. Auch an Wild fehlte es infolge Seuchen und Wilddieberei sehr, und Fische sind uns in größeren Mengen nur nach Aufhebung der Blockade zugänglich. An Geflügel, Eiern, Butter, Speck und Fett werden wir nach wie vor großen Mangel leiden. Da nun obendrein auch großer Futtermangel im Lande herrscht, sind keinerlei Aussichten vorhanden, daß uns tierische Erzeugnisse in Zukunft mehr als im letzten Jahre zur Verfügung stehen, wenn uns nicht gewaltige Zufuhren bald zuteil werden.

Unsere Sorge um das Durchhalten bis zur nächsten Ernte ist daher eine außerordentlich ernste; eine fürchterliche Katastrophe steht vor uns! Sie kann ja hinausgeschoben werden bis zum Mai oder Juni, aber dann werden die Nahrungsmittel zur Neige gehen und um so früher, je weniger sparsam mit ihnen verfahren wird. **Die einzige Rettung liegt in der Zufuhr aus dem Auslande!** Dabei kommt Ost- und Südeuropa, wie wir einst so sehr hofften, nicht in Betracht, sondern nur die Länder über See, insbesondere Nordamerika und Argentinien, von wo die Hilfe am schnellsten und auch genügend gebracht werden kann. Es tut jedoch not, daß sie bereits im Frühjahr 1919 einsetzt, damit die Angst und Ungewißheit dem Volke benommen wird und es sich wieder beruhigt. Der jammervolle Ernährungszustand des Volkes hat nachgerade einen Tiefstand erreicht, der an Hungersnot grenzt und schwere seelische und körperliche Leiden der Bevölkerung zur Folge hat.—

Leider lehrt dieser Überblick, daß auch in der weiteren Zukunft unsere Volksernährung eine sehr schwierige und zum mindesten noch eine sehr teure sein wird, da wir Unsummen an das Ausland zahlen müssen. Wir sind daher gezwungen, noch jahrelang im Essen und Trinken die größte Sparsamkeit und Einfachheit walten zu lassen. Schrecklicher aber als dies ist das Gespenst der Massenauswanderung, das immer drohender auftaucht!

Angesichts dieser Sachlage ist daher die Frage am Platze: Kann die heimische Landwirtschaft nicht mehr leisten als bisher, oder hat sie gar in den letzten Jahrzehnten bereits versagt?

Darauf ist folgende Antwort zu geben:

Der deutsche Landwirt tat seine Schuldigkeit!

Er verminderte die Brache bis auf 2,6 % des Ackerlandes und dürfte damit nahezu ihr betriebswirtschaftliches Mindestmaß erreicht haben. Er erweiterte innerhalb der letzten 40 Jahre den Hackfruchtbau um 46 %. Er steigerte die Ernten innerhalb der 24 Jahre von 1886/90 bis 1909/13 von

	Roggen	Weizen	Sommergerste	Hafer	Kartoffeln
in %	65	42	38	38	34
das ist pro Jahr %	2,7	1,75	1,6	1,6	1,4

Er erhöhte den Wert des deutschen Viehbestandes von 1883 bis 1912 um 4,5 Milliarden Mark, das ist um 81 % oder für das Jahr um 2,7 %.

Das alles sind Glanzleistungen, wie sie kein anderes größeres Land der Welt aufweisen kann, die die Intelligenz, Betriebsamkeit und den Ernst der deutschen Landwirte ins rechte Licht stellen und den Erfolg der Wissenschaft,

Digitized by Google

des Vereins- und Genossenschaftswesens belegen. Sie sind um so viel mehr anzuerkennen, als Deutschland nur mäßige Boden- und Klimaverhältnisse hat, die hinter denen Frankreichs und Englands weit zurückstehen. Wenn die deutsche Landwirtschaft gleichwohl die Ernährungsansprüche des deutschen Volkes nicht mehr befriedigen konnte, so ist das nicht allein auf die starke und schnelle Volksvermehrung, sondern besonders auch auf die ungemein gesteigerten Lebensansprüche unseres Volkes zurückzuführen, die sicherlich zu einem nicht geringen Teil übertriebene geworden waren.

Vor etwa 40 Jahren machte der alljährliche Fleischverbrauch nicht mehr als rund 20 kg auf den Kopf der Bevölkerung aus (heute 15 kg), und 1913 betrug er 54, ja in Berlin sogar über 70 kg. Vor 50 Jahren waren Weißbrot und Kuchen in Norddeutschland Leckerbissen, und 1913 waren sie allgemeine Volksnahrungsmittel.

Mit derart und ähnlich gesteigerten Ansprüchen des Volkes konnte die deutsche Landwirtschaft nicht gleichen Schritt halten. **Aber was dürfen wir in Zukunft von ihr erwarten?** Daß sie zurzeit und auch die nächsten Jahre nach dem Kriege das Volk nicht voll zu ernähren, geschweige denn zu kleiden vermag, liegt auf der Hand. Aber gleichwohl wird das Wohl und Wehe unseres schwer heimgesuchten Volkes im nächsten Jahrzehnt in der Hauptsache von den Leistungen der heimischen Scholle abhängen, und daher ist die obige Frage eine Lebensfrage für unser Volk.

Leider liegt unsere Landwirtschaft zurzeit arg darnieder. Sechs Jahre sind mindestens nötig, um sie wieder auf die Höhe von 1913 zu bringen. Es fehlt ihr infolge des verminderten Viehbestandes für etwa eine Milliarde Mark Stallmist. Es fehlen ihr 1919 66 % der phosphorsäurehaltigen Düngemittel, nicht minder fehlt 1919 etwa die Hälfte des erforderlichen Stickstoffkunstdüngers, und sogar infolge des Mangels an Eisenbahnwagen auch stark der Kalidünger. Es fehlt an Maschinen, an Anspannung und ganz insbesondere auch an erfahrenen Landarbeitern, die der blutige Krieg mehr denn die städtischen Arbeiter verschlungen hat. Die Äcker sind ausgesogen und zum Teil stark verunkrautet, ihre mangelhafte Bearbeitung während des Krieges hat ihre Kultur stark heruntergedrückt, so daß die Erträge um 25—40 % gegen früher zurückgehen. Die Arbeitslöhne und sonstigen Unkosten haben eine ungeheure Höhe erreicht und werden sich nur langsam auf eine normale wieder einstellen lassen. Die ländlichen Wanderarbeiter müssen in Zukunft durch Fabrikarbeiter, die in den lahmgelegten Industrien keine Arbeit mehr finden, ersetzt werden, und es wird nicht leicht sein, sie an die eigenartige, schwierige, viel Interesse und Verständnis erfordernde Landarbeit zu gewöhnen. Aber ohne Abwanderung städtischer Arbeiter auf das Land wird überhaupt die deutsche Landwirtschaft zu einem Teile vollständig lahmgelegt sein. Die Landflucht der Arbeiter brachte es mit sich, daß die Zahl der Berufsangehörigen in der Land- und Forstwirtschaft 1882—1914 von 42,6 % in der Bevölkerung auf 24 % fiel, während der Prozentsatz der Berufsangehörigen der Industrie, des Bergbaues,

Digitized by Google

des Handels und Verkehrs von 46 % auf 62 % anwuchs. Wenn der also entstandene Arbeitermangel auf dem Lande nach Wegfall der ausländischen Wanderarbeiter nicht behoben wird, kann sich die deutsche Landwirtschaft nicht erholen und noch viel weniger intensiver ausbauen, um ein Volk von 67 Millionen auf eigener Scholle zu ernähren. Ob das letzte überhaupt möglich ist, wird die Zukunft lehren. Soviel läßt sich heute mit aller Bestimmtheit sagen, daß das nicht von heute auf morgen zu erreichen ist, sondern sicherlich erst dann, wenn die außerordentlich mannigfaltigen Bedingungen einer intensiveren Wirtschaftsweise sämtlich erfüllt sind. Und das erfordert die Arbeit mindestens einer Generation.

Wir gehen daher einer ebenso arbeits- wie krisenreichen Zeit entgegen, ja dem Untergange, wenn die Arbeitslust im Volke weiter schwindet.

Mag uns auch das Ausland Nahrungsmittel und Kleiderstoffe demnächst wohl gewähren, billig werden sie nicht sein. Wir müssen daher in den nächsten Jahren mit einer großen Teuerung rechnen, und zwar in allen Waren und dürfen nicht glauben, mit Friedensschluß aller Sorgen überhoben zu sein.

In der Landwirtschaft, der Nährmutter unseres Volkes, tun uns in Zukunft mehr denn je führende, intelligente und wissenschaftlich durchgebildete Landwirte not, die vorbildlich wirtschaften und durch ihr Beispiel die kleineren Landwirte anregen und belehren, damit auch diese an den Fortschritten der Landwirtschaft einen regen Anteil nehmen und die Ernährungsnot des Volkes beseitigen helfen.

Halle, den 6. Februar 1919.

Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard v. Dalwigk zu Lichtenfels in den Jahren 1866/67 und 1870/71[1]

Herausgegeben
von
Dr. Wilhelm Schüßler,
Privatdozent an der Universität Frankfurt a. M.

Zur Einführung

Seit den Tagen, da das gesamte Deutschland, Fürst und Volk, sich gegen den fremden Eroberer erhob und die Ketten der Knechtschaft abwarf, seit dem Jahre 1813 ist die Frage nicht mehr verstummt: Wie schaffen wir am besten die deutsche Einheit, das ganze Deutschland, Kaiser und Reich? Selbstverständlich, daß man im ersten Jubel der Befreiung daran dachte,

[1]) Diese Veröffentlichung ist ein Teil der gesamten Tagebücher Dalwigks von 1860 bis 1871, die demnächst in den „Deutschen Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts" als erster Band erscheinen werden.

Digitized by Google

das letzte Haupt des alten heiligen Reiches, Kaiser Franz von Österreich, mit der Krone der Deutschen zu schmücken. Hatte sein Haus sie nicht durch ein halbes Jahrtausend getragen und war Wien nicht die Hauptstadt des Deutschen Reiches gewesen?

Aber doch auch in diesen Jahren schon wagten sich Stimmen hervor, die Preußens Herrschern die Ehre des Reichsvorstandes zuwenden wollten und die von dem halbdeutschen Österreich kein Heil für die deutsche Nation erhofften. Hatte doch Österreich sich immer mehr aus Deutschland hinausentwickelt, hatte es doch Madjaren und Slawen in Massen aufgenommen. Im Gegensatz dazu hatte sich Preußen, das seit den letzten beiden polnischen Teilungen ebenfalls den Weg Österreichs zu gehen und auch ein deutsch-slawischer Mischstaat zu werden schien, nach dem Verluste Polens und Warschaus aufs neue verdeutscht und war nach dem Erwerbe Sachsens, Westfalens und Rheinlands fester und inniger als jemals mit Deutschland verwachsen. Es war, wenn man die rein deutsche Bevölkerung der beiden Großmächte verglich, der größte deutsche Staat. Für die Verschmelzung Deutschlands und Preußens aber war die Frage über alles wichtig, wie weit Preußen seinen Charakter als reiner Machtstaat, ja als besondere „Staatsnation" in und neben der deutschen Kulturnation behaupten könne und wolle.

Denn diejenigen Deutschen, die sich, wie der Schwabe Paul Pfizer in seinem „Briefwechsel zweier Deutschen", schon zu Anfang der dreißiger Jahre zu der Überzeugung durchgerungen hatten, daß ein wirklich lebensfähiger deutscher Staat mit zwei Großmächten im Bunde undenkbar sei und die Österreich aus der staatlichen Gemeinschaft der Deutschen ausscheiden wollten, fragten sich doch auch: ob denn ein Bundesstaat mit einer Großmacht denkbar sei, ob nicht der größere Genosse die kleinen hemmungslos erdrücken werde? Kurz, auch das preußisch-deutsche Problem, dessen Fortleben bis zum heutigen Tage uns Meinecke in seinen feinsinnigen Studien gezeigt hat, kündigt sich schon gleich zu Beginn der Einheitsbewegung an.

Viel wichtiger und entscheidender aber war erst die Frage: Preußen an der Spitze Deutschlands, d. h. Ausschluß Österreichs, und ein straffer Bundesstaat? — oder Österreich und Preußen in einem loseren Föderativverbande, der den Mangel an Zusammenfassung durch die nicht gestörte Einheit aller Deutschen ersetzte?

An dieser Frage: Kleindeutschland oder Großdeutschland? haben sich die Geister geschieden, als in den Jahren 1848/49 die erste deutsche Nationalversammlung berufen war, den Bau der deutschen Einheit aufzuführen. Und der Gegensatz zwischen Kleindeutsch und Großdeutsch hat im Untergrunde weitergelebt bis zum heutigen Tage, wo hoffentlich das wirklich einige Großdeutschland geschaffen wird.

Zu den Anhängern der großdeutschen Richtung, die Österreich um jeden Preis bei Deutschland erhalten wollten, zählte eine Menge verschiedenartiger Gruppen. Zunächst die große Mehrzahl der Deutsch-Österreicher selbst, dann

Digitized by Google

die Katholiken, die nur in dem Gleichgewicht der Konfessionen ihr Heil erblickten und von einem „protestantischen" Kaisertum nichts wissen wollten, ferner jene warmherzigen Freunde der deutschen Einheit, denen die Art des nationalen Verbandes erst in zweiter Reihe stand, die in der Verbindung aller Deutschen das oberste Ziel erblickten und die von Radowitz einmal treffend „Totalisten" genannt wurden. Zu ihnen kann man auch die Imperialisten zählen, die in Österreich das Werkzeug für die Ausbreitung des Deutschtums im Osten sahen. Und endlich gehörten zu den Großdeutschen alle jene Anhänger der souveränen Einzelstaaten, die das Ende ihrer Selbständigkeit und Eigenart von einem staatlichen Verbande mit nur einer Großmacht befürchteten. Der losere föderative Verband, der für beide sich die Wage haltenden Großmächte allein möglich war, erschien ihnen als die Bürgschaft für das eigene selbständige Leben.

Es liegt in der Natur der Sache, daß diese sog. „Partikularisten" sich später, als der Deutsche Bund wiederhergestellt und der Aufbau der deutschen Einheit vom Volk an die Regierungen übergegangen war, in erster Linie bemerkbar machten; und zwar in Gestalt der mittel- und kleinstaatlichen Minister. Für diese mittleren und kleinen Staaten, die freiwillig weder an Österreich noch Preußen Rechte opfern wollten und die nur in dieser Vereinigung etwas bedeuteten, stand natürlich der Deutsche Bundestag in Frankfurt sehr viel höher als für Österreich und Preußen, die auch ohne ihn eine europäische Geltung besaßen. Und so mußte es das natürliche Streben aller dieser mittel- und kleinstaatlichen Minister sein, die Reformen, die zur deutschen Einheit führen sollten, an den Deutschen Bund anzuknüpfen, den Bund zu stärken und ihn durch planmäßigen Aufbau langsam zum Mittelpunkt Gesamtdeutschlands, ja zum Oberbau auch über die alten Machtstaaten Österreich und Preußen werden zu lassen.

Man wird diesen Männern, den Pfordten, Beust, Dalwigk usw., nicht gerecht, wenn man ihnen, da sie für das Interesse ihres Einzelstaates tätig waren, etwa undeutsche Gesinnung vorwirft. Handelten die preußischen Staatsmänner anders? Hatte Friedrich der Große, als er Schlesien eroberte, an Deutschland gedacht? Ist nicht Bismarck zuerst und ausschließlich auf preußischem Boden erwachsen? Dalwigk[1]) und seine Gesinnungsgenossen

[1]) Reinhard Karl Friedrich Freiherr v. Dalwigk zu Lichtenfels wurde am 19. Dezember 1802 zu Darmstadt geboren. Sein Vater war der spätere General und Gouverneur von Darmstadt, Reinhard v. Dalwigk, seine Mutter eine Tochter des berühmten Juristen und Goethefreundes Höpfner. Im Herbst 1818 bestand Dalwigk das Abiturientenexamen und studierte dann in Göttingen, Berlin und Gießen die Rechte. Er trat 1826 in den hessischen Staatsdienst; 1841 wurde er Kreisrat in Worms, 1845 Provinzialdirektor von Rheinhessen und Territorialkommissar in der Bundesfestung Mainz, wo er 1848 ruhmvoll die Revolution bekämpfte. Im Sommer 1850, als die Aufgabe der preußischen Union beschlossene Sache war, wurde er zur Leitung des Staates berufen, die er bis zum April 1871 innehatte. Er starb am 28. September 1880, betrauert von seiner zweiten Gattin und drei Kindern.

Digitized by Google

waren, als Preußen jede Reform des Deutschen Bundes beharrlich ablehnte und offenbar nichts zustande kommen lassen wollte, als es im Jahre 1859 Frankreich nicht rechtzeitig angriff und Österreich im Stiche ließ, fest überzeugt, daß hier der krasseste und gefährlichste aller Partikularismen walte. Kurz, Dalwigk und Genossen hätten den Vorwurf, undeutsch zu sein, entrüstet von sich gewiesen. Dalwigk korrespondierte in den fünfziger Jahren mit Erzherzog Albrecht über die Besiedelung Ungarns mit Deutschen, brannte 1859 darauf, den Franzosen Elsaß und Lothringen wieder abzunehmen, und warnte später Napoleon immer wieder, in einem künftigen preußisch-französischen Kriege das linke Rheinufer zu nehmen, weil das den Nationalkrieg des gesamten Deutschland gegen Frankreich bedeuten würde.

Trotzdem ist Dalwigk in erster Reihe beschuldigt worden, ein Rheinbundsminister, ein Franzosenknecht zu sein. Das kommt daher, daß er mit einer Hartnäckigkeit ohnegleichen den preußischen Staat und seinen Vergrößerungsdrang auch dann noch bekämpfte, als der größte Teil der Nation in Preußen bereits den Vorkämpfer der nationalen Größe sah. Für Dalwigk fielen Preußen und Deutschland nie zusammen; für ihn bestand der preußisch-deutsche Gegensatz in voller Schärfe weiter. Er wollte sich nicht, wenn der preußische Staat an die Spitze Deutschlands trete, zu einem Deutschen zweiter Klasse machen lassen. Und so konnte er immer wieder sagen, daß er für Deutschland, das gesamte Deutschland, dem sich auch Preußen hätte fügen müssen, jegliche Opfer bringen wolle, für Preußen niemals! Er konnte es 1866 Bismarck neben der Teilung Deutschlands in drei Teile — Nordbund, Österreich, Südstaaten — nicht verzeihen, daß er durch die Vertreibung von vier uralten Dynastien das monarchische Prinzip aufs schwerste geschädigt habe.

Kurz, bis zuletzt war es sein oberster Gesichtspunkt, daß Deutschland nicht das Opfer preußischer Vergrößerungssucht werden dürfe. Und doch hat auch bei ihm, obwohl er aufs eifrigste den Krieg Frankreichs und Österreichs gegen Preußen erstrebte, schließlich, als aus dem preußischen Kriege der große Nationalkrieg wurde, das Nationalgefühl den alten Groll überwunden. Und so hat er, auf die Kunde der ersten Siege und in der Hoffnung, nun Elsaß und Lothringen dem Reiche gewonnen zu sehen, dem preußischen Gesandten sagen können: Wenn Preußen diese alten Provinzen der Nation als Morgengabe bringe und die deutsche Kaiserkrone dazu, so solle für 1866 Indemnität erteilt werden.

Was Dalwigk unter den Großdeutschen jener Epoche eine besondere Stellung gibt, ist die Tatsache, daß er der folgerichtigste, beharrlichste war und noch die Versailler Verträge unterschrieben hat, bis, wie er Beust, dem alten Freunde sagen ließ, auch er fiel „als der letzte Reiter einer einst so prächtig geführten Schwadron".

Wir werden heute, wenn wir die großdeutschen Bestrebungen betrachten, ohne Befangenheit und Parteisucht sagen können, daß letzten Endes auch in ihrem Wollen ein richtiger Kern steckte. Großdeutsch sind wir gefühlsmäßig

Digitized by Google

alle, insofern wir den Zusammenhalt und die Einheit der Gesamtnation so stark wie nur je empfinden. Und jetzt, nachdem Großdeutschland in unseren Tagen geboren scheint, können wir mit um so klarerem Blick die beiden Bestrebungen gegeneinander abwägen, die die Nation zerrissen. Die Kleindeutschen erkannten, daß der erste Schritt, nämlich die Begründung des engeren Deutschland vor dem zweiten getan werden müsse; die Großdeutschen glaubten, der zweite Schritt, die Errichtung Großdeutschlands, könne schon der erste sein.

Aber nicht allein den Vertreter des Großdeutschtums wird man in Dalwigk erkennen, vor allem auch den folgerichtigsten Anhänger derjenigen lebendigen Kräfte Deutschlands, die dem Unitarismus widerstrebten. Dalwigk war gewissermaßen das verkörperte, durch Bismarck endgültig bedrohte und sich noch einmal aufs heftigste wehrende sonderstaatliche Prinzip, das in den Dynastien, den Einzelstaaten und den Stämmen seit Beginn der deutschen Geschichte bis zum heutigen Tage wurzelt und das wohl zurückgedrängt, aber nicht zerbrochen werden kann. Denn als lebendige, geschichtliche Kraft hat es ebenfalls sein Daseinsrecht. Erst aus dem Widerstreit des unitarischen und partikularistischen Prinzips hat sich unsere Geschichte und unsere Verfassung gebildet.

Und so werden Dalwigks Aufzeichnungen ihren Wert behalten als Zeugnis dieses erbitterten Kampfes, der in der Zeit der Reichsgründung seinen Höhepunkt erreichte. In dieser Erkenntnis von der inneren Notwendigkeit beider Prinzipien und ihrer eingeborenen Kraft werden wir auch über den Vertreter des unterlegenen Gedankens gerechter urteilen, als jene Epoche tat, die mitten im Kampfe stand. Und so betrachtet ist auch Dalwigk echt deutsch.

Und nun mögen die Tagebücher für sich selbst sprechen und zeigen, wie Dalwigk gerade in den kritischsten Jahren gedacht und gehandelt hat!

1866

11. Januar.

Ich sagte Kübeck,[1]) daß ich nicht hoffe, Österreich werde je die Elbherzogtümer, welche seine tapfere Armee erobert habe, gegen Geld abtreten und so das Blut seiner tapferen Soldaten zur Ware, zum Tauschmittel, machen.

21. Januar.

Ich machte mittags 1 Uhr dem Prinzen Alexander[2]) einen Besuch, um denselben, sowie die Prinzessin Battenberg, für den folgenden Abend zur Soiree einzuladen. Die Prinzessin Battenberg kam, während ich noch bei

[1]) Österreichischer Bundespräsidialgesandter in Frankfurt.

[2]) Bruder des Großherzogs, morganatisch vermählt mit Gräfin Julie Haut (Prinzessin Battenberg).

Digitized by Google

dem Prinzen war, zu demselben und ich konnte ihr die Einladung selbst ausrichten. Wir sprachen dann von den Zuständen in den deutschen Provinzen Rußlands, und ich sagte dem Prinzen, wie wenig der Graf Schuwalow beliebt sei, indem er seine Stellung als Generalgouverneur benutze, um die Provinzen zu russifizieren. Vor allem wolle man den Ständen das Recht nehmen, die Mitglieder der Richterkollegien selbst zu wählen. Man wolle die Krone ermächtigen, die Richterstellen geborenen Russen zu übertragen, und jedermann wisse, wie es mit der Bildung und der Unbestechlichkeit solcher russischen Beamten beschaffen sei. Den deutschen Zeitungen in Livland erlaube man nicht, die schamlosen Angriffe der russischen Blätter auf die Deutschen zu widerlegen, angeblich weil solche Angriffe ja doch nur der Ausfluß eines edlen, wenn auch übertriebenen Patriotismus seien. Der Prinz sagte mir, er habe kürzlich den Baron Plessen, von Petersburg kommend, gesprochen, und dieser habe ihm bitter über die dortigen Zustände und über den immer mehr um sich greifenden Deutschenhaß geklagt. Man möchte gern aus den Ostseeprovinzen ein deutsches Polen machen. Der Prinz erzählte mir, daß er im Monat Mai mit dem Großherzoge[1]) nach Petersburg gehe, und versprach, alsdann dem Kaiser die geeigneten Vorstellungen machen zu wollen.

2. März.

Nachmittags hatte ich den Besuch des Grafen d'Astorg,[2]) welcher mir den Inhalt einer Depesche seiner Regierung über die Ereignisse in den Donaufürstentümern mitteilte. Ich sagte ihm, daß ich wünsche, die von Frankreich vorgeschlagene Konferenz möge in Paris und nicht in Konstantinopel stattfinden. In Paris könne man zugleich die Angelegenheit der Elbherzogtümer in Fortsetzung der letzten Londoner Konferenzverhandlungen zur Sprache bringen.

14. März.

Morgens 9 Uhr besuchte mich der sächsische Gesandte v. Bose[3]) und teilte mir vertraulich die ganze sächsisch-bayerische Korrespondenz, welche der neuesten bayerischen Zirkulardepesche vorausgegangen war, sowie einen geheimen Bericht des Grafen Hohenthal[4]) über die Absichten des preußischen Ministeriums, einen Überfall Sachsens betreffend, mit. Es ging daraus hervor, daß die Zirkulardepesche in ihrer dermaligen Gestalt das Verdienst des Königs Johann von Sachsen war, welcher bei seiner jüngsten Anwesenheit in Dresden Herrn v. d. Pfordten[5]) bearbeitet hatte, um ihn auf dem bundesrechtlichen und deutschen Standpunkte festzuhalten und seinen Antipathien gegen Österreich Zügel an-

[1]) Großherzog Ludwig III. von Hessen, 1848—1877.

[2]) Französischer Gesandter in Darmstadt.

[3]) Gustav Adolf v. Bose, sächsischer Gesandter in Frankfurt, Kassel, Darmstadt und Karlsruhe.

[4]) Karl Adolf Graf v. Hohenthal, bis 1866 sächsischer Gesandter in Berlin.

[5]) Bayerischer Minister des Äußern.

Digitized by Google

zulegen. Ich erklärte mich mit der sächsischen Ansicht, der bayerischen Zirkulardepesche mit der Modifikation zuzustimmen, daß in einem zwischen Österreich und Preußen ausbrechenden Kriege kein Grund für die übrigen Bundesstaaten liege, den Bund als aufgelöst zu betrachten und aus demselben auszuscheiden, einverstanden. Außerdem wahrte ich der Großherzoglichen Regierung das Recht, zur Erhaltung der Bundesautorität und der eigenen Sicherheit rasche militärische Maßregeln treffen, namentlich der österreichischen Garnison in Mainz zu Hilfe kommen zu dürfen.

Prinz Alexander sagte mir, Prinz Ludwig[1]) sei in seinen Ansichten über den Gang der Regierung viel milder und anerkennender geworden, seit er den Ministerialsitzungen beiwohne.

Graf d'Astorg fragte mich nach dem Stande der schleswig-holsteinschen Differenz. Ich sagte ihm einiges und fügte hinzu, wie der Kaiser Napoleon sich ein großes Verdienst erwerben und Deutschland zum Danke verpflichten würde, wenn er jene Angelegenheit zum Gegenstand der Verhandlung auf einer europäischen Konferenz machen und es durchsetzen wolle, daß dieselbe im Sinne der Wünsche der schleswig-holsteinschen Bevölkerung entschieden werde.

15. März.

Morgens kam Prinz Alexander zu mir. Wir sprachen über Politik, namentlich entwickelte ich dem Prinzen die Gründe, weshalb auch österreichisches Interesse und österreichische Ehre es nötig machten, den preußischen Annexionsbestrebungen in den Elbherzogtümern entgegenzutreten, und weshalb von einem Verkauf der letzteren an Preußen keine Rede sein könne.

Baron Brenner[2]) teilte mir zwei Zirkulardepeschen seines Hofes mit. Es waren in einer Depesche an den Grafen Blome die befriedigendsten Zusicherungen in bezug auf das von Österreich einzuhaltende bundestreue Verfahren enthalten und namentlich erklärt, daß Österreich, falls Preußen Feindseligkeiten beginne, sich von der Übereinkunft mit Preußen, nur gemeinsam mit demselben Anträge in der schleswig-holsteinschen Sache am Bunde stellen zu wollen, für entbunden erachte und sofort solche Anträge im mittelstaatlichen Sinne am Bunde stellen werde, nach Art. XI der Bundesakte.

16. März.

Der württembergische Gesandte Baron Linden teilte mir ein Zirkular seiner Regierung als Erklärung derselben auf die bayerische Depesche vom 8. l. M. mit. Der Inhalt war durchaus befriedigend. Schließlich brachte ich die Vorbereitungen zur Mobilmachung des VIII. Armeekorps zur Sprache und bat den Baron Linden, eine vertrauliche Zusammenkunft zwischen dem Minister Baron Varnbüler und mir, sowie zwischen den beiderseitigen Kriegsministerien in Heidelberg zu veranlassen.

---

[1]) Der nachmalige Großherzog Ludwig IV.
[2]) Österreichischer Gesandter in Darmstadt.

Digitized by Google

Um 5 Uhr kam Baron Brenner und las mir folgendes Telegramm des Grafen Mensdorff vom Heutigen vor:

> Wir haben uns entschlossen, den Grafen Karolyi mit einer Anfrage wegen der militärischen Vorbereitungen Preußens zu beauftragen. Erfolgt nicht genügende Antwort, so werden wir uns unverzüglich auf Grund des Art. XI der Bundesakte und XIX der Schlußakte behufs Wahrung des Friedens an den Bund wenden und zugleich erklären, daß wir alles Weitere in der Frage den Beschlüssen des Bundes anheimstellen.

Ich war natürlich von dieser Mitteilung sehr befriedigt und bat Brenner, dieselbe auch an den Prinzen Alexander gelangen zu lassen.

19. März.

Morgens 11 Uhr kam Baron Brenner und las mir folgendes Telegramm vor:

> „Graf Karolyi telegraphiert: Graf Bismarck in befohlener Weise von mir interpelliert, versuchte zuerst, die Berechtigung zu einer solchen Anfrage zu bestreiten ... Preußen habe nicht mobilisiert, keinen einzigen Mann einberufen und könne eher eine ähnliche Frage an Österreich richten, welches Truppen nach Böhmen bereits herbeigezogen habe. In Erörterungen über Preußens Absichten könne er sich auf Grund einer bloß mündlichen Anfrage nicht einlassen. Ich erwiderte, daß es niemand in den Sinn kommen könne, Österreich aggressive Absichten zuzuschieben. Zu einer schriftlichen Interpellation sei ich nicht ermächtigt. Nach längerer Diskussion schien der Ministerpräsident es nicht geraten zu finden, mich ohne Antwort zu lassen. Er meinte, jede ähnliche Anfrage müsse mit Nein beantwortet werden. Selbst wenn eine Macht am nächsten Morgen die Grenzen überschreiten wolle, werde sie dies noch am Vorabend in Abrede stellen. Ich wandte ein, daß in letzterem Falle eine ausreichende Antwort doch die geeignetere sein dürfte. Schließlich erklärte der Minister, daß er auf eine mündliche Interpellation bloß mit jenem einen Wort „Nein" antworten könne. Obwohl seine Auslassungen den geringen Wert seiner Erklärung beweisen, hielt ich es doch für angemessen, ausdrücklich zu konstatieren, daß Preußen durch dieses „Nein" eine präzisierte Antwort an Österreich gerichtet habe."

Das Telegramm des Grafen Mensdorff fährt dann fort:

> „Unterrichten Sie hiervon den Herrn Minister mit dem Bemerken, daß, nachdem feindselige Absichten formell abgeleugnet sind, wir für unseren Teil die in Frankfurt beabsichtigte Erklärung vorerst noch zurückhalten."

Ich bemerkte dem Baron Brenner, daß mir die Antwort des Grafen Bismarck, welcher zuerst erklärte, daß eine Macht, welche eine andere mit

Digitized by Google

dem Krieg überziehen wolle, noch am Vorabende der Überschreitung der Grenzen eine jede Anfrage, ob sie feindliche Absichten hege, mit „Nein" beantworten werde und der dann nach allerlei Umschweifen die Interpellation des Grafen Karolyi mit „Nein" erwidert, eine höchst unbefriedigende sei, daß, wenn Österreich den Gegenstand beruhen lasse, Preußen sich in der günstigen Lage befinde, Zeit und Ort für den von ihm beabsichtigten Angriff beliebig auswählen zu können, daß Österreich genötigt sein werde, fortwährend kostspielige Rüstungen zu machen und später den Kampf unter den ihm ungünstigsten Verhältnissen, etwa wenn es in Italien oder an der Donau engagiert sei, aufzunehmen, und daß die näheren Verbündeten Österreichs unter dieser nachteiligen Situation mit zu leiden hätten. Baron Brenner gab mir die Richtigkeit meiner Bemerkungen zu und meinte, daß namentlich Sachsen den Gegenstand und die damit zusammenhängenden Verhandlungen am Bunde wohl nicht so einfach beruhen lassen werde, wie man dies in Wien zu beabsichtigen scheine.

19. März.

Ich schrieb am Nachmittag privatim an Minister v. Beust nach Dresden, um dessen An- und Absichten zu erfahren.

20. März.

Um 2½ Uhr fuhr ich mit der Eisenbahn nach Bensheim, um dort die Minister v. Varnbüler und Edelsheim[1]) zu erwarten. Eine halbe Stunde nach mir, um 3¾ Uhr, kam der Zug mit den Ministern v. Varnbüler und v. Edelsheim. Ich führte die Herren zu Fuß nach Auerbach in die Krone, wo wir dinierten. Vor und während dem Essen besprachen wir die deutschen Angelegenheiten. Varnbüler zeigte mir zwei Berichte des württembergischen Gesandten in München, Grafen Degenfeld, worin das entschiedenste Mißtrauen gegen die Absichten des Baron Pfordten in der deutschen Frage ausgesprochen ist. Es wird demselben Gleichgültigkeit gegen die Sache der Herzogtümer, die Absicht aus dem Bunde auszuscheiden und Bayern zu vergrößern, endlich geheime Verständigung mit Preußen vorgeworfen. Baron Edelsheim bestätigte die Richtigkeit dieser Vorwürfe aus eigener Erfahrung. Er erklärte, auf das Bestimmteste zu wissen, daß in Koblenz bereits das Nötige angeordnet sei, um in einer Nacht 10000 Mann nach Mainz zu schaffen und die Festung zu nehmen.

Ich bemerkte, daß es mir schwer werde, an einen Abfall Pfordtens von der gemeinsamen Sache Deutschlands und der Elbherzogtümer zu glauben. Sei es aber so, so müsse Sachsen sich an Österreich und seine Armee anschließen, und das VIII. Armeekorps habe die Aufgabe, Mainz zu decken und

---

[1]) Ludwig Freiherr v. Edelsheim, 1823—1872, zuerst im kurhessischen, dann badischen Dienst; 1863 badischer Gesandter in Wien und Dresden, 1865 Vorsitzender des Ministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten; 1866 entlassen.

Digitized by Google

Preußen am Niederrhein im Schach zu halten. Varnbüler und Edelsheim erklärten sich bereit, zu diesem Zwecke militärische Maßnahmen vorzubereiten, auch eine militärische Konferenz zur Besprechung der Fragen von der Truppenaufstellung, dem Oberkommando usw. zu veranlassen. Varnbüler war der Ansicht, daß Württemberg schon jetzt mindestens 15 Mann per Kompagnie mehr einberufen und demnächst mit mindestens 30000 Mann ins Feld rücken werde, wovon freilich ein Teil für die stärkere Besetzung von Ulm abgehe. Die politischen Auffassungen der beiden Minister von Württemberg und Baden waren sehr erfreulich. Wir waren einverstanden, daß man Österreich in seinem Kampfe mit Preußen zur Seite stehen solle, wenn dasselbe sich verpflichte:

1. die Selbständigkeit der Elbherzogtümer und deren Konstituierung durch ihre gesetzlichen Vertreter zuzusichern, und

2. auf das Recht des Abschlusses eines einseitigen Übereinkommens mit Preußen zu verzichten. Ich betonte hierauf die Notwendigkeit einer Ministerkonferenz und eines darauf zu gründenden gemeinsamen Antrages am Bunde. Baron Edelsheim sprach die Besorgnis aus, daß uns für jeden entschiedenen Antrag am Bunde zur rechtlichen Erledigung der schleswig-holsteinschen Frage die Majorität fehlen werde, weil die norddeutschen Staaten von Preußen eingeschüchtert werden würden. Außerdem fürchtete er die zweideutige Haltung Bayerns, welches wahrscheinlich jedes in unserer Konferenz gesprochene Wort nach Berlin mitteilen werde. Schließlich erklärte er aber doch, der Konferenz nicht entgegen sein zu wollen.

Baron Varnbüler übernahm es, auf meinen Vorschlag, vorerst mit dem sächsischen Minister v. Beust, etwa in Hof zusammenzukommen und gemeinsame Schritte verabreden zu wollen.

Ich brachte dann noch die Frage vom Oberkommando des VIII. Armeekorps zur Sprache, zu welchem zu ernennen dermalen Württemberg durch den Turnus berechtigt ist. Baron Varnbüler sagte mir im engsten Vertrauen, daß an eine Ernennung des Prinzen Friedrich[1]) nicht gedacht werde. Ich empfahl den Prinzen Alexander sehr dringend.

22. März.

Mittags 12 Uhr fuhr ich zum Prinzen Alexander und gab demselben den Bericht zu lesen, welchen ich über meine Zusammenkunft mit den Ministern v. Varnbüler und v. Edelsheim an den Großherzog erstattet hatte.

Wir sprachen dann von der Übernahme des Kommandos des VIII. Armeekorps durch den Prinzen. Ich bemerkte, daß, wenn Württemberg ihn ernenne, jedenfalls ein Korps von mindestens 10000 Österreichern zu ihm stoßen müsse, um den Kern der unter seinem Befehle stehenden Truppen zu bilden. Der Prinz war damit vollständig einverstanden.

---

[1]) 1808—1870, Sohn des Prinzen Paul, Vetter König Karls.

Digitized by Google

24. März.

Um 9 Uhr morgens erhielt ich ein Telegramm des Geh. Rates Fenner mit der Nachricht von dem um 7 Uhr erfolgten Ableben des Landgrafen Ferdinand v. Homburg.[1]) Ich besorgte sofort das Nötige zur Besitzergreifung und benachrichtigte den Großherzog. Geheimer Staatsrat v. Bechtold, Oberappellationsrat v. Lehmann und Geheimer Legationsrat Hofmann gehen als diesseitige Kommission nach Homburg.

25. März.

Um 11½ Uhr besuchte mich der nassauische Kriegsminister General v. Ziemieki, um mit mir über die im Falle des Ausbruchs des Kriegs zwischen Österreich und Preußen und eines preußischen Angriffs auf Mainz zu ergreifenden Maßregeln zu reden. Er sagte mir, daß er beabsichtige, einen zuverlässigen Offizier an der Grenze bei Ehrenbreitstein zu stationieren, der sogleich zu telegraphieren habe, wenn sich eine preußische Expedition von Koblenz aus in Bewegung setze. Herr v. Ziemieki versprach mir dann sofort durch den Telegraphen Nachricht zu geben. Ich sagte ihm, daß Österreich wünsche, vorerst in Kenntnis gesetzt zu werden, wenn man diesseits der österreichischen Garnison militärische Hilfe leisten wolle. Nassau beabsichtigt, Truppen nach Castell zu werfen, während man diesseits in Mainz einrückt. — Nach dem General v. Ziemieki kam Baron Brenner. Ich gab ihm den Privatbrief des Ministers v. Beust vom 21. l. M. zu lesen, worin ein sehr ungünstiges Urteil über den dem Grafen Karolyi erteilten Auftrag zu einer mündlichen Interpellation an den Grafen Bismarck über etwaige feindselige Intentionen Preußens gefällt wird.

27. März.

Nachmittags 3 Uhr hatte ich den Besuch des Geheimen Legationsrates v. Wentzel,[2]) welcher mir eine Depesche seiner Regierung n. f. vom 25. März vorzulesen hatte, ohne mir Abschrift lassen zu dürfen. In der Depesche werden die österreichischen Rüstungen beklagt, welche Preußen, das an keinen Angriff gedacht habe, zu Gegenrüstungen nötigen. Es wurden weiter Vorschläge zu der unerläßlich notwendigen Reform des Deutschen Bundes, namentlich in militärischer Beziehung, angekündigt und schließlich gefragt, welche Stellung die deutschen Regierungen im Falle des Ausbruches eines Krieges mit Österreich einzunehmen gedächten. Ich erwiderte, daß meiner Überzeugung nach Österreich nicht daran denke, Preußen anzugreifen, sondern nur, sich gegen einen preußischen Angriff zu verteidigen. Die Furcht vor diesem letzteren sei nicht so ganz grundlos. Nicht nur habe die preußische Presse, auf welche die dortige Regierung Einfluß übe, seither stark mit dem Säbel gerasselt,

[1]) 1783—1866, Sohn Friedrichs V. und der Carolina von Darmstadt, letzter Landgraf von Homburg.

[2]) Kgl. preußischer Ministerresident in Darmstadt.

Digitized by Google

sondern die Reden der preußischen Generale, daß Preußen Krieg brauche und wünsche, seien ebenfalls nichts weniger als beruhigend gewesen. Vor allem aber habe Graf Bismarck aus seinen kriegerischen Plänen in München und Hannover gar kein Geheimnis gemacht. Er habe Pfordten erklärt, Preußens Absicht sei nicht, Sachsen zu besetzen, sondern man werde aus Schlesien über Olmütz nach Wien marschieren und dort den Frieden diktieren. Neuerdings habe sich aber in Berlin der Feldzugsplan geändert und man gedenke jetzt sofort Sachsen zu besetzen. Was die Frage betreffe, welche Haltung die kleineren deutschen Staaten einnehmen würden, so müsse ich bemerken, daß man hier auf dem Boden des Bundesrechts stehe, daß man ein Recht der beiden Großmächte auf die Elbherzogtümer ebensowenig anerkenne, als den Wiener Frieden und die Abmachung von Gastein, daß nach der Bundesakte ein Krieg zwischen zwei Bundesmitgliedern, also auch zwischen Österreich und Preußen unmöglich sei, und daß man deshalb im Namen und nach den Beschlüssen des Bundes sich an der militärischen Aktion gegen jede der beiden Großmächte beteiligen würde, welche den Bundesfrieden breche. Man werde weder mit Österreich noch mit Preußen eine Separatallianz schließen, sondern einfach vollziehen, was der Bund verfüge. Auf die Möglichkeit einer solchen Separatallianz habe man außerdem durch die Zustimmung der bayerischen Zirkulardepesche vom 8. l. M. noch ausdrücklich verzichtet. Übrigens enthielten meine Äußerungen nur meine Privatansichten. Auf eine mir nur vorgelesene Depesche von solcher Tragweite, wie die vorliegende, könne ich ohne Ermächtigung des Großherzogs keine offizielle Antwort geben. Dazu gehöre aber, daß mir Abschrift der Depesche belassen würde. Auch könne eine solche Antwort nur nach vorherigem Benehmen mit Bayern und Sachsen erfolgen. Schließlich sagte ich dem Herrn v. Wentzel, daß seine Regierung am besten tun würde, sich in den Elbherzogtümern mit der Besetzung der Festungen als Bundesfestungen, mit dem Kieler Hafen als Bundeshafen, mit dem Nordostseekanal und der Rekrutierung von Matrosen für die preußische Flotte zu begnügen. Die Herzogtümer zu annektieren, werde nie gelingen, und gelänge es, so sei es sehr zweifelhaft, ob Preußen an einer so sehr erbitterten preußenfeindlichen Bevölkerung einen Gewinn mache. Man möge in Berlin nicht bloß an Österreich und Deutschland, sondern auch an das Ausland denken und überzeugt sein, daß man die Herzogtümer mit dem linken Rheinufer, wenigstens einem Teile desselben, bezahlen müsse. Herr v. Wentzel teilte mir noch eine Liste der von Österreich in Böhmen und an der schlesischen Grenze zusammengezogenen Streitkräfte mit. Inzwischen kam Baron Brenner und gab mir eine Depesche seines Hofes vom 24. l. M. ad statum leg. Es lag Abschrift einer nach München gleichzeitig ergangenen Depesche bei, worin der Wunsch ausgesprochen wird, Bayern möge in Frankfurt auf Grund des Art. XI der Bundesakte einen Antrag stellen, wodurch die beiden Großmächte vom Kriege abgemahnt würden; es wird in der Begleitungsdepesche gebeten, man möge diesseits den österreichischen Wunsch in

Digitized by Google

München unterstützen. Baron Brenner erklärte, am folgenden Tage wiederzukommen, um meine Ansicht zu hören. Nach ihm besuchte mich der von Stuttgart zurückgekehrte Graf d'Astorg. Wir sprachen von der schwebenden Tagesfrage. Ich sagte ihm, wenn seine Regierung, wie er mir von Stuttgart aus geschrieben, nicht nochmals auf ihren Vorschlag, alle großen Fragen zur Vermeidung von Kriegen auf Kongressen zu entscheiden, zurückkommen wolle, um die Elbherzogtümerfrage und den Konflikt zwischen Österreich und Preußen zu beseitigen, so finde ich das begreiflich, da der Vorschlag früher bei den übrigen Großmächten keinen Anklang gefunden habe. Aber eines so großen Anlaufes bedürfe es nicht. Frankreich und England könnten einfach an die jüngsten resultatlos gebliebenen Londoner Konferenzen anknüpfen und deren Fortsetzung verlangen, um die brennende Frage aus der Welt zu schaffen.

28. März.

Um 11¼ Uhr besuchte mich der bayerische Gesandte[1]) Baron Schrenck und gab mir eine Depesche seiner Regierung vom 26. l. M. zu lesen, worin das österreichische Ansinnen, einen Antrag in Frankfurt zur Beseitigung eines möglichen Krieges zwischen Österreich und Preußen zu stellen, motiviert abgelehnt wird. Als Grund wird angegeben, daß man ja von dem fraglichen Konflikte eigentlich nur aus Zeitungen und aus mündlichen Unterhaltungen etwas wisse, daß Preußen kriegerische Absichten leugnen werde, daß man möglicherweise in der Minorität bleibe und sich lächerlich mache, und endlich, daß man durch einen solchen Antrag gewissermaßen die Legalität der Gasteiner Übereinkunft anerkenne. Ich konnte mich der Richtigkeit dieser Bemerkungen nicht verschließen, bemerkte aber auf einen weiteren Passus in der Depesche, daß nämlich eine Zusammenziehung des VII., VIII. und IX. Armeekorps, welche Württemberg wünsche, vorerst nicht angezeigt erscheinen und den kriegerischen Konflikt eher fördern als verhindern werde, weil man dadurch Preußen provoziere, wie ich hiermit nicht einverstanden sei. Das sicherste Mittel, die ehrgeizigen Pläne Preußens ein für allemal abzutun, sei, demselben den Beweis zu liefern, daß es im Falle eines gewalttätigen Vorgehens nicht bloß Österreich, sondern ganz Deutschland gegen sich haben werde.

Als Baron Schrenck wegging, kam Baron Brenner. Ich teilte ihm vertraulich das wesentlichste aus der bayerischen Depesche vom 26. l. M. mit und sagte ihm, daß hiernach ein jeder Versuch, Bayern zu dem gewünschten Antrag am Bunde zu bestimmen, vergeblich sein würde. Ich bedauerte, daß Graf Mensdorff sich mit der sehr zweideutigen Antwort des Grafen Bismarck auf die mündliche Interpellation des Grafen Karolyi in übermäßiger Besorgnis vor den Folgen eines Konfliktes vorerst befriedigt erklärt habe. Österreich möge nochmals auf diese Sache zurückkommen und entsprechend der von Herrn v. Bismarck gemachten Bemerkung, daß man solche Anfragen nicht mündlich mache, eine schriftliche Depesche an den Grafen Karolyi richten,

[1]) Beim Bundestag in Frankfurt.

Digitized by Google

welche er dem Grafen Bismarck zurückzulassen habe. In dieser Depesche möge man nicht bloß Auskunft über etwaige kriegerische Intentionen Preußens verlangen, sondern erklären, daß die schleswig-holsteinsche Frage endlich definitiv geordnet werden müsse und daß man eine bestimmte Äußerung über die Pläne und Absichten Preußens erwarte. Die preußische Antwort werde dann hoffentlich eine Handhabe bieten, um die Angelegenheit an den Bund zu bringen und von der Gasteiner Konvention los zu kommen. Ich gab dem Baron Brenner gleichzeitig einen auf diese Angelegenheit bezüglichen Brief des Bundestagsgesandten v. Biegeleben[1]) vom 27. l. M. zu lesen. Baron Brenner nahm meinen Vorschlag ad referendum.

29. März.

Um 12 Uhr hatte ich Audienz bei dem Großherzoge, die eine volle Stunde dauerte. Ich las dem Großherzog meine Aufzeichnungen über die Verhandlungen vor, welche ich in bezug auf die schleswig-holsteinsche Differenz in den letzten Tagen mit fremden Gesandten gehabt hatte. Dann besprach ich mit dem Großherzog ausführlich die Homburgischen Verhältnisse, und er genehmigte namentlich die diplomatische Vertretung der Homburger Untertanen durch die großherzoglichen Gesandten und Konsuln.

Der Großherzog erzählte mir, daß die Königin von Preußen Herrn v. Bismarck tödlich hasse und nie mit ihm rede. Der Kronprinz könne ihn nicht ausstehen.

1. April.

Ich schrieb am Morgen Depeschen an die Gesandten in Berlin, Wien, Frankfurt und Stuttgart bezüglich meiner Erklärung auf die neueste preußische Depesche. Auch schrieb ich in dieser Beziehung eigenhändig an den bayerischen Gesandten Baron Schrenck und an Herrn v. Gagern.[2]) Um 11½ Uhr kam der nassauische Leutnant v. Nauendorff mit einem Briefe des Prinzen Wittgenstein[3]) zu mir. Diesem Briefe lag ein vertraulicher Bericht aus Koblenz bei, wonach dort die preußischen Regimenter ihre Beurlaubten einziehen und nach militärischen Angaben das 39. Regiment mobil gemacht wird. Ich antwortete dem Prinzen von Wittgenstein sofort und schickte den mir kommunizierten Bericht, sowie zwei ähnliche an den General v. Ziemieki adressierte Berichte aus Koblenz, die mir der Gesandte v. Biegeleben am Tage zuvor im Auftrage des Generals v. Ziemieki geschickt hatte, durch Herrn v. Nauendorff an p. Wittgenstein zurück.

2. April.

Morgens 11½ Uhr kam Baron Brenner zu mir und gab mir eine Depesche seines Hofes nebst Abschrift einer Note, welche Graf Karolyi dem

---

[1]) Hessischer Gesandter am Bundestag in Frankfurt a. M.
[2]) Hessischer Gesandter in Wien.
[3]) Nassauischer Staatsminister.

Digitized by Google

Grafen Bismarck am Tage zuvor übergeben hatte. Kaiser Franz Joseph erklärte darin, es sei eine Unwahrheit, wenn ihm in dem preußischen Zirkular vom 24. März aggressive Absichten gegen Preußen zugeschrieben würden. Niemand in ganz Europa glaube daran. Er könne sich auf seine freundschaftlichen Gesinnungen für den König Wilhelm und den preußischen Staat berufen, welche unverändert die nämlichen geblieben seien. Der Kaiser wünsche aber ebenso zu wissen, wessen er sich von Preußen zu versehen habe. Es wird schließlich verlangt, daß die Note dem König Wilhelm selbst vorgelegt werde. — Ich behändigte dem Baron Brenner Abschrift eines Erlasses des preußischen Oberkommandos zu Koblenz an die Direktion der hessischen Ludwigsbahn vom 24. März und eines demselben beigefügten Marschplanes. Es werden darin etwa 2400 Mann zum Transporte nach Mainz und ebensoviel nach Frankfurt für den 7., 8. und 9. April angekündigt, und die Eisenbahn wird aufgefordert, das nötige Transportmaterial in Bereitschaft zu halten. Baron Brenner übernahm es, den Erlaß dem Baron Kübeck und dem Grafen Neipperg[1]) zur Kenntnis zu bringen, und ich versprach, das Erforderliche vorzukehren, daß der fragliche Truppentransport ohne Zustimmung Österreichs nicht stattfinde.

Abends 5½ Uhr kam Baron Brenner wieder und ersuchte mich, zu veranlassen, daß in gewöhnlicher Weise der fragliche Truppentransport vorerst auf diplomatischem Wege eingeleitet werde und denselben bis dahin zu verhindern. Er fügte bei, daß plötzlich von Berlin die friedlichsten Nachrichten eingetroffen seien, die Börsen jubelten und die Papiere seien enorm gestiegen.

8. April.

Nach dem Diner sprach die Prinzessin Karl[2]) mit mir. Ich sagte ihr, daß ich dem Unternehmen der Blödsinnigenanstalt keine Zukunft verspreche, weil dasselbe nicht auf religiöser Grundlage beruhe und nicht von religiöser Begeisterung getragen werde. Die Prinzessin gab mir recht und fügte hinzu, man müsse eben die Prinzessin Alice[3]) gehen lassen. Dieselbe sei nur durch eigene Erfahrung zu belehren. Ich entgegnete, das nämliche habe ich einst der Prinzessin Alice selbst gesagt, ohne auf dieselbe Eindruck zu machen. Es scheine mir, daß ich bei dieser Prinzessin wenig in Gnaden stehe. Das hindere mich aber nicht, ungescheut die Wahrheit zu sagen, wie ich das zu jeder Zeit und jedem gegenüber getan habe. „Ja," antwortete die Prinzessin Karl, „das haben Sie stets, das Zeugnis muß ich Ihnen geben." Wir sprachen dann noch vom Prinzen Ludwig, und waren beide einverstanden, daß die Anwesenheit des Prinzen in den Ministerialsitzungen sehr erfreulich sei.

---

[1]) Österreichischer Kommandierender in Mainz.

[2]) Gemahlin des Prinzen Karl von Hessen, geb. Prinzessin Elisabeth von Preußen.

[3]) Gemahlin des nachmaligen Großherzogs Ludwigs IV., geb. Prinzessin von Großbritannien.

Digitized by Google

9. April.

Ich erhielt den Besuch des Baron Brenner, welcher mir in bezug auf den neuesten preußischen Bundesreformvorschlag und das von Preußen proponierte Suffrage universel, nachstehendes Telegramm seiner Regierung mitteilte:

„Uns erscheint der preußische Antrag auf Einberufung eines aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Parlamentes, solange nicht die Regierungen über die zu machenden Vorlagen sich geeinigt haben, entweder als revolutionär oder als ein unwürdiges Spiel mit der deutschen Reformfrage. Wir betrachten es als hochwichtig, daß ungesäumt eine gemeinschaftliche Erklärung der bundestreuen Regierungen erfolge, welche namentlich hervorzuheben hätte, daß Vorschläge zu Reformen der Deutschen Verfassung des Ernstes und der Aufrichtigkeit nicht entbehren dürften und daß jedenfalls die Einigung der Regierungen über die Reformvorlage der Berufung des Parlaments vorherzugehen hätte."

Ich erklärte mich hiermit vollständig einverstanden.

10. April.

D'Astorg hatte den Auftrag, sich bei mir über den Eindruck zu erkundigen, welchen der neueste Vorschlag Preußens in der Bundesversammlung, ein durch Urwahlen gebildetes deutsches Parlament zusammenzurufen, bei der Großherzoglichen Regierung hervorgebracht habe. Ich sagte ihm, daß dieser in beleidigender Weise für Österreich und die Mittelstaaten und mit einer Reihe geradezu falscher Tatsachen motivierte Vorschlag, gemacht von dem größten Feinde parlamentarischer Einrichtungen in dem Augenblicke einer gefahrvollen inneren Krisis, wohl keiner Zustimmung, weder unter den Regierungen noch im Volke, sondern überall nur einem erklärten Mißtrauen begegnen werde. Die Großherzogliche Regierung werde verlangen, daß vorerst die schleswig-holsteinsche Frage ihre bundesrätliche Erledigung finde, ehe eine Bundesreform in Angriff genommen werden könne. Graf d'Astorg fragte, ob die Ablehnung des preußischen Antrages nicht den lange gefürchteten Konflikt herbeiführen werde. Ich verneinte dies mit dem Anfügen, ein solcher Konflikt sei erst dann wahrscheinlich, wenn Österreich die Entscheidung über die schleswig-holsteinsche Frage an den Bund bringe und Preußen sich der Entschließung nicht füge. Ich kam schließlich auf meinen Vorschlag zurück, Frankreich möge die Wiederaufnahme der Londoner Konferenzen zur endlichen Ordnung der Frage von den Elbherzogtümern in Anregung bringen. Graf d'Astorg meinte, seine Regierung werde in dieser Beziehung nichts tun, vielmehr auf dem Standpunkt verharren, von dem er mir bereits Mitteilung gemacht habe.

12. April.

Morgens 11 1/4 Uhr besuchte mich der königlich preußische Ministerresident v. Wentzel, um mich über die diesseitige Ansicht, betreffend den jüngsten

Digitized by Google

preußischen Antrag wegen Berufung eines Parlamentes auf Grund von Urwahlen zu befragen. Ich bemerkte ihm vor allem, daß die Motive des preußischen Antrages verletzend und unwahr seien. Im Jahre 1849 hätten hessische Truppen sechs Wochen lang die badische Insurrektion im Zaum gehalten, bis endlich die preußische Armee langsam herangerückt sei. Im Jahre 1859 hätten die hessischen wie die übrigen mittelstaatlichen Truppen schlagfertig dagestanden, während Preußen mit seiner Mobilisierung noch nicht zustande gekommen sei. Und was die im Jahre 1866 erfolgte Weigerung betreffe, im Kampfe gegen Österreich auf Preußens Seite zu treten, so liege der Grund nicht in einer mangelhaften Militärorganisation der Mittelstaaten, sondern in ihrer Bundestreue. Die Großherzogliche Regierung werde allerdings, ihren wiederholt öffentlich abgegebenen Erklärungen getreu, zu einer besseren Organisation des Bundes und namentlich zur Zusammenberufung eines Parlamentes gern die Hand bieten. Aber für Anwendung des Suffrage universel in Deutschland könne ich nie stimmen. Graf Bismarck wolle hierin Frankreich nachahmen und vergesse, daß man in Frankreich bei der Abstimmung, welche die dermalige Dynastie gegründet, nur die Wahl gehabt habe zwischen der roten Republik, der Anarchie und der Herstellung einer ziemlich unbeschränkten, aber aus den Gefahren der Anarchie rettenden, kräftigen Regierungsgewalt. Das sei in Deutschland anders. Hier fehlten die Erfahrungen von drei blutigen Revolutionen und man könne gewiß sein, daß die Anwendung des Suffrage universel zur Bildung eines deutschen Parlamentes uns mit der revolutionärsten Versammlung beschenken würde, die man sich denken könne. Ich sähe keinen Grund, weshalb man eine Volksvertretung am Bunde nicht aus Delegierten der Einzelkammern zusammensetzen wolle. Man würde dann wenigstens auf konservative Abgeordnete aus der Mitte der Ersten Kammern, der Herrenhäuser, zählen können. Die Ersten Kammern, die geborenen Vertreter des großen Grundbesitzes, hätten sich, in Preußen so gut wie in anderen deutschen Staaten, Verdienste genug um das monarchische Prinzip erworben, um, abgesehen von ihrer politischen Bildung und ihrer Stellung im Staate, Anspruch auf Berücksichtigung bei Zusammensetzung eines deutschen Parlamentes machen zu können. Außerdem frage ich, wohin es führen solle, wenn ein aus Urwahlen hervorgegangenes Parlament nach anderen Grundsätzen verfahre als die Kammern der Einzelstaaten? Nur durch die Zusammensetzung des Parlamentes aus Delegierten der Kammern, die gewissermaßen Bevollmächtigte der letzteren seien, könne hier ein harmonisches Zusammenwirken möglich gemacht werden. Ferner setze die Bildung eines Parlamentes notwendig die vorhergegangene Bildung einer künftigen Zentralgewalt voraus, welche ihre Vorlagen an das Parlament gelangen und durch ihre Vertreter in bestimmter Richtung verteidigen lasse. Denn eine Konstituante wolle doch wohl auch Herr v. Bismarck nicht schaffen. Wir hätten hier noch an den Erinnerungen des Jahres 1848 genug, und dächten nicht daran, zu einer Wiederholung jenes Dramas die Hand zu bieten. Oder glaube Graf Bismarck vielleicht,

Digitized by Google

ein deutsches Parlament, welches die Grenzen überschreite, so behandeln zu können, wie das Abgeordnetenhaus in Berlin? Eine solche Möglichkeit bezweifle ich. Und selbst wenn Herr v. Bismarck für Preußen stark genug sei, die einmal gemachte, in ihren Folgen geradezu revolutionäre Konzession zurückzunehmen, so seien die Mittelstaaten nicht in gleicher Lage. Im Jahre 1848 habe man gezwungen das Frankfurter Parlament beschickt und habe deshalb Gründe gehabt, sich den zu weit gegangenen Beschlüssen desselben zu entziehen. Den Beschlüssen einer im Jahre 1866 freiwillig von den Regierungen zusammenberufenen Versammlung werde man in ganz anderer Weise Rechnung tragen müssen. Man solle also jeden Schritt, den man tue, zweimal überlegen. Selbst die konservative Partei in Preußen sei durch Herrn v. Bismarcks Vorgehen stutzig geworden, und rechne derselbe etwa auf eine Unterstützung der revolutionären Parteien in Deutschland, so möchte er wohl die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. Aus der Hand ihres entschiedensten, von ihnen bitter gehaßten Feindes würden jene Parteien eine solche Gabe nicht annehmen. Die streng konservativen Regierungen von Hannover und Mecklenburg würden sicher dem gemachten Vorschlage nicht zustimmen. Die Großherzoglich hessische Regierung aber sei der Ansicht, daß man nicht in einem Hause Reparaturarbeiten vornehme, während es darin brenne. Erst müsse die schleswig-holsteinische Frage gelöst sein, ehe man an eine Bundesreform denken könne. Jede Umgestaltung der deutschen Bundesverfassung setze Stimmeneinhelligkeit voraus, und ehe die holsteinische Stimme in der Bundesversammlung wieder legal vertreten sei, könne man keine Art von Bundesverfassungsreform beschließen. Ich müsse aber schon jetzt auf das bestimmteste erklären, daß ich mich jeder Änderung der Militärorganisation, welche den Zweck habe, etwa den Norden Deutschlands unter preußische und den Süden unter die Führung eines anderen deutschen Staates zu stellen, entschieden widersetzen würde. Eine solche militärische Teilung sei zugleich eine politische. Ich aber kenne nur ein großes einiges Deutschland und würde jede Einrichtung bekämpfen, welche die Zerreißung des gemeinsamen Vaterlandes zum Zweck oder zur Folge habe. Man werde also in Darmstadt nicht dagegen sein, den in Frage stehenden preußischen Vorschlag in Erwägung zu ziehen, aber nur unter den angedeuteten Beschränkungen. Wir sprachen dann noch von den behaupteten österreichischen Rüstungen, die ich bestritt.

14. April.

Der württembergische Gesandte Baron Linden teilte mir mit, daß Minister v. Varnbüler nunmehr mit des Barons Pfordten politischer Haltung ganz einverstanden sei, eine Nachricht, die mir sehr angenehm war. Wir besprachen dann die Behandlung des neuesten preußischen Reformantrages. Baron Brenner kam dazu und kündigte eine bevorstehende Einladung zu einer Ministerkonferenz in München an.

Digitized by Google

16. April.

Morgens 11¼ Uhr besuchte mich der mecklenburgische Gesandte v. Wickede, um mit mir die Abstimmung über den preußischen Bundesreformantrag zu besprechen. Gleich nach ihm erschien Baron Brenner und teilte mir eine Depesche an den Grafen Blome zu München vom 13. l. M. mit.

18. April.

Morgens 11¼ Uhr hatte ich den Besuch des bayerischen Ministers v. Schrenck, welcher den Inhalt einer mir am Tage zuvor überschickten bayerischen Zirkulardepesche, die Behandlung des preußischen Reformantrages am Bunde betreffend, zu besprechen hatte.

19. April.

Ich hatte dem Prinzen Alexander am Nachmittage geschrieben und ihm dringend geraten, seine projektierte Reise nach Petersburg über Wien zu machen und dort dem kleinmütigen Ministerium und dem Kaiser selbst Mut einzuflößen oder, wenn nötig, auf einen Ministerwechsel hinzuarbeiten. Er, der Prinz, könne Österreich in Petersburg die wichtigsten Dienste leisten, und der Kaiser Franz Joseph müsse also dem Prinzen hoch verpflichtet sein, wenn der letztere vorher nach Wien komme, um seine Dienste anzubieten. Ich hatte meinen Brief dem neuesten Gagernschen Bericht beigeschlossen und auf Baron Hübner[1]) aufmerksam gemacht. Der Prinz sagte mir am Abend, es sei seine Absicht, nach Petersburg über Wien zu gehen. Außerdem teilte er mir vertraulich mit, daß nach den Briefen der Kaiserin[2]), seiner Schwester, man in Petersburg vollkommen von Herrn v. Bismarck zurückgekommen sei. Er, der Prinz, wünsche, daß Rußland in dem Konflikte Preußens mit Österreich keine absolute, sondern eine für Preußen übelwollende Neutralität einnehmen möge, und darauf beabsichtigte er, hinzuwirken.

21. April.

Morgens 8 Uhr 40 Minuten fuhr ich in der Richtung über Stuttgart zur Ministerkonferenz nach Augsburg. Wir[3]) kamen abends 6 Uhr 20 Minuten in Augsburg an und stiegen im Gasthaus zu den „Drei Mohren" ab. Ich besuchte sofort den Baron Pfordten, welcher ebendaselbst wohnte, und wurde von ihm auf das herzlichste empfangen. Ich sagte ihm, daß ich seither die mancherlei Verdächtigungen, welche mir über die Haltung Bayerns Preußen gegenüber, und über eine Änderung der Gesinnungen Pfordtens zugekommen seien, entschieden zurückgewiesen habe. Die dermalige Konferenz sei an sich selbst eine Bestätigung meines Vertrauens und werde ihm, Pfordten, Ge-

[1]) Joseph Alexander Graf v. Hübner, 1811—1892, war seit 1837 im österreichischen diplomatischen Dienst, 1849—1859 Botschafter in Paris, 1865—1868 beim päpstlichen Stuhl.

[2]) Kaiserin Maria, Gemahlin Alexanders II.

[3]) Edelsheim, Varnbüler und Dalwigk.

Digitized by Google

legenheit geben, jeden Zweifel in seinen Gesinnungen noch besonders zu zerstreuen. Pfordten teilte mir mit, daß er die Gewißheit des Friedens, dessen Störung noch vor wenigen Tagen gedroht habe, der Versammlung mitbringe. Um 9½ Uhr kamen die Minister v. Beust, v. Watzdorf [1]) und v. Seebach [2]) an. Herr v. Uttenhofen von Meiningen war bereits früher erschienen. Ich soupierte mit Herrn v. Edelsheim.

22. April.

Um 10 Uhr fand die erste Konferenz in einem Saale vor den Zimmern des Barons Pfordten statt. Man einigte sich darüber, daß vorerst die preußischen Vorschläge wegen der Bundesreform abzuwarten seien, und daß der Bundestagausschuß diese Vorschläge auch über den Modus der Parlamentswahlen im Detail zu verlangen habe. Minister von der Pfordten gab die feierliche Erklärung ab, daß Bayern weder mit Preußen noch mit Sachsen Separatabkommen getroffen habe, daß Bayern durchaus keine besonderen Vorteile für sich bei der bevorstehenden Bundesreform beanspruche, nnd daß alle Verdächtigungen Bayerns in dieser Beziehung aus der Luft gegriffen seien. Um 1½ Uhr begann die zweite Konferenzsitzung. Man beschloß, zur Prüfung des preußischen Antrages auf Bundesreform einen Ausschuß ad hoc zu wählen, und zwar in denselben die sämtlichen Mitglieder des jetzt bestehenden politischen Ausschusses, außerdem aber die Gesandten von Baden und der zwölften Kurie zu wählen.

Baron Pfordten sprach sich in einer längeren Rede auf das ungünstigste über Österreich und seine Leistungsfähigkeit aus. Er meinte, Preußen sei ein junger aufstrebender Staat, dessen Drang, sich zu stärken und zu vergrößern, um seiner Aufgabe zu entsprechen, kein unberechtigter sei. Demselben zumuten, mit Österreich zu gehen, heiße eine Ehe zwischen einer jungen, kräftigen Frau und einem altersschwachen Greise verlangen. Man müsse Preußen Konzessionen machen, namentlich das Oberkommando über die norddeutschen Staaten, das X. Armeekorps und Kurhessen in Kriegsfällen überlassen.

Dafür werde Preußen sich in der schleswig-holsteinischen Frage nachgiebiger zeigen. Österreichs Regierung habe sich überall unzuverlässig gezeigt. Im Jahre 1854 habe das österreichische Kabinett Preußen und Bayern als Bedingung ihrer Vermittlung in Petersburg bestimmt zugesagt, es wolle kein Separatabkommen mit Frankreich treffen, und vor Ablauf des nämlichen Jahres sei ein solches dennoch getroffen worden. Solcher Wortbrüchigkeiten könne man noch mehrere anführen. In Bayern herrsche eine Erbitterung gegen Österreich, wie dieselbe seit sechzig Jahren nicht stattgefunden habe. Man habe nicht wagen dürfen, den nach Holstein ziehenden österreichischen Truppen den Durchmarsch durch Bayern zu gestatten usw. Ich protestierte gegen die Absicht, Kurhessen gleich Hannover und Mecklenburg behandeln zu

[1]) Weimarischer Staatsminister.
[2]) Koburgscher Staatsminister.

Digitized by Google

lassen und dem preußischen Oberkommando unterzuordnen. Minister v. Beust bestritt die Pfordtenschen Ansichten über die absolute Schwäche Österreichs.

Um 5 Uhr dinierten sämtliche Minister bei Baron Pfordten. Auch der von München herübergekommene sächsische Gesandte v. Könneritz nahm an dem Diner teil.

23. April.

Morgens 8 Uhr besuchte ich den Baron Beust auf seinem Zimmer. Wir sprachen über Pfordtens austrophage Ansichten. Beust meinte, man dürfe ihm nicht viel widersprechen, sondern müsse ihn nur unter den Armen zu halten suchen, damit er nicht aus den Reihen der Mittelstaaten laufe.

Um 9 Uhr fand die dritte und letzte Konferenzsitzung statt. Baron Pfordten gab ausführliche Aufschlüsse über die bereits stattgehabten bayerischen Rüstungen und die Stärke und Schlagfertigkeit der bayerischen Armee. Ihm folgte Baron Varnbüler mit Nachweisungen über die württembergischen militärischen Rüstungen. Er behauptete, im Falle eines Ausbruches des Krieges würde Württemberg 40000 Mann ins Feld gestellt haben. Baron Edelsheim beantragte dann spezielle Vereinbarung über die schleswig-holsteinische Frage und einen desfallsigen Antrag am Bunde. Pfordten war der Ansicht, daß ein solcher Antrag die ganze eben beseitigte Kriegsgefahr wieder erneuere und den Austritt Preußens aus dem Bunde zur Folge haben würde. Trete Preußen aus, so bleibe Bayern ebenfalls nicht im Bunde. Dasselbe werde Bayern tun, wenn Österreich etwa austrete; die schleswig-holsteinische Frage werde zugleich mit der Bundesreformfrage gelöst werden. Erhalte Preußen den Oberbefehl über die militärischen Kräfte der norddeutschen Staaten, so werde es wohl auf die Annexion der Elbherzogtümer verzichten und sich mit dem Zugeständnisse seiner bekannten Februarforderungen begnügen. Baron Pfordten übernahm es schließlich, die verschiedenen in der nunmehr beendigten Konferenz geschehenen Äußerungen und Vereinbarungen in einer kurzen Übersicht zu resümieren und uns lithographierte Exemplare dieser Aufzeichnungen demnächst zuzusenden.

24. April.

Morgens 7 Uhr 5 Minuten fuhr ich mit Wittgenstein und Edelsheim über Ulm und Stuttgart nach Darmstadt zurück.

25. April.

Um 3 Uhr besuchte mich der Geheime Legationsrat v. Wentzel und teilte mir ein Exemplar der sehr friedlich lautenden preußischen Antwort auf den neuesten österreichischen Abrüstungsvorschlag mit.

29. April.

Um 11¼ Uhr kam Geheimer Legationsrat v. Wentzel und teilte mir eine preußische Zirkulardepesche mit, in welcher die Zusammenberufung eines deutschen

Digitized by Google

Parlamentes auf einen bestimmten Tag gefordert wird und ohne Rücksicht darauf, ob der Bund sich inzwischen über die Kompetenz dieser Versammlung, über die zu machenden Vorlagen und die Vertretung des Bundes dieser Versammlung gegenüber geeinigt habe. Ich bemerkte Herrn v. Wentzel, daß dieses Verlangen geradezu zur Revolution führe. Ein Parlament ohne beschränkte Kompetenz, aus Urwahlen hervorgegangen, werde ohne weiteres die Reichsverfassung von 1849 mit preußischer Spitze proklamieren. Wolle man das in Berlin, so hätte man nicht nötig gehabt, im Jahre 1849 den badischen Aufstand zu bekämpfen. Man stehe dann mit Hecker auf einer Linie, und die preußische Armee könne letzterem die Hand reichen. Österreich und der Süden würden sich aber die obsolete Reichsverfassung unter keinen Umständen gefallen lassen, und so habe man den Bürgerkrieg in optima forma. Einerseits Preußen und die revolutionäre Partei, andererseits Österreich und die Konservativen. Ich meinerseits hätte keine Lust, auf Grundsätze zu verzichten, die ich seit sechzehn Jahren vertreten hätte, auch wenn dem Grafen Bismarck die Lust anwandle, es einmal mit der Linken zu versuchen. Übrigens müsse, ehe ich auf die Depesche eine offizielle Antwort geben könne, vorerst eine Verständigung der in Augsburg vertreten gewesenen Staaten stattgefunden haben.

30. April.

Nachmittags 4½ Uhr erschien Baron Brenner und teilte mir zwei Depeschen seiner Regierung vom 28. April mit. In der einen wird die Vorlage der schleswig-holsteinischen Sache an den Bund in Aussicht gestellt, in der anderen wird das Verhalten Preußens in bezug auf die italienischen Rüstungen besprochen und gebeten, seitens der Mittelstaaten einstweilen Rüstungen vorsichtig vorzubereiten.

1. Mai.

Baron Brenner wünschte, infolge eines ihm zugekommenen Telegrammes meine Ansicht über verschiedene Punkte, namentlich über die Frage, ob die schleswig-holsteinische Frage an den Bund zu weisen sei, zu hören. Ich sagte ihm, daß ich damit einverstanden sei, daß dies aber möglicherweise bei Bayern nicht der Fall sei, welches diese Frage gleichzeitig mit der Reformfrage zu lösen wünsche, um dadurch den sonst drohenden Krieg zu vermeiden.

3. Mai.

Um 11½ Uhr kam der Geheime Legationsrat v. Wentzel und übergab mir eine preußische Depesche vom 30. April, in welcher die Unmöglichkeit erklärt wird, solange Österreich gegen Italien kriegerische Vorbereitungen treffe, preußischerseits abzurüsten.

4. Mai.

Baron Brenner teilte mir eine Zirkulardepesche seiner Regierung für die Höfe von Paris, Petersburg und London mit, worin der Wunsch Österreichs, den Frieden zu bewahren, beteuert wird.

Digitized by Google

5. Mai.

Baron Brenner ging auf die Eisenbahn, um dem von Wien und Stuttgart zurückkehrenden Prinzen Alexander mitzuteilen, daß nach einem soeben eingelaufenen Telegramm der Kaiser Franz Joseph wünsche, der Prinz möge die beabsichtigte Reise nach Petersburg vorerst nicht machen. Der Prinz ist von Württemberg, an welchem der Turnus steht, zum Oberbefehlshaber des VIII. Armeekorps ernannt worden.

6. Mai.

Besuch des württembergischen Gesandten Baron Linden, welcher mir zwei Briefe des Ministers Baron Varnbüler vom 5. l. M. zur Einsicht mitteilte. In dem einen ist die Ernennung des Prinzen Alexander zum Oberkommandanten des VIII. Armeekorps angezeigt. Im anderen erklärt Baron Varnbüler sofortige Rüstung und Mobilisierung des VIII. Armeekorps für nötig und sagt, daß er in München den baldigen Wiederzusammentritt einer Ministerkonferenz beantragt habe. Schließlich bemerkt er, daß er wegen der Kosten der Rüstungen die württembergischen Stände einberufen werde. Mit den ersten zwei Punkten des zweiten Briefes erklärte ich mich einverstanden. Mit dem letzten nicht, weil die Gefahr dringend sei, eine Verhandlung mit Ständen zu viel Zeit wegnehme, weil die Souveräne das Recht hätten, in dringenden Fällen das nötige zur Sicherheit des Staates vorzukehren, und weil der Minister des Äußern in Verlegenheit sein werde, die Mobilisierung in einer Ständeversammlung gehörig zu motivieren, ohne Preußen Veranlassung zu geben, sich für bedroht zu erklären und seine eigenen Rüstungen damit zu rechtfertigen. Nach Baron Linden kam Baron Kübeck und besprach mit mir den Fall einer Bedrohung der Festung Mainz durch Preußen und die desfalls von großherzoglich hessischer Seite aus zu ergreifenden Maßregeln. (Fortsetzung folgt)

Östliche Landkreise nach der Umwälzung

Von

Landrat v. Thadden-Trieglaff

1. Februar 1919.

Kürzlich wurde behauptet, seit den Novembertagen wäre die deutsche Industrie derart geschädigt, daß sie auf den Stand von vor 100 Jahren zurückgegangen sei. Was in einem Jahrhundert deutscher Fleiß, Sparsamkeit und Schaffenslust aufgerichtet, hätten 100 Tage vernichtet.

Man mag dies Urteil als zu schwarzseherisch anfechten können, daß hier schwere Schäden zu beklagen seien, wird allerseits zugegeben. Besser gehalten hat sich noch der Teil unseres Vaterlandes, in dem die industrielle Betätigung von der landwirtschaftlichen überwogen wird, am besten der

Digitized by Google

industrielose Osten. Die Befürchtungen aber, daß auch hier ein ähnlicher Rückgang unvermeidlich sei, werden immer häufiger laut.

Auf dem Lande wird wie bisher noch in alter Weise gearbeitet. Der anfänglich allgemein verordnete Achtstundentag hat sich noch nicht einbürgern können, weil in all den vielen ländlichen Kleinbetrieben sich niemand daran zu kehren braucht. Und diese Kleinbetriebe überwiegen nicht nur in bezug auf die Zahl der in ihnen beschäftigten Arbeitskräfte, sondern auch in bezug auf die Ackerfläche. Auf den Gütern aber wird in den Wintermonaten kaum 8 Stunden gearbeitet und um 3 Uhr nachmittags Feierabend gemacht. Eine Verkürzung der Arbeitszeit hat bisher also kaum irgendwo mehr wie im Frieden zur Winterszeit stattgefunden. Die zeitraubenden Demonstrationsumzüge der größeren Städte und die zahlreichen, nicht minder zeitraubenden Sitzungen der verschiedenen „Räte" kommen ebenfalls auf dem Lande noch nicht in Frage. Gleichwohl besteht die Gefahr, daß auch in der Landwirtschaft eine Produktionsminderung bereits in diesem Frühjahr eintreten wird.

Zunächst werden wegen der polnischen Unruhen nicht alle polnischen Schnitter wiederkehren, auf deren spezielle Ausbildung für die Rübenkultur diese so gut wie angewiesen ist. Denn schon die heimischen Landarbeiter haben eine nur schwer zu überwindende Abneigung gegen die mühsame Hackarbeit auf den Rübenschlägen. Beim Verziehen der kleinen Rübenpflanzen ist anhaltendes Bücken unerläßlich. Dazu gehört eine längere Gewöhnung, zu der sich die willigsten Landarbeiter nur selten, die Arbeitslosen der Städte aber sicherlich nicht verstehen. Bleiben die Schnitter aus, so werden große Flächen Rübenlandes nicht die Frucht tragen können, die die höchsten Erträge an Nahrungsmitteln liefert, für den Menschen im Haupterzeugnis, dem Zucker, für die Tiere in den Nebenerzeugnissen, wie Rübenblätter und Köpfe, Schnitzel und Melasse. Ein Abweichen von der geordneten Fruchtfolge rächt sich ferner immer. Wo deshalb an Stelle der Rüben andere, weniger Handarbeit erfordernde Früchte treten müssen, werden nicht nur diese einen Mindererertrag geben, der Wechsel wird sich auch bei der Nachfrucht nachteilig bemerkbar machen.

In nicht seltenen Fällen ist aber auch aus einem anderen Grund zu erwarten, daß die Zuckerfabriken ihren Betrieb nicht werden eröffnen können. Denn diese Eröffnung muß von langer Hand vorbereitet werden. Die Vorbereitungen beginnen nämlich sofort nach Schluß der relativ kurzen Zeit der eigentlichen Rübenverarbeitung. Es müssen die Betriebsstoffe, Preßtücher, Maschinenöle, Kalke u. dgl. besorgt, Reparaturen an den Bauten und Maschinen bestellt und vorgenommen, vor allem aber die Kohlen beschafft und angefahren werden. Das alles ist nicht nur sehr teuer, sondern so unsicher geworden, daß jetzt schon manche Fabriken außerstande sein werden, den auf sie angewiesenen Rübenbauern eine ordnungsmäßige Betriebseröffnung im Herbst zu gewährleisten. Die Sicherheit, daß ihnen die Rüben abgenommen werden, brauchen aber die Rübenbauern, wenn sie den kostspieligen

Digitized by Google

Anbau dieser wertvollen Feldfrüchte beginnen sollen. Darüber müssen sie spätestens Anfang April Klarheit haben. Denn wenn auch kleinere Mengen von Zuckerrüben sich zu Marmeladen verarbeiten, zu Spiritus verbrennen und — sehr mit Maßen — verfüttern lassen, aufbewahren wie Getreide kann man sie gar nicht. Größere Mengen müssen daher auf Zucker verarbeitet oder dem Verderben preisgegeben werden. Hört deshalb der Kohlenstreik nicht in den nächsten Wochen derart auf, daß die Zuckerfabriken sich mit diesem auch für sie absolut entscheidenden Heizmaterial eindecken können, so wird uns ein sehr wichtiges landwirtschaftliches Produkt schon in diesem Jahre fehlen bleiben.

Der Kohlenmangel berührt aber die hoch entwickelte deutsche Landwirtschaft auch sonst bis in die kleinsten Betriebe hinein mannigfach und verhängnisvoll. Ein Viertel von Pommern wird z. B. von der Überlandzentrale Belgard mit Licht, vor allem aber mit elektrischer Kraft versorgt, von der nicht nur 800 Güter, sondern auch zahlreiche Landgemeinden deshalb abhängig sind, weil die Umstellung auf die alten Betriebsweisen sich nicht sofort, in vielen Fällen gar nicht wieder ermöglichen läßt. Stellt die Zentrale den Betrieb ein, und das steht bevor, so hört das Dreschen auf, weil in den kleinen Betrieben die Roßwerke, in den großen die Lokomobilen abgeschafft sind. Letztere lassen sich angesichts der ungeheuerlichen Ablieferung landwirtschaftlicher Maschinen an unsere Feinde nicht kaufen, auch für sie würden aber die Kohlen fehlen. Das Häckselschneiden, Schroten, Pumpen, das Entrahmen der Milch muß wieder mit der Hand gemacht werden. Die maschinelle Pflugarbeit hört auf, wieder wegen Kohlenmangels, denn nicht nur die Dampfpflüge, sondern auch die Motorpflüge kommen zum Stillstand, da auch ihr Betriebsstoff, das Benzol, aus der Kohle gewonnen wird. Und stellen die Kleinbahnen, wie zu erwarten, ihren Betrieb mehr oder weniger ein, große Einschränkungen erwiesen sich bereits als unerläßlich, so stockt die Zufuhr der schwer transportablen Lebensmittel, insbesondere der Kartoffeln, die weite Transporte auf Landwagen nicht vertragen. Die Milch- und Butterversorgung der Städte verringert sich entsprechend noch mehr und der künstliche Dünger, ohne den wir keine befriedigende neue Ernte erwarten dürfen, kommt zur Frühjahrsbestellung nicht heran.

Das alles führt zu Betriebseinschränkungen, allmählich zur Weidewirtschaft und damit weiter steigender Nahrungsmittelnot.

Dazu kommt die Unsicherheit der politischen Lage. Welcher Landwirt wird Verbesserungen, ja nur Reparaturen vornehmen, wenn in Aussicht steht, daß sein Betrieb entweder ganz oder auch nur teilweise zur Enteignung kommt. Er weiß ja nicht, ob ihm nicht gerade das meliorierte Stück genommen werden wird. Wer wird die nötigen neuen Arbeiterhäuser aufführen, wenn die vorhandenen für den möglicherweise bald stark verkleinerten Besitz schon zu viel sein können. Und dabei wäre dieser Neubau so wichtig, weil die vielen Kriegswitwen doch in ihren Wohnungen belassen werden müssen.

Digitized by Google

Sie sollen doch nicht in die Städte gedrängt werden, in denen überall schon die bitterste Wohnungsnot herrscht. Der Ersatz der Arbeitskräfte, die der Krieg gerade dem Lande übermäßig genommen, findet keine leeren Wohnungen und bedarf neuer. Es ist unerläßlich, daß hier bald Klarheit geschaffen wird.

Seit Jahrzehnten wird nun in Deutschland die Verpflanzung der Städter aufs Land, die Ansiedlung, empfohlen, und neuerdings von allen Parteien, von vielen als Allheilmittel gefordert und am lebhaftesten von denen, die ein Wiedererstarken unserer Industrie wegen des dauernden Mangels an Rohstoffen für absehbare Zeit für ausgeschlossen halten. Unstreitig bietet auch Deutschland auf seinen Mooren und Ödländereien, seinen großen hier und da wenig intensiv bewirtschafteten Begüterungen Platz und allmählich auch Erwerbsmöglichkeiten für viele. Der Gedanke ist schön und richtig. Der, wie man jetzt zu sagen pflegt, „großzügig" in Angriff zu nehmenden Verwirklichung stellen sich aber zurzeit noch große Schwierigkeiten in den Weg.

Zuerst sind die Kosten eines Ansiedleranwesens gegen früher um das Mehrfache gestiegen. Die überall gestiegenen Preise für den Grund und Boden fallen dabei weniger ins Gewicht. Sie können durch Gesetz auf eine angemessene Höhe, etwa die der letzten Friedensjahre, festgesetzt werden, spielen auch bei Ödländereien überhaupt keine Rolle. Anders steht es aber mit den erforderlichen Bauten und der Beschaffung des notwendigsten Inventars. Wenn die Ziegelsteine auf das Dreifache des Friedenspreises gestiegen sind, so ist das schon bedenklich. Wenn sie aber, wieder des Kohlenmangels wegen, nur in ganz beschränktem Umfange hergestellt werden können, so ist das schon ein nicht zu beseitigendes Hindernis; denn Notbauten, wie Holzbaracken, sind vorderhand auch nicht überall zu beschaffen, da der Holzeinschlag, immer wieder der Kohlenknappheit wegen, in erster Linie dem Brennholzbedarf zugeführt werden muß. Die Maurerlöhne sind gewaltig emporgeschnellt, alles Eisenwerk, Glas, Bedachungsmaterial desgleichen; so ist es augenblicklich kaum möglich, von einem Bauunternehmer einen ihn bindenden Kostenanschlag zu erhalten. Und um das Inventar steht es geradeso. Ackergeräte, Geschirre, Maschinen sind überaus knapp. Das tote und vor allem das lebende Inventar ist bereits auf den bestehenden Wirtschaften durch die vier Jahre fortgesetzten und immer empfindlicher wirkenden staatlichen Eingriffe so zusammengeschmolzen, daß selbst, wenn diese Eingriffe aufhörten, was so bald nicht zu erwarten ist, Jahre dazu gehören werden, um den Normalstand der Zeit vor dem Kriege wieder zu erreichen. Woher soll das alles genommen werden? Wieder im Wege der Enteignung? Damit würde man mehr Schaden als Nutzen stiften. Denn eine Produktionsminderung auf den alten Wirtschaften wäre die unmittelbare Wirkung, der eine Produktionssteigerung auf den neuen zunächst nicht gegenüberstehen würde.. Denn Ödländereien sind, selbst wenn sie in Kultur gebracht sind, was in den meisten Fällen nur auf der Basis langwieriger und augenblicklich überaus kostspieliger Notstandsentwässerungsarbeiten möglich ist, noch nicht ohne weiteres ertragsfähig. Die Moore be-

Digitized by Google

dürfen, um Früchte oder auch nur Gras zu tragen, unbedingt des künstlichen Düngers. Sie brauchen vor allem Phosphor; und den haben wir nicht. Rohphosphatlager fehlen uns und das in den Zeiten industrieller Hochkonjunktur reichlich anfallende Nebenprodukt; die Thomasschlacke wird so wenig gewonnen, daß schon auf den Mineralböden dieser wichtige Dungstoff zu mangeln beginnt.

In erster Linie werden die Kreise an das Siedlungswerk herangehen müssen, zu einer ins Gewicht fallenden finanziellen Beteiligung sich aber schwer entschließen. Ihre Schuldenlast hat sich im Kriege vermehrt. Sie haben alle Millionenanleihen für die Kriegsunterstützungen aufnehmen müssen, von denen das Reich bisher nur ein Viertel erstatten konnte. Es wird je länger je unwahrscheinlicher, daß das bezüglich des Restes geschehen wird.

Sicher nicht decken wird das Reich die inzwischen aufgelaufenen Zinsen für diese Anleihen. Das konnten die Kreise nur hoffen, wenn der Ausgang des Krieges glücklicher gewesen wäre. Die für die Zinsenzahlung in den vier Kriegsjahren aufgenommenen Darlehen haben nur wenige finanzkräftige Kreise tilgen können. Für die Mehrzahl bilden sie eine drückende Last, die um die ebenfalls sehr kostspieligen außerordentlichen Familienunterstützungen noch weiter vermehrt wird, da auch diese nur zur Hälfte etwa für das Reich erstattungspflichtig sind.

Diese Schulden zusammengenommen überragen die Gewinne, die die Kreise aus ihrer Kriegswirtschaft machen konnten, bei weitem, so daß überall im Osten ein starkes Steigen der Kreisabgaben die unabänderliche Folge sein wird. Zu neuen zunächst unproduktiven Ausgaben werden die Kreistage, sie mögen zusammengesetzt werden, wie sie wollen, sich daher nur sehr ungern und zögernd verstehen.

Und schließlich, wenn das Reich oder der Staat die Kosten übernimmt, wenn es unter neuerlicher Belastung der jetzt schon infolge der Arbeitslosenunterstützung und sonstiger Anzapfungen vor dem Zusammenbruch stehenden Staatsfinanzen gelingen sollte, trotz all dieser Hemmnisse eine gewisse Anzahl von Siedlerstellen bezugsbereit herzurichten, werden sich die städtischen Ansiedler für diese Stellen finden? In den ersten Jahren ist das Leben eines Rentengutsbesitzers ein sehr hartes und auf den zunächst gartenlosen, kahlen Stellen sehr reizloses. Von achtstündiger Arbeitszeit für ihn und seine Familie ist keine Rede, und der Verdienst ist gering, wenn das Anlagekapital auch nur einigermaßen verzinst werden soll. So kleine Stellen, daß der Ertrag zum Lebensunterhalt derart unzureichend bleiben muß, daß nebenher Lohnarbeit unerläßlich ist, finden erfahrungsgemäß nur in der unmittelbaren Nähe von Industriezentren und Großstädten Abnehmer. Größere Siedlerwirtschaften aber gedeihen ebenfalls erfahrungsgemäß nur dann, wenn der Siedler landwirtschaftliche Vorkenntnisse hat, also vom Lande stammt. Bisher waren daher landwirtschaftliche Arbeiter, die einige Ersparnisse gemacht hatten, diejenigen, die die meiste Aussicht hatten, auf solchen

Digitized by Google

Wirtschaften vorwärts zu kommen, aus welchem Grunde die zahlreichen Rentenguts-kolonien Pommerns überwiegend als wohlgelungen zu bezeichnen sind. Aber gerade diese aussichtsreichsten Arbeiter bedürfen der Ansiedlung in der augenblicklichen Notlage am wenigsten. Von ihnen ist keiner arbeitslos oder in Not. Mit ihrer Ansiedlung wird zurzeit nichts gewonnen.

Die durch die Arbeitslosenunterstützung gesicherten und der Arbeit je länger je entwöhnter gewordenen Großstädter werden sich nur ausnahmsweise entschließen, das des Komforts zunächst und der städtischen Vergnügungen in einsamen Gegenden völlig entbehrende Siedlerleben zu beginnen. Es wird geraume Zeit, vielleicht ein Menschenalter dauern, ehe ein Abstrom aus den Städten erkennbar werden wird. Und er wird sicher ganz ausbleiben, wenn die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte, was neuerdings vielfach gefordert wird, bereits in nächster Zeit derart gesenkt werden sollen, daß selbst die bestehenden, noch relativ niedrig zu Buch stehenden Wirtschaften der fortwährend steigenden Ausgaben für Löhne und alle Bedürfnisse und der sonstigen vielfachen Hemmnisse des Betriebes wegen nicht mehr mit Nutzen fortgeführt werden können.

Man hört jetzt schon, daß größere und kleinere Besitzer zu überlegen anfangen, wie sie ihren Betrieb weniger intensiv gestalten, um zu hohen Lohnforderungen oder gar einem Streik ihrer Arbeiter begegnen zu können, den man in kritischer Zeit, etwa der Hafer- oder Hackfruchternte, hier und da nicht für ausgeschlossen hält. Die kleinsten, nur mit eigenen Arbeitskräften auskommenden Wirtschaften haben solchen Streik freilich nicht zu fürchten, für die Ernährung der Städte würde er aber verhängnisvoll wirken, da jene kleinsten Wirtschaften über den eigenen Bedarf nur wenig produzieren können.[1]) Gewiß ist es staatliche Notwendigkeit, das Siedlungswerk mit allen zu Gebote stehenden Mitteln in Angriff zu nehmen. Wir müssen uns nur hüten, davon rasche Erfolge und eine baldige Rettung aus gegenwärtiger Not zu erhoffen, vielmehr nicht weniger es uns angelegen sein lassen, die vorhandene Produktion zu fördern und vor Störungen zu schützen. Wie wichtig das bleibt, wird vielfach übersehen.

Dazu gehört vor allem die Beseitigung des bedrückenden Gefühls völliger Rechtlosigkeit der ländlichen Bevölkerung. Diese hat schon die Beschlagnahmen während des Krieges fast aller ländlicher Erzeugnisse und die damit zusammenhängenden häufigen Revisionen schwer empfunden. Die Haussuchungen aber, die sich neuerdings von Raubzügen in nur zu häufigen Fällen nicht unterscheiden, müssen auch auf dem Lande, wenn ihnen nicht schleunigst Einhalt geschieht, die verheerenden Wirkungen zeitigen, die in Rußland vor aller Augen liegen. So ist schon als sicher zu bezeichnen, daß nicht nur Geld in großem Umfange, sondern auch verderbliche Lebensmittel vergraben werden,

---

[1]) Den Nachweis glaube ich in der Augustnummer 1918 dieser Zeitschrift für den Kreis Greifenberg erbracht zu haben.

Digitized by Google

und zwar nicht nur von kleinen Leuten, und wiederum ist die Produktionseinschränkung die Folge solcher Recht- und damit verbundener Mutlosigkeit. Die Waffenablieferung kommt hinzu, die Landleute erblicken darin eine neue Gefahr gerade für einsame Dörfer und Gehöfte und eine Ermutigung für die Marodeure, wenn diese wissen, daß sie sich vor Schußwaffen nicht zu fürchten brauchen.

Die Staatsanwälte sind wohl überlastet. Jedenfalls hat man nur zu selten den Eindruck prompter Justiz, auf die wir mit Recht uns bis vor wenig Monaten verlassen und auf die wir so stolz sein konnten. Die Untersuchungen werden bei Landfriedensbruch, dem Umherziehen bewaffneter ehemaliger noch feldgrauer Soldaten nur matt geführt, die Mehrzahl der schier unzähligen Diebstähle und Einbrüche bleibt straflos, und wenn je Strafen verhängt werden, so geschieht das so spät, daß das Rechtsgefühl des verängstigten Landvolkes darunter leidet. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben wohl überall Erschießen für Plünderungen angedroht. Nun mehren sich aber gleichwohl die Fälle, in denen ländlichen Besitzern Lebensmittel gewaltsam fortgenommen oder, so kürzlich im Kreise Schlawe, mit vorgehaltenem Revolver Herausgaben von Vieh erzwungen wurden, man hat aber niemals vernommen, daß Plünderer wirklich erschossen worden wären. Die Androhung der Todesstrafe hat sich also bei den Plünderern nicht wirksamer erwiesen, wie die milderen Strafen des Strafgesetzbuches, mit deren Vollstreckung im Fall der Verurteilung auch jetzt noch immerhin gerechnet werden mußte.

Es würde Wunder wirken, wenn hier einmal ein promptes Exempel statuiert würde. Die häufig lautgewordenen Beschwörungen, solche Haussucher möchten doch bedenken, daß ungeregelte Requisitionen meist nicht den Bedürftigsten und auch dann nur vorübergehend Vorteil brächten, daß aber eine unzeitig geschlachtete Milchkuh zwölf Stadtkindern die nötige Milch und damit vielleicht das Leben kosten würde, sind erfolglos geblieben.

Auch die ausständigen Kohlenarbeiter haben sich in ihren Entschlüssen nicht beeinflussen lassen dadurch, daß ganz Deutschland immer entrüsteter, verzweifelter, drohender die Wiederaufnahme der Kohlenförderung von ihnen heischte.

Hin und her durchs Land tönt immer lauter der Ruf: Deutschland kann nur wieder aufgerichtet werden durch Arbeit, Arbeit, Arbeit! Das Echo auf diesen Ruf ist aber nicht so sehr der Begehr: weist uns Arbeit nach, sondern immer stärker und bis in die kleinen Landstädte des Ostens hinein das Verlangen: gebt uns Erwerbslosenunterstützung! Zumeist lautet die Begründung: Wir haben uns vier Jahre genug angestrengt und wollen uns jetzt ausruhen. Mögen die Reklamierten arbeiten, die zu Hause blieben, die Arbeit ist für „die andern".

Wir brauchen eine starke Staatsautorität, die die Staatsnotwendigkeiten durchzusetzen vermag, und dazu wird vorliegend ein entsprechender Abbau der Erwerbslosenunterstützungen sich als unerläßlich erweisen. Auch ein Landarbeiterstreik wird in der gegenwärtigen Notlage nicht dadurch aufgehalten

Digitized by Google

werden, daß ihn das übrige Volk ebenfalls entrüstet, ja verzweifelt verurteilen müßte. Begegnet kann ihm gegebenenfalls nur werden durch eine wirkliche Staatsgewalt, die wir für das tägliche Brot, ja wie das tägliche Brot nötig haben. Möchten wir nicht zu lange darauf zu warten brauchen.

Paul Heyse und die Politik

Mit unveröffentlichten Briefen aus dem Freundeskreis des Dichters

Von

Erich Petzet

Heyse in den Revolutionsjahren 1848 und 1849

Von 1848 bis 1914, in dem ganzen von weltgeschichtlichen Ereignissen erfüllten Zeitraum, der Heyses Schaffen umspannt, ist er wohl derjenige deutsche Dichter, welcher am ausgeprägtesten und reinsten den Typus des Künstlers in sich verkörpert hat, ohne den politischen Strömungen und Kämpfen Zugeständnisse zu machen. In einer Zeit der Tendenzdichtung hervortretend, mußte er sich alsbald von Robert Prutz sagen lassen, ihm fehle der Zusammenhang mit den Zeitfragen seines Volkes, und wenig später tadelte auch Treitschke an ihm den Mangel politischer Schlagkraft, die er in erster Linie verlangte. Mit besserem Verständnis rühmte dagegen Gottfried Keller die „spezifisch künstlerische Persönlichkeit" des Dichters, die gerade hierin ihre einzigartige Stärke entfalte, und nun kehrte die Anerkennung seines reinen, adeligen Künstlertums in den verschiedensten Abwandlungen von Bewunderung und Anfeindung immer wieder, von Friedrich Theodor Vischer bis zu Wilhelm Bölsche und Helmut Mielke, der schließlich in seiner Geschichte des deutschen Romans zusammenfassend glaubte urteilen zu können: „Die politischen Interessen lagen dem feingesinnten Dichter immer fern ... er verlangte nie etwas anderes vom Staate als den freien Raum für das Ausleben der persönlichen Individualität."

So liegt nun aber die Sache doch nicht ganz. Gewiß ist die treibende Kraft in Heyses gesamtem Schaffen immer die dichterische Gestaltung, und keinerlei unkünstlerische Tendenz, am allerwenigsten eine politische Tagesfrage konnte seine Phantasie befruchten. Allein der lebendige Zusammenhang mit Glück und Unglück, Ringen und Aufstieg seines Volkes fehlt ihm keineswegs, und wenn er im Jahre 1871 das siegreich heimkehrende Heer mit seinem gedankentiefen Friedensfestspiel begrüßt und den Schöpfer des Deutschen Reichs immer wieder gefeiert hat bis zu jener monumental ins Mythische sich steigernden Huldigung, in der er Bismarck nach seinem Sturze noch das schönste dichterische Denkmal errichtet hat, so waren das keine Gelegenheits-

Digitized by Google

gedichte äußerlicher Art, sondern der Ausdruck innerlichster Überzeugungen und Empfindungen, die sich in geradliniger Entwicklung von den richtunggebenden Eindrücken der frühen Jugend her ständig bei ihm verfolgen lassen. „Wenn Leben und Dichten wie Ein- und Ausatmen sind", schrieb Geibel unter den Eindrücken des „tollen Jahres" an Paul Heyse, „so hab' ich unendlich viel aufgenommen. Und das wird schon zutage kommen, wenn der Most durchgegoren ist und das Golderz sich von den Schlacken geschieden hat." Dies Wort gilt mehr noch als für Geibel selbst für den jüngeren Freund. Nicht was er an unmittelbar politischer Betätigung und Äußerung aufzuweisen hat, gibt dafür den Maßstab, sondern die Sättigung seiner Dichtung mit einer reichen inneren und äußeren Erfahrung, die wohl mit stets sich steigernder Abneigung alles dilettantische Kannegießern und die Vermengung dichterischer und politischer Ziele verschmäht, den entscheidenden Wert des eigenen Volkstums aber und die Liebe zu ihm immer fester als unveräußerlichen und unentbehrlichen Besitz umfaßt. Unter diesem Gesichtspunkte ist es daher nicht unberechtigt, auch bei einer so ausgeprägten Künstlerpersönlichkeit wie Heyse die politische Konstellation näher zu untersuchen, unter der sie ihre Laufbahn angetreten hat. Mancher Zug mag dabei in unseren Tagen einem tieferen Verständnis und Mitempfinden begegnen als in früheren Zeiten des Glückes, zugleich aber auch zur Mahnung werden, am deutschen Wesen nicht zu verzweifeln und in Treue gegen das eigene Selbst auszuharren, was auch das Schicksal über uns verhängen mag.

Mit wenigen Worten nur hat Paul Heyse in seinen Jugenderinnerungen seiner Beteiligung an der Bewegung von 1848 und 1849 gedacht. Bei der freigesinnten, aufrechten Persönlichkeit seines vortrefflichen Vaters konnte es nicht anders sein, als daß er schon im elterlichen Hause die liberalen und nationalen Forderungen der vierziger Jahre in sich aufnahm, und wenn auch die feine Gelehrtennatur und die andauernde Kränklichkeit des Berliner Professors eine tätige Teilnahme an der Politik ausschlossen, so eröffnete sich dem frühreifen Sohne doch bald auch der Ausblick hierauf im Kreise feuriger Kameraden, im Verkehr mit Emanuel Geibel und im Hause Franz Kuglers. So harmlos heiter und kindlich vergnügt der Verkehr des angehenden Studenten — im März 1847, knapp siebzehn Jahre alt, hatte Paul Heyse die Schulbank verlassen — im Kreise des vielbeschäftigten Gelehrten und Kunstfreundes war, so tauchten doch gelegentlich unter den gesitteten Samtpfötchen der Märchen, die er dort zum Entzücken der Kinder erzählte, in aller „Wohlerzogenheit", die Jakob Burckhardt freundschaftlich bespottete, kleine satirische Krallen auf, wenn er z. B. den Musje Morgenrot von seinem König als „lieber Herr Untertan" anreden oder die Geheimratswürde an einen Stiefelputzer verleihen läßt. Der Respekt vor den veralteten Mächten des Polizeistaates war herzlich gering in jener fröhlichen Jugend und konnte nicht wachsen durch das, was man um sich sah und von draußen hörte. In den Briefen der Freunde, die aus Studien- oder Familien-

Digitized by Google

gründen Berlin verlassen hatten, tauchen immer wieder politische Bemerkungen auf und beleuchten lebendig die Stimmung. Besonders Gustav Geß aus Frankfurt, der sich zum praktischen Geschäftsmann ausbildete — er ist als Justizrat in hohem Ansehen 1890 gestorben —, beobachtet scharf und urteilt witzig. So ironisiert er aus Heidelberg im September 1846: „Schleswig-Holstein, Meerumschlungen, Stammverwandt brüllt das Volk überall, aufgehechelt von den sogenannten Liberalen, die gar nicht einsehen, daß dieser ganze Enthusiasmus sich bloß deshalb so schön entwickelte und die Stimmorgane ausbildete, weil die Fürsten selbst ihn begünstigen, da ihnen natürlich nichts lieber sein kann als zu sehen, daß ein Volk seinen legitimen Beherrscher zum Regenten haben will; daß zufällig hierbei deutsche Interessen mit zur Sprache kommen, muß man aus Achtung vor dem Prinzipe der Legitimität dulden." Aus Österreich aber schreibt der wackere Heinrich Jaques trübselig: „Warten heißt die Lebensaufgabe eines österreichischen Bürgers. Und es wird nächstens neben der k. k. Hofburg, will man behaupten, der Erwartung oder dem Schlaf ein Tempel errichtet. Übrigens, was sagst Du zur Lola Montez und zum König von Bayern? Schreibe mir auch Deine Ansichten über die preußische Konstitution und die Antrittsrede Eures sich zum Österreichizismus bekennenden Monarchen." Das helle Vergnügen über Lola Montez und ihre studentische Leibgarde spricht aus den Jenenser Briefen Felix von Steins, des Urenkels von Charlotte von Stein, der im Frühjahr 1848 freudig die politische Aufregung überall begrüßt. So mischen sich denn auch in die frühesten Lieder Paul Heyses, die sich gerne in Kuglers Art an deutsche Volksweisen anlehnen, politische Klänge, und als erstes gedrucktes Gedicht von ihm erschien ein fliegendes Blatt „Frühlingsanfang 1848", das hoffnungsfroh anhebt:

Frühling ist als Werber kommen,
Hat die Fahn' zur Hand genommen
Mit den Farben schwarz-rot-gold,
Und sie flatternd aufgerollt
In die deutschen Lüfte.

Diese Stimmung beseelte den ganzen Kreis, in dem sich Heyse in Berlin bewegte, von dem überschäumenden Temperament Bernhard Endrulats angefangen bis zu der milden Weisheit des Professors Heyse und der bedächtigen Überlegenheit des Geheimrats Kugler. Nur Geibel, der seiner ganzen Weltanschauung nach die Revolution verabscheuen mußte und in treuer Verehrung dem preußischen Königshause und namentlich dem Prinzen Wilhelm ergeben blieb, empfand neben dem Durchbruch großer berechtigter Ideen tief die Gefahren und die Ungerechtigkeiten des gewaltsamen Umsturzes, als der Märzsturm über Berlin hereinbrach. Er weilte in den verhängnisvollen Tagen gerade in Lübeck; die Berliner Freunde aber traten begeistert in die Bürgerwehr, machten Wachtdienst und Patrouillengänge und schwammen in dem alles mit fortreißenden Strom der allgemeinen Erregung. Der junge

Digitized by Google

Heyse schloß sich selbstverständlich dem fliegenden Korps der Studenten an und trug den grauen Filzhut der „Rotte Tell" mit einem Busch von schwarzen Hahnenfedern. Hier wurde er mit Otto Roquette[1]) kameradschaftlich bekannt, und die gemeinsame Freude am Versespiel verkürzte ihnen mit Endrulat, Friedrich Eggers u. a. manche langweilige Wachtstunde im Schlosse. Da saßen sie in der sogenannten Bildergalerie und machten um die Wette Gedichte zu vorher angegebenen Reimworten und verloren dabei manchmal den Ernst der Zeit ganz aus den Augen. Und doch kam auch der poetisch zu seinem Rechte. Kugler war es, der am 26. März, also kaum acht Tage nach dem berüchtigten Straßenkampfe, an seinen jungen Freund schrieb:

Liebenswürdigster Kriegskamerad (denn auch ich habe gestern abend eine vortreffliche Patrouille mit exekutiert)! Und sintemal ich gestern mittag einer akademischen Sitzung beigewohnt und mich über die Philister hinlänglich geärgert, ist mir der alte Liedertrotz doch wieder in die Krone geschossen und ich habe 1½ fertig und noch mehr in petto. Ob sie was taugen und taugen werden, weiß ich noch nicht. Wenn sie aber was taugen, wäre es doch hübsch, ein ordentliches Heftlein „Deutscher Lieder" — und zwar gemeinschaftlich — herauszugeben. Gefällt Dir die Idee und hast Du Lust mit darauf einzugehen, so komme doch baldigst zur gemeinschaftlichen Beratung zu mir.

Totus tuus

F. Kugler.

Mit Eifer folgte Heyse dieser Einladung. Sieben Gedichte von ihm, vier von Bernhard Endrulat, zwei von L. Karl Aegidi und zwei von Franz Kugler, der sich freilich in dieser jugendlichen Gesellschaft hinter einem schützenden N. N. verbarg, wurden zusammengefaßt und als „Funfzehn neue deutsche Lieder zu alten Singweisen Den deutschen Männern Ernst Moritz Arndt und Ludwig Uhland gewidmet". Noch bevor aber und während dies poetische Dokument einer reinen idealistischen Begeisterung beschlossen und ausgeführt wurde, ging ein lebhafter Briefwechsel mit den auswärtigen Freunden hin und her. Die verschiedensten Tonarten sind darin angeschlagen, die nicht immer zu dem hohen Flug des Berliner Freundeskreises passen und das Thema der Zeit mannigfaltig variieren. Mit einem starken Zuge braven Philistertums berichtet ein Vetter aus Nordhausen trocken von dem „gesunden Geist" der dortigen Bevölkerung: „Es fand gestern morgen um 6 Uhr eine gemeinschaftliche Parade der hiesigen gesamten Bürgerwehr und der hier garnisonierenden Musketiere vor dem Kommandeur der Bürgerwehr, unserem Bürgermeister, statt, eine Demonstration, welche in dieser Weise, daß Bürger und Militär so vollkommen miteinander gleichgestellt und brüderlich vereinigt werden, wohl nirgends stattgefunden hat und im Interesse der guten Sache Nachahmung verdiente." Oder ein wackerer Philolog und herzens-

[1]) S. Otto Roquette, Siebzig Jahre. Geschichte meines Lebens. Bd. I (1894), S. 240 ff.

Digitized by Google

guter Mensch, der dem Sohne wie dem Vater Heyse aufrichtig anhing, Julius Deuschle, verließ am 19. März schleunigst Berlin, um seinen Eltern jede Beunruhigung seinetwegen zu ersparen, und stellte danach mit etlichen Gewissensbissen Betrachtungen darüber an, „daß es doch weit schöner gewesen wäre, der Gefahr dort mutig entgegenzutreten, als hier in Sicherheit zu vernehmen, wie groß sie gewesen", zumal, nachdem er „doch stets für ein möglichst entschiedenes Auftreten gesprochen habe". Vergnügter und befriedigter berichtet der liebenswürdige Richard Göhde, der schon auf dem Gymnasium ein heiterer und guter Kamerad Heyses gewesen war, von seiner Reise nach Hause und seinen Erlebnissen dort und gibt damit ein hübsches Revolutionsbild aus einer Kleinstadt.

Soldin 10. 4. 48.

Lieber Paul.

Ich (aus Grundsatz) habe Berlin verlassen, um meine unruhige Vaterstadt beruhigen zu helfen. Mittwochs ist hier große Bürgerversammlung und Sonntags versammeln sich die Arbeiter; diese haben vergangenen Sonntag vor acht Tagen unter Anführung eines Scharfrichterknechtes gewaltig rebelliert, zwei Scheunen vor dem Tore niedergebrannt und jeden Deutschen mit einer Kokarde schlimm attaquirt. In der Absicht, als Volksredner zu wirken und diese Leute über vieles ihnen Unklare zu belehren, begab ich mich gestern 4 Uhr nach dem Marktplatze. Viele Arbeiter und noch viel mehr Jungen waren auf dem Platze. Der Bürgermeister mischte sich unter sie und bald sah ich das Volk sich zerteilen. Dieser hatte sie gebeten nach dem Schulhause zu gehen, in das ich mich wegen des geringen Raumes im Innern nicht mehr eindrängen konnte.

Dienstag . . .

Arbeiter Versammlung: Der redende Arbeiter stellte den Antrag, man möchte ein Arbeit-Nachweisebureau einrichten und dabei zunächst die Arbeiter der Stadt im Auge behalten, die Dörfer könnten für die ihrigen sorgen. Ein anderer bat um Erklärung der deutschen Kokarde. Ein Leutenant antwortete ihm: „Das ist die Freiheitskokarde", worauf der Redner fortfuhr: Was ist Freiheit? Wenn sie in nichts weiter besteht, als daß wir Fenster einwerfen dürfen und vielleicht plündern, dann ist nichts dahinter. Ein Kandidat nahm das Wort und erklärte den Leuten diese Einigkeitskokarde. Der Redner erhielt ein lautes „bravo" und Jung und Alt trägt hier jetzt deutsche Farben.

Morgen wird hier große Bürgerversammlung sein, in der ich den Leuten die irrige Ansicht, daß eigentlich doch nur Plebs revoltirt hätte, weil keine dicken Spitzer gefallen seien, nehmen möchte. Ich werde mich bemühen, ihnen zu beweisen, daß die Jugend stets die Trägerin großer Ideen gewesen sei und daß nur sie stets diese Ideen durchgefochten habe.

Uebermorgen werde ich auf einige Tage nach Stennewitz hinüber, wohin ich eingeladen bin, dann aber komme ich sobald als möglich zu Dir zurück und ich freue mich darauf, Dich schlechten Kerl wiederzusehen, wie ein Spitz

Digitized by Google

über eine Bratwurst. Grüße Benno [Endrulat], wenn er wiederkommt, und empfiehl mich Deinen lieben Eltern auf's Herzlichste.

Dein Richard.

Eine größere Auffassung der gewaltigen Bewegung und einen freieren Schwung der Empfindung atmen die Briefe von Gustav Getz, die zugleich in die Schwierigkeiten des Großhandels und in die Stimmung der alten Reichsstadt Frankfurt einen charakteristischen Einblick gewähren. Nach Abschluß seiner juristischen Studien war er nach England gegangen, wo er das wirtschaftliche und politische Leben mit scharfem Blick und steigender Sympathie beobachtete. Kaum aber hatte er von der Februarrevolution in Frankreich gehört, so eilte er nach seiner Vaterstadt zurück in der richtigen Erwartung, daß nun auch für die deutsche politische Entwicklung eine neue Ära beginne, daß aber damit auch eine ungeheure Erschütterung des Geschäftslebens verbunden sein müsse, die seine Anwesenheit und Tätigkeit im elterlichen Hause unbedingt erfordern werde. „Mein Vater läßt sich durch seine persönlichen Verluste die Freude am allgemeinen Wohl nicht trüben, also brauche ich Dir gewiß von mir nicht dasselbe zu versichern," meldet er bereits am 19. März an Paul Heyse. Auf die ersten genaueren Nachrichten des Berliner Freundes aber antwortet er am 5. April 1848:

Lieber Paul!

Wärest Du Zeuge der Freude gewesen, die nicht nur ich allein, sondern wir alle hier bei Ankunft Deines Briefes hatten, hättest Du gesehen wie ich vor Empfang desselben, da ich die Berliner Ereignisse schon kannte, Brüder und Schwestern mit meinem ernsten Gesicht und nicht zu verbergenden üblen Laune peinigte, Du könntest Dir gewiß mein so langes Schweigen, in einer Zeit wie die unserige, wo man sich so viel zu sagen hat, nicht dazu reimen. Aber, lieber Paul, sollte ich Dir in so schönen Tagen, in den Frühlingstagen der Freiheit, zu deren Verherrlichung sogar die Natur früher als sonst ihr schönstes Frühlingsgewand angetan, sollte ich Dir, während die Männer aus allen Gauen Deutschlands hier in der alten Krönungsstadt tagten und das Fundament zum dereinstigen schönen Bau legten, sollte, konnte ich Dir da aus dem dumpfen Raum eines Comptoirs, umgeben von Courszetteln und Bilanzen, schreiben? Und hätte ich mich dazu zwingen können, ich hätte keine Zeit dazu gehabt. Die finanzielle Zerrüttung ist durch ganz Europa eine furchtbare und es bedarf Riesenanstrengungen, um sich zu halten und ein ehrlicher Mann zu bleiben. Mein Onkel, der sonst das Geschäft führte, hatte so ziemlich den Kopf verloren. Meine Brüder hier verstehen Nichts von solchen Dingen und so mußte ich mich denn so schnell als möglich in Alles hineinarbeiten, Rat und Hülfsmittel schaffen und auf der anderen Seite durch Zusprache Standhaftigkeit hervorrufen, dabei den ganzen Tag über mit der mir widerlichsten Gesellschaft i. e. mit Schacherjuden verkehren, die bei der

Digitized by Google

großen Zeitbewegung bloß an ihre Papiere denken; außerdem hatte ich gleich, als ich ankam, 2 Prozesse angenommen, so daß ich den ganzen Tag in beständigem Haschen, Jagen und Sorgen hinbrachte. — Und doch, lieber Paul, habe ich mich nie in meinem Leben glücklicher und zufriedener gefühlt. Wenn ich abends todmüde nach Hause kam und meine Mutter und Schwesterchen schon auf mich warteten, um mich gründlich zu verziehen, wenn mein Vater mit wenigen Worten billigte, was ich den Tag über getan, ging ich dann stets so selig zu Bette, daß ich mir beinahe Vorwürfe darüber gemacht hätte. Jetzt ist hoffentlich bald Alles vorbei, ich schreibe heute Morgen schon wieder im Gartenhäuschen, und wenn Alles geordnet, dann wollen wir so recht die neue Zeit genießen. Bis dahin aber bitte ich Dich, nimm es mit Briefen nicht so genau und laß mich recht oft hören, was Ihr Alle in Berlin macht, was Ihr von den Bewegungen hofft und fürchtet, wie die Stimmung gegen euren König, wie Ihr über die Bestimmungen des deutschen Parlaments u. s. w. denkt. Daß euer König Euch durch seine Tollheit um die Früchte eures Sieges, ich will nicht hoffen unrettbar, was die Hegemonie Deutschlands anbetrifft, gebracht hat, wird Dich jeder Blick in eine nicht preußische Zeitung lehren. Hier ist überall die gräßlichste Wut gegen ihn, der aus Mißverständnis 24 Stunden lang auf sein Volk schießen ließ und nachher sich an die Spitze Deutschlands stellen will. Ueberall wird er in effigie verbrannt, und das Einzige, was ich überall predigen kann, ist, man dürfe die Preußen nicht mit ihrem König verwechseln.

Außer in der Abneigung gegen Preußen, muß ich gestehen, erscheint mir Alles, wie die großartigste Schicksalstragödie mit dem Schlagwort: Es ist zu spät. Ueberall die poetischste Gerechtigkeit: In der Lombardei, in Polen, in Schleswig; Metternich, der noch bei seinen Lebzeiten sein Werk zerfallen sehen muß. Louis Philipp, der seinen Neffen um die Krone bestohlen, muß seine schändlichen spanischen Intriguen in dem über dieselben entrüsteten England abbüßen, und der gegen das gegebene Wort gefangen gehaltene Abdel cader sieht ihn nun so bald Rache befriedigt abziehen und erträgt nun ruhiger das Herbe seiner Gefangenschaft. Daß der liebe Gott von jeher der größte Dramatiker war, das wußten wir alle, nie aber hat er es Euch so deutlich gezeigt und sehen lassen, und wenn ihr Herren Poeten ihm jetzt Nichts ablernt, hilft Euch alles Studieren in alten Kroniken, Balladen und Novellen, Mustern und Vorbildern nichts.

Doch meine Zeit ist um. Ich muß fort. Bitte grüße mir außer Deiner lieben Familie auch Baumeisters recht herzlich und beruhige mich bald darüber, wie es ihnen allen geht.

Herzlichst grüßend

Dein Gustav.

Mit wesentlich anderen Empfindungen durchlebte Emanuel Geibel diese Wochen. So sehr er mit den Freunden des Kuglerschen Hauses verwachsen war, so war er sich doch klar bewußt, daß ihm die Zeit mehr zu schaffen

Digitized by Google

machen mußte als jenen. Heyse war so viel jünger und darum feuriger; Kugler dagegen trat den politischen Dingen vorwiegend mit dem Verstand gegenüber, ohne daß ein so wesentliches Stück seiner Herzwurzel damit verwachsen gewesen wäre. So kamen beide über vieles leichter hinweg, was innerlich zu überwinden Geibel unendlich schwer wurde. Schon in dem ersten Briefe an Heyse nach Ausbruch der Revolution in Berlin tritt er daher den heftigen Anklagen des jugendlichen Feuerkopfes mäßigend gegenüber und bekennt seine tiefe Sorge vor Ausartung des Freiheitskampfes in volle Zügellosigkeit und Anarchie. Ihm ist die Sorge um das gesamte deutsche Vaterland und sein nationales Gedeihen das erste, während er dem allgemeinen Freiheitstaumel mit tiefem Mißtrauen sich entgegenstemmt. Er schreibt aus Lübeck:

Mittwoch Morgen 22.sten März.

Lieber Paul

Habe tausend, tausend Dank, daß du in diesen Zeiten eine Stunde finden konntest, mir zu schreiben. Auch wir leben hier in fieberhafter Aufregung, aller Blicke sind nach Berlin gerichtet; es ist jedem klar, daß es sich dort jetzt nicht um den Sturz oder das Bestehen eines Ministeriums, ja eines Regenten, sondern um das Wohl und Wehe des gesamten deutschen Vaterlandes handelt. Ich kann nicht sagen, welche qualvolle Schwankungen von Grauen und Hoffnung ich durchgemacht habe, als am Sonntag Abend die Nachricht von dem mörderischen Kampfe in den Straßen Berlin's hier eintraf, ohne daß man den Ausgang wußte, ja, ohne daß man nur den eigentlichen Anlaß zu begreifen vermochte. Denn alles was als Gerücht darüber umging, schien unbefriedigend und sinnlos. Und noch heute ist mir der Zusammenhang ein Räthsel. Nur das empfinde ich klar, daß es ungerecht ist, die Sache als den bewußten Willensakt eines Einzelnen hinzustellen. Wenn nicht noch Dinge ganz anderer Art zu Grunde liegen, so müßten tausend Umstände und Verschuldungen zusammengekommen sein, damit das Schicksal seinen Gang nehmen konnte. Daß dies so geschah, ist entsetzlich für unser menschlich Gefühl, aber wer begreift die Wege der Vorsehung! — Du sagst, das macht man nicht gut mit neuen Ministern. Gewiß nicht, vergossen Blut ist überhaupt nicht gut zu machen. Aber ist das eine Sühne, wenn Alles über den Haufen stürzt, und die rothen Bäche in den Gassen der Hauptstadt zu Strömen werden und das Land ersäufen? Ich weiß nur eins, was zum Heil führen kann und das ist: Jetzt nicht richten wollen, sondern Gott das Gericht überlassen, durch das Vergangene einen Strich ziehen, und auf den neuen Grundlagen deutscher Freiheit und Nationalität mit jungen Kräften einen glorreichen Bau beginnen. Wenn es einen Kampfpreis gibt, so liegt der einzig in der verjüngten Größe des Vaterlandes, für das ja die Besten jener Gefallenen ihr Leben darangesetzt haben. Ich fühle freilich, daß es schwer halten wird, dieser Ueberzeugung die Oberhand zu verschaffen, daß es ein gewagtes, ja fast immer vergebliches Unternehmen ist, blutigen Opfern gegenüber Mäßi-

Digitized by Google

gung zu predigen — aber groß kann ich das Volk nur achten, wenn es in dem Augenblicke, wo es sich selbst mündig gesprochen hat, auch seine Mündigkeit beweist, und das Heil des Ganzen über Alles setzt, auch über die Befriedigung des persönlichen Rachegefühls. Darum schilt die Presse nicht erbärmlich, wenn sie in diesen Tagen trotz der Censurfreiheit nicht noch mehr aufregen will. Bedenke was auf dem Spiele steht. Noch ist auf der einen Seite die Möglichkeit da, mit raschen kühnen Schritten in geordnetem unblutigem Gang Deutschland auf den Gipfel seiner Macht und Größe zu führen; die Grundlagen dazu sind jetzt gegeben, vollständig gegeben, auf der andern Seite aber gähnt der unermeßliche Abgrund einer Herrschaft der Massen, die man zuerst Republik taufen möchte; einer Anarchie, die eure Bürgerbewaffnung nimmermehr zügeln kann. Glaube nicht, daß ich zu schwarz male. — Sieh nach dem Odenwald, nach Franken, Bayern, Schwaben. Bricht in Preußen die Ordnung der Dinge zusammen, so wird bald nirgends mehr ein Halt sein, und der Krieg zwischen Besitz und Proletariat ist erklärt. Und das ein Krieg, gegen dessen Greuel das Berliner Blutbad ein rosenrother Faschingstraum sein wird. Darum ist es heiligste Pflicht, jetzt sich zu fassen und treuer denn je an Gesetz und Ordnung zu halten — jeder Schritt weiter führt so oder so ins Verderben.

So stehen meiner Ansicht nach die Dinge. Ich mache mir übrigens keine Illusionen und hoffe wenig. Die Geschichte hat mich nicht an Mäßigung der Menge glauben gelehrt. Und selbst den Bravsten gehen meist die Augen erst auf, wenn es zu spät ist.

Von ästhetischen Dingen kann ich dir heute nicht schreiben, mein Herz und Kopf haben keinen Raum dafür. Wie steht es bei Kuglers? Auch in ihrer Nähe muß ja der Kampf getobt haben. Grüße sie alle, alle, und schreib von ihnen, wenn auch nur kurz. Die dringendste Bitte aber ist eben, daß du mir überhaupt wieder schreibst, wie es steht. Und nun lebwohl, lieber Junge. Gott schütz euch alle, und das deutsche Vaterland! E. G.

Wenige Tage darauf ergreift Geibel nochmals das Wort:

Lübeck. Sonnabend. 26. März 48.

Lieber Paul!

Welch' eine Zeit! Die Weltgeschichte fliegt auf Flügeln der Morgenröthe. An allen Enden geschieht das Unerhörte. Täglich, stündlich laufen Nachrichten ein, deren Bedeutung für den Augenblick gar nicht zu ermessen ist, so noch heute hier die officielle Proclamation einer provisorischen Regierung in Schleswig-Holstein. Seit letztem Sonntag habe ich bei dem ewigen Wechsel dunkelster Befürchtungen und stürmischen Hoffnungjubels in einem vollkommenen Fieberzustand gelebt; jetzt allmählich athme ich freier auf; mir wird groß zu Mut dem Gewaltigen gegenüber. Ich habe meine Sorgen auf Gott geworfen; und der wird's wohl machen, dafern wir ehrlich sind und einig. Das Regiment des Scheines ist vorüber; das Erlogene, Künstlich gemachte in allen Zuständen

Digitized by Google

bricht zusammen; das Natürliche gewinnt sein Recht, das Volksthümliche tritt als einzige Grundlage hervor; auch in der Abgränzung der Länder. Darum sollte man Polen ohne Schwertstreich fahren lassen, soweit es wirklich polnisch ist; die nordalbingischen Herzogthümer sind ein reichlicher Ersatz dafür.

Die hier von Geibel berührten Fragen der Befreiung Schleswig-Holsteins und Polens wurden auch in den „Fünfzehn Liedern" der Berliner Freunde, die in den ersten Maitagen ausgegeben wurden, mit feurigen Versen bedacht, die erstere in den zwei Liedern Ägidis, die polnische in den burschikosen „Hurra"-Versen Heyses gegen Rußland und den zarischen Absolutismus. Die Mehrzahl der Lieder aber ist allgemeinerer Art, und darin liegt ein Moment der Stärke wie der Schwäche. Nur teilweise ist den jungen Dichtern die Poesie in der Politik aufgegangen, nur teilweise ist ihnen die Politik zu Poesie geworden, und so verhallten ihre wohllautenden Stimmen im Brausen des Sturmes. Ganz ohne Widerhall aber blieben sie doch nicht, und eine besondere Genugtuung war ihnen die Antwort des greisen Ernst Moritz Arndt, dem sie durch einen Bonner Freund, Hermann Geiger, das Heftchen hatten persönlich überbringen lassen. Der alte Patriot schrieb:

Herrn Paul Heyse und seinen Freunden. Von Arbeiten und Menschen, zum Teil auch von schlimmen Demagogen bedrängt kann ich Ihnen, liebe Jünglinge, für Ihre fröhliche Gabe nur kürzest danken wie für die Wünsche, welche Sie dem Greise aussprechen. Wir leben in einer großen Zeit, aber auch in einer gefährlichen Zeit: alle Geburten der Völker und großen Durchgänge der Zeiten müssen ihre unvermeidlichen Wehen haben. Beten Sie mit mir, daß Gott uns zum Geist der Freiheit vor allem auch den Geist der Eintracht und Stärke gebe. Amen!

In deutscher Treue Ihr E. M. Arndt.

Auch von befreundeter Seite fehlte es nicht an aufmunterndem Beifall; aber gerade die besten Freunde hielten daneben ihre offene Kritik nicht zurück. Geibel lehnte die Mitwirkung an einem zweiten Hefte ab. Er schrieb:

Lübeck den 4ten Mai.

Lieber Paul!

Endlich kann ich dir für deine freundliche Sendung danken; und dir deine Manuscripte nebst ein paar Worten über Altes und Neues schicken. Ich fange von hinten an mit den fünfzehn Liedern. Die Frische, das hoffnungsvolle Jugendgefühl, der liebenswürdige Idealismus, der sich darin ausspricht, hat mich erquickt — eigentlich Nachhaltiges ist wenig drunter. Ich darf dir das um so unbefangener sagen, da die Schuld nicht an euch liegt, sondern an den Zuständen, die selbst noch so wenig Positives geben. Eben deswegen kann ich dir aber auch keinen Beitrag für ein zweites Heft mitsenden. Unwille und Schmerz halten bei mir der Freude und Hoffnung, die ich allerdings oft empfinde, noch die Wage. Ich kann mich nicht für das begeistern, was

Digitized by Google

sein könnte, nicht für eine deutsche Einheit, die man an den Hut steckt, anstatt sie im Herzen zu tragen, noch für eine Freiheit, die die Wahrheit nicht hören will, ich kann nicht mit dir rufen: Vivat Polonia, noch mit Endrulat ohne weiteres Straßburg in 24 Zeilen erobern. Das Einzige, woran ich in den letzten Wochen eine große ganz reine Freude hatte, war die Siegesbotschaft aus Schleswig-Holstein, aber mein Lied für Schleswig-Holstein ist gesungen, und man soll nichts zweimal thun. Wenn die deutsche Reichsverfassung, wie sie von den Siebenzehnern[1]) so schön vorbereitet ist, ohne große Aenderungen vom deutschen Parlamente angenommen wird, und so dem deutschen Vaterlande eine Bürgschaft der Freiheit und der gesetzlichen Ordnung, der Macht und Eintracht erwächst, dann will auch ich aus tiefer freudiger Seele ein Gloria anstimmen, aber nicht eher. Bis dahin muß ich noch immer fürchten, daß es den Vorschlägen jener begeisterten, aber zugleich besonnenen Männer ergehen wird, wie dem weiland deutschen Kaisermantel, von dem zuletzt nichts übrig blieb als Ein großes Loch. Gott gebe, daß diese Furcht sich als vergeblich erweise!

Hieran schließt Geibel eine eingehende Besprechung der einzelnen Gedichte, unter denen er besonders die von N. N. lobend hervorhebt mit der Frage nach dem auch ihm verheimlichten Verfasser. Von Heyses Liedern erklärt er die „Morgenandacht" als das ihm liebste, „rein subjektiv, aber sehr schön. Du bist überhaupt mehr Lyriker des Gemüts als politischer Sänger und wirst Deine besten Kränze auf jenem Felde holen". In der Tat erhebt sich dies Gedicht völlig über die politischen Kämpfe der Zeit, auf die es kaum eine Anspielung bringt, und spricht gerade dadurch besonders innig an:

So recht von Herzensgrunde,
O Deutschland, traute Zier,
Steht alle Tag' und Stunden
Mein Sinn zu dir.

Wenn leichte Wolken reisen
In goldner Sonne Schein,
Und wenn die Sterne kreisen,
Gedenk' ich dein.

Doch wenn im Morgenschimmer
Der Eiche Wipfel glüht,
Dann stürmt es heiß wie nimmer
Durch mein Gemüt.

Die Arme möcht' ich breiten
Ins frühe, freud'ge Rot
Und rufen in die Weiten:
Nun grüß' dich Gott!

Von dieses Tags Gewalten
Manch Unheil ahnet mir,
Da mag er schirmend halten
Die Hand auf dir.

Da mag er gnädig kommen
Zu dir, so treu, so kühn,
Und lenken dir zum Frommen
Der Blitze Glühn.

Daß deine Saat gedeihe,
Mit edlem Blut gedüngt,
Daß sich der Aar, der freie,
Zur Sonne schwingt.

[1]) Den vom Vorparlament eingesetzten „Vertrauensmännern", deren Berichterstatter Dahlmann war.

Digitized by Google

Einen ganz anderen Ton schlägt das letzte von Heyses Gedichten an, in dem der Dichter seine Sehnsucht nach einer überragenden großen Führerpersönlichkeit, die allein das Heil bringen könne, zusammenfaßt in dem Rufe: Einen Mann![1])

O du Deutschland, edle Fraue
Welch ein' schlimme Witwentrauer
Ist ergangen über dich,
Seit dein weiland Mann und Kaiser
Stieg hinab in den Kyffhäuser,
Barbarossa Friederich.

Nun spottet der Dichter über die 36 Freier der edlen Frau und ihr „verzwicktes Regiment", das den Söhnen nicht gefallen, bis sie ihm im März 1848 ein Ende machten. Jetzt fehlt nur noch der rechte neue Freier:

Nicht der alte, morsche Kaiser,
Der verzaubert im Kyffhäuser
Ganz verträumet sitzen soll;
Nein, ein frisches, junges Leben,
Allem Deutschen heiß ergeben,
Aller Kraft und Treue voll.

Diese Wendung ärgerte Geibel, weil er darin einer unserer ältesten Sagen, auf die er selbst in seinen politischen Gedichten mit Vorliebe Bezug nahm, ironisch ins Gesicht geschlagen fand: „Heine hat das freilich auch getan, aber der ist Heine." Wie lebhaft ihn trotzdem die Schlagkraft des prächtigen Liedes ansprach, gesteht er aber doch zu, und vielleicht darf man eine Erinnerung daran noch heraushören aus seinen jubelnden Versen vom Januar 1871:

Nun wirf hinweg den Witwenschleier
Und schmücke dich zur Hochzeitsfeier,
O Deutschland, mit dem grünsten Kranz!
Flicht Myrten in die Lorbeerreiser!
Dein Bräut'gam naht, dein Held und Kaiser,
Und führt dich heim im Siegesglanz.

War die Kritik Geibels nur teilweise politisch und vorwiegend ästhetisch, so nahm der scharfblickende und praktisch tätige Gustav Getz nur die politischen Schwächen der Poeten aufs Korn. Er äußerte sich aus Frankfurt

Dienstag den 16. Mai 1848.

Lieber Paul!

Lange hat mir Nichts so viel Freude gemacht, als das kleine Büchelchen, welches ich vor wenigen Tagen von Dir empfing; die Lieder sind so recht

[1]) Nur dies Gedicht hat Heyse wegen seiner Vorahnung Bismarcks später noch einmal veröffentlicht, in seinen Jugenderinnerungen, Bd. I, S. 100 f.; vgl. auch Christian Petzet, Die Blütezeit der deutschen politischen Lyrik (München 1903), S. 368.

Digitized by Google

frisch von der Leber weg gesungen und sind deshalb auch recht wohlklingend, und ich habe mir dieselben gestern bei einem Glase Wein mit großer Gemütlichkeit von einigen Freunden vorsingen lassen und hatte dabei so großen Respekt vor denselben, daß ich nicht einmal selbst mitsang, um Nichts zu verderben. Dieselben sind wirklich technisch sehr gewandt und rein und die Stimmung in denselben eine frische und kräftige. So viel ist, was ich Dir mit vollster Ueberzeugung von Deinen Liedern (von den Andern wollen wir ein andermal reden) offen gestehen muß; damit aber denn doch meine kritische Natur nicht ganz in der Freude über und Dank für die Erstlinge eines mir lieben Freundes untergehe, mußt Du mir erlauben, nun auch meine Ansichten über den Inhalt eben so offen zu äußern. Deine Schwärmerei für Polen übergehe ich, da wohl die nächste Zukunft Dich auch überzeugen wird, daß die Polen einer Unabhängigkeit und freien geordneten Regierung vorderhand geradezu unfähig sind, und daß sie, wenn man den anfänglichen Sympathien für dieselben großmütiger Weise weiter fort gehuldigt hätte und sie hätte gewähren lassen, sie unstreitig die gräßlichste Unbill gegen Millionen dort angesessener Deutschen verübt haben würden. Weil sich geschehenes Unrecht überhaupt nicht nach Jahrhunderten wieder gut machen läßt.

Der zweite, viel wichtigere, eigentlich der Hauptvorwurf, ist derselbe, den ich Dir schon bei Deinem ersten Drama[1]) machte. Don Juan spricht daselbst stets von Freiheit in abstracto, nie von den concreten Dingen, die er anstrebt, und zu den concreten Segnungen, die aus derselben hervorgehen sollen. Die Freiheit ist nichts Positives, sie ist etwas Negatives, die Abwesenheit aller unnötigen Beschränkungen. (Ich rede natürlich bloß von der politischen, nicht von der moralischen Freiheit.) Ein negatives Abstraktum zu besingen ist mir aber von jeher, freilich im Gegensatz zu allen Leuten, mit denen ich hierüber gesprochen, als Etwas unnatürliches, vages, erschienen. Es hat mir immer geschienen, als ob die Freiheit nur auf zwei Weisen zur poetischen Begeisterung hinführe. Einmal, wenn man sie als die Schutzgöttin der Freiheit auffaßt, was sich von selbst versteht und erklärt. Zweitens, wenn man konkret die Wirkungen der Beschränkungen auf das ganze innere und äußere Glück der Menschen schildert und im Gegensatz dazu den freudigen, einheitlichen, friedlichen, wahrhaft humanen Zustand nach Wegräumung dieser Hindernisse. Freilich muß man, um letzteres so recht zu empfinden, oft genaue und tiefer gehende Vergleichungen und politische Studien angestellt haben. Denn die Freiheit ist Mittel zum Mittel eines Zwecks. Sie ist das Mittel, damit man ungestört in staatlicher Beziehung das, was man für das Zweckmäßigste hält, auf geordnete Weise durchsetzen könne. Und der Staat selbst ist wieder Mittel zum Zweck eines wahrhaft humanen Lebens. Dies also sind meine oberflächlich angedeuteten Gründe gegen die allgemeine Freiheitsbegeisterung, welche letztere ich nebenbei nicht für poetisch halte, da die kon-

[1]) „Don Juan de Padilla", ein fünfaktiges Drama, das Heyse 1846 gedichtet hatte.

Digitized by Google

krete Darstellung, glaube ich, in diesem Bereich stets den Vorzug vor abstrakten haben sollte. Doch genug hiervon und bin ich begierig Deine Gegenargumente zu hören . . .

In wenigen Tagen kommt das Parlament hier zusammen, einige Vorboten sind schon hier, Gott lenke Alles zum Heile Deutschlands und behüte uns vor Uneinigkeit; doch wenn wir vielleicht auch nicht alle das Ende erleben, so dürfen wir nicht minder zuversichtlich uns mit der dereinstigen Größe des neugeborenen Deutschlands trösten, denn Deutschland allein hat gesunde Kräfte, wenn auch noch ungewandte Glieder . . .

Schade, warum kommst Du nicht während des Parlaments hierher? Ueberlege Dir es einmal! Dein Gustav.

Die kritischen Einwendungen der Freunde blieben auf Heyse nicht ohne Eindruck; vor allem aber mußte der Fortgang der Ereignisse bald die hoffnungsfrohe Begeisterung etwas dämpfen, wenn er auch noch keine wirkliche Klärung der politischen Ansichten herbeiführte. Nach wie vor trieb eben der junge Poet nicht mit dem Kopfe, sondern mit dem Herzen Politik. Aber auch dieses führte ihn bei dem Heckeraufstand in Baden an die Seite Geibels. War Geibel schon 1842 den demagogischen Aufreizungen Herweghs mit seinem echten und warmen Pathos wirkungsvoll entgegengetreten, so konnte nun auch der jüngere Freund, der sich vorher an dem Gluthauch „deutschen Hochsinns" in Herweghs leidenschaftlichen Liedern begeistert hatte, es dem unentwegten Revolutionär nicht verzeihen, daß er aus Frankreich Kämpfer gegen das eigene Vaterland herbeiholte.

Hat dir der deutsche Grenzwart Rhein
Nicht das Gewissen wach gebrauset?
Wies Straßburgs Dom nicht himmelein,
Daß heimlich dir das Herz ergrauset?
Hat Klang von deutschen Zungen
Die Träne nicht gezwungen
In dein verblendet Aug' hinein?

So wendet sich der junge Dichter nach dem unrühmlichen Gefecht von Dossenbach „An Georg Herwegh", und erhebt noch einmal im Juli an derselben Stelle, im „Gesellschafter" von Gubitz, seine Stimme für „Ehrlichen Kampf", der mit reinen Waffen ausgefochten werden solle. Gleichzeitig aber macht er sich an eine größere Dichtung, in der sein Zug zu wirklich künstlerischer Gestaltung der innerlich verarbeiteten Eindrücke bessere Befriedigung finden sollte, an ein Studentenepos im Nibelungenvers. Leider hat sich nichts davon erhalten; aus Briefen aber wissen wir, daß in der frischen und anmutigen Darstellung fröhlichen Studententreibens der gewohnte Gegensatz von Welfen und Waiblingen nicht fehlte und das patriotische Schwärmen, um nötigenfalls am Tag der Entscheidung mit den Waffen für das Vaterland einzutreten, mehr betont war als der friedliche Dienst der Wissenschaft. Die

Digitized by Google

beste Stärke der Dichtung lag aber in ihren zarten und lieblichen, idyllischen Stellen, in die das Brausen der Gegenwart nicht hineinklang.

Verschiedenartige Erfahrungen mit dem erregten Völklein der Studenten konnte Heyse gerade in diesen Monaten reichlich machen und hier verwenden. In der Rotte Tell waren sehr entgegengesetzte Elemente vereinigt, und so fehlte es nicht an Unstimmigkeiten und Reibereien, die nicht gerade für politische Reife zeugten. Manches Mitglied der Rotte mußte mehr oder minder unfreiwillig Berlin verlassen, aber auch der überlegenste Kopf unter ihnen, Bernhard Abeken, kehrte nach Hause, nach Braunschweig, zurück; der sanftere Roquette siedelte nach Halle über und der heißblütige Bernhard Endrulat schloß sich dem landsmannschaftlichen Korps der Märker an. Dabei wurden im zweiten Halbjahr 1848 so viele Hoffnungen enttäuscht, daß die Leidenschaften einerseits erst recht entbrannten, anderseits empfindlichere und weniger tatkräftige Gemüter allmählich wachsender Niedergeschlagenheit verfallen mußten. Der Waffenstillstand von Malmö, der das so vielverheißend begonnene Vorgehen in Schleswig-Holstein schmählich abbrach, der schleppende Gang der Verhandlungen der Frankfurter Nationalversammlung mit ihrem Mangel an realer Macht, das Vordringen eines wüsten Radikalismus bis zu den Septemberkämpfen in Frankfurt und der Ermordung Lichnowskis und Auerswalds, das völlige Scheitern der preußischen Nationalversammlung, die immer mehr unter die Herrschaft der Straßendemokratie geraten war, bis sie endlich durch General Wrangel aufgelöst wurde, die blutige Oktoberrevolution in Österreich — all das mußte eine reingestimmte Seele, der die Ausbrüche brutalen Fanatismus ebenso widerstrebten wie der drückende Zwang des alten Regiments, in fortgesetztem Zwiespalt erhalten und die Freude am politischen Leben vergällen. So mochte Heyse sich nicht an den mehr oder weniger unüberlegten Demonstrationen und Agitationen der Freunde beteiligen, deren Zwecklosigkeit ihm immer mehr zum Bewußtsein kam, um so weniger, als er gegen allen Zwang des studentischen Verbindungswesens eine unüberwindliche Abneigung hegte. Auch schmerzliche persönliche Erlebnisse, die er im Hause des Freiherrn von Stein gehabt hatte, trugen zu einer fortschreitenden Entfremdung gegenüber den anders gearteten Jugendfreunden aus diesem Kreise bei; doch nahm er herzlich an ihrem Ergehen teil und erwies ihnen gerade auch in den Verlegenheiten, in die sie durch ihre politische Tätigkeit gerieten, manchen Freundschaftsdienst. So nahmen sie auch den Zurückbleibenden für allerhand Besorgungen — es galt, die Waffen richtig weiterzugeben, Zeugnisse zu verschaffen u. dgl. m. — gerne noch weiter in Anspruch, als ihre revolutionäre Tätigkeit in Berlin ein unfreiwilliges Ende fand, worüber ein Brief Endrulats aus dem Steinschen Familiengute Kochberg berichtet:

Kochberg d. 7. Dezember 48.

... Unsere Leidensgeschichte wirst Du im Ganzen und Großen kennen; Einzelheiten für einen Abends 10 Uhr angefangenen Brief zu bleiern, ver-

Digitized by Google

spare ich, bis wir uns einmal wieder von Angesicht zu Angesicht sehen. So viel genüge Dir, daß ich ein reines Bewußtsein, eine feste unveränderliche Überzeugung besitze und von einer tiefen Verachtung derjenigen Leute erfüllt bin, die, während sie den Geist verfolgen wollten, aus Scham und Feigheit sich an eine elende selbst noch bestreitbare Förmlichkeit hielten. Wie die Würfel auch fallen und wie das feile Wetterfähnlein der öffentlichen Meinung sich drehe, ich werde nichtsdestoweniger den Tag, an welchem ich der National-Versammlung[1]) die Adresse der Studentenschaft überreichte, stets für einen der Ehrentage meines Lebens halten und übrigens nicht aufhören, gegen das mir gegenüber beobachtete Staatsverfahren, als einen Akt der Willkür und der Gesinnungszensur zu protestieren und bei jedem Ministerium um Annullierung desselben einzukommen.

Am Mittwoch d. 22. wie Du weißt, verließen wir geraden Wegs aus dem Karzer früh um 8 Uhr Berlin und seinen zweimeiligen Umkreis. Die Marchia stand vollzählig auf dem Perron, sogar noch vier Leute außer ihr, die uns mit lautem Lebehoch und geschwungenen Mützen entließen. Zwei Märkerfüchse gaben uns noch dazu das Geleit bis Jena, wohin unser verbannter Fuß sich zuerst richtete. Mit herzlichster Gastfreundschaft dort von Felix's ehemaligen Corpsbrüdern aufgenommen, nahm ich alles mit, was das Jenenser Burschenleben bieten kann: Kneipabend, Mensur und Hoftag. Letzterer (in Lichtenhain) mit dem fackelbeleuchteten Heimgang war das interessanteste und romantischste von Allem. In Jena blieben wir bis Freitag Abend, an dem wir nach Rudolstadt fuhren. Sonnabend früh ging's von dort nach Kochberg. Es waren mir hinsichtlich unserer Aufnahme natürlich einige Bedenken aufgestiegen, die aber vor dem milden Urteil des verständigen Vaters und der gewohnten Güte der Mama bald nach unserer Ankunft verschwanden. ... Die Zeitungen, die wir heut aus Berlin erhielten, haben mir ein unbeschreibliches Gefühl zugleich der Wehmut und der Erbitterung eingeflößt. Die National-Versammlung aufgelöst! Eine Verfassung octroyirt! Nicht, daß ich gegen das materielle der Verfassung so viel zu klagen hätte, obwohl viele Punkte weit hinter meinen Wünschen stehen, z. B. der ganze Titel von den Rechten, die dem Könige zustehen — das kränkt mich nur so schwer, daß durch die Maßregeln der Krone, wenn sie sich vollenden können, bei aller Wahrung der Form, der Geist, dem die Besseren dieser Zeit zugetan sind, wieder rückwärts gebannt ist. Das Volk ist heruntergestoßen von seinem Standpunkte der Gleichberechtigung mindestens mit der Krone, wieder zum Diener und Untertanen geworden, der die gnädigen Brocken von seines Herren Tisch zugeworfen erhält. Das gibt sich auch in der deutschen Reichsoberhauptsfrage kund, das Volk ist nicht voll, die Fürsten werden um ihre Entscheidung gefragt! Die deutsche National-Versammlung bietet dem Könige die Centralgewalt an und durch sie das deutsche Volk, aber nein, die Stimme

[1]) Der preußischen in Berlin.

Digitized by Google

erbärmlicher Mikroskop-Potentätlein soll mehr Gewicht haben als die von Millionen kerniger männlicher Herzen! Gott und die Revolution mögen dem abhelfen! Denn das ist die wahre Revolution, die gegen den Geist.

Felix geht übermorgen nach Jena, da er nur von der Berliner Universität excludirt ist, während ich consiliirt bin. Die Rückkehr nach Berlin ist mir aus mehrfachen Gründen fatal, teils meiner Eltern wegen, die mich, wenn ich ein Vierteljahr lang als officieller Nichtstuer bei ihnen sitzen wollte, doch mitunter scheel ansehen würden, teils wegen der mir verbotenen Universität usw. Ich bleibe also vorläufig (vielleicht bis Weihnachten) noch hier, wünsche aber für das nächste Vierteljahr irgendein auswärtiges Unterkommen...

Für heute Gutenacht und Lebewohl!

Dein

Benno.

Der jugendliche Kreis in Berlin war somit Ende 1848 vollständig aufgelöst. Wenn auch Gustav Getz in Frankfurt von Schmerling in das Reichsministerium des Innern als Sekretär berufen und durch die Übertragung der schwierigen Untersuchung des Frankfurter Septemberaufstandes ausgezeichnet worden war, so stand der praktischen Tätigkeit dieses einen Freundes, der nun überlastet, nicht mehr viel von sich hören lassen konnte, die völlige Lähmung der anderen durch die hereinbrechende Reaktion gegenüber. Während in Frankfurt langsam aber sicher auf den Ausschluß Österreichs aus Deutschland und auf die preußische Spitze zugesteuert wurde, konnte in Berlin selbst keine zuversichtliche und vertrauensvolle Stimmung aufkommen. Und so sprach auch der Druck der ganzen politischen Atmosphäre mit bei dem Wunsche des jungen Heyse, aus dem Bannkreise Berlins und des väterlichen Hauses herauszukommen und die volle Freiheit und Ungebundenheit des Studentenlebens an einer anderen Universität zu genießen. Die Entscheidung fiel für Bonn, und in der Tat hat das dort verlebte Jahr für seine Entwicklung die größte Bedeutung gewonnen. Aber auch am Rhein sollte ihm zunächst noch die revolutionäre Bewegung zu schaffen machen.

Auf seinen gedrückten und mißmutigen Abschiedsbrief aus Berlin antwortete ihm Geibel mit männlich ernsten und prächtig ermutigenden Worten:

Lübeck, Ostersonntag 49.

Lieber Paul!

Wie unendlich viel lieber möchte ich Dir mündlich sagen, was ich auf Deinen Brief zu antworten habe! Auf dem Papier wird mir so leicht alles steif und kalt, was mir aus warmer Seele kommt, und der frische Strom zerbröckelt in einzelnen Schollen. Darum bitt' ich Dich von Herzen, lies *mich* hinein in das, was ich Dir schreibe, und das, wie ich fühle, nur bruchstückartig herauskommen wird; vor allem aber nimm mein Wort nicht für eitel Redensart, sondern für das, was es ist, für ächte theuer erkaufte Ueberzeugung.

Digitized by Google

Du schreibst mir, Du bist verstört und verzagt, und ich kann mich lebhaft in Deine Stimmung hineinversetzen, da ich voriges Jahr lange Monate hindurch Aehnliches und vielleicht Schwereres durchgemacht habe. Aber Eine tröstliche Erfahrung hat mir das schwere Jahr gebracht, nämlich die, daß wir eben nicht verzagen sollen. Es kommt anders, als wir gehofft, aber auch anders, als wir gefürchtet. Wie oft hab' ich im vorigen Jahre geglaubt, nun hänge das Heil von dieser oder jener Entscheidung, von diesem Siege oder jener Niederlage ab, und habe gejubelt oder geknirscht, je nachdem es fiel. Und was war es dann? Nach vierzehn Tagen lagen die Würfel ganz anders, und der Kampf wurde auf einem Felde geschlagen, woran zuvor kein Mensch gedacht. Wie oft haben wir ein Ding herbeigesehnt als ein großes Glück, und nun es an uns herantrat, wie wir begehrt, war mehr Leid als Freude darin, wie oft vor einem anderen gebangt und gezittert, und es kam doch, und brachte heimlichen Segen. Unsere Gedanken sind eben nicht das allewege gültige Senkblei für die Dinge, und am wenigsten für die unfertigen, werdenden, wachsenden. Auch sollen sich die Menschen nicht einbilden, daß sie die Geschichte machten; sie spinnen wohl die Fäden dazu; aber Gottes Hand verwebt sie so wundervoll und wunderlich, daß keiner zu sagen vermag, was für ein Bild es am Ende geben wird. Darum sollen vor allem wir, deren Amt es nicht ist mitzuhandeln und unmittelbar einzugreifen, Geduld lernen und noch einmal Geduld. Ich meine damit keine dumpfe Passivität, die Spülicht für Wein trinkt, noch weniger ein geflissentliches Abmauern gegen das, was die Zeit bewegt. Sondern ich meine den Sinn, der den Frieden zuerst in sich sucht und trägt, den Muth, der nicht unfehlbar sein will und eingesteht, daß es auch anders gut kommen könne, als er es gedacht, und der darum das göttliche Recht der Hoffnung nie verliert, und nie zum Mißmuth wird. Solcher Muth aber gibt uns die Kraft, uns an unserem Platze und auf unserem Gebiete frisch zu rühren, und unser Theil zu schaffen je nach der Gabe, die uns geworden ist; Er hält uns wach und wacker, daß wir gerüstet dastehen, wenn die Reihe einmal wieder an uns kommt. — Du darfst freilich lächeln, daß ich Dir das heute schreibe, der ich selbst so tiefverschattet, so voll von Mißmuth war. Aber ich hab' es mit Schmerzen gelernt, und will es mir nun nicht wieder nehmen lassen. Sieh, lieber Junge, auch ich bin tiefbetrübt über den Gang, den die Ereignisse diesen Augenblick genommen haben, wenn auch wohl um ganz anderes, als Du. Ich hab' aber mein Herz in beide Hände genommen, und mir abermals gelobt, weder ingrimmig zu werden, noch gleich alles verloren zu geben, sondern das, was ich für das Rechte und Schöne halte, nun mir doppelt lebendig in mir und aus mir heraus zu gestalten und all meinen Traum und meinen Schmerz in mein Werk zu werfen. Und ich kann Dich versichern, es ist dabei eine tiefe Stille, ja eine Art von feierlicher Freudigkeit über mich gekommen.

In Deine politica red' ich Dir nicht hinein. Es würde zu nichts führen; denn nach Allem, was Du wohl beiläufig geäußert, denken wir sehr ver-

Digitized by Google

schieden; ich aber maße mir nicht an, jemanden durch Worte von Dingen zu überzeugen, die nur das Leben lehren kann. Nur um eins bitt' ich Dich von Herzen: bleib wahrhaft gegen Dich selbst, und verrenne Dich nicht in Theorien, sondern sieh Dir die Menschen und die Zustände an, wie sie sind, und dann frage redlich, was frommt.

Was Dein Epos betrifft, so kann ich Dir nichts anderes sagen, als: Laß Dich nicht irre machen. Sind Dir nicht Stoff und Form zugleich geboren? Ich könnte mir keine Umschmelzung ohne wesentlichen Schaden denken. Und warum? Weil dieser oder jener verständige Freund dies und jenes meint ... In dieser Beziehung freut es mich recht, daß Du von Berlin fortkommst, denn nur dort werden solche Mucken ausgeheckt. Die erste frische Luft, die Dir vom Rhein herauf um den Kopf weht, wird Dir, so Gott will, jeden Eindruck einer so hoffährtigen, impotent blasirten Kritik auslöschen, die das tödtendste ist, was es für einen jungen Dichter geben kann ...

Und nun lebwohl, liebster Paul, und ein fröhlich Glückauf zu der ersten Fahrt in die Welt. Ich möchte Dir gerne noch viel Liebes und Freundliches sagen; aber ich verstehe das einmal nicht mit der Feder in der Hand, und lasse darum das Briefschreiben lieber ganz sein. Meine Gedanken sind desto öfter bei Dir, und nicht bloß meine Gedanken, sondern auch ein gut Stück von meinem Herzen. Treu der Deine

Emanuel Geibel.

(Schluß folgt)

Der Grad der Willensfreiheit

Von

Otto Wiener

Ist darüber noch etwas Neues zu sagen? Ich glaube in der Tat, daß in dem bisherigen Schrifttum über diesen Gegenstand, soweit es mir bekannt, ein wesentlicher Umstand nicht beachtet oder nur ganz nebensächlich gestreift worden ist. Daß dem so sei, fiel mir gelegentlich von Vorträgen auf über Physik und Kulturentwicklung,[1]) in denen ich mich genötigt sah zu erklären, was man vom naturwissenschaftlichen Standpunkt aus unter Kulturentwicklung und höherer Kultur zu verstehen habe.

Die Freiheit des Willens

Vorweg habe ich zu bemerken, daß ich gegenüber der Willensfreiheit keinen anderen Standpunkt einnehme als er von Naturforschern[2]) in der

[1]) Erschienen bei B. G. Teubner 1919.

[2]) Vgl. „Die Freiheit des Willens" (Darmstadt 1914, Verlag von Brill) von Chr. Wiener, dem Vater des Verfassers, durch den er mit dem vorliegenden Gegenstand vertraut wurde.

Digitized by Google

Regel und neuerdings auch vorwiegend von Fachphilosophen[1]) vertreten wird. Danach macht das menschliche Handeln keine Ausnahme, gesetzmäßig zu geschehen, wie alles in der Welt bestimmt durch frühere Umstände. Freiheit aber ist kein Widerspruch mit Gesetzmäßigkeit. Man spricht vom freien Fall, wenn er durch keine Widerstände gehemmt ist. Und ebenso kann man vom freien Handeln und freiem Willen sprechen, wenn die Handlung erfolgt unter Bestimmungen, die in dem Handelnden selbst liegen und nicht in äußeren Umständen, die ihn zwingen, in demselben Sinne wie man von Freien im Gegensatz zu Hörigen spricht, von einem freien Volke im Gegensatz zu einem geknechteten.

Man wird zu der Ansicht des Bestimmtseins des Willens gedrängt, gleichgültig, ob man von der physikalisch-physiologischen oder von der psychologischen Seite ausgeht. Die Voraussetzung aller Naturforschung ist die Gesetzmäßigkeit des Geschehens. Das geistige Geschehen geht aber Hand in Hand (parallel) mit den physiologischen Vorgängen.

Tritt man dem menschlichen Handeln von der psychologischen Seite aus näher, so findet man auch hier, daß es durch Anlagen, Umstände und den gesetzmäßigen Ablauf der Gedanken und Regungen bestimmt ist.

Auch Kant[2]) nahm für die menschlichen Handlungen ein naturgesetzmäßiges Geschehen an, soweit dies in das Gebiet der zeitlichen Erscheinungen gehört. Daneben glaubte er freilich eine unbedingte Freiheit für die menschlichen Handlungen annehmen zu sollen, „sofern sie nicht unter Zeitbedingungen stehen". Auf dieses Gebiet kann ihm der Naturforscher nicht folgen, und es gibt auch Philosophen von Fach, die das nicht tun.

Eine Freiheit lediglich im Sinne der Selbstbestimmung lehnt Kant ab. Sie würde nach seiner Ansicht im Grunde nichts Besseres sein „als die Freiheit eines Bratenwenders, der auch, wenn er einmal aufgezogen worden, von selbst seine Bewegungen verrichtet". Gerade an diese Äußerung möchte ich anknüpfen. Die Freiheit des Bratenwenders ist, physikalisch gesprochen, eine Freiheit mit einem Freiheitsgrad. Wie groß der Freiheitsgrad eines Menschen sei, das gilt es näher zu untersuchen. Dabei spreche ich nicht von dem Freiheitsgrad in dem Sinne, wie es auch schon geschehen ist, nämlich von dem Grad der Unabhängigkeit von äußeren zwingenden Umständen.

Die physikalische Bedeutung des „Freiheitsgrades"

Der Physiker sagt, daß ein Freiheitsgrad der Betätigung vorliegt, wenn sie durch eine einzige veränderliche Größe bestimmt ist, z. B. eines um eine Achse drehbaren Hebels, dessen Lage durch die Angabe eines Winkels be-

[1]) Wundt, Physiol. Psychologie, Bd. II, 6. Aufl. 1911. Leipzig, Engelmann. — Windelband, Über Willensfreiheit, Tübingen, Mohr 1904; besonders kurz und durchsichtig bei Ebbinghaus, Abriß der Psychologie, Leipzig 1914, Veit & Co.

[2]) Kritik der praktischen Vernunft.

Digitized by Google

stimmt ist. Ein Kugelgelenk aber, wie das, um welches sich der Oberarm dreht, besitzt zwei Freiheitsgrade, weil seine Lage erst durch die Angabe von zwei Winkeln bestimmbar ist.

In diesem Sinne handelt es sich darum, den Freiheitsgrad lebender Wesen zu bestimmen. Ein Schmetterling fliegt ins Helle, einerlei, ob es ihn auf die Wiese zu Blumen oder in die offene Flamme zum Tode führt. Ein Reh dagegen schaut, bevor es aus dem Wald ins Freie tritt, erst um sich, ob die Gegend frei vom Feinde ist, und wittert, ob ihm der Wind die Spur eines solchen zuträgt.

Im ersten Fall besteht eine starke Verbindung zwischen Lichtreiz und Antwort durch Flug nach der hellen Stelle. Im zweiten Fall werden verwickeltere Wege zwischen die Reize und die Handlung eingeschoben. Der Freiheitsgrad ist im zweiten Falle höher als im ersten, denn die Handlung ist nicht zwangsläufig und lediglich durch einen Reiz bestimmt, vielmehr liegen eine ganze Reihe veränderlicher Größen vor, die erst die Handlung bestimmen.

Hand in Hand mit der Entwicklung des größeren Freiheitsgrades im Tierreich geht die Entwicklung des Nervensystems und des Gehirns. Die Entwicklung beginnt mit zwangsläufigen Reflexbewegungen, wobei der empfangene Sinnesreiz einem Nervenganglion zugeleitet und von diesem einem zweiten Ganglion zugeführt wird, das die Reflexbewegung in Tätigkeit setzt. Bei höherer Entwicklung wird über die Reflexbahnen ein weiteres System von Ganglien und Nervenleitungen übergebaut, die den Reflex zu hemmen imstande sind. Über das Rückenmark und Kleinhirn baut sich bei höheren Wirbeltieren das Großhirn auf, worin sich verwickeltere Tätigkeiten abspielen. Ausgedehnte Gebiete des Großhirns sind der Verarbeitung von Sinneseindrücken zugewiesen. So gibt es am Scheitel der Wirbeltiere eine Körperfühlsphäre, am Hinterkopf eine Sehsphäre, zu beiden Seiten Gehörsphären usw. Nach Untersuchungen besonders von Flechsig[1]) wird bei den höheren Säugern nahezu das ganze Großhirn von diesen Sinnessphären ausgefüllt. Dazwischen liegen Assoziationssphären, die bei den Tieren gering an Umfang, beim Menschen dagegen den weitaus größten Raum beanspruchen.

Es ist nun gewiß nicht möglich, gegenwärtig eine genauere zahlenmäßige Angabe über den Freiheitsgrad der geistigen Betätigung von Lebewesen zu machen. Immerhin soll der Versuch gewagt werden, die ungefähre Größenordnung dieser Freiheit zu bestimmen. Und wenn auch die Unterlagen für eine solche Berechnung noch in keiner Weise genügend vorliegen, so wird doch aus den folgenden Betrachtungen erhellen, was die Bedeutung dieses Freiheitsgrades ist.

Gangliensystem beim Spulwurm und dessen Freiheitsgrad

Bei niederen Tieren ist es verhältnismäßig am leichtesten, in den Aufbau des Nervensystems und damit der geistigen Betätigung einzudringen.

[1]) Gehirn und Seele. Leipzig 1896, Veit & Co.

Digitized by Google

Es ist Goldschmidt[1]) gelungen, beim Spulwurm die Zahl der Ganglienzellen festzustellen. Diese ist nicht nur dieselbe während der ganzen Lebensdauer eines Individuums, sondern auch bei verschiedenen Individuen und sogar bei zwei verschiedenen Arten von Spulwürmern. Sie beträgt genau 162. Sie verteilen sich auf 62 Sinneszellen, 77 motorische und 23 Assoziationszellen. Und diese Zellen stehen auf mannigfaltige Weise miteinander in Verbindung, hauptsächlich die Sinneszellen mit motorischen in sogenannten Reflexbögen, sodann die Assoziationszellen mit den motorischen. Da aber viele Verästelungen der Nerven stattfinden, hängen schließlich alle Zellen mit allen übrigen zusammen. Auf wievielerlei Arten lassen sich nun Verbindungen zwischen den einzelnen Zellen herstellen? Greifen wir als besonders einfachen seelischen Vorgang den heraus, daß eine Sinneszelle mit einer Assoziationszelle und dann mit einer motorischen Zelle in Verbindung trete. Das ist dann nach obigen Zahlen auf $62 \cdot 23 \cdot 77$ oder auf rund 100000 verschiedene Arten möglich. Aber wenn auch eine solche Isolation der Verbindungen nicht möglich wäre, so würden noch mehr Elemente miteinander in Verbindung treten und man käme zu noch höheren Kombinationszahlen.

Der Freiheitsgrad der nervösen Betätigung ist daher selbst bei einem so niederen Tier wie einem Spulwurm außerordentlich groß.

Gangliensystem des Menschen und sein geistiger Freiheitsgrad

Zu Zahlen ungleich höherer Ordnung gelangt man beim Menschen. Die Zahl seiner Ganglienzellen wird in der Großhirnrinde allein zu über neun Milliarden[2]) angegeben. Es soll im folgenden nur mit rund einer Milliarde Zellen gerechnet werden. Das Großhirn muß nun in Tätigkeit treten, damit sich geistige Vorgänge abspielen können. Aber schon ein einfacher geistiger Vorgang wird die Mitwirkung sehr vieler Ganglienzellen erfordern. Dies geht schon aus der Zuordnung der Sinnessphären im Großhirn zu den Sinnesorganen hervor. Nun hat man allein schon in der Sphäre des deutlichen Sehens mit rund Zehnmillionen[3]) erregbaren Sehzellen (Zapfen) zu rechnen. Wenn wir also, um die Unterlage für eine Überschlagsrechnung zu schaffen, annehmen, daß bei einem einfachen geistigen Vorgang schon 1000 Ganglienzellen mitwirken, so wird diese Zahl kaum zu hoch gegriffen sein. Hält doch Flechsig es für möglich, daß es hunderttausend-, ja millionenzellige Vorstellungen gibt. Er weist auf Goethes, dieses Dichtersehers, Auffassung

[1]) Richard Goldschmidt, Zeitschrift für wissenschaftliche Zoologie, Bd. 90, 1908 und Bd. 92, 1909. Den Hinweis auf diese wichtige Arbeit verdanke ich meinem Kollegen Professor J. Meisenheimer.

[2]) Th. Ziehen, Leitfaden der physiologischen Psychologie, 10. Aufl., S. 35, 1914.

[3]) Berechnet auf Grund der Angaben von E. Hering in den Berichten der Kgl. Sächs. Ges. d. Wiss., Bd. 52, S. 16, 1899.

Digitized by Google

hin von der webstuhlartigen Mechanik unseres Seelenorgans, wo ein Schlag tausend Verbindungen schlägt, die Fäden ungesehen fließen.

Fragt man also, wieviel geistige Vorgänge sind möglich bei einer Milliarde Ganglienzellen, von denen zugleich tausend in Tätigkeit treten, so erhält man entsprechend der oben angestellten Rechnung eine abgerundete Zahl, die tausendmal den Faktor eine Milliarde hat, d. i. eine Zahl mit einer Eins und neuntausend Nullen.

Um eine Vorstellung davon zu bekommen, was die Zahl bedeutet, so werde die Zeit berechnet, die dazu erforderlich wäre, um alle diese geistigen Vorgänge nacheinander sich abspielen zu lassen. Nun beträgt die Dauer eines verhältnismäßig einfachen geistigen Vorgangs, einer Assoziation, bereits mehrere Zehntelsekunden. Rechnet man die Dauer des Vorgangs auch nur zu $^1/_{10}$ Sekunde, so würde diese Zeit ausgedrückt durch eine Zahl von Sekunden, die mit einer Eins und 8999 Nullen geschrieben wird, das sind mehr Jahre als ausgedrückt werden durch eine Zahl mit einer Eins und 8991 Nullen. Diese Zahl ist größer, als wenn man eine Billion 749 mal mit sich selbst multiplizierte. Rechnet man die Zeit der Bewohnbarkeit unseres Planeten selbst zu einer Billion Jahre, so würde also jene Zeit bei weitem die Bewohnbarkeitsdauer der Erde überschreiten. Die Zahl der Bewohnbarkeitsdauern der Erde, die sie erforderte, würde immer noch durch eine Zahl ausgedrückt, die die Billion 748mal als Faktor enthielte. Und dabei haben wir noch unwahrscheinlich kleine Zahlen von mitwirkenden Ganglienzellen der Rechnung zugrunde gelegt.

Mannigfaltigkeitsgrad der Gesichtseindrücke

Wem diese Zahlen übertrieben erscheinen, dem möge eine andere Berechnung vorgehalten werden, die auf einer sicheren Grundlage beruht. Fragen wir nach der Zahl verschiedenartiger Eindrücke, deren das menschliche Auge fähig ist. Dabei ist zu beachten, daß jedes Netzhautelement an der Stelle deutlichsten Sehens zum mindesten etwa hundert voneinander durch Helligkeitsunterschiede sich unterscheidender Eindrücke fähig ist. Dazu kommen die Farbenunterschiede. Nun lassen sich sämtliche Farben für das Auge durch ein Gemisch von drei Grundfarben in verschiedenen Helligkeitsverhältnissen herstellen. Daraus ergäbe sich bereits für jedes Netzhautelement $100 \cdot 100 \cdot 100$ = einer Million verschiedener Eindrücke. Da sich bei großen und geringen Helligkeiten indes die Farben nicht so gut voneinander unterscheiden lassen, so werde nur mit zehntausend durch Helligkeit und Farbe voneinander unterschiedener Eindrücke gerechnet. Ob bereits ein Zapfen in der Netzhaut dieser Eindrücke fähig ist, wissen wir nicht. Gewiß würden es aber drei Zapfen sein verschiedener Art. Der Vorsicht halber werde mit rund zehn Zapfen als Netzhautelement gerechnet. Nun war schon oben mitgeteilt, daß die Stelle des deutlichsten Sehens — die fovea centralis — etwa zehn Millionen

Digitized by Google

Zapfen enthält. Demnach kommen eine Million Netzhautelemente in Frage, deren jedes zehntausend voneinander unterschiedener Eindrücke fähig ist. Das ergibt eine Gesamtzahl verschiedener Eindrücke an der Stelle deutlichsten Sehens, die ausgedrückt wird durch eine Zahl, die zehntausendmal den Faktor eine Million enthält. Diese Zahl ist also bereits größer als die vorhin für die verschiedenen möglichen geistigen Vorgänge berechnete. Es ist daraus zu schließen, daß sie noch erheblich unterschätzt wurde.

Einerlei aber, ob die hier zugrunde gelegten Zahlen mehr oder weniger richtig sind, so ergibt sich doch auf alle Fälle, daß die Betätigung der sämtlichen möglichen Freiheitsgrade geistiger Tätigkeit eine Zeit beanspruchen würde, die die Zeit der Bewohnbarkeit der Erde, geschweige denn die Lebenszeit des einzelnen Menschen weit überschreitet.

Freiheitsgrad bei Reisen

Vielleicht erscheinen manchem die obigen Betrachtungen noch zu hypothetisch. Man wird aber überall zu ähnlich hohen Zahlen geführt, sei es, daß man bei gegebenem Umfang fragt nach der Zahl verschiedenartiger Bilder, die ein Maler, nach der Zahl verschiedenartiger Musikstücke, die ein Tonkünstler, nach der Zahl verschiedenartiger Bücher, die ein Schriftsteller schreiben könnte. Nehmen wir statt dessen ein ganz einfaches Beispiel aus dem täglichen Leben. Es sei einem an Mitteln nicht beschränkten Manne ein Erholungsurlaub bewilligt, den er durch eine Reise auszufüllen gedächte. Welche Zeit würden die möglichen Reisen beanspruchen? Allein schon, wenn man nur die nächsten Reisen nach bestimmten Punkten ins Auge fassen wollte und als verschiedene Reisen nur solche, die nach Punkten zielen, die in verschiedene Quadratkilometer Landes führen, so würde man bei einer Oberfläche des Festlandes der Erde von 136 Millionen Quadratkilometern und bei einer mittleren Reisedauer von nur einem Monat zu einer Zeitdauer von über zehn Millionen Jahren kommen, die zu den Reisen erforderlich wären. Engt man die Reiseziele ein und läßt beliebige Umwege zu, so wird man auch hier zu Zahlen beliebiger Höhe geführt. *Das einzige, was der Mann nicht vermöchte, ist, an zwei verschiedenen Orten zugleich zu sein. Der Freiheitsgrad seiner Reisebetätigung mag so groß sein wie er will, er wird doch stets einen Grund haben, warum er den einen Reiseweg dem anderen vorzieht. Das Bewußtsein, nach vernünftigen Gründen zu handeln, vermindert in keiner Weise das Freiheitsgefühl, und dies beruht eben in dem Bewußtsein der unbegrenzten Möglichkeiten der einschlagbaren Wege. Es wird daraus ersichtlich, daß die Gesetzmäßigkeit der Handlungsweise nicht im Widerspruch steht mit dem Freiheitsgefühl, und dieses beruht auf dem Freiheitsgrad der möglichen Betätigungsweisen.*

Digitized by Google

Die Entwicklung des Freiheitsgrades

In Wirklichkeit wird der Freiheitsgrad häufig dadurch beträchtlich heruntergesetzt, daß die verschiedenen möglichen Gedankenbahnen nicht gleich gangbar sind. Eine solche Herabsetzung erfolgt z. B. durch die Gewohnheit oder durch einseitige Erregungen und Leidenschaften.

Unvollkommen tätige Bahnen können auf der anderen Seite verbessert werden durch Erfahrung, Übung, Lernen, schöpferisches Denken; und wie groß man auch im allgemeinen den Freiheitsgrad menschlicher Betätigung abschätzen mag, so kann er doch zu Nutzen des einzelnen und der Allgemeinheit nie groß genug sein.

Das neugeborene Kind besitzt überhaupt noch keine Assoziationsbahnen. Macht man von solchem verstorbenen Kinde Gehirnquerschnitte und färbt sie an, so findet man, wie Flechsig zuerst nachgewiesen hat, im Großhirn nur die Sinnessphären mit ihren Zuleitungen färbbar. Die Färbbarkeit weist auf die Funktionstüchtigkeit der betreffenden Fasern hin. Die nichtgefärbten besitzen noch kein Mark, das allein die Farbe aufnimmt. Insbesondere ist beim Neugeborenen die Körperfühlsphäre von der Sehsphäre getrennt. Dementsprechend vermag das Neugeborene auch den gesehenen Gegenstand nicht zu greifen, und erst im Alter von einigen Monaten, wo diese Fähigkeit eintritt, findet man Assoziationsfasern zwischen beiden Sphären färbbar. Im weiteren Verlauf des Lebens versagt dieses Verfahren zum Nachweis neuer Bahnen, weil merklich das ganze Gehirn angefärbt wird. Es ist aber trotzdem anzunehmen, daß auch im späteren Leben neue Bahnen geschaffen werden und unvollkommene sich vervollkommnen können. So hat man anzunehmen, daß der Klaviervirtuos und der ausgebildete Sänger sich von den Anfängern in der Vollkommenheit und Vielfachheit der Innervationsbahnen unterscheidet. Nur durch vielfache Übung und durch Aufwand großer Energie wird die Freiheit der Betätigung der entsprechenden Organe eine vollkommene.

Jede Bereicherung unseres Wissens bedeutet zugleich eine Erhöhung des Freiheitsgrades. Um auf das frühere Beispiel der Planung einer Reise zurückzukommen, so nehme man an, der betreffende sei Geologe und beabsichtige vulkanologische Studien anzustellen. Um seinem Zwecke zu entsprechen, muß er wissen, wo die Vulkane sind, die seine Studien am besten zu fördern erlauben. Der Staatsmann, der gewisse Ziele zu erreichen wünscht, muß durch eine reiche Erfahrung und die Beherrschung der Geschichte wissen, welche Wirkungen von ihm beabsichtigte Maßnahmen vermutlich hervorzubringen vermögen. Er darf andere nicht nach sich selbst, ein anderes Volk nicht nach dem eigenen beurteilen. Er muß mit der Eigenart ihrer Sinnesweise rechnen können. Sein Blick darf nicht behindert sein durch allgemeine Theorien, die insbesondere den Deutschen die Wege zweckmäßigster Maßnahmen häufig versperren.

Digitized by Google

Die sittliche Freiheit

An dieser Stelle erscheint es angemessen, auf Kants kategorischen Imperativ einzugehen, den er mit seiner Theorie der Freiheit des Willens im Sinne einer Unbedingtheit verschmolzen hat. Kant beruft sich auf das Gewissen, das uns diesen Imperativ zuruft. Das Gewissen ist aber weiter nichts als einer unter den vielen Instinkten, wie die Mutterliebe, die dem Menschen von der Natur mitgegeben sind. Im Kampf ums Dasein bedeutet diese Naturanlage eine Förderung der Gesamtheit, die demjenigen Stamme die größten Aussichten bietet, der über die größte Zahl von Individuen verfügt, deren Triebe nach der Förderung des Ganzen hinzielen. Zugleich wird durch diesen Trieb, wie besonders Schiller betont hat, eine sittliche Freiheit des Individuums in dem Sinne erreicht, daß der einzelne nicht durch äußere Gesetze und Zwangsandrohungen, sondern freudig aus eigenem Entschluß das Wohl des Ganzen betätigt.

Wille von großem Freiheitsgrad und starker Wille

Ein Wille von großem Freiheitsgrad braucht noch kein starker Wille zu sein. Dieser bedeutet unentwegtes Festhalten bestimmter Ziele auch gegenüber entgegenstehenden Widerständen.

Der Mann von großem Freiheitsgrad des Willens, aber schwachem Willen, kennt tausend Wege, aber vor verschlossenen Türen kehrt er um; der Mann von festem Willen kennt vielleicht wenig Wege, öffnet aber die Türen oder schlägt sie ein.

Je nach Umständen wird der eine oder der andere mehr am Platze sein. Sehr kennzeichnend rechnet Riedler in der Lebensschilderung von Emil Rathenau diesen nicht zu den „Willensstarken", aber „Überlegungsschwachen". Diese Äußerung bezieht sich auf die Tatsache, daß Rathenau auf eine industrielle Betätigung überhaupt verzichtete, als er einsah, daß es für diejenige Art industrieller Tätigkeit, die er allein für förderlich hielt, in Deutschland noch nicht an der Zeit sei, und erst zehn Jahre später, als der Zeitpunkt gegeben war, mit um so größerem Erfolge in die industrielle Tätigkeit eingriff.

Der physiologische Untergrund des starken Willens ist sicher ein ganz anderer, als der von hohem Freiheitsgrad. Der letztere verlangt vielverzweigte Nervenbahnen, der erstere starke und tragkräftige Nerven. Der starke Wille scheint etwas mit der Muskeltätigkeit zu tun zu haben, nicht als ob etwa Athleten besonders charaktervolle Menschen sein müßten, aber doch trifft man den starken Willen viel an bei Landwirten, Soldaten und Sportsleuten. In seinem Buch „Vom Schaltwerk der Gedanken" hat Schleich[1]) es wahrscheinlich gemacht, daß im Gehirn eine Art Muskeltätigkeit, natürlich nicht von quergestreiften Muskeln, statthat. In der Tat, wer bei schwierigen Auf-

[1]) Berlin 1916, bei S. Fischer.

Digitized by Google

gaben, etwa mathematischer Natur, lange gesessen hat, kommt unter Umständen schließlich zu einem Zustand, wo er die Empfindung hat, als ob die Gedanken versagen, eine Empfindung ganz ähnlicher Art, wie man sie hat, wenn nach mehreren rasch hintereinander ausgeführten Klimmzügen ein letzter versagt. Damit hängt wahrscheinlich die wunderliche Anschauung zusammen, die bei den alten Griechen verbreitet war und selbst von Aristoteles geteilt wurde, daß das Herz der Sitz der seelischen Tätigkeit sei. Ist es doch der wichtigste Muskel im menschlichen Körper.

Der Mann von hohem Freiheitsgrad und geringer Willensstärke kennt tausend Wege und weiß nicht, welchen er beschreiten soll. Der Mann von starkem Willen weiß sofort, was er zu tun hat, und beschreitet den eingeschlagenen Weg, ohne nach rechts und links zu blicken. Er handelt wie aus innerer unwiderstehlicher Triebkraft.

Im allgemeinen wird man als Vertreter des Mannes von großem Freiheitsgrad des Willens den Deutschen, als Mann von großer Willensstärke den Engländer betrachten dürfen. Besonders unseren Beamten und Politikern fehlt häufig diese Stärke des Willens. Hier ist es, wo wir noch viel zu lernen haben. Der Höhepunkt der Willenstätigkeit wird erreicht, wo großer Freiheitsgrad des Willens vereinigt ist mit Willensstärke, so bei Bismarck, der offenbar von der väterlichen landwirtschaft-herrschaftlichen Seite her die Willensstärke, von der mütterlichen Gelehrten- und Beamtenseite die Anlage zur Erwerbung eines großen Freiheitsgrads des Willens geerbt hat.[1]) Stärkung des Willens durch Erziehung und geeignete Blutmischung ist es, was unser Volk erzielen muß, wenn es seinen Platz im Kampf der Völker bewahren will.

Friedrich Eichhorns Briefe an Gneisenau
(1809—1818)

Von

Wolfgang Windelband

(Schluß)

Berlin, den 29ten Junii 1813.[2])

Ich habe vor einigen Tagen zwey Herren v. Schmeling einen dicken Brief an Sie, mein hochverehrter Freund, mitgegeben. Gegenwärtigen erhalten Sie von einem Lieutenant von Heimburg, den ich vor dem Jahre 1806 bey der Churmärkschen Fusilier Brigade genau kennen gelernt habe. Er kommt tief aus Westphalen von der Hollandischen Grenze her, wo er seit

[1]) Erich Marcks, Bismarcks Jugend. Stuttgart und Berlin 1909, bei Cotta.
[2]) B. 414.

Digitized by Google

unserer Catastrophe ohne Abschied, dienstlos unter fremder Herrschaft, und mit gläubigem Vertrauen auf die Wiedergeburt der Dinge harrend bis jetzt zugebracht hat. Er sucht Dienste im Hauptquartier, um die alten Waffen mit alter Treue führend den tief angeregten Grimm gegen den fremden Unterdrücker auszulassen. Ich bin so frey, ihn an Sie zu weisen, um aus seinem Munde eine Schilderung des neusten Zustands der Westphaelschen Lande u. der Gesinnung ihrer Bewohner zu vernehmen, u. um Ihnen Gelegenheit zu geben, einen jungen Mann, der an Redlichkeit, Treue, Tapferkeit u. tiefem Franzosen Haß seinen Gleichen sucht, in Wirksamkeit zu setzen. Mit großer persoenlicher Gefahr, ein bedeutendes Erbe, das er einst zu erwarten hat, verlassend, hat er sich über die Weser u. Elbe her geschlichen. —

Wenn nur der 20te Julii[1]) schon erschienen u. der Kanonendonner wieder laut würde! Die Ungeduld, der Kampf zwischen Hoffnung und Furcht, ob die Stärke, ob die Schwäche siege, ob das eiserne Joch zerbrochen werden soll oder ob man es sich, seinen Druck nur mit einigen papiernen Unterlagen mäßigend, wieder um den Hals anschmiegen lassen will, reibt mehr auf als die größte Anstrengung gegen den Feind in sicherem u. unschwankendem Kampfe. Wir hier vertrauen auf Sie u. auf die guten Männer, die in großer Zahl dort leben u. wirken. Das ist mein Trost und giebt mir Ruhe.

Retten Sie uns, verehrter Mann, von dem Alten. Was hilft sein ehemaliger guter Wille, der sich nun ohne eigene Kraft und Haltung, schwach jeder Stütze hingiebt, die sich ihm da biethet. Geben Sie uns einen Starken, dann sind wir gewiß auch stark. Wenn ich dort wäre, ich würde rufen u. predigen, bis meine Stimme erhoert würde oder ich zusammenschrumpfte wie Echo. Landwehr u. Landsturm sind hingestellte Formen — Riesengestalten, wenn ein kräftiger Geist mit der eigenthümlichen Seele sie belebt, ein todtes Gerüste, das schrekt aber ohne jeden Geist auf den ersten kräftigen Stoß fällt. Die einzelnen herrlichen Menschen, welche dabey in Thätigkeit gekommen sind, haben noch nicht Zeit u. Gelegenheit gehabt, eine Autorität sich zu gründen, ein Vertrauen bey der Masse sich zu bilden; sie gehen leicht, einsam u. verlassen, unter.

Erquicken Sie mich bald mit einigen Zeilen von Ihrer Hand. Der Himmel nehme Sie in seine Obhut. Erhalten Sie mir die Neigung, worauf ich so unendlichen Werth lege.

Mit unwandelbarer Verehrung Ihr treu ergebener

Eichhorn.

Berlin den 7t. Julii 13.

Wie Cato jede Rede an den Senat mit den Worten schloß: „übrigens geht mein Antrag dahin, daß Carthago zerstört werden muß," so möchte ich jeden Brief an Sie, mein hochverehrter Freund, damit anfangen u. schließen:

---

[1]) Der ursprünglich bestimmte Endtermin des Waffenstillstands

Digitized by Google

„Der Militair Gouverneur p. p.“ Wie ist es moeglich, daß man so lange Geduld haben kann? Will man denn durchaus so lange warten, bis erst ein Unglück geschehen ist? Wenn die Götter nicht Wunder thun u. der Feind will im Ernst einen kräftigen Stoß auf die Mark führen, so ist das Unglück unausbleiblich. Wo ist auch hier jemand unter den Commandirenden außer B—n,[1]) dessen Kraft die Schwäche übertragen koennte? Es gehoert aber auch eine Wunderkraft zu dieser Uebertragung. Einige schmeicheln sich, im Augenblick der Gefahr werde ein Unbekandter mit außerordentlicher Vollmacht hervortreten u. die Zügel übernehmen. Jener Unbekandte, wenn er auch ein großer Mensch ist, findet seiner Wirksamkeit nichts gehoerig vorbereitet; alle Organe in der Maschine des öffentlichen Dienstes, die er brauchen muß, sind ihm theils unbekandt, theils widerstreben sie seinen Gebothen. So muß er sich isolirt u. auf Einzelne reduzirt finden, statt daß er, wenn er früher an der Spitze gestanden, tausend Organe, Arme und Kräfte sich zubereiten, und für die ausgedehnteste Wirksamkeit in Stand sezen koennen. Ein Militair Gouverneur kann zwar die eingesezten Officianten nicht absetzen und andere an ihre Stelle bringen. Die Einrichtung der Landwehr u. des Landsturms gab ihm aber die schoenste Gelegenheit, viel Kraft u. Intelligenz durch die zu bildenden Ausschüsse u. Schutzdeputationen in Thätigkeit zu setzen, hiedurch eine alle Kräfte des Landes bewegende u. erregende Organisation zu gründen, und auf diese Weise alle schwachen u. hemmenden Behoerden für eine starke Vertheidigung u. Wehrhaftmachung zu überflügeln.

In Berlin haben wir für den Landsturm eine Organisation gebildet, welche einen tüchtigen Mann an der Spitze eine außerordentliche Macht giebt. Schon sind alle andere Behoerden darauf eyfersüchtig, u. erschöpfen sich in Verläumdungen der gemeinsten Art z. B. daß dieß zur Anarchie führe, daß dieß ein Werk des verruchten Tugendbundes sey etc. Die Elenden erschrecken, daß etwas kräftig auftritt. Was hoch hinauf ist, erklärt sich in der Regel gegen den Landsturm. Die Schwachen u. Verbohrten sehen in dem, was die reinste Vaterlandsliebe ersonnen u. ausführt, nur Intriguen des verfluchten Tugendbunds, nur Tendenzen zur Anarchie u. Auflösung des Staats. Sie dekretiren in ihren Cirkeln gerade die edelsten Menschen, die Gut u. Blut für den Koenig u. den Staat zu opfern bereit sind, zu Revolutionairs u. Jakobinern. Man hat seine große Noth. Dennoch werden die Guten hier nicht müde. Aber man muß ihnen auch einen Beystand, einen Halt nach oben geben. Darum geht mein Antrag dahin,

„daß der Militair Gouverneur etc.“

Die Lage der Dinge im Ganzen u. Einzelnen werden Sie durch den Ueberbringer vernehmen. Deshalb will ich nichts zusetzen, was gegen die Ausführlichkeit mündlicher Mittheilung doch nur unvollkommen seyn koennte.

---

[1]) Boyen.

Digitized by Google

Man will den Regierungsrath v. Baerensprung von hier nach Gumbinnen verweisen. Er ist in diesem Augenblick durch seine Kenntniß der Provinz, durch unermüdliche Thätigkeit, Muth u. Franzosenhaß der unentbehrlichste Arbeiter im Bureau des Civil Gouverneur. Dort nicht hier hat sich eine Cabale gegen ihn gebildet. Wirken Sie doch, edler Freund, daß die niedrige Cabale den Mann aus seinem Wirkungskreise nicht herausziehen kann. —

Eben vernehmen wir die Nachricht von Scharnhorst's Tod. Jeder Brave fühlt den unersezlichen Verlust u. trauert tief. Doch nicht einem Diener hat Gott sein Werk anvertraut. Von dem Todten, den wir beweinen, sind so viele herrliche Menschen angeregt u. entzündet, die in seinem Geiste, in seiner Ausdauer, und in ihrer eigenthümlichen Kraft fortthun werden, was er so schoen begonnen hat. Der Samen ist ausgestreut auf fruchtbares Land, u. wird nicht untergehen sondern Früchte tragen.

Leben Sie wohl. Der Himmel nehme Sie in seine Obhuth. Erhalten Sie mir Ihre Zuneigung. Mit unveränderlicher Verehrung Ihr treu ergebener

Eichhorn.

Berlin den 28t. Julii 13.

Ich weiß, wieviel Ihnen, mein hochverehrter Freund daran gelegen ist, tüchtige Männer kennen zu lernen. Darum weis' ich Ihnen den Ueberbringer dieses Briefs, Professor v. Savigny, zur Zeit Rektor der hiesigen Universität, zu. Was er als Gelehrter ist u. leistet, wird Ihnen der öffentliche Ruf schon zugetragen haben. Die Zeit hat aber so manchen Gelehrten zu Schanden gemacht, u. da sie nicht Ruhe u. Muße zu wissenschaftlichen Arbeiten goennt, dagegen Kraft der Gesinnung u. des Charakters, lebendiges Interesse an den großen Dingen, die verhandelt werden, Lust und Liebe mitzuwirken, was dafür geschehen muß, und Gewandheit des Geistes fordert, große Ideen, welche die meisten noch mit überirdischem Glanze blenden, im Einzelnen u. Besondern durchzubilden, auszuprägen u. darzustellen, so bleiben die meisten Gelehrten hinter den Forderungen der Zeit zurück. Mit Leuten dieser Art dürfen Sie meinen Savigny nicht verwechseln. Die Geschichte der lezten Monathe war für die Einwohner von Berlin eine Schule zur Entwicklung jeder Tüchtigkeit. Ich wüßte niemand, und hier sprech' ich für alle Guten u. Braven, der in dieser Zeit mehr Interesse an der Sache des Vaterlands, mehr Tapferkeit u. Ausdauer, u. eine größere Gewandheit, die Bedürfnisse des Augenbliks vom Standpunkte der guten Sache aus schnell u. richtig zu verstehen u. ihnen abzuhelfen, bewiesen hätte als Savigny. Ich war bisher mit ihm Mitglied des Ausschusses für Landwehr u. Landsturm. Diese Zeit rechne ich zur glüklichsten meines Lebens. War sie gleich voll Unruhe u. Mühe, so gab sie doch vielfache Gelegenheit, für die Sache, von der alle guten Menschen erfüllt sind, recht wirksam zu seyn. Arbeit für diesen Zweck, der Anblik des Seegen u. Gedeyhen, war sie begleitet, die Gemeinschaft mit einem Freunde u. Mit-

Digitized by Google

arbeiter, mit welchem man wie die Arbeit so die Lust über das Gelingen theilt, giebt ein geistiges Wohlbehagen u. eine Zufriedenheit, die mit nichts zu vergleichen ist. In dieser schoenen u. erfreulichen Thätigkeit sind wir durch die Modifikation, oder vielmehr Aufhebung des Landsturmedikts gestöhrt worden. Mit diesem Edikte wird auch unser Ausschuß aufgehoben. Wie Sie die Verordnung lasen, welche dem Landsturm den Todesstoß gab, kam es Ihnen nicht vor, als müsse der Ausschuß besondere Sünden begangen haben, weil man in der Verordnung so umständlich u. ausdrücklich sein Todesurtheil ausgesprochen hat? Die Sünde war, daß er das Landsturmedikt nicht für einen Scherz, sondern für den ernstlichen Willen des Koenigs hielt u. ihn als solchen treu u. kräftig auszuführen strebte. Die Geschichte der neuen Verordnung lassen Sie Sich von Savigny erzählen. Sie ist höchst interessant u. wird Ihre Kenntniß von unseren Staatsmännern vermehren, vielleicht auch nur neu bestätigen u. sicherer begründen.

Für mich giebt es nun nichts mehr hier zu thun. Meine Sehnsucht treibt mich zu Ihnen. Ich habe den Koenig gebeten, daß er mich als Freywilligen bei der Armée eintreten lassen u. die Wahl des Corps mir erlauben moege. Mein Wunsch wäre, zugleich durch die etwaigen Talente, die ich im politischen u. administrativen Fache entwickelt habe, zu nützen u. als Soldat mich auszubilden. Würde ich bloß als Soldat in die Linie eintreten, so sehe ich voraus, daß ich nur wenig Hülfe schaffen kann. Dennoch möcht' ich dieß Verhältniß lieben, als ein bloßer Geschäftsmann im Lager zu seyn oder gar, so lange der Krieg dauert, im Kammer Gerichte zu frieren u. zu vegetiren. Schreiben Sie mir doch gütigst, mein verehrter Freund, ob Sie mich als Volontair beim Generalstaabe brauchen koennen.

Savigny wird Ihnen mehr über meine Wünsche u. meine Absichten mittheilen. Am liebsten wäre mir ein Verhältniß, wo ich in der Nähe Ihrer Person bleiben u. thätig seyn koennte.

Mit Ungeduld erwarte ich Ihre Antwort auf meine Bitte.

Mit unveränderlicher Verehrung Ihr treu ergebener

Eichhorn.

*

Der hier ausgesprochene Wunsch Eichhorns ging in Erfüllung: Gneisenau berief ihn zu sich in das Hauptquartier Blüchers, und an seiner Seite hat er die Schlacht an der Katzbach und den ganzen Herbstfeldzug bis zu der Leipziger Schlacht mitmachen dürfen. Dann trennte er sich wieder von ihm, schied aus dem militärischen Verhältnis aus und wurde in den von den Verbündeten für die besetzten Gebiete errichteten Zentralverwaltungsrat übernommen. Hier hat er sich bald die Stellung des nächsten Mitarbeiters des Freiherrn vom Stein zu erringen gewußt. Auch in diesem neuen Wirkungskreis waren es wesentlich die Fragen der Organisation von Landwehr und Landsturm, die ihn beschäftigten. Sie bilden auch den Inhalt des folgenden Briefs, den er in Steins Auftrag an Gneisenau schrieb:

Digitized by Google

Freyburg den 31t. Decbr. 1813.[1])

Nicht sowohl der Inhalt der für das General Gouvernement Frankfurth ergangenen Landwehrverordnung als eine unrichtige Deutung, welche ein böser Wille der Landwehrpflichtigen machen koennte, spricht die Reichen von dem Eintritt in die Landwehr frey. Das Gesez macht alle pflichtig u. ruft sie nach der Ordnung des Looses zum wirklichen Eintritt. Damit aber die Versuchung zu Reclamationen gegen die Einstellung überhaupt aus Gründen, welche nur eine vorübergehende Befreyung rechtfertigen, die Erdichtung von Befreyungsgründen, Production falscher ärztlichen Atteste etc. vermieden werden moechte, ließ man nach einer anderwärts gemachten Erfahrung nach der ein Landwehrpflichtiger, welcher ein früheres Loos gezogen, einen andern mit einem späteren Loos für sich stellen konnte, jedoch nur gegen die Uebernahme des Looses u. der Pflicht des lezteren. Es ist daher überhaupt nur ein kleiner Vorzug, nicht voellige Befreyung zu gewinnen. Der Reichthum wird auch schwer haben, die Armuth für sich zu dingen, da alles regulaire Militair, welches auf Kosten des Staats ausgerüstet wird, zu leichterer Aufstellung der Landwehr, bey welcher sich jeder selbst ausrüsten soll, aus den Unvermoegenden gezogen wird.

Zur Vermeidung alles Mißverständnisses ist übrigens durch den Obristlieutenant v. Ruehle[2]) eine Declaration bey dem General Gouverneur, Prinzen von Hessen-Homburg extrahirt, wodurch dem Uebel abgeholfen werden wird.

Der General von Zweyer[3]) ist mir nicht sowohl als ein schlecht gesinnter sondern nur als ein schwacher Mann geschildert worden. Deshalb war ihm der General v. Radenhausen beygegeben, den schon längst die Guten als einen braven Mann kennen. Zur Beruhigung derjenigen, welche kein Zutrauen fassen koennen, solange sie den v. Zweyer an der Spitze der Organisation glauben, hab' ich jedoch das General Gouvernement darauf aufmerksam gemacht, denselben ganz zu entfernen u. nur den General v. Radenhausen zu gebrauchen.

Obristlieutenant v. Ruehle wird über die Organisation des Generalstaats etc. mit dem Herzog von Coburg das Nähere einleiten. Dieß gehoert in den Umfang des ihm ertheilten Auftrags. H.[4] v. Rühl kann H. v. Steigentesch[5]) nur den Prinzen Philipp[6]) vorschlagen, der Steigentesch kennt. Ein

---

[1]) B. 414.

[2]) Der Organisator der gesamten Landwehrformationen in den okkupierten Gebieten, Rühle v. Lilienstern.

[3]) General v. Zweyer war zunächst mit der Aufstellung von Landwehr und Landsturm im Großherzogtum Frankfurt betraut worden.

[4]) Von hier an eigenhändig von Stein geschrieben.

[5]) August Ernst v. Steigentesch, Generaladjutant Fürst Schwarzenbergs.

[6]) Der obengenannte Generalgouverneur des Großherzogtums Frankfurt, Prinz Philipp von Hessen-Homburg.

Digitized by Google

glückliches neues Jahr, das das vollende was das Jahr 1812 u. 13 begründet hat, und Ew. Excellenz Heil u. Seegen. Stein.

B. d. 13t. Januar 15.[1])

. . . Eine kleine Schrift von mir über Sachsen's Vereinigung mit Preußen[2]) ist unter der Presse. Die Niebuhr'sche[3]) hab' ich noch nicht gelesen. Metternich's Entfernung würde aber mehr auf die Vereinigung wirken als alle Schriften. Heute erzählte man mir, der Fürst Hardenberg habe dem Fürsten Bluecher mit dem lezten Courier geschrieben, daß durch Englands Erklaerung die Frage wegen Sachsen nunmehr für Preußen entschieden sey. Den Brief soll der Marschall gestern in einer Gesellschaft vorgelesen haben. Wenn die Sache wahr wäre, würden aber gewiß Ew. Excellenz schon davon unterrichtet seyn.

Mit der innigsten Verehrung Ew. Excellenz ganz gehorsamster

Eichhorn.

Berlin den 31t. Maerz 1815.[4])

Nach mehreren von dort hier eingegangenen Nachrichten sind Ew. Excellenz zu rechter Zeit erschienen, um die durch die plötzliche Umwandlung der Dinge in Frankreich u. durch die zögernde Gegenwirkung des Wiener Congresses niedergeschlagenen Gemüther zu ermuthigen. Von allen Seiten werden nun vaterländisch gesinnte Männer aus dortiger Gegend Ew. Excellenz zuströmen und zu Rath u. That sich anbiethen. Ich erlaube mir Ew. Excellenz besonders auf einen Mann aufmerksam zu machen, der vielleicht schon bey Ew. Excellenz sich gemeldet haben wird. Es ist der Justiz Rath Hoffmann[5]) in Roedelheim. Schon seit dem Oesterreichischen Feldzuge vom Jahre 1809 hat er in den Ideen von Landwehr u. Landsturm beynahe nur gelebt. Unter Ruehl ward er als Obrister des Landsturms angestellt u. weit u. breit am Rhein hat keiner in seiner Lage die Sache mit heißerem Eyfer u. größerem Geschik getrieben. Er genießt allgemeines Vertrauen, u. zählt überall Freunde u. Bekandte. Die eben gemachte Beschreibung seiner Eigenthümlichkeit wird schon genügen, daß er Ew. Excellenz als ein höchst brauchbares Organ empfohlen sey. Nur eines darf ich nicht unberührt lassen, damit Ew. Excellenz

---

[1]) B. 417.

[2]) „An die Widersacher der Vereinigung Sachsens mit Preußen", Frankfurt und Leipzig 1815.

[3]) „Preußens Recht gegen den sächsischen Hof", Berlin, Realschulbuchhandlung (G. Reimer) 1814.

[4]) B. 417.

[5]) Karl Hoffmann. Nach ihm ist der Hoffmannsche Bund benannt, dessen Ziel die Errichtung eines einigen Deutschland unter Preußens Führung war. Über diesen Bund war Gneisenau schon durch Justus Gruner unterrichtet. Vgl. F. Meinecke, „Die deutschen Gesellschaften und der Hoffmannsche Bund", Stuttgart 1891.

Digitized by Google

mit der Vorsicht, welche Ihr Standpunkt fordert, seiner gebrauchen u. ihm auch auf Anklagen, die von trüben Quellen her kommen, nicht Unrecht thun. Hoffmann gehoeret zu den Männern, die in tiefer Empoerung über die Schmach u. all das Elend, welches im lezten Jahrzehnt über Deutschland gekommen, eben kein liebendes Gemüth für die kleinen deutschen Souverains in sich tragen, da sie in deren Zwietracht, Selbstsucht u. Schwäche den wichtigsten Bundesgenossen des ausländ'schen Eroberers kennen gelernt haben. Die deutschen Souverains wissen dieß u. verfolgen ein Streben, welches gegen sie gerichtet ist, als jakobinisch. Es mag daher seyn, daß, was Hoffmann Ew. Excellenz vorbringen wird, aus einem Gemüthe der beschriebenen Art fließt, u. daß von der andern Seite andre ihn als Jakobiner bey Ew. Excellenz anklagen werden.

Die Lage eines Mannes, der dort im Großen für das Vaterland, wie Ew. Excellenz, zu wirken berufen ist, ist von den größten Schwierigkeiten umgeben. Reicht er die Hand den Fürsten zu u. die ihrem Souverainetätswesen anhangen, so lassen alle von ihm los, die sich von ihrer Ueberzeugung, daß jene Souverainetät die Quelle alles Verderbens sey, durch nichts abwendig machen oder mit den Fürsten sich versöhnen lassen; schenkt er dagegen sein Vertrauen den andern, so wird er von den Fürsten u. ihren Anhängern angefeindet u. verfolgt. Mit keiner Parthey zu seyn hieße neutral seyn zu wollen, wo alles Parthey genommen hat. Hier kann nur ein großer politischer Takt mit einzelnen Menschen u. Dingen glüklich zum Ziele führen. Wer sollte sich unter diesen Umständen nicht Glük wünschen, daß gerade Ew. Excellenz an den Rhein berufen sind? Es wird aber immer Ew. Excellenz sehr wünschenswerth seyn, recht tüchtige Männer kennen zu lernen, u. zugleich zu erfahren, auf welcher Seite sie stehen. Bloß in dieser Hinsicht hab' ich das Obige über den Justiz Rath Hoffmann gesagt.

Bey uns knospet der Frühling frisch u. munter in der Natur, im politischen Leben, hoffen wir, wird er erwachen, wenn der Kriegsminister aus Wien zurück seyn wird.[1]) Alle Herzen zittern u. klopfen, aber es fehlt noch das Wort u. die That, welche sie hinnimmt.

Alle Freunde grüßen Ew. Excellenz auf das innigste u. wünschen Ihren Bemühungen einen reichen Seegen.

Mit unveränderlicher Verehrung verharre ich Ew. Excellenz treu ergebenster

Eichhorn.[2])

*

Zu engster persönlicher Zusammenarbeit ist es zwischen beiden Männern noch einmal gekommen bei den dem zweiten Pariser Frieden von 1815 vor-

[1]) Boyen weilte im April und Mai in Wien zur Verabredung der gemeinsamen Maßnahmen der Verbündeten gegen Napoleon.

[2]) Ein Brief Eichhorns vom 4. Juli 1815, in dem er Gneisenau zum Siege bei Belle-Alliance beglückwünscht und sich eingehend mit dem beschäftigt, was auf Grund der neuen Lage zu geschehen habe, ist gedruckt bei Pick, a. a. O. S. 340 ff.

Digitized by Google

hergehenden Unterhandlungen. In der Hauptstadt des zu Boden geworfenen Feindes trafen sie einander fast täglich und schütteten sich ihre Herzen aus über die Haltung der Großmächte, die den auf seinen militärischen Leistungen beruhenden Forderungen Preußens Hindernisse über Hindernisse in den Weg legten. Die Bemühungen Hardenbergs, Humboldts und Gneisenaus haben nicht die außerordentlich milde Form der Bedingungen zu verhindern vermocht, die schließlich Frankreich auferlegt wurden. Von Paris ging Gneisenau an den Rhein nach Koblenz, Eichhorn kehrte nach Berlin zurück und wurde fortan im Auswärtigen Amt beschäftigt. Der 1817 errichtete Staatsrat, dem sie beide als Mitglieder angehörten, hat sie wieder zusammengeführt. Einige Jahre sind sie dann noch im Briefwechsel geblieben, bis dieser dann allmählich eingeschlafen ist.

Gneisenaus Aufenthalt am Rhein hat allerdings nicht sehr lange gedauert, jedoch hat er genügt, um ebenso wie er selbst dort die größte Popularität gewonnen hatte, auch in ihm ein ständiges Interesse an dem Schicksal der Rheinlande wachzuhalten. Auch Eichhorn lernte sie auf mehreren Dienstreisen genauer kennen, und so kommt er in seinen Briefen häufig auf die Probleme der dortigen Verwaltungsorganisation zu sprechen. Daneben steht als immer wieder anklingendes Thema die Angelegenheit, die nach der Wiederherstellung des Friedens das für das gesamte innerstaatliche Leben Preußens entscheidende Zentralproblem darstellte, die Frage, ob und in welcher Form eine Verfassung gegeben werden solle. Hier schieden sich die Geister. Gneisenau und Eichhorn aber huldigten den gleichen gemäßigt nationalen und liberalen Anschauungen. Eichhorn konnte also in seinen Briefen ebenso rückhaltlos sein Urteil über Persönlichkeiten und Verhältnisse äußern, wie seinen Hoffnungen Ausdruck verleihen.

Berlin, den 1t Februar 1816.[1])

Es machte mir keine geringe Freude durch Ew. Excellenz schäzbare Zuschriften, die ich beyde richtig erhalten habe, noch näher aber durch die mündliche Mittheilung von Jordis Brentano[2]) Nachrichten über Ew. Excellenz Befinden u. Dero dortiges Ergehen zu vernehmen. So gerne hätt' ich meine Reise von Paris über Ew. Excellenz Siz am Rhein gelenkt, u. Sie dort besucht! Halb krank ließ ich mich aber in den Wagen einpacken, ich war nicht gewiß, welchen Einfluß die Reise auf meine Gesundheit haben würde, und eilte nun zur eigenen sichern Pflege u. zur Beruhigung der Meinigen in die Heymath. Gegenwärtig bin ich soweit wieder hergestellt, daß ich bis auf eine kleine Schwäche, die mir aber in meinem jezigen Leben wenig hinderlich ist, von meiner schweren Krankheit keine Folgen mehr verspüre und daran kein andres Andenken habe, als an die innige Theilnahme, welche besonders Ew. Excellenz im Laufe der Krankheit mir gewidmet.

[1]) B. 418.

[2]) Nach gütiger Mitteilung von Herrn Geh. Rat Lujo Brentano handelt es sich um den Bankier des Königs Jérôme Jordis, dessen Frau eine Brentano war.

Digitized by Google

Mit meiner äußeren Lage ist seitdem die Veränderung vorgegangen, worauf Ew. Excellenz schon in Paris mich vorbereitet haben. Der H. Staatscanzler hat mich als Geh. Legations Rath in die dritte Sektion des auswärtigen Departement aufgenommen. Die Arbeiten interessieren mich sehr. Oft sag' ich mir, wieviel Herrliches wäre zu thun, wenn mehrere Arbeiter von gleicher Ansicht der Zeit u. der Bestimmung, wozu der Preußische Staat beruffen ist, u. von gleicher Kraft des Willens u. der Vaterlandsliebe hier neben einander stehen. Auf eine lebendige Ansicht der Zeit u. ein rühriges u. kräftiges Auffassen dessen, was zu thun ist, kommt es in diesem Departement besonders an. Anderwärts setzen einzelne u. bestimmte Aufforderungen der Behoerden in Thätigkeit. Hier aber ist ein durch die neuste Geschichte des Preußischen Staats aufgeschichteter Stoff, der in dunkler, großer Masse vorliegt, nicht in einzelnen, bestimmten Ansprachen zu Bescheiden u. Verfügungen vortritt, sondern nur einer freyen u. gleichsam ungeforderten Aufnahme u. Verarbeitung Materialien anbiethet, die sich aber der fähigen Hand hinterher, wie vorbereitet, fertig u. passend zu einem schoenen Bau zusammenfügen.

Der Streit, welchen Schmalz[1]) angeregt, hat sich seit der letzten Verordnung von den öffentlichen Kampfplätzen hinter verschlossene Thüren zurükgezogen, u. wendet sich von der lächerlichen Anklage geheimer Verbindungen in alle Verzweigungen der verschiedenen Grundsätze, deren Verdammung jene Anklage eigentlich nur beabsichtiget hat. Da man keinen äußern Feind mehr zu fürchten glaubt, so soll überall das Alte wiederkehren, u. wer nicht daran will, der ist ein Ketzer u. Unruhestifter. Hierüber muß man traurige Erfahrungen erleben. Von der andern Seite ist man so billig, die Opposition der alten Herrn sich gefallen zu lassen, sofern sie den Ballast abgiebt, daß der Schwung, welchen gewisse Ideen genommen, in wilder Eile sich nicht überflügele, sondern in sicherer u. gemessener Bewegung fortgehe. Aber die Herrn sollen nur nicht alle Flügeln abschneiden u. den Staat in die alte faule Schwere zusammensenken wollen. Der Staatscanzler gehoeret gewiß mit seiner ganzen Ansicht den Guten an, u. ich glaube nicht, daß er sich von den Gespenstern geheimer Bünde fürchtet, womit noch viele alten Weiber sich täuschen, aber noch mehr andre zur Begünstigung schlechter Zwecke zu erschrecken suchen. Es geht, wie es zu allen Zeiten gewesen, daß ausgezeichnete Männer mit Neid u. Scheelsucht angesehen werden, daß man ihren Verdiensten gern Abbruch thun u. das von ihnen ausgehende Licht u. den Glanz, welcher den Eulen zu blendend ins Gesicht fällt, schwärzen oder verhüllen möchte. Doch ist dieß Bemühen nur eitel. Denn in demselben Maaße als dieß feindseelige Beginnen thätig ist, sezt sich die Meynung u. Macht der Guten zu kräftiger Wehr und trägt u. schüzt ihre Helden. Mit voller Ueberzeugung sag' ich es,

[1]) Durch seine bekannte Broschüre gegen die geheimen Verbindungen, die sich, ohne sie zu nennen, gegen die Anhänger Gneisenaus richtete.

Digitized by Google

der Staatscanzler gehoert im Herzen fortdauernd den Guten an. Man koennte wünschen, daß er der Schlange auf den Kopf treten moege. Aber er zieht es vor, als ein Vermittler zwischen entgegengesetzten Ansichten u. Bestrebungen zu stehen. Auf diese Art ist das Friedensinstrument entstanden, welches die neuliche Verordnung wegen der geheimen Verbindungen enthält.[1]) Ist es wohl mit den Staatsmännern auf einem hohen Standpunkte, wie man vom lieben Gotte sagt, daß sie ihre Sonne müssen leuchten lassen über Gerechte u. Ungerechte, die Niebuhre[2]) nicht verzehren u. die Schmalze nicht schmelzen.

Ew. Excellenz, deren Bemühung die vaterländische Kunst von Paris her soviel verdankt, kann ich mit Vergnügen melden, daß der Minister v. Altenstein u. ich nunmehr vom Staatscanzler den förmlichen Auftrag erhalten haben, die Boisserées mit ihrer Sammlung für unsre Stadt zu gewinnen u. zu dem Ende mit ihnen in Unterhandlung zu treten. Am natürlichsten gehoerten sie an den Rhein. Aber noch fehlt dort die Stille u. das sichere Wohlseyn, dessen die Künste bedürfen. Darum wollen wir sie einladen, einstweilen nach Berlin zu kommen. Der Koenig will ihnen die Kosten zum Transport ihrer Sachen zahlen, ein angemessenes Lokal zur Aufstellung der Gemählde einräumen u. außerdem noch dem ältesten Bruder einen bedeutenden zinsfreyen Vorschuß zur Herausgabe seines Werks über den Koellner Dom anweisen.[3]) Auch die Unterhandlungen für die Heidelberger Bibliothek[4]) haben seitdem neuen Erfolg gehabt. Der Pabst hat sich nemlich in einer Note des Cardinals Consalvi an den Staats Canzler unter Wiederhohlung des Danks für alles, was er Preußen für dessen Bemühungen auf dem lezten Congresse schuldig sey, bereit erklärt, alle diejenigen Codices u. Manuscripte, über 840 an der Zahl, welche die deutsche Geschichte u. deutsche Litteratur angehen, zur Disposition unseres Koenigs frey zu geben. Man koennte leicht versucht werden, so schoene Schätze für uns zu behalten. Wir haben aber Recht für einen andern gesucht, u. ohne schweren Verlust an unserer Ehre koennen wir fremdes Eigenthum, wenn es auch nur durch unsere Hülfe wieder gewonnen werden konnte, uns nicht anmaaßen. Besser wir erklären: die Codices sind deutsches Nationaleigenthum u. Heidelberg ist die Verwahrerin.

Niebuhr, Schleyermacher u. alle Freunde bezeugen Ew. Excellenz ihre herzliche Verehrung. Mit treuer, unveränderlicher Verehrung verharre auch ich als Ew. Excellenz ganz gehorsamster

Eichhorn.

---

[1]) Verordnung vom 6. Januar 1816, abgedruckt bei Treitschke, Bd. III, Beil. 6.

[2]) Niebuhr hatte eine Gegenschrift gegen Schmalz erscheinen lassen.

[3]) Der Plan, die Sammlung für Berlin zu gewinnen, ist gescheitert. Sie kam später nach München und wurde der Grundstock der dortigen Pinakothek.

[4]) Betreffs der Rückgabe der nach Rom und von dort nach Paris verschleppten Gegenstände.

Digitized by Google

B. d. 10t. Maerz 16.[1])

Ew. Excellenz Verwendung für den Kaufmann Molitor ist überall mit der gebührenden Achtung aufgenommen worden. Wahrscheinlich hat Molitor die Wirkung davon schon erfahren. Ich lege ein Schreiben des GORath Rother[2]) bey, welches zusammenfaßt, was bis jetzo in der Sache geschehen ist.

In der lezten Zeit hat sich hier ein böses Gerücht herumgetrieben, als hätten Ew. Excellenz den Koenig um Ihren Abschied gebeten.[3]) Aber auch nicht ein einziger Ihrer Freunde schenkte dem Gerüchte Glauben. Mancher schlecht gesinnte, dem große u. herrliche Kräfte ein Aergerniß sind, mag es wohl gewünscht haben, und auch mancher Gute gefürchtet, da es derer viele giebt, die überall schwarz sehen u. der Gute im Kampfe mit dem Schlechten unterliegen. Bey weitem die größere Zahl konnte sich aber nicht einbilden, daß ein Mann, der durch so große Verdienste einen so aufopfernden Wirkungskreis gewonnen, bey seinem mächtigen Triebe, das Gute zu schaffen u. zu bilden, den Standpunkt, wo er die reichste Gelegenheit dazu findet, ohne die dringendste Noth verlassen werde auf das Ungewisse, ob nicht ein Anderer mit einem entgegengesezten Sinne den aufgegebenen Wirkungskreis für ihn einnehmen werde. Der Koenig bedarf der Männer, welche das Vaterland aus tiefer Schmach u. Knechtschaft gegen äußere Feinde gerettet u. zu einer unter den Völkern beneideten Ehre wieder aufgerichtet haben, nun im Sinne der Grundsätze, welche den äußern Feind im Kriege überwunden, das Vaterland auch zu Hause im Frieden zu bilden, stark u. tüchtig zu machen. Darum besorgte ich nur, es möchte die Gesundheit Ew. Excellenz so sehr gelitten haben, daß sie ein Zurückziehen in die Ruhe nothwendig machte. Denn nur aus diesem einzigen Grunde hielt ich die durch das Gerücht verbreitete Nachricht für moeglich. Diese Besorgniß ist nun auch, Gott sey Dank! durch das, was ich neuerlich von Ew. Excellenz gehoert habe, voellig zerstreut. —

Die Einrichtung der Provinzialbehoerden am Rhein wird in der nächsten Woche fertig seyn. Daran nehmen Ew. Excellenz gewiß nicht geringen Antheil. Graf von Solms-Laubach[4]) ist, wie Sie schon wissen werden, selbst hier u. betreibt die Sache recht ordentlich. Er gefällt hier allgemein. Bis jetzo hat er noch keine Persoenlichkeit berührt, u. jeder giebt sich ohne ein vorgefaßtes Urtheil dem Eindruck hin, den er macht, u. dieser ist überall ein großer. Ich denke, wir haben eine vorzügliche Erwerbung für den Preußischen Staat an ihm gemacht. Er scheint nur dem Guten zu leben, auf die Bösen zu hoeren, aber nur den gutgesinnten zu folgen. Auch Herr Minister

---

[1]) B. 418.

[2]) Christian v. Rother, 1836—1848 preußischer Finanzminister.

[3]) In der Tat hat Gneisenau damals seinen Abschied genommen und sich zunächst ins Privatleben zurückgezogen. Die Gründe, die ihn dazu veranlaßten, sind ausführlich behandelt bei H. Delbrück a. a. O., Bd. 2, S. 301 ff.

[4]) Oberpräsident in Köln.

Digitized by Google

von Ingersleben[1]) wird bald mit der vollendeten Organisation abreisen. Ich weiß nicht, ob Ew. Excellenz ihn persoenlich kennen. Seine Formen sind angenehm u. milde, er repräsentirt gut, u. wird nicht leicht durch seine Persoenlichkeit einen Anstoß geben. Nur dürffen die schweren Prüfungen des Jahres 1806 nicht wiederkommen.[2])

Harthausen[3]) u. de Grote[4]) haben mir Ew. Excellenz Briefe überbracht. Ich denke, daß Sie das Zeugniß Ihrer Zufriedenheit mir nicht versagen koennen. Mein leztes Schreiben durch Jordis-Brentano werden Sie wohl erhalten haben.

Gott erhalte Sie bey guter Gesundheit! Mit unveränderlicher treuer Verehrung Ew. Excellenz ganz gehorsamster Eichhorn.

Berlin den 16t. April 1816.[5])

Ich benutze die Gelegenheit, welche die Reise von Ew. Excellenz Gemahlin biethet, um Ihnen einige Worte zu schreiben.

Die Verwaltungsbehoerden sind nun meist fertig. Gegenwärtig sind die in Preußen daran, u. von Auerswald[6]) u. v. Schoen hier, die Bestimmungen zu empfangen. Nur Westphalen u. Herr von Vincke wird noch in einem provisorischen Zustande bleiben müssen, weil das Herzogthum Westphalen in den definitiven Plan aufgenommen ist, die Verwicklung zwischen Oesterreich u. Preußen aber das Land für uns noch nicht losläßt. Wenn erst die Verwaltung eingerichtet ist, dann geht es bestimmt, wie mir noch der Herr Staats Canzler vor 14 Tagen gesagt hat, an die Gesezgebungs Commission oder den Staatsrath,[7]) u. hat dieser seine Einrichtung gefunden, soll

---

[1]) Oberpräsident in Koblenz.

[2]) Ingersleben war 1806 bei der Kapitulation von Stettin beteiligt gewesen, und im Zusammenhange damit waren schwere Vorwürfe gegen ihn erhoben worden, so daß er dem Patriotenkreis als verdächtig galt. Die eingeleitete Untersuchung hatte aber zu seiner Freisprechung in allen Punkten geführt. Dennoch hat sich Gneisenau über die Ernennung dieses Mannes zum Oberpräsidenten beschwert, wogegen Hardenberg ihn lebhaft in Schutz nahm.

[3]) Werner v. Harthausen, ein Freund Gneisenaus und Arndts.

[4]) Eberhard de Groote, der bekannte Germanist und Gründer des Kölner Dombauvereins. Er war Eichhorn nahe getreten bei ihrer gemeinsamen Tätigkeit in Paris 1815 zur Rückgewinnung der geraubten Kunstgegenstände.

[5]) B. 418.

[6]) Oberpräsident in Ostpreußen.

[7]) Am 20. März 1817 wurde der Staatsrat errichtet. Sowohl Gneisenau wie Eichhorn gehörten ihm an. Über seine Einsetzung schreibt Eichhorn an Arndt, Berlin, 17. Dezember 1817. „... Sonst leben wir hier still. Es bereitet sich aber mehr und mehr die Einrichtung des Staatsrats vor, woran sich die Leute, je nachdem sie zu den Hell- oder Trübsehern gehören, mehr oder minder versprechen. Daran ist aber für niemand, der Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, ein Zweifel, daß viel Samen, welcher die letzte Zeit ausgestreut, in schönes Wachstum kommt, und Stimmen für das Gute und Rechte sich erheben, wo niemand sie vermutet hätte. Das schlimmste ist das große Mißverständnis, daß viele sich nicht zu orientieren wissen und alle Geschichten,

Digitized by Google

dessen erstes Geschäft die Berathung und Vorbereitung zur neuen Constitution seyn. Es sind manche, die da wollen, die neue Constitution solle vorläufig darinn bestehen, daß auch die Städteordnung, als das einzig noch bestehende Hinderniß für die Freyheit der Bürger, aufgehoben werde.

Der Herr Staats Canzler meynt es gewiß treu u. redlich, u. wird von seiner Ueberzeugung bestimmt nicht abgehen. Was er aber für Schwierigkeiten finden wird, seinen Plan auszuführen, das kann niemand vorhersehen. Noch immer ist es so, wie Ew. Excellenz in Paris ich öfters gesagt habe. Die Zahl der Freunde einer constitutionellen Verfassung ist übrigens auch hier stärker, als man glaubt. Ueber das Wie sind nun die Meynungen zu getheilt, u. dann schadet es sehr viel, daß die Kezermacherey so groß ist u. man einander verdammt, ehe man sich gehoert u. verstanden hat. So bekommen viele wahre Verzuckungen, wenn von Nationalrepräsentation die Rede ist, denn Nation oder Volk u. Repräsentation, die ihnen auch wie Volkssouverainetät schillert, sind gar zu verhaßt; aber Landstände, das wollen sie gelten lassen. Stände ein Mann im Ministerium, der die Ansicht des Herrn Staats Canzlers theilt, von großer Kraft, mit Popularität umgeben u. auf die Stimmen der Guten hoerend, die Opposition der Kinder der Finsterniß läge gleich im Staube.

Der Herr Staats Canzler war einige Tage unpäßlich, infolge der unermüdlichen Thätigkeit, welche Sie an ihm kennen. Noch ist es mir nicht geglükt, wie ich es so sehr wünschte, sein Vertrauen zu gewinnen; ich hab' ihn, seitdem ich hier bin, erst dreymahl gesehen. Aufdringen ist meine Sache nicht, u. das erwekt auch kein Vertrauen; das muß sich sonst finden. Uebrigens erfahre ich mancherley Beweise zarter Aufmerksamkeit, so daß ich, wenn ich meine öffentliche Thätigkeit von meiner Persoenlichkeit trennen koennte, mit meiner Lage durchaus zufrieden seyn müßte.

Der Kampf, u. der zerschneidende u. auflösende Einfluß der unzähligen Verkehrtheiten, die im Gang der gegenwaertigen Zeit unaufhoerlich wiederkehren u. hundertmahl besiegt u. zu Boden geschlagen tausendmal wieder aufstehen, hat mich schon oft in meinem Gemüthe mächtig verstimmt u. mir einen Eckel an aller Arbeit, die dem trostlosen Geschäfte der Danaiden gleicht, zugezogen. Kommt mir aber eine solche Stimmung an, so werff' ich alle Akten u. Gedanken an die einzelnen verwirrenden Begegnisse weg, u. lege

---

Verhältnisse und Standpunkte durcheinander mischen. Wahrhaftig, man hat mehr Not mit der Verwirrung der Meinungen als mit den Richtungen böser Willen. In den allgemeinsten Grundsätzen sind die Leute einig, auf der Grenze, wo theoretische und praktische Ansicht sich scheidet, beginnen aber die gewaltigen Divergenzen; wer es aber versteht, das einzelne des fließenden Lebens klar und deutlich im Zusammenhang mit den allgemein leitenden Ideen der Zeit zu erkennen und aufzufassen und andern deutlich zu machen, gelangt beinahe überall zur Vereinigung und bleibt nur mit denen im Kampfe, die entschieden nichts andres als persönliche Zwecke verfolgen . . ." (Nach einer Abschrift aus Arndts beschlagnahmten Papieren, Berliner Geh. Staatsarchiv, Rep. 77, XXI, vol. I.)

Digitized by Google

mich vor das Bild der Zeit in ihrer ganzen Erscheinung, durch ihre großen Züge, schon vollendet oder auch nur angedeutet, den müden Sinn wieder zu erfrischen, zu stärken u. zu erheben, daß er neuen Muth faßt zur unermüdlichen Fortsetzung des gegebenen Berufs, bis die Zeit erfüllet werde. Ich habe in diesen Tagen die persoenliche Bekanntschaft des GR Rath von Schoen gemacht. Der ist auch ruhig u. vergnügt ob des Herrlichen, das geschehen u. angedeutet ist, u. läßt sich durch die einzelnen Verwirrungen nicht irre machen.

Alle ihre Freunde grüßen Ew. Excellenz auf das innigste. Der Himmel erhalte Sie gesund u. bey frohem Muthe! Mit unveränderlicher Verehrung Ew. Excellenz treu ergebenster Eichhorn.

Berlin d. 19t. Sept. 17.[1])

Ew. Excellenz soll ich im Auftrag des Professor Benzenberg[2]) den anliegenden Brief des Wuertembergschen Ministers von Wangenheim[3]) mittheilen. Benzenberg meint, daß er viel Licht über die dortigen Angelegenheiten verbreite. Ich finde dieß auch, doch nur insofern, als er volles Licht über den Charakter des Mannes ausgießt, der die Seele aller Verhandlungen von Seiten der Regierung gewesen ist. Man begreift leicht, wie ein Mann von dieser Einbildung auf Wissenschaft, die nicht eins mit dem Leben ist, sondern ihm nebenher geht, u. zugleich von solchem Leichtsinn Männern von dem schweren Ernst u. dem praktischen Gefühl, als die Wuertembergschen Repräsentanten waren, nicht genügen konnte, u. daß so divergirende Elemente mit jedem Schritte der Verhandlung weiter auseinander gehen mußten.

Wir leben hier ganz still u. ruhig, wollte Gott auch zufrieden. Von wichtigen Veränderungen, welche die einen gehofft, die andern gefürchtet haben, scheint nicht die Rede zu seyn.

Den Koenig erwarten wir in den nächsten Tagen. Der Staats Canzler bleibt vor der Hand noch in Pyrmont, wo ihm das Bad sehr wohl bekommt, u. wieder gut macht, was Carlsbad vielleicht verdorben hat. An den Rhein wird er nun nicht mehr gehen, vielleicht macht er aber noch einen Besuch den Westphaelschen Regierungen. Ich glaube eben auch nicht, daß die Reise an den Rhein in diesem Sommer gerade nothwendig war. Die frische Jugend unseres Kronprinzen hat die Hoffnung u. den Glauben der Rheinlande wieder belebt, u. wenn Gott die Arbeiten des Staats Raths im nächsten Winter seegnet, so kann das künftige Jahr jene Hoffnung zum Theil wenigstens erfüllen.

[1]) B. 419.

[2]) Johann Friedrich Benzenberg, Professor in Düsseldorf, Verfasser der „Wünsche und Hoffnungen eines Rheinländers", Hardenbergs Sprachrohr als publizistischer Vorkämpfer gegen die Vorurteile der Rheinländer gegenüber Preußen.

[3]) Wangenheim fiel November 1817 wegen seines geringen Entgegenkommens auf die Verfassungswünsche der Stände.

Digitized by Google

Ew. Excellenz wünschen gewiß mit mir, daß der Staats Canzler recht gesund u. gestärkt hieher heimkehren moege. Sie haben mittlerweile auf Ihrem schoenen Erdmannsdorf ausgeruht. Die Arbeiten des Staats Raths für den nächsten Winter fordern auch volle Kraft. Wie viele freuen sich mit mir, daß wir Ew. Excellenz auch bald wieder in unserer Mitte haben werden!

Meine Gesundheit hat den Sommer wieder stark gewackelt, doch hat sie sich gehalten. Es waren zu viele verreist, daß ich hätte abkommen koennen, sonst würd' ich mir die Erlaubniß genommen haben, Sie in Ihren Bergen zu besuchen.

Vor 2 Tagen war ich auf Arndts Hochzeit,[1]) wo wir auch Ew. Excellenz mit treuer Verehrung gedachten. Gleich nach der Hochzeit, in der Nacht zwischen 2 u. 3 Uhr, ist er mit seiner Neuvermählten nach Bonn gereist. Eine unbehagliche Brautnacht!

Mit der innigsten Verehrung Ew. Excellenz ganz gehorsamster

Eichhorn.

Coblenz den 5t. Februar 18.[2])

Ew. Excellenz kann ich das anliegende Schreiben des H. Obristen von Clausewiz nicht zusenden, ohne einige Worte von mir beyzufügen.

Wir sind nun an sechs Wochen hier u. haben viel gesehen u. gehoert. Zum Thun waren wir beyde durch die Arbeiten der Ministerien wenig vorbereitet. Indeß ist schon manches geschehen, was einen guten Eindruck gemacht hat, u. wir sinnen unaufhoerlich, wichtigere Dinge dergestalt wenigstens in den Gang zu bringen, daß wo moeglich gleich nach der Rükkunft des Herrn Staats Canzlers darüber ein Beschluß gefaßt werden kann.

Klagen im Einzelnen haben die hiesigen Menschen wenig, mit sehr geringen Ausnahmen führen sich unsere Beamten moralisch gut auf. Es kommt auf einige große Operationen an, welche bis zur Klarheit u. praktischen Ausführbarkeit disentirt sind.

Der Herr Staats Canzler ist überall mit großem Vertrauen aufgenommen worden, u. hat durch mündliche u. schriftliche Aeußerungen dasselbe noch viel mehr befestiget. Ein Maaßstab für Ew. Excellenz mag seyn, daß Goerres höchst zufrieden ist. Seine Schrift, worinn er die Geschichte u. Uebergabe der neuesten Addressen der Rheinländer an den Herrn Staats Canzler erzählt, wird er Ew. Excellenz unmittelbar senden. Sie ist sehr gut vom H. Staats Canzler aufgenommen worden, bis auf einige Punkte, worüber er mündlich mit Goerres verhandeln will; und diese Aufnahme, welche Goerres urkundlich mit einem Schreiben des H. Staats Canzlers belegen konnte, hat nachtheilige Urtheile u. Aeußerungen, die sich vielleicht hie u. da bei Andersdenkenden hätten bilden können, schon in der Geburt erstikt.

---

[1]) mit der Schwester Schleiermachers.

[2]) B. 421.

Digitized by Google

Goerres hat alle seine Rükstände, wie er sie verlangte, nachgezahlt erhalten bis zum 1t Januar d. J.; von da ab wird er ein jährliches Gehalt von 1800 rthlr., das Normal Gehalt für einen Regierungs Rath erster Classe, beziehen. Ich glaube nun auch, daß er besser in ein praktisches Verhältniß als zum Professor taugt. Er muß mitten in die Schwierigkeiten des praktischen Lebens hinein, er wird der Sache dienen, indem er durch seinen Geist u. Eyfer sie fördern hilft, zugleich wird ihm gedient, indem die näheren Kenntnisse u. der unmittelbare Kampf mit den Schwierigkeiten den Stachel der Raisonirlust ihm ausziehen muß. Alle Professoren leiden mehr oder minder an dieser Krankheit, wenn sie auch nicht den Stachel des Geistes und Wizes ausrecken koennen.

Wie Ihr Bild beynahe an allen Wänden hier hängt, neben Scharnhorst, so wirkt auch das Gedächtniß Ihres Hierseyns mit dem Zauber einer Legende. Wie oft hab' ich Ihre Zeit mit der jetzigen vergleichen hoeren! Ich wohnte jüngst einer Jahresfeyer der Stiftung des hiesigen Casinos bey, man trank nun auf das Wohl des anwesenden Fürsten von Hardenberg u. des abwesenden Generals von Gneisenau.

Ueber unsere Abreise steht noch nicht fest, ich glaube aber nicht, daß sie sich über Mitte, spätestens Ende Maerz verzögern wird.

Gott erhalte Ew. Excellenz gesund u. heiter. Mit unveränderlich treuer Verehrung verharre ich Ew. Excellenz ganz gehorsamster

Eichhorn.

Luxemburg den 22t. Septbr. 1818.[1])

Ew. Excellenz bring' ich meinem herzlichen Glückwünsche zu Ihrer Ernennung als Gouverneur von Berlin dar. Vielleicht sehen Sie die Sache anders an. Ihren Freunden aber müssen Sie schon erlauben, über dieß Ereigniß recht innig sich zu freuen.

Die direkte Wirksamkeit kann Ihnen nicht genügen, ein desto weiteres Feld biethet sich für ein indirektes Wirken dar, für die Belebung eines edlen Geistes in der Hauptstadt, für die Unterhaltung eines freundlichen Verhältnisses zwischen Militair und Bürgern, für die Erhebung, Beruhigung u. Vereinigung der Gemüther in allen den unendlichen Beziehungen, welche sich in der Hauptstadt vereinigen. Dieß ist es, weßhalb mir eine Empfindung unter allen Gutgesinnten über die von dem Koenige getroffene Wahl seyn wird.

Der Herr Staats Canzler befindet sich sehr wohl. Wir sind bisher meist auf der Reise gewesen, u. haben mehr gesehen u. gehoert als gethan u. geschrieben. Es beginnt nun die Zeit des Congresses, von dem viele im Gegen-

[1]) B. 421. Bevor Hardenberg, in dessen Gefolge Eichhorn sich befand, sich nach Aachen zu dem dortigen Kongreß begab, unternahm er, wie schon mehrmals, eine Inspektionsreise durch die Rheinprovinz, die ihn auch zu der preußischen Garnison von Luxemburg führte.

Digitized by Google

sache gegen den Wiener als das Beste wünschen, daß er recht wenig thut. Von außen her kann einmal, wie die Erfahrung gelehrt hat, wenig Heil kommen, die Staaten müssen in sich gesund werden u. daran mag jeder arbeiten.

Mit inniger, treuer Verehrung Ew. Excellenz ganz gehorsamster

Eichhorn.

Die Inflation

Max Warburg, voraussichtlich der wirtschaftliche Unterhändler auf dem Friedenskongreß, hat einmal gesagt, daß viele Leute heute über Valuta sprechen und schreiben, die sich darunter noch vor kurzem einen Mädchennamen vorgestellt hätten. Ganz ähnlich ist es mit der Inflation. Wir wollen den deutschen Professoren der Nationalökonomie nicht zu nahe treten, aber es darf wohl einigermaßen bezweifelt werden, ob auch nur ein halbes Dutzend von ihnen eine halbwegs befriedigende Definition dieses Begriffes in der Friedenszeit hätte geben können. Und wer in den großen Nachschlagewerken der Nationalökonomie eine Probe macht, wird finden, daß dieses Stichwort überhaupt fehlt. Und doch ist die Frage der Inflation nicht minder wichtig wie das Valutaproblem. Was ist nun Inflation? Inflation heißt wörtlich Aufblähung. Im Geldwesen ist darunter die künstliche Schaffung von zusätzlicher Kaufkraft zu verstehen. Sie entsteht dadurch, daß auf irgendwelche Weise für nicht genügende Leistung eine übertriebene Gegenleistung in Geld gewährt wird. Diese Hingabe von Geld aber braucht keineswegs durch die Auslieferung von barem Metallgeld oder Banknoten zu erfolgen, sondern sie ist ebensowohl möglich durch die Gutschrift einer entsprechenden Summe bei der Bank. Dieses Moment kann gar nicht genug betont werden. Es ist nämlich eine weitverbreitete irrige Annahme, daß unter Inflation die Überschwemmung eines Landes mit Papiergeld aller Art zu verstehen sei. Das ist ganz falsch. Im Gegenteil, man kann sich rein theoretisch ein Land vorstellen, das unter den schlimmsten Inflationserscheinungen leidet und in dem nicht 100 Mark Banknoten im Umlauf sind. Um das zu beweisen, bedarf es nur des Hinweises auf England und Amerika, wo man sich unvergleichlich mehr als bei uns mit den Problemen der Inflation seit Jahr und Tag beschäftigt und wo, verglichen mit unserem Banknotenumlauf, sich gegen früher fast gar nichts geändert hat. Der Umstand, daß Inflation keineswegs identisch ist mit allzu großem Notenumlauf, möge an folgendem weiteren Beispiel klargemacht werden: Nehmen wir einmal an, es würde durch eine außerordentlich energische und geschickte Agitation glücken, den Notenumlauf im Deutschen Reiche um 20 Milliarden zu verringern, was würde dann vor sich gehen? Die Leute würden dieses Geld auf ihre Bank tragen und sich dort entweder ein neues Konto errichten oder aber ihr altes Konto entsprechend erhöhen. Es würden dann plötzlich die Einlagen bei den Großbanken um 20 Milliarden steigen. Diese, die Großbanken, müßten mit dem ihnen zufließenden Geld irgend etwas anfangen, und sie würden vermutlich bei der Reichsbank Schatzwechsel usw. kaufen. Es würde dann der Status der Reichsbank ganz anders aussehen als bisher, indem nämlich sowohl auf der Aktiv- wie auf der Passivseite 20 Milliarden weniger stünden. Dafür hätten aber, wie gesagt, die Großbanken um 20 Milliarden mehr Verbindlichkeiten und Forderungen. Die zusätzliche Kaufkraft, von der wir zu Beginn unserer Ausführungen sprachen, wäre geblieben. Der einzelne würde zwar nicht mehr wie bisher in gewaltigen Summen mit Banknoten um sich werfen und damit alles und jedes, gleichgültig zu welchem Preise, kaufen, aber er würde statt dessen mit derselben Unbekümmertheit durch Bankschecks erwerben und bezahlen, was ihm gerade in den Weg läuft.

Digitized by Google

Wir haben mit diesen Ausführungen schon etwas vorgegriffen, nämlich der Wirkung einer Inflation, müssen aber vorher noch ein Wort über die Ursachen sagen: Wie entsteht eine Inflation, und wie ist sie namentlich in Deutschland, wo sie ungeheuer schlimm ist, entstanden? Sie ist selbstverständlich zurückzuführen auf die Kriegswirtschaft und die Kriegsfinanzierung. Das Reich brauchte von Anbeginn an Waren um jeden Preis und bezahlte dafür jede Summe. Wie aber war es mit der Bezahlung? Letzten Endes kann in einer gesunden Wirtschaft doch nur mit Kapital bezahlt werden. Das Geld ist dafür nur Schleier. Wenn wir beispielsweise ein großes Haus erwerben und dafür einen Scheck von 500000 Mark auf Bankanzahlung geben, so steht doch hinter diesem Scheck, wenn man sich die Sache durchdenkt, irgendein wirkliches Kapital, eine Realität. Warum? Die 500000 Mark Bankguthaben, die bisher uns gehört haben, von nun an aber dem Verkäufer des Hauses, stellen eine Forderung an die Bank dar.

Die Bank ihrerseits ist dafür gut, denn sie hat entsprechende Anlagen, beispielsweise in Aktien. Hinter diesen Aktien aber steht letzten Endes entweder wiederum eine Fabrik mit greifbaren Gütern, seien es Gebäude oder Rohwaren oder Fertigfabrikate. Ganz anders aber war es mit dem Staat als Käufer. Der zahlte mit Schatzanweisungen, hinter denen schließlich nichts anderes stand als der Kredit des Landes und die Steuerverpflichtungen seiner Bürger. Später wurden diese schwebenden Verbindlichkeiten abgelöst durch Kriegsanleihe. Auch hinter diesen stand zunächst nichts. Auch bei diesen handelte es sich zunächst nur um ein künstlich geschaffenes Papier. Diese künstliche Schaffung wurde nun ad libitum fortgesetzt mit dem Erfolge, daß jeder Kriegslieferant, ob er nun Waren oder Arbeit lieferte, sich recht reich fühlte, glänzende Einkommensverhältnisse auswies und, wie in unserer Definition erwähnt, über eine zusätzliche Kaufkraft gegen frühere Zeiten verfügte. Wir erlebten nun das merkwürdige Schauspiel, daß auf einmal die Leute viel mehr Geld hatten als früher, während viel weniger Waren als damals vorhanden waren. Man könnte also sagen, während früher einer gewissen Ware x Mark gegenüberstanden, standen nach und nach anderthalb, zwei und drei x Mark gegenüber. Die Nachfrage nach Waren mußte dadurch außerordentlich steigen. Es wurden ganz andere Preise als früher bezahlt, und die ungeheure Teuerung war da. Daß dies auch durch andere Umstände mitverursacht war, wie beispielsweise den Niedergang unserer Valuta, den Kettenhandel usw., soll nicht bestritten werden, obwohl auch Valuta und ähnliche Dinge wiederum teilweise Wirkungen der Inflation sind. Es würde nämlich in dem Augenblick, in dem die Inflation aufhören würde, die Valuta ganz außerordentlich steigen.

Wie kann nun diese Inflation beseitigt werden? Offenbar nur durch Beseitigung ihrer Ursachen. Die zusätzliche Kaufkraft muß aus der Welt geschafft werden. Es geht nicht an, daß gerade jetzt, wo wir ärmer als je sind, rein ziffernmäßig die Vermögen der einzelnen Bewohner höher sind als je zuvor. Wie nun die zusätzliche Kaufkraft zu beseitigen ist, ist nicht schwer zu sagen. Wir müssen also, was an Scheingeld vorhanden ist, beseitigen. Ob dieses Scheingeld nun zum Ausdruck kommt in den 30 Milliarden Banknoten und Papiergeld, oder aber in den 100 Milliarden Kriegsanleihen, oder aber in den allzu hohen Bankguthaben, ist gleichgültig. Das kann aber nur bewerkstelligt werden durch eine entsprechende Vermögenskonfiskation, die zu Unrecht von kapitalistischer Seite als eine Härte empfunden wird, denn sie ist in Wahrheit das einzige Mittel, um den Wert des Kapitals wieder zu steigern. E. K.

Digitized by Google

Literarische Berichte

Warum verloren wir den Krieg? Von Georg Gothein. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Geheftet M. 2.75.

Diese Schrift Georg Gotheins, der von jeher zu denen gehörte, die die wahren Zusammenhänge kannten, deren Warnungen und Mahnungen aber nicht beachtet, ja sogar verlacht wurden, bildet den ersten Versuch, gestützt auf die weitreichenden Kenntnisse des erfahrenen Politikers, eine zusammenhängende Darstellung all der Ursachen zu geben, welche die furchtbare Katastrophe Deutschlands gezeitigt haben. Vieles erscheint in seiner Schilderung in neuem Lichte oder war bisher nicht bekannt; die ganze Kette von Fehlern und Versäumnissen, Beschönigungen und Entstellungen, die zum Zusammenbruch führten, wird lückenlos abgerollt. Es handelt sich aber bei Gotheins Arbeit nicht etwa um eine rein negative Kritik des Vergangenen, man wird vielmehr in hohem Maße daraus für die Zukunft lernen können.

Goethe-Handbuch. In Verbindung mit mehreren herausgeg. von Dr. Julius Zeitler. 3. Bd. Nachdruck — Zwischenkieferknochen. (Bd. 1—3 zus. 66 M.) Stuttgart, G. Metzler.

Trotz allen immer wachsenden technischen Schwierigkeiten ist dieser letzte Band des Goethe-Handbuches noch während des Krieges fertiggestellt worden. Wie eine erste Friedensgabe bot sich uns das nun abgeschlossene Werk dar; und daß der kommende Friede so wenig von dem Versöhnenden und Erlösenden bringt, das unsere Hoffnungen mit dem Wort verbanden, macht jenen symbolischen Zufall noch bedeutungsvoller. Mehr als je muß uns in Zukunft die Beschäftigung mit unseren Klassikern, Goethe voran, nicht nur Wissens-, sondern Herzenssache sein, ihre Werke nicht Stücke der Literaturgeschichte, sondern Quellen des Trostes und der Wiederverjüngung. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir nun mit tatloser Entsagung in die einst von der Welt so gerne gesehene und neidlos uns zugestandene Rolle des „Volkes der Dichter und Denker" zurücktreten sollen; wohl aber, daß bei der uns heute noch fast unmöglich dünkenden Aufgabe des Wiederaufbaus unserer nationalen Existenz, der politischen wie der geistlich-sittlichen, wir unsere klassische Literatur als einen verpflichtenden Besitz empfinden und hochhalten, der uns ansporne, wieder jener wunderbaren Höhe geistiger Kultur zuzustreben, auf der Männer wie Goethe, Schiller, W. v. Humboldt stehen, und der uns gegen die Anmaßung, uns zum Pariavolk zu degradieren, die Waffen stolzer Gegenwehr in die Hand gibt. Dem Zweck, ein inniges, wirkliches Zusammenleben mit unseren Großen zu fördern, will ja auch das „Goethe-Handbuch" dienen; und nun wir die gesamten drei stattlichen Bände vor uns haben, können wir sagen, daß es dieser Aufgabe in der Hand eines liebe- und verständnisvollen Benutzers aufs schönste gerecht zu werden vermag, und daß es einen vortrefflichen Begleiter durch die Welt Goethes abgeben wird. Was die Reichhaltigkeit des „Goethe-Handbuchs" betrifft, so erinnern wir an die Proben aus den Stichworten, die wir bei Besprechung der früher erschienenen Bände gaben; in ihnen spiegelt sich ja zugleich die Weite der ganzen Goetheschen Welt. Daß bei diesem gewaltigen sachlichen Inhalt und bei der großen Zahl der Mitarbeiter die einzelnen Artikel nicht durchweg gleichwertig sind und ihr Umfang nicht immer der inneren Bedeutung des Gegenstandes entspricht, haben wir gleichfalls schon früher angedeutet. Wir können aber bestimmt hoffen, daß in dieser Hinsicht eine zweite Auflage des Handbuches, die gewiß in nicht allzulanger Zeit notwendig werden wird, viel bessernde und vereinheitlichende Arbeit aufweisen wird. Zunächst aber wollen wir uns dieser ersten Auflage, wie sie ist, freuen und ihr viele dankbare Benützer wünschen. -y-

Menschen und Probleme. Reden, Vorträge und Aufsätze von Theobald Ziegler. Berlin, G. Reimer. 424 S.

Von dem im Haupttitel angekündigten Inhalt bringt dieser Band nur den ersten Teil; die „Probleme" sollen später folgen. Die Reihe der „Menschen", mit denen sich der Verfasser beschäftigt, ist lang und vielgestaltig. Nur ein paar Namen können aus dem reichen Inhalt genannt werden: Gutenberg, Luther und Melanchthon, Kant und Fichte, Schiller und Wilhelm v. Humboldt (denen besonders wertvolle Betrachtungen gewidmet sind), vor allem die engeren Landsleute des Verfassers, die Schwaben, bei denen er mit Liebe und Eifer verweilt: Hegel, Ludwig Feuerbach, David Friedrich Strauß, Vischer, Gustav Binder, Zeller, Pfleiderer. Wie viele andere wären noch zu nennen! Eigentlich veraltet ist wenig, obwohl die Entstehungszeit der Abhandlungen und Festvorträge zum Teil weit zurückliegt; Widerspruch läßt sich bei einigen Gedanken wohl nicht unterdrücken, so etwa bei einem Angriff gegen die Romantik oder

Digitized by Google

bei Ausführungen über die Literatur der Gegenwart, aber im ganzen muß doch mit Dank gegen den Verfasser anerkannt werden, daß diese Reden und Aufsätze es verdienen, für die Zukunft aufbewahrt und eifrig gelesen zu werden, weil sie vielen Anregung und Belehrung geben können.

H. Br.

Medizin und Dichtung. Die pathologischen Erscheinungen in der Dichtkunst. Von C. Augstein. Stuttgart, Ferdinand Enke.

Einige Vorträge, inhaltlich nur leicht miteinander verknüpft, sind in diesem kleinen Buch vereinigt. Wie die Dichter über die Aerzte urteilen, wie sie Krankheit und Sterben, namentlich auch psychopathische Personen darstellen, wird besprochen; dann folgen Bemerkungen über Genie und Irrsinn; den Schluß bildet ein Aufsatz über die Suggestion im Leben und in der Dichtung. Die Betrachtungen gehen nirgends in die Tiefe, können aber anspruchslose Leser befriedigen und hier und da auch verwöhntere Leser anregen.

D.

Die südslawische Frage und der Weltkrieg. Von L. v. Südland. Uebersichtliche Darstellung des Gesamtproblems. Mit 3 Karten. Wien 1918, Manz. 796 S. Preis 20 Kr.

Die Habsburger und die serbische Frage. Geschichte des staatlichen Gegensatzes Serbiens zu Oesterreich-Ungarn. Von Leopold Mandl. Wien 1918, Perles. 197 S.

Von der außerordentlichen Bedeutung des südslawischen Problems durchdrungen, hat uns ein kroatischer Schriftsteller, der sich v. Südland nennt, eine erschöpfende Darstellung der südslawischen Frage gegeben, die auch heute in ihrem sachlichen Teil nicht veraltet ist. Mit seinen fast 800 Seiten Text und seiner weit ausgreifenden, Wiederholungen nicht immer vermeidenden, umständlichen Art bietet dieses Werk wahrlich keine leichte Lektüre und stellt an die Ausdauer des Lesers eine starke Anforderung. Es ist eben mehr ein Nachschlage- als ein Lesebuch. Jedenfalls aber steckt ein reicher Schatz von historischem, ethnographischem, kulturwissenschaftlichem und politischem Material zu dem behandelten Probleme darin und macht es daher zu einem für Politiker und Historiker dieser Richtung kaum zu entbehrenden Handbuche. — Es können hier nur die Umrisse der Grundgedanken des Autors wiedergegeben werden. Es sind diese: 1. Kroaten und Serben sind nicht, wie man in neuerer Zeit so oft behaupten hört, ein einziges Volk mit zwei Namen infolge zweierlei Konfessionen: Kroaten — katholisch, Serben — orthodox, sondern zwei durchaus verschiedene ethnische Individualitäten mit ganz verschiedener historischer Vergangenheit. 2. Die Serben sind die Erben des alten Byzanz, zwar nicht im territorialen, aber im religiösen, politischen und moralischen Sinne. 3. Die Serben werden sich mit Oesterreich niemals aussöhnen und immer dessen unversöhnliche und gefährliche Feinde bleiben.

Ebenso ungünstig wie der pseudonyme kroatische Autor urteilt der Wiener Journalist Leopold Mandl über die Serben, und als Spezialist in Balkanfragen hat er hiezu sicher ebensoviel Ursache wie jener. Sein Urteil über die Serben darf sogar als das unbefangenere gelten, da „Südland" sein Urteil über sie eben als Kroate und entschiedener Gegner fällt. Ganz wie dieser sieht auch Mandl in Serbien den eigentlichen Urheber des Weltkrieges und führt interessante Belege dafür an, aus denen dies mit einer jeden Zweifel ausschließenden Sicherheit hervorgeht. Die Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns war eben das Ziel, das die serbischen Politiker um jeden Preis und mit allen Mitteln zu erreichen suchten. Mit allen Mitteln, den Meuchelmord inbegriffen. Und zwar hatten sie es ganz besonders auf Erzherzog Franz Ferdinand abgesehen, als das mächtigste Hindernis für die Verwirklichung ihrer Pläne und zugleich den eigentlichen Träger, ja die Personifizierung des habsburgischen Reichsgedankens. All die (mit dem Jahre 1910 beginnenden) Mordversuche, denen zuletzt die unglücklicherweise gelungene Ermordung Franz Ferdinands und seiner Gattin folgte, berechtigen Mandl zu den Worten: „Ein Assassinenstaat, wie zur Zeit der Kreuzzüge, war mitten in Europa entstanden, der durch politische Morde seinen Staatszweck zu erreichen und sich dazu, ganz wie im Mittelalter der „Alte vom Berge", unglücklicher, betörter Adepten bediente, die auf den ihnen gegebenen Befehl blindlings mit ihren Mordwaffen überallhin reisten, wo es die Leiter der großserbischen Propaganda anordneten." Ein grelles Streiflicht auf die Mordwut, die in Serbien grassiert, wirft die von Mandl zitierte, aus amtlicher serbischer Quelle stammende, also gewiß nicht zu Ungunsten Serbiens hergerichtete Mord- und Raubstatistik dieses Landes. Die Zahl der dort in den Jahren 1905 bis 1909 begangenen Gewaltverbrechen war demnach folgende:

Morde (Meuchelmorde, Elternmorde)	2300
Kindermorde	202
Raubmorde	635
Mordanfälle	1892
Raubanfälle (bewaffneter Weglagerer)	10538
Brandstiftungen	3240

Der Jahresdurchschnitt der in Serbien begangenen Morde beträgt 630, davon

Digitized by Google

120 Raubmorde. Ein unerreichter Rekord! Ganz im Sinne „Südlands“ ist auch Mandl der Ansicht, daß die vielfach geäußerte Behauptung, es sei die für Serbien so nachteilige Agrarpolitik Oesterreich-Ungarns (eigentlich bloß Ungarns) gewesen, die das feindselige Verhältnis zwischen der Monarchie und Serbien verschuldet habe, nicht den Tatsachen entspricht, daß diese Politik zwar beigetragen, die Beziehungen beider Staaten zu verschlechtern, aber sie nicht auch verursacht habe. Die Ursache sei vielmehr in dem allserbischen Größenwahne zu suchen, der das Leitmotiv der serbischen Politiker und dessen Ziel die Vernichtung Oesterreich-Ungarns gewesen sei. Th. v. S.

Die germanische Heldensage. Von J. W. Bruinier. (Aus „Natur und Geisteswelt“, 486. Bändchen.) Leipzig und Berlin, B. G. Teubner.

Nur der Fachmann erkennt mit freudiger Zustimmung das wissenschaftliche Rüstzeug, das Bruinier bei der Bearbeitung dieses aufschlußreichen Werkchens anlegen mußte: die weiten Leserkreise, für die das Buch in erster Linie bestimmt ist, werden vor allem, der Hand des sicheren Führers willig vertrauend, den fesselnden Stoff auf sich wirken lassen und die ansprechende Form der Darstellung genießen, die da und dort durch Proben aus den alten Heldensagen bereichert ist. Deren Inhalt, geschichtliche Grundlagen und wechselseitige Beeinflussung schildert der Hauptteil des Buches, vorausgeschickt aber ist ein Kapitel über Begriff und Entstehung der germanischen Heldensage, der wissenschaftlich den höchsten Ansprüchen gerecht wird. Daß das Werkchen dem deutschen Heere gewidmet ist, hat seine tiefe Bedeutung und auch Begründung. Denn „alles kehrt wieder. Die Schlacht auf den katalaunischen Feldern, die Schlacht am Weichselwalde, wir haben sie wieder miterlebt, und der Morgen einer zweiten Rabenschlacht dämmert herauf“.

Hans Zimmer

Essays on Goethe by Thomas Carlyle. Leipzig, Bernhard Tauchnitz. 285 S. M. 1.60.

Die in unsern Tagen doppelt denkwürdige Stellung, die Carlyle als Verehrer und Verkünder des deutschen Geistes einnimmt, tritt in diesem schönen Werk aufs neue klar zutage. Es bietet alle seine Aufsätze über Goethe, darunter auch den über Faust, der bisher nur in einer fachwissenschaftlichen Zeitschrift zu finden war. Wo Carlyle einzelne Tatsachen aus Goethes Leben oder einzelne Punkte aus seinen Werken bespricht, kann er uns Deutschen heute nicht mehr viel von Bedeutung sagen; Mißverständnisse und fremdartige Anschauungen machen sich hindernd bemerkbar, und die rastlose Goetheforschung hat ihn vielfach überholt. Wo er aber den Blick aufs Ganze richtet, ein Bild der tiefen und weltweiten Persönlichkeit entrollt, die Gründe des Seins und Schaffens erhellt, da erhebt sich die Darstellung so ins Großartige, daß auch Leser in unserer Zeit den gehaltvollen Gedanken und der künstlerisch edlen Form Bewunderung zollen müssen. H. B.

Begabungsschulen. Von Dr. Max Apel. Berlin-Charlottenburg, Vita, Deutsches Verlagshaus. M. 1.—.

Ueber Begriff und Bedeutung, Wesen und Aussichten der „Einheitsschule“ oder „Begabungsschule“ ist bereits eine reiche, viel zu reiche Literatur angewachsen. Wenn jetzt auch der Leiter der Freien Hochschule Berlin das Wort zu dieser Frage ergreift, so versucht er es vornehmlich, die Einwendungen gegen die Einheitsschule zu entkräften. Interessant ist die Auseinandersetzung mit Hartnacke, Krückmann, Cauer und Hartmann am Schluß des letzten Kapitels. Z.

Gedichte von Sigbjörn Obstfelder (= Nordlandbücher, herausgegeben von Heinr. Göbel). Berlin, Morawe & Scheffelt. Geb. M. 1.—.

Der Verfasser, ein Norweger, im Jahr 1900 mit 34 Jahren gestorben, hatte sich nach technischen Studien der Dichtkunst und Musik gewidmet. Er schrieb Novellen und ein Bändchen „Digte“, die von größtem Einfluß auf die norwegisch-dänische Literatur gewesen sein sollen. Diese Gedichte verraten ein Original, das alles Ungestüm seines Herzens darin ergossen hat. Seiner Freude und seinem Schmerz hat er im Liede Ausdruck gegeben. Diese Poesie ist aber, wie der Uebersetzer Göbel selbst sagt, ein starker Trunk, der nicht für alle paßt. Die Uebertragung liest sich leicht und angenehm. E. M.

Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Eine Darstellung von Jakob Schaffner. Stuttgart, Franckesche Verlagshandlung. M 2.25.

In gehaltreicher Knappheit, klarer, anschaulicher Darstellungsweise und zuverlässiger geschichtlicher Wahrheitsliebe, unterstützt durch eine stattliche Anzahl guter Textbilder, Kärtchen und vortrefflicher Tafeln, schildert dieses kraft- und lichtvolle Buch die Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft in ihrer völkischen Eigenart von den ältesten Zeiten bis zur jüngsten Gegenwart. Aeußerst praktisch ist die sehr ins einzelne gehende Gliederung des Stoffes durch fortlaufende Marginalien. Den tiefe-

Digitized by Google

ren Zweck seiner Arbeit kennzeichnet Schaffner selbst in der Einleitung mit den Worten: „Es sollte dargestellt werden, wie diese schwäbisch-burgundische Volksgenossenschaft ein altes deutsches Staatsideal fortsetzt, während die übrigen deutschen Stämme, auf andere Wege gedrängt, sich monarchistisch-dynastisch entwickelten. Dargestellt sein soll ferner, daß die heutige Schweiz wie jede andere Form kein Absolutes, sondern lediglich eine Möglichkeit ist, besondere Kulturwerte zu schaffen und Vorzüge hervorzubringen." Z.

Die lebendige Gemeinde. Von F. Niebergall. Religionsgeschichtliche Volksbücher. Tübingen 1917, Mohr. M. —.50.

Die meisten und vor allem die Sehenden in unserm Volk leben unter dem Eindruck: wir stehen in jeder Beziehung an einer Wende der Zeiten. Auch unsre Kirche sieht es, auch ihr gilt es. Und solche Einsicht fordert zu Taten, zu Reformen auf. In diesem Sinn ist obiges Heft geschrieben, das Bilder lebendiger Gemeinden vorführt: aus den sächsischen Gemeinden Siebenbürgens, aus den „Gemeinden unter dem Kreuz" am Niederrhein und aus der schottischen Freikirche, und das dann Aufgaben und Wege darstellt und aufweist, wie das Bild der Vergangenheit und das Ideal der Zukunft unsre Gegenwart beeinflussen und gestalten kann und soll. Dr. W.

Der Aufbau. Eine Reihe von Flugschriften, herausgegeben von Conrad Haußmann. Heft 2: Fr. Payer, **Deutsch-Oesterreich und wir.** Heft 3: Otto Blum, **Der Wiederaufbau unseres Verkehrswesens.** Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Preis jedes Heftes M. 1.—.

Der Verpflichtung zur Arbeit, klarer Einsicht und festem Willen, die uns der furchtbare Ernst der Zeit auferlegt, will die Sammlung von Flugschriften dienen, die unter dem Gesamttitel „Der Aufbau", herausgegeben von einem unserer angesehensten Politiker, Conrad Haußmann, soeben zu erscheinen beginnt. Die dringlichsten Fragen unseres wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens sollen hier von berufenen und anerkannten Fachmännern in knapper, allgemein verständlicher Form erörtert werden. Es liegen bisher die zwei oben genannten Hefte des „Aufbaus" vor. In warmherziger Weise begrüßt Payer, der aus großdeutschen Ueberlieferungen erwachsene Politiker, den Wiedereintritt der Deutsch-Oesterreicher in den Verband des Deutschen Reiches; er legt die Schwierigkeiten dar, die dabei zu überwinden sind, aber er zeigt, wie auch hier das Wort gilt, daß Schwierigkeiten dazu da sind, um überwunden zu werden! In der zweiten Schrift schildert Professor Blum in Hannover, eine unserer ersten Autoritäten auf dem Gebiet des Verkehrswesens, die hier zu leistende Arbeit des Neuaufbaus, ihre Grundlagen und Ziele. Großzügig ohne alle Phantastik, zuversichtlich bei voller Betonung des furchtbaren Ernstes unserer Situation, wirken diese auf streng sachlicher Grundlage sich erhebenden Darlegungen ermutigend, ja fortreißend; denn sie gehen aus von einem unzerstörbaren und unentreißbaren Besitz Deutschlands: seiner glänzenden verkehrsgeographischen Lage, und behandeln alle sonst in Betracht kommenden Punkte in gedrängter, gehaltvollster Darstellung, überall wertvolle Anregungen und Ausblicke gebend.

Essays zur Religionspsychologie. Von Prof. DDr. Georg Runze (Berlin). Berlin, Otto Koobs. M. 1.—.

Die psychologische Erforschung der Religion ist ein neuer, interessanter Zweig der Wissenschaft. Wer sollte sich nicht gern auch auf diesen Weg des Gottsuchens leiten lassen? Einen vielseitig gelehrten und vorsichtigen Führer auf diesem Wege kann er in dem oben genannten Doppelbändchen aus der „Deutschen Bücherei" finden. In ihm bespricht gleich der erste Abschnitt die psychologischen Grundlagen der Religion und wird die Frage beantwortet: Welcherlei Beweggründe für das Auftreten der typischen Anfangserscheinungen religiöser Vorstellungen lassen sich psychologisch unterscheiden? Vermöge der schon erwähnten Umsicht der Forschungsweise des Verf. lehnt er da nicht einfach die neuerdings hauptsächlich auch von Fr. Max Müller vertretene Anschauung ab, nach der die Menschheit von Haus aus einen religiösen Sinn für das Unendliche als eine Anlage gehabt hat, die besonders durch das Anschauen der Himmelserscheinungen geweckt wurde. In ebensolcher weitblickenden Untersuchung wird dann die Wertbestimmung religiöser Erfahrungen und hauptsächlich die Stellung zum Unsterblichkeitsglauben besprochen, die im Konfuzianismus, im Buddhismus und im Alten Testament sowie ihren neueren Parallelen beobachtet wird. Ed. König.

Die Entstehung der konservativen Partei und die preußischen Agrarverhältnisse von 1848. Von Erich Jordan. München, Duncker & Humblot.

Der Sieg des Liberalismus im März 1848 hatte zur Folge, daß eine Reform der Agrarverhältnisse in Angriff genommen wurde; der Minister Patow hat am

Digitized by Google

27. April 1827 die Regierungen zur Eingabe von Vorschlägen hierüber aufgefordert. Ermäßigung des Ablösungssatzes für Renten, Staatshilfe bei der Amortisierung, Verminderung der Dienste und Abgaben, weitere Durchführung der „Regulierung" bisher nicht regulierungsfähiger Besitzer wurde ins Auge gefaßt. Nun rührten sich aber auch die Betroffenen, und die konservative Partei wurde der Rahmen, in dem sie sich zusammenfaßten, die „Kreuzzeitung" ihr Organ, Bismarck einer ihrer ersten Führer. Das Werk Jordans schildert all das eingehend, gründlich, von liberalen Gesichtspunkten aus, die offen hervorgekehrt sind. E.

Geschichte der französischen Revolution. Sechs Vorträge von Theodor Bitterauf. 2. Auflage. („Aus Natur und Geisteswelt", Bd. 346.) Leipzig, B. G. Teubner. Geb. M. 1.50.

Trotz einer gewissen Trockenheit in der Darstellung wirkt dieses mit acht Bildnissen ausgestattete, in allem Sachlichen äußerst zuverlässige Werkchen spannend durch die Dramatik der geschilderten Ereignisse. Es verlegt den Schwerpunkt in die innere Geschichte Frankreichs. H. J.

Geschichte der indischen Literatur. Von Dr. M. Winternitz, o. Professor an der deutschen Universität in Prag. Zweiter Band. Erste Hälfte. Die buddhistische Literatur. (Die Literaturen des Ostens in Einzeldarstellungen. IX. Band, 2. Abteil., 1. Hälfte.) 288 S. Leipzig, C. F. Amelangs Verlag. M. 7.—.

Eine so umfassende Darstellung der buddhistischen Literatur lag bisher in deutscher Sprache noch nicht vor. Um so dankbarer ist dies Werk zu begrüßen, das von einem der besten Kenner herrührt, überall aus dem Vollen schöpft, die neuesten Forschungen berücksichtigt und durch klaren und anregenden Vortrag auch Laien gute Führerdienste leisten kann. Ein notwendiges Hilfsmittel wird es besonders auch für alle sein, die sich mit vergleichender Literatur- und Märchenforschung beschäftigen. In dem Schlußkapitel behandelt der Verfasser zusammenfassend mit vorsichtigem Urteil die Frage nach dem — vielfach überschätzten — Einfluß des buddhistischen Schrifttums auf die Weltliteratur, insbesondere auf die christlichen Evangelien. Br.

Das Drama. Von Bruno Busse. III. Von der Romantik zur Gegenwart. (Aus Natur und Geisteswelt, 289. Bdchn.) B. G. Teubner, Leipzig.

Auf 120 Seiten eine Uebersicht über das gesamte Drama der Welt von der Romantik bis auf unsere Tage zu geben ist eine schwierige Aufgabe. Busse hat sie glänzend gelöst. Seine Darstellung verrät durchweg eine große Belesenheit und freien kritischen Blick. E. M.

Briefwechsel Johann Kaspar Bluntschlis mit Savigny, Niebuhr, Leopold Ranke, Jakob Grimm und Ferdinand Meyer, herausgegeben von Wilhelm Oechsli. Frauenfeld, Huber & Co. M. 5.50.

Weniger zwar für die weiteren Kreise der Gebildeten, desto mehr aber für denjenigen, der sich mit der Wissenschaftsgeschichte beschäftigt, ist dieses wichtige Quellenwerk von Wert. Es führt uns in die Studierstube fünf bedeutender deutscher Forscher aus jener Zeit, die noch keine Beschränkung auf ein engeres Arbeitsgebiet duldete, sondern dem geistigen Ideal der Universalität anhing, und in die Arbeitsgemeinschaft, die sie mit J. K. Bluntschli, dem vielleicht bedeutendsten Rechtslehrer der Schweiz im 19. Jahrhundert, verband. Die klare, knappe Gegenständlichkeit Rankes, die gründliche Eindringlichkeit Jakob Grimms und ebenso die Eigenart der übrigen großen Gelehrten, die hier im vertrauten Gedankenaustausch vor uns erscheinen, kommt lebendig zur Anschauung. Eine gediegene Einleitung und dankenswerte Anmerkungen Wilhelm Oechslis runden das Bild.

Hans Zimmer.

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 402: Robert Hoeniger, Das Deutschtum im Ausland vor dem Weltkrieg. 2. Aufl. Leipzig, B. G. Teubner. Geb. M. 1.50.

Bleier, Ernst, Des weißen Menschen Schicksalstunde. Wien und Leipzig 1918, Anzengruber-Verlag Brüder Suschitzky. Preis M. 2.—.

Bode, Wilhelm, Goethes Sohn. Mit 16 Bildnissen. Berlin, Verlag E. S. Mittler & Sohn. Preis M. 7.50, geb. M. 10.—.

Bolliger, A., Dr., Pfarrer am Neumünster in Zürich, Deutschland am Scheidewege. München 1918, Verlag J. F. Lehmann. Preis M. 1.50.

Chauvinismus und Weltkrieg. Herausgegeben von Paul Rohrbach. 1. Bd.

Digitized by Google

Die Brandstifter der Entente. Von Paul Rohrbach und Joachim Kühn. Berlin, Hans Robert Engelmann.

Dehio, G. G., Professor Dr., Livland und Elsaß. Berlin 1918, Verlag von Julius Springer. Preis 80 Pf.

Deutschland und der Friede. Notwendigkeiten und Möglichkeiten deutscher Zukunft. Unter Mitwirkung von Otto Hoffmann, herausgegeben von Walter Goetz. Leipzig, B. G. Teubner. M. 12.—.

Die neue Zeit. Schriften und Neugestaltung Deutschlands. Eduard Spranger, Was muß die deutsche Frau von der politischen Lage wissen? Leipzig, B. G. Teubner. 80 Pf.

Hammann, Otto, Zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Erinnerungen aus den Jahren 1897—1906. Berlin, Reimar Hobbing.

Hesse, Rudolf, Die Weltsprache. Ein Ruf an die Gesamtmenschheit. Dresden u. Leipzig, Verlag E. Pierson. Preis 80 Pf.

Hoeber, Karl, Dr., Die staatskirchenrechtliche Lage der Katholiken in Preußen. Köln a. Rh., Verlag J. P. Bachem. Preis geh. M. 2.60, geb. M. 3.20.

Krane, Anna, Freiin v., Die Sünderin. Ein Mysterium in 5 Bildern. Köln a. Rh., Verlag J. P. Bachem. Preis geh. M. 2.40, geb. M. 3.—.

Leibniz, Gottfr. Wilh., Der allerchristlichste Kriegsgott. Reclams Universalbibliothek Nr. 5881. Leipzig, Verlag Philipp Reclam jun. Preis 25 Pfg.

Lenz, Max, DDr., Prof. der Geschichte und Direktor des Histor. Seminars in Hamburg, Für die Hamburgische Universität. Zugleich eine Kritik ihrer Gegner. Hamburg 1918, Verlag Broschek & Co.

Löffler, Kl., Dr., Elsaß-Lothringen. Köln a. Rh., Verlag J. P. Bachem. Preis geh. M. 3.—, geb. M. 3.60.

Moonenkalf, Christian, Bonnette Poggensee. Assessor Teggelstärdh Verlobte. Ein Heimatbuch im Busch-Ton aus Deutschlands Genießerzeit. Von einem Verwundeten. Leipzig, Kommissionsverlag Gustav Brauns.

Reichert, J., Dr., Aus Deutschlands Waffenschmiede. Berlin-Zehlendorf-West 1918, Reichsverlag Hermann Kalkoff. Preis M. 2.50.

Ritter, Moriz, Der Ausbruch des Weltkrieges nach den Behauptungen Lichnowskys und nach dem Zeugnis der Akten. München, R. Oldenbourg. M. 1.50.

Schmitt, Lorenz, Dr., Das Rätsel der britischen Volksseele. Frankfurt a. M. 1918, Verlag Gebr. Knauer. Preis geh. M. 1.20.

Schmoller, Gustav, Die soziale Frage. Klassenbildung, Arbeiterfrage, Klassenkampf. München, Duncker & Humblot. M. 20.—.

Schneider, Max, Die organische Lösung der Zeitfragen. Selbstverlag des Verfassers. 1918. Zu beziehen durch die Buchhandlungen.

Schroeder, L., v., Dr., Houston Stewart Chamberlain. Ein Abriß seines Lebens. München, Verlag J. F. Lehmann. Preis M. 2.50.

Schulze-Berge, Franz, Dr., Die Schutzhaft, ihr Begriff und ihre rechtlichen Grundlagen. Berlin W 56 1918, Verlag Puttkammer & Mühlbrecht. Preis M. 3.—.

Sperling, Erich, Dr., Die wirtschaftsfriedliche nationale Arbeiterbewegung im Lichte der Kritik. Zeitfragen der deutschen Vereinigung, Heft 7. Berlin 1918, Verlag der deutschen Vereinigung. Preis M. 2.—.

Trautmann, O. P., Dr., Der Völkerbund. Berlin SW 11 1918, Verlag der Grenzboten. Preis M. 1.60.

Waldstätter, R. S., In französischer Gefangenschaft. München 1918, Verlag J. F. Lehmann. Preis M. 1.—.

Wehnert, Bruno, Dr., Luther und Kant, Meerane i. S. 1918, Verlag E. R. Herzog. Preis geh. M. 2.50.

Weniger, Ludwig, Das Gymnasium nach dem Kriege. Erwägungen und Vorschläge. Weimar, Hermann Böhlaus Nachfolger. M. 4.50.

Woermann, Karl, Geschichte der Kunst aller Zeiten und Völker. Dritter Band: Christliche Frühzeit und Mittelalter. Leipzig und Wien 1918, Bibliographisches Institut.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Übersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

JAN 18 1920

Vierundvierzigster Jahrgang
Jährlich 12 Hefte

April 1919

Preis vierteljährl. M. 7.50
Beim Postbezug ohne Bestellgeld

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Herausgegeben von

Richard Fleischer

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Inhalts-Verzeichnis

Seite

Professor Dr. **Friedrich Giese** (Frankfurt a. M.): Die staatsrechtlichen Grundgedanken der neuen Reichsverfassung 1

Friedrich Fürst Wrede: Österreich 18

Philipp Zorn: Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen I . 25

Professor **Eberhard Gothein** (Heidelberg): Die Minoritäten. Eine soziologische Betrachtung 34

Freiherr Reinhard v. Dalwigk, Tagebücher 1866 und 1867. Herausgegeben von Privatdozent Dr. **Wilhelm Schüßler** (Fortsetzung) .. 49

Dr. **J. Lulvès**, Archivrat (Berlin): Gebührt Papst Benedikt XV. ein Platz bei den Friedenskonferenzen? 73

Erich Petzet: Paul Heyse und die Politik. Mit unveröffentlichten Briefen aus dem Freundeskreis des Dichters II 79

Ernst Zahn (Göschenen): Vom Wohlwollen in Schrifttum und Menschheit 96

E. K.: Der Kurs der deutschen Kriegsanleihe 99

Literarische Berichte 101

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes 104

Stuttgart **Deutsche Verlags-Anstalt** Leipzig
1919

Preis des Jahrgangs 30 Mark

Digitized by Google

Die zweigespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum kostet 60 Pfennig.

Anzeigen

Bei größeren Aufträgen angemessener Nachlaß. Beilagen nach Vereinbarung.

Annahme bei der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart und sämtlichen Anzeigen-Geschäftsstellen.

Karlsruher Lebensversicherung

auf Gegenseitigkeit.

Bisher beantragte Versicherungen 1625 Millionen Mark.
Leistungen für Kriegssterbefälle 35 Millionen Mark.
Dividenden der Versicherten in den Kriegsjahren 1914/18: 39 Millionen Mark.

Aufnahme vom 10. Lebensjahre an.

Bromwasser von Dr. A. ERLENMEYER

Erprobt und bewährt bei

Schlaflosigkeit und Nervosität

In Apotheken und Handlungen natürlicher Mineralwässer. Einzelgabe 75 ccm = 1 gr Bromsalze. :: Diese 2 bis 3 mal täglich.
Größere Gaben auf ärztliche Verordnung.

Dr. Carbach & Cie. in Bendorf am Rhein

Zum 100. Geburtstag des ehemaligen Reichskanzlers **Fürsten Hohenlohe**

erschien soeben:

Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst

Eine Gedächtnisschrift zu seinem 100. Geburtstag, 31. März 1919

von **D. Dr. Friedrich Curtius**, Präsident a. D.

Geheftet M 2.—

Auch in unserer stürmisch bewegten Gegenwart verdient dieser Gedenktag Beachtung; war doch Fürst Hohenlohe ein Mann von vornehmstem Charakter, echter Bildung und wahrhaft vaterländischer Gesinnung. Als solchen lehrt ihn auch diese Schrift aufs neue kennen und würdigen, die aus berufenster Feder stammt, — Fr. Curtius ist ja als Mitherausgeber der Hohenloheschen Denkwürdigkeiten bekannt. — Die öffentliche Tätigkeit Fürst Hohenlohes wird in knappen, klaren Zügen geschildert; aber auch die innere Entwicklung des Menschen kommt darüber nicht zu kurz. **Dem Fürsten Hohenlohe gebührt pietätvolles Gedenken und dankbare Erinnerung** auch bei späteren Generationen; die schöne gehaltvolle Schrift des Präsidenten Curtius bildet einen würdigen Beitrag zur Erfüllung dieser Ehrenpflicht.

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Herausgegeben von .....

Richard Fleischer

Vierundvierzigster Jahrgang. Zweiter Band
April bis Juni 1919

Stuttgart und Leipzig 1919 Deutsche Verlags-Anstalt

Digitized by Google

Digitized by Google

Inhalt

des

Zweiten Quartal-Bandes des Jahrgangs XLIV

(April bis Juni 1919)

Seite

Professor Dr. **Friedrich Giese** (Frankfurt a. M.): Die staatsrechtlichen Grundgedanken der neuen Reichsverfassung 1

Friedrich Fürst Wrede: Österreich 18

Philipp Zorn: Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen. I. II. III. 25. 117. 222

Professor **Eberhard Gothein** (Heidelberg): Die Minoritäten. Eine soziologische Betrachtung 34

Freiherr Reinhard v. Dalwigk, Tagebücher 1866/67 und 1870/71. Herausgegeben von Privatdozent Dr. **Wilhelm Schüßler** 49. 138. 240

Dr. **J. Lulvès**, Archivrat (Berlin): Gebührt Papst Benedikt XV. ein Platz bei den Friedenskonferenzen? 73

Erich Petzet: Paul Heyse und die Politik. Mit unveröffentlichten Briefen aus dem Freundeskreis des Dichters. II. 79

Ernst Zahn (Göschenen): Vom Wohlwollen in Schrifttum und Menschheit 96

E. K.: Der Kurs der deutschen Kriegsanleihe 99

Professor Dr. **R. Gaupp** (Tübingen): Optimismus und Pessimismus. Gedanken zur Psychologie unseres politischen Lebens 105

Graf Monts: Das Bündnis mit Österreich-Ungarn 112

H. van der Mandere im Haag (Holland): Das polnische Problem in der Mitte des 17. Jahrhunderts 129

Professor Dr. **Rubner**, Geh. Obermedizinalrat: Die Gesundheitsgefahren Mitteleuropas 158

Dr. **E. Thoma** (Pforzheim): Die Ursache der Störung des Proportionalitätsgedankens bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung 160

Karl Elster: Milliardensiege. Eine Betrachtung zur Kriegswirtschaft 168

Professor **H. Quincke** (Kiel), Frankfurt a. M.: Über ansteckende Krankheiten und die Strafbarkeit ihrer fahrlässigen Übertragung .. 176

Digitized by Google

Seite

Dr. **Konrad Huschke**: Karl Maria v. Webers Beziehungen zu Ludwig v. Beethoven und Franz Schubert 184. 274

E. K.: Die überlebte Kriegswirtschaft 193

H. Wittmaack: Über die Auslieferung des Kaisers 201

H. v. Hoff: Die tieferen Ursachen des Zusammenbruches der Türkei. Eine zeitgemäße Völkerstudie 206

Carl Misch: Verdun oder die Marne? Des Krieges Wende. Zeitgeschichtliche Studie 265

Karl Elster: Die deutsche Reichsmark im Kriege 284

Conrad Bornhak: Das Zweikammersystem für die deutschen Einzelstaaten 292

Kleine Revuen

Literarische Berichte 101. 195. 298

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes 104. 199. 300

Digitized by Google

Die staatsrechtlichen Grundgedanken der neuen Reichsverfassung

Von

Prof. Dr. Friedrich Giese in Frankfurt a. M.

Das deutsche Volk, in dessen Händen die Fülle der staatlichen Gewalt im neuen Deutschland ruht, hat seine erwählten Vertreter nach Weimar entsandt, um die Grundmauern für den demokratischen Staatsbau zu legen. Kein Staatswesen ist ohne festes rechtliches Fundament seiner öffentlichen Ordnung lebens- und entwicklungsfähig. Und kein moderner Staat wird auf die förmliche und feierliche Aufzeichnung seiner verfassungsmäßigen Grund- und Leitsätze in einer „Verfassungsurkunde" verzichten. Sie bildet das erste und vornehmste Gesetz jedes Staates, auf ihr beruht die ganze staatliche Ordnung, ohne sie herrscht Willkür und Anarchie. Unserem niedergebrochenen Vaterlande das Haus zu errichten, darin es in freiheitlichem Wirken aller seiner Kräfte die politische, wirtschaftliche und kulturelle Erneuerung vollziehen kann, ist die welthistorische Aufgabe der „verfassunggebenden" deutschen Nationalversammlung. Das Weimarer Verfassungswerk wird einer der wichtigsten Marksteine in der Geschichte unseres Volkes werden. Möchte die verantwortungsschwere Arbeit unseres an klassischer Stätte tagenden souveränen Reichsorganes ungestört und würdig verlaufen und ihrem glücklichen Ergebnis eine dauerhafte, segensreiche Grundlegung für das deutsche Staatswesen beschieden sein.

Zum vierten Male seit dem Untergang des altehrwürdigen Deutschen Reiches (1806) wird der schwierige Versuch einer Lösung des gesamtdeutschen Staatsproblems unternommen. Kümmerlich und unbefriedigend war der staatsrechtliche Erfolg des in der Begeisterung der Freiheitskriege geborenen, anfänglich so verheißungsvollen Einigungsgedankens in der Gestalt, die ihm der Wiener Kongreß (1815) in der deutschen Bundesakte gab. Der Deutsche Bund war überhaupt kein Staat, sondern bloß ein Bund von Staaten, keine Einheit, sondern eine Vielheit, ein Gebilde nicht des Staatsrechts, sondern des Völkerrechts, ein Staatenverein unter österreichischer Hegemonie, ein „österreichisches Deutschland". Kein Wunder, daß Reformbestrebungen fruchtbaren Boden fanden und zuletzt revolutionären

Copyright 1919 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

Charakter annahmen. Die ewig denkwürdige Versammlung der besten deutschen Männer in der Frankfurter Paulskirche (1848) unternahm den zweiten Versuch einer Einigung aller deutschen Stämme unter Preußens Führung. Die Krönung ihres Verfassungsentwurfes bildete die Wahl des preußischen Königs zum Deutschen Kaiser (1849). Doch Friedrich Wilhelm lehnte die Krone ab. Damit scheiterte zwar das ganze Verfassungswerk. Wer will es aber dem Hohenzollernfürsten verdenken, daß er, die Verkörperung des monarchischen Prinzips, als charakterfester Mann es nicht über sich gewinnen konnte, durch die Annahme der deutschen Krone aus den Händen des Volkes den Kerngedanken des preußischen Königtums zu verleugnen, sich durch Übernahme der erblichen Präsidentschaft der deutschen Republik zum demokratischen Prinzip zu bekennen? Denn auf diesem beruhte die Reichsverfassung der Paulskirche trotz kaiserlichen Titels und trotz Erblichkeit der Kronrechte. Die deutsche Einheit sollte auf ganz anderen Bahnen errungen werden. Als Werk nicht des deutschen Volkes, sondern der deutschen Fürsten, als Frucht nicht nur friedlicher Verhandlungen, sondern kriegerischer Ereignisse erwuchs sie auf den böhmischen und französischen Schlachtfeldern. Am 1. Juli 1867 trat der norddeutsche Bundesstaat, am 1. Januar 1871 der gesamtdeutsche Bundesstaat als Schöpfung Bismarckscher Staatskunst ins Leben. Am 18. Januar 1871 konnte Wilhelm I. im Prunksaal des alten Versailler Königsschlosses der Welt verkünden, daß das Deutsche Reich wiederhergestellt und die seit mehr denn sechzig Jahren ruhende deutsche Kaiserwürde erneuert sei. Der vielhundertjährige Traum des deutschen Volkes war erfüllt, die staatsrechtliche Einheit der deutschen Stämme in der bundesstaatlichen Form verwirklicht. Das feste, starke Rückgrat des neuen Reiches bildete der preußische Staat, an Stelle des österreichischen war ein „preußisches Deutschland" getreten. Seine glänzende politische und wirtschaftliche Entwicklung ist durch den Weltkrieg jäh unterbrochen, alsbald gehemmt und schließlich untergraben worden; seinen Untergang aber hat die Revolution auf dem Gewissen. Am 9. November 1918 wurde das deutsche Kaiserreich, trotz mancher Mängel und vieler Fehler, im ganzen doch ein Meisterwerk praktischer staatsrechtlicher Kunst, zertrümmert. Ob nicht vielleicht einmal die Zeit kommen wird, da man mit heißer Sehnsucht zurückdenkt an die staatlichen Einrichtungen dieser unwiederbringlich verlorenen glanzvollsten Epoche der ganzen bewegten historischen Vergangenheit unseres Volkes, da man sich klar bewußt wird, welche unersetzlichen politischen und Gefühlswerte mit dem deutschen Kaisertum und dem preußischen Königtum in den Staub gesunken sind? Nur das ernste vaterländische Pflichtgefühl, das die Mitarbeit am bestehenden Staate fordert, reißt unsere Gedanken aus der Vergangenheit zurück und ermöglicht uns, auf den Boden der republikanischen Staatsform des Reiches zu treten, die nunmehr in einer neuen Reichsverfassung dauernd festgelegt werden soll.

Die Reichsverfassung des Jahres 1849, der Entwurf der in der Paulskirche in Frankfurt zur deutschen Nationalversammlung vereinten

Digitized by Google

deutschen Patrioten, ist zwar als Grundgesetz beschlossen und verkündet worden, aber ebensowenig wie das zu gründende Reich selbst in Kraft getreten. Gleichwohl bildet der Entwurf eine wertvolle gesetzgeberische Vorarbeit, die zwar weniger für die Verfassung des deutschen Kaiserreiches vorbildlich sein konnte, aber wegen der Gleichheit der republikanischen Staatsform für die Herstellung der neuesten Reichsverfassung wieder ganz erhebliche Bedeutung gewonnen hat. Der innere Zusammenhang zwischen den Verfassungsurkunden der Jahre 1848 und 1919 ist unverkennbar. Die Reichsverfassung des Jahres 1867/71 verdanken wir dem größten Praktiker deutschen Staatsrechtes, dem Fürsten Bismarck; hatte sie auch äußerlich zahlreiche Mängel aufzuweisen, so war sie doch innerlich ein Meisterwerk der praktischen Staatskunst, dem sicherlich vorbehaltlich zeitgemäßer organischer Fortbildung im Sinne der Herbstreformen 1918 eine lange Dauer beschieden gewesen wäre, wenn nicht die Revolution vernichtend eingegriffen hätte. Nunmehr hat der Gang der Ereignisse das deutsche Volk selbst dazu berufen, als Träger der deutschen Staatsgewalt ein Staatsgrundgesetz für das Reich zu errichten. Mit der Ausarbeitung eines amtlichen Entwurfs der neuen Reichsverfassung wurde von der provisorischen Reichsregierung ein Theoretiker des Staatsrechts betraut, der bisherige Staatsrechtslehrer an der Berliner Handelshochschule, jetzige Reichsminister des Innern Dr. Hugo Preuß. Sein Verfassungsentwurf ist eine gründliche, wohldurchdachte und folgerichtig aufgebaute Arbeit, viel bemängelt und lebhaft kritisiert, aber jedenfalls ein Werk aus einem Guß und mit zielbewußter unitaristischer Tendenz. Im Gegensatz zu ihm trägt der zweite Verfassungsentwurf, die unter dem starken Einfluß des Ausschusses der deutschen Gliedstaaten von der Reichsregierung ausgearbeitete Regierungsvorlage für die Nationalversammlung, den Stempel eines wenig glücklichen Kompromisses zwischen dem Streben des ersten Entwurfes nach Unitarismus und den partikularistischen Sonderwünschen der Gliedstaaten. Beide Verfassungsentwürfe einer kritischen Würdigung auf ihre staatsrechtlichen Grundgedanken hin zu unterziehen, ist die Aufgabe der nachstehenden Zeilen. Wieweit ihre Vorschläge in der Staatsordnung der jungen deutschen Republik Verwirklichung finden werden, entscheidet nach freiem souveränen Ermessen der in der verfassunggebenden Nationalversammlung verkörperte Volkswille.

Die beiden großen staatsrechtlichen Prinzipien, auf denen fortan der Bau des Deutschen Reiches beruhen soll, sind der Unitarismus und die Volkssouveränität.

Der Unitarismus setzt den Staatscharakter des Reiches voraus. Ihn anzuzweifeln, wagt heute wohl niemand mehr. In den ersten Jahren des jungen Kaiserreiches mochten scharfsinnige Gelehrtenköpfe darüber streiten, ob das Reich ein Bundesstaat oder bloß ein Staatenbund sei. Die deutsche Staatsentwicklung ist über diese theoretische Doktorfrage längst hinweggeschritten. Und wie im Kaiserreich, so denkt auch — erst recht — in der

Digitized by Google

Republik niemand daran, den unschätzbaren staatsrechtlichen Einheitsgewinn der Jahre 1867 und 1871 preiszugeben und das feste, alle deutschen Stämme staatlich einende Band wieder zum losen Gefüge eines völkerrechtlichen Bundes zu lockern. Die bundesstaatliche Einheit Deutschlands ist von der Revolution nicht angetastet worden, sie steht staatsrechtlich fester denn je.

Aber nach einer anderen Seite droht dem deutschen Bundesstaate eine Gefahr. Wer aus der tausendjährigen Geschichte unseres Volkes die Erkenntnis gewonnen hat, daß der Bundesstaat die der Eigenart des deutschen Volkes und den Eigentümlichkeiten seiner Stämme am besten liegende, für sie geradezu ideale Staatsform darstellt, der muß nicht nur den Staatenbund, sondern auch das entgegengesetzte Extrem, den Einheitsstaat, ablehnen. Der außerordentlich starke unitaristische Zug der neuen Reichsverfassung gibt Grund zu solcher Besorgnis.

Der Staatscharakter der deutschen Einzelstaaten stand bereits nach dem ersten, Preußschen Entwurf auf bedenklich schwachen Füßen. Scheinbar wollte der Entwurf den Bundesstaat beibehalten. Er erkannte die bisherigen Gliedstaaten als Bestandteile des Reiches an und behandelte Verfassungen, Regierungen, Gesetzgebungen, Behörden usw. der „Freistaaten" als staatliche Einrichtungen. Aber es kommt nicht auf den Ausdruck an, sondern der Kern der Sache entscheidet. Und dieser spricht beim Preußschen Entwurf gegen den Staatscharakter der „Freistaaten", zwingt also zur Annahme des Einheitsstaates. Schon rein äußerlich ist die den Freistaaten belassene Kompetenz eine überaus geringe. Alle wichtigeren staatlichen Funktionen und Gegenstände werden dem Reichsgesetzgeber zugewiesen, dessen Arbeitsfeld im Vergleich zu früher außerordentlich gewachsen ist. So sollen die Beziehungen zum Ausland, die Verteidigung zu Land, zu Wasser und in der Luft, die Zölle, der Handel, Bank- und Börsenwesen, Münz-, Maß- und Gewichtswesen, vor allem das ganze öffentliche Verkehrswesen (Eisenbahnen, Binnenschiffahrt, Post und Telegraphie, Kraftfahrzeugverkehr) ausschließlich der Gesetzgebung und der Verwaltung des Reiches unterliegen. So soll die Gesetzgebungskompetenz des Reiches weit über den Rahmen der bisherigen Reichszuständigkeit hinausgehen und auch Angelegenheiten wie Bodengesetze, Enteignungsrecht, Kirchen- und Schulwesen berühren dürfen. Wichtiger aber ist die große rechtliche Abhängigkeit der Freistaaten vom Reiche. Jeder Freistaat muß eine Landesverfassung besitzen, die ganz bestimmten Normativbestimmungen über Volksvertretung, Wahlrecht, Verantwortlichkeit der Landesregierung, kommunale Selbstverwaltung, Ortspolizei u. a. zu entsprechen hat. Der Freistaat kann also nicht einmal über den Inhalt seiner Verfassungsurkunde frei verfügen. Die Reichsregierung kann den Landesbehörden direkte Anweisungen erteilen, kann Akteneinsicht und Auskunftserteilung verlangen. Bei Nichterfüllung ihrer verfassungs- oder gesetzmäßigen Pflichten kann der Reichspräsident die bewaffnete Macht einschreiten lassen. Den Ausschlag aber gibt die Vorschrift, daß die beim deutschen Volke liegende Staats-

Digitized by Google

gewalt in den Reichsangelegenheiten durch die reichsverfassungsmäßigen Organe, in den Landesangelegenheiten durch die deutschen Freistaaten ausgeübt wird. Das souveräne deutsche Volk verfügt also über zwei Arten von Staatsorganen, über die Reichsorgane und über die Freistaaten als korporative Organe der Reichsgewalt. Alle Landesstaatsgewalt ist dezentralisierte Reichsgewalt, die Landesorgane sind mittelbare Reichsorgane, kurz, es besteht zwischen Reich und „Freistaaten" das gleiche Verhältnis wie zwischen Staat und Selbstverwaltungskörperschaften. Die sogenannten Freistaaten sind demnach keine Staaten mehr, sondern nichts weiter als Selbstverwaltungskörper des Reiches mit freilich sehr stark entwickelter Autonomie. Ein Blick in die Begründung des Preußischen Entwurfes zeigt, daß dieses staatsrechtliche Ergebnis sich mit der Rechtsauffassung des Vaters des Entwurfes deckt. Da heißt es z. B., die Republik habe zu sorgen „für die innere Gliederung der deutschen Landschaften und Stämme zu autonomem Eigenleben innerhalb des einheitlichen Reichsstaats". — „Es sind die Funktionen höchstpotenzierter Selbstverwaltung, für die die kleinsten der bisherigen Einzelstaaten viel zu klein, der Großstaat Preußen aber viel zu groß und in sich selbst zu verschiedenartig ist." So „findet die Autonomie und Selbstverwaltung der engeren Verbände, in die sich das Volksganze gliedert, aufsteigend von den Gemeinden, ihre Krönung und vollste Entfaltung in den Freistaaten". — „Solches Eigenleben, vornehmlich auf kulturellem Gebiet und in den Formen einer frei entwickelten Selbstverwaltung steht nicht in Widerspruch mit der notwendigen und unentbehrlichen Staatseinheit in allen für das Gemeinleben des gesamten deutschen Volkes entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Dingen." Diese Belege genügen wohl. Wer die wissenschaftlichen Untersuchungen von Preuß über die kommunale Selbstverwaltung kennt, weiß, daß es sich hier um einen Rechtsgedanken handelt, den Preuß von jeher vertreten, ja schon früher als geltendes Recht hingestellt hat. Wer will es ihm verdenken, daß er die wissenschaftlichen Ideen, zu denen er sich als Rechtslehrer bekannt hat, als Staatsmann in die Wirklichkeit zu überführen sucht? Sind aber die „Freistaaten" nur noch Selbstverwaltungsverbände, keine Staaten mehr, so ist das Reich nicht Bundesstaat, sondern Einheitsstaat. Diese Folgerung ist logisch zwingend.

Und wie verhält sich der Entwurf der Reichsregierung zu dieser Frage? Auf der einen Seite macht er, wie noch zu zeigen sein wird, dem Partikularismus die weitestgehenden Konzessionen, so im Militär-, Abgaben- und Verkehrswesen, räumt auch den im Reichsrat organisierten Vertretern der deutschen Gliedstaaten wichtige Funktionen auf dem Gebiete des Gesetzgebungs- und Verordnungsrechts ein, lauter Indizien, die ganz entschieden für den Staatscharakter der Gliedstaaten sprechen. Auf der anderen Seite aber gibt der Entwurf den Gliedstaaten das Recht, sich zwecks Bildung größerer leistungsfähiger Staaten im ganzen oder in Teilen zusammenzuschließen, und läßt die Bestimmungen darüber in dem Satze gipfeln: Kommt in solchen

Digitized by Google

Fällen die Vereinigung bei den Verhandlungen der Nächstbeteiligten nicht zustande, so kann von den gesetzlichen Vertretern der beteiligten Staaten, Gemeinden oder Gemeindeverbände die Vermittlung der Reichsregierung angerufen werden; bleibt diese Vermittlung erfolglos, so kann auf Antrag eines der Beteiligten die Angelegenheit durch ein verfassungänderndes Reichsgesetz geregelt werden. Diesen letzten Satz hat zwar der Staatenausschuß abgelehnt, aber die Reichsregierung schlägt der Nationalversammlung seine Annahme vor. Was bedeutet diese Vorschrift? Nichts Geringeres als die verfassungsmäßige Berechtigung des Reichstages, auf vollkommen legalem Wege, nämlich mittels eines verfassungändernden Gesetzes — d. h. bei Anwesenheit von zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl und mit Zustimmung von zwei Drittel dieser Anwesenden — über Landesteile von Gliedstaaten zu verfügen, ja sogar die staatliche Existenz von Gliedstaaten zu vernichten. Gestattet eine solche Verfassungsvorschrift noch, den sogenannten Gliedstaaten die Eigenschaft als wirkliche Staaten zuzuerkennen? Diese Frage dürfte wohl zu verneinen sein. Mit Fug und Recht hat der Staatenausschuß hiergegen Widerspruch erhoben. Diese Vorschrift ist nicht nur politisch sehr bedenklich, sie paßt auch staatsrechtlich ganz und gar nicht zu dem weiten Entgegenkommen gegenüber den partikularistischen Sonderwünschen der Gliedstaaten. Es ist ein unlösbarer innerer Widerspruch, wenn man einem Staate einerseits eine Vorzugsstellung einräumt und ihn anderseits Normen unterwirft und rechtlichen Möglichkeiten aussetzt, die mit der Selbständigkeit der Staatsgewalt schlechterdings unvereinbar sind. Wenn die Nationalversammlung, was nicht eindringlich genug gefordert werden kann, sich für die Beibehaltung der vortrefflich bewährten bundesstaatlichen Organisation Deutschlands entscheidet, muß sie den Gliedstaaten eine sichere Existenz und eine hinlängliche innerstaatliche Bewegungsfreiheit gewährleisten. Tut sie es nicht, so degradiert sie die Gliedstaaten zu autonomen Selbstverwaltungsverbänden, so begründet sie damit den Einheitsstaat, in dem die Forderung des Unitarismus restlos erfüllt, also erledigt ist.

Nur in einem Bundesstaat hat das unitarische Prinzip überhaupt noch Sinn und Bedeutung. Sein Ziel ist hier die Verschiebung der Zuständigkeitsgrenze zwischen Oberstaat und Gliedstaaten zugunsten des ersteren. Dieses Streben ist in beiden Verfassungsentwürfen deutlich zu erkennen. Der Kompetenzerweiterung des Reiches nach dem Preußschen Entwurf wurde bereits gedacht. Teils enger, teils weiter zieht der Entwurf der Reichsregierung die Grenze. Er begründet die Zuständigkeit des Reiches hinsichtlich Gesetzgebung und Verwaltung auf dem Gebiete der auswärtigen Beziehungen, der Reichsverteidigung, des Kolonialwesens, des Zoll- und Steuerwesens, sowie des öffentlichen Verkehrswesens, macht jedoch in allen Punkten (außer dem Kolonialwesen) hinsichtlich der Verwaltung einschneidende Vorbehalte zugunsten der Gliedstaaten. Er begründet ferner die Gesetzgebungs- (nicht auch Verwaltungs-)Kompetenz des Reiches für die schon in der bisherigen Reichsver-

Digitized by Google

fassung bezeichneten Angelegenheiten, fügt diesen aber wichtige neue Gebiete hinzu; zu letzteren gehören insbesondere, um nur Beispiele zu nennen, Enteignungsrecht, Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung, Bergbau, Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Wohlfahrtspflege, Fürsorge für Kriegsteilnehmer, Wohnungswesen, Siedlungswesen, Jugendpflege, Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter für die deutsche Gemeinwirtschaft, grundlegende Leitsätze des Kirchen- und Schulwesens. Nicht nur in der Zuständigkeit, auch in der Organisation des neuen Reiches gelangt das Prinzip des Unitarismus zu deutlicherem Ausdruck; so vor allem im Reichstag, der vom ganzen deutschen Volke gewählt wird und — anders als im deutschen Kaiserreich — das vornehmste und wichtigste Organ der Republik insofern bildet, als er den Träger der Staatsgewalt repräsentiert; so ferner in der Reichsregierung, die einen (allerdings vom Reichspräsidenten bestellten und nicht unbedingt lediglich aus Abgeordneten) bestehenden geschäftsführenden Vertrauensausschuß des Reichstages darstellt; so endlich im Reichspräsidenten, der aus Wahlen des einheitlichen Volkes hervorgeht. Auch im Kaiserreich verkörperten Kaiser, Kanzler und Reichstag den Gedanken des Unitarismus; doch traten sie sämtlich an staatsrechtlicher Bedeutung zurück hinter dem die Reichssouveränität verkörpernden Bundesrat, einem rein föderalistischen Gebilde, das im neuen „Reichsrat" von stolzer Höhe zu recht nebensächlicher Bedeutung herabsinken soll.

Des Unitarismus grimmigster Feind ist der Partikularismus. Das Streben deutscher Einzelstaaten nach einer privilegierten Sonderstellung im Reichsorganismus spielte bei der Begründung des Kaiserreiches eine hemmende und gefährdende Rolle. Der Preußsche Entwurf hatte die partikularistischen Klippen mit erfreulicher Folgerichtigkeit beseitigt und den Unitarismus ziemlich restlos verwirklicht. Eine bedenkliche Verschlechterung bildet dagegen der Regierungsentwurf. Nicht nur, daß er die Rechte der Gliedstaaten auf den Gebieten der auswärtigen Verwaltung (Abschluß von Landesstaatsverträgen mit dem Ausland), des Verteidigungswesens (Beibehaltung der Landesmilitärverwaltungen), des Steuerwesens (Erhebung und Verwaltung von Reichsabgaben durch die Gliedstaaten) und vor allem des öffentlichen Verkehrswesens sorgfältig konserviert, vereinzelt sogar neubegründet, nein, er hält auch noch ausdrücklich in den Schlußbestimmungen die einzelstaatlichen Reservatrechte auf den Gebieten der Zölle und Verbrauchssteuern, des Branntweinmonopols und des Mobiliarbrandversicherungswesens aufrecht. Diese Vorbehalte sind offenbar auf den Einfluß des Staatenausschusses zurückzuführen. Hoffen wir, daß die souveräne Nationalversammlung in weiser Auswertung ihrer unumschränkten Machtfülle mit diesen Antiquitäten, an deren Erhaltung wirklich keinerlei gemeindeutsches Interesse besteht, gründlich aufräumt. Was Preußen recht war, das alle seine Vorrechte im Reiche dem höheren Gedanken der Reichseinheit restlos zum Opfer gebracht hat, ist den Südstaaten billig. Teilweise gerechtfertigt erscheinen dagegen die gliedstaatlichen Verwaltungsfunktionen im

Digitized by Google

Verkehrswesen, insofern eine sofortige Vereinheitlichung, d. h. Übernahme in Reichsverwaltung, auf unüberwindliche wirtschaftliche Schwierigkeiten stoßen würde. Dies mag bei den Eisenbahnen und bei den See- und Binnenwasserstraßen teilweise der Fall sein, erscheint aber beim Post- und Telegraphenbetrieb ausgeschlossen. Doch wird auch beim Eisenbahn- und Schiffahrtswesen, namentlich aber beim Reichsverteidigungswesen sorgsam zu erwägen sein, ob die einer einheitlichen Ordnung entgegenstehenden Hemmnisse wirklich gerechtfertigt, ob die Gründe für die Beibehaltung der gliedstaatlichen Sonderstellung stichhaltig und zwingend sind. Um Lebensinteressen der beteiligten Staaten scheint es sich hier wahrlich nicht zu handeln; ernstlich beachtlich dürfte lediglich ein eventuell der Allgemeinheit erwachsender wirtschaftlicher Schaden sein.

Im Wesen des Bundesstaates liegt die Vereinigung des Unitarismus mit dem Prinzip des Föderalismus. Die Verbindung und der Ausgleich beider politischen Forderungen spielte im bisherigen deutschen Kaiserreich eine hervorragende Rolle. In der neuen deutschen Republik werden nur schwache Reste des föderalistischen Prinzips wahrzunehmen sein. Der Grund für diese Wandlung liegt letzten Endes in der ganz veränderten Stellung, welche die Gliedstaaten fortan zum Reichsganzen einnehmen werden. Das deutsche Kaiserreich war genossenschaftlich organisiert, die deutsche Republik wird, was das staatsrechtliche Verhältnis zwischen Reich und Gliedstaaten angeht, herrschaftlich organisiert sein. Im Kaiserreich bildeten die Gliedstaaten nicht bloß passiv der Reichsgewalt untergeordnete staatliche Verbände (Objekte der Reichsgewalt), sondern sie waren zugleich aktiv organisch an der Reichsgewalt beteiligt (Subjekte, Mitträger der Reichsgewalt), indem sie — genauer ihre Regierungen — als Gesamtheit den Träger der Reichsstaatsgewalt darstellten. Die Reichssouveränität ruhte bei den sog. „Verbündeten Regierungen", als deren Repräsentant der Bundesrat wirkte. In der Republik dagegen stellen die Gliedstaaten lediglich nachgeordnete staatliche Verbände unter der Oberhoheit der Reichsgewalt dar; irgendeine subjektive Anteilnahme am organischen Träger der Reichsstaatsgewalt steht ihnen überhaupt nicht, eine solche an den Funktionen der Reichsgewalt nur soweit zu, als die Reichsverfassung ihnen titulo speciali dergleichen Rechte zugesteht. Der Träger der Staatsgewalt im neuen Reiche ist allein das souveräne, einheitliche, ungeteilte deutsche Volk und als sein Repräsentant wirkt lediglich der Reichstag, der (nur insofern!) an die Stelle des früheren Bundesrates getreten ist. Die Reichsgewalt im Kaiserreich setzte sich aus der Summe der einzelnen, ihr anderseits nachgeordneten Staatsgewalten der Gliedstaaten selbst zusammen, war also genossenschaftlich eingerichtet. Die Reichsgewalt in der Republik geht ausschließlich auf das deutsche Volk zurück und steht zu den Staatsgewalten der Gliedstaaten in keinem anderen staatsrechtlichen Verhältnis, als dem der Über- und Unterordnung, ist also ihnen gegenüber rein herrschaftlich organisiert. Das Kaiserreich hatte nur staatliche Mitglieder, deren persönliche Angehörige erst kraft des Mediums der Staatsangehörigkeit

Digitized by Google

reichsangehörig waren; die Republik kennt eine unmittelbare Beziehung zwischen dem Reich und jedem deutschen Volksgenossen, denn ihre Mitglieder sind nicht Staaten, sondern die einzelnen deutschen Bürger, die nunmehr nicht erst durch das Medium der Zugehörigkeit zu einem Gliedstaat, sondern direkt reichsangehörig sind. Der Föderalismus war im Kaiserreich ein Grundfaktor der staatsrechtlichen Organisation des Reiches, das oberste Reichsorgan, der Bundesrat, trug rein föderalistischen Charakter. Der Föderalismus spielt in der Republik lediglich noch eine untergeordnete, nebensächliche Rolle; er tritt nur insoweit in die Erscheinung, als den Gliedstaaten eine aktive Anteilnahme an den Organen und Funktionen des Reiches zugestanden wird.

Die Art dieser gliedstaatlichen Mitwirkung bei der Führung der Reichsgeschäfte ist nach beiden Verfassungsentwürfen eine diametral entgegengesetzte. Der Preußsche Entwurf sah eine solche Mitwirkung in der Form des „Staatenhauses" des Reichstages vor, der Regierungsentwurf sucht sie durch das nicht gerade geschickt herausgearbeitete Gebilde des „Reichsrates" zu gewähren. Staatenhaus und Reichsrat bedeuten rechtlich etwas völlig Verschiedenes. Gemeinsam ist beiden einzig und allein die föderalistische Rechtsnatur.

Das Staatenhaus des Preußschen Entwurfs ist ein parlamentarisches Organ. Es besteht aus den Abgeordneten der deutschen Freistaaten. Diese Abgeordneten werden von den Landtagen der Freistaaten aus der Mitte der Staatsangehörigen nach Maßgabe des Landesrechts gewählt. Das Staatenhaus bildet eine selbständige Kammer (Oberhaus) des Reichstages. Nur durch die Übereinstimmung beider Häuser des Reichstags kommt ein Reichstagsbeschluß zustande. Wesen und Zweck des Staatenhauses bedürfen keiner weiteren Klärung; es handelt sich um einen Bestandteil der deutschen Volksvertretung, der die Wahrung der gliedstaatlichen Interessen im Reichsparlament gewährleisten soll. Auch der föderative Charakter liegt auf der Hand.

Der Reichsrat des Regierungsentwurfes ist eine merkwürdige staatsrechtliche Neuschöpfung. Seine Aufgabe besteht nach der Bestimmung des Entwurfs in der Vertretung der deutschen Gliedstaaten bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches. Das Stimmrecht der Gliedstaaten im Reichsrat ist sehr eingehend geregelt. Die Staaten werden im Reichsrat durch entsandte Mitglieder ihrer Regierungen vertreten; die Vertreter sind aber an Weisungen nicht gebunden. Den Vorsitz führt ein Mitglied der Reichsregierung. Die übrigen Mitglieder der Reichsregierung sind berechtigt, auf Verlangen verpflichtet, an den Verhandlungen des Reichsrates teilzunehmen. Die Vollsitzungen sind öffentlich. Die wichtigsten Funktionen des Reichsrats sind die nachstehenden: 1. Die Reichsregierung bedarf zur Einbringung von Gesetzesvorlagen beim Reichstag der Zustimmung des Reichsrats. Wird zwischen Regierung und Reichsrat keine Übereinstimmung erzielt, so kann die Regierung die Vorlage dennoch einbringen; sie muß aber die abweichende Auffassung des Reichsrates darlegen; auch können die gliedstaatlichen Vertreter für den Standpunkt ihrer Regierung im Reichstag eintreten. Der

Digitized by Google

Reichsrat kann eine von ihm beschlossene Gesetzesvorlage, der die Regierung nicht zuzustimmen vermag, selbst beim Reichstag einbringen. 2. Gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze kann der Reichsrat binnen zwei Wochen nach der Schlußabstimmung bei der Regierung Einspruch einlegen. Ein so beanstandetes Gesetz wird dem Reichstag zur erneuten Beratung vorgelegt. Ergibt sich hierbei keine Übereinstimmung zwischen Reichstag und Reichsrat, so kann der Reichspräsident entweder über den Gegenstand der Differenz eine Volksabstimmung herbeiführen oder aber das Gesetz in der vom Reichstag beschlossenen Fassung verkünden, sofern es hier die für eine Verfassungsänderung vorgesehene Mehrheit gefunden hat. 3. Zum Erlaß von Ausführungsverordnungen bedarf die Reichsregierung der Zustimmung des Reichsrates. 4. Über die Führung der Reichsgeschäfte ist der Reichsrat von den Reichsministerien auf dem laufenden zu halten. Versucht man hiernach das Wesen des Reichsrates zu kennzeichnen, so ist festzustellen, daß er zwar rein äußerlich dem bisherigen Bundesrat etwas ähnelt, sich aber organisch und funktionell ganz erheblich von ihm unterscheidet. Im Gegensatz zum Bundesrat ist der Reichsrat nicht der Repräsentant der Souveränität, sondern Vertretungsorgan der an der Reichssouveränität in keiner Beziehung beteiligten gliedstaatlichen Regierungen; er ist nicht gesetzgebender Faktor, sondern bloß Nebenorgan der Gesetzgebung mit einem Initiativ- und Vetorecht; er verkörpert die einzige Konzession an den Föderalismus, die der Verfassungsentwurf zu machen für gut befand.

Der zweite Grundpfeiler des neuen Reichsgebäudes ist der Grundsatz der Volkssouveränität. Die glorreiche schwarz-weiß-rote Fahne wird niedergeholt, an ihrer Statt die schwarz-rot-goldene gehißt. An die Stelle des monarchischen Prinzips ist das demokratische Prinzip getreten. Dieser Wechsel bedeutet einen jähen Bruch mit der staatsrechtlichen Vergangenheit Deutschlands, den Übergang zu einem völlig neuen System. Bis zur Revolution des 9. November 1918 waren nicht nur die deutschen Einzelstaaten (mit alleiniger Ausnahme der drei freien Hansestädte) in monarchischer Staatsform organisiert, sondern auch das deutsche Gesamtstaatswesen trug monarchisches Gepräge, indem bei der Gesamtheit der monarchischen Einzelstaatsregierungen die souveräne Staatsgewalt des Oberstaates ruhte. Man mag zur besseren Veranschaulichung dieses Staatstypus, allerdings mit großer Vorsicht, den Ausdruck „Obrigkeitsstaat" verwenden. Als Obrigkeitsstaat nicht im politischen, sondern im staatsrechtlichen Sinne kann man das Staatswesen ansprechen, in dem die Fülle der öffentlichen Gewalt bei einer über dem Volksganzen schwebenden Stelle ruht, sei es, wie im Einheitsstaat, beim Fürsten, sei es, wie im zusammengesetzten Staat, beim Fürstenrat oder bei einem Repräsentativorgan der Fürsten, im deutschen Kaiserreich beim Bundesrat. Des Fürsten oder des Fürstenrates Wille ist das höchste Gesetz. Dem Volksganzen ist zwar nach Maßgabe der Verfassung eine gewisse Mitwirkung bei der staatlichen Willensbildung zugestanden, die es durch eine gewählte Volksvertretung

Digitized by Google

(die Landtage und den Reichstag) ausübt — so steht dem Volk im modernen Staate vor allem eine Teilnahme an der Gesetzgebung und eine Mitwirkung beim Staatshaushaltswesen zu —, aber die Staatsgewalt verkörpert sich ausschließlich im Monarchen oder im Fürstenrat bzw. Bundesrat, Organen, die dem Volksganzen als die obrigkeitlichen Träger der staatlichen Gewalt herrschend gegenüberstehen. Im bisherigen Deutschen Reiche war das Prinzip des Obrigkeitsstaates besonders kompliziert gestaltet. Hier teilten sich in die obrigkeitlichen Funktionen, die sonst in der Hand des Fürsten vereinigt sind, der Bundesrat als das Repräsentationsorgan der einzelnen deutschen Fürsten bzw. Regierungen und der Deutsche Kaiser. Beide Organe zusammen stellten die Obrigkeit im deutschen Bundesstaate dar, sie bildeten die beiden Regierungsorgane des Reiches mit verfassungsmäßig genau bestimmter Kompetenz. Der Reichstag als die Vertretung des einheitlichen deutschen Volkes hatte keinen Anteil an der Regierung, geschweige denn an der Souveränität des Reiches, sondern nur eng begrenzte Mitwirkungsrechte, vor allem bei dem Erlaß von Reichsgesetzen und bei der Festsetzung und der Kontrolle des Reichshaushaltes.

Die Revolution hat den deutschen Obrigkeitsstaat in diesem staatsrechtlichen Sinne zertrümmert und an seiner Stelle dem deutschen *Volksstaat* die Wege geebnet. Ihn staatsrechtlich zu verankern und auszubauen, ist die wichtigste Aufgabe der verfassunggebenden Nationalversammlung. Diese Verankerung geschieht durch die neue Reichsverfassung. In einem Volksstaate besteht keine vom Volksganzen losgelöste, *über* dem Staatsvolk schwebende, in *diesem* Sinne obrigkeitliche Staatsgewalt, sondern die Träger der gesamten öffentlichen Gewalt sind organisch mit dem Volke verknüpft, gehen aus dem Schoß des Volkes hervor, bilden keinen Gegensatz zum Volk, sondern sind eins mit dem Volk. Die Staatsgewalt, die Souveränität, die Fülle der öffentlichen Herrschermacht im Staate ruht im Volke selbst. Man spricht daher vom Grundsatz der *Volkssouveränität*. Dieses Prinzip ist der oberste Leitgedanke jeder Demokratie oder Volksherrschaft, der Kerngedanke jeder Republik. Nicht mehr des Königs, sondern des Volkes Wille ist das Höchste im Staat, die oberste Instanz des Staates. „Alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volke", so verordnet der Fundamentalsatz des Preußischen Entwurfes. Und im gleichen Sinne, nur etwas kürzer, erklärt der Regierungsentwurf: „Die Staatsgewalt liegt beim Volk". Diese Bestimmung wird Grund- und Eckstein der neuen Reichsverfassung werden und bleiben. Sie ist die prägnanteste staatsrechtliche Formulierung des demokratischen Prinzips, der republikanischen Staatsform. Was immer im Reiche an öffentlichen Funktionen verrichtet wird, geht auf den Volkswillen als ersten Ursprung zurück. Wo nur ein Zweifel auftaucht, entscheidet der unbedingt maßgebende Wille des souveränen Volkes. Das deutsche Volk allein ist die Quelle aller und jeder deutschen öffentlichen Gewalt.

Wie diese Gewalt vom Volke ausgeübt werden soll, bestimmt die Verfassung. Von den zur verfassunggebenden Nationalversammlung vereinigten

Digitized by Google

Vertretern des Volkes nach freiem Willen erlassen, bindet sie nicht nur die Reichsorgane, die Gliedstaaten, die einzelnen Volksgenossen, sondern auch die Volkseinheit selbst, solange sie nicht kraft ihrer Souveränität eine Abänderung der Verfassung in die Wege leitet. Die Äußerungsformen des Volkswillens sind in der Verfassung genau zu regeln. Zwei Handlungsarten des Volkes sind denkbar. Im allgemeinen wird das Volk, um seine Souveränität zu verwirklichen, um seine öffentlichen Funktionen auszuüben, bestimmte Organe — Einzelpersonen oder Personenverbände, Körperschaften oder Anstalten — einsetzen, die im Namen des souveränen Volkes handeln und dabei diejenigen öffentlichen Funktionen versehen, die im Obrigkeitsstaat von den obrigkeitlichen Stellen wahrgenommen wurden. Jedes Organ eines republikanisch organisierten Staates handelt im Namen des Volksganzen. Für einzelne, ganz besonders wichtige Fälle aber behält sich das Volk ein eigenes Handeln vor; es vollzieht dieses Handeln im Wege der öffentlichen Wahl oder der öffentlichen Abstimmung.

Betrachten wir zunächst dieses Selbsthandeln des souveränen Volkes. Es sind nur wenige Fälle, in denen es eintritt, sie betreffen aber die wichtigsten Funktionen innerhalb des staatlichen Organismus des Reiches.

Gewählt wird vom deutschen Volke der Reichstag und der Reichspräsident. Der Reichstag besteht aus den Abgeordneten des einheitlichen deutschen Volkes. Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Das Nähere über die Wahl, namentlich auch über das wahlfähige Alter, bestimmt das provisorisch bestehende, endgültig noch zu erlassende Reichswahlgesetz. Die Verfassung selbst soll aber noch die besonders wichtig erscheinende Vorschrift aufnehmen, daß Beamte und Militärpersonen zur Teilnahme an den Reichstagsverhandlungen keines Urlaubs bedürfen und daß ihnen angemessener Urlaub zur Vorbereitung ihrer Wahl zu gewähren ist. Ebenso wird der Reichspräsident vom ganzen deutschen Volke gewählt. Für seine Wahl gelten die gleichen Vorschriften der Verfassung wie für die Wahl der Reichstagsabgeordneten.

War das Wahlrecht (wenigstens zum Reichstag) als öffentliche Funktion schon dem bisherigen Reichsrecht bekannt, so ist eine vollkommene Neubildung für Deutschland die Einrichtung der Volksabstimmung. Auch sie bildet eine Form des Selbsthandelns des Volkes. Volksabstimmungen sieht der Regierungsentwurf in folgenden Fällen vor: 1. Wie früher erwähnt, steht dem Reichsrat gegenüber den vom Reichstag beschlossenen Gesetzen ein Einspruchsrecht zu. Auf solchen Einspruch hin wird das Gesetz dem Reichstag zur nochmaligen Beratung vorgelegt. Kommt hierbei keine Übereinstimmung zwischen Reichstag und Reichsrat zustande, so kann der Reichspräsident über den Gegenstand der Meinungsverschiedenheit eine Volksabstimmung herbeiführen. Der Sinn ist: wenn das Organ des Volkes mit dem Organ der Gliedstaaten nicht eins werden kann, entscheidet als höhere und höchste Instanz

Digitized by Google

das Volk selbst. 2. Ferner kann der Reichspräsident auf Antrag des Reichstages vorzeitig (d. h. vor Ablauf seiner siebenjährigen Amtsdauer) durch eine Volksabstimmung abgesetzt werden. Die Ablehnung der Absetzung durch diese Abstimmung gilt als Neuwahl und hat die Auflösung des Reichstages zur Folge. Dieses Beispiel veranschaulicht wohl am deutlichsten die souveräne Allmacht des Volkes, das sogar über Sein oder Nichtsein des Reichsoberhauptes entscheidende Verfügung treffen kann.

Im Gegensatz zu diesem Selbsthandeln des Volkes steht sein Organhandeln durch seine erwählten Reichsorgane, den Reichstag und den Reichspräsidenten.

Der Reichstag wird im neuen Reiche ganz andere Bedeutung besitzen als im deutschen Kaiserreich. Bildete er hier nur das mit vereinzelten Rechten begabte, die Regierungsorgane lediglich in ihren Funktionen beschränkende Parlament, so stellt er nunmehr den sichtbaren Träger der im Volke ruhenden souveränen Staatsgewalt dar. Er ist insofern dem bisherigen Bundesrate vergleichbar. Er ist ein unmittelbares, weil auf der Verfassung beruhendes Reichsorgan, und zwar das oberste Reichsorgan, weil es zum Staatsvolk selbst in nächster staatsrechtlicher Beziehung steht und für den souveränen Volkswillen das direkte Sprachrohr und das berufene Handlungsorgan bildet. Diese prinzipiellen Rechtsgedanken waren vom Preußschen Entwurfe nur für einen Teil des Reichstages, das Volkshaus, verwirklicht worden. Neben diesem Volkshause sollte ein Staatenhaus gebildet werden, dessen Rechtscharakter an früherer Stelle bereits kurz gekennzeichnet worden ist. Volkshaus und Staatenhaus sollten zusammen den Reichstag ausmachen. Restlos werden jene prinzipiellen Rechtsgedanken dagegen vom Entwurf der Reichsregierung verwirklicht, der nach dem äußeren Vorbilde der bisherigen Reichsverfassung den Reichstag aus nur einer Kammer bestehen läßt und in dieser die Verkörperung des Volkswillens, die Repräsentation des Volksganzen einheitlich und folgerichtig durchführt. Die neuen Verfassungsbestimmungen über den Reichstag lehnen sich im großen und ganzen an die Artikel der bisherigen Reichsverfassung über den alten Reichstag an. Es genüge daher die Hervorhebung der wichtigsten Abweichungen von diesem Vorbilde. Das freie Wahlrecht wurde bereits erwähnt. Die Wahlperiode dauert jetzt nicht mehr fünf, sondern nur noch (wie bis zum Jahre 1888) drei Jahre. Eine fünfjährige Dauer wäre im Interesse der Stabilität des Reichstages und seiner Arbeiten vorzuziehen. Von größter Bedeutung und der gehobenen staatsrechtlichen Stellung entsprechend ist das neue Recht des Reichstages, sich alljährlich im November selbst zu versammeln. Die Auflösung des Reichstages ist ein Vorrecht des Reichspräsidenten. Umgekehrt kann aber auch der Reichstag zur vorzeitigen Amtsentsetzung des Präsidenten den Anstoß geben. In beiden Fällen entscheidet über die Neubesetzung — der Reichstagsmandate oder des Präsidentensessels — das Volk. Beibehalten ist die Öffentlichkeit der Sitzungen; doch können über die Beziehungen

Digitized by Google

des Reichs zu auswärtigen Staaten nichtöffentliche Beratungen (nur solche) stattfinden. Der Reichstagspräsident leitet die Geschäfte der Hausverwaltung und führt dieselben auch zwischen zwei Sitzungsperioden; zwischen zwei Wahlperioden besorgt sie der Reichsminister des Innern. Für die Wahlprüfungen wird beim Reichstag ein Wahlprüfungsgericht gebildet; dieses erkennt auf Grund öffentlicher mündlicher Verhandlung in der Besetzung von drei Mitgliedern des Reichstages und zwei richterlichen Mitgliedern; das hier vorgesehene Gericht stellt einen hochinteressanten neuartigen Lösungsversuch des alten politisch-staatsrechtlichen Problems der Wahlprüfung dar. Der Reichstag ist fortan der alleinige gesetzgebende Faktor. Er beschließt die Reichsgesetze. Der Reichsrat besitzt, abgesehen von seinem Initiativ-, bloß ein Vetorecht, ist nicht selbst Faktor der Gesetzgebung. Änderungen der Verfassung können nur beschlossen werden, wenn wenigstens zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Reichstags anwesend sind und mindestens zwei Drittel der Anwesenden zustimmen. Auch diese Neuerung ist lebhaft zu begrüßen. Sie enthält einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem alten Reichsrecht, das für Verfassungsänderungen nur beim Bundesrat eine negativ formulierte größere Majorität vorschrieb (es durften nicht 14 Stimmen oder mehr dagegen sein), beim Reichstage dagegen keine qualifizierte Mehrheit verlangte. Ferner erhält der Reichstag das in der seitherigen Reichsverfassung fehlende Recht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Den einzelnen Reichstagsabgeordneten wird endlich das Recht zuerkannt, über Personen, die ihnen in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete Tatsachen anvertraut haben, oder denen sie selbst in Ausübung ihres Abgeordnetenberufs solche anvertraut haben, sowie über diese Tatsachen selbst das Zeugnis zu verweigern.

Auch der Reichspräsident, das Staatsoberhaupt der deutschen Republik, geht aus allgemeinen Wahlen (eventuell Stichwahlen) des Volkes hervor. Es wird vielleicht ein heftiger Streit darum entbrennen, ob es nicht empfehlenswert sei, ihn nach französischem Muster vom Reichstage wählen zu lassen. Die Volkswahl, wie in den Vereinigten Staaten, verdient entschieden den Vorzug, denn sie verleiht dem Präsidenten größeren Rückhalt im ganzen Volke, füglich größere tatsächliche Macht und höheres politisches Ansehen, sie verstärkt zugleich seine Position gegenüber dem Reichstage und vermindert seine Abhängigkeit vom Reichstage. Präsident kann nur werden, wer das 35. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens zehn Jahren Deutscher ist. Richtiger wäre, deutsche Reichsangehörigkeit kraft Geburt zu verlangen. Bei Übernahme des Amtes legt der Präsident vor dem Reichstage einen Eid auf volle Einsetzung seiner Kraft für das Volkswohl, Beobachtung der Verfassung und der Gesetze sowie gewissenhafteste Erfüllung seiner Amtspflichten ab. Ob diese Eidesleistung die Voraussetzung oder die Rechtsfolge seines Amtsantritts bildet, wäre noch klarzustellen. Der Reichspräsident wird im Behinderungsfalle vom Reichskanzler vertreten. Das Amt eines Vizepräsidenten ist nicht vorgesehen. Dem Präsidenten ist die Aus-

Digitized by Google

übung wichtigster Funktionen des Reiches zugewiesen. Ihm gebührt 1. die völkerrechtliche Vertretung des Reiches und der Abschluß von Staatsverträgen des Reiches; 2. der Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches; 3. die Anhaltung der Gliedstaaten zur Erfüllung ihrer Pflichten; 4. die Verhängung des Belagerungszustandes; 5. die Berufung (abgesehen vom Selbstversammlungsrecht), Vertagung, Schließung und Auflösung des Reichstags; 6. die Herbeiführung der Volksabstimmung mangels Einigung von Reichstag und Reichsrat über ein Reichsgesetz; 7. die Ausfertigung und Verkündigung der verfassungsmäßig zustande gekommenen Reichsgesetze; 8. die Ernennung der Reichsbeamten und der Offiziere; 9. die Ausübung des Begnadigungsrechts des Reiches. Wer wird bei diesem Katalog der Funktionen des Reichspräsidenten nicht an die kaiserlichen Rechte der früheren Reichsverfassung erinnert? Der Präsident ist auch, wie der Kaiser, für seine Regierungshandlungen staatsrechtlich — nicht aber zivil- und strafrechtlich — unverantwortlich. Alle zivilen und militärischen Anordnungen und Verfügungen des Präsidenten bedürfen daher zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers oder eines Reichsministers, der dadurch die Verantwortung übernimmt. Trotz unverkennbarer äußerer Ähnlichkeiten in den Regierungsrechten des ehemaligen Kaisers und des jetzigen Präsidenten ist doch innerlich die organische Rechtsnatur beider Institutionen eine grundverschiedene. Der Kaiser nahm zwar völkerrechtlich die Stellung eines Staatsoberhauptes ein, war aber staatsrechtlich nicht Staatsoberhaupt des Reiches, sondern ein neben dem Bundesrat stehendes Regierungsorgan des Reiches von der deutschen Fürsten Gnaden. Der Präsident ist staats- und völkerrechtlich Oberhaupt der deutschen Republik von des deutschen Volkes Gnaden, alleiniges oberstes Regierungsorgan des neuen Reiches.

Ein Vergleich der rechtlichen Machtstellung von Reichstag und Reichspräsident fällt zugunsten des ersteren aus. Obwohl beide Organe in gleicher Weise aus Wahlen des Volkes hervorgehen, ist der Reichstag doch das höhere Organ, nicht nur grundsätzlich deshalb, weil er das souveräne Volk verkörpert, sondern auch nach der vorgeschlagenen positiven Regelung des Entwurfes. Ausschlaggebend ist die Berechtigung des Reichstages, nicht nur eine vorzeitige Amtsentsetzung des Präsidenten durch Volksabstimmung einzuleiten, sondern auch den Präsidenten vor dem zu errichtenden Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich wegen schuldhafter Verfassungs- oder Gesetzesverletzung anzuklagen. Die Fülle der Staatsgewalt liegt also grundsätzlich und gemäß positivem Recht beim Reichstag als dem Repräsentativorgan des souveränen Volkes.

Zwischen Reichstag und Reichspräsident steht die Reichsregierung. Dieser Begriff war im deutschen Kaiserreich recht unklar, weil er strenggenommen nicht in die staatsrechtliche Organisation des Reiches hineinpaßte. Namentlich die Duplizität der beiden Regierungsorgane — Kaiser und Bundesrat — und die Doppelstellung des Reichskanzlers als Minister des

Digitized by Google

Kaisers und als Vorsitzender des Bundesrates erschwerte die klare Erfassung der „Reichsregierung". Im neuen Reich ist Reichsregierung ein scharf umrissener Begriff, eine deutlich erkennbare staatsrechtliche Institution. Die Reichsregierung besteht aus dem Reichskanzler und den Reichsministern. Reichskanzler und Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen. In welchem Verhältnis sie zueinander stehen, ob der Reichskanzler einen Vorrang gegenüber den Reichsministern einnimmt oder lediglich die Stellung eines Ministerpräsidenten in dem Sinne innehat, daß die Minister ein Kollegium unter seinem Vorsitz bilden, bedarf noch der Klärung. Dagegen ist das Verhältnis von Kanzler und Ministern zum Reichstag genau geregelt. Sie brauchen nicht Mitglieder des Reichstags zu sein, bedürfen aber zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages. Jeder einzelne von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag das Vertrauen durch einen ausdrücklichen Beschluß entzieht. Diese bekannte Einrichtung jedes republikanischen Staatswesens ist damit ausdrücklich als Rechtsvorschrift anerkannt. Die Notwendigkeit des Rücktritts ist aber keine solidarische für die gesamte Regierung. Der Reichskanzler trägt dem Reichstag gegenüber die Verantwortung für die Richtlinien der Reichspolitik, jeder Reichsminister selbständig die Verantwortung für die Leitung des ihm anvertrauten Geschäftszweiges. Der Reichstag kann die Anwesenheit des Kanzlers und der Minister verlangen. Diese haben zu den Sitzungen Zutritt und müssen auf Verlangen jederzeit gehört werden. Der Reichstag ist berechtigt, wie den Präsidenten, so auch den Kanzler und die Minister wegen schuldhafter Verletzung der Reichsverfassung oder eines Reichsgesetzes vor dem zu errichtenden Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anzuklagen; ein solcher Antrag muß aber von mindestens hundert Abgeordneten unterzeichnet und von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl beschlossen sein. Auch in der Einrichtung der Reichsregierung zeigt sich das Überwiegen der rechtlichen Macht des Reichstags über die des Präsidenten. Letzterem gebührt nur die formale Einsetzung der Regierungsmitglieder in ihre Ämter. Staatsrechtlich und politisch abhängig sind sie dagegen bei der Führung der laufenden Reichsgeschäfte vom Reichstage. Sie sind auf das Vertrauen der Reichstagsmehrheit angewiesen, stehen somit als echte Volksorgane mittelbar ebenfalls unter der Kontrolle des souveränen Volkes.

Dieser erhabenen staatsrechtlichen Stellung des Volksganzen entspricht eine rechtliche Sicherung der freien Persönlichkeit des einzelnen Volksgenossen, wie sie in der Gewährleistung von „Grundrechten des deutschen Volkes" ihren verfassungsmäßigen Ausdruck gefunden hat. Wenn auch das Volk nur in seiner Gesamtheit, nicht der einzelne Bürger, Träger der höchsten Gewalt ist, so fällt doch auf ihn ein starker Abglanz jener Vorzugsstellung zurück. Von dieser Erwägung aus ist es gerechtfertigt, daß eine republikanische Staatsverfassung einen Katalog von Grundrechten enthält. Kein Zufall daher, daß auch die Verfassung der Frankfurter Paulskirche

Digitized by Google

solche Grundrechte feststellte, die Verfassung des deutschen Kaiserreiches dagegen auf ihre Erwähnung verzichtete. Die neue Reichsverfassung greift auf das ältere Vorbild wieder zurück. In der Theorie hat man lebhaft darüber gestritten, ob Grundrechte wirkliche subjektive Berechtigungen des Bürgers gegenüber der Staatsgewalt oder bloß objektive Rechtsgrundsätze seien. Dieser Streit kann hier auf sich beruhen. Auf keinen Fall ist es politisch oder staatsrechtlich bedeutungslos, wenn dem Staatsbürger im Staatsgrundgesetz ein Freiheitsbereich garantiert wird, in den die Staatsgewalt — mag sie gesetzgebend oder vollziehend oder richtend auftreten — nicht eingreifen darf, daß ihm eine Sphäre der Unverletzlichkeit und Unantastbarkeit zugesichert wird, in der er nach freiem Ermessen und eigenem Belieben ungehindert schalten und walten kann. Das Grundrechtsverzeichnis des neuen Verfassungsentwurfes enthält neben rechtlich ziemlich bedeutungslosen Leitsätzen doch auch manches Wertvolle und Interessante. Wir finden zum großen Teile bekannte Sätze des bisherigen Reichs- und Landesrechts wieder, aber auch neue, moderne Gedanken sind ausgesprochen. Dazu zählt vor allem die Stellung der Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reiches. Nicht unbedenklich ist vom nationalen Standpunkt die Pflicht der Gesetzgebung und Verwaltung zur besonderen Rücksichtnahme auf die freie volkstümliche Entwicklung und den Gebrauch der Muttersprache bei den fremdsprachlichen Volksteilen des Reiches. Die Zensurfreiheit soll auf Theater- und Lichtspielvorführungen erstreckt werden; hierbei hat die Gesetzgebung für den Schutz der Jugendlichen zu sorgen. Die Koalitionsfreiheit darf in keiner Weise beschränkt werden. Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehren sind frei. Der Volksschulunterricht soll unentgeltlich erteilt werden. Es besteht volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, auch wird die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften gewährleistet. Die Angehörigen jedes Gliedstaates sind in allen anderen Gliedstaaten den dortigen Angehörigen bis auf die Ausübung politischer Rechte gleichgestellt. Zum Glück ist endlich auch der im Preußischen Entwurf vergessene wichtige Grundsatz wieder erneuert worden, daß dem Auslande gegenüber alle Deutschen den gleichen Anspruch auf den Schutz des Reiches haben. Doch genug der Einzelheiten. Die neue Verfassung nimmt einen ernsthaften Anlauf dazu, daß die bürgerliche Freiheit in der deutschen Republik keine leere Phrase bleibt. Wichtiger aber als die papierne Garantie einer grundrechtlich geschützten Freiheitssphäre des Individuums ist die praktische Handhabung dieser Leitsätze in Gesetzgebung und Verwaltung. Entspricht diese dem aufgestellten Programm, so wird auch der Grundrechtskatalog der neuen Reichsverfassung von Segen für unser Volk werden können.

Die neue Reichsverfassung wird der hohen staatsrechtlichen Stellung, die ein Staatsvolk in der Republik zu beanspruchen hat und die daher auch unser deutsches Volk im neuen Deutschen Reich erwarten darf, gerecht. Sie steht im Einklang mit der alten Wahrheit, daß des Mannes höchstes Gut sein Volk ist. Möge aber über dem Streben nach scharfer Ausprägung des

Digitized by Google

Prinzips der Volkssouveränität nicht vernachlässigt werden, was politisch noch wichtiger erscheint und ethisch noch höher steht: die Notwendigkeit einer starken staatlichen Gewalt, einer Ordnung, Zucht und Sicherheit verbürgenden, die materielle, geistige und moralische Wiedergeburt unseres Vaterlandes verheißenden festen staatlichen Ordnung. Mögen die Schöpfer unseres neuen Verfassungsbaues sich dessen bewußt bleiben, daß der Weisheit letzter Schluß in dem schönen Dichterwort Ausdruck gefunden hat: Das höchste Gut des Volkes ist sein Staat!

Österreich

Von

Friedrich Fürst Wrede

Die Großmeisterstelle des Ordens vom Goldenen Vlies bildete einen Teil des reichen Heiratsgutes, das Maria von Burgund, Karls des Kühnen Tochter, dem Erzherzoge Maximilian von Österreich am 18. August 1477 in die Ehe mitbrachte. Der Orden war 48 Jahre vorher vom Großvater der Braut, Herzog Philipp dem Guten, in Brügge gestiftet worden, und seine vornehmste Pflicht war die Pflege der Solidarität. Jede einem einzelnen Ritter zugefügte Unbill sollte als der Gesamtheit widerfahren erachtet werden. Ein solcher Leitsatz paßte vortrefflich zu den hochfliegenden Plänen des Hauses Habsburg. Nie haben die Nachfahren des Humanisten und von Anastasius Grün als letzter Ritter besungenen Maximilian I. auf die Toisonritterschaft Verzicht leisten wollen. Als mit Karl II. die ältere, spanische Linie der stolzen Dynastie 1700 erlosch, nahm Kaiser Karl VI. das Recht der Ordensverleihung für die jüngere, deutsche Linie in Anspruch. Seither schmückte jedes volljährige männliche Mitglied des Erzhauses der Purpurmantel, in dessen Saum die selbstbewußte Devise „Je l'ay empris" — ich hab's gewagt — eingewoben ist. So wurde, gleichwie sich der Krummstab aus einem Requisit der Hirten in das Wahrzeichen geistlicher Herrschaft umwandelte, das burgundische Widderfell allmählich das Sinnbild einer weitausschauenden Hauspolitik, die durch kluge Heiraten Rechtsansprüche erwarb und das auf so friedlichem Wege Erworbene nötigenfalls durch Waffengewalt zähe und kraftvoll zu verteidigen wußte.

Zersplitterte Schwächen unter dem wärmenden Widderfelle zu einer Stärke großziehen; zunächst ein Ganzes aus Teilen sammeln, hernach die Teile durch das Ganze beherrschen — das bildete seit alters das Umundauf der jahrhundertelang erfolgreichen österreichischen Staatskunst.

Der Gedanke ist durchaus realistisch und — wie alles Großzügige — von bestrickender Einfachheit. Seine Nutznießer waren das Haus Habsburg und die europäische Kultur zu gleichen Teilen.

Digitized by Google

Allein kürzlich erging es dem Widderfelle geradeso, wie es einige Jahrzehnte vorher seinem Artgenossen, dem Krummstabe, bereits ergangen war. Obgleich es sich unter ihm, laut des Volksmundes, gut leben ließ, flüchteten die Untertanen aus seinem kühlen Schatten in die Prallsonne moderner Ideen. Vielleicht gerade deshalb, weil sie eben Untertanen waren.

Unter dem Symbole des Goldenen Vlieses lebten zu guter Letzt neun, zieht man zwischen Tschechen und Slowaken, Kroaten und Serben, Italienern und Ladinern eine trennende Linie, sogar zwölf sprachlich geschiedene Menschengruppen, die wir innerhalb der schwarzgelben Pfähle gemeiniglich als Nationen zu bezeichnen pflegen. Unser Sprachgebrauch weicht hierin sehr wesentlich von dem französischen, englischen und auch ungarischen ab, der unter dem Ausdrucke Nation die gesamte, zu einem Staatswesen vereinigte Bevölkerung verstanden wissen will.

Auf den Doppelsinn des Wortes ist ein gut Teil der durch Amerikas Bescheid auf die österreichisch-ungarische Friedensbitte hervorgerufenen heillosen Verwirrung zurückzuführen. In seiner Note vom 18. Oktober 1918 widerrief bekanntlich der Präsident der Vereinigten Staaten kurzerhand den zehnten seiner am 8. Januar des gleichen Jahres formulierten vierzehn Punkte. Wilson erklärte, die Gewährung der Autonomie genüge fürderhin nicht als Grundlage des Friedensschlusses, sondern er sei gezwungen, darauf zu bestehen, daß die Völker darüber Richter seien, welche Aktion der Regierung, ihrer Auffassung über ihre Rechte und ihre Bestimmung als Mitglieder der Familie der Nationen entspräche.

Diese gewundene Stilisierung wurde in geschäftigen Händen zu einem Dietrich, der chauvinistischer Begehrlichkeit alle Türen öffnete.

Vor allem hätte einwandfrei festgestellt werden müssen, was denn unter der „Familie der Nationen" zu verstehen sei. Die wohlklingende Metapher ließ zweierlei Auslegungen zu. Entweder das bereits bestehende Völkerkonglomerat: die vielsprachige österreichisch-ungarische Monarchie; oder die vorläufig nur ideelle, erst zu realisierende Gemeinschaft aller Kulturstaaten: der Völkerbund.

Unser obenerwähnter Sprachgebrauch und die Bezugnahme auf den nur Österreich-Ungarn betreffenden zehnten Punkt der Botschaft an den Kongreß vom 8. Januar ermöglichte erstere Deutung. Ist man jedoch ehrlich bestrebt, sich den Wilsonschen Gedankengang zu eigen zu machen, so wird man sich für die zweite Auffassung entscheiden. Es genügt vollauf, daran zu erinnern, daß Millionen Deutsche, Tschechen, Kroaten und Madjaren das amerikanische Bürgerrecht genießen, daß 1901 von den im Dominion of Canada erscheinenden 117 Tagesblättern 66 in französischer und 12 in deutscher Sprache gedruckt wurden, um die Annahme, Wilsons Familie der Nationen sei nicht nach politischen Staaten, sondern sprachlich gegliedert gedacht, in das Reich der Utopien zu verweisen.

Sinngemäß richtig übersetzt hätte der Satz der amerikanischen Note in deutscher Übertragung also etwa folgendermaßen zu lauten: Die Sprach-

Digitized by Google

stämme der österreichisch-ungarischen Monarchie sollten selbst darüber Richter sein, welche Aktion der k. k. Regierung, ihrer Auffassung von ihren Rechten und ihrer Bestimmung als Mitglieder der Familie der Staaten entsprechen wird.

Durch dieses Postulat wurde nicht nur die Grammatik zum Vormund der Staatsregierung bestellt, sondern auch gleichzeitig die befristete Lösung eines uralten Kulturproblems zur Friedensbedingung erklärt.

Da die wirtschaftliche Notlage die Beendigung des Krieges erheischte, kam die Wilsonsche Note der Übersendung der berüchtigten seidenen Schnur an Österreich-Ungarn gleich.

Gewiß, der Schierlingsbecher bildete zwar keinen Beweis gegen die Weisheit des Sokrates, aber eine handliche Institution der antiken Rechtsprechung; er bewährte sich bis vor kurzem in etwas blutrünstigerer Form in der japanischen Sitte des Harakiri; auch in Gestalt eines diplomatischen Schriftstückes hat er ganze Arbeit geleistet. Es bleibe dahingestellt, ob es wohlgetan war, den Befehl zur Selbstentleibung in die Umgangsgebräuche der Familie der Nationen aufzunehmen. Immerhin — der Auftrag wurde erteilt und ohne Widerrede heroisch ausgeführt. Kaiser Karl erließ sein verhängnisvolles Manifest.

Die österreichischen Abgeordneten jeder Nationalität sollten sich zu Nationalräten konstituieren und die auf solche Weise gebildeten Rumpfparlamente auf die Suche nach der im Goldenen Vließe versinnbildlichten Gemeinsamkeit gehen.

Behend und beherzt bestiegen die modernen Argonauten das ihnen auf konstitutionellem Wege zur Verfügung gestellte Schiff; sie dachten jedoch nicht im entferntesten daran, die beschwerliche Fahrt nach Kolchis anzutreten. Noch vor Anker liegend, wurde die österreichische Argo zu chauvinistischen Freibeuterkähnen umgetakelt. Was vorauszusehen war, traf ein: Das Manifest teilte das Schicksal aller während des Krieges erlassenen k. k. Verordnungen — es wurde nur insofern ausgeführt, als es den einzelnen Komponenten in den eigenbrötlerischen Kram paßte.

Die unausbleibliche Folge war der sattsam bekannte, katastrophale Zusammenbruch der Monarchie.

Im Lichte besehen ist die Klippe, an der das österreichische Staatsschiff so kläglich zerschellte, die von Jean Jacques Rousseau in seinem Contrat social an jedwedes staatliche Gemeinwesen gestellte Rätselfrage: „Trouver une forme d'association qui défende et protège de toute la force commune la personne et les biens de chaque associé, et par laquelle chacun, s'unissant à tous, n'obéisse pourtant qu'à lui-même, et reste aussi libre qu'auparavant." — Eine Gesellschaftsform finden, in der die gemeinsame Kraft die Interessen des einzelnen schützt, und in der der einzelne, nur sich selbst gehorchend, volle Freiheit genießt.

Die besten Köpfe Altösterreichs haben ihren Witz an dem Änigma erprobt. Man hat es mit dem Absolutismus, mit dem Konstitutionalismus und mit der Zwitterbildung beider Regierungsformen, der Paragraph-14-Regierung,

Digitized by Google

versucht. Die Herren vom Bach und Schmerling wollten das Rätsel im zentralistischen, die Grafen Goluchowski und Belkredi im föderalistischen Sinne lösen. Gemeinsam war ihnen allen der gute Wille und die Erfolglosigkeit.

Im Vormärz waren die im Reichstage vertretenen Königreiche und Länder verwaltungstechnisch ohne Rücksicht auf die historischen Grenzen der einzelnen Provinzen in zehn Gubernien eingeteilt. Als man dann im Jahre 1848 an eine Neugestaltung des Reiches schritt, schlug der Wortführer der Tschechen, Palacky, vor, das Territorium in acht nationale Landesgruppen zu teilen: Deutschösterreich (aus den Alpenländern und den deutschen Teilen Böhmens und Mährens bestehend), Tschechischösterreich (das slawische Böhmen, Mähren, Schlesien und die Slowakei umfassend), Polnisch-, Illyrisch-, Italienisch-, Südslawisch-österreich, das madjarische Ungarn und die walachischen Provinzen.

Da dieses föderalistische Projekt des berühmten böhmischen Landeshistoriographen an dem leidenschaftlichen Widerspruche der unter Brestls Führung kämpfenden deutschen Zentralisten scheiterte, einigte man sich im Verfassungsausschusse des Kremsierer Reichstages dahin, einerseits die historische Provinzialteilung beizubehalten, anderseits die größten dieser politischen Gebilde in sprachlich möglichst geschlossene Kreise zu zerlegen.

Obgleich die späteren Verfassungsänderungen und Verwaltungsreformen diese nationale Gliederung durch rein bureaukratische Bezirkshauptmannschaften ersetzten, ist der Gedanke an eine solche Lösungsmöglichkeit des Nationalitätenproblems nie ganz der Vergessenheit anheimgefallen. Sowohl das Ministerium Koerber als das Ministerium Bienerth griffen auf ihn zurück, und es ist ein Geheimnis des offenen Marktes, daß auch der während des Weltkrieges von dem jetzigen Nationalrat Fritz Adler ermordete Ministerpräsident Graf Stürgkh eine Reform auf Grundlage des nationalen Kreises plante, zu deren Ausarbeitung der erfahrene und geschäftskundige Statthalter von Oberösterreich, Baron Handel, eigens nach Wien berufen wurde.

All diese Gesetzesvorlagen und Pläne liegen in den Stenogrammen der Parlamentsberichte und in den Aktenschränken der Ministerien eingesargt. Sie sind heute Vergangenheit.

Allein, einmal ausgesprochene kluge Einfälle sind wie die Materie der Elemente unzerstörbar. Sie sind Atome des Geistes, die sich immer wieder zu neuen Molekülen der menschlichen Erkenntnis aufbauen. Ganz unabhängig von den amtlich geaichten Rätseldeutern und auch unabhängig voneinander versuchten zwei Männer — Dr. Otto Bauer und Dr. Karl Renner — das Problem des Nationalitätenstaates wissenschaftlich zu ergründen und der von ihnen gefundenen Lösung durch rege Publizistik Freunde und Anhänger zu werben. Eine Parallele zwischen den Schriften dieser beiden Autoren zu ziehen, fällt — so verlockend die Aufgabe auch wäre — außerhalb des Rahmens dieses Aufsatzes. Was hier versucht werden kann, ist lediglich, das wesentlichste der versuchten Problemlösung in den allergröbsten Umrissen anzudeuten. Zu diesem Behufe genügt es vollauf, sich mit einem im Früh-

Digitized by Google

jahr 1918 im Verlage Deuticke erschienenen Buche Dr. Karl Renners, „Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", vertraut zu machen.

Der klare, aller Rührseligkeit abholde Verstand eines Thomas Hobbes sah bereits im 17. Jahrhundert den Zweck aller Philosophie darin, die Wirkungen vorauszusehen und sie so zum Gebrauch im Leben verwendbar zu machen. In diesem Sinne ist „Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen" ein eminent philosophisches Lehrbuch.

Was das von Dr. Renner entworfene Staatsgebäude in erster Linie auszeichnet, ist die Zuverlässigkeit der Grundlage. Nichts liegt ihm ferner als Wilsons holder Wahn, man könne die Völker Österreichs wie Spielmarken in ihre Kästchen durch ethnische oder politische Grenzen säuberlich sondern. Dr. Renner rechnet vielmehr von vornherein mit der gegebenen Tatsache, daß der Fels, auf den er seinen Tempel zu bauen gezwungen ist, ein polygones Nationalitätenkonglomerat ist, dessen mannigfache Bestandteile im Laufe der Zeit mittels einer ganzen Reihe übernationaler Kitte — langjährige Seßhaftigkeit im fremdsprachigen Gebiete, ökonomische Gebundenheit, Heirat zweier Nationsfremder — zu einer wirtschaftlichen Einheit verschmolzen. Es gibt tatsächlich im Bereiche des ehemaligen Österreich-Ungarn keine Fabrik, kaum eine größere Werkstatt, ja sogar relativ nur sehr wenige Familien, die nicht jede für sich einen Mikrokosmos der Nationalitätenfrage bildete. Ebenso feststehend ist es allerdings auch, daß, allen übernationalen Kitten zum Hohne, dieses unzerlegbare Sprachen- und Rassengemengsel in immer steigendem Maße vom Fieberschauer nationaler Kämpfe durchrüttelt wurde.

Sehen wir nun zu, wie unser Autor dieser Krankheitserscheinung zu Leibe rückt.

Man könnte Dr. Renner mit Fug und Recht als den Virchow der Staatskunst bezeichnen. Denn gleichwie der große deutsche Kliniker in seiner Zellularpathologie das Wesen der Krankheiten des menschlichen Körpers in den Störungen der Tätigkeit der Zelle sucht, erkennt der österreichische Politiker das Wohl und Wehe des Staatsorganismus in der Funktion seines Elementarbestandteiles.

Was aber ist dieser Elementarbestandteil? Dr. Renner versucht seine Feststellung auf echt philosophischem Wege. Er zerlegt die Bedürfnisse eines Nationalitätenstaates in drei große Gruppen: erstens in die kulturellen Bedürfnisse der Sprache; zweitens in die ökonomischen Bedürfnisse des wirtschaftlichen Vorteils; drittens in die politischen Bedürfnisse einer straffen Zentralverwaltung. Der Knotenpunkt dieser drei divergierenden Interessenkomplexe, die Verwaltungseinheit, in der sich Nationalität, Ökonomie und Zentralverwaltung gemeinsam erstlich betätigen, ist eben die Zelle des Staates oder — aus der Sprache des biologischen Gleichnisses in die verwaltungstechnische Terminologie übersetzt — der Kreis.

Seine Grenzen richtig und lebensfähig abzustecken, bildet das Abc des Erfolges. Renner schwebt ein Gebiet vor, welches im Durchschnitt 2 bis

Digitized by Google

3 Mittelschulen, etwa 12 gewerbliche und 2 landwirtschaftliche Lehranstalten enthalten müßte.

Der Kreis bildet den Baustein, mittels dessen das Gemeinwesen vor unseren Augen in dreidimensionaler Gliederung aufgebaut wird. Als Nation — zur Befriedigung der sprachlichen Postulate; als Gliedstaat — zur Befriedigung der wirtschaftlichen Postulate; als Bundesstaat — zur Befriedigung der Postulate der Zentralverwaltung.

Die über das ganze Reich verstreuten Kreise jedes einzelnen Sprachstammes bilden die betreffende Nation. Ihre kulturellen Interessen werden in einem gewählten Nationalrate parlamentarisch erörtert und in der Reichshauptstadt durch eine eigene Nationalregierung, an deren Spitze ein Staatssekretär steht, vertreten.

Die Kreise jedes abgerundeten Wirtschaftsgebietes — Renner schlägt für Österreich entweder acht Gubernien oder, was vorzuziehen wäre, vier auf geographischer Grundlage fußende „Sonderstellungsgebiete" vor — formen je einen Gliedstaat, an dessen Spitze ein Statthalter steht und dessen Vertretung im Landtage erfolgt.

Die Gesamtheit aller Kreise bildet schließlich den Bundesstaat. Sein politisches Leben spielt sich im Bundesparlamente ab, seine Leitung ist Sache der Zentralregierung.

Aus der Allgemeinheit der staatlichen Aufgaben werden nun die spezifisch nationalen — beispielsweise die Unterrichtsverwaltung —, ferner die spezifisch territorialen, wie etwa die Agrikulturfragen, ausgeschieden, und erstere den betreffenden Nationalräten, letztere den Landtagen zugewiesen. Die Fragen der Landesverteidigung, der Justiz, der Sozialpolitik, der Finanzen, kurz die allen Bürgern gemeinsame Interessensphäre bleibt ausschließliche Domäne des Bundesparlamentes.

Wie ist die Zentralregierung gedacht?

Die Staatsgeschäfte werden in Bundesämtern unter Leitung unverantwortlicher Fachleute aus der geschulten Bureaukratie geführt. Mehrere dieser Bundesämter bilden je ein Ministerium, dessen Haupt — der Minister — aus der jeweiligen Mehrheit des Parlaments entnommen ist. Der Minister des Innern ist Vorsitzender des Ministerrates und führt als solcher den Titel eines Kanzlers. Seine Machtbefugnisse sind sehr weit gesteckt. Damit jedoch die Bäume des Kanzlers nicht in den Himmel wachsen, ist ihm eine, allerdings nur beratende, Körperschaft, der aus Vertretern der nationalen Regierungen und aus Vertretern der Gliedstaaten gebildete Bundesrat, beigegeben. Fast hat es den Anschein, als sei Dr. Renner bei der Konzeption seines Bundesrates bei einem der größten Organisatoren, die die Weltgeschichte kennt, in die Schule gegangen. Bei Ignaz v. Loyola, der die absolute Macht des Generals und der Provinzialen seines Jesuitenordens durch die Institution der Assistenten und Admonitoren weise beschnitt.

Digitized by Google

Vergegenwärtigen wir uns zwecks besseren Verständnisses des Staatsmechanismus die Laufbahn eines Beamten im Rennerschen Nationalitätengemeinwesen.

Der Eintritt erfolgt — ich zitiere der Genauigkeit halber unseren Autor im folgenden tunlichst wörtlich — in der Regel in der Kreisverwaltung. Wer in ihr sein Leben abschließen will, bedarf, da die große Mehrzahl der Kreise einsprachig ist, keiner zweiten Landessprache. Diese braucht auch jener nicht, welcher, weil ihm das nationale Kulturleben über alles geht, in der Nationalverwaltung aufzusteigen wünscht, ihm steht die Bahn bis zum nationalen Staatssekretär offen. Wer aber über die Lokalverwaltung hinaus im Staatsdienst zu verbleiben wünscht, muß der Anforderung für den höheren Staatsdienst Genüge leisten. Diese Anforderung ist die Kenntnis einer zweiten Landessprache. Sie herbeizuführen gibt es nur einen Weg. Im Interesse der Union muß in jeder Mittelschule des ganzen Staatsgebietes das Deutsche, in jeder deutschen Mittelschule eine der Landessprachen gelehrt werden.

In dieser Forderung liegt gleichzeitig die Stärke und die Schwäche des ganzen Systems. Von der Möglichkeit ihrer Durchsetzung hängt seine Realisierbarkeit ab.

Sieht man in der Schule schlechthin eine Anstalt zur Erwerbung nützlicher Kenntnisse, so wird der gesunde Menschenverstand der Aufnahme einer zweiten Landessprache in den Lehrplan sicherlich keinen Widerstand entgegensetzen. Allein, wer, selbst mit beiden Füßen im Parteileben stehend, noch im Frühjahre 1918 den Mut fand, den Satz zu schreiben: „Das Faust- und Maulheldentum führt die Nationen"; wer, wie Dr. Renner es tut, den Zusammenhängen der Geschehnisse philosophisch nachgeht: der wird sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß gerade in der Demokratie die Dinge nicht unter dem Gesichtswinkel der Ersprießlichkeit, sondern unter dem des Parteivorteils beurteilt zu werden pflegen, und daß die Unzufriedenheit der Wähler sich nicht in den Reden der Mandatare spiegelt, sondern gerade umgekehrt, der brennende Ehrgeiz der Berufspolitiker die Massen nicht zur Ruhe kommen läßt.

Die Annahme der Schulvorlage ist ein Prüfstein des Willens zur Gemeinschaft. Klipp und klar wird in ihr der oberste Grundsatz des Descartes: „Cogito ergo sum" — ich denke, also bin ich — als Existenzfrage an den Nationalitätenstaat gestellt. Seine Daseinsberechtigung wird davon abhängig gemacht, ob ihm eine volonté générale, ein allgemeiner Wille im Sinne Rousseaus, überhaupt innewohnt, oder ob in den Beschlüssen seiner Vertretungskörper nur die Summe einzelner Willen, die volonté de tous, auf den Plan tritt.

Ist die Voraussetzung des Bestandes eines allgemeinen Willens erfüllt, so muß das Rennersche Programm allerdings als die großzügigste, ja, als die einzig mögliche Lösung der Aufgabe angesprochen werden, die sich Kaiser Franz Josef I. bereits bei seinem Regierungsantritte gestellt hatte: alle Länder und Stämme der Monarchie zu einem großen Staatskörper vereinigen.

Digitized by Google

Die brausende Woge des Umsturzes hat den Verfasser des „Selbstbestimmungsrechtes der Nationen" aus seiner stillen Gelehrtenstube in den Palast des Ministerpräsidiums getragen. Dr. Renner bekleidet das von ihm selbst in abstrakter Geistesarbeit ausgeklügelte Amt. Er ist heute der Kanzler Österreichs. Allerdings eines verstümmelten, durch den äußeren Feind gedemütigten, durch den inneren Feind entmannten, aus tausend Wunden blutenden Österreichs — aber immerhin eines Österreichs.

Denn der Brudermord in der Familie der Nationen hat das Problem des Nationalitätenstaates keineswegs gelöst. Er hat es vielmehr vervielfacht. Jeder der auf dem Gebiete des alten Kaiserreichs erstandenen sogenannten Nationalstaaten ist wieder ein Völkerkonglomerat, ein kleines Österreich für sich, geblieben. Das ist eine Tatsache, die einerseits durch die Forderung der tschechischen Republik nach Einverleibung deutschen, polnischen und ungarischen Gebietes, anderseits durch die anläßlich der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung allein in Wien abgegebenen 61 000 tschechischen Stimmen genügend belegt ist, und die auch im Deutschen Reiche nachdenklich stimmen sollte.

Nein — geben wir uns keiner Täuschung hin! Das Goldene Vlies der Habsburger ist in der lodernden Flamme der Revolution nicht zu Asche verbrannt. Es wurde nur von plumpen Händen roh in Stücke gerissen, und jeder der treulosen Argonauten hat einen Fetzen des Widderfelles in seine Heimstätte verschleppt. Daß es sich dort über kurz oder lang als ein artiges Nessushemd entpuppen dürfte, mag als Ironie auf Diplomatenweisheit noch hingehen.

Daß aber der Mann, der unstreitig den Willen und, wenn nicht alle Zeichen trügen, auch die kluge Mäßigung besaß, in letzter Stunde das Kleinod aus Kolchis zu holen, erst durch den Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie zur Macht gelangte — das ist wohl einer der allerschlechtesten Witze, die sich die Weltgeschichte je geleistet hat.

Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen

Von

Philipp Zorn

In den politischen Kämpfen, die der Novemberrevolution von 1918 folgten, ist mehrfach auch die Haltung Deutschlands auf den beiden Haager Friedenskonferenzen erörtert und sogar die Behauptung aufgestellt worden, diese Haltung sei ein Beweis für die Eroberungsgier Deutschlands und damit für dessen Schuld am Weltkriege. Als einziger noch überlebender deutscher Delegierter auf beiden Konferenzen und als eines der wenigen noch über-

Digitized by Google

lebenden Mitglieder der ersten Friedenskonferenz empfinde ich die Pflicht, zu dieser Frage, die immerhin ein Stück Weltgeschichte in sich schließt, das Wort zu ergreifen und meine persönlichen Erinnerungen und Erfahrungen für die Geschichte festzuhalten. Viele und wichtige Einzelpunkte habe ich bereits mehrfach, teils wissenschaftlich, teils politisch behandelt; für andere empfand ich die Pflicht der Amtsverschwiegenheit. Nach dem Umsturz des alten Staatssystems durch die Revolution besteht kein Hindernis mehr für eine völlig rückhaltlose Darstellung der deutschen Politik auf den Friedenskonferenzen. Amtliche Materialien, die nicht allgemein zugänglich sind, habe ich nicht benutzt; das aktenmäßige Material, das verwertet ist, sind ausschließlich die vom holländischen Ministerium herausgegebenen Protokolle der beiden Konferenzen, die der ersten unter dem Titel: „Conférence internationale de la Paix", La Haye 1899, 4 Teile in einem Folioband; die der zweiten unter dem Titel: „Deuxième Conférence internationale de la Paix. Actes et Documents", 3 Bände, La Haye 1907. Aber ich hoffe, daß meine Darstellung Anlaß geben wird, die einschlägigen amtlichen Materialien, soweit sie bis jetzt strenges Geheimnis der Archive des Auswärtigen Amtes geblieben sind, der Welt und damit der strengen Richterin Geschichte zu übergeben. Der Richterspruch der Geschichte über die auswärtige Politik Deutschlands in den letzten drei Jahrzehnten wird, nicht ausschließlich, aber in erheblichem Umfange bedingt sein von dem Urteile, das über das Verhalten Deutschlands auf den beiden Haager Friedenskonferenzen gefällt werden muß.

I

Die Vorgeschichte der ersten Friedenskonferenz

Das europäische Staatensystem, wie es als Abschluß der durch die französische Revolution entfesselten Völkerbewegung durch den Wiener Kongreß festgestellt worden war, beruhte auf dem Schwergewicht der fünf Großmächte Rußland, Österreich, Frankreich, England, Preußen; die Form, in welcher dieses Schwergewicht zur Geltung gebracht wurde, braucht hier nicht erörtert zu werden; ebensowenig die Grundsätze, nach denen es, teils übereinstimmend, teils rivalisierend, ausgeübt wurde; ebensowenig die Wandlungen, die dieses System in der Zeit von 1815 bis in den Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts erfuhr.

Das Großmachtsystem des Wiener Kongresses fand eine wesentliche Umgestaltung durch die Ereignisse der sechziger Jahre. Die bereits seit längerer Zeit vorbereitete italienische Einheitsbewegung führte in der Zeit von 1859 bis 1870 zur Herstellung des einheitlichen Königreiches Italien unter der Dynastie des Hauses Savoyen: Italien wurde, erst unter starker französischer (1859), weiterhin unter entscheidender preußisch-deutscher (1866/1870) Hilfe, zur sechsten europäischen Großmacht erhoben, indem der größte Teil der italienischen Sprachgemeinschaft — eine geschichtliche Volksgemeinschaft

Digitized by Google

für Italien hatte seit der Römerzeit nicht mehr bestanden — zu einer staatlichen Gemeinschaft zusammengeschlossen wurde. Nicht unerhebliche Teile der italienischen Sprachgemeinschaft blieben allerdings außerhalb der neuen Staatsgemeinschaft, teils unter französischer (Corsica, Nizza, ein Teil von Savoyen), teils unter eidgenössischer (Tessin), teils unter englischer (Malta), teils unter österreichischer (Südtirol und Triest) Herrschaft. In allgemeiner Anerkennung aber trat jedenfalls Italien als Großmacht in das europäische Staatensystem ein; seine „Irredenta" war, geschichtlich durchaus erklärbar, wesentlich, ja ausschließlich, gegen Österreich gerichtet.

Die zweite große Veränderung des alten europäischen Großmachtsystems betraf Deutschland. Durch den Wiener Kongreß war die deutsche Staatsumwälzung, die durch den Lunéviller Frieden bewirkt worden war, dahin abgeschlossen worden, daß neben den beiden deutschen Großmächten Österreich und Preußen noch 36 weitere deutsche Staaten (Bundes-Akte Art. 6), teils Mittelstaaten, zum größeren Teile Kleinstaaten, erhalten blieben; diese Gesamtmasse deutscher Staaten wurde zusammengefaßt zu einem „Deutschen Bunde" unter Vorsitz Österreichs, der im Frankfurter Bundestage sein Organ hatte. Dieser Bund aber war keine staatsrechtliche Zusammenfassung des deutschen Volkes, sondern nur eine klimmerliche völkerrechtliche Staatenverbindung ohne Kraft und ohne Wert: die souveräne Staatsgewalt lag in den Einzelstaaten, deren kleinster von noch nicht 100000 Einwohnern rechtlich Staat im gleichen Sinne war, wie die Großmächte.

Wenige Jahre nach dem Wiener Kongreß bereits begann demgemäß in volkspsychologischer Notwendigkeit der heftige innere Kampf gegen die deutsche Mißgeburt, die der Wiener Kongreß hervorgebracht hatte; in den Bewegungen der deutschen Burschenschaft auf den Universitäten, auf zahllosen Turner-, Schützen- und Sängerfesten, in lebhaften literarischen und politischen Kämpfen entbrannte ein heißes Feuer deutschen Einheitsstrebens in allen deutschen Landen, das zur himmelhohen Flamme aufschlug und mit elementarer Gewalt seine Erfüllung forderte. Die Revolution von 1848 hat ihren tiefsten Grund in diesem Einheitsstreben des deutschen Volkes, das zugleich ein mächtiges Freiheitsstreben gegen das Metternichsche System politischer Reaktion, das von Wien aus Deutschland, ja das ganze kontinentale Europa beherrschte, war. Die Bewegung von 1848 hatte keinen äußeren Erfolg; aber der Idealismus ihrer inneren treibenden Kräfte blieb unverloren. Durch die Ereignisse von 1866 wurde dann die „deutsche Frage" gelöst. Mit den Waffen, weil jede andere Lösung sich als unmöglich erwiesen hatte; 1867 wurde der Norddeutsche Bund aufgerichtet, 1870/71 durch Hinzutritt der süddeutschen Staaten zum Deutschen Reiche erweitert.

Das Deutsche Reich von 1870 ist der Staat des deutschen Volkes. In diesem Satze liegt das Ergebnis der ganzen deutschen Geschichte seit dem Untergang der Hohenstaufen, ja der deutschen Geschichte überhaupt, umschlossen. Ausgeschlossen aus diesem deutschen Volksstaate

Digitized by Google

blieb nach dem Gang der Geschichte derjenige Teil des deutschen Volkes, der dem Staate Österreich angehörte. Die alemannischen und niedersächsischen Teile des deutschen Volkes, die in der Schweiz und in Holland sich staatlich organisiert hatten, waren seit dem Mittelalter auch zu selbständigen Volksbildungen geworden, die seit dem Westfälischen Frieden endgültig aus der staatlichen Gesamtentwicklung des deutschen Volkes ausgeschieden waren. Von fremden Volksbestandteilen umfaßte das neue Deutsche Reich nur im Norden seit 1866 einen kleinen Bruchteil dänischer, im Osten seit der Teilung Polens eine größere Masse polnischer Bevölkerung.

Für das europäische Großmachtsystem waren diese staatlichen Neugestaltungen der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts eine Veränderung dahin, daß, wie bereits gesagt, Italien den alten Großmächten als neue Großmacht hinzutrat, indes das Deutsche Reich lediglich an Stelle Preußens trat, aber die deutsche Großmachtstellung von nun ab in ganz anderer Weise zur Geltung bringen konnte, als Preußen dies vermocht hatte, einmal aus territorialen Gründen, vor allem aber infolge der nationalen Einigung des ganzen deutschen Volkes in festgefügter Staatsform.

Dieses europäische Großmachtsystem, wie es das siebente Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts geboren hatte, war innerlich dadurch charakterisiert, daß vier der Großmächte rein ausgeprägte Volksstaatsbildungen waren: die beiden alten Nationalstaaten Frankreich und England, letzterer freilich mit dem Widerspruche Irland behaftet, die beiden neuen Nationalstaaten Italien und Deutschland; sie beruhten sämtlich auf ihrer starken eigenen Volkskraft. Anders die beiden anderen Großmächte Rußland und Österreich. Diese beiden Großstaaten des alten Systems umschlossen verschiedene, durch kein innerliches Band verknüpfte Völker; die staatliche Einheit beruhte hier lediglich auf der äußeren Regierungsgewalt, die mit Zwang den Staatsverband aufrechthielt über Völker, die sich fremd waren, ja in fanatischem Hasse einander gegenüberstanden. Nach der Katastrophe des Jahres 1866 wurde die österreichische Staatseinheit aufgelöst in die Staatszweiheit der österreichisch-ungarischen Monarchie, in welcher jeder der beiden Teile an dem gleichen Mangel einer einheitlichen Volksgrundlage krankte, wie ehedem der einheitliche österreichische Staat.

Immerhin war die Staatsgewalt sowohl in Rußland wie in Österreich-Ungarn stark genug, so daß das neue Großmachtsystem von 1870 für die Zukunft Dauer zu versprechen schien. Sehr bald aber traten Gegensätze an die Oberfläche, die teils die Fortsetzung alter europäischer Streitfragen waren, teils völlig neue Momente der Weltwirtschaft und Weltpolitik bildeten. In ersterer Beziehung war es besonders die Balkanfrage, in letzterer die Kolonialfrage, in erster Reihe die Aufteilung Afrikas, welche Schwierigkeiten boten, die, wenn sie nicht gelöst werden konnten, zu schweren Erschütterungen führen mußten. Der Auflösungsprozeß des türkischen Staates in Europa hatte seit Beginn des 19. Jahrhunderts sich in immer stärkerem Fortschreiten vollzogen;

Digitized by Google

in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewannen erst Serbien und die rumänischen Fürstentümer Moldau und Walachei, weiterhin Griechenland ihre Unabhängigkeit, letzteres in Form der vollen Souveränität, die ersteren in Form der Halbsouveränität unter türkischer Oberhoheit. Die stärkste der von außen gegen die Türkei treibenden Kräfte war immer Rußland; die ethnographischen, politischen, religiösen Ursachen dieser russischen Politik bedürfen hier keiner Erörterung: die Aufrichtung des Kreuzes auf der Hagia Sophia in Konstantinopel war allezeit das höchste Ideal des ganzen russischen Volkes. Daß dieser machtvollen Bewegung auf Neugestaltung der Staatsverhältnisse der Balkanhalbinsel gegenüber der Krimkrieg der Westmächte gegen Rußland ein weltgeschichtlich verfehlter Anachronismus war, liegt heute klar zutage. In den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts flammte die nationale Bewegung auf der Balkanhalbinsel neu auf und führte zur Befreiung Bulgariens von der türkischen Herrschaft durch russische Waffen im Kriege von 1876. Gegenüber dem gewaltigen russischen Waffenerfolge, der im Frieden von San Stefano äußeren Ausdruck dahin fand, daß ein Großbulgarien von der Donau bis zum Mittelländischen Meere geschaffen werden sollte, vertrat England mit äußerster Schärfe auch jetzt noch das System des Krimkrieges, das auf Erhaltung des türkischen Staatswesens gerichtet war, und war bereit, diesen Gegensatz mit den Waffen auszutragen, in erster Linie in diesem Bestreben unterstützt von Österreich-Ungarn.

Es gelang der überlegenen Staatsweisheit des Deutschen Reichskanzlers Fürst Bismarck, diesen gefährlichen Gegensatz auf dem Berliner Kongreß in dem Vertrage vom 13. Juli 1878 — Reichsges.-Bl. 307 ff. — zum friedlichen Austrage zu bringen. Das Hauptziel Rußlands, die Befreiung Bulgariens, wurde erreicht, zunächst gleichfalls in Form der Halbsouveränität unter türkischer Oberhoheit; Bosnien, der Ausgangspunkt der neuen Balkanbewegung, wurde unter österreichische Verwaltung gestellt. Der türkische Staat in Europa blieb erhalten, indem das große Gebiet von Mazedonien in territorialer Verbindung mit dem kleineren Gebiet von Konstantinopel und Umgebung als europäische Türkei fortbestand; damit war die Hauptforderung der englisch-österreichischen Balkanpolitik erfüllt.

Diese friedliche Lösung der Balkanfrage, von der Welt aufs dankbarste begrüßt, barg in sich die schwersten Gefahren der Zukunft. Diese Gefahren waren hauptsächlich folgende. Erstens Mazedonien. Auch dieses weite und an Bodenschätzen reiche Gebiet war weit überwiegend von christlicher Bevölkerung bewohnt; der Prozeß, der sich für die übrigen Gebiete der europäischen Türkei bereits vollzogen hatte, mußte also mit Notwendigkeit auch für dieses Gebiet, das völlig unter den gleichen Voraussetzungen stand, sich früher oder später vollziehen. Zweitens Bosnien und Herzegowina. Diese Länder blieben formell türkisch, aber unter österreichischer Verwaltung. Diese hat in jenen Ländern eine große und segensvolle Staats- und Kulturarbeit durchgeführt. Es mußte die Stunde der endgültigen staatsrechtlichen Gestaltung dieser Länder kommen

Digitized by Google

und damit die Frage gelöst werden, ob sie dem österreichischen Staatsverbande, der bereits einen erheblichen Bestandteil serbischer Nationalität einschloß, angegliedert werden sollten. Und diese Stunde wurde zur Schicksalsstunde der Welt. Dazu kam drittens die Gefahr, die darin lag, daß die sämtlichen neuen Volksstaaten der Balkanhalbinsel von der bisherigen territorialen Regelung unbefriedigt waren und gegenseitig Ansprüche auf Neugestaltung ihrer Grenzen erhoben. Endlich aber und vor allem war die Folge des Berliner Kongresses eine tiefgehende und, wie die weitere Entwicklung zeigte, nicht mehr zu heilende Veränderung der traditionellen preußisch-russischen Freundschaft. Die preußisch-russische Freundschaft war alte Überlieferung beider Staaten; wenn auch in erster Linie ein Werk der Herrscherhäuser, war sie doch auch auf die Völker übergegangen, die, durch viele Interessen aufeinander angewiesen, keine erheblichen politischen oder wirtschaftlichen Gegensätze hatten. In der Zeit der Heiligen Allianz festgeschmiedet, hatte diese Freundschaft die kritische Probe des Krimkrieges bestanden und war als wertvollstes politisches Kapital in das neue Deutsche Reich übernommen worden: die wohlwollende russische Neutralität im Deutsch-Französischen Kriege und die mit deutscher Hilfe erfolgte Befreiung Rußlands von den ihm im Pariser Frieden angelegten Schwarzen-Meer-Fesseln durch den Londoner Vertrag vom 2. Juni 1871 — Reichsges.-Bl. S. 104 — stehen in notwendigem innerem Zusammenhange.

Diese preußisch-russische Freundschaft wurde durch den Berliner Kongreß erschüttert und damit die wertvollste Garantie des Weltfriedens erst geschwächt, weiterhin vernichtet. Die russischen Staatsmänner betrachteten die von Bismarck auf dem Berliner Kongresse eingenommene Vermittlerstellung als in erster Linie gegen die russischen Interessen gerichtet, nahmen insbesondere Anstoß an der deutscherseits betätigten starken Vertretung der österreichischen Interessen durch die Überweisung von Bosnien und Herzegowina an Österreich, und so begann die Periode der Entfremdung zwischen den beiden großen Ostmächten, die in ihren weiteren Folgen eine Hauptursache des Weltkrieges wurde; die führende russische Presse trug den Gegensatz der Staatsmänner mit immer wachsender Schärfe auch auf das russische Volk über, was natürlich seine Wirkung auch für Deutschland hatte. Die nächste Folge der deutsch-russischen Entfremdung war der Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses vom 7. Oktober 1879 (Text bei Fleischmann, Völkerrechtsquellen, S. 163), das die politischen Interessen dieser beiden Mächte aufs engste verband. Das Bündnis wurde zunächst geheimgehalten; aber es steht heute fest, daß sein Inhalt vom Deutschen Kaiser dem russischen Zaren alsbald mitgeteilt wurde mit der ausdrücklichen Versicherung, daß das Bündnis lediglich einen Verteidigungscharakter trage. Zugleich betonte der Deutsche Reichskanzler wiederholt und scharf, daß Deutschland keine selbständigen Orientinteressen verfolge, und es gelang ihm, trotz des österreichischen Bündnisses, auch mit Rußland 1884 eine vertragsmäßige Friedenssicherung, den sogenannten Rückversicherungsvertrag, abzuschließen und damit den Weltfrieden

Digitized by Google

zu festigen. Immerhin waren die Verhältnisse zwischen Rußland und Deutschland schon 1888 so gespannte geworden, daß Bismarck in der berühmten Rede vom 6. Februar 1888 das Wort an Rußland richten mußte: „Wir Deutschen fürchten Gott, sonst nichts in der Welt."

Dies war die Lage, als es zur welthistorischen Katastrophe von 1890, der Entlassung Bismarcks, kam. Von diesem Zeitpunkte ab wurde die deutsche auswärtige Politik von Jahr zu Jahr haltloser bis zur tragischen Katastrophe des Weltkrieges. Und auch für diese Nach-Bismarcksche deutsche auswärtige Politik gilt das Wort: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht."

Bismarcks Nachfolger, Caprivi, verzichtete alsbald auf die Rückendeckung durch den russischen Rückversicherungsvertrag, und erst im flammenden Lichte des Weltkrieges konnten wir die heftige Schärfe verstehen, mit der Bismarck in den „Hamburger Nachrichten" diesen Schritt Caprivis bekämpfte. Unter der Leitung Holsteins nahm die deutsche Politik mehr und mehr eine antirussische Entwicklung; bereits am 22. August 1891 erfolgte der formelle Abschluß eines russisch-französischen Bündnisses. Die bereits früher — seit 1882 infolge des französischen Vorgehens in Tunis — durch Bismarck hergestellten freundschaftlichen Beziehungen zu Italien wurden 1887 zu einem formellen Bündnis ausgestaltet: der deutsch-österreichisch-italienische Dreibund und der russisch-französische Zweibund waren die Angelpunkte der europäischen Politik geworden. Für Deutschland begann gleichzeitig, im Gegensatze zu der Bismarckschen Überlieferung, daß die orientalischen Dinge nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert seien, die Zeit der sehr intensiven selbständigen Orientpolitik wirtschaftlicher, aber auch rein politischer Natur.

So war die europäische Lage in der Zeit nach Bismarcks Sturz immer unsicherer geworden, und Deutschland entbehrte des überlegenen Meisters, der sie zu beherrschen vermocht hätte; keiner der deutschen Staatsmänner nach Bismarcks Sturz erwies sich als den Schwierigkeiten der europäischen Lage gewachsen.

Die Weltlage — noch war Europa der Mittelpunkt der Welt — war folgende: Durch die Niederlage von 1870 war Frankreich der unbedingte Gegner Deutschlands geworden; alle wohlgemeinten Bemühungen, diesen Gegensatz auszugleichen, erwiesen sich aus inneren, mehr noch wie aus äußeren Gründen, als vergeblich. Frankreich konnte den Zusammenbruch, den ihm 1870 die deutschen Waffen bereitet hatten, nicht vergessen. Die russische Entfremdung gegen Deutschland führte mit innerer Notwendigkeit zum russisch-französischen Bündnis, dessen Spitze gleichfalls mit Notwendigkeit gegen Deutschland gerichtet war. Dem stand gegenüber das deutsch-österreichische Bündnis, das durch den Gegensatz der österreichischen und russischen Balkaninteressen sich mehr und mehr zu einem Gegensatz gegen Rußland auswuchs. Diesem Bündnis trat zwar Italien bei; von Anbeginn aber war diese Bundesgenossenschaft infolge des tiefen historischen Gegensatzes zwischen Österreich und Italien, sowie wegen der romanischen Hinneigung Italiens zu Frank-

Digitized by Google

reich eine unsichere, deren Erprobung im praktischen Falle höchst zweifelhaft war.

Außerhalb beider Bündnisse stand England. Die englische Weltpolitik war in erster Linie mit außereuropäischen Interessen beschäftigt und auf sie festgelegt. Diese Interessen hatten einen erheblichen antifranzösischen und einen sehr starken antirussischen Inhalt; im Fall Faschoda kapitulierte Frankreich vor England, aber mit verhaltenem Grimme; die Vernichtung der alten französischen Interessen in Ägypten durch die im Jahre 1882 erfolgte gewaltsame Besetzung dieses Landes von seiten Englands mußte in Frankreich tiefsten Ingrimm hervorrufen; der russisch-englische Gegensatz war völlig unausgeglichen und erschien als unausgleichbar. Jedenfalls war der Gegensatz Englands zum russisch-französischen Zweibund ein viel tieferer Interessengegensatz, als der Gegensatz Englands zum Dreibund, und die Aussichten, England in diesen Bund in irgendeiner Form einzubeziehen, schienen sachlich wohlbegründet zu sein. Zur Wahrung seiner asiatischen Interessen trat England in stetig wachsende Annäherung an das aufstrebende Japan. Die deutsch-japanischen Beziehungen waren infolge vieler Dienste, die Deutschland in kultureller und militärischer Beziehung Japan geleistet hatte, sehr gute. Mit unbegreiflichem Leichtsinn wurde dies wertvolle politische Kapital aufs Spiel gesetzt, indem sich Deutschland gegenüber dem japanisch-chinesischen Frieden von Shimonoseki 1895 zum Handlanger der russischen Politik gegen Japan machte.

Inzwischen hatten die kolonialen Fragen, insbesondere die Aufteilung des afrikanischen Kontinentes, eine immer größere Bedeutung gewonnen. Seit Mitte der achtziger Jahre war auch das Deutsche Reich, „dem Kaufmanne folgend", in die Reihe der Kolonialmächte eingetreten und hatte erhebliche — immerhin den alten Kolonialmächten gegenüber sehr bescheidene — Gebietserwerbungen in Südwestafrika, in Ostafrika und im westlichen Mittelafrika durchgeführt. Diese koloniale Betätigung Deutschlands war keine unruhige Abenteurerpolitik, sondern eine innere Notwendigkeit der Entwicklung aus verschiedenen Gründen, die hier nicht näher dargelegt zu werden brauchen. Sie wurde von England nicht angenehm empfunden; doch gelang es ohne große Schwierigkeiten der Bismarckschen Energie, die schwebenden Fragen in friedlichem Einverständnis zu regeln: Deutschland fand sich 1890 im unbestrittenen Besitze eines nicht unerheblichen afrikanischen Kolonialbesitzes. — Die Unternehmungen des Belgierkönigs Leopold am Kongo führten 1885 zu einer bedeutsamen Weltkonferenz in Berlin, auf welcher nicht nur die besondere Kongofrage, sondern eine ganze Reihe allgemeiner Kolonialfragen für Afrika einer befriedigenden friedlichen Lösung zugeführt wurde (die Generalakte der Kongokonferenz vom 26. Februar 1885 im Reichsges.-Bl., S. 211).

Von allgemeiner weltpolitischer Bedeutung war es, daß auf dieser Berliner Kongokonferenz zum ersten Male die Vereinigten Staaten von Nordamerika an der politischen Arbeit in allgemeinen Weltangelegenheiten teilnahmen. Die Politik des nordamerikanischen Freistaates war bis dahin beherrscht von der

Digitized by Google

im Jahre 1823 verkündeten Monroedoktrin, dergemäß Amerika fremde Einmischung in amerikanische Dinge feierlich abwies, dagegen aber seinerseits jeden Eingriffes in nichtamerikanische Dinge sich enthalten zu wollen erklärte. Die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Kongokonferenz enthielt das erste überlegte Abgehen von demjenigen Teile der Monroedoktrin, der die Nichteinmischung Amerikas in nichtamerikanische Fragen vorschrieb; seitdem ist dann dieser Teil der Monroedoktrin grundsätzlich und immer entschiedener aufgegeben worden, indes der andere Teil der Monroedoktrin grundsätzlich, und die ganze Monroedoktrin scheinbar, in feierlichen Erklärungen aufrechterhalten wurde.

Die in diesem Sinne zur Schiedsgerichtskonvention auf der ersten Friedenskonferenz abgegebene amerikanische Erklärung bietet heute, wo Amerika der Schiedsrichter der Welt geworden ist, besonderes Interesse. Sie lautet:

„Rien de ce qui est contenu dans cette Convention ne peut être interprêté de façon à obliger les Etats-Unis de l'Amérique à se départir de leur politique traditionelle, en vertu de laquelle ils s'abstiennent d'intervenir, de s'ingérer ou de s'immiscer dans les questions politiques ou dans la politique ou dans l'administration intérieure d'aucun Etat étranger. Il est bien entendu également que rien dans la Convention ne pourra être interprêté comme impliquant un abandon par les Etats-Unis de l'Amérique de leur attitude traditionelle à l'égard des questions purement américaines."

Beide Gesichtspunkte der Monroedoktrin führten zu wichtigen Folgerungen der amerikanischen Politik für die Gesamtpolitik der Welt, von denen noch zu sprechen sein wird. Der Spanisch-Amerikanische Krieg von 1898 bekundete den festen Willen der Vereinigten Staaten, die Monroedoktrin Europa gegenüber auch mit den Waffen zur Geltung zu bringen, freilich zunächst nur einem schwachen Staate gegenüber.

Lag schon in den kolonialen Erwerbungen Deutschlands in Afrika ein hemmendes Moment für eine engere Verbindung Deutschlands mit England, so kamen dazu als weitere Hemmungen noch der Ausbau der deutschen Flotte zu einer der englischen Flotte zwar nicht gleichwertigen, aber immerhin sehr starken Kriegswaffe, die ganz ungeheure Entwicklung der deutschen Industrie und des deutschen Überseehandels, die starke politische und wirtschaftliche Betätigung Deutschlands nicht nur im näheren Orient, sondern auch in Ostasien — durchweg Erscheinungen und Erfahrungen, die den Staatsmännern an der Themse in hohem Grade unerwünscht sein, ja wohl als schwere Gefahr für die Welthandels- und Weltseemacht Englands erscheinen mußten. Der englische Kolonialpolitiker Sir Harry H. Johnston erklärte es nach Ausbruch des Weltkrieges als eine unbedingte englische Notwendigkeit, daß Deutschland von jeder kolonialen Betätigung ausgeschlossen werden müsse; ein anderer hochbedeutender englischer Kolonialpolitiker, E. S. Morel, war allerdings der Meinung, diese Forderung zeuge von „keinerlei staatsmännischer Tüchtigkeit", sei viel-

Digitized by Google

mehr „vollständiger Wahnsinn“ — daß aber der erstere die herrschende englische Ansicht ausgesprochen hat, unterliegt keinem Zweifel.

So waren seit der Neugestaltung des europäischen Großmachtsystems durch die Ereignisse der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die Gegensätze innerhalb der europäischen Staatenwelt immer zahlreicher, immer größer, immer schwieriger geworden. Diese Gegensätze ergaben sich teilweise aus den Notwendigkeiten der Entwicklung, besonders der beiden neuen Nationalstaaten Deutsches Reich und Italien; diese Gegensätze politischer und wirtschaftlicher Art waren auch durch die klügste Politik nicht zu vermeiden, sondern mußten in irgendeiner Form ihren Ausgleich finden. Andere Gegensätze erwuchsen aus der inneren Unhaltbarkeit gewisser Staatszustände, so insbesondere des zerfallenden Türkenreiches in Europa; ihre Überwindung konnte nur darin gefunden werden, daß man das Unhaltbare aufgab und in kluger, gerechter Politik den Neustaatsbildungen die richtigen Wege vorzeichnete. Jedenfalls war die ganze Weltlage dermaßen unsicher, daß man keine willkürlichen Gegensätze und Schwierigkeiten neu schaffen durfte, sondern alle Mühe aufwenden mußte, um durch kluges und würdiges Entgegenkommen die bestehenden Gegensätze zu mildern und zu überwinden.

Solange der große Meister der europäischen Politik die Zügel führte, konnte der Wagen dieser Politik auf ebener Bahn erhalten werden; mit seinem Sturze wurde dies immer schwieriger.

Inmitten dieser steigenden Schwierigkeiten trat im Mai 1899 die erste Haager Friedenskonferenz zusammen.

Die Minoritäten

Eine soziologische Betrachtung

von

Professor Eberhard Gothein (Heidelberg)

Es ist ein landläufiges Wort: „Revolutionen werden von Minoritäten gemacht.“ Den einen gilt es als Ansporn, trotz ihrer geringen Zahl das äußerste zu versuchen, den anderen als Vorwurf, mit dem sie die schlaffen Majoritäten, die alles über sich ergehen lassen, aufrütteln wollen. Minoritäten als solche siegen aber niemals, sondern ihr Erfolg beruht darauf, daß sie im entscheidenden Augenblick eine Majorität, sei diese auch noch so kurzlebig, darstellen. Denn es kommt nirgends auf die zahlenmäßige, überall auf die virtuelle Überlegenheit an. Wie in der Physik das statische Moment erst aus der Multiplikation von Last und Kraft besteht, wie auf dem Markt das Wechselspiel von Angebot und Nachfrage nicht nur durch die vorhandenen und begehrten Warenmengen bestimmt wird, sondern hinter diesen die Intensität des Anbietens und des Bedürfnisses gleichsam nachdrückt, so

Digitized by Google

entscheidet auch im politischen Leben, zumal in den Revolutionen, nicht die Größe der Masse, sondern die Energie, die ihr innewohnt. Es ist ein Geheimnis des Erfolges, an jedem Punkte, wo es darauf ankommt, wenn auch nur vorübergehend, Majorität zu sein oder zu scheinen. Gesammelte Kraft steht gegen Zersplitterung. Gleichgültigkeit vollends schaltet auch die größte Masse von jedem Einfluß aus und läßt sie als träge Last nur schädlich erscheinen. Es ist auch hier bestellt wie im Wirtschaftsleben, wo jede Krisis dadurch verschärft wird, daß sich das Geld aus dem Verkehr zurückzieht und aufgespeichert wird. Darum haben auch alle Vertreter des demokratischen Prinzips, welche den Majoritäten die Herrschaft gegenüber Minoritäten sichern müssen, die Gleichgültigkeit als die politische Ursünde bekämpft. Es bleibt bei der Weisheit des alten Solon, der denjenigen bestrafte, der in Bürgerzwisten parteilos blieb.

Aktive Minoritäten müssen also gesammelt bleiben, um ihre Kraft bald hierhin, bald dahin zu werfen. Das gilt vom parlamentarischen Kampf geradeso wie von der Feldschlacht. Eine gewisse Ausnahme bilden die Straßen- und Barrikadenkämpfe. Im Straßengewirr einer Großstadt mag es für eine kampfbereite Minorität vorteilhafter sein, Angriff wie Widerstand an verschiedene, zerstreute Punkte zu verlegen. Sie ist dann unfaßbar; die Flamme züngelt dann immer wieder von neuen Brandherden auf, wenn der Gegner sie schon erstickt glaubte, und die Minorität erscheint viel größer, als sie ist, weil man ihr überall begegnet. Wenn es sich um Abwehr einer Überrumpelung handelt, ist hingegen wieder die Zusammendrängung besser. Dieses war der Sinn des Ghettos, der geschlossenen Judenquartiere. „Um sie vor dem Ansturm des schlechteren Volkes zu sichern", bewilligt der Bischof von Speier noch vor der Zeit der eigentlichen Judenverfolgungen seinen Juden ein solches. Oft ist jedoch auch für unterdrückte Minoritäten die Zerstreuung vorzuziehen. Auch hier gilt es dann, daß sie dem Stoße der überlegenen Feinde, der dann ins Leere trifft oder nur einzelne vernichtet, ausweichen können. Bereits Simmel hat bemerkt, daß die Juden, an deren Leidensgeschichte man ja die ganze Soziologie unterdrückter Minoritäten ablesen kann, von beiden Mitteln des Widerstandes und der Selbsterhaltung abwechselnd Gebrauch gemacht haben.

Wenn nun auch im ganzen für die Aktion der Minoritäten die Zusammendrängung wünschenswerter ist, so zeigt sich für die Vorbereitung einer solchen die Zerstreuung unvergleichlich vorteilhafter. Denn durch sie allein ist eine vielseitige Propaganda möglich, und auch hier ist der Schein der Allgegenwärtigkeit, der eine Macht vortäuscht, lange bevor sie vorhanden ist, selber das wirksamste Machtmittel. Das wiederholt sich in unzähligen Beispielen von der Ausbreitung der großen Weltreligionen an bis zur Claque, die ihre wenigen Agenten geschickt durch das Theater zu verteilen weiß, und jetzt bis zu den Straßenrednern der Spartakusgruppe, die eine altbewährte Technik aller Revolutionen wieder aufnehmen. Nur muß bei der Zerstreuung

Digitized by Google

der Wirksamkeit das innere Band der gemeinsamen Organisation oder zum mindesten des geheimen Einverständnisses gewahrt sein. Hierdurch wird die Siegeshoffnung bei den Trägern der Bewegung gestärkt, freilich auch die Überschätzung der eigenen Kraft gefördert. Aber über diese ideelle Stärkung hinaus beruht auch die reale Kraft auf der organisierten Zerstreuung, auf der wechselseitigen Hilfe der Diaspora. Es ist namentlich seit Max Webers Untersuchungen allbekannt, welche Bedeutung für die Ausbildung des Kapitalismus die Zersplitterung ursprünglich unterdrückter und entwurzelter, religiös-nationaler Minoritäten, die doch ein Netz zusammenhängender Maschen bilden, wie der Calvinisten, der Juden, der Armenier, gewonnen hat.

Zwei Wege können Minoritäten gegenüber der Majorität einschlagen. Die Wahl steht ihnen freilich nicht offen, sondern wird ihnen zunächst durch ihre eigene Natur, dann aber auch durch die der Majoritäten aufgedrängt. Sie können ihren Charakter als Minoritäten wahren und wollen dann als solche herrschen oder auch nur der Unterdrückung sich erwehren, oder sie wollen umgekehrt selber zu Majoritäten werden. Wir wollen hier zunächst den zweiten, den demokratischen Fall, ins Auge fassen, so interessant auch die Psychologie der Aristokratien und Oligarchien, der Cliquen und des Klüngels ist, die das soziologische Nachdenken von Plato und Aristoteles über Machiavelli bis zur Gegenwart beschäftigt hat. Schon wenn sie noch ganz geringfügig sind, geben sich Minoritäten gern als die eigentliche Vertretung der Majorität, ja sogar der Gesamtheit aus. Sie können sich, juristisch gesprochen, zwar auf kein Mandat berufen, oder, wenn sie dies tun, berufen sie sich auf eine höhere Sendung, einen geoffenbarten Auftrag, aber sie fühlen sich um so mehr als die freiwilligen Geschäftsführer der Gesamtheit. Sie tun dies meistens ganz ehrlich; in diesem Glauben beruht ihre Ideologie. Ohne ihn wären keine Propheten aufgetreten und hätten zunächst kleine Häuflein um sich gesammelt, wären keine Weltreligionen entstanden, würden überhaupt keine großen Agitationen möglich sein. In ewig gültiger Weise haben die Gleichnisse Jesu vom Senfkorn, vom Sauerteig, vom Salz der Erde dieses Verhältnis bestimmt. Persönlichkeit und Wirksamkeit des Apostels Paulus gewähren die eingehendste Psychologie des Minoritätsführers, sogar innerhalb seiner eigenen Gemeinschaft, der das sichere Bewußtsein in sich trägt, die Sache der Gesamtheit, hier des Menschengeschlechtes, zu vertreten und binnen kurzer Zeit zum vollständigen Siege zu gelangen. Die gesamte Geschichte der Kirchenverfassung bewegt sich in diesem scheinbaren Gegensatz, der jedoch in einer höheren Einheit seine Lösung findet: daß die Kirche zugleich eine allgemeine katholische sein will, aber auch eine Gemeinschaft der Heiligen, die überall vollständig ist, wo zwei oder drei im Namen Jesu versammelt sind. Aus der letzten Vergangenheit aber ist Karl Marx in seinem gesamten Leben das bedeutendste Beispiel solcher Minoritätsgesinnung. In geradezu unvergleichlicher Weise spiegelt sie sich in seinem Briefwechsel mit Engels ab. Auch aristokratische Minderheiten, die dies bleiben wollen und müssen, behaupten übrigens meistens,

Digitized by Google

und gewöhnlich mit echter Überzeugung, daß sie als solche nur im Interesse und mit stillschweigender Zustimmung der Mehrheit oder Gesamtheit herrschen. Der römische Senat, die venezianische Nobilität, die englische Gentry haben dies System mit großem, doch nicht gleichem Erfolg geübt. An dieses „Arcanum imperii" Venedigs hat sich seinerzeit eine ganze, durch Klugheit mehr als durch Ehrlichkeit ausgezeichnete Literatur angeschlossen.

Leicht verfallen Minderheiten und ihre Führer bei diesem Bestreben, Majorität zu werden, in die Selbsttäuschung, das Ziel bereits erreicht zu haben. Sie beschwören dann die Niederlage selber herauf. Sie lassen sich gerade durch den Schein eines augenblicklichen Überwiegens verblenden. Nichts ist schon in ruhigen Zeiten, vollends in erregten, leichter, als in großen Städten eine Volksversammlung von ein paar tausend Köpfen in jubelnde Zustimmung zu versetzen. Sie täuscht den Schein einer überwältigenden Volksstimmung vor, und es handelt sich doch nur um eine Minorität solcher, die von vornherein einverstanden waren. Der eigentümliche Rausch der Selbstüberschätzung, in den sich gewöhnlich revolutionäre Klubs versetzt haben, gehört ebenfalls hierher. Die Geschichte der französischen Revolution zeigt allerdings, daß die Klubs, wenn sie die organisierte Garde ihrer Führer bilden, auch für längere Zeit als aktive Augenblicksmajorität die Herrschaft an sich reißen können. Nur fehlt einer solchen doch die Gewähr der Dauer. Die Verführung zu falscher Schätzung der wirklichen Machtverhältnisse liegt dann stets nahe; die Seifenblase platzt. Nicht Demagogen allein unterstehen dieser Gefahr; für Fürsten ist sie noch größer. Wer Ansprachen Wilhelms II. selber mit angehört hat, muß bekennen, daß er einige bedeutende Eigenschaften eines Volksredners besaß. Er hatte die Witterung für die Stimmung des Kreises, in dem er gerade sprach, und gab ihr einen beredten, oft zündenden Ausdruck. Am nächsten Morgen las man dieselbe Rede gedruckt und erschrak über die Bescherung. Er hatte immer geglaubt, im Namen aller zu allen zu sprechen, und hatte einer Minderheit geschmeichelt, die Gesamtheit aber verletzt.

Auch die erhabensten Ideen nutzen sich im Tagesgebrauche allmählich ab und werden zur Phrase, die nichts anderes ist als das gedankenlos hingesprochene, ausgehöhlte Ideal. Niemand scheitert leichter an dieser Klippe als Minoritäten, die ihr Ziel nicht erreicht haben und doch mit ihrem alten Handwerkszeug weiter arbeiten. Mangels anderer Erfolge suchen sie ihre Festigung nur in der Programmtreue; sie sind in der Tat unbelehrbarer, stemmen sich mehr gegen eine geistige Umwandlung und Anpassung, als Majoritäten, die sich selber als souverän fühlen und deshalb unbedenklich sich anders besinnen können. Erfolglose Minoritäten verfallen fast unrettbar diesem Zustand der Verknöcherung. Da kann es wohl vorkommen, daß sie in ihrer Selbstgerechtigkeit ihre ursprünglich demokratische Gesinnung in ihr Gegenteil umsetzen, ohne des Widerspruchs innezuwerden. Ich höre schon jetzt spartakistische Studenten oder Studentinnen mit Emphase erklären, daß man auf

Digitized by Google

die Qualität, nicht auf die Quantität der Stimmen sehen müsse, als ob Julius Stahl aus ihnen rede.

Minderheiten, wie wir sie bisher betrachteten, stehen in Kampf oder Opposition; sie betrachten die entgegenstehende Mehrheit offen als Gegner. Interessanter noch ist der andere Fall, wo sie, ohne ihren Standpunkt grundsätzlich aufzugeben, vorübergehend selber zur Majoritätsbildung beitragen. Hier beginnt die eigentliche Minoritätspolitik. Sie befolgt eine Regel, die man als das „Gesetz des Grenznutzens" bezeichnen darf. Hier handelt es sich nicht bloß um ein nationalökonomisches Bild, sondern über das Gebiet der Wirtschaft hinaus erstreckt sich tatsächlich die Geltung jenes Prinzips, das in der deutschen Volkswirtschaftslehre und neuerdings sogar in der englischen sich durchgesetzt hat. Es lautet bekanntlich: „Die letzte Quantität, die noch zur Deckung eines Bedarfs erforderlich ist, bestimmt den Wert des Ganzen." Man kann dieses Letzte eben nicht entbehren, und deshalb geben die Kosten, zu denen man es sich noch beschaffen kann, den Ausschlag für den Preis, der nun auch für alle übrigen Stücke gilt, gleichviel, welches ihre eigenen Herstellungskosten waren. Im politischen Grenznutzen ruht das Geheimnis aller Parteipolitik. Wo alles auf des Messers Schneide steht, kommt auch alles darauf an, letzte Eventualitäten zu vermeiden. Dies wird nur dadurch möglich, daß man Opfer bringt, um diejenigen festzuhalten, „ohne die es nicht geht"; und da jene wissen, daß man sie braucht, machen sie sich teuer. Da ist es wieder die Sache der anderen, abzuwägen, ob der Preis das Opfer lohnt; auch sie messen ihren eigenen Grenznutzen ab; denn dieser ist außer in einer isolierten Wirtschaft immer ein doppelter. Setzt die Minderheit, die vielleicht eine ganz geringe ist, ihre Forderungen durch, so tut sie dies nicht als Minderheit, sondern als letzter, ausschlaggebender Bestandteil einer Mehrheit, in der sie doch einen fremdartigen Bestandteil bildet. Eine solche Majorität ist nicht natürlich und dauernd; sie wird nicht durch innere Übereinstimmung zusammengehalten, sondern sie zerfällt, sobald der unmittelbare Zweck erreicht ist, um sich immer von neuem zu bilden, sobald eine ähnliche Zwangslage eintritt, in der man sie, wenn auch mit Seufzen, als eine unabwendliche Notwendigkeit erkennt. Marie v. Ebner-Eschenbach sagt einmal in ihren beherzigenswerten Aphorismen: „Der Klügere gibt nach — ein unsterblicher Grundsatz! Er bedeutet die Weltherrschaft der Dummheit." — Nein. Er bedeutet oft auch die Herrschaft jener Klugheit, die ihre Zeit zu ersehen weiß, um ihr Gewicht in die Wagschale zu werfen und die Nachgiebigkeit des an sich Stärkeren, aber notgedrungen Rücksichtsvollen zu erzwingen. Dabei kommt nicht eben viel darauf an, ob die Minorität in einem Falle stürmisch fordert und droht, im anderen kühl unter der Hand auf ihre Wichtigkeit aufmerksam macht, im dritten den Kuhhandel schamlos öffentlich abschließt — im Grunde ist es doch immer derselbe Vorgang: das letzte Gewicht bringt das Zünglein der Wage zum Ausschlagen; der Grenznutzen entscheidet.

Digitized by Google

Lange war dies die geschickt gespielte Rolle der Zentrumspartei. Sie konnte als Vertretung einer konfessionellen Minderheit nie eine Majorität sein, und wußte das auch wohl, aber es konnte kaum je eine Majorität ohne sie zustande kommen. Das Scheitern des Bülow-Blocks hatte diese Tatsache besiegelt. Dabei kam ihr ein anderer Vorteil zugute. Sie barg in ihrem eigenen Schoß die verschiedensten politischen Parteirichtungen, deren jede nun wieder ihren eigenen Grenznutzen erwog und geltend machte. So konnte sie eine Art Vorabstimmung bei sich selber vornehmen, die die Hauptabstimmung vorwegnahm. Voraussetzung hierfür war freilich, daß in dieser die Parteidisziplin überwog. Doch ist das religiöse Hauptmotiv der Partei so stark, daß auch die getrennten Bestandteile immer wieder nach kurzem wie die Quecksilberkügelchen zusammenliefen. Eine solche Taktik verheißt viel Gewinn und legt wenig Verantwortlichkeit auf. Sie wird gern zu ihr zurückkehren, aber in Zukunft dürfte eher der demokratischen Partei diese Rolle zufallen, und gerade ihre nicht ganz homogene Zusammensetzung dürfte sie wie bisher das Zentrum dazu befähigen. Sie wird ja wahrscheinlich eine neue Mittelpartei zwischen einer neuen Rechten und einer neuen Linken darstellen. Einstweilen freilich kann sie die Vorteile einer solchen Mittelstellung noch nicht benützen, weil andere stürmischere Minoritäten dem Staat ihren Willen aufdrängen, und auch in Zukunft wird sie von einer eigentlichen Schaukelpolitik keinen großen Nutzen ziehen können; denn ihr Kredit bei ihrer eigenen Gefolgschaft beruht auf der Vorstellung ihrer Gewissenhaftigkeit mehr, als auf der ihrer Geschicklichkeit oder ihres Erfolges.

Das Gesetz des politischen Grenznutzens muß sich bei den Parteien um so beherrschender zeigen, je mehr sie selber auf den Grenzen sich bewegen und mit extrem gerichteten Mitgliedern als mit anspruchsvollen Unterfraktionen zu rechnen haben. Das ist das Schicksal der Sozialdemokratie. An sich ist sie allem Ermessen nach dazu verurteilt, eine Minderheit zu bleiben; denn ihre Ausbreitung ist als die einer Klassenvertretung durch die Industrialisierung der Volkswirtschaft bedingt. Von einem Fortschreiten nach dieser Richtung dürfte uns das Schicksal dieses Krieges eher weiter entfernt haben; und selbst bei einer völligen Industrialisierung findet die Sozialdemokratie auf ihrem eigenen Nährboden mehr als eine Hemmung. Andrerseits muß sie unbedingt nach allgemeiner Herrschaft streben, weil der Inhalt ihres Programms sich gar nicht anders durchsetzen läßt. Das hat mit gewohnter logischer Schärfe Karl Marx erkannt, und deshalb drängt alle „Evolution", die die Frucht reifen läßt, doch nur zur „Revolution", die sie pflückt, hin. Keine Partei ist deshalb weniger geschickt zum Paktieren und Lavieren, selbst unter der Voraussetzung des stillschweigenden Vorbehalts. Keine aber ist auch so sehr darauf angewiesen, ihre Minorität als Majorität erscheinen zu lassen. Es ist ihr Kunstgriff oder allenfalls ihre ermunternde Zukunftshoffnung, wenn sie sich für das Volk als solches ausgibt. Andere „Volksparteien" haben dies auch, und, je kleiner sie waren, mit um so mehr Emphase

Digitized by Google

getan. Über den Schein hinaus muß sie sich aber auch bemühen, nach Möglichkeit Majorität zu werden, sich zum Volk auszuwachsen. Bei diesem Bestreben stößt sie nun unvermeidlich auf den Widerstand der Minorität innerhalb ihrer selbst. Nach alter liebgewordener Gewohnheit aller radikalen Parteien gilt der Parteifreund, der zu einem Anteil an der realen Macht gelangt und deshalb mit anderen zusammenarbeiten muß, den unentwegt Verneinenden und „Unabhängigen" alsbald als verdächtig. Das Grenznutzengesetz macht sich geltend: sie muß sich durch Nachgiebigkeit aufs äußerste anstrengen, in sich selber die Majorität zu sichern. Das Abschwenken nach Links, das Zerbröckeln der Partei, der Abfall, schließlich der offene Kampf stehen sonst vor der Tür.

Es ist nicht einmal das unmittelbare Bedürfnis der Gegenwart, das hier entscheidet, sondern die nötige Vorsorge für die Zukunft. Es ist auch in der Politik nicht anders wie im Wirtschaftsleben: das Grenznutzengesetz wirft seine Schatten voraus: nicht die letzte, zur Deckung des gegenwärtigen Bedürfnisses nötige Menge, sondern die, welche für das kommende vorauszusehen und vorauszubeschaffen ist, bestimmt den Preis. Man muß vorbeugen, und deshalb kann der letzte Erforderliche seine Forderungen machen. So setzt sich der Druck von Unten nach Oben fort, wie in der Wassersäule der hydraulischen Presse. Man will es um keinen Preis zum Abfall kommen lassen; man will dem bereits Abgefallenen den Wiedereintritt erleichtern. „Um keinen Preis" — eben darum handelt es sich. Die Grenze des Opfers, das zu bringen ist und das man kennt, muß kühl erwogen werden, um so kühler, da man wissen muß, daß es nicht das letzte Opfer ist, das man wird bringen müssen. Man spricht in der Volkswirtschaft vom Sinken und Steigen des Grenznutzens: je nachdem die Befriedigung der Wünsche im Fortgang der Zeit erleichtert oder erschwert wird, treten neue hervor, die wohl schon vorher vorhanden, aber den Begehrenden selber noch kaum bewußt waren, oder bisher dringende werden zurückgestellt. Die Skala der Bedürfnisse selber ist fast unübersehbar. Ebenso geht es namentlich in Revolutionen auf dem Gebiete der politischen Wünsche zu. Noch jederzeit hat hier eine Forderung die andere überboten. Man verblendet sich zwar leicht, daß durch die Erfüllung der ersten Wünsche die Bewegung beschwichtigt sei; man beglückwünscht sich, daß nun alles geschehen sei, um binnen kurzem den Irrtum einzusehen. So sind es die Minderheiten, die zur Mehrheitsbildung nötig waren, welche vorwärts drängen und schließlich, wenn sich dadurch ihr Machtgefühl aufs Höchste steigert, wohl die Gewalt an sich reißen. In diesen Bahnen ist sowohl die englische wie die französische Revolution verlaufen.

Ist dann die letzte Grenze erreicht, und wird von der tatsächlichen Mehrheit die Minorität ausgeschaltet und ihr ihr eigentlicher Minderheitscharakter zu Gemüte geführt, so schreit sie regelmäßig über Reaktion und Betrug. Es heißt gewöhnlich: „Die Bevölkerung kommt endlich zur Besinnung und deshalb schwillt die Bewegung ab." Gewiß ist auch dieser

Digitized by Google

psychologische Vorgang tiefbegründet; er beginnt bei einzelnen und pflanzt sich mit der Kraft der Suggestion fort. Die Anfänge der Revolutionen werden durch die Euphorie, den Glücksrausch der Massen, der mit der ingrimmigen Verbitterung, der Auslösung des Ressentiments, abwechselt, gekennzeichnet; ihr Fortgang durch die Überhitzung der sich selbst steigernden Leidenschaft. Auf diese folgt natürlicherweise, selbst physiologisch bedingt, die Ermüdung und Ernüchterung, bei vielen auch das Gefühl der Sättigung und der Wunsch, das Neuerworbene zu genießen. Solche Seelenstimmungen sind zwar die eigentlichen Triebfedern der Massenbewegungen, aber sie schließen jenen rein mechanischen Vorgang der Parteienverschiebung, den man die immanente Massenlogik nennen könnte, wie er hier geschildert wurde, nicht aus.

Das Verhalten sowohl der Minoritäten wie ihrer Gegner und ihrer Benützer ergibt sich aus dem Gesagten von selber. Was ist gegen die Gefahr eines Herabgleitens auf der schiefen Ebene, gegen eine Versteigerung des Staates an den Meistfordernden und Mindestbietenden zu tun? Es ist eine gefährliche Sache, abzuwarten, bis jener Moment des Stimmungsumschwunges von selber eintrete; mittlerweile kann alles zugrunde gehen. Das offenkundige Geheimnis liegt vielmehr darin, daß die wirkliche Majorität sich ihres Daseins und ihrer Kraft bewußt bleibe und sich zur Geltung zu bringen verstehe. Denn im Majoritätsprinzip als solchem, ob es nun ausdrücklich anerkannt sei oder nicht, liegt auf die Dauer eine unwiderstehliche Kraft, und die Zuziehung der Minoritäten selber zur Auffüllung ist ein Beleg hierfür. Also gilt es, Minderheiten, die auf ihre Unentbehrlichkeit pochen, im Zaum zu halten und sie, solange es geht, doch zu benutzen. Tut man dies nicht, so läßt man sich haltlos bald auf die Seite der Revolution, bald auf die der Reaktion treiben. Minderheiten ihrerseits, wenn sie klug sind, werden nicht nur ihren eigenen Grenznutzen, sondern auch den ihrer Gegner abmessen. Andernfalls laufen sie Gefahr, im milderen Falle ausgeschaltet, im härteren durch eigene Schuld vernichtet zu werden. Das Ideal der ausgleichenden Gerechtigkeit würde freilich sein, auch den Minderheiten nach Verhältnis ihrer Stärke einen Anteil an der Gewalt einzuräumen. Es scheitert jedoch regelmäßig an der Notwendigkeit, einen einheitlichen Staatswillen zu erzielen. Es war am ersten noch erreichbar in einem nahezu absoluten Staat, der einen solchen Einheitswillen bereits verbürgt. So war es in der besten Zeit des preußischen Königtums der Fall. Eine gewisse Berücksichtigung der Minoritäten war damals für die höchste Gewalt teils ungefährlich, teils geradezu eine Schutzmaßregel. Nun ist auch die demokratische Einrichtung der Proportionalwahl eigens zum Schutz der Minoritäten getroffen. Allein sie läßt nur das Bild der vorhandenen Minoritäten deutlicher hervortreten, um das Gesamtbild der Bevölkerung möglichst getreu wiederzugeben. Sie gewährt ihnen aber keine Machtbefugnisse; höchstens fordert sie durch die Einrichtung der Listenverbindung selber dazu auf, Minoritäten zu bleiben und doch auch ihren Einfluß auf die Majoritätsbildung auszuüben. In der Not einer

Digitized by Google

sozialen Umwälzung, wo der bestehenden Gesellschaft das Wasser an den Hals geht, mag es rätlich erscheinen, eine Regierung aus allen Parteien der Ordnung zusammenzusetzen, aber sobald diese Gefahr vorüber, würde eine solche Mischung nur die Kräfte gegenseitig aufheben, und die Entschlußlosigkeit wäre die Folge. Wie dem nun auch sei, die praktische Bedeutung der Minderheiten wird immer groß bleiben; man wird stets mit ihnen rechnen. Es würde sich wohl lohnen, einmal sowohl Bismarcks wie Windthorsts Politik unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Der eine war ein ebensogroßer Meister in der Kunst, Minoritäten bald zu benutzen, bald auszuschalten, wie der andere in der, eine bleibende Minorität zur Geltung zu bringen.

Schon die Betrachtung des Aufbaus und der Wirksamkeit der Minoritäten hat uns überall zu psychologischen Erwägungen geführt. Eine Statik und Dynamik der Soziologie kann eben nicht ohne eine Charakterologie bestehen. Den Minderheiten als solchen wohnen bestimmte Charaktereigenschaften inne, die sich überall, wenigstens in Spuren, zeigen. Nur werden sie sich nach der Lage jener Minderheiten selber und ebenso nach der Natur ihrer Prinzipien in verschiedener Stärke geltend machen. Alle Minoritäten besitzen eine große bindende Kraft; ihre Angehörigen sind aufeinander angewiesen, ihr Wille wird stärker angespannt, sei es zu aktiver Energie, sei es zu duldendem Ausharren. Aber jeder Mensch gehört doch schließlich nur mit einem Teil seines Wesens seiner Gruppe an und fällt mit einem anderen, mehr oder minder großen aus ihr heraus. Sie wird deshalb für seine Gesinnung und sein Verhalten von sehr verschiedener Bedeutung sein. Von der religiösen Minorität einer fanatischen Sekte bis zur Minorität einer Aktiengesellschaft ist eine lange Stufenleiter. Wo das ursprünglich einigende Moment sehr stark in der Tiefe des Gemütes verankert ist, da wird die Bindung auch noch weitere, an sich fremde Lebensgebiete in ihr Bereich ziehen. So sind zumal religiöse Minoritäten befähigt und bemüht, das ganze Leben ihrer Mitglieder mit einer Art von Zwangsgewalt zu bestimmen und ihrem ganzen Charakter ein kenntliches Gepräge aufzudrücken. Fällt der äußere Druck weg und mindert sich deshalb die bindende Kraft, so vererbt sich wohl noch dieser Charakter, aber er veräußerlicht sich, und zuletzt wird wohl gar die ersichtliche Zugehörigkeit zu dieser religiösen Minorität ein gutes Geschäft, wie man es von den heutigen Quäkern in Nordamerika behauptet: Das frühere Nebengebiet, der wirtschaftliche Charakter, ist zur Hauptsache geworden.

Auch der umgekehrte Fall kann eintreten: Eine Minoritätsgruppe, die nur um eines geschäftlichen Vorteils willen entstand, kann allmählich auf immer weitere Gebiete übergreifen und immer stärker ihre Mitglieder in Beschlag nehmen, immer größeren Einfluß nach außen gewinnen. So haben sich die Gilden, die im frühen Mittelalter harmlose Vereinigungen zu gemeinsamen Schmausereien waren, zu festen Verbänden entwickelt, die Maonen Genuas, das Vorbild der Aktiengesellschaften, wurden binnen kurzem zu politischen Cliquen, die das ganze politische Leben monopolisieren, und ähn-

Digitized by Google

liches gilt heute von Tammany Hall in Neuyork. Jede Clique, Klüngel, Kamaraderie hat einen unverfänglichen Ursprung, der dann weiterhin als Deckmantel ganz anderer Motive mitgeschleppt wird. So äußert sich auch ein An- und Abschwellen des bindenden Charakters in den einzelnen Kulturepochen. In Zeiten, in denen die individuelle Differenzierung noch gering, die Gefährdung der Einzelperson hingegen beträchtlich ist, wird der Einfluß der Gruppen auf ihre Mitglieder stark sein, und die sondernden Charakterzüge der Minoritäten werden lebhaft hervortreten; sie werden Lebensgemeinschaften, bereit zu heftigem Angriff und ausgesetzt leidenschaftlicher Verfolgung. In Zeiten hingegen, die vom Respekt vor der Individualität erfüllt sind, in denen die Einzelpersönlichkeit ihre unantastbare Sphäre sorgfältig umhegt, ist man beinahe ängstlich bemüht, die Parteibildung nicht auf Nachbargebiete des Lebens übergreifen zu lassen. Es gilt dann als unanständig, politische Gegnerschaft auf gesellschaftliche Beziehungen zu übertragen. Aber sobald aufgeregte Zustände einsetzen und der unterliegenden Minorität Zurücksetzung jeder Art, vielleicht Schafott oder Standrecht drohen, tritt auch der einigende und herrschende Sektencharakter wieder in den Vordergrund.

Wenn wir nun die Spielarten des Minoritätscharakters in den beiden Gruppen der leidenden oder gedrückten und der vordringenden oder siegreichen Minderheiten zusammenfassen, wobei Druck wie Sieg in den mannigfaltigsten Abstufungen stärker oder schwächer sein können, so ist schon bemerkt, daß die einigende Kraft des Druckes weitaus stärker ist. Sie steigert sich zu der Vorliebe für Geheimbünde und Verschwörungen. Gewiß sind diese ein mächtiges Mittel von realer Wirksamkeit, wenn auch für die meisten das pessimistische Urteil ihres genauen Kenners, Machiavelli, gilt, das ihre Erfolglosigkeit für die Dauer feststellt. Ihr psychologischer Antrieb besteht großenteils in dem Reiz des Geheimnisses, in ihrem romanhaften Charakter, der sie deshalb auch zu einem so anziehenden Gegenstand entsprechender Literaturgattungen macht. Den Gipfelpunkt erreicht deshalb auch dieser Reiz, wenn sogar die Mitglieder einander unbekannt sind und alle auf den großen Unbekannten hinblicken, der im Nebel verschwindet, aber alle Fäden in der Hand hält. Auch der Minoritätsgeheimbund kann zur bloßen Spielerei, zur Phrase, zum Deckmantel anderer Zwecke werden — die Geschichte der Freimaurerei gibt hierfür zahlreiche Beispiele —; im ganzen aber äußern sich in ihm die Herrschaftsinstinkte der Unterdrückten und mit ihnen die verdrängten und durch die Verdrängung wesensveränderten Empfindungen am stärksten. Es ist dies ein besonders interessantes Kapitel historischer Psychologie, das hier nur angedeutet werden kann. In unserer Zeit bietet die Geschichte Rußlands ein schier unübersehbares Material, das in Protokollen, Memoiren, Romanen einen spannenden Ausdruck gefunden hat. Die slawischen Nationen haben hier allmählich den romanischen, die zuerst diese Kunst mit Meisterschaft praktisch übten und literarisch darstellten, fast den Rang abgelaufen.

Digitized by Google

Damit es jedoch an der Ausnahme nicht fehle, gibt es auch unter den unterdrückten Minoritäten solche, deren Bindung durch die ihnen erwachsenden Nachteile gelockert wird. Es ist dort der Fall, wo die Unterdrückung in der milderen Form der Zurücksetzung auftritt. Man mag sie die sich selber aufgebenden, die verzichtenden Minoritäten nennen. So entäußern sich wohl untergehende Völker durch freiwilligen Entschluß ihrer Nationalität, die ihnen lästig wurde; denn ein Volk, das sich nicht selber aufgibt, kann auch nicht untergehen, mag es zuletzt auch noch als winzige Minderheit sein Dasein, immer in der Hoffnung auf Regeneration, fristen. Es war die Meisterschaft der alten Römer, diese anfangs recht heftig Widerstrebenden zu gewinnen. Hierin beruht der eigentliche Sinn des Virgilischen: Parcere subjectis et debellare superbos. (Die Unterworfenen schonen, die Stolzen zu Boden kämpfen.) Es ist ebenso die verhängnisvolle Ungeschicklichkeit Preußens gewesen, fremde Minoritäten gleichsam festzunageln, sogar gegen die eigene Absicht. Der Geist Friedrich Wilhelms I. blieb doch immer lebendig, wie er den Juden, der sich beim Anblick des gestrengen Herrn furchtsam beiseite drückte, durchprügelte mit dem Ausruf: „Lieben sollt ihr mich, lieben!"

Bisweilen bleibt den verzichtenden Minoritäten auch in ihrem neuen Zustand noch eine stolze Überlieferung, die Pflege eines kleineren Sondergebietes ideeller Art, so den Nachkommen hugenottischer Gemeinden in Deutschland, oder auch eine wehmütige Erinnerung, die sich in einer verklingenden Sitte äußert: Die Bewohner des griechischen Poseidonia kamen, als es zum lukanischen Pästum geworden war, noch lange jährlich einmal zu einem Trauerfeste zusammen, um ihr verlorenes Hellenentum zu beweinen. Die Geschichte hat ihnen die Gerechtigkeit widerfahren lassen, gerade ihre Tempel als die unversehrtesten Zeugen griechischer Kunst zu bewahren.

Bildet sich die Zurücksetzung wieder zum Druck zurück, was leicht geschieht, wenn die Majorität ihre Erwartungen von der Assimilation nicht ganz erfüllt glaubt, und noch leichter, wenn sie übertroffen werden, d. h., wenn die früheren Minoritäten sich in ihrer eigenen Mitte zur Elite nach irgendeiner Richtung, geistig oder wirtschaftlich, ausbilden, so finden sich auch sofort wieder die Abgefallenen mit dem alten Restbestande zusammen, und der Zusammenschluß der Minorität wird enger denn je. In diesem Auf und Ab bewegt sich in ewigen Wiederholungen und doch sprunghaft die Geschichte des Judentums. Die Unbequemlichkeiten gesellschaftlicher Zurücksetzung begünstigten den Übertritt der gebildeten Schichten und ließen den harten Satz von Karl Marx zum Symbol werden: „Die einzig mögliche Emanzipation des Judentums ist die Emanzipation vom Judentum"; eine bereits schärfere Benachteiligung und Ausschließung wirkten noch erzieherisch als Ansporn, die Kräfte zusammenzunehmen und sich auszuzeichnen, wie sich ein Gleiches in der Sozialdemokratie zum Teil auch infolge ihrer engen Verflechtung mit jüdischen Elementen zeigt; der Druck führt sofort wieder alle zusammen; er wirkt wohl deklassierend, aber eben deshalb bindend. Die Marranen waren, von ein paar

Digitized by Google

äußerlichen Gewohnheiten abgesehen, ganz gute Christen geworden; die Inquisition scheuchte sie sofort wieder ins strengste Judentum zurück. Der Zionismus aber ist heute, wenigstens in Deutschland, auch nur ein Produkt des albernen Antisemitismus, obgleich dieser doch nur die Androhung einer Entrechtung ist.

Gehen wir ins Einzelne, so begegnen uns unter den gedrückten Minoritäten zuerst die fatalistischen. Solcher Fatalismus kann zynisch sein wie bei jenem italienischen Tyrannen und Parteihaupt, der dem Boten seines Gegners auf die Frage, wann er zurückzukehren gedenke, antwortete: „Wenn die Frevel jenes die meinigen in Vergessenheit gebracht haben werden," oder stoisch-gleichmütig, wie es im Grunde die materialistische Geschichtsauffassung mit ihrem unerschütterlichen Glauben an die immanente Dialektik des geschichtlichen Prozesses ist, oder auch idealistisch, in der tröstlichen Überzeugung vom endlichen Sieg der Idee. Solcher Fatalismus kann zum untätigen Quietismus werden, der sich dann in der Minoritätsrolle gefällt in ewigem Abwarten. Es ist dies das Schicksal bestimmter Sekten, der „Stillen im Lande". Er war aber auch die Grundstimmung der ersten Christen, die ganz und gar vom Glauben an die baldige Wiederkunft des Herrn und an das Weltgericht erfüllt waren. Alle Tätigkeit beschränkt sich dann auf die Sammlung eines Häufleins der Erwählten, auf die Bildung der Minorität selbst. Er kann aber auch bloße Beschwichtigung der Ungeduld sein und Untergrund der Kräftesammlung, um in geeignetem Augenblick aus der Untätigkeit der duldenden Minorität zur Energie der handelnden herauszutreten. Das ist der Fall des wissenschaftlichen Fatalismus von Karl Marx.

Zu dauernder Untätigkeit dagegen verurteilen sich selber die grollenden Minoritäten. Sie reden sich, meist sehr mit Unrecht, in die Stimmung der gekränkten Unschuld hinein, die Unheil prophezeiend beiseite steht und ihre Mitarbeit unter Ablehnung jeder Verantwortlichkeit versagt. Wenn es aufs Schlimmste kommt, hüllen sie sich in den Tugendstolz ein: „Die siegreiche Sache hat den Göttern gefallen, die besiegte dem Cato." Gelangt aber ohne ihr Zutun die von ihnen vertretene Sache unvermutet schließlich doch zum Siege, so sind sie die Unentwegten, die die höchsten Ansprüche erheben. Das schlagendste Beispiel sind die Emigranten in der französischen Restaurationszeit. Sie waren schließlich eine lächerliche Karikatur, ein Opfer für den Witz Bérangers; das klassische Muster hingegen liefert die antike Stoa mit ihrer strengen Forderung an die Weisen, sich vom Anteil an einem entarteten Staatswesen zu enthalten. In einem unverbesserlichen Gesellschaftszustand kann ein solcher Sektenzusammenschluß wirklich die Gewähr für die Rettung und Kräftigung der sittlichen Persönlichkeit sein.

Milderen Schlages sind die demütigen Minoritäten, die sich in ihre Rolle geschickt haben und, indem sie auf einen höheren Ehrgeiz Verzicht leisten, die kleineren Vorteile, die ihnen bleiben, ausnützen. So können sie vielleicht auf einem engeren Gebiet wieder zu einer herrschenden Stellung gelangen. Da

Digitized by Google

sie sich von den Majoritäten nichts Gutes versehen, halten sie sich um so lieber an den Staat als unparteiischen Beschützer. Sie tragen dann oft eine bewußte Loyalität zur Schau und nehmen selbst eine gewisse Geringschätzung mit in Kauf. Sie „ducken sich", bald mit, bald ohne Vorbehalt. So war die Rolle der Juden in allen ruhigen Zeiten, und seltsam verband sich diese Rolle mit dem inneren Vorbehalt weitgehender Hoffnungen und dem Rachegefühl, das sich zwar nur intellektuell befriedigen ließ, als solches sich aber auch gegen den Beschützer richtet; denn die Gnade ist womöglich noch demütigender, als die Niederlage. Das Buch Esther ist gleich das erste klassische Zeugnis dieser Gesinnung. So entsteht die von Nietzsche und Scheler eingehend analysierte Stimmung des Ressentiments. Im Falle der Juden nahm die Demut diese Form des geheimen Stolzes und der intellektuellen Rache an, weil hier religiöser und nationaler Stolz sich gleichzeitig gedemütigt fanden. Max Weber hat gezeigt, daß bei ihnen vom Anfang an eine Psychologie der Deklassierung, die um so mehr in der Idee eines auserwählten Volkes schwelgt, vorlag. Rein religiöse Minoritäten finden sich viel eher in die „Toleranz", und fordern nur sie als ihr Recht, obwohl dieses Wort selber eine Geringschätzung enthält und deshalb später dem Begriff der Gleichberechtigung weichen muß. Im klassischen Lande der Sektenbildung, in England, unterschieden sich die Quäker, obgleich sie die abgeschlossenste aller religiösen Minoritäten waren, von anderen, Independenten, Presbyterianern usf. dadurch, daß sie politisch ruhig, ja liebedienerisch gegen die Könige waren.

Wir sahen bereits, daß ein mäßiger Druck, dem man ausweichen kann durch Tätigkeit auf anderen Gebieten, eine erziehende Wirkung ausübt. So gelangt man zu den Eliteminoritäten, einem Ergebnis der Auslese der Widerstandsfähigsten. Solche Widerstandsfähigkeit kann Starrheit bedeuten, häufiger aber Elastizität, Anpassungsfähigkeit. Biologische Analogien liegen nahe. Es können sich aber beide Eigenschaften, so widersprechend sie scheinen, auch verbinden und sich nur nach verschiedenen Seiten hin geltend machen. Hier bietet die Geschichte der Juden reichlich Belege: starr bis zur Verknöcherung in sich, biegsam bis zur Wegwerfung nach außen. Die Auslese der leistungsfähigsten Minderheit untersteht vielen Hinderungen, da Leistung und Widerstandskraft schon bei den Individuen nicht und noch weniger bei den Massen zusammenfallen; dennoch gilt das Schillersche

„Aber durch Wenige nur pflanzet die Menschheit sich fort"

mindestens auf dem geistigen Gebiete.

Nicht unerwähnt mögen endlich die prinzipiellen Minoritäten bleiben. Sie setzen sich aus Leuten zusammen, denen nur wohl ist, solange sie in der Minderheit sind, die von einem Heimweh nach der Isolierung verfolgt werden, sobald ihre Partei oder Sekte diesen Standpunkt nur etwas modifiziert. Sie sind die Ultra-Individualisten, auf deutsch Eigenbrödler; aber das soziologische Bedürfnis zum Zusammenschluß können auch sie nicht verleugnen, und so werden sie Sektierer als solche. In der christlichen Kirche,

Digitized by Google

die sich in der Antinomie bewegt, allgemeine Kirche zu sein, aber zugleich den Erwerb des Glaubens und das Verhältnis des Menschen zu Gott zur allerpersönlichsten Angelegenheit zu machen, haben solche einseitige Narren als die entschiedensten Ketzer oft ihren Protest gegen jede Form der Majorisierung eingelegt; auch jetzt noch gibt es englische Sekten, denen ihr Häuflein Begnadeter und Erwählter nicht klein genug sein kann. In der Politik sind sie die Querköpfe und Quertreiber, mißtrauisch gegen die eigenen Führer, ohne selbst Führer werden zu wollen und zu können, aber um so geneigter zu jeder Sonderbündelei. Selbst ihnen können in Zeiten, wo alle alten Formen sich zersetzen, vorübergehende Erfolge beschieden sein. Jedoch jeder Erfolg macht sie melancholisch; sie bedürfen der Vorstellung des Drucks, auch wo ein solcher tatsächlich wegfällt.

Den Übergang von den leidenden Minoritäten zu den tätigen bilden jene, die man wohl die resignierten nennen könnte. Sie entschließen sich zur Mitarbeit, aber nur, um soviel wie möglich abzuschwächen, was sie nicht zu ändern vermögen: „faute de mieux". Auf dem religiösen Gebiet treten sie nur da auf, wo die Kirchenverfassung halbparlamentarische, synodale Formen angenommen hat; und da die Religion weniger Transigenz als jedes andere Lebensgebiet erträgt, haben sie dabei meistens ein etwas böses Gewissen und fühlen sich wohl gar erleichtert, wenn die Mehrheit auf ihren Beistand verzichtet. Im Wirtschaftsleben sind sie bekannte Erscheinungen, und ein gut Teil der Kartellpolitik besteht z. B. darin, sie zu schonen und bei der Stange zu halten. Im politischen Leben aber haben sie oft, namentlich in deutschen Parlamenten, eine bedeutsame Rolle gespielt. Auch hier gibt es Abstufungen, von denen an, die schließlich seufzend ihre Zustimmung geben, bis zu denen, die zwar eifrig an den einzelnen Bestimmungen eines Gesetzes mitarbeiten, aber schließlich dem Ganzen ihre Bestätigung verweigern, am liebsten freilich, wenn es sich um eine bloße Demonstration handelt, weil die Prinzipientreue die Parole ist, mit der sie ihre Anhänger begeistern. Ihre Resignation ist nur ein Teilverzicht auf die Gegenwart und vergibt sich nichts für die Zukunft.

Eine andere Art der Selbstbescheidung, die weniger von Resignation als von richtiger Kräfteabmessung an sich hat, üben jene Minoritäten, die sich größeren Einfluß versagt sehen, aber dafür ihren eigenen, kleineren Herrschaftsbereich sich sichern, um in ihm ihre Macht als Majorität recht energisch zu üben. Dahin gehört die Konsolidation religiöser Minderheiten im Gemeindeleben. In den Anfängen der Kastenbildung und vielleicht aller sozialen Gruppenbildung kommen solche Motive in Frage, und aus unserer letzten Epoche gibt das Regiment der preußischen Fortschrittspartei in den Kommunalverwaltungen ein treffendes Beispiel. Das Motiv solcher Minoritäten ist das Wort Cäsars: „Lieber in diesem Städtchen der Erste, als in Rom der Zweite!" Für ihn war diese Art Resignation allerdings nur problematisch.

Eben der Mangel an Resignation trennt von ihnen die klugen politisierenden Minoritäten, deren Gebiet aber keineswegs nur staatliche Politik

Digitized by Google

ist. Sie haben wir schon früher näher betrachtet; denn sie sind es, die die Politik des Grenznutzens betreiben. Sie sind sich ihrer Macht bewußt, gerade weil diese Macht latent ist, aber in jedem Augenblicke wirksam werden kann. So können die großen organisierten Parteien in England und Amerika, wenn sie in die Minorität gedrängt sind, doch stets daran arbeiten, wieder Majorität zu werden, die Zeit ihres Minderheitsdaseins betrachten sie als eine Ruhepause zur Läuterung und Kräftesammlung, zugleich aber sind sie genötigt, unterdessen auch um die Gunst noch kleinerer Minoritäten zu ihrer eigenen Ergänzung zu werben. Darin ging Gladstones politisches Leben, wenn er nicht in der Macht war, auf. Alles, was das irische Volk und das meiste, was die englischen Arbeiter erreicht haben, ist solcher Minoritätspolitik, die doch nicht einmal die gesamten Iren und Arbeiter hinter sich hatte, zuzuschreiben. Man hatte gehofft, daß die Wichtigkeit der deutschen Minderheit in den Vereinigten Staaten, die sich bei jeder Präsidentenwahl zeigt, ihr einen dauernden Einfluß sichern werde. Unter den vielen Enttäuschungen der Gegenwart war dies eine der schmerzlichsten. Kleine Minoritäten tun gut, den Rat zu befolgen, den ein alter Basler Bürgermeister dem Bremer Smidt gegeben und den dieser kluge Hanseate zeitlebens befolgt hat: „Wir haben uns immer etwas größer gemacht, als wir sind, und haben uns gut dabei gestanden."

Zum Siege kann eine kleine Minorität als solche nur gelangen, wenn sie durch ihre Energie wenigstens für den Augenblick Majorität war oder schien. Sie wird gut tun, um sich in der Herrschaft zu erhalten, sich zur wirklichen dauernden Majorität auszugestalten. Aber gewöhnlich ist sie nicht dieser Meinung. Siegreiche Minderheiten entwickeln meistens die Gesinnung einer Oligarchie, der lästigsten und unberechtigsten aller Herrschaftsformen. Sie ist in allem das Widerspiel jener Stimmung der verzagten und grollenden Minoritäten, die uns früher beschäftigte. Besonders fällt an ihr die Selbstverblendung auf, mit der sie sich in Sicherheit einwiegt. Vielleicht beruht diese nur auf einer Art Autosuggestion, um sich über eine geheime Angst hinwegzutäuschen, die dann doch in gelegentlichen Gewalttaten, womöglich in der Heimlichkeit vollzogenen, sich äußert. Altüberkommene Aristokratien hingegen sind ebenfalls Minoritäten, aber sie sind vom Gefühle ihres Rechtes durchdrungen, selbst wenn dieses nur auf ererbtem Besitz beruht und vielleicht ebenfalls ursprünglich der Gewalt seinen Ursprung verdankt. Sie sind eine andere Art von prinzipiellen Minoritäten; sie setzen ihren Stolz darein, eine Minderheit zu sein, aber um zu herrschen und zu leiten. Sobald sie diese Möglichkeit verlieren, versinken sie deshalb in das Stadium der grollenden und untätigen Minorität, oder ihre energischen Mitglieder, denen ein solcher Zustand unerträglich ist, ziehen die Konsequenz der Deklassierung und schwenken ihre Gesinnung nach der Gegenseite um, sicherlich aber nicht zur herrschenden Majorität. Sie werden alsdann die interessantesten Erscheinungen politischer wie geistiger Revolutionen vom Typus der Catilina und Clodius im Altertum, der Mirabeau, St. Simon, Krapotkin in der Neuzeit.

Digitized by Google

Wie es nun endlich mit der Verteilung des Verstandes bestellt ist, läßt sich wohl am wenigsten ausmachen, obwohl wir auch hier Minoritäten finden, zu deren Wesen die Klugheit, andere, zu denen die leidenschaftliche Verblendung gehört, wobei keineswegs ausgemacht ist, ob nicht in gefährlichen und entscheidenden Zeiten die Leidenschaft gerade wegen ihrer Befangenheit ein besseres Rüstzeug ist. Die Ansichten über die Verteilung des Verstandes stehen sich scharf gegenüber: die Demokratie beruht zuletzt auf der optimistischen Meinung, daß er bei den Majoritäten, die Aristokratie auf der pessimistischen, daß er stets nur bei wenigen gewesen, und daneben steht der isolierte Skeptiker, der dem alten Kanzler Oxenstierna rechtgibt, welcher seinem Sohn, als er sich nicht verständig genug fühlte, um in die Regierung einzutreten, erwiderte: „Mein Sohn, du weißt nicht, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird." Halten wir uns an einen anderen Skeptiker, den größten von allen, Montaigne, der der Ansicht ist, daß der Verstand das Gut sei, das am gerechtesten in der Welt verteilt ist, weil jeder glaube, davon genug zu haben! Kant, der doch auch halb und halb ein Skeptiker war, hat sich Montaigne in diesem Urteil angeschlossen, die Engländer aber nennen eben deshalb den Verstand „common sense". Das Tröstlichste bei dieser gerechten Verteilung des Schicksals ist aber, daß wahrscheinlich jeder glaubt und wünscht, damit in der Minorität zu sein und einer Aristokratie anzugehören, die aber in Wirklichkeit wegen der Allgemeinheit dieser Überzeugung die gleichmäßigste der Demokratien ist.

Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard v. Dalwigk zu Lichtenfels in den Jahren 1866/67 und 1870/71

Herausgegeben
von
Dr. Wilhelm Schüßler,
Privatdozent an der Universität Frankfurt a. M.

7. Mai. (Fortsetzung)

Dieser Tag war ein sehr bewegter. Schon um 10 Uhr morgens kam Major v. Lynker[1]) zu mir, um im Auftrage des Großherzogs mit mir über die von mir beantragte Mobilmachung der Großherzoglichen Armeedivision zu reden. Aus Lynkers Reden sah ich, daß der Großherzog ängstlich zu werden anfing, daß er sich fürchtete, Preußen zu provozieren, und daß er namentlich die Ernennung des Prinzen Alexander zum Oberkommandanten des VIII. Armeekorps und dessen gleichzeitige Ernennung zum Oberbefehlshaber der österreichischen Garnisonen von Mainz, Frankfurt, Rastatt und

[1]) Flügeladjutant des Großherzogs.

Digitized by Google

Ulm als ein Ding ansah, welches den Großherzog in den Augen Preußens als parteiisch für Österreich darstellen könne.

Der Großherzog klagt, er sei unter allen deutschen Fürsten der gefährdetste, viel mehr als Sachsen, welches noch auf dem Boden des Art. XI der Bundesakte stehe.

Ich lachte Lynker mit solchen Jeremiaden aus und sagte ihm, daß, wenn der Großherzog so wie der König von Sachsen drei Armeekorps an seiner Grenze stehen hätte, er schwerlich behaupten würde, besser daran zu sein als ein anderer Fürst, bloß weil dessen Bruder das VIII. Armeekorps kommandiere, während er selbst vorerst nicht direkt bedroht sei. Für den Rechtsboden des Art. XI der Bundesakte gäbe ich dermalen keinen Pfifferling.

Um 11 Uhr fuhr ich zu dem Prinzen Alexander und blieb eine volle Stunde bei ihm. Er erzählte mir von seinem Aufenthalte in Wien, von seiner ihm nicht gerade angenehm gekommenen Ernennung zum Oberkommandanten des VIII. Armeekorps, von seiner Reise nach Stuttgart und den Bedingungen, die er bei Annahme des Oberkommandos dem Kaiser Franz Joseph gestellt habe, daß er sich nämlich aus den österreichischen Offizieren einen tüchtigen Generalstabschef, den Obersten Schönfeld, auswählen dürfe, und daß das VIII. Armeekorps durch eine österreichische Division von mindestens 10 000 Mann verstärkt werde. Der Kaiser hatte diese Bedingungen angenommen und dem Prinzen zugleich das Kommando über die österreichischen Garnisonen in den Bundesfestungen und Frankfurt angeboten. In Stuttgart hatte die Ankunft des Prinzen und sein Drängen auf sofortige Rüstung eine Veränderung im Kriegsministerium zur Folge. Graf Hardegg wurde an der Stelle des Generals von Wiederhold Kriegsminister. Prinz Alexander erzählte mir, daß die Prinzen Ludwig und Heinrich die preußische Uniform ablegen und bei den hessischen Truppen den bevorstehenden Feldzug mitmachen wollten. Prinz Ludwig beabsichtige, selbst nach Berlin zu gehen und den König um seine Entlassung zu bitten. Er habe dem Prinzen geraten, statt dessen lieber dem Könige zu schreiben. Prinzessin Alice habe über den Entschluß ihres Gemahles, selbst seine hessische Brigade ins Feuer führen zu wollen, geweint, aber den Entschluß selbst vollkommen gebilligt. Prinz Heinrich habe gesagt, alle Kameraden in seinem preußischen Husarenregimente seien über den Mutwillen, mit welchem die preußische Regierung zum Kriege dränge, höchst erbittert. Der Prinz habe erklärt, er wolle keinem Räuberkönige ferner dienen. — Ich verabredete mit dem Prinzen Alexander für den Nachmittag eine gemeinsame Besprechung mit dem Kriegsminister und dem Finanzminister in der Wohnung des Prinzen selbst, ein gemeinsames Benehmen, zu welchem mich der Großherzog aufgefordert hatte. Bei meiner Rückkehr nach Hause hatte ich den Besuch des Geh. Rates Schmitt[1]) von Mainz, welcher klagte, die Aufregung unter den Soldaten der Mainzer Garnison nehme zu, und man

[1]) Karl Schmitt, Provinzialdirektor von Rheinhessen.

Digitized by Google

könne nur noch mit Mühe größere Konflikte zwischen den Österreichern und Preußen in der Festung hindern. Das Gerücht verbreite sich auch, daß in dem italienischen Regimente Wernhardt verräterische Proklamationen in italienischer Sprache verbreitet würden, worin man die Soldaten auffordere, nicht auf die Preußen, ihre Brüder, zu schießen. Nach dem Geh. Rat Schmitt kam Prinz Ludwig, um mir mitzuteilen, daß er am Nachmittag nach Berlin gehe, um von dem Könige seine Entlassung aus dem preußischen Militärverbande zu fordern. Ich sagte dem Prinzen, wie sehr mich sein Entschluß freue und wie ruhmvoll es sei, daß er selbst an der Spitze seiner hessischen Brigade marschieren wolle. Ich sprach die Hoffnung aus, daß es ihm in Berlin vielleicht gelinge, den König Wilhelm auf bessere Wege zu bringen. Um 3 Uhr fuhr ich in die Ministerkonferenz bei dem Prinzen Alexander. Es wurde einmütig beschlossen, die ganze Armeedivision schleunigst zu mobilisieren und einen Offizier, den Oberstleutnant Mootz[1]) nach Stuttgart zu schicken, um sich über die Art und den Umfang der württembergischen Rüstungen zu vergewissern.

Der alte General v. Wachter[2]) erging sich in unverdauten politischen Betrachtungen und Entwicklung der Schwierigkeiten, die es habe, hessische Truppen nach Mainz zu bringen. Ich mußte mich mit Geduld waffnen, um die eigensinnig festgehaltenen Ansichten des 78jährigen Mannes zu widerlegen. Er verlangte auch eine sofortige Vorlage an die Stände, ein Verlangen, dem ich mich aus einer Reihe von Gründen auf das entschiedenste widersetzte. Um 8 Uhr erschien Oberstleutnant Hartmann,[3]) um mir zu sagen, man werde im Lande die zur Mobilisierung erforderlichen Reitpferde nicht erhalten können, und der Kriegsminister lasse mich deshalb bitten, zu veranlassen, daß zugunsten der Großherzoglichen Regierung das österreichische Pferdeausfuhrverbot modifiziert werde. Gleichzeitig mit Oberstleutnant Hartmann war Baron Brenner gekommen. Ich wandte mich an letzteren, und er übernahm es, den fraglichen Wunsch telegraphisch in Wien zu befürworten.

9. Mai.

Morgens 10 Uhr kam Oberstleutnant Mootz und berichtete mir über seine Sendung nach Stuttgart, indem er mir zugleich einen Brief des Grafen Taube[4]) behändigte. Danach zieht Württemberg dermalen seine Truppen in voller Kriegsstärke zusammen. Die Haltung Badens ist dagegen noch ungewiß. Es wird eine Konferenz der Kriegsminister der drei Staaten des VIII. Armee-

[1]) Johannes Georg Mootz, Oberstleutnant und Chef der 1. Sektion des Kriegsministeriums.

[2]) Friedrich v. Wachter, Generalleutnant und hessischer Kriegsminister, lebenslängliches Mitglied des Staatsrats und der Ersten Kammer.

[3]) Friedrich Caspar Hartmann, Mitglied des Kriegsministeriums.

[4]) Vortragender Rat im Ministerium des Auswärtigen, Direktor des Haus- und Staatsarchivs.

Digitized by Google

korps in Aussicht genommen. Bald nach dem Eintritt des Oberstleutnants Moos kam der Prinz Alexander und zeigte uns vertraulich eine an Baron Kübeck gerichtete Depesche des Grafen Mensdorff. Österreich will zunächst beantragen, die beiderseitigen Garnisonen der Großmächte aus Mainz zu ziehen und die Festung der Reservedivision des Bundes anzuvertrauen. Kriegsminister Wachter kam von einer Audienz im Schlosse. Er klagte über die Mutlosigkeit des Großherzogs, welcher sich nicht entschließen könne, selbst zu den eine Mobilmachung vorbereitenden Schritten seine Zustimmung zu erteilen, aus Furcht, Preußen zu provozieren. Der Großherzog wiederhole stets, er wolle erst wissen, was Bayern tun werde. General v. Wachter bat mich, dem Großherzog mündlich auch meinerseits Vorstellungen über die Notwendigkeit eines energischen Handelns zu machen. Er habe sich seinerseits vergeblich bemüht, dem Großherzog begreiflich zu machen, daß seine Ehre wie seine Existenz auf dem Spiele ständen, wenn er sich nicht entschließen könne, seine Truppen baldigst auf den Kriegsfuß zu setzen. Um 12 Uhr hatte ich den Besuch des Hofmarschalls v. Westerweller, welcher mir mitteilte, daß Prinz Ludwig von Berlin zurückgekehrt sei, ohne den König gesehen und folgeweise auch ohne sein Gesuch um Entlassung aus dem preußischen Militärverbande bei dem Könige vorgebracht zu haben. Ich gab mein Erstaunen zu erkennen und bemerkte, daß ja dann die ganze Reise des Prinzen Ludwig zwecklos gewesen sei. Westerweller entgegnete, der Kronprinz habe dem Prinzen Ludwig gesagt, der König sei den ganzen Tag über nicht zu sprechen, und der Prinz habe deshalb vorgezogen, am Abend des nämlichen Tages wieder abzureisen, an dessen Morgen er in Berlin angekommen sei. Nachmittags kam Baron Brenner, um mir mitzuteilen, daß die österreichische Regierung der diesseitigen den Ankauf und die Ausfuhr von Pferden aus Österreich gestattet habe. Ich schrieb desfalls sogleich an den Kriegsminister. Bei meiner Rückkehr vom Ministerium begegnete ich in der Straße dem Abgeordneten Wernher,[1]) welcher mich bat, Vorkehrungen zur Sicherheit von Mainz zu treffen, und fast gleichzeitig dem Minister v. Schenk, welcher mir sagte, die hier anwesenden Mitglieder der Zweiten Kammer hätten am Nachmittage eine Beratung. Ich möge für alle Fälle ein Vertagungsdekret vorbereiten für den Fall, daß die Führer der Fortschrittspartei in der Kammer etwa mißliebige Beschlüsse vorbereiteten. Ich schrieb dementsprechend sogleich an Bechtold.[2]) Abends erzählte mir der Prinz Alexander einige Mitteilungen, die Prinz Ludwig vom Kronprinzen von Preußen erhalten habe. Der Kronprinz habe erklärt, daß er vom Gange der preußischen Politik gar nichts erfahre. Bismarck habe den König vollständig in der Hand. Als man ihm gesagt habe,

[1]) Wilhelm Wernher von Nierstein, 1802—1887, Parlamentarier, Jugendfreund Dalwigks.

[2]) Friedrich Georg v. Bechtold, 1800—1872, Wirklicher Geheimer Rat und Staatsrat im Ministerium des Innern, lebenslängliches Mitglied der Ersten Kammer, 1871 Nachfolger Dalwigks.

Digitized by Google

Bismarck dränge zum Krieg, habe der König geantwortet, das sei unmöglich, dazu sei Bismarck zu christlich. Die wichtige österreichische Depesche, worin Österreich sich erboten habe, gleichzeitig, ja noch vor Preußen abrüsten zu wollen, wenn dieses die Hand zu einer Entwaffnung biete, habe Bismarck dem Könige einfach unter einen Stoß anderer minder wichtiger Depeschen geschoben. Als nun mittags bei der Tafel allgemein von diesem österreichischen Vorschlage die Rede gewesen, habe der König erstaunt und unwillig gefragt, ob das wahr sei, er wisse ja kein Wort davon. Er habe dann Bismarck Vorhalt gemacht. Dieser habe erwidert, die Depesche habe ja Seiner Majestät vorgelegen, und dabei habe sich der König beruhigt. Prinz Alexander bemerkte weiter, der einzige, welcher noch auf die Entschlüsse des Königs Wilhelm Einfluß üben könne, sei der Kaiser Alexander. Eine entschiedene motivierte Abmahnung desselben, gestützt auf Beweise, daß Bismarck den Krieg als Ziel im Auge habe, könne vielleicht den König Wilhelm zu besseren Ansichten bringen. Ich bat den Prinzen, schleunig nach Petersburg zu schreiben. Er sprach die Besorgnis aus, daß sein Brief auf der Post geöffnet werden könne, und ich empfahl die Benutzung eines russischen Kuriers.

10. Mai.

Morgens 10 Uhr hatte ich den Besuch des Baron Brenner und des Grafen Neipperg,[1]) des letzteren mit einem österreichischen Hauptmann, dem Chef seines Stabes. Graf Neipperg war von Mainz herübergekommen, um mit dem Prinzen Alexander zu konferieren.

Ich teilte den Herren mit, daß ich einen Brief des Baron Pfordten erhalten habe, der vollständigen Aufschluß über den Umfang der bayerischen Rüstungen gibt, die Ankunft eines bayerischen Generalstabsoffiziers in Darmstadt ankündigt und gemeinsame Maßregeln zum Schutze von Mainz in Aussicht stellt. Wir besprachen nachher die Art, wie man im Falle einer preußischen Bedrohung der Festung Mainz Truppen in letztere werfen könne. Graf Neipperg war dafür, die Truppen bei Rüsselsheim mittels einer Pontonbrücke über den Main zu setzen und dieselben in Kastel einmarschieren zu lassen. Die Eisenbahnbrücke liege unter den preußischen Kanonen.

Um 12½ Uhr erschien Herr v. Labenski. Wir besprachen die politische Lage. Ich bemerkte, daß der Kaiser Alexander allein vielleicht noch imstande sei, durch die Absendung eines tüchtigen Mannes an den König Wilhelm mit eingehenden Instruktionen und mit dem Auftrage, den König Wilhelm von der wahren Sachlage zu unterrichten, den drohenden Krieg zu verhindern.

11. Mai.

Morgens 10 Uhr kam der Kriegsminister v. Wachter, um mit mir über die Mobilmachung zu reden. Er sagte mir, daß der Großherzog die Ein-

[1]) Erwin Graf Neipperg, Österreichischer Kommandant der Bundesfestung Mainz.

Digitized by Google

berufung von 120 Mann per Kompagnie angeordnet habe. Um 10½ Uhr fuhr ich zum Prinzen Alexander. Derselbe teilte mir einen Brief der Kaiserin Marie mit; die Kaiserin schrieb, die Aufregung gegen Preußen sei so allgemein in Rußland, daß der Kaiser, wenn nicht die alte Abneigung gegen Österreich bestände, sein Heer und Volk schwer würde abhalten können, gegen Preußen zu ziehen. Ich besprach dann noch mit dem Prinzen die Möglichkeit, einen Brief an den Kaiser nach St. Petersburg zu senden, ohne die Gefahr, daß derselbe in Preußen geöffnet werde. Ich schlug vor, den Brief entweder über Wien gehen zu lassen, oder denselben durch einen Kurier zu befördern. Der Prinz entschied sich für eine Sendung durch Sidorowitsch.[1]) Er sagte mir im engsten Vertrauen, die Kronprinzessin von Preußen habe sich hierher an ihre Schwester Alice gewandt und gebeten, die letztere möge veranlassen, daß Kaiser Alexander einen sehr ernsten Schritt in Berlin tue, um den Frieden zu erhalten. Die Königin Viktoria wolle gleichzeitig in demselben Sinne auf den König Wilhelm einwirken.

Um 11 Uhr ging ich vom Prinzen Alexander in die Ministerialsitzung, wo sich bereits Prinz Ludwig eingefunden hatte. Ich nahm den Prinzen vorerst allein und sagte ihm, daß ich Bedenken dabei trüge, eine öffentliche Rechtfertigung und Erläuterung der angeordneten Rüstungen zu geben. Man werde das nicht hören ohne eine bittere Kritik des preußischen Verhaltens, und damit arbeite man Herrn v. Bismarck in die Hände, welcher den Umstand benutzen werde, um Preußen aufs neue als bedroht dem Könige gegenüber darzustellen. Wir berieten hierauf die Verordnung betreffend den zwangsweisen Ankauf der Pferde für die großherzoglichen Truppen. Beim Weggehen sagte mir Prinz Ludwig, daß Prinz Alexander sich dem Großherzog gegenüber zu sehr als österreichischer General geriert und dadurch den Großherzog geärgert habe.

Nachmittags 4 Uhr besuchte mich der Abgeordnete Wernher. Er sagte mir, daß er den Stadtrat von Mainz veranlaßt habe, durch eine Deputation in Darmstadt Schutz für die Stadt zu erbitten. Wernher erzählte mir auch, daß in der vor drei Tagen stattgehabten vertraulichen Vorbesprechung der hier anwesenden Landtagsabgeordneten beschlossen worden sei, in der Frage des schwebenden kriegerischen Konfliktes vorerst nichts zu tun.

Oberleutnant v. Follenius[2]) brachte mir Gagernsche Berichte und einen Brief des Feldzeugmeisters Baron Mertens.[3]) Sodann erhielt ich ein langes Schreiben des Baron Pfordten mit der motivierten Mitteilung, daß die ganze bayerische Armee mobil gemacht werde und mit neuen Vorschlägen zu der am 13. l. M. in Bamberg stattfindenden Ministerkonferenz.

[1]) Russischer Legationssekretär in Darmstadt.

[2]) Justus Wilhelm, Oberleutnant im 1. Reiterregiment.

[3]) Carl Freiherr v. Mertens, Österreichischer Feldzeugmeister und später Präsident des Obersten Militärgerichtssenats, ein Freund Dalwigks aus der Mainzer Zeit.

Digitized by Google

12. Mai.

Morgens 10½ Uhr fuhr ich zur Audienz bei dem Großherzog. Derselbe teilte mir vertraulich einen Brief des Königs von Preußen an die Prinzessin Alice[1]) mit dem Auftrage mit, ihn der Prinzessin zurückzubringen und derselben zu sagen, was meines Erachtens zu antworten wäre.

Nachmittags entwarf ich ein Antwortschreiben der Prinzessin Alice an den König Wilhelm. Die Prinzessin ließ mich um 6 Uhr rufen. Ich las ihr meine Antwort vor, die sie befriedigte, und die sie kopieren wollte. Dann sprach ich mit ihr und dem Prinzen Ludwig noch eine halbe Stunde lang Politik. Beide waren sehr erbittert auf Preußen. Die Prinzessin sagte mir, der König gestatte weder dem Kronprinzen noch der Kronprinzessin, Rat zu geben. Es sei zu bedauern, daß heutigentages fast alle regierenden Herren so wenig begabt seien. Es sei wünschenswert, daß der König abdanke, der Deutschlands Geschicke den Händen eines einzelnen verruchten Menschen überlasse usw. Wir sprachen von dem Briefe des Prinzen Alexander an den Kaiser Alexander, mit dem Sidorowitsch bereits auf dem Wege nach Petersburg sei. Die Prinzessin Alice wollte ihr Schreiben an den König Wilhelm durch den Lord Loftus[2]) übergeben lassen. Gleichzeitig will auch die Königin Viktoria einen letzten dringenden Schritt bei dem Könige zur Erhaltung des Friedens tun. Ich sagte, Bismarck sei wie ein Mensch, der sein ganzes Vermögen auf eine Karte setze. Ich bemerkte weiter, es sei zu bedauern, daß England auf seine alte Kontinentalpolitik so ganz verzichtet habe. Durch einen ernsten Schritt in Paris würde England es bei Louis Napoleon, der mit abergläubischer Zähigkeit am englischen Bündnis hänge, durchgesetzt haben, daß derselbe zu der Wiedereröffnung der Londoner Konferenzen in der schleswig-holsteinischen Sache seine Zustimmung gegeben hätte. Die Prinzessin meinte, England sei eben eine Insel, und ich bemerkte, daß aber seine Handelsinteressen ihm die Erhaltung des Friedens auf dem Kontinente in hohem Grade wünschenswert machten.

13. Mai.

Ich fuhr morgens 7 Uhr zur Ministerkonferenz nach Bamberg.

Auf dem Darmstädter Bahnhof traf ich mit dem badischen Minister Baron Edelsheim zusammen. Derselbe erzählte mir vertraulich, sein Großherzog sei in der dermaligen Krisis ängstlich und schwankend geworden, und zwar infolge einer Unterhaltung, welche unser Prinz Ludwig mit dem Prinzen

---

[1]) Der Brief war nur zum kleinen Teil bekannt und veröffentlicht bei Berner: Kaiser Wilhelms des Großen Briefe usw., II, S. 124 f.

[2]) Augustus William Frederick Spencer Lord Loftus, 1817—1904. Seit 1837 im diplomatischen Dienst; 1852 Gesandtschaftssekretär in Stuttgart, 1853 in Berlin, 1858 Gesandter in Wien, 1860 in Berlin, 1862 in München, 1866 Botschafter beim Norddeutschen Bunde in Berlin, 1871 in Petersburg, 1879—1885 Gouverneur von Neusüdwales.

Digitized by Google

Wilhelm von Baden auf einer gemeinsamen Eisenbahnfahrt gehabt habe. Der Prinz Wilhelm sei nämlich am 7. Mai nach Nauheim gefahren, um von dort seine Gemahlin abzuholen. In Darmstadt sei er mit dem Prinzen Ludwig zusammengetroffen, welcher damals nach Berlin gereist sei, und dieser letztere habe dem Prinzen Wilhelm erzählt, unser Großherzog sei gar nicht für den Krieg, er wolle von Österreich und dessen Demonstrationen nichts wissen, die Ernennung des Prinzen Alexander, als eines österreichischen Generals, sei dem Großherzog unangenehm, weil es dadurch den Anschein gewinne, als ob Hessen auf österreichischer Seite stehe, was durchaus nicht der Fall sei usw. Der Prinz Wilhelm habe sich beeilt, diese Äußerungen dem Großherzog Friedrich, seinem Bruder, zu hinterbringen und, gestützt darauf, denselben im Sinne einer neutralen Stellung der Mittelstaaten zu bearbeiten. Eine solche Stellung stimme mit den Wünschen einer gewissen Partei in Baden überein, und ihm, Edelsheim, sei dadurch nun seine Aufgabe erschwert. In Aschaffenburg kam auch noch der sächsische Bundestagsgesandte v. Bose zu uns. In Bamberg kamen wir gleichzeitig mit den Ministern v. d. Pfordten und Varnbüler an. Um 2½ Uhr kam auch Minister v. Beust mit den Herren v. Watzdorf, Seebach und Uttenhofen. Ich ging mit Herrn v. Bose an den Bahnhof, um Herrn v. Beust zu empfangen. Bose erzählte mir, der russische General Prinz Hohenlohe-Waldenburg [1]) habe auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers Alexander dem Könige von Preußen bei der Durchreise durch Berlin seinen Besuch gemacht und denselben auf das dringendste vom Kriege abgemahnt. Der König habe beteuert, er wünsche keinen Krieg, ein Kampf von Deutschen gegen Deutsche würde ihm das Herz zerreißen. Baron Pfordten zeigte mir ein Telegramm des bayerischen Gesandten Grafen Quadt [2]) in Hannover, wonach Preußen Hannover gegen das Versprechen der Neutralität Garantie seiner Souveränität angeboten hat. Der preußische Vorschlag werde dermalen in Gegenwart des Königs von Hannover in Herrenhausen diskutiert.

Um 6 Uhr abends fand die erste Ministerkonferenz statt. Man diskutierte zunächst die Frage, ob am Bunde eine Mobilmachung der Bundesarmee zu beantragen sei. Man war einstimmig der Ansicht, diese Frage zu verneinen, weil man der Majorität in Frankfurt nicht ganz sicher sei, weil dagegen ein eingehender Bundesbeschluß unmittelbar zum Kriege führen werde, zu dem man noch nicht gehörig gerüstet sei, und weil man endlich durch eine Mobilmachung der Truppen der norddeutschen, in der preußischen Machtsphäre liegenden Staaten voraussichtlich Preußen ebensoviele Hilfstruppen zuführen werde. Während der Diskussion abends 8 Uhr kam nachträglich der nassauische Minister Prinz von Wittgenstein an. Er war instruiert, auf einem Bundesbeschluß behufs der Mobilmachung der Bundesarmee zu bestehen, um für einen Antrag bei den nassauischen Ständen behufs der Kostenübernahme für

---

[1]) Friedrich Carl Joseph, Generaladjutant des Zaren.

[2]) Friedrich Wilhelm Graf v. Quadt zu Wykradt und Isny.

Digitized by Google

die nassauischen Rüstungen eine Basis zu gewinnen. Er blieb aber mit seiner Ansicht isoliert.

Hierauf kam die Haltung der Mittelstaaten im Falle des Ausbruches des Krieges zwischen Österreich und Preußen zur Sprache. Baron Edelsheim beantragte eine bewaffnete Neutralität in der Art, daß man eintretendenfalls, wenn etwa Frankreich sich in den Kampf einmischen wollte, demselben rasch zuvorkommen und den Frieden herstellen könne. Dieser Vorschlag wurde aber von allen Seiten auf das lebhafteste bekämpft.

Baron Pfordten bemerkte, das heiße Sachsen und Schleswig-Holstein zugleich aufgeben. Eine solche Neutralitätserklärung sei eine direkte Verletzung der Bundespflichten und führe schließlich die Neutralen dahin, beim Friedensschlusse als Ausgleichungsobjekt zu dienen, unsere Aufgabe sei aber in diesem Falle, Subjekt und nicht Objekt zu sein. Man müsse aus allen Kräften rüsten, um sofort für Deutschland und die Bundespflichten die Waffen ergreifen zu können. — Minister v. Beust sagte mir vertraulich, er wisse positiv, daß wir von Frankreich nichts zu besorgen hätten. Minister v. d. Pfordten bemerkte mir ebenso vertraulich, er habe begründete Ursache, anzunehmen, daß Frankreich, sobald der Krieg ausbreche, sich des linken Rheinufers bemächtigen werde. Gegen eine Vereinigung Preußens, Frankreichs und Italiens seien wir zusammen mit Österreich zu schwach. Aber man müsse wenigstens achtunggebietend dastehen. In diesem Falle werde Frankreich die Mittelstaaten nicht fallen lassen. Pfordten und mit ihm mehrere der Anwesenden waren der Ansicht, daß die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens noch nicht ganz verloren sei. Man beschloß deshalb, anknüpfend an die aus Anlaß des jüngsten in der Bundesversammlung gestellten sächsischen Antrags auf Bundesschutz abgegebene preußische Erklärung, nochmals im Namen der Bundesversammlung die Frage an Preußen zu richten, unter welchen Bedingungen es auf eine Abrüstung einzugehen bereit sei. Man war der Meinung, in diesem Antrage Italiens nicht zu erwähnen.

14. Mai.

Morgens 9½ Uhr war die zweite Konferenzsitzung. Ich sprach vorher mit Pfordten über verschiedene Punkte:

Er sicherte mir zu, daß im Falle des Krieges die diesseitigen Kassen, Militärvorräte, Geschütze, Waffen ohne Anstand nach Bayern in Sicherheit gebracht werden könnten und daß auch der Einmarsch hessischer Truppen auf bayerisches Gebiet im Laufe der Operationen keinem Anstande unterliege. Pfordten versprach mir ferner Einrichtung eines Nachtdienstes auf den bayerischen Telegraphenstationen im Großherzogtum. — Nachher sprach ich vertraulich mit Baron Varnbüler über die Ernennung des Prinzen Alexander zum Oberkommandanten des VIII. Armeekorps. Varnbüler sagte mir, Baden beanstande die Ernennung, weil der Prinz österreichischer General sei und in Eid und Pflichten des Kaisers stehe. Ich möge in Wien dahin wirken,

Digitized by Google

daß der Prinz temporär für die Dauer des fraglichen Oberbefehles aus dem österreichischen Armeeverband entlassen und seines österreichischen Eides, da er nunmehr dem Repräsentanten des VIII. Armeekorps zu schwören habe, entbunden werde. Ich versprach, dies zu besorgen.

Die zweite Konferenz dauerte über drei Stunden. Die Bundesreformfrage wurde beraten. Man beschloß, den ad hoc gewählten Bundestagsausschuß anzuweisen, den preußischen Gesandten v. Savigny um schriftliche Mitteilung seiner in der betreffenden Ausschußsitzung mündlich gegebenen Erklärungen zu ersuchen. Verweigere Savigny diese schriftliche Mitteilung, so solle dem in Augsburg früher gefaßten Beschlusse entsprechend verfahren werden. Nach der Sitzung erzählte mir Varnbüler ebenfalls von der Unterhaltung des Prinzen Ludwig mit dem Prinzen Wilhelm von Baden und deren nachteiligem Einfluß auf die Haltung der badischen Regierung mit dem Zusatze, daß ein von ihm, Varnbüler, an den württembergischen Gesandten in Wien geschriebenes vertrauliches Billett gleichfalls dazu beigetragen habe. In diesem Billett habe er bemerkt, Württemberg werde stets mit Österreich gehen, so lange letzteres auf dem Boden des Bundesrechts stehe. Baron Ow[1]) habe das Billett dem badischen Geschäftsträger v. Mollenbeck[2]) gezeigt, und dieser habe die Worte: „Württemberg werde stets mit Österreich gehen", ohne den Zusatz, solange dieses auf dem Boden des Bundesrechts stehe, nach Baden berichtet, wo man über eine solche Parteinahme sehr betroffen gewesen sei.

Die drei thüringenschen Minister reisten mittags 1 Uhr ab, weil sie sich an der bevorstehenden Beratung über die vorzunehmenden Rüstungen nicht beteiligen konnten und wollten, indem Weimar, Coburg und Meiningen Militärkonventionen mit Preußen haben und unter den Kanonen von Erfurt liegen. Ich machte um 1½ Uhr mit den Ministern v. Beust, Edelsheim, Wittgenstein und dem Bundestagsgesandten v. Bose eine Promenade nach dem Schlosse. Um 3 Uhr versammelte man sich wieder zur dritten Konferenz, welche die militärischen Aufstellungen betraf. Es wurde beschlossen, daß das VIII. Armeekorps sich mit der bayerischen Armee, unter dem Oberkommando des Prinzen Karl, zu gemeinsamen Operationen vereinigen solle und daß in München militärische Bevollmächtigte von Bayern, Württemberg, Baden, Großherzogtum Hessen sowie von Sachsen und Nassau zu desfallsigen Verabredungen zusammenzutreffen hätten, sobald das VIII. Armeekorps mobilisiert sei. Dem letzteren habe sich die nassauische Brigade anzuschließen, während Sachsen seinen natürlichen Stützpunkt an der österreichischen Armee finde. Bayern stellt seine Garnisonen in der Pfalz, in Würzburg und Aschaffenburg dem VIII. Armeekorps zur Verfügung. Es echeloniert seine Armee von Bamberg bis Aschaffenburg, um gleichzeitig einem von Thüringen wie vom Rhein herkommenden Stoß widerstehen zu können.

---

[1]) Franz Joseph Adolf Freiherr v. Ow, württembergischer Gesandter in Wien.
[2]) Pirmin v. Mollenbeck, Legationsrat und badischer Geschäftsträger in Wien.

Digitized by Google

15. Mai.

Um 2 Uhr 45 Minuten fuhren wir nach verschiedenen Weltgegenden. Edelsheim, Wittgenstein und Bose fuhren zusammen bis Aschaffenburg, von wo sich Bose und Edelsheim nach Frankfurt dirigierten, während ich nach Darmstadt und Wittgenstein von Darmstadt nach Mainz fuhr.

16. Mai.

Um 11½ Uhr ging ich zu dem Prinzen Alexander und teilte ihm einiges aus den Bamberger Verhandlungen mit, namentlich das Verlangen Badens, daß er behufs Übernahme des Oberkommandos des VIII. Armeekorps vorübergehend aus dem österreichischen Armeeverband ausscheide. Der Prinz war ärgerlich darüber. Ich redete ihm zu, auf dieses in der Korpsakte begründete Verlangen einzugehen. Inzwischen erschien auch Baron Brenner und übernahm es, die Befehle des Kaisers Franz Joseph schleunigst einzuholen. Der Prinz behielt sich für alle Fälle freie Entschließung vor. — Am Nachmittag berichtete ich dem Großherzog provisorisch über den Inhalt der Bamberger Verhandlungen.

17. Mai.

Der Rittmeister v. Ricou besuchte mich, um mir zu sagen, der Abgeordnete Metz[1]) habe, von Berlin aus einer Versammlung des Nationalvereins kommend, erzählt, daß Graf Bismarck den Herrn v. Bennigsen[2]) zweimal aus der Versammlung habe rufen lassen, um demselben die Proklamierung der Reichsverfassung von 1849 und der Grundrechte anzubieten, wenn der Nationalverein Preußens Vorgehen unterstützen wolle. Bennigsen habe sich aber auf nichts eingelassen. — Baron Kübeck besuchte mich, um einiges über die Bamberger Konferenz und die Haltung der Mittelstaaten zu erfahren. Ich sagte ihm, daß die Haltung der Mittelstaaten, zumal diejenige Bayerns, eine ganz entschiedene sei, und daß man mit vollster Kraft rüste, um das Bundesrecht zu wahren. Kübeck versicherte, daß er von mir stets beruhigt und getröstet weggehe.

Um 5 Uhr fuhr ich zur Prinzessin Karl, welche wegen des Verbleibens des Prinzen Heinrich im preußischen Dienste mit mir zu sprechen gewünscht hatte. Ich riet, daß der Prinz mit der Ausführung seiner Absicht, auszuscheiden, noch etwas warten möge, bis alle Hoffnung auf Erhaltung des Friedens verschwunden sei. Ich erzählte der Prinzessin dann noch von Bamberg und dem Verhalten Preußens, worüber auch sie empört war. Sie sagt sich entschieden von Bismarck los, seit derselbe mit Frankreich, Italien und der Revolution gehe.

[1]) Ignatz Metz, Hofgerichtsadvokat, eifriges Mitglied des Nationalvereins.

[2]) Rudolf v. Bennigsen, 1824—1902, hannoverscher Politiker und Begründer und langjähriger Führer der nationalliberalen Partei im Reichstage.

Digitized by Google

18. Mai.

Morgens 11 Uhr fuhr ich in die Ministerialsitzung, der eine Plenarsitzung folgte, in welcher eine Vorlage an die Stände wegen der Kosten der Kriegsrüstungen beschlossen wurde. Nach der Sitzung ging ich zum Prinzen Alexander, welcher mir mitteilte, daß der Kaiser telegraphisch sein Ausscheiden aus dem österreichischen Militärverbande und Entbindung von seinem Diensteide für die Zeit, in welcher der Prinz das VIII. Armeekorps kommandiere, genehmigt habe. Ich schrieb ebenfalls sofort an Baron Varnbüler.

20. Mai.

Morgens 10¾ Uhr hatte ich den Besuch des österreichischen Obersten Grafen Wimpfen. Er ist beauftragt, unter dem Vorwande, den Durchmarsch der Brigade Kalick durch Kurhessen zu erwirken, auf die Entschlüsse des Kurfürsten bezüglich seiner politischen Haltung einzuwirken und demselben namentlich zu empfehlen, mit seiner Division bei Hanau Stellung zu nehmen. Graf Wimpfen wünschte von mir Mitteilungen über das Terrain in Kassel zu erhalten. Ich riet ihm, lediglich dem Kurfürsten, welchem er einen eigenhändigen Brief des Kaisers Franz Joseph zu übergeben hat, persönlich Vertrauen zu schenken.

21. Mai.

Nachmittag empfing ich ein Schreiben Pfordtens, worin derselbe darüber klagt, daß in Darmstadt ein österreichischer Oberst (v. Schönfeld) eingetroffen sei, um im Hauptquartier des VIII. Armeekorps zu fungieren. Dadurch werde die Ansicht unterstützt, daß die Bamberger Regierungen nicht mehr auf Bundestreue, sondern auf österreichischer Basis stünden. Ich antwortete Pfordten sogleich, daß ich den fraglichen Obersten weder gesehen noch mit ihm verhandelt hätte, und daß die großherzoglich hessische Regierung fest auf der in Bamberg vereinbarten Basis verharre.

22. Mai.

Ich hatte um 8½ Uhr den Besuch des österreichischen Hauptmanns Alfred v. Vivenot,[1]) des Verfassers des „Lebens des Reichsfeldmarschalls Herzogs von Sachsen-Teschen". Herr v. Vivenot geht in besonderer Sendung nach Holstein zum Feldmarschalleutnant v. Gablenz.[2]) Er sagte mir, Österreich werde dort nunmehr die Stände zusammenrufen und das Heer organisieren, ein Entschluß, den ich nur höchlich billigen konnte.

23. Mai.

Besuch des Kriegsministers v. Wachter. Ich proponierte ihm, eine Brigade zwischen Niederingelheim und Mainz aufzustellen, um die Festung Mainz

[1]) Alfred Ritter v. Vivenot, 1836—1874.

[2]) Ludwig Carl Wilhelm Freiherr v. Gablenz, 1814—1874, Führer des österreichischen Armeekorps in Holstein 1864, des X. österreichischen Armeekorps 1866.

Digitized by Google

gegen Überrumpelung zu schützen. Er hatte die größten Bedenken gegen eine solche Detachierung, und ich bat ihn, mit dem Prinzen Alexander desfalls zu reden.

24. Mai.

Morgens hatte ich den Besuch des Baron Brenner, welcher mir zwei Depeschen vertraulich mitteilte. Die eine betraf den Vorschlag Pfordtens, Preußen das militärische Oberkommando in Norddeutschland anzubieten, wenn es seine Ansprüche an die Herzogtümer auf das ihm früher vorgeschlagene Maß beschränken wolle. Die andere kündigte einen Antrag am Bunde an, um Hannover in den Stand zu setzen, auf bundestreue Wege zurückzukehren.

Um 4 Uhr besuchte mich der Kriegsminister, der direkt von Seeheim kam. Er war der sehr korrekten Ansicht, daß, wenn Baden, ja selbst Württemberg in dem bevorstehenden Kampfe neutral bleiben wollten, das Großherzogtum sich selbständig an die militärische Aktion Bayerns anzuschließen habe.

25. Mai.

Morgens 9 Uhr fuhr ich in die Zweite Kammer und beantragte bei derselben die Bewilligung der 4 105 000 Gulden betragenden Kosten der Mobilmachung der Armeedivision.

26. Mai.

Um $2^1/_2$ Uhr hatte ich den Besuch des Abgeordneten Wernher. Derselbe bat mich, in der bevorstehenden Diskussion im Ausschuß wegen Bewilligung des Geldes für Mobilmachung dem Abgeordneten Metz gegenüber sehr vorsichtig zu sein, indem der letztere beabsichtige, unvorsichtige Äußerungen zu provozieren, um einen ihm angemessen scheinenden Gebrauch davon zu machen. Wernher sagte mir, Metz habe kürzlich in einer vertraulichen Ausschußsitzung die Pläne seiner Partei in der dermaligen politischen Krisis enthüllt. Die Herren rechneten auf einen anfänglichen Erfolg der österreichischen Waffen. Stünden die Österreicher vor den Toren Berlins, so müsse der König sein dermaliges Ministerium entlassen, ein Ministerium der Linken bilden und einen Aufruf an sein Volk erlassen. Dann werde sich das preußische Volk in Masse erheben und, vereint mit dem stehenden Heer, die Österreicher und deren Verbündete schlagen, Deutschland fortreißen oder erobern, und die deutsche Einheit sei hergestellt.

28. Mai.

Sitzung des Finanzausschusses der Zweiten Kammer, in welcher die Proposition der Regierung wegen der Kosten der Mobilmachung beraten wurde. Metz machte den Versuch, die Regierung bei diesem Anlasse zu liberalen Konzessionen zu drängen. Es solle dann die ganze Vergangenheit

Digitized by Google

vergessen sein, ich würde des ganzen Volkes und sein Vertrauen gewinnen. Ich erwiderte ihm, Augenblicke, wo das Vaterland in Gefahr stehe, seien für einen solchen Handel nicht gut gewählt. Sein Vertrauen würde ich doch nicht besitzen, auch wenn ich jetzt alle möglichen Konzessionen mache. — Sei die Forderung der Regierung gerecht, so müsse sie bewilligt und dürfe nicht von Bedingungen abhängig gemacht werden, die damit in keinem inneren Zusammenhang stünden. Metz legte dann eine ganze Reihe von Fragen über die Absichten und das Verfahren der Regierung im Falle eines Ausbruches des Krieges vor, die ich ihm mit möglichster Reserve beantwortete.

1. Juni.

Baron Brenner kam, mit mir über die wichtige Erklärung, die Österreich in der heutigen Bundestagssitzung abgibt und die dem Bunde die Angelegenheit der Elbherzogtümer aufs neue zur Verfügung stellt, zu reden. Abgeordneter Wernher kam, um mir mitzuteilen, daß er mit seinen Freunden einen Antrag in der Kammer stellen wolle, dem Ministerium für Rüstungen 2500000 Gulden zur Verfügung zu stellen. Die ganze Forderung von 4105000 Gulden sei nicht durchzubringen. Ich erklärte mich einverstanden.

2. Juni.

Der sächsische Gesandte v. Bose teilte mir vertraulich eine Depesche des Barons Beust nach München mit, worin Beust auf schlagende Weise die Gründe angibt, aus denen er dem Ersuchen Bayerns, sich den bayerischen Aufforderungen an Österreich, den Frieden zu erhalten, anzuschließen, nicht entsprechen könne.

3. Juni.

Prinz Ludwig erzählte, der Prinz Emil Wittgenstein [1]) sei in Jugenheim bei dem Prinzen Alexander gewesen und habe dort mitgeteilt, er sei in Berlin von dem König empfangen worden und dieser habe ihm gesagt, er habe erst dann ein Armeekorps bei Kreuznach zusammengezogen, nachdem Hessen das Naheufer militärisch besetzt habe.

5. Juni.

Der Prinz Ludwig sprach nach der Sitzung noch lange auf der Treppe mit mir über die politische Haltung des Großherzogtums. Er meinte, sein Onkel Alexander sei doch gar zu sehr österreichisch. Er sagte mir auch, er sei seines dem Könige von Preußen geleisteten Eids noch nicht entbunden. Im allgemeinen sah ich, daß Prinz Ludwig wieder anfing, mit Preußen zu sympathisieren.

8. Juni.

Baron Brenner kam, um mir mitzuteilen, die Preußen seien in Holstein eingerückt, und infolge davon werde Österreich in Frankfurt einen Antrag

[1]) Sohn des nassauischen Ministers, russischer General.

Digitized by Google

auf Mobilisierung der Bundesarmee stellen, die großherzogliche Regierung möge zustimmen.

Um 11 Uhr fuhr ich in die Ministerialsitzung, in der sich auch Prinz Ludwig einfand. Wir sprachen dann über Politik, und ich bemerkte mit Bedauern, daß der Wind bei dem Prinzen wieder ganz preußisch wehte. Er meinte, seit Preußen seine Truppen von der hessischen Grenze bei Kreuznach zurückgezogen habe, liege für die Diesseite kein Grund mehr zu einem offensiven Verhalten vor. Es fehle ja an dem Angriffsobjekt. Ich bemerkte, daß ein Angriff auf Sachsen ein genügender Grund für die bundestreuen Regierungen sei, zu den Waffen zu greifen.

9. Juni.

Um 2 Uhr Festdiner[1]) in der Traube. Es waren 120 Gäste da. Ich saß zwischen den Ministern v. Schenk und v. Lindelof. Ich brachte folgenden Toast aus:

„Meine Herren! Es ist unter uns eine alte gute Sitte, an diesem festlichen Tage einen Rückblick zu werfen auf die uns näher berührenden Ereignisse der zunächst verflossenen Zeit. Heute vermögen wir dies nur mit einem Gefühle tiefer Trauer. Unser deutsches Vaterland war unter den Segnungen eines fünfzigjährigen Friedens, unter dem Schutze von Institutionen, deren Mängel vorzugsweise in einer unvollkommenen Ausführung lagen, zu einem früher nie gekannten Wohlstande gelangt. Heute steht es am Rande eines Bürgerkriegs. Schon jetzt, noch ehe die Armeen ihr zerstörendes Geschäft begonnen haben, ist das Glück, das Vermögen zahlloser Familien zerstört. Die ernste Frage ist herangetreten, welche Stellung das Großherzogtum einzunehmen hat, wenn es sich von der Zukunft Deutschlands, von seinen Grenzen, von der Vertretung seines Rechtes, wie von den Grenzen unseres engeren Vaterlandes handelt. Die Antwort konnte für die großherzogliche Regierung nur eine sein. Die Worte, welche von hier aus im bundestreuen, im ehrlichen Sinne so oft gesprochen und geschrieben worden sind, müssen nun in Taten übersetzt werden. Das Programm der Regierung ist: Unablässige Bemühung zur Erhaltung des Friedens bis zur letzten Stunde, dann aber, wenn kein ehrenhafter Austrag mehr möglich ist, Eintritt in den Kampf an der Seite der bundestreuen Staaten, welche sich nicht scheuen, für unser gefährdetes Deutschland den Degen zu ziehen. — Und weil unser teurer Großherzog nicht bloß ein hessischer, weil er auch ein echt deutscher Fürst ist, weil er den Mut gehabt hat, eine Politik der Schwäche und des Partikularismus, die man unter allerlei Vorwänden zu empfehlen versucht, zurückzuweisen, darum, meine Herren, trinken Sie heute in gefahrvoller Zeit mit doppelter Begeisterung auf sein Wohl. Unser geliebter Großherzog weiß,

[1]) Anläßlich des Geburtstags des Großherzogs.

Digitized by Google

daß seine Gesinnungen auch die wahren Gesinnungen seines treuen Volkes sind. Seine Königliche Hoheit der Großherzog lebe hoch!"

Der Toast wurde sehr beifällig aufgenommen.

10. Juni.

Prinz Ludwig war ärgerlich darüber, daß man die großherzoglich hessische Division nicht zur Besetzung von Mainz verwendet habe. Ich entgegnete ihm, daß ich gegen eine solche Verlegung der Truppen in eine neutralisierte Festung entschieden gewesen sei. Auf diese Weise würde das VIII. Armeekorps geschwächt und den Truppen die Möglichkeit entzogen, bei Entscheidung des bevorstehenden Kampfes etwas zu leisten. Von diesen Leistungen hänge aber demnächst wahrscheinlich das Schicksal der kleineren Staaten ab.

11. Juni.

Morgens 8 Uhr fuhr ich in eine Sitzung des Finanzausschusses der Zweiten Kammer, in welcher ich im Namen des Großherzogs eine Erklärung übergab, daß die großherzogliche Regierung eifrig für das Zustandekommen eines Parlamentes mit konstitutionellen Befugnissen wirken und die Sache der Elbherzogtümer überall entschieden vertreten werde.

Um 3 Uhr erschien Herr v. Wentzel und legte mir die Vorschläge seiner Regierung betreffend die Bundesreform vor. Danach soll Österreich zu Deutschland nur in einen weiteren Bund treten. Ich sagte Herrn v. Wentzel, daß dieses Projekt keinen Anklang finden werde.

13. Juni.

Sitzung der Zweiten Kammer, in der endlich über den Mobilmachungsantrag abgestimmt wurde. Die Regierung blieb mit 21 gegen 27 Stimmen in der Minorität. Die Diskussion zeichnete sich durch die heftigsten Angriffe gegen die Regierung von seiten der Herren Vollhard und Metz aus.

Nach der Sitzung kam Baron Brenner und brachte mir ein Telegramm des Grafen Mensdorff, worin ein Dringlichkeitsantrag in Frankfurt befürwortet wird, nach welchem die sieben mobilisierten Bundesarmeekorps bestimmt werden, gemeinsam mit dem österreichischen Heere und unter oberster Führung des Feldzeugmeisters Benedek die von Preußen begonnene Selbsthilfe abzuwehren.

14. Juni.

Sitzung des Finanzausschusses der Ersten Kammer und um 11 Uhr Sitzung der Kammer selbst. Die Mobilmachungsfrage wurde diskutiert. Domkapitular Moufang[1]) hielt eine glänzende Rede. Die Kammer nahm die Regierungsproposition einstimmig an. Nur der Fürst von Solms-Lich

[1]) Christoph Moufang, 1817—1890, seit 1854 Mitglied des Mainzer Domkapitels, seit 1863 Vertreter des Bischofs v. Ketteler in der Ersten hessischen Kammer, 1871—1876 Mitglied des Deutschen Reichstags.

Digitized by Google

suspendierte seine Stimme, weil er zugleich preußischer Untertan sei. Der Kriegsminister v. Wachter erklärte mir, daß er seinen Abschied nehmen werde, wenn man die Zweite Kammer nicht auflöse. Ähnlich sprach sich der Minister v. Schenk aus. Nach der Sitzung besuchte ich den Prinzen Alexander und teilte ihm einige Berichte aus Gießen, die preußischen Aufstellungen betreffend, mit.

Am Nachmittag hatte mir Biegeleben telegraphisch mitgeteilt, daß die Bundesversammlung mit 9 gegen 6 Stimmen die Mobilmachung des VII., VIII., IX. und X. Armeekorps beschlossen und daß Preußen hierauf seinen Austritt aus dem Bunde erklärt habe.

15. Juni.

Ministerialrat Schleiermacher[1]) erhielt den Auftrag, sofort nach Gießen und Friedberg zu reisen und wegen des Aufreißens der Eisenbahnschienen im Falle einer preußischen Invasion in Oberhessen das Nötige anzuordnen. Nach der Sitzung sprach Prinz Ludwig noch eine Viertelstunde mit mir auf der Treppe, um mir zu erklären, man solle gegen Preußen neutral bleiben, jedenfalls nicht angreifen, auch wenn die Preußen Oberhessen besetzen. Preußen käme doch früh oder spät an die Spitze von Deutschland. Mit Österreich hätten wir ja so gut wie keinen Zusammenhang. Er finde bei der Annahme des jüngsten preußischen Bundesreformprojektes nichts zu erinnern. Gegen ein Verschieben von Truppen nach Oberhessen sei er, schon als Militär, entschieden. Seine Kavalleriebrigade sei noch nicht geübt genug, um sich mit einem Gegner messen zu können wie preußische Kavallerie. Übrigens habe er, der Prinz, dem Könige von Preußen den Eid der Treue geleistet und sei von diesem Eide noch nicht entbunden. Ich erwiderte, daß ich diese Neutralitätspolitik weder für bundestreu, noch für klug, noch für möglich halte, und daß ich nie beirätig sein würde, Österreich, welches in so vielen Schlachten für Deutschland sein Blut vergossen habe, aus Deutschland zu verdrängen.

General v. Pakeny — österreichischer General aus Frankfurt — wünschte zu wissen, ob wir dem Kurfürsten von Hessen Truppen entgegenschicken wollten, um ihn zu unterstützen, einem etwaigen preußischen Angriff zu widerstehen. Ich lehnte das Entgegenschicken großherzoglicher Truppen ab. Der Kurfürst möge sich nach Hanau zurückziehen, wo er sich an unsere Aufstellung anlehnen könne. Aber es sei für uns nicht rätlich, unsere Division zu zersplittern. General Pakeny bat dann auch um Entsendung von Truppen zum Schutze Frankfurts, welches von einer preußischen Invasion bedroht sei und nur ein paar Bataillone Garnison habe. Ich sagte dieses Ansinnen zu, riet aber Pakeny, auch mit dem Prinzen Alexander zu reden.

Ich hatte mich um 12 Uhr kaum zu Bette gelegt, als Geheimer Staatsrat v. Bechtold und Ministerialrat Schleiermacher gemeldet wurden. Schleier-

[1]) August Schleiermacher, Ministerialrat im Ministerium der Finanzen.

Digitized by Google

macher referierte, daß er in Gießen und Friedberg gewesen sei, daß in und bei Wetzlar etwa 30000 Preußen ständen und daß nach einem Telegramm, welches ihm von Gießen nach Frankfurt nachgekommen sei, die Preußen am folgenden Morgen 4 Uhr auf den Punkten Gießen, Butzbach und Friedberg in Oberhessen einmarschieren sollten.

16. Juni.

Ich telegraphierte, infolge der Nachricht, die ich am Abend zuvor erhalten hatte, sofort an Varnbüler und Pfordten, um ihnen zu sagen, daß wir Frankfurt vorläufig schützen würden, daß sie aber Sukkurs nachsenden und daß Württemberg sofort den Oberbefehlshaber des VIII. Korps ernennen möge. Ich schrieb auch dem General v. Wachter wegen Herbeiziehung von Truppen zum Schutze Frankfurts. Den Prinzen Alexander ersuchte ich schriftlich, bald nach Darmstadt zu kommen. Um 8½ Uhr kam Geh. Rat Goldmann, um mir die Ankunft seines Sohnes, des Provinzialdirektors, von Gießen zu melden. Hierauf erschien Minister v. Schenk, um mir einige Notizen über die preußische Okkupation Gießens zu bringen. Während er noch da war, kam auch General v. Wachter, um mir anzuzeigen, daß drei Bataillone nach Frankfurt abgegangen seien. Es erschien dann Adalbert v. Rabenau,[1]) um mir zu erzählen, in welcher Weise die Preußen in Gießen eingerückt seien. Zuerst erschienen dort drei Husaren mit gespannten Karabinern auf dem Bahnhofe. Um 10 Uhr ließ mich die Prinzessin Karl bitten, um 11 Uhr zu ihr zu kommen. Sie sprach mit großer Bewegung über die politischen Zustände und zeigte mir dann ein Telegramm, welches der Großherzog an den König von Preußen richten wolle, um die Entlassung des Prinzen Heinrich aus dem preußischen Dienste zu verlangen. Ich fand das Telegramm zu schroff. Die Prinzessin führte mich in ihr Wohnzimmer, wo ich auch den Prinzen Karl mit dem Prinzen Wilhelm fand, und dort änderte ich, am Schreibtisch der Prinzessin sitzend, das Telegramm nach meinen Ansichten ab. Von da fuhr ich auf das Ministerium. Als ich vom Ministerium zurückfuhr, begegnete mir der Prinz Ludwig zu Fuß. Er ließ meinen Wagen halten und setzte sich, da es stark regnete, zu mir, um die neuesten Ereignisse, den Einmarsch der Preußen in Sachsen, Hannover und Kurhessen usw. zu besprechen. Der Prinz war im Begriff, zum Prinzen Alexander zu gehen und demselben einen Brief der Christa Schenk zu zeigen, wonach der Kurfürst von Kassel geflüchtet und dem Prinzen Friedrich Wilhelm von Rumpenheim die Regentschaft übertragen worden sein sollte. Um 2 Uhr ging ich zum Prinzen Alexander, der sich nunmehr wieder fortwährend in Darmstadt aufhalten wird, um mit ihm die militärischen Operationen zu besprechen. Er war von der Sendung der drei Bataillone nach Frankfurt sehr befriedigt.

[1]) Kammerherr und nach dem Kriege eifrigster Anhänger des Eintritts des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund, dessen Reichstag er angehörte.

Digitized by Google

Um 3 Uhr kam Provinzialdirektor Goldmann[1]) zu mir, und ich befahl ihm, dafür zu sorgen, daß beim ersten Herannahen der Preußen auf Friedberg die Eisenbahnschienen zwischen Friedberg und Frankfurt an geeigneten Stellen aufgerissen würden. Nach Goldmann empfing ich den Baron Brenner, welcher sich nach der Lage der militärischen Vorkehrungen erkundigte und mir ein Telegramm aus Wien vorlas. Um 4 Uhr hatte ich in meinem Empfangszimmer eine Sitzung mit den Mitgliedern des Ministeriums des Innern, um einige Gegenstände innerer Verwaltung, die mit der damaligen militärischen Lage zusammenhingen, zu besprechen. Während die Herren bei mir waren, kam Obersteuerrat v. Valois,[2]) um den württembergischen General v. Fischer, welcher Überbringer der Ernennung des Prinzen Alexander zum Oberbefehlshaber des VIII. Armeekorps ist, bei mir anzumelden. Eine halbe Stunde später kam der General, und ich bat ihn dringend, für baldige Ankunft der württembergischen Truppen in der Nähe von Frankfurt zu sorgen. Er stellte eine Brigade für den nächsten Tag in Aussicht, und zeigte mir die Abschrift eines Schreibens des Baron Kübeck an den Prinzen Alexander, worin demselben auch der Oberbefehl über sämtliche Truppen in Frankfurt übertragen wird. Von mir fuhr General v. Fischer nach Seeheim zum Großherzog. Um 6 Uhr überbrachte mir der Polizeidiener Schmidt von Gießen einen Bericht des Polizeirats Nover, wonach zirka 20000 Mann Preußen durch Gießen in der Richtung nach Kassel marschiert sind. 18000 Mann, die in der Richtung nach Frankfurt marschierten, bekamen Gegenbefehl und dirigierten sich ebenfalls nach Marburg zu. Die Telegraphenbureaus in Gießen sind von den Preußen militärisch besetzt und gesperrt.

17. Juni.

Prinz Alexander erzählte mir seine militärischen Dispositionen. Er sagte mir, die Preußen hätten von Wetzlar aus Frankfurt nehmen wollen, seien aber auf die Nachricht vom Einrücken der großherzoglich hessischen Truppen von ihrer Absicht zurückgegangen. Herr v. Savigny habe nach Berlin telegraphiert, daß 30000 Mann in und bei Frankfurt ständen. Der Prinz, der morgen als Oberkommandant des VIII. Armeekorps von Kommissären der drei kontingentgebenden Staaten beeidigt wird, erwartet eine Verstärkung von 8000 Österreichern, darunter das Regiment Wernhardt. Die nassauische Brigade schließt sich an das österreichische Korps an. Das Kommando übernimmt Graf Neipperg. Der Prinz Friedrich Wilhelm von Rumpenheim sei vom Kurfürsten zum Befehlshaber der kurhessischen Truppen ernannt und werde sich mit denselben über Hersfeld nach Fulda und Hanau zurückziehen und sich dem VIII. Armeekorps anschließen.

---

[1]) Dr. Theodor Goldmann, Provinzialdirektor von Oberhessen.

[2]) Württembergischer Oberfinanzrat, Bevollmächtigter bei der preußischen Provinzialsteuerdirektion in Kassel und der Großherzoglich hessischen Oberzolldirektion in Darmstadt, mit dem Sitze in Darmstadt.

Digitized by Google

18. Juni.

Ich erhielt ein Billett des Geh. Rates Crève, wonach Advokat Metz am verflossenen Abend in einer großen in Mainz abgehaltenen Volksversammlung ausgepfiffen worden ist und der Literat Mai mir in der nämlichen Versammlung seinen Dank wegen meines Verhaltens in der schleswig-holsteinschen Frage unter großem Applaus ausgesprochen hat.

Um 3¾ Uhr fuhr ich an die Eisenbahn, um von dem Prinzen Alexander, der nach Frankfurt in sein Hauptquartier geht, Abschied zu nehmen. Der Prinz machte mir Komplimente über die Art, wie ich hier die Rüstungen betrieben und fertiggebracht habe, so daß man Frankfurt gegen den beabsichtigten preußischen Angriff habe decken können, während die übrigen Staaten des VIII. Armeekorps noch nicht fertig seien. Er sagte: „Ich habe immer große Stücke auf Sie gehalten, aber jetzt habe ich wahren Respekt." Der Prinz erzählte mir, der Prinz Friedrich Wilhelm von Rumpenheim habe sehr korrekte politische Anschauungen und habe die Bismarckschen Ratschläge entschieden verworfen. Der preußische Gesandte in Kassel, General v. Röder, habe dem Kurfürsten die Großherzogliche Provinz Oberhessen angeboten, wenn er sich mit Preußen vereinigen wolle. Der Kurfürst habe entgegnet, er sei kein Räuberfürst, wie gewisse Herren in Italien. Darauf habe Herr v. Röder gedroht, er werde an der Spitze von 30000 Mann wiederkommen. Bis jetzt sei aber noch kein Preuße in Kassel eingerückt. Der Kurfürst befinde sich in Wilhelmshöhe, weil er sich nicht von seinem Hausschatz trennen wolle, und diesen Hausschatz ließen die Stände nicht wegtransportieren.

Nach einer Erzählung des Herzogs von Nassau hätten die Preußen Patrouillen nach Oberlahnstein auf nassauischem Gebiet geschickt, um sich zu verlässigen, ob daselbst keine süddeutschen Truppen stünden. Auch armierten sie in aller Eile Ehrenbreitstein. Ich erwiderte, das militärische Gebaren Preußens und die Haltung des VIII. Armeekorps in ihrer gegenseitigen Beobachtung erinnerten mich an die gegenseitige Furcht Papagenos und des Mohren in der „Zauberflöte".

Wir besprachen noch die bedauerliche Gleichgültigkeit des Großherzogs seinen braven Truppen gegenüber, die er nicht einmal eines Blickes würdige.

19. Juni.

Baron Brenner überreichte mir das Kriegsmanifest des Kaisers von Österreich mit einer darauf bezüglichen Zirkulardepesche. Er sagte mir, der Prinz Friedrich Wilhelm von Hessen, welcher früher mit Kübeck heftig gestritten, sei kürzlich in Berlin gewesen und habe dort mit Bismarck eine Szene gehabt, bei welcher letzterer sich wie ein angeschossener Eber benommen habe. Der Prinz habe geglaubt, man werde ihn, infolge der wütenden Drohungen Bismarcks, in Berlin verhaften lassen. Er habe sich deswegen von Lord Loftus zur Eisenbahn begleiten lassen und sei nun von vollkommen bundestreuen Gesinnungen erfüllt.

Digitized by Google

20. Juni.

Morgens 11 Uhr, noch ehe ich gefrühstückt hatte, ging ich auf das Ministerium des Innern, ließ dort ein von dem Großherzoge bereits unterschriebenes Dekret, wodurch die Kammern anf unbestimmte Zeit vertagt werden, mit dem Datum ausfüllen, kontrasignierte dasselbe und ging dann in die Vorzimmer der Zweiten Kammer. Dort ließ ich den Geheimen Legationsrat Hofmann, welcher als Regierungskommissär in der Zweiten Kammer saß, herausrufen und behändigte ihm das Dekret mit dem Auftrage, dasselbe zu verkünden, sobald die Kammer die Anforderung für Mobilisierung angenommen haben würde.

21. Juni.

Der eben von Berlin zurückgekehrte Gesandte Baron Wamboldt erzählte mir, er habe seine Pässe auf die gröbste Weise bekommen. Man habe ihm eröffnet, wie die preußische Regierung wünsche, daß er noch an dem nämlichen Abende die königlichen Staaten verlasse. Er habe sich bei der Schwierigkeit, dies zu bewerkstelligen, an den russischen Gesandten v. Oubril gewandt, welcher bereits den Schutz der großherzoglich hessischen Untertanen übernommen gehabt. Oubril sei mit ihm zu dem Unterstaatssekretär v. Thiele gegangen und habe diesem bemerkt, daß wenn Preußen auf seinem Verlangen bestehe, er, Oubril, damit beginnen werde, seinen den hessischen Untertanen zugesagten Schutz bei dem seitherigen hessischen Gesandten beginnen zu lassen. Gegen Bayern habe Preußen weit mehr Rücksichten genommen. Als Graf Montgelas seine Pässe gefordert, habe man demselben gestattet, noch auf unbestimmte Zeit sich in Potsdam aufzuhalten. Freilich habe man in Berlin fortwährend gehofft, Bayern von der gemeinsamen Aktion mit den Mittelstaaten abzubringen.

22. Juni.

Um 5 Uhr fuhr ich zum Prinzen Alexander, der mich zu sprechen gewünscht hatte. Er erzählte mir im engsten Vertrauen, daß in den nächsten Tagen von der bayerischen Armee von Schweinfurt aus eine Vorwärtsbewegung gemacht werde, um der in Göttingen eingeschlossenen hannoverschen 20000 Mann starken Armee Luft zu machen. Ein Teil des VIII. Bundesarmeekorps werde diesen Angriff durch eine Demonstration unterstützen.

Prinz Alexander erzählte mir weiter, er habe heute eine schriftliche Meldung, unterzeichnet von dem Prinzen Wilhelm von Baden, erhalten. Es scheine also, daß dieser Prinz an der Spitze der badischen Truppen bleibe, obgleich er früher einmal auf eine Frage des Grafen v. Berlichingen[1]) erklärt habe, er halte es mit seiner Ehre unvereinbar, gegen Preußen zu dienen.

---

[1]) Wahrscheinlich Graf Friedrich v. Berlichingen-Rossach, Mitglied der Ersten badischen Kammer.

Digitized by Google

23. Juni.

Prinz Alexander erzählte mir, die hannoverschen Truppen hätten sich, statt in Göttingen die Ankunft der Bayern zu erwarten, nach Eisenach gezogen und seien dort von den Preußen umzingelt. Das bayerische Korps, welches von Schweinfurt aus den Hannoveranern zum Sukkurse abmarschiert sei, sei auf diese Nachricht hin an der Grenze stehengeblieben, und die ganze kombinierte Expedition sei auf diese Weise verfehlt.

24. Juni.

Baron Brenner beklagte mit mir die bayerische Unentschlossenheit. Der Prinz Karl[1]) sei pedantisch und langsam. Seine Truppen betrügen nur 25000 Mann, und es werde ihm die Initiative wohl erst durch den Prinzen Alexander gegeben werden müssen, sobald letzterer 50000 Mann beisammen habe. Trotzdem verweigere der Prinz Karl von Bayern, sich unter den Feldzeugmeister Benedek zu stellen.

26. Juni.

Die Prinzessin Karl erzählte mir mit tiefster Indignation, daß man den Kurfürsten[2]) gefangen nach Stettin geschleppt habe. Sie war empört über das Auftreten der Preußen. Sie teilte mir auch mit, daß Prinz Wilhelm im Hauptquartier des Prinzen Alexander den Feldzug mitmachen werde. Ich sagte ihr, mit welcher großen Teilnahme ich ihrer fortwährend gedenke. Ihre ganze christliche Seelenstärke gehöre dazu, um drei Söhne unter Waffen und davon den einen, den Prinzen Heinrich, im feindlichen Lager zu wissen. Die Prinzessin fing an zu weinen.

27. Juni.

Kammerherr v. Dorth sagte mir, er habe soeben vom Prinzen Emil Wittgenstein gehört, daß die hannoverschen Truppen sich durch die Preußen durchgeschlagen und den Bayern angeschlossen hätten.

Nachmittags besuchte mich der Telegraphist Büdinger und teilte mir mit, daß Bingen von einem preußischen Überfall bedroht sei. Ich telegraphierte sogleich an Kreisrat[3]) Parkus, um das Betriebsmaterial der Ludwigsbahn wegzuschaffen. Als ich zurückkam, fand ich ein Telegramm von Gagern mit Siegesnachrichten der Österreicher aus Böhmen vor. Ich ging sofort in das Gasthaus zur Traube und las dasselbe den dort versammelten Herrn vor. Dann schickte ich es an Baron Brenner zur Einsicht.

29. Juni.

Ich schrieb morgens in aller Frühe dem Prinzen Alexander wegen der preußischen Besetzung Bingens und dankte ihm für ein Schreiben vom ver-

[1]) Prinz Karl von Bayern, bayerischer Feldmarschall, geb. 1795, gest. 1875.
[2]) Den Kurfürsten von Hessen.
[3]) Von Bingen.

Digitized by Google

flossenen Tage, worin er mir sagt, daß er sich am 29. l. M. gemeinschaftlich mit Bayern zur Befreiung der Hannoveraner in Bewegung setzen werde.

Baron Brenner kam von Frankfurt und klagte über die Langsamkeit der Bayern und Württemberger. Er behauptete, Bayern habe höchstens 50000 Mann beisammen. Die ganze Last des Krieges ruhe auf Österreich, welches gehofft habe, man werde ihm in Sachsen Luft machen, während das VIII. Armeekorps bis jetzt nichts getan habe und Bayern sich auf ein paar Vor- und Rückmärsche beschränke. Er tadelte auch mit mir die Absendung der Division Neipperg ins Nassauische, um die dort eingedrungenen Preußen zu vertreiben. Durch solche kleine Truppenentsendungen werde die Aktion im großen verzögert. Prinz Alexander habe aber geglaubt, den dringenden Bitten des Herzogs von Nassau nachgeben zu müssen, welcher früher großgetan und erklärt habe, er werde sein Land räumen, um später mit den Truppen zurückzukehren, während er jetzt jammere, wenn ein paar Preußen ihm über die Grenze gingen. Ich erläuterte dem Baron Brenner, weshalb die Preußen, meiner Ansicht nach, Bingen besetzt hätten, nämlich zum Schutze des für sie sehr wichtigen Bingerbrück. Ich schlug vor, eine Brigade zwischen Mainz und Bingen aufzustellen, um die Festung Mainz gegen einen Überfall zu decken und die Preußen in Bingen und auf dem rechten Rheinufer einigermaßen im Schach zu halten.

30. Juni.

Ich schrieb an den Prinzen Alexander und drückte ihm mein Bedauern aus, daß die nach Bingen gekommenen Bundestruppen nicht nach Bingerbrück gegangen und dort die Telegraphen sowie die Schienen auf der Rheinbahn und der Rhein-Nahe-Bahn zerstört hätten. So wie die diesseitige Expedition jetzt verlaufen und bei der schnellen Räumung Bingens von seiten der Bundestruppen würde es besser gewesen sein, die Expedition dahin gar nicht zu unternehmen, indem dieselbe nichts genützt und nur geschadet habe.

2. Juli.

Morgens 9½ Uhr kam Hauptmann v. Zangen und zeigte mir einen eben eingetroffenen Brief des Prinzen Heinrich, wonach der König von Preußen demselben das Telegramm des Großherzogs wegen Dienstentlassung des Prinzen erst kürzlich mit eigenhändigem Schreiben zur Entschließung geschickt. Der König bemerkte in diesem Briefe, er habe geglaubt, der Prinz sei in Rußland!!!

Es soll nun sogleich zurücktelegraphiert werden, er möge aus dem preußischen Dienste austreten.

Kriegsminister v. Wachter wünschte schleunigste Anzeigen von seiten der Behörden, falls etwa die Preußen in die Rheinprovinz einbrechen und einen Handstreich auf Darmstadt versuchen sollten.

Digitized by Google

Geh. Rat Frank[1]) erzählte, es sei merkwürdig, wie infolge der günstigen Nachrichten über die preußischen Erfolge in Böhmen bei manchen Leuten preußische Sympathien zum Vorschein kämen, z. B. bei den beiden Löw, dem Stadtrichter Pistor, Geh. Rat Decker usw.

3. Juli.

Kriegsminister v. Wachter war außer sich über das Gerücht, daß 30000 Preußen über den Rhein gehen wollten, um Darmstadt und Frankfurt im Rücken zu fassen. Ich versprach ihm, an die Minister v. Varnbüler und v. Edelsheim zu telegraphieren, um zu erfahren, was in Württemberg und Baden an Truppen disponibel sei und wo man sich aufstellen wolle. Nach ihm kam Geh. Rat Schmitt von Mainz und erzählte mir von den dissoluten Zuständen in der Festung, die nach dem Rheine hin offen sei und eben nur notdürftig verpalisadiert werde. Der neue Gouverneur, Graf Rechberg, verstehe nichts und sei phlegmatisch. Die Kurhessen der Besatzung bekümmerten sich nicht um ihn. Weiter erzählte mir Geh. Rat Schmitt, die Preußen beabsichtigten in den nächsten Tagen in drei Kolonnen unterhalb Mainz über den Rhein zu gehen und Frankfurt zu überfallen. Dieselben hätten dazu ein ungeheures Brückenmaterial und eine Menge von Dampfbooten zusammengebracht; ich telegraphierte dies sofort dem Bundestagsgesandten v. Biegeleben. Ich kam erst um 5½ Uhr dazu, etwas zu Mittag zu essen. Um 6 Uhr kam wieder Minister v. Schenk, dem ich wegen eventueller Abführung der Brücken von Worms und Oppenheim geschrieben hatte, um die Art der Abführung mit mir zu besprechen.

Um 9 Uhr erhielt ich ein Telegramm von Gagern, wonach zwischen Josephstadt und Königgrätz den ganzen Tag bereits eine furchtbare Schlacht wütet. Fast gleichzeitig kam ein Telegramm des Gesandten v. Biegeleben mit der Nachricht, daß man die angebliche Bedrohung Frankfurts dem Prinzen Alexander telegraphiert habe. Um 10½ Uhr empfing ich die Antworten der Herren v. Edelsheim und v. Varnbüler, wonach dieselben wenig Truppen zur Verfügung haben. Um 11½ Uhr erhielt ich ein zweites Telegramm Gagerns, daß die Schlacht bei Königgrätz beendet, und zwar nicht entscheidend, aber doch für die Österreicher ungünstig ausgefallen sei.

Um 1½ Uhr nachts empfing ich ein Telegramm des württembergischen Gesandten v. Linden, daß man Kundschafter ausgesandt habe, um über die Pläne der Preußen, an die man nicht recht glaube, Nachricht zu erhalten. Ich brachte die Nacht so gut wie schlaflos zu. (Fortsetzung folgt)

[1]) Heinrich Frank, gest. 1878, Geheimer Staatsrat, Rat im Justizministerium, galt als Säule der Reaktion und der katholischen Bestrebungen.

Digitized by Google

Gebührt Papst Benedikt XV. ein Platz bei den Friedenskonferenzen?

Von

Dr. J. Lulvès, Archivrat in Berlin

„Das Gleichgewicht der Welt und der gedeihliche und gesicherte Friede der Nationen beruhen auf gegenseitigem Wohlwollen und auf der Achtung vor fremdem Recht und vor fremder Würde viel mehr als auf Massenheeren und auf gewaltigen Festungsgürteln."

Von niemand sind während der 4¼jährigen Dauer des Weltkrieges so viele Friedensvorschläge gemacht, von niemand ist mit solcher Energie auf einen möglichen und gangbaren Weg zum Frieden hingewiesen worden, wie von dem Urheber jenes Ausspruchs, Papst Benedikt XV.!

Die Bedeutung als Friedensvermittler liegt bei ihm nicht allein in der ihm übertragenen Stellung als Papst, der das Amt des Stellvertreters Christi in Anspruch nimmt, sie liegt bei ihm vornehmlich in seiner Persönlichkeit, in der von ihm selbst, von seiner Individualität ausgehenden Initiative.

Hat Benedikt XV. auch Einspruch erhoben gegen die Verschickung von Belgiern sowie gegen sonstige Bedrückungen und Grausamkeiten, die den Deutschen in der feindlichen Presse nachgesagt wurden, hat er auch wiederholt protestiert gegen die Luftangriffe, mit denen z. B. Padua und Venedig bedroht und heimgesucht wurden, mußte er sich auch mit einem ergebnislosen Einspruch gegen die Beschlagnahmung belgischer Kirchenglocken bescheiden, stets ist in seinem Vorgehen möglichste Unparteilichkeit billigerweise anzuerkennen!

Das Urteil über die Persönlichkeit des neuen Papstes nach dieser Richtung hin konnte bei den Ententemächten, welche am 26. April 1915 mit Italien das vielerörterte Londoner Geheimabkommen abschlossen, noch nicht feststehen; denn damals verwaltete Benedikt sein hohes Amt erst wenig mehr als sieben Monate. In noch weit geringerem Maße kann das der Fall gewesen sein, als sie sich, vermutlich bedeutend früher, zu dem wesentlichen Inhalte jenes Geheimabkommens, insonderheit zu dem 15. Artikel, verstehen mußten.

Um Italien zum Beitritt zum Dreiverband ködern zu können, verpflichteten sich Frankreich, Großbritannien und Rußland in diesem als Hauptbedingung:

> Italien in seinem Widerstande gegen die Zulassung von Vertretern des Heiligen Stuhles bei irgendwelchen diplomatischen Schritten über den Friedensschluß oder über die Regelung der mit dem gegenwärtigen Kriege zusammenhängenden Fragen ihren Beistand zu leisten (nach den Enthüllungen aus den russischen Geheimakten).

Digitized by Google

Dem Sinne des Abkommens würde es nur entsprochen haben, wenn jene Ententemächte mit ihren Verbündeten, die von ihnen so gut wie völlig beeinflußt sind, demgemäß alle diplomatischen Aktionen Benedikts XV. bezüglich der Friedensfrage von vornherein ignoriert hätten.

Aber das ist nur bis zu einem gewissen Punkte geschehen!

Die bekannte Friedensnote des Papstes vom 1. August 1917 haben Frankreich und Großbritannien allerdings schließlich nicht beantwortet, wohl aber ihre Verbündeten, König Albert von Belgien (am 24. Dezember 1917) und der Präsident der Vereinigten Staaten Nordamerikas, Woodrow Wilson (am 30. August 1917). Rußland war inzwischen ausgeschieden, nachdem es eine Beute der bolschewistischen Revolution geworden war; es mußte um Frieden bei den Mittelmächten bitten. König Albert bezog sich in seinem Antwortschreiben auf eine beigefügte Note der belgischen Regierung; sie brachte die Freude darüber zum Ausdruck, daß „die höchste moralische Autorität der Christenheit, welche dauernd ihre Aufmerksamkeit darauf richtet, inmitten der Leidenschaften und Streitigkeiten der Menschen die Erkenntnis von Gut und Böse vor Zerstörung und Beeinträchtigung zu bewahren", — „die vollständige Räumung Belgiens, dessen vollkommene Wiederherstellung und uneingeschränkte Unabhängigkeit fordere" und, gemäß öffentlicher Erklärung des Kardinal-Staatssekretärs, Belgiens Rechte auf Wiedergutmachung der erlittenen Schäden und Kriegskosten anerkenne. Der doppelte Wunsch, von dem die päpstliche Botschaft eingegeben sei, müsse verwirklicht werden, „nämlich die Beendigung des gegenwärtigen Krieges zu beschleunigen und die Wiederkehr einer ähnlichen Katastrophe unmöglich zu machen durch die Annahme einer Gesamtgarantie, die dazu bestimmt ist, die Oberherrschaft des Rechtes über die Gewalt zu sichern".

In seiner Antwort vom 30. August 1917 stellte Präsident Woodrow Wilson als offenkundig fest, daß kein Teil des päpstlichen Programms erfolgreich durchgeführt werden könne, wenn nicht die Wiederherstellung des „Status quo ante" eine feste und befriedigende Basis dafür bilde. Im übrigen glich aber seine Note mehr einer Verlegenheitsausrede. Aber jedenfalls hatten die angesehensten Machtfaktoren im Vielverbande, nächst England und Frankreich, dem Papste offenkundig einen Bescheid erteilt!

Daß den Regierungen Frankreichs und Großbritanniens die Situation — die Zwickmühle, in die sie durch Italiens Bedingung geraten waren — überaus peinlich war, lassen damalige Äußerungen von Ministern und Presse unschwer erkennen. Aus einer Ansprache des britischen Premierministers Lloyd George an die Führer der englischen Gewerkschaften ging die Absicht hervor, die Papstnote noch zu beantworten; nur würde die Beantwortung bis zu einem geeigneten Zeitpunkt hinausgeschoben. Ähnliches schien die Erklärung Lord Cecils anzudeuten, daß die Stellungnahme Wilsons in seiner Antwort vom 30. August 1917 nicht der Englands entspräche, und daß sich die Regierungen über den päpstlichen Vorschlag beraten würden.

Digitized by Google

Von der englischen Presse warnte die „Westminster Gazette" davor, eine ablehnende Antwort zu erteilen, „die ihre Urheber als Brandstifter erscheinen ließe, Uneinigkeit zwischen dem Verband und Rußland hervorrufen würde".

Auch „Daily Telegraph" warnte, allerdings in etwas anderem Sinne: „Wenngleich diese Vorschläge als ein Versuchsballon der Mittelmächte anzusehen sind, besteht keine Ursache, sie nicht mit aller Höflichkeit und Rücksicht zu behandeln."

Das französische „Journal des Débats" meinte, daß das Eingreifen des Papstes nur dann nützlich wäre, wenn ihm eine Befragung des einen Teiles der Kriegführenden voranginge. Dieser Teil würde dann einen genauen Vorschlag machen, den darauf der Friedensbote der anderen Partei überbringen würde.

Das italienische „Giornale d'Italia" erklärte, anscheinend halbamtlich, daß die Öffentlichkeit unleugbar dem Vorschlag des Papstes große Bedeutung beimesse. Die leitenden politischen Kreise der Verbandsmächte müßten aber trotzdem kaltes Blut und Ruhe bewahren und den Vorschlag eingehend vor der Beantwortung prüfen.

Die angeführten Pressestimmen der drei hauptsächlichsten Ententemächte setzten zweifellos eins voraus, nämlich daß diese eine Antwort auf die päpstliche Friedensnote geben würden. In der Tat soll wenigstens der britische Gesandte dem Vatikan mitgeteilt haben, daß seine Regierung die Note wohlwollend erwägen wolle.

Eine Antwort ist nun der Öffentlichkeit nicht bekanntgeworden!

Haben etwa Englands und Frankreichs Regierungen vielleicht doch eine Antwort erteilt? Aber nur im geheimen, nur für den Papst selbst?

Aus Benedikts Weihnachtsallokution 1917 — aus seiner bitteren Klage darüber, daß seine auf die Versöhnung der Völker gerichteten Bemühungen vergeblich gewesen seien, und daß er die von ihm „an die Führer der kriegführenden Völker gerichtete Einladung habe ins Leere fallen sehen" — läßt sich auf das Ausbleiben jeglicher Antwort Englands und Frankreichs mit Sicherheit schließen.

Die Absicht, von vornherein die päpstliche Friedensnote unbeantwortet zu lassen, ist von diesen Mächten nirgends ausgesprochen worden. Sie haben in der Note jedenfalls ein diplomatisches Aktenstück gesehen. Die Antwort ist, mindestens bei England, in einer leicht verständlichen Verlegenheit erst aufgeschoben worden, in einer Verlegenheit, die aus den Antworten Wilsons und König Alberts deutlich genug herausklingt und, wie gesagt, in der Rücksicht auf die Bedingung Italiens ihren Grund hat; schließlich ist die durch den Aufschub nicht mehr aktuelle Ausführung der Antwort ganz unterblieben! —

Auf Grund seiner persönlichen Äußerung zur päpstlichen Friedensnote konnte, in gewissem Sinne ergänzend, ein Besuch Wilsons bei Benedikt XV. stattfinden (am 4. Januar 1919). Es heißt, daß Prälat Monsignore Ceretti Wilson den Wunsch des Papstes nach einer Unterredung mit ihm überbracht

Digitized by Google

habe, zu der sich der Präsident im Einverständnis mit den leitenden Staatsmännern der Entente, mit Clémenceau, Lloyd George und Orlando, bereit erklärt hätte. Bei diesem vorausgehenden Gedankenaustausch unterrichtete sich Wilson, gemäß Mitteilung der „Agenzia Information" („Corriere della Sera" vom 8. Januar), genau über „die Gedanken der Entente hinsichtlich der großen religiösen Probleme, im besonderen hinsichtlich der Freiheitsgarantie für die Christen im Orient, sowie hinsichtlich der Aufgabe der Kirche bei der Regelung des Friedens" (sul compito della Chiesa nella organisazione della pace). Des weiteren hatte Benedikt dem amerikanischen Präsidenten den Wunsch kund tun lassen, Mittel zu suchen zur Sicherstellung des zukünftigen Friedens durch den auch von ihm geplanten Völkerbund.

Nach der Erklärung eines Vertrauten Wilsons schien die erste Absicht der Kurie dahin zu gehen, Wilsons wertvolle Unterstützung für die Zulassung eines Vertreters des Heiligen Stuhles bei der Friedenskonferenz zu erlangen. Ceretti brachte hierzu geistliche und Gefühlsmomente in erster Linie vor. Wilson beschränkte sich hier auf die formelle Antwort, die er dem Papste selbst wiederholt haben dürfte, daß nur die Vertreter der kriegführenden Nationen das Zutrittsrecht zur Konferenz hätten, um ihre Rechte und ihre Interessen verteidigen zu können. Aufgabe für die verschiedenen kirchlichen Konfessionen würde es allerdings sein, zusammenzuarbeiten an dem großen Werke des Friedens und der Menschlichkeit! —

Auch Clémenceaus Organ „Homme Libre" nimmt, vermutlich auf Grund jener Vorfrage Wilsons, an, daß in der nur 18 Minuten währenden Aussprache, der sich eine Unterredung von 10 Minuten mit dem Kardinal-Staatssekretär Gasparri anschloß, an erster Stelle die Mittel zur Erhaltung des Friedens zur Sprache gekommen seien, neben der Lage der Armenier und Syrier unter türkischer Herrschaft und vielleicht neben der Irlands Schicksal betreffenden Homerulefrage.

In der jetzt das Denken und Empfinden der Menschheit beherrschenden Friedensfrage wird auch von seiten der Entente der persönlichen Bedeutung Benedikts XV. Rechnung getragen. Selbst Italiens Regierung kann es nicht vermeiden — wie Orlandos Zustimmung zum Unterredungsprogramm vom 4. Januar beweist —, sich mit einer solchen Bedeutung des gegenwärtigen Papstes abzufinden, besonders noch, seitdem die katholische Partei im politischen Leben Italiens ein sehr beachtenswerter Faktor geworden ist. Nicht zu übersehen sind in diesem Zusammenhange die Worte, mit welchen das bereits herangezogene offiziöse „Giornale d'Italia" den Abdruck des päpstlichen Friedensmanifestes begleitete: „Benedikt XV. will aus der Kirche die höchste geistliche Institution machen, die, frei von jedem Eigennutz, von jedem selbstischen Interesse Schiedsrichter über die Streitigkeiten in der Welt, Richter über Unrecht und Recht zwischen den Menschen sei. Einzig eine solche Institution kann eine derartige Aufgabe des Friedens erfüllen. Sie allein kann, durch

Digitized by Google

höhere Inspiration, den Völkern der Erde das sein, was das Haager Schiedsgericht — bei seiner Materialität vergeblich — ihnen hatte sein wollen!"

Die Frage der Hinzuziehung des Oberhauptes der katholischen Kirche zu den bevorstehenden Friedensverhandlungen erneuert Gedanken und Bedenken, welche anläßlich jener Haager Friedenskonferenzen (1899 und 1907) Gegenstand einer bemerkenswerten Polemik geworden waren. Zur Unterstützung der großen Idee, welche den Friedenskonferenzen zugrunde liegen sollte, war die moralische Autorität Leos XIII. von dem Zaren Nikolaus II. im September 1898 erbeten worden. Durchaus nicht vergeblich. Die Hinzuziehung des Papstes zur Konferenz, um die sich Rußland und Frankreich bemüht haben sollen, unterblieb lediglich auf Einspruch der italienischen Regierung, der um das Schicksal des Garantiegesetzes bangte, trotzdem Nikolaus II. noch auf den üblen Eindruck hingewiesen hatte, den die Nichtanwesenheit des Papstes auf die christliche Welt machen würde, und ungeachtet der Protestnote, die die beiden Kammern der holländischen Generalstaaten erließen.

Diese Ausschließung des katholischen Friedensfürsten ist fast allseitig als großer Fehler erkannt worden. Von den Völkerrechtslehrern äußerte Philipp Zorn[1]) seine Ansicht dahin, daß „der Eintritt des Papstes in das im Haag geschaffene internationale Schiedsgerichtssystem enorme Bedeutung haben würde". —

Durch eine Verständigung mit dem Papsttum, das schon an sich eine jahrtausendalte geschichtliche Überlieferung, eine der größten sittlichen Mächte auf Erden verkörpert, würde Italien nach innen, nämlich durch Kräftigung der staatserhaltenden Elemente gegenüber den Umtrieben der Freimaurer und der heute zum Bolschewismus neigenden Revolutionäre, aber auch nach außen eine wesentliche Stärkung erfahren.

Denn die Bedeutung des Papsttums ist gerade während des Weltkrieges in politischer und ethischer Hinsicht noch gewachsen. Seit den ersten Kriegsmonaten unterhalten das neutrale Holland und vor allem der leitende Staat der Entente, England, aus eigenem Antriebe Gesandte bei der Kurie. Doch noch andere Ententestaaten fühlen das Bedürfnis nach einer diplomatischen Vertretung beim Oberhaupte der katholischen Kirche. Es wird das Rumänien, Japan und China nachgesagt; mit größter Wahrscheinlichkeit darf es von den Vereinigten Staaten von Nordamerika angenommen werden, besonders nach dem Entgegenkommen, das Wilson in dem obenerwähnten Antwortschreiben und durch seinen Besuch im Vatikan Benedikt XV. gezeigt hat. Vor allem fühlt auch Frankreich jenes Bedürfnis nach einer bleibenden Wiederannäherung an die Kurie in zunehmend steigendem Maße. Es hat Gründe genug dazu, vornehmlich in Rücksicht auf seine im Verlaufe des Krieges aktuell gewordene Orientpolitik. Denn Frankreichs althergebrachtes Protektorat über die Katholiken im Orient ist wertlos ohne Zutun des jeweiligen Papstes.

---

[1]) Die beiden Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 (1915), S. 56.

Digitized by Google

Doch kehren wir zur Persönlichkeit Benedikts XV. zurück! In ihm lebt ein stark ausgeprägtes Bewußtsein von der weltumspannenden Höhe seines obersten Hirtenamtes, ein unerschütterlicher Glaube an die Erhabenheit seiner Mission. Die Italiener wissen, daß Benedikt nicht allein durch Geburt, wie alle seine Vorgänger seit 1523, einer der Ihrigen ist. Der ehemalige Kardinal della Chiesa ist durchglüht von ehrlichem Patriotismus für Italien, für „seine geliebte Heimat" (la mia patria diletta). Deutlich genug bezeugte er den italienischen Staatsmännern in feierlicher Allokution den guten Willen, dem Heiligen Stuhl ihrerseits Schwierigkeiten zu ersparen; nicht mit Gewalt, in taktvoller, vornehmer Zurückhaltung, will er weltlichen Besitz und internationale Sicherung desselben anstreben, nur als willige Gabe will er beides aus den Händen des italienischen Volkes entgegennehmen. Hinsichtlich der leidigen römischen Frage sind die Wünsche und Vorschläge aus vatikanischen Kreisen bis auf ein territoriales Minimum zurückgegangen, wie P. Ehrles Vorschlag beweist: Sie erheben nur Anspruch auf den Vatikan mit der Peterskirche und den mäßig erweiterten Petersplatz.

Auch nach den verstimmenden Erfahrungen, die Benedikt XV. mit der Ende Mai 1915 notwendig gewordenen Abreise der bei ihm beglaubigten Gesandten der Mittelmächte, mit der auch ihm geltenden Rücksichtslosigkeit bei Beschlagnahmung des Palazzo Venezia und bei manchen sonstigen Gelegenheiten gemacht hat, bleibt er unfähig zu irgendwelcher offener oder geheimer Minierarbeit gegen die Interessen seiner Nation. Darüber dürfen die Italiener beruhigt sein.

Ja, noch mehr!

Auf dem Wege zur Verwirklichung der Friedens- und Menschheitsideale ist Benedikt schon längst selbständig allen vorangeschritten. Unvergänglich ist sein Verdienst um die Milderung des Loses von Tausenden und aber Tausenden von Kriegs- und Zivilgefangenen! Von ihm stammt die so viel Glück spendende Anregung zum Austausch der kampfuntauglich gewordenen Kriegsgefangenen. An andere Bemühungen, in Einzelfällen im Sinne des Friedens und der Menschlichkeit zu wirken, auch an die Fälle, in denen das menschenfreundliche, von echtem Christentum getragene Vorhaben Benedikts nicht zu dem erwünschten Erfolge geführt hat, sei hier nur kurz erinnert!

Kann ein solcher Vertreter des Papsttums, dem ja, wie gesagt, geschichtliche und ethische Bedeutung schon von vornherein nicht abzusprechen ist, bei der Bildung eines Völkerbundes, wie ihn Wilson plant und für den er selbst schon wiederholt eingetreten ist, überhaupt ignoriert werden?

Daß der Papst „als moralische, unabhängige und uninteressierte Macht, die von allen respektiert ist", am besten, wenn irgend jemand, die Gesellschaft der Nationen, die Sicherheit der abgeschlossenen Weltverträge gewährleisten könne, dürfte eine in Frankreich und in Italien auch über den Leserkreis des klerikalen Organs „La Croix" hinaus verbreitete Ansicht sein (vgl. den Artikel des Blattes vom 7. März 1918: „Le pape et la Société des nations").

Digitized by Google

Wie oft hat das Papsttum sich bewährt als Schiedsrichter in Streitigkeiten zwischen verschiedenen Nationen! Das markanteste Beispiel für die Neuzeit lieferte Bismarck mit seiner an Leo XIII. vertrauensvoll gerichteten Bitte, in der Karolinenfrage das entscheidende Urteil zu sprechen (1885).

Bei Berücksichtigung aller der hier behandelten Punkte muß es fraglich erscheinen, ob Italiens Regierung noch weiterhin sich an die veralteten Vorurteile und Befürchtungen klammern wird, aus denen jene von England und Frankreich sicher nur mit Bedenken eingegangene Klausel des Londoner Geheimabkommens geboren ist. Die italienische Regierung dürfte selbst einsehen, daß der halbenglische Judenabkömmling anglikanischer Konfession, der jene Klausel geschaffen hat, Sidney Sonnino, mit ihr zu weit gegangen ist, daß dem Friedensfürsten auf dem Stuhle Petri schon wegen seiner persönlichen Eigenschaften ein Platz bei den weltbestimmenden Friedenskonferenzen gebührt. Durch die Anwesenheit des Papstes oder seines Bevollmächtigten würde ein nicht zu unterschätzendes moralisches Moment in die Versammlung hineingetragen werden, würden die Konferenzen erst zur Würde eines wirklichen Friedenskongresses erhoben werden!

Paul Heyse und die Politik

Mit unveröffentlichten Briefen aus dem Freundeskreis des Dichters

Von

Erich Petzet

II

In seiner Altersnovelle „Er selbst" blickt Paul Heyse etwas ironisch auf die politische Aufgeregtheit seiner Bonner Studentenzeit, die sich doch niemals zu Taten aufraffte, zurück und erklärt freimütig als den letzten Grund dieser Tatenlosigkeit neben seiner damals wenig widerstandsfähigen, ja anfälligen Gesundheit die Rücksicht auf die unvermeidbaren Einsprüche und Sorgen der Eltern: „Wir waren doch sämtlich zu gute Muttersöhne, um ohne elterlichen Konsens der Fahne des Aufruhrs zu folgen." In der Tat tritt auch bei der Entfernung von Berlin der mäßigende milde Einfluß des Vaters durchaus nicht zurück. Wohl bewies er stets volles Verständnis für alle Gärung und Unruhe des Sohnes, versuchte nie, ihn zu etwas zu nötigen, ja, legte ihm sogar über eigene Handlungen geradezu Rechenschaft ab. Aber seiner ruhigen und abgeklärten Art gegenüber wurde es dem Jüngling doch unmöglich, sich ganz der politischen Leidenschaft hinzugeben; immer wieder fühlte er sich durch die klare Beobachtung und Beurteilung der politischen Vorgänge durch seinen väterlichen Freund zu einer ruhigen Vernünftigkeit des Verhaltens

Digitized by Google

angehalten, vor allem aber wurde er von dieser Seite immer wieder nachdrücklich und feinfühlig auf seine Hauptaufgabe hingewiesen, auf seinen dichterischen Beruf, der sich auch von selbst in den politischen Erlebnissen des Tages immer wieder mahnend meldete. So haben sich ihm manche Tiefen der revolutionären Bewegung von 1848 und 1849 nicht erschlossen, vor allem nicht ihr sozialistischer Einschlag, in dem wir rückschauend jetzt die Vorboten der späteren gewaltigen Bewegung erkennen. Den Kern aber, die beiden Hauptideen der damaligen Revolution, hat er mit voller Kraft miterlebt: die nationale Einheit und Macht Deutschlands und die Freiheit des Volkes und der Persönlichkeit sind ihm unverlierbare Leitsterne seines Lebens geworden; das Scheitern der 1848 so hoffnungsfroh eingeleiteten Bewegung in der Reaktion des folgenden Jahres konnte ihm den Glauben hieran nicht erschüttern, obwohl sich in niederdrückender Weise eine Enttäuschung an die andere reihte.

Am 3. April 1849 hatte Friedrich Wilhelm IV. die ihm von den Vertretern des Frankfurter Parlaments angetragene Kaiserkrone abgelehnt. Noch am Tage vorher hatte Bernhard Abeken in einem Briefe den Hoffnungen Ausdruck gegeben, die sich an die bevorstehende Entscheidung knüpften. Nun trafen sich die Freunde in gedrückter Stimmung in Braunschweig, von wo sie gemeinsam nach Bonn weiterreisten. Ein „Hauptwühler", der etwas verbummelte Mediziner Voßwinkel, war schon vorher von der ihm verschlossenen Universität Berlin nach Bonn übergesiedelt. Richard Göhde und ein Verwandter des Kuglerschen Hauses, Paul Wulsten, fanden sich ebenfalls ein, und bald sah sich Heyse in einem politisch lebhaft erregten Studentenkreise, zu dem auch der spätere Handelsrechtslehrer Levin Goldschmidt — wie Abeken ein überlegener feiner Kopf — gehörte. Die neuen Eindrücke versetzten den jungen Dichter mit seiner frischen Aufnahmefähigkeit in eine frohere Stimmung, der er sich gerne hingab. Auch seine Arbeitsfreudigkeit regte sich bald, und er meldet nach Hause neben heiteren Ausflügen und Erlebnissen von frischaufgenommener Tätigkeit. Um so stärker aber schlugen die Berichte über die Verhandlungen des preußischen Landtags über die Stellung Preußens zur Kaiserkrone ein. Sonntag, den 28. April 1849, schreibt Heyse unter diesem frischen Eindruck an seinen Vater:

Was sind heute für entsetzliche Nachrichten aus Berlin gekommen! Ich gestehe, daß ich auf solche Insolenz der Reaktion nicht gefaßt war. Heute früh steh' ich friedlich vor meinem Pult, arbeite an der Oper[1]) und freue mich des süßen Sonnenscheins. Da kommt der „große Verbannte" Voßwinkel ins Zimmer gepoltert und singt: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los" und kramt die neue Zeitung aus. Gott sei unserem armen Vaterlande gnädig! Nun ward hin und her beraten, wie dieser Schmach zu begegnen sei und das Ende vom Lied war, daß Abwarten klug, und Dreinschlagen mit so wenig Aussicht

[1]) Paul Heyse war mit der Dichtung eines Operntextes für den Berliner Hofkapellmeister Taubert beschäftigt.

Digitized by Google

auf Erfolg eine knabenhafte Tollkühnheit sei. Aber den Nachmittag schleppten uns Voßwinkel und ein Student, der im hiesigen demokratischen Ausschuß sitzt, nach einem Hofstübchen in einem niederen Haus, wo dieser Ausschuß beisammensaß. Die Leute nennen sich „rothe Republicaner", eine Koketterie mit einem furchtbaren Namen, hinter der gemüthliche Freiheitsideen stecken. Warum hängen diese ehrlichen Menschen die Löwenhaut dieses Namens um, die sie bei ganz Norddeutschland in Verruf bringen muß! Und es stecken wahrhaftig keine Esel drunter. Es ward uns noch einer mitgegeben zu einer Volksversammlung nach Blittersdorf, die den Ausschuß um Belehrung wegen der Grundrechte gebeten hatte. Aber im Angesicht dieser ernsten Ereignisse war an Theorien nicht zu denken. Ich kann Euch den Eindruck dieser Versammlung kaum schildern. Auf dem Tanzboden einer verfallenen Schenke standen und saßen Bauern aus den nahen Dörfern, eine Menge Buben und Mädchen dazwischen und eine Handvoll Studenten. Ein alter Privatlehrer aus Bonn trat auf und sprach über dies und das, so urgesund, in so herrlichen schlichten Bildern, zuweilen mit so eigen großartiger Poesie, daß wir tief ergriffen wurden. Und hie und da kam ein Geschichtchen, echt episch erzählt, ein Zug aus der Bibel, eine Stelle aus Augustin, auch wohl ein Wort des Cicero, aber alles „Teutsch empfunden" und „warm bis ans Herz hinan" in die lautlos horchende Versammlung hineingeworfen, jedes Wort ein zündender Funken. Es war einer wie Abraham a Santa Clara. Und nun denkt dazu die Blüthenbäume vor den Fenstern, Nachtigallen in den Büschen, die hier zahllos schlagen, und die Sonnenstrahlen breit hereinfallend durch den blauen Tabaksdampf. Die Bauern hatten verschlossenen Muth auf den wetterharten Gesichtern, sie sprachen selten unter sich, aber es ging ihnen tief ein, was ihnen gerathen ward, sich bereit zu halten, wenn das deutsche Volk aufstände, und es nicht an sich fehlen zu lassen.

Wenn ich diese holde Gegend ansah auf dem Heimweg, das Siebengebirg in Abendduft, diese aufgrünenden Felder zu den Seiten des alten Stroms, der von lustigen Schifflein wimmelte, und dachte daran, wie bald vielleicht der Bürgerkrieg hier wüthen wird, — mir blutete das Herz —. Aber doch muß es am Ende sein, und es giebt etwas Höheres als eine gute Ernte — die Ehre der Nation. Seid ohne Sorge. Ich schreibe Euch aufrichtig von allen meinen Schritten. Ich suche keine Gefahr, die Euch ängsten könnte. Unbekannt wie ich hier bin, und ohne einen sechsoctavigen Lungenflügel passe ich schlecht zu einem Volksführer. Aber sollte das ganze Volk aufstehen, die zertretene Ehre zu retten, so werde ich meine Pflicht wissen.

Ich schicke den Brief früher ab als ich zuerst wollte, um Euch mit meiner Stimmung bekannt zu machen. Ich weiß, lieber Vater, daß wir einer Meinung sind, was diese Krisis betrifft. Darum keine politischen Expectorationen, keine Klagen, zu denen es freilich Stoff genug gäbe. Aber da hätt' ich Seiten voll zu schreiben. Bitte laßt mich bald wissen, wie es um Euch steht, und seid vor allen Dingen meinetwegen außer Sorgen. Ich bin ein

Digitized by Google

Kind meines Volkes und mein Volk überlegt lange, eh es wagt. Ich weiß wohl, was ich mit einem Wagniß in die Schanze schlage, und dies Leben ist wahrlich schön.

Adieu, adieu! Tausend Grüße an alle Freunde und sie sollen mich nicht vergessen im Wirrsal der drangvollen Zeit.

Ich bin immer bei Euch. Paul.

Der Ausbruch des Aufstandes in Dresden und in der Pfalz schien die Erwartung des begeisterten Studenten, „daß das Jahr vollenden werde, was das vorige nur halb zustande brachte", zu rechtfertigen. Trotzdem antwortete der Vater in klarer Voraussicht der kommenden Dinge warnend und mahnend:

Berlin, den 9. Mai 1849.

Es freut mich sehr, lieber Paul, daß Du schon wieder fleißig bist und vor Allem mit den alten Resten aufzuräumen suchst. Mache Dir bald reine Bahn zu frischer Tätigkeit und laß Dich durch die politischen Wirren dieser furchtbar gährenden Zeit ja nicht zu sehr von Deinem wahren Berufe abziehen! Es ist freilich unmöglich, diesem Treiben teilnahmslos, ohne lebhafte innere Aufregung zuzusehen. Jeder Mensch von Ehre und Gesinnung wird seine Meinung freimütig äußern und nicht den Mantel nach dem Winde hängen oder chamäleontisch in allen Farben spielen, je nachdem die Umstände sich ändern. Man muß den Muth seiner Meinung haben. Raserei aber wäre es, seine Kräfte für eine verlorene Sache nutzlos zu vergeuden, seine Existenz aufs Spiel zu setzen ohne die geringste Aussicht auf Erfolg. Vorläufig wird die Reaction durch ihre Bajonnete und Kanonen siegen, und die Nationalversammlung mit ihrer Centralgewalt ohne Gewalt wird ein klägliches Ende nehmen. Aber — um mir einen Buddelmeierschen Witz anzueignen — was die Fürsten dem Volke jetzt vorschießen, wird ihnen dereinst mit reichlichen Zinsen zurückgezahlt werden. Ich vertraue mit Dir dem Gott in der Weltgeschichte, den keine irdische Gewalt zu bezwingen vermag, und der gewiß zur rechten Zeit mit seinem „quos ego" dazwischen fahren wird. — Der Kampf in Dresden ist fürchterlich erbittert; aber der Ausgang kann nicht zweifelhaft sein. Eine vernünftige, versöhnende, ihre Zeit begreifende Politik hätte solchen Kämpfen vorgebeugt, während die leidenschaftlich reactionäre, indem sie den Geist der Freiheit mit Gewalt dämpfen will, eine neue Revolution unausbleiblich herbeiführt. —

Doch genug von diesen trostlosen Zuständen! —

Auch nach dem Zusammenbruch der Revolution in Sachsen und der Oktroyierung des Wahlgesetzes in Preußen, am 21. Mai, suchte Karl Heyse seinen Sohn vor allem zum Abschluß seiner Märchensammlung zu ermuntern, die als sein Erstlingswerk erscheinen sollte, und von der Beschäftigung mit der Politik abzulenken:

Digitized by Google

Mit Revolution und Bürgerkrieg hat es übrigens vorläufig gute Wege nach dem kläglichen Ausgange der Aufstände in Dresden, Elberfeld, Iserlohn ꝛc., und der ganz unmotivierten, durch die Regierung durchaus nicht verschuldeten republikanischen Schilderhebung in Baden. Einstweilen werden Scepter und Bajonnet die Macht behaupten; und fühle ich auch mit Dir die Schmach, daß wir uns als ein Gnadengeschenk sollen geben lassen, was uns von Gott- und Rechtswegen gebührt: so muß ich doch zugleich einräumen, daß das Volk sich unfähig gezeigt hat, die Freiheit sich selbst zu geben und zu erhalten und daher nichts anderes verdient, als noch einmal in die Schule der Tyrannei genommen zu werden, bis es reifer und der Selbständigkeit würdiger geworden ist. —

Inzwischen war aber die Versuchung, sich den Aufständigen anzuschließen, an den Bonner Studenten sehr nahe herangetreten. Hätte Gottfried Kinkel nicht durch die seichte Schönrednerei seines Kollegs das Vertrauen des jungen Heyse sehr rasch erschüttert, wer weiß, ob er bei seinem berüchtigten Überfall auf das Zeughaus von Siegburg nicht auch ihn in seiner Gefolgschaft gehabt hätte. Es ist bezeichnend für den jungen Paul Heyse, daß es die ästhetische Unzulänglichkeit des in Bonn sehr beliebten und verehrten Kunsthistorikers war, die ihm über seine menschlichen und politischen Schwächen die Augen öffnete. Entscheidend war für ihn der Ausspruch Kinkels in seinem Kolleg: „Der größte Triumph des Geistes über die Materie ist, daß der Künstler mit etwas rotem mineralischem oder Pflanzenstoff das Schamerröten der Jungfrau und die heroische Glut in den Wangen des Jünglings auf die Leinwand bannen kann.“ Wer derartige Phrasen zum besten geben konnte, der war zum ernsthaften Führer doch nicht recht geeignet, und so fehlte eine Persönlichkeit, die den bei aller Begeisterungsfähigkeit doch kritisch klar blickenden Studenten hätte mit fortreißen können. „Mir fehlt noch die rechte Begeisterung,“ schreibt Paul Heyse selbst am 10. Mai nach Hause, „nur stillen zehrenden Ingrimm trage ich in mir herum und das Gefühl der Scham. Sollte die hiesige unlautere Demokratie einen Putsch machen, so bin ich natürlich nicht dabei. Nur an ehrlichem, entschiedenem Kampf werde ich Anteil nehmen. Einen Mann! rufe ich oft vor mich hin in meiner Herzensbekümmernis. Da wäre die Begeisterung leicht und die Tat der Befreiung bald getan.“ Zur Beschäftigung mit den Dichtungen will bei so widerstreitenden Empfindungen keine rechte Stimmung aufkommen. „Wegen der Märchen habe ich Bedenken. Wer wird dergleichen verlegen, wo der Bürgerkrieg vor der Tür steht! Ich arbeite freilich daran, aber ohne sonderlichen Humor, es mag noch so gut werden. Denn mir scheinen die Dinge nicht so einfach als Dir. Die Aufständischen in der Pfalz und in Westfalen machen reißende Fortschritte, ich hoffe für die Sache der Demokratie täglich mehr — aber nach dem Sieg! Wir werden wüste Zeiten zu bestehen haben, bis sich's einigermaßen zurecht findet, was solch ein Kriegssturm wild durcheinander

Digitized by Google

geblasen hat. Und wer will da von Fedelint und Glückspilzchen wissen?“ Dann wieder beruhigt er die besorgte Mutter (16. Mai): „Ich bleibe indessen stille hier im sicheren Hafen liegen, kann nichts tun, als betrübt den Schiffen, die draußen mit den Wellen kämpfen, zuzuschauen. Ja wäre ich ein geschickter Lootse oder Steuermann, so wäre ich längst bei den Bedrängten. Aber meine Vernunft ist größer als mein Zorn, und ich bin leider nicht robust genug, um ins Blaue hinein den fahrenden Abenteurer und Parteigänger zu machen, unbekümmert ob ich die Nacht unter dem Himmel schlafe und wo ich was zu beißen kriege.“ Aber auch der Mutter gegenüber bricht sein Ingrimm gelegentlich unwiderstehlich durch (7. Juli): „Über Baden bin ich mißverstanden. Du meinst gar, liebe Mutter, ich redete von Undank gegen Preußen und seine Hohen-Zöllner? Ich habe den Undank gegen die eigene Regierung verstanden, die freisinnig war wie nur eine und doch schnöde behandelt ward. Daß Preußen da eingriff, ist freilich nicht sein größtes Bubenstück. Aber ich begreife kaum, wie Du den Romantiker auf dem Throne vertheidigst und verehrst, und Dich freust „über diese Wohlthat und Rettung“. Mich dauern zumeist die armen Ungarn. Von denen hoffte ich was, und sie werden nun mit russischen Soldaten, der großen europäischen Fliegenklatsche, elendiglich zerquetscht. Ist's aber wahr, daß Prof. Heydemann im Treubunde Reden hält? Auch Du, Brutus?

Wir wollen nicht mehr politisiren, Mutter. Du wärst zum Arzt verdorben gewesen, denn Du hättest die heilsamste Operation nicht mitansehen können. Ich hab neulich einen Vers gehört:

Verstehet, was ich sagen will:
Lang steht die Mühle der Völker still.
Doch wenn sie mahlt — das merket fein —
Doch wenn sie mahlt — dann mahlt sie klein!

Es hat leider nicht den Anschein, daß das so nahe sei! Es fehlt eine Hand, das Mühlrad in Schwung zu bringen, aber wenn alle Thränen gesammelt würden, die um des fürstlichen Hochmuths willen von Wittwen und Waisen geweint werden, so käme doch wohl ein stattlicher Mühlbach zu Stande.“ —

Wie die badischen Ereignisse, so konnten auch die Berichte, die Heyse aus anderen Teilen Deutschlands von seinen Freunden erhielt, die zerrissene, ingrimmige und gedrückte Stimmung nicht beruhigen. So schreibt im Juli 1849, nach einer kurzen Reise nach Nürnberg, der gerne witzelnde Felix v. Stein aus Leipzig, wo er seine Studien fortsetzte:

Ich habe nicht viel von Nürnberg gesehen, und was ich sah, alles nur sehr flüchtig . . . Die Befestigungen rings um die Stadt werden auf Staatskosten erhalten; auch die alte Burg der Hohenzollern ist noch in gutem Stand. In der saßen die Ahnherrn Friedrich Wilhelms IV. und waren Burggrafen des Kaisers über Nürnberg, damals dachten sie mal nicht, daß ihr Ur — Ur —-Enkel die deutsche Kaiserkrone ausschlagen würde, weil sie ihm von

Digitized by Google

den Vertretern des deutschen Volkes geboten wurde und nicht von 33 Fürsten, die sie ihm einstimmig nie votiert hätten und nie votieren werden — aber man darf die Rechte auch nur eines Fürstchens nicht verletzen! Bewahre uns Gott vor einer solchen Todsünde! Der alten Churfürsten waren nur 7 und die konnten sich oft nicht einigen. Aber sie waren vernünftig, sie waren Demokraten, wenn auch nur unter sich, denn sie erkannten das Recht der Majorität an. Freilich gab es auch manchmal 2 Kaiser, aber wir haben jetzt ihrer auch 2, obgleich noch keiner zu sagen wagt: „Ich bins."

„Das liebe neue deutsche Reich, wie hält's doch noch zusammen!" pfui politisch Lied, leidig Lied. — „Uns ist ganz kannibalisch wohl, als wie 500 Säuen" — im Belagerungszustand nämlich. Das ist doch noch ein Lied, was Patriotismus verrät, was eine ehrliche Regierung gern hört. Und warum sollte man nicht den Leuten eine Freude machen! In Sachsen sind die roten Zeichen verboten und in Preußen werden sie es noch werden. Was das doch für kluge energische Maßregeln sind; natürlich mit der Sache d. h. den Schnupftüchern, Halstüchern, Schleifen ꝛc. muß auch die Idee vernichtet werden. Das sieht ja jedes Kind ein und zwar viel eher als große Leute. In Preußen sind wenigstens die roten Nasen noch erlaubt, wenn ich nicht irre auf höchsten Befehl, weil es eine — nun Du wirst sie schon kennen. Ob sich aber dieses Verbot gegen alles Rote auch auf den weiblichen Teil des Volkes bezieht, weiß ich nicht; da möchte das durchgreifende Ministerium Brandenburg doch am Ende nicht eingreifen können resp. wollen. — Wenn diese Zeit bei uns nicht große Satiriker bildet, so werden wir, glaube ich, nie welche haben. Oh die Satire ist zu Zeiten eine wahre Wohltat und ein Probierstein, denn wer noch Satiriker ist im eignen Unglück, der ist vom Unglück nicht zerknickt wie ein schwaches Stämmchen, sondern nur gebeugt wie ein kräftiger Baum von der Macht des Windes, jederzeit bereit wieder aufzustehen, so wie der Sturm nachläßt. —

Suchte so der im Grunde leichtherzige und unverwüstlich heitere Felix v. Stein sich mit ironischen Scherzen über sein politisches Mißvergnügen in Sachsen hinwegzuhelfen, so wurde es dem anderen Berliner Verbannten vom Vorjahre, Bernhard Endrulat, wesentlich schwerer, sich mit der politischen Entwicklung abzufinden. Er war, um für die Befreiung Schleswig-Holsteins zu kämpfen, beim Militär eingetreten, mußte aber im Sommer aus dem Felde melden, daß es ihm herzlich schlecht gehe. Und gerade jetzt nahm der Krieg seine wenig ehrenvolle Wendung: trotz des Einspruchs aus Frankfurt schloß Preußen nach der Niederlage von Fredericia einen Waffenstillstand, und Schleswig kam unter preußisch-dänisch-englische Verwaltung. Endrulat verließ seinen Truppenteil — ein Schritt, den Heyse zunächst scharf verurteilte, weil er darin wieder ein Abspringen des allzu beweglichen Feuerkopfes von übernommenen Pflichten erblickte. Doch ließ er sich von Abeken gern eines Besseren belehren:

Digitized by Google

Dem Endrulat tust Du wohl Unrecht. Als die preußischen Truppen dort zum Schutze gegen die Dänen standen, wäre er gewiß nicht desertiert. Aber jetzt, wo diese Truppen zu den schändlichsten Exekutionen benutzt werden, zu ehrlosem Dienste gegen ihre verkauften Landsleute, gegen die sie bald wahrscheinlich im Bunde mit den Dänen fechten werden, da erscheint es mir für einen Menschen von Sinn und Gefühl sehr natürlich, daß er sich solchen Henkersdiensten auf jede Weise entzieht.

Heyse hat denn auch dem verfolgten Flüchtling, der sich tatsächlich den Schleswig-Holsteinern als Freiwilliger anschloß, die Treue gehalten und Jahre hindurch immer wieder Beistand gewährt. Wie warm, ja leidenschaftlich er aber für die Deutschen Schleswig-Holsteins unter der Fremdherrschaft empfand, das hat er auch später noch durch die Tat bewiesen, als er im Jahre 1863 auf 1864 in München den Schleswig-Holsteinischen Hilfsverein organisieren half und in wichtigen Kundgebungen sein Wortführer wurde.[1])

Im schärfsten Gegensatz zu dem feurigen Endrulat und dem beweglichen Freiherrn v. Stein, aber auch zu den überlegen scharfsichtigen und vielseitigen Abeken und Goldschmidt stand der bei aller Herzenswärme unjugendlich pedantische wackere Philologe Julius Deuschle, der während Paul Heyses Abwesenheit von Berlin im Hause von dessen Eltern freundliche Aufnahme gefunden hatte. Das trat etwas peinlich in die Erscheinung, als er Anfang August den Freund in Bonn besuchte und ihm sehnlich erwartete mündliche Nachricht von dem Ergehen daheim überbrachte. Verstimmt berichtet Paul nach Berlin:

Bonn am 7ten August 49.

Geliebte Eltern!

Gestern gegen Mitternacht ist der gute Julius, auf's Dampfschiff gestiegen und nun schon seiner Heimath nah. Als wir so zusammenstanden im Mondlicht und die Ufer feierlich still dunkelten hinter dem blanken Strom, und dennoch eine gewisse Langeweile zwischen uns war, bin ich mir recht klar worden, wie ich einen Andern erwartet hatte, als da gekommen war. Er ist noch der treuherzige Mensch, und ich hab ihn lieb wie zuvor. Aber traurig machte es mich, wie ich ihn den Nöthen der Zeit gegenüber kalt und doctrinär fand, eingewickelt in den Regenmantel einer sogenannten philosophischen Weltanschauung gegen das Hagelwetter der besten und begeistertsten Gründe, seinem Verstande folgend, wo das Herz den Mann macht, und somit eben mit mir im Streit und Mißklang, wo es meine edelsten Gedanken und Gefühle, Freiheit und Ehre des Vaterlandes gilt. Daß er zäh an dem Constitutionalismus festhält, kann ich ihm nicht allzusehr verargen. Mir ist auch die Form der Freiheit gleichgiltig. Daß er aber, um diese Form zu stützen,

[1]) Vgl. Helene Raffs Mitteilungen über Paul Heyse als Politiker in den „Süddeutschen Monatsheften", Märzheft 1910, S. 320—333.

Digitized by Google

für alle Schuldigkeit und Nichtswürdigkeit ihrer Vertreter keine Galle hat, daß er den Dingen, die geschehen, zusehen kann, wie längst vergangener Historie, jedes noch so schmähliche fait accompli mit kühler Objectivität und als ein Glied in der Kette der geschichtlichen Entwicklung betrachtet, als säh er alles vom Mond herab in der Vogelperspective der Unbetheiligung, das macht mich traurig und verstimmt. Das ist unser fressender Krebs, daß viel übel organisirte Charactere in Deutschland von jeher lieber die Ereignisse wie sie kommen, wie schlechte oder gute Pasteten eingeschluckt haben und nie wagten, das Schlechte schlecht zu nennen, denn der große Pastetenbäcker, der liebe Gott werde schon wissen, was er thue, und gebe ihnen das unaufgegangene ungesunde Gebäck, um ihnen das gute hinterher als einen größeren Wohlgeschmack erscheinen zu lassen. Der beschränkte Mensch der in politicis jedesmal seinem angeborenen Rechtsgefühl und Sittlichkeitsbewußtsein folgt, ist mir lieber und der guten Sache förderlicher, als wer in seinen vier Pfählen a priori, Allem fernbleibend, das Ding zu begreifen sucht und ruhig duldet, daß eine Regierung ihm höhnisch seine posteriora peitscht, ohne daß ihm der Zorn in die Wangen steigt. Und hätte ich ihn (Julius) seine Ansicht nur mit einiger Wärme verfechten sehen! Aber sein Herz ist besser als sein Verstand, kann für den Schimpf keine Entschuldigung haben, und ist nur schwach genug, sich vom Verstand mit Ohrfeigen heimschicken zu lassen, wie ein naseweises Kind, das nicht mitzusprechen habe. Es thut mir leid, diese erste Seite mit dergleichen vollgezankt zu haben. Ihr möchtet denken, wir wären gar in Unfrieden geschieden und ich hätte den süßen Genuß, Jemand von Euch kommen zu sehen, mit bitterem Nachgeschmack verdorben. Es mußte mir das Alles vom Herzen, wie ein lästiges Geschäft, das man vor einem Fest abmacht, und diese Rechenschaft vor meinen innersten Empfindungen auch Freunden gegenüber glaube ich Euch schuldig zu sein.

Begütigend antwortet hierauf der Vater aus Cröchern, wo er gerade im Hause des pfarrherrlichen Schwagers weilte: „Ich denke über Deuschle fast ganz wie Du und finde Deine Charakteristik sehr treffend. Auch ich vermisse bei ihm ungern das jugendliche Feuer, das bald in lebhafter Begeisterung, bald in edlem Zorn auflodert — er hat schon zu viel von der kühlen Besonnenheit des gelehrten Stubensitzers und große Anlage, vor der Zeit ein Philister zu werden. Namentlich in seinen politischen Ansichten und Urteilen habe ich mich immer gedrungen gefühlt, ihn zu spornen und aufzustacheln, während es bei Dir, mein geliebter Sohn, eher nötig war, den aufbrausenden Eifer zu zügeln.“ Im übrigen berichtet der Professor von seinem Besuche in dem Pfarrhause: „Es weht hier zwar ein sehr scharfer reaktionärer Wind; aber ich vermeide die auch mir in dieser trostlosen Zeit sehr unerfreulichen politischen Diskussionen so viel wie möglich, suche das Gespräch immer in der Sphäre des Allgemeinen zu erhalten, wo die verschiedensten Geistesrichtungen sich einigen oder doch friedlich begegnen; und

Digitized by Google

so leben wir in einträchtiger Liebe still und freundlich, ohne daß ein Mißklang unsere Harmonie stört."

So kehrt in den Briefen von Hause in den verschiedensten Wendungen immer die Mahnung wieder, sich gegenüber der trostlosen und verwickelten Lage mit der Politik möglichst wenig zu befassen, wenn der eigentliche Beruf doch auf einem ganz anderen Felde liege. „Es ist ein jämmerlicher Ausblick, und dem Einzelnen bleibt, wenn er sich nicht unnütz aufreiben will, nichts anderes übrig, als mit unbedingtem Gottvertrauen oder mit frevelhaftem Leichtsinn — die Extreme berühren sich! — vom Tage und in den Tag hineinzuleben." Trotzdem aber mochte auch der friedliebende Professor Heyse sich seiner staatsbürgerlichen Pflicht nicht entziehen, als die preußischen Landtagswahlen auf Grund des oktroyierten Gesetzes vollzogen wurden. Erregt schrieb darüber der Sohn am 22. Juli an den Vater: „Mutter hat mir geschrieben, daß Du gewählt hast. Wie ich Deine politische Gesinnung kenne, begreife ich Deine Handlungsweise nicht recht. Mir scheint die Wahl einer neuen Vertretung nicht nur fruchtlos, sondern verderblich. Kammern, die der Regierung sich unterordnen, werden nichts bessern; sind sie liberal und energisch, so löst man sie auf. Ich fände ein Ministerium wie dieses gar nicht anzuerkennen, dadurch daß man in gar kein Verhältniß dazu tritt. Und was wär' zu befürchten, wenn dies neue oktroyierte Wahlgesetz von Niemand geachtet wird? Wir wären wie ungezogene Kinder behandelt worden, die nicht gütlich mit sich reden lassen und daher kein Recht mehr haben mitzureden. Das hätte gedoppelten Hochmut der Regierung und wachsende politische Misère gegeben, bis dem Blödesten die Augen aufgegangen wären und eine weitere Revolution diesen Menschenkehricht dahin gefegt hätte, wo sein Platz ist. Ich bitte Dich mir darüber zu schreiben; die Stimmung in Berlin muß eine ganz andere sein als hier.

Ich lese sehr unregelmäßig die Zeitung, sie macht einen gar zu tristen Eindruck. Und in all dem Elend und all der Schande unverhohlener Musikantenjubel. Da brachte neulich ein Feuilleton der „Kölner Zeitung" — ich weiß nicht, ob ich davon schon geschrieben habe — die Beschreibung einer „Sängerfahrt auf dem Rhein", die Jenny Lind mit ihren Anbetern gemacht hatte. Man erfuhr, daß der Göttlichen der Rheinlachs geschmeckt, daß sie mit Appetit gegessen und gesungen habe, was für uns Deutsche höchst wichtig und erfreulich ist.

Neun Spalten voll lächerlicher Vergötterung einer hübschen Stimme, und das druckt ein politisches Blatt in Zeiten, wo die Nationalehre mit Füßen getreten wird!

Der Einzelne hat Recht und Pflicht, sich zu erhalten und zu erheitern, daß ihn eine bessere Zeit nicht mürbe finde. Aber die Nation und das öffentliche Leben soll in Sack und Asche Buße tun, von der schwarz-rot-goldenen Fahnen nur das Schwarz behalten, und es am Liebsten um Hut und Herz

Digitized by Google

hüllen. — Es ist hier auch viel von einer Fahrt nach Gent die Rede, wo der Bonner Gesangverein „Concordia" zu glänzen denkt. Wir wollen Gott bitten, daß unsere Fürsten uns nicht das Singen verbieten, das einzige, um das uns andere Völker beneiden könnten. Freilich böse Menschen habe keine Lieder, und es wäre schade, wenn wir aufhörten, gut zu sein, und Bediente zu sein, und so laut vierstimmig zu singen, daß der Notschrei der geschändeten Ehre nicht durchdringen kann." —

Auf diesen bitteren Erguß antwortet der Vater am 30. Juli: „Du wunderst Dich, daß ich gewählt habe. Ich lege darauf gar keinen Werth und hätte es eben so gut unterlassen können, da ich — unfähig irgend eine politische Rolle zu spielen — meinen politischen Handlungen durchaus keine Bedeutung beimesse. Ich habe es gethan, um bei meinen nächsten Umgebungen keinen Anstoß zu erregen und etwa zu den rothen Republikanern gerechnet zu werden, denen ich eben so wenig zugesellt werden mag, als ich der jetzigen Regierungspartei anhänge. Wäre ich aber Politiker, so würde ich meiner gemäßigt liberalen Gesinnung getreu, die ich von jeher offen bekannt habe, wohl auch gewählt haben; denn ich halte es für die erste Regel des echten praktischen Politikers, sich unter keinen Umständen seines politischen Rechtes, wie sehr es auch geschmälert sei, freiwillig zu begeben, vielmehr seine Handlungsweise immer den bestehenden Verhältnissen anzupassen und aus diesen das Beste für seine Zwecke zu entwickeln, was für den Augenblick möglich ist. Wer ein abstractes Princip oder eine ideale Theorie mit starrer Consequenz festhält, ohne sich praktisch den Umständen zu accommodiren, der rennt sich unausbleiblich fest und wird von der Realität der Ereignisse überflügelt, wie es unsern Demokraten ergangen ist und der reactionären Partei nicht minder ergehen wird, wenn sie ferner den echten Geist der Freiheit mit materieller Gewalt dämpfen und auf die Dauer zügeln zu können wähnt. — Daß Du, mein Sohn, in jugendlicher Begeisterung für das Ideal der vollkommen vernunftgemäßen Freiheit schwärmst und lieber gar nichts willst, wenn Du es nicht völlig realisieren kannst, finde ich ganz natürlich, und es gefällt mir ungleich besser, als wenn Du mit zahmer Servilität Dich feige unter die Gewalt der Dinge beugst. — Es ist noch nicht aller Tage Abend, und ich vertraue dem Weltgeist, der die Wage des Völkergeschickes schon wieder in die rechte Schwebe bringen wird."

Wenn Karl Heyse hier wie meistens in voller Sympathie für die Empfindungsweise des Sohnes nur mit ruhiger Bestimmtheit das Recht seines eigenen gereifteren Standpunktes vertrat, ohne von dem Jüngeren Zustimmung zu verlangen, so kam doch auch einmal eine Frage zwischen ihnen zum Austrag, wo er sich nicht hiemit begnügte, sondern eine leidenschaftliche Entgleisung des Studenten mit allem Nachdruck ablehnte. Es war bei Gelegenheit des Goethefestes, das, in die trübe, gärende Zeit fallend, vielen politisch gerichteten Geistern ein Stein des Anstoßes wurde. Auch Paul Heyse schrieb darüber voll Bitterkeit am 11. August 1849:

Digitized by Google

„Sie feiern nun bald ein Goethefest; in meine armen betrübten Gedanken will das schlecht passen, daß man in Zeiten der größten Schande das Andenken eines Mannes feiert, der für die Ehre seines Volkes nur Herz hatte, als er sein Jugendstück schrieb. Aber was thut nicht die Zahl, diese zufälligen hundert Jahre! In dem Augenblick, wo eine solche Kammer zu tagen anfängt, haben die Deutschen Zeit und Lust, den Geburtstag eines Mannes zu feiern, der sich in der Bedientenrolle wohl fühlte. Ihr wißt, wie ich den Poeten in ihm verehre. Aber sein Fest thut mir weh. Die Concordia hat in Gent den Preis ersungen. Die guten Belgier brachten ihnen ein Ständchen und sangen zum Schluß „Was ist des Deutschen Vaterland". Sie habens nicht böse gemeint. Aber mir hätte ein bitteres Gefühl die ganze Seele verwundet, wenn ich dieser unabsichtlichen Ironie Zeuge gewesen wäre. Unter den Sängern waren Viele, die schreckliche Gesichter machen würden, wenn man an ihren demokratischen Gesinnungen zu zweifeln wagte. Aber sie haben sich alle vortrefflich amüsirt, viel französischen Champagner getrunken auf fremde Rechnung, und bei den belgischen Weibern vergessen, wie elende deutsche Männer sie sind.

Es ist spät. Ich will mir keine bösen Träume anschreiben. Gute Nacht, liebe Geliebten!"

Und ein paar Tage später, bereits auf seiner Ferienreise, fährt er fort (16. August):

„Noch eins von Bonn. Ich machte der Frau Naumann meinen Abschiedsbesuch. Sie sagte auf einmal: Ich hätte einen Auftrag für Sie! Wollen Sie mir einen Gefallen thun? Ich versicherte meine Bereitwilligkeit, nur müßte ich wissen was es gelte. — Sie sollen mir einen züchtigen. — Ich? Wen? Handgreiflich oder satirisch? — Sie sollen den Gervinus züchtigen! Der Mann hat sich erfrecht, Goethe neidisch auf Shakespeare zu nennen. Goethe neidisch! Das dürfen seine Freunde Keinen ungestraft sagen lassen. Wollen Sie seine Sache führen? Ihr könnt denken, wie es mir lächerlich vorkam, Gervinus zu züchtigen. Ich lehnte es ab und erzürnte die Goethemanin aufs Höchste, als ich im weiteren Gespräch dann und wann einem Börneschen Vorwurf beistimmte. Indeß schieden wir sehr freundlich. A. W. Schlegel hat recht, die Naumann ist eine Unempfinderin."

Für diese Stellungnahme gegen Goethe ließ Karl Heyse keine Entschuldigung gelten, wenn er auch die Ablehnung der gutgemeinten Naumannschen Zumutung billigte. In seinem Brief vom 28. August, dem großen nationalen Gedenktage, schrieb er mit schönem Feuer an den Sohn:

„Einen Punkt kann ich nicht ganz mit Stillschweigen übergehen: Deine Polemik gegen Goethe und das Goethefest, dem Du also nach der jetzigen Anordnung Deiner Reise in Frankfurt nicht beiwohnen wirst. — So lächerlich ich die Goethemanie der Frau N. und ihren Auftrag für Dich finde, so

Digitized by Google

wenig kann ich doch in Deine Mißbilligung dieser Säcularfeier einstimmen. Eine Nation, die ihre großen Männer nicht mehr ehrt und liebt, die vor lauter Kritik keiner Begeisterung mehr fähig ist, verunehrt sich selbst und spricht sich selbst das Verdammungsurtheil schwarzen Undanks. Und wo finden wir einen Größeren, als ihn! Wer hat seit Luther und Lessing mehr zur Erhebung der deutschen Sprache und Litteratur gethan, als Goethe! und ist nicht Sprache und Litteratur noch immer das einzige Zeichen und Band unserer National-Einheit, das Einzige, wodurch wir auch dem Auslande gegenüber als eine achtunggebietende geistige Größe erscheinen?

Ein Nationaldichter im eminenten Sinne des Wortes konnte Goethe in seiner Zeit nicht sein; denn es fehlte dem deutschen Volke durchaus das lebendige Selbstgefühl einer in sich einigen und nach außen unabhängigen Nationalität, welches den echten Nationaldichter erzeugt und trägt. Wenn aber irgend etwas dem Erwachen dieses Gefühls Bahn gebrochen hat, so ist es unsere seit Goethe und durch ihn vor allem aufblühende classische Litteratur. Bedenke nur, wie es vor ihm aussah, und wie sein Genius mit einem Schlage aus trüber Nacht den lichten Tag hervorgezaubert. Eine so großartige, in der Geschichte unserer Nation Epoche machende Erscheinung zu feiern, scheint mir unter allen Umständen, auch in den gegenwärtigen trübseligen Zeitläuften, eine heilige Pflicht zu sein. Trüben und stören wir uns nicht die reine Anerkennung des wahrhaft Großen und Edlen durch Bekrittelung und Bemäkelung menschlicher Schwächen! Lassen wir dem quäkerhaften Engländer seinen einseitig moralischen, dem Mucker seinen specifisch-christlichen, dem Demagogen den politisch-patriotischen Gesichtspunkt der Beurtheilung, und huldigen wir unbedingt dem Genius! — „Er war ein Mann — nehmt Alles nur in Allem — wir werden nimmer seines Gleichen sehn!“ —

Die Verteidigung des Sohnes hierauf vom Anfang September fiel etwas matt aus und suchte die Frage auf ein anderes Gleise zu schieben:

„Ich komme noch einmal auf Deinen letzten lieben Brief zurück. Du tadelst meine Äußerung über das Goethefest. Man hat in Frankfurt die Nachtmusik dadurch gestört, daß man das Heckerlied abbrüllte. Sieh, das hat man erreicht und nicht mehr. Das Andenken an diesen Ewigen, ist es durch die vielen Verse und Reden und Räusche verherrlicht worden? Man soll heilige Asche nicht aufstören, nicht zum Wenigsten vor unheiligen Augen, die sich nicht entblöden, sie zu besudeln. Und das war Demonstration, oder schien es doch, in Zeiten der Erniedrigung, wo das Vaterland aus tausend Wunden blutet, einen Dichterheros zu feiern. Kann die Masse, selbst die Besten, begreifen, daß er ein Symbol der Parteilosigkeit, der göttlichen Gleichgiltigkeit gegen kurzlebige Händel bedeuten soll? Und ein wie schönes Volksfest hätte es zu andern Zeiten sein können, während es nun in die Hände ästhetischer Cliquen und solcher Leute kam, die auf Champagner Durst hatten und ihn sich sonst nicht gönnen.“

Digitized by Google

Gerne geht der Vater auf diese Wendung der Frage ein. Indem er (am 16. September) den jungen Dichter eindringlich vor den anmutigen und verführerischen Irrwegen der Romantik warnt und nachdrücklich auf die alten Griechen und Goethe verweist, kommt er noch einmal auf das Goethefest zurück:

„Wenn Du jetzt Deinen Tadel gegen die Feiernden wendest, so gebe ich Dir vollkommen Recht. Früher aber griffst Du den Gefeierten an, und dagegen mußte ich entschieden Protest einlegen. Was kann er dafür, daß seine Enkel seiner nicht werth, daß unser elendes Geschlecht nicht einmal fähig ist, ihn würdig zu feiern? Hat er die Schmach und Erbärmlichkeit dieser Zeit verschuldet? — Laßt uns ihn in seiner Stärke erkennen und an seiner Größe uns aufrichten, nicht aber mit Kammerdienerweisheit nur die Schwächen des großen Mannes sehen, oder mit fanatischer Leidenschaftlichkeit gerade das von ihm fordern und an ihm vermissen, was er seiner Natur nach und vermöge der Bedingungen seiner Zeit nicht sein konnte!"

Wie Paul Heyse diese Mahnung des Vaters mit Nachhaltigkeit beherzigt hat, und welche Bedeutung für die lebendige Fortwirkung Goethes gerade seinem Lebenswerk zukommt, darüber des näheren zu berichten ist hier nicht der Ort. Ein hübsches Spiel des Zufalls aber ist es, daß Heyse später die damals versäumte Verteidigung Goethes gegen den läppischen Vorwurf kleinlichen Neides doch noch nachzuholen Anlaß erhalten hat, als Emil Mauerhof in seiner leidenschaftlichen Art ihn erhob. Und wie eine Ironie des Schicksals berührt es, daß gerade die zwei Hauptanklagen, die der junge Paul Heyse gegen Goethe erhob, die des Fürstendienertums und die des Mangels an Nationalgefühl, nach wenigen Jahren gegen ihn selbst gewendet wurden. Als er im Jahre 1854, der Berufung durch König Maximilian II. folgend, nach München übersiedelte, erblickte Endrulat darin mit Entrüstung einen Abfall von allen freiheitlichen Idealen. Wie unrecht er damit hatte, sah er allerdings bald selber ein. Paul Heyse hat sich im Verkehr mit Fürstlichkeiten nie etwas vergeben, sondern sich auch an den Höfen in voller Unbefangenheit und Freiheit bewegt. Gerade seine innere Unabhängigkeit ermöglichte ihm, auch regierenden Herren gegenüber sich nur an den Menschenwert zu halten, der ihm entgegentrat, Auszeichnungen anzunehmen, ohne sie zu überschätzen oder gar zu suchen, Aufmerksamkeiten an Fürstlichkeiten zu erweisen, wie er sie auch anderen Menschen, die ihm freundlich nahestanden, gerne erwies. Nie ist auch nur eine Spur von Unterwürfigkeit bei ihm zu finden, nie auch nur eine Spur von Eitelkeit auf die Fürstengunst, die ihm so früh schon und so viel in seinem Leben zuteil wurde. Seine Widmungen an König Max, an Großherzog Karl Alexander, an Prinzregent Luitpold sind Herzenshöflichkeiten, die in schöner Weise seine aufrechte Unabhängigkeit bezeugen. Wie wenig er sich — bei aller Rücksicht auf geziemende Formen — sachlich und insbesondere politisch einengen ließ, das zeigte seine wiederholte Polemik gegen die großdeutsche Richtung der „Allgemeinen Zeitung" in den

Digitized by Google

fünfziger und sechziger Jahren, in der italienischen und der schleswig-holsteinischen Frage unter Maximilian II., seine Parteinahme für Geibel, als dieser wegen nationaler Äußerungen bei Ludwig II. in Ungnade fiel, und sein damit verbundener Verzicht auf die königliche Pension, sein mannhaftes Auftreten gegen die Schmälerung der Rechte des Ordenskapitels des Maximiliansordens unter dem Prinzregenten Luitpold, sein Austritt aus dem Preisgericht des Schillerpreises bei dem selbstherrlichen Eingreifen des Kaisers Wilhelm II. in dessen Zuständigkeit. Vorzüge oder Vorrechte der Geburt berührten Heyse innerlich gar nicht. Das Gefühl der eigenen Würde und der eigenen Verantwortlichkeit konnte ihm durch nichts, was von außen verliehen worden wäre, erhöht oder vermindert werden; in seinem sicheren Selbstgefühl und Unabhängigkeitsbedürfnis blieb er sein Leben lang ein treuer Vertreter der Zeit, die zuerst dem deutschen Bürgertum auch die politische Mündigkeit und Freiheit zu erkämpfen gesucht hat. Das wirkte natürlich über seine Abneigung, sich dauernd einem Hofe zu verpflichten, hinaus. Wo immer es sich um die Wahrung geistiger Freiheiten handelte, hat er sich mannhaft eingesetzt, auch im Alter viel liberaler als Goethe, dessen Anschauungen über Zensur und Presse er nie geteilt hat, und der daher auch nur in einem weiteren und höheren Sinn dem Goethebund den Namen geben konnte.

Ist Heyse durch das Jugenderlebnis der Revolution wesentlich freisinniger als Goethe, so ist er auch aus demselben Grunde wesentlich stärker durch die nationale Idee beherrscht. Trotzdem erhob sich auch gegen ihn die Anklage des Mangels an Nationalgefühl, als er, unbekümmert um ihre deutschfeindlichen Tendenzen, für Giustis Dichtung in die Schranken trat. Und in der Tat fehlte ihm durchaus nicht warme Sympathie für die Einheitsbestrebungen Italiens, auch auf Kosten Österreichs, aber nicht bloß aus Liebe für die ewige Schönheit des Südens, auch nicht nur aus Überzeugung von der Berechtigung der nationalen Ansprüche, unabhängig von ihren staatlichen Folgerungen, sondern auch aus dem festen Glauben, daß Deutschland selbst aus der Unterdrückung fremdstämmiger Volksteile keinen Segen haben könne. So erblickte er mit seinem Freunde Sybel in der Italiensehnsucht der deutschen Kaiser im Mittelalter das Verhängnis Deutschlands, und wenn er auch mit aller Glut der vierziger Jahre die Befreiung der deutschen Stämme in Schleswig-Holstein und Elsaß-Lothringen forderte, so erwartete er doch von der Selbstbeschränkung auf deutsche Belange, von dem Verzicht auf das heillos mit Fremdvölkern belastete Österreich das Gedeihen Deutschlands. Auch hier sehen wir geradlinig die späteren Anschauungen aus den Kämpfen der Revolutionsjahre hervorwachsen, die somit, wie für das ganze Volk, so auch für den Dichter, trotz ihres scheinbar trostlosen Verlaufs doch die Keime einer starken positiven Entwicklung legten.

Zunächst freilich mußten sich die negativen Erfahrungen vordrängen und eine bleibende Skepsis gegen die Fruchtbarkeit politischer Parteigeschäftigkeit und kannegießernden, unverantwortlichen Dilettantismus hervorrufen. Hier

Digitized by Google

stellte sich frühe schon und dauernd eine Übereinstimmung mit Goethe ein, die sich vielfach aus den verschiedensten Lebensaltern Heyses immer wieder belegen läßt. Das Demagogentum war eben schon dem jungen Studenten in zu unerfreulicher Gestalt entgegengetreten, als daß er nicht ein tiefes Mißtrauen dagegen behalten hätte. Es war eine früh gewonnene Erkenntnis, wenn er in seinen Sprüchen ironisch sagte:

Meint ihr, ein jeder sei dazu geschickt,
Daß er das Staatswohl überwache?
Ein jeder weiß zwar, wo der Schuh ihn drückt,
Doch Rat zu schaffen, ist des Schusters Sache.

Wie aber äußert sich hierüber Goethe zu Eckermann? „Das Vernünftigste ist immer, daß jeder sein Metier treibe, wozu er geboren ist und was er gelernt hat, und daß er den anderen nicht hindere, das Seinige zu tun. Der Schuster bleibe bei seinem Leisten, der Bauer hinter dem Pflug und der Fürst wisse zu regieren. Denn dies ist auch ein Metier, das gelernt sein will, und das sich niemand anmaßen soll, der es nicht versteht." Das ist auch Heyses Überzeugung; die freie Entfaltung der Persönlichkeit ist ihm auf allen Gebieten das erste, aber sie soll mit der nötigen Selbsterkenntnis und Selbstbeschränkung verbunden sein, und nur von der großen Persönlichkeit, nicht aber von der Masse erwartet er auch im Staatsleben das Heil. Auf die große Führerpersönlichkeit richtet sich seine ganze Sehnsucht schon in den Märzstürmen 1848, und in dieser Sehnsucht klingen auch nach dem Zusammenbruch der ganzen Revolution die Briefe der Freunde aus, die am überlegtesten an der Bewegung teilgenommen hatten. Ende Oktober 1849 schreibt Bernhard Abeken aus Braunschweig: „Ich sehe wieder klar die Wahrheit: wer das Volk gebrauchen will, muß dem Volke imponieren. Es hat nicht die wasserblütige Abstraktion der soi-disant politisch Reifen, aus Politik auch dem zu helfen, den man nicht achten kann. Bei dem Volke findet alles Kräftige, selbst der trotzige Despotismus eines Haynau, eher Entschuldigung, als eine solche Potsdamer Pietisten- und Kastratenpolitik." Und in demselben Sinne schreibt am 18. November Gustav Getz aus Frankfurt a. M., der gewesenen Parlamentsstadt:

„Bei der großen jetzt herrschenden politischen Zerfahrenheit sehe ich eigentlich gar keinen Weg, der zum Ziele führt, und will man was wirken, so muß man sich selbst einen neuen bahnen. Über das, was die sich spottweise Dreikönigsbündler nennenden anstreben, eine Rede zu halten, mußt Du dem, der die Sache nicht für der Rede wert hält, nicht zumuten. Auf so schwanken Pfeilern wie Radowitz und Friedrich Wilhelm IV. wird nur ein utopisch schwärmender Beckerath den stolzen Bau des deutschen Einheitsdoms errichten zu können wähnen. Was die süddeutschen Staaten wollen, können sie nicht einmal aussprechen; dabei drohen von Paris aus Staatsstreiche und die Furcht vor den Greueln der Anarchie läßt die Bestdenkenden daran zweifeln, ob der Kauf des Preises einer neuen Revolution wert sei. Doch zweifeln ist

Digitized by Google

noch nicht verzweifeln und abwarten noch nicht aufgeben; wenn die Zeit kommt, und sie deucht mir nicht allzufern, wenn ich nach Paris hinschaue, so mag sie vielleicht Männer finden anstatt Professoren; nur einen Mann, nur einen großen Tyrannen! 1 Kaiserreich, 5 Königreiche und 32 kleinere Staaten gäbe ich für einen großen Tyrannen!"

Dieser Sehnsucht hat Paul Heyse auch dichterisch Ausdruck zu geben versucht: Der Plan eines Revolutionsdramas „Aristomenes" verdrängte das Studentenepos, das unvollendet liegen blieb, und sollte die Ideen der Zeit, vor allem eine befreiende Führernatur, lebendig gestalten. Allein unter dem lähmenden Eindruck der trostlosen Wirrnisse ringsum und ihrer Bändigung durch die fortschreitende Reaktion versagte ihm die Kraft; die Nebenhandlung mit dem mißgestalteten Dichter Tyrtäus lenkte ihn ab, und schließlich blieb es bei dem Entwurf und wenigen Bruchstücken. Nur das negative Erlebnis, die ganze unbefriedigte Unrast und Gärung der Stimmungen gelangte schließlich, als Herzenswirren den Jüngling noch tiefer erschütterten, zu dichterischem Ausdruck: mit Recht empfand Endrulat das Trauerspiel „Franzeska von Rimini", das Heyse im Frühjahr 1850 von Bonn nach Hause mitbrachte, als ein revolutionäres Stück, in dem das stürmische Blut der bewegten Zeit pocht. Schon 1851 aber folgte als verhallender Nachklang die epische Erzählung „Urika", die eine entschlossene Absage an die wüsten Gewaltszenen und die unklaren Utopien der Revolution erteilt. Sie strebt formal bereits harmonischer Reinheit zu; im Inhalt aber gipfelt sie in der trüben Erkenntnis, das die gerühmte égalité nur eine haltlose Lüge ist.

Auch in der späteren Dichtung Paul Heyses ließen sich, wie bereits angedeutet, vielfach die Spuren seines Verhältnisses zum öffentlichen Leben und den Geschicken seines Volkes aufweisen. Ihm war das Glück vergönnt, die Sehnsucht seiner Werdezeit in ungeahnter Größe verwirklicht, aus der unklaren Verworrenheit der Revolution und dem Tiefstand der Reaktion das deutsche Volk zu klaren und festen Formen kraftvoll und lebendig geeinigt und zu freier Entwicklung geführt zu sehen. Seine Verehrung vor dem Dämonischen in dem politischen Genie und seine Wertung der „Produktivität der Taten", in denen er mit Goethe übereinstimmte, war für ihn beglückend wie nie für jenen. Denn wurde Goethe gegenüber dem nationalen Helden, der seiner frühen Jugend geleuchtet hatte, Friedrich dem Großen, abgekühlt durch dessen ablehnendes Verhalten zur deutschen Literatur, und sah er später das größte, weltbeherrschende Genie bei den Feinden Deutschlands in Napoleon, so konnte Heyse sich mit ganzem Herzen dem Heros des eigenen Volkes anschließen, an dem ihn nichts irremachte, nicht Mißgriffe und Gewalttätigkeiten der inneren Politik, die ihm den Segen der gesicherten großzügigen Existenz des Reiches nicht verdunkeln konnten, nicht Mängel des ästhetischen Verständnisses, die ihm, obwohl sie sich auch gegen ihn selbst wendeten, nur untergeordnete Kehrseiten der wesenseigenen Größe des Staatsmannes waren,

Digitized by Google

nicht Anwürfe und Verkleinerungen der Gegner aller Lager, denen er mit manchem bitteren Stachelvers entgegentrat. Die leidenschaftliche Verehrung und Treue Heyses für Bismarck hat ihre Wurzeln in der ahnenden Sehnsucht der Revolutionsjahre. Sie lebte in ihm unvermindert fort auch nach dem Sturze und nach dem Tode des Schöpfers des Reiches. Sie schärfte auch seinen Blick für das drohende Unheil, das sich seit 1890 für Deutschland vorbereitete, nicht so sehr in der Beurteilung der Verhältnisse und Zustände, denen er — wie Goethe — nicht das entscheidende Gewicht beilegte, als in der durchdringenden Erkenntnis verhängnisvoller Persönlichkeiten, über die er scharf wie nur irgend in der Jugend geurteilt hat. Aber ein letztes Glück war ihm auch hierin noch beschieden: den Zusammenbruch des Vaterlandes hat er nicht mehr schauen müssen, noch im einigen, unbesiegten Deutschland schloß er die Augen, vier Monate vor dem Ausbruch des Weltkrieges.

Vom Wohlwollen in Schrifttum und Menschheit

Von

Ernst Zahn (Göschenen)

Der Krieg hat viele Federn in Bewegung gesetzt. Er hat nicht nur das ganze große Volk der Journalisten und Schriftsteller aufgejagt wie der Stock eines bösen Buben den Bienenschwarm, sondern er hat viele ihr wirkliches oder vermeintliches Talent zum Journalismus und zur Schriftstellerei erst entdecken lassen. Er hat sogar ein paar Dichter gezeitigt. Vielleicht wenn Zeitungen und Zeitungsmenschen nicht oder anders gewesen wären, so wäre kein Krieg entstanden. Vielleicht wenn Zeitungen und Zeitungsmenschen nicht oder anders wären, hätte man noch Vertrauen zu den Zeiten, die kommen sollen. Kein Zweifel, daß der Einfluß der Presse, ihrer Leiter, Besitzer und großen Federn in unserem Zeitalter ins Furchtbare gestiegen, daß diese eine Macht geworden ist, die Welten wandeln, Wahrheit in Lüge und Schuld in Unschuld umformen kann, wenn sie sich schart und vom Einzelwesen zum Heere wird.

Die jungvergangenen Jahre haben uns seltsame Dinge schauen lassen in der Welt, die schreibt und liest. Die Presse hat unsägliches Unglück über die Welt gebracht. Man möchte ihr fluchen, hätte sie nicht eine überwältigende Entschuldigung für ihre Sünden in ihrer Menschlichkeit und wäre nicht unser Menschentum allein der Urgrund alles Unheils, läge in ihm nicht die Tragik der Völker und Welten.

Die Schriftsteller und Journalisten führten den Krieg für sich. So viel Blutströme die Waffen der Heere entfesselten, verglichen mit ihnen waren die schwarzen Tintenfluten, die während des Krieges flossen, Meere. Ich will nicht von den Fehden sprechen, die in den Zeitungen um Schuld und Beginn des

Digitized by Google

Krieges geführt wurden, nicht von der Blindheit und Verblendetheit vieler, die sie führten, ich will nicht tadeln, daß die Schilderungen von Selbsterlebnissen aus Vorkriegszeit, Schlacht, Gefangenenlager, Not und Hungertagen dermaßen überbordet haben, daß man sich von ihnen abwendet wie von dem einem leidgewordenen Trank; aber ich will sagen, wie mich die Verachtung schüttelt, wenn ich die Anklagen, die selbstgerechten Urteile, die großkleinen Ratschläge lese, die Männer wider ihr eigenes Vaterland in Zeitungen und Büchern niederlegen, Männer, die dieses Vaterland während des Krieges verlassen haben oder verlassen mußten. Die eigene Haut brachten und hielten sie sorglich in Sicherheit und warfen sich zu Richtern auf, als sie selbst sich vor den Armen des Gerichts sicher wußten. Sie kommen mir vor wie der Mensch, der vom sicheren Ufer aus den schiffbrüchigen, mit den Wellen kämpfenden Bruder schmäht: Warum bist du hinausgefahren! Ich weiß nicht, wer mir lieber ist, der Spion, der um Geld die Heimat verkauft, oder sie, die die Geschäfte der Heimatfeinde besorgen, weil es ihrem Beutel, ihrer Eitelkeit und Rachsucht oder nur ihrem Besserwisserdünkel wohlbekommt. Ich will aber auch sagen, daß ein anderer Zorn mich noch bedrängt. Es sind in diesem Kriege eine Anzahl Dichtungen entstanden, furchtbar in ihrer Wirklichkeitstreue, groß in ihrer Wahrheitsleidenschaft, die den Haß zeigt in seiner Lasterhaftigkeit, den dumpfen Gehorsam des Tötenden in all seiner ruchlosen Dummheit, den Schrecken der Schlachtfelder mit all seinem nervenzerreißenden Grauen. Auch sie sind Anklagen gegen den Würger Krieg, entstanden vielleicht aus edeln Beweggründen, und sind doch verlogen in all ihrer Wahrhaftigkeit, klein in ihrer Wut gegen die Wut; denn sie verschweigen oder vergessen jenen Rest von Göttlichkeit, der allem Menschlichen anhaftet, und daß die Natur oft verklärt, was der Mensch verwüstet. Sie schildern den goldenen Abschied des Tages nicht, der seine heilige Schönheit über das Blutfeld gießt und an Milde nichts verliert, so viel Elend er bescheint, sie sagen nicht, daß viele, die da liegen, auszogen, nicht im Gefühl, Brüder erschlagen, sondern den Heimatboden, ihr und der Ihrigen Zuhause schützen zu müssen, daß viele den dumpfen Gehorsam nicht als Last und Narrheit empfanden, sondern als Pflicht und Schicksal, daß sie die Zähne zusammenbissen, gehorchten und trugen, weil sie wußten, daß, die befahlen, auch nur Werkzeuge waren wie sie, Werkzeuge des Schicksals, Werkzeuge des Unabänderlichen. Und hier komme ich zu dem Beweggrund dieser meiner Äußerungen überhaupt: Unserem Schrifttum von heute mangelt wie der Welt das Wohlwollen, der Wille, zu verstehen, die Milde, zu verzeihen.

Ich weiß, nun werden viele lächeln; denn wir Leute von heutzutage, wir Überklugen und in allen Weisheiten Geschulten, wir haben die Kritik, den geistvollen Witz, den niederreißenden Tadel zu unseren Götzen gemacht. Das Schwache töten, das Unklare zum Unsinn stempeln, den Irrtum Verbrechen nennen, das ist uns Gewohnheit. Daß im Schwachen doch noch ein Aufflackern von Kraft sein könnte und ein Ringen nach Klarheit im Ver-

Digitized by Google

wirrten, ein Suchen nach Wahrheit im Irrtum, das zu erkennen haben wir nicht Zeit und nicht Geduld. Es ist ja so vieles gut, so vieles vollkommen, daß man sich beim Halben und Unvollkommenen nicht mehr aufzuhalten braucht. Und dennoch, im Ausgang dieses Krieges, in der Umwälzung alles Bestehenden scheint mir die Mahnung zu liegen, umzulernen. Diese Mahnung gilt denjenigen vor allen, die sich zur Stimme der Welt machen, den Leuten der Feder. Ich lese die Besprechungen der Theateraufführungen, der Gemäldeausstellungen, der Musikveranstaltungen. Sie widerhallen von Hohn, sie gefallen sich in geistvollem Belächeln, sie lodern vor Zorn wider die Rückständigen, denen das Edle noch über das Nochnichtdagewesene geht. Sie fordern auf zur Jagd nach dem Neuen, dem Unerreichten, unacht, daß sie zum Haschen nach dem Paradoxen, nach dem Unerreichbaren verleiten. Sie haben viel Gefolgschaft. Einer überhastet den anderen. Sie reißen den edlen Griechenkörper von seinem Sockel und stellen die Mißgeburt hinauf, wahr bis zur Warze neben der eingedrückten Nase. Sie stürzen den Heiland der Güte im Bilde, im Liede, im Buche, und sie setzen den Rachegott, den Strafgott, den Teufel und den Narren an seine Stelle. Diener der Künste gehen diese Wege, Führer der Völker stürmen sie einher. Einst predigten von den Kanzeln Boten des verzeihenden, mahnenden, aufrichtenden Himmels. Nun steigen Boten des Volkes an ihre Stelle. Sie predigen mehr von dessen äußerer, als von seiner inneren Not; denn es ist dankbarer, den Gläubigen von einem besseren Los auf Erden schon, denn von einem ungewissen Heile nach dem Tode zu sagen. Sie rufen „wehe" über die Armut und „kreuziget sie" wider die Besitzenden, denn sie haben den gerechten Zorn. Daß ihnen ein wenig Wohlwollen fehlt, wer mag daran denken? Daß sie ein wenig der Erkenntnis ermangeln für die Opfer, die der Reiche bringt, die Wohltaten, die er schweigend tut, den Schweiß einer Lebensarbeit, der an manchem Besitze klebt, wer fragt danach? Vielleicht mag der Prediger Blindheit sich erzeigen, wenn die bemitleidete, aus ihrer Genügsamkeit aufgepeitschte Armut mit ihren Forderungen die Quellen des Besitzes erschöpft hat, wenn die Räder stillestehen, deren Rollen sich nicht mehr lohnt, die Betriebe lahmgelegt sind, deren Erträgnisse nur eben noch reichten, die Arbeiter zu löhnen.

Aber da sind auch die Leiter der Reiche. Nie wie in den letztvergangenen Jahren übten sie mit Menschenhänden Göttergewalt. Viele nun sind da, die sich Sieger nennen, denen ihr Volk zujubelt, weil der Zufall ihnen günstig war und ihres Landes Sache hochgetragen. Sie schreien hurra über die Besiegten; sie zetern über die Verworfenheit der Unterlegenen. Sie blähen sich auf in Selbstüberhebung und brennen von Haß und Rache. Kein Rest von Güte ist ihnen geblieben, kein Körnlein Wohlwollen, kein Schimmer von Erbarmen. Ihre Reden, ihre Beschlüsse, ihre Taten werden zur Schrift. Völker lesen sie, Völker werden gelehrt und geleitet von dem, was sie sprechen und schreiben, die Machthaber, die Volks-

Digitized by Google

führer, die Diener am Wort und die Künstler und Könner. Diese Völker gedenkt man nun zu einem Friedensbunde zu einen. Törichtes Beginnen! Von außen will man den Frieden zutragen. Zwingen will man zum Frieden, glauben, daß diejenigen ihn für gültig beschwören, die jetzt kriegsmüde, kriegsverschüchtert sind. Törichtes Beginnen! Der Friede muß gebaut werden auf zahllosen Grundsteinen, wenn er halten soll. Er muß gebaut werden aus Millionen von Menschenherzen heraus, und sollen sie Friedenshüter und -halter sein, so müssen sie selber den Frieden haben. Auch diesen freilich müssen sie empfangen von ihren Führern, den Trägern der Gewalt, den Dienern am Worte, den Geweihten der Kunst, vor allem den zahllosen Leuten der Feder. Weil aber solcher so viele sind, braucht es nur wenig, um sie stark zu machen.

Nur ein wenig Menschenliebe!

Ein wenig mehr Verzeihung, Geduld und Vertrauen predigen, ein wenig mehr Sonne der Güte scheinen lassen in den Büchern und Schriften. Zufriedenheit geben den Armen, Geduld den Strebenden, Mut dem, der rang und unterlag. Das ist es, was nottut. Wer im nebligen Alltag lebt, bedarf der Schönheit mehr als der Wahrheit. Wer krank ist, gewinnt weniger durch die Belehrung, weshalb er es ist, als durch die Hoffnung, daß er gesunde, oder die Mahnung, daß Sonne auch noch in sein Leidenszimmer fällt. Es gilt den Hassern zu sprechen von der Kürze des Lebens und der Nähe der Ruhe, da alles Feuer verlöscht. Es gilt zu reden den Neidern von der Last der Beneideten. Gut ist's zu sagen von der Eitelkeit alles Irdischen, aber es sei nicht vergessen, des Lebens wundersame Wunder zu rühmen, und daß ein köstlicher Tag Monde der Last aufwiegen kann. Die Erde ist weit und gibt Raum für alle. Das Leben ist reich jedem, der unter sich schaut und nicht ewig nach den Glücksbergen der anderen.

Es wäre eine Heilandstat, wenn einer wieder Zufriedenheit und Stille trüge in die menschliche Seele. Dazu aber ist jeder berufen, der sich zum Sprecher macht vor allem Volk in Buch und Wort. Und jeder baut mit am Frieden der Welt, der eine Säule ihm aufrichtet, einen Stein ihm fügt — einen genügsamen Menschen.

Der Kurs der deutschen Kriegsanleihe

Ueberraschend lange hat sich der Kurs der deutschen Kriegsanleihe recht nahe am Emissionskurs gehalten. Noch nach dem Zusammenbruch war die Anleihe über 90 Prozent am freien Markt zu verkaufen. Erst die allerletzten Wochen haben die den Fachmann nicht sehr überraschende scharfe Abschwächung gebracht. Ereignisse, wie die Unterbrechung der Waffenstillstandsverhandlungen in Spa, die geradezu grotesken Entschädigungsansprüche der Entente, welche von Deutschland unmöglich erfüllt werden können, und schließlich die unsichere Lage im Innern, Streiks und Aufstand, blieben nicht

Digitized by Google

wirkungslos. Und so ist der Kurs Anfang März in Berlin zeitweise bis auf etwa 82 Prozent gefallen.

Es liegt auf der Hand, daß eine weitere starke Abschwächung dieses Kurses recht erhebliche Gefahren in sich bergen könnte. Es sei nur daran erinnert, daß nicht nur Privatpersonen Kriegsanleihen besitzen, denen der Kurs an und für sich recht gleichgültig sein kann, solange sie nicht zum Verkaufe schreiten müssen und die Zinsen erhalten, sondern daß daneben in außerordentlich bedeutendem Umfange unsere Banken, namentlich aber auch die Sparkassen und Genossenschaften ihre Gelder auf diese Weise angelegt haben, und daß ein allzuniedriger Kurs ganz heikle Probleme für diese öffentlichen Anstalten bringen könnte. Deshalb muß alles geschehen, um der Entwertung entgegenzutreten.

Kann hier etwas geschehen und was? Das Nächstliegende, der Hinweis auf das Unpatriotische eines Verkaufs der Kriegsanleihe im jetzigen Augenblick, wird wohl kaum große Erfolge haben, denn die Menschen sind egoistisch, und die meisten werden nur an sich selbst denken. Schon mehr Aussicht auf Erfolg hätte vielleicht der Hinweis darauf, daß erfahrungsgemäß das große Publikum immer im allerfalschesten Augenblick verkauft und sich gewöhnlich zu den Kursen seiner Papiere entledigt, die gerade gut genug sind, um schlaueren und geschäftsgewandteren Kreisen Gelegenheit zu geben, billig, auf Kosten jener Verängstigten sich Papiere zu kaufen. Aber auch dieser Ratschlag wird nicht gerade durchschlagende Kraft besitzen, und deshalb muß man nicht mit Predigten kommen, sondern der Finanzpolitiker muß sehen, ob nicht nüchterne Maßnahmen zur Verhütung des weiteren Kursrückganges Aussicht auf Erfolg haben, und derartige Möglichkeiten sind wohl gegeben.

Da sei zunächst darauf hingewiesen, daß bisher die deutsche Kriegsanleihe, ebenso wie die meisten anderen unserer Staatspapiere insofern eine ewige Schuld darstellen, als nirgends geschrieben steht, wann der Staat die eingegangenen Schulden tilgen muß. Das aber bringt für den Kapitalisten beispielsweise ein Moment der Unruhe, denn die Geschichte hat gezeigt, daß die besten Papiere bei einem Anziehen der Zinsrate allmählich im Kurs stark zurückgehen und so den Besitzern schwere Schäden bringen können. Ganz anders ist das bei einem Papier, das in einem gewissen, wenn auch noch so ausgedehnten Zeitraum getilgt werden muß. Ein Studium des Kursblattes zeigt denn auch, daß rückzahlbare Papiere immer höher steigen als untilgbare, die sonst die gleiche Qualität aufweisen. Darum müßte sich unsere Finanzverwaltung ernstlich überlegen, ob sie nicht nachträglich eine gewisse Tilgung für die Kriegsanleihe vorsehen könnte, was sie um so eher tun könnte, als ja ohnehin auf die Dauer das Reich eine derartige Schuld nicht wird verzinsen können und wollen. Da aber andrerseits gerade die nächsten Jahre so außerordentlich schwere Lasten auf die Schultern der deutschen Staatsbürger legen werden, so kann in der allernächsten Zeit an eine Tilgung noch nicht gedacht werden. Wie wäre es aber, wenn man heute schon festsetzen würde, daß nach Ablauf von fünf oder zehn Jahren, wenn also das Allerschlimmste voraussichtlich überstanden ist, mit einer allmählich anschwellenden Amortisationsquote eine Tilgung begonnen würde? Wir sind überzeugt, daß eine derartige Maßnahme für den Kurs der Kriegsanleihe nur günstig sein könnte.

Neben dieser, notwendigerweise erst in der Ferne liegenden Wirkung könnten aber auch Maßnahmen getroffen werden, die unverzüglich eine günstige Wirkung auslösen könnten. Wir denken hier an einen Weg, das allzu große Angebot der Kriegsanleihe zu verringern: Heute ist es bereits so weit gekommen, daß weite, verängstigte Kreise sich ihres ganzen Besitzes an Kriegsanleihe entledigen. Es gibt ein Mittel, um das unmöglich zu machen. Bekanntlich werden in absehbarer Zeit aller Voraussicht nach sehr bedeutende Vermögensabgaben in Kraft treten. Diese Vermögensabgaben werden, wie schon feststeht, zur Hälfte in Kriegsanleihe entrichtet werden müssen. Das hat die

Digitized by Google

Regierung bereits deutlich angekündigt, und diese Ankündigung hat seinerzeit bereits günstig auf den Kursstand gewirkt. Die Regierung hat aber noch nicht gesagt, wann diese Abgabe erfolgt. Sie könnte nun mit einem Schlag die Wirkung dieser Maßnahme auf den Anleihekurs in einer sehr fühlbaren Weise geltend machen, indem sie einfach bestimmen würde, daß nur demjenigen bei der Vermögensabgabe einzureichende Kriegsanleihen zum Nominalwerte angerechnet werden, der die Stücke heute schon bei irgendeiner öffentlichen Stelle, sei es nun bei der Steuerbehörde oder bei der Reichsbank, einreicht. Dadurch werden die Besitzer von Kriegsanleihe außerstand gesetzt, ihre Anleihen in dem Maße wie bisher an den Markt zu werfen, denn sie würden ja das Verfügungsrecht über diesen Besitz verloren haben. Natürlich müßte zur Erleichterung dieser Aufgabe das Reich heute schon festsetzen, in welcher ungefähren Höhe die Vermögensabgaben geplant sind. Eine derartige Bekanntmachung dürfte um so weniger auf Schwierigkeiten stoßen, da es sich ja nur um eine ganz unverbindliche, einstweilige Bekanntmachung handelt. Würden später die Abgaben höher, so könnten ja zusätzliche Einzahlungen später noch erfolgen; würden sie niedriger, so könnten die betreffenden Besitzer die bei den öffentlichen Stellen eingereichten Stücke wieder zurückerhalten. Kurz und gut: Wir versprechen uns von dieser Maßnahme ein Aufhören des zurzeit sehr bedrohlichen großen Verkaufsdranges von Kriegsanleihe und damit auch eine Beruhigung aller jener Kreise, die heute wegen des Kursrückganges der Kriegsanleihe sich mehr oder weniger aufregen.

E. K.

Literarische Berichte

Das Gesetz der Serie. Eine Lehre von den Wiederholungen im Lebens- und im Weltgeschehen. Von Paul Kammerer. Mit 8 Tafeln und 26 Abbildungen im Text. Geheftet M. 20.—, gebunden M. 22.50. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Paul Kammerer, der ausgezeichnete Wiener Biologe, betritt mit dem vorliegenden Werk ein Gebiet, das für die wissenschaftliche Forschung und somit auch für sein eigentliches „Fach" noch jungfräulicher Boden ist. Den Zugang zu diesem Neuland findet jedoch der Gelehrte großenteils von seinen eigenen bisherigen Studien aus, von Tatsachen und Theorien, die dem Bereich der Biologie angehören; und schon das deutet darauf hin, daß der Gegenstand seiner Untersuchungen, wie er ihn ansieht und formuliert, doch eigentlich allen Wissensgebieten nicht sowohl gleich fern, als gleich nahe liegt. Gleich nahe, denn er kehrt eben überall wieder, aber nicht bloß im Reich der Wissenschaft, sondern vor allem auch im täglichen Leben. Es handelt sich um die Tatsache, daß „gleichartige und ähnliche Ereignisse sich gern wiederholen — daß sie häufig mehr als einmal, zwei- oder dreimal eintreten". Man hat für diese ja längst anerkannte Tatsache die Bezeichnungen „Gesetz der Serie", „Duplizität der Fälle" geprägt; Kammerer selbst fand für sich den ersteren Ausdruck, ohne zu wissen, daß auch andere ihn schon angewandt hatten; statt „Duplizität der Fälle" schlägt er richtiger vor, von „Multiplizität der Fälle" zu sprechen. Im allgemeinen wird der Mensch geneigt sein, bei solchen Wiederholungen vom „Zufall" zu sprechen, gleichzeitig aber irgendwelche mehr oder weniger mystische Zusammenhänge anzunehmen. Da ist es nun Kammerers „Ziel und Vorsatz, nicht bereits erhellte Dinge mit einem mystischen Schleier zu bedecken, sondern bisher okkulte Dinge von Mystik zu befreien". Nach dem Gesetz der „Serie" also sucht der Gelehrte; indem er alle Gebiete des täglichen Lebens wie der Wissenschaft nach Beispielen von Multiplizität der Fälle durchforscht, strebt er aus der Fülle des so erhaltenen Materials von Erscheinungen eine überall wirksame Grundtatsache herauszulösen. Er betont dabei aber, daß ihm „das Aufstellen jedweden Dogmas, das Aussprechen jeder Art von apodiktischer Behauptung vollkommen ferne liegt", daß er „zur vorurteilslosen Prüfung einer anspruchslosen Gedankenreihe" anregen will. Aus diesem Streben nach Objektivität ergeben sich die methodologischen Vorzüge des Werkes, das überall zum Selbstprüfen und Weiterdenken anregt; außerdem aber verdanken wir dieser Objektivität die Zuverlässigkeit, mit der die ungeheure Fülle des Materials zusammengetragen wird und mit der die wissenschaft-

Digitized by Google

lichen Theorien und Lehrgebäude anderer in knappen Zügen dargestellt werden, so daß der stattliche Band fast zu einem Kompendium moderner Naturbetrachtung und Naturphilosophie wird.

Geschichte der freien Stadt Frankfurt a. M. 1814—1866. Von Richard Schwemer. 3 Bände. Frankfurt a. M., Joseph Baer & Co.

Der Verfasser, ein Frankfurter Gelehrter, hätte seine im Auftrage der städtischen historischen Kommission zu Frankfurt a. M. unternommene Arbeit nicht gelegener zum Abschluß bringen können, als jetzt. Die Geschichte der Stadt Frankfurt a. M. von der Wiedererlangung der Freiheit nach dem Ablauf der französisch-mainzischen Herrschaft bis zum Verlust durch die preußische Annexion muß ganz besonderes Interesse erwecken in einem Augenblick, wo nicht nur die Umgestaltung Deutschlands als Ganzes, sondern auch diejenige seiner Teile und seine Einteilung im Innern erneuert zur Erörterung gestellt wird. Man kann die damit verbundenen Probleme in den Geschicken der alten Reichs- und Krönungsstadt im Ausschnitt beobachten und studieren.

Der Verfasser hat die geschichtlichen Ereignisse mit nicht gewöhnlicher Genauigkeit dargestellt, wie sich dies schon aus dem starken Umfange des Werkes im Verhältnis zur kurzen behandelten Zeit ergibt. Die Darstellung ist überaus klar und deutlich und von bemerkenswerter Objektivität. Vielleicht ist der Verfasser in dieser Hinsicht etwas allzu ängstlich gewesen. Wir ziehen die alte Schule vor, die dem Gegenstand eine wärmere Behandlung zuteil werden läßt, und indem sie Phantasie und künstlerische Darstellung nicht ganz ausschaltet, vielleicht dem wahren Wesen der behandelten Ereignisse näherkommt als der kühl über der Sache stehende und, wir möchten sagen, nach mathematischer Methode arbeitende Erzähler. Bei dieser Tendenz des Verfassers soll es ihm doppelt anerkannt werden, daß er in einem bereits vor der Revolution erschienenen Werk bei der Darstellung des schließlich zum Verlust der Freiheit führenden Konfliktes mit Preußen den inneren Beweggründen des durchaus südwestlich und freiheitlich gerichteten Frankfurter Bürgertums volle und freimütige Gerechtigkeit hat zuteil werden lassen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere auch soweit sie mit den so wichtigen Fragen der verschiedenen Zollvereine in Zusammenhang stehen, sind überall sorgfältig berücksichtigt. Bei Darstellung der gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse hätten wir manchmal größere Ausführlichkeit gewünscht, doch ist auch dies vielleicht ein Ausfluß der ganzen geschichtlichen Methode des Verfassers. Das benutzte Material ist außerordentlich reich und vielfach zum ersten Male bearbeitet. Die Quellen sind nicht nur ausführlich angegeben, sondern der Schluß eines jeden Bandes erhält dankenswerte wörtliche Auszüge aus ihnen. Da Frankfurt am Main und Deutschlands Geschicke unlöslich miteinander verbunden waren und somit eine Darstellung des letzten Jahrhunderts von Frankfurts Freiheit alle wirtschaftlichen und politischen Fragen, die zur gleichen Zeit Deutschland berührten, mit darstellen mußte, so wird das Studium des Werkes auch dem wertvoll sein, den nicht die persönliche Liebe zur alten Freistadt auf das Werk hinweist. Auch er wird sich durch das Studium reichlich belohnt fühlen.

Dr. A. L.

Weltanschauungsfragen. Von Paul Menzer. Stuttgart, Ferdinand Enke.

Der Verfasser, Professor der Philosophie in Halle, will die allgemeinen Formen beschreiben, in denen sich die Bemühung um eine Weltanschauung entwickelt hat und in denen der heute lebende Mensch eine Lebensanschauung zu gewinnen versucht. Da philosophische Weltanschauung ein Denken der Welt in Begriffen ist, so werden Begriffe wie der des Gegensatzes, des Wechsels, der Ursache, des Sollens auf ihren Wert für die Weltanschauungsbildung hin geprüft; vortrefflich ist, was über die Bedeutung des geschichtlichen Bewußtseins für den modernen Menschen und über das Verhältnis des Einzelnen zur Masse gesagt wird. Der Verfasser findet den Charakter des modernen Menschen bestimmt durch die Zunahme des Wissens überhaupt und des Wissens an sich. Die Nachteile dieser Bedingtheit sind ihm klar, und mit besonderer Ausführlichkeit erörtert er die innere Lage des gegenwärtigen Deutschen, wie sie während des Krieges entstanden ist. Dennoch glaubt er die bekannte Frage: Was uns Kant sein kann? dahin beantworten zu dürfen, daß Kants Geist in uns lebendig ist und sein soll als der Geist strenger Pflichterfüllung. Hoffen wir, daß es wieder einmal so sein wird!

D.

Wilhelm Ohr. Zum Gedächtnis. Gotha, Friedrich Andreas Perthes A.G. M. 2.50.

Im Juli 1916 ist Dr. Wilhelm Ohr im Westen gefallen. Das Andenken des freistudentischen Führers und Organisators, des Historikers, des politischen Erziehers, des Freundes der Frauenbewegung, des Soldaten und des Menschen in Gedenkblättern und Aufsätzen zu feiern, haben sich Horneffer, Naumann, Spymank u. a. zu

Digitized by Google

diesem Buche zusammengetan. Ohrs Persönlichkeit, Leben und Arbeit erscheinen wie ein Durchschnitt durch alle geistigen Bewegungen der letzten zehn Jahre; das gibt dieser Gedenkschrift Wert und Wirkung über die Einzelpersönlichkeit des Verewigten hinaus. J.

Dr. Joh. Nepomuk Sepp (1816—1909). Ein Bild seines Lebens nach seinen eigenen Aufzeichnungen. 1. Teil. Regensburg, Manz.

Das Buch ist reich an geschichtlich und kulturgeschichtlich wertvollen Einzelheiten. Interessant ist auch der ganze Lebensgang des Schülers von Görres, des Mitgliedes der Frankfurter Nationalversammlung und später des Zollparlaments. Größere Sorgfalt in Auswahl und Darstellung würde allerdings den wissenschaftlichen und ästhetischen Wert des Werkes noch erhöhen.

Von berühmten Zeitgenossen. Lebenserinnerungen einer Siebzigerin. Von R. Braun-Artaria. Mit zwei Bildern der Verfasserin nach den Originalen von Franz v. Lenbach und Anselm Feuerbach. Dritte, unveränderte Auflage. München, C. H. Beckſche Verlagsbuchhandlung, Oskar Beck, 1918. 215 S. Geb. M. 5.50.

Die Verfasserin hat nicht nur das Glück gehabt, von Jugend an mit bedeutenden Menschen in freundschaftlichem Verkehr zu stehen, sie hat auch alles, was ihr in einem siebzigjährigen Leben begegnet ist, so scharfsinnig beobachtet, mit so liebevollem Gedächtnis bewahrt und so fesselnd mitgeteilt, daß ihr Buch Genuß bereiten würde, auch wenn die dargestellten Zeitgenossen weniger berühmt wären. Von Scheffels Herzensangelegenheiten erzählt sie, indem sie dabei Boerschels wenig erfreuliches Scheffelbuch „Eine Dichterliebe“ berichtigt, von Frau Feuerbach und ihrem großen Sohn Anselm, von dem Professorenleben in Tübingen, vom Münchener Dichter- und Malerkreis, vom Anfang der Schack-Galerie, von Heyse, Wagner, Lenbach, von Bayerns politischer Haltung im Kriege 1870/71, von Begegnungen mit Döllinger, endlich von dem Maler Otto Greiner, dem sie wie manchem andern eine fördernde Gönnerin war. Überall spricht aus diesen Blättern tiefe Menschen- und Weltkenntnis. Sie sind von anspruchsloser Schlichtheit und doch berechtigt, auf weitgehende Beachtung und Wertschätzung Anspruch zu machen.

H. Brömse.

Der Briefwechsel zwischen Paul Heyse und Theodor Storm. Herausgegeben und erläutert von Georg J. Plotke. 2. Bd., 1881—1888. Mit 4 Abbildungen in Kupferdruck. München, J. F. Lehmann. Geh. M. 5.50, geb. M. 7.—.

Auf den ersten Band des Heyse-Stormschen Briefwechsels ist an dieser Stelle schon gebührend hingewiesen worden. Der zweite Band zeigt die beiden Freunde in noch engerem, herzlicherem Verhältnis; und die Freude Storms vor allem an episch behaglichem Schildern des Lebens in der Familie und mit der Natur, die weltmännische Liebenswürdigkeit und echte Güte Heyses sichern so den Briefen, die uns bis zu Storms Tode führen, in wachsendem Maße den schönen Gehalt an Reinmenschlichem. Die literarhistorische Ausbeute ist nicht minder reich: nicht nur, daß die beiden Freunde einander über ihr dichterisches Schaffen auf dem laufenden erhalten — indem sie auch mit männlicher Offenheit der eine des andern Werke besprechen, enthüllt jeder von ihnen ein tüchtiges und lehrreiches Stück seiner angewandten Aesthetik. Daß sich dabei oft recht bedeutende Meinungsverschiedenheiten ergeben, erhöht natürlich das Leben und den Reiz der Briefe: solche freundschaftlich durchgefochtene Differenzen ergeben sich besonders, als Storm auf Heyses Bitte seine Meinungen und Vorschläge für eine Auswahl der Heyseschen Gedichte dem Münchener Freund zukommen läßt. Dabei zeigt sich wieder, daß Storms Auffassung von „reiner Lyrik“ viel zu eng und persönlich ist — so streng ist übrigens Storms Maßstab, daß vor ihm selbst Storms eigene Lyrik bei weitem nicht überall bestehen könnte. Nicht minder interessant sind die Urteile der beiden Briefwechselnden über andere zeitgenössische Dichter und Dichterwerke, wie C. F. Meyer, W. Jensen, Wildenbruch; am öftesten begegnet uns da Gottfried Keller, der bekanntlich mit beiden in persönlicher Freundschaft und Korrespondenz stand. Unterdes ist ja nun auch der Briefwechsel Heyse-Keller erschienen; verglichen mit der Breite der erläuternden Zwischenreden, in denen Kalbecks Editorentätigkeit sich allzu stark bemerkbar macht, erscheint die knappere Fassung der Erläuterungen Plotkes taktvoll und wohltätig. Georg J. Plotke hat die Fertigstellung dieser von ihm mit so viel Liebe besorgten Arbeit nur eine ganz kurze Zeit überleben sollen; im besten, schaffensfrohesten Mannesalter ist er seiner Tätigkeit entrissen worden. —y—

Digitized by Google

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Alter, Innius, Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode. München, J. F. Lehmanns Verlag. Geh. M. 3.—.

Baumgarten, Otto, Prof. D., Die Schuld am deutschen Zusammenbruch. Tagebuchblätter eines höheren preuß. Verwaltungsbeamten. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Geh. M. 1.50.

Bernstein, Eduard, Völkerbund oder Staatenbund? Berlin W 10, Paul Cassirer. M. 1.50.

Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft. Herausgeber Prof. Dr. Franz v. Mammen. Heft 50: Schuchardt, Dr. Ottomar, Der Mitteleuropäische Staatenbund. M. 1.—. Heft 51: Heß, Walter, Das Papier im Kriege. M. 2.—. Heft 53: Herre, Paul Dr., Professor der Geschichte an der Universität Leipzig, Bismarcks Staatskunst. M. 1.—. Heft 54: Klopfer, Volkmar, Dr., Die Verbesserung des Brotes durch Ausschließung der Kleie und Verbesserung des Backverfahrens. M. 1.—. Heft 58: Großmann, H., Dr. Professor, Rohstoffkrieg oder Wirtschaftsfrieden? M. 2.—. Dresden und Leipzig, „Globus", Wissenschaftl. Verlagsanstalt.

Calwer, Richard, Produktionspolitik zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Berlin-Zehlendorf-W, Zeitfragenverlag Hermann Kalkoff. Geh. M. 2.—.

Das neue Reich. Perthes' Schriften zum Weltkrieg, neue Folge. 4. Heft: Lynkeus, Wilhelmstraße und Kapitol 1914—1918. Gotha, Friedrich Andreas Perthes. M. 1.20.

Eucken, Rudolf, Was bleibt unser Halt? Ein Wort an ernste Seelen. Leipzig, Quelle & Meyer. M. 1.—.

Flanderns wirtschaftliche Selbständigkeit. Von Liederik. Deutsch von J. H. Roß. Stuttgart, J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung. Geh. M. 6.—.

Gawronsky, Dimitry, Die Bilanz des russischen Bolschewismus. Berlin, Paul Cassirer. Geh. M. 2.50.

Jaffé, Edgar, Prof. Dr., Die Finanz- und Steueraufgaben im neuen Deutschland. München, Duncker & Humblot. M. 1.20.

Kautsky, Karl, Demokratie oder Diktatur? Berlin, Paul Cassirer. Geh. M. 2.—.

Meyer, Dr. Hermann, Frankreichs Kampf um die Macht in der Welt. Tübingen, J. C. B. Mohr. M. 2.—.

Natorp, Paul, Hermann Cohen als Mensch, Lehrer und Forscher. Marburg, N. G. Elwertsche Verlagsbuchhandlung. 90 Pf.

Pannwitz, Rudolf, Deutschland und Europa. Grundriß einer deutsch-europäischen Politik. Nürnberg, Verlag Hans Carl. M. 3.—.

Ruland, H., Dr., Geh. Justizrat, Elsaß-Lothringen und die internationale Lüge. Mit 8 Karten. Freiburg i. Br., J. Bielefelds Verlag. Geh. M. 1.—.

Schallmayer, Dr. Wilhelm, Vererbung und Auslese. Grundriß der Gesellschaftsbiologie und der Lehre vom Rassedienst. 3. umgearbeitete und vermehrte Auflage. Jena, Gustav Fischer. M. 15.—.

Tempelhoff, Henny v., Mein Glück im Hause Ludendorff. Eine Familiengeschichte. Berlin, Verlag August Scherl, G. m. b. H. Geb. M. 5.—.

Tischer, Gerhard, Elsaß. Ein Weihespiel für das deutsche Volk in fünf Aufzügen. München, J. F. Lehmanns Verlag. Geh. M. 2.50, geb. M. 4.—.

Unser Weg 1919. Ein Jahrbuch des Verlags Paul Cassirer. Mit Abbildungen. Berlin, Verlag Paul Cassirer.

Vorträge der Gehe-Stiftung zu Dresden. Bd. IX. Heft 4. Ueber die Zusammenhänge zwischen äußerer und innerer Politik. Von Prof. Dr. Hermann Oncken. Leipzig, B. G. Teubner. M. 1.—.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Übersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

Optimismus und Pessimismus

Gedanken zur Psychologie unseres politischen Lebens

Von

Professor Dr. R. Gaupp (Tübingen)

Deutschland ist besiegt, das Deutsche Reich ist zusammengebrochen, liegt wehrlos am Boden. Das Werk Bismarcks ist vernichtet. Die Zukunft des Volkes ist aufs schwerste gefährdet. Gram, Zorn und Verzweiflung suchen nach dem Schuldigen an dem unermeßlichen Elend, das über uns gekommen ist. Die Revolution, aus Überdruß und Empörung der Matrosen und Soldaten hervorgegangen und dann von politischen Parteien für ihre Ziele verwertet, hat über Menschen und Einrichtungen ihr vernichtendes Urteil gesprochen. Maßgebend für dieses Urteil war in erster Linie der militärische Mißerfolg. Trat er nach all den Qualen und Verlusten eines mehr als vierjährigen Krieges ein, so konnte die Verdammung der Führer und Lenker des Volkes nicht ausbleiben. Hätte Ludendorff gesiegt und der rücksichtslose U-Bootkrieg England und Amerika zum Frieden gezwungen, so wäre die monarchische Staatsform geblieben, und das Volk würde wohl mit Jubel die Männer begrüßt haben, die heute der Verdammnis unterliegen. Es bedarf keiner großen historischen Bildung, um diese Sachlage anzuerkennen. Der Erfolg entscheidet im Urteil der Menschen, zwar nicht für alle Zeiten, aber für die Bewertung der gegenwärtigen Stunde. Die sittliche Empörung über die Grausamkeiten der Kriegführung, über die Fehler des Militarismus, über die Verwilderung und Verrohung des Volkes, über die Verlogenheit der Presse bestand wohl schon vor dem endgültigen Zusammenbruch; aber sie war keine öffentliche Macht, sondern nur ein heimliches Feuer, dessen Glut erst durch den politischen und militärischen Mißerfolg angefacht wurde. Nun, nachdem die Katastrophe hereingebrochen ist und wir am Abgrund stehen, droht dieses Feuer im Sturmwind der Leidenschaft alles zu versengen, was einst groß und wertvoll erschien. Das sittliche Pathos, das reinen Quellen entstammte, wird zur widerlichen öffentlichen Selbstbeschmutzung und verbindet sich mit unsittlichen Instinkten zum vermeintlichen Recht auf Zerstörung der bisherigen Grundlagen unserer ganzen Kultur.

Der Kenner menschlichen Seelenlebens ist von diesem Gang der Dinge nicht überrascht. Mit tiefem Schmerz haben wir in den letzten vier Jahren

Copyright 1919 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

beobachten müssen, wie wenig psychologische Fähigkeit in unserem Volke vorhanden ist; sonst wäre all dies längst vorausgesehen worden, und das schlimmste Unheil wäre uns erspart geblieben. Hätte nicht das Verständnis fremder Denk- und Fühlweise in Deutschland völlig gefehlt, so wären Torheiten, wie die falsche Beurteilung des amerikanischen Kriegswillens und seiner starken seelischen Triebkräfte unmöglich gewesen. In ungeahntem Maße war in Deutschland das Urteil von echten und von künstlich erzeugten Stimmungen abhängig, und nie ist wohl in der Weltgeschichte die Wahrheit des Satzes klarer erwiesen worden, daß der Mensch das glaubt, was er hofft. Das stimmungsgemäße Denken hat alle Kritik, alle Sachlichkeit an die Wand gedrückt; der menschliche Verstand wurde zum willenlosen Sklaven der leicht erregbaren Gefühle, der rasch sich wandelnden Stimmungen. Wohl lagen natürlich gewisse einheitliche Willensrichtungen weiter Volkskreise vor, die auf dem politischen Gebiete als Machtpolitik, Imperialismus oder als Völkerverbrüderung, Pazifismus in die Erscheinung traten. Aber auf dem Boden dieser Gesamtwillensrichtungen erhob sich das luftige Gebäude der Stimmungen, die bei der nervösen Seele des modernen Menschen oft haltlos hin und her schwankten. Das Gleichmaß fester Gesinnung, die Pflicht strenger Kritik und die unerbittliche Ehrlichkeit gegen sich selbst gingen verloren. Wo sich die Möglichkeiten sachlicher Aufklärung boten, wurden sie in betrübender Verblendung außer acht gelassen oder wohl auch absichtlich abgelehnt, weil man sich nicht die gute Stimmung verderben oder in seinem Ingrimm nichts Gutes mehr anerkennen wollte. Beides war gleich schädlich, und an beidem sind wir zugrunde gegangen. Diese traurigen Erfahrungen der letzten Jahre zwingen zu gründlichem Nachdenken über die großen Gefahren, die unserer geistigen und sittlichen Kultur aus dem ungebührlichen Einfluß der Leidenschaften und Stimmungen auf die ruhige Sachlichkeit des Wollens und Handelns erwachsen. Sie zwingen ferner zu sorgfältiger Prüfung der letzten Ursachen stimmungsmäßigen Denkens.

Einiges Allgemeinpsychologische sei vorausgeschickt. In der Lehre von den vier Temperamenten hat die naive Psychologie des Volkes die Tatsache zum Ausdruck gebracht, daß die persönliche Art des einzelnen, auf die Reize der Außenwelt zu reagieren, in seinem innersten Wesen verankert ist. Das Temperament ist etwas Angeborenes, im Grundwesen Unabänderliches. Das Leben vermag es zu mildern, aber nicht von Grund aus zu ändern. Die kraftvolle Persönlichkeit lebt in starken Gefühlen und formt sich eindeutige Willensrichtungen. Das Denken ist der Diener des Willens. Bei geringem Wissen und mangelhafter Schärfe des Urteils erzeugt das leidenschaftliche Temperament eine einseitig verzerrte Meinung von den Dingen der Welt, führt zu Starrheit und Verbohrtheit des Handelns. Bei weitem Gesichtskreis und scharfem Verstand treibt der mächtige einheitliche Affekt zu gewaltiger Leistung, und die Persönlichkeit drückt ihrer Zeit ihren Stempel auf (Napoleon, Bismarck).

Digitized by Google

Eine „verfeinerte Kultur" erzeugt nach der üblichen Meinung eine Abschwächung der Ausschläge lebhaften Fühlens und Wollens. An die Stelle der gewaltigen Leidenschaft tritt die durch Reflexion gemilderte Stimmung. Die Verlaufsformen der Affektkurven gewinnen eine andere Gestalt. Der „moderne Mensch" mit seiner nervösen Seele meidet als Individuum im Gefühle seiner Verletzbarkeit die Stürme der Leidenschaft, gibt sich aber um so williger dem wogenden Meer der Stimmungen hin. Erregtes Wesen gilt als „ungebildet", der feine Geist spricht mit beherrschter Mimik und gedämpfter Stimme. Verbergung des Fühlens wird gesellschaftliche Pflicht und dämpft rückläufig den Affekt. Je geringer die seelische Stärke, je erschöpfbarer der Vorrat seelischer Spannkraft (Neurasthenie, Psychasthenie) ist, um so leichter tyrannisiert der Wechsel der Stimmungen das Denken und Handeln des erregbaren und empfindsamen Menschen. Die moderne Nervenheilkunde sieht in der Neigung zu unerklärbaren („endogenen") Verstimmungen und im oft unbegreiflichen Wechsel solcher Stimmungen (zyklothyme, zirkuläre Seelenverfassung) ein wesentliches Kennzeichen der Entartung bei Menschen und Völkern alter Kultur. Solche zyklischen Gefühlsveranlagungen können, wenn sie sich bei führenden Geistern vorfinden, durch den unbegründeten, rein biologisch bedingten Wechsel der Stimmung (und damit auch der Anschauungen) für ein ganzes Volk verhängnisvoll werden. (Wilhelm II.) Die psychiatrische Wissenschaft kennt ferner eigenartige Gefühlsveranlagungen, die mit ihrer gesetzmäßigen Verarbeitung aller Lebenserfahrungen im Sinne der Lust oder Unlust („hypomanisches Temperament", „depressive, melancholische konstitutionelle Verstimmung") einen deutlichen Beweis für die wichtige Tatsache geben, daß nicht die Welt es ist, die unser Schicksal schafft und unser Glück bestimmt, sondern weit mehr das, was wir als angeborene Art des Seins in die Welt hineinbringen. Das Pathologische gibt im Reiche der Psychologie (durch die scharfe Herausarbeitung der Wesenszüge bis zur Verzerrung) nicht selten den Fingerzeig zum besseren Verständnis des Normalen, und dies gilt ganz besonders für die Beurteilung des stimmungsgemäßen Denkens. Auch unter den Gesunden erkennen wir unschwer die Leichtbeschwingten, Frohherzigen, die Sonnenkinder und unverwüstlichen Optimisten, die nichts im Leben ganz darniederbeugen kann, und auf der anderen Seite die Überernsten, die Schwarzseher und Unglücksraben, die „ewigen Pessimisten" und Hypochonder. Im Kriege hat man ihnen mit üblem Börsenjargon die Ausdrücke der „Miesmacher und Flaumacher" aufgehängt; man hat sie in Frankreich als „Defaitisten" verfolgt, und eine temperamentvolle Dame meines Bekanntenkreises hat einmal den Vorschlag gemacht, man solle alle Pessimisten bis Kriegsende wegen Gemeingefährlichkeit in ein Konzentrationslager stecken, um sie damit unschädlich zu machen.

Die Mehrzahl der Menschen bleibt bei dieser oberflächlichen Betrachtung der beiden Temperamentsgegensätze stehen und tut in Bausch und Bogen ab, was bei tieferer Einsicht doch ganz verschiedener Wertung bedarf. Es ist

Digitized by Google

wohl Walter Rathenau gewesen, der zuerst einen Ausdruck schuf, der mit einem Schlag alle diese Dinge in eine neue und schärfere Beleuchtung rückt. Er sprach einmal von dem „Pessimismus des Urteils" im Unterschied vom „Pessimismus der Stimmung". Jenen hielt er für dringend geboten, diesen für unfruchtbar und schädlich. Ich selbst bin, unabhängig von Rathenau, dessen Schriften ich erst später studierte, zu einer gleichen Unterscheidung gekommen und habe sie schon in früheren Aufsätzen[1]) eingehend beleuchtet. Sie möge auch heute unsere Führerin im folgenden sein.

Überschauen wir die Stellungnahme unseres Volkes zu dem ungeheuren Geschehnis des Krieges, so mag es zunächst so erscheinen, als ob die Woge der Begeisterung in den Augusttagen des Jahres 1914 bei uns (wie in den anderen Ländern) alle Volksteile in eine gleiche gewaltige Stimmung versetzt und alle persönlichen Verschiedenheiten wie mit einem großen Schwamm weggewischt hätte. Wo die nationale Leidenschaft spricht, ist für die Spielarten der Stimmung anscheinend wenig Raum. Wer genauer zusah, konnte freilich schon damals bald eine ganz verschiedene Stellungnahme entdecken. Als England den Krieg erklärte, schieden sich bereits die Geister. Ein leichtfertiger Stimmungsoptimismus meinte, nun komme es auf ein paar Gegner mehr oder weniger nicht mehr an, und der Frohsinn unserer soldatischen Jugend schrieb auf die Eisenbahnwagen: „Hier können Kriegserklärungen abgegeben werden." Bethmann Hollweg hat anders gedacht und gefühlt. Tiefere Einsicht in das furchtbare Problem des Wirtschaftskrieges machte Rathenau ruhelos und veranlaßte ihn zu seinen bekannten Schritten beim preußischen Kriegsministerium, ohne die wir schon nach wenigen Wochen wehrlos gewesen wären. Als der Reichskanzler von dem Unrecht, das wir Belgien in Notwehr antun müssen, sprach, bemerkten wir abermals die stimmungsmäßige Scheidung der Geister, hier allerdings deutlich je nach der tieferen Einsicht in die möglichen weltpolitischen Folgen dieses Schrittes. Als wir Antwerpen erobert hatten, erlebten wir die kindlichen Träume einer erfolgreichen Massenlandung in England als Ausbrüche eines denkunfähigen Optimismus selbst bei solchen Männern, die sonst im Leben höchlichst beleidigt wären, wenn man ihnen Schwachsinn vorwerfen wollte. Und doch grenzten jene Schwärmereien ans Schwachsinnige. Aber der siegesfrohe Optimismus hatte das Denken völlig ausgeschaltet. Und so ging es nun weiter vier lange Jahre hindurch. Gelegentliche militärische Fehlschläge (Marneschlacht, Verdun usw.) galten als unvermeidliche, aber belanglose Vorkommnisse; die Verluste unserer Gegner waren immer „allerschwerster Art", die unseren „gering" oder „normal", wie der frühere Kriegsminister den zweifelhaften Mut hatte, einmal im Reichstag zu sagen; und man glaubte all diese Dinge im Reich, obwohl es bald kein Haus mehr gab, das nicht Tote zu beweinen hatte, und obwohl unsere Lazarette die Ver-

[1]) R. Gaupp, Wahn und Irrtum im Leben der Völker. Tübinger Rektoratsrede 1916. Krieg und Seelenleben, Deutsche Revue, Januar 1918.

Digitized by Google

wundeten und Kranken zu Hunderttausenden bargen. Die Unterhaltung dieser optimistischen Stimmungen im Volke geschah natürlich aus kluger Berechnung, und man scheute sich nicht vor jeder möglichen Form der Täuschung; es galt ja „durchzuhalten"; aber daß die Täuschung immer wieder gelang, war doch nur möglich, weil der Optimismus eben doch die vorwiegende Stimmung der Bevölkerung unseres Landes war. Zum Pessimismus des Urteils fehlten aber die genaue Kenntnis der Tatsachen und die Geschicklichkeit, sich diese Kenntnis durch aktives Bemühen zu verschaffen. Der Stimmungsoptimismus suchte nicht nach Gründen und verlangte keinen tieferen Einblick; er gab sich mit den tendenziösen Machwerken der Presse gedankenlos zufrieden. Immer verheerender wurde dieser Optimismus, je mehr der schlimme Gang des Krieges die politischen und militärischen Führer zu ungewöhnlichen Maßnahmen hinriß. Der uneingeschränkte U-Bootkrieg und das Hindenburgprogramm stießen auf keinen intellektuellen noch moralischen Widerstand bei den „nationalen Kreisen", Amerikas Eintritt in den Krieg wurde mit Hohn, Spott und widerlicher Renommiersucht beantwortet. Wer warnte, galt als schwächlicher Miesmacher oder gar als weltfremder und kraftloser Pazifist, vor allem aber als vaterlandsloser Geselle, der mit dem internationalen Großkapital, mit der „jüdischen Großfinanz" am gleichen Stricke zog. So ging Deutschland schließlich zugrunde, weil alle Besonnenheit fehlte und weil es der Presse gelang, die optimistische Grundnatur eines gesunden Volkes in Unwissenheit zu erhalten und so auch den Pessimismus des Urteils, der wahrlich sittliches Gebot wurde, nicht aufkommen zu lassen.

Mit dem Eintreten der Revolution hat sich die affektive Gesamtlage in unserem Volke scheinbar wesentlich verschoben. Die politisch rechtsstehenden Kreise waren durch Schreck und Empörung gelähmt; der leicht errungene Erfolg gab den bisher verbitterten und in bezug auf den Kriegsausgang meist pessimistischen Gruppen der Linken einen Anstoß zu kraftvollem Vorwärtsdrängen und zu froher Hoffnung auf eine nahe glückliche Zukunft des innerdeutschen Lebens. So schien es für einen Augenblick, als ob der äußere Gang der Dinge von größerem Einfluß auf die Stimmung der Menschen sein könnte, als mit der Annahme der endogenen Natur der Affektivität des Menschen vereinbar wäre. Allein doch nur scheinbar! Bald zeigte sich wieder das unabänderliche Wesen der Temperamentsanlagen. Nachdem sich die Optimisten konservativer und imperialistischer Politik von ihrem ersten Schrecken erholt hatten, trat auch die alte optimistische Auffassung bald wieder in ihr Recht: es lebte die Meinung auf, daß die derzeitige sozialistische Welle bald wieder abflauen, daß der kommende starke Mann sehr bald wieder die alte Ordnung herstellen werde. Die derzeitigen politischen Gewalten würden durch unerträgliche Mißwirtschaft bald wieder abgewirtschaftet haben und dadurch die Bahn für eine erfolgreiche Reaktion frei machen. Pessimistische Naturen des rechten Lagers sahen dagegen mit der Revolution alsbald den endgültigen Untergang des Staates hereinbrechen und hielten jede Möglich-

Digitized by Google

keit der Rettung für verloren. In dumpfem Schmerze stehen sie grollend beiseite, erschreckt durch die häßlichen Begleiterscheinungen der Revolution, angewidert durch die Zuchtlosigkeit der Armee, die Verwilderung der gesamten Volkssitten, die Sinnlosigkeit der Streike und Putsche. Alle Widerstandskraft ist erlahmt, jeder Versuch einer Einwirkung auf das irregeleitete und seelisch überreizte Volk wird als aussichtslos abgelehnt, aller Glaube an einen guten Kern in dem ungebärdigen Treiben ist geschwunden. Mit Resignation wird das Ende der deutschen Kultur erwartet und grimmige Wut fügt dieser Resignation den Gedanken bei, daß ein solch schmähliches Ende durch die Würdelosigkeit und Erbärmlichkeit des deutschen Volkes verdient sei. Man schämt sich, ein Deutscher zu sein und trägt sich mit dem Gedanken, den Staub von den Füßen zu schütteln und Volk und Land im Stiche zu lassen.

Und auf der anderen Seite, der Linken, dieselben zwiespältigen Stimmungslagen. Bei den einen ein frohgemuter Optimismus, der mit der errungenen politischen Freiheit bereits das Paradies auf Erden gekommen glaubt, die furchtbare Not des Vaterlandes angesichts der brutalen Vernichtungswut der Entente erstaunlich gering wertet, mit kritikloser Hoffnungsfreudigkeit die Revolution schon über die ganze Welt siegreich vordringen sieht, den arbeitenden Massen Versprechungen macht, die nie erfüllt werden können, mit ungezügeltem Draufgängertum in Wochen oder Monaten eine Welt der Brüderlichkeit und Gleichheit aufrichten will, als ob wir auf einer Insel der Seeligen lebten, zu der niemand den Zutritt hätte und auf der alle Schätze der Erde aufgehäuft lägen, die nur gerecht verteilt zu werden brauchten, um alles Elend aus der Welt zu schaffen. Jede ernste Mahnung wird in den Wind geschlagen; die alten und in Jahrzehnten bewährten Führer werden bei ihren Warnungen als rückständige Spießbürger abgetan; phrasenhaften Literaten und russischen Agenten wird im Rausche der eroberten Macht zugejubelt. Wer mahnt und warnt, ist ein Reaktionär; wer zur pflichttreuen Arbeit auffordert, ein griesgrämiger Feind der großen neuen Zeit. Und die pessimistische Gruppe der Linken sehen wir in ewiger Angst vor der kommenden Gegenrevolution, in einem stets regen Mißtrauen gegen alles, was von der bürgerlichen Seite geschieht. Die soziale Denkart demokratischer Kreise wird bezweifelt, ihre Konzessionen als rein parteitaktisch herabgesetzt; der Wunsch nach Ordnung und guter Sitte gilt sofort als Versuch der Wiederaufrichtung des früheren bureaukratischen Staates; das besonnene Streben der Gewerkschaftsführer nach langsamer und vorsichtiger Umgestaltung des wirtschaftlichen Lebens im Sinne der Sozialisierung erweckt Unzufriedenheit; man spricht von Verrat; gewissenlose Agitatoren treiben das erregte und nach vielen Enttäuschungen der letzten Jahre mißtrauische Volk zu radikalen, seinem eigenen Wesen fremden Gewalthandlungen und gefährden dadurch den Fortbestand seines staatlichen Lebens. So nimmt der Pessimismus dieser Kreise das Vertrauen zu den geistigen Führern, zur Aufrichtigkeit des sozialen Willens nach Gerechtigkeit, zur ruhigen Entwicklung nach höheren Zielen.

Digitized by Google

So sehen wir überall das Walten des blinden Affektes an Stelle der sachlichen Denkart. Stimmungen und Verstimmungen der Masse, durch kluge Hetzer erzeugt und ausgenützt, treiben die Menschen bald nach rechts in dumpfe Resignation und in passiven Widerstand, bald nach links zu Streik und Aufruhr, zu Bitterkeit und Groll gegen alles Bestehende, zur Feindseligkeit gegen unsere ganze deutsche Kultur. Aus dem asiatischen Rußland werden die neuen Formen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens herübergenommen, aus dem Lande, in dem die Leidenschaften groß und heftig, die sittlichen Kräfte zu ihrer Beherrschung und Veredlung von jeher gering waren. Nach den Gesetzen der Massensuggestion, die das Verantwortungsgefühl des einzelnen aufhebt, wachsen die Affekte der leicht entzündlichen Menge unter der Einwirkung skrupelloser Demagogik lawinenartig an; das Denken schweigt und die Bildung ernster und weitschauender politischer Gesinnung wird zur Unmöglichkeit. Ein großes Volk, von der ganzen Welt mit Haß verfolgt, von übermächtigen Gegnern mit Vernichtung bedroht, durch jahrelanges Völkermorden an seinen besten Kräften verarmt, vom Hunger gequält, auf Fleiß und intensivste Arbeit angewiesen, um dem Tode zu entgehen, — dieses große Volk zerfleischt sich in wilden Stimmungen, Mann schießt auf Mann, der Haß flackert immer wilder, Racheschwüre ertönen am Grabe der Opfer des Bürgerkrieges, und das einzige, was noch Hilfe bringen kann: die innere Einheit, das brüderliche Vertrauen, die tiefe Einsicht in die furchtbare Not des Landes, der gemeinsame Wille zur Überwindung dieser Not — sie fehlen! Es gibt nur zwei Dinge, die Deutschland vor dem Untergang bewahren können: Liebe und Vertrauen aller Deutschen zueinander, stolze Würde und kluge Vorsicht gegenüber einer feindlichen Umwelt, die deutsches Wesen nicht zu verstehen vermag. Diese beiden Dinge haben aber zur Voraussetzung, daß ernste und geistig überlegene Männer das verirrte Volk aus dem Gewoge der Stimmungen zu ruhigem Denken und unverzerrtem, natürlichem Fühlen zurückführen. Das Volk des 1. August 1914 muß von neuem erstehen: nicht zu gleichen kriegerischen Zielen, aber zu gleicher Entschlossenheit, der deutschen Heimat zuliebe alle eigensüchtigen Wünsche sich aus dem Herzen zu reißen und in jedem Deutschen nur seinen Bruder zu sehen. Nur wenn kritischer Pessimismus des Urteils sich mit optimistischem Glauben an den guten Kern des deutschen Volkes aufs engste verbindet, kann Deutschland aus den Fährnissen der Gegenwart für eine lichtere Zukunft gerettet werden.

Digitized by Google

Das Bündnis mit Österreich-Ungarn

Von

Graf Monts

Bei dem jähen Zusammenbruch der Großmacht, die einst Habsburgs Erbe gewesen, wird sich vielen die Frage aufdrängen: War es richtig, mit ihr ein Bündnis abzuschließen, war es richtig, an diesem Bündnis festzuhalten?

Fürst Bismarck sah dem von ihm geschaffenen neuen Deutschland zunächst nur von dem französischen Rachebedürfnis Gefahr drohen. Bei dem sich immer mehr zuungunsten Frankreichs verschiebenden Zahlenverhältnis der beiderseitigen Bevölkerungen schien diese Gefahr nicht übergroß. Die Lage änderte sich, als in Rußland die allslawischen Tendenzen die Oberhand gewannen und bei Hof und Regierung als einziges Mittel, dieser gefährlichen Bewegung Herr zu bleiben, weitere Expansion und Kriegsruhm erschien. Bekannt ist, daß schon vor dem Orientkriege Alexander II. Bismarck die Frage vorlegte, für wen er im Fall eines Konfliktes mit Österreich optiere. Der große Staatsmann erwiderte nach mehrfachem Drängen zum höchsten geheimen Verdruß der Russen, Österreich und Rußland ständen uns gleich nahe, wir könnten daher unmöglich zugeben, daß einer unserer Freunde als Großmacht vernichtet wird. Da dem Kaiser Franz Joseph alles ferner lag wie aggressive Absichten gegen das gefürchtete Rußland, war es klar, für wen eigentlich Bismarck optierte. Die Folge war zunächst die Abmachung von Reichstadt, in der Graf Andrássy sich seine Neutralität in dem bevorstehenden Raubkriege gegen die Türkei mit Bosnien zahlen ließ. Der Krieg verlief für die zarische Übermacht wenig rühmlich, und England konnte die Herausgabe der meisten Eroberungen erzwingen. Obgleich Bismarck auf dem Kongreß von Berlin fast immer die Partei der Russen ergriff und, ob zu unserem Vorteil, bleibe dahingestellt, alles daran setzte, einen englisch-russischen Konflikt zu ersticken, wußte man ihm in Petersburg und Moskau keinen Dank. Ja man schob Deutschland direkt die Schuld des kläglichen Fiaskos in die Schuhe. Die Spannung wurde schließlich so groß, gleichzeitig trat schon damals eine so bedrohliche Annäherung zwischen Paris und Petersburg in Erscheinung, daß Fürst Bismarck, um einigermaßen die Kräfte zu balancieren, das deutsch-österreichische Defensivbündnis schloß. Dabei war der große Kanzler fortgesetzt um gute Beziehungen mit England bemüht, ohne doch unserer Würde das mindeste zu vergeben. Am liebsten wäre er in ein festes Verhältnis mit Großbritannien getreten. Herr Hammann hat sich eine von ihm jetzt publizierte Abschrift des Briefes Bismarcks zu verschaffen gewußt, in dem Lord Salisbury die deutsche Freundschaft angetragen wurde. Leider versagte sich der edle Lord damals. Die deutsch-österreichische Allianz, der später Italien beigefügt wurde, erschien aber den englischen Staatsmännern als solche Bürgschaft des

Digitized by Google

Weltfriedens, daß Salisbury in die Worte ausbrechen konnte: „Siehe, ich verkünde euch große Freude." Auch schloß England mit Italien, also implicite dem Dreibund, ein geheimes Abkommen über die Aufrechterhaltung des Status quo im östlichen Teile des Mittelmeers.

Neben diesen Friedenssicherungen war Bismarck fortdauernd bemüht, den Draht mit Rußland nicht abreißen zu lassen, zu welchem Ende er den vielbesprochenen Rückversicherungsvertrag einging. Man macht Caprivi den Vorwurf, den Vertrag nicht erneuert zu haben. Meiner Ansicht nach zu Unrecht, denn die antideutsche, expansive Politik des Zarenreichs hätte entweder selbst gekündigt oder, noch bequemer, wie wir bei anderen Abkommen stets erfahren mußten, sich nicht an den Vertrag gehalten. Wenn jetzt Journalisten und Diplomaten ins Blaue hinein behaupten, unser Alliierter hätte das Zarenreich, nicht Österreich sein müssen, so gehören zu jeder Freundschaft bekanntlich zwei. Das riesengroße Sündenregister der Russen uns gegenüber scheint diesen Herren ebenso unbekannt wie der Suchomlinowprozeß.

Die Politik ist ein flüssiges Element und Bismarck hätte, wie ich fest überzeugt bin, bei der immer bedrohlicher werdenden Haltung Rußlands den in dem Rückversicherungsvertrag erstrebten Schutz des Friedens anderweitig gesucht. Die Kräftigung des in seinen vielen Schwächen dem großen Kanzler hinreichend bekannten Dreibundes konnte nur bei England gefunden werden. Was der als historisches Denkmal ersten Ranges anzusprechende Brief an Salisbury erreichen wollte, brachte England den Nachfolgern Bismarcks sozusagen auf dem Präsentierteller entgegen. Die Lehre von der splendid isolation zeigte bedenkliche Risse, die Kastanientheorie verfing nicht mehr und der Burenkrieg hatte die Londoner Staatsmänner klar erkennen lassen, daß koloniale Verwicklungen ohne feste Beziehungen zu einer kontinentalen Großmacht unter Umständen sich zu Katastrophen auswachsen können. Als kluge Geschäftsleute wandten sich die Engländer an die potenteste Firma, an Deutschland. Wie günstig und ernstgemeint die englischen Offerten waren, kann man bei Hammann nachlesen. Die drei, vier Männer, deren Superklugheit damals die schwerste Schuld auf sich lud, hielten aber unentwegt an der Vorstellung fest, England ist nicht ehrlich und wir bleiben am besten à cheval zwischen Albion und Rußland. Dabei übersah man, daß das eine Glied des ohne Englands Beitritt auf die Dauer nicht lebensfähigen Dreibunds infolge seiner langgestreckten, offenen Küsten nichts anderes war als ein Appendix des seegewaltigen Britanniens, und daß der andere Genosse mit seiner zur Hälfte aus Slawen bestehenden Bewohnerschaft bei Konflikten mit dem großen zarischen Slawenreich in ernste Schwierigkeiten geraten mußte. Man übersah ferner, und das war das bedenklichste, daß England nach unserem Refüs sich einen anderen kontinentalen Alliierten suchen würde, der nach Lage der Dinge nur der Franzose sein konnte.

Bezüglich des österreichisch-ungarischen Verbündeten hatte Bismarck die These aufgestellt, wir müßten selbst den Schein einer Ingerenz in dessen innere

Digitized by Google

Verhältnisse vermeiden. Daneben ließ er verlauten, die Monarchie möge ihren Schwerpunkt nach Pest verlegen. Bekannt ist auch seine Feindschaft gegen die Deutsch-Liberalen, die Herbstzeitlosen der Verfassungspartei. In ihnen verkörperte sich indes der österreichische Gedanke, wie sie auch als Hauptträger des Bündnisses mit Deutschland, ja eigentlich als der in dieser Beziehung einzig zuverlässige populare Faktor sich erwiesen. Selbst der Genius ist ein Kind seiner Zeit, und es scheint beinah so, als wenn der große Staatsmann seinen Theorien über Dynastien und Vasallentreue in der Beurteilung der Verhältnisse des Donaureiches einen zu breiten Spielraum einräumte.

Das alte Österreich war durch eine Reihe von Klammern zusammengehalten wie Herrscherhaus, Kirche, Adel, Beamtentum, Armee u. a. Es ist nicht zu leugnen, daß Kaiser Franz Joseph, in dem Deutschland mit Recht den unbedingt zuverlässigen Alliierten verehrte, eigentlich bei allen Völkern der Monarchie in hohem Ansehen stand, wenn auch genaue Kenner der Verhältnisse über die „homagiale Ehrfurcht" der Madjaren und das „Zu dir, o Herr, flehen wir" der Schlachta eigene Gedanken sich machten. Der Adel, namentlich der Hochadel hatte stets in engen Beziehungen zum Hofe gestanden, indes im Laufe des vergangenen Jahrhunderts sich in ausgesprochen nationale Gruppen gesondert. Kaum anders ging es mit dem Beamtentum, neben deutschen und tschechischen standen madjarische und polnische Landsmannschaften. Unbedingt verläßlich und ein geschlossenes Ganze bildete das Korps der Linienoffiziere, zu 70 Prozent aus Deutschen bestehend, aber rein kaiserlich fühlend. Der Klerikalismus hatte vom Hause Habsburg viel Förderung erfahren, nur war die Kirche stets der Reiter, der Staat das Roß in diesem recht ungleichen Verhältnis. Ein einigendes Band war auch die Gemeinsamkeit der Bank, der Währung, des Geldwesens überhaupt und der hohen Reichsschuld. Tradition und Geschichte, gemeinsam getragenes Unglück und viele glorreiche Erinnerungen, die Nachwirkung so großer Persönlichkeiten wie Prinz Eugen, Maria Theresia, Joseph II., die herrliche Hauptstadt als größtes Kulturzentrum Südosteuropas und Brennpunkt von Handel und Wandel waren ferner neben geographischen Notwendigkeiten Momente der Einigung. Der Kanonendonner von Königgrätz war der Grabsalut des alten Österreich, an Ehren und an Siegen reich. An seine Stelle trat der Dualismus.

Es ist zuzugeben, daß Ungarn immer eine gewisse Sonderstellung im Rahmen der Monarchie besaß, weil nicht mit den Waffen erobertes Land wie Böhmen, Venetien, Galizien usw. Der Ausgleich von 1867 schüttete aber eine solche Fülle von Rechten über die nicht einmal in der transleithanischen Reichshälfte die Majorität ausmachenden Madjaren, daß der Neid anderer, gleichfalls auf ihre Geschichte stolzer Stämme, vor allem der Tschechen und Polen, wach werden mußte. Dazu kam, daß Ungarn seine Rechte immer weiter auszubauen bestrebt war. Die Madjarisierungspolitik führte zu ernsten Konflikten mit Kroaten und Rumänen, während im Verhältnis zu Österreich

Digitized by Google

jeder neue Ausgleich zur Abtragung von Gemeinsamkeiten benutzt wurde. Die „Monarchie auf Kündigung" bot aber noch immer nach außen eine stattliche Fassade, namentlich blieb die zuverlässige und tüchtige k. u. k. Armee für den alten Kaiser ein Nolimetangere.

Vielleicht gefährlicher als der madjarische Separatismus war das allmähliche Aufkommen demokratischer Tendenzen. Der alte aristokratische Nationalitätenstaat mußte den Forderungen der Zeit Konzessionen machen und langte schließlich in der westlichen Reichshälfte beim allgemeinen Stimmrecht an. Bei der Zerklüftung des eigentlichen Staatsvolkes der Deutschen in Klerikale und Liberale wurden sie parlamentarisch eine Beute von Tschechen und Polen. Während die bürgerlichen Deutschen alter Tradition gemäß den Gesamtstaat verteidigten, verfolgten ihre Widersacher rein nationale Ziele. Da in ihren kulturell rückständigen Wählerschaften erst allmählich die Schlagworte des Tages zur Geltung kamen, standen sie um so fester hinter ihren Vertretern. Eine kurzsichtige Staatskunst schmiedete aus den slawischen „Delegationen" und den klerikalen Deutschen den eisernen Ring, der lange Jahre Zisleithanien beherrschte. Das Parlament wurde ein luogo de traffico. Graf Taaffe gab ein Stück einheitlicher Einrichtungen nach dem anderen preis und bestärkte die Krone in dem Verdachte, daß die Deutschböhmen nach Deutschland gravitierten. Die loyalen Tschechen aber könnten nirgends anders als beim Hause Habsburg eine Zuflucht finden. Ähnliche Selbsttäuschung herrschte bezüglich der Polen, denen ganz Galizien mit der aus Ruthenen, Juden und Deutschen bestehenden Mehrheit seiner Bewohner ausgeliefert wurde, abgesehen von ständigen, sehr erheblichen pots de vin für die Schlachta. Letztere entfremdete diese große und schöne Provinz beinah noch mehr wie Ungarn dem Reiche und etablierte dort eine üble polnische Wirtschaft und Willkür.

Es ist schwer zu sagen, ob der Auflösungsprozeß der Monarchie zu verhindern war. Zu verlangsamen war er sicher. Parlamente gehören zu den besten Mitteln, um alternde Staaten zusammenzuhalten. Beim Wiederaufbau des durch die Stürme von 1848/49 gänzlich aus den Fugen gegangenen Reiches widerrief man aber die Gesamtstaatsverfassung vom März 1849 in gänzlicher Verkennung der Zeichen der Zeit. Felix Schwarzenberg stand als Soldat und Diplomat den Fragen der inneren Politik ziemlich teilnahmslos gegenüber. Er verfolgte und erreichte nur ein großes Ziel, die Wiederaufrichtung der Vorherrschaft Österreichs in Deutschland und in Italien. Dieser Doppelaufgabe waren aber die Kräfte der Monarchie nicht gewachsen, und unter Schwarzenbergs weniger genialen Nachfolgern führte diese Politik schließlich zur Katastrophe von 1866. Wie 1849/51 die eigenen Kräfte, scheint man 1866 die Größe des Unglücks weit überschätzt zu haben. Der als einzige Rettung erfundene Dualismus legte die Großmacht lahm, und war ein Unglück für Deutsche und Madjaren. Daß es im alten absolutistischen Gleise nicht weiter ging, lag freilich auf der Hand, ebenso waren der historisch be-

Digitized by Google

gründeten besonderen Stellung Ungarns Konzessionen nicht zu verweigern, aber die völlige Trennung mußte schließlich hier die Deutschen, dort die Madjaren isoliert den anderssprachigen Majoritäten ausliefern. Wenn man nur nach Wüllerstorfs Plänen eine Art Zollparlament geschaffen hätte, wäre der widerwärtige Streit bei jedem Ausgleich vermieden und eine wirkliche Annäherung und Aussöhnung der Interessen der beiden führenden Völker der Monarchie bei einigem guten Willen erreichbar gewesen. Trotz alledem war die Macht des Beharrens in dem auch geographisch als Einheit geformten Reiche so groß, daß es länger als vier Jahre die unerhörtesten Kriegsstürme überdauerte. Ohne den Eintritt Amerikas in den Weltkrieg lebte heute noch das alte Kaisertum, von dem ihm keineswegs wohlgeneigte italienische Staatsmänner mir wiederholt sagten, wenn Österreich nicht bestünde, müsse man es erfinden.

Nehmen wir die eingangs gestellten Fragen auf, so ergibt sich die Beantwortung der ersten: war es richtig, mit Österreich ein Bündnis zu schließen? allein aus der Zwangslage, in der Deutschland sich befand. Flankiert von Rußland und Frankreich und der feindseligen Gefühle beider gewiß, mußten wir uns wenigstens unsere Südfront sichern. War es richtig, an der Allianz durch Jahrzehnte festzuhalten? Auch diese Frage ist zu bejahen, da die Kraft unseres Verbündeten in der Stunde der Not sich größer erwies, als wie selbst Optimisten zu hoffen gewagt hatten. Eine andere Frage ist freilich, ob nicht von unserer Seite mehr geschehen konnte, um die innere Konsistenz der Donaumonarchie zu stärken. Aber jede Aktion in dieser Richtung hätte sofort bei den leitenden Wiener Persönlichkeiten Befremden und Mißtrauen erregt. Auf Kaiser Franz Joseph konnten wir zwar unbedingt zählen, aber wie stand es um den zum mindesten schwer zu beurteilenden Nachfolger? Die Krone war sicher in Österreich-Ungarn der größte Machtfaktor, und man vermutete bei Franz Ferdinand starke slawische Sympathien. Gewisse Kreise glaubten dem immer unerträglicher werdenden Druck der Madjaren durch Begünstigung der Slawen in Zis und Trans am besten begegnen zu können. Die in Orthodoxe und Römische gespaltenen Slawenmassen seien am füglichsten in zwei Reichen zu regieren. Ein slawisch-katholisches würde dem befreundeten weißen Zar gern die Dardanellen, die meisten orthodoxen Balkanbewohner und die galizischen Ruthenen überlassen. An Österreich fiele dagegen Serbien und die ganze altera sponda des Adriatischen Meeres. Bekannt war ferner in Berlin, daß die in Wien sehr einflußreiche galizische Schlachta uns haßte, und daß bei den Madjaren, Michael Karolyi z. B., viel französische Sympathien zu finden waren. In dieses Wespennest hineinzugreifen, wäre kaum rätlich gewesen. Wenn schließlich die moderne Zeit das Nationalitätenreich der Habsburger unterminierte, so war die Solidität der Autokratie der Romanows und das Gefüge des auch zu zwei Fünfteln aus Fremdsprachigen bestehenden Kolosses nicht minder bedroht. Beide Reiche trugen in sich die Keime innerer Auflösung, und vielleicht hätte im gewöhnlichen Lauf der Dinge das zivilisierte länger als das barbarische Widerstand geleistet.

Digitized by Google

Im vorstehenden berührte ich nur die rein politischen für das Bündnis mit Österreich sprechenden Gründe, unter absichtlicher Ignorierung des ethischen Moments. Zahlenmäßig gehörte nur ein Viertel der Bewohnerschaft unseres Alliierten zum deutschen Stamme, weit über das reine Zahlenverhältnis ging aber die intellektuelle und wirtschaftliche Bedeutung dieses Viertels. Noch immer hatte in Kunst und Wissenschaft, in Handel und Wandel, durch Besitz und Bildung das alte Staatsvolk den Primat. Die im Reiche vereinten Deutschen brachten ihren Brüdern in Österreich-Ungarn die wärmsten Sympathien entgegen, und keine Berliner Regierung wäre stark genug gewesen, antiösterreichische Politik zu treiben. Uns Reichsdeutschen war das Bündnis Herzenssache; wenn jetzt hinterher z. B. von einem beherzigenswerten Worte des verlogenen Sassonow gefaselt wird: Lâchez l'Autriche et nous lâcherons la France, so wäre der ungeheuren Mehrheit des Volkes die Abkehr vom Bündnis und von den Landsleuten als Verrat erschienen. Mit Imponderabilien muß jeder Staatsmann rechnen. Wenn die kriegerische Fortsetzung unserer Politik Schiffbruch litt, wenn Deutschland und Österreich am Boden liegen, ist das nur ein Beweis, daß die militärisch-politische Leitung des Krieges unzulänglich war, nicht aber, daß die Bündnispolitik des Deutschen Reiches unrichtig gewesen.

Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen

Von

Philipp Zorn

II

Die erste Haager Friedenskonferenz

Am 12. August 1898 hatte der russische Reichskanzler Graf Murawjew ein Rundschreiben an die Staaten erlassen, in welchem der Vorschlag gemacht war, Vertreter zu einer Konferenz im Haag zu senden, welche über eine Reihe einzeln aufgeführter Punkte verhandeln und durch ihre Beschlüsse den Frieden der Welt sichern sollten. In einem zweiten Rundschreiben vom 11. Januar 1899 wurden die Beratungsgegenstände genau angegeben. Die Welt gab dieser Konferenz die Bezeichnung „Friedenskonferenz", diese Bezeichnung wurde weiterhin von der Konferenz selbst aufgenommen und ist der Konferenz geblieben.

Die beiden Murawjewschen Rundschreiben sind bedeutsame Urkunden der Weltgeschichte. Das im zweiten Rundschreiben aufgestellte Arbeitsprogramm war folgendes:

Digitized by Google

1. „Eine Verständigung, für eine bestimmte Zeit den Stand der gegenwärtigen militärischen Kräfte zu Land und See nicht zu vergrößern, zu gleicher Zeit die dafür bestimmten Budgets nicht zu vermehren und eine vorläufige Untersuchung der Mittel, durch welche eine Verminderung der obengenannten Kräfte ausgeführt werden könnte.

2. In den Armeen und Flotten den Gebrauch neuer Arten von Feuerwaffen, von welcher Art sie auch seien, und neuer Explosionsstoffe oder Pulver irgendeiner Art, stärker als diejenigen, die jetzt im Gebrauch sind, sowohl für Flinten wie für Kanonen zu verbieten.

3. Im Kriege den Gebrauch der schweren („formidable") Sprengkörper, die schon bestehen, einzuschränken und das Werfen von Projektilen oder Sprengkörpern jeder Art aus Ballons oder durch ähnliche Mittel zu verbieten.

4. Im Seekrieg den Gebrauch der Unterseetorpedoboote oder Taucher („plungers") oder ähnlicher Zerstörungsmaschinen zu verbieten; eine Zusage, in Zukunft keine Schiffe mit Sporen zu konstruieren, zu geben.

5. Auf den Seekrieg die Abmachungen der Genfer Konvention von 1864 auf der Grundlage der hinzugefügten Artikel von 1868 anzuwenden.

6. Schiffe und Boote, die benützt werden, um die während oder nach einem Kampf über Bord Gefallenen zu retten, zu neutralisieren.

7. Die Erklärung, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Kriegs, ausgearbeitet 1874 durch die Brüsseler Konferenz, die bis jetzt nicht ratifiziert worden ist, zu revidieren.

8. Grundsätzlich den Gebrauch guter Dienste, Vermittlung und fakultativer Schiedsgerichte in Fällen, die sich dazu eignen, anzunehmen zu dem Zweck, bewaffnete Konflikte zwischen den Nationen zu vermeiden, zu einer Verständigung wegen der Art und Weise, diese guten Dienste anzuwenden, zu gelangen und ein allgemeines Verfahren im Gebrauch derselben herzustellen."

Welche innere Vorgeschichte die Konferenz hatte, ist nicht genau bekanntgeworden; das Verdienst, sie angeregt und berufen zu haben, hat zweifellos der so tragisch untergegangene Zar Nikolaus II. Eine Vereinbarung hierüber mit anderen Staaten scheint nicht stattgefunden zu haben. Die Einzelpunkte des russischen Programms bezogen sich meist auf Fragen des Kriegsrechts; von allgemeiner Bedeutung für den Frieden der Welt waren besonders die zwei Sätze (1 und 8), deren einer eine Einschränkung der militärischen Rüstungen, deren anderer schiedsrichterliche Entscheidung völkerrechtlicher Streitigkeiten forderte.

Der russische Konferenzgedanke war somit ein doppelter: erstlich, es sollte Übereinstimmung der Staaten über einige besonders wichtige und schwierige Fragen des Völkerrechts gewonnen werden; zweitens, es sollte durch die von der Konferenz zu schaffenden dauernden Einrichtungen, insbesondere Abrüstung und Schiedsgericht, der Friede der Welt in möglichst fester Weise verbürgt werden.

Digitized by Google

So stellte sich die Konferenz als der Versuch dar, eine Brücke zu bauen zwischen den beiden großen Bündnissystemen, in welchen die fünf europäischen Großmächte des Festlandes einander gegenüberstanden. Ob dies die klar bewußte Absicht des russischen Zaren war, muß dahingestellt bleiben; der Vater Nikolaus' II. hatte die russische Politik eng mit der französischen verbunden; es ist nicht unwahrscheinlich, daß in dem jungen Zaren, der in der Hauptsache an der Politik des Vaters festhielt, die Erinnerungen der alten preußisch-deutschen Freundschaft wieder stärkere Kraft gewannen und daraus der Gedanke hervorwuchs, in einer höheren Einheit die so scharf und gefahrvoll gewordenen europäischen Gegensätze auszugleichen und zu überwinden.

Daß dies nicht allein ein Gedanke von hoher Idealität, sondern in seinem Kerne der größte Gedanke der europäischen und damit der Weltpolitik war, kann nicht geleugnet werden und ist durch die furchtbare Katastrophe des Weltkrieges in grellste historische Beleuchtung gerückt worden. Es ist ewig beklagenswert, daß es dem größten politischen Genius des 19. Jahrhunderts, dem Fürsten Bismarck, nicht mehr vergönnt war, über diesen Gedanken sich auszusprechen.

Die Aufnahme des russischen Manifestes in der Welt war eine sehr geteilte. In der ganzen Welt verbreitet, aber nirgends mit der Kraft eines politischen Machtfaktors ausgestattet, war die Gesellschaft der Friedensfreunde, an deren Spitze die bekannte Schriftstellerin Berta v. Suttner stand; mit höchster Begeisterung nahm dieser Pazifismus die russische Anregung auf und gab dieser Begeisterung in Versammlungen und in der Presse lebhaften Ausdruck. Daß die religiösen Friedensgedanken des Christentums dem Pazifismus nahestehen, ist selbstverständlich; eine Verbindung der christlichen Friedensgedanken mit dem von jüdisch-kapitalistischen Elementen stark durchtränkten Pazifismus wurde aber nicht gewonnen und hat sich auch späterhin nur in vereinzelten Erscheinungen und Persönlichkeiten hergestellt. Einen starken Widerhall hat das russische Manifest bei den kirchlichen Organisationen weder in der katholischen noch in der evangelischen Welt gefunden. Gegen eine Beteiligung des Papstes an der Friedenskonferenz hatte von vornherein Italien schärfste Verwahrung eingelegt und durchgesetzt, daß keine Einladung an ihn erging.

Die Aufnahme der russischen Anregung bei den Völkern der Welt war eine sehr verschiedene. Die lebhafteste Zustimmung fand der russische Gedanke wohl in den Vereinigten Staaten von Amerika. Nicht belastet mit den Überlieferungen und Schwierigkeiten europäischer Verhältnisse, sah man in Amerika in weiten Kreisen in dem Friedensideale die Vollendung der Menschheit und strebte deshalb mit allen Kräften seine Verwirklichung an: die höchste Entwicklung dieser amerikanischen Geistesrichtung stellt Wilson dar. Über der Monroedoktrin und unzweifelhaft im Gegensatz zu ihr erhob sich das Friedensideal der Welt. Daß auch diese amerikanische Gedankenwelt des Friedens nicht frei ist von imperialistischen Ideen, daß

Digitized by Google

ihr vielmehr auch in den Vereinigten Staaten eine rein imperialistische Gedankenrichtung gegenübersteht, mag nur kurz hervorgehoben werden. In Frankreich war die Aufnahme teils eine sehr lebhafte, insbesondere in den Kreisen des stark angewachsenen Sozialismus, teils eine zurückhaltend zweifelnde; scharf ablehnend waren die Kreise der Déroulèdeschen Liga, die von dem russischen Bündnis andere Hoffnungen als friedliche hegten; doch wurde dieser Gegensatz nur in Zurückhaltung zum Ausdruck gebracht. Noch zurückhaltender war die öffentliche Meinung in England. Nur eines der großen englischen Preßorgane, der „Manchester Guardian", machte sich zum entschiedenen Vorkämpfer des russischen Gedankens. Es geschah dies unter dem Einflusse eines hervorragenden englischen Zeitungsmannes, William Stead, der späterhin ein tragisches Ende bei der Titanic-Katastrophe fand. Stead war eine merkwürdige Mischung von englischen Weltherrschafts- und idealen Menschheitsgedanken. Die russischen Friedensgedanken verfocht er nicht nur in dem unter seiner Leitung stehenden einflußreichen „Manchester Guardian", sondern insbesondere in einer in russischem Dienste geleiteten, täglich während der beiden Haager Friedenskonferenzen erschienenen Zeitung, dem „Courrier de la Conférence", der die tägliche Arbeit der Konferenzen kritisch beleuchtete und eine von Einseitigkeit nicht freie, aber doch im ganzen getreue Berichterstattung über die Arbeiten und das Leben auf beiden Konferenzen gab. Die überwiegende öffentliche Meinung Englands aber war eher ablehnend als zustimmend.

Mehr Zustimmung fanden die russischen Gedanken in den europäischen Mittelstaaten. Angesichts der tatsächlichen Verhältnisse der Welt waren auch hier die Zweifel stark; aber der Natur der Dinge gemäß mußte jede auf den Frieden der Welt gerichtete Bewegung in den Mittelstaaten, deren Lebensinteresse der friedliche Gang von Handel und Wandel war und ist, die lebhafteste Zustimmung finden; so haben fast alle europäischen Mittelstaaten geistig bedeutende Vertreter für die Arbeit und insbesondere für die Friedensgedanken der Konferenz gestellt.

Wenn man heute in der Verwirrung der Geister, die der Weltkrieg mit seiner wahnwitzigen Verleumdungshetze gegen Deutschland hervorgerufen hat, die Behauptung gewagt und verbreitet hat, nur die öffentliche Meinung Deutschlands habe den großen Friedensgedanken des russischen Manifestes höhnisch abgelehnt, so ist dies eine Geschichtsfälschung. In der ganzen, wenigstens der europäischen, Welt war der kritische Skeptizismus überwiegend und insbesondere in England die Ablehnung kaum weniger stark als in Deutschland. Daß aber in Deutschland die ablehnende Stimmung die öffentliche Meinung beherrschte, muß zugegeben werden. Das hatte auch seinen guten völkerpsychologischen Grund. Kaum drei Jahrzehnte erst war Deutschland zur staatlichen Einheit, und auch jetzt nur in der schwierigen Form des Bundesstaates, emporgewachsen. Bis dahin war Deutschland ein halbes Jahrtausend lang der Spielball fremder Politik und fremder Gewalttätigkeit

Digitized by Google

gewesen: die Kriege der Welt wurden meist auf deutschem Boden und mit deutschem Blute ausgekämpft, fremde Mächte diktierten Deutschland das Gesetz, und vor allem war es Frankreich, das fortgesetzt deutschen Boden, so zuletzt das grunddeutsche Elsaß mit Straßburg, vom Reiche losriß und Deutschland knechtete. Diesem trostlosen Zustande war seit 1866 ein Ende bereitet durch die großen Waffentaten der preußisch-deutschen Heere. Daß infolge dieses historischen Entwicklungsganges in der Zeit unmittelbar nach der Reichsgründung der nationale Gedanke im Volksbewußtsein alle internationalen Gedanken an andere Völker, die uns nur Leid und Not ohne Zahl und ohnegleichen gebracht hatten, weit überwog, wird jedem gerecht Urteilenden nicht nur als verständlich, sondern als selbstverständlich erscheinen. Und ebenso, daß die Freude am und der Stolz auf das Heer, das uns endlich nach tausendjähriger Not die Einheit für Volk und Staat errungen hatte, viel stärker waren als die Gedanken militärischer Schwäche, wie sie in der „Abrüstung" ihren Ausdruck fanden, da ja seit Jahrhunderten diese militärische Schwäche nur staatliche Verwahrlosung und staatliches Elend für uns umschlossen hatte. Aber diese verständliche und berechtigte Volksstimmung durfte dennoch die für unsere auswärtigen Verhältnisse verantwortlichen Organe, den Reichskanzler und das Auswärtige Amt, nicht abhalten, eine Weltbewegung, die unter den Staaten und Völkern mit Stärke hervortrat, richtig zu würdigen und verständnisvoll zu behandeln. Daß wir unsere durch die Waffen errungene Einheit nur durch die Waffen dauernd sichern und behaupten könnten, lag auf der Hand und mußte oberstes Gesetz auch unserer auswärtigen Politik sein. Um so schärfer aber mußte diese Politik den Irrwahn verhüten, als erstrebe Deutschland durch seine militärische Rüstung irgend etwas anderes, als nur den Schutz seiner nationalen Staatseinheit. Und dies um so mehr, je geflissentlicher und raffinierter dieser Irrwahn durch die große Weltpresse gefördert und verbreitet wurde.

Jedenfalls war die Aufnahme der russischen Friedensgedanken in Deutschland weit überwiegend eine Ablehnung. Teils hielt man, erfüllt von den Erfahrungen früherer Zeiten, die russischen Vorschläge geradezu für einen raffinierten Versuch, der unmittelbar gegen uns gerichtet sei, um uns unserer militärischen Kraft und damit der einzigen wirklichen Garantie für unsere nach so unsäglichem Leid und Kampf gewonnene Einheit zu berauben; teils hielt man sie für ein phantastisches Unternehmen, in dieser Welt, die doch nur aus Gegensätzen bestehe und nach dem Gesetze des „Kampfes ums Dasein" bestehen könne, einen Friedenszustand zu schaffen, der doch immer an der Wirklichkeit der Dinge scheitern müßte.

Kein einziges der größeren deutschen Preßorgane, auch nicht „Frankfurter Zeitung" und „Berliner Tageblatt", trat mit Entschiedenheit für die russischen Vorschläge ein. Ob Weisungen des Auswärtigen Amtes hierzu mitwirkten oder vielleicht sogar hierfür bestimmend waren, vermag ich nicht zu sagen; ich vermute es, kann es aber nicht behaupten. Nur die Sozial-

Digitized by Google

demokratie vertrat grundsätzlich den Friedensgedanken, wies aber ebenso grundsätzlich alle vom russischen Zartum nach dieser Richtung gegebenen Anregungen als Unwahrheit und Heuchelei ab. Amtlich hatte man deutscherseits die russischen Vorschläge bereitwillig entgegengenommen und die Mitarbeit an der geplanten Konferenz zugesagt.

Mitte Mai sollte die Konferenz im Haag zusammentreten. Es erfolgten die Ernennungen der Delegierten: an die Spitze der deutschen Gesandtschaft wurde der Botschafter in Paris, der schon in hohen Jahren stehende Graf Münster, ein welterfahrener Diplomat der alten Schule, berufen, dem ein tüchtiges Bureau beigegeben war; für die Fragen des Landheeres stand ihm zur Seite Oberst Groß v. Schwarzhoff, einer der tüchtigsten höheren deutschen Offiziere, durch die Schule des Großen Generalstabes und als Militärattaché in Paris in ausgezeichneter Weise für seine Aufgabe vorbereitet; für die Marine Kapitän zur See Siegel, langjähriger Marineattaché in Paris; dazu kamen zwei deutsche Professoren des öffentlichen Rechts, Freiherr v. Stengel aus München, und der Schreiber dieser Abhandlung, damals Professor in Königsberg i. Pr. An einem lachenden Aprilmorgen las ich in Fasano am Gardasee in den „Münchener Neuesten Nachrichten" zu meiner lebhaften Überraschung meine Ernennung, ohne bis heute zu wissen, wie ich dazu kam; denn weder mit dem Auswärtigen Amt noch mit dem Kaiser selbst war ich jemals vorher in irgendwelche amtliche oder nähere persönliche Beziehung gekommen. Das Auswärtige Amt selbst war in der deutschen Delegation nicht vertreten; nur als Sekretär gehörte ihr ein hervorragend tüchtiger jüngerer Beamter, v. Erckert, an.

Eine Vorbereitung der Arbeiten im Auswärtigen Amt, zu der wir zugezogen worden wären, fand nicht statt. Ob und welche Anweisungen die militärischen Vertreter von ihren obersten Stellen, Kriegsministerium und Reichsmarineamt, empfingen, ist mir nicht bekannt geworden. Allgemeine Weisungen an uns vom Auswärtigen Amt ergingen nicht. Mit einem Worte: es fand nicht die mindeste amtliche Vorarbeit für die Konferenz statt. Wir stellten uns beim Reichskanzler, dem alten Fürsten Hohenlohe, und im Auswärtigen Amte vor, wo uns der Staatssekretär, Herr v. Bülow, der nachmalige Reichskanzler, und der Allgewaltige in auswärtigen Dingen, Herr v. Holstein, empfingen; keiner dieser Besuche hatte einen irgend bemerkenswerten Inhalt; Herr v. Holstein versicherte uns nur: Wenn Sie glauben, im Haag nur einen Sommeraufenthalt mit guten Diners zu haben, irren Sie sich sehr; Sie werden sehr viel zu arbeiten haben. Das war eine sehr richtige Prognose. Mir selbst war die Seele stark bewegt, als ich zum ersten Male in den Räumen amtlich weilte, wo der große Meister deutscher Staatskunst sein ungeheures Lebenswerk, auf dem Deutschlands Glück und Zukunft beruhten und auch heute noch beruhen, ausgedacht und ausgeführt hatte. Dies allein blieb mir als starker Eindruck von diesen offiziellen Besuchen im Reichskanzlerhaus und im Auswärtigen Amt, sonst nichts; weder

Digitized by Google

sachlich noch persönlich boten mir die Besuche etwas irgendwie des Nachdenkens wertes. Als besonderes Arbeitsgebiet war mir die Schiedsgerichtsfrage zugewiesen, ohne irgendwelche weitere Besprechung oder Anweisung. In hohem Grade verwundert über die Leerheit dieser rein zeremonialen Vorstellungen schied ich aus den Amtspalästen der Wilhelmstraße.

Aber einer besonderen Betonung bedarf es doch, daß weder ein geringschätziges Wort noch etwa gar ein Wort des Gegensatzes gegen die russischen Konferenzgedanken von seiten der leitenden Staatsmänner ausgesprochen wurde; alles erschöpfte sich in dem Mahnwort Holsteins: wir würden sehr viel zu arbeiten haben.

So fuhren wir nach dem Haag, wo durch freundliche Fürsorge von jüngeren Herren der Gesandtschaft ein angenehmes Unterkommen vorbereitet war. Die ersten Tage vergingen rasch in Wanderungen durch die schöne, mir bis dahin unbekannte holländische Hauptstadt und durch die erforderlichen Besuche — Kartenaustausch — bei den übrigen Delegierten, die aus allen Enden der Welt zusammengeströmt waren, und bei den holländischen Staatsorganen. In wunderbarer Frühlingsschönheit prangten Stadt und Umgebung; das fremdartige Leben und Treiben, das durch die Hunderte von Angehörigen aller Staaten der Welt einen völlig internationalen Charakter angenommen hatte, bot größten Reiz. Außer den amtlichen Vertretern waren zahlreiche andere Personen, besonders Vertreter der Presse der ganzen Welt, sowie die hervorragenden Vertreter des Pazifismus im Haag anwesend und gaben nun der Stadt für Monate ihr besonderes Gepräge. Nach einigen Wochen vertauschten wir den Stadtaufenthalt mit dem schönen Scheveningen, wo der Botschafter ein besonderes Landhaus bezog, indes die beiden militärischen Vertreter und ich im Kurhaus Wohnung nahmen.

Auf der Konferenz vertreten durch mehr oder minder zahlreiche Abordnungen waren die sämtlichen europäischen Staaten; von Amerika die Vereinigten Staaten und Mexiko; von Asien Japan, China, Persien, Siam. Südamerika war unvertreten, ebenso die Kolonien als solche.

Die ersten Begrüßungen und Zusammenkünfte mit Vertretern anderer Staaten waren durchaus erfreulicher Natur. Insbesondere mit den österreichisch-ungarischen sowie einigen amerikanischen Delegierten ergaben sich bald nähere Beziehungen, und sehr bald entwickelte sich für mich persönlich auch ein näheres Verhältnis zu den französischen Delegierten, insbesondere zu d'Estournelles de Constant, das sich allmählich zu einer wahren Freundschaft gestaltete, die durch den Krieg zwar äußerlich ihr Ende fand, die aber innerlich zu bewahren ich nicht aufhören werde. Aber diese angenehmen persönlichen Beziehungen konnten mich doch über eines nicht täuschen: daß man sehr allgemein gegen Deutschland großes Mißtrauen hegte. In mehr oder minder offener Weise kam zum Ausdruck, daß man bei Deutschland die Absicht annehme, die ganze Konferenzarbeit zum Scheitern zu bringen, und daß man glaube, die deutschen Delegierten seien in diesem Sinne ausdrücklich von

Digitized by Google

Berlin aus angewiesen. Genährt wurde dieser Argwohn dadurch, daß Freiherr v. Stengel kurz vor der Konferenz eine kleine Schrift über den Weltfrieden veröffentlicht hatte, in der er mit starken Worten die Weltfriedensideen von Saint Pierre an bis zur Haager Konferenz als utopistische und gefährliche Täuschungen zurückwies.

Ob es zweckmäßig war, den Vertreter dieser Gedanken als deutschen Delegierten nach dem Haag zu entsenden, kann dahingestellt bleiben; jedenfalls hatte v. Stengel die Schrift vor seiner Ernennung zum Delegierten geschrieben und sie trug einen ruhigen wissenschaftlichen Charakter. Das allgemeine Mißtrauen gegen Deutschland überhaupt war jedenfalls unbegründet: auch nicht die mindeste Spur einer Anweisung der vermuteten Art war an uns ergangen. Unsere ganze Anweisung bestand vielmehr lediglich darin: an den Arbeiten der Konferenz nach besten Kräften mitzuwirken. Als dann die Konferenzarbeit begann, schwand auch das Mißtrauen mehr und mehr; ganz beseitigt aber konnte es nicht werden. Und späterhin konnte dies Mißtrauen infolge der später zu schildernden Vorgänge immer neue Nahrung gewinnen, bis es sich schließlich zu jener Pestatmosphäre verdichtete, die die Welt mit wahnsinnigem Haß der Verleumdung gegen Deutschland erfüllte. Davon und insbesondere von der Schuld, die dem Auswärtigen Amte dafür aufgebürdet werden kann, wird noch zu sprechen sein.

Am 18. Mai fand in dem reizend gelegenen Schlößchen Huis den Bosch die feierliche Eröffnungssitzung statt. Zum Präsidenten wurde der russische Botschafter v. Staal gewählt, auch ein vornehmer Diplomat der alten Schule wie Graf Münster, mit dem er nahe befreundet war. Staal hat seine Aufgabe vortrefflich gelöst; er war ein gewandter und gerechter Präsident, in hohem Grade geschickt zur Ausgleichung von Gegensätzen. Die formelle Lösung des schwierigen Konferenzproblems ist ihm in ausgezeichneter Weise gelungen. In dem Holländer van Karnebeek stand ihm ein tüchtiger, in parlamentarischen Geschäften wohlerfahrener Vizepräsident zur Seite.

Die Plenarsitzungen im großen Saale des Huis den Bosch boten ein glänzendes Bild. Minister und hohe Diplomaten, hervorragende Land- und Seeoffiziere, eine Reihe von Gelehrten aus allen Staaten und Ländern der Welt waren vereinigt zu einer merkwürdigen Art von Weltparlament; bei Festlichkeiten und den großen Sitzungen zeigte sich eine Pracht der Uniformen, wie sie wohl niemals sonst in die Erscheinung getreten war; im Nationalkostüm erschienen nur die Chinesen, die Türken im roten Fes, die Perser in der schwarzen Lammfellmütze. Die Sitzordnung in den Plenarversammlungen ordnete sich nach dem französischen Alphabet: so kam Allemagne an die Spitze, ihm folgten als „Amérique" die Vereinigten Staaten, die ungescheut den Anspruch erhoben, als Gesamtvertretung Amerikas anerkannt zu werden. Als Verhandlungssprache war durch die Geschäftsordnung die französische bestimmt; nur mit Erlaubnis des Vorsitzenden sollte der Gebrauch einer anderen Sprache zulässig sein. Diese Vorschrift wurde auch eingehalten.

Digitized by Google

Nur einmal in einer Kommissionssitzung, in der der Russe v. Martens den Vorsitz führte, erlaubte sich der amerikanische Kapitän Mahan, ohne die Erlaubnis des Präsidenten für notwendig zu halten, in englischer Sprache in die Verhandlungen einzugreifen; da der Vorsitzende keine Rüge dieses Übergriffes für nötig fand, benutzte ich irgendeinen Anlaß, um deutsch zu sprechen, worauf dann Graf Nigra italienisch weiter verhandelte. Noch einmal habe ich in einer späteren bedeutsamen Sitzung mit Genehmigung des Präsidenten eine kurze deutsche Rede gehalten; der meinen Worten gespendete Beifall gab den Beweis, daß eine große Zahl der Delegierten die deutsche Sprache beherrschte. Auf der zweiten Konferenz waren auch die deutsche und englische Sprache für die Verhandlungen allgemein zugelassen und die Amerikaner machten davon vielfachen Gebrauch; weit überwiegend aber wurde auch auf der zweiten Konferenz französisch verhandelt; die amtlichen Protokolle wurden in französischer Sprache veröffentlicht.

Nach der feierlichen Eröffnungssitzung begannen alsbald die Arbeiten; täglich fanden Sitzungen von kürzerer oder längerer Dauer statt, und die Tagesarbeit war für die arbeitenden Mitglieder der Konferenz reich bemessen. Man teilte die Arbeiten in drei Gruppen, für deren jede eine Kommission gebildet wurde; den Mitgliedern war freigestellt, sich in eine oder mehrere dieser Kommissionen einzuzeichnen. In den Kommissionen sollte die eigentliche Arbeit getan werden, die dann in den Plenarsitzungen formellen Abschluß fand. Alle diese äußeren Dinge gestalteten sich nach den allgemeinen parlamentarischen Regeln; bei dem allerseits betätigten guten Willen ergaben sich in dieser Beziehung keinerlei bemerkenswerte Schwierigkeiten.

Die Geschäftsverteilung erfolgte auf die drei Kommissionen in der Weise, daß in der ersten Kommission die Marinesachen sowie die militärisch-technischen Fragen — in zwei Unterabteilungen — bearbeitet wurden; der zweiten Kommission, die sich gleichfalls in zwei Unterkommissionen teilte, wurde das gesamte Landkriegsrecht sowie die Genfer Konvention für den Seekrieg, der dritten die Schiedsgerichtsfrage zugewiesen. Es ist nicht die Absicht, über diese Arbeiten hier eingehend zu handeln; in einer ganzen Anzahl ausgezeichneter Werke in den verschiedenen Sprachen der Welt ist dies geschehen, und die Hinweisung auf diese reiche Fülle wertvollster wissenschaftlicher Arbeit muß hier genügen. Das ausgezeichnete Werk des Würzburger Völkerrechtslehrers Meurer enthält eine erschöpfende Darstellung des gesamten von der ersten Friedenskonferenz bearbeiteten Rechtsstoffes (2 Bände, München 1907); eine Übersicht der Arbeit beider Konferenzen habe ich in Stier-Somlos Handbuch des Völkerrechts (Stuttgart 1915, Kohlhammer), Bd. III, Abt. 2 gegeben.

Die Abendstunden nach der angestrengten Tagesarbeit waren meist einer überaus anregenden und interessanten Geselligkeit gewidmet. In den zwanglosen Formen vornehmer Gastlichkeit traten sich die Vertreter der verschiedenen Nationen näher und erörterten in freundschaftlicher, oft sehr lebhafter Weise

Digitized by Google

die Arbeiten der Konferenz und die großen politischen Probleme der Welt. Daß diese Aussprache mit bedeutenden Männern anderer Staaten und Völker einen ganz außerordentlichen Reiz und wertvollste geistige Anregung bot, bedarf keiner besonderen Betonung; auf der zweiten Friedenskonferenz artete auch diese Seite des Konferenzlebens aus zu großen Festen, in denen die einzelnen Delegationen sich zu überbieten suchten und in denen vielfach Prunk und Pracht die geistige Anregung, die das gesellige Leben der ersten Konferenz ausgezeichnet hatte, verdrängten. Eine besonders schöne Erinnerung ist mir die Schlußfeier des Comité d'examen, zu der der französische Minister Léon Bourgeois nicht nur eine schöne Menükarte als Andenken gezeichnet hatte, sondern auch eine taktlose Wendung einer Tischrede des Amerikaners Holls gegen Deutschland in vornehm ritterlicher Weise zurückwies — ein Kennzeichen des edlen Geistes, der die Konferenz beherrschte.

Die eine der beiden Hauptaufgaben der zweiten Kommission war die Weiterführung des Werkes der sogenannten Genfer Konvention. Diese Konvention war 1864 von einer Reihe von Staaten zum Schutze der Verwundeten und Kranken abgeschlossen worden (Text bei Fleischmann, Völkerrechtsquellen, S. 69). Hatten sich auch mancherlei Mängel ihres Inhaltes ergeben, so hatte sie sich doch zweifellos in den inzwischen stattgehabten Kriegen als ein großer Segen für die Menschheit erwiesen. Die Genfer Konvention bezog sich nur auf den Landkrieg; ein 1868 gemachter Versuch, sie auch auf den Seekrieg auszudehnen, war gescheitert; nunmehr sollte die Haager Konferenz dies Werk vollenden. Diese Arbeit hatte vollen Erfolg; die von der ersten Friedenskonferenz beschlossene „Genfer Konvention für den Seekrieg" ist eine ausgezeichnete Leistung (Text D. Reichsges.-Bl. 1901, S. 455). Zugleich beschloß die Konferenz, die Genfer Konvention für den Landkrieg sei einer Neubearbeitung zu unterziehen und diese Arbeit sei der Schweiz zu überweisen. 1906 fand die von der Schweiz sorgsam vorbereitete neue Genfer Konferenz zu diesem Zwecke statt; die neue Konvention wurde in eingehenden Beratungen zum Abschlusse gebracht, von der Konferenz angenommen und von den Staaten in Kraft gesetzt (Text D. Reichsges.-Bl. 1907, S. 107). Daraufhin erfolgte 1907 auf der zweiten Friedenskonferenz eine der Konvention von 1906 entsprechende Neugestaltung der Seekriegskonvention (Reichsges.-Bl. 1910, S. 283). So gelangte das große Werk zum Abschlusse, und so steht es heute, wenn auch durch traurige Vorgänge des Weltkrieges vielfach verletzt und geschändet, in Kraft.

Eine in diesen Zusammenhang gehörige Episode der Verhandlungen der ersten Friedenskonferenz verdient noch kurze Erwähnung. Dem Antrag, die Vorarbeiten für die Revision der Genfer Konvention der Schweiz zu übertragen, widersprach Rußland. Ohne hierfür einen besonderen Auftrag zu haben, trat ich bei der Verhandlung für das wohlerworbene Ehrenrecht der Schweiz ein; es war die oben erwähnte kurze deutsche Rede nach der englischen des Amerikaners Mahan (Confér. de la Paix III, S. 8 [Mahan], S. 11 [Zorn]);

Digitized by Google

die Konferenz entschied in meinem Sinne, und in der Schweiz löste dies Eintreten Deutschlands für das Recht der Schweiz lebhafte Freude aus; der schweizerische Gesandte Roth überbrachte mir in warmen Worten den Dank des Bundespräsidenten.

Die erste Kommission beschäftigte sich mit einer Reihe technisch-militärischer Fragen; der Erfolg dieser Arbeit war nicht bedeutend. Er bestand nur in drei kurzen „Deklarationen" (D. Reichsges.-Bl. 1901, S. 470 ff.), deren eine für den Zeitraum von fünf Jahren das Werfen von Explosivgeschossen aus Luftfahrzeugen verbot; diese Deklaration wurde als Staatsvertrag in Kraft gesetzt; sie war 1907 abgelaufen und wurde nicht erneuert. Von den beiden anderen Deklarationen, die keine zeitliche Begrenzung enthielten, war die eine ein Verbot der sogenannten Dumdumgeschosse, die der englische Oberst Ardagh vergeblich zu rechtfertigen versucht hatte (Confér. de la Paix II, S. 5 ff.), die zweite ein Verbot von Geschossen, die ausschließlich der Verbreitung von vernichtenden Gasen („gazes asphyxiantes ou délétères") zu dienen bestimmt waren. Beide Deklarationen wurden als Staatsverträge in Kraft gesetzt, aber im Weltkriege nicht gehalten.

Der zweiten Kommission war außer der oben angegebenen noch die Aufgabe der Neuordnung des Landkriegsrechtes gestellt. Unter Vorsitz des bekannten russischen Rechtsgelehrten v. Martens und unter lebhafter Teilnahme aller militärischen Delegierten der Konferenz unterzog sich die Kommission in zahlreichen Sitzungen der großen und schwierigen Arbeit. Daß bei dieser Arbeit der deutsche Militärdelegierte, Oberst Groß v. Schwarzhoff, eine besonders ausgezeichnete Stellung einnahm, darf ruhig ausgesprochen werden; er war auf der Konferenz ganz allgemein anerkannt. Oberst v. Schwarzhoff war ein ausgezeichneter Soldat, zugleich ein scharfer Kopf und ein Mann von umfassender allgemeiner Bildung und gründlichem Wissen; wenn er abends bei der Zigeunermusik, deren leichte Weisen uns angenehme Zerstreuung nach der schweren Tagesarbeit boten, sophokleische Chöre aus dem Gedächtnis frei zitierte, war ich manchmal tief beschämt; ich konnte es nicht. Soviel als möglich verhandelten wir vorher die zur Beratung kommenden Artikel vom militärischen und vom völkerrechtlichen Standpunkte aus; mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgte dann v. Schwarzhoff die Beratungen, immer bereit, den Anforderungen der Humanität jede nur mögliche Rechnung zu tragen, aber immer aufs schärfste darüber wachend, daß die Beschlüsse den militärischen Notwendigkeiten des Krieges entsprachen. Mit seinem französischen Kollegen, General Mounier, war v. Schwarzhoff in diesen Fragen wohl immer in voller Übereinstimmung, und ebenso anerkannten die übrigen militärischen Delegierten seine geistige Überlegenheit, die ihn zum Führer stempelte.

So entstand das große Werk der Haager Landkriegsordnung (D. Reichges.-Bl. 1901, S. 423), das auf der zweiten Friedenskonferenz nur in wenigen Einzelpunkten Abänderung fand. Seine Grundlage bildete der Entwurf der

Digitized by Google

Brüsseler Konferenz von 1874, dessen geistiger Urheber schon Martens gewesen war. Auf den Gang der Verhandlungen selbst, auf die Einzelheiten des Werkes, auf den großen Schiffbruch, den auch dieses Werk des Rechtes und der Menschlichkeit im Weltkriege erfuhr, ist hier nicht näher einzugehen.

Nur ein Punkt sei hervorgehoben, weil er charakteristisch ist für die Auffassung des Völkerrechtes. England bestand darauf, daß die Landkriegsordnung nicht die gewöhnliche Form eines Staatsvertrages erhalte, sondern daß der Staatsvertrag nur die Verpflichtung festsetze, daß die Staaten den Inhalt der Landkriegsordnung ihren Heeren als zu befolgendes Reglement vorschreiben sollten. Diesem Verlangen Englands wurde stattgegeben, auch auf der zweiten Friedenskonferenz. England präzisierte damit scharf seinen Rechtsstandpunkt: daß die Kriegsordnung nicht in Kraft trete als internationales Recht, sondern als national-englisches Recht, das ergangen sei auf Grund einer übernommenen Rechtspflicht internationalen Charakters. Über diesen englischen Rechtsstandpunkt bezüglich der Grundlagen des Völkerrechtes ist hier nicht weiter zu sprechen; es liegt aber offen zutage, daß England dann diesen Rechtsstandpunkt für alle Staatsverträge genau ebenso zur Geltung bringen müßte. Warum geschah es nur für die Landkriegsordnung?

Endlich muß in diesem Zusammenhange noch der Abrüstungsverhandlung Erwähnung geschehen. Ziffer 1 des zweiten Murawjewschen Rundschreibens forderte eine Einschränkung der Rüstungen der Staaten. Demgemäß erfolgten russische Vorschläge dahin: für einen Zeitraum von fünf Jahren die gegenwärtige Effektivstärke der Truppen, vorbehalten jedoch die Kolonialtruppen, nicht zu vermehren und für den gleichen Zeitraum die gegenwärtigen Militärbudgets nicht zu erhöhen; ferner während einer Periode von drei Jahren die Marinebudgets nicht zu erhöhen.

Diese Anträge wurden in einer Sitzung der ersten Kommission vorgelegt und russischerseits durch den Präsidenten Staal und den Oberst Gilinsky begründet (Confér. Intern. II, S. 27 ff.). Nach der Sitzung sagte Graf Münster zu seinem Freunde Staal: „Ich meinte bei deiner Rede, ich höre Bebel oder Liebknecht sprechen." Darin hatte Münster recht: der Vertreter des russischen Zarismus vertrat in der Frage die gleichen Gedanken wie die deutsche Sozialdemokratie.

Die russischen Anträge wurden einer Unterkommission von Militärdelegierten überwiesen, die einstimmig zu dem Ergebnis gelangte, daß die russischen Anträge undurchführbar seien und daß sie, die Kommission, nicht imstande sei, eine Lösung des Problems vorzuschlagen (Confér. Intern. II, S. 42). In ausgezeichneter Rede war v. Schwarzhoff bereits bei der Einbringung der russischen Vorschläge in der Kommission diesen entgegengetreten (Confér. Intern. II, S. 36 f.); die Unterkommission und die Kommission selbst stellten sich auf den gleichen Standpunkt, und dasselbe tat dann die Gesamtkonferenz, doch legte diese auf das Grab der russischen Anträge den Blumenkranz einer Resolution, die weiterhin noch in einen besonderen „Wunsch" gekleidet wurde,

Digitized by Google

den die Konferenz auf Bourgeois' Befürwortung einstimmig annahm. Der Wortlaut der beiden Urkunden ist folgender, der „Resolution": „Die Konferenz hält dafür, daß eine Beschränkung der Militärlasten, die gegenwärtig die Welt bedrücken, in hohem Grade wünschenswert ist für das Wachstum des materiellen und moralischen Wohlergehens der Menschheit"; des „Wunsches": „Die Konferenz spricht den Wunsch aus, daß die Regierungen, in Berücksichtigung der auf der Konferenz gemachten Vorschläge, die Frage der Möglichkeit einer Vereinbarung, betreffend die Beschränkung der bewaffneten Macht zu Lande und zur See und der Militärbudgets, ihrem Studium unterwerfen."

Auch auf der zweiten Friedenskonferenz hatte der russische Abrüstungsantrag kein besseres Schicksal. Man hatte sich hinter den Kulissen geeinigt, daß eine Verhandlung über den Antrag nicht stattfinden solle. Nur der englische erste Delegierte, der Quäker Sir Edward Fry, verteidigte in kurzer Rede den Abrüstungsgedanken, und der Franzose Léon Bourgeois schloß sich ihm an; dann wurde die Resolution der ersten Konferenz erneut bestätigt, und damit war die Sache abgetan.

Die Behandlung dieser Frage auf beiden Konferenzen war unwürdig. War man sich darüber klar, daß ein anderes Ergebnis nicht zu erzielen sei, so durfte man das große Problem überhaupt nicht auf die Tagesordnung der Konferenz setzen. Jedenfalls war die russische Vorbereitung in der Sache völlig ungenügend. Seitdem ist das Problem in mancherlei Weise erörtert worden; aber zur Lösung reif ist es auch durch diese Erörterungen nicht geworden. Es wird sich zeigen, ob durch Weltkrieg und Völkerbund eine Änderung in diesem Stand der Dinge eingetreten ist; mit den bloßen Klagen über Bedrückung der Völker durch die immer steigenden Militärlasten und der Ausmalung der schrecklichen Folgen, die dieser Zustand für die Weltwirtschaft haben müsse — dies ist der Inhalt der d'Estournellesschen Reden und Schriften —, ist jedenfalls eine Lösung des Problemes nicht zu gewinnen.

Das polnische Problem in der Mitte des 17. Jahrhunderts

Von

H. van der Mandere im Haag (Holland)

Jetzt, wo das polnische Problem einen nicht unwichtigen Unterteil des Friedens ausmacht und die Lösung davon noch sehr im ungewissen liegt, wird es gewiß nicht uninteressant sein, den Blick zwei und ein halbes Jahrhundert zurückzulenken in das Zeitalter, in welchem sich die Machtpolitik Ludwigs XIV. von Frankreich, des Sonnenkönigs, zu entfalten begann. Auch damals, damals jedoch zum ersten Male, ist Polen der Gegenstand des Neides zweier

Digitized by Google

ausländischer Parteien gewesen, das erste sichere Zeichen von Verfall jedweden Staates. Was sich in den Jahren zwischen 1665 und 1668 in Warschau und Polen abgespielt hat, wird uns in der ausführlichen Dissertation des Fräulein Anne-Marie Gaszowdt (Paris 1916) beschrieben, welche die Gesandtschaft von Pierre de Bonzy behandelt, der mit großem Pomp als außerordentlicher Gesandter nach Polen zog.

Pierre de Bonzy war einer der in jenen Zeiten vielfach vorkommenden Italiener, die in verschiedenen Ländern als Diplomaten tätig waren, ohne mit Abstammung und Nationalität zu rechnen. Seine Vorfahren gehörten, wie uns St. Simon mitgeteilt hat, zu den ersten Familien von Florenz; er selbst war äußerlich und innerlich eine vornehme Persönlichkeit, seine Erscheinung ebenso edel, wie sein Umgang einnehmend. Bereits in jungen Jahren wurde er nach Paris geschickt, um dort den Großherzog von Toskana zu vertreten, dort wurde Mazarin auf ihn aufmerksam, dem er so gut gefiel, daß er bei der späteren Heirat der Tochter Gastons von Orléans mit einem der Prinzen aus dem Hause Medici die Gesandtschaft sowohl für Frankreich als auch für Toskana übertragen erhielt. Kurz darauf wurde er Gesandter in Venedig, später in Polen, ging dann, von dort zurückgekehrt, nach Spanien und wurde kurz hintereinander Erzbischof von Toulouse und Amboise und Großalmosenier der Königin. Seine Laufbahn ist wirklich eine glänzende gewesen, doch entsprach sie seinen Eigenschaften. Wenn also Pierre de Bonzy in Polen nicht das Resultat erreicht hat, welches sein Fürst wünschte, ist dies hauptsächlich dem Lauf der Umstände und mehr noch der wechselnden politischen Einsicht dieses Fürsten selbst zuzuschreiben.

Doch welche Absichten steckten hinter der Sendung de Bonzys nach Polen? König Jan Casimir war mit der Witwe seines Bruders und Vorgängers König Ladislaus verheiratet; seine Frau war die bekannte Prinzessin Maria Gonzaga, die von Cinq Mars, von Gaston von Orléans und von einer Menge anderer geliebt worden ist. Es war ihr jedoch dessenungeachtet nicht geglückt, Popularität zu erlangen, um so weniger, da sie keine Kinder hatte. Fortgesetzt war sie denn auch in finanzielle und politische Sorgen verwickelt, die um so größer wurden, je mehr sich ihr Ehrgeiz offenbarte und ihre verborgenen politischen Neigungen sie eine Rolle spielen lassen wollten. König Jan Casimir hatte bereits mehrmals die Absicht der Abdankung zu erkennen gegeben; an seiner Stelle sollten dann die polnischen Stände einen Nachfolger wählen. Aber Ludwig XIV. und Mazarin, die bereits damals einsahen, von welch außergewöhnlich großem Werte es für Frankreich sein würde, einen Stützpunkt im Osten von Preußen zu haben, hatten es verstanden, die Fürstin für den Gedanken zu gewinnen, daß diese Abdankung zugunsten eines französischen Prätendenten geschehen sollte. Königin Maria war dem Kardinal vollständig ergeben; hatte sie auch kurze Zeit mehr nach der österreichischen Seite hingeneigt, so gab sie das bald wieder auf. Wohl dauerte es lange, bis zwischen ihr und Paris über die Person des eventuellen Nachfolgers von

Digitized by Google

Jan Casimir Übereinstimmung erzielt wurde. Endlich jedoch fiel die Wahl auf den Herzog von Enghien, den Sohn des großen Condé, der im Jahre 1663 eine Prinzessin von Bayern heiratete.

Man glaube jedoch nicht, daß dieser Plan die Zustimmung von Polen selbst hatte. Die polnischen Stände haben zu allen Zeiten großen Wert auf ihre Unabhängigkeit und ihr Alleinbestimmungsrecht gelegt. Die Wahl des Fürsten war eine ihrer wichtigsten Befugnisse. Im Jahre 1661 hatte Jan Casimir dem Reichstag den Vorschlag gemacht, den eventuellen Thronfolger aufzustellen. Der Vorschlag wurde abgelehnt. In den Jahren, die darauf folgten, arbeitete jeder für sein eigenes Ziel; die Schweden, die Moskowiten, der Kaiser, jeder für sich, während der Größte der polnischen Edlen, Marschall Lubomirski, öffentlich als Rebell gegen den König auftrat und bereit schien, polnische Verfassung und Gewohnheiten bewaffnet zu verteidigen.

Mitten in diesem Interessenstreit kam de Bonzy in Polen an. Er nahm seinen Weg über München und Wien und betrat in Krakau zum ersten Male polnischen Boden. Dort war er im Randgebiet von Polen, in der Gegend, in welcher Lubomirski hauptsächlich seine Anhänger hatte und von wo aus dieser, wie man ihm mitteilte, bereits die Absicht hatte, Truppen auszuheben. Hier bekommt de Bonzy einen ersten Einblick in die vielen Schwierigkeiten, die seiner harren; und dringt auch die Königin in ihn, daß er sich beeilen solle, nach Warschau zu kommen, wo sie ihn mit Ungeduld erwartet, um alles mit ihm zu überlegen, so nimmt er doch die Mühseligkeiten der Reise in dieser Jahreszeit zum Vorwand, um einige Zeit ruhig in Krakau zu bleiben und sich dort mit den polnischen Zuständen vertraut zu machen. Das sollte ihm späterhin von großem Nutzen sein, es sollte dazu beitragen, daß er die handelnden Personen besser verstehen konnte. Die Königin trifft er noch vor Abschluß der endlosen Besprechungen, wie sie in jenem Zeitalter mit dem Antritt eines wichtigen Gesandten in der Hauptstadt irgendeines Reiches verbunden waren. Inkognito kam sie mit ihm in der Vorstadt Warschaus zusammen, um sich mit ihm zu beraten. Dort hat de Bonzy bereits einen ersten Eindruck von der Fürstin bekommen, deren Unterstützung er als seine amtliche Aufgabe in Polen ansah; dort hat er ihre Intelligenz und ihr diplomatisches Talent schätzen gelernt, doch zugleich auch die großen Schwierigkeiten empfunden, die ihre impulsiven und wechselnden Meinungen hervorrufen würden. Daß de Bonzy mit einigem Mißtrauen in Warschau empfangen wurde, ist selbstverständlich; der französische Plan betreffs des Prinzen von Condé war kein Geheimnis geblieben. Man begriff von vornherein, daß de Bonzy diesen Plan unterstützen würde.

Mit großem Takt gelang es dem französischen Gesandten, binnen sehr kurzer Zeit in Warschau einen geistig angeregten, ansehnlichen Kreis um sich zu vereinigen. Man fand darin Stephan Koricinski, eine der Kreaturen der Königin; Rey, ihren Kanzler; Pac, den Großkanzler von Litauen, den die Königin mehr fürchtete als gern sah, der ihr jedoch eng verbunden war durch

Digitized by Google

seine Frau, einer Französin von Geburt. Dort fand man auch den großen Jan Sobieski, der mit der Witwe Zamoyskis, ebenfalls einer geborenen Französin, verheiratet und damals bereits als Feldherr berühmt war. In diesem Kreise verstand er es, unmittelbar durch dessen Männer, aber indirekt auch durch die Damen, auf welche de Bonzy großen Einfluß hatte, viele Einzelheiten seines Planes zu verwirklichen. Der Königin gegenüber bleibt er Psychologe, er sieht ihre Fehler, die vor allem aus ihrem Gefühl herrühren. Aber zu gleicher Zeit macht er sich zum Mittelpunkt der Parteien, die bereits Pläne für die Wahl entworfen haben, die nach des Königs Abdankung notwendig werden muß. Der Kanzler von Polen liebt tatkräftiges Auftreten, er will sogar Tataren und Kosaken zu Hilfe rufen, um den Herzog von Enghien auf den Thron zu bringen. Der Großkanzler von Litauen dagegen will nur im alleräußersten Fall tatkräftige Mittel; die gesetzlichen sind jedoch durch die Beschlüsse des Reichstages erschöpft. Darum will er ein Resultat auf dem gesetzlichen Wege erreichen, es nötigenfalls jedoch durch Gewalt unterstützen. Er will den Herzog von Enghien durch freie Abstimmung wählen lassen, behält sich aber das Recht vor, das königliche Heer gegen die Unruhen zu Hilfe zu rufen, die Lubomirski sicherlich anzetteln würde. Aber de Bonzy will von diesen Plänen nichts wissen; er will die Freundschaft Schwedens behalten, weil nur dann die Wahl eines französischen Prinzen Polen Zustände von Dauer verbürgen kann. Als dann auch der schwedische Gesandte belästigt und beleidigt wird und dies zum Vorwand nimmt, um sich aus der polnischen Hauptstadt zu entfernen, ist es de Bonzy, der vermittelnd auftritt und König und Königin zwingt, dem Schweden ihr Bedauern auszusprechen. De Bonzy geht sogar weiter: er nimmt Pläne an, die ihm durch den französischen Gesandten in Wien verschafft waren, die Mitarbeit eines ungarischen Abenteurers betreffend, der den großen Lubomirski betrügen will. Dringend sucht er bei Ludwig XIV. um Hilfe nach, die ihm in Geld und Mannschaften zugesagt wird.

Nun er dieser Unterstützung gewiß ist, ist es für de Bonzy nur eine kleine Mühe, die feindliche Stimmung gegen Lubomirski anwachsen zu lassen; sehr schnell beschließt man eine militärische Unternehmung gegen den großen polnischen Edelmann und die Seinen. Und das ist das erstemal, daß durch den Einfluß fremder Mächte Polen dem Zwiespalt ausgeliefert wird. De Bonzy ist bei dem königlichen Heere; neben ihm tut als militärischer Ratgeber ein gewisser Millet Dienst, der große Erfahrungen zu besitzen scheint. Es ist denn auch kein Wunder, daß dieser Kriegsmann sich über die Art und Weise ärgert, auf welche das königliche Heer sich durch schwächere Streitkräfte des Gegners von links nach rechts und von rechts nach links führen läßt. Es sitzt Lubomirski auf den Hacken; zuweilen kann man den Rauch seiner Kampffeuer sehen. Aber es wird kein energischer Angriff befohlen. Man zieht an Kalisch vorbei, man nähert sich Czenstochowa, wo jedoch verschiedene kleine feindliche Detachements das königliche Heer so vollkommen zu überraschen wissen, daß

Digitized by Google

eine schmähliche Niederlage die Folge ist. Wenn der Feind nicht den so leicht errungenen Sieg in Ruhe genossen hätte, würde das ganze königliche Heer vernichtet worden sein. Nun zieht man ruhig nach Rawa zurück. Man ist zu der Erfahrung gekommen, wie gefährlich es ist, Lubomirski allzusehr aufzusagen, wie beschwerlich es ist, ihn zu besiegen; und de Bonzy, der in allen Dingen großen Optimismus zeigt, schreibt nach Paris, daß man doch jetzt nun wohl überzeugt sein werde, daß in Polen ohne fremde Hilfe die Ordnung nicht wiederherzustellen sei.

Auf beiden Seiten scheint Neigung zum Unterhandeln und Friedeschließen zu bestehen; Grémonville, der französische Gesandte in Wien, ist die Zwischenperson. Es ergibt sich, daß man mit Lubomirski auch über die französischen Pläne sprechen kann, und de Bonzy ist geradezu bereit, hinterm Rücken der Königin mit dem mächtigen polnischen Magnaten zu unterhandeln. In Rawa wird alles besprochen; der König und die Königin sind dort, de Bonzy ist dort, die Erzbischöfe sind dort und auch die Abgeordneten Lubomirskis. Nichts ist merkwürdiger als diese Unterhandlungen, die nicht vom Flecke kommen, weil man einander nicht über den Weg traut; nichts ist merkwürdiger als diese Besprechungen, wobei alle Parteien danach trachten, einander zu betrügen. Das Ende kommt erst, als Lubomirski und die Seinen einen Theatertrick vorbereiten, den König an den Verlust seiner Popularität glauben machen und den Hof in Schrecken und Furcht den Rückzug antreten lassen. All die Angst ist überflüssig; denn Lubomirski verfügt keineswegs über die Macht, welche er sich selbst zuschreibt. Aber der Schreck ist nun einmal da; die Königin will bereits nach Preußen oder nach Frankreich flüchten, der König nach Litauen; daran ist nichts mehr zu ändern, und es muß Friede geschlossen werden. Der Friede, welcher zustande kommt, ist derjenige von Paczin; er ist so ruhmvoll, als denkbar ist. Nach diesem mißglückten Feldzug, wie de Bonzy spottend nach Frankreich schreibt, ist Ruhe und Frieden. Aber für wie lange?

Denn niemand glaubt daran, daß dieser Friede mehr ist als ein Waffenstillstand. An Lubomirski sind Güter und Ehre zurückgegeben, jedoch seine großen Funktionen nicht; auch hat er sich verpflichten müssen, das Königreich zu verlassen. De Bonzy ist unermüdlich im Ausarbeiten neuer Pläne; er bittet den französischen König um große Geldsummen, womit er den polnischen Hof nach seinem Willen lenkt. Er hat nun den Plan, ein Heer durch Pommern marschieren zu lassen, welches in Danzig oder Puck landen und von dort nach Polen hineinziehen soll. Alle Vorbereitungen werden in dieser Richtung getroffen; zwischen Brandenburg und Frankreich wird ein Traktat geschlossen, was Lubomirski sehr beunruhigt. Die Fürstin Sobieska verrichtet Wunder und versöhnt sogar ihren Mann mit dem Prinzen Wisniowecki, dessen Macht sich der Kaiser fortan vergeblich für sich zu nutzen trachtet. Der junge Condé ist bereit, den ihm angewiesenen Platz einzunehmen; aber dann kommt der erste große Gegenschlag in dem polnischen Drama. Schweden,

Digitized by Google

dessen Haltung bereits seit langer Zeit bei de Bonzy und der Königin Maria Unruhe erweckte, verweigert den Durchzug durch Pommern. Ludwig XIV. tut alles, was er kann; er verspricht Schweden 12- bis 15000 Mann, um seinen Krieg mit Münster zu beendigen; er sendet einen besonderen Gesandten nach Stockholm: nichts hilft. Schweden ist der Bundesgenosse von England im Kriege gegen die Niederlande, und das entfernt es von Frankreich; man will in Stockholm nicht mehr an einer Wahl mithelfen, für welche man wenig Interesse hat, die aber ein Sieg für die französische Politik sein würde.

Ludwig XIV. und seine Ratgeber sind verständiger, als ein Jahrhundert später Ludwig XV. und sein Minister Fleury, welche dem französischen Kandidaten für den polnischen Thron ohne die Zustimmung von Schweden auf dem Landweg Hilfe zukommen lassen wollten; sie sehen von der Expedition ab. Und es ist geradeso, als ob plötzlich das Interesse Ludwigs XIV. für das polnische Problem sich verminderte; empfing früher de Bonzy seine eigenhändigen Briefe, so ist es jetzt der Minister, der sich an ihn wendet. Geldsendungen, die besonders für die polnische Königin von so großer Bedeutung sind, werden nicht mehr in Aussicht gestellt, und die Königin fühlt sich einigermaßen dem Feinde ausgeliefert. Sie hat niemals zu Schweden Vertrauen gehabt, und nun ist sie das Schlachtopfer des Glaubens der anderen. Sie weist darauf hin, daß man ihr Sicherungen gegeben haben würde, wenn sie sich mit Österreich verständigt hätte, die sie nun mit einem Male entbehrt.

Aber zu gleicher Zeit hat sie, in Beratung mit de Bonzy, neue Pläne. Warum sollte man sich nicht mit dem Kurfürsten von Brandenburg verständigen können dadurch, daß man ihm Elbing gibt und ihn bange macht, daß ein schwedischer Kandidat auf den polnischen Thron kommen würde? De Bonzy zieht jedoch vor, die Beziehungen zu Lubomirski wiederherzustellen. Es ergibt sich jedoch bald, daß dazu weniger Gelegenheit besteht als vorher; der Reichstag von 1666 steht ganz im Zeichen der Wünsche der Anhänger von Lubomirski. Diese fordern seine Wiedereinsetzung in all seine Funktionen, ehe sie über irgend etwas anderes sprechen wollen. Und einmal besonders verursachen sie einen solchen Spektakel, daß der Reichstag aufgehoben werden muß, noch ehe es zu irgendeinem Beschluß gekommen ist.

Nun auf friedlichem Wege Lubomirski nicht beizukommen gewesen war, unternimmt man gegen ihn einen zweiten Feldzug, der jedoch sehr wenig glücklicher ist als der erste. Wohl scheinen einen Augenblick — wie auch de Bonzy in seinen Berichten nach Paris zugibt — der König und die Seinen mehr Spannkraft zu zeigen; aber das ist nur Schein. Lubomirski ist in Polen populär; er kann seinen Adel Jahrhunderte zurückverfolgen, ebenso wie der König. Die Kraft dieses letzteren liegt vor allem in dem Heer von Litauen; der König begibt sich zu diesem Heere. Sobald es sich in Marsch setzt, kommen seitens der Abgesandten von Lubomirski Angebote zu einem Übereinkommen, welche jedoch abgeschlagen werden. Lubomirski zieht sich zurück, scheinbar müde und geschlagen; aber an den Ufern der

Digitized by Google

Notec, einem Seitenfluß der Oder, geschieht der Übergang der königlichen Truppen dermaßen unordentlich, daß Lubomirski und die Seinen ohne viel Mühe Panik in dem Heere hervorrufen und es, ungeachtet seiner Übermacht, schlagen. In wilder Jagd eilen dreitausend von Lubomirskis Anhängern zu Pferde nach Warschau und verbreiten dort den denkbar größten Schrecken; seine Forderungen sind höher denn jemals vorher. Er weiß nicht, was für einen Bundesgenossen er an Frankreichs Handlungsweise hat; de Bonzy, der bereits vorher mehrmals nur mit großer Mühe Geldsendungen erhielt, muß erkennen, daß er ganz am Ende ist und keinen Centime ausbezahlen kann. So kommt am 31. Juli 1666, am selben Tage, an welchem die französische Unterstützung ein Ende nimmt, der Frieden zustande, wobei der König eine allgemeine Amnestie bewilligt. Lubomirski verpflichtet sich, den König um Verzeihung zu bitten, sein Heer aufzulösen und seinen Briefwechsel mit fremden Fürsten aufhören zu lassen; die gesetzlichen Bestimmungen für die Wahl eines fremden Fürsten werden nochmals feierlich beschworen.

Muß man da noch fragen, ob Lubomirski gesiegt hat? Darüber besteht kein Zweifel, und de Bonzy, der mit bewundernswürdiger Beharrlichkeit weiter an dem französischen Plan der Thronfolge festhält, fühlt nun, daß es nur ein Mittel gibt, um den Zweck zu erreichen, und zwar eine Übereinkunft mit Lubomirski. Er muß bestochen werden, und darum bittet der Gesandte um Geld und immer mehr Geld. Was sollte die Anhänger der französischen Partei verhindern, nach dem Verzicht des Königs für die Wahl des jungen Condé zu arbeiten, eines Kandidaten, der ebensogut ist als die anderen, die aufgestellt wurden? Es gibt jedoch verschiedene Angelegenheiten zu regeln, ehe Jan Casimir in Wirklichkeit abdanken soll. Er muß wissen, wieviel Entschädigung Frankreich ausbezahlen will; auch Sobieski muß wissen, was er als Tausch für die Funktionen, die er um Lubomirskis willen aufgeben muß, erhält. Die Königin will auch wissen, wie ihre zukünftige Stellung sein wird, und daher kommt es, daß man über einen geheimen Traktat nach dem anderen verhandelt; geheime Traktate, die zum Teil den französischen Staat, zum Teil Ludwig XIV. persönlich angehen. Der am schwersten zu schließende Vertrag ist derjenige mit Lubomirski; es herrscht ein begreifliches Mißtrauen auf beiden Seiten, und die Forderungen des polnischen Edelmannes sind hoch. Er wünscht nicht weniger als 500000 Livres von Ludwig XIV. und 100000 Livres von Condé; demgegenüber soll er seine beiden Söhne als Geiseln nach Frankreich senden. Der französische Gesandte muß einerseits die Königin, andrerseits den polnischen Edelmann zufriedenstellen; eine wirklich nicht leichte Aufgabe. Als er endlich glaubt, seinen Zweck erreicht zu haben, reist Lubomirski ab, ohne den Traktat zu unterschreiben; der inzwischen eröffnete Reichstag muß aufs neue aufgelöst werden. Aber dann, kaum drei Wochen, nachdem er sich geweigert hat, zu unterschreiben, erkrankt Lubomirski plötzlich infolge von Herzlähmung. Der Referendar Morsztyn, der im Begriff steht, in geheimer Sendung von Ludwig XIV. nach Frankreich zu reisen,

Digitized by Google

ist an seinem Sterbebett und meldet es de Bonzy. Vier lange Wochen dauert der Todeskampf dieses kräftigen Mannes; aber am 31. Januar 1667 stirbt er und befreit den Hof zu Warschau aus großer Angst und Sorge.

Der französische Plan für die Thronfolge ist nun der Verwirklichung einen Schritt nähergerückt; aber verwirklicht ist er noch keineswegs. De Bonzy hat neue Pläne ausgearbeitet, direkt nach Lubomirskis Tod; es scheint ihm eine der größten Schwierigkeiten mit dessen Tod überwunden zu sein. Den Krieg mit der Türkei hält er für einen geeigneten Vorwand für bewaffnete Intervention; er dringt darauf, daß man doch nicht warten solle. Morsztyn, der inzwischen in Paris angekommen ist, versteht es so gut, Ludwig XIV. von der Bedeutung dieses Vorhabens zu überzeugen, daß dieser sich aufs neue mit der Tat für das polnische Problem interessiert und in einem eigenhändigen Briefe de Bonzy ein Heer von 8000 bis 10000 Mann zu senden verspricht, welche man von Braunschweig oder Brandenburg zu kaufen versuchen soll; der französische Monarch fügt dabei hinzu, daß er diese Absicht ausführen werde, ungeachtet dessen, ob der mit England schwebende Krieg beendigt werde oder nicht. Ludwig XIV. gibt seinem Gesandten neue Instruktionen; er weist darauf hin, daß nach dem Frieden von Breda der Truppentransport leichter sein wird; er erkennt die gute Gelegenheit an, die der Krieg mit der Türkei bildet; de Bonzy glaubt auch, daß er mit dem neuen Reichstag ein leichtes Spiel haben wird. Er scheint recht zu bekommen, da sogar ein Angebot von Brandenburg abgewiesen wird, weil man sich lieber Frankreich anvertraut. Der französische Minister des auswärtigen Amtes bittet den Kurfürsten um freien Durchzug, obgleich er zweifelt, ob dieser ihm erlaubt werden wird. Man trifft hier in seinem Briefwechsel zum erstenmal eine Anspielung auf die Fragen vom Rhein und den Niederlanden an; Fragen, die in Frankreich großes Interesse hatten, nachdem Turenne die südlichen Niederlande in Besitz genommen. Man möchte wirklich fragen, ob der Beschluß Ludwigs XIV. ehrlich und ernst gemeint war, oder ob er nicht in jenem Augenblick nur dazu diente, seinen politischen Gegnern ein X für ein U zu machen. Volles Vertrauen hatte man zu seinen Versprechungen nicht; die Königin, entkräftet durch Sorgen und Intrigen, stirbt, kurz bevor der Plan zur Ausführung kommen kann. Mit gemischten Gefühlen macht de Bonzy von ihrem Hinscheiden Meldung; kein Wunder. Denn in seinem Briefwechsel mit Frankreich bezeichnet er sie ebenso oft als Hemmnis für seine Pläne, wie als treueste Mitarbeiterin. Ihm nimmt dieser Tod gewiß nichts von seinen Kräften; er bleibt für seinen Plan an der Arbeit, und er ist derjenige, der bewirkt, daß Jan Casimir jetzt seinen lang gehegten Plan, abzudanken, endlich ausführt.

Dann jedoch macht ein Schreiben Ludwigs XIV. vom 18. Juli 1667 dieser diplomatischen Verwicklung ein Ende. Das Ende, das plötzlich die Illusionen de Bonzys zerstört. Ludwig XIV. hat sich für den polnischen Plan interessiert; aber er kann die Zustimmung der deutschen Fürsten für

Digitized by Google

den Durchzug seiner Truppen nicht bekommen, und er bedarf ihrer Mitarbeit; nicht mehr für Polen, sondern für einen Angriff in Flandern. Mainz, Köln und Münster haben dafür Beistand zugesagt; der Herzog von Neuburg will diesen Beistand nur dann verleihen, wenn Ludwig XIV. seine Bemühungen, eine der Töchter des Herzogs mit dem König von Polen zu verheiraten, unterstützt. Ludwig XIV. hat dem Gelingen seiner Absichten in Flandern und den Niederlanden sein Herz verpfändet. Alles muß diesen Interessen weichen. Er gibt darum dem Herzog von Neuburg das Versprechen, eröffnet ihm sogar Aussicht auf den Thron von Polen, wo er jedoch noch weniger populär ist als Condé. Der arme de Bonzy muß nun wieder einmal versuchen, Anhänger für diesen alten Herzog, einen unbedeutenden kleinen Fürsten, zu finden. Mit dem großen Talent zur Intrige, über das er verfügt, glückt es ihm tatsächlich, und eine gewisse Frau Denhoff, Gattin eines Kammerherrn des Königs, die früher der Partei des Kaisers ergeben war, ist jetzt seine Helferin. Am 4. März 1668 wird durch Jan Casimir, de Bonzy und den Gesandten des Herzogs von Neuburg der entscheidende Vertrag unterzeichnet, Jan Casimir unterschreibt seine Abdankung, und der französische Gesandte verbürgt sich für die Zusagen, die der König von Frankreich dem abtretenden Herrscher gegeben hat.

De Bonzys Aufgabe, einen französischen Prinzen auf den polnischen Thron zu bringen, der Lieblingsgedanke Mazarins, ist mißglückt. Nicht durch *seine* Schuld oder Mangel an Einsicht, sondern durch die plötzlich veränderte französische Politik. Wäre es de Bonzy geglückt, Polen von Frankreichs Uneigennützigkeit zu überzeugen, vielleicht würde er, ungeachtet der späteren Gleichgültigkeit Ludwigs XIV., eine französische Partei gebildet haben. Nun fühlte selbst die Königin, daß der französische Plan Hauptsache und das Los Polens Nebensache war. Es wird nicht das letztemal sein, daß Frankreich Erfahrungen dieser Art in Polen macht. Diesmal ist sicherlich ein Teil des Mißerfolges — so meint Fräulein v. Gasztowdt gewiß mit Recht — der Tatsache zuzuschreiben, daß dieser französische Gesandte, der aus so einem ganz anderen Milieu kam, den Widerstand eines Lubomirski vollständig unterschätzte, diesen leicht zu besiegen gedachte und ihn als Nebensache ansah, während gerade hier die Hauptsache steckte. Diese ganze Sendung de Bonzys am polnischen Hofe ist eine kennzeichnende Probe der politischen und diplomatischen Gebräuche jener Epoche des 17. Jahrhunderts, dessen Überbleibsel auch jetzt noch eine Gefahr für den Frieden und die Wohlfahrt der Völker bilden.

Polen, in jenen Tagen noch das mächtige Polen, wurde unbewußt zum Gegenstand politischer Intrigen. Aber das sollte noch oftmals — viel zu oft — der Fall sein, und zu spät wird Polen einsehen, welchen Gründen es seine inneren und äußeren Erniedrigungen zu danken hat. Das leicht entflammbare polnische Volk, der Neid zwischen seinen verschiedenen Kreisen,

Digitized by Google

die Ehrsucht der polnischen Großen, die durch die Königswahl eher angereizt als gemildert wird, dies alles sind so viel Gründe für das unglückliche Los, das Polen traf und das auch jetzt noch drohend über jenem Lande hängt.

Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard v. Dalwigk zu Lichtenfels in den Jahren 1866/67 und 1870/71

Herausgegeben
von
Dr. Wilhelm Schüßler,
Privatdozent an der Universität Frankfurt a. M.

(Fortsetzung)

4. Juli.

Um 9¼ Uhr hatte ich den Besuch des holsteinischen Regierungsrats v. Stemann, welcher bat, dem Antrag am Bunde auf Anerkennung des Herzogs Friedrich als Souverän von Holstein zuzustimmen.

Nach ihm erschien der Kabinettsdirektor Geh. Rat Zimmermann. Er sagte mir, der Direktor Menges[1]) habe ihm bemerkt, wie sehr im Publikum über den Großherzog losgezogen werde, weil er seinem Schwiegervater[2]) nachlaufe, statt auf seinem Posten zu bleiben. Er, Zimmermann, habe dem Herrn Menges tüchtig die Meinung gesagt, weil er solche Reden anhöre. Übrigens werde es doch gut sein, wenn der Großherzog in einem Schreiben an das Kriegsministerium sich zu einem bedeutenden Beitrag für die Verwundeten bereit erkläre.

Ich war sehr müde und im Begriffe, mich zu Bette zu legen, als ich noch einen Besuch des württembergischen Ministers v. Hügel erhielt. Auch er hat große Zweifel an Pfordtens Aufrichtigkeit. Er behauptet, Canitz[3]) habe vor seiner Abreise von Stuttgart einer ihm bekannten Dame gesagt, von Bayern habe Preußen nichts zu fürchten.

5. Juli.

Morgens besuchte mich der Minister v. Schenk,[4]) um mir zu sagen, daß er alles vorbereitet habe, um im Falle einer preußischen Invasion die Kassen nach Ulm zu bringen. Zugleich kam der hannoversche Hauptmann v. Düring. Derselbe sagte mir, er stehe mit einem Leutnant, 4 Unteroffizieren und 70 Mann in Frankfurt und wünsche sich am Kampfe gegen Preußen zu beteiligen.

---

[1]) Kabinettsgüterdirektor.
[2]) König Ludwig I. von Bayern, Vater der 1862 verstorbenen Großherzogin Mathilde.
[3]) Preußischer Gesandter.
[4]) Hessischer Finanzminister.

Digitized by Google

Man habe ihm geraten, Aufnahme in das großherzoglich heſſiſche Kontingent nachzuſuchen, der Kriegsminiſter v. Wachter habe aber ſeine Bitte rund abgeſchlagen. Ich begab mich darauf zu dem Kriegsminiſter, erreichte aber keinen beſſeren Erfolg. Der alte Mann war eigenſinnig und mutlos zugleich. Er wollte die Waffenvorräte nach Mannheim bringen laſſen, was ich ihm entſchieden abriet. Ich bezeichnete ihm Ulm als den geeigneten Ort. Von allgemeiner Bewaffnung wollte Herr v. Wachter gar nichts hören. Er meinte, dadurch ziehe man nur Rachehandlungen der Preußen herbei, welche die Volkswehrmänner nicht als Soldaten behandelten. Nach meiner Rückkehr teilte ich das Reſultat meiner Unterredung dem Hauptmann v. Düring mit und verſprach demſelben, ihn und ſein Geſuch dem Herrn v. Baumbach, welcher ihn vielleicht in das kurheſſiſche Kontingent aufnehme, ſowie dem Herrn v. Biegeleben zu empfehlen.

6. Juli.

Nachmittags beſuchte mich Miniſter v. Schenk und wir verabredeten, ſofort die Brücken von Worms, Gernsheim und Oppenheim abführen und nach Mainz verbringen zu laſſen.

Ich beſuchte dann den Grafen d'Aſtorg, welcher am Nachmittage bei mir geweſen war und mich nicht gefunden hatte. Er las mir zwei Schreiben des Kaiſers Napoleon an die Könige von Preußen und Italien vor, in welchen derſelbe ſeine Vermittelung zur Herſtellung eines Waffenſtillſtandes und demnächſt Friedens anbietet. Als ich nach Hauſe kam, erſchienen Geh. Rat Zimmermann und Rechnungsrat Winter, um zu fragen, wohin ſie eintretendenfalls mit der Kabinettskaſſe flüchten ſollten. Ich empfahl ihnen München.

Nachts ſodann ein Brief von Biegeleben, wonach Prinz Wilhelm von Baden mit den badiſchen Truppen des VIII. Armeekorps eigenmächtig die Aufſtellung von Gießen—Wetzlar verlaſſen und ſich nach Frankfurt zurückgezogen hat, um von da nach Hauſe zurückzukehren. Dieſe niederträchtige Fahnenflucht, welche nicht ohne Wiſſen des Großherzogs von Baden geſchehen ſein könnte, ärgerte mich ſo, daß ich die Nacht faſt ſchlaflos zubrachte.

7. Juli.

Der Großherzog ſagte mir, der König Ludwig ſei auf die dermalige bayeriſche Politik und auf den Prinzen Karl von Bayern ſehr ſchlecht zu ſprechen. Wir verabredeten auch, daß im Falle einer preußiſchen Invaſion die Miniſter dem Großherzoge nach München zu folgen hätten. Um 12½ Uhr kam der Oberſthofmarſchall Graf Yſenburg, um mich über die Art, wie er das Hofſilber retten ſolle, zu befragen. Er war ſehr gebeugt und mutlos.

Während des Eſſens erhielt ich ein Telegramm, wonach Baron Varnbüler und Baron Edelsheim um 4 Uhr zu mir zur Konferenz kommen würden. Dieſelben wünſchten zunächſt zu wiſſen, wo das Hauptquartier des VIII. Armee-

Digitized by Google

korps sei und welche Pläne Prinz Alexander habe. Das Hauptquartier befand sich am 6. l. M. in Crainfeld bei Herbstein und der Prinz wollte am 9. l. M. mit dem Hauptquartier wieder in Frankfurt sein. Diese Mitteilung befriedigte die beiden Minister, welche durch das Einrücken der Preußen in Fulda beunruhigt waren und für Frankfurt fürchteten. Sodann sprach ich mit Edelsheim über die angeblichen Rückzugsgelüste des Prinzen Wilhelm von Baden, die derselbe nicht recht zugeben wollte, so daß ich ihm die Belegstellen aus dem mir nachts vorher zugekommenen Brief Biegelebens vorlas. Endlich sprachen wir noch über die Notwendigkeit der baldigen Zusammenberufung eines deutschen Parlamentes. Baron Varnbüler war der Ansicht, man solle vorerst die Kammern sämtlicher bundestreuen Staaten zusammentreten lassen.

8. Juli.

Um 1½ Uhr begab ich mich zum Grafen d'Astorg, um ihn zu bitten, er möge in Paris telegraphisch anfragen, ob die deutschen kriegführenden Mittelstaaten in dem sechswöchigen, zwischen Österreich und Preußen abgeschlossenen Waffenstillstand einbegriffen seien. Wenn nicht, so ließe ich Herrn Drouin de Lhuys[1]) ersuchen, dies nachträglich zu erwirken, und zwar bald, weil ein Gefecht zwischen Frankfurt und Gießen nahe bevorstehe.

9. Juli.

Morgens 8 Uhr kam der Flügeladjutant Major v. Lynker, welcher soeben das Hauptquartier des Prinzen Alexander in Niederwöllstadt verlassen hatte, und brachte mir ein Schreiben des Prinzen, worin mir derselbe ganz vertraulich mitteilt, daß er sich mit dem Prinzen Karl von Bayern überworfen habe, welch letzterer verlange, das VIII. Bundes-Armeekorps solle sich mit ihm bei Schweinfurt vereinigen. Das sei unter den vorliegenden Umständen unzulässig. Er, Prinz Alexander, werde im ungünstigen Falle eine Aufstellung bei Mainz nehmen.

Lynker sagte mir, die Truppen des VIII. Korps seien nach dem beschleunigten Rückmarsche durch den Vogelsberg bei schlechtestem Wetter sehr ermüdet in der Nähe von Frankfurt und Niederwöllstadt angekommen und brauchten ein paar Tage, um sich zu erholen. Um 11 Uhr kam Minister v. Schenk, um mich zu fragen, ob der Waffenstillstand zustande gekommen sei. Da ich die Frage verneinte, so beschloß er, sofort den Rest der Vorräte der Staatsschuldentilgungskasse packen zu lassen.

Ich gab dem Major v. Lynker ein Antwortschreiben für den Prinzen Alexander mit.

Hierauf erschien der Kriegsminister v. Wachter, um zu hören, wie die Dinge ständen. Er deutete an, es werde wohl nichts übrig bleiben, als sich jetzt mit Preußen zu verständigen, eine Ansicht, mit der ich ihn tüchtig abfahren ließ.

[1]) Edouard Drouin de Lhuys, 1862—1866 zum drittenmal französischer Minister des Auswärtigen.

Digitized by Google

10. Juli.

Morgens ließ mich der Prinz Ludwig ersuchen, zu ihm zu kommen. Ich fuhr um 10½ Uhr zu ihm, und er schwatzte mir lange von der Notwendigkeit vor, sich sofort mit Preußen zu verständigen, da Österreich nun vollständig unterlegen sei. Ich erwiderte ihm, daß ich auf eine solche Politik, die eine durchaus undeutsche sei, nicht eingehen und daß ich freiwillig einer Teilung Deutschlands in zwei Hälften nicht zustimmen würde. Der Prinz meinte, die südliche Hälfte würde sich später auch an Preußen anschließen müssen. Die hessischen Truppen kämpften mit Widerwillen gegen Preußen und erklärten laut, sie würden lieber gegen die Franzosen fechten.

Ich antwortete dem Prinzen, daß ich das nicht glaubte und daß ich besseres Vertrauen zum Geiste der Truppen hätte. Der Prinz erklärte mir, er persönlich würde nicht zu den Truppen zurückkehren, um gegen Preußen zu fechten. Ich bemerkte ihm darauf, es sei für mich Zeit, in die Sitzung zu gehen, und empfahl mich, natürlich sehr erbittert über die schlechten, unpatriotischen Ansichten des Prinzen. Um 2½ Uhr besuchte mich der österreichische Legationssekretär v. Haymerle,[1]) um mich im Auftrage des Baron Kübeck zu bitten, Biegeleben möge sich bei einem Beschlusse der Bundesversammlung auf Verlegung ihres Sitzes von Frankfurt nach Augsburg eines Separatvotums enthalten. Ich schrieb demgemäß an Biegeleben.

11. Juli.

Ich hatte den Großherzog am Morgen von der Entschließung der Bundesversammlung, sich noch am nämlichen Tage nach Augsburg zurückzuziehen, in Kenntnis gesetzt, und er hatte mich beauftragt, Pfordten zu telegraphieren, daß er, der Großherzog, nun sofort nach München komme. Die Minister sollten dem Großherzog dahin nachfolgen. Inzwischen hatten sich aber die Umstände verändert. Ich bat deshalb Trotha, dem Großherzog zu sagen, daß sein Entschluß verfrüht sei. Prinz Karl sagte mir, der Großherzog wolle, daß er mit nach München gehen sollte, und verlangte meinen Rat. Ich riet dem Prinzen, Darmstadt nicht zu verlassen, und bemerkte zugleich, daß ich auch den Großherzog bitten würde, nicht jetzt schon abzureisen. Ich berichtete sofort dem Großherzoge, daß die Bundesversammlung den Extrazug, mit dem sie Frankfurt habe verlassen wollen, wieder abbestellt habe, daß Prinz Alexander mit dem VIII. Armeekorps vorerst in Frankfurt stehen bleibe, und bat deshalb, nicht abzureisen. Den Bericht schickte ich per Expreß und erhielt noch am Abend zustimmende Antwort.

12. Juli.

Die Mittagsjournale brachten die Nachricht, daß Frankreich eine Reihe deutscher Staaten, darunter das Großherzogtum Hessen, als Entschädigung

[1]) Heinrich Karl Ritter v. Haymerle, 1828–1881, war 1879–1881 österreichisch-ungarischer Minister des Auswärtigen.

Digitized by Google

für Frankreich ausersehen habe. Die Nachricht machte großes Aufsehen. Ich beauftragte sofort den Geh. Legationsrat Hofmann, ein Schreiben an den Ministerresidenten in Paris aufzunehmen, durch welches gegen ein solches Arrangement protestiert wird.

13. Juli.

Ich erhielt einen sehr niederschlagenden Bericht des Attachés v. Gagern über die österreichische Lage.

Major v. Lynker, aus dem Hauptquartier des Prinzen Alexander kommend, sagte mir, der Prinz präpariere sich für den folgenden Tag zu einer Schlacht gegen die heranrückenden Preußen, sofern Prinz Karl von Bayern, zu welchem der Oberst v. Schönfeld entsendet worden sei, auf den Vorschlag des Prinzen eingehe. Die Hessen stünden in Aschaffenburg. Man habe die Württemberger von Schlüchtern und die Österreicher von Frankfurt herangezogen. Die Badener blieben in Frankfurt.

17. Juli.

Wir kamen abends 8 Uhr in München an und stiegen im „Bayerischen Hofe" ab.

18. Juli.

Morgens 8 Uhr fuhren Schenk und Lindelof nach Nymphenburg, wo der Großherzog abgestiegen ist. Ich war zu leidend, um sie zu begleiten. Ich hatte um 8 Uhr, zu Bett liegend, den Besuch des Geheimen Rats Pfeuffer.[1]) Um 9½ Uhr fuhr ich zum Minister v. d. Pfordten, der mir eine Reihe von Aktenstücken, seine Korrespondenz mit dem Prinzen Karl von Bayern enthaltend, vorlas, um mir zu beweisen, daß das Ministerium die kräftige Aktion des Prinzen Karl in keiner Weise gehindert habe. Von da machte ich Besuch bei dem Grafen Degenfeld,[2]) dem badischen Gesandten Baron Berkheim, bei Paul Dunten[3]) und bei dem russischen Gesandten v. Ozeroff.[4]) Am Nachmittage kam Baron Berkheim mit einem Telegramm des Ministers v. Edelsheim, worin der letztere fragte, ob es nun nicht an der Zeit sei, mit Preußen ein friedliches Abkommen zu treffen, eine Anfrage, die ich mit Rücksicht auf die bevorstehende Vereinigung des VII. und VIII. Armeekorps verneinte. Abends fuhr ich mit Paul durch den Hofgarten und in die Umgebung von München spazieren. Nach der Fahrt besuchte ich den Minister v. Schenk, welcher in demselben Hotel wie ich abgestiegen ist.

---

[1]) Franz v. Pfeuffer, badischer Gesandter in Darmstadt.
[2]) Württembergischer Gesandter in München.
[3]) 1833–1904, Dalwigks Schwager, russischer Legationssekretär in München.
[4]) Iwan Ritter v. Ozeroff.

Digitized by Google

19. Juli.

Ich ging auf eine Viertelstunde zum württembergischen Minister Baron Varnbüler, welcher am Abend zuvor angekommen war. Wir besprachen das Edelsheimische Telegramm und waren in dessen Beantwortung einverstanden.

Ich wurde vom Großherzog empfangen, der sehr freundlich und nicht entmutigt war. Er sagte mir, wenn die Preußen bis München vordringen sollten, werde er sich in die Schweiz zurückziehen.

20. Juli. München.

Morgens 10 Uhr ging ich zu Baron Varnbüler und traf dort mit Herrn v. Edelsheim, der morgens um 4 Uhr per Extrazug angekommen war, zusammen. Wir konferierten dann von 11 Uhr an mit dem Baron Pfordten. Edelsheim verlangte Deckung des Rheintales, damit der Großherzog, sein Herr, nicht gezwungen werde, sich mit Preußen in Separatverhandlungen einzulassen. Es wurde sofort an den Prinzen Karl von Bayern telegraphiert und derselbe gefragt, ob und wann er imstande und bereit sei, mit der vereinigten Bundesarmee die Preußen anzugreifen. Die Antwort war, daß am 21. l. M. großer Kriegsrat in Würzburg stattfinde, in welchem die Frage entschieden werden solle. Später bezeichnete der Prinz als den Tag des Angriffs den 24. l. M. Wir verabredeten eventuell, dem Prinzen Karl, wenn derselbe etwa unschlüssig sein sollte, im Namen der vier süddeutschen Souveräne den Befehl zum sofortigen Angriff zugehen zu lassen. Unsere Konferenz dauerte bis 2 Uhr. Um 4 Uhr kamen wir nochmals zusammen. Pfordten sollte auf Wunsch des Kaisers von Österreich am Abend nach Wien reisen, verschob aber diese Reise, um sich über sein Verhalten in Wien bei den dort in Aussicht stehenden Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen, bezüglich deren soeben Nachrichten eingetroffen waren, mit uns nochmals zu verständigen. Ich berichtete hierauf an den Großherzog ... Edelsheim zeigte mir einen Bericht des badischen Obersten Götz, in welchem derselbe sehr friedens- und ausgleichslustige Äußerungen des Prinzen Karl von Bayern referiert, die nichts weniger als erbaulich und ermutigend klingen. Ich erhielt abends noch die Autorisation des Großherzogs zur Erteilung eines kategorischen Befehls an den Prinzen Karl von Bayern.

21. Juli.

Von 10 bis 11 Uhr hatte ich mit Baron Pfordten, Varnbüler und Edelsheim Konferenz über das Verhalten Pfordtens in Wien bei den Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen, die bereits angebahnt sind. Ich erklärte, wie es für das Großherzogtum in hohem Grade wünschenswert sei, daß vor dem Waffenstillstande ein Angriff der Bundestruppen auf die preußische Armee stattfinde und daß die letztere aus Frankfurt und den von ihr okkupierten Teilen des Großherzogtums Hessen hinausgeworfen werde. Ich gab aber auch zu, daß es unmöglich sei, wenn Österreich den Waffen-

Digitized by Google

stillstand annehme, die Bundesarmee an dieser Vereinbarung nicht teilnehmen zu lassen.

Um 2 Uhr hatte ich wieder Ministerkonferenz mit Pfordten, Varnbüler und Edelsheim. Wir berieten das Verhalten Pfordtens in Wien bei Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen. Sollte, was unvermeidlich sein werde, die Teilung Deutschlands in einen nord- und süddeutschen Bund beschlossen werden, so müsse man darauf halten, daß der süddeutsche Bund nicht zu schwach ausfalle. Das sämtliche Land, welches den Gulden zur Münze habe und außerdem, wenn möglich, Sachsen, müßten dem Südbunde zufallen. Verfahre man nicht so, so werde naturgemäß der Nordbund den südlichen Teil Deutschlands absorbieren. Es werde ein deutscher Einheitsstaat entstehen, dessen Bildung die angrenzenden Mächte, wie Frankreich und Rußland, nicht gleichgültig zusehen könnten. Der Drang der Bevölkerung nach einem großen deutschen Vaterlande werde stärker sein als der Widerstand der Regierungen in den südlichen Einzelstaaten, deren Minister, abgesehen von den ihnen auferlegten dienstlichen Pflichten, innerlich vielleicht jenen Einheitsdrang teilen würden. Aber selbst Herr v. Bismarck könne die Absorption des Südens durch den Norden nicht wünschen, weil dadurch der preußische Staat Elemente erhalten würde, die seinem inneren Wesen zuwider seien und deren Einfluß er doch am Ende unterliegen werde. Für Sachsen zu wirken, sei nebenbei Ehrensache. Baron Edelsheim war der eigentümlichen Ansicht, man solle sich über die Bildung der beiden Staatengruppen in Deutschland gar nicht aussprechen. Denn man möge in dieser Beziehung beschließen, was man wolle, so werde man dem Tadel und der Opposition der Bevölkerungen nicht entgehen, eine Neutralitätstheorie, die von den übrigen anwesenden Ministern nicht geteilt wurde. Dagegen war man allseitig der Ansicht, daß eine etwaige Umgestaltung Deutschlands demnächst auf einem europäischen Kongreß definitiv werde geregelt werden und daß die Minister sämtlicher deutschen Länder an diesem Kongresse teilzunehmen hätten.

22. Juli.

Ministerialrat Neidhart[1]) übergab mir im Auftrage des Großherzogs zwei Briefe. Der eine ein an den Großherzog gerichtetes Schreiben des Königs von Preußen, der andere ein Brief der Prinzessin Alice, in welchem dieselbe dringend zur sofortigen Separatverhandlung mit Preußen rät, mit Annahme einer Militärkonvention und meiner Entlassung. (Der König schreibt, daß er den Kommandeur des Prinzen Heinrich instruiert habe, den Prinzen in dem Falle, wo er gegen die Truppen seines Oheims-Landesherrn zu kämpfen haben würde, mit einem Auftrage zu betrauen, der ihn jener Eventualität entziehe. Zum Schluß bemerkt der König, daß der Großherzog diese Eventualität Mitgliedern seines Hauses leicht hätte ersparen können,

[1]) Dr. Carl Neidhardt, 1831—1909, Geheimer Legationsrat im Ministerium des Auswärtigen in Darmstadt.

Digitized by Google

wenn er einer Politik Gehör geschenkt hätte, die dem wahren Wohle seines Landes, seines Volkes und dem intimen verwandtschaftlichen Verhältnisse Rechnung getragen hätte, statt einer Sache sich zuzuwenden, die sich nach einer fünfzigjährigen Erfahrung als überlebt darstelle und unhaltbar geworden sei.)

23. Juli.

Ich stand um 5 Uhr morgens auf und entwarf dem Großherzog Antworten an den König von Preußen und die Prinzessin Alice . . . Der Großherzog war leidend, hatte sich über die Briefe des Königs von Preußen und der Prinzessin Alice geärgert und nur zwei Stunden geschlafen. Er war mit meinen Antwortsentwürfen sehr zufrieden, und ich diktierte ihm zwei Stunden lang dieselben, die er wörtlich niederschrieb.

Minister v. Ozeroff las mir eine Aufzeichnung über meine letzte Unterredung mit Herrn v. Nelidoff[1]) vor, in welcher ich die Gefahren geschildert hatte, wenn man die südliche Staatengruppe in Deutschland zu schwach bilde. Ozeroffs Aufzeichnung war genau, und nach einigen Abänderungen von meiner Seite übernahm er es, dieselbe über Wien an den Fürsten Gortschakoff gelangen zu lassen. Er versprach mir Abschrift für den Großherzog.

24. Juli.

Ich berichtete morgens dem Großherzoge über meine Verhandlung mit Ozeroff, legte die Abschrift der Ozeroffschen Aufzeichnung und den Entwurf zu einem eigenhändigen Schreiben des Großherzogs an den Kaiser Alexander bei, dessen Absendung Ozeroff mir empfohlen hatte.

Mittags empfing mich der Herzog Friedrich von Augustenburg, der in dem nämlichen Hotel mit mir wohnt. Er war sehr herzlich, drückte mir die Hand, ließ mich rechts neben sich auf dem Sopha sitzen und dankte mir für die Unterstützung, welche ich jederzeit der holsteinischen Sache gewidmet hätte. — Er erzählte mir dann ausführlich von seinen Verhandlungen mit dem König Wilhelm und Herrn v. Bismarck, welche beide sein Recht auf die Herzogtümer wiederholt anerkannt hätten.

Ich behändigte Ozeroff das inzwischen von Nymphenburg angekommene Schreiben des Großherzogs für den Kaiser Alexander. Paul Dunten soll morgen früh diesen Brief und das Ozeroffsche Memoire nach Stuttgart bringen, von wo ein russischer Kurier beide Aktenstücke mit nach Petersburg nimmt.

Ich erhielt noch spät die Ausfertigung eines eigenhändigen Briefes des Großherzogs an den Kaiser Napoleon, den ich konzipiert hatte.

26. Juli.

Am 26. Juli morgens 8 Uhr schrieb ich an den Oberhofmarschall Baron Malsen und bat um Audienz bei der Königinmutter,[2]) welche umgehend auf

[1]) Alexander Nelidoff, erster russischer Gesandtschaftssekretär.

[2]) Königin Marie von Bayern, geborene Prinzessin von Preußen.

Digitized by Google

11 3/4 Uhr bestimmt wurde. In der Audienz bei der Königinmutter waren außer mir noch Trotha, Capellen, General v. Wachter, Geheimrat Zimmermann und Oberstleutnant Mootz anwesend. Die Königin war sehr liebenswürdig und fragte mich ausführlich nach der Prinzessin Karl.

27. Juli.

Als ich um 4 1/2 Uhr nach Hause kam, fand ich einen Brief des württembergischen Gesandten Grafen Degenfeld, der mich benachrichtigte, daß Baron Varnbüler am Abend 8 Uhr durch München komme, um sich nach Wien und Nikolsburg zu begeben. Ich packte deswegen in aller Eile meinen Koffer, berichtete dem Großherzog, telegraphierte an Gagern und fand mich abends 8 1/4 Uhr auf der Eisenbahn ein, mit der ich, zusammen mit Varnbüler und dem Senator Bernus,[1]) der von Paris kam, nach Wien reiste. Bernus erzählte von seiner Tätigkeit in Paris, daß er die französischen Zeitungsartikel, welche sich sehr stark gegen die Behandlung Frankfurts durch Preußen aussprächen, veranlaßt habe, und daß er mit Drouin de Lhuys eine lange Unterredung gehabt habe, in der es ihm gelungen sei, diesen für die Sache der kleineren Staaten Deutschlands zu gewinnen.

28. Juli.

Wir kamen morgens 9 1/2 Uhr in Wien an. Der Gesandte v. Gagern und der[2]) Generalkonsul v. Schey empfingen mich am Bahnhof . . . Ich nahm Gagerns Einladung, bei ihm zu wohnen, an und fuhr mit ihm nach Hause. Nach dem Frühstücke machten wir dem Minister v. Beust, welcher im „Römischen Kaiser" abgestiegen war, einen längeren Besuch. Ich erklärte Beust, daß der von Herrn v. Bismarck projektierte süddeutsche Bund lebensunfähig sei, daß derselbe durch norddeutsche Staaten, namentlich Sachsen, verstärkt werden müsse, und daß, wenn dies nicht gehe, das Großherzogtum Hessen vorziehen würde, ebenfalls in den Norddeutschen Bund einzutreten.

Nach dem Besuche bei Beust fuhren wir in die „Burg" zum Prinzen Friedrich von Württemberg, der uns sehr liebenswürdig empfing. Er war im Begriffe, in Begleitung des Ministers v. Varnbüler in das preußische Hauptquartier nach Nikolsburg zu fahren. Gagern ging, während ich mit dem Prinzen sprach, in die Generaladjutantur des Kaisers, um für mich behufs der Reise nach Nikolsburg einen Passierschein zu erwirken, ohne welchen man nicht durch die Vorposten gelangt. Nachdem ich um 6 Uhr nachmittags Passierschein und Postpferde erlangt hatte, auch der Attaché v. Gagern, welcher mich auf der Reise begleiten sollte, eingetroffen war, setzte ich mich um 6 1/2 Uhr in Bewegung.

Auf der letzten Station vor Nikolsburg bekam ich ein paar niederträchtige Pferde, die das Ziehen über Anhöhen verweigerten und den Wagen mehrmals

[1]) Von Frankfurt.
[2]) hessische.

Digitized by Google

beinahe umgeworfen hätten. Ich war genötigt, nacheinander die Hilfe zweier den nämlichen Weg kommenden preußischen Militärfuhrwerke in Anspruch zu nehmen. Das erste Fuhrwerk leistete uns zweimal Vorspann, das zweite gestattete uns, unsere Equipage durch einen Strick an seinen Leiterwagen anzuhängen, so daß wir endlich morgens $5^1/_2$ Uhr glücklich in Nikolsburg ankamen.

29. Juli.

Dort gelang es dem Attaché Max v. Gagern, für mich eine leidliche Wohnung im „Schwarzen Adler" auszumitteln. Um 7 Uhr ging ich auf das Nikolsburger Schloß, um mich zu erkundigen, ob Graf Bismarck anwesend und zu sprechen sei. Er schlief noch, und zwar, wie gewöhnlich, bis 11 Uhr morgens. Als ich um 12 Uhr wiederkam, war er bereits nach dem Schlosse Eisgrube, wo der Kronprinz von Preußen wohnt, weggefahren.

30. Juli.

Morgens früh 9 Uhr schickte mir Graf Bismarck seine Karte und ließ mir sagen, daß er mich um 12 Uhr empfangen wolle. Ich mußte, als ich mich zur bestimmten Stunde einfand, noch etwas im Zimmer des Geheimen Legationsrats Abeken[1]) warten, weil Graf Karolyi und Herr v. Benedetti[2]) bei Bismarck waren. Der Letztere empfing mich sehr artig, beinahe herzlich, reichte mir wiederholt die Hand und bemerkte, daß wir ganz anders als Bayern und Württemberg behandelt würden. Unsere Stellung Preußen gegenüber sei stets eine viel freundlichere und bessere gewesen. Unsere Truppen hätten sich vortrefflich geschlagen, während die bayerische Kavallerie und Artillerie bei Dermbach die Flucht ergriffen habe. Die Württemberger hätten nicht wie Soldaten, sondern wie Bauernjungen gefochten. Der Empfang Pfordtens und Varnbülers sei auch ein anderer gewesen als der meinige. Die Provinz Oberhessen müßten wir abtreten, aber wir sollten dafür durch bayerisches Gebiet vollständig entschädigt werden. Ich bemerkte dagegen, daß Preußen recht habe, uns Vertrauen und Wohlwollen zu schenken. Der Großherzog und seine Regierung hätten sich zu jeder Zeit durch Festhalten am gegebenen Worte ausgezeichnet. Behandele uns Preußen versöhnend und entgegenkommend, so könne dasselbe sicher sein, in uns für alle Zeiten zuverlässige Bundesgenossen zu finden. Übrigens gingen unsere Gesinnungen für Preußen klar schon daraus hervor, daß ich in der Zweiten Kammer öffentlich erklärt hätte, daß, der dermalige Krieg möge ausfallen, wie er wolle, wir doch nie einwilligen würden, daß die berechtigte Machtstellung und der Einfluß Preußens in Deutschland eine Verminderung erleide. Auch hätte ich das Ansinnen des demokratischen Teiles der Kammer, eine aufrührerische Bewegung in Preußen

[1]) Heinrich Abeken, 1809—1872, Legationsrat im preußischen Ministerium des Auswärtigen.

[2]) Vincent Graf v. Benedetti, 1817—1900, war 1864—1870 französischer Botschafter in Berlin.

Digitized by Google

hervorzurufen, mit der Erklärung abgelehnt, daß ich solche Mittel gegen eine uns nahe befreundete Regierung, wie es Preußen trotz des bestehenden Konfliktes für uns fortwährend sei, nie gebrauchen würde. Eben deshalb möge uns aber Preußen mit Gebietsabtretungen, wenn auch gegen Entschädigung, die ja auf Kosten eines alten nahe Verbündeten gegeben werden sollten, verschonen. Halte Graf Bismarck die Teilung Deutschlands in einen nord- und in einen süddeutschen Bund für nötig, und bestehe er darauf, daß der norddeutsche Bund mindestens bis an den Main gehe, so könne ja der Großherzog mit seinem ganzen dermaligen Gebiete, auch mit dem diesseits des Mains belegenen, dem Norddeutschen Bund beitreten. Wir würden dies einer Zerreißung des Landes, der Abtretung einer Provinz, die seit 600 Jahren dem großherzoglichen Hause gehöre, vorziehen, um so mehr, als der süddeutsche Bund doch eine lebensunfähige Schöpfung sei und früh oder spät unter die preußische Führung fallen müsse. Graf Bismarck gab dies zu, versicherte aber, vorerst den Norddeutschen Bund nicht auf Länder diesseits des Mains ausdehnen zu können, weil Frankreich, welches schon jetzt mißtrauisch sei, dagegen protestieren würde. Ich brachte sodann noch speziell, auf besonderen Wunsch des Großherzogs, Homburg und Meisenheim zur Sprache, indem ich den Affektionswert hervorhob, welcher sich an diese Besitzungen, als Vermächtnis des letzten Landgrafen und als Heimat der Mutter der Prinzessin Karl für das großherzogliche Haus und insbesondere für die Prinzessin Karl und ihre Kinder knüpfe. Bismarck sagte nicht nein und nicht ja, und ich beschränkte mich deshalb darauf, diese Angelegenheit nochmals dringend seiner wohlwollenden Berücksichtigung zu empfehlen. Er fragte mich dann, ob ich den König zu sehen wünsche, setzte aber hinzu, derselbe inspiziere dermalen Truppen, es sei ungewiß, wann er zurückkehre und ob er bei seiner Rückkehr durch Nikolsburg nicht bloß durchfahre. Unter diesen Umständen verzichtete ich auf eine Anmeldung bei dem Könige und reiste um 2 Uhr nachmittags von Nikolsburg wieder ab. Abends 9½ Uhr waren wir wieder in Wien und in der Gagernschen Wohnung.

31. Juli.

Ich machte mit Gagern Besuche. Zuerst bei dem russischen Gesandten Grafen Stackelberg, einem alten Bekannten, der mich sehr freundlich empfing. Er bewohnt das prächtige Paarsche Palais. Wir besprachen die große Gefahr, die aus dem gewalttätigen Vorgehen Preußens in Deutschland für die Nachbarstaaten erwächst. Graf Stackelberg teilte ganz diese Ansicht, meinte aber, daß hier nur ein gemeinsames Handeln von Erfolg sein könne. Dann fuhren wir zum Duc de Gramont,[1]) in dessen Vorzimmer wir Baron Beust trafen, den Gagern zum Essen einlud. Gramont sagte mir auf die Frage, was Frankreich tun werde: „Depuis 3 heures je puis Vous répondre, absolu-

[1]) Antoine Alfred Agenor, 1819—1888, französischer Botschafter in Rom und Wien, 1870 Minister des Auswärtigen.

Digitized by Google

ment rien. Nous avons, communément avec la Russie, proposé un congrès que la Prusse a refusé. Ainsi nous ne dirons plus rien, car la France ne peut pas parler sans avoir des actions toutes prêtes et quant à ces actions nous ne pouvons pas avoir recours aux armes sans être sûrs d'une victoire qui nous mênerait directement sous les murs de Berlin. Notre dynastie ne supporte pas, comme les Votres, des revers. Un manque de succès amènerait sa chute et compromettrait avec elle l'avenir de la France qui dépend de la dynastie actuelle. Ainsi nous ne dirons et nous ne ferons rien pour le moment au moins."

Vom Duc de Gramont fuhren wir in die Staatskanzlei zum Grafen Mensdorff, der mir den Eindruck eines ganz gebrochenen Mannes machte. Er schleifte die Beine nach und erklärte nur immer, unser Fehler war, daß wir uns haben schlagen lassen.

Wir machten dann noch den Geheimen Räten v. Meysenbug[1]) und v. Biegeleben in ihren Arbeitszimmern auf der Staatskanzlei Besuche. Ministerialrat v. Gagern[2]) war nicht anwesend, und ich ließ ihm deshalb meine Karte. Hierauf fuhren wir in das Handelsministerium, wo wir den Ministerialrat Pabst in seinem Arbeitszimmer besuchten, und schließlich fuhren wir noch zu dem Generalkonsul v. Schey, bei dem wir eine Viertelstunde blieben. Bei unserer Nachhausekunft war Baron Beust bereits da. Um 3 Uhr setzten wir uns zu Tisch. Während des Diners kam der Ministerialrat Max v. Gagern, um mir einen Gegenbesuch zu machen, und bald nach ihm Graf Stackelberg, den ich allein empfing und der mir vertraulich sagte: „Sie kennen den Zustand unserer Finanzen und unsere inneren Verlegenheiten. Das erklärt genügend unsere Untätigkeit in der deutschen Frage." Um 4½ Uhr fuhr ich auf die Eisenbahn, wo mich Generalkonsul v. Schey erwartete. Nach durchfahrener Nacht kam ich

1. August

morgens 5½ Uhr in München an. Rittmeister v. Küchler[3]) erwartete mich an der Eisenbahn mit einem an den Großherzog gerichteten Telegramm des Prinzen Alexander, worin derselbe auf das dringendste um Vollmacht zum Abschluß eines Waffenstillstandes noch an dem nämlichen Tage bittet, weil am folgenden Tage der Waffenstillstand für das bayerische Armeekorps beginne und dann das VIII. Armeekorps der preußischen Übermacht preisgegeben sei. Ich fertigte Vollmacht und Instruktion für den Prinzen sofort aus und fuhr dann nach Nymphenburg, wo der Großherzog beides unterzeichnete.

[1]) Otto Rivalier Freiherr v. Meysenbug, Unterstaatssekretär im Wiener Ministerium des Auswärtigen.

[2]) Max v. Gagern, 1810–1889, Bruder Heinrichs, Ministerialrat im Wiener Ministerium des Auswärtigen.

[3]) Carl Friedrich Ludwig Otto Gustav, Major und Flügeladjutant des Großherzogs, Kommandant der Garde-Unteroffizierskompagnie.

Digitized by Google

Während meiner Anwesenheit bei dem Großherzoge erschien Prinz Ludwig, aus dem Hauptquartier kommend, ganz staubig und beschmutzt, um den Waffenstillstandsabschluß seinerseits zu betreiben. Ich zeigte ihm die bereits vollzogene Vollmacht, fuhr dann nach München zurück und gab die Vollmacht und Instruktion dem Hofstallkassierer Wamser mit dem Auftrag, dieselbe sofort und nötigenfalls mit Benutzung von Extrazügen dem Prinzen Alexander zu bringen.

Am Nachmittage hatte ich den Besuch des Hauptmanns v. Westerweller, der mit dem Prinzen Ludwig gekommen war. Ich ging dann mit ihm und Minister v. Schenk in das Hotel d'Angleterre, wo der Prinz abgestiegen war und wo wir demselben aufwarteten. Der Prinz wünschte meine Meinung zu hören, ob er am Abende wieder abreisen solle. Ich riet ihm ab, weil der Waffenstillstand noch heute abgeschlossen werde, er aber, wenn er vor dem Abschluß etwa in die Hände der Preußen falle, was bei dem steten Vorrücken leicht möglich sei, für einige Wochen Kriegsgefangener bleibe.

2. August.

Morgens 7 Uhr erhielt ich ein Telegramm von Biegeleben aus Augsburg, wonach die Preußen die Besetzung von Castel fordern. Ich schrieb an Pfordten und erbat die Ansicht Bayerns. Pfordten antwortete, und ich beauftragte Biegeleben, für Ablehnung des Verlangens zu stimmen.

Um 8 Uhr kam Schenk sehr aufgeregt und behauptete, die Preußen stünden in Nördlingen, 12 Stunden von Ulm. Es sei Zeit, unsere Kassen und Kriegsvorräte von Ulm nach Lindau zu flüchten. Ich möge an Pfordten schreiben und um Autorisation dazu bitten. Ich tat dies. Pfordten schickte mir darauf den Ministerialsekretär Meyer und ließ mir sagen, die Preußen seien nicht bis Nördlingen, sondern nur bis Reichelsdorf $1^1/_2$ Stunden südlich von Nürnberg gekommen. Nördlingen, Donauwörth, Ansbach und Gunzenhausen seien frei. Der mecklenburgische Oberstleutnant Roth, abgeschickt vom Großherzog von Mecklenburg, habe die Zusicherung hierher gebracht, daß ein Vorgehen der preußischen Streitkräfte südlich von Nürnberg nicht stattfinden werde.

Um $11^1/_2$ Uhr erschien Trotha und brachte mir ein an den Großherzog gerichtetes Telegramm des Majors v. Lynker aus Ochsenfurt d. d. Heutigen 7 Uhr früh:

> „Ich habe, da Württemberg und Baden den Termin eingehalten und von diesseits niemand sonst gekommen, auf Anraten Varnbülers definitiv abgeschlossen. Vorbehalte wurden nicht angenommen."

Bald nachher kamen Minister v. Schenk und Oberstleutnant Mooß, denen ich dieses Telegramm und die Pfordtensche Benachrichtigung mitteilte, worauf die beiden letzteren weggingen, um die bereits nach Ulm erteilten Weisungen zum Wegbringen der Kassen und Kriegsvorräte telegraphisch zurückzunehmen.

Digitized by Google

3. August.

Morgens 9½ Uhr kam der nassauische Minister Prinz von Wittgenstein zu mir und ersuchte mich um meinen Rat wegen des Verhaltens Nassaus und seiner Truppen, welche sich in verzweiflungsvoller Lage befänden. Ich riet, der Herzog möge Schritte bei Rußland und Frankreich tun und die Truppen, denen Preußen den Waffenstillstand verweigert, einstweilen auf bayerisches Gebiet in die Nähe von Ulm zurückziehen. Rittmeister v. Küchler brachte zwei Briefe des Prinzen Alexander an den Großherzog nebst dem Waffenstillstandsvertrag, welchen Major v. Lynker noch vor Ankunft Wamsers abgeschlossen hatte.

4. August.

Ich fuhr morgens 10 Uhr nach Nymphenburg und blieb dort eine Stunde bei dem Großherzog. Derselbe war sehr herzlich.

Ich schrieb bei meiner Zurückkunft eine Reihe von Briefen, namentlich an den Prinzen Alexander wegen Zurückziehung des in Ludwigsburg stehenden Depots der großherzoglichen Truppen, an den Generalleutnant Frey wegen Zurückziehung der großherzoglichen Belagerungsartillerie aus Mainz und an Bechtold, welchem ich den diesseitigen Waffenstillstandsvertrag mitteilte, endlich auch an den Bundestagsgesandten v. Biegeleben, dem ich Instruktion gab.

5. August.

Morgens 9 Uhr besuchte mich Minister v. Schenk, um mir preußisches Geld für meine Berliner Reise zu bringen.

Um 12 Uhr besuchte mich der Prinz von Wittgenstein. Er war mit dem am Abend vorher angekommenen Herzog von Nassau in München zusammengetroffen. Ich bat ihn, mich bei dem Herzog zu melden.

Um 1 Uhr hatte ich den Besuch des belgischen Gesandten Baron Beaulieu, dem ich für den folgenden Tag bei dem Großherzog Audienz erwirkt hatte. Ich sagte ihm: „Maintenant ce sera votre tour.“ Er versicherte aber, Belgien habe von Frankreich nichts zu fürchten. Die Manifestationen beim Regierungsantritt des Königs, die sich jetzt bei des letzteren Rundreise wiederholten, hätten in Paris Eindruck gemacht. Selbst der Prinz Napoleon habe dem Grafen von Flandern die beruhigendsten Zusicherungen gegeben.

Um 6 Uhr ging ich zum Diner bei dem Herzog von Nassau.

Nach Tisch sprach mir der Herzog von seiner verzweifelten Lage. Ich versprach ihm, in Berlin mir über die dortigen Absichten Licht zu verschaffen und dahin zu wirken, daß ihm die Absendung eines Unterhändlers gestattet würde. Der Herzog will am 6. l. M. nach Wien gehen, um sich eine klare Ansicht von den dortigen Zuständen zu verschaffen. Ich empfahl ihm, jedenfalls mit den Repräsentanten von Rußland und Frankreich sich ins Benehmen zu setzen. Ich fand den Herzog sehr fest. Er wollte an den König von Preußen schreiben, aber in einem festen, würdevollen Tone, nicht demütig und bittend.

Digitized by Google

Ein Schreiben an den Kaiser von Rußland hat er bereits abgeschickt. Der Herzog war für mich in hohem Grade herzlich und vertrauensvoll.

6. August.

Morgens 9 Uhr kam der kurhessische Minister v. Baumbach, um mich zu bitten, in Berlin die kurhessischen Interessen mit zu wahren.

7. August.

Morgens früh 5 3/4 Uhr fuhr ich mit Pfordten, Baron Bibra[1]) und Herrn v. Niethammer in einem bayerischen Ministerwaggon von München ab. In Stuttgart empfing uns Baron Neurath und Graf Taube. Wir dinierten eine Viertelstunde, dann ging es weiter. In Darmstadt stieg ich aus, behändigte dem Geh. Legationsrat Hofmann seine Vollmacht für Berlin, ließ mir von der Bank einen Kreditbrief geben und ließ bei der Prinzessin Karl anfragen, ob ich ihr aufwarten dürfe. Die Antwort war bejahend.

Prinz und Prinzessin Karl empfingen mich sehr herzlich. Wir besprachen den drohenden Verlust von Oberhessen. Die Prinzessin beschloß, mir einen vom Geh. Legationsrat Hofmann entworfenen Brief an den König von Preußen mitzugeben. Ich erzählte meine Reise nach Nikolsburg. Der Prinz, in vollem Gefühl für das Recht, hielt mir die Hand lange fest, indem er mir mit tiefem Gefühl einen guten Erfolg meiner Reise nach Berlin wünschte.

8. August.

Prinz Emil Wittgenstein erzählte mir, er habe zu Anfang des Feldzuges den Prinzen Alexander dreimal flehentlich gebeten, doch offensiv gegen die damals noch schwachen und vereinzelt stehenden preußischen Korps vorzugehen. Aber immer habe der Prinz geantwortet, er habe die Aufgabe, Mainz und Frankfurt zu decken, ein Plan, den er später doch habe aufgeben müssen.

Abends 10 1/2 Uhr kamen wir[2]) in Berlin an und stiegen im Hotel Royal ab.

9. August.

Der Geh. Kommerzienrat Mevissen aus Köln bat mich, ihm die diesseitigen Ansichten und Wünsche mitzuteilen, damit er dieselben bei seinen Kollegen im Herrenhause vertreten könne.

Wir machten dem Unterstaatssekretär v. Thiele einen Besuch. v. Thiele erzählte uns, Baron Wambolt[3]) habe beim Abschied von ihm gesagt, er werde wieder kommen und sich ein paar Provinzen ausbitten.

Später fuhr ich allein zu sämtlichen preußischen Ministern und dem russischen Gesandten v. Oubril, die sämtlich nicht zu Hause waren. Von da fuhr ich zu dem französischen Botschafter Benedetti, mit dem ich eine lange Unterredung hatte. Ich setzte ihm die Gefahren auseinander, die Frankreich durch

[1]) Alfred, bayerischer Legationsrat in Paris.
[2]) Dalwigk und Hofmann, zugleich mit Pfordten.
[3]) Großherzoglich hessischer Ministerresident am preußischen Hof.

Digitized by Google

die preußischen Annexionen drohten. Von Benedetti ging ich zu dem ersten Botschaftssekretär E. Lefèbvre[1]), mit welchem ich dasselbe Thema besprach und der mir vollkommen recht gab.

Nach meiner Rückkehr besuchte ich den württembergischen Minister v. Varnbüler, bei dem ich Pfordten und den badischen Minister v. Freydorf[2]) fand. Dieselben waren in etwas gereiztem Gespräch, weil Freydorf Bayern Abweichung von gegebenen Zusagen vorgeworfen hatte.

Abends war ich bis 10 Uhr zu Hause. Dann fuhr ich auf eine Einladung des Grafen Bismarck zu demselben. Er empfing mich erst um 11 Uhr, weil er vorher mit dem belgischen Geschäftsträger und dem badischen Minister v. Freydorf zu tun hatte. Er empfing mich scheinbar herzlich, bot mir eine Zigarre an, nachdem er mir die Hand gedrückt hatte, und verlangte dann die Abtretung der Provinz Oberhessen und der Landgrafschaft Homburg mit Meisenheim. Ich entgegnete, daß der Großherzog den höchsten Wert auf die Provinz Oberhessen mit ihren treuen Bewohnern lege, von welcher sein Haus den Namen trage. Homburg sei eine althessische Besitzung, an welche sich ruhmvolle Erinnerungen des hessischen Hauses knüpften. Seine Abtretung würde für den Großherzog schmerzlich sein und der Prinzessin Karl, der Tochter einer homburgischen Prinzessin, würde der Verlust Tränen kosten. Bismarck erwiderte, wenn man sich in Berlin an die Tränen der Prinzessinnen kehren wollte, so würde man gar nichts erhalten. Ich proponierte endlich, Oberhessen und Homburg in den Norddeutschen Bund aufzunehmen, während Starkenburg und Rheinhessen im süddeutschen Bunde bleiben würden. (Auf diese Weise erlange Preußen einen zuverlässigen Verbündeten im Norden und einen Freund im süddeutschen Bunde. Die Lage des Großherzogtums auf der Mainlinie sei ganz exzeptionell und könne zu keinen Konsequenzen Anlaß bieten. Außerdem behalte Preußen die sämtlichen Austauschobjekte, welche es anbiete, für sich, stehe sich also im Grunde viel besser als bei einer einfachen Annexion Oberhessens und des Landgraftums Homburg.)[3]) Herr v. Bismarck hatte mir nämlich die bayerische Rheinpfalz und dann auf meine Bemerkung, daß dies bei der Nachbarschaft Frankreichs ein unsicherer Besitz sei, Aschaffenburg, den Spessart und selbst Würzburg als Entschädigung angeboten. Bismarck schwankte zuletzt, als ich fest blieb (und nur zugab: höchstens könne man das Hinterland mit der Herrschaft Itter gegen ein Äquivalent am Main austauschen).[3]) Er sagte, Oberhessen stehe bereits in der Liste der zu annexierenden Bundesteile in dem den Kammern vorzulegenden Gesetzentwurfe. Ich erwiderte, daß sich ein solcher Passus des Gesetzes

[1]) Edouard Lefèbvre de Béhaine, französischer Legationssekretär in Berlin.

[2]) Rudolf v. Freydorf, 1810—1882, wurde nach Edelsheims Sturz 1866 badischer Ministerpräsident, nahm hervorragenden Anteil am Abschluß der Versailler Verträge und nahm 1876 seine Entlassung.

[3]) Die eingeklammerten Stellen in diesen Aufzeichnungen sind Zusätze aus Dalwigks Bericht an den Großherzog.

Digitized by Google

leicht ändern lasse. Endlich sagte mir Bismarck, indem er im Zimmer auf und ab ging: „Nun, reden Sie mit dem Könige.“ Ich antwortete, daß ich sehr glücklich sein würde, wenn Seine Majestät mich empfangen wollten, zumal da ich eigenhändige Briefe des Großherzogs und der Prinzessin Karl zu übergeben hätte. Er notierte mein Audienzgesuch, brachte dann die Rede auf Mainz und fragte, was damit werden solle. Ich erwiderte, daß wir nicht hindern könnten, wenn Preußen die Festung besetzen wolle, daß wir also auch keinen Widerspruch dagegen erheben würden. Es scheine mir übrigens am angemessensten, wenn die Kriegsgarnison von Preußen ganz, die Friedensgarnison halb von Preußen, halb von süddeutschen Staaten gestellt würde.

Bismarck brachte schließlich das Gespräch auf Kurhessen und äußerte sich mit großer Erbitterung über den Prinzen Friedrich Wilhelm. Er sagte: dieser Prinz sei zehnmal in Berlin gewesen, um die Absetzung des Kurfürsten zu betreiben, und neuerdings habe er auf einmal den zärtlichen Vetter spielen wollen, als man gegen den Kurfürsten eine entschiedene Sprache geführt habe. Dafür möge er jetzt die Folgen tragen.

Um 12 Uhr kam ich nach Haus.

10. August.

Ich verhandelte morgens mit dem Geh. Legationsrat Hofmann, der eine an den Grafen Bismarck zu richtende Note entworfen hatte. Dann besuchte mich Pfordten, der mir erzählte, daß wir wahrscheinlich Oberhessen behalten würden, Bismarck habe dem württembergischen Minister Baron Varnbüler gesagt, er werde dem Könige in diesem Sinne raten.

Um 12½ Uhr fuhr ich zu dem Hofmarschall Grafen Perponcher, dem ich eine Karte ließ, und zu dem italienischen Gesandten Grafen Barral, mit dem ich eine lange Unterhaltung hatte. Von da besuchte ich den niederländischen Gesandten Grafen Bylandt, welchem ich die Angelegenheit des Herzogs von Nassau eifrig empfahl. Hierauf fuhr ich weiter zu dem Oberstkammerherrn Grafen Redern, dem ich eine Karte ließ, zu dem badischen Minister v. Freydorf und zu dem Hofmarschall Grafen Pückler, sowie zu dem Geh. Kommerzienrat Mevissen, welche beiden letzteren nicht zu Hause waren. Um 2 Uhr besuchte ich abermals den russischen Gesandten v. Oubril und besprach mit demselben die diesseitigen Interessen, die ich dem Schutze Rußlands empfahl, ausführlich. Von da fuhr ich zu dem spanischen Gesandten Don Rancès. Dieser erzählte mir, Benedetti habe sich in Nikolsburg vollkommen getäuscht. Benedetti sei triumphierend von da nach Berlin zurückgekommen und sei sehr überrascht gewesen, als seine Sekretäre ihn mit betrübter Miene empfangen und ihm gesagt hätten, daß Frankreich durch Preußens Siege und diplomatische Erfolge in eine sehr gefahrvolle Lage versetzt worden sei. Benedetti sei heute nacht nach Paris gereist, und es sei sehr gut, daß ich noch am Tage zuvor mit ihm eine eingehende Unterhaltung gehabt hätte. Benedetti verstehe von den deutschen Angelegenheiten gar nichts. Um 4 Uhr

Digitized by Google

besuchte mich Edouard Lefèbvre, und ich hatte eine sehr intime Konversation mit ihm. Er fragte mich, was die süddeutschen Staaten im Falle eines Krieges Frankreichs gegen Preußen tun würden. Ich erwiderte: Nichts, weil diese Staaten durch die seitherigen Kriegslasten und die ihnen von Preußen auferlegten Kriegskostenentschädigungen erschöpft seien. Lefèbvre wollte wissen, was in bezug auf Mainz geschehen würde. Ich erwiderte, daß wir Preußen nicht hindern könnten, die Festung zu besetzen. Lefèbvre fand eine solche Besetzung von Mainz für Frankreich sehr beunruhigend, und ich konnte ihm nur vollkommen recht geben.

Um 7 Uhr besuchte mich mein Vetter Kardorff,[1]) ministerielles Mitglied des Abgeordnetenhauses, und blieb eine Stunde, indem er das annexionistische Verfahren seiner Regierung zu rechtfertigen suchte. Den Rest des Abends blieb ich ermüdet zu Hause.

11. August.

Varnbüler sagte mir, daß er seinen Friedensvertrag mit Preußen bis zur Unterzeichnung fertig habe.[2]) Zu dieser schnellen Erledigung hat offenbar die Großfürstin Helene[3]) von Rußland, die gestern in Berlin angekommen ist, wesentlich mitgewirkt. Herr v. Varnbüler schiebt aber das Verdienst zunächst dem Schwiegervater seiner Tochter, Herrn v. Below, Mitglied des Herrenhauses und gutem Bekannten des Grafen Bismarck zu. Württemberg zahlt acht Millionen Gulden Kriegskostenentschädigung. Das ist alles. Baron Varnbüler lobte die Billigkeit und Einsicht des Grafen Bismarck und meinte, auch die hessische Sache stehe gut. Er versprach mir demnächst Mitteilung des württembergischen Vertrages. Er sagte, Österreich habe geradezu seine Bundesgenossen verraten, indem es Preußen proponiert habe, die Hälfte der von letzterem geforderten Kriegskostenentschädigung den süddeutschen Staaten aufzuladen, weil diese solventer als Österreich seien. Sachsen sei durch Frankreich gerettet worden, aber eben dadurch seien die süddeutschen Staaten in eine nachteiligere Lage gebracht worden. Frankreich habe Preußen Annexionen bis zu vier oder fünf Millionen Seelen gestattet. Es komme nun darauf an, ob diese Zahl bereits erreicht sei und ebenso, ob vier oder fünf Millionen das Maximum bildeten. Sei dies Maximum der zugestandenen Annexionen noch nicht erschöpft, so könne die Provinz Oberhessen leicht noch zur Vervollständigung dienen müssen.

Es regnete den ganzen Morgen, so daß ich in mein Zimmer gebannt war. Ich schrieb an Bismarck und fragte wegen der Audienz bei dem Könige und der Entscheidung bezüglich Oberhessens an. Um 2 Uhr hatte ich den Besuch des Herrn v. Oubril, der mir sagte, daß er bis jetzt von Petersburg

---

[1]) Wilhelm v. Kardorff, bekannter Führer der Freikonservativen Partei.

[2]) Unterzeichnet am 13. August.

[3]) Großfürstin Helene, 1807—1873, Tochter des Prinzen Paul von Württemberg, Gemahlin des Großfürsten Michael, jüngsten Bruders Nikolaus' I.

Digitized by Google

keinen die diesseitige Angelegenheit betreffenden Auftrag erhalten habe, aber einen solchen erwarte. Um 4½ Uhr dinierte ich mit dem Geh. Legationsrat Hofmann. Dann besuchte ich Pfordten, der mich bat, noch vier Tage Geduld zu haben, dann werde sich die Situation bessern.

12. August.

Ich traf morgens bei dem Geh. Legationsrat Hofmann mit dem Dr. Becker, Sekretär der Prinzessin Alice, zusammen. Derselbe sagte mir, daß Prinz Ludwig soeben angekommen und im kronprinzlichen Palais abgestiegen sei. Ich begab mich nach einer halben Stunde dorthin und wurde von dem Prinzen sehr freundlich empfangen. Wir besprachen längere Zeit die Lage der Dinge und verständigten uns. Becker hatte mir einen Brief des Prinzen mitgebracht, der geschrieben war, ehe der Prinz sich entschlossen hatte, nach Berlin zu reisen, um dort persönlich in unserem Interesse seinen Einfluß geltend zu machen. Der Prinz teilte mir seine Ernennung zum Kommandeur der großherzoglichen Truppen mit. Bei meiner Nachhausekunft fand ich Briefe von dem Geh. Staatsrat v. Bechtold und Geh. Rat Goldmann. Beide schrieben mir, daß der Provinzialdirektor Goldmann wegen seiner Weigerung, auf preußische Aufforderung als Mitglied in die neugebildete Regierung zu Homburg einzutreten, als Staatsgefangener nach Wesel geschickt worden sei. Ich schrieb sogleich an den Grafen Bismarck und verlangte dringend die Entlassung des jungen Goldmann aus seiner Haft. Um 2 Uhr machte ich eine zweistündige Promenade in den Tiergarten. Nach dem Theater abends 10 Uhr hatte ich noch den Besuch des Baron Varnbüler, der nach nunmehr erfolgter Unterzeichnung des württembergischen Friedensvertrages am folgenden Tage abreiste.

13. August.

Um 11½ Uhr kam Pfordten und erzählte mir, König Wilhelm habe am Abend zuvor der Großfürstin Helene gesagt, man werde dem Großherzog von Hessen wohl seine Provinz Oberhessen lassen müssen. Nach ihm besuchte mich Dr. Becker, um zu fragen, ob ich glaube, daß Prinz Ludwig noch einige Zeit in Berlin bleiben solle. Ich bejahte diese Frage, und wir sprachen dann noch eine halbe Stunde Politik.

Um 5¼ Uhr ließ mir Prinz Ludwig sagen, er wolle am Abende wieder abreisen und ich möge ihn vorher noch besuchen. Ich fuhr um 5½ Uhr zu ihm und blieb eine Stunde. Der Prinz war wieder über die Maßen preußisch, er meinte, wegen der Summe der Kriegskostenentschädigung solle man nicht viel handeln, auch wegen der Kompensation für das Hinterland und den Kreis Vöhl keine großen Schwierigkeiten machen. Auf die Landgrafschaft Homburg legte der Prinz gar keinen Wert. Ich erwiderte, daß es meine Pflicht sei, soviel zu erlangen als möglich. Er bemerkte ferner, demnächst würden wohl die hessischen Offiziere dem Könige von Preußen den Eid der Treue zu leisten haben. Ich erwiderte, daß eine solche Eidesleistung nur für das auf die

Digitized by Google

Provinz Oberhessen fallende und zur Verfügung des Norddeutschen Bundes zu stellende Kontingent denkbar sei. Der Prinz sagte endlich, er hoffe, der Brief des Großherzogs an den Kaiser Napoleon werde der letzte nach Paris geschriebene sein. Ich erklärte, daß das von Umständen abhänge. Die großen Mächte suchten fortwährend mit Frankreich auf möglichst gutem Fuße zu stehen und täten in Paris die entgegenkommendsten Schritte. Das gelte namentlich von Preußen. Ich sähe also gar nicht ein, weshalb man es den kleineren so sehr verargen wolle, wenn sie sich vorkommenden Falles um den Schutz des Kaisers Napoleon bemühten.

14. August.

Morgens 11 Uhr besuchte mich Graf Bray und sagte mir, er und Baron Pfordten verhandelten in untergeordneten Fragen mit dem Geh. Rat v. Savigny. Dieser letztere habe ihm heute morgen gesprächsweise mitgeteilt, daß die Provinz Oberhessen unbedingt preußisch werde. Graf Bray fragte mich, ob ich etwas näheres wisse, was ich natürlich verneinen mußte. Er meinte, dieser plötzliche Umschlag in den preußischen Ansichten hänge damit zusammen, daß die Stimmung in Paris friedlicher geworden sei. Man fürchte eben Frankreich weniger und spanne deshalb seine Forderungen wieder höher. Ich fuhr infolge davon zu Herrn Lefèbvre, nachdem ich vorher nochmals an den Grafen Bismarck geschrieben und eine Unterredung erbeten, auch die Briefe des Großherzogs und der Prinzessin Karl mit der Bitte um Beförderung an ihre hohe Adresse beigeschlossen hatte. Lefèbvre kam nachmittags 3 Uhr zu mir. Ich erzählte ihm die Äußerung Savignys. Er sagte mir, Bismarck habe ihm in der letzten Nacht 10 Uhr gesagt, Oberhessen werde nicht annexiert werden, die Weiber hätten eben zu viel Einfluß. Ich bat Lefèbvre, diese Erklärung Bismarcks nach Paris zu telegraphieren, um sie zu konstatieren. Lefèbvre teilte mir auch mit, daß am folgenden Morgen den preußischen Kammern ein die Annexionen betreffender Gesetzentwurf werde vorgelegt werden.[1]) Er bat mich, dafür zu sorgen, daß unserseits nicht sofort eine bindende Erklärung wegen der Mainzer Festungsverhältnisse abgegeben werde, indem Benedetti morgen zurückkehre und über diesen Punkt wahrscheinlich Instruktionen mitbringe. Frankreich lege den größten Wert darauf, daß Preußen Mainz nicht okkupiere. Bismarck aber fordere das Besetzungsrecht. Die Stadt Mainz und deren Umgebung bis Bingen wolle er dagegen bei Hessen belassen. Ich machte von den Äußerungen Lefèbvres sofort, nachdem dieser mich verlassen hatte, vertrauliche Mitteilung an Pfordten, welcher mir sagte, die Schwierigkeit wegen der Festung Mainz gehe zunächst von der Bundesversammlung in Augsburg aus. Er werde nun fordern, daß der Gouverneur, Graf Rechberg, seines dem Bunde geleisteten Eides entbunden werde und daß die Augsburger Versammlung, die in ihrer Mehrzahl nur

[1]) Eingebracht am 17. August.

Digitized by Google

aus den Bevollmächtigten depossedierter Fürsten bestehe, sich auflöse. Machten die Herren Schwierigkeiten, so werde er sie aus Bayern ausweisen lassen. Er könne nicht zugeben, daß, um theoretischer Rechtsgrundsätze willen, Bayern der Frieden vorenthalten bleibe. Ich versprach Pfordten, nach den von ihm geäußerten Wünschen den Bundestagsgesandten v. Biegeleben zu instruieren.

Um 5½ Uhr fuhr ich zum Diner bei dem russischen Gesandten v. Oubril. Außer mir waren Graf Bray, Graf Bylandt, Lefèbvre, der russische Militärbevollmächtigte Fürst Kutusow, der Legationssekretär Baron Mohrenheim und der Attaché Fürst Cantacuzène anwesend. Ich saß rechts von Herrn v. Oubril.

Nach dem Diner sprach ich längere Zeit mit demselben allein. Ich sagte ihm, daß mir Graf Bismarck auf drei eigenhändige Briefe, in denen ich um Entschließung und Fortsetzung der Verhandlungen gebeten, keine Antwort erteilt habe. Oubril versprach mir, Bismarck desfalls zu interpellieren. Er erzählte mir, als Beispiel von Bismarcks Unaufrichtigkeit, er, Oubril, habe die bestimmtesten Beweise in Händen, daß geheime Abmachungen mit Frankreich wegen Gebietsabtretungen bestünden. Er habe nun Bismarck wiederholt befragt, ob dies wahr sei. Bismarck habe ihm geradezu die Richtigkeit dieser Tatsache bestimmt in Abrede gestellt. Er habe ihm darauf erklärt, er werde seine, Bismarcks, Erklärung nach Petersburg berichten, aber auch zugleich anführen, was er von anderer Seite gehört habe. Bismarck sei darauf ganz rot geworden und habe nichts erwidert. (Fortsetzung folgt)

Die Gesundheitsgefahren Mitteleuropas

Von

Geh. Obermedizinalrat Prof. Dr. Rubner

Wenn man sich die Verluste auf dem Schlachtfelde und an Wunden einerseits und die Verluste durch Krankheiten beim Heere anderseits betrachtet, so waren die letzteren in keinem der Feldzüge seit 1866 verhältnismäßig so gering wie in diesem. 1866 starben im Durchschnitt auf die Iststärke des Heeres berechnet in Preußen 18,6 % an Krankheiten, 1870/71 18,2 %, im Feldzug 1914/18 aber nur 3,0 %, die Verluste auf je ein Kriegsjahr berechnet. Dabei waren die Anstrengungen des Feldzuges enorme. Die Armeen standen außerdem von der Nordsee bis Mesopotamien und weit nach Rußland hinein in schwer verseuchten Gegenden, der Ruhr, dem Abdominaltyphus, dem Flecktyphus, Pocken, der Cholera und der Malaria usw. gegenüber, auch im Westen war ein gefährlicher Boden. Damit ist die Leistungsfähigkeit unseres Sanitätswesens ins glänzendste Licht gestellt. Der Fernerstehende kann sich nur schwer ein Bild von der gewaltigen Leistung, die hier sich bekundet, machen. Mit der Auflösung der Armeen als Folge

Digitized by Google

des Waffenstillstandes und dem Eindringen des Ententeheeres in die bisher von den Mittelmächten okkupierten Gebiete hat die Sanitätsorganisation Mitteleuropas ein Ende gefunden. Politisch ist hier an Stelle der Ordnung die Auflösung getreten. In Friedenszeiten war der Schutz Westeuropas gegen die aus Rußland, auch wohl vom Balkan her drohenden Gefahren durch die deutschen und österreichisch-ungarischen Sanitätsrichtungen gegeben. Dieses sichernde Bollwerk ist teils ganz zerstört, teils in bedenklicher Weise untergraben.

Die Wirkungen zeigen sich bei uns wie im alten Österreich. Seit Anfang Dezember hat in Preußen die Einschleppung von Pocken und Flecktyphus erheblich zugenommen und im Februar schon eine bedeutende Höhe erreicht. Außerhalb Deutschlands war Anfang Februar der Flecktyphus bereits in Mähren eingedrungen, Serbien, Galizien sind in großer Ausdehnung verseucht. Nirgendwo findet der Flecktyphus ein besseres Fortkommen als in einer schlecht genährten Bevölkerung, daher die Bezeichnung Hungertyphus sehr richtig ist. Dazu kommt noch, daß durch die Blockade die körperliche Reinlichkeit aus Seifenmangel überall gelitten hat und daß bei dem Kleidermangel und Mangel an Bettwäsche die Verlausung der östlichen Völker eine allgemeine geworden ist, zumal schon in Friedenszeiten die Körperpflege dort vieles zu wünschen übrigließ. Die Läuse aber sind die Überträger des Flecktyphus überhaupt. Ein gewisses Hindernis gegen die Verbreitung ist zurzeit noch der unterbundene Reiseverkehr, vielleicht befördern aber die neuen Expreßverbindungen über Frankreich nach dem Balkan die Verschleppung auch nach dem Westen.

Gegenüber diesen der Ausbreitung der Seuche begünstigenden Momenten fehlt jetzt die Abwehrorganisation. Die hygienische Verlotterung, wie sie der Waffenstillstand zustande brachte, hat eine enorme Gefahr für ganz Europa heraufbeschworen. Denn die „neuen" Staaten auf sich selbst angewiesen, hatten entweder von Hause aus meist keinen hygienischen Drang und waren, nur durch das Band der österreichisch-ungarischen Sanitätsverwaltung mit einer ausreichenden hygienischen Organisation versehen. Im übrigen ist es nicht unsere Aufgabe, uns mit den Verhältnissen der Neugründungen zu beschäftigen, aber Deutschland und Deutsch-Österreich zusammen können in ihren eigensten Interessen den Grenzwall gegen die Seuchenbedrohung vielleicht noch halten. Nur ist das ungemein schwer geworden, weil es an einer scharfen Demarkationslinie gegen Böhmen und Mähren fehlt und die gleichen schwierigen Verhältnisse durch den Poleneinfall für Deutschland gegeben sind. Die Waffenruhe war für uns nur eine Fiktion, denn die Polen wurden unter Führung der Alliierten veranlaßt, einen regelrechten Bandenkrieg an der Ostgrenze zu führen. Die bisherige Ordnung in sanitärer Hinsicht wurde dort zertrümmert, und damit die Einschleppung der Pocken und des Flecktyphus ermöglicht. Für die wärmere Jahreszeit besteht außerdem die Choleragefahr. Was an deutschen Sanierungseinrichtungen in Polen durch unsere Verwaltung geschaffen war, wird vernachlässigt oder beseitigt. Die Weichsel, die Hauptpforte des Cholera-

Digitized by Google

ausbruches aus Rußland soll unter Polen gestellt werden, was das in sanitärer Hinsicht bedeutet, ist leicht gesagt: einen Seuchenkorridor zur schnellsten Verbreitung der ansteckenden Krankheiten bis Danzig und eine Bedrohung dieses Hafens und der dort verkehrenden Schiffe überhaupt. Noch viel verhängnisvoller vielleicht ist die Lage für Deutsch-Österreich und für den Rest von Ungarn, wenn man von einem solchen überhaupt noch reden darf. Der Flecktyphus wütet im Osten. Mit internationalen Sanitätskommissionen, die man jetzt als Heilmittel anruft, nachdem die Scheunen brennen, wird wenig geholfen. Das Geschehene läßt sich vorläufig nicht ändern. Es ist ein Diplomatenstreich, wie er verhängnisvoller nicht ausfallen konnte. Man hat die Völker gegeneinander aufgestachelt, die Ordnung zerstört und überläßt Freund und Feind im Osten seinem Geschick. Überall mangelt es, vielleicht Böhmen und Teile Ungarns ausgenommen, an Nahrungsmitteln, noch schlimmer wird es vielleicht im künftigen Erntejahr sein, es fehlt bei den Unruhen an Arbeitslust und durch die Blockade an dem allernötigsten an Arbeitsmöglichkeiten und Verkehrsmitteln. Der nationale Haß ist größer wie je zuvor. Auf solchem Boden läßt sich eine erfolgreiche Sanitätsorganisation nicht aufbauen. So erleben wir vielleicht das ungewohnte und nach der historischen Erfahrung unerwartete Schauspiel, daß der Krieg die Seuchen unterdrückt hat, während Waffenstillstand und Friede ihnen die Tore öffnen.

Die Ursache der Störung des Proportionalitätsgedankens bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung

Von

Dr. E. Thoma, Pforzheim

Eine der wichtigsten und umstrittensten Fragen im ganzen Verhältniswahlsystem war lange Zeit die Frage der Verteilungsberechnung der Mandate. Von mehreren Annäherungslösungen haben sich in der Literatur schließlich zwei als diejenigen herauskristallisiert, von denen man heute annimmt, daß sie eine sichere und einfache Lösung des Problems seien, die mathematischer Genauigkeit so nahe komme, als dies überhaupt möglich sei. Es sind dies die Berechnungsverfahren des belgischen Rechtsgelehrten Viktor d'Hondt und des Basler Professors Hagenbach-Bischoff; ersteres war durch Reichswahlgesetz vom 30. November 1918 für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung vorgeschrieben. Nun zeigte sich aber gleich bei der ersten Anwendung des Verhältniswahlverfahrens auf große Wahlkörper die merkwürdige Erscheinung, daß das Zentrum mit 5368804 Stimmen 91 Sitze

Digitized by Google

erhielt, während die um 184132 Stimmen stärkere deutsche demokratische Partei sich mit 76 Sitzen begnügen mußte. Den Grund für diese allzustarke Unverhältnismäßigkeit erblickt man vielerorts in der geschickten Listenverbindung des Zentrums mit kleinen Parteien in einzelnen Wahlkreisen. Eine einfache mathematische Untersuchung zeigt indes, daß der Hauptgrund in der Bevorzugung stärkerer Parteien durch das Berechnungsverfahren selbst liegt. Zweck dieser Zeilen ist es, den Beweis dafür zu erbringen und den Weg zu zeigen, auf dem die Lösung des Problems erzielt wird.

Beide obengenannten Berechnungsverfahren sind, wie Hagenbach-Bischoff in seiner Schrift: „Die Verteilungsrechnung beim Basler Gesetz nach dem Grundsatz der Verhältniswahl" dartut, identisch. Sie beruhen beide auf dem Gedanken, diejenige Höchstzahl ausfindig zu machen, die, in die einzelnen Parteistimmen dividiert, die volle Zahl der zu verteilenden Mandate ergibt. Die mathematische Begründung dieses d'Hondt-Hagenbach-Bischofffschen Verfahrens ist folgende:

Die Stimmenzahlen von n Listen seien A_1, A_2, ... A_n; die Summe derselben = S; die Zahl der Mandate = s.

Teilt man die Stimmenzahlen durch den gleichen Divisor D, so erhält man:

$$\frac{A_1}{D} = a_1 + \alpha_1$$

$$\frac{A_2}{D} = a_2 + \alpha_2$$

$$\vdots$$

$$\frac{A_n}{D} = a_n + \alpha_n$$

Dabei sind $a_1 \ldots a_n$ ganze Zahlen, $\alpha_1 \ldots \alpha_n$ echte Brüche. Ist $\Sigma\alpha = 0$, d. h. sind $A_1 \ldots A_n$ ganzzahlige Vielfache von D, so sind alle Mandate vergeben — ein äußerst seltener Fall. Wenn nicht, ist mindestens 1 und sind höchstens (n—1) Restsitze zu vergeben. Wer erhält sie? Zur Beantwortung dieser Frage bedient sich Hagenbach folgenden Beispieles eines französischen Mathematikers:

Vier Kantone mit den Bevölkerungsziffern 32119, 40827, 23910, 19813 haben entsprechend diesen Zahlen 215 Soldaten zu stellen. Die genaue proportionale Verteilung ergibt:

		nach Abrundung
für den 1. Kanton	59,2	59
„ „ 2. „	75,2	75
„ „ 3. „	44,1	44
„ „ 4. „	36,5	36
	215	214

Digitized by Google

Es scheint nun auf den ersten Blick, daß der 4. Kanton den 215. Soldaten zu stellen hat. Dabei würde aber, sagt der französische Mathematiker, auf die Bevölkerungszahl der Kantone keine Rücksicht genommen. Es ist vielmehr zuerst zu bestimmen, wieviel absolut jedem Kanton noch zu einem Ganzen fehlt, und dieser Rest auf die Bevölkerungszahl zu verteilen. Es fehlen zu einem Ganzen beim

1. Kanton	2. Kanton	3. Kanton	4. Kanton
0,8	0,8	0,9	0,5

also relativ beim

1. Kanton $\frac{0{,}8}{32119} = 0{,}0000249$

2. „ $\frac{0{,}8}{40827} = 0{,}0000196$

3. „ $\frac{0{,}9}{23910} = 0{,}0000376$

4. „ $\frac{0{,}5}{19813} = 0{,}0000252$

Den kleinsten Quotienten hat der 2. Kanton, er hat also den 215. Soldaten zu stellen.

Dieses Prinzip wendet nun Hagenbach auf obige Verteilung an. Den ersten Restsitz erhält also diejenige Partei, für die $\frac{1-\alpha}{A}$ einen kleinsten Wert hat. Zwischen A, α und D besteht nun aber nach obigen Gleichungen die Beziehung:

$$\frac{A}{D} = a + \alpha \text{ oder nach Umformung:}$$

$\frac{1-\alpha}{A} = \frac{a+1}{A} - \frac{1}{D}$ Da nun aber $\frac{1}{D}$ für alle Listen denselben Wert hat, so ist das Minimum von $\frac{1-\alpha}{A}$ auch gegeben durch das Minimum von $\frac{a+1}{A}$. Der Verteilungsgrundsatz lautet also: es erhält diejenige Partei den ersten Restsitz, für die $\frac{a+1}{A}$ ein Minimum ist.

Dieses Prinzip ist einwandsfrei richtig dann, wenn man den andern Listen die genau proportionale Zahl von Stellen zuweisen kann; könnte man also den Listen die Beträge $a_1+\alpha_1$, $a_2+\alpha_2$, ... $a_n+\alpha_n$ zuteilen und müßte man bei einer dieser Listen die Zahl auf das nächste Ganze erhöhen, so käme nur diejenige Liste in Frage, für die $\frac{a+1}{A}$ ein Minimum ist. Vernachlässigt man aber bei (n—1) Listen die Brüche α_1, a_2, ... d. h. rundet man bei diesen

Digitized by Google

ab, so berücksichtigt man nur den Betrag der Erhöhung $\frac{1-\alpha}{A}$ der einen Liste, nicht aber den der Verminderung $\frac{\alpha}{A}$ bei den andern. Daß der Quotient $\frac{1-\alpha}{A}$ in weitaus mehr Fällen für die größeren Parteien ein Minimum wird als für die kleinen, geht aus dem Nenner des Bruches hervor.

Wie dieses Verteilungsprinzip wirkt, sei an einem praktischen und einem theoretischen Beispiel dargetan.

Beispiel a:

Bei den badischen Wahlen am 5. Januar erhielt im 2. Wahlkreis die Deutschnationale Partei mit 16484 Stimmen 1 Sitz, das Zentrum mit 115000 Stimmen 13 Sitze. Das Verhältnis der Stimmenzahlen ist 1:6,9; das ihrer Sitze 1:13.

Beispiel b zeigt die Wirkung des Hagenbachschen Prinzips bei Listenverbindung:

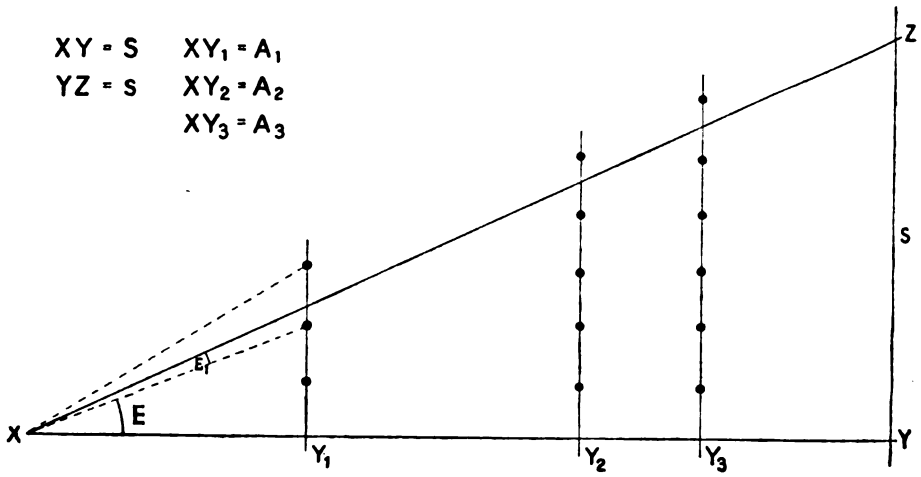
Drei Gruppen mit bzw. 800, 690 und 120 Stimmen besetzen neun Stellen. Gruppe II und III verbinden ihre Listen. Dann erhält Gruppe II mit 690 Stimmen 5 Sitze, Gruppe I mit 800 Stimmen 4 Sitze und Gruppe III geht leer aus. Die Verbindung der Listen hat also nach diesem Prinzip nur erreicht, daß der 5. Sitz den verbundenen Gruppen zufiel; daß dieser Sitz der stärkeren der beiden Gruppen zugeteilt wurde, mit anderen Worten, daß die Minorität von 690 Stimmen einen Sitz mehr erhielt als die Majorität von 800 Stimmen hat seinen Grund in der durch das Hagenbachsche Prinzip bedingten Bevorzugung stärkerer Parteien.

Wie gelangt man nun aber zu einer gerechteren Verteilung? Die Antwort ergibt sich aus obigen Betrachtungen. Bei derselben Bezeichnung wie oben bedeutet der Quotient $\frac{s}{S}$ diejenige Kraft, mit der jeder einzelne Wähler, zu welcher Partei er auch gehöre, die s-Mandate zu besetzen befugt ist; diesen Quotienten nennen wir die Normalwahlkraft. Es ist nun klar, daß der ideale, in praxi kaum vorkommende Fall der wäre, jeden Wähler genau mit dieser Normalwahlkraft an der Besetzung der Stellen sich beteiligen zu lassen. Kann man das aber nicht, d. h. muß man infolge der Verteilung ungeteilter Einheiten durch Änderung der dem Wähler zugeteilten Wahlkraft eine Ungerechtigkeit begehen, so ist offenbar diejenige Verteilung der Stellen die gerechteste, bei welcher der Unterschied zwischen der Normalwahlkraft und der dem Wähler nach der endgültigen Verteilung tatsächlich zukommenden Wahlkraft für jede Partei ein Minimum ist. Ist a die endgültige Zahl der Sitze einer Partei, so heißt das also: diejenige Verteilung ist die mathematisch genaueste, bei der für jede Partei $\left|\frac{a}{A}-\frac{s}{S}\right|$ ein Minimum ist.

Auch geometrisch läßt sich dieses Prinzip, ähnlich wie das Hagenbachsche, deuten:

Digitized by Google

Trägt man vom Punkte X aus auf einer Geraden eine Strecke ab, die proportional S ist, errichtet im Endpunkt die Senkrechte und trägt darauf s ab, so ist tg $\varepsilon = \frac{s}{S}$ die Normalkraft des Wählers.



Trägt man ferner von X aus auf der Geraden XY Strecken ab, die proportional den Stimmenzahlen der Listen sind und errichtet die Senkrechten, so schneidet XZ auf diesen Senkrechten Strecken ab, die der genauen Verteilung der Mandate unter die Parteien proportional sind. Da nur ganze Einheiten zu vergeben sind, ist für jede Partei diese Gerade XZ um einen Winkel um X zu drehen, der ein Maß für die Ungerechtigkeit der Verteilung ist. Dem Minimum dieses Winkels entspricht das Optimum der Verteilung; ersteres aber ist durch das Minimum der Differenz der trigonometrischen Tangenten von ε und $(\varepsilon \pm \varepsilon_1)$ gegeben, d. h. durch das Minimum von

$$\left| \frac{a}{A} - \frac{s}{S} \right|$$

Die praktische Anwendung dieses Prinzips ist folgende:

Den Quotienten $\frac{S}{s}$ dividiert man in die Stimmenzahlen der Listen und erhält wie oben die ganzen Zahlen $a_1, a_2 \ldots a_n$. Um die Restmandate zu vergeben, bildet man alsdann die Quotienten

$$\frac{a_1}{A_1} \text{ und } \frac{a_1+1}{A_1}; \frac{a_2}{A_2} \text{ und } \frac{a_2+1}{A_2} \ldots\ldots$$

oder zur rascheren Abwicklung des Rechengeschäfts ihre reziproken Werte, was natürlich am Prinzip nichts ändert. Den ersten Restsitz erhält dann diejenige Partei, für die $\frac{A}{a} - \frac{S}{s}$ ein Maximum ist, selbstverständlich, wie aus dem Prinzip hervorgeht, aber nur dann, wenn $\left| \frac{A}{a+1} - \frac{S}{s} \right| < \left| \frac{A}{a} - \frac{S}{s} \right|$; alle übrigen Restsitze werden nach demselben Gesichtspunkt vergeben. Sind

Digitized by Google

bei allen Parteien diese Minima bereits erreicht und sind noch weitere Restsitze zu vergeben, so ist nach demselben Prinzip der erste Restsitz derjenigen Liste zu geben, für die $\left|\frac{A}{a+1}-\frac{S}{s}\right|$ ein Minimum wird; ebenso die weiteren.

Vier Beispiele sollen die praktische Seite des neuen Verfahrens erläutern:

1. Zwei Gruppen mit zusammen 121 Stimmen haben 9 Mandate zu besetzen; die erste Gruppe habe 24, die zweite Gruppe 97 Stimmen. Man dividiert $121:9=13{,}4$; das ergibt als erste Verteilung:

Gruppe I 1 Sitz
Gruppe II 7 Sitze
8 Sitze.

Um den neunten zu vergeben, berechnet man die oben angegebenen Quotienten $\frac{S}{s}$, $\frac{A}{a}$ und $\frac{A}{a+1}$ und erhält:

$$\frac{S}{s}=121:9=13{,}4$$

	$\frac{A}{a}$	$\frac{A}{a+1}$
Gruppe I	24	12
Gruppe II	13,9	12,1

Für Gruppe I erreicht man also das Minimum, wenn man ihr 2 Sitze, für Gruppe II, wenn man ihr 7 Sitze zuteilt. Also endgültige Verteilung:

	Stimmenzahl	Genau prop. Verteilung	Erste Verteilung	Endgültige Verteilung	Vert. nach Hagenbach
Gruppe I . . .	24	1,79	1	2	1
Gruppe II . . .	97	7,21	7	7	8
	121	9	8	9	9

Das Verhältnis der Stimmenzahlen ist 1 : 4,04; das der Sitze nach dem neuen Verfahren 1 : 3,5, nach dem Hagenbachschen 1 : 8.

2. Im obenerwähnten Beispiel des französischen Mathematikers bleibt nach der genau proportionalen Verteilung noch eine Stelle zu vergeben. Das neue Verfahren ergibt:

$$\frac{S}{s}=\frac{116669}{215}=542{,}6$$

	$\frac{A}{a}$	$\frac{A}{a+1}$
Kreis I	544,4	535,3
Kreis II	544,9	537,7
Kreis III	543,4	531,3
Kreis IV	549,3	534,4

Digitized by Google

Die Differenzen $\left|\frac{A}{a}-\frac{S}{s}\right|$ und $\left|\frac{A}{a+1}-\frac{S}{s}\right|$ zeigen, daß hier schon bei der ersten Verteilung die größte Annäherung an den Normalwert 542,6 für jede Partei erreicht ist. Die 215. Stelle ist deshalb dem zweiten Kanton zu geben, da für ihn $\left|\frac{A}{a+1}-\frac{S}{s}\right|$ das Minimum ist.

3. Die Verteilung beim früher genannten Beispiel b gestaltet sich folgendermaßen:

Gruppe I erhält bei der ersten Verteilung 4, die verbundenen Gruppen II und III 4 Sitze. Es ist dann:

$$\frac{S}{s}=\frac{1610}{9}=178{,}9$$

	$\frac{A}{a}$	$\frac{A}{a+1}$
Gruppe I	200	160
verbundene Gruppen II und III	202	162

Die verbundenen Gruppen erhalten also den Restsitz.

Wendet man dasselbe Prinzip auf die Unterverteilung für Gruppe II und III an, so erhält Gruppe II 4, Gruppe III 1 Sitz. Also:

	Stimmenzahl	Mandatszahl nach Hagenbachschen Verfahren	Mandatszahl nach Neuen Verfahren
Gruppe I	800	4	4
„ II	690	5	4
„ III	120	0	1

4. Das letzte Beispiel soll jede vorkommende Möglichkeit umfassen. Dazu eignet sich die obenerwähnte Wahl zur badischen Nationalversammlung im 2. Wahlkreis.

	Stimmenzahl	Mandatsverteilung		
		1. Verteilung	endgültig nach neuen Verfahren	nach Hagenbachschen Verfahren
Unabh. Sozialdem.	2704	0	0	0
Demokratie . . .	61442	6	6	6
Sozialdemokratie .	74392	7	8	8
Zentrum	115000	11	12	13
Deutschnational .	16484	1	2	1
	270022	25	28	28

Digitized by Google

Nach der ersten Verteilung bleiben noch drei Restsitze zu vergeben. Man bildet (um auch diese Berechnungsart zu zeigen und die Division durch 0 zu vermeiden), die Quotienten $\frac{s}{S}, \frac{a}{A}, \frac{a+1}{A}$ und erhält (zur Vereinfachung mit 1000 multipliziert):

$$\frac{s}{S} = 28 : 270\,022 = 0{,}104$$

	$\frac{a}{A}$	$\frac{a+1}{A}$
Unabh. Sozialdem.	0	0,3
Demokratie . . .	0,098	0,116
Sozialdemokratie .	0,094	0,108
Zentrum	0,096	0,104
Deutschnational .	0,060	0,120

Trotzdem für die Unabhängige Sozialdemokratie $\left|\frac{a}{A} - \frac{s}{S}\right|$ das Maximum ist, erhält sie keinen Restsitz; denn für sie ist

$$\left|\frac{a}{A} - \frac{s}{S}\right| < \left|\frac{a+1}{A} - \frac{s}{S}\right|.$$

Den ersten Restsitz erhält die Deutschnationale Partei; für sie ist

$\left|\frac{a}{A} - \frac{s}{S}\right|$ ein Maximum und $\left|\frac{a+1}{A} - \frac{s}{S}\right| < \left|\frac{a}{A} - \frac{s}{S}\right|$.

Aus demselben Grunde erhält die Sozialdemokratische Partei den 2. und das Zentrum den 3. Restsitz.

Auf diese Weise ist erreicht, daß *jeder* Wähler *jeder* Partei mit der Wahlkraft so nahe an die Normalwahlkraft herankommt als dies überhaupt möglich ist.

Zum Schluß noch zwei Bemerkungen:

Bekanntlich entscheidet beim Hagenbachschen Verfahren über einen Restsitz das *Los*, wenn die Stimmenzahlen der in Frage kommenden Parteien ganze Vielfache der Höchstzahl sind, also in Fällen, wo von Stimmengleichheit, wie man das für Losentscheidung erwartet, keine Rede ist. Es wird aber nicht nur dem Laien unverständlich sein, daß z. B. zwei Parteien mit bzw. 21375 und 29925 Stimmen in die Lage kommen, über einen Sitz durchs Los entscheiden zu müssen.

Zum zweiten steckt im Hagenbachschen Grundgedanken verborgen ein sogenanntes Quorum, da eine Partei, die, wenn auch nur eine Stimme weniger als die Höchstzahl erhält, bei der Mandatsverteilung ausscheidet. Der überwiegende Teil der Verhältniswahlliteratur lehnt aber jedes Quorum, in welcher Form es auch auftreten möge, ab.

Das Verständnis des neuen Vorschlages hat keine anderen Voraussetzungen als das Hagenbachs; auch erfordert die bei der Anwendung zu erledigende Rechenarbeit nicht mehr Zeit.

Digitized by Google

Milliardensiege

Eine Betrachtung zur Kriegswirtschaft

Von

Karl Elster

Nicht mit Unrecht hat man gesagt, daß in der modernen Verkehrswirtschaft, in der wir heute leben, das Geld einen Schleier der Maja über die wirtschaftlichen Vorgänge gebreitet habe. Der natürliche Mensch denkt heute geldwirtschaftlich; das unmittelbare Verhältnis zu den Gütern ist ihm verlorengegangen.

Heute haben wir es fast vergessen, daß dem früher anders gewesen ist, so gewiß wir uns dessen augenblicklich wieder bewußt werden, sobald wir unsere Gedanken in eine frühere Zeit zurückversetzen. Unseren Altvorderen war das Gut noch nicht hinter dem Gelde verschwunden. Der Hort der Nibelungen war goldener Schmuck und goldenes Gerät, kein Geld; „gleißendes Gold und glutroter Schatz," keine Millionen und keine Milliarden. Und die Boten Atlis, von denen die Edda uns meldet, bieten an:

„Er schenkt Euch Schilde
Und geschabte Lanzen,
Goldgeschmückte Helme
Und der Hunnen Menge
Silbernes Sattelzeug,
Südländische Röcke,
Geschärfte Speerspitzen,
Schäumende Rosse.
Die weite Gnitaheide
Will er Euch geben,
Klirrende Gere
Und goldene Steven,
Strahlende Kleinode,
Die Gestade des Danp,
Den mächtigen Wald,
Den sie Myrkwid heißen."

Also: Güter, kein Geld.

Wer im Verlaufe des Weltkrieges die zahlreichen Auslassungen über die finanzielle Stärke des Reiches kritisch verfolgt hat, wird meine Feststellung bestätigt finden; denn so gewiß manche von ihnen ihre Berechtigung in dem Bestreben fanden, das Vertrauen im Volke zu unserer Widerstandskraft zu stützen und zu stärken, die Hoffnungen unserer Gegner auf unseren finanziellen Zusammenbruch aber niederzuschlagen: im allgemeinen lassen sie doch eine nur aus der uns allen gewohnt gewordenen geldwirtschaftlichen Denkweise heraus begreifliche Verständnislosigkeit gegenüber dem volkswirtschaftlichen Geschehen erkennen.

Freilich: bei unseren Gegnern ist dem nicht anders gewesen. Das Wort des englischen Schatzkanzlers: silberne Kugeln würden den Krieg entscheiden, zeugt ganz sicherlich nicht von tiefer wirtschaftlicher Einsicht. Man hat eben allzulange gedankenlos das Schlagwort nachgeredet, daß zum Kriegführen dreierlei gehöre: Geld, Geld und nochmals Geld. Als es zum ersten Male gesagt wurde, hatte es seinen guten Sinn; und noch Preußens großer König

Digitized by Google

mußte im Siebenjährigen Kriege zu dem damals nicht ungewöhnlichen Mittel einer „Münzverschlechterung“ greifen. Aber das ist anders geworden: Welch starkes Volk würde heute sich selbst aufgeben, weil ihm nur Geld, den Krieg zu führen, fehlt! Die Massenstürme der Russen gegen den Karpathenwall verloren nichts von ihrer Wucht, als Rußland die Mittel, den Krieg zu führen, aus dem Gebrauch der Notenpresse zog; und die Rubel Kerenskis waren als Kriegsschatz nicht minder wirksam, als die Goldbestände der Bank von England.

Wir feierten „Milliardensiege“, kaum anders, als die Siege in der Schlacht; und wir fanden nicht genug Worte des Lobes für den Opfersinn der „Heimarmee“, wenn das Ergebnis der Zeichnungen höher und höher hinauf in die Milliarden stieg. Daß wir es taten, läßt sich gewiß politisch rechtfertigen und soll hier nicht bemängelt sein; und daß unter Millionen von Zeichnern so mancher war, für den sein Beitrag ein Opfer bedeutet hat: auch dieses zu verschweigen wäre ungerecht und undankbar. Aber das eine muß doch festgestellt werden: daß einer nüchternen Betrachtung die Milliarden nicht als ein Zeugnis erschienen von Deutschlands finanzieller Kraft, wie draußen die Siege ein Zeugnis ablegten von der Überlegenheit seiner Heere und ihrer Führer.

Wer dies bislang nicht glauben mochte, kann heute Tag für Tag eines Besseren belehrt werden. Denn auch ihr begeisterter Freund wird nicht behaupten wollen, daß die Milliardenausgaben der neuen Regierung einen Rückschluß zuließen auf die finanzielle Stärke des „neuen Deutschlands“; dies auch dann nicht, wenn die in Massen ausgegebenen Noten milliardenweise wieder als Darlehen dem Reiche zur Verfügung gestellt werden sollten.

Wie sind die Milliarden entstanden, mit denen in Deutschland der Krieg bezahlt worden ist? Die Antwort, die man gemeinhin empfängt, geht dahin, daß das Volk *seine Ersparnisse* für die Zwecke der Kriegführung zur Verfügung gestellt habe. Was an dieser Antwort richtig sein kann, lehrt die Erwägung, daß alsdann das deutsche Volk, dessen jährliche Ersparnisquote vor dem Kriege man auf 8 bis 8½ Milliarden geschätzt hat, in vier Kriegsjahren an 100 Milliarden gespart haben müßte. Kann dieses möglich sein? Es gibt in der Tat Leute, die solche Ungereimtheiten glauben, und — sogar in Buchform vor die Öffentlichkeit bringen dürfen.

Im Jahre 1916 ist eine Schrift erschienen, deren Titel und Verfasser ich schonend verschweigen will; ich will nur sagen, daß sie als eine von vielen einer bekannten Sammlung angehört, in der auch recht wertvolle Arbeiten veröffentlicht sind, und daß auch sie — selbst in den Fachkreisen der Wissenschaft — nicht unbeachtet geblieben ist. Ihr Verfasser versteigt sich zu der Behauptung, daß es zu einer Hochkonjunktur des Krieges gekommen sei, „bei der Staat und einzelne nicht nur zur Not fortkommen, vielmehr wirtschaftlich gedeihen, ja glänzende Geschäfte machen und leicht dazu neigen können, den Krieg als einen gewaltigen Bildner von wirtschaftlichen Werten, das Kriegshandwerk als ein besonders erfolgreiches Gewerbe zu betrachten.“ „Soweit unsere wirtschaftlichen inneren Interessen in Frage stehen, so besteht eine all-

Digitized by Google

gemeine Übereinstimmung zwischen den breitesten Schichten des deutschen Volkes, daß ein Zustand, der bei hohen Preisen hohe Löhne und große Gewinne gewährleistet, eigentlich erträglich und einträglich zugleich ist und noch erträglicher (!) wäre, wenn er nicht mit so großen Opfern an deutschem Blut verbunden wäre, und wenn nicht doch noch größere oder kleinere Gruppen von Staatsbürgern unter der Kriegskonjunktur schwer zu leiden hätten." Darum — so nimmt der Verfasser an — könne es geschehen, daß das deutsche Volk, das „den Braten gerochen und am Kriege Geschmack gefunden" habe, fortan „geneigt wäre, sich öfter als bisher im Kriegshandwerk zu üben oder gar bis auf weiteres nach der einen oder anderen Seite . . . einen dauernden Krieg zu führen".

Es liegt nicht im Zweck dieser Skizze, die Gesinnung zu kennzeichnen, die aus den hier zitierten Sätzen spricht; ich erwähne sie nur als den besonders charakteristischen Ausdruck jener Anschauungsweise, für die das Geld an die Stelle der wirtschaftlichen Güter getreten ist. Für sie wird angesichts der Riesenlöhne und der Kriegsgewinne der Krieg zum „gewaltigen Bildner wirtschaftlicher Werte", und sind die Milliarden der Kriegsanleihen ein neuer Reichtum, der im Kriege und durch den Krieg entstanden ist.

Es ist ja gewiß ganz richtig: Auch der moderne Krieg, der die Millionen aus der gewerblichen Tätigkeit herausreißt und seine ungeheueren Verbrauchsansprüche an die Volkswirtschaft stellt, er ist nicht nur der unersättliche Verschlinger, er wirkt auch als Sparer und Schöpfer. Wäre dem anders, keiner der am Weltkriege beteiligten Staaten — und wir ganz gewiß nicht! — hätten ihn vier Jahre und länger zu führen vermocht. Wir wissen es, wie gerade in Deutschland die eherne Not der Zeit uns gezwungen hat, die letzte Kraft in den Dienst unserer Kriegswirtschaft zu stellen und — trotzdem dieses geschah — dennoch allen nicht kriegsnotwendigen Verbrauch auf das äußerste einzuschränken. Wir wissen es aber auch, daß allein dieser kriegsnotwendige Verbrauch — im ganzen genommen — um ein gewaltiges höher gewesen ist, als der herkömmliche Verbrauch im Frieden; und auch das wissen wir, daß die produktiven Leistungen unserer Wirtschaft im Kriege, trotz allen Bemühens der Frauen, Kinder und Alten und trotz der Verwendung der Kriegsgefangenen zu unfrohem Dienst, zum mindesten nicht soviel größer gewesen sein können, als die Friedensleistung eines arbeitstüchtigen Volkes.

Volkswirtschaftlich betrachtet sind die Milliarden der Kriegsanleihen keine Ersparnisse gewesen; denn Ersparnisse im volkswirtschaftlichen Sinne entstehen nur, wenn und insoweit der Konsum in einer Volkswirtschaft hinter der Produktion zurückbleibt, und diese notwendige Voraussetzung für die Entstehung volkswirtschaftlichen Sparkapitals war in dem Deutschland des Weltkrieges zweifellos nicht gegeben. Ob und inwieweit sie *aus dem privatwirtschaftlichen Gesichtswinkel heraus* als Ersparnisse der einzelnen Zeichner anzusehen sind, ist eine zweite, von der ersten völlig verschiedene Frage. Sie mag vorläufig dahin beantwortet werden, daß die zu

Digitized by Google

den Kriegsanleihen gezeichneten Beträge zum überwiegenden Teile sich auch der privatwirtschaftlichen Betrachtung nicht als Ersparnisse darstellen. Sie sind Betriebskapitalien und Betriebsreserven.

*

Die Entwicklung, die in der Folge in Deutschland zur Bildung von rund 100 Milliarden Kapitalvermögens (und umgekehrt zu einer entsprechenden[1]) Verschuldung des Reiches) geführt hat, vergegenwärtigt man sich am besten, indem man den Vorgang, den wir als „Sparen" zu bezeichnen pflegen, einmal einer genauen Untersuchung unterzieht. Man darf indessen, wenn man ihn in seinem Wesen wirklich verstehen will, auch hier sich nicht auf die Betrachtung der geldwirtschaftlichen Erscheinung beschränken, sondern man muß forschend durchdringen bis zu dem dahinter verborgen liegenden naturalwirtschaftlichen Geschehen. Alsdann erkennt man, daß Vorgänge, die in der geldwirtschaftlichen Betrachtung sich als wesentlich gleichartig darstellen, ihre naturalwirtschaftlich durchaus verschiedene Bedeutung besitzen; und ferner, daß die Übertragung privatwirtschaftlicher Gesichtspunkte in die Volkswirtschaft zu völlig falschen Ergebnissen zu führen pflegt.

Betrachten wir unsere moderne Volkswirtschaft aus der nationalökonomischen Vogelperspektive, so sehen wir, wie in der ganzen Volksgemeinschaft die wirtschaftenden Individuen Güter zum Gebrauch und zum Verbrauch für die Gesamtheit bereitstellen, und wie sie andererseits an diesen Gütern, die alle für alle schaffen, als Verbraucher teilnehmen, indem sie sie zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse verwenden. Wir sehen die Wirtschafter produzieren und konsumieren.

In abgelebten Zeiten war dem anders. Damals erzeugte man innerhalb der „geschlossenen Hauswirtschaft" die Güter für den eigenen Bedarf. Unter dieser ursprünglichen Wirtschaftsverfassung begann und vollendete das Wirtschaftsgut sein Dasein innerhalb einer einzigen Wirtschaftssphäre. Ein Übergang des Wirtschaftsgutes aus einer Wirtschaft, in der es entstanden war, in eine andere, in der es verzehrt wurde, fand nur ganz ausnahmsweise statt. Und heute? Das Gegenteil ist der Fall: Nur noch in den seltensten Fällen verbleibt das Gut in der Wirtschaft, in der es erzeugt worden ist, bis zum Verbrauch. In der Regel erfolgt die Produktion für den Markt, und aus dem Markt heraus tritt das Gut in eine neue Wirtschaftssphäre, um dort verbraucht zu werden oder um von dort aus aufs neue zum Markt zu gelangen.

Das technische Mittel, dessen sich der Wirtschaftsverkehr zur Verteilung der Güter unter die einzelnen Glieder der wirtschaftenden Gemeinschaft bedient, ist das seit Jahrhunderten und heute heftiger denn je in der Wissenschaft umstrittene[2]) Geld. Wer für den Markt produziert, empfängt das

[1]) Rund 60 Milliarden sind „schwebende Schulden".

[2]) Schon vor Jahren zählte man über 6000 verschiedene Bücher, Schriften und Abhandlungen über das Geldproblem.

Digitized by Google

Geld für die von ihm vollbrachte wirtschaftliche Leistung, und dieses Geld verhilft ihm wieder zu den Verbrauchsgütern, deren er bedarf. Als das durch Vorleistung erworbene Anrecht an der verkaufsreifen konsumtiblen Produktion hat ein neuerer Geldtheoretiker das Rätselwesen Geld treffend definiert und hiernach festgestellt, daß die durch das Geld repräsentierten Ansprüche den zum Verkaufe verstellten Unterhaltsmitteln im Gleichgewichte gegenüberstünden.[1])

Nicht jeder Wirtschafter macht von diesen ihm zustehenden Ansprüchen sofort restlos Gebrauch. Wenn ein Wirtschafter Geld, das ihm für Zwecke des Konsums zur Verfügung steht, für diese Zwecke zunächst nicht verwendet, so sagen wir, daß er spare. Geldwirtschaftlich betrachtet stellt dieser Vorgang sich alsdann in der Regel so dar, daß der Sparer sein Geld seinem Bankier übergibt und dieser ihm demnächst ein Anlagepapier erwirbt. Die naturalwirtschaftliche Betrachtung aber folgt dem Gelde auf seinem Gange: Auch das gesparte Geld geht zu Markte; nur nicht für die Bedürfnisse des Sparers, sondern für die anderer Personen. Der Bankier hat es vielleicht dem Bauunternehmer gegeben, und demnächst verbrauchen es die Bauhandwerker für ihren täglichen Unterhalt. Währenddessen aber wächst das Haus empor, das somit aus dem Sparkapital entstanden ist; das naturalwirtschaftliche Ergebnis des Sparens, neues Sachkapital, tritt zutage.

Und die volkswirtschaftliche Betrachtung, im Gegensatze zur privatwirtschaftlichen? Sie stellt fest, daß das Volksvermögen gewachsen ist, daß die Vermögensmehrung des einzelnen Bereicherung auch für die Gesamtheit bedeutet hat.

Also: die Privatwirtschaft denkt geldwirtschaftlich, die Volkswirtschaft aber hat es vornehmlich mit dem naturalen Gute zu tun, und die volkswirtschaftliche Bedeutung der wirtschaftlichen Vorgänge ist nur aus dem naturalwirtschaftlichen Gesichtswinkel heraus erkennbar.

Das einfache schematische Beispiel, aus dem wir ersehen, in welcher Weise die privatwirtschaftliche Ersparnis Sachvermögen und damit volkswirtschaftliche Ersparnis werden kann, lehrt gleichzeitig aber auch, daß sie es nicht unbedingt werden muß. Es ist durchaus nicht immer der Fall, daß die Bildung von Kapitalvermögen die Entstehung auch von Sachvermögen mit sich bringt. Man braucht nur den Fall zu setzen, daß der Sparer sein Geld zum Erwerbe einer Hypothek verwende, und daß der Hypothekenschuldner den Betrag für seine Konsumbedürfnisse verbraucht, so wird offensichtlich, wie verschieden die naturalwirtschaftliche und demzufolge volkswirtschaftliche Bedeutung des einen und einzigen Vorganges ist, der sich in geld- und privatwirtschaftlicher Betrachtung als Entstehung eines Kapitalvermögens darstellt.

[1]) So: Friedrich Bendixen: „Das Wesen des Geldes" (Duncker & Humblot, 1918), ein Buch, das wie kein zweites geeignet ist, dem denkenden Laien das Geldproblem nahezubringen.

Digitized by Google

Aus dieser Betrachtung sind die Folgerungen in Ansehung unserer Kriegsanleihen unschwer zu ziehen: so gewiß nicht bestritten werden soll, daß mit diesem neuen Kapitalvermögen auch neues Sachvermögen entstanden ist — wir brauchen hier nur an die Salpeterfabriken zu denken —, so gewiß muß doch festgestellt werden, daß ihrem überwiegenden Teile kein neues Sachvermögen entspricht. Die Ersparnisse der Privatwirtschaften, die zur Zeichnung von Kriegsanleihe Verwendung gefunden haben, sind dem Konsum, nicht aber der Produktion zugute gekommen; zum mindesten doch nur einer Produktion, deren Erträgnisse sofort konsumtive Verwendung gefunden haben.

An sich ist dies alles ja eigentlich selbstverständlich, und dennoch muß es gegenüber der verbreiteten Auffassung, die Geld und Gut gleichsetzt, in den derzeitigen Preis- und Lohnverhältnissen wirtschaftliches Gedeihen zu erkennen glaubt und die Ergebnisse der Kriegsanleihen als Zeichen finanzieller Stärke bewundert, einmal mit aller Nüchternheit ausgesprochen werden.

Es ist ganz besonders kennzeichnend für die Unzulänglichkeit jeder einseitig geldwirtschaftlichen Betrachtung volkswirtschaftlicher Vorgänge, daß sie auch zu einer der hier bekämpften Auffassung gerade entgegengesetzten Beurteilung unserer volkswirtschaftlichen Lage zu führen vermag und vielfach geführt hat: zu der nicht minder verkehrten Annahme nämlich des bevorstehenden europäischen Bankerottes. Dieser Betrachtungsweise, die die Milliardensumme der geldlichen Kriegskosten unbefangen von jener anderen Milliardensumme abzieht, zu der man zu anderen Zeiten und unter gänzlich anderen Verhältnissen das Volksvermögen ziffernmäßig errechnet hat, und mit diesem Subtraktionsexempel die Behauptung begründen will, daß wir etwa die Hälfte des Volksvermögens im Kriege eingebüßt hätten, bin ich schon in anderem Zusammenhange (vgl. November- und Dezember-Heft 1918 dieser „Revue") entgegengetreten. Beide Ansichten — so verschieden sie in ihren Ergebnissen sind — sind in gleicher Weise wirklichkeitsfremd, weil beide auf dem Boden der einseitig geldwirtschaftlichen Betrachtungsweise erwachsen sind.

*

Mit der Feststellung, daß die Milliarden der Kriegsanleihen im volkswirtschaftlichen Sinne kein Vermögen sind, weil ihnen kein neugebildetes Sachvermögen entspricht, und der weiteren Feststellung, daß sie als solche auch keine Minderung des Volksvermögens bedeuten, sondern nur die Verschuldung einer Wirtschaft (der Staatswirtschaft) an ungezählte andere der Volksgemeinschaft ausdrücken, ist aber nur die eine Seite des Problems beleuchtet; von nicht geringerem praktischem Belange ist die Untersuchung der Frage, welche Bedeutung bei der heutigen Wirtschaftslage den in Kriegsanleihe angelegten Kapitalien in der Privatwirtschaft zukommt. Daß sie auch hier zum ganz überwiegenden Teile nicht als Ersparnisse anzusehen sind, habe ich schon in dem einleitenden Abschnitte dieses Aufsatzes bemerkt.

Digitized by Google

Wer während des Krieges Gelegenheit gehabt hat, bei der Veranlagung zur Vermögenssteuer und Kriegsabgabe mitzuwirken, wird festgestellt haben, daß unsere Landwirte vielfach in der Lage gewesen sind, Hypotheken abzustoßen oder, wenn ihr Grundbesitz schon lastenfrei gewesen ist, Kapitalvermögen — und dieses zumeist in der Form der Kriegsanleihe — zurückzulegen. Desungeachtet aber würde es eine völlige Verkennung ihrer wirtschaftlichen Lage bedeuten, wollte man diese Kapitalien nun als Ersparnisse betrachten. Daß sie aufgelegt werden konnten, richtiger aufgelegt werden mußten, erklärt sich aus der Unmöglichkeit, während des Krieges die sonst herkömmlichen und auf die Dauer ganz unvermeidlichen Investierungen in der Wirtschaft vorzunehmen. Den Landwirten sind nicht nur die Erträgnisse ihrer Wirtschaft, sondern außer diesen auch in großem Umfange Wirtschaftsinventarien, das will besagen, Betriebsvermögen, mit Geld bezahlt worden; aber nur ein Bruchteil dieser Gelderträge wäre unter anderen Verhältnissen zu Einkommen und in der Folge vielleicht zu erspartem Kapitalvermögen geworden. Der weitaus größere Teil hätte zum Ersatz fehlender, zur Erneuerung schadhaft gewordener oder abgenutzter Inventarien Verwendung gefunden. Es ist also nicht anders, als hätte Sachvermögen, das für die ordnungsmäßige Fortführung der Wirtschaft auf die Dauer unentbehrlich ist, vorübergehend die Gestalt von Kriegsanleihe angenommen und harrte nun seiner Erlösung.

Noch weit offensichtlicher tritt die Tatsache, daß in Kriegsanleihen angelegtes Kapitalvermögen nur die vorübergehende Erscheinungsform verbrauchten Sachvermögens darstellt, in zahlreichen gewerblichen und kaufmännischen Betrieben zutage. Die Warenlager sind geleert, Gebäude und Inventarien vernutzt, Maschinenteile fortgenommen und als Rohmaterial verwandt worden; im Kassenschrank oder Bankfach aber liegen die Anleihescheine. Sie sind Betriebskapital.

In anderen Betrieben wieder ist eine völlige Umstellung für die Zwecke der Kriegsarbeit vorgenommen. Gewiß haben hohe Gewinne den Wagemut des Unternehmers belohnt; sie sind als Kriegsanleihe vorhanden. Ersparnisse aber sind auch sie nur sehr zum Teil. Nach dem Kriege werden sie bei der Wiedereinstellung der Betriebe auf die Friedenswirtschaft Verwendung finden müssen. Wieviel von ihnen als eigentliche Ersparnis alsdann zurückbleiben wird, vermag angesichts der Unsicherheit in den Preis- und Lohnverhältnissen heute gar niemand zu übersehen.

Sogar diejenigen Kriegsanleihen, die sich im Besitze der „Nurkonsumenten" befinden, verdienen durchaus nicht insgesamt den Ehrennamen des Spargutes. Es soll nur der Zeichner gedacht werden, die die Möglichkeit, ihrer vaterländischen Pflicht zu genügen, mit der Veräußerung oder der Lombardierung anderer Vermögensstücke erkauft haben; und es darf schließlich nicht unberücksichtigt bleiben, daß das seit vielen Jahren nicht mehr ergänzte Hausgerät, daß Kleidung, Wäsche und viel dergleichen mehr dringend der Er-

Digitized by Google

gänzung und Erneuerung bedürfen. Daß gleichwohl auch Ersparnisse in Kriegsanleihe angelegt worden sind, ist selbstverständlich; in welchem Umfange aber: dieses festzustellen, fehlen zum mindesten heute und auf Jahre hinaus sämtliche Unterlagen.

*

Ehe daß diese Entwicklung, die aus Pferden, Kühen und Automobilen, aus Maschinen und sonstigem Arbeitswerkzeug, aus den Beständen der Warenlager und dem Nutzrate der Haushaltungen zunächst Geld und in der Folge Kriegsanleihe werden ließ, überhaupt möglich wurde, mußte bei Ausbruch des Krieges eine Maßnahme getroffen werden, die allgemein bekannt ist, in ihren Wirkungen aber von den wenigsten auch nur annähernd übersehen wird. Diese Maßnahme war die Befreiung der deutschen Währung von der Fessel des Goldes; der Übergang zu neuen Grundsätzen in der „Geldschöpfung".

Auf diese währungspolitische Maßnahme und ihre vielgestaltigen Wirkungen einzugehen, muß ich mir in diesem Zusammenhange versagen. Hier liegt für die Wirtschaftstheorie und die Wirtschaftspolitik ein weites Feld; und die Stellung, die Deutschlands Wirtschaftspolitik zu diesen heißumstrittenen Fragen in Zukunft einnehmen wird, muß für die Entwicklung unserer Wirtschaft nach Friedensschluß von entscheidender Bedeutung sein.

Und weit sind auch die Ausblicke, die diese Betrachtung auf das Gebiet der staatlichen Finanzwirtschaft gewährt. Wir wissen, daß die Lage der Reichsfinanzen — und die der einzelstaatlichen Finanzen bietet kein minder trübes Bild — schlechthin verzweifelt wäre, befänden sich die Milliardenforderungen an das Reich in den Händen des Auslandes; denn Auslandsanleihen belasten die Volkswirtschaft, Inlandsanleihen nur den Staat, der sie aufnimmt. Inzwischen hat nun des Reiches Finanzminister die schärfste steuerliche Erfassung der Vermögen in bestimmte Aussicht gestellt; daß sie zur Tatsache werden wird, kann nicht bezweifelt werden. Was ich hier auszuführen mich bemüht habe, zeigt zunächst das schwerste unter den schweren Bedenken, die der geplanten Vermögensabgabe entgegenstehen: der Eingriff trifft und schwächt ein Kapital, das dazu bestimmt ist, nun endlich einmal wieder produktiv zu wirken. Der Eingriff kann sich bitter rächen, wenn der Chirurg, der den Schnitt wagen will, nicht auch die Binden bereit hält, die Blutung zu stillen; und es bleibt zu bedauern, daß man am Regierungstische keinen Anlaß gesehen hat, uns schon jetzt etwas über die so dringend nötigen Maßnahmen zum Schutze der Produktion mitzuteilen, anstatt eine anspruchslose und auf lebhaften Beifall trefflich gedrillte Mehrheit mit dem abgetriebenen Worte von den goldenen Eiern der schlachtbaren Henne herzlich zu erheitern. Auf der andern Seite aber läßt diese Betrachtung uns doch auch erkennen, daß sich die Durchführung der unvermeidlichen Maßnahmen technisch vielleicht nie so leicht gestaltet hätte wie gerade in dieser Zeit, in der das Sachvermögen in einem früher nicht geahnten Umfange zu Geld und zu Geldkapital geworden ist.

Digitized by Google

So ernst die Finanzlage des Deutschen Reiches heute ganz zweifellos ist: im kalten Lichte einer streng wissenschaftlichen Betrachtung erscheint sie wohl schwierig, aber auch aussichtsvoll. „Von den hohen Bergspitzen der Wissenschaft aus sieht man das Morgenrot des neuen Tages früher als unten in dem Gewühle des täglichen Lebens."

Über ansteckende Krankheiten und die Strafbarkeit ihrer fahrlässigen Übertragung

Von

Professor H. Quincke (Kiel), Frankfurt a. M.

Seit zwei Menschenaltern haben die ansteckenden Krankheiten in steigendem Maße das öffentliche Interesse in Anspruch genommen, einmal, weil sie durch das Wachsen des Verkehrs an Häufigkeit und Bedeutung zunahmen, dann weil die eingehenderen Kenntnisse ihrer Übertragungsweise wirksamere Schutz- und Verhütungsmaßregeln ermöglichten.

Im Kriege ist die Bedeutung dieser Krankheiten noch mehr zum allgemeinen Bewußtsein gekommen durch die Zahl ihrer Opfer und durch das lange Siechtum, das viele von ihnen zur Folge hatten. Den veränderten Verhältnissen entsprechend mußten und konnten die Maßregeln zu ihrer Bekämpfung andere, zum Teil viel durchgreifendere sein als früher. Mit dem Erfolg, daß vielfach Schlimmeres verhütet wurde, können wir wohl zufrieden sein. Aber in größerer Verbreitung als früher herrschen diese Krankheiten auch jetzt noch; nach Abschluß des Krieges werden sie auch noch auf Jahre hinaus herrschen und uns bedrohen, begünstigt durch die Lockerung der Staats- und Gesellschaftsordnung in der ganzen Welt. Der Staat wird sich diesen Umständen anzupassen und seine Maßregeln danach zu treffen haben. Deshalb scheint mir eine Erörterung dieser Dinge auch in weiteren Kreisen angebracht zu sein.[1])

1. Die wesentliche Aufgabe des Staates bei der Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten ist der Schutz der Gesamtheit durch Verhütung ihrer Verbreitung. Nach der Art, wie die Krankheitsübertragung geschieht, haben sich die zu ergreifenden Maßnahmen zu richten. Bisher haben sie sich vorzugsweise gegen diejenigen Krankheiten gerichtet, deren Erreger die ältere Medizin als Miasmen und als flüchtige (will sagen außerordentlich leicht verbreitbare) Kontagien bezeichnete: Pocken, Scharlach und Masern,

[1]) In der medizinischen Fachpresse habe ich den Gegenstand schon mehrfach besprochen, siehe „Ärztl. Vereinsblatt" 1893, Nr. 249, „Deutsche medizinische Wochenschrift" 1918, Nr. 39.

Digitized by Google

die durch Ungeziefer und Insekten übertragenen Krankheiten wie Fleckfieber, Pest, Malaria, Gelbfieber, die durch Darmabgänge verbreiteten Krankheiten, wie Typhus, Cholera, Ruhr. Die Verbreitungswege dieser Krankheiten sind außerordentlich mannigfach, zum Teil unkontrollierbar, ihre Erreger teilweise sehr haltbar. Staatliche Maßnahmen, Regelung des Verkehrs, der Wohnungs- und Straßenhygiene, Desinfektion sind hier die Hauptmittel; für einige treten staatlich angeordnete Massenimpfungen hinzu. Die Mitarbeit des einzelnen besteht im wesentlichen in der Befolgung der allgemeinen Anordnungen, sie wird durch Strafandrohung erzwungen.

Anders stehen die Krankheiten mit den „fixen Kontagien", deren Ansteckungsstoff in den krankhaften Absonderungen enthalten ist und durch diese auf Haut und Schleimhäute anderer Menschen übertragen wird. Dahin gehört Tuberkulose und die ihr nahestehende Lepra, die Eiterkrankheiten der Haut (Furunkulose und Bartflechte), Syphilis und Tripper. Diese Krankheiten sind zudem meist von viel längerer Dauer und viel geringerer Tendenz zur Spontanheilung als die, meist akuten, Seuchen der ersten Gruppe.

Außer anderen Besonderheiten besitzt der Erreger der Tuberkulose erhebliche Dauerhaftigkeit außerhalb des Körpers und kann deshalb auch indirekt durch Gegenstände weiter übertragen werden. Dadurch und weil die Eingangspforten des Erregers die Schleimhäute sowohl der Atmungs- wie der Verdauungsorgane sind, wird die Tuberkulose zur weitverbreitetsten Infektionskrankheit; alle diese Umstände zusammen haben es unmöglich gemacht, der Tuberkulose gegenüber so durchgreifende Schutz- und Verhütungsmaßregeln zu ergreifen, wie gegen die Krankheiten der ersten Gruppe.

Eine Sonderstellung nehmen Syphilis und Tripper ein. Beider Krankheitserreger sind außerhalb des Körpers wenig haltbar; ihre Übertragung geschieht fast ausschließlich durch körperliche Berührung von Mensch zu Mensch. Anatomische Besonderheiten in der Lokalisation der Krankheitsherde bedingen es, daß (in 95 Prozent aller Fälle) gerade die Berührung beim Geschlechtsverkehr zur Ansteckung führt. Bei keiner anderen Krankheit geschieht die Übertragung so ausschließlich durch direkte Einimpfung und ist so eng mit einem, wenn auch triebartig beeinflußten, Willensakt des Menschen verbunden wie bei Syphilis und Tripper; bei keiner anderen Krankheit liegt die Verhütung so wesentlich in der Hand des einzelnen Menschen sowohl was ihre Erwerbung wie ihre Weiterverbreitung betrifft. An diesem Punkte greift nun das dem Reichstag im Februar v. J. zur Beratung vorgelegte Gesetz ein, indem es jeden mit Strafe bedroht, der den Beischlaf ausübt, obwohl er von dem Bestehen einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Geschlechtskrankheit Kenntnis hat.[1]) Hier wie bei den Seuchen stellt der Staat sich also auf den Standpunkt der Prophylaxe, er will die Ausbreitung der Krank-

[1]) Durch Verordnung der Reichsregierung vom 11. Dezember 1918 ist dieser Vorschrift sogar schon vorläufige gesetzliche Geltung zugesprochen worden.

Digitized by Google

heiten verhüten, indem er die Bedingungen und Gelegenheiten dazu einzuschränken sucht.

In einem Punkt allerdings macht er einen Unterschied gegenüber den Seuchen: Die Verfolgung soll nur auf Antrag eintreten — wahrscheinlich um haltlose Denunziationen nicht ins Unendliche anschwellen zu lassen. Folge dieser Bestimmung wird aber wahrscheinlich sein, daß Anträge sehr selten und allerhöchstens dann gestellt werden, wenn eine Ansteckung stattgefunden hat, denn ohne solche wird, abgesehen von dem Prostitutionsanhang, die mit dem Antrag verbundene Selbstbloßstellung noch viel mehr antraghemmend wirken als mit derselben. Für die Straffälligkeit macht der Gesetzentwurf keinen Unterschied, ob durch den Beischlaf eine Ansteckung zustande gekommen ist oder nicht, weil es eben eine allgemeine Vorbeugungsmaßregel sein soll.

2. Eine zweite Aufgabe des Staates ist der Schutz des einzelnen Individuums vor der Ansteckung. Wie gegen irgendeine andere Körperverletzung (durch mechanische und andere Einflüsse), kann dieser Schutz immer nur bestehen in Strafandrohung gegenüber dem Täter.

Die betreffenden Paragraphen des Strafgesetzbuches lauten:

> § 223. Wer vorsätzlich einen anderen körperlich mißhandelt oder an der Gesundheit beschädigt, wird wegen Körperverletzung mit Gefängnis bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft.
>
> Ist die Handlung gegen Verwandte aufsteigender Linie begangen, so ist auf Gefängnis nicht unter 1 Monat zu erkennen ...
>
> § 230. Wer durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung eines anderen verursacht, wird mit Geldstrafe bis zu 900 Mark oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft ...
>
> § 231. In allen Fällen der Körperverletzung kann auf Verlangen des Verletzten neben der Strafe auf eine an denselben zu erlegenden Buße bis zum Betrage von 6000 Mark erkannt werden ...
>
> § 232. Die Verfolgung leichter vorsätzlicher, sowie aller durch Fahrlässigkeit verursachter Körperverletzungen (§ 223 und 230) tritt nur auf Antrag ein, insofern nicht die Körperverletzung mit Übertretung einer Amts-, Berufs- oder Gewerbspflicht begangen worden ist. Ist das Vergehen gegen einen Angehörigen verübt, so ist die Zurücknahme des Antrages zulässig ...

Diese Bestimmungen leiden an zwei Mängeln. Einmal ist bei den Strafvorschriften über Körperverletzungen im § 232 unter „Gesundheitsschädigung" zwar auch die Ansteckung durch Krankheiten mitgemeint, es fehlt ihnen aber die rechte abschreckende und vorbeugende Kraft, weil sie das der Allgemeinheit gegenüber nicht deutlich genug zum Ausdruck bringen. In § 223 müßte deshalb eingeschaltet werden: Als Körperverletzung ist auch die Übertragung einer ansteckenden Krankheit anzusehen.

Digitized by Google

Der zweite wesentlichste Mangel ist aber der, daß nach § 223 die vorsätzliche Körpermißhandlung oder Gesundheitsbeschädigung wegen Körperverletzung mit Gefängnis bestraft wird, während nach § 232 die Verfolgung leichter vorsätzlicher, sowie aller durch Fahrlässigkeit verübter Körperverletzungen nur auf Antrag eintritt, sofern nicht ...

Da die Übertragung ansteckender Krankheiten nun außerordentlich selten vorsätzlich, desto häufiger aber durch Fahrlässigkeit geschieht, kann deren Bestrafung bis jetzt auch nur auf Antrag erfolgen. Der Sinn dieser unterschiedlichen Behandlung fahrlässiger Körperverletzungen ist anscheinend der, daß der Gesetzgeber sie einmal als durchschnittlich leichter vermutet, daß er bei ihnen aber auch die Nebenumstände und das persönliche Verhältnis des Verletzten zum Täter mitberücksichtigen wollte. Für mechanische Körperverletzungen mag das als berechtigt zugegeben werden, für die Übertragung ansteckender Krankheiten ist es sicher falsch, denn die Bedeutung solcher Übertragung kann der Laie noch viel weniger beurteilen als die einer mechanischen Verletzung; er wird sie meist unterschätzen. Vor allem aber ist die ansteckende Krankheit nicht für den Betroffenen allein von Bedeutung, da sie sich von ihm weiterverbreiten und so die Allgemeinheit schädigen kann. Es darf daher nicht dem Urteil oder dem Belieben des Betroffenen überlassen bleiben, ob diese Form der Gesundheitsschädigung verfolgt werden soll oder nicht. Denn während in Wirklichkeit die Krankheitsübertragung durchschnittlich viel gefährlicher ist als die meisten Körperverletzungen, wird sie in den Augen des Laien als etwas weit Geringfügigeres, ja Gleichgültiges angesehen, und jedem Arzt werden Beispiele dafür bekannt sein, daß die moralische Bedeutung einer durch sie veranlaßten Krankheitsansteckung auch bei sonst rechtlich denkenden Menschen nicht zum Bewußtsein kommt, bei Menschen, denen eine mechanische Körperverletzung zu begehen nicht in den Sinn kommen würde.

Erklärlich wird die Nichtberücksichtigung dieses Umstandes daraus, daß der Gesetzgeber vor fünfzig Jahren die Bedeutung dieser Sache nicht so wie heute zu übersehen imstande war. Eben deshalb ist eine Ergänzung erforderlich, etwa durch folgenden Zusatz zu § 232:

> Ohne Antrag des Geschädigten wird auch die fahrlässige Übertragung einer ansteckenden Krankheit verfolgt, wenn der Täter von dem Vorhandensein der Krankheit oder der Gefahr der Übertragung Kenntnis hatte.

3. Ich begründe diesen Vorschlag noch im einzelnen. Bei den akuten ansteckenden Krankheiten, auf die im Volksmunde das Wort Seuchen vorzugsweise angewendet wird, ist der Anlaß zu gelegentlicher Übertragung besonders häufig gegeben. Wenn Tausende der durch den Verkehr gebotenen Gelegenheiten auch unvermeidbar sind, so spielen Gleichgültigkeit und Fahrlässigkeit doch auch eine große Rolle dabei. Ich führe Beispiele an:

Digitized by Google

Pocken, Scharlach und Masern werden durch Besuche, Benutzung von Fuhrwerk und Eisenbahn, durch Kleider und Betten verbreitet.

Beispiele, wo Scharlach und Pocken durch jahrelang verwahrte und wieder ans Licht gezogene Kleider und Gebrauchsgegenstände übertragen wurden, sind in der medizinischen Literatur genügend bekannt.

Nicht nur Cholera, sondern auch Unterleibstyphus und Ruhr werden durch Verunreinigung von Wasserläufen und Brunnen, von Speisen und durch Wäsche übertragen.

Durch einen Kranken, der an Diphtherie, Keuchhusten, Wundrose leidet, können in Schulen, Pensionen, Krankenabteilungen, auch auf Spielplätzen schwere Endemien hervorgerufen werden.

Durch mangelhafte Reinigung der Betten werden Krätze, Läuse und anderes Ungeziefer übertragen, durch Handtücher Trachom und die ansteckende Bartflechte. Läuse können das Fleckfieber, Flöhe die Pest übertragen. Von Leuten mit offener Tuberkulose wird die Krankheit oft auf Hausgenossen, von Pflegerinnen auf Kinder übertragen. Durch die Milch erkrankter Rinder wird Tuberkulose, wird Maul- und Klauenseuche übertragen.

Besonders zu erwähnen sind noch die Bazillenträger von Typhus und Ruhr, welche monate-, sogar jahrelang durch ihre Ausleerungen diese Krankheiten verbreiten können. Zur Zeit sind sie nur durch polizeiliche Maßnahmen kontrollierbar, bei Änderung des § 232 würde man sie sehr viel fester in der Hand haben. Für die Diphtheriebazillenträger würde dies schon weniger zutreffen, weil der Nachweis der fahrlässigen Übertragung schwieriger zu führen sein würde.

Zur Zeit haben die durch den Krieg in unheimlicher Weise vermehrten ansteckenden Geschlechtskrankheiten zwar schon die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen, von dem mörderischen Charakter der Syphilis aber hat das große Publikum keinerlei Ahnung. Es betrachtet sie nur als eine etwas lästigere Form von Hautkrankheit und weiß nicht, wie schwere Allgemeinstörungen die Syphilis von vornherein setzt, und wie ungeahnt vielen Organerkrankungen noch nach Jahrzehnten sie zugrunde liegt, in wie hohem Grade sie Fruchtbarkeit und Nachkommenschaft schädigt.

Eine kaum weniger große Bedeutung für die Volksgesundheit hat der Tripper; er schädigt häufig die Fortpflanzungsfähigkeit, beim Mann wie bei der Frau, und führt namentlich bei dieser durch mannigfache innere Genitalerkrankungen häufig zu dauerndem Siechtum. Auch davon weiß das Publikum wenig oder verschließt aus gesellschaftlicher Konnivenz die Augen davor.

Der Grund für die Unterschätzung gerade der frischen ansteckenden Formen der Geschlechtskrankheiten ist die Geringfügigkeit der durch sie veranlaßten Beschwerden, beim ungebildeten Volk der Mangel an Reinlichkeitssinn. Die schweren Folgekrankheiten treten meist erst nach Jahren auf, und wenn auch

Digitized by Google

dem Befallenen vielleicht ihre Natur bekannt wird, kann doch gerade diese aus Scham zum Hindernis für die Belehrung anderer werden. Die tägliche Erfahrung zeigt, wie tausendfach im freien wie im ehelichen Geschlechtsverkehr diese Krankheiten übertragen werden, teils weil der Träger von ihrem Bestehen oder ihrer augenblicklichen Übertragbarkeit nichts weiß, teils, und das dürfte die Mehrzahl sein, im vollen Bewußtsein ihres Bestehens, aus Leichtsinn, aus Frivolität, bei den Prostituierten aus Erwerbssinn. Wenn man etwa zur Entschuldigung anführt, daß die Krankheitsträger sich der Bedeutung des damit begangenen Verbrechens meist nicht bewußt seien, so ist es eben notwendig, ihnen durch den von mir geforderten Zusatz zu § 232 diese Sache eindringlich klarzumachen.

Den von dem jetzt gültigen Gesetz geforderten Strafantrag selbst zu stellen, scheut sich der Geschädigte gewöhnlich aus Scham, aus Furcht vor dem Bekanntwerden der eigenen Erkrankung, mit Rücksicht auf Familie, berufliche und gesellschaftliche Stellung, und weil er die Schwere und Bedeutung der Krankheit nicht zu übersehen vermag.

Sehr wichtig sind die extrasexuellen Übertragungen der Syphilis, welche durch den Gesetzentwurf vom Februar v. J. gar nicht erfaßt werden. Sie betragen nach verschiedenen Statistiken 2—9 Prozent, im Mittel 5 Prozent aller Fälle und sind in ihren Folgen für die Allgemeinheit mindestens ebenso gefährlich wie die übrigen. Sie geschehen am häufigsten durch Küsse und durch gemeinschaftlichen Gebrauch von Eß-, Trink- und anderen Geräten. Gewöhnlich handelt es sich hier um Fahrlässigkeit oder Gleichgültigkeit der Kranken, die trotz Kenntnis ihres Leidens die nötige Vorsicht außer acht lassen.

4. Bei absichtlicher Körperverletzung (Schlägereien u. dgl.) kann schon jetzt der Staatsanwalt von sich aus ohne Antrag die Anklage erheben; zur Kenntnis der Tatsachen kommt er durch die Polizei. Diese wird manchmal durch die äußeren Umstände auf die Geschehnisse aufmerksam, manchmal wird sie durch unbeteiligte Nachbarn herbeigerufen, oft genug geschieht das freilich bekanntermaßen auch sehr spät oder zu spät.

Bei Übertragung einer ansteckenden Krankheit würde der Staatsanwalt die Anklage nur dann erheben können, wenn der von mir geforderte Zusatz gemacht wäre, — und wenn er Kenntnis von dem Tatbestand bekäme. Letzteres würde zunächst allerdings manche Schwierigkeiten haben und erst allmählich häufiger möglich sein, in dem Maße, wie den Behörden und dem Publikum die Gesetzesänderung bekanntgeworden ist und sie von ihrer Bedeutung für die Allgemeinheit durchdrungen wurden. Am leichtesten wird der Staatsanwalt Kenntnis erhalten bei denjenigen Krankheiten, welche der Anzeigepflicht unterliegen, weil durch diese die Aufmerksamkeit der Laien schon erweckt ist; besonders wenn es sich um akut ausbrechende Epidemien handelt (z. B. Pocken, Scharlach, Cholera, Typhus). Für solche Fälle ist die strafrechtliche Verfolgung besonders wichtig und hat auch am meisten Aussicht auf erfolgreiche Durchführung. Am

Digitized by Google

schwierigsten wird es sein, die Tatsache der Übertragung dem Staatsanwalt zur Kenntnis zu bringen bei den Geschlechtskrankheiten, wo doch im allgemeinen die persönliche Verschuldung des Übertreters am größten ist.

Auf die verschiedenen dafür in Betracht kommenden möglichen Maßnahmen einzugehen ist hier nicht der Ort, sie hängen zum Teil mit den zu erlassenden Bestimmungen über die Behandlung dieser Kranken zusammen. Auch mit der Schweigepflicht und dem Schweigerecht der Ärzte hat diese Angelegenheit enge Beziehungen, und es wäre mindestens zu erwägen, ob nicht im Interesse des Gemeinwohls gewisse Einschränkungen der Schweigepflicht am Platze wären, eben wegen Kollision der Pflichten.

Ein weiteres Hilfsmittel wäre vielleicht eine den Ärzten gesetzlich aufzuerlegende Verpflichtung, jeden von ihnen behandelten Kranken über eine von ihm ausgehende Ansteckungsgefahr zu belehren; auch über die Form dieser Belehrung (am besten schriftlich) würden dann wohl Vorschriften zu erlassen sein.

5. Vorstehende Ausführungen zeigen wohl, daß fahrlässige Übertragungen ansteckender Krankheiten gar nicht selten stattfinden, daß es aber höchst selten zur strafrechtlichen Verfolgung derselben kommt, weil der Erstgeschädigte keinen Antrag stellt. Bei den von mir geforderten Abänderungen des § 232 würde der Staatsanwalt die Verfolgung des Vergehens ins Auge zu fassen haben, sobald er Kenntnis davon erhält. Von juristischer Seite wird nun befürchtet, daß es, namentlich auf dem Gebiete der Geschlechtskrankheiten, zu einer großen Zahl leichtfertiger oder böswilliger Anzeigen kommen könnte und daß im Einzelfall der Nachweis sehr schwer zu führen sein würde. Selbst wenn dem so sein sollte, so kann ich darin keinen Grund sehen, vor dem Unheil die Augen zu verschließen und dem Verhängnis der Seuchen seinen ungehinderten Lauf zu lassen. Denn auch bei Diebstahl, Betrug und manchen anderen Vergehen kann oft genug, auch in Fällen, wo die Gerichtsbehörden von der Schuld des Angeklagten fest überzeugt sind, doch wegen Mangels zwingender Beweise ein Strafverfahren nicht eingeleitet oder nicht durchgeführt werden. Ich verhehle mir nicht, daß es gerade auf diesem Gebiete nur in sehr vereinzelten Fällen möglich sein wird, alle Tatsachen gerichtlich so festzustellen, daß der Schuldige bestraft werden kann, aber durch das Beispiel auch nur einzelner Fälle wird allmählich das Publikum belehrt werden, und die gesetzliche Fixierung der Strafbarkeit wird mit der Zeit dazu führen, daß die fahrlässige Übertragung ansteckender Krankheiten dem Publikum auch als so unrecht und verwerflich erscheint, wie sie es tatsächlich ist.

In der Anregung und Erziehung des öffentlichen Bewußtseins, in der moralischen Wirkung der gesetzlichen Fixierung suche ich den hauptsächlichen Nutzen der von mir gewünschten Gesetzesänderung, wonach die fahrlässige Übertragung einer ansteckenden Krankheit, auch ohne Antrag des Geschädigten, strafbar sein soll.

Digitized by Google

Während diese moralische Heranbildung der großen Masse sich nur langsam vollziehen kann, wird für gewisse Verhältnisse und für einzelne Kreise die Strafbarkeit fahrlässiger Krankheitsübertragung alsbald direkten Nutzen schaffen, z. B. solchen Personen gegenüber, welche ihren äußeren Verhältnissen nach nicht in der Lage sind, ansteckende Krankheiten, an denen sie leiden, privatim zweckmäßig behandeln zu lassen, welche aber doch, auf ihre persönliche Freiheit pochend, jetzt einer geordneten Behandlung in Poliklinik oder Krankenhaus sich zeitweilig oder ganz zu entziehen die Möglichkeit haben.

Eine wesentliche Unterstützung würde die veränderte Fassung ferner gegenüber den Gefahren der Prostitution gewähren, da jede geschlechtskranke Prostituierte bei Fortsetzung ihres Gewerbes Gefahr liefe, außer mit dem in Aussicht stehenden Gesetzentwurf vom Februar v. J., auch mit dem modifizierten § 232 des Strafgesetzbuches in Konflikt zu geraten. Der dadurch gegebene Impuls, sich rechtzeitig ärztlicher Behandlung zu unterziehen, würde voraussichtlich schon erheblich zur Verminderung der Syphilis beitragen.

Während der Staat bisher nur allgemein vorbeugende Maßregeln ergriff, welche die Möglichkeit der Übertragung berücksichtigen, soll er jetzt mit Tatsachen rechnen, mit der geschehenen Übertragung; diese soll gestraft werden — nicht nur wegen der erfolgten Schädigung des einzelnen, sondern weil dieser einzelne zu weiterer Schädigung der Allgemeinheit führen kann; es ist also nur die konsequente Weiterverfolgung des bisher schon befolgten Grundsatzes.

*

Durch die erhöhte Ausbreitung und Bedeutung, welche die ansteckenden Krankheiten durch die Weltereignisse genommen haben, hat das allgemeine Interesse sich auch in Regierung und Parlament ihnen mehr zugewendet und in Gesetzesvorlagen Ausdruck gefunden. Wenn auch durch die politischen Umwälzungen diese Dinge augenblicklich etwas in den Hintergrund gedrängt sind, über kurz oder lang wird die Gesetzgebung sich doch wieder eingehend mit ihnen zu beschäftigen haben. Darauf weitere Kreise vorzubereiten und auf die Wichtigkeit dieser Fragen hinzuweisen, war der Zweck dieser Zeilen.

Digitized by Google

Karl Maria v. Webers Beziehungen zu Ludwig v. Beethoven und Franz Schubert

Von

Dr. Konrad Huschke

Im Sommer 1803 kam Karl Maria v. Weber zum ersten Male nach Wien, ein erst sechzehnjähriger Jüngling, aber schon weit gereist im Heiligen Römischen Reiche Deutscher Nation. War doch sein Vater eine jener Abenteurernaturen, die die Unruhe von Ideal zu Ideal, von Beruf zu Beruf, von Ort zu Ort treibt. Einst in den verschiedensten Orten Deutschlands Offizier, Beamter, Theaterdirektor, Musikdirektor und schließlich einfacher Stadtmusikus in dem kleinen Eutin, zog er bereits ein Vierteljahr nach der Geburt desjenigen Sohnes, der sein sehnsüchtiges Streben, Vater eines musikalischen Genies zu werden, erfüllen sollte, mit seiner Familie als Leiter einer Wanderbühne aus den nordischen Buchenwäldern der holsteinischen Schweiz fort nach Deutschlands Süden und dann wieder nordwärts und südwärts in ruheloſem Wechsel. So hatte der junge Weber, ehe er nach Wien kam, mit seinen Eltern bereits Nürnberg, Erlangen, Salzburg, München, Hildburghausen, Freiberg in Sachsen, Leipzig, Hamburg und so manche andere Stätten deutschen Lebens und deutscher Größe gesehen, und mit regen Sinnen hatte er aus ihnen die mannigfachsten Anregungen in sich aufgenommen, früh gereift und im lockenden, aber gefährlichen Theaterleben vor der Zeit geschult. Ein Hildburghäuser Künstler hatte die in ihm schlummernde musikalische Begabung geweckt, der alte grobe Michael Haydn ihn in Salzburg mit trockenen, aber heilsamen kontrapunktischen Studien gequält, ein talentvoller Münchener Organist ihm die Herrschaft und Gewandtheit im Gebrauche der Kunstmittel, vor allem in bezug auf den reinen, vierstimmigen Satz, beigebracht. Die ersten Lieder, Variationen, Fugen, Trios, Sonaten, Opern waren entstanden. Als sattelfester und feinsinniger Klavierspieler hatte der junge Komponist Triumphe gefeiert. Und wie oft hatte er zum Entzücken vor allem der Frauen in gemütvollem Empfinden und schalkhafter Fröhlichkeit zur Gitarre seine graziösen, melodiereichen Lieder gesungen. Dazwischen fanden lithographische Studien nach Senefelders neuem System statt. Es war ein Durcheinander der verschiedensten Eindrücke, das die starken geistigen und seelischen Kräfte des Knaben zu verwirren drohte.

Da brachte Wien, die Zentrale des damaligen deutschen Musiklebens und die Blütestätte der musikalischen Klassizität, die Rettung, eine Rettung allerdings, die, wie wir sehen werden, in einer Beziehung jahrelang bedauerliche Folgen zeitigte. Der greise Altmeister Joseph Haydn sollte der Lehrer des Knaben werden, doch er lehnte ab, der zweite, noch mächtigere Tongewaltige Wiens aber, Beethoven, vor wenigen Jahren noch mitten im

Digitized by Google

Strudel des musikalischen Lebens, ein Löwe an Kraft und Stolz, als unvergleichlicher, von tiefster Innerlichkeit beseelter Dichter am Klavier siegreich in den Wettkämpfen mit den größten Wiener Klaviervirtuosen, hatte sich schmerzvoll still in sich zurückgezogen, seit der furchtbare Feind, der seine dem heiteren Lebensgenuß zuneigende Natur in die Banden des Trübsinns schlagen sollte, das mit unheimlicher Geschwindigkeit herannahende Gespenst der Taubheit, immer drohender an die Pforte seines Lebensschicksals pochte. Im Oktober 1802 hatte er, dem Selbstmord nahe, das erschütternde Heiligenstädter Testament geschrieben, 1803 sich zwar in heldenhafter Selbstüberwindung zur Eroica aufgerafft, aber allen, die ihm nicht nahestanden, ging er scheu aus dem Wege und suchte lieber draußen in der herrlichen Umgebung Wiens einsame Zwiesprache mit der Natur.

So wurde ein Dritter berufen, die Lücken, die der ungeregelte Bildungsgang des jungen Weber verschuldet hatte, auszufüllen, nämlich der als Klavierspieler, Orgelspieler und Lehrer weit bekannte theoriegewaltige Abt Vogler, Komponist zahlreicher, jetzt mit Recht längst vergessener Opern, Messen und Instrumentalkompositionen, damals 54 Jahre alt, ein Meister, der, wie Weber selbst später geschrieben hat, durch eine talentvolle Mischung von wirklichem Wissen und Können, Lehrbegabung, glänzender Diktion, priesterlicher Würde, künstlerischem Glanz, aristokratischen Lebensformen und gehaltenem Denkerwesen einen Nimbus um sich verbreitete, der den Eindruck seiner wirklichen Verdienste ungemein steigerte und besonders nicht verfehlte, auf die junge Künstlerwelt einen mächtigen Einfluß auszuüben. Als Lehrer hat er unzweifelhaft sehr viel für Weber getan. Der junge, nach Ruhm strebende Schwarmgeist gab auf seinen Rat, nicht ohne schwere Entsagung, das Ausarbeiten größerer eigener Pläne auf und widmete sich einem emsigen Studium der verschiedenartigsten Werke großer Meister, deren Bau, Ideenführung und Mittelbenutzung gemeinschaftlich zergliedert wurden, ein einförmiges, für einen Jüngling von Webers Temperament oft verzweifelt langweiliges, aber doch zur Bildung einer gediegenen Grundlage für sein späteres künstlerisches Schaffen sehr heilsames Arbeiten. „Ich habe das Glück gehabt," schreibt er nicht lange nach Beginn seiner Studien bei Vogler an einen Jugendbekannten, „den Abt Vogler kennenzulernen, der nun mein bester Freund ist und bei dem ich sein vortreffliches System studiere. Ich bin täglich vier bis fünf Stunden bei ihm, und denke Dir die Freude, die er mir vor einigen Tagen machte! Ich war abends bei ihm — nota bene Du mußt wissen, daß er für das Wiener Theater eine Oper (Samori) schreibt, von der noch keine Seele etwas gesehen, geschweige gehört hat, denn er komponiert bloß bei der Nacht —, auf einmal läuft er ins dritte Zimmer hinaus, verschließt die Türe, macht die Fensterläden zu und tut so geschäftig, daß ich gar nicht weiß, was das alles bedeutet. Endlich bringt er einen Pack Noten, setzt sich ans Klavier und spielt mir, nachdem ich ihm heiliges Stillschweigen angelobt hatte, die Ouvertüre und einige andere Stücke vor. Es ist ganz göttliche

Digitized by Google

Musik. Und dann, was meinst Du, gibt er mir sogar seine eigenhändige Partitur der Oper mit, um so nach und nach die Oper in Klavierauszug zu setzen. Nun sitze ich darüber und studiere und freue mich, daß ich oft des Teufels werden möchte — vor Freude." Hier sehen wir schon den bedenklichen Vogler, den Scharlatan und Theatraliker, der den unbedachten Jüngling nun bald vollständig bezauberte. Mittelmäßige Geister wie Salieri, Eybler, Gyrowetz, Schuppanzigh, Hauschka lernte er durch ihn kennen, „lauter große Leute!" Außer von ihnen spricht er in seinen Briefen aus jener Zeit noch von Größen wie Eberl, Mayseder, Clementi, auch von Haydn, von dem es heißt, er trüge das wahre Gepräge des großen Mannes, das sei aber bei Vogler ebenso der Fall, nur mit dem Unterschiede, daß dessen Literaturwitz viel schärfer sei als der natürliche Haydns. Von Beethoven dagegen ist mit keinem Worte die Rede! Der eitle Lehrmeister hüllte den Gewaltigen, dessen Größe er fremd gegenüberstand und den er beneidete, in undurchsichtigen Nebel. Von Hummel schreibt Weber u. a., daß er der geschmackvollste Klavierspieler Wiens sei. Den weit überragenden Rivalen Hummels unter den Klavierspielern aber, Beethoven, den auch diejenigen anerkannten, die seine Kompositionen nicht verstanden, nennt er nicht. Gehört haben wird er von ihm, Beethoven war in Wien zu bekannt, als daß man dies nicht annehmen müßte, vielleicht hat er ihn sogar kennen gelernt. Aber Vogler wird den Größeren, wenn sich bei dem Schüler je ein Interesse für diesen regte, als Eigenbrötler und der wahren Kunst nicht gewachsenen Sonderling verdächtigt und es dahin gebracht haben, daß bei dem jungen Künstler derjenige, der ihm für seine Kunst weitaus das meiste zu sagen hatte, wieder in den Nebel der Nichtachtung und Nichtkenntnis versank, während Geister zweiten und dritten Ranges hochgepriesen und als große Künstler hingestellt wurden. Hier liegt das Verhängnisvolle der „Rettung" Webers. Den tief bedauerlichen Einfluß Voglers in bezug auf den großen Geist, der allein sein Mentor hätte werden sollen, hat er nie völlig überwunden. Sein Intimus, der Tiroler Offizier und spätere Kapellmeister Gänsbacher, der, ebenso von Vogler betört, meinte, dessen Umgang schon sei „hohe Schule", war dabei, als Beethoven im Juli 1805 bei Sonnleithner mit Vogler zusammentraf und beide phantasierten, und aus seinem Berichte kann man ersehen, wie befangen er zugunsten des als Klavierspieler, wenn auch vielleicht nicht an Technik, so doch an Größe und Tiefe weit hinter Beethoven zurückstehenden Vogler war. Schon Mozart, dessen Treffsicherheit im Urteil bekannt war, hatte sich über den „Unerreichten" ganz unzweideutig in folgender Weise ausgesprochen: „Vogler ist sozusagen nichts als ein Hexenmeister. Sobald er etwas majestätisch spielen will, verfällt er ins Trockene, und man ist ordentlich froh, daß ihm die Zeit gleich lang wird und es mithin nicht lange dauert. Allein was folgt hernach? — Ein unverständliches Gewäsch. Ich habe ihm von weitem zugehört. Hernach fing er eine Fuge an, wo sechs Noten auf einem Ton waren, und Presto! Da ging ich hinauf zu ihm. Ich

Digitized by Google

will ihm in der Tat lieber zusehen als zuhören." Gänsbacher aber „entbrannte" für Vogler „vor Erstaunen und Entzücken in einem Enthusiasmus, den bisher noch keine musikalische Produktion in ihm in einem so hohen Grade hätte rege machen können". Beethovens „ausgezeichnetes Klavierspiel, verbunden mit einer Fülle der schönsten Gedanken", überraschte ihn zwar auch ungemein, konnte aber sein Gefühl nicht bis zu jenem „Enthusiasmus" steigern, womit ihn Voglers „in harmonischer und kontrapunktischer Beziehung unerreichtes Spiel" begeisterte. Der Schein ging eben dem Schüler, der geblendet war, von der Person seines Meisters, die sich mit solch bezauberndem Raffinement ins rechte Licht zu setzen verstand, über die Sache, die hohle Geste über die wahre Größe. Auch Weber hätte wohl so geurteilt, wennschon sein feineres Musikempfinden ihn vielleicht doch beim Anhören von Beethovens tief innerlichem, gedankenreichem, leidenschaftlich dahinströmendem und machtvollem Spiel nachdenklich darüber gestimmt hätte, ob der Verfemte wirklich der war, als den ihn Vogler ihm dargestellt hatte. Insofern ist seine Abwesenheit bei dem Wettkampfe Beethovens mit Vogler zu bedauern.

Im Jahre 1813 kam er abermals nach Wien. Das Schicksal hatte ihn in ereignisreichen Wanderjahren zum Manne gemacht. Er war auf Voglers Empfehlung Kapellmeister am Breslauer Stadttheater geworden, dann Musikintendant des kunstliebenden Herzogs Eugen von Württemberg auf Schloß Carlsruhe in Oberschlesien gewesen, hatte weiter die Stelle eines Privatsekretärs bei dessen ausschweifendem und verschwenderischem Bruder Ludwig in Stuttgart angenommen, die ihn beinahe ins Verderben gebracht hätte, darauf nach den hierbei gesammelten trüben Erfahrungen durch das Unglück geläutert, zusammen mit Gänsbacher und Meyerbeer neue Studien bei Vogler getrieben, als vorzüglicher Klavierspieler und Improvisator ausgedehnte Konzertreisen unternommen und, vor allem in der kritischen Berliner Luft, sich mancherlei Klärung und Befreiung von Voreingenommenheiten in der Kunst errungen. Aber die Schlacken der einseitigen Ausbildung durch Vogler, mit dem er wieder „sehr, sehr selige" Abende verlebt hatte, lagen doch noch hoch auf seinem musikalischen Fühlen, und besonders Beethoven gegenüber war der Komödiant Vogler auch weiter derjenige geblieben, der mit seinen starren Formeln das Verständnis für dessen hohe Kunst von ihm fernhielt. Im Sommer 1809 hatte Weber für das Stuttgarter Morgenblatt das sogenannte „Fragment einer musikalischen Reise, die vielleicht erscheinen wird", geschrieben, ein wunderliches Elaborat, worin bei Erwähnung der Eroica von „neu und originell Scheinenwollen" gesprochen wird und es zu der eben erschienenen vierten Sinfonie Beethovens heißt: „Glaubt Ihr, daß in unseren aufgeklärten Zeiten, wo man über alle Verhältnisse wegvoltigiert, Euretwegen ein Komponist seinem göttlichen, riesenhaften Ideenschwunge entsagen wird? Gott bewahre! Es ist nicht mehr von Klarheit und Deutlichkeit, Haltung der Leidenschaft, wie die alten Künstler, Gluck, Händel und Mozart, wähnten, die Rede. Nein, hört das Rezept der neuesten Sinfonie,

Digitized by Google

das ich soeben von Wien erhalte, und urteilt danach: Erstens, ein langsames Tempo, voll kurzer, abgerissener Ideen, wo ja keine mit der anderen Zusammenhang haben darf! Alle Viertelstunden drei oder vier Noten! — das spannt! Dann ein dumpfer Paukenwirbel und mysteriöse Bratschensätze, alles mit der gehörigen Portion Generalpausen und Halte geschmückt; endlich, nachdem der Zuhörer vor lauter Spannung auf das Allegro Verzicht getan, ein wütendes Tempo, in welchem aber hauptsächlich dafür gesorgt sein muß, daß kein Hauptgedanke hervortritt, und dem Zuhörer desto mehr selbst zu suchen übrigbleibt; Übergänge von einem Tone in den andern dürfen nicht fehlen; man braucht sich aber deswegen nicht zu genieren, man braucht z. B. wie Paer in der Leonore nur einen Lauf durch die halben Töne zu machen und auf dem Tone, in den man gern will, stehenzubleiben, so ist die Modulation fertig. Überhaupt vermeide man alles Geregelte, die Regel fesselt nur das Genie." So geht es fort, und schließlich entblödet sich der junge Kritikus sogar nicht, diese vermeintliche Beethovensche Art, den Weg zu nennen, ein großer Komponist im neuesten Genre oder — ein Narr zu werden, und wir sehen mehr und mehr, wie Vogler, der Neidling, ihm als Mephisto höhnisch lächelnd über die Schulter blickt. Nicht viel besser war der Brief gewesen, den Weber am 26. März 1810 aus Mannheim an den Züricher Musikverleger und Schriftsteller Hans Georg Nägeli geschrieben hatte und in dem es u. a. ziemlich gereizt heißt: „Sie scheinen aus meinem Quartett der Caprice in mir einen Nachahmer Beethovens zu erblicken, und so schmeichelhaft dies auch manchem sein könnte, es ist mir gar nicht angenehm. Erstens habe ich alles, was den Stempel der Nachahmung trägt, vermieden, und zweitens bin ich zu sehr in meinen Ansichten von Beethoven verschieden, als daß ich je mit ihm zusammenzutreffen glauben könnte. Die feurige, ja beinah unglaubliche Erfindungsgabe, die ihn beseelt, ist von einer solchen Verwirrung in Anordnung seiner Ideen begleitet, daß nur seine früheren Kompositionen mich ansprechen, die letzten hingegen mir nur ein verworrenes Chaos, ein unverständliches Ringen nach Neuheit sind, aus denen einzelne Genieblitze hervorleuchten, die zeigen, wie groß er sein könnte, wenn er seine üppige Phantasie zügeln wollte. Da ich mich natürlich nicht des großen Genies Beethovens erfreuen kann, so glaube ich wenigstens in logischer und technischer Hinsicht meine Musik verteidigen zu können und mit jedem Stück einen bestimmten Eindruck zu erwirken. Denn nur das scheint mir der Zweck einer Kunstausführung zu sein, aus einem einzelnen Gedanken das Ganze zu spinnen, daß in der großen Mannigfaltigkeit immer die Einheit, durch das erste Prinzip oder Thema erzeugt, hervorleuchte." Man liest also zwar, wie oben von „göttlichem, riesenhaftem Ideenschwung", so hier von „feuriger, ja beinah unglaublicher Erfindungsgabe", „üppiger Phantasie" und „Genieblitzen", aber dann grinst uns wieder einfältig, trocken und nüchtern die musikalische Korrektheit und Langweiligkeit Voglers entgegen, dem der Schüler zum Geburtstag die begeisterten Worte schrieb:

Digitized by Google

„Vor dir verband sich so noch nie
Das Wissen mit dem Genius!“,

und dem er einen besonderen Aufsatz widmete, in dem er sagte, es sei ein anerkanntes Schicksal großer Männer, sich bei ihren Lebzeiten verkannt zu sehen; so gehe es auch Vogler, den ein Teil anstaune, weil er seine Größe nicht zu ergründen vermöge, während der andere schimpfe und schreie, weil er ihn nicht verstehen könne. Wer denkt da nicht an Beethoven, den wahrhaft Großen, den der „verkannte“ Vogler in seiner musikalischen Beschränktheit nicht erkennen konnte und darum anfeindete und verketzerte!

Ich sagte oben, Weber sei in den zehn harten Wanderjahren kritischer und sein Urteil sei treffender geworden. Man ersieht das z. B. aus seinen Äußerungen über die diesmaligen sogenannten ersten musikalischen Größen der Kaiserstadt. „Ich finde,“ schreibt er am 13. April 1813, „beinahe alles unter meiner Erwartung, die großen Lichter werden so klein, wenn man sie in der Nähe sieht. Moscheles, Hummel (vor zehn Jahren, wie wir sahen, hochgepriesen!), v. Krafft sind alles nur Sterne von braver, aber gewöhnlicher Größe.“ — Von Beethoven spricht er auch diesmal nicht, obwohl dieser damals wieder zugänglicher war und in den besten musikalischen Kreisen Wiens in herzlicher Verehrung gefeiert wurde. Allerdings war Beethoven als rauh, barsch und ungeschliffen verschrien und in der Tat ja auch zufolge seiner Schwerhörigkeit nicht leicht zu behandeln. Dies mag neben Voglers Einfluß den zur Eleganz neigenden, auf feine Umgangsformen haltenden Weber, der bei allen seinen schönen und edlen Eigenschaften eben wohl noch nicht Manns genug war, um die aus diesem Gegensatze sich für ihn ergebenden Bedenken zu überwinden, mitbestimmt haben, von einem Besuche bei Beethoven, an dem er doch als Musiker, bei allem Widerspruch gegen seine musikalische Richtung, unmöglich vorübergehen konnte, abzusehen und auch sonst keinen Versuch zu machen, den Meister näher kennenzulernen. Dazu mochte der strenggläubige Katholik, dessen ständiges „wie Gott will“ bisweilen beinahe komisch wirkte, ein gewisses Grauen vor dem trotz seiner starken Religiosität, die allerdings mehr in der Natur wie im Dogma wurzelte, nicht nur seinerzeit vom alten Haydn, sondern auch in jener Zeit noch vielfach als Atheist hingestellten Beethoven empfinden. Persönlich bekannt ist er allerdings damals mit ihm auf jeden Fall geworden, wenn es nicht schon 1803 geschehen war, denn er selbst hat später unter Hinweis auf seine vierte Anwesenheit in Wien vom Jahre 1823 zu dem jungen Rellstab nach dessen glaubhaftem Bericht sich dahin ausgesprochen, er wäre schon vor Jahren mit Beethoven gut bekannt gewesen. Seine dritte Anwesenheit in Wien fand aber erst 1821 statt, es kann also die „vor Jahren erfolgte gute Bekanntschaft“ sich nur auf 1803 oder 1813 beziehen. Daß sie irgendwelche nähere oder gar freundschaftliche Beziehung zu Beethoven darstellte, die eine wirklich bedeutungsvolle Aussprache ermöglicht hätte, muß, da weder Beethoven noch Weber selbst in dieser Zeit einer solchen Bekannt-

Digitized by Google

schaft irgendwie Erwähnung getan noch Dritte etwas darüber berichtet haben, als ausgeschlossen bezeichnet werden. 1821, als Weber nach Wien kam, um seinen „Freischütz" zu dirigieren, hielt er sich vollends von Beethoven fern. Und so kam es, daß er zu einem weit jüngeren, später weltberühmten, damals aber noch fast vollkommen unbekannten Wiener Musiker eher in nahe, ja freundschaftliche Beziehungen trat als zu dem weltberühmten Beethoven. Ich meine den, den man Beethovens Erstgeborenen genannt hat, den Beethoven des Liedes, Franz Schubert.

Schubert war über sechsundzwanzig Jahre jünger wie Beethoven, über zehn Jahre jünger wie Weber. Als Weber im Jahre 1803 zum erstenmal Wien besuchte, sonnte der kleine sechsjährige Franz sich im Wiener Vorort Lichtental am Himmelpfortgrunde in dem frohgemuten Hause zum „Roten Krebsen" noch in lachender, sorgenloser Jugend. Im Frühjahr 1813, bei Webers zweiter Anwesenheit in Wien, hatte er aber bereits viele Stunden bitterer Sorge hinter sich. Das Konvikt mit seiner pedantischen Engherzigkeit und klösterlich strengen Zucht hatte jahrelang auf ihm gelastet und hielt ihn noch in drückenden Banden. Im August 1813 entfloh er ihm trotz noch nicht vollendeter Gymnasialstudien und trat als Schulgehilfe bei seinem Vater ein, und nun begann die Zeit, wo er, der das Handwerksmäßige seiner Kunst sich durch unermüdlichen Fleiß fast ohne Leitung Dritter angeeignet hatte, wie ein Eroberer in die verschiedenen Gebiete der Musik vordrang, von Stufe zu Stufe aufwärts schritt und mit Riesenschritten der Meisterschaft zueilte. Aber bei seiner Schüchternheit, seinem weichen, passiven Naturell und seiner fast pathologischen Selbstgenügsamkeit, die sich, statt den Kampf mit den Verhältnissen aufzunehmen, ihnen nur zu sehr unterwarf, hätte er, nur den wundersamen Stimmen lauschend, die in seinem Innern erklangen, am liebsten ein Wunderwerk nach dem andern geschaffen allein für sich und seine Freunde, ohne der Welt davon überhaupt Kenntnis zu geben. Der Künstlertypus, den in der Malerei später vor allem Feuerbach und Böcklin verkörpert haben, der ohne Bestellung und Honorar selig werden kann, nur seiner Kunst lebend, scheu und ablehnend gegenüber der großen Welt, trat auf dem Gebiete der Musik zuerst bei ihm typisch in die Erscheinung. 1821 hatte er ein paar hundert Lieder, 6 Sinfonien, ungefähr geradesoviel Ouvertüren, 12 Klaviersonaten und noch mehr Streichquartette, 4 Messen und noch vieles andere geschrieben, darunter zahlreiche Werke allerersten Ranges, ohne für auch nur ein einziges seiner Werke einen Verleger zu haben. Und so stand er, als Weber in diesem Jahre nach Wien kam, in der musikalischen Öffentlichkeit noch fast völlig im Dunkel, und Weber hatte keine Ahnung, daß in dem jungen Kunstkollegen, der aus dem runden, von braunen Locken umrahmten Gesicht mit seinen schönen, lichtbraunen Augen durch die Schullehrerbrille so anspruchslos und bescheiden in die Welt blickte, eins der größten musikalischen Genies aller Zeiten steckte und bereits Wunder über Wunder vollbracht hatte. Schubert aber war schon seit Jahren ein Verehrer der

Digitized by Google

Weberschen Kunst. Mit Begeisterung hatte er vor allem mit gleichgestimmten Freunden Webersche Männerquartette gesungen, besonders die aus „Leyer und Schwert", aber auch sonst war er mit Webers Schaffen vertraut, und der „Freischütz" vor allem gefiel ihm unendlich. Am 13. Mai 1820 war dieses wundervoll deutsche Werk vollendet worden, das seinen Schöpfer, der inzwischen, nachdem er in Prag die Deutsche Oper begründet und mehrere Jahre geleitet hatte, 1817 Kapellmeister der Deutschen Oper in Dresden geworden war, auf den Zenit seines Ruhmes erheben sollte, und am 18. Juni desselben Jahres hatte es in Berlin einen glänzenden, bedeutungsvollen Sieg über die „Olympia" Spontinis, des sog. „Napoleon der Musik", gefeiert, trotzdem diese mit ungeheurem Prunk, bei dem sogar ein Elefant mitwirkte, in Szene gegangen war und Spontini offensichtlich vom Hofe begünstigt wurde. Der nationale Geist war gegenüber der verhaßten welschen Kunst zu mächtigem Durchbruch gekommen. Nun sollte die neue, sieghafte deutsche Oper unter Leitung ihres Schöpfers in Wien zur Aufführung gelangen. Schubert lernte Weber bald nach dessen Ankunft in Wien, wahrscheinlich im musikliebenden Sonnleithnerschen Hause, kennen. Und dieser, vom Glanze seines Glückes gern anderen mitteilend und seinem liebenswürdigen Naturell folgend, nahm sich mit Freundlichkeit und Interesse des ihm sympathischen jungen Musikers, der ihm so ungeschminkt und herzlich huldigte, an und machte ihm sogar große Hoffnungen auf eine Aufführung seiner Oper „Alfonso und Estrella" in Dresden. Fast täglich kamen die beiden Tondichter zusammen. Schuberts Gefühle für den Komponisten und Menschen Weber wurden von Stunde zu Stunde herzlicher, und diesen wieder erfreute in immer höherem Maße trotz des Ruhms, den er allgemein genoß, die offene, ungekünstelte Verehrung des schlichten deutschen Meisters, von dessen Schöpfungen ihm die wenigen, die er kennen lernte, ausnehmend gefielen. So entwickelte sich zwischen den beiden eine verheißungsvolle Freundschaft.

Durch Mitglieder der Dresdener Hofkapelle ist von dem damaligen Weber eine interessante Schilderung überliefert. Danach erschien er als nicht großer, schmalbrüstiger Mann mit etwas langen Armen und schmalem, blassem Gesicht, aus dem sehr lebhafte Augen unter starker Brille hervorblitzten. Den meist ernsten Mund umspielte, wenn er freundlich sprach, ein wahrhaft bezauberndes Lächeln, und bei Momenten, die ihn ergriffen, neigte er den Kopf leicht auf die Seite, was den starren Zügen etwas Weiches und Lauschendes lieh. Er war gewöhnlich in einen blauen Frack mit blanken Knöpfen, enganliegenden Beinkleidern und Suwarowstiefeln mit Quasten gekleidet. Ein stets tadellos sauberes weißes Halstuch mit gestickten Zipfeln, in denen zumeist eine schöne Brillantnadel steckte, umgab den Hals. Über alledem pflegte er einen löwengelben Mantel mit mehreren Kragen und einen runden, breiten Hut zu tragen. Nichts an ihm zeigte das Bestreben, den Künstler zu markieren. Es war leicht, ihn auf der Straße oder im Salon zu übersehen, einmal bemerkt aber fesselte er durch die Feinheit und geistige Eleganz seiner Erscheinung mit fast magnetischer Kraft.

Digitized by Google

Am 7. März 1821 kam der „Freischütz“ in Wien zur Aufführung. Wie in Berlin war der Beifall ganz außerordentlich groß. Es schien, als würde auch in Wien dieses echt deutsche Werk als eine Befreiung von welschem Druck empfunden, der hier vor allem seit dem Auftreten Rossinis auf dem musikalischen Leben lastete. „Wunder über Wunder,“ schrieb die „Leipziger Musikzeitung“. „In unserer mit Recht verrufenen Afterkunstperiode hat Webers „Freischütz“ einen eminenten Sieg davongetragen und einen Enthusiasmus hervorgebracht, der bei jeder Wiederholung gleich einer ins Tal rollenden Lawine sich vergrößert.“ „Man warf Kränze, streute Gedichte aus,“ schrieb Bauernfeld in seinem Tagebuch, und Costenoble meinte sarkastisch, die Wiener seien aus ihrer bisherigen Rossinischen Raserei in eine Webersche gefallen und hätten dem deutschen Landsmann so großen Beifall zugetobt, als ob er ein Ausländer wäre. Alles vereinigte sich zum Lobe „des denkenden, originellen, wahrhaft genialen Komponisten, der das deutsche Vaterland gerade in dem Moment des dringendsten Bedarfs mit dieser köstlichen Geistesgeburt beschenkt habe“. Von den eigentlichen Musikverständigen standen allerdings so manche skeptisch und über die seltsamen Sprünge der neuen Oper den Kopf schüttelnd abseits. Aber gerade Beethoven und Schubert waren vollkommen auf Webers Seite. Beethoven hatte bisher nicht viel von Webers Kompositionen gehalten. Unter anderem hatte er sich einmal dahin ausgesprochen, Weber habe zu spät angefangen zu lernen; die Kunst habe sich bei ihm nimmer recht natürlich entfalten können, und sein zu sichtliches, einziges Streben gehe dahin, für genial zu gelten. Als nun aber vom „Freischütz“ allerorts Wunderdinge erzählt worden waren, hatte er sich eines Tags die Partitur mit nach Hause genommen und sie eingehend studiert. Und der geniale Zug und das echt Deutsche dieser Musik packten ihn dermaßen, daß er, auf die Partitur schlagend, in Gegenwart einiger seiner Freunde ausrief: „Das sonst weiche Männel, ich hätt's ihm nimmermehr zugetraut! Nun muß der Weber Opern schreiben, gerade Opern, eine über die andere, und ohne viel daran zu knaupeln! Der Kaspar, das Untier, steht da wie ein Haus. Überall, wo der Teufel die Tatzen reinsteckt, da fühlt man sie auch.“ Und als ihn jemand auf das musikalisch Unerhörte im zweiten Finale aufmerksam machte, meinte er: „Ja, damit ist's freilich auch so; aber mir geht es dumm damit. Ich sehe, was Weber will, aber er hat auch verteufeltes Zeug hineingemacht! Wenn ich's lese — wie da bei der wilden Jagd —, so muß ich lachen — und es wird doch das rechte sein.“ Und tief erregt setzte er, auf sein Ohr deutend, hinzu: „So was muß man hören, nur hören, aber da — ich — —“ Jedenfalls hatte Weber bei ihm gewonnenes Spiel. Beethoven hatte ihn zu achten begonnen, und diese Achtung hielt fürs Leben an. Schuberts Liebe für den „Freischütz“ aber hätte sich nach der Aufführung noch gesteigert, wenn dies möglich gewesen wäre. Auch sie blieb die gleiche bis zu seinem Tode. Anders die Menge. Kaum war Weber nach Dresden zurückgekehrt, da erschien auch bereits wieder Rossini mit seiner Truppe in

Digitized by Google

Wien. Seine einschmeichelnden, sinnlichen Weisen erklangen, und vergessen war, was deutsche Kunst hieß. Ein Zeitgenosse hatte nicht lange vorher treffend den Geschmack der Menge geschildert: „In der Kunst ist man hier hochketzerisch; Mozart und Beethoven sind die alten Generalbassisten, die die Dummheit der vorigen Zeit hübsch fand; erst seit Rossini weiß man, was Melodie ist. „Fidelio" ist ein Quark, von dem man nicht begreifen kann, wie sich jemand die Mühe geben mag, sich damit zu langweilen." Das galt nun auch für den „Freischütz". Und die Aussichten für Schuberts deutsche Oper wurden unter diesen Umständen immer trauriger. In Wien war eine Aufführung unmöglich. Aber Weber hatte ihm aus Dresden einen „vielversprechenden" Brief geschrieben, und er, der an diese Oper, die trotz ihrer großen lyrischen Schönheiten seine volle Größe nicht erkennen und jeden dramatischen und theatralischen Schwung vermissen ließ, sein ganzes Herz gehängt hatte, hoffte nun mit Bestimmtheit auf eine Aufführung in Dresden. Am 28. Februar 1823 schrieb er an den dortigen Hofrat v. Mosel: „Dürfte ich Hochdieselben vielleicht an Ihr so gütiges Versprechen erinnern, das Werk mit einem wohlwollenden Schreiben an Weber zu begleiten, so wage ich es sogar, wenn Euer Hochwohlgeboren nicht ungehalten darüber sind, zu bitten, meine Oper mit einem ähnlichen Schreiben an Freiherrn v. Könneritz, der nach Webers Nachricht die Leitung des Dresdener Theaters führt, gütigst vermehren und mir übersenden zu wollen." Im Frühjahr desselben Jahres wurde das von Schuberts bekanntem Freunde Franz v. Schober verfaßte, leider recht unglücklich geratene Textbuch durch Wilhelmine Schröder Weber überbracht. Die Partitur ging zunächst an Anna Milder, eine Schülerin Vogls, des Meistersingers der Schubertschen Lieder, nach Berlin. (Schluß folgt)

Die überlebte Kriegswirtschaft

Die große Agitation des freien Handels gegen alle betriebswirtschaftlichen Maßnahmen und alle Beschränkungen der früheren freien Wirtschaft muß selbstverständlich mit Vorsicht und Kritik beobachtet werden; denn hier sprechen Interessenten, die lediglich ihren Vorteil zu wahren suchen. Wir glauben nicht, daß heute schon eine unbedingte Rückkehr zu dem alten laissez faire und laissez aller möglich ist. Um nur ein Beispiel zu geben, sei hier an die sogenannte Devisenordnung erinnert, also an die Verordnung, derzufolge der gesamte Geldverkehr nach dem Auslande und von dem Auslande einer scharfen Aufsicht untersteht. Würde man hier auch nur einen Teil der gewiß sehr lästigen Vorschriften fallen lassen, so wäre der Kapitalflucht nach dem Ausland Tür und Tor geöffnet. Darum kann kein gewissenhafter Staatsmann ihre völlige Aufhebung verantworten, so laut das auch von geschickt geleiteten Interessentenverbänden verlangt wird. Wohl aber müssen wir uns ernstlich fragen, ob denn alle die andern in die Tausenden gehenden Verordnungen heute alle noch einen Sinn haben. Namentlich durch drei Bestimmungen sind dem Verkehr die schärfsten Hindernisse in den Weg gelegt. Es sind die Höchstpreise, die Einfuhrbeschränkungen und die Beschlagnahme zahlloser Waren. Beginnen wir mit den Höchstpreisen, so finden wir, daß sie allenthalben übertreten werden. Das ist nicht nur im täglichen Leben der Fall, wo kaum eine Haushaltung ohne Mehl,

Digitized by Google

Zucker usw. aus irregulären Quellen auskommt, sondern genau dasselbe gilt auch im großen Geschäftsleben. Die Lederfabrik kauft Häute, der Konfessionär Kunstseide von den sogenannten Schiebern zu Preisen, jeglicher Betrieb Treibriemen, die weit über den offiziell festgelegten Höchstpreisen stehen. Man mag nun sagen, das sei unmoralisch und ungesetzlich. Aber wird der betreffende Unternehmer nicht geradezu dazu gezwungen? Im engsten Zusammenhang stehen damit die beschlagnahmten Waren. Unzählige notwendige Betriebsmittel dürfen nur durch die Vermittlung der Berliner Stellen ausgehändigt werden. Wenn also beispielsweise ein Hanauer Fabrikant seit Jahren einen Lieferanten für Benzol im benachbarten Offenbach hatte, so darf er nicht etwa diese Ware durch einen telephonischen Anruf dort bestellen, sondern er muß eine Reihe von Formularen ausfüllen, diese nach Berlin weitergeben, von wo sie nach Überwindung eines riesenhaften Beamtenapparates in Form eines Freigabescheines ihm wieder zurückgegeben werden. Erst dann kann er, aber auch wieder unter Benützung einer Zwischeninstanz in Frankfurt, nach Wochen zu seinem Benzol kommen. Da in der Zwischenzeit der Betrieb unter Umständen zum Stillstand gebracht werden müßte, so wird der betreffende Fabrikant sehr oft der Versuchung nicht widerstehen und sein Benzol, wenn auch zu wesentlich höheren Preisen, im Zwischenhandel kaufen. Nehmen wir ein anderes Beispiel: Der schon erwähnte Lederfabrikant muß seinen Betrieb aufrechterhalten, weil er sonst die größten Schwierigkeiten mit den Arbeitern erhält. Die ihm zu Höchstpreisen zustehende Menge reicht dazu nicht aus. Er hat große Aufträge daliegen, oder aber die Arbeiter zwingen ihn zur Beschäftigung, wie das beispielsweise im besetzten Gebiet unter der Assistenz der französischen Behörden der Fall ist. Er kauft also vom illegitimen Handel und macht dadurch die festgesetzten Höchstpreise illusorisch. Fast noch schlimmer ist es mit dem Einfuhrhandel. In Anbetracht unserer außerordentlich bedrohten Valuta ist es fast unmöglich, auch für wichtige Ware die Einfuhr zu erhalten, selbst wenn die betreffenden Waren verhältnismäßig billig angeboten werden. Der anständige Handel fügt sich derartigen Verboten. Der unkontrollierbare Handel aber weiß Mittel und Wege, die Dinge — natürlich zu wesentlich erhöhten Preisen — hereinzuschmuggeln. Auf diese Weise ist beispielsweise im Laufe der letzten Jahre ein vielfaches des von der Regierung erlaubten Quantums von Taschenuhren hereingekommen, natürlich zu Preisen, die um ein mehrfaches jene Preise überstiegen haben, welche man im ordnungsmäßigen Verkehr mit dem Ausland hätte bewilligen müssen. Ganz besonders graß ist es aber seit der Besetzung des linken Rheinufers durch unsere Feinde mit Textilwaren, an denen ein außerordentlicher Mangel besteht. Diese Gewebe könnten wir zu halbwegs erschwinglichen Preisen von Holland bekommen. Da die Regierung diese Ausfuhr aber verbietet, so wird kurzerhand die Ware über den Rhein geschmuggelt, auch wiederum zu erheblich höheren Preisen. Das dazu nötige Geld wissen sich die gerissenen Vermittler ebenfalls auf dem Wege der Schiebung zu verschaffen. Ein drittes Beispiel für diese Kategorie: eine deutsche Firma wäre in der Lage, zu unverhältnismäßig billigen Preisen Seife vom Süden her einzuführen. Da sie die Einfuhrerlaubnis nicht bekommt, importiert sie dieselbe Ware auf Umwegen über das besetzte Gebiet. Das Resultat ist, daß die Dinge doch nach Deutschland kommen, aber zu unvergleichlich teureren Preisen.

Wenn man nun noch in Betracht zieht, was für ein schwerfälliger Apparat hier in Gang gehalten werden muß, was an unnützen Formularen verschrieben wird, vor allem aber in welch unheilvoller Weise hier eine Prämie auf die Gesetzübertretung gewährt wird, wie allmählich auch der beste Kaufmann zu früher von ihm mit Entrüstung zurückgewiesenen Handlungen geradezu gezwungen wird, so kommt man zu dem Ergebnis, daß hier endlich einmal abgebaut werden muß, da die heutigen Verhältnisse ganz anders gelagert sind als damals, da man jene Bestimmungen traf. So wie es heute getrieben wird, kann es auch auf diesem Gebiet nicht mehr weitergehen. E. K.

Digitized by Google

Literarische Berichte

Deutschtum und höhere Schulen. Von Professor Dr. Paul Schumann. Dresden und Leipzig, C. A. Kochs Verlagsbuchhandlung (S. Ehlers). M. 3.—.

Hervorgegangen aus einer Reihe von Aufsätzen im „Dresdener Anzeiger", nimmt diese gründliche Schrift eindringlich Stellung gegen die allzu hohe Wertschätzung des altsprachlichen Unterrichts und verlangt, daß die deutsche Sprache und die deutsche Kultur in den Mittelpunkt des Unterrichts der höheren Schulen gestellt werde. Diese Forderung ist nicht neu, neu aber und anregend ist in vieler Beziehung ihre hier gebotene Begründung. Treffend ist u. a. der Vergleich, den Schumann zwischen dem alten Römertum und dem Engländertum der Gegenwart zieht, und die Auseinandersetzung mit einzelnen Fragen des grammatischen Unterrichts, über die sich der Verfasser in dem Anhang „Sinn und Unsinn im grammatischen Unterricht" ausläßt, vereinigt kritische Schärfe mit einer reichen Fülle interessantesten Materials. Z.

Die Entwicklung des Christentums zur Universalreligion von Karl Beth. Quelle & Meyer. Geh. M. 5.50.

Auf sein Buch „Der Entwicklungsgedanke und das Christentum" hat der bekannte Wiener Hochschullehrer ein zweites folgen lassen: „Die Entwicklung des Christentums zur Universalreligion." Das Christentum muß sich auch mit dem Hauptgedanken des vorigen Jahrhunderts, dem Entwicklungsgedanken, auseinandersetzen. Das bedeutet schwierige Gedankenarbeit. Man wird dem Verfasser dankbar sein, daß er in so gründlicher, großzügiger Weise an die Aufgabe herangegangen ist. Die Behandlung erfolgt nicht geschichtlich, sondern wird prinzipiell vorgenommen, indem grundsätzlich „die Frage nach der Möglichkeit, daß und wie sich das Christentum zur Universalreligion entwickeln möge, zu lösen versucht wird. Auch wer nicht Theologe ist, wird viel Anregung in den Ausführungen finden, und auch wer theologisch anders orientiert ist, wird dem Versuch die Anerkennung nicht versagen. Dr. W.

Kindheitserinnerungen und Heimatsbeziehungen bei Theodor Storm in Dichtung und Leben. Von Dr. Franz Kobes. X und 280 S. Berlin, Gebrüder Paetel (Dr. Georg Paetel) 1917. M. 7.—. (8.—).

Mit unermüdlichem Fleiß hat der Verfasser die Stadt Husum, ihre Häuser und Menschen, ihre Urkunden und Chroniken, auch ihre Umgebung durchforscht und alles, was Beziehungen zu Storm und seinen Werken hat, festgehalten. Der so zusammengebrachte Stoff ist außerordentlich groß und dient gut dazu, den Inhalt und besonders die Entstehungsgeschichte der Stormschen Novellen neu zu beleuchten, lebte Storm doch als Schaffender ganz in Kindheitserinnerungen und Heimatsbeziehungen. Schade ist, daß die reichen Schätze, die Kobes zutage fördert, recht unübersichtlich dargeboten werden, so daß eine eindringende und nachprüfende Benutzung ziemlich erschwert ist. Auf jeden Fall aber gibt er stimmungsvolle Anregung und manche aufschlußreiche Belehrung — nicht nur für die Fachwissenschaft, sondern auch für den sich immer erweiternden Kreis der Leser und Verehrer Stormscher Dichtung.

Heinrich Brömse.

R. Stammler, R. Sohm, K. Gareis u. a., „Systematische Rechtswissenschaft". („Die Kultur der Gegenwart", herausgegeben von Paul Hinneberg, Teil II, Abteilung VIII.) Zweite, verbesserte Auflage. Leipzig und Berlin, B. G. Teubner. M. 14.—, in Leinwand geb. M. 16.—, in Halbfranz geb. M. 18.—.

Ueber dieses monumental aufgebaute Werk aus der Feder unserer gefeiertsten Rechtslehrer ein sachliches Urteil abzugeben, bin ich nicht berufen. Nur durch die Kriegszeit, die so viele geistige Arbeiter von ihrem Schreibtisch hinweggerissen hat, ist seine Besprechung vertretungsweise mir zugefallen. Aber vielleicht mag es nicht uninteressant sein, gerade auch einmal auszusprechen, was ein Laie bei der Lektüre empfand. Als solcher kann ich dem Herausgeber und den Verfassern vor allem bestätigen, daß ich bewundernd erkannte, wie sehr überall die großen leitenden Gedanken in den Vordergrund gerückt sind, wie sehr man sich auf eine hohe Warte gestellt fühlt, wie glücklich damit das tiefste und zugleich leichteste Verständnis angebahnt ist: und das ist ja wohl das Zeichen echter, edelster Popularität. Das von Dr. Richard Böhme sorgfältig zusammengestellte Register lenkt das Interesse auch des Laien auf die und jene Stelle des Werkes, man schlägt sie nach — um, gefesselt, noch seitenlang im Zusammenhang weiterzulesen. Mit besonderer Vertiefung studiert man gerade jetzt unwillkürlich die Abschnitte, die sich auf die internationalen Verhältnisse be-

Digitized by Google

ziehen, aber sehr dankbar habe ich es empfunden, daß auch auf unsere deutschen nationalen Eigentümlichkeiten an geeigneter Stelle besonders aufmerksam gemacht worden ist. Gerade Nichtjuristen möchte ich das Studium des Werkes empfehlen: jeder kommt ja mit dem Recht in Berührung, schon vor seiner Geburt und noch nach seinem Tode; wenn ich aufs Geratewohl die paar Stichworte Mietrecht, Fürsorgepflicht des Dienstherrn, Eheschließung, Vormundschaft, Wehrpflicht, Erholungsanstalten und Volksbibliotheken nenne, so gebe ich damit nicht nur einen schwachen Einblick in die erstaunliche Reichhaltigkeit des Buches, sondern zeige zugleich, wie sehr dieses für jeden einzelnen unter uns von sozusagen täglichem Interesse ist. Sollte ich sagen, welche Kapitel mich am meisten gefesselt haben, so würde ich „Charakter und Inhalt des Bürgerlichen Gesetzbuches" aus dem Sohmschen Abschnitt, das „Staatsrecht" von Paul Laband, „Polizei und Kulturpflege" von Edmund Bernatzik und das „Völkerrecht" von Ferdinand von Martitz nennen müssen.

Dr. Hans Zimmer.

Die böse Sieben. Essays von Carl Dallago. Innsbruck, Brenner-Verlag. 201 S., M. 3.— (4.—).

Der Südtiroler Dallago, ein Nietzscheschüler in Geist und Sprache, bekämpft hier allerlei ihm als „Verfall" Erscheinendes, z. B. Geringschätzung seines Meisters, Herrschaft des Verstandes im geistigen, der Nützlichkeit im sittlichen Leben; er predigt den Rausch des Gefühls, die Verachtung der Menge; er gebärdet sich mit viel Selbstbewußtsein stürmisch und wieder still versunken in geheimnisvolle Naturschwärmerei. Mag in diesen Betrachtungen, die zum Teil nur sehr breite Besprechungen von Büchern sind, manch verheißungsvoller Keim stecken, als Ganzes erscheint mir das Werk zu vorschnell im Urteil und zu gespreizt, um von bleibendem Wert zu sein.

H. Brömse.

Geschichte als Wissenschaft. Von Walther Schulze-Soelde. Berlin, Reuther & Reichard.

Diese kluge, aber etwas umständlich und reichlich spekulativ gehaltene Untersuchung ist nicht so sehr auf die logische Form der Geschichte oder ihren stofflichen Inhalt gerichtet, als vielmehr auf die Erkenntnis von geschichtlichen Gegenständen überhaupt. Aus einer Gegenüberstellung Kants und Hegels erwächst der Grundsatz, daß in aller geschichtlichen Arbeit denkend ein schon Gedachtes wiederbelebt wird. Da die in der Geschichte vorliegenden Tatsachen aus menschlichem Wollen, zuhöchst aus menschlicher Vernunft entspringen, so ist das Ziel des Historikers, sich völlig mit dem Bewußtsein der seinen Gegenstand bildenden Personen zu verschmelzen: wie vollendet, sagt der Verfasser, würde ich die Geschichte Cäsars zu schreiben vermögen, wenn ich seine Gedanken zu denken imstande wäre! An diese Voraussetzung schließen sich andere, die den Zusammenhang in der Geschichte betreffen.

D.

Ostsee und Ostland. I. Die baltischen Provinzen. Bd. 3: Bauten und Bilder; Bd. 5: Märchen und Sagen. Berlin-Charlottenburg, Felix Lehmann Verlag. M. 4.— u. M. 3.—.

In der schönen und zeitgemäßen Sammlung „Ostsee und Ostland", deren erste sechs Bände den baltischen Provinzen gewidmet sind, behandelt der dritte Band das Gebiet der gesamten bildenden Kunst in den einst russischen Ostseeprovinzen. Otto Grautoff, der Herausgeber der ganzen Sammlung, hat dem reichhaltigen Bildermaterial ein fesselndes Vorwort vorausgeschickt. Er gibt in einigen wirksamen Gegenüberstellungen in Wort und Bild Beispiele der auch auf künstlerischem Gebiet nicht unterbliebenen Russifizierungsversuche auf diesem alten deutschen Boden, anderseits bildet diese umfassende Zusammenstellung baltischer Kunstwerke in der Menge der Beweise für das ureigentümliche Deutschtum der baltischen Provinzen eines der stärksten Glieder. — Bd. 5, sorgfältig und liebevoll von dem bekannten Märchenforscher August von Löwis of Menar bearbeitet und von R. v. Hoerschelmann mit hübschem Buchschmuck versehen, ist der Volksüberlieferung der Deutschen, Esten und Letten gewidmet, die das baltische Land bewohnen. Sie hat ihren Niederschlag gefunden in Sagen, Märchen und Schwänken, aber auch in epischen Gedichten, und zeichnet sich aus durch den Reichtum an Erfindung, bewegte, spannende Handlung und die bunte Fülle auftretender Gestalten. Tiefer Naturfinn und stille Mystik ist ihr eigentümlich.

—r.

Gobineau. Eine Biographie von Ludwig Schemann. Zweiter Band: Vom Jahre 1864 bis ans Ende. Straßburg, K. J. Trübner. 750 S. M. 12.— (14.—).

Noch unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges konnte der Verfasser alle auswärtigen Quellenforschungen, die die notwendige Voraussetzung für seine Arbeit bildeten, abschließen. Auf lange Zeit würde sonst solch Werk unmöglich gewesen sein: ein Franzose hätte es nicht machen wollen, ein Deutscher nicht mehr machen können. So kann uns jetzt Schemann als sachkundigster Kenner durch das weitere Leben und Wirken des französischen Germanen-

Digitized by Google

freundes führen, des Menschen, des Staatsmannes, des Künstlers und Denkers, der, wie man auch über einzelne Teile seines Schaffens urteilen mag, als Gesamtpersönlichkeit gewiß zu den großen Männern des vorigen Jahrhunderts gehört. In eingehender Darstellung erzählt Schemann von Gobineaus Aufenthalt und Tätigkeit in Griechenland und Brasilien, seiner Stellung im Deutsch-Französischen Kriege, den Stockholmer Jahren und der letzten Lebenszeit in Italien. Manches hätte wohl kaum solcher Breite bedurft, so die Erörterung der Familienangelegenheiten. Zugleich zeichnet der Verfasser ein sorgfältiges Bild von der inneren Geschichte seines Helden, dem Reifen seiner Gedankenwelt, seiner Entwicklung als Dichter und bildender Künstler, von seinen Beziehungen zu andern bedeutenden Männern, besonders zu Wagner. Als bester und wichtigster Teil des Ganzen ist wohl die Besprechung der einzelnen Werke aus diesen Jahren anzusehen, die mit Recht bei denen am ausführlichsten ist, die am wenigsten allgemein bekannt sind. Die Persönlichkeit Gobineaus wird am Schluß noch einmal eingehend in einer zusammenfassenden Betrachtung gewürdigt, die bei aller Begeisterung des Verfassers für seinen Helden doch auch die Stimme des prüfenden Richters nicht vermissen läßt. Das bedeutende Werk, in dem so viel Fleiß, Kenntnis und Liebe steckt, verdient in hohem Maße Dank und Anerkennung und wird ernsten Lesern in der jetzigen Zeit doppelt willkommen sein. Heinrich Brömse.

Ums Erbe. Eine Erzählung von deutschen Ansiedlern aus Südungarn. Von Ella Triebnigg. Leipzig, Interimverlag Adriaan van den Broeke. Geb. 4.50.

Diese Erzählung führt uns in ein Land, das erst im Laufe der Zeiten zu dem geworden ist, was es darstellt — in die „schwäbische Türkei". Die deutschen Ansiedler, die in vorwärtsstrebendem Fleiß und in harter Arbeit ihre zweite Heimat zu Wohlstand verhelfen wollen, stehen in stetem Kampf mit den erbangesessenen Ungarn, die das Land verwahrlosen lassen. Wie sich nun die mannigfachen Schicksale der Deutschen und der Ungarn, der Bauern und der Adeligen miteinander verweben, das führt uns die Verfasserin des Buches in feinsinniger Weise vor Augen, sie zeigt uns manche markige Gestalt des stolzen Bauerntums, unter den hochmütigen Adeligen aber auch manchen Charakter, und wie Bauern und Adeligen beim Ausbruch des Krieges klar wird, um was sie eigentlich kämpfen und ringen und was ihres gesamten Daseins gemeinsames Ziel ist: zu wahren und zu schützen, was in ihre Hände gelegt ward, das heilige Erbe der Väter.

Ausgelöste Klänge. Briefe aus dem Felde über antike Kunst von André Jolles veröffentlicht von Ludwig Kallat. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung. M. 2.50.

Wissenschaft und Dichtung, Geist und lichte Phantasie, Denken und sinnendes Versinken in die Schönheitswelt der antiken Kunst, mitten im Waffenlärm des Weltkrieges sind sie erwacht in diesem wundersamen Buche voller Anregung und hochstehender Betrachtung zu Klängen von bestrickendem Reiz. Über die tiefsten Probleme der Kunst und des Stiles, über Prosa, die Maske, Homer, Äschylos, Sophokles und Aristoteles weiß uns Jolles Eigenständiges zu sagen, vor allem aber über Aristophanes und Euripides. Z.

Individualismus, Universalismus, Personalismus. Von Ottmar Dittrich. Berlin, Reuther & Reichard.

Ein Vortrag, gehalten in der Berliner Kant-Gesellschaft, durchweg auf allgemeinen Begriffen aufgebaut, aber nicht ohne Beziehung zu den Lebensfragen der Gegenwart. Nach Dittrich ist die höchste Staatsform die des personalistischen Staates, der nach oben hin nur Staat unter Staaten sein will, nach unten hin sich auf die Einzelpersönlichkeiten als auf seine Träger angewiesen fühlt. Hier gilt Platos Wort, der Staat sei der Mensch im großen. Daher muß hier Staats- und Privatmoral sich decken, während beim Individualismus wie beim Universalismus der Staat eine besondere Moral ausbildet. Näheres mag man im Büchlein selber nachlesen, sofern man sich mit einer ungemein abstrakten Ausdrucksweise befreunden kann. D.

Ferdinand Freiligrath und Gottfried Kinkel. Von Dr. Martin Bollert, Direktor der Stadtbibliothek Bromberg. Kommissionsverlag der Gruenauerschen Buchdruckerei Richard Krahl, Bromberg. 8. Veröffentlichung der Abteilung für Literatur der Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft in Bromberg. 52 S. M. 1.—.

Kinkel würde im Titel besser an erster Stelle stehen: seine Briefe an Freiligrath, die zum größten Teil hier zum erstenmal veröffentlicht werden, bilden, von guten und klaren Erläuterungen des Herausgebers begleitet, den Hauptinhalt der Schrift. In den Briefen bis 1848 spricht besonders der um seine Lebensaufgabe ringende, nach Anerkennung strebende Dichter, in denen aus späterer Zeit besonders der von innerem Widerspruch nicht freie Politiker. Aus jenen ist vor allem der Drang des Dichters zum Drama bemerkenswert, aus diesen — neben manchem menschlich rühren-

Digitized by Google

den Zug — die eigensinnige und von persönlichen Stimmungen beeinflußte Haltung des Politikers, die das Gesamtbild Kinkels in teilweise wenig günstigem Licht erscheinen läßt. H. Brömse.

Deutsches Volk — Deutsche Schule! Von Hugo Gaudig. Leipzig, Quelle & Meyer. Geb. M. 4.20.

Der böse Wille unserer Feinde, unser gesamtes Eigenwesen und seine kulturelle Auswirkung zu vernichten, schuf das Gute, daß sich unser Volk zu früher nicht erreichter Geschlossenheit zusammenfand. Nun gilt es, diese neue nationale Lebensform über den Krieg hinaus zu erhalten und zu steigern. Dazu ruft Gaudig unter der Losung „Mehr Nation!“ auf. Daß er in seiner gedankenreichen Schrift dabei vor allem das Bildungswesen im Auge hat, ist nur natürlich, ist er doch einer unserer selbständigsten pädagogischen Denker. Und so ward auch sein Buch von der deutschen Schule der Zukunft eine der bedeutsamsten Erscheinungen der politischen Pädagogik; bei Schulmännern wie Politikern wird es willkommenen Eingang finden. H. Z.

Wie dem Protestantismus Aufklärung über den Katholizismus nottut und gegeben werden soll. Aus dem literarischen Nachlasse von Dr. Karl Zentsch herausgegeben von Dr. A. E. Rose. 3. Auflage. Grunow, Leipzig. 66 S. M. 1.20.

Man würde zunächst fast mehr erwarten, daß dringender nötig eine Anweisung darüber wäre, wie „dem Katholizismus Aufklärung über Wesen und Wert des Protestantismus nottut und gegeben werden soll“. Aber dem sei, wie ihm sei! Auch der Protestantismus braucht noch mehr Aufklärung. So liegt diesem Schriftchen ein ernsthaftes Problem zugrunde: Daß Deutsche untereinander, daß auch Evangelische und Katholiken sich immer besser verstehen. Aber dieser Grundgedanke kommt in der praktischen Durchführung nicht sehr glücklich zum Ausdruck. Zwar sollte der Verfasser, ein ehemaliger Kaplan, der dann exkommuniziert wurde und das Amt eines altkatholischen Pfarrers annahm, besonders geeignet dazu erscheinen. Manch wohlgelungenes Kapitel, manch guter Gedanke ist denn auch in dem Büchlein zu finden. Aber in fast allen Ausführungen tritt gar zu deutlich hervor, wie schwer von der Gegenseite evangelisches Christentum verstanden und gewürdigt werden kann. Sehr richtig ist die Betonung, daß wir über die bloße „Toleranz“ zu gegenseitiger Anerkennung hindurchdringen müssen. Bemüht hat sich der Verfasser darum. In Wirklichkeit tritt aber mehr die Schwierigkeit des Problems hervor, als daß eine Erfüllung der Aufgabe erreicht würde. Dr. W.

Wechselseitige Erhellung der Künste. Von Oskar Walzel. Berlin 1917, Reuther & Reichard.

Den Ausgangspunkt der Untersuchung bildet das alte Schlagwort von der Architektur als einer erstarrten Musik. Dann werden neuere kunstwissenschaftliche Theorien erörtert, die alle darauf hinauslaufen, das Wesen einer Kunst durch Verwendung von Begriffen, die auf einem anderen Kunstgebiet erwachsen sind, zu beleuchten. Einen eigenen Versuch in dieser Richtung macht Walzel, indem er Wölfflins Kategorien teils auf die Beschreibung des Shakespeareschen Dramengefüges überträgt teils wenigstens daraufhin prüft, ob sie bei einer ähnlichen Uebertragung (durch Fritz Strich) sich bewährt haben und im allgemeinen sich bewähren können. Zu wirklichen Entscheidungen gelangt der Verfasser nicht, auch ist die Art seines Vorgehens: das Anknüpfen an zufällig aufgegriffene Arbeiten anderer, das Verweisen auf eine Fülle von eigenen Arbeiten, wenig geeignet, einen systematischen Zusammenhang der Gedanken herzustellen. Verdienstlich bleibt es jedoch, daß der Gegenstand überhaupt in Angriff genommen worden ist. D.

Karl Ernst Knodt. Eine literarische Charakterskizze von Richard Knies. Zweite, überarbeitete Auflage. München 1916, Müller & Fröhlich. 60 S.

Der Dichter Karl Ernst Knodt wird von Knies mit Recht als ein Lyriker des feierlich-beschaulichen religiösen Lebens gekennzeichnet. Edle Weltanschauung und Innigkeit des Gemüts adeln manche seiner Gedichte, auch wenn diesen Vorzügen die künstlerische Form nicht immer entspricht. Eine „vielseitige Stellungnahme zum modernen Leben“, die der Verfasser ihnen nachrühmt, dürfte darin kaum zu finden sein. Die liebevolle Würdigung hätte auch, mit einigen kritischen Randbemerkungen versehen, werbende Kraft ausüben können. H. Brömse.

Hermann Kurz: Lisardo. Roman. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Dr. Heinz Kindermann. Stuttgart, Strecker & Schröder.

Indem er dies verschollene Jugendwerk des großen schwäbischen Erzählers durch einen Neudruck der Gegenwart zugänglich machte, hat der Herausgeber nicht nur eine Pflicht menschlicher Pietät erfüllt, sondern sich auch den Dank der Literarhistoriker verdient. Die Bedeutung des „Lisardo“ im Lebenswerk des Dichters wird im Nachwort dahin treffend bezeichnet, daß es die „schier unerklärliche Lücke“ ausfüllt, die „in der

Digitized by Google

fast völlig organischen Entwicklung von Kurzens Schaffen zwischen seiner frühen Novellenproduktion und dem großen kulturhistorischen Roman „Schillers Heimatsjahre" klaffte". Aber nicht nur in die individuelle Entwicklung Kurzens, sondern in die Gesamtgeschichte des deutschen Romans reiht der Herausgeber den „Lisardo" mit überzeugender Darstellung ein, indem er ihm eine Mittelstellung zwischen dem idealistisch gerichteten „Entwicklungs"- und dem realistisch fundierten „Erlebnisroman" zuweist. An und für sich betrachtet zeigt das Jugendwerk natürlich noch nicht den ganzen Kurz der späteren Zeit. Seine künstlerische Eigenart ist, gerade weil es sich nicht nur um ein Jugend-, sondern um ein Uebergangswerk handelt, noch nicht sehr stark; wohl aber erkennen wir aus ihm in ebenso markanten wie gewinnenden Zügen den Menschen Kurz, vor allem seine hohe, sittliche Lebensauffassung, seinen gesunden Sinn für Wirklichkeit und geschichtliche Begebenheiten. Und in unseren revolutionär durchschütterten Tagen gewinnt der kleine Roman sogar eine ganz eigene Gegenwartsbedeutung durch die Schilderung der loyalen Revolution, die der Held Lisardo in seiner Vaterstadt Salerno durchführt. —y—

On Heroes, Hero-Worship and the Heroic in History. — Historical and Political Essays. — Essays on German Literature. Von Thomas Carlyle. Tauchnitz Edition. Vol. 4514, 4515 4516. Leipzig, B. Tauchnitz. 288, 256 310 S. Je M. 1.60 (2.40).

Carlyle, der Freund und Verkünder deutscher Geistesart, der Philosoph des Heldentums, der oft einseitige und starrköpfige, immer anregende Geschichtsforscher und Politiker, wird bei deutschen Lesern auch heute noch lebhafte Teilnahme finden. In dieser dreifachen Gestalt tritt er uns in den neuen Bänden entgegen, die der Tauchnitzverlag erfreulicherweise seiner Sammlung hinzugefügt hat. An die vollständige Ausgabe des rühmlichst bekannten Werkes über Helden und Heldenverehrung schließen sich zwei wertvolle Sammelbände, die das Wichtigste von Carlyles geschichtlichen und politischen Aufsätzen und von seinen Abhandlungen über die deutsche Literatur enthalten. Unter jenen befinden sich Signs of Times, Characteristics und natürlich auch Chartism, unter diesen die Betrachtungen über Jean Paul, Schiller, das Nibelungenlied und der Aufsatz State of German Literature.

H. Brömse.

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Bazer, Maria, Schwarzwaldkinder. Erzählung. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. Kart. M. 5.20.

Bechstein, Ludwig, Das Spiel von den zehn Jungfrauen. Aufgeführt zu Eisenach am 24. April 1322. Nach der einzigen aufgefundenen Handschrift. Leipzig, Verlag von Friedrich Jansa.

Bergwiese, Hans, Die politischen Parteien Deutschlands. Hannover, Residenzverlag Friedrich Czwiertnia. 75 Pf.

Bertsche, Karl, Dr. Professor, Totendank. Ein Trost- und Gedenkbüchlein aus den Werken von Abraham a Sancta Clara. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. Kart. M. 1.50.

Bischoff, Diedrich, Die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens. Leipzig, Buchhandlung Fichte. Geh. 50 Pf.

Cohn, Gustav, Universitätsfragen und Erinnerungen. Stuttgart, Verlag Ferdinand Enke. Geh. M. 10.—.

Cotta, Johannes, Sünde und Verbrechen. Dresden, Dr. Georg Seurig. Kart. M. 2.50.

Das Völkerrecht. 3. Heft: Hommerich, August, Deutschtum und Schiedsgerichtsbarkeit. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. Geh. M. 2.50.

Die Revolution des Erbrechts von *.** Eine Laienstudie. Mit einem Vorwort von Prof. v. Blume. Tübingen, Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Geh. M. 1.30.

Elzbacher, Paul, Prof. Dr., Die neuen Parteien und ihre Programme. Berlin, Verlag August Scherl, G. m. b. H. 60 Pf.

Federer, Heinrich, Patria, Eine Erzählung aus der irischen Heldenzeit. — Das Wunder in Holzschuhen. Geschichten aus der Urschweiz. — Gebt mir meine Wildnis wieder! Umbrische Reisekapitel. — Eine Nacht in den Abruzzen. Mein Tarcisiusgeschichtlein. — In Franzens Patenstube. Umbrische Reisekapitel. — Der Fürchtemacher. Eine Geschichte aus der Urschweiz. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. Kart. je M. 1.50.

Foß, Konteradmiral a. D., Der See- und Kolonialkrieg 1914/16. Halle (Saale), Verlagsbuchhandlung Richard Mühlmann (Max Grosse). Geb. M. 15.—.

Digitized by Google

Glückhafft Schiff, Jahrbuch lübeckischer Dichter. Herausgegeben von Kurt Ziesenitz. Bad Nassau, Zentralstelle zur Verbreitung guter deutscher Literatur. M. 4.50.

Hagen, Maximilian v., Die südafrikanische Krise. (Sonderabdruck aus dem Augustheft 1918 der „Preußischen Jahrbücher".) Berlin NW 7, Verlag Georg Stilcke.

Hammer, W. A., Nicht rasten und nicht rosten (Scheffel-Jahrbuch 1918/19). Konstanz a. B., Verlag Reuß & Itta. Geb. M. 3.50.

Havenstein, Martin, Vornehmheit und Tüchtigkeit. Berlin SW 68, E. S. Mittler & Sohn. Geh. M. 4.80, geb. M. 6.50.

Huart, Cl., Geschichte der Araber. Ins Deutsche übersetzt von Sebastian Beck und Moritz Färber. 3 Bände. Mit Namen- und Sachverzeichnis. Leipzig, K. F. Koehler. M. 18.— und M. 5.—.

Imperium mundi. Roman von ***. Halle (Saale), Verlagsbuchhandlung Richard Mühlmann (Max Grosse). Geb. M. 9.—.

Jahrbuch des Völkerrechts. IV. Bd.: Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges. Herausgegeben von Th. Niemeyer und K. Strupp. II. Bd.: Politische Urkunden zur Entwicklung des Weltkrieges. Herausgegeben von Th. Niemeyer. München, Duncker & Humblot. M. 24.—.

Kautsky, Karl, Habsburgs Glück und Ende. Berlin W 10, Paul Cassirer. M. 3.—.

Kern, Maria, 150 000 ungeborene Qualitätskinder? Ein neuer Vorschlag im Kampf um das Lehrerinnen-Eheverbot. Potschappel, Charlotten-Verlag. M. 1.—.

Koeniger, Albert Michael, Dr. theol. Professor, Grundriß einer Geschichte des katholischen Kirchenrechts. Köln a. Rh., Verlagsbuchhandlung J. P. Bachem. Geh. M. 3.20, geb. M. 4.20.

Liebieg, Hans Freiherr v., Prof. Dr., Die Politik v. Bethmann Hollwegs. 1. u. 2. Teil. München, J. F. Lehmanns Verlag. Geh. M. 7.—.

Literarischer Jahresbericht des Dürerbundes 1918—19. München, Verlag Georg D. W. Callwey. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.50.

Meurer, Christian, Das Gastrecht der Schiffe im Krieg und Frieden (Quellen und Studien zur Geschichte und Dogmatik des Seekriegsrechts. Band I, Heft 2). Berlin, Julius Springer. M. 4.80.

Mulert, Hermann, Lic. theol., Professor in Kiel, Schleiermacher (Religionsgeschichtliche Volksbücher. IV. Reihe, Heft 28/29). Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Geh. M. 1.—, geb. M. 1.30.

Nora, A. De., Gesichte. Ein Gedichtzyklus. Leipzig, Verlag L. Staackmann. Geh. M. 4.50, geb. M. 6.50.

Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart. 12. Sondervertretung deutscher Bundesstaaten bei den Friedensverhandlungen. Von Dr. Viktor Bruns. Tübingen, J. C. B. Mohr. M. 2 50.

Sammlung Göschen: Prof. Dr. Max Koch, Geschichte der deutschen Literatur. Erster Band: Von der ältesten Zeit bis 1748. Zweiter Band: Vom achtzehnten in das zwanzigste Jahrhundert. Berlin, G. J. Göschensche Verlagsbuchhandlung. Geb. je M. 1.25.

Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche. 42. Jahrg. 2. Heft. Herausgegeben von Hermann Schumacher und Arthur Spiethoff. München, Duncker & Humblot. M. 13.—.

Söderhjelm, Henning, Der rote Aufruhr in Finnland im Jahre 1918. Eine Schilderung auf Grundlage offizieller Urkunden. Berechtigte Uebersetzung von Johannes Oehquist. Leipzig, Quelle & Meyer. Geb. M. 4.80.

Stier-Somlo, Fritz, Prof. Dr., Die Vereinigten Staaten von Deutschland. (Demokratische Reichsrepublik.) Ein Entwurf mit Begründung. Tübingen, J. C. B. Mohr. M. 3.60.

Thummerer, Johannes, Die tanzende Familie Holderbusch. Ein Volksroman. Leipzig, Verlag Fr. Wilh. Grunow. Geh. M. 5.—, in Geschenkband geb. M. 7.—.

Voigt-Alh, Max, Itisu. Ein Schauspiel im nordostarabischen Mesopotamien zur Zeit der Gründung Babels. Dessau, Selbstverlag des Verfassers.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Übersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

Über die Auslieferung des Kaisers

Von

H. Wittmaack

Nach Zeitungsnachrichten hat der holländische Justizminister Mitte vorigen Monats in der Ersten Kammer erklärt: Wenn die Auslieferung des Kaisers auf Grund des Auslieferungsvertrags verlangt würde, so müßte untersucht werden, ob die Forderung nach den bestehenden Gesetzen und Verträgen berechtigt sei; es sei zweifelhaft, ob man neben dem und gegen das bestehende Gesetz ein (von den Alliierten) festgesetztes Recht annehmen könne. — Danach ist wohl ein kurzer Hinweis auf die Rechtslage von allgemeinem Interesse.

Die Niederlande haben mit den hier in Betracht kommenden Staaten Belgien am 31. Mai 1889, England am 26. September 1893 und Frankreich am 24. Dezember 1895 Auslieferungsverträge geschlossen. In diesen Verträgen sind die Verbrechen, deretwegen die Auslieferung verlangt werden kann, aufgezählt. Es sind die schweren, gemeinen Verbrechen, als Mord, Tötung, schwere Körperverletzung, Brandstiftung, Diebstahl usw. Ausgenommen von der Verpflichtung zur Auslieferung sind in allen drei Verträgen die politischen Verbrechen, délits politiques, wie es in dem belgischen Vertrag heißt. Ausführlicher sind die beiden anderen Verträge in dieser Hinsicht. Der Vertrag mit Frankreich stipuliert, daß die Auslieferung nicht erfolgen soll, wenn die strafbare Handlung von der requirierten Partei als ein politisches Delikt oder als eine Tat, die mit einem solchen in Verbindung steht (connexe à un semblable délit), angesehen wird. Der Vertrag mit England nimmt von der Auslieferungsverpflichtung solche Delikte aus, die einen politischen Charakter (political character) haben. Was die Begründung einer Requisition der Auslieferung eines Verbrechers anlangt, so ist nach dem belgischen und dem französischen Vertrag nur formell erforderlich, daß das Erkenntnis, wodurch wider den Verfolgten eine Strafe erkannt ist, oder die Urkunden vorgelegt werden, auf Grund deren nach den Gesetzen des requirierenden Staats die Verhaftung erfolgen kann. Dem requirierten Staat steht in dieser Hinsicht keine Prüfung der Frage, ob der Auslieferungsantrag materiell begründet sei, in irgendwelcher Weise zu. Der Vertrag mit Eng-

Copyright 1919 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

land dagegen verlangt, daß der Auslieferungsantrag durch solche Beweise unterstützt werde, wie nach dem Rechte des requirierten Staats erforderlich sind, um das Hauptverfahren gegen den Angeschuldigten zu eröffnen.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß Handlungen, die von unseren Streitkräften in Feindesland, oder von der Luft aus, oder von der See aus gegen feindliches Land oder auf der See gegen feindliche Schiffe vorgenommen sind, unter Verbrechen, wegen welcher die Auslieferung verlangt werden kann, fallen würden, wenn sie nicht durch den Kriegszustand gerechtfertigt wären. Wenn eine Flibustierbande in ein Land einfällt, oder wenn Piraten Schiffe auf See versenken, oder wenn man aus einem Flugzeug Bomben auf Gebäude und Menschen abwürfe, so wären solche Handlungen unzweifelhaft schwere Verbrechen, die nach dem allgemeinen Strafrecht beurteilt werden müßten. Für die militärischen Streitkräfte zu Lande und zur See besteht aber eine Exemtion von den Strafgesetzen des feindlichen Landes. Eine kriegführende Partei ist im allgemeinen berechtigt, sich aller Arten von Gewalttätigkeiten gegen die Person und das Eigentum ihrer Feinde zu bedienen, die geeignet sind, sie zur Unterwerfung zu bringen. Dies kann natürlich auch von unseren Feinden nicht verkannt werden. Es scheint aber behauptet werden zu sollen, daß eine solche Exterritorialität oder Exemtion von der Strafgerichtsbarkeit nur insoweit anerkannt werden könne, als die Operationen nicht gegen die für den Krieg geltenden Regeln des Völkerrechts verstoßen und nicht aus Übermut oder ohne allen vernünftigen Zweck vorgenommen werden. Gesetzt, eine in Feindesland ausgesandte Patrouille plündert unterwegs ein Haus aus, tötet dabei wehrlose Frauen und Kinder, setzt zum Schluß das Haus in Brand und wird unmittelbar nach diesen Verbrechen von dem Feinde gefangengenommen. Sind da die Feinde verpflichtet, selbst von einer Bestrafung der Missetäter abzusehen und die Ahndung der Verbrechen dem Heimatsstaat der Missetäter vorzubehalten? Von diesem Gesichtspunkt aus scheint auch in Frankreich in dem bekannten, vielbesprochenen Fall, in welchem zwei deutsche Gardeoffiziere dort nach ihrer Gefangennahme zu schweren Strafen verurteilt wurden, verfahren zu sein.

Der Kaiser und auch deutsche Heerführer sollen nun, wie es scheint, als Anstifter zur Verantwortung gezogen werden, weil die inkriminierten Handlungen auf ihren Befehl oder mit ihrer Duldung ausgeführt worden seien. Es entsteht zuvörderst das Bedenken, ob es auch von diesem Standpunkte aus zulässig ist, ein Verfahren gegen einen feindlichen Souverän einzuleiten. Die Souveräne sind von der ausländischen Jurisdiktion völkerrechtlich eximiert, aber eine solche Exterritorialität tritt nur ein, wenn sie den ausländischen Boden im Einverständnis mit der betreffenden Regierung betreten, oder wenn sie unvorhergesehen genötigt oder veranlaßt werden, vorübergehend sich auf ausländisches Territorium zu begeben. Aus diesem Grunde würde eine strafrechtliche Verfolgung des Kaisers nicht ausgeschlossen sein. Der Kaiser war nach den deutschen Gesetzen unverantwortlich. Entsprechend den konstitutionellen

Digitized by Google

Regeln hatte ein Minister, der Reichskanzler, für seine Regierungshandlungen die Verantwortlichkeit. Die Ansicht, daß er trotzdem im Ausland für Regierungshandlungen verantwortlich sei, läßt sich wohl kaum rechtfertigen. Vor einiger Zeit ging die Nachricht durch die Zeitungen, daß eine Kommission in Paris zu dem Resultat gelangt sei, die fremden Souveräne könnten für die angeblichen Verletzungen des Völkerrechts nicht verantwortlich gemacht werden. Gründe waren nicht angegeben; es ist nicht unmöglich, daß dieses Resultat auf den eben erwähnten Bedenken beruht, falls die Nachricht überhaupt wahr sein sollte.

Sehen wir hiervon ab und gehen wir auf die Sache selbst ein, so kann es sich nicht um Fälle handeln, in denen Untergebene wider Wissen und Willen der obersten Heeresleitung Verbrechen begangen haben, die mit den Kriegsoperationen selbst nichts zu tun, sondern darin nur ihren Anlaß gefunden haben, wie dies in dem oben unterstellten Beispiel der Fall sein würde. Es können vielmehr nur Exzesse in der Kriegführung selbst, z. B. durch Gebrauch verbotener Geschosse, Beschießung einer offenen Stadt ohne vorgängige Warnung u. dgl., gemeint sein. Die Ansicht, daß der Kaiser und unsere Heerführer im Ausland für die angeblichen Verletzungen des Völkerrechts zur Verantwortung gezogen werden könnten, ist eine überaus bedenkliche. Die Regeln des Völkerrechts sind unsicher und zweifelhaft, jede Partei dreht und modelt sie nach ihrem Interesse. In einer allgemein bekannten Note des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Marcy, vom 28. Juli 1856, wird ausgesprochen: daß eine Blockade, um bindend zu sein, effektiv sein müsse, werde seit langer Zeit nicht mehr als zweifelhaft angesehen. Trotzdem trat die nordamerikanische Regierung in dem letzten Kriege der von den Ententemächten verhängten Blockade der deutschen Häfen ohne weiteres bei. Die völkerrechtliche Themis hat eine Nase von Butter. Diese schmilzt in der Hitze des Kampfes dahin, und es entsteht dann mitunter eine Mißgestaltung der hehren Göttin.

Nimmt man das fragliche Prinzip an, so ist die Gefahr unvermeidlich, daß die siegreiche Partei den Vorwand, es liege eine Verletzung des Völkerrechts vor, benutzt, um ihren Rachedurst gegen die ihr besonders verhaßten Heerführer und Staatsmänner der unterlegenen Partei zu stillen. Es ist eine anerkannte Regel des Völkerrechts, daß gegen Maßnahmen, die das Völkerrecht verletzen, eine Vergeltung, Retorsion oder Retaliation, auch durch Maßnahmen, die außerhalb der Regeln des Völkerrechts liegen, zulässig ist. Würde man nun während oder unmittelbar nach einem Kriege einer Partei das Recht zugestehen, feindliche Souveräne oder Heerführer wegen Völkerrechtsverletzungen zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen, so würde die Partei auch darüber zu entscheiden haben, ob die angefochtenen Handlungen durch die Regeln über die Retorsion gerechtfertigt seien. Dies würde eine Entscheidung darüber voraussetzen, ob die Maßregeln der eigenen Regierung oder Armeen sich innerhalb der Grenzen des Völkerrechts gehalten hätten.

Digitized by Google

Es liegt auf der Hand, daß für eine solche Entscheidung die Unbefangenheit oder die Unparteilichkeit fehlen würde.

Der Kaiser war, ebenso wie unsere Heerführer, unzweifelhaft in dem guten Glauben, daß die Kriegsoperationen, welche von ihm befohlen, angeraten oder geduldet waren, für die ihm irgendwie eine Verantwortlichkeit zugemessen werden kann, mit dem Völkerrecht nicht in Widerspruch stehen. Jedenfalls würde es unmöglich sein, ihn eines andern zu überführen. Genügt nun nicht der Irrtum über das Völkerrecht, um ihn selbst dann von jeder strafrechtlichen Verantwortlichkeit zu befreien, wenn seine Ansicht als unrichtig erscheinen sollte?

In allen drei Auslieferungsverträgen wird die Verpflichtung zur Auslieferung wegen politischer Verbrechen ausgeschlossen, am ausführlichsten in dem Vertrag mit Frankreich. Daß hiernach auch gemeine Verbrechen, wenn sie einen politischen Charakter haben, von der Verpflichtung zur Auslieferung ausgenommen werden, wird durch eine Bestimmung dieses Vertrages bestätigt, wonach die Verpflichtung zur Auslieferung wegen Mord, Tötung, Vergiftung usw. dann wegfällt, wenn das Verbrechen einen politischen Charakter hat. Die beiden anderen Verträge sind nicht so ausführlich in diesem Punkt, aber es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß sie in gleicher Weise zu verstehen sind. Seitens der niederländischen Regierung würde es danach zu prüfen sein, ob die dem Kaiser zur Last gelegten strafbaren Handlungen einen politischen Charakter haben oder mit einem politischen Verbrechen in Zusammenhang stehen. In diesem Falle würde eine Verpflichtung zur Auslieferung nicht vorliegen. Die Frage muß bejaht werden. Die in Frage kommenden Handlungen können nur solche sein, die im Dienste des Vaterlandes und zur Verteidigung und zum Schutze desselben gegen äußere Feinde von dem Kaiser angeordnet, geduldet usw. sind. Die Motive seines Verhaltens waren, wie der Zweck desselben, rein politische: das Wohl des Vaterlandes. Irgendwelche Privatrücksichten oder Privatinteressen spielten dabei keine Rolle. Es würde also nach den Verträgen wie nach dem allgemeinen Recht schon aus diesem Grunde eine Verpflichtung zur Auslieferung nicht vorhanden sein.

Wenn zur Bestätigung der obigen Ausführungen keine große Anzahl von Belegen aus der Praxis beigebracht werden kann, so liegt der Grund darin, daß ihre Richtigkeit nie in Zweifel gezogen worden ist, und daß deshalb keine Regierung den Versuch gemacht hat, eines flüchtigen Feindes, der sich in das Gebiet eines neutralen Staates begab, vermittelst eines Verlangens zur Auslieferung habhaft zu werden. Sie wußte von vornherein, daß ein solcher Versuch vergeblich sein müsse. Lammasch, Auslieferungspflicht und Asylrecht, bemerkt (S. 221): „Sofern also eine Tötung oder eine Sachbeschädigung nach dem Urteil des ersuchten Staates sich nicht als Verbrechen, sondern als ein Akt der Kriegführung darstellt, versteht es sich völlig von selbst, daß wegen derselben eine Auslieferung nicht erfolgen kann." In dem nordamerikanischen Sezessionskrieg wurden die Südstaaten von den Nordstaaten als Rebellen

Digitized by Google

angesehen. England dagegen hatte sie als eine kriegführende Macht anerkannt. Die Regierung der Nordstaaten richtete wiederholt an die kanadische Regierung den Antrag auf Auslieferung von Personen, die sich auf seiten der Südstaaten am Kampfe beteiligt hatten, indem sie von ihrem Standpunkt aus diese als Rebellen behandelt wissen wollte. Die kanadischen Gerichte machten die Entscheidung von der Frage abhängig, ob die Flüchtlinge auf eigene Hand oder im Dienste und im Auftrag der Südstaaten an dem Kampfe teilgenommen hätten. So lehnte ein kanadisches Gericht einen Auslieferungsantrag ab, weil der dem Angeschuldigten zur Last gelegte Angriff eine feindliche Expedition gewesen, die ausdrücklich und stillschweigend von der Regierung der konföderierten Staaten autorisiert gewesen sei. Keine Handlung, die im Laufe dieses Angriffs erfolgt sei oder hiermit zusammenhänge, könne nach den bestehenden Verträgen einen Grund zur Auslieferung abgeben.

Der politische Charakter der Handlungen, die dem Kaiser zur Last gelegt werden sollen, tritt besonders markant hervor, wenn man erwägt, daß die etwaige Strafbarkeit von der Verschiedenheit der völkerrechtlichen Ansichten abhängen würde. Nach deutscher Auffassung liegen Verletzungen des Völkerrechts nicht vor, es würde also auch von dem Standpunkt der Gegner aus eine strafrechtliche Verantwortung nicht begründet sein. Übrigens würde die niederländische Regierung auch die Frage, ob ein mit dem Völkerrecht in Widerspruch stehender Exzeß in der Kriegführung von der feindlichen Partei zum Gegenstand eines Strafverfahrens gemacht werden dürfe, nach ihren eigenen Rechtsanschauungen zu prüfen und zu beurteilen haben.

Es fragt sich schließlich, ob die niederländische Regierung, wenn sie auch zur Auslieferung des Kaisers nicht verpflichtet ist, doch als hierzu berechtigt erscheint. Ein inländisches Gesetz, welches ihr hierzu die Befugnis abspräche, scheint nicht zu existieren. Ein solches Gesetz würde sich auch durch ein neues ändern lassen, wozu allerdings die Zustimmung der Kammern erforderlich wäre. Was das Völkerrecht anlangt, so findet sich darin wohl keine Norm, wodurch verboten würde, Ausländer an eine dritte Macht auszuliefern, wenn nicht eine desfallsige Vertragsverbindlichkeit besteht. Auch läßt sich wohl nicht behaupten, daß nach dem Völkerrecht die Auslieferung eines Flüchtlings wegen politischer Verbrechen verboten sei. Allerdings ist es üblich, politische Verbrecher nicht auszuliefern. Dies erklärt sich so, daß jeder Staat es als eine Ehrenpflicht ansieht, politischen Flüchtlingen ein Asyl zu gewähren, das sie vor der strafrechtlichen Verfolgung in einem anderen Staate sichert.

Man kann von der niederländischen Regierung nicht erwarten, daß sie als ein Don Quichotte des Rechts zum Schutze des Kaisers einen Krieg gegen die gewaltige Übermacht der Entente auf sich nehme. Andererseits kann man aber annehmen, daß die Ententeregierungen sich scheuen werden, Zwangsmaßregeln gegen die Niederlande vorzunehmen, um sich der Person des Kaisers zu bemächtigen. Dann darf man zu der niederländischen Regierung das Vertrauen haben, daß sie, eingedenk der ruhmvollen Vergangenheit ihres

Digitized by Google

Landes, es als unvereinbar mit ihrer Ehre und Würde ansehen wird, den früheren deutschen Kaiser den Feinden auszuantworten, die nach Beendigung des Kampfes ihn als Privatmann mit gleicher Erbitterung verfolgen wie früher als Souverän.

Bei den Verhandlungen über die Auslieferung ungarischer Rebellen durch die Türkei an Österreich schrieb der englische Minister Lord Palmerston in einer Note vom 6. Oktober 1849: „Wenn es eine Regel gibt, die mehr als irgendeine andere in der neueren Zeit von allen unabhängigen Staaten, großen und kleinen, der zivilisierten Welt beobachtet ist, so ist es die Regel, politische Flüchtlinge nicht auszuliefern. Die Gesetze der Gastfreundschaft, die Gebote der Menschlichkeit, das natürliche menschliche Empfinden vereinigen sich, um solche Auslieferungen auszuschließen. Eine unabhängige Regierung, welche sie aus freien Stücken bewilligte, würde mit Recht und allgemein als entehrt stigmatisiert sein."

Nach diesem früheren Standpunkt der englischen Regierung würde es unverständlich sein, wenn, wie es in den Zeitungen heißt, sie jetzt im Verein mit der französischen und im Gegensatz zu der nordamerikanischen Regierung die Auslieferung des Kaisers von den Niederlanden verlangen sollte.

Die tieferen Ursachen des Zusammenbruches der Türkei

Eine zeitgemäße Völkerstudie

Von

H. v. Hoff

Wie die Tagesblätter melden, ist Konstantinopel durch die Engländer „internationalisiert", die Bagdadbahn von ihnen, die Anatolische Bahn von den Franzosen in Betrieb genommen worden. England hat auch die Regierungsgewalt an sich gerissen, und da es der jungtürkischen Opposition nicht Herr zu werden vermochte, hat ein englischer General die Kontrolle der Polizei und des Staatswesens bereits in seine Hand genommen. Wer in türkischen Landen Umschau gehalten hat, ist sich klar, daß das der Todesstoß für den kranken Mann ist. Noch ehe er der eigenen Schwäche erlag, noch ehe deutscher Hilfe es gelang, sein Leben zu verlängern, stirbt er unter englischen Händen.

Blutarm und schwach war er längst, innere Wirrsale, Kämpfe nach außen hatten ihn in die letzten Schwächezustände versetzt. Der Kenner dieser traurigen Verhältnisse vermöchte Bände über die Tragik dieses Volkszusammenbruches zu schreiben, und mit Wehmut erfüllt mich das ehrliche Vertrauen der braven

Digitized by Google

Anatolier auf deutsche Hilfe, wie es mir auf meinen Reisen im Innern Kleinasiens so oft entgegentrat. Dort im Verkehr mit dem Volke ist mir aber auch klar geworden, daß, abgesehen von aller politischen Schwäche und Kulturrückständigkeit, unabhängig von dem Gemisch der Völkerstämme im sogenannten türkischen Reich und von der alles vernichtenden Korruption, ein wirklicher Fortschritt aus sich selbst heraus den Türken für alle Zeiten versagt geblieben wäre.

Im nachfolgenden mögen die tieferen Ursachen hierfür einer Betrachtung unterzogen werden, die dem aufmerksamen Beobachter der Verhältnisse in unserem eigenen Vaterlande manch lehrreichen Vergleich nahelegen dürfte.

Im Vordergrund steht der Einfluß des

Nomadentums auf die Volkskultur.

Stehen wir doch im Türkenreich auf dem Boden der Völkerwanderung, des Nomadentums im großen. Im Rückblick auf die Geschichte Vorderasiens entwickelt sich vor uns das Bild des Wogenschlages, der von Zeit zu Zeit das Völkermeer bewegt. Die letzten Ursachen, welche das Völkermeer aufpeitschten und in Bewegung setzten, sind uns bis heute noch nicht klar. Die Wirkung aber zeigt sich in einem Wellenschlag meist ostwestlicher Richtung. Im Westen Europas fand die Völkersturmflut den Strand, an dem sie sich brach, zunächst mit starkem Anprall, nach und nach abflauend, entsprechend dem im Osten nachlassenden treibenden Elemente. Während sich so die Springfluten am Strande — in Europa — glätteten, blieb der Wellenschlag auf der weiten Ebene des asiatischen Völkermeeres weiter spürbar. Die frühere Sturmflut ist zum Spiel kleiner Wellen, bald dahin, bald dorthin, geworden, welches das Bild unruhigen Durcheinanders bietet. Das Nomadentum ganzer Völker ist zum Nomadentum innerhalb des einzelnen Volksstammes abgeflaut. Aber auch im Einzelwesen wiederholt sich das Bild der großen Unruhe, eine gewisse Unstetigkeit flutet und treibt in ihm als letzter Rest des großen Wellenschlages immer noch weiter. Wenn der Sturm das Meer auf Stunden und Tage in wogende Unruhe versetzt, die Völkerwanderung tat es auf Jahrhunderte, Jahrtausende. Das bewegte Meer ist wohl das beste Gleichnis für die daraus stammende Unbeständigkeit: Kein Einzeltropfen, keine Wellenform gleicht der anderen, bleibt an derselben Stelle; jede drängt zum freien Platze und verdrängt die andere, nie entsteht eine feste Form, Bestand bleibt ein unbekannter Begriff.

Im Wellenschlag des Nomadentums der Völker dasselbe Bild — kein Bestand. Infolge des mangelnden Bestandes das Fehlen des Begriffes Besitz, damit der Mangel der Begriffe Aufbau, Erhaltung, Förderung. Fehlen diese Begriffe schon für die einfachsten Lebensbedürfnisse, so ist selbstverständlich für Begründung innerer Kultur keine Möglichkeit vorhanden. Und selbst da, wo äußerlich anscheinend das Nomadentum der Seßhaftigkeit Platz gemacht hat, ist doch das Innere des Einzelwesens noch lange unter dem Einfluß des

Digitized by Google

ersteren, schwingt noch in Unruhe weiter, beschäftigt sich nicht oder nur flüchtig mit Dingen, die zu gedeihlicher Ausgestaltung der Planmäßigkeit, Ruhe und Seßhaftigkeit bedürfen. Wie soll denn auch in stetig rutschendem Boden eine kunstvoll sich entwickelnde Pflanze, wie die Kultur, Wurzel fassen, wachsen und sich entfalten können?

Verfolgen wir an der Hand dieses vergleichenden Allgemeinbildes die Eindrücke im asiatischen Vorland, im Türkenreich. Wir gehen über Einzelheiten des Völkerflutens seit Auftreten der Turkmenenstämme bis zum Übergreifen der Türkenherrschaft nach Europa hinweg, als bekannt. Hervorgehoben aber sei, wie in dem Wogen, der Unruhe und dem Unbestand der fast tausendjährigen Geschichte seit Seldschuk die Osmanen auf Stätten der festen Seßhaftigkeit, ja hoher Kultur stoßen, voran Byzanz, das sie nehmen. Sie hatten damit Gelegenheit, selbst aus dem Nomadentum heraus zur Seßhaftigkeit in tieferem Sinn sich zu entwickeln, ja finden dazu die glänzendsten Vorbedingungen. Aber sie nützen sie nicht. Mit der türkischen Herrschaft versank die Herrlichkeit von Byzanz, der Nomadengeist zerstörte, aber er baute nicht auf. Und so ist es noch heute.

Das einzige beständige Element, das einzige, was das turkmenisch-osmanische Völkerleben zusammenhielt und erfolgreiche Kriegszüge zeitigte, war der gemeinsame Glaube, der Islam. Er allein war es auch, der die einzigen feststehenden Denkmale beginnender Bildung schuf, Moscheen und Türben. Eine befruchtende Wirkung der Glaubenslehre und religiöser Kunst auf die Volksbildung, wie in den abendländischen Völkergeschichten, trat jedoch nicht ein. Der Grund hierfür liegt zweifellos im Wesen des Islam. Er ist eine Nützlichkeitsreligion, fördert den Eigennutz, gibt praktische, klug ersonnene Lebensregeln und geht darauf aus, schon das irdische Dasein möglichst angenehm zu gestalten. Der tiefen Sittenlehre des Christentums mit ihren schwer erfüllbaren Pflichten ermangelt er. Der Nomade Mohammed kannte die Eigenart seiner Gemeinde. Klug berechnend gestaltete er seine Religionslehre für den schweifenden Beduinen und Araber, für den wandernden Osmanen, Turkmenen und Kurden just so, wie es nötig war, um sie rasch in der Begriffswelt dieser Nomaden einzunisten; hygienisch und praktisch auch sonst nützliche Lehren mit ihr verbindend, erfüllte er seine Glaubenslehre vor allem mit glänzenden Versprechungen für das Jenseits. Daß diese aber nur durch Religion der guten Tat, durch ein Leben nach hohen moralischen Grundsätzen ihre Erfüllung finden, wie beim Christentum, das fehlt in seiner Lehre. Die Suren und Hadide des Koran, welche solche Lehren vom Christentum übernommen haben, sind späteres Beiwerk, in Arabisch geschrieben und für das Türkenvolk deshalb sprachlich unverständlich.

Der Islam ist und bleibt Nomadenreligion, die Kraft zur Schaffung wahrer Kultur wohnt ihm nicht inne, mag er auch die größte Zahl von Millionen Anhänger umfassen. Der Moslem ist fromm, aber nur nach der Form. Er kennt vielfach die Lehren seiner Religion nicht, denn er versteht

Digitized by Google

nicht, was der Hodschah in der Moschee sagt, weil dieser Arabisch spricht. Er kennt die Pflichten der täglichen, zahlreichen Gebete, nimmt flüchtig die dazu vorgeschriebene Reinigung von Stirn, Händen und Füßen vor, fastet sich durch seinen Ramasanmonat und blieb im übrigen seit Jahrhunderten Feind jedes Fortschrittes. Der Träger aller Kultur, die Religion, scheidet also hier als solcher völlig aus, da sie ausgesprochenen Nomadencharakter trägt. Das völlige Versagen des Aufrufs des Padischah zum Heiligen Krieg hat uns zudem den Beweis erbracht, daß die anfängliche Zugkraft der islamischen Lehre längst verloren ist.

Man spricht auch ganz irrtümlich von einem türkischen Reiche. Dieser geographische Begriff trifft nicht zu. Die auf den Karten eingemalte Grenze gleicht einem Gummiband, das eine Menge Völkerstämme bald enger, bald weiter umschließt, und innerhalb derselben gab es gar manches Revier, wohin keine Regierungsgewalt reichte — daghda — in den Bergen, sagt der Türke. Nomadenstämme in völliger Urwüchsigkeit, vor allem Turkmenen und Kurden, bewegen sich noch heute namentlich im Osten des kleinasiatischen Türkengebiets. Mit ihren Herden ziehen sie ruhelos durchs Land, nur von einem Motiv geleitet: Wo es etwas zu fressen für die Herde gibt und damit zu essen für sie selbst, da zieht man hin. Jeder sorgt, möglichst viel für sich und seine Tiere zu finden; Weideland ist Lebensbedingung. Jede andere Bewachsung und Bebauung steht ihr im Wege und wird beseitigt. So fielen die wunderbaren Wälder Kleinasiens mit wertvollsten Holzarten dem Nomadensinn weithin zum Opfer. Wo noch Wald vereinzelt steht, legt der Nomade alljährlich Feuer an; Waldbrände sind tägliche Erscheinungen. Der schweifende Nomade kennt keine Naturverehrung, er geht nur vom Nützlichkeitsstandpunkt aus. Wie kann aber ein Land, das keine Wälder, kein Bauholz besitzt, kein Feuerungsmaterial, auf irgendwelchem Gebiete einen Kulturaufschwung nehmen? Es ist der Mühe wert, diesen Gedanken in allen Einzelheiten durchzudenken und zu verfolgen!

Gleichzeitig hat die Beraubung des Landes um große Waldbestände die Gefahr der Austrocknung herbeigeführt. Der Schwamm des Landes, der die Feuchtigkeit hält und verteilt, ist doch der Wald. Längst ist man in Kleinasien auf dürftige Quellen und Flüsse angewiesen, das ist die Folge des nomadischen Waldmordes. Der zerstörende Nomadensinn hat sich so um ein weiteres zum Leben unentbehrliches Element gebracht, das Wasser, damit um die Ausnützung des an sich überaus fruchtbaren Bodens, um die Möglichkeit geregelter Landwirtschaft und Eindämmung zerstörender Überschwemmungen infolge elementarer Ereignisse.

Keineswegs ist das alles die unmittelbare Folge wildschweifender Nomadenstämme. Der größere Teil der kleinasiatischen Völker ist heute nicht mehr rein äußerlich nomadisch wandernd, aber im einzelnen lebt eben die tausendjährige Nomadenseele unverändert weiter. Unzählige Einzelheiten der täglichen Lebensgewohnheiten geben dafür im Türkenland den untrüglichen

Digitized by Google

Beweis und zeigen dem aufmerksamen Beobachter, daß er hier in eine ihm völlig wesensfremde, seinen Grundbegriffen zuwiderlaufende Gedankenwelt eintritt. Weil wir nicht gelernt haben, diese Gedankenwelt zu erfassen und zu verstehen, weil wir nicht zur Erkenntnis gekommen sind, daß jene Sinnesrichtung es unmöglich macht, daß die Völker des heutigen Türkenreiches aus sich selbst heraus auf irgendeinem Gebiete sich aufwärts entwickeln können, deshalb war unsre Arbeit dort umsonst. Wir mußten, um wirklich zu helfen, Maßnahmen treffen, gegen deren Ausführung sich unser deutsches moralisches Empfinden zwar im ersten Augenblick wohl gesträubt hätte, die aber allein zum Erfolge führen konnten, die all die Hoffnung und Sehnsucht der anatolischen Bauern zur Erfüllung gebracht hätten. Zu spät. Der Engländer wird sich nicht lange besinnen, er wird den im Nomadenlande einzig erfolgreichen Weg einschlagen und alles selber machen. Nachdem er einmal Sieger ist, tut er recht daran. Wir wollen dies doch an einer näheren Betrachtung nomadischen Wesens uns vor Augen führen und den Beweis erbringen, daß wir auch als wohlmeinende Verbündete alles Recht gehabt hätten, im Türkenland anders vorzugehen, als wir getan.

Wir wissen, der Nomade kennt keine Wohnstätte von Bestand; er wandert. Mit flüchtigen Mitteln schlägt er zu kurzer Rast sein Zelt auf, was ihm dazu dienlich ist, wird beigeschafft. Neben dem Zelt zündet er sein Feuer an, seine Nahrung sucht und findet er bei seiner Herde — oder anderswo. Der Begriff von Mein und Dein, der Unterschied zwischen beidem spielt dabei keine Rolle, was sich „findet", wird dem Selbstzweck nutzbar gemacht. Ob dabei Werte zugrunde gehen, ist einerlei; für den Nomaden gibt es keinen Dauerwert, er ist ja morgen wo anders und hofft dort zu finden, was er braucht. Nur Seßhaftigkeit kennt den Begriff der Erhaltung, des Wertes, der Pflege — Nomadensinn zerstört.

Im Zelte wohnt die Sippe zusammen. Der Islam aber trennt das weibliche Geschlecht in besondere Räume ab; so entsteht in ursprünglichster Form Haremlik (Frauenraum) und Selamlik (Männerraum) im Zelt durch Aufhängen einer Matte, die den Raum in zwei Teile teilt. Andere Matten dienen im Haremlik zum gemeinsamen Ruhelager. Der Nomade lernt Knüpfarbeit und Farbenmischen, in jedem Volksstamm in besonderer Art; in Jahrhunderten entsteht die Teppichknüpferei, noch heute meist mit primitivsten Mitteln betrieben.

Der Nomade zieht weiter, Zelt und Teppiche schleppt er mit, den Lagerplatz läßt er in Unordnung liegen, das Feuer brennt weiter, Reste geschlachteter Tiere und der Unrat der Herde verpesten das Land. Was hier war, liegt hinter dem Schweifenden, hat kein Interesse mehr für ihn, was nachher kommt, macht ihm keine Sorgen, Allah wird helfen — inschallah —, so führt ihn sein Fatalismus weiter, und nach ihm kommt eine neue Herde. So geht es seit Jahrhunderten. Die Spuren dieses Treibens hinterlassen eiternde Narben im Lande: Unordnung, Zerstörung, Unsauberkeit, Ungeziefer, Seuchen. Nie-

Digitized by Google

mand erhält, jeder verbraucht und vernichtet zum Selbstzweck. Das Innenleben des Nomaden haftet deshalb nicht an festen Dingen und Begriffen, es kennt keinen Besitz, an dem sein Herz hängt, keine Überlieferung, keine Heimat, nach der man sich sehnt, kein Vaterland, das die große Gemeinschaft umfaßt. Niemand arbeitet im Gedanken an den Nutzen für die Volksgemeinschaft, niemand baut und gründet etwas von Bestand. Die schöne Natur weckt keine tieferen Gefühle, sie bleibt Gebrauchsgegenstand; dauernde Eindrücke ihrer oft zauberhaften Bilder auf das Gemüt sind unmöglich im immerwährenden Wanderleben.

Haus- und Ackergerät, Beförderungsmittel, Bespannung, Bekleidung und Schuhwerk, die ganze Familiengemeinschaft, alles ist flüchtig, auf Kurzfristigkeit eingestellt. Was verdirbt, zerbricht, unbrauchbar wird, stellt man nicht wieder her, man läßt es als Trümmer liegen, findet dafür Ersatz, sei es auch durch Diebstahl oder Kampf. Hygiene und Gesundheitspflege sind unter solchen Verhältnissen undenkbar, Sachverständige dafür fehlen, Aufsicht, Obrigkeit, Gesetzesregelung sind papierene Begriffe geblieben ohne praktische Einwirkung auf Besserung. Gewalt geht vor Recht, wirkliche Begriffe des letzteren bestehen überhaupt nicht, Eigennutz ist die Triebfeder des Handelns, der Selbsterhaltungstrieb steht obenan.

So war es in Vorderasien von jeher, so ist es heute noch, nur in äußerlich gemilderter Form. Wer dies ableugnen wollte, kennt Land und Leute nicht. Ob wir an der Nordküste Kleinasiens entlang Tscherkessen und Lasen, ob im Osten Kurden und Turkmenen, im Süden arabische Stämme und Beduinen, ob im Herzen des Landes den Anatolier ins Auge fassen, spielt keine Rolle. Nur äußerlich sind sie seßhaft geworden. In Wirklichkeit aber wandert doch heute noch alles. Bald begründet einer in Brussa seinen Hausstand, bald derselbe in Trapezunt oder Tokat, um von dort nach Kaisarie oder Aleppo umzusiedeln. Im engeren Rahmen schiebt sich der anatolische Bauer zwischen den Dörfern seines Wilajets umher, und auch den Stadtbewohner im schwarzen Frack und feingebügelten Fes ergreift die Wandersucht unwiderstehlich. Er wohnt im Sommer anderswo als im Winter, einigermaßen vermögend, besitzt er mindestens zwei Häuser und zieht zwischen ihnen während des Jahres mehrfach umher. Der Mieter wechselt mit Vorliebe seine Wohnung unter allerlei Vorwänden, alles und jedes Volkselement ist in dauernder Bewegung ohne triftigen Grund, ohne Berufsveranlassung, lediglich aus altem Wandertrieb und dem Wohlbefinden entsprechend, „Kefini gelior" — dem Kef zuliebe. Denn Kef ist Wohlbehagen in allerlei Form, von der Befriedigung des angestammten Wandertriebes bis zum träumenden Hocken unter Ausschaltung jeglicher Geistestätigkeit, wobei jedes Nachdenken, jedes Vertiefen in Fragen der Vergangenheit und Gegenwart ausgeschaltet bleibt, die Zukunft mit frommem Wunsch Allahs Ratschluß überlassen wird.

Warum sich also auch heute mit viel Ballast beschweren, mit viel Eigentum umgeben? Der Bauer klebt heute noch seine Hütte, der Behausung vorzeit-

Digitized by Google

licher Höhlenbewohner ähnlich, aus Mist, höchstens Lehm zusammen. Sie zerfällt, wenn er wandert, vielleicht auch schon früher, und bleibt als Ruine stehen. An anderer Stelle entsteht flüchtig eine neue — wundersame Bilder, die meinem an Seßhaftigkeit und Gemütlichkeit gewöhnten Sinn stilles Mitleid entlockten. In den Städten tritt an Stelle dieser Hütten das leichte Holzhaus, billig, flüchtig gebaut, rasch neu zu erstellen, wenn der Brand es frißt, zudem ungefährlicher bei den häufigen Erdbeben. Fundamentale Bauten sind selten, höchstens Renommierstücke der jungtürkischen Regierung.

Die Innenausstattung des Türkenhauses ist höchst primitiv, Gemütlichkeit in unserem Sinne findet man nicht, sie ist ja doch aus der Liebe zur Scholle, zum Heim, zur Stube geboren. Man trennt kein besonderes Schlafgemach ab, rollt im Haremlik des Städters und Bauern abends die Decken zur Lagerstatt auf und kennt nur bei den „vereuropäerten" sogenannten Gebildeten das Bett. Ja, vielfach zieht man sich zur Nachtruhe gar nicht aus. Das sonstige Hausgerät zeigt einfachste Form, ist dabei aber vielfach recht praktisch. Es hat keinen traditionellen Wert und wird leichthin dem Fremdling gutherzig geschenkt, dem es in seiner Eigenart begehrenswert erscheint. Für den Gast ist in der Hütte des Bauern wie im Holzhaus des Städters oder in der Villa des Paschas stets ebensoviel Raum, wie am Lagerfeuer und im Zelt des alten Nomaden. Denn es ist nach der Religion „verdienstlich", Gastfreundschaft zu üben.

Einfach, auf den Augenblicksbedarf zugeschnitten, ist die Verpflegung und Bewirtung, die Gastfreundschaft daher unbegrenzt möglich. Das Eßgeschirr zeigt einfachste Formen und verringert sich noch heute nicht allzu ferne den Städten auf die gemeinsame Schüssel, aus der jeder nach Belieben zugreift oder aus der Hand des Gastgebers das Mahl entgegennimmt, um es, von ihm mit den Fingern zerrissen, ohne Messer und Gabel zu verzehren. Bequeme Sitzgelegenheiten kennt man nicht, europäisch nachgeahmte sind denkbar unbequem. Der Türke zieht es immer noch vor, nach alter Art mit untergeschlagenen Beinen zu hocken, und genötigt, „à la Franca" zu sitzen, schlägt er zur Erreichung des Kefs doch mindestens ein Bein unter.

Der Ofen fehlt; in der Hütte brennt der gedörrte Mist, im Holzhaus glüht der Mangal, das Kohlenbecken, in mannigfachster Form. Der Wanderer zündet sich draußen zur Rast ein Feuer an, das gehört zum Kef. Wo noch ein Baum steht, geschieht das an seinem Fuße. Er zündet sich seine Zigarette an der Glut an, selten, daß er sich etwas kocht. Und wenn er weiterwandert, glüht das Feuer ungelöscht fort, der Baum kohlt an, was schadet's, der Wanderer zieht ja weiter, für ihn hat der Baum keinen Wert mehr; wie's der nächste nach ihm findet, ist ihm gleichgültig. Man male sich die Folgen aus! Dort ein Feigen- oder anderer Früchtebaum. Wenn möglich, wird er umgelegt, zum mindesten fallen die größten Äste, um bequem zu den Früchten zu gelangen, der Rest bleibt liegen. Die Spuren solch sinnloser Zerstörung erbittern uns überall. Geschichtliche Denkmäler der Vorzeit,

Digitized by Google

Skulpturen höchsten Wertes werden willkürlich zerschlagen, um einem profanen Zweck zu dienen, für Geschichte und ihre Zeichen, für Kulturwerte und Überlieferung besteht nirgends Verständnis.

Fast Urweltform zeigt der Wagen des Bauern und der Pflug im Landesinnern; die Räder von dicken Stämmen gesägte Holzscheiben, der Oberbau zwei Gabeln, zwischen denen eine Mulde von Stoff eingehängt ist. Das Joch der Zugtiere zeigt die älteste Form des Holzrahmens, der über den Hals gestreift wird, das Pferd geht fast nackt unter dem ländlichen Reiter, den Strick durch das Maul gezogen und meist ohne Sattel. Am Fuhrwerk fehlt die Bremse; von Pflege der Haustiere ist nichts zu sehen. Ochsen, Büffel, Schafe, Esel, Kamele und Ziegen laufen während der Rast frei umher und ernähren sich selbst. Sind sie krank, so bleiben sie verendend liegen, die Religion verbietet das Töten. Unendlich viel unbewußte Grausamkeit liegt in diesem Nomadenverfahren, das heute noch fortlebt, wie ehedem. Nicht geringer ist die Gleichgültigkeit gegenüber den Leiden der Mitmenschen. Aberglauben und Angst vor Ansteckung, der Mangel an ärztlicher Hilfe und Verständnis für Vorbeugungsmaßnahmen bringen es zuwege, daß mit Flecktyphus oder Cholera Behaftete einfach beiseite geschleppt und hilflos ihrem Schicksal überlassen werden. Der Wert des Menschenlebens, die Bedeutung des einzelnen für die gesamte Volkskraft ist in allen Schichten des türkischen Volkes nicht erkannt, ganz natürlicherweise, denn der Begriff der machtvollen Volksgemeinschaft fehlt dem Nomadensinn vollkommen.

Planvolle Anordnungen und vorausschauende Überlegung sind unbekannt; für Zeit, Maß, Rechnung, für Mechanik, Maschinen- und Ingenieurwesen, für alles, was ins Technische schlägt, besteht kein Sinn und keine Ausdauer. Demzufolge versagt in türkischer Hand in Kürze alles, was in Europa spielend funktioniert. Die Folge hiervon sind Störungen, Unglücksfälle, Menschenopfer. Sie bleiben unbeachtet, Lehren werden nicht daraus gezogen, der Sparsamkeitssinn ist nicht entwickelt, so verkommt alles, ohne daß sich jemand darüber entrüstet — Denkrichtungen, die bei uns nur ein Kopfschütteln auslösen.

Vom rein äußerlichen Gebiet sind wir so dem des nomadischen Innenlebens nähergekommen. Naturgemäß trägt auch dieses den Stempel des Unbeständigen und der Flüchtigkeit. Wie es den nomadischen Vorfahren immer wieder zu einem neuen Platze gezogen hat, wo er seine primitive Existenz für Stunden oder Tage gründet, so ist die Lust am Umändern, am Neuesbeginnen auch denen geblieben, die heute äußerlich nicht mehr Nomaden sind, wohl aber innerlich.

Der Türke, der in Paris und London, in letzter Zeit auch in Berlin „studierte", hat sich da angesehen, was es alles für schöne Dinge gibt. Dies „Studium" glich dem Beschauen unverstandener Dinge durch ein neugieriges Kind, einem Betrachten ohne Erkenntnis des Grundgedankens, des Zusammenhanges, des Zweckes, der Voraussetzungen für Erfolg und Wirkung, ohne Verständnis, wo und wann die Verwendung aussichtsreich ist oder nicht.

Digitized by Google

Aber der moderne türkische Nomade wollte Europa doch zeigen, daß sein Volk eine Großmacht der Neuzeit sei oder doch werden sollte. Deshalb ahmte man im Türkenlande das unverstanden Geschaute nach, lieh oder kaufte, ließ sich flüchtig Anleitung geben, wußte bald in echt orientalischer Überhebung und Eitelkeit alles besser als der Lehrmeister, griff aber tatsächlich alles verkehrt an. Ob es sich dabei um Organisation des Staates, um Hebung der Volkskultur, Stärkung und Ausbau des Heerwesens, land- und forstwirtschaftliche Fragen, Verwendung von Maschinen und technischen Mitteln, Ausführung von Bauten handelte — ganz einerlei, es war niemals ein systematischer Aufbau von unten nach oben, niemals eine gesetzmäßige Entwicklung, nie ein logisch durchdachter Plan vorhanden. Ein Einfall, eine Laune — mit großem Trara wurde die Ausführung eingeleitet, viel Geld dafür ausgegeben, in Kürze hatte das Projekt den Reiz der Neuheit verloren, schon wanderten die Gedanken nomadenhaft zu etwas Neuem; das Begonnene blieb liegen, dem Neuen ging es ebenso.

So wurde in der Türkei im großen wie im einzelnen tagtäglich viel begonnen, aber nichts vollkommen durchgeführt. Das Gesamtergebnis ist natürlich der Verfall, der Fortschritt lebte nur in der Phantasie des Türken. Sein Traum geht über die Trümmerfelder verlassener Projekte stets zu neuen Luftschlössern. Der Fata Morgana gleich locken und täuschen ihn diese; er wandert ihnen nach und verliert sich ziellos in der Wüste, aus der einst seine Vorväter kamen.

Es fehlte den Türken eben eines, im Äußern wie im Innern, der Bestand. Nur durch Bestand wird jedoch jedes Ding zum Besitz, nur als Besitz gewinnt es Wert, nur durch den Wert, idealen oder realen, wird innere Anhänglichkeit, Pflege und Sorgsamkeit in der Erhaltung gezeitigt. Ist nicht bei uns auch der Ärmste anhänglich an die paar Habseligkeiten seines Stübchens? Wer mehr besitzt, hängt an seinem Haus und Hof, seinem Garten, seinem Baum, seinen Blumen und Tieren. Die Liebe zum Dorf, zur Stadt ersteht daraus, man hat eine Heimat und liebt sie. Und aus dem Begriff der trauten Heimat wächst der Gedanke des gemeinsamen Vaterlandes mit allem, was er umschließt, bis zum Heldentod im Kampf. So liegt in der Beständigkeit und Seßhaftigkeit das Motiv der Ausgestaltung, des Fortschrittes und aller Kultur. Hier liegt die Wurzel des Gemeinsamkeitsgefühles und des Strebens, zugleich mit der Förderung des eigenen Einzeldaseins auch die Gesamtheit des Volkes zu entwickeln und zu stärken, zu pflanzen, um ein starkes, sich ausbreitendes Wachstum mit reichem Ertrage zu sehen. Dies Pflanzen aber kann nur auf einer Scholle geschehen, für jeden auf der seiner Heimat, für alle auf dem Gebiet ihres Vaterlandes, soll eine Volksmacht erstehen. Niemals konnte der unstet schweifende Türke daher eine solche gestalten, denn niemals kann der Nomade aus sich selbst heraus zur Seßhaftigkeit kommen.

Wollte die Türkei, deren Völker im innersten Wesen, wie wir sahen, noch durchaus nomadischen Charakter tragen, tatsächlich Kulturfortschritte zeitigen

Digitized by Google

und Daseinsberechtigung als selbständige Macht gewinnen, so mußte sie seßhaft gemacht werden. Das konnte nur durch ein selbst seit langem seßhaftes Volk als Lehrmeister geschehen, das mit fester Hand in den Wirrwar unsteten Denkens und Handelns hineingriff. Nur volle Willenskraft hätte den Nomadensinn im Laufe von Jahrzehnten zur Seßhaftigkeit bringen können. Entsprechend der Auffassung des Orientalen war der richtige Weg, ihm die Nützlichkeit, den äußeren Vorteil dieser Wandlung vor Augen zu führen, ihn zu zwingen, an einem Platze zu bleiben, dort zu arbeiten, dauernde Zustände zu entwickeln, sie zu verbessern. Man mußte ihm Erträgnisse zeigen, die er in Geld umsetzen konnte, man mußte dafür sorgen, daß ihm von Staats wegen gelassen wurde, was er so auf redlichem Arbeitsweg erwarb, man mußte gegen die Kontribution vorgehen und dem Bauern vor allem damit die Mittel lassen, sein Dasein zu verbessern. Nur so auf dem Weg äußeren Vorteiles war nach und nach die Freude am Eigenbesitz zu wecken, nur so konnte die Tradition erstehen, die es wert erscheinen ließ, der nächsten Generation zu erhalten, was die vorhergehende schuf. So wäre auch dem Türken die Scholle, auf der er nun blieb, zur Mutter Erde geworden, die er liebte, wäre zur Heimat geworden. Seßhaftigkeit und Gemeindeinteressen hätten nach und nach das Land, das die Urväter durchstreiften, zum Vaterland gemacht, dessen Begriff im tiefsten Herzen wurzelt, nicht, wie vor wenigen Jahren in der Türkei geschehen, nur als neuerfundenes Wort „Wattan" auf den behördlichen Tafeln verkündigt, ein toter Begriff blieb.

Wir Deutsche arbeiteten selbst im Türkenland im Schweiße unseres Angesichts — der Türke schaute zu. So blieben wir ohne Erfolg, und er lernte nichts. Wir durften nicht nur bieten, wir mußten fordern, zum mindesten Arbeitsleistung und einen Teil ihres Erträgnisses.

Nun werden uns Engländer und Franzosen zeigen, wie man in der Türkei vorwärts kommt und in Kürze dort hohe Gewinne erzielen kann. Der Türke aber wird zu ihren Lohnsklaven herabsinken, er konnte nicht selbständig werden.

Daran hinderte ihn aber nicht nur sein ererbter Nomadensinn allein, sondern noch ein weiteres tiefgreifendes Element,

die orientalische Phantasie.

Sie ist für uns Europäer fast sprichwörtlich. Ihren Spuren als Zerstörerin alles wirklichen Kulturfortschrittes zu folgen, entbehrt nicht des Reizes. Sie trägt nicht zum mindesten mit die Schuld am Untergang der Osmanen. Zahlreiche Auslassungen in türkischen Schriften geben Zeugnis von der Erkenntnis, welche Gefahr in ihr liegt.

So schreibt der „Ikdam" Mitte Juli 1917 unter anderem: „Unsere Schulen sind den Anforderungen der Zukunft nicht gewachsen. Die Schuld trifft nicht nur das Unterrichtsministerium, sondern auch die Schüler, die sich viel mehr für Literatur, Rechtskunde, Sprachen und Soziologie interessieren, als für exakte Wissenschaften. Die Männer, welche die jetzigen Schulprogramme ent-

Digitized by Google

worfen haben, standen dem praktischen Leben fern. Bisher haben wir von den Phantastereien nur Schaden gehabt. Wir haben unsere Schüler zu Phrasenhelden ausgebildet. Diese einseitige Ausbildung der Phantasie führt zur Schädigung auf jedem Gebiet. Unsere Schulen, unsere Deputiertenkammer, unser Senat zeigen alle einen Hang zur Phantasie. Dagegen sind diejenigen, die der Wahrheit ins Gesicht zu sehen wagen, sehr selten. Das ist bei uns eine alte, gefährliche, zerstörend wirkende Gewohnheit. Das kann nicht so weitergehen. Sonst wird unsere Universität nicht das, was sie sein soll, eine Stütze der Nation."

Solch verlorene Stimmen führten nicht zur Selbsterkenntnis. Nach meinen Beobachtungen im Lande selbst halte ich es überdies für ausgeschlossen, daß eine an phantastischem Wesen kranke Generation Erwachsener die Erziehung Nachwachsender zu weniger phantastischem Wesen erfolgreich durchzuführen vermag. Um Wandel zu schaffen, müßte ein anderes Volk den Lehrmeister abgeben, in dem Klarheit, reales Denken, Wahrheitsliebe alteingesessen sind. Wir Deutsche hätten da viel Gutes leisten können, hätten wir rechtzeitig begonnen, nicht am falschen Platze mit Auslandsschulen gespart, und die richtige Auswahl der Lehrkräfte getroffen. Während des gemeinsamen Krieges sollte das alles auf einmal nachgeholt werden. Es war zu spät und unmöglich — die orientalische Phantasie auf gesunde Fortschrittsbahnen zu lenken, bedarf es ganz anderen Einflusses, als wir besaßen, und langer Zeit. Verfolgen wir einmal das Bild der türkischen Schulentwicklung, die ich persönlich recht gründlich kennenlernte, weiter. Der Schreiber des „Ikdam" ist selbst Phantast, ohne es zu merken; er packt das Übel nicht an der Wurzel. Er denkt zuerst an das ins Auge Springende, an das nach außen hin den guten Schein Erweckende, an das Demonstrierende, die Universität. Sie, die nach unseren Begriffen diese Bezeichnung keineswegs verdient, steht dauernd im Vordergrund des Interesses der neuzeitlichen Türken. Was haben sie nicht alles von ihr erwartet und einen unglaublichen Stolz auf sie gehabt! Dabei blieb man sich völlig unklar darüber, daß man wieder einmal mit dem Aufbau am Dachfirst anfing, ohne daß die Fundamente gefestigt waren, und daß die Folge ein Einsturz sein mußte. Der phantastische Sinn auch derer, die wirklich bessern wollten, drängte nach rasch sichtbaren Erfolgen, nach Schaustellung, ohne der logischen inneren Entwicklung und dem systematischen Aufbau Rechnung zu tragen. Eineinhalb Jahre habe ich in Wort und Schrift dafür gekämpft, daß die Verbreitung der Volksschule und die Erziehung der 80 vom Hundert Analphabeten, die keine Schule besuchten, durch eine Jugendorganisation die einzig richtige Grundlage für jeglichen allgemeinen Kulturaufschwung bilden müsse. Nur Enver- und Talaat-Pascha zeigten dafür volles Verständnis. Allzusehr stellt man die sogenannten höheren Schulen in Vordergrund, um in ihnen aus jungtürkischen Kreisen vor allem Anwärter für das Universitätsstudium nachzuziehen. Man gelangte nicht zur Erkenntnis, daß akademisch geschulte Leute, die in orientalisch-phantastischen Theorien weiterleben, unfähig

Digitized by Google

bleiben, der völlig ungebildet gelassenen Masse des Volkes Kulturfortschritt zu bringen. Man ist der Erkenntnis abgeneigt, denn die Errichtung zahlreicher Volksschulen, die Ausbildung einer großen Zahl einfacher Volksschullehrer demonstriert ja nach außen hin nicht derart den Fortschritt der Wissenschaft in der Türkei, wie Ausbau und Erweiterung der Stambuler Universität. Das Phantastische, Theatralische, Demonstrative ist wiederum der Grund zum Mangel an klarer Erkenntnis des Nötigen. Man will rasch dem Ausland gegenüber mit hoher Bildung imponieren und beweisen, daß man eine selbständige Großmacht ist, und bildet sich ein, dies werde mehr nützen, als wenn in Kürze die 80 Prozent Analphabeten im Lande auf 60 und 40 Prozent zurückgehen. Im eigenen phantastischen Sinn glaubt man auch nicht, daß der andersdenkende, nüchtern beobachtende, dem Nützlichkeitsgrundsatz folgende Europäer auf die Allgemeinheit, das Volk in den Provinzen, in erster Linie sein Augenmerk lenkt. Man will ihn täuschen und täuscht sich selbst dabei am meisten. Die den angebahnten Kulturfortschritt leitenden Türken waren selbst phantasiekrank und nicht zu ihrem Amt befähigt. Sie hatten in Frankreich und Deutschland vieles gesehen, waren aber nur von den Äußerlichkeiten bestochen, ohne den tiefen inneren Zusammenhang und Aufbau zu erfassen. Daheim ahmten sie äußerlich nach, entwickelten hübsche Bilder phantastisch gekleideter Schuljugend, brachten aber keinen innerlichen Fortschritt. Die deutschen Beiräte waren lahmgelegt, auch die Zeit ihres Wirkens zu kurz.

Die Lehrerschaft, die ich gründlich kennen lernte, entbehrt in der Türkei heute noch erst recht aller für ihr Amt nötigen Eigenschaften. Sie erkennen nicht den Kern ihrer Aufgabe, vor allem fehlt ihnen die Selbsterkenntnis ihrer eigenen Schwächen; man hängt geradezu an solchen, vor allem aber am phantastischen Wesen, das hier zur ausgesprochenen Schwäche wird.

Es wäre durchaus irrtümlich, Phantasie einfach als Schwäche zu bezeichnen, als hinderlich für den Kulturfortschritt. Sicherlich vermag sie auf Bildungsgebieten, wo abstrakte Begriffe im Vordergrund stehen, fördernd zu wirken. Sie stärkt und vertieft das Gemüt und leiht der Wissenschaft in ihrer Gedankenwelt Flügel. Sie schafft neue Begriffe, hegt sie liebevoll und erhebt sie, auf Ideale gelenkt, zu Leitmotiven edler Handlungsweise. Ein völlig phantasieloses Wesen vermag wohl tüchtige reale Arbeit zu leisten, bleibt aber arm an Idealen. Es wird nützen, aber doch auf einer gewissen Tiefstufe bleiben. Der übermäßig phantasiereich Schaffende dagegen läuft Gefahr, nichts Wirkliches zu leisten, ein nutzloses Glied der Gemeinschaft zu bleiben. Er besitzt in seinen Phantasien nur eingebildete Werte, die sich nicht auswirken. Solchem Wesen haben die Türken bisher gehuldigt. Während wir praktisch und nüchtern veranlagten Europäer uns befleißigten, die Phantasie in Kunst und Dichtung zu wecken und zu pflegen, galt es für die Türken, ihre flüchtig schweifende orientalische Phantasie einzudämmen, zu fesseln, ihr nutzbringende Ziele zu setzen, sie zum Kulturfaktor umzubilden.

Digitized by Google

Daß dies den Türken nicht gelang, möchte ich darauf zurückführen, daß sie noch heutigentages alle innerlich Nomaden sind. Es ist der Mühe wert, einen Vergleich zwischen der Phantasie des nomadischen und des seßhaften Volkes zu ziehen, die grundverschiedene Wege gehen.

Jeder Einzelne im seßhaften Volke kennt so wenig wie seine ganze Gemeinschaft wildschweifende, irrende Phantasie. Seine Einbildungskraft schöpft aus der Quelle tatsächlicher, beständiger Verhältnisse. Seine Phantasie strebt danach, das tatsächlich Vorhandene im günstigsten Lichte zu schauen, seine vollkommene Entwicklung bis zum Ideal sich auszumalen, in dem Gedanken an höchste Entfaltung zu schwelgen, und indem sie sich in Wünschen danach ergeht, sucht sie nach Mitteln und Wegen, den Traum zur Wirklichkeit zu gestalten. So strebt die Phantasie des Seßhaften, von naheliegender realer Grundlage ausgehend, zielsicher als vorwärtstreibende Kraft zur Vervollkommnung. Von festen Begriffen ausgehend, sucht sie im Fluge feste Ruhepunkte als Wegweiser, verliert die Bahn nicht und geht nicht ins Unbegrenzte des Unmöglichen. So bleibt sie Leitmotiv des Fortschrittes, Triebkraft der Weiterentwicklung und nützt. Sporadisch entgleisen wohl auch unter uns Einzelne, wir nennen sie Phantasten.

Im türkischen Leben aber ist es zufolge der nomadischen Unstetigkeit, die eingangs geschildert wurde, ganz anders. Hier fehlt schon der feste Untergrund ausgebauter Verhältnisse für den Ausgang der Phantasie.

Aus unklaren Zuständen, Flüchtigkeit, Unordnung und Unvollkommenheit schweift sie hinaus ohne klares Ziel, ohne Wunsch und Willen, das Bestehende zu bessern. Sie sucht lediglich in nomadischem Drang nach Abwechslung, nach Neuem. So taumelt die orientalische Phantasie wankelmütig bald dahin, bald dorthin, verlockenden Bildern nach, deren Äußeres nur, nicht deren innerer Wert sie anzieht. So wenig eine dauerhafte Grundlage ihr Ausgangspunkt war, so wenig vermag sie sich ein ideales Vollkommenheitsbild zu gestalten. Sie bleibt unstet, zerstörend, wie der Nomade selbst. Nur wer Raum und Zeit zu schätzen weiß, vermag auch seiner Phantasie Zügel anzulegen. Das fehlt dem Orientalen. Seine schweifende Phantasie zeigt sich schon deutlich im Kinde. Es kennt keine Pünktlichkeit und wird nicht dazu erzogen. Hier wäre der Hebel anzusetzen. Der Türke müßte lernen, Raum, Zeit und Tatsache zu fest umgrenztem Begriff in Geist und Gemüt schon des Jugendlichen zu gestalten, damit sie Werte werden.

Kein junger Türke weiß, wie lange er zu bestimmter Arbeitsleistung, zu einer schon oft zurückgelegten Wegstrecke, zur Ausführung eines Auftrages braucht; er kommt daher, auch im hohen Alter noch, stets unpünktlich, kennt den Wert der Zeit nicht, weiß den Raum nicht zu messen. Alle Arbeit wird damit unvollkommen. Er beginnt zu spät, versäumt, bricht vorzeitig ab, macht unnötige Pausen; er wird durch Nebensächliches vom Hauptzweck abgelenkt und vergißt über ersterem die Hauptsache. Bei der einfachsten alltäglichen Verrichtung ist er noch unfähig, seinen Gedanken eine feste Richtlinie zu geben,

Digitized by Google

und kommt darum nicht zu einem vollkommenen Arbeitsergebnis. Da während alles Tuns seine Gedanken abseits schweifen, sammelt er keine Erfahrungen und steht vor denselben Aufgaben stets wieder als unerfahrener Neuling. Mit natürlich gesunden Augen sieht er meist gut, aber er beobachtet nicht. Mit jungen und alten Türken habe ich derartige Versuche vielfach ausgeführt und bin mir klar geworden, daß mit ihrem Schauen kein Denken und Beobachten verbunden war. Dasselbe trat bei Erteilung eines Auftrages zutage. Der Türke hört gut, aber er hört nicht zu. Er vermag nicht zu wiederholen, denn er hat schon an etwas anderes gedacht. So bestellt er unpünktlich, sachlich nicht erschöpfend, und meist erfährt der Auftraggeber gar nicht, ob seine Weisung vollzogen wurde. Die Folgen sind, auf die Allgemeinheit des Volkslebens übertragen, schwerwiegend, ganz besonders im Betriebe der Armee.

Die unstete Phantasterei zeitigt bei der Arbeit der Hände im Gewerbe Flüchtigkeit und unsolides Wesen. Nichts ist haltbar und vollkommen, was hier geschaffen wird; auf den äußeren Schein wird vor allem Wert gelegt, nicht auf praktische Brauchbarkeit. Die Zielloſigkeit des Handelns vermag man allerorts zu beobachten. Jeder zwängt und drängt, hindert damit den geordneten und beschleunigten Ablauf der Menge. Dieselben Leute, die durch ihr Drängen die anderen aufhielten, stehen nachher wartend umher und stören abermals den Verkehr. Ein Ausweichen kennt man nicht; an den Schaltern und Eingängen platzt alles aufeinander, niemand greift ein. Jeder taumelt, statt zielbewußt seinen Zweck vor Augen zu haben, den Kopf voll Projekte und Phantasien. So der einzelne, so das ganze Volk.

Aberglaube und Leichtgläubigkeit, diese Kinder ungezügelter Phantasie, ungepflegten Geistes- und Gemütslebens, feiern unter dem Türkenvolke wahre Orgien. Gerüchte ohne jede Grundlage werden von Mund zu Mund getragen, niemand fragt, woher das Gerücht stammt; die Folgen falscher Ausstreuungen bedenkt niemand. Vielfach waren sie schwerwiegend, ja vernichtend; die Kriegszeit hat dafür Beispiele genug erbracht. In der Armee wirkten sie geradezu verhängnisvoll, und die Feinde machten sie sich zunutze. Die ungeschulte Einbildungskraft sucht selten optimistisch das Günstige, sie wühlt im Ungünstigen, Gruseligen, Drohenden. So verzehrt sie Nervenspannkraft und Widerstandswillen, lähmt und züchtet energieloſen Fatalismus. Diese undisziplinierte Phantasie verlernt rasch Wahrheit und Dichtung zu unterscheiden, scheut sich nicht, völlig unbeweisbare Behauptungen als Tatsachen weiterzugeben und zur Grundlage ihres Verhaltens zu machen. Demzufolge wird die Handlungsweise, auf falschen Beweggründen aufgebaut, schädlich, unnütz und zu wertloſem Kräfteverbrauch im Kleinen wie im Großen. Bald wird aus dem Mangel an Streben nach wahrheitsgemäßer Feststellung gewohnheitsmäßiges Lügen, zunächst ohne Nebenzweck. Sobald aber die Lüge einmal Nutzen gebracht hat, dann schlägt dies eine Saite im Leben des Orientalen an, die kraftvoll nachklingt und ihn zum Schwindler, Betrüger und Ausbeuter macht, wo sich Gelegenheit findet. Im orientalischen Sinne ist das nicht ver-

Digitized by Google

brecherisch, es gilt als dumm, wer die Gelegenheit nicht nützt, sich auf Kosten des Nebenmenschen Vorteile zu verschaffen. Man täuscht sich dabei über sich selbst und seine Fähigkeiten, daraus entspringt die grenzenlose orientalische Überhebung und Eitelkeit. Auf diesem Gebiet neigt die Phantasie ausnahmsweise zum Optimismus, gerade da, wo er am wenigsten am Platze ist. Jeder hält sich für etwas Großartiges, seine wenig tiefgründigen Leistungen für erstklassig — Eigendünkel und Prahlerei sind die Folge. Was man tut, ist dazu bestimmt, dem anderen eine große Leistung vorzuspiegeln. Nach dem Wert und praktischen Nutzen des Geleisteten fragt weder der sich Brüstende, noch der, dem vorrenommiert wird. Beide bleiben in ihrer flüchtigen Einbildung und Leichtgläubigkeit am Äußeren haften, ohne in die Tiefe des wahren Sachverhalts zu dringen. Man ist zufrieden, wenn der äußere Schein genügt; der in erster Linie nach dem praktischen Ergebnis fragende, mit seßhafter Phantasie ausgestattete Europäer ist daher dem Orientalen unbegreiflich mit seiner Gründlichkeit, ja höchst unangenehm. Er fühlt sich durch diese Gründlichkeit beengt, kontrolliert, geknechtet, und stemmt sich gegen sie. Er dünkt sich aber auch über sie erhaben und bezeichnet jenen als den Kleinlichen, Engherzigen, ja Dummen. So trennen sich die Gefühle und leidet die Sympathie not — letzten Endes ist die Verschiedenheit der Phantasie, wie gezeigt wurde, der Grund hierzu.

Wer in der Türkei wirkte, ohne sich diese inneren Zusammenhänge klarzumachen, konnte keinen Erfolg seiner Arbeit erwarten. Leider haben wir Leute genug dorthin entsandt, die verständnislos dafür blieben. Die Phantasie den Orientalen zu rauben, zu unterdrücken, ist unmöglich und wäre falsch. Sie muß aus einer hindernden zu einer fördernden, von einer zerstörenden zu einer aufbauenden, hohe Ziele erstrebenden Kraft umgestaltet, disziplimiert werden. Die selbst phantasiekranke erwachsene Generation vermag dies nicht. Auch auf diesem für alle Weiterentwicklung grundlegenden Gebiete konnte nur ein seßhaftes Volk Lehrmeister und Erzieher sein. Ohne daß die Denkweise im Osten sich der Europas nach und nach anpaßte, war ein Fortschritt auch in der Türkei undenkbar. Wir Deutsche hätten das schon lange erkennen sollen, seit langen Jahren in diesem Sinne wirken müssen, statt selbst noch während des Krieges aus Höflichkeit und falschen Rücksichtnahmen uns auf den von mir oft gehörten und stets bekämpften Standpunkt zu stellen, unsere erste Pflicht sei, uns dem dortigen Wesen anzupassen. Wir sind bei letzterem Verfahren belogen und betrogen worden und haben viel eingebüßt; die Männer, die ehrlich und treu bis zur letzten Stunde zu uns hielten, Enver und Talaat, konnten daran nichts ändern. Nun wird der Engländer in kürzester Frist schroff und rücksichtslos das durchsetzen, was er braucht. Er pflegt nicht, wie der Deutsche, lange zu studieren, um die Einzelzüge der Schwäche orientalischen Wesens zu erkennen und verständnisinnig, ohne Schroffheit, die Wurzel des Übels zu fassen, er greift gewaltsam durch.

Digitized by Google

Die Eingangsworte unserer Abhandlung über neueste englische Maßnahmen in der Türkei liefern bereits den Beweis. Das war es, was wir dem guten türkischen Volke zuliebe auch als Bundesgenossen hätten tun müssen, ohne moralische Scheu; es hätte sich gelohnt, und das Türkenvolk, das darauf hoffte, von einer skrupellosen Nebenregierung durch uns befreit zu werden, hätte es uns gedankt. Dieses Volk hat Gewaltiges geleistet im Bündnis mit uns, wenn man die Verhältnisse gerecht beurteilt, und ist trotz allen inneren Schwächen, die es selbst nicht abschütteln kann, auch heute nach dem Niedergang unseres Dankes würdig, voran die Anatolier. Uns selbst aber führen vorstehende Erörterungen zu den folgenden

Schlußbetrachtungen.

Wenden wir die Blicke in klarer Selbsterkenntnis aus türkischen Verhältnissen auf unsere eigenen! Das geordnete, hochentwickelte, seßhafte deutsche Volk zeigt gegenwärtig in den Monaten des Umschwunges Schwächen, die auffallend an türkische Zustände erinnern. Es ist, als ob die solide Seßhaftigkeit einen Stoß erlitten hätte, alles ins unstete Rollen gekommen wäre. Die Kriegsumstände haben hinter der Front die Bevölkerung verschoben, unstet gemacht, die alten Begriffe von Beständigkeit, Gemeinsinn, Treue, Ehrlichkeit angekränkelt. Jeder begann in der Not der Zeit den anderen auf die Seite zu drücken, rücksichtslos zu werden, den Eigennutz in den Vordergrund zu stellen, ja zu betrügen. Draußen an der Front war das feldgraue Volk zu gewissem Nomadentum verurteilt. Nichts behielt dauernden Wert, unter Trümmern der Vernichtung heute da, morgen dort Ausnutzung des Gefundenen zum augenblicklichen Zweck, Unordnung, Unsauberkeit als natürliche Folgeerscheinungen dieses harten Wanderlebens, Gleichgültigkeit angesichts täglicher Lebensbedrohung, viel Verrohung, Mangel an Pflege des Gemüts. Wer von uns Mitkämpfern kennt nicht die heiße Sehnsucht nach Seßhaftigkeit, die uns so oft in 4½ Jahren packte, das Glücksgefühl, wenn man zum erstenmal wieder ein unzerstörtes Häuschen, einen blühenden Garten sah! Millionen haben jetzt vom Feld etwas wie Nomadenkrankheit mitgebracht, und die unruhigen Zustände zufolge des Umsturzes tragen nicht zu ihrer Heilung bei; die Unstetigkeit steigert sich und ergreift die Massen in den Straßen hypnotisch. Dabei zeigt sich, daß zugleich auch die Phantasie unseres Volkes nicht mehr die gezügelte des friedlich Seßhaften ist. Sie ist bei Hunderttausenden schon draußen im Felde verwildert, jetzt setzt sich das fort in den erregten Zeitläuften des Umschwunges. Sonst könnte die Massensuggestion mit ihren unerhörten Verirrungen doch nie und nimmermehr solche Triumphe feiern. Verfolgen wir im einzelnen an der Hand dieser Betrachtungen die Folgen, die sich aus dem nun auch bei uns herrschenden unsteten Sinn und ungezügelt phantastischem Wesen ergeben, so finden wir wieder Gleichgültigkeit, Faulheit, Zerstörungswut, Überschätzung, Eigennutz, Unehrlichkeit, Selbstüberhebung, Eitelkeit, brutales Wesen, Profitsucht und als ihr trauriges Er-

Digitized by Google

gebnis die Aufhebung der Ordnung, Zucht, Liebe zur Scholle, zur Heimat und zum Vaterland. Wir verschleudern tagtäglich Millionen von Werten, wir halten nicht mehr mit dem haus, was uns für des Leibes Nahrung und Notdurft spärlich zur Verfügung steht, wir sind fatalistisch blind geworden und leben, wie der Nomade, von der Hand in den Mund. Wir beginnen zu zerstören, was uns der Überlieferung wert schien, und geben nichts mehr auf uns selbst — dasselbe Bild, wie es die Türkei uns in ihrem Verfall gezeigt. Aber ein Unterschied bleibt: daß wir das Verlorene vorher in weitestem Umfang besaßen, und der muß uns retten. Wohl werden wir alle uns auf den Boden der Neuordnung stellen müssen; wenn wir aber die Brücken zu dem, was vorher war und uns groß gemacht hat, zu unserer soliden Seßhaftigkeit mit all ihren Tugenden und zu unserer durch Geistesschulung gezügelten, auf hohe Ideale hingeleiteten Phantasie abbrechen würden, dann freilich wäre auch unser Schicksal besiegelt gleich dem des osmanischen Bundesgenossen, auf den wir glaubten überhebend herabblicken zu dürfen.

Die tieferen Ursachen des türkischen Zusammenbruches seien hier nicht nur geschildert, sondern als ein Menetekel an das deutsche Haus geschrieben, dem der Einsturz droht.

Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen

Von

Philipp Zorn

III

Die Schiedsgerichtsfrage auf der ersten Friedenskonferenz[1])

Die Schiedsgerichtsfrage war der dritten Kommission überwiesen; in sie hatten sich alle namhaften Diplomaten, Staatsmänner und Juristen der Konferenz eingezeichnet; ihr Vorsitzender war der hervorragende französische Staatsmann Léon Bourgeois, der sich durch kluge, gewandte und streng sachliche Leitung ihrer Arbeiten ein historisches Verdienst erworben hat. Daß das schwierige Werk in einer großen Kommission, die über hundert Mitglieder zählte, nicht in sachgemäßer Weise durchgeführt werden könne, war eine einsichtige Erkenntnis, die dazu führte, daß zunächst ein kleiner Arbeitsausschuß gebildet wurde, dessen Ergebnisse erst an die Gesamtkommission und von ihr an das Plenum der Konferenz gebracht werden sollten. Dieser

[1]) Für alle Einzelheiten verweise ich auf die vortreffliche Darstellung der Schiedsgerichtsbarkeit von Lammasch in Stier-Somlos Handbuch des Völkerrechtes, 3. Bd. 3. Abt. (Stuttgart 1913), sowie auf das im Mai-Heft S. 125 erwähnte Werk von Meurer.

Digitized by Google

Arbeitsausschuß — comité d'examen — wurde durch den Verlauf der Dinge mehr und mehr zum Mittelpunkt der ganzen Konferenz, er hat die große Arbeit vollendet; Kommission und Plenum haben an ihr nichts Wesentliches mehr geändert.

Das Komitee wurde gebildet aus je einem Vertreter der Großmächte; als solche traten ein für Frankreich Baron d'Estournelles de Constant, der Vorkämpfer des Friedens- und Abrüstungsgedankens in Frankreich; Sir Julian Pauncefote für England, der als Botschafter in Washington eifrig für einen englisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrag gearbeitet hatte; der hervorragende Wiener Völkerrechtsgelehrte Heinrich Lammasch für Österreich-Ungarn; Martens für Rußland; Frederik W. Holls, der sehr tätige und vielgewandte Sekretär der amerikanischen Delegation und Leipziger Dr. jur., für die Vereinigten Staaten; der Verfasser dieser Abhandlung für das Deutsche Reich. Ihnen wurden zugesellt der Belgier Descamps, der eine umfassende Denkschrift über die Schiedsgerichtsfrage für die Konferenz ausgearbeitet hatte; der ausgezeichnete scharfe Jurist Asser für Holland; der Genfer Odier für die Schweiz. Zum Vorsitzenden des Komitees wurde auf meinen Antrag Descamps gewählt. Dieses Achterkomitee erfuhr aber alsbald eine charakteristische Veränderung: Bourgeois, der Vorsitzende der Kommission, übernahm kraft dieses seines Amtes auch den Vorsitz im Komitee und hat ihn ständig geführt; der Präsident der Konferenz, Baron Staal, nahm weiterhin regelmäßig an den Sitzungen teil, ebenso der Vizepräsident van Karnebeek. Als Berichterstatter wurde Descamps bestellt; des Schriftführeramtes waltete mit Umsicht und Gewandtheit d'Estournelles mit Unterstützung des jungen französischen Diplomaten Jarousse de Sillac. Die Sitzungen fanden nicht im Huis den Bosch, sondern in der Stadt im historischen Salle des trèves, in dem einst der Utrechter Friede geschlossen worden war, statt.

So war der äußere Rahmen der Arbeit beschaffen; ihre Grundlage bildete ein von Martens herrührender, bis dahin streng geheim gehaltener Entwurf.[1]) Alsbald begann die Arbeit des Komitees und sie wurde monatelang in zahlreichen Sitzungen (18) fortgesetzt. Gedenke ich heute nach den Stürmen des Weltkrieges dieser Arbeit, so vermag ich mich einer tiefen Bewegung der Seele nicht zu entziehen: diese Arbeit war geistig hochbedeutend und ich habe die felsenfeste Überzeugung, daß sie von allen Seiten eine Arbeit ehrlicher Überzeugung war; diese sich bis dahin fremden Männer der verschiedensten großen und kleineren Nationen der Welt hatten nach kurzer Zeit sich in ein so festes gegenseitiges Vertrauen zueinander eingelebt, daß in der ganzen langen Zeit der schwierigen Beratungen und auch bei der Behandlung der schwerwiegendsten Streitpunkte kein Mißton die Arbeit störte; es war ein geradezu freundschaftliches Verhältnis, das sich in kurzer Zeit unter

[1]) Text Confér. de la Paix IV, S. 201 ff.

Digitized by Google

den Mitgliedern des Komitees herausbildete. Mit besonderer Dankbarkeit gedenke ich der liebenswürdigen Sorgfalt, mit der sowohl Bourgeois bei den mündlichen Beratungen als d'Estournelles bei der Fassung des Protokolls meine mangelhafte Beherrschung der französischen Sprache ausglichen.

Die Grundlage der Arbeit bildete, wie bemerkt, ein von Martens verfaßter Entwurf, der den Gesamtstoff in vier Abteilungen gliederte: gute Dienste, Mediation, Untersuchungskommissionen, Schiedsgericht. Dieser Entwurf erfuhr bereits im ersten Anfange der Arbeit eine große Erweiterung durch ein Schreiben des englischen Botschafters Sir Julian Pauncefote, das nicht mehr und nicht weniger als die Errichtung eines ständigen internationalen Schiedsgerichtshofes forderte. Der Brief Pauncefotes ist eine geschichtliche Urkunde; sein Wortlaut ist folgender (Confér. de la Paix IV, S. 4):

„Permettez-moi, M. le Président, de vous demander si, avant d'entrer plus loin en matière, il ne serait pas utile et opportun de sonder la Commission au sujet de la question la plus importante, selon moi, c'est à dire, l'établissement d'un Tribunal permanent d'arbitrage international, sur laquelle vous avez touché dans votre discours. On a fait beaucoup de codes d'arbitrage et de règlements de procédure, mais la procédure a été réglée jusqu'à présent par les arbitres ou par les traités généraux ou spéciaux.

Or il me semble que de nouveaux codes et règlements d'arbitrage, quelque soit leur mérite, n'avancent pas beaucoup la grande cause qui nous rassemble.

Si l'on veut faire un pas en avant, je suis d'avis qu'il est absolument nécessaire d'organiser un Tribunal international permanent qui puisse se réunir inmédiatement à la requête des nations contestantes. Ce principe établi, je crois que nous n'aurons pas beaucoup de difficulté à nous entendre sur les détails. La nécessité d'un pareil tribunal et les avantages qu'il offrirait, ainsi que l'encouragement et même l'élan qu'il donnerait à la cause de l'arbitrage, a été démontré avec autant d'éloquence que de force et de clarté par notre collègue distingué M. Descamps dans son interessant essai sur l'arbitrage dont un extrait se trouve parmi les Actes et Documents si gracieusement fournis à la Conférence par le Gouvernement Néerlandais. Il ne me reste donc plus rien de dire à ce sujet et je vous serai reconnaissant, M. le Président, si, avant de procéder plus loin, vous consentiez à recueillir les idées et les sentiments de la Commission sur la proposition que j'ai l'honneur de vous soumettre touchant l'établissement d'un Tribunal Permanent d'Arbitrage International."

Unter großer Bewegung der gesamten Konferenz, die sich weithin über die ganze Welt ausdehnte und in der großen Presse aller Länder widerhallte, wurde die Pauncefotesche Anregung aufgenommen.

Digitized by Google

Auf diesen Unterlagen begann die Arbeit. Gute Dienste und Vermittlung waren der Theorie und Praxis des Völkerrechtes bereits vertraut; es galt hier nur, die Sätze der Lehrbücher in feste Rechtsform zu bringen, was keine Schwierigkeiten bot. Nur ein Punkt führte hier zu lebhaften Erörterungen: der russische Entwurf sprach eine Verpflichtung der Staaten, die Vermittlung anderer Mächte für den friedlichen Ausgleich ihrer Streitigkeiten zu suchen, nur aus, „insoweit es die Verhältnisse gestatten".[1]) Diese Fassung war ein Ergebnis der praktischen Erfahrung, die das ganze Völkerrecht bis zum Weltkriege beherrschte, daß die Staaten ein Eingreifen dritter Staaten in ihre Streitfragen nur dann für zulässig erachteten, wenn es ihren Interessen entsprach und für die staatliche Ehre keine Schmälerung enthielt, mit einem Worte: wenn sie es zulassen wollten. Dieser Satz galt jedenfalls für die Großmächte der früheren Zeit als Axiom. Daß er die ganze Sache in das freie Belieben der Staaten stellte und damit juristisch jedes festen Inhalts beraubte, ist ohne weiteres klar; daß die nicht durch übergeordneten Zwang gesicherten Rechtspflichten des Völkerrechtes im letzten Ende aber alle diese juristische Schwäche in sich tragen, ist eben geradezu der Rechtscharakter des bisherigen Völkerrechtes.

Daran nahm der scharfe Jurist Asser Anstoß und versuchte, den „fakultativen" Charakter der Vorschrift durch Streichung der „Umstandsklausel" zu beseitigen und damit in einen „obligatorischen" umzuwandeln. Der Assersche Antrag[2]) wurde zuerst angenommen, weiterhin aber wurde auf meinen Antrag die Umstandsklausel wiederhergestellt; der englische Premierminister Lord Salisbury hatte den englischen Delegierten, wie mir dieser mitteilte, ausdrücklich in diesem Sinne und damit zur Zurücknahme seines erstmaligen Votums angewiesen.

Neu gegenüber der bisherigen Theorie war der Abschnitt: Untersuchungskommissionen (commissions d'enquête). Der ihm zugrunde liegende Gedanke war: Wenn über eine Tatsache zwischen zwei Staaten Streit entsteht, der die Gemüter des Volkes zu erhitzen geeignet ist, so soll durch gemeinsames Übereinkommen eine Kommission bestellt werden, die diese Tatsachen genau festzustellen und darüber nicht ein Urteil zu fällen, sondern nur einen erschöpfenden Bericht zu erstatten hat; sowohl durch die beruhigende Wirkung der Zeit als durch die amtliche aktenmäßige, von beiden Seiten gemeinsam bewirkte Feststellung des wahren Sachverhalts könne der Streitfall seines akuten Charakters entkleidet und zur friedlichen Erledigung gebracht werden. Diese durchaus zutreffenden Gedanken, wie sie Martens und nach ihm Descamps entwickelten (Conférences de la Paix IV, S. 55 ff., 13 ff.) wurden in feste Rechtsform gekleidet und haben sich inzwischen mehrfach gut bewährt, so insbesondere in der bekannten Doggerbankaffäre zwischen Rußland und

[1]) „en tant que les circonstances le permettront". Conférences de la Paix IV, S. 61, 100.
[2]) Conférences de la Paix IV, S. 100 f.

Digitized by Google

England aus Anlaß des Russisch-Japanischen Krieges; auf Grund dieser Erfahrungen fand der Abschnitt in der zweiten Friedenskonferenz eine Reihe wertvoller Ergänzungen und Erweiterungen.

Eine interessante Episode der Verhandlung auf der ersten Konferenz war es, daß Serbien, Rumänien und Griechenland, offenbar in mißtrauischer Besorgnis vor ungerechtfertigtem russischem Eingreifen in ihre Verhältnisse, eine Fassung dieser Artikel forderten, die derartige ungerechtfertigte Eingriffe in die Staatshoheit ausschloß (Confér. de la Paix IV, S. 42ff., 184f., 195); der österreichische Vertreter Lammasch war ein beredter Anwalt und geschickter Vermittler der Wünsche der Balkanstaaten, deren Führer der gewandte und sachkundige Rumäne Beldiman war.

Das Hauptstück des russischen Entwurfes waren die Vorschriften über das Schiedsgericht. Das internationale Schiedsgericht bildete seit lange einen Bestandteil der Theorie des Völkerrechtes und hatte im 19. Jahrhundert vielfache Anwendung gefunden, zuletzt in dem berühmten Alabamafalle zwischen England und den Vereinigten Staaten.[1]) In der Schiedsgerichtsfrage konzentrierte sich mehr und mehr der Hauptinhalt der Konferenz, besonders nachdem es sich gezeigt hatte, daß in der Abrüstungsfrage ein Ergebnis nicht gewonnen werden könne. Lebhaft beschäftigte sich die große Presse der Welt, insbesondere in den angelsächsischen Ländern, mit dieser Frage; die im Haag versammelten Pazifisten boten alle Mühe auf, um diese Frage immer mehr zur beherrschenden zu machen, und dies Bemühen hatte auch vollen Erfolg, sowohl im Haag selbst als draußen in der Welt diesseits und jenseits der Meere.

Der russische Entwurf bot eine gute Grundlage der Arbeit. Sein Hauptzweck war, eine feste Ordnung des Verfahrens herzustellen. Aus der praktischen Erfahrung als Schiedsrichter hatte Martens entnommen, welche Schwierigkeiten und zeitraubende Arbeit überwunden werden mußte, um im einzelnen Falle erst, nach dem Zusammentritt des Schiedsgerichts, die Prozeßordnung zu schaffen, auf Grund deren die Verhandlung zu führen und der Fall zu entscheiden sei. Hier vor allem sei Abhilfe nötig durch Feststellung eines allgemein anerkannten einheitlichen Prozeßverfahrens, das das Schiedsgericht sofort bei seinem Zusammentritt als Regel der Verhandlung vorfinde; dadurch werde die häufigere Anwendung dieses Friedensmittels in hohem Grade gefördert werden. Dies war eine durchaus richtige Erkenntnis, die allgemeine Billigung fand. Auch hier waren mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden, so in der Frage, ob die beteiligten Parteien selbst auch Richter stellen können, ob eine Revisionsinstanz über dem Schiedsgericht zulässig sein solle, ob das Urteil mit Gründen versehen werden müsse; in ruhiger, ernster und gründlicher Beratung wurde die Verhandlung durchgeführt und eine

[1]) Eine Übersicht über den Stand der Dinge bis 1899 in Confér. de la Paix IV, S. 225ff.

Digitized by Google

treffliche Ordnung des Verfahrens geschaffen, die von der zweiten Friedenskonferenz nur in wenigen Punkten geändert und durch einige Zusätze weiter gebildet wurde und so bis zu dieser Stunde vollbewährt in Kraft steht. Auf die juristischen Einzelheiten dieser Prozeßordnung einzugehen, ist hier nicht beabsichtigt.

Von den großen grundsätzlichen Fragen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit: *Fakultatives oder obligatorisches Schiedsgericht, ständiger Schiedshof und zwangsweiser Vollzug der Schiedsurteile* waren die zweite und dritte im russischen Entwurfe nicht behandelt. Der Vollzug der Urteile wurde von Treu und Glauben des internationalen Staatenverkehres erwartet und man betrachtete dies als ausreichende Bürgschaft des Vollzuges.[1]) Dabei ist es auch bis heute geblieben und man hat sich in jener Annahme nicht getäuscht: die sämtlichen Urteile wurden ohne Widerspruch vollzogen, und es hat sich bis jetzt kein praktisches Bedürfnis wirklicher Zwangsmittel ergeben. Gleichwohl hält man heute die Notwendigkeit solcher Zwangsmittel für gegeben und es steht dahin, welche Lösung diese Frage im Zusammenhang der jetzt allgemein mit so großer Energie aufgenommenen Völkerbundsarbeit finden wird.

Die Frage des obligatorischen Schiedsgerichtes war in dem russischen, von den Mächten angenommenen Konferenzprogramme ausdrücklich verneint worden, indem Ziffer 8 des Programmes als Forderung für die Konferenz die „fakultative Schiedsgerichtsbarkeit in Fällen, die sich dazu eignen" (siehe Mai-Heft S. 118), aufstellte. Damit stand der Martenssche Entwurf im Widerspruch; auf diesen Widerspruch wurde deutscherseits auch hingewiesen, ohne daß jedoch die Beratung der einschlägigen Sätze des Entwurfes von Deutschland abgelehnt worden wäre.

Das System des Entwurfes war folgendes:[2]) 1. Grundsätzlich soll die Entscheidung internationaler Streitfälle durch Schiedsgericht Sache des freien Ermessens der Parteien sein. 2. In einer Reihe von Materien aber sollen die Staaten rechtlich *verpflichtet* sein, Streitfälle dem Schiedsgericht zur Entscheidung zu unterbreiten. 3. Aber diese Rechtspflicht soll beherrscht sein von der sogenannten *Ehrenklausel* — „en tant qu'ils ne touchent ni aux intérêts vitaux ni à l'honneur national des états contractants"; in solchem Falle, den zu beurteilen ausschließlich der Souverämität der Staaten vorbehalten bleibt, soll die Rechtspflicht ausgeschlossen sein.

Darüber entspann sich eine bedeutsame Verhandlung. Kein Widerspruch erhob sich gegen die Ehrenklausel. Daß sie formaljuristisch das obligatorische Schiedsgericht seines begrifflichen Inhaltes entkleidete, war ebenso zweifellos, wie dies für die Umstandsklausel bei der Mediation (siehe oben S. 225) der

[1]) Das Schiedsgerichtsabkommen der ersten Konferenz spricht einfach den allgemeinen Grundsatz aus: „La convention d'arbitrage implique l'engagement de se soumettre de bonne foi à la sentence arbitrale" (Art. 18).

[2]) Confér. de la Paix IV, S. 212 ff.

Digitized by Google

Fall war. Asser aber begnügte sich, darauf hinzuweisen und den Wunsch näherer Präzisierung auszusprechen, ohne einen Antrag auf Streichung zu stellen.[1]) Im übrigen war das Komitee dem russischen Vorschlage geneigt; die einzelnen, dem obligatorischen Schiedsgericht zu unterwerfenden Materien waren nur wirtschaftlicher und rein juristischer Natur;[2]) über Einzelpunkte, wie Fragen der Genfer Konvention, Handelsverträge, Auslieferungsverträge — sie wurden schließlich gestrichen — wurde wertvolle Aussprache gepflogen.

Was den deutschen Standpunkt zur Frage angeht, so war ich ohne Instruktionen. Die unfähige und unwürdige Art, in der das Auswärtige Amt die Sachen der Konferenz behandelte, zeigte sich besonders darin, daß die Instruktionen regelmäßig erst nach den Verhandlungen eintrafen, was natürlich zu den größten Unannehmlichkeiten führte. Ohne jede Instruktion war ich lediglich auf mich selbst angewiesen; der alte Fürst Münster war nicht in der Lage, sachliche Richtpunkte der Arbeit zu geben. Die ganze Beratung über die hochwichtige Frage nur stillschweigend mitanzuhören, hielt ich Deutschlands und auch meiner selbst für unwürdig. Beim Studium der Frage war mir klar, daß jede schwere Gefahr des von Rußland vorgeschlagenen Obligatoriums für das Staatsinteresse durch die Ehrenklausel ausgeschlossen sei. Andererseits durfte ich mich darüber nicht täuschen, daß jede Anerkennung des Obligatoriums, auch mit der Ehrenklausel, eine wesentliche Stärkung des Schiedsgerichtsgedankens notwendig enthalten müsse, und mußte mich fragen, ob ich hierzu beitragen dürfe. Diese Zweifel fanden für mich die innere Lösung darin, daß Deutschland sich schon im Weltpostvereinsvertrag vom 1. Juni 1878, Art. 17[3]) auf den Boden des Obligatoriums gestellt, sowie darin, daß der Vertreter Deutschlands sich auf der Berner Eisenbahnfrachtkonferenz von 1878 scharf für ein Obligatorium[4]) — in beiden Fällen ohne Ehrenklausel — ausgesprochen hatte. Demnach hielt ich mich für berechtigt, in Festhaltung dieses Gedankens für eine Reihe anderer wirtschaftlicher und rein juristischer Fragen gleichfalls das Obligatorium anzuerkennen — selbstverständlich unter ausdrücklichem Vorbehalt der endgültigen Entscheidung durch die Regierung —, widersprach aber entschieden und mit Erfolg der Ausdehnung des Obligatoriums auf Materien, die irgendwie politisch sind oder leicht politisch werden können (Confér. de la Paix IV, S. 110 ff.).

So entstand aus dieser Beratung ein Verzeichnis von Materien der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, das sehr wichtig war.[5]) Welchen Ausgang die Dinge auf der ersten Konferenz nahmen, ergibt sich aus dem folgenden (siehe Confér. de la Paix IV, S. 173 ff.).

---

[1]) Confér. de la Paix IV, S. 109.

[2]) Das Verzeichnis des russischen Entwurfs siehe Confér. de la Paix IV, S. 109, 202.

[3]) Deutsches Reichsgesetzblatt 1879, S. 96, Art. 23 des Weltpostvertr. vom 15. Juni 1897, Deutsches Reichsgesetzbl. 1898, S. 1079.

[4]) Siehe dazu Meili in Holtzendorffs Handbuch des Völkerrechts III, S. 310.

[5]) Confér. de la Paix IV, S. 247.

Digitized by Google

Sir Julian Pauncefote hatte in einem Brief an den Präsidenten der Konferenz einen ständigen Schiedshof verlangt (siehe oben S. 224). Dieser Gedanke wurde sehr bald zum Mittelpunkte der ganzen Konferenzarbeit. Er ist englischer Anregung entsprungen, und die Geschichte muß dies als englisches Verdienst buchen. Aber ich täusche mich sicherlich nicht, wenn ich sage: das Verdienst ist mehr ein solches der Persönlichkeit Pauncefotes als der englischen Staatsleitung. Sir Julian hatte sich als Botschafter in Washington angestrengt bemüht, eine feste angelsächsische Einigung auf der Grundlage des Schiedsgerichtsgedankens zu gewinnen; dies Bemühen scheiterte schließlich am Widerspruch des amerikanischen Senates. Aber den Eindruck, daß die damalige englische Regierung — Lord Salisbury — aus starker innerer Überzeugung den allgemeinen Weltschiedsgerichtsgedanken verfechte, konnte wohl niemand gewinnen; südwestafrikanische Streitfragen dem Schiedsgericht zu überweisen, wie Deutschland wollte, hat sich England rundweg geweigert.

Nach dem lebhaften Widerhall, den die Pauncefotesche Anregung auf der Konferenz und in einem großen Teile der Welt gefunden hatte, wurden drei Entwürfe über die Einrichtung des ständigen Schiedshofes dem Komitee unterbreitet, von englischer, russischer und amerikanischer Seite (Confér. de la Paix IV, S. 218 ff., 241 f.); als Grundlage der Beratung wurde der englische Entwurf bestimmt, der nach eingehender Beratung mit mehrfachen Abänderungen angenommen und dem Gesamtwerk eingefügt wurde.

Pauncefotes Grundgedanke war: ein jederzeit zugängliches, ständiges Gericht — „Tribunal permanent" — zur Entscheidung internationaler Streitfälle. Die Pazifisten verstanden dies im Sinne eines ständigen Weltgerichtes mit der Aufgabe, alle internationalen Streitfälle durch Urteilsspruch zu entscheiden. Am nächsten standen dieser Auffassung die Amerikaner, deren Anträge auf der zweiten Konferenz sich in der gleichen Richtung bewegten. Die anderen Großmächte gingen nicht so weit, und nach längeren Vorbesprechungen kam eine vorläufige Einigung auf der mittleren Linie zustande: es soll eine dauernde Einrichtung in der Weise geschaffen werden, daß jederzeit Richter bereitstehen, um auf Ruf der streitenden Parteien zu einem Gerichte zusammenzutreten, das die Entscheidung fällt. Also kein dauernd versammelter Gerichtshof, sondern nur dauernd ernannte Richter, die jederzeit bereit sind, das Gericht für den einzelnen Streitfall zu bilden.

Demgemäß einigte man sich schließlich auf folgende Vorschriften: Die Staaten ernennen, jeder kraft seiner souveränen Staatshoheit, Richter von anerkannter Tauglichkeit; die Namen werden in eine Liste aufgenommen;[1]) aus dieser Liste wird im einzelnen Fall das entscheidende Gericht gebildet, indem jede der beiden Parteien zwei Richter bestimmt; diese vier Richter wählen einen fünften, der als Vorsitzender des Gerichtes fungiert. Über die Zahl der zur Liste zu ernennenden Personen wurde längere Zeit verhandelt;

[1]) Dieser Gedanke rührt von Descamps her. Confér. de la Paix IV, S. 125.

Digitized by Google

man einigte sich schließlich auf die Zahl von 2 bis 4 für jeden Staat, deren 26 zur ersten Konferenz vereinigt waren; danach war die Richterliste sehr zahlreich. Diese Richterliste bildete den internationalen Schiedshof im Haag; ein ständiges Sekretariat für die Bureaugeschäfte des Gerichtshofes — dieses als wirklich ständige Einrichtung — wurde geschaffen; endlich wurde noch ein Verwaltungsrat gebildet, bestehend aus den im Haag beglaubigten Diplomaten unter Vorsitz des holländischen Ministers des Äußern; dieser Verwaltungsrat sollte nur die Verwaltungsgeschäfte, ohne jeden Zusammenhang mit der Gerichtsbarkeit, zu besorgen haben.

So wurde das große Problem gelöst, und dies ist bis heute das geltende Recht. Der amerikanische Versuch auf der zweiten Friedenskonferenz, neben diesem ständigen Schiedshof noch ein „wirklich ständiges" internationales Schiedsgericht zu schaffen, blieb erfolglos, da man sich über die Besetzung nicht zu einigen vermochte (siehe unten). Und welche Gestaltung die internationale Schiedsgerichtsbarkeit im Rahmen des neuen Völkerbundes finden wird, steht vorläufig noch völlig dahin.

Die Einigung, die schließlich erzielt wurde, war eine vollständige; bis aber dieses Ziel erreicht werden konnte, waren schwere Krisen zu überwinden.

Über die allgemeine Stimmung gegenüber dem Pauncefoteschen Vorschlage wurde oben berichtet. Sie fand bei der ersten Beratung des Entwurfes im Komitee entsprechenden Ausdruck: die Dinge waren noch ungeklärt, aber die Zustimmung war bereits stark überwiegend. Wie werde man sich deutscherseits dazu stellen? — das war die allgemein erörterte Frage, deren Beantwortung allenthalben mit ungeduldiger Spannung erwartet wurde. Jede Anweisung von Berlin fehlte. Irgendwelche Leitgedanken aus der bisherigen Staatspraxis zu entnehmen, wie bei der Frage des Obligatoriums (siehe oben S. 228), war ausgeschlossen, da nicht das mindeste dieser Art vorhanden war: die Austrägalgerichte des deutschen Bundes waren doch in Wirklichkeit nicht internationale, sondern deutsche Gerichtsbarkeit.

Angesichts der in Deutschland herrschenden Stimmung erschien es mir bei der ersten Beratung des ständigen Schiedshofes im Komitee am 9. Juni (Confér. de la Paix IV, S. 120 f.) als Pflicht, auf die schweren Bedenken hinzuweisen, die man sehr allgemein in Deutschland gegen die Unterwerfung des souveränen Staates unter internationale Gerichtsbarkeit hege; andererseits könne ich persönlich die historische Größe des Momentes nicht verkennen, in dem die Vertreter der mächtigsten Staaten der Welt in ernste Beratung träten über Schaffung einer dauernden gerichtlichen Instanz zur friedlichen Entscheidung von Streitfällen, deren kriegerischer Austrag die Welt so oft mit Strömen Blutes getränkt habe. Alle übrigen Mitglieder des Komitees sprachen sich für das permanente Tribunal aus, nur Österreich-Ungarn, vertreten durch Lammasch, der weiterhin zum wissenschaftlichen Führer des Pazifismus wurde, verhielt sich zurückhaltend (Confér. de la Paix IV, S. 123).

Digitized by Google

Die Wirkung meiner kurzen Rede war eine merkwürdige. Von allen Seiten wurde aufs eindringlichste mir der Wunsch ausgesprochen, doch die deutsche Regierung aufs genaueste von der im Haag herrschenden allgemeinen Stimmung zu unterrichten und dahin zu wirken, daß auch Deutschland sich dieser Stimmung nicht verschließe, sondern dem Bunde auf Herstellung eines ständigen Schiedsgerichts beitrete; am lebhaftesten sprach in diesem Sinne der Dreibundfreund Graf Nigra: „L'impatience avec laquelle sont attendus dans l'opinion publique les résultats de nos travaux, est devenue si grande, qu'il serait dangereux de renoncer à l'acceptation d'un Tribunal d'arbitrage. Si la Conférence opposait à cette impatience un „non possumus" ou des satisfactions insuffisantes, la déception serait vive. La Conférence encourrait dans ce cas une grave responsabilité vis-à-vis de l'histoire, vis-à-vis des populations et de l'Empereur de Russie lui-même" (Confér. de la Paix IV, S. 121). Ich versicherte, diesen Wunsch gerne erfüllen zu wollen, wie ja die genaueste Berichterstattung über diese Dinge ohnehin meine selbstverständliche amtliche Pflicht war. Das wichtigste für mich persönlich war das in den Äußerungen aller übrigen Delegierten zum Ausdruck gebrachte große Gewicht, das man allenthalben in der Welt darauf legte, daß auch Deutschland an dem Bau des großen Friedenswerkes teilnehme. Von keiner Seite machte sich der Gedanke geltend: Wenn Deutschland nicht wolle, so müsse eben das Werk ohne Deutschland vollendet werden; von allen Seiten vielmehr trat nur der lebhafte Wunsch hervor, daß auch Deutschland sich dem einheitlichen Bestreben der übrigen Mächte anschließen möge. Daß dieser Wunsch ein ehrlicher Friedenswunsch war, hinter dem keine Gedanken der Mißgunst oder gar Feindschaft lauerten, war damals meine feste Überzeugung, die sich mir aus dem ganzen Gang der mit vollster Offenheit gepflogenen Verhandlung ergeben hatte, und ist heute noch meine feste Überzeugung. In mir selbst wurde von Tag zu Tag bei dem unablässigen Nachdenken über das große Problem die Überzeugung fester: daß die ehrliche Politik Deutschlands, die das große Erbteil des Fürsten Bismarck war und in der allein das Heil der Zukunft Deutschlands beruhen könne, keinen Schaden zu befürchten habe von den geplanten dauernden Friedenseinrichtungen, weder von der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit im Rahmen der Ehrenklausel, noch von der Aufrichtung eines ständigen Gerichtshofes zur Ausübung dieser Gerichtsbarkeit. War die deutsche Politik eine offene und ehrliche — und dies war sie nach meiner Überzeugung und mußte sie sein —, so konnten die deutschen Interessen in keiner Weise durch diese Einrichtungen für Wahrung eines dauernden Friedens gefährdet werden. Und dazu kam ein zweiter Gesichtspunkt, der sich mir in diesen ernsten Tagen immer mehr befestigte. Eine ehrliche und offene Politik bedarf zwar nicht notwendig jener Einrichtungen, um ihre Ziele zu erreichen; und in Deutschland bestand ein Bedürfnis nach solchen Einrichtungen zweifellos nicht; solange die deutsche Politik verankert war in dem Geiste des großen Meisters, der das Reich

Digitized by Google

geschaffen hatte, wußte man sich sicher geborgen gegenüber den politischen Gefahren, die die unsicheren Verhältnisse der europäischen Lage bringen könnten. Und Bismarck hatte in der Karolinenfrage bewiesen, daß er dem Schiedsgerichtsgedanken keineswegs unbedingt ablehnend gegenüberstehe und daß er sich dieses Gedankens, auch ohne daß ein allgemeines Abkommen hierüber bestand, zur friedlichen Überwindung internationaler Schwierigkeiten meisterhaft zu bedienen wisse. Auch wenn Bismarck noch die Zügel der deutschen Politik geführt hätte, würde ich es für richtig gehalten haben, einem allgemeinen Völkerwunsche, der so mächtig in die Erscheinung getreten war, entgegenzukommen, falls darin keine Gefahr für die deutschen Interessen lag. Ich war mir darüber klar, daß ein solches Entgegenkommen gegen die Wünsche der anderen Staaten und Völker die Stellung Deutschlands in der Welt immer verbessern müsse, daß aber ein Entgegentreten Deutschlands gegen diese allgemeinen Völkerwünsche den allgemeinen deutschen Interessen nur schädlich sein könne; und das große Mißtrauen, mit dem man uns Deutschen anfänglich auf der Konferenz begegnet war, hatte mir deutlich bewiesen, wie unbedingt notwendig für die richtige und gerechte Wertung Deutschlands in der Welt es sei, die Gründe dieses ungerechtfertigten Mißtrauens zu beseitigen und der Welt durch freundwilliges Entgegenkommen für ihre Wünsche nach dauernden Friedenseinrichtungen zu beweisen: daß Deutschland zwar sein höchstes staatliches Ziel, seine Einheit, mit den Waffen habe erringen und mit den Waffen es unbedingt werde schützen müssen gegen jeden Versuch, es ihm wieder zu entreißen; daß aber im übrigen Deutschland nichts ferner liege, als irgendwelche phantastische Gedanken von Eroberung fremder Länder, Unterjochung anderer Völker oder gar Weltherrschaftspläne.

Dies war und ist meine Grundauffassung der deutschen Politik, wie es die Politik Bismarcks war. Ich bin auch überzeugt, daß die Epigonen nach 1890, vor allem der Kaiser selbst, diese Grundauffassung teilten; aber trotzdem haben diese Epigonen durch ihre Fehler das Mißtrauen der Welt immer gesteigert, bis es sich zur vernichtenden Pestatmosphäre des Weltkrieges verdichtete. Nicht wirkliche Eroberungs- und Weltherrschaftspläne darf man Deutschland vorwerfen; solche bestanden gewiß nicht, nicht vor 1890 und nicht nach 1890. Und nicht unser „Militarismus" hat uns verhaßt gemacht; vor unserem Heere hatte die Welt die höchste Achtung, und unsere tapferen und trefflichen Soldaten gehörten auf beiden Friedenskonferenzen zu den beliebtesten Mitgliedern der großen Völkerversammlung. Aber die Fehler der deutschen amtlichen Politik nach 1890 haben das Mißtrauen gegen Deutschland immer weiter verstärkt, bis man es durch eine raffinierte Pressearbeit in der ganzen Welt erreicht hatte, daß dies Mißtrauen zur allgemeinen Gewißheit geworden war, die in dem Weltruf gegen Deutschland: „écrasez l'infame" sich austobte und Deutschland schließlich nach einem Heldenkampfe ohnegleichen niederwarf.

Ein Hauptbeweis aber für die Ungeschicklichkeit der deutschen amtlichen Politik nach 1890 ist das Verhalten des Auswärtigen Amtes in der Schiedsgerichtsfrage auf beiden Haager Friedenskonferenzen.

Digitized by Google

Nach der denkwürdigen Sitzung vom 9. Juni erstattete ich alsbald meinen umfassenden Bericht über die Beratung und die ganze Lage im Haag und wartete in schwerer Sorge der Dinge, die kommen würden. Nach Verlauf mehrerer Tage, am 15. Juni, kamen sie. Wir waren abends bei dem liebenswürdigen Delegierten von Siam, Phya Surya, der in Berlin die deutsche Sprache sich ganz zu eigen gemacht hatte und seine Kinder von einer deutschen Lehrerin erziehen ließ, zu Gast gewesen und kehrten ziemlich spät in unser Kurhaus zurück. Auf meinem Zimmer fand ich ein Schreiben, das Graf Münster adressiert und zu der Aufschrift die Bemerkung gefügt hatte: Lassen Sie sich dadurch die Nachtruhe nicht verderben. Ich öffnete das Schreiben; es war die Instruktion zur brennenden Frage des ständigen Schiedshofes. Man hatte in Berlin nicht für nötig gefunden, die Depesche zu chiffrieren, sondern sie als offenes Telegramm nach dem Haag aufgegeben. Die Weisungen des auswärtigen Dienstes ergingen, ähnlich den gerichtlichen Urteilen, unter der Firma: Auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers, also unter der höchsten Autorität des Reiches. Dann folgte der einleitende Satz — ich muß nach der Erinnerung berichten, da ich leider keine Abschrift der Urkunde genommen habe und spätere Versuche, eine solche zu bekommen, vergeblich waren —: „Der deutsche Delegierte hat in der morgen um 2 Uhr stattfindenden Sitzung folgende Erklärung abzugeben:" Dann folgte eine etwa elf Bogenseiten starke Erklärung, die eine runde und nicht nur schroffe, sondern nach meinem Gefühl für die übrigen Mächte verletzende Ablehnung des ständigen Schiedshofes enthielt. In fliegender Hast durchlas ich die Blätter, eilte zu Freund Schwarzhoff hinüber, den ich noch bei der Arbeit traf, und besprach mit ihm die durch diese Depesche sich ergebende Lage. Schwarzhoff war ganz Soldat und hatte als solcher für die Schiedsgerichtsarbeit wenig Zuneigung. Aber sein überlegener Geist hatte doch mehr und mehr erkannt, welchen Wert diese ganze internationale Arbeit für Deutschland haben müsse; er beteiligte sich darum auch mit seiner ganzen starken geistigen Kraft an ihr und hat es mir öfters ausgesprochen, für wie wichtig er sie halte, wie denn überhaupt — auch auf der zweiten Konferenz — unsere Soldaten dieser Arbeit ein viel größeres Verständnis bezeugten, als die Herren des Auswärtigen Amtes; sowohl Oberst v. Schwarzhoff wie General v. Gündell wie Admiral Siegel gehörten nicht allein zu den angesehensten und fleißigsten, sondern, wie bereits bemerkt, zu den beliebtesten Mitgliedern der Konferenzen; der deutsche „Militarismus" hat in seinen Vertretern auf beiden Konferenzen unser Ansehen nur verstärkt; aber die Verständnislosigkeit der deutschen Bureaukratie des Auswärtigen Amtes hat unser Ansehen nicht nur geschmälert, sondern auf der zweiten Konferenz geradezu unheilbar geschädigt. Nach längerer bewegter Aussprache, in der Schwarzhoff meine Bedenken und Sorgen wenn nicht teilte, so doch vollkommen verstand, trennten wir uns in vorgerückter Nachtstunde; was ich zu tun beabsichtigte, hatte ich dem Freunde und treuen Kameraden lebhaft ausgesprochen, und er machte keinen Versuch, mich davon abzuhalten.

Digitized by Google

In früher Morgenstunde des 16. Juni eilte ich zum Grafen Münster in der benachbarten Villa. An den eigentlichen Arbeiten hatte Graf Münster kaum teilgenommen. Unsere anfängliche Bemühung, vor den Sitzungen Vortrag zu halten und uns für unser Verhalten der Übereinstimmung des ersten Delegierten zu versichern, hatte wenig sachlichen Erfolg, und wir stellten weiterhin diese Vorträge ein und beschränkten uns auf Besprechungen über die besonders wichtigen Dinge. Die schwebende Frage konnte selbstverständlich nur mit bzw. von dem Grafen Münster erledigt werden.

Indem ich diesem die ganze Lage der Dinge eingehend und lebhaft darstellte, begründete ich damit meine abschließende Erklärung, daß ich diese Instruktion nicht ausführen könne, da ich sie nicht nur für sachlich unrichtig, sondern vielmehr für einen schweren Schaden der deutschen Interessen halten müsse; die deutsche Erklärung bedeute nicht viel weniger als ein Fiasko der ganzen Konferenzarbeit und werde nicht nur Rußland, sondern auch die übrigen Mächte aufs schwerste verstimmen und damit Deutschland in den Augen der Welt als Friedensstörer erscheinen lassen, was von den schwersten Folgen für den gesamten Zustand der Welt sein könne. Wenn die Erklärung abgegeben werden solle, müsse ich bitten, daß dies durch den ersten Delegierten geschehe; ich meinerseits würde es unter keinen Umständen tun und sei bereit, um meine Enthebung von der ehrenvollen Stelle als Delegierter zu bitten.

Der alte erfahrene Diplomat, der aus seiner Abneigung gegen die Zurückdrängung der Diplomatie durch die Schiedsgerichtsbarkeit nie ein Hehl gemacht hatte, bewies doch für meine Darlegung vollstes Verständnis. Er mahnte mich freundschaftlich zur Ruhe und besprach dann in der entgegenkommendsten Weise die Gebote der kritischen Stunde. Sein Vorschlag ging dahin: er werde an den Staatssekretär, Herrn v. Bülow, telegraphisch die Bitte richten, mich zu mündlichem Vortrage im Auswärtigen Amte zu empfangen, und daraufhin eine etwaige Abänderung der Instruktion zu erwägen. Ich war damit natürlich völlig einverstanden. Herr v. Bülow gab alsbald seine Zustimmung, und ich sollte mit dem Zuge nachmittags 4 Uhr abreisen, um am nächsten Tage die Verhandlung im Auswärtigen Amte zu pflegen.

Aber hierfür mußte noch ein Hindernis beseitigt werden. Die Komiteesitzung war auf 2 Uhr angesetzt; der Zug aber ging erst um 4 Uhr. Die scharfe Weisung lautete auf Abgabe der Erklärung in der um 2 Uhr stattfindenden Sitzung; fand die Sitzung statt, so mußte auch die Erklärung abgegeben werden. Die Sitzung mußte also abbestellt werden. Dies konnte nur der Vorsitzende Léon Bourgeois tun. Ich machte mich sofort auf den Weg, um ihm diese Bitte auszusprechen, begleitet von Freund Schwarzhoff, da Bourgeois nicht deutsch verstand und ich nicht gewandt genug im Französischen war, um die Verantwortlichkeit des kritischen Momentes zu tragen. Nach längerem Suchen fanden wir Bourgeois draußen im Huis den Bosch; ich teilte ihm mit, daß ich nach Berlin reisen müsse, und daß ich ihn deshalb bäte, die heutige Sitzung abzubestellen. Die Nachricht meiner Berliner Reise

Digitized by Google

nahm Bourgeois mit verständnisvoller Freude auf, die er lebhaft äußerte; die Sitzung werde er aber doch halten, da die Schiedsgerichtsarbeit noch stark im Rückstande sei; man werde in der Sitzung nicht den Schiedsgerichtshof, sondern unwichtige kleinere Fragen verhandeln. Auf meine eindringlich wiederholte Bitte, die Sitzung heute abzusetzen, wurde Bourgeois etwas ungehalten, da er als Vorsitzender verantwortlich für die Förderung der Arbeit sei; erst als ich ihn dringend ersuchte, meine Bitte doch zu erfüllen, da ich ihm nicht erklären könne, aus welchen zwingenden Gründen ich zu dieser Bitte genötigt sei, nahm er meine Hand mit den Worten: „Gut, ich werde die Sitzung absagen." So geschah es, und da um 2 Uhr keine Sitzung stattfand, konnte auch nicht, selbst nicht auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers, eine deutsche Erklärung abgegeben werden.

Um 4 Uhr fuhr ich dann ab nach Berlin, wo ich am nächsten Morgen (17. Juni) eintraf. Freund Schwarzhoff geleitete mich zur Bahn und versicherte mir, er werde mich jedenfalls in Spandau besuchen, denn daß ich wegen krassen Ungehorsams dorthin abgeführt werde, sei doch zweifellos. Mit mir im gleichen Zuge fuhr der amerikanische Delegierte Frederik W. Holls nach Berlin. Holls war von dem amerikanischen ersten Delegierten, Andrew D. White,[1]) nach Berlin geschickt worden, um beim Reichskanzler, Fürst Hohenlohe, und beim Staatssekretär v. Bülow im Interesse der Schiedsgerichtsarbeit zu wirken. Über diese Mission Holls sind amerikanischerseits Nachrichten verbreitet worden, die der Wahrheit nicht entsprechen. Ob und welche Weisungen Holls von White hatte, ist mir im einzelnen nicht bekannt. Ob er von Fürst Hohenlohe empfangen wurde, weiß ich auch nicht; fest steht aber, daß der alte Reichskanzler auf den Gang der Geschäfte kaum mehr Einfluß hatte. Schon damals war Bülow derjenige, der die Geschäfte führte, und Bülow hat Holls überhaupt nicht empfangen; nur ein Schreiben Whites an Bülow scheint Holls abgegeben zu haben. Holls war ein betriebsamer, vielgeschäftiger Mann, der zu Übertreibungen neigte; in dieser Art mag er White berichtet haben; die Behauptung, Deutschland sei durch amerikanischen Einfluß — durch die Mission Holls — zur Annahme des ständigen Schiedsgerichtes bewogen worden, wie sie neuestens wieder in der „Frankfurter Zeitung" vom 27. Januar 1919, Nr. 71, und danach in der Londoner „Times" vom 5. Februar 1919 aufgestellt wurde, ist jedenfalls eine starke Übertreibung. Holls war in den Kreisen der deutschen Delegation wenig angesehen; daß man auf Whites Stimme in Berlin hörte, ist zweifellos; Bülow hatte uns, wenn wir eines Rates bedurften (was nicht der Fall war), ausdrücklich auf White (und den trefflichen schweizerischen Gesandten Roth) verwiesen; White machte seine Stimme energisch im Sinne des ständigen Schiedshofes geltend;

[1]) Den Münster über den Stand der Dinge unterrichtet hatte (vgl. Andrew D. White, Aus meinem Diplomatenleben, und „Deutsche Revue" 1906, S. 142, über die amerikanische Legendenbildung).

Digitized by Google

nur insoweit kann ein Einfluß Amerikas auf die deutschen Entschlüsse anerkannt werden.

Diese Entschlüsse selbst aber erfolgten ausschließlich im Rahmen amtlichen deutschen Vorgehens. Bei der Ankunft in Berlin, morgens gegen 8 Uhr, fand ich im Hotel die Mitteilung, es werde um 11 Uhr im Auswärtigen Amte eine Sitzung stattfinden, zu der ich zu erscheinen aufgefordert wurde. Die Sitzung fand statt unter Vorsitz des Staatssekretärs v. Bülow; außer mir waren etwa ein Dutzend Herren anwesend, darunter Herr v. Holstein, ferner der Preßdezernent des Amtes und die Herren der Rechtsabteilung, die die Dinge der Haager Konferenz zu bearbeiten hatte, insbesondere Herr v. Frantzius.

Ich hielt meinen Vortrag über die gesamte Lage im Haag und begründete meine Ansicht, Deutschland solle seine Zustimmung zum ständigen Schiedshofe geben; Deutschland habe mit Notwendigkeit den unreifen russischen Abrüstungsgedanken entgegentreten müssen und habe die Führung hierin gehabt; wenn nun Deutschland auch noch den ständigen Schiedshof zu Fall bringe, werde man allgemein der Überzeugung sein, das ganze Konferenzwerk sei gescheitert, und zwar durch deutsche Schuld; dies werde die schwerste Verstimmung bei Rußland hervorrufen, aber auch in der ganzen übrigen Welt Deutschland als das Haupthindernis des Friedens der Welt erscheinen lassen und damit Deutschland schwersten Schaden in seiner ganzen auswärtigen Politik bereiten. Der beabsichtigte ständige Schiedshof aber sei den deutschen Interessen in keiner Weise schädlich; die ehrliche Friedenspolitik Deutschlands werde in diesem Schiedshof immer ihr Recht finden, und die rechtliche Möglichkeit, aus Gründen der Ehre oder der Lebensinteressen des Staates den Gang zum Schiedsgericht abzulehnen, biete volle Garantie gegen jede Gefahr für die deutschen Staatsinteressen, die aus der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit erwachsen könnte.

Meine Ansicht wurde lebhaft bekämpft von dem Direktor der Rechtsabteilung, Hellwig, der insbesondere die Bismarckschen Überlieferungen wahren zu müssen erklärte; ich meinerseits bestritt, daß hier Bismarcksche Überlieferungen in Frage ständen. Der Gedanke, wie Bismarck die Fragen der Konferenz beurteilt haben würde, beschäftigte mich unablässig. Als die Lage im Haag kritisch wurde, schrieb ich an den mir persönlich nahestehenden Grafen Wilhelm Bismarck, meinen Königsberger Oberpräsidenten, eingehend über die ganze Situation mit der Frage, wie nach seiner Meinung der Fürst geurteilt haben würde; Graf Wilhelm antwortete mir umgehend in ausführlicher Erörterung, die meine Anschauung vollkommen billigte und besonders das Verhältnis zu Rußland als den sorgfältig zu pflegenden Punkt der deutschen Politik betonte. Damit wußte ich mich gedeckt gegen die Angriffe Hellwigs.

Nach mehrstündigem Redekampfe schloß der Staatssekretär die Sitzung mit der Erklärung, daß er meiner Ansicht beitrete und in diesem Sinne bei Seiner Majestät Entscheidung beantragen werde. Nachdem die übrigen Herren den Sitzungssaal verlassen hatten, blieb ich allein mit Herrn v. Bülow zurück

Digitized by Google

und erhielt von ihm die Weisung, sofort einen Immediatbericht für den Kaiser abzufassen. Meine Bitte, dies im Haag tun zu dürfen, wo ich meine Arbeitsmaterialien zur Hand hätte, wies Herr v. Bülow ab; die Sache müsse sofort erledigt werden. Den Abend verbrachte ich mit Holls, dem von dem günstigen Stand der Dinge Mitteilung ohne nähere Angaben zu machen ich mich für befugt erachtete; aus dem Gespräche mit Holls entnahm ich, daß dieser in Berlin persönlich nichts hatte ausrichten können, und den Gedanken erwog, bei Seiner Majestät, der in Kiel zur sogenannten Kieler Woche weilte, eine Audienz zu erbitten. Ob es geschehen ist, weiß ich nicht, wie mich überhaupt die ganze Hollssche Mission wenig interessierte, da ich der Überzeugung war, daß dieser Versuch amerikanischen Eingreifens in deutsche Dinge in Deutschland nicht günstig wirken könne.

In angestrengter Arbeit stellte ich sodann den geforderten Immediatbericht fest und überbrachte ihn persönlich am Sonntag, 18. Juni, mittag an Herrn v. Frantzius, der mich mit kühler Ablehnung begrüßte; ein Versuch, Herrn v. Holstein noch zu sprechen, war vergeblich. Ich verließ das Auswärtige Amt mit der Überzeugung und dem guten Gewissen, richtig und zum Wohle meines deutschen Vaterlandes einen guten Kampf gekämpft zu haben, auch wenn die Herren des Auswärtigen Amtes auf mich nun das Wort anwenden würden: Hic niger est, hunc tu, Romane, caveto. Auch von dem Immediatbericht an den Kaiser habe ich keine Abschrift. Mit dem Abendzuge fuhr ich nach dem Haag zurück und war Montag, 19. Juni, vormittags wieder in Scheveningen.

Kaum angekommen und damit beschäftigt, mich nach der langen Nachtfahrt wieder in geordneten Zustand zu versetzen, wurde ich stürmisch vom Kellner aufgefordert, zum russischen Botschafter, Herrn v. Staal, zu kommen, der mich unten erwarte. Meine Antwort, ich würde in kurzer Zeit zu Herrn v. Staal in die Stadt kommen, wurde dahin erwidert: Herr v. Staal werde warten, bis ich fertig sei; so stark war die Spannung des Präsidenten der Konferenz auf Nachricht über die Berliner Vorgänge. Ich mußte mich natürlich damit begnügen, Herrn v. Staal die Hoffnung auszusprechen, daß die Sachen günstig stehen. Unserem eigenen Botschafter und Herrn v. Schwarzhoff erstattete ich genauen Bericht.

Die Nachricht, die ich Herrn v. Staal gegeben hatte, verbreitete sich rasch in der gesamten Konferenz, und seitdem war die Stimmung eine ganz ausgezeichnete. Die Arbeiten nahmen nunmehr ihren schnellen Fortgang und wurden zu gutem Ende geführt. Schon nach wenigen Tagen erhielt ich auf Grund der Entscheidung des Kaisers meine neue Instruktion, die den ständigen Schiedshof annahm und damit das große Werk der Konferenz rettete. Es ist heute von der größten Wichtigkeit, festzustellen, daß dies große Friedenswerk aus der höchstpersönlichen Entscheidung des Kaisers hervorging, im Gegensatze zu der Haltung, die das Auswärtige Amt in schroffster Weise zu der Sache ein-

Digitized by Google

genommen hatte. Das Auswärtige Amt aber war in diesem Falle die Rechtsabteilung, die die Sache bearbeitete, und Herr v. Holstein. Der Staatssekretär, Herr v. Bülow, hatte sich offenbar bis dahin mit der Sache nicht persönlich beschäftigt, was allerdings kaum begreiflich erscheint; als er in den Gang der Dinge eingriff, infolge meines Widerspruches, geschah dies in richtiger und segensvoller Weise. Diese lebhafte Anerkennung muß die Geschichte Herrn v. Bülow zollen. Von diesem Zeitpunkt ab ergingen die Weisungen nach dem Haag — worauf mich, den mit den Hieroglyphen des Auswärtigen Amtes nicht Vertrauten, unser Bureauverstand aufmerksam machte — nicht mehr von der dritten, der Rechts-, sondern von der ersten, der politischen Abteilung.

Noch bis Ende Juli dauerten die sachlichen und redaktionellen Arbeiten, dann erfolgte der feierliche Schluß der Konferenz. Die Schlußarbeiten vollzogen sich in rein sachlicher Weise und in vollster Harmonie der ganzen großen Staatengesellschaft. Die Durchführung der schwierigen Redaktionsarbeit ist besonders das Werk des französischen Rechtsgelehrten Louis Renault, einer der anziehendsten und vornehmsten Persönlichkeiten der beiden Konferenzen. An der Schiedsgerichtsarbeit hatte sich Renault auf der ersten Konferenz nicht beteiligt; ich vermute, weil er ein zu scharfer Jurist für dieses juristisch unscharfe Gebiet war.

Die mir erteilte Instruktion, dem ständigen Schiedshofe zuzustimmen, war an vier Bedingungen geknüpft: einmal solle die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit aus dem Entwurfe entfernt, sodann solle der ständige Schiedshof in der oben angegebenen Form der Liste gebildet werden; dazu kamen noch zwei minder wichtige Punkte. Nicht ohne Schwierigkeiten war es möglich, diese deutschen Bedingungen zur Annahme zu bringen. Die Pazifisten hatten von einem ständigen Weltentribunal als dem obersten Richter über alle Länder und Völker der Erde geträumt; davon war die farblose Liste weit entfernt, und der Einfluß der Pazifisten auf das Komitee war durch Männer wie Descamps und d'Estournelles nicht unbedeutend. Wichtiger noch war der Streit um das Obligatorium. Hier war es besonders Bourgeois, der geltend machte, man dürfe den Gedanken des Obligatoriums nicht preisgeben, sondern müsse ihn durch Abstimmung feststellen, was ja nicht hindere, ihn weiterhin um des hohen Gutes der Einmütigkeit halber wieder aufzugeben. (Conférence de la Paix IV, S. 175 ff.) Es war jedenfalls ein Zeichen des schönen friedlichen Einvernehmens, das das Komitee beherrschte, daß darin Bourgeois nachgab, und ohne neue Abstimmung über das Obligatorium das Komitee einfach den deutschen Forderungen einstimmig beipflichtete, indem lediglich ein Antrag Descamps zur Abstimmung gebracht wurde, daß die bestehenden obligatorischen Schiedsgerichtsverpflichtungen aufrechterhalten bleiben und neue jederzeit eingegangen werden können. (Conférence de la Paix IV, S. 174.)

In der Kommissionsverhandlung aber flammte die Frage des Obligatoriums nochmals auf. Der serbische Delegierte Veljkovitsch bemängelte

Digitized by Google

die Nichtaufnahme des Obligatoriums in das Abkommen; wenn man wirklichen Friedenswillen hege, müsse man das Obligatorium annehmen. (Confér. de la Paix IV, S. 71). Ich ersuchte den Vorsitzenden Léon Bourgeois, hierauf deutsch antworten zu dürfen; Asser übertrug meine kurze Rede ins Französische. Ihr Inhalt war eine Zusammenfassung der oben dargelegten Gründe für die Zurückhaltung Deutschlands; mit dem Friedenswillen Deutschlands ständen diese Gründe in keinerlei Zusammenhang, und in diesem Friedenswillen werde sich Deutschland von keinem anderen Staate der Welt übertreffen lassen. (Confér. de la Paix IV, S. 72 f.).

Diese kurze, lebhaft gesprochene Rede löste den stärksten Beifall der Versammlung aus, der bewies, daß eine große Anzahl der Kommissionsmitglieder die deutsche Sprache verstand, und der sich erneuerte, als Asser meine Worte französisch wiederholt hatte. In starker Bewegung der Geister klangen diese Töne weiter in einer englischen Rede von Holls und einer französischen von Bourgeois, so daß die Sitzung geradezu einen dramatischen Charakter im Sinne allgemeinen Friedenswillens annahm.

Mir persönlich war dies verwunderlich. Der Friedenswille Deutschlands war mir selbstverständlich, und in häufigen Reden hatte der Kaiser diesem Friedenswillen kraftvolle Worte verliehen, so daß ich keinen Augenblick bezweifelte und auch heute nicht bezweifle, vollständig im Sinn und gemäß dem Willen des Kaisers diesem Friedenswillen Deutschlands richtigen Ausdruck gegeben zu haben. Irgendwelche Mißbilligung von Berlin aus, wohin ich genauen Bericht über die ganze Sitzung erstattete, erfolgte auch in keiner Weise; nur Schwarzhoff tadelte mich mit leichtem Scherze: ich sei ein zu lebhafter Friedensschwärmer; so ideal friedlich, wie ich mir sie vorstelle, sei die Welt nicht, und Deutschland müsse gegen das Übelwollen der anderen Staaten behutsam seine militärische Kraft wahren. Mit letzterer Anschauung war ich durchaus einverstanden, und wie tief gewurzelt das Mißtrauen der Welt gegen Deutschland sei, hatte auch diese Sitzung wieder klar erwiesen. Es fragte sich nur, ob es für die Überwindung dieses Mißtrauens richtiger sei, in offenem Entgegenkommen vertrauensvoller Art die internationalen Fragen zu behandeln, oder den Gesichtspunkt der militärischen Stärke jederzeit zum allein maßgebenden Gradmesser des Verkehres mit anderen Staaten zu machen; die letztere Methode der Politik schien mir nicht zur Überwindung, sondern zur steten Erneuerung und Verstärkung dieses Mißtrauens zu dienen. —

So endete die erste Haager Friedenskonferenz in voller und schöner Eintracht der Staaten. Graf Münster wurde dafür zum Fürsten erhoben, was mich mit Freude für den alten Herrn erfüllte, der im kritischen Momente der Konferenz so verständig und so taktvoll den richtigen Weg gegangen war. Daß das Auswärtige Amt mich mit voller Nichtachtung beehrte, ertrug ich mit heiterer Ergebung; für Herrn v. Holstein war ich nicht mehr vorhanden. Der spätere Staatssekretär Freiherr v. Richt-

Digitized by Google

hofen sprach mir allerdings lebhaft seine Zustimmung zu meinem Vorgehen aus. Aber auf die Liste der Schiedsrichter des ständigen Schiedshofes setzte mich das Auswärtige Amt nicht. Die schöne persönliche Erinnerung an zahlreiche bedeutende und interessante Männer und vor allem das feste Bewußtsein, für mein deutsches Volk und Vaterland ein gutes Werk getan zu haben, war mein bester Orden; daß Deutschland ein starkes, gutes und friedfertiges Glied in der Staatenwelt der Menschheit sein und daß dieser Gedanke ein notwendiger Lebensbestandteil seines Wesens sein müsse, war mir allezeit und insbesondere nach diesen Haager Erfahrungen festgewurzelte Überzeugung, der ich bei jedem Anlaß rückhaltlosen und starken Ausdruck gegeben habe.

Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard v. Dalwigk zu Lichtenfels in den Jahren 1866/67 und 1870/71

Herausgegeben
von
Dr. Wilhelm Schüßler,
Privatdozent an der Universität Frankfurt a. M.

(Fortsetzung)

15. August.

Morgens kam Baron Pfordten zu mir, um mir zu sagen, wir hätten von Frankreich gar keine Unterstützung zu erwarten, der Kaiser Napoleon habe nicht einmal ein an ihn gerichtetes eigenhändiges Schreiben des Königs von Bayern selbst entgegengenommen, sondern sich mit Unwohlsein entschuldigen lassen. Er, Pfordten, habe für den heutigen Tag von Bismarck eine Besprechung verlangt. Ich bat Pfordten, bei diesem Anlasse auch meine verschiedenen Ersuchen um eine Besprechung in Erinnerung zu bringen. Er sagte mir noch weiter, der General v. Loßberg[1]) weigere sich, Mainz, selbst auf Befehl des Bundes, zu verlassen, und zwar angeblich, weil er nur von dem Kurfürsten Befehle zu empfangen habe. Bayern beabsichtige, auch in dieser Beziehung eine Verständigung herbeizuführen. Ich schrieb infolge dieser Unterhaltung sofort offiziell an den Bundestagsgesandten v. Biegeleben und beauftragte ihn, sich dem bayerischen Antrage in der Bundesversammlung wegen Überlassung der Festung Mainz an Preußen anzuschließen. Um 12 Uhr ging ich zu Herrn v. Dubril und fragte denselben, ob er am Abend zuvor in einer Soiree bei dem Baron Schleinitz[2]) den Grafen Bismarck gesprochen habe,

---

[1]) Karl Wilhelm Jeremias, kurfürstlich hessischer Generalmajor.

[2]) Alexander Graf v. Schleinitz, 1807—1885, war Juli 1848 preußischer Minister des Auswärtigen, 1849—1850 zum zweiten, 1858—1861 zum drittenmal, 1861—1885 Minister des königlichen Hauses.

Digitized by Google

was er verneinte. Er erzählte mir, der Kaiser Napoleon sei sehr leidend. (Nachmittags).

Pfordten kam und teilte uns mit, daß Oberhessen bei dem Großherzogtum bleibe. Soeben sei Bismarck bei ihm gewesen und habe ihm mitgeteilt, daß er dies in einer Ministerberatung, welcher der König angewohnt, bei letzterem durchgesetzt habe. Bismarck behaupte, bei diesem Anlasse dem Könige sehr ernste Wahrheiten gesagt zu haben.

16. August.

Ich schrieb an Bechtold und ersuchte ihn, mir eine genaue Angabe des Flächeninhalts der Kreise Biedenkopf und Vöhl, sowie eine Hügelsche Karte von Oberhessen zu senden.

Dann schrieb ich dem Prinzen Ludwig und machte ihn darauf aufmerksam, daß am 22. l. M. der Waffenstillstand ablaufe, daß in Berlin die Friedensverhandlungen mit uns noch nicht begonnen hätten und daß es zweifelhaft erscheine, ob eine Waffenstillstandsverlängerung zu erreichen sei, daß er also, wenn er keine weitere Nachricht erhalte, am 22. August die großherzogliche Division unter die Kanonen von Mainz zurückziehen möge.

Während meines Diners um $4^1/_2$ Uhr kam Pfordten, um mir mitzuteilen, Herr v. Savigny habe noch keinen Auftrag, mit mir zu verhandeln. Übrigens sei Preußen von seinen Forderungen auf bayerische Gebietsabtretungen um einiges heruntergegangen.

17. August.

Morgens 10 Uhr besuchte mich Herr Lefèbvre, um mir zu sagen, Frankfurt und Oberhessen befänden sich nicht in der Reihe der Territorien, welche in dem den Kammern vorzulegenden Gesetzentwurf wegen Einverleibung eroberter Gebiete aufgeführt seien. Der Botschafter Benedetti sei von Paris zurückgekehrt und habe günstige Instruktionen mitgebracht, die ihn beauftragten, sich für Bayern und die übrigen süddeutschen Staaten zu verwenden. Bezüglich Hessens sei eine solche Verwendung kaum nötig, weil man hier in Berlin für die hessische Regierung am günstigsten gestimmt sei.

Während Lefèbvre noch bei mir war, wurde mir eine Karte des Prinzen Nikolaus von Nassau gebracht, der wieder weggegangen war, weil ich Besuch gehabt hatte. Ich ging deshalb in das Hôtel du Nord, wo der Prinz wohnte. Er sagte mir, daß er von seinem Bruder, dem Herzoge, geschickt sei, um zu bitten, daß man dem letzteren wenigstens gestatte, einen Unterhändler nach Berlin zu senden. Prinz Nikolaus hatte einen Brief des Herzogs an den König Wilhelm. Er fragte mich, wie er denselben an seine Adresse bringen solle. Ich empfahl ihm, desfalls an den Grafen Bismarck zu schreiben und letzteren zugleich um eine Besprechung zu bitten. Er sagte mir, daß er dies bereits getan habe. Ich schlug ihm dann weiter vor, sich an Herrn v. Oubril zu wenden, wenn Bismarck etwa nicht antworte.

Digitized by Google

Ich ging von da zu dem am Morgen angekommenen Botschafter Benedetti, mit dem ich lange konversierte. Er war viel eingehender auf meine Ansichten, als bei der ersten Unterhaltung. Er sprach lebhaft von dem Interesse, das Frankreich habe, Preußen nicht zu mächtig werden zu lassen. Ich empfahl ihm mit Wärme Sachsen. Er meinte, wenn Sachsen seine diplomatische Vertretung und seine selbständige Armee behalte, so sei das alles, was man für das Königreich erlangen könne. Wir sprachen auch von Mainz. Ich erklärte, daß wir die Besetzung der Festung durch Preußen nicht hindern könnten, daß aber diese Okkupation eine ernste Drohung für Frankreich und zugleich eine solche für uns sei. Benedetti bemerkte, er habe nur die Interessen Frankreichs zu wahren. Ich gab ihm dies zu und fügte bei, daß ich ihm deshalb auch von unseren Interessen nur soweit reden würde, als sie mit denen Frankreichs gemeinschaftlich seien.

Über die Gesundheit des Kaisers Napoleon schien er nicht sehr beruhigt. Er meinte indessen, daß er bei seiner Abreise den Kaiser viel besser als bei seiner Ankunft gefunden habe. Ich beschwerte mich, daß Graf Bismarck mir auf drei Briefe, in welchen ich auf den Beginn der Friedensverhandlungen gedrungen, nicht geantwortet habe und daß derselbe überhaupt ganz unzugänglich sei. Benedetti sagte, weil man uns in der Hauptsache nachgeben müsse, wolle man uns wenigstens in der Form verletzen. Nachmittags 5 Uhr machte mir Benedetti einen langen Gegenbesuch. Um 6 Uhr erhielt ich endlich eine offizielle Einladung Bismarcks zu Friedensverhandlungen mit dem Anfügen, daß neben ihm der Wirkliche Geheimerat v. Savigny zum zweiten Bevollmächtigten Preußens dabei ernannt sei.

18. August.

Morgens 11 Uhr ging ich zu Herrn v. Savigny und besprach mit ihm die wesentlichsten Punkte des Friedensvertrages.

Um 5 Uhr besuchte mich Herr v. Oubril. Er erzählte mir, Preußen wolle Homburg zu einer Art von Abfindung für den Prinzen Friedrich Wilhelm von Rumpenheim und dessen Gemahlin, die Prinzessin Anna, benutzen. Ich sagte ihm, daß ich das Schloß daselbst als Privateigentum für den Großherzog entschieden reklamiert hätte. Oubril lachte und sagte mir: „Bestehen Sie nur darauf, dann fällt die preußische Kombination mit Homburg in das Wasser." Während Oubril noch bei mir war, ließ Savigny sagen, daß er am Abend verhindert sei, zu verhandeln.

19. August.

Ich hatte einen kurzen Besuch Pfordtens, welcher mir in großer Aufregung erzählte, daß die Preußen als Friedensbedingung die Herausgabe der ehemaligen Düsseldorfer Galerie, also den größten Teil der alten Pinakothek in München, verlangten. Herr v. Savigny ließ morgens nichts weiter von sich hören. Um 12 Uhr ging der Geh. Legationsrat Hofmann zu ihm

Digitized by Google

und hörte von ihm, daß er den Tag hindurch zu sehr beschäftigt sei, um mit uns zu konferieren. Er habe sich aber die schriftlichen Aufzeichnungen erbeten, welche Hofmann und ich behufs Redaktion des Friedensvertrags zusammengestellt hatten.

20. August.

Morgens 10 Uhr besuchte mich der kurfürstlich hessische Gesandte in Wien, Herr v. Baumbach. Derselbe ist auf einen ihm durch Baron Pfordten telegraphisch übermittelten Wunsch des Grafen Bismarck nach Berlin gekommen. Vermutlich wünscht man hier wegen den kurhessischen Truppen in Mainz zu verhandeln.

Um 12 Uhr besuchte mich Pfordten. Er sagte mir, die Preußen seien etwas milder geworden. Die Entscheidung über das Eigentum an der Düsseldorfer Galerie solle nun einer Austrägalentscheidung unterworfen werden.

Um 12½ Uhr machte ich eine Promenade in der Stadt. Bei meiner Rückkehr begegnete ich im Gasthofe dem mecklenburgischen Minister v. Oertzen, der gerade von meiner Türe kam, und dem württembergischen Kriegsminister v. Hardegg, der mir bitter über die preußische Verzögerung in Erledigung seines finanziellen Auftrages klagte.

Um 1½ Uhr machte ich Herrn v. Oubril einen Besuch, um zu erfahren, was es in unserer Angelegenheit Neues gäbe, und ihn zu bitten, auf den Fortgang der Verhandlungen einen Druck zu üben und namentlich die Erneuerung der Feindseligkeiten zu verhindern. Herr v. Oubril versprach mir namentlich das letztere. Um 2½ Uhr ließ mir Herr v. Savigny sagen, daß er zur Fortsetzung der Verhandlungen bereit sei. Der Geh. Legationsrat Hofmann war ausgegangen. Ich verfügte mich also allein zu Savigny. Er legte mir seinen Entwurf des Friedensvertrages vor. Ich ersah daraus mit schmerzlichem Erstaunen, daß Preußen das Hinterland ohne Entschädigung abgetreten verlangt. Ich erklärte Savigny, daß dies gegen meine Verabredungen mit dem Grafen Bismarck sei. Er entgegnete, diese Abtretung werde als Teil der Kriegsentschädigung gefordert. Er habe die bestimmteste Instruktion, in diesem Punkte nicht nachzugeben. Die hessische Regierung sei stets die preußenfeindlichste gewesen; wir hätten von der Lösung der Union an durch alle Phasen des Zollvereins eine Feindschaft betätigt, die bis zum diplomatischen Bruche getrieben worden sei. Noch ganz zuletzt habe der Prinz Alexander an verschiedenen Höfen gegen Preußen agitiert und der künftige Thronerbe sogar im letzten Kriege gegen Preußen den Degen gezogen. Solche Erwägungen fielen hier ins Gewicht. Einer so bestimmten Erklärung des Stärkeren gegenüber blieb mir nichts übrig, als nachzugeben, jedoch bemerkte ich, daß die Domänen in dem Hinterlande als Familieneigentum des großherzoglichen Hauses dem Großherzoge reserviert bleiben müßten, Das bestritt Herr v. Savigny ganz entschieden. Er bestand darauf, daß die Domänen mit den abgetretenen Landesteilen übergehen müßten, da

Digitized by Google

man nicht allein mit dem Großherzogtum, sondern auch persönlich mit dem Großherzoge Krieg geführt habe. Ich erwiderte, daß, im Falle Preußen hierauf beharre, wenigstens der Wert der abzutretenden Domänen, ebenso wie der kapitalisierte Betrag der Steuern auf die zu vereinbarende Kriegsentschädigung aufzurechnen sein werde. Herr v. Savigny bemerkte hierauf nichts, forderte dann aber mit gleicher Bestimmtheit, wie die Abtretung des Hinterlandes, die Abtretung der Landgrafschaft Homburg mit Meisenheim, jedoch unter Vorbehalt der im Halberstädtischen liegenden Güter Obisfelde und Hötensleben für den Großherzog. Für Homburg mit Meisenheim bot er eine angemessene Entschädigung durch einzelne in Oberhessen liegende nassauische und kurhessische Enklaven. Ich reservierte auch die Orangerie, die Gemälde und die Sammlung im Schlosse zu Homburg. Der Geh. Legationsrat Hofmann war eine Stunde nach mir gekommen und beteiligte sich an der Diskussion. Ich schickte nach Beendigung der Beratung zu Herrn v. Oubril mit der Frage, wann ich zu ihm kommen könne. Er kam sofort zu mir und riet mir, die preußischen Bedingungen anzunehmen.

Bei meiner Rückkehr fand ich den Hofstallsekretär Wamser, der von München als Kurier gekommen war. Er brachte mir zwei Briefe des Ministers v. Schenk, worin mir namentlich mitgeteilt wurde, der Großherzog halte, falls der Friede vor Ablauf des Waffenstillstandes nicht gesichert sein sollte, ein für diesen Fall vorgeschlagenes Zurückziehen der großherzoglichen Truppen unter die Kanonen von Mainz für bedenklich. Ich möge den Friedensabschluß beschleunigen und nötigenfalls auf eine Erstreckung des Waffenstillstandes hinwirken.

21. August.

Ich machte mit Hofmann einen Besuch bei dem Bankier Julius Bleichröder, den wir nicht zu Hause fanden. Auf dem Rückwege begegnete ich Edouard Lefèbvre. Er begleitete mich in meine Wohnung und fragte mich dort, was Herr Benedetti für die von Preußen bedrohten kleineren deutschen Staaten, speziell für uns, getan habe. Ich antwortete: „Nichts!“ Lefèbvre versicherte hierauf, Benedetti habe die bestimmtesten Instruktionen zu unseren Gunsten erhalten.

Um 4 Uhr besuchte mich Pfordten einen Augenblick. Er sagte mir, Preußen steigere fortwährend seine Ansprüche. Es verlange jetzt von Bayern auch noch 30 Millionen Gulden Kriegskostenentschädigung.

Um 7 Uhr hatte ich den Besuch des Herrn v. Baumbach, der im Begriffe steht, nach Stettin zu reisen, um im Auftrage Preußens dem Kurfürsten Vergleichsvorschläge zu machen.

22. August.

Am Nachmittage hatte ich den Besuch des Herrn Lefèbvre. Derselbe sagte mir, Herr Benedetti habe nunmehr die bestimmte Instruktion erhalten,

Digitized by Google

zu verlangen, daß Hessen für die von demselben abzutretenden Gebietsteile volle Entschädigung erhalte. Graf Bismarck behaupte nun, das sei der Fall. Ich entgegnete, daß dies keineswegs der Fall sei. Wir sollten ein Gebiet von 67000 Einwohnern verlieren und dafür Enklaven mit etwa 10000 Einwohnern bekommen. Lefèbvre notierte sich die einzelnen Namen und Bevölkerungszahlen der von uns abzutretenden und der uns angebotenen Gebiete.

23. August.

Morgens ließ Herr v. Savigny sagen, daß er heute verhindert sei, zu konferieren. Um 11½ Uhr machte ich dem sächsischen Minister Grafen Hohenthal einen Gegenbesuch. Ich fand ihn nicht zu Hause. Ebensowenig den französischen Botschafter Benedetti. Um 1 Uhr hatte ich den Besuch des Herrn v. Oubril, der sich nach dem Fortgange der diesseitigen Verhandlungen erkundigen wollte. Während des Diners kam Pfordten, der heute seinen Friedensvertrag unterzeichnet hatte.

Ich erzählte Lefèbvre, daß die Gebietsabtretung Bayerns elfmal so gering sei als diejenige, welche man Hessen zumute. Ich bat ihn, eine Beschwerde Benedettis darüber zu veranlassen. — Hierauf ging ich zu Herrn v. Oubril und trug ihm vor, daß ich Herrn v. Bismarck nicht zu sehen bekäme und daß man Hessen eine Abtretung von 57000 Seelen zumute, während man das fünfmal größere Bayern mit einer Abtretung von 30000 Seelen durchkommen lasse. Oubril versprach mir, darüber mit Bismarck zu reden.

24. August.

Ich schickte morgens 11½ Uhr zu Herrn v. Savigny und empfing die Antwort, daß er bereits in einer Konferenz mit dem Bürgermeister Müller von Frankfurt begriffen sei. Unter den Linden war große Parade, die der König abnahm, und die zu sehen ich keine Lust hatte.

25. August.

Auf meine Anfrage wegen Fortsetzung der Konferenzen ließ mir Herr v. Savigny sagen, daß er erst weiter konferieren könne, wenn er dem Grafen Bismarck Vortrag erstattet habe. Er werde mir nicht vor 6 Uhr diesen Abend sagen lassen, wann er dazu imstande sei.

Herr Lefèbvre besuchte mich, um mir zu sagen, Herr Benedetti habe eingehend mit dem Grafen Bismarck gesprochen. Dieser letztere behaupte, ich hätte schon in Nikolsburg das Hinterland angeboten, was eine Unwahrheit ist. Ich sagte dies Lefèbvre und bemerkte, daß ich erst in Berlin von dem Hinterland gesprochen und dabei stets volle Entschädigung vorausgesetzt hätte. Ich zeigte dem Lefèbvre auf der Landkarte, welche Entschädigungen man uns mit Leichtigkeit geben könne.

Digitized by Google

26. August.

Ich machte dem sächsischen Minister v. Friesen[1]) einen Gegenbesuch. Er klagte über die harten Bedingungen, welche Preußen für den Friedensabschluß stelle. Dasselbe verlange geradezu Verlegung der sächsischen Truppen nach Preußen und Leistung des preußischen Fahneneides durch dieselben. Dagegen solle Sachsen durch preußische Truppen besetzt, Dresden befestigt und der Königstein übergeben werden. Friesen meinte, Baron Beust hätte mit seinem Entlassungsgesuche[2]) noch etwas warten sollen. Er erzählte mir, Graf Bismarck habe in der ersten Unterhaltung, die er und Graf Hohenthal mit ihm gehabt, erklärt, Preußen habe zwar in den Friedensverhandlungen zu Nikolsburg die Integrität Sachsens versprochen, das schließe aber nicht aus, daß man selbst die sächsische Dynastie wechseln könne. Preußen wolle das zwar nicht, es verlange aber, daß die Gefahr, welche ihm aus dem Bestehen einer selbständigen sächsischen Armee erwachse, beseitigt werde.

27. August.

Um 12 Uhr fuhr ich zu dem thüringischen Minister Grafen Beust,[3]) der an meiner Türe gewesen war. Er erzählte mir, daß dem Vernehmen nach Herr v. Roggenbach ausersehen sei, Minister für die deutschen Angelegenheiten zu werden. Ich bemerkte, daß man von einem Minister, der mir gegenüber den Norddeutschen Bund mit dem Bündnisse des Hundes mit seinen Flöhen verglichen habe, nicht viel Gutes erwarten könne. Graf Beust war mit mir ganz einverstanden, daß in der Überschätzung, welche sich Preußen hinsichtlich seiner Kraft dermalen zuschulden kommen lasse, eine große Gefahr für seine eigene und Deutschlands Zukunft liege. Nachmittags besuchte mich der oldenburgische Minister v. Rössing.[4]) Ich sprach demselben mein Bedauern aus, daß sein Herr, sowie der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, persönlich gegen die bundestreuen Staaten den Degen gezogen hätten. Rössing meinte, wenn man einmal eine Sache ergriffen habe, so müsse man dies auch in vollem Maße tun. Ich erwiderte, wenn man der Gewalt weichend und nicht aus innerer Überzeugung einer politischen Richtung folge, so müsse man nur das absolut Notwendige tun und nicht mehr. Ich sagte ferner, kleinere Staaten seien nur im Bundesverhältnisse lebensfähig, und die Existenz der kleineren deutschen Staaten, nach Auflösung des Bundes, sei eigentlich eine Unmöglichkeit.

Während unseres Diners kam der französische Botschafter Benedetti und lud mich und Hofmann für den folgenden Tag zum Essen ein. Er setzte sich

---

[1]) Richard Freiherr v. Friesen, 1808–1884; 1848–1852 sächsischer Minister des Innern, dann Kreisdirektor in Zwickau, 1859 Finanzminister, 1866 als Nachfolger Beusts Minister des Auswärtigen, 1876 verabschiedet.

[2]) Vom 15. August, genehmigt 16. August.

[3]) Karl Louis Graf v. Beust, 1811–1888; herzoglich sachsen-altenburgischer Staatsminister, 1853—1867 Vertreter der thüringischen Staaten in Berlin.

[4]) Peter Friedrich Ludwig, Minister für auswärtige Angelegenheiten.

Digitized by Google

zu uns, und wir sprachen von der Vernichtung Sachsens durch die Aufhebung seiner Militärhoheit, von der Verletzung des in Nikolsburg Frankreich gegebenen Versprechens, die Integrität Sachsens respektieren zu wollen, und von der Provokation, die für Frankreich in der Besetzung von Mainz ausschließlich durch preußische Truppen liege. — Am Abend schrieb ich einen die kurhessischen Verhältnisse betreffenden Brief an den Großherzog.

Der württembergische Kriegsminister v. Hardegg klagte über den Mangel an Befähigung und die Peinlichkeit, welche Savigny in den Friedensverhandlungen bewiesen habe. Er habe Herrn v. Savigny kürzlich gefragt, ob es einem Anstande unterliege, den württembergischen Friedensvertrag zu veröffentlichen. Dagegen habe Savigny lebhaft protestiert, weil durch eine solche Veröffentlichung die preußische Regierung ihren Kammern gegenüber in Verlegenheit kommen könne. Graf Bismarck dagegen habe später auf eine gleiche Anfrage erwidert, daß er gegen eine sofortige Publikation des Vertrags nicht das mindeste zu erinnern finde.

28. August.

Um 3 Uhr gingen wir zu Herrn v. Savigny in das Ministerium des Äußern und konferierten dort mit ihm eine Stunde lang. Er warf mir vor, daß die großherzogliche Regierung sich bei den dermaligen Verhandlungen an Rußland und Frankreich anlehne. Man habe das in Berlin übelgenommen. Ich erwiderte, daß wir der Anlehnung an Rußland die Erhaltung unserer Provinz Oberhessen verdankten. Savigny gab dies zu mit dem Bemerken, daß wir allerdings vom hessischen Standpunkte aus recht hätten. Ich versetzte, daß ich hier keinen anderen Standpunkt als den hessischen zu wahren hätte.

Um 6 Uhr ging ich mit Herrn Hofmann zum Diner bei Herrn Benedetti. Außer uns waren noch der sächsische Minister v. Friesen, der Graf Hohenthal und der französische Legationssekretär Napoleon v. Ring anwesend. Nach dem Diner sprach ich mit Benedetti längere Zeit allein. Ich bemerkte ihm, daß Preußen den Krieg mit Frankreich voraussehe und mit allen Kräften schon dermalen rüste. Frankreich werde, wenn es aggressiv vorgehen wolle, sehr wohl tun, den Krieg lediglich als einen zum Schutze der deutschen Dynastien gegen preußische Vergewaltigung zu führenden anzukündigen und nicht durch vorzeitige Ansprüche auf deutsches Gebiet die deutsche Nation in ihren tiefsten Tiefen aufzuregen.

29. August.

Dubril sagte mir, er habe den Grafen Bismarck gebeten, mit mir persönlich eine Besprechung zu haben. Derselbe habe aber erwidert, ich sei ein eingefleischter Preußenfeind, auf den er keine besonderen Rücksichten nehme. Er könne sich zu keiner direkten Besprechung herbeilassen und dadurch gewissermaßen Herrn v. Savigny kompromittieren. Der letztere sei substituiert, und mit ihm möge ich verhandeln. Übrigens würden von mir die Verhand-

Digitized by Google

lungen in die Länge gezogen. Ich benähme mich und führte eine Sprache, als sei Hessen Sieger und nicht Preußen, und wenn ich so fortfahre, werde es besser sein, ich bräche die Verhandlungen ab und ginge nach Hause. Ich entgegnete Oubril, daß von allem, was Bismarck behauptet habe, das gerade Gegenteil wahr sei. Nicht ich, sondern Preußen hätte bisher die Verhandlungen verzögert. Übrigens würde ich nun das mögliche tun, um den Abschluß zu beschleunigen. Auf dem Rückwege von Oubril begegnete ich dem quieszierten Regierungspräsidenten v. Mirbach, mit dem ich längere Zeit sprach. Derselbe ist, als alter Kreuzzeitungsmann, mit der Politik und dem Verfahren seiner Regierung durchaus unzufrieden. Er klagte über deren revolutionäres Auftreten und die Auflösung der konservativen Partei.

30. August.

Um 12 Uhr fuhr ich zu dem Präsidenten v. Mirbach und machte, da er nicht zu Hause war, seiner Frau einen langen Besuch. Sie beklagte die jüngsten Ereignisse lebhaft, fügte aber hinzu, daß sie in Berlin kaum wagen dürfe, ihre Ansichten auszusprechen.

Ich entwarf mit Hofmann nach dem Essen die definitive Redaktion des Friedensvertrages. Herr v. Savigny hatte am Morgen früh bei einem Besuche, welchen ihm Hofmann machte, die Summe von drei Millionen für Kriegskostenentschädigung verlangt, und ich beanstandete diese Forderung nicht. Der niederländische Gesandte Graf Bylandt war mir nämlich auf der Straße am Morgen begegnet. Ich erzählte ihm, daß die heutige „Neue Preußische Zeitung" einen Artikel enthalte, in dem sie mich beschuldige, die Friedensverhandlungen durch Eigensinn und Preußenfeindlichkeit zu verzögern, und drohe, daß Preußen die Verhandlungen abbrechen werde. Graf Bylandt erwiderte, der General v. Manteuffel scheine von Petersburg in bezug auf den politischen Teil seiner Mission nicht ganz befriedigt zurückgekehrt zu sein. Preußen nehme deshalb auf die Wünsche Rußlands hinsichtlich des Großherzogtums Hessen weniger Rücksicht, und er, Bylandt, rate mir deshalb, den Vertrag mit Preußen baldigst auf jede Bedingung hin abzuschließen. Abends 8 Uhr begab ich mich mit dem Geheimen Legationsrat Hofmann in das Ministerium des Äußern, wo wir mit Herrn v. Savigny den Friedensvertrag in seinen Hauptpunkten feststellten.

31. August.

Herr v. Oubril teilte mir eine chiffrierte gesandtschaftliche Depesche aus München mit, wonach in Darmstadt Versuche gemacht werden sollen, den Großherzog zur Entsagung auf die Regierung zu bestimmen und den Prinzen Ludwig an seine Stelle zu setzen.

Abends 8 Uhr wollten wir Savigny zur Weiterverhandlung im Ministerium des Äußern aufsuchen. Er war aber weder daselbst noch zu Hause

Digitized by Google

anzutreffen. Er kam erst um 9 Uhr zurück und ließ uns sagen, er sei zu ermüdet, um heute noch zu konferieren.

1. September.

Morgens 10 Uhr kam Herr Hofmann und sagte mir, Herr v. Savigny habe ihn bitten lassen, zu ihm zu kommen, indem er allein mit ihm zu sprechen wünsche. Später kam Hofmann wieder und erzählte mir, Savigny habe nichts weiter gewollt, als mit ihm noch einmal die Vertragsredaktion zu prüfen. Die Anwesenheit von zwei diesseitigen Kommissären greife Herrn v. Savigny, nach dessen Versicherung, die Nerven an.

Savigny hatte Herrn Hofmann auf 5 Uhr nachmittags zu einer Besprechung in das Ministerium des Äußern eingeladen. Am Nachmittage aber ließ er sagen, daß er zu ermüdet sei, um an diesem Tage mit Hofmann weiter zu arbeiten. Einstweilen möge Hofmann sich wegen der als Depot anzunehmenden hessischen Papiere mit dem Geheimen Rat Günther im Finanzministerium benehmen. Hofmann fuhr sofort zu dem letzteren, traf ihn aber nicht an.

Ich hatte am Morgen einen Brief des Prinzen Ludwig erhalten, in welchem der Prinz die Ansicht äußerte, der Friedensabschluß werde verzögert, weil der Großherzog seine oberhessischen Domänen nicht abtreten wolle. Ich antwortete dem Prinzen sofort in einem langen Schreiben, daß seine Unterstellung unrichtig sei, daß man diesseits alles nachgegeben habe und daß der Abschluß des Friedens nur durch Preußen verzögert werde.

Während des Essens kam Baumbach und erzählte, Preußen scheine zu beabsichtigen, dem Kurfürsten entweder die Grafschaft Hanau oder die Landgrafschaft Homburg anzubieten.

Abends 10 Uhr erhielt ich ein Telegramm des Prinzen Ludwig, worin derselbe abermals bittet, den preußischen Forderungen nachzugeben und Frieden zu schließen.

2. September.

Geheimer Legationsrat Hofmann brachte mir den neuesten preußischen Entwurf zum Friedensvertrage. Es wird darin, außer der Abtretung der Kreise Biedenkopf und Vöhl auch diejenige des Amtes Königsberg, des Ortes Rödelheim und der hessischen Hälfte von Niederursel gegen die mit Herrn v. Savigny früher getroffenen Verabredungen gefordert. Auch wird des von Herrn v. Savigny als Entschädigung angebotenen Ortes Heddernheim nicht erwähnt. — Ich sagte, wir wollten in Gottes Namen annehmen, um nur zu Ende zu kommen. Hofmann bemerkte mir, auch Herr v. Savigny rate dazu, weil die Stimmung in Berlin gegen uns täglich erbitterter werde. Im Falle der Annahme könnten wir den Frieden morgen unterzeichnen.

Am Nachmittage kam Graf Bray von München mit der Ratifikation des bayerischen Friedensvertrages; er sagte mir, daß er für Bismarck den

Digitized by Google

Hubertusorden und für Savigny den bayerischen Zivilverdienstorden mitbringe. Ich verhehlte mein Erstaunen über eine solche Auszeichnung nach dem Abschlusse eines demütigenden Friedens nicht.

Abends 7½ Uhr kam Baumbach und blieb eine halbe Stunde. Dann ging er, um den Landgrafen Alexis von Hessen-Philippsthal[1]) in das Krollsche Theater abzuholen. Landgraf Alexis ist nach Berlin gekommen, um bei Anlaß der mit dem Kurfürsten obschwebenden Unterhandlungen sich eine Erhöhung seiner nur 5000 Reichstaler betragenden Apanage auszuwirken. Hofmann war inzwischen zwei Stunden lang mit Herrn v. Savigny beschäftigt gewesen, das Schlußprotokoll zu unseren Verhandlungen richtigzustellen.

3. September.

Während des Essens ließen Graf Bismarck und Herr v. Savigny uns auf den Abend 10½ Uhr zur Unterzeichnung des Friedensvertrages einladen. Abends 10½ Uhr ging ich mit Hofmann in das Ministerium des Äußern, wo wir mit Herrn v. Savigny und dem Grafen Bismarck in dem zweiten Salon des letzteren zusammenkamen. Es wurde der Friedensvertrag und das Schlußprotokoll verlesen, unterzeichnet und untersiegelt. Graf Bismarck war anfangs sehr kühl und steif, zuletzt wurde er etwas wärmer. Ich sagte ihm vor der Unterzeichnung: „Eure Exzellenz haben uns schmerzliche Opfer auferlegt." Er antwortete: „Sie uns ein viel schmerzlicheres, die Provinz Oberhessen. Dieselbe ist ein Flecken in der preußischen Landkarte."

Er erzählte uns, ein russischer Arzt habe ihm in Petersburg, während er dort den preußischen Gesandtschaftsposten bekleidete, gegen einen Knierheumatismus ein Pflaster gegeben. Dieses Pflaster habe ihm eine Stockung in einer Ader zuwege gebracht, so daß sich eine Art Pfropfen gebildet habe, der nach ärztlichem Urteil nur durch große Ruhe und Vermeidung aller Erschütterungen ohne Gefahr habe beseitigt werden können, beim Losgehen aber lebensgefährlich habe werden müssen. Durch eine heftige Bewegung auf einem vierspännigen pommerschen Wagen sei aber der Pfropfen in der Tat losgegangen und habe ihm sofort eine heftige Lungenentzündung verursacht, infolge deren er auf dem Gute eines Herrn von Below längere Zeit mit dem Tode gerungen habe. Er habe bereits mit erlöschender Stimme letztwillig verfügt gehabt, daß seine Frau die Vormundschaft über seine Kinder haben und das Vormundschaftsgericht ausgeschlossen sein soll, eine Maßregel, die jeder richtige Preuße in casu mortis treffe, weil die Vormundschaftsgerichte gewöhnlich die Vermögen aufzehrten.

Um 11½ Uhr kam ich mit Hofmann wieder nach Haus und soupierte sehr vergnügt im Hotel.

4. September.

Ich machte morgens mit dem Geheimen Legationsrat Hofmann dem Grafen Bismarck, dem Herrn v. Savigny, dem Herrn Benedetti und

[1]) 1829—1905.

Digitized by Google

dem Grafen Hohenthal Abschiedsbesuche. Dieselben waren sämtlich nicht zu Hause.

Minister v. Friesen empfing uns und teilte uns mit, daß auch er vom Grafen Bismarck keine Antwort erhalte. Er erzählte, Benedetti habe Bismarck eine Depesche vom 10. August vorgelesen, worin Frankreich, wenn auch nur auf zarte und indirekte Weise, Kompensationen beanspruche. Bismarck habe sofort Abschrift dieser Depesche begehrt, und auf die Frage Benedettis, ob denn die Sache so eilig sei, er wolle sich vorerst in Paris die Autorisation zur Mitteilung der begehrten Abschrift erbitten, geantwortet, allerdings sei die Sache eilend, denn nach diesem Verlangen werde er noch heute abend die Befehle des Königs einholen und morgen bei den Kammern die Bewilligung eines Kredits von 60 Millionen Reichstalern verlangen. Darauf habe Benedetti entschuldigend bemerkt, so ernstlich sei ja die Sache von Frankreich nicht gemeint.

Baumbach erzählte mir, Savigny habe ihm gesagt, ich müsse den König Wilhelm einmal persönlich beleidigt haben. Ich erzählte Baumbach die Unterhaltung, die ich im Jahre 1861 mit dem Könige in Baden-Baden gehabt hatte. — Um 2 Uhr hatte ich den Besuch des Grafen Hohenthal. Derselbe klagte, ebenso wie Minister v. Friesen, über die absichtliche Verschleppung der sächsischen Angelegenheit. Er meinte, alles werde schließlich auf eine Annexion Sachsens hinauslaufen, denn als eine Art preußischer Oberbürgermeister könne der König nicht in sein Land zurückkehren. Über eine solche Rückkehr werde man sich anfangs wohl freuen, dann aber würden Konflikte mit den preußischen Militärbehörden entstehen, die regelmäßig eine ungünstige Lösung fänden, und dadurch werde schon nach sechs Monaten im Lande eine Unzufriedenheit entstehen, die schließlich zu dem Wunsche einer völligen Annexion führe. Von Frankreich sei gar nichts zu erwarten. Die Interpretation des Nikolsburger Vertrages, wonach zwar die Integrität des Königreiches Sachsen gewahrt bleibe, aber, nach Bismarckscher Auffassung, der König seiner Militärhoheit beraubt, ja sogar von Preußen ein Dynastiewechsel verfügt werden könne, sei für Frankreich eine schwere Niederlage, die es aber ruhig hinnehme. Der Prager Friede habe jene Bismarcksche Interpretation sogar noch bestätigt, indem noch den Worten „l'intégrité du Royaume de Saxe" hinzugefügt worden sei „c'est à dire l'intégrité territoriale". Österreich habe dieser Redaktionsänderung nur aus Schwäche oder Dummheit zustimmen können.

Drouyn de Lhuys[1]) sei das Opfer einer gegen ihn gerichteten Intrige des Prinzen Napoleon, Lavalettes[2]) und Rouhers[3]) geworden. Benedetti

[1]) Entlassen am 1. September 1866.

[2]) Charles Jean Marie Felix Marquis de Lavalette, 1806—1881; war 1861—1862 französischer Botschafter beim päpstlichen Stuhl, März 1865 Minister des Innern, September 1866—1869 Minister des Auswärtigen.

[3]) Eugène Rouher, 1814—1884; war 1849—1852 französischer Justizminister, 1855—1863 Minister für Handel und Ackerbau, bis 1870 Staatsminister (Sprechminister); genannt „der Vizekaiser".

Digitized by Google

sehne sich von Berlin fort. Er wünsche den Posten von Konstantinopel. Hohenthal versicherte, zwischen dem Könige Wilhelm und Bismarck bestehe ein abgekartetes Spiel mit verteilten Rollen. Der König sei geistig beschränkt, sein früheres Rechtsgefühl sei ihm ganz abhanden gekommen. Er denke, wie Bismarck es ihm vorschreibe. Hohenthal erzählte mir noch, wie sehr Beust stets auf mich gebaut und wie derselbe gesagt habe: „Wenn auch alle mich verlassen, auf Dalwigk kann ich stets zählen." Abends 6 Uhr hatte ich den Abschiedsbesuch Savignys. Ich sagte ihm, wie ich seine offizielle Sprache stets von seinen persönlichen billigen und wohlwollenden Gesinnungen zu unterscheiden gewußt habe, und daß ich mich der Beweise solcher Gesinnungen stets dankbar erinnern würde.[1]) Savigny drückte mir warm die Hand und dankte mir für diese Worte.

Abends 7¾ Uhr fuhr ich mit Hofmann von Berlin ab.

5. September.

Morgens 11¼ Uhr kam ich in Darmstadt an. Auf dem Frankfurter Bahnhofe sprach ich einen Augenblick mit Karl Mayer von Rothschild und proponierte demselben Beteiligung an der von uns in Berlin zu leistenden Zahlung von drei Millionen Kriegskostenentschädigung.

6. September.

Um 9 Uhr kam Prinz Heinrich. Er erzählte mir, der Großherzog verlange, daß er aus dem preußischen Dienste ausscheide, wenigstens unbestimmten Urlaub nehme. Der Prinz wünschte meinen Rat. Er setzte hinzu, daß er dermalen die Aussicht habe, Regimentskommandeur zu werden, daß er übrigens den Befehlen des Großherzogs gehorchen werde. Ich bemerkte, daß ich mit dem Austritte des Prinzen aus dem preußischen Militärdienste nicht einverstanden sei. Abgesehen von dem persönlichen Interesse, welches ich an der Karriere des Prinzen nähme, scheine mir auch Grund genug vorzuliegen, uns dermalen mit Preußen gut zu stellen, wenigstens den König nicht persönlich zu verletzen. Ich übernahm es, dem Großherzog in Nymphenburg meine Ansicht vorzutragen und dem Prinzen nach dem Ergebnis dieses Vortrages sofort zu schreiben. Um 11¼ Uhr fuhr ich über Heidelberg und Stuttgart nach München ab.

7. September. München.

Pfordten erzählte mir, Bismarck habe im Laufe seiner Verhandlungen mit ihm eingesehen, welche nachteiligen Folgen es für Preußen haben könne, wenn man das bayerische Volk durch allzuharte Opfer erbittere. Bismarck habe seine geänderte Ansicht bei seinem Könige vertreten und sei, als der König nicht habe nachgeben wollen, soweit gegangen, seine Entlassung anzu-

[1]) Dalwigk hatte als Student in Berlin seine Wohnung bei Savignys Eltern; daher die alte Bekanntschaft der beiden Staatsmänner.

Digitized by Google

bieten. Dieser Haltung Bismarcks verdanke Bayern seinen verhältnismäßig günstigen Friedensvertrag, und dafür habe Bismarck den Hubertusorden bekommen.

8. September.

Morgens vor 8 Uhr fuhr ich nach Nymphenburg. Der Großherzog dankte mir mit großer Herzlichkeit für den Abschluß des Friedensvertrages, drückte mir wiederholt die Hand und umarmte mich beim Abschiede mit überwallendem Gefühl, indem er mich auf beide Backen küßte. Er erzählte mir, daß Wachter abgehe und daß er den Obersten v. Grolmann[1]) zum Kriegsminister machen wolle. Ich sagte ihm, daß es sehr wünschenswert sei, den vakant werdenden Posten einem Manne von Selbständigkeit anzuvertrauen. Ich bestimmte den Großherzog, in das fernere Verbleiben des Prinzen Heinrich im preußischen Dienst zu willigen. Dann erzählte ich ihm Details aus der letzten Zeit meines Aufenthalts in Berlin. Ich sprach ihm auch von der Dekorierung Bismarcks und Savignys durch Bayern. Der Großherzog lehnte es aber entschieden ab, diesem Beispiele zu folgen.

Bei meiner Rückkehr nach München besuchte mich Minister v. Schenk und teilte mir sehr vergnügt mit, daß die Mittel zur Barzahlung der preußischen Kriegskostenentschädigung von drei Millionen in den Staatskassen vollständig vorhanden seien.

Nach dem Minister v. Schenk kam der Geheime Rat Zimmermann und bemerkte mir, der Großherzog schreibe trotz des Dankes, den er Rußland schuldet, niemals an die Kaiserin Marie. Diese letztere habe sich in einem Briefe an Frau v. Trotha darüber beschwert, daß man sie ganz ohne Nachrichten von Darmstadt lasse. Nicht einmal die Errichtung eines Kreuzes auf dem Heiligenberge zum Andenken an die Großherzogin Wilhelmine[2]) habe man ihr notifiziert. Nach Zimmermann kam der belgische Gesandte Baron Beaulieu.

Dieser hält den Krieg mit Frankreich für bevorstehend. Nach der Schlacht von Königgrätz habe Napoleon die Kaiserin, Drouyn de Lhuis und die Marschälle zu einer Konferenz versammelt, um über die Frage, ob man zu einer bewaffneten Demonstration behufs Herstellung des Friedens schreiten solle, zu beraten. Die Kaiserin und Drouyn de Lhuis seien dafür gewesen. Die Marschälle aber hätten erklärt, daß man zu einem möglichen Kriege mit Preußen nicht gerüstet sei, und der Kaiser habe sich dieser Ansicht angeschlossen. Der Krieg sei aber nur verschoben. Die Besetzung von Mainz und das preußische Verlangen, daß Luxemburg in den Norddeutschen Bund trete, seien ebensoviele preußische Provokationen gegenüber Frankreich. Graf Bismarck habe dem Kaiser Napoleon früher als Kompensation die Länder

[1]) Adolf v. Grolmann, Flügeladjutant des Großherzogs.

[2]) 1788—1836, Mutter der Kaiserin, Gemahlin Ludwigs II., Tochter Karl Ludwigs von Baden.

Digitized by Google

angeboten, in denen man französisch sprèche, also Belgien und die französische Schweiz. Neuerdings habe er diese Propositionen unter ausdrücklicher Nennung Belgiens wiederholt. Kaiser Napoleon aber, der an dem Prinzip der Selbstbestimmung der Völker festhalte, habe, mit Rücksicht auf die Manifestationen bei der Thronbesteigung des dermaligen Königs der Belgier, darauf verzichtet, Belgien zu annexieren. Prinz Napoleon habe dies dem Grafen von Flandern in einer mündlichen Besprechung ausdrücklich erklärt. Ich schrieb später an den Prinzen Heinrich und teilte demselben mit, daß der Großherzog sein Verbleiben im preußischen Militärdienste billige.

Um 5 Uhr dinierte ich mit Pfordten, Berckheim, einem Fürsten Hohenlohe,[1]) Mitglied der Kammer der Reichsräte, von dessen Ernennung zum Nachfolger Pfordtens einmal die Rede war, Capellen und Paul Dunten. Pfordten sagte mir, ich müsse den König von Preußen einmal persönlich beleidigt haben, und das habe meine Verhandlungen in Berlin erschwert. Er habe das dort erfahren, habe es mir aber nicht sofort sagen wollen, um mir die Laune nicht zu verderben.

9. September.

Morgens 9 Uhr besuchte mich der Geh. Legationsrat Hofmann, welcher am Abend zuvor mit der Ratifikationsurkunde zum Friedensvertrag vom 3. September von Darmstadt gekommen war. Wir fuhren um 10 Uhr zusammen nach Nymphenburg. Der Großherzog empfing mich zuerst allein, dann den p. Hofmann, welchem er das Ritterkreuz I. Klasse des Ludwigsordens verlieh. Er gab mir dann für Ozeroff und Dubril Großkreuze des Philippsordens, für Lefèbvre das Komturkreuz II. Klasse des Philippsordens, für Nelidoff das Ritterkreuz I. Klasse des Ludwigsordens und für Paul Dunten das Ritterkreuz I. Klasse des Philippsordens.

Nachdem der Großherzog die Ratifikationsurkunde unterzeichnet hatte, fuhr ich mit Hofmann nach München zurück. Von dort telegraphierte ich an Bechtold, daß der Kreisrat Dieffenbach sofort nach Biedenkopf und der Kreisrat v. Röder umgekehrt nach Schotten zu versetzen sei. Dann entwarf ich dem Großherzog ein Dankschreiben an den Kaiser Alexander.

10. September.

Ich entwarf eine von dem Großherzog aus Anlaß seiner bevorstehenden Rückkehr nach Darmstadt zu veröffentlichende Proklamation.

Nach dem Theater soupierte ich mit der Darmstädter Kolonie und nahm Abschied von dem Minister v. Schenk, welcher am folgenden Morgen nach Darmstadt zurückreist, um die Zahlung der Kriegskostenentschädigung an

[1]) Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, 1819—1901; 1848/49 als Reichsgesandter in Rom, Florenz und Athen, 1867—1870 bayerischer Ministerpräsident, 1874—1885 deutscher Botschafter in Paris, 1885—1894 Statthalter von Elsaß-Lothringen, 1894—1901 deutscher Reichskanzler.

Digitized by Google

Preußen zu ordnen. Während des Soupers erschien v. Erlanger,[1]) der eben aus Frankfurt kommend in München eingetroffen war. Ich machte ihm den Vorschlag, sich bei der Berichtigung der von uns in Berlin zu zahlenden drei Millionen zu beteiligen. Er ging bereitwillig auf diesen Vorschlag ein und nahm mit Herrn v. Schenk, mit dem ich ihn bekannt machte, sofort Rücksprache.

12. September.

Der Großherzog wollte anfangs von einer aus Anlaß seiner Rückkehr in sein Land zu erlassenden Proklamation nichts wissen, änderte aber plötzlich seinen Entschluß und genehmigte meinen Entwurf.

13. September.

Sämtliche Künstler, die ich am Morgen besuchte, waren auf den König von Bayern und Richard Wagner schlecht zu sprechen.

Baron Beaulieu, den ich um 4½ Uhr besuchte, erzählte mir, daß Frankreich gegen Bayern sehr verstimmt sei. Pfordten habe aus Anlaß der preußischen Erfolge die französische Vermittelung angesprochen. Der König von Bayern habe eigenhändig an den Kaiser Napoleon geschrieben, und dann wieder habe Pfordten in Berlin, um den harten preußischen Friedensbedingungen zu entgehen, eine geheime Verabredung mit Bismarck getroffen, durch welche sich Bayern für den Fall eines preußisch-französischen Krieges verpflichte, Preußen helfend zur Seite zu stehen. Beaulieu sagte mir weiter, daß Belgien im Kriegsfall unbedingt mit Frankreich gehen werde, nachdem es von dem Grafen Bismarck dem Kaiser Napoleon als Kompensationsobjekt angeboten und von letzterem nicht angenommen worden sei.

Minister v. Schenk hatte mir am Nachmittage telegraphiert, daß am nächsten Samstage in Berlin die Zahlung der diesseitigen Kriegskostenentschädigung halb durch die Darmstädter Bank und halb durch das Haus Erlanger erfolgen werde.

14. September.

Ich fuhr um 8½ Uhr nach Nymphenburg und verabredete dort mit dem Großherzoge, daß ich am nächsten Sonntag, den 16. l. M., nach Darmstadt und der Großherzog am 17. l. M. nach Worms abreisen würde. Der Großherzog bleibt drei bis vier Tage in Rheinhessen und inspiziert dort seine Truppen. Wir sprachen noch von den Intrigen, die gemacht würden, um den Großherzog zur Thronentsagung oder Annahme des Prinzen Ludwig zum Mitregenten zu bestimmen. Der Großherzog erzählte mir, daß er ein desfallsiges anonymes Schreiben erhalten und dasselbe ohne Kommentar versiegelt an den Prinzen Ludwig geschickt habe.

---

[1]) Bankier.

Digitized by Google

Darmstadt, 20. September.

Ich machte dem Grafen und der Gräfin d'Astorg einen langen Besuch. Dem ersteren erläuterte ich die Fehler, die seine Regierung gemacht, indem sie die Auflösung des Bundes und die umfassenden Annexionen durch Preußen zugelassen habe. d'Astorg antwortete ausweichend, sagte aber zuletzt, es handle sich jetzt nicht mehr von der Vergangenheit, sondern von der Zukunft und was die süddeutschen Staaten im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Preußen tun würden. Ich erwiderte, die süddeutschen Staaten ständen jetzt unter dem Einflusse Preußens und wir speziell unter den Kanonen von Mainz. Wir alle müßten also mit Preußen gehen, während noch vor zwei Monaten Frankreich als unser Alliierter habe auftreten und über eine Armee von 100000 Mann süddeutscher Truppen habe verfügen können. Bayern zumal habe sich unzweifelhaft für den fraglichen Fall mit Preußen verständigt und dadurch den ihm so günstigen Friedensvertrag erlangt. Dazu komme, daß, wenn es sich von der Rheingrenze handle, die Antipathien gegen Preußen im Süden schweigen würden. In dieser Hinsicht sei das deutsche Nationalgefühl sehr empfindlich. Keine süddeutsche Regierung könne sich mit Frankreich verbünden, wenn dieses die Rheingrenze fordere. Die dermalige Situation, die Bildung eines mächtigen vergrößerungssüchtigen Staates an der französischen Grenze, an der Stelle einer friedlichen, ungefährlichen Konföderation, die man gewaltsam aufgelöst habe, sei für Frankreich so bedrohlich, daß letzteres für seine Interessen schon sehr viel erreicht habe, wenn es ihm nur gelänge, den alten Zustand wiederherzustellen und Preußen seine unrechtmäßigen Annexionen wieder zu entreißen. Eroberungen brauche Frankreich deshalb nicht notwendig zu machen. Mir scheine die Lage derjenigen von 1756 zu gleichen. Ein Bündnis zwischen Frankreich, Rußland und Österreich sei angezeigt.

Rupprechtsau, 22. September.

Die Fürstin Metternich,[1]) die seit sechs Wochen in der Rupprechtsau[2]) zum Besuche ist, erschien, um mit mir über die dermaligen Zustände zu reden. Ich sagte ihr offen, was ich von den unglaublichen Fehlern Österreichs in den letzten Monaten und namentlich von der beständig verderblichen persönlichen Einmischung des Kaisers in den Gang der öffentlichen Angelegenheiten wußte. Sie meinte, eine Revolution, d. h. eine radikale Reform in allen Teilen des Kaiserstaates und seiner Verwaltung sei unerläßlich. Wir sprachen dann von der zaghaften Haltung Frankreichs und den Fehlern, die der Kaiser Napoleon aus Unschlüssigkeit nach der Schlacht von Königgrätz gemacht habe. Die Fürstin sagte mir, der Kaiser habe bereits die Befehle zum Auslaufen

[1]) Pauline, geb. Gräfin Sandor, Gemahlin des Fürsten Richard Metternich, 1859—1870 österreichischen Botschafters in Paris.

[2]) Besitzung der Familie Bussière.

Digitized by Google

der Touloner Flotte und zum Marsch an die Grenze gegeben gehabt und ihrem Manne davon Mitteilung gemacht. Fürst Metternich habe das desfallsige eigenhändige Billett des Kaisers Napoleon aufbewahrt. Aber plötzlich habe ein Umschlag in der französischen Politik stattgefunden.

23. September.

Die Fürstin nahm mich allein, um mir wieder von den österreichischen Zuständen zu reden. Sie wünschte lebhaft, daß Baron Beust österreichischer Minister würde, um ganz Österreich umzugestalten. Sie sagte mir, ihr Mann habe längst die Abtretung Venedigs unter günstigen Bedingungen beantragt. In Wien habe man aber diesen Antrag als eine Art von Verrat bezeichnet, bis man nach der Schlacht von Königgrätz auf einmal, ganz übereilt, ihrem Manne befohlen habe, die Abtretung Venetiens binnen 24 Stunden zu bewerkstelligen, was dann natürlich nur unter den ungünstigsten Voraussetzungen habe geschehen können. Die Fürstin klagte über den Mangel an Patriotismus in den österreichischen Mittelklassen. Sie meinte, nur der österreichische Adel sei patriotisch und opferwillig. Sie erzählte dann, daß sie dem Kaiser Napoleon, als ihr derselbe einmal von dem Rechte der Nationalitäten gesprochen, geantwortet habe: „Oui, Sire, je suis tout à fait de Votre avis, et je bénirai le jour, où les Arabes se débarasseront du joug français." Sie setzte hinzu, daß Napoleon, ohne ein Wort zu erwidern, weiter gegangen sei.

24. September.

Um 7 Uhr dinierte der Präfekt [1]) de Pron, der Divisionsgeneral Ducrot [2]) und der General Bertrand bei den Alfreds.[3]) Ich hatte nach Tisch lange Unterhaltungen mit den beiden Generalen, welche übereinstimmend das Nichteinschreiten Frankreichs gegenüber den Erfolgen Preußens als einen starken Fehler beklagten. General Ducrot, ein sehr intelligenter Offizier, gab mir detailliert an, wie die Österreicher und wie die Franzosen im Falle einer Verständigung hätten operieren müssen. Er meinte, die Österreicher hätten, statt Venetien abzutreten, das Festungsviereck in die Luft sprengen, Venedig gerade ausreichend besetzen und mit dem Reste der Südarmee nach Wien ziehen sollen.

Darmstadt, 29. September.

Abends 4½ Uhr fuhr ich nach Jugenheim, um den Prinzen Alexander und die Prinzessin Battenberg zu besuchen. Der Prinz war ernst und gedrückt, er sagte mir, er sei in den letzten zwei Monaten um zehn Jahre älter

[1]) Von Straßburg.

[2]) Auguste Alexandre Ducrot, 1817—1882; seit 1865 Divisionsgeneral, 1878 verabschiedet.

[3]) de Bussière, Dalwigks Schwägerin und Schwager.

Digitized by Google

geworden. Auch die Prinzessin Battenberg war traurig. Der Prinz erzählte mir, daß er in acht Tagen nach Petersburg zur Vermählung des Großfürsten Thronfolgers [1]) gehe und später in den österreichischen aktiven Dienst zurücktrete. Er erzählte mir von dem letzten Feldzuge und beschwerte sich bitter über Bayern, Württemberg und Baden. Er sagte mir, Prinz Karl von Bayern habe ihm in einer der Unterhaltungen, die zwischen ihnen mitunter in etwas gereiztem Tone geführt worden seien, geradezu erklärt, Pfordten habe an den Krieg nicht geglaubt und denselben nicht gewollt. Er habe gehofft, in der bekannten Abstimmung am Bundestage wegen Mobilmachung des Bundesheeres in der Minorität zu bleiben, und sei durch die Zustimmung Hannovers und Kurhessens zu jenem Antrage unangenehm überrascht gewesen. Daher komme es, daß die bayerische Armee im letzten Kriege nie mehr als 45000 Mann gezählt habe.

30. September.

Um 1 Uhr mittags ging ich zum Prinzen Ludwig, der mich empfing und $2^1/_2$ Stunden stehend mit mir sprach. Er war eigensinniger und kurzsichtiger als je. Er war ganz in den nationalvereinlich-bureaukratischen Ideen. Er erklärte vor allem, erstens, ein ganz unbedingter Anschluß an Preußen sei unerläßlich, namentlich in militärischer Beziehung und bis zur Ernennung preußischer Offiziere zum Kommando des großherzoglichen Kontingentes. Er versicherte, daß, wenn das nicht geschehe, eine Anzahl hessischer Offiziere ihre Entlassung fordern würden. Er sagte zweitens, die Worte der neuesten großherzoglichen Proklamation lauteten zwar gut, aber man denke nicht daran, dieselben ernstlich zur Ausführung zu bringen. In gewissen maßgebenden Kreisen seien Äußerungen gefallen, die auf eine fortgesetzte Unfreundlichkeit gegen Preußen schließen ließen. Er tadelte drittens den geringen Umfang der kürzlich erlassenen Amnestie. Dieselbe hätte auch auf alle Preßprozesse, namentlich auf die Fälle von Beschimpfung der katholischen Religion ausgedehnt werden sollen. Er kam viertens auf die Konvention mit dem Bischofe von Mainz [2]) zu sprechen und behauptete, alle von der Verfassung anerkannte Kirchen müßten unter der unmittelbaren Leitung des Staates stehen, die Geistlichen, katholische wie evangelische, seien Staatsdiener und der Landesherr müsse sie ernennen. Er kritisierte fünftens die neue Medizinalordnung auf das bitterste. Er meinte, die Ärzte seien Künstler, um die sich der Staat gar nicht zu kümmern habe. Als ich ihm bemerkte, daß, wo es sich um Gesundheit und Leben der Menschen handle, der Staat zur strengsten Aufsicht verpflichtet sei, die man nur durch Techniker handhaben lassen könne, meinte er, dann solle man die obere Aufsichtsbehörde von den Ärzten selbst und frei wählen lassen. Er behauptete sechstens, die Jesuiten übten im Lande und auf die Regierung einen ungebührlichen

[1]) Des späteren Kaisers Alexander III., 1845—1894.

[2]) Von 1854, die von den Liberalen als Preisgabe des Staates verurteilt wurde.

Digitized by Google

Einfluß. Leute, die er mit ihren Gesuchen abgewiesen habe, hätten sich katholischer Kanäle bedient und seien dadurch zu ihren Zwecken gelangt. Er verlangte siebtens sofortige Aufhebung der gesamten diplomatischen Vertretung, mit Ausnahme etwa von Berlin, wo man sich übrigens mit einem Kommissär für den Norddeutschen Bund behelfen könne. Gagern in Wien sei ein Stockösterreicher, und durch den Einfluß, den er auf seinen Bruder übe, einer der Urheber des letzten Krieges. Enzenberg sei nicht übel, aber man brauche ihn nicht. Der Prinz meinte achtens, man hätte nach Abschluß des Friedens sofort die Stände zusammenrufen und ihnen den Vertrag vorlegen, sie sodann aber wieder auseinandergehen lassen sollen. Er sagte mir neuntens, unter allen süddeutschen Ministern sei ich dem Grafen Bismarck der allerverhaßteste. Bismarck habe dies kürzlich an jemand geschrieben, welcher es der Prinzessin Karl mitgeteilt habe. Zehntens spottete der Prinz über die Schwäche, welche das Ministerium während meiner Abwesenheit an den Tag gelegt habe. Die Beamten hätten auf ihre Anfragen wegen der Unterschrift des preußischen Reverses von jedem der verschiedenen Ministerialmitglieder eine andere Antwort bekommen. Es habe gar kein Grund vorgelegen, diesen Revers nicht sofort zu unterschreiben, da höhere Gewalt vorgelegen habe. Ich antwortete dem Prinzen so wie er es verdiente. Ich sagte ihm, man werde mit Preußen gehen, soweit die Verhältnisse es nötig machten, und überall als treuer Bundesgenosse handeln. Was aber die Verschmelzung der Truppen, die Berufung preußischer Offiziere zum Kommando über die Streitkräfte Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs betreffe, so liege darin eine Aufgabe eines Souveränitätsrechtes, durch welche man sich zum Vasallen Preußens herabsetze. Der dermalige Zustand sei ein lediglich provisorischer. In den nächsten Jahren werde es sich entscheiden, ob Preußen ganz Deutschland sich unterwerfe oder in die Schranken des Rechtes zurückgewiesen werde. Bis dahin solle man warten und nicht freiwillig ein erbärmliches nationalvereinliches Regiment mit „innigstem Anschluß an Preußen" einführen. Ich erinnerte mich stets, daß Herr v. Roggenbach bei mir den Norddeutschen Bund den Bund des Hundes mit seinen Flöhen genannt habe. Meine Familie habe dem Hause Hessen seit 600 Jahren treu und mit Ehren gedient. Gehe aber die Monarchie durch freiwillige Zugeständnisse der Souveräne selbst zugrunde, so würde ich lieber Republikaner als ein Preuße zweiter Klasse werden. Ich gäbe übrigens zu, daß den Gewalthandlungen nach, welche wir in der letzten Zeit hätten verüben sehen, die Existenz der kleineren Staaten eine sehr gefährdete sei, und meiner vollen Überzeugung nach würde Prinz Ludwig selbst nie zur Regierung gelangen.

4. Oktober.

Prinz Alexander sagte mir, daß er nicht vor dem nächsten Mittwoch nach Petersburg gehen werde, indem er zuvor noch seine Broschüre über den letzten Feldzug des VIII. Armeekorps erscheinen lassen wolle. Dazu sei aber

Digitized by Google

nötig, daß er die badische Erwiderung auf die Broschüre „Der badische Verrat" abwarte, und diese Erwiderung sei erst in den nächsten Tagen zu erwarten. Schließlich erzählte mir der Prinz Alexander, der seitherige russische Militärbevollmächtigte in Berlin, jetzige Generalgouverneur von Finnland, Graf Adlerberg, habe in Petersburg bei seiner Rückkehr von Berlin mitgeteilt, daß in den höheren preußischen Kreisen bereits die Annexion von Kurland und Livland besprochen werde.

9. Oktober.

Beust erzählte mir im engsten Vertrauen, daß er zum österreichischen Minister des Äußern wirklich ernannt sei, daß aber die Sache mit Rücksicht auf die sächsischen Friedensverhandlungen vorerst noch geheim gehalten werde.

16. Oktober.

Morgens 11 Uhr fuhr ich in die Sitzung, welcher auch Prinz Ludwig beiwohnte. Nach derselben fing der Prinz in Gegenwart der Mitglieder des Ministeriums eine Konversation über das Überflüssige einer diplomatischen Vertretung für das Großherzogtum an. Er meinte, es genüge, wenn man die preußischen Gesandtschaften mit der Vertretung des Großherzogtums an den fremden Höfen beauftrage und denselben junge hessische Staatsdienstaspiranten zu ihrer Ausbildung als Attachés beigebe. Ich fragte den Prinzen, was denn solche Attachés nützen sollten. Er meinte, dieselben würden sich Erfahrungen sammeln und dieselben bei ihrer Rückkehr in das Vaterland nützlich verwerten. Man solle solchen jungen Leuten später die einflußreicheren Posten geben. Ich entgegnete, daß solche Posten im großherzoglichen Dienste gründliche juristische und administrative Kenntnis, Erfahrungen, Einsicht und Fleiß voraussetzten und daß solche Eigenschaften viel eher durch Beschäftigung bei inländischen Behörden erworben würden, als durch einen mehrjährigen Aufenthalt in Paris oder Wien. Ich fragte, wozu man denn junge Leute diplomatisch heranbilden wolle, wenn man keine Diplomatie mehr habe? Reisestipendien, wie der Prinz sie im Auge habe, seien weggeworfenes Geld.

Schließlich sagte ich dem Prinzen, der auch von der Verschmelzung der hessischen Truppen mit der preußischen Armee zu reden begann, ich könne mir nur zwei Fälle denken, entweder Annexion des Großherzogtums durch Preußen, oder Erhaltung der Souveränität des großherzoglichen Hauses und der Unabhängigkeit des Landes. Dazu gehöre die Militärhoheit und das Recht zum internationalen Verkehr mit der Möglichkeit, die Untertanen dem Auslande gegenüber zu vertreten. Ein drittes Ding; wie der Prinz es wolle, Herabsetzung des Großherzogtums zu einer Art von standesherrlichem Bezirk und seiner Angehörigen zu Preußen zweiter Klasse sei etwas, was auf die Dauer nicht geduldet werden könne. Der Prinz fragte, wer eine solche Einrichtung nicht dulden würde, und ich erwiderte ihm: „Das Volk." — Ich

Digitized by Google

setzte hinzu, solche Ansichten, wie sie dem Prinzen von gewisser Seite her beigebracht würden, führten zum Untergange des alten erlauchten hessischen Hauses. Der Prinz werde das später erfahren, wenn er einmal Lust habe, seine Theorien zu verwirklichen. Ich aber würde dazu niemals mithelfen. Ich sei zu alt, um solche traurigen Dinge noch zu erleben. Aber vielleicht würde, wenn auch zu spät, die Stunde kommen, in welcher der Prinz einsehen werde, daß ich recht gehabt. Für Deutschland könne ein deutscher Fürst Opfer freiwillig bringen. Für Preußen aber solle er nie mehr tun, als wozu er vertragsmäßig verpflichtet sei. Hätte der König von Preußen nach der Schlacht von Königgrätz den Mut gehabt, sich in Frankfurt die deutsche Kaiserkrone auf das Haupt zu setzen, statt zugunsten eines vergrößerten Preußens Mitfürsten ihrer Throne zu berauben, so würde jeder deutsche Regent gerne Opfer gebracht haben, um der kaiserlichen Würde Kraft und Ansehen zu sichern, und die Bevölkerungen würden befriedigt gewesen sein. Zu einer so hohen staatsmännischen Auffassung habe sich aber der König nicht erhoben, und es sei ganz natürlich, daß für den jetzigen Zustand der Dinge kein Mensch begeistert sei als die, welche mit aller Gewalt preußisch werden wollten.

18. Oktober.

Besuch des sachsen-meiningenschen Kammerherrn v. Stein, welcher hierhergeschickt war, um die Thronentsagung des Herzogs Bernhard[1]) und den Regierungsantritt des Herzogs Georg[2]) von Meiningen zu notifizieren. Ich rühmte dem Baron v. Stein die Bundestreue und Festigkeit des Herzogs Bernhard. Er sagte mir, der Herzog Georg sei ebenso ehrenwert, wenn auch viel preußenfreundlicher. Derselbe habe bei seinem jüngsten Aufenthalte in Berlin dem Könige gesagt, nirgends seien verhältnismäßig so viele Demokraten als in Preußen, ob denn der König bei der Vertreibung einer Anzahl deutscher Fürsten nicht bedacht habe, welchen moralischen Vorschub er den Bemühungen der demokratischen Partei leiste. Der König habe geantwortet, wenn der Herzog mit dem Verfahren Preußens nicht zufrieden sei, so könne das letztere auch über Meiningen hinwegschreiten. Bei der Eröffnung dieser Perspektive habe Herzog Georg natürlich kein Wort weiter gesagt.

31. Oktober.

Ich schrieb den Morgen hindurch eine Erwiderung auf das neueste Metz'sche Wahlmanifest.

1. November.

Morgens 10¾ Uhr hatte ich Audienz bei dem Großherzog. Ich las ihm die Unterhaltung, welche ich am 30. September mit dem Prinzen Ludwig

---

[1]) Bernhard Erich Freund, 1800—1882.
[2]) 1826—1914.

Digitized by Google

gehabt hatte, aus meinem Tagebuche vor. Der Großherzog befahl, daß hinfort die diplomatischen Berichte den Prinzen des Hauses nicht mehr mitgeteilt werden sollten.

Wir sprachen dann von Beust. Der Großherzog freute sich seiner Ernennung. Ich erwähnte noch der Wahrscheinlichkeit eines europäischen Krieges gegen Preußen, eine Ansicht, die der Großherzog teilte. Er erzählte mir, Prinz Alexander habe der Prinzessin Battenberg von der großen Erbitterung geschrieben, die in Petersburg gegen Preußen herrsche. Sodann teilte er mir mit, Prinz Wilhelm von Baden habe seine Entlassung von seiner Stelle als preußischer General gefordert, was man ihm in Berlin sehr übelgenommen habe. Ich bat den Großherzog, dem Kurfürsten von Hessen in Hanau einen Besuch zu machen.[1])

20. November.

Nach der Ministerialsitzung hatte ich noch eine lange, sehr erregte Diskussion mit dem Prinzen Ludwig, welcher verlangte, man solle sich mit der ganzen Division an Preußen anschließen und nicht bloß das preußische Reglement, sondern auch den preußischen Rekrutierungsmodus für das ganze Land annehmen. Ich erwiderte ihm, daß ich gar keinen Grund einsehe, das Land freiwillig mit solchen enormen Opfern an Menschen und Geld zu belasten. Preußen werde schwerlich mehr als eine hessische Brigade zu seiner Disposition verlangen. Der Prinz meinte, dann müsse man darauf bestehen, die ganze hessische Division in den preußischen Militärverband aufzunehmen. Geschähe das nicht, so werde er, der Prinz, seine Entlassung nehmen. In den annektierten Ländern habe sich die Bevölkerung mit dem neuen preußischen Rekrutierungsmodus bereits ausgesöhnt. Ich erwiderte, wenn der Prinz das glaube, so habe er nur die Stimme einer gewissen Partei gehört. Nirgends, wenigstens in keinem freien Lande, wolle man von der preußischen allgemeinen Dienstpflicht etwas wissen. In Preußen habe man ein Interesse daran, durch Anspannung aller Kräfte des Volkes und durch unmäßige Erhöhung des Militärbudgets auf Kosten anderer Zweige des öffentlichen Dienstes eine Großmachtsrolle zu spielen. Die kleineren Staaten hätten aber gar keinen Grund, für solche spezifisch preußische Bestrebungen unnötigerweise Opfer zu bringen. Ihre Stellung und Existenz würden sie dadurch nicht sichern. Diese Existenz beruhe auf der gegenseitigen Mißgunst der Großmächte, welche neue Annexionen verhindere. Auf wie lange das aber möglich sei, hänge von Zufälligkeiten ab. Der dermalige Zustand Deutschlands sei ein provisorischer,

[1]) Der Großherzog hat diesen Besuch ausgeführt, ehe er nach Nauheim ging, um von dieser ihm in dem Friedensvertrag überwiesenen kurhessischen Ortschaft Besitz zu ergreifen. Er gab dem Kurfürsten die Erklärung ab, daß er diesen Landesteil nur unter dem Zwang der Verhältnisse übernommen habe, und daß er sich deshalb nur als Verwalter betrachten werde bis zu dem Augenblick, wo er ihn dem rechtmäßigen Herrn wieder übergeben könne.

Digitized by Google

und man müsse hier eben geduldig abwarten, ob im nächsten Jahre ein Großherzogtum Hessen noch existiere. Vorerst aber solle man kein Geld, das man besser verwenden könne, zum Fenster hinauswerfen, um nach preußischer Gunst zu streben.

22. November.

Hauptmann v. Westerweller bat mich, dem Prinzen Ludwig nicht zu sehr zu widersprechen, derselbe werde durch Widerspruch immer noch mehr in seinem Eigensinn bestärkt. Ich entgegnete, daß mich das nicht abhalten könne, dem Prinzen die Wahrheit zu sagen. Ich sei 64 Jahre alt und trage die Last eines Ministerpostens so lange fort, als der Großherzog lebe, nachher werde ich nicht eine Minute länger dienen. Ich suche meine Befriedigung in dem Gefühl, bis dahin furchtlos nach meiner Überzeugung gehandelt zu haben. An Hof- und Volksgunst liege mir wenig. Westerweller meinte, ein jeder Minister müsse es sich gefallen lassen, auch von oben herab mit Übelwollen behandelt zu werden. Ich bemerkte ihm, daß ich das volle Vertrauen des Großherzogs und die Gnade des Prinzen und der Prinzessin Karl besitze, und daß die verstorbene Großherzogin stets meine aufrichtige Freundin gewesen sei. Ich habe mich also über Schwierigkeiten, die mir von oben bereitet wurden, nicht zu beklagen gehabt, bis die Prinzessin Ludwig erschienen und die Hosen angezogen habe. Das Übelwollen dieser hohen Dame bedauerte, aber fürchte ich nicht. Westerweller meinte, Prinz Ludwig werde derselben demnächst keinen Einfluß in dienstlichen Angelegenheiten gestatten. — Wir sprachen dann noch über das Bestreben des Prinzen Ludwig, im Großherzogtum das preußische Rekrutierungssystem einzuführen, und meine großen Bedenken gegen eine so kostspielige Maßregel.

12. Dezember.

Der Großherzog klagte, daß ihn Prinz Adalbert von Bayern jeden Abend mit seinen spanischen Sukzessionsprojekten peinige. Der Prinz wolle nachher mit mir sprechen, um auch mich für seine Pläne zu interessieren. So geschah es. Ich versprach, zu tun, was möglich sei, lehnte aber das Ansinnen des Prinzen, selbst nach Paris zu gehen, entschieden ab. Ich sagte ihm, daß ich durch eine solche Reise den Verdacht von Rheinbundgelüsten gegen mich erwecken und den Großherzog in eine falsche Lage bringen würde.

22. Dezember.

Um 11 Uhr eröffnete ich, namens des Großherzogs, den Landtag:

„Meine hohen und hochzuverehrenden Herren! Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mir befohlen, den 19. Landtag in Allerhöchstihrem Namen und Auftrage zu eröffnen. Die kriegerischen Ereignisse des verflossenen Sommers und die denselben gefolgten Friedensschlüsse haben die politischen Zustände unseres deutschen

Digitized by Google

Vaterlandes vollkommen umgestaltet. Österreich ist aus Deutschland ausgeschieden. Der Norden ist von den Staaten südlich des Maines getrennt, der Staatenbund, welchem Deutschland 50 Jahre des Friedens und der materiellen wie der geistigen Entwicklung verdankte, besteht nicht mehr. Aber der Gedanke eines großen und gemeinsamen Vaterlandes, das Band, welches die deutschen Herzen umfaßt, kann nie untergehen, und darin wurzelt unsere Hoffnung, daß der Tag kommen wird, an dem Deutschland zu neuer Einheit und Größe ersteht. Die Regierung des Großherzogs wird nicht aufhören, diesem hohen Ziele ihre Bestrebungen zu widmen, und sie weiß, daß sie dabei auf die Unterstützung der beiden Kammern der Stände zählen darf.

Es wird Ihnen vor allem der Friedensschluß vom 3. September l. J., durch welchen die zum schmerzlichsten Bedauern der Regierung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs unterbrochen gewesenen alten und freundschaftlichen Beziehungen zu Preußen wiederhergestellt worden sind, zur verfassungsmäßigen Zustimmung vorgelegt werden. Die Stellung, welche die großherzogliche Regierung unmittelbar vor dem Ausbruche des jüngsten Krieges und während der Dauer desselben eingenommen hat, machten es Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog wünschenswert, die Stimme des hessischen Volkes über jene Stellung zu vernehmen. Es ist deshalb die frühere, unter ganz anderen Verhältnissen gewählte Kammer aufgelöst und eine neue Ständeversammlung berufen worden. Die großherzogliche Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß die dermalige Kammer ihr die Billigung ihrer seitherigen politischen Haltung nicht versagen wird.

Der Friedensvertrag vom 3. September l. J. bestimmt, daß die nördlich des Mains gelegenen Landesteile dem Norddeutschen Bunde beitreten. So sehr es zu wünschen gewesen wäre, daß nicht bloß sämtliche Teile dieses Landes, sondern auch sämtliche deutsche Staaten diesseits des Mains in den neuen Bund hätten aufgenommen werden können, so stellten sich doch der Erfüllung dieses Wunsches unübersteigliche Hindernisse entgegen. Es wird zunächst unsere Aufgabe sein, neben der treuesten und eifrigsten Erfüllung der übernommenen neuen Bundespflichten, dafür zu sorgen, daß durch die eigentümliche Stellung der nördlich vom Main gelegenen Landesteile der einheitliche verfassungsmäßige Zusammenhang der verschiedenen Bestandteile des Großherzogtums und die Rechtsgleichheit der drei Provinzen nicht wesentlich alteriert werde.

Die nächsten Vorlagen der großherzoglichen Regierung betreffen das Gesetz über die Wahlen zum norddeutschen Parlament, ferner die Übertragung eines Teiles der hessischen Gesetzgebung auf die neu

Digitized by Google

akquirierten Landesteile, sodann die Teilnahme dieser Landesteile an der ständischen Vertretung im Großherzogtum, endlich die Ordnung und Verwaltung unserer Finanzen, die sich in den Prüfungen der letzten Monate bewährt haben.

Weitere Vorlagen bezüglich der Verfassung des Norddeutschen Bundes, der Ausbildung und Vervollständigung unserer Verfassung und Gesetzgebung, sowie der Vermehrung der Verkehrsmittel des Landes werden Ihnen gemacht werden, sobald die vorbereitenden Arbeiten beendigt sind. Die Regierung hofft dazu noch im Laufe dieser Session in den Stand gesetzt zu werden."

30. Dezember.

Der Geheime Legationsrat Hofmann kam, und wir besprachen die in Berlin zu tuenden Schritte, um in bezug auf das Militärwesen eine exzeptionelle Stellung für das Großherzogtum im Norddeutschen Bunde zu erwirken.

(Fortsetzung folgt)

Verdun oder die Marne?

Des Krieges Wende

Zeitgeschichtliche Studie

von

Carl Misch

Die Berechtigung der Zeitgenossen, an die Stoffmassen der Tagesgeschichte mit Fragestellungen wissenschaftlichen Charakters heranzutreten, sollte man nicht mehr zu rechtfertigen brauchen.[1]) Beinahe ist es eine Pflicht. Eine Pflicht der Nachwelt gegenüber, die den Vorteil der Distanz, der Möglichkeit zu leidenschaftsloser Objektivität (nur möglich ist sie dann, doch nicht immer geübt!) dadurch teuer erkaufen muß, daß sie an Stelle eines kraftstrotzenden, feuersprühenden Kämpfers einen entseelten Leichnam unter dem Seziermesser hat.[2]) Einen Hauch wenigstens des Geistes, der damals, da der neue Tag aus dem Schoße der Zukunft sich losrang, die Arena durchbebte, einen Hauch davon geben dem Nachfahren die Zeugnisse der Mitlebenden.

---

[1]) Vgl. J. Hashagen, Studium der Zeitgeschichte, Bonn 1915; L. Bergsträßer, Die diplomatischen Kämpfe vor Kriegsausbruch, Hist. Zeitschr. 114 (1915). Bergsträßer meint (S. 493), Aufhellung des Tatsachenverlaufes sei schon jetzt möglich und nötig, doch die Zusammenhänge herauszuarbeiten sei, nicht wegen Quellenmangels, wohl aber wegen des Fehlens der zeitlichen Distanz, minder angängig. Die Schranken werden von uns nicht geleugnet, doch glauben wir zu zeigen, inwiefern auch auf diesem Gebiete die Zeitgeschichte ersprießlich arbeiten kann.

[2]) Vgl. E. Marcks, Bismarck I., Stuttgart 1909, S. VII.

Digitized by Google

Nicht nur Dokumente, welche die Ereignisse selbst hinterlassen, wie der Gletscher die Moränen; solche Dokumente wird es stets geben, sie schießen empor wie das Unkraut. Aber mit welcher Freude begrüßt es der Historiker, wenn er in die Stellungnahme der Mitlebenden selbst, ihre Auffassung über das Zeitgeschehen Einblick nehmen kann.[1]) Auch künftigen Forschern soll es, und wird es auch, nicht fehlen an Material, die Stellungnahme unserer Tage zum Gewordenen der jüngsten Vergangenheit zu ergründen.

Wohlfeil ist der Einwand, wir dürften uns des Versuchs zur Beantwortung historischer Fragestellungen in der Zeitgeschichte nicht unterfangen, da des Erkenntnisstoffes zu wenig vorhanden sei. Zu wenig? Die Geschichtswissenschaft hat sich oft genug dazu verstehen müssen, mit Quellenmaterial dürftigster Art zu arbeiten. Dabei aber hat sie ihre Methoden zu einer Feinheit und Schärfe ausgebildet, die ihr ermöglicht, dem kargen Boden vielfache schöne Frucht abzulocken. Sollte das beispiellos hochentwickelte Nachrichtenwesen der Moderne nicht hundertfach mehr Stoff liefern? Gewiß fehlen uns noch die für das Innere der Führerpersönlichkeiten aufschlußreichen Quellen, gewiß umhüllt manche bedeutsamen Vorgänge noch dichtes Dunkel: aber gerade deshalb ist es ja so wichtig, die Auffassung schon jetzt zu fixieren, um der Hineininterpretation ex post, dem chronischen Hauptübel aller Memoiren, ein Gegengift zu schaffen. Die angebliche Quellenarmut kann uns nicht schrecken — vollständig sind die Quellen niemals! —, wohl aber stehen den Mitlebenden noch Quellen zur Verfügung, die, leicht vergänglich, beängstigend rasch dahinwelken und spurlos verschwinden. Wie dankbar ist der Kirchenhistoriker dem Origenes, der so große Teile des Celsus uns aufbewahrt,[2]) indem er ihn bekämpft!

Mag es aber mit der methodischen Zulässigkeit beschaffen sein wie ihm wolle: die Zeitgeschichte ist bereits da! In leisem Übergang von der Tagesliteratur zur Historie haben eine große Anzahl von Werken, man kann wohl sagen: aller Völker, diesen Acker bestellt. In Deutschland ist noch verhältnismäßig wenig darin geschehen: die militärische Zensur während des Krieges behinderte stark die Erörterung der Probleme, und die neuen Ereignisse nach ihrem Fortfall minderten das Interesse. So hat das Ausland die Führung. Damit besteht die Gefahr, daß der künftige deutsche Historiker vorwiegend auf nichtdeutsche Urteile angewiesen sein wird. Wie im Nachrichtenwesen während des Krieges, sind wir alsdann beim abwägenden Rückblick auf ihn im Hintertreffen. Es ist nötig, daß die Öffentlichkeit die historischen Hauptprobleme des sich jetzt zum Ende neigenden Krieges gründlich überdenkt und sich darüber

---

[1]) Friedjung, Zeitalter des Imperialismus I., Berlin 1919, betont (S. VII): „Nichts stellte an die Kraft des Verfassers größere Ansprüche als das Auffinden der weltgeschichtlichen Zusammenhänge. Darin war, wenn auch eine erdrückende, zum Teil wertvolle Literatur vorgearbeitet hatte, gar oft Neues zu schaffen."

[2]) Harnack, Geschichte der altchristlichen Literatur, II 2 (Leipzig 1904), S. 35; Bardenhewer, Geschichte der kirchlichen Literatur ²II (Freiburg 1914), S. 161—166.

Digitized by Google

ausspricht, ohne Vorurteil irgendwelcher Art und ohne den Blick trübende Leidenschaft.

Aus dem Volke heraus ist die Frage elementar in den Vordergrund gedrungen: Wie kam es, daß der Krieg so unglücklich ausging? Das Volk, das in seiner großen Masse in den Sturz von fester Siegeszuversicht zur niederschmetternden Wahrheit binnen kurzer fünf Wochen hinabgestoßen wurde, verlangt nach Antwort darauf mit aller Dringlichkeit, und von allen Seiten regt es sich schon zur Beantwortung. Alle die Erklärungsversuche sind, so richtig sie im einzelnen sein mögen, einseitig. Aus den zum dichten Netz verknüpften Fäden wird einer als ausschlaggebend hingestellt, sei es nun die Diplomatie, die Verwaltung, die Gesellschaft, die Heerführung, der Sittenzustand, die geographische Lage, die Tatsachen der Statistik, oder was in aller Welt man sonst noch nennen kann. Die Einzelgebiete selbst aber bedürfen noch der Aufhellung, hier ist man über geringe Anfänge kaum hinaus.[1]) Mit bewußter Selbstbeschränkung soll hier ein Teilgebiet ausgewählt werden, ein sehr wichtiges allerdings, vielleicht das wichtigste. Von allen Verknüpfungen absehend, in theoretischer Isolierung, soll eine Frage der Kriegführung behandelt werden: Wann ist der Zeitpunkt eingetreten, von dem ab der militärische Sieg nicht mehr zu gewinnen war? Nein eine Frage der Heerführung ist es, nicht der Politik. Eine ganz andere Frage ist die, von wann ab es unmöglich war, nicht nur den Sieg zu erringen, sondern den Krieg zu gewinnen, und ob das überhaupt möglich war. Denkbar ist durchaus, daß der militärische Sieg, d. h. die Niederkämpfung aller Landarmeen, eine gewinnreiche Beendigung des Krieges doch nicht ermöglicht hätte. Das zu erörtern, wäre ein weites Feld, wie Fontane sagt. Die hier abgehandelte Frage ist enger. Dabei sind die Auswirkungen des Schlachtenglücks auf die Politik selbstverständlich nicht zu vernachlässigen, beides gehört zusammen, aber für die theoretische Untersuchung scheiden wir sie ideell, fürs erste, um hernach die Beziehungen zwischen ihnen desto sicherer und klarer zeichnen zu können.

*

Tritt man mit unserer Frage nach dem militärischen Wendepunkt des Krieges heran an die öffentliche Meinung der Welt, deren Brausen ja im deutschen Blätterwald bisher zu leichtem Säuseln sich abschwächen mußte, so gibt es nur eine Stimme als Antwort: die Marne! Joffres Offensivbefehl vom 4. September 1914, Fochs Zupacken in den Sümpfen von St. Gond,

---

[1]) Z. B. Erörterung der U-Bootsfrage und Amerikas Intervention: v. Schulze-Gaevernitz, „Vossische Zeitung", 8. Oktober 1918 (dazu vgl. ebenda 20. und 23. Oktober), „Frankfurter Zeitung", 5. November 1918 (vgl. ebenda 18. und 19. Oktober); M. J. Bonn, „Münchener Neueste Nachrichten", 13. Oktober 1918; Bethmann Hollweg über seine Friedensschritte Winter 1916/17: „Kölnische Zeitung", 19. Oktober 1918; Gothein, „Königsberger Hartungsche Zeitung", 31. Oktober 1918.

Digitized by Google

Galliénis Organisation der Pariser Verteidigung, Maunourys Flankenmarsch:[1]) was im einzelnen das Entscheidende war, darüber ist man sich bislang noch nicht einig, aber mit ihnen insgesamt, mit der Schlacht an der Marne, sei der Sieg den Deutschen endgültig entwunden worden. Der Stolz des Altengländers möchte dann in dem Kampf des britischen Expeditionsheeres bei Mons und in seinem von der englischen Literatur immer wieder verherrlichten Rückzug nach Süden die Keimzelle des Sieges erblicken und ihn damit dem alten englischen Berufssoldaten zuschreiben, ihm, dessen Untergang im Kriege Albion nur ungern verschmerzt. Die ganze übrige Welt aber vereint sich zu einer Huldigung vor Belgien: dessen „fierce resistance" allein habe den preußischen Anprall („the Prussian rush") so lange verzögert, bis die Verteidigung in Frankreich sich gefestigt hatte, und damit die Marne erst möglich gemacht. Im Endergebnis aber ist alles einig: die Schlacht an der Marne bedeutet den Wendepunkt des Krieges.

Wie kommt es, daß das Ausland diesem Kampfe, der, vor der Entscheidung abgebrochen, in einen kurzen Vormarsch auslief, um alsdann im Stellungskrieg zu versteinern und mit dem Wettlauf zum Meere neue, stets unentschiedene Phasen zu durchlaufen, so entscheidende Bedeutung beimißt? Versetzen wir uns einmal in die Lage des „Mannes auf der Straße" auf der anderen, der feindlichen Seite. Bald vier Wochen der Kriegsbegeisterung, rauschender Siege am Rhein und in Lothringen, wuchtiger Schläge in Galizien waren vorüber: da zerreißt jäh der Sturm den trügerischen Schleier, die Erkenntnis der furchtbaren Gefahr dämmert nicht, sie stürzt herauf. Zehn Tage hält die Welt den Atem an: auf Paris, den Nabel der Welt, die Metropole des Erdenrunds, saust mit unheimlicher Zielsicherheit und Wucht der Hammer des Kriegsgottes. Da, kurz vor dem Ziele, wechselt die Richtung: die Heersäule biegt nach Südost ab. Ein neues Manöver! Schwer lastet der Alpdruck. Mit eins aber erschallt die frohe Kunde, fliegt durch die Lande: die Deutschen sind geschlagen und wenden sich zur Flucht. So jäh wie der Übergang zum Bösen kam nun der Wiederaufstieg. Beschwingt sah die Phantasie die Invasionsheere vom Boden Frankreichs verdrängt und wiegte sich in neuen stolzen Hoffnungen. Mählich nur stellt sich die Erkenntnis ein, daß nicht alles getan sei. Nur als Atempause erscheint die Unterbrechung des Siegeszuges, und, wie bei uns auch, in unmerklichem Übergang vollzieht sich die Gewöhnung daran, mit langen Fristen zu rechnen. Der gewisse Glauben an den Enderfolg aber, die Siegeszuversicht, wurzelten von da ab felsenfest bei den Franzosen, von denen diese Auffassung der Marneschlacht ja ihren Ausgang nahm.

Für Deutschland ging die Marneschlacht sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich. Die amtliche Berichterstattung schwieg zuerst, dann

[1]) Stegemann, Geschichte des Krieges, I (1917), S. 179, 198, 191, 184. — K. Bleibtreu, Stegemanns Weltkrieg und die Marneschlacht, Sonderdruck der Zeitschrift „Das neue Europa" (Zürich 1917), S. 18 hält die Rebaislücke für das Ausschlaggebende.

Digitized by Google

brachte sie unzulängliche Nachrichten; die private Berichterstattung lag in Banden. Die Hauptaufmerksamkeit des Publikums war überdies damals den glänzenden Taten des Ostheeres zugewandt; um so leichter verschmerzte man den Rückschlag im Westen. Erst später drangen durch die spärlichen Kanäle langsam die Stimmen des Auslandes tiefer in das Volk. Eigentlich erst seit dem Frühjahr 1917 aber setzt sich des Auslandes Auffassung der Marneschlacht in Deutschland durch. Damals wurde die Öffentlichkeit auf den Hindenburgrückzug vorbereitet und dabei betont, daß die Stellungen in Frankreich nach der Marneschlacht nachhaltiger Verteidigung wenig günstig seien. Damals blickte man auf den Gesamtverlauf des Feldzuges in Frankreich zurück und mußte sich gestehen, daß ihm der Erfolg versagt geblieben war.[1]) Die glänzende Offensive war in schwere Verteidigungskämpfe umgeschlagen — die deutschen Offensivhandlungen in Flandern (Oktober—November 1914), bei Ypern (April—Mai 1915) und gegen Verdun (Februar—Juli 1916) vernachlässigte man dabei. Was Wunder, daß man die Wende der Kampfform als Wende des Feldzugs, die vermeintliche Wende dieses, zwar wichtigsten, aber doch Teilfeldzuges, als Wende der gesamten Kriegshandlung anzusehen sich gewöhnte. Die fertige Anschauung des Auslandes entsprach dem, sie wurde von der öffentlichen Meinung Deutschlands angenommen.

Öffentliche Meinung Deutschlands? Eine geheime oder doch nur halböffentliche Meinung war es, denn in der Öffentlichkeit war die Erörterung und gar die Kritik der Heerführung unterbunden.[2]) So kommt es, daß man einmal sich die wirklichen Folgen der Marneschlacht nicht klar machte, und daß man weiters die späteren Ereignisse nicht recht würdigte.

Welches sind denn in der Tat die Folgen der Marneschlacht gewesen? Weitreichend genug sind sie schon. Vor allem war der deutsche Kriegsplan damit gescheitert, die Niederkämpfung der anglo-französischen Streitmacht mißglückt. Aber auch der französische Plan war nicht gelungen: das deutsche Heer hatte sich der Schlinge, die von Nordwest her drohte, rechtzeitig entzogen und hatte ziemlich intakt am Aisne-Abschnitt, nicht allzu weit von der Front des 9. September, feste Stellungen bezogen. Beide Heeresleitungen nahmen ihre Zuflucht zu Überflügelungsversuchen und dadurch entstand lotrecht auf der alten Front die neue von Süd nach Nord an die See streichende Front. Damit sind die unmittelbaren militärischen Folgen erschöpft. Beide Teile besaßen die Muße, neue Heere in der Heimat auszubilden und auszurüsten, beide Teile besaßen die Kraft, in Durchbruchskämpfen die Entscheidung zu suchen, die Deutschen in Flandern, Oktober—November, die Franzosen in der Champagne, Dezember 1914. Allerdings arbeitete die Zeit vorwiegend gegen Deutschland. Die Reserven seiner Gegner waren umfäng-

[1]) Egelhaaf, Geschichte der neuesten Zeit, Stuttgart ⁷ 1918, S. 636: „folgenreicher Rückschlag", „die Wucht des Zweifrontenkrieges machte sich verhängnisvoll geltend".

[2]) K. Mühsam, Wie wir belogen wurden, München 1918, stellt eine Anzahl Zensurvorschriften zusammen.

Digitized by Google

licher, bei gleichem Kräfteverbrauch mußten, rein zahlenmäßig, die Alliierten die Stärkeren bleiben. Aber Deutschland besaß den Vorteil der inneren Linie. Die modernen Kampfmittel gestatteten — zu Anfang des Krieges noch weit mehr als in den späteren Stadien bei der rapiden Steigerung der Angriffswaffen — Verteidigung mit relativ geringen Kräften.[1]) Währenddessen konnte an der anderen Front die Entscheidung gesucht werden.

Wenn nun auch die Marneschlacht politisch sich ungünstig auswirkte, wenn auch Italien dem Kriegsbunde beitrat, so glaubten dennoch die Türkei und Bulgarien, ihren Vorteil auf Deutschlands Seite zu finden. Die Ostkämpfe des Jahres 1915 machten die Kernlande des Zentralbundes jeder unmittelbaren Bedrohung ledig, neue Armeen standen bereit zu starken Schlägen. Hatten die einzelnen Zweige der Heeresverwaltung den Kriegsbedarf der verschiedensten Art mit allen Kräften im weitestmöglichen Ausmaß bereitgestellt und technisch auf der Höhe gehalten, war das Heer gut genährt und gut bekleidet, war die Führung ihrer Aufgabe gewachsen, wer konnte dann daran zweifeln, daß die Möglichkeit des militärischen Sieges damals, 1916, durchaus gegeben war?

An dieser Möglichkeit zweifelte damals auch niemand. In Deutschland harrte freudige Spannung, im feindlichen Ausland bange Besorgnis der Entwicklung.[2]) Jetzt allerdings wird es nötig sein, diese Auffassung erst zu begründen. Man wird in Zweifel ziehen, daß damals genügend Kriegsmaterial sich herstellen ließ, daß die Heeresverpflegung und -bekleidung den erforderlichen Umfang annehmen, daß der Mannschaftsersatz den Anforderungen entsprechen, daß die Führung Besseres leisten konnte. Ganz gewiß läßt sich hier ein letztes Wort noch nicht sagen; ob aber je? Auch wenn die Akten ihre beredte Sprache sprechen, die Zahlen vor aller Augen ausgebreitet, der damals maßgebenden Männer Äußerungen, Verhandlungen und Pläne bekannt sein werden: ins Land der unbenutzten Möglichkeiten führen keine mathematisch errechenbaren Wege.

Einen indirekten Schluß wollen wir wagen: welche Leistungen hat das deutsche Volk im Kriege nach dem Winter 1915/16 tatsächlich noch vollbracht? Darf man annehmen, daß diese Leistungen, zur rechten Zeit am rechten Ort, von der geeigneten Hand gelenkt, ausgereicht hätten, die Palme zu erringen? Im Februar 1916 waren die Kräfte der Nation kaum organisiert: weder war die Ernährung noch war die Bekleidung einheitlich geregelt,[3]) die Erzeugung

---

[1]) H. Delbrück, Preußische Jahrbücher 158 (1914), S. 183: „Die Defensivkraft der modernen Feuerwaffen ist so groß, daß auch die allerdünnste Linie gegen einen bloßen Frontangriff immer noch einen längeren Widerstand leistet und schließlich ohne gar zu große Einbuße zurückgenommen werden kann."

[2]) Den Glauben ans Gelingen freilich besaß im großen ganzen damals weder das feindliche noch das neutrale Ausland, aber die Möglichkeit wurde ernsthaft nicht bestritten.

[3]) Errichtung des Kriegsernährungsamts 22. Mai 1916, der Reichsbekleidungsstelle 10. Juni 1916. (Reichsgesetzbl. 1916, S. 401, 463.)

Digitized by Google

von Kriegsmaterial war noch überraschender Ausdehnung fähig, wie die Durchführung des Hindenburgprogramms 1916/17 zeigt.[1]) Die technischen Möglichkeiten waren bei weitem nicht voll ausgenutzt; erinnert sei nur an die Vernachlässigung des Tankbaues, für den ein deutscher Erfinder, unwiderlegten Mitteilungen im Hauptausschuß des Reichstages zufolge, Pläne eingereicht hatte. Es staken noch ungeahnte Möglichkeiten in der Nation, sie konnte noch Ungeheures hergeben: tat sie es Herbst 1916, nach neuen schweren Mißerfolgen und Aderlässen, wieviel leichter hätte sie es Herbst 1915 gekonnt, auf der Höhe des militärischen Erfolges!

Und die Führung? Ein abschließendes Urteil soll hier nicht gefällt werden. Nur was jetzt schon als zweifellos sich dem Blick darbietet, sei festgehalten. Als Angriffszone wurde die vorgeschobene Nordostfront der modernen, durch der Lage Gunst und der Menschen Kunst so gut wie unerstürmbaren Festung Verdun ausgewählt. Warum? Während man über die Absichten der deutschen Offensive im Sommer 1914 ziemlich klar sieht, ist bei der Verdunoffensive von Klarheit noch keine Rede. Die angekündigten Denkwürdigkeiten des Generals v. Falkenhayn können da viel Aufschluß geben. Man kann nicht einmal mit Bestimmtheit sagen, ob es sich um die bloße Vorbereitung einer Hauptoffensive handelte oder um diese selbst. Die amtlichen Tagesberichte sprachen gar nur von einem Unternehmen zur Verbesserung der eigenen Stellungen! Sollte die Hauptoffensive erst später stattfinden, und diente der Angriff auf Verdun lediglich ihrer Vorbereitung, so verzettelte man die Kräfte, falls der Februarangriff als Finte zur Täuschung berechnet und der Hauptangriff an ganz anderer Stelle geplant war. Sollte dieser aber auf dem gleichen Frontabschnitt gewagt werden, dann mußte eine zeitliche Zweiteilung die Angriffshandlung der Wucht der Überraschung berauben. Für eine bloße Vorbereitungsaktion verbiß man sich in jedem Falle viel zu stark, als der erste Ansturm nach vielversprechendem Anfang fehlgeschlagen war. War die Hauptoffensive auf Verdun beabsichtigt, so fragt man sich, wie die Entwicklung der Kampfhandlung gedacht war. Die Konfiguration der Front weist eine gewisse Ähnlichkeit mit jener der galizischen Front bei Tarnow und Gorlice auf. Wie dort stoßen auch hier ein nordsüdlicher und ein ostwestlicher Schenkel aufeinander, und in nächster Nähe des Scheitelpunktes war der Angriff senkrecht angesetzt. Im Mai 1915 in Galizien hat das erheblich zum Erfolge beigetragen, da man außer den Wirkungen des frontalen Durchbruchs noch die Früchte der Flankierung des einen Flügels einheimste. Aber man hat damals schon darauf hingewiesen, daß auf der russischen Seite der Mangel an Transversalbahnen, die von Nord nach Süd dem gen Ost vordringenden Stoßkeil in die Flanke geführt hätten, den Sieg erleichterte. In Frankreich gab es eine derartige große Transversalbahn: Paris—Châlons. Wäre nicht beim Gelingen des von Nord nach Süd

[1]) Des Hindenburgprogramms schädliche Nebenwirkungen kommen für die Frage des militärischen Sieges nicht in Betracht.

Digitized by Google

angesetzten Durchbruches die Durchbruchsarmee dadurch in eine sehr schwierige Lage, in eine wahre Sackstellung geraten? Dieser Plan wäre gefährlich zwar, doch kühn gewesen. Gefährlich, ohne kühn zu sein, wäre es aber gewesen, wenn die Angabe zutrifft, man habe nur die Eroberung Verduns erstrebt, um damit ein Ausfalltor Frankreichs zu sperren. Dann wäre all die große Kraftanstrengung für einen Zweck minderer Ordnung vertan worden, und währenddessen hätte unsere große Widersacherin, die Zeit, ihre stille Wirksamkeit gegen uns geübt.

Die Konzeption des Ganzen, sei sie nun großzügig oder kurzsichtig gewesen, war jedenfalls äußerst gefährlich und versprach kaum durchschlagenden Erfolg. Die Durchführung aber knickte jede, auch die bescheidenste Hoffnungsblüte. Nach drei Tagen kam der Vormarsch ins Stocken — die Gründe sind noch ungeklärt; Munitionsmangel, Nachschubschwierigkeiten werden angegeben —, und als der Angriff wieder aufgenommen wurde, war ein tapferer Gegner, todesmutig, zahlreich zur Stelle. Hatte man bisher ein Wagnis, das doch einige Möglichkeit zum Erfolg bot, betrieben, so betrieb man jetzt eine sinnlose, verderbliche Torheit. Der aussichtslos gewordene Angriff wurde nicht eingestellt, man setzte ihn unter blutigsten Opfern hartnäckig fort. Winzige Geländestreifen wechselten in schweren Kämpfen wiederholt den Besitzer. Woher nahm man die Berechtigung zu dieser Hartnäckigkeit? Die offiziell verbreitete Theorie besagte, die deutsche Angriffsweise sei derart verfeinert, daß die blutigen Verluste des Angreifers diesmal, allen kriegsgeschichtlichen Erfahrungen zum Trotz, weit hinter denen des Feindes zurückblieben. Beider Parteien Streitkräfte würden abgenützt, aber die Abnützung beim Feinde sei bedeutender, und darin beruhe der Sinn des Angriffs.[1]) Warum dann allein die Front zwischen Argonnen und Woëvre den Vorzug genießen sollte, abzunutzen, blieb auch bei dieser meisterhaften Theorie unerklärt. Wie viel stärker des Feindes Heeresmacht abgenützt worden, zeigte sich dann aber besonders sinnfällig, als die franko-britischen Armeen am 1. Juli 1916 beiderseits der Somme zum Angriff vorgingen. Ungezählte frische Truppen, überwältigende Übermacht an Geschützen, überraschende neue Kampfmittel, wie bald danach die zwar noch nicht vollentwickelten, aber doch schon sehr wirksamen Tanks, standen dem „abgenützten" Gegner zur Verfügung. Das deutsche Volk mußte die falsche Rechnung seiner Heerführung bitter bezahlen. An die verhängnisvollen politischen Wirkungen sei nur erinnert: Rußlands und Italiens militärische Erfolge, durch die un-

[1]) Egelhaaf, Geschichte der neuesten Zeit, Stuttgart ⁷ 1918, S. 691: „(Der Angriff) wurde dem Fußvolk durch die vorzügliche Vorbereitung seitens der schweren Artillerie systematisch erleichtert und fügte wegen dieser ausgezeichneten Leistung den Franzosen durchschnittlich um 40 Prozent höhere Verluste zu, obwohl diese sich in der Verteidigung befanden und an Zahl den deutschen Angreifern doppelt überlegen waren." Dagegen aber S. 700 f.: „Es soll nicht unvermerkt bleiben, daß unsere Versorgung mit Schießbedarf ... bei Verdun weit hinter der unserer ... Gegner zurückstand." (!) Vgl. auch H. Delbrück, Preuß. Jahrb. 166 (1916), 168.

Digitized by Google

geheure Inanspruchnahme der deutschen Truppen vor Verdun überhaupt erst ermöglicht, sowie die Anfänge der Sommeschlacht veranlaßten Rumänien zum Eintritt in den Krieg an der Seite unserer Feinde. Der militärisch kritischste Augenblick des Krieges, in dem es überall, auf jedem einzelnen Kampfplatze, übel aussah! Und doch, was hat mit den erschöpften Beständen und den geringen Mitteln die neue Oberste Heeresleitung Wunder wirken können! Drängt sich nicht die Frage auf, was die geschonte, richtig ausgenutzte Kraft der Nation in dieser Hand hätte vollbringen können? Ist es nicht offenbar, daß die bisherige Führung der Lage zumindest nicht voll gewachsen war?

Wie die Schlacht an der Marne bedeuten die Kämpfe um Verdun eine gescheiterte Offensive: beidemal wird der Versuch der Deutschen, die Entscheidung zu erzwingen, zum Fehlschlagen gebracht, aber während 1914 die Deutschen selbst die Begegnungsschlacht abbrechen, verbeißen sie sich 1916 im hartnäckigen Stellungskampf. Entsprechend der Eigenart beider Kampfformen stoßen das erstemal die Alliierten auf dem gleichen Schlachtfelde vor, das zweitemal aber verlegen sie den Kampfplatz in einen völlig anderen Abschnitt. Beidemal versagt sich ihnen der unmittelbare Enderfolg. Aber 1914 bleibt der Deutschen Kraft im wesentlichen ungebrochen, 1916 wird sie im Kern geknickt. Von den Schlägen des Jahres 1916 konnte sich Deutschlands Wehrmacht nie mehr völlig erholen, alle künftigen Siege waren wahrhaft Pyrrhussiege.

Viele werden nun vielleicht zugeben, daß nicht die Marne den militärischen Wendepunkt bedeutet, aber behaupten, auch Verdun werde damit überschätzt, denn noch 1918 sei die Möglichkeit des militärischen Sieges in Frankreich vorhanden gewesen, wenn nicht die amerikanische Armee die Reihen der feindlichen Front verstärkt hätte. Man könnte dagegen einwenden, daß dies nicht durch die militärische Kriegführung verschuldet gewesen, und daß dafür an der russischen Front eine ganz beträchtliche Entlastung eingetreten war. Aber auch wie die Dinge wirklich lagen: bestand tatsächlich 1918 eine Aussicht auf militärischen Sieg? Weiß man nicht, wie völlig erschöpft die Nation war, wie nahe am Versiegen ihre Hilfsmittel? Gewiß wären die Kämpfe leichter gewesen und hätten weniger schnell die Peripetie erreicht: aber der Umschlag wäre nicht ausgeblieben. Auch ohne der Amerikaner Hilfe blieben 1918 die Franko-Briten im Besitz der Übermacht an Mann und Roß, Geschütz und Gerät. Die Deutschen waren am Ende ihrer Leistungsfähigkeit: nichts beweist das besser als der betäubend rasche Zusammenbruch. Wer aber will im Ernst behaupten, daß auch die Alliierten die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit schon erreicht hatten? Sie hatten prozentual weniger Mannschaften unter den Waffen und absolut genommen weniger Verluste, also ihre Volkskraft weniger angespannt und besser geschont, als es die deutsche noch war. Damit boten sich ihnen noch Reservoirs, die bei uns bereits geleert waren. Darf man aber den Franzosen und Engländern die Opferwilligkeit und Entsagung von vornherein absprechen, die unser Volk beinah fünf Jahre bewiesen hat? —

Digitized by Google

1918 war kein militärischer Endsieg mehr möglich. Die Marneschlacht 1914 hatte die Möglichkeit des militärischen Sieges bestehen lassen, seit den Verdunkämpfen des Jahres 1916 war diese Möglichkeit dahin.

Karl Maria v. Webers Beziehungen zu Ludwig v. Beethoven und Franz Schubert

Von

Dr. Konrad Huschke

(Schluß)

Der Herbst des Jahres 1823 führte Weber zum viertenmal nach Wien, und zwar kam der Meister diesmal, um sein Schmerzenskind „Euryanthe" einzustudieren und die ersten Aufführungen zu leiten. Die Freundschaft mit Schubert wurde erneuert. Vor allem aber gewann es Weber nun endlich über sich, den „grauen Löwen", wie man Beethoven damals in Wien nannte, in seiner Sommerfrische Baden bei Wien aufzusuchen. Durch einen erfreulichen Briefwechsel war er mit ihm bereits in engere Fühlung getreten. Nicht lange nach der zweiten Anwesenheit in Wien vom Jahre 1813 war nämlich der Voglersche Panzer gegen den unheimlichen Neuerer Beethoven endlich brüchig geworden. Weber hatte bei dem alten geistlichen Herrn in Darmstadt mehr und mehr das Faustische „Urväterhausrat vollgepfropft" erkannt, und ein Ahnen mag durch die Seele des zusehends ernster und tiefer gewordenen jungen Meisters gegangen sein, wie Herrliches doch jener „göttliche, riesenhafte Ideenschwung", jene „feurige, ja beinahe unglaubliche Erfindungsgabe", jene „üppige Phantasie" und jene „Genieblitze" bedeuteten, denen gegenüber er früher als gelehriger Schüler Voglers und Anhänger einer mehr oberflächlichen Virtuosenkultur so mißtrauisch gewesen war. Ende Dezember 1814, nach der unter seiner Leitung vorzüglich gelungenen Prager Aufführung des „Fidelio", hatte er schon an Gänsbacher in ehrlicher Begeisterung geschrieben: „Ich habe am 26. „Fidelio" gegeben, der trefflich ging. Es sind wahrhaft große Sachen in der Musik, aber sie verstehen's nicht, man möchte des Teufels werden! Kasperle, das ist das Wahre für sie." Dann waren zwar noch so manche einseitige und von Verkennung Beethovenscher Größe zeugende Rezensionen Beethovenscher Werke der Feder des vielgewandten, geistvollen Schriftstellers Weber entflossen. So hatte er unverhohlen über die siebente Sinfonie, die jetzt für jeden Musikfreund ein Wunder edelster Sinfoniekunst bedeutet, gespöttelt und sich nicht gescheut zu bemerken, die Extravaganzen des Beethovenschen Genies hätten das Nonplusultra erreicht und Beethoven sei nun ganz reif fürs Irrenhaus. Und über das Oratorium „Christus am Ölberg" hatte er geschrieben, wenn schon der geniale Geist des Komponisten

Digitized by Google

sich auch hier nicht verleugne und oft herrlich in einzelnen Stücken aufblitze, so sei doch an dem Ganzen Haltung und Einheit des Stils zu vermissen sowie auch jene edle Einfalt, die dem Geiste des Oratoriums ausschließend eigen sein sollte; die effektvollen Chöre erinnerten oft an das Theater und erweckten den Wunsch, sie da zu hören, was allerdings für ihre Lebendigkeit, nicht aber für den eigentlichen Charakter der Musikgattung spräche; auch entbehre er, Weber, ungern die Krone des ernsteren Stils, die Fuge, von der zwar lockend ein Thema gezeigt, aber ebenso schnell auch wieder verlassen werde; wenn die hohen Meister der Kunst sich diese Abweichungen und flüchtige Behandlung andeutender Dinge erlaubten, so wirke dieses Beispiel nachteilig auf das ohnedies immer oberflächlicher werdende Studium der Kunst in ihren geheimsten Tiefen. Dieser letztere Vorwurf muß einem Beethoven gegenüber besonders eigen berühren. Andererseits hatte aber Weber z. B. für Beethovens sogenannte Chorphantasie warme Worte der Anerkennung gefunden: „Wir hörten diese geistvolle Phantasie zum ersten Male, und waren sehr erfreut, unter dem Titel einer Phantasie, der uns einer vielleicht etwas ausschweifenden Regellosigkeit zur Schutzwehr zu dienen schien, ein schöngedachtes, planvolles Werk zu hören, dessen Bau erst am Ende durch die Worte des Chores ganz verständlich und klar wird, daher bei einem zweiten Anhören sehr gewinnen müßte." Sogar über das des großen Beethoven nicht würdige Gelegenheitswerk aus der Zeit des Wiener Kongresses, „Wellingtons Sieg oder die Schlacht von Vittoria," hatte er sich, wenigstens nach dessen zweiter Aufführung in Prag, lobend ausgesprochen. Im Frühjahr 1823 nun sollte in Dresden der „Fidelio" zur Aufführung gelangen, nachdem Wilhelmine Schröder, die erste und größte Leonore, dieselbe, die einst unter Beethovens Augen in Wien als junge Anfängerin diese schwere Rolle gesungen und des Meisters Bewunderung geerntet hatte, nach Dresden engagiert worden war. Weber, der als Dirigent des Werkes, das er mehr und mehr zu den „besten, die Menschen geschaffen haben", rechnete, den Drang in sich fühlte, von dem großen Schöpfer des Werkes sich tunlichst über dessen Intentionen, besonders auch in bezug auf die szenische Darstellung, unterrichten zu lassen, setzte sich kurz entschlossen mit ihm in Verbindung, und seine Tagesnotizen weisen nach, daß er am 28. Januar, 18. Februar, 7. April und 5. Juni 1823 an Beethoven geschrieben und von ihm am 16. Februar, 10. April und 9. Juni 1823 Briefe empfangen hat. Leider sind Beethovens Briefe und die Entwürfe von Webers Briefen bei der sorglosen Behandlung des schriftstellerischen Nachlasses Webers durch die Kuratoren der Familie verloren gegangen. Nur ein Bruchstück, der Anfang des ersten Briefes von Weber an Beethoven, ist im Konzept erhalten. Aus ihm aber geht zur Genüge hervor, wie der Nebel der Voglerschen Beeinflussung sich zusehends und erfreulich gelichtet hatte. „Die Aufführung," heißt es da, „dieses mächtig für deutsche Größe und Tiefe des Gefühls zeugenden Werkes unter meiner Direktion in Prag hat mir die ebenso begeisternde wie belehrende Vertrautheit mit seiner inneren

Digitized by Google

Wesenheit erschlossen, durch die ich hoffen darf, es auch hier, mit allen Hilfsmitteln möglichst versehen, dem Publikum in seiner vollen Wirksamkeit vorführen zu können. Jede Vorstellung wird ein Festtag sein, an dem es mir erlaubt ist, Ihrem erhabenen Geiste die Huldigung darzubringen, die im Innersten meines Herzens für Sie lebt, und wo Verehrung und Liebe sich den Vorrang streitig machen." Beethoven, nicht unempfänglich für diese ihm in so schöner Weise entgegengebrachte Bewunderung, scheint freundlich geantwortet zu haben, was um so mehr anzunehmen ist, als er, seit er den „Freischütz" kennengelernt hatte, an sich schon ein Gefühl bedeutender Hochschätzung für Weber empfand, und das briefliche Verhältnis zwischen den beiden großen Meistern hat sich offenbar immer herzlicher gestaltet. Wenigstens lesen wir in einem von Beethoven unterm 17. August desselben Jahres an den Dresdener Generalintendanten v. Könneritz gerichteten Schreiben, nachdem am 29. April der „Fidelio" mit hinreißender Wirkung in Szene gegangen war und ihm dazu noch, ein damals seltenes Ereignis, 40 Dukaten Honorar eingetragen hatte, die Worte: „... nach der Schilderung meines lieben Freundes Maria Weber ..." Und im gleichen Sommer übersandte er Weber seine soeben erschienene Sonate op. 111 und die Variationen op. 120. So war, als Weber im Herbst nach Wien kam, der Boden für eine freundschaftliche Aussprache gut vorbereitet. Am 5. Oktober suchte er zusammen mit seinem Schüler Benedikt und dem Verleger Haslinger Beethoven in Baden bei Wien, wo der „graue Löwe" bis spät in den Herbst hinein zu hausen pflegte, auf. Benedikt war kurz vorher Beethoven im Steinerschen Musikladen vorgestellt worden, und der Altmeister hatte darauf dem jungen Künstler sehr freundlich die Hand geboten und zu ihm gesagt: „Bitte, sagen Sie Herrn v. Weber, wie glücklich ich sein würde, ihn in Baden zu sehen, da ich vor dem nächsten Monat nicht nach Wien kommen werde." Und zu Steiner, dem Verleger der „Euryanthe", hatte er in Gegenwart Benedikts geäußert: „Ich freue mich, daß Sie wieder mal ein deutsches Werk verlegen. Ich habe viel Rühmenswertes von Webers Oper gehört und hoffe, daß sie ihm und Ihnen viel Ehre und Geld einbringen wird." Nun hatten alle Rücksichten weichen müssen. Haslinger hatte Weber angemeldet, und die Begegnung fand statt.

Die drei Männer waren erregt, als sie in das öde, fast ärmliche Zimmer traten, das Beethoven bewohnte. Der Raum war in der größten Unordnung, Musiknoten, Geld, Kleidungsstücke lagen auf dem Fußboden, auf dem Bette war Wäsche gehäuft, der offenstehende Flügel mit dichtem Staub bedeckt, auf dem Tische zerbrochenes Kaffeegeschirr. Beethoven saß am Arbeitstisch. Als er die Eintretenden bemerkte, erhob er sich und trat ihnen entgegen. Benedikt hat später erzählt, er habe den Eindruck gehabt, so muß Lear oder müssen die ossianischen Barden ausgesehen haben. Das Haar dick, grau, in die Höhe stehend, hier und da ganz weiß, Stirn und Schädel wunderbar breit gewölbt und hoch wie ein Tempel, die Nase viereckig wie die eines

Digitized by Google

Löwen, der Mund edelgeformt und weich, mit jenen wunderbaren Muschelfalten, wie ihn die Porträts zeigen, und aus zwei Kinnbackenknochen gebildet, die dafür geschaffen schienen, die härtesten Nüsse knacken zu können. Über das breite, blatternarbige Gesicht war dunkle Röte verbreitet. Unter den finster zusammengezogenen buschigen Brauen blickten kleine leuchtende Augen mild auf die Eintretenden. Die zyklopisch viereckige Gestalt, die die Webers nur wenig überragte, war in einen bequemen, an den Ärmeln zerrissenen Hausrock gekleidet.

Beethoven erkannte Weber, ehe er ihm genannt war, ging auf ihn zu, schloß ihn wiederholt in die Arme und rief: „Da bist du ja, du Kerl, du bist ein Teufelskerl. Grüß dich Gott!“ Und nun reichte er ihm gleich die berühmte Schreibtafel, und es entspann sich ein lebhaftes Gespräch, währenddessen Beethoven zunächst die Musikalien vom Sofa warf und sich dann ungeniert in Gegenwart der Gäste zum Ausgehen ankleidete. Er klagte dabei bitter über seine Lage, beschwerte sich über die Theaterverwaltung, die Konzertunternehmer, das Publikum, die Italiener, den verdorbenen Kunstgeschmack, besonders aber über die Undankbarkeit seines Neffen. Weber, der sehr bewegt war, riet ihm, sich diesen widerlichen, entmutigenden Verhältnissen zu entreißen und eine Kunstreise durch Deutschland zu machen, wo er sehen werde, was die Welt von ihm halte. „Zu spät!“ rief Beethoven, machte die Pantomime des Klavierspielens und schüttelte den Kopf. „So gehen Sie nach England, das Sie bewundert,“ schrieb Weber. „Zu spät!“ rief Beethoven, nahm Weber demonstrativ unter den Arm und zog ihn mit nach dem Sauerhof, wo er speiste. Hier war er ganz Herzlichkeit und Wärme gegen Weber. Dieser selbst schreibt an seine Frau: „Wir brachten den Mittag miteinander zu, sehr fröhlich und vergnügt. Dieser rauhe, zurückstoßende Mensch machte mir ordentlich die Cour, bediente mich bei Tisch mit einer Sorgfalt, wie seine Dame. Kurz, dieser Tag wird mir immer höchst merkwürdig bleiben, sowie allen, die dabei waren. Es gewährte mir eine eigene Erhebung, mich von diesem großen Geiste mit solcher liebevollen Achtung überschüttet zu sehen.“

Beethoven lenkte das Gespräch auf „Euryanthe“, was Weber indes ablehnte. Da fragte Beethoven Haslinger über den Tisch: „Wie ist das Buch?“ und während Weber aufschrieb: „Ganz erträglich! Voll schöner Stellen,“ hatte Beethoven Haslingers Kopfschütteln gesehen, lachte auf und rief: „Immer die alte Geschichte! Die deutschen Dichter können keinen guten Text zusammenbringen.“

„So verlehrten,“ heißt es in einer Darstellung der Zusammenkunft, „die großen Meister in Liebe miteinander und die anderen saßen dabei und sahen, wie sich die Stirnen zusammenneigten, hinter denen die „Eroika“ und die „C-Moll-Sinfonie“ und „Fidelio“ und „Freischütz“ und „Leier und Schwert“ und „Preziosa“ gewohnt hatten und — des Schönen noch viel wohnte, und verglichen Webers schmalen, langen, dünnumlockten Schädel, sein feines, geistvolles, zartes Gesicht mit Beethovens breitem, dichtbewaldeten Hirngewölbe, seinem geröteten Löwengesicht und dachten, wie Verschiedeneres als diese beiden nicht auf Erden sei, wie die Individualität beider aber so wunderbar das Wesen ihres Genius

Digitized by Google

spiegele und wie doch diese so abweichend gestalteten Hüllen derselbe göttliche Funken erhelle, dieselbe Tönewelt erfülle und über beiden der Schimmer der Unsterblichkeit schwebe."

Beim Abschiede umarmte und küßte Beethoven Weber mehrere Male, behielt lange dessen schmale Hand in seiner kräftigen Faust und rief: „Glückauf zur neuen Oper! Wenn ich kann, komme ich zur ersten Aufführung." Tief bewegt und erhoben kehrte Weber nach Wien zurück.

Am 25. Oktober erfolgte die erste Aufführung. In den Proben war die hingebende Begeisterung der Mitwirkenden für den Komponisten, der zugleich ein bewunderungswürdiger Dirigent war, ungemein wohltuend gewesen. „Es ist kein Auge, das bis jetzt nicht wenigstens einmal sich mit Tränen gefüllt hätte. Das sind dann doch schöne, lohnende Momente!" schrieb er bewegt. Man drängte sich um ihn und küßte ihm die Hände, und er mochte wohl dasselbe fühlen, was der junge Wagner später fühlte, als er ihn in Dresden mit Staunen und Ehrfurcht an der Spitze seiner Künstlerschar erblickte: „Nicht König und nicht Kaiser, aber so dastehen und dirigieren!" Auch bei der Aufführung war die Stimmung denkbar günstig und der Beifall groß. Aber schon bei den weiteren Aufführungen ließ er zusehends nach. Wie Mozarts „Don Juan" und Beethovens „Fidelio" war die „Euryanthe" zu ernst und zu groß, um sofort durchschlagend zu wirken. „Die eigentliche Andacht der Hörer und Ausführer," schrieb Weber selbst, „ist fast gänzlich erloschen, man will von der Kunst nur gleich einer Bajadere gekitzelt sein." Der Glanz der Italiener drängte auch dieses große deutsche Werk mehr und mehr zurück, trotzdem viele bedeutende Musikgrößen sich zu ihm bekannten, wie z. B. Haydns Freund Griesinger, der den Abend der „Euryanthe", die er als tief original und als einen hellen Juwel in Deutschlands musikalischer Ehrenkrone bezeichnete, prophetischen Blicks den Morgen der neuen dramatischen Musik nannte und grimmig auf die Wiener schalt, die nicht einstimmig das Werk vergöttern wollten, weil man nicht aus allen Stücken Walzer machen könne. Die Mehrheit der Wiener Musiker und Musikfreunde machte dem neuen Werke Bizarrerie und Mangel an Einheit und Klarheit der Melodie zum Vorwurf und hielt es mit Grillparzer, der sich Beethoven gegenüber dahin aussprach, es sei mehr Poesie wie Musik, die Welt habe ihre Unschuld verloren und ohne Unschuld schaffe und genieße man kein Kunstwerk, die Losung sei jetzt Kritik, Weber aber sei ein kritischer Komponist, ja der die Oper nach wiederholtem Anhören schließlich sogar als „scheußlich" bezeichnete und damit wie auch sonst vielfach bei aller Geistesgröße und trotz seiner starken musikalischen Begabung eine seltsame Rückständigkeit in der Beurteilung neuer musikalischer Ziele bewies. Schon nach der achten Vorstellung war das Haus halb leer, und nach zwanzig Vorstellungen mußte die Oper zurückgelegt werden. Weber war tief niedergeschlagen. Mit ganzer Seele, voller Jubel und Begeisterung war er an die Komposition seiner „Euryanthe" herangegangen, mit seinem Herzblut hatte er sie geschrieben. Der Mißerfolg an Stelle des

Digitized by Google

mit Recht erwarteten großen Erfolges drückte ihn schwer zu Boden. Beethoven hatte infolge seiner Schwerhörigkeit davon absehen müssen, die erste Aufführung zu besuchen. Nach derselben war, wie so oft nach großen musikalischen Ereignissen, Tonkünstlerversammlung bei Steiner im Paternostergäßchen; auch Schubert war da, als der Altmeister auf seine hastige Weise in den Laden trat und Haslinger nach dem Erfolg der Oper fragte. „Außerordentlich! Ein großer Erfolg!" schrieb dieser auf, und Beethoven erwiderte: „Das freut mich, das freut mich, so muß der Deutsche über den Singsang zu Recht kommen." Zu Benedikt sich wendend aber sagte er: „Ich wäre so gern ins Theater gekommen, aber wozu? — Seit langer Zeit schon —", und auf sein Gehör deutend ging er eilig davon. Daß sich schließlich doch ein Mißerfolg herausstellte, wird ihn aufrichtig betrübt haben. Weber ging einige Tage danach mit der Partitur der „Euryanthe" zu ihm. Er hatte sie ihm früher wegen der Proben nicht bringen können. Beethoven kannte sie aber durch den Grafen Lichnowsky und hatte sich bei aller Freundschaft und Hochachtung für Weber doch nicht unbedingt zu ihren Gunsten ausgesprochen, so einmal dahin, Weber habe sich dabei *zuviel* Mühe gegeben, und ein andermal, es sei ein Akkumulat von lauter verminderten Septimenakkorden, lauter Hintertürchen. Als ihm nun Weber, wie Schindler, der treue, wenn auch in seinen Berichten nicht immer zuverlässige Schildknappe Beethovens aus dessen letzten Jahren, überliefert hat, die Partitur „in tiefster Devotion" brachte, damit er „nach Gutdünken Änderungen daran vornähme", meinte er, Weber hätte das Ansuchen *vor* der Aufführung machen sollen, jetzt finde er es zu spät, außer wenn Weber eine solche Änderung damit vornehmen wollte, wie er selbst es mit dem „Fidelio" getan habe. Irgendwelche kränkende Worte vermied er, und Weber nahm die Ablehnung auch nicht im mindesten übel. Beethoven lud ihn, bevor er nach Dresden zurückkehrte, noch einmal zum Speisen und „der aufdringliche Appendix v. Schindler", der dabei zugegen war, erzählt, daß an jenem Novembertage ein Feuerwerk von sprühenden und prasselnden Witzen und Sarkasmen abgebrannt, aber auch oft und viel über musikalische Studien gesprochen worden sei. So trennten sich die beiden großen Künstler in offensichtlicher Freundschaft, und Weber mag noch oft in gehobener Stimmung an das Zusammensein mit dem Großmeister der deutschen Musik zurückgedacht haben. Als im März 1825 Rellstab zu ihm kam und von ihm einen Brief zur Einführung bei Beethoven erbat, sagte er zu ihm: „Beethoven liebt die vielen Briefe nicht. Sie zu lesen und zu schreiben ist ihm eine lästige Sache. Aber grüßen Sie ihn mündlich aufs herzlichste und ehrfurchtsvollste von mir. Nach der Art und Weise, wie er mich bei meiner letzten Anwesenheit in Wien aufgenommen, darf ich voraussetzen, daß er sich meiner mit Freundlichkeit und Liebe erinnern wird." Und dann schilderte er ihm mit bewegten Worten seinen Besuch bei Beethoven, vor allem daran gedenkend, wie Beethoven vor ihn hingetreten sei, ihm beide Hände auf die Schultern gelegt und, ihn kräftig und herzlich schüttelnd, ausgerufen habe:

Digitized by Google

„Du bist ein braver Kerl geworden!“ und dann habe er ihn mit wahrer Freundschaft und Liebe geküßt; von allem, was ihm an Beifall, Glanz und Ehre in Wien zuteil geworden, habe ihn nichts so tief ergriffen wie dieser brüderliche Kuß Beethovens.

Zu einem vollen künstlerischen Verständnis zwischen beiden, besonders Webers für Beethoven, konnte es freilich auch jetzt nicht kommen. Voglers Einfluß auf Weber war zwar so ziemlich ausgeschaltet, aber Weber und Beethoven gingen doch in ihren künstlerischen Idealen von zu verschiedenen Standpunkten aus. Auf der einen Seite Weber, der spezifische Dramatiker, dem die Musik, so feinsinnig, innerlich und edel er sie auch erfaßte, doch in erster Linie Mittel des dramatischen Ausdrucks war, der alles auf die theatralische Wirkung einstellte und der lechzte nach szenischer Größe und Glanzentfaltung, auf der anderen Beethoven, dem die Musik mehr und mehr reinster, tiefster Ausdruck seiner Gefühle wurde und schließlich höchste Religion bedeutete, höher als alle Weisheit und Philosophie, weshalb sie in seinen letzten Werken einen fast übersinnlichen, dem nicht zu gleichem Fühlen Erkorenen oft unverständlichen Klang annahm. So sprach Weber damals zu Rellstab zwar „mit größter Begeisterung von Beethovens erhabenem Genius“, aber Rellstab berichtet doch auch anderseits, wie er „die seltsamen Verirrungen des Meisters in der neuesten Zeit“ nicht ohne ein Gefühl bedauernder Wehmut habe betrachten können. Wohlwollend und gewiß mit Recht habe er sie aber aus dem anormalen Zustande des erschütternden Unglücks des großen Mannes hergeleitet. Hier muß ich an die Worte denken, die Marx in seiner Beethoven-Biographie mit Bezug auf die Urteile so mancher ausgezeichneter und auch wohlwollender Musiker bei Gelegenheit der Besprechung von Beethovens Riesensonate op. 106 geschrieben hat. „Sie vermissen Melodie,“ sagt er, „weil allerdings Beethovens Melodie gleich der Bachs im Fortschreiten seines Geistes übersinnlich geworden war... Das schreiben sie dann entschuldigend dem Gehörmangel und schwindenden Tongedächtnis zu, während gerade die späteren und letzten Werke den feinsten Tonsinn und die umfassendste Vorstellungskraft für Tonverhältnisse (man sehe die neunte Sinfonie und die letzten Quartette) in hundert Zügen beweisen, wie er selber sie früher nicht besessen. Sie schreiben ihm Formlosigkeit zu, während seine Meisterschaft in der leichten und klaren Führung der größten Massen sich immer überlegener entfaltete. Sie sehen Willkür und Originalitätssucht, ohne ein einziges Mal gestrebt zu haben, seine Ziele und Werke zu erkennen und offen zu legen. Und um ihrer Unkenntnis das Ansehen überlegener Einsicht zu geben, zerlegen sie das einheitvollste Leben und Schaffen bald in zwei, bald in drei Teile und meinen damit etwas bewiesen zu haben, weil es allerdings leichter gelingt, sich ein paar periodische Abschnitte zu merken, als den Überreichtum und die stetige Entwicklung eines solchen Lebens zu fassen.“ Man betrachte hierzu z. B. die Ausführungen des feinsinnigen und durchaus vornehmen und verständnisvollen Musikgelehrten Fétis über Beethovens letzte Werke:

Digitized by Google

„Dans les dernières productions de Beethoven les nécessités de l'harmonie s'effacent dans sa pensée devant des considérations d'une autre nature. Les redites des mêmes pensées furent poussées jusqu'à l'excès; le développement du sujet alla quelquefois jusqu'à la divagation; la pensée mélodique devint moins nette, à mesure qu'elle était plus rêveuse, l'harmonie fut empreinte de plus de dureté et sembla de jour en jour témoigner de l'affaiblissement de la mémoire dessous; enfin Beethoven affecta de trouver des formes nouvelles, moins par l'effet d'une soudaine inspiration, que pour satisfaire aux conditions d'un plan médité. Les ouvrages faits dans cette direction des idées de l'artiste composent la troisième période de sa vie et sa dernière manière." Und als erstes Symptom dieser „Manier" galt Fétis, außer dem herrlichen B-Dur-Trio op. 97, ebenso wie Weber seinerzeit die A-Dur-Sinfonie Nr. 7! „Die Formel müßte heißen", sagt Marx mit Recht, „Beethoven hat geirrt, wo ich ihn nach meinen Grundsätzen und Voraussetzungen nicht fassen kann."

Gingen trotz dieses Mangels eines vollen künstlerischen Verständnisses füreinander Beethoven und Weber, wie ich schon erwähnte, in herzlicher Freundschaft und gegenseitiger Verehrung auseinander, so wurde leider das schöne Verhältnis zwischen Schubert und Weber, das sich bei Webers dritter Anwesenheit in Wien 1821 herausgebildet hatte, bei dessen viertem Wiener Aufenthalte 1823, wenn auch nicht aufgehoben, so doch in bedauerlicher Weise getrübt. Schubert, alles andere als eine diplomatische Natur, hielt mit seinem Urteil über die „Euryanthe", das leider gegen Weber ausfiel, in seiner großen Offenheit, die, einen so schönen Zug sie in seinem Charakterbild darstellt, ihm im Vorwärtskommen oft ebenso bitter geschadet hat, Dritten und auch Weber selbst gegenüber nicht zurück. Zwar fand er in der Oper viele harmonische Schönheiten, vermißte aber anderseits fast durchgehends eine wirklich originelle Melodie und verirrte sich mit dem Durchschnitt zu dem Urteil, daß die „Euryanthe" „keine Musik, keine legitime Form und Durchführung enthalte, sondern lediglich auf den Effekt berechnet sei und weit hinter dem „Freischütz" zurückstehe." Und als man ihm erklärte, Weber habe seinen Stil teilweise ändern müssen, weil die Musik neue Bahnen einschlage und jetzt durch Massen zu wirken suche, meinte er: „Wozu denn schwere Massen? Der „Freischütz" war so zart und innig, er bezauberte durch Lieblichkeit. In der „Euryanthe" aber ist wenig Gemütlichkeit zu finden." Als diese Urteile Weber zu Ohren kamen, soll er gereizt erklärt haben, der Laffe solle vorher etwas lernen, ehe er ihn beurteile. Doch bei seiner vornehmen Denkungsart ist es nicht wahrscheinlich, daß eine solche Äußerung gefallen ist. Was Schuberts Äußerung über die „Euryanthe" Weber selbst gegenüber anlangt, so hat sein erprobter und auch in den Überlieferungen durchaus zuverlässiger Freund, der Freiherr v. Spaun, berichtet, Schubert habe sich zu Weber auf dessen Frage, wie ihm die Oper gefallen habe, aufrichtig und wahr, wie er immer gewesen sei, dahin ausgesprochen, es habe ihm wohl einiges gefallen,

Digitized by Google

allein es sei zu wenig Melodie darin, und der „Freischütz“ sei ihm um vieles lieber. Daß dieses ablehnende Urteil Weber, der in der „Euryanthe“ sein Höchstes und Heiligstes gegeben hatte, bitter kränkte, zumal wo es von einem Freunde kam, von dem er wirkliches Mitfühlen und wahres Verständnis für seine musikalischen Ziele erwartet hatte, ist nicht zu verwundern. Und so erklärte er denn, als Schubert mit der Partitur seiner Oper „Alfonso und Estrella“ zu ihm kam und sein Urteil erbat, auch seinerseits ablehnend und dazu befangen in der Meinung, ein dramatisches Erstlingswerk vor sich zu haben: „Ich aber sage Ihnen, daß man die ersten Hunde und die ersten Opern ertränkt.“ Damit war ein Riß in die verheißungsvolle Freundschaft der beiden großen Musiker gekommen, dessen Heilung um so weniger zu erwarten war, als Schuberts kritische Äußerungen ebenso wie die Beethovens, zum Teil noch verschärft und entstellt, weitergetragen wurden und sogar in die Tagesblätter kamen. Hierauf bezieht sich einmal die Konversation Schindlers vom Frühjahr 1824: „Bester! Kümmert Euch gar nicht um mich wegen des Kampfes mit M. Weber. Schubert und ich haben den rechten Mann vor uns.“ Und weiter die Bemerkung Beethovens: „Da aber dieses solche Wendung genommen, kann ich mich nicht darüber freuen — diese Abscheulichkeit, mir so etwas anzudichten, verleidet mir die ganze Geschichte...“ Sensationslustige Macher versuchten eben, die Großen in der Kunst gegeneinander zu treiben. Trotzdem sind Weber und Schubert, wenn auch nicht wie Weber und Beethoven als Freunde, so doch auch nicht als Feinde voneinander geschieden. Ja, Weber ist sogar in Dresden warm für die Aufführung von Schuberts Oper eingetreten und hat damit durch die Tat bewiesen, daß er seine Schubert gegenüber im Unmut getane Äußerung bereut hat. Allerdings waren seine Bemühungen vergebens. Die Oper kam in Dresden nicht zur Aufführung. 1854 wurde sie von Liszt in Weimar aufgeführt, um dann für immer begraben zu werden.

Webers Leben neigte sich dem Ende zu. Der Nichterfolg des Lieblingskindes seiner Muse hatte ihm die Schwingen gelähmt. Müde und erschöpft wendete er sich nach fünfzehn Monate langem, unfruchtbarem Schweigen von der Gattung der heroischen Oper und der musikdramatischen Richtung ab und vertiefte sich in die zarten Träume orientalischer Märchenpracht. Der „Oberon“ entstand, und fern der Heimat erlebte er in England seine Erstaufführung. Der schon schwerkranke Meister hatte sich, obwohl er den Tod bereits in sich fühlte, entschlossen, sein Werk selbst zu dirigieren und zu diesem Zwecke die anstrengende Reise nach England zu unternehmen, in der Überzeugung, daß er, der mit allen Fasern seines Herzens an seiner Familie hing, keinen Augenblick zu verlieren habe, wenn es ihm gelingen sollte, den mit seinem Leben bezahlten Ruhm in so viel Gold umzusetzen, daß Weib und Kind nicht hungern müßten. „Ich habe seinen Sarg zuschlagen hören,“ sprach in bitterem Weh seine Gattin, als er, die bereits geschwollenen Füße in dicke Samtstiefel gehüllt, am 7. Februar 1826 in den Reisewagen ge-

Digitized by Google

stiegen und nach schmerzvollem Abschied davongefahren war. Am 5. Juni 1826 starb er in London, schmerzlich enttäuscht über den Mangel an Verständnis, dem seine Kunst auch in England begegnete, und die verzehrende Sehnsucht nach den Seinen im Herzen. „Weber tot — im vierzigsten Jahre," schrieb Beethoven in demselben Monat in sein Konversationsheft. Welche Gedanken mögen den ohnehin Trübgestimmten dabei beschlichen haben! Am 26. März des folgenden Jahres erlag er selbst im Alter von 56 Jahren seinen Leiden, und im Jahre darauf, am 19. November 1828, starb, noch nicht 32 Jahre alt, Franz Schubert am Nervenfieber. Drei furchtbare Jahre für die deutsche Kunst! Webers „Euryanthe" weist auf das moderne Musikdrama. Ein anderer, Richard Wagner, hat es zu herrlicher Vollendung gebracht. Aber hätte nicht auch Weber, wenn er wieder gesund geworden wäre und die Niederlage der „Euryanthe" überwunden hätte, im Aufstieg zu den von ihm zuerst geschauten neuen dramatischen Höhen, noch Eigenartiges und Großes schaffen können? Klang und sang es doch in ihm trotz des Mißerfolgs seines größten Werkes noch weiter von der geläuterten deutschen musikdramatischen Kunst. Beethoven aber, den gewaltigsten der drei großen Männer, riß der Tod mitten heraus aus dem Schaffen seiner 10. Sinfonie und eines Requiems. Waren diese vollbracht, dann wollte er nach dem Vorbild seines Großmeisters Händel, der für ihn den unerreichten Meister aller Meister bedeutete, seine ganze Kraft dem Komponieren von Oratorien zuwenden, und vielleicht hätte er daneben auch die Musik zu dem Evangelium des modernen Geisteslebens, dem „Faust", noch geschaffen. Seit Jahren verfolgte ihn der Gedanke, diese Großtat zu vollbringen. Und er allein hätte sie vollbringen können. So war auch er voll hoher, erhabener musikalischer Pläne. Und ebenso war es bei Franz Schubert, der zwar sein eigenstes Gebiet, das deutsche Lied, verlassen wollte, aber in der Sinfonie Beethoven, den er wie einen Gott verehrte, mit allen Kräften nachstrebte und, trotz aller böser Erfahrungen, auch in der Oper einen Aufstieg erhoffte. Sie war bis an sein frühes Ende sein Schmerzenskind, er rang mit ihr, aber sie versagte sich ihm, und so wäre es vielleicht auch geblieben, obschon derjenige von seinen Freunden, der ihn vielleicht am besten verstanden hat, der große Maler Moritz v. Schwind, mit Bestimmtheit behauptet hat, bei einiger Bühnenerfahrung würde er hinter Weber nicht zurückgeblieben sein, und er würde diese Bühnenerfahrung zufolge der ihm innewohnenden Energie ohne Zweifel noch erlangt haben. Jedenfalls stand auf den anderen Gebieten seiner Kunst vor ihm, dem Unermüdlichen, dem die Melodien so unerschöpflich wie keinem sonst zuströmten und dem noch während seiner letzten Krankheit völlig neue Harmonien und Rhythmen durch den Kopf gingen, noch unendlich Großes und Schönes. So ist uns durch den vorzeitigen Tod dieser drei Mächtigen im Reiche der Musik Unermeßliches verloren gegangen. Aber was sie uns hinterlassen haben, ist gleich unvergänglich und groß.

Digitized by Google

Die deutsche Reichsmark im Kriege[1])

Von

Karl Elster

Als im Verlaufe des Weltkrieges die deutsche Reichsmark an den Börsen des neutralen Auslandes eine empfindliche Entwertung erfuhr, während umgekehrt der Preis fremden Geldes in Deutschland über die Friedensparitäten stieg, wurde die allgemeine Aufmerksamkeit auf eine Erscheinung gelenkt, mit der vor dem Kriege sich zu befassen sie keinen Anlaß gehabt hatte. Diese Erscheinung ist der heute so lebhaft erörterte Valutastand.

Was ist das: Stand der Valuta? Nur sehr wenige, selbst aus der Zahl derer, die keinen Anstand nehmen, die Valutapolitik der Regierung zu kritisieren, ihr etwa unzulängliche Fürsorge für den Markkurs oder auch umgekehrt übertriebene Ängstlichkeit, „Valutapsychose", vorzuwerfen, dürften eine auch nur einigermaßen klare Vorstellung mit dem Begriffe des intervalutarischen Kurses und seinen Bestimmungsgründen verbinden. Auch hier hat sich einmal wieder jene von Bismarck in seinem temperamentvollen Brief an Roon vom 15. Juli 1862 getadelte Eigenart des Deutschen recht charakteristisch gezeigt: nämlich sein „kindliches Selbstvertrauen", das ihn dazu verführt, überall und leider auch dort zu kritisieren, wo der Mangel jeglicher Sachkenntnis ihm nahelegen sollte, sich schweigend zu bescheiden.

In dieser Hinsicht bezeichnend sind die Ausführungen, mit denen ein deutscher Hochschullehrer in einem Buche über Reichsfinanzen[2]) vor die Öffentlichkeit getreten ist: „Ungelöst" — so schreibt er — „blieben ... eine ganze Reihe von Problemen, z. B. weshalb bei der Wertung des Goldgelds weniger sein Besitz, denn seine Herkunft maßgebend sein soll, wie der Krieg zu lehren scheint: der unserem Zwanzigmarkstück dem Goldgehalt nach fast gleichwertige englische Sovereign gilt eben in der Schweiz bedeutend mehr als ersteres, obwohl wir doch zweifellos in einem wirtschaftlich engeren Verhältnis zur Schweiz stehen als England." Und weiter: „Eine harte Nuß stellt auch wohl die Frage dar, weshalb das türkische Goldpfund, das vor dem Krieg etwa 15 Mark galt, heute bei den Verbündeten der Türkei fast das Doppelte gilt." Der Verfasser schließt diese nachdenkliche Betrachtung mit dem skeptischen Satze: „Hier stimmt also etwas nicht."

Nur dieser letzte Satz ist richtig: hier stimmt etwas nicht, nämlich des Schreibers Vorstellung vom intervalutarischen Kurse. Die Auffassung, daß der Markkurs die „Wertung" oder — wie man richtiger sagen sollte — der Preis goldenen Geldes wäre, ist eben ein grundlegender Irrtum. Wer

[1]) Vgl. des Verfassers: Zur Theorie der Valutapolitik. Stuttgart (Ferd. Enke) 1919.

[2]) Ludwig Waldecker: Reichseinheit und Reichsfinanzen. Tübingen (J. C. B. Mohr) 1916, S. 112 f.

Digitized by Google

in ihm lebt, kann freilich die Gestaltung des Markkurses im Kriege nur als eine völlig rätselhafte Erscheinung bestaunen; verstehen aber kann er sie nicht.

Der intervalutarische Kurs ist ein Geldpreis, nicht ein Goldpreis; er ist der Preis heimischen Geldes, ausgedrückt in fremdem Gelde, und umgekehrt der Preis fremden Geldes, ausgedrückt im heimischen Gelde. Wenn während des Krieges das Pfund Sterling in der Schweiz einen verhältnismäßig höheren Kurs hielt als die deutsche Reichsmark, so rechtfertigt diese Tatsache natürlich nicht den Rückschluß darauf, daß deutsches Gold in der Schweiz billiger als englisches zu haben gewesen wäre.

Der Irrtum, der im Markkurse den Preis deutschen Goldes erblickt, ist an sich wohl begreiflich. Er beruht auf der Verwechslung zweier Einrichtungen, die — tatsächlich eng miteinander verknüpft — begrifflich nichts miteinander zu tun haben: auf der Verwechslung des intervalutarischen Pari mit den Münzparitäten.

Die Münzparität ist — wie ihr Name sagt — ein Verhältnis zwischen den Münzen verschiedener Länder: das Verhältnis nämlich, das sich aus ihrem beiderseitigen Feingehalt zueinander ergibt. Wenn in zwei verschiedenen Ländern Goldmünzen zur Ausprägung gelangen, so stehen sie zueinander in einer aus ihrem Goldgehalte sich ergebenden festen und mit der Wage feststellbaren Beziehung. Diese Beziehung ist die Münzparität.

Deckt der Ausdruck „Münzparität" den Begriff, den er bezeichnen soll, durchaus, so ist der Ausdruck „intervalutarisches Pari" weniger glücklich. Hier ist recht eigentlich nicht von einem Gleichstande die Rede, sondern eher von einem Normalstande; denn: unter den zahlreichen möglichen intervalutarischen Kursen ist das intervalutarische Pari derjenige Kursstand, den die Valutapolitik eines Staates will und — denn das kann sie in gewissen Grenzen! — verteidigt.

Der Franken ist nicht 0,81 Mark, so wenig die Zigarre das ist, was sie kostet. Mit anderen Worten: 0,81 Mark war vor dem Kriege der Preis des Franken. Daß dieser Preis keinen erheblichen Schwankungen unterlag, daß er ziemlich fest stand, folgte aber nicht aus einer wesensinneren Beziehung zwischen Mark und Franken. Der feste Preis von 1 Franken = 0,81 Mark, den wir gewöhnt sind das intervalutarische Pari zwischen ihnen zu nennen, war nur die Folge der in den Ländern ihrer Geltung bestehenden währungsgesetzlichen Bestimmungen. An sich ist der intervalutarische Kurs — als Preis — wie jeder Preis beweglich. Aber: wie jeden anderen Preis kann man ihn festlegen; und im Verhältnis derjenigen Staaten zueinander, die wir als „Goldwährungsländer" bezeichnen, lag der intervalutarische Kurs innerhalb ganz enger Grenzen fest.

Der Begriff der Goldwährung ist sehr leicht zu fassen, sobald man von allen nebensächlichen Umständen, wie dem Münzwesen, den Deckungsvorschriften usw., einmal absieht. Goldwährung herrscht in allen Ländern, und nur in den Ländern, in denen Gewähr dafür geboten ist, daß man einmal für

Digitized by Google

eine beliebige Menge Goldes jederzeit einen festen Preis in Geld, andererseits für einen beliebigen Geldbetrag jederzeit zum festen Preise Gold erhalten kann. Diese doppelte Gewähr war vor dem Kriege in Deutschland gegeben, da alles Gold frei ausprägbar war und die Banknoten (und Kassenscheine) in Gold eingelöst werden mußten. Das Gold war jederzeit zum festen Preise zu haben und zu lassen.

Im Goldwährungslande liegt der Preis des Goldes fest, mag auch keine einzige Goldmünze umlaufen oder selbst ausgeprägt werden. Es ist keine Marktlage denkbar, die den Besitzer von Gold veranlassen könnte, es billiger abzugeben als zu dem Preise, zu dem die hierfür bestimmte Stelle (Münze, Zentralbank) verpflichtet ist, es abzunehmen; und umgekehrt wird niemand Gold, das er durch Einlösung von Geld erhalten kann, zu einem höheren Preise käuflich erwerben.

Besteht nun die hier gekennzeichnete Einrichtung in zwei oder mehreren Ländern, so beeinflußt sie auf das bemerkenswerteste den intervalutarischen Kurs. Wer inländisches Geld hat, kann zum festen Satze Gold, wer Gold hat, wiederum zum festen Satze Geld des anderen Goldwährungslandes beziehen. Sind zwei Währungen in der hier dargestellten Weise an das Gold gebunden, so sind sie durch das Gold auch derart miteinander verbunden, daß für das Geld des einen Landes das Geld des anderen Landes zum festen Satze zu haben ist. Dieses ist der Zustand, an den wir uns im „goldenen Zeitalter" so sehr gewöhnt hatten, daß wir das Wesen des Kurses als eines — beweglichen! — Preises darüber fast vergaßen: der intervalutarische Kurs lag — innerhalb ganz enger Grenzen — fest, und wir glaubten, dem müsse so sein.

Hieraus erhellt ohne weiteres, was folgt:

Einmal: das Gold ist nicht — wie in „gemeinverständlichen" Darstellungen regelmäßig, in wissenschaftlichen Abhandlungen leider noch allzu oft zu lesen ist — das „internationale Zahlungsmittel". Gezahlt wird in Geld, nämlich in Landeswährung; und Gold ist noch kein Geld, kein Landesgeld, geschweige denn Weltgeld. Aber: im Verkehr zwischen Goldwährungsländern ist es stets möglich, durch Goldexport sich fremdes Geld zum festen Satze zu verschaffen. Gold ist die Ausfuhrware des Bankiers.

Des weiteren: der intervalutarische Kurs ist ein Preis. Wie jeder Preis ergibt er sich aus Angebot und Nachfrage. Wächst im Verhältnis zum Angebot die Nachfrage nach fremder Landeswährung, so steigt ihr Preis (das heißt ihr Kurs) und der Kurs der eigenen Währung sinkt. Im Verkehr der Goldwährungsländer untereinander begegnet die „Goldarbitrage"[1]) dem Schwanken des Kurses durch den Goldexport. Indem sie Gold dem anderen Lande zuschiebt, schafft sie — entsprechend einer gesteigerten Nachfrage nach dem fremden Zahlungsmittel — neue Guthaben in dieser Währung, dies will besagen, neues Angebot, und bringt auf diesem Wege das vorübergehend

[1]) Das Geschäft des Hauses Kolb in Zolas: „l'Argent".

Digitized by Google

gestörte Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Paristande wieder zum Ausgleich.

Und schließlich: Der feste Kurs zwischen den Goldwährungsländern ist nur das Ergebnis der preispolitischen Maßnahmen, die in ihnen allen den Goldpreis — bei unbeschränktem Angebot und unbeschränkter Nachfrage — ein für alle Male festlegen. Er ist nicht der Ausdruck einer geheimnisvollen Beziehung, die zwischen den verschiedenen Währungseinheiten (Mark, Franken, Dollar usw.) bestünde; er ist aber auch nicht die Folge irgendwelcher besonderen Eigenschaften des Goldes. Um den festen intervalutarischen Kurs zu gewährleisten, bedarf es nicht der Ausprägung goldener Münzen, also auch keiner Münzparitäten. Den Dienst, den hier das Gold versieht, vermag es auch in ungemünzter Form, in Barren, wahrzunehmen; und eine nur ganz oberflächliche Überlegung läßt schon erkennen, daß — wie die Festlegung des Goldpreises — so auch die eines ganz beliebigen anderen Warenpreises genau die gleiche Wirkung auf den intervalutarischen Kurs ausüben müßte.

Zusammenfassend: Der intervalutarische Kurs ist der jeweilige Preis fremden Geldes, ausgedrückt in heimischem Gelde (und umgekehrt). Von Natur beweglich, ergibt er sich aus Angebot und Nachfrage derart, daß bei wachsender Nachfrage nach fremdem Gelde der Kurs der heimischen Währung sinkt, bei wachsendem Angebot fremden Geldes der Kurs der heimischen Währung steigt. Im Verkehr der Goldwährungsländer untereinander gibt der Goldexport die Möglichkeit, geringere und ihrer Ursache nach vorübergehende Schwankungen in dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Zahlungsmitteln auszugleichen; und darum besteht zwischen ihnen ein (im wesentlichen) fester Kurs in der Höhe, die sich aus dem Verhältnis der Goldpreise in den beteiligten Ländern ergibt. Den vom Staate gewollten und gegen Störungen (in Goldländern durch die goldene Bindung, in anderen Ländern durch andere Mittel) verteidigten Kurs heben wir aus der Gesamtheit aller anderen möglichen Kurse durch eine besondere Bezeichnung heraus und nennen ihn das intervalutarische Pari. Dabei dürfen wir aber nicht übersehen, daß kein staatlicher Wille auf die Dauer mächtig genug ist, ein den Marktverhältnissen widersprechendes Pari autoritativ zu setzen und zu verteidigen. Wenn die zwischenstaatlichen Zahlungsbeziehungen, aus denen das Angebot und die Nachfrage nach Zahlungsmitteln entspringt, sich von Grund auf ändern, so wird der Staat gezwungen sein, an die Stelle des den natürlichen Verhältnissen nicht mehr entsprechenden Pari ein anderes zu setzen; freilich muß er dann auch an Stelle derjenigen Maßnahmen, die bestimmt waren, den Kurs in Höhe des früheren Pari zu halten, die entsprechend anderen treffen, also etwa, wenn er bei der Goldwährung bleiben will, den Goldpreis anderweit festlegen. Die Festsetzung eines neuen, gegenüber dem bisherigen niedrigeren, Pari, gegebenenfalls verbunden mit der Annahme eines neuen Münzfußes, nennen wir (nach unserer Gewohnheit mit einem jedem Laien rätselhaften Fremdwort): Devalvation.

*

Digitized by Google

Am 4. August 1914 erging (mit rückwirkender Kraft vom 31. Juli 1914) das Gesetz, betreffend die Reichskassenscheine und die Banknoten. Es entband die Reichshauptkasse von der Verpflichtung, die Reichskassenscheine einzulösen, die Reichsbank (und die Privatnotenbanken) von der Pflicht der Noteneinlösung. Mit dem Erlasse dieses Gesetzes schied für die Dauer seiner Geltung das Deutsche Reich aus der Reihe der Goldwährungsländer aus.

Nun war der Markkurs von seiner goldenen Fessel frei. Wohl blieb es nach wie vor möglich, für Gold zum festen Satze Geld zu erhalten; nicht aber gewährleistete auch umgekehrt der Geldbesitz das Recht auf Gold. Der Markkurs konnte also im Verhältnis zu den Goldwährungsländern zwar nicht steigen; denn jeder Besitzer von Zahlungsmitteln eines Goldwährungslandes konnte für diese Gold und für Gold zum festen Satze deutsches Geld erhalten. Aber: der Markkurs konnte sinken; denn dem Besitzer deutschen Geldes war mit dem Recht auf Gold zum festen Satze zugleich die Möglichkeit verloren gegangen, auch fremdes Geld zum festen Satze zu beziehen.

So hätte es also im Interesse unserer Währung gelegen, jenes folgenschwere Gesetz nicht zu erlassen? Ganz gewiß nicht; und selbst dann nicht, wenn kein Anlaß bestanden hätte, den Goldbestand vor dem Zugriff der Hamster zu schützen. Hier müssen wir uns der Feststellung erinnern, daß die Mittel der Kursbefestigung — also auch die Bindung der Währung an das Gold — versagen, sobald eine durchgreifende Umgestaltung der zwischenstaatlichen Zahlungsbeziehungen eine Marktlage geschaffen hat, die mit dem alten Pari nicht mehr verträglich ist. Das Gold versieht seinen Dienst, den intervalutarischen Kurs zu halten, ja nicht schon dadurch, daß es zur Einlösung *bereitsteht*, sondern nur dadurch, daß es *ausgeführt wird*. Die durch den Ausbruch des Weltkrieges herbeigeführte Umwälzung in den zwischenstaatlichen Zahlungsbeziehungen ließ aber mit Bestimmtheit erwarten, daß die vermehrte Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln den Goldbestand der Reichsbank sehr schnell erschöpfen würde, so daß man den Schritt, den man am 4. August rechtzeitig und freiwillig getan hat, wenig später — dann aber durch Goldmangel gezwungen — unter allen Umständen hätte tun müssen. Man hätte also durch die Preisgabe des gesamten Goldschatzes nur eine vorübergehende Aufrechterhaltung des Markkurses zu erkaufen vermocht und dann doch zu einer Maßnahme sich bequemen müssen, die — zu späterer Zeit als bei Ausbruch des Krieges getroffen — nicht mehr als begründete Vorsicht, sondern als das Anzeichen des unmittelbar bevorstehenden finanziellen Zusammenbruches gedeutet worden wäre. Die in ruhigen Zeiten so trefflich bewährte Goldwährung versagt nun einmal in den Tagen der Not; auch im August 1914 schlich sie sich still vom Schauplatz und dankte zugunsten ihrer als „Zettelwirtschaft" so oft gescholtenen stärkeren Schwester, der freien Währung, ab.

Der Erlaß des Gesetzes vom 4. August 1914 zeigt hiernach, daß unsere leitenden Stellen mit dem Sinken des Markkurses, als mit einer unvermeidlichen Folgeerscheinung des Krieges, gerechnet hatten. Der Markkurs *mußte*

Digitized by Google

sinken, je mehr — entsprechend der Gestaltung unserer kriegswirtschaftlichen Lage — die Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln in ihrem Verhältnis zum Angebote fremder Zahlungsmittel wuchs. So ging er denn — freilich im Verhältnis zu den verschiedenen Ländern verschieden — bis zum Ende des Jahres 1914 um 5 bis 10 Prozent zurück, stand Ende 1915 etwa 15 bis 30 Prozent, Ende 1916 35 bis 40 Prozent unter der Friedensparität und erreichte zu Ende Oktober 1917 einen Tiefstand von 45 bis 62 Prozent unter Pari. Eine um die Jahreswende 1917 auf 1918 einsetzende Aufwärtsbewegung war nicht von Dauer. Wohl hielt der Kurs sich einige Monate auf dem verhältnismäßig hohen Stande von 20 bis 32 Prozent unter Pari; seitdem aber ist wiederum eine rückläufige Bewegung eingetreten und (nach dem Verwaltungsberichte der Reichsbank für 1918) wies er am 9. Dezember in Holland, am 10. Dezember in der Schweiz einen „nie beobachteten Tiefstand" auf.

Der intervalutarische Kurs — als Preis — ist das Ergebnis von Angebot und Nachfrage nach Zahlungsmitteln. Das hier in großen Zügen gezeichnete Sinken des Markkurses ist hiernach nur der symptomatische Ausdruck der Tatsache, daß seit Kriegsausbruch im Zahlungsverkehr zwischen Deutschland und dem neutralen Auslande die Nachfrage nach fremdem Gelde im Verhältnis zum Angebote überwog, so daß der Ausgleich nur bei ständig weichenden Kursen erfolgen konnte. Aus dieser Einsicht in das Wesen der Erscheinung ergibt sich ohne weiteres auch ihre Würdigung; denn das Symptom ist nicht anders zu bewerten als die tiefere Ursache, der es entspringt.

Seit Ausbruch des Krieges ist der Markkurs gesunken, weil während des Krieges und durch den Krieg die wirtschaftspolitische Machtstellung des Reiches dem neutralen Auslande gegenüber eine Einbuße erfahren hat. Diese selbstverständliche Tatsache abzuleugnen, wäre Torheit; es ist aber auch noch kein Beweis wirtschaftspolitischer Einsicht, sie zu überschätzen.

*

Kursänderungen, die im Verlaufe eines Krieges oder ganz allgemein unter der Einwirkung katastrophaler Ereignisse eintreten, sind grundsätzlich anders zu beurteilen als solche, die sich im normalen Verlaufe der Wirtschaft einstellen, wenn auch ihre unmittelbare Ursache die gleiche ist. In beiden Fällen bezeugt das Sinken des Kurses, daß die Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln schneller als ihr Angebot wächst, das heißt also, daß die Volkswirtschaft einen Teil ihrer Konsumbedürfnisse aus der Produktionskraft des Auslandes befriedigt. Eine solche Entwicklung muß zwar früher oder später zu einer Verschuldung an das Ausland mit allen ihren unerwünschten wirtschaftlichen und politischen Folgeerscheinungen führen; sie kann aber doch als erträglich hingenommen werden, wenn und solange sie auf ihrer Natur nach vorübergehenden Ursachen beruht, und wenn und solange die — zwar abgelenkte, aber doch — unerschütterte Wirtschafts-

Digitized by Google

kraft des Volkes die Wiederherstellung des durch besondere Ereignisse zeitweilig gestörten Verhältnisses zwischen Erzeugung und Verbrauch mit Sicherheit erwarten läßt.

So gewiß hiernach in normalen Zeiten der Wirtschaftspolitiker einem fortgesetzten Weichen des Kurses, als dem warnenden Symptom wirtschaftlichen Siechtums, seine besorgte Aufmerksamkeit schenken wird, so gewiß ist doch auch, daß während des Krieges unsere Reichsleitung kaum Anlaß finden konnte, sich über die Gestaltung des Markkurses, als die zu erwartende und auch erwartete Folge einer ihrer Natur nach vorübergehenden Ursache, sonderlich zu erregen. Wir alle wußten es ja, daß der uns aufgezwungene Kampf um unser Dasein ungeheure Opfer nicht nur an Blut, sondern auch an Gut fordern werde; und es war schlechthin selbstverständlich, daß unsere handelspolitische Machtstellung nicht unberührt bleiben konnte, wenn alle wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands ausschließlich in den Dienst der Landesverteidigung gestellt werden mußten. Der schlechte Kurs bedeutete teuere Einfuhr und war daher, indem er die Kriegskosten auch seinerseits erhöhte, gewiß recht unerwünscht; und darüber hinaus zeugte er von einer Einbuße an wirtschaftlicher Macht. Machteinbuße ist aber noch nicht gleichbedeutend mit Krafteinbuße; und wir hatten wohl Grund zu der Hoffnung, daß unsere Volkswirtschaft, deren gewaltige Kraft der Krieg an jedem Tage neu erwies, die verlorengegangene Stellung im Weltverkehr nach Friedensschluß zurückerobern werde.

Man hat es unserer Reichsleitung vielfach zum Vorwurfe gemacht, daß sie die Zügel zu lange habe schleifen lassen, und daß auch die Maßnahmen, die sie nach längerem Zögern zur Hebung des Kurses getroffen hat, nur unzulänglich gewesen seien. Mag sein, daß dem so war, und daß es möglich gewesen wäre, den Markkurs stärker zu stützen, als es geschehen ist. Ob freilich das erwünschte Ziel, der höhere Kurs, die Opfer gelohnt hätte, die wir ihm hätten bringen müssen, bleibt billig zu bezweifeln. Fest steht nur, daß die natürlichen Ursachen, die den Markkurs sinken ließen, während des Krieges nicht behoben werden konnten, daß also nur im Wege einer künstlichen Beeinflussung der Marktlage es möglich gewesen wäre, einen höheren Markkurs zu erzielen.

Es würde weit über den Rahmen dieser Betrachtung hinausgehen, wollte ich die einzelnen Maßnahmen, die im Verlaufe des Krieges zwecks Hebung des Markkurses in Deutschland getroffen sind, in Ansehung ihrer Zweckmäßigkeit und der mutmaßlich durch sie erzielten Erfolge des näheren behandeln. Hier muß der Hinweis darauf genügen, daß man sich (durch den Erlaß von „Devisenordnungen") bemüht hat, den gesamten Zahlungsverkehr mit dem Auslande staatlich zu überwachen und einheitlich zusammenzufassen, um so das kursbildende Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach fremdem Gelde mitbestimmend zu beeinflussen.

*

Digitized by Google

Erkennt man, daß der intervalutarische Kurs das Ergebnis von Angebot und Nachfrage auf dem Markte der Zahlungsmittel ist, und daß diese ihrerseits von den zwischenstaatlichen Handels- und Zahlungsbeziehungen — und nur von ihnen! — bestimmt werden, so wird man sich der Folgerung nicht mehr verschließen, daß wir nach dem unglücklichen Ausgange des Krieges und den Novemberereignissen den derzeitigen Markkurs mit anderen Augen ansehen müssen, als während des Krieges, und daß wir mit einer Wiederkehr der Friedensparitäten nicht mehr zu rechnen haben, nachdem die zwischenstaatlichen Zahlungsbeziehungen, denen der alte Kurs entsprach, auf lange Zeit hinaus von Grund aus andere geworden sind. Weil dem so ist, werden alle jene Mittel, die geeignet sein mögen, einer vorübergehenden Kursstörung zu begegnen, versagen müssen, wollte man sie in den Dienst des vergeblichen Versuches stellen, den heute verlorengegangenen Parikurs wieder zu ertrotzen. Der heutige Stand der deutschen Valuta ist der Ausdruck jener Entwicklung, die die deutsche Volkswirtschaft seit Ausbruch des Krieges genommen hat, und die auch heute — leider! — noch nicht als abgeschlossen gelten kann. In unserer Volkswirtschaft ist vier Jahre hindurch — trotz aller Anspannung der wirtschaftlichen Kräfte und trotz äußerster Einschränkung alles nicht kriegsnotwendigen Verbrauches — die Produktion gewaltig hinter dem Konsum zurückgeblieben; und heute sehen wir mit bitterer Sorge, wie die Gewissenlosigkeit weniger den Unverstand der vielen dazu verführt, die deutsche Wirtschaft vollends zu verderben. Das deutsche Volk ist arm geworden durch den Krieg, noch ärmer wird es durch den Frieden werden; und eine drückende Verschuldung an das Ausland ist heute unser unentrinnbares Schicksal.

Nicht unserer Valuta hat unsere Sorge zu gelten, sondern der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft. Zu diesem Ziele aber führt nur ein einziger Weg: der steile Weg der Arbeit und Entsagung.

Arbeit und Entsagung! Zwei gute deutsche Worte, und doch: seltsam fremd klingen sie heute an unser Ohr. Allzulange schon hörten und hören wir nur von Errungenschaften und Rechten. Wir wollen unser Volk nicht schelten, wenn es glaubt, sich dieser freuen zu dürfen; ein wenig Freude hat es so nötig bei all dem schweren Leid. Aber wir wollen ihm wünschen, daß es sich endlich auch wieder auf seine Pflichten besinne. Dann nur kann die deutsche Wirtschaft wieder gesunden. Dann aber wird sie auch gesunden, und mit ihr auch die deutsche Valuta; und dann bedarf es auch der künstlichen Mittel nicht, die man uns heute so laut zur Hebung des Markkurses anpreist.

Digitized by Google

Das Zweikammersystem für die deutschen Einzelstaaten

Von

Conrad Bornhak

Es war in den Tagen der Blockpolitik, da Fürst Bülow aus der Paarung konservativen und liberalen Geistes politische Früchte zu ziehen hoffte. Zur Beruhigung und Befriedigung der liberalen Seite hatte die Thronrede vom 20. Oktober 1908 eine Umgestaltung des Wahlrechtes zum Abgeordnetenhause in Aussicht gestellt, obgleich eine Vorlage noch gar nicht gemacht werden konnte und erst nur von Vorarbeiten die Rede war. Aber die Verfassungsreform sollte sich nicht bloß auf das Wahlrecht beschränken, sondern sich, wovon man in weiteren Kreisen damals allerdings nichts erfahren hat, auch auf das Herrenhaus erstrecken. Denn schon einige Zeit zuvor hatte mich der Ministerialdirektor Althoff, der am 20. Oktober 1908 starb, ersucht, für den Fürsten Bülow einen Plan für die Umgestaltung des preußischen Herrenhauses auszuarbeiten. Da größte Beschleunigung gefordert wurde, war die Denkschrift binnen 24 Stunden fertig. Ich habe sie später im Mai 1911 in der „Deutschen Revue" veröffentlicht. Sie ist „schätzbares Material" geblieben.

Ich mußte dies vorausschicken, wenn ich jetzt zu demselben Gegenstande noch einmal das Wort ergreife. Auch nach dieser Richtung kann man nur die Kurzsichtigkeit der preußischen Konservativen bedauern, welche das rechtzeitige Zustandekommen der preußischen Verfassungsreform noch vor dem Kriege hinderten. Der Drewssche Entwurf vom Herbst 1917 war jedenfalls auch hinsichtlich der Gestaltung des Herrenhauses viel radikaler als meine Vorschläge vom Januar 1908. Inzwischen muß auch er infolge der Entwicklung der Dinge als ein überwundener Standpunkt betrachtet werden. Wer jetzt im Sinne des Drewsschen Entwurfes mit einer besonderen Vertretung der ehemals Reichsunmittelbaren, der Fürsten, Grafen und Herren und der sonst erblich berechtigten Mitglieder kommen wollte, würde als ein aus langem Traume erwachter Rip van Winkel nur bedauerndes Kopfschütteln erregen.

Trotzdem muß die Frage des Zweikammersystems und dabei insbesondere die Art und Weise der Bildung der ersten Kammer in den politischen Erörterungen der nächsten Zeit eine bedeutungsvolle Rolle spielen.

Es soll hier nicht auf die geschichtlichen Gründe zurückgegangen werden, die von England aus bei dem Siegeszuge des Konstitutionalismus fast überall zum Zweikammersysteme geführt haben. Man ist ja sonst immer von einem solchen lebendigen Nachahmungstriebe bei uns erfüllt und hält vielfach die politischen Einrichtungen des Auslandes allein um dieses fremden Ursprunges willen für vortrefflich. Warum sollte das nicht bei einer Einrichtung der Fall sein, die sich längst bei uns eingebürgert hatte. Revolutionäre Strömungen vertragen allerdings nur eine Kammer, da nur in einer einzigen

Digitized by Google

Körperschaft die revolutionäre Schwungkraft gewährleistet erscheint. Aber in Zeiten der ruhigen Entwicklung kehrte man doch immer wieder zum Zweikammersystem zurück.

Zunächst ist es die mehrfache Beratung und Beschlußfassung über dieselbe Sache in zwei politischen Körperschaften, welche die reiflichere Überlegung gewährleistet und Übereilungen verhütet. Wäre aber das allein der Zweck des Zweikammersystems, so gestaltete sich die Sache unendlich einfach. Dann könnte man es machen wie die Norweger, welche die Mitglieder der Volksvertretung einheitlich wählen lassen und sie dann in zwei Kammern, Odelsthing und Lagthing, auslosen.

In den meisten Staaten hat man sich die Sache nicht so einfach gemacht. Es muß also doch ein tieferer Sinn hinter dem Zweikammersysteme stecken. Auch in einer rein demokratischen Gesellschaft, in der es sich nicht darum handelt, im Sinne Montesquieus aristokratischen Elementen eine besondere potenzierte Vertretung zu geben, behält das Zweikammersystem seine Bedeutung.

Es ist das uralte, immer wiederkehrende Problem des Verhältnisses des Individuums zu den Lebensbedingungen der Gesamtheit, das hier eine Rolle spielt. Das Individuum verlangt einen bestimmten Kreis freier Betätigung, gesichert vor den Eingriffen der Staatsgewalt. Und die machtvolle, rechtlich unbeschränkte und unbeschränkbare Staatsgewalt läßt sich keine Grenzen ihrer Wirksamkeit ziehen. Da ist es nun kein größerer Irrwahn als der, daß die Demokratie die persönliche Freiheit sichern könnte. Es gibt erfahrungsgemäß keinen größeren Tyrannen als die Demokratie. Unter dem unumschränktesten Monarchen kann unter Umständen die Freiheit der persönlichen Betätigung besser gesichert sein, als unter der Herrschaft des Königs Demos, wenn dieser Tyrann von unten schrankenlos waltet.

Diese unumschränkte Herrschaft der Demokratie wird aber gesteigert durch das parlamentarische System. „Es wäre zu Ende mit der politischen Freiheit," ruft Montesquieu aus, „wenn ein Ausschuß der Legislative die Exekutive handhabte." Dies und nichts anderes bedeutet aber der Parlamentarismus. Es muß also noch ein Organ außerhalb jenes Stromes der öffentlichen Meinung geben, die ihren Niederschlag in der Wahlkammer und deren parlamentarischen Ministerium findet. Dieses Organ muß in sich die Kraft haben, ein Gegengewicht gegen die herrschende Strömung zu bilden.

Dazu kommt noch etwas weiteres. Ein wesentlicher Bestandteil der parlamentarischen Wirksamkeit bestand bisher in der fortlaufenden Kontrolle der Regierung und Verwaltung durch die Volksvertretung. Diese Kontrolle muß aufhören, wenn die Regierung nichts anderes mehr bildet als einen Ausschuß der Mehrheitsparteien. Wie eine Krähe der anderen die Augen nicht aushackt, so müssen die Mehrheitsparteien jetzt alles vermeiden, was nur ihren Regierungsbeauftragten Schwierigkeiten machen und Wasser auf die Mühlen der Gegner bilden würde. Die Opposition kann aber mit Menschen- und mit

Digitized by Google

Engelzungen reden, sie redet doch nur zum Fenster hinaus und hat auf die Regierung keinen Einfluß. Auch nach dieser Richtung bedarf es eines Organs, das außerhalb der herrschenden Strömung steht und in der Lage ist, die Regierung seine Macht fühlen zu lassen.

Damit ergibt sich die Notwendigkeit einer ersten Kammer gerade unter einem demokratischen Regimente im Interesse der Sicherung der persönlichen Freiheit, wenn nicht alles einem schrankenlosen Despotismus unterliegen soll.

Die Selbständigkeit der ersten Kammer ist aber nur gewährleistet, wenn sie in sich ein eigenes politisches Prinzip verkörpert, das von der in der zweiten Kammer und in der Regierung vermöge der Wahlen zur Herrschaft gelangenden Strömung der öffentlichen Meinung verschieden ist. Nur in der besonderen Art und Weise der Zusammensetzung kann diese Selbständigkeit zur Geltung gebracht werden.

Diese Selbständigkeit war bisher in dem englischen Oberhause wie in den deutschen ersten Kammern auf das glücklichste zur Geltung gebracht, indem man den Resten der alten ständischen Gesellschaft, in Deutschland ergänzt durch die Spitzen des berufsmäßigen Beamtentums, eine besondere Vertretung neben der Wahlkammer gegeben hatte. Es war im wesentlichen das berufsständische Element des feudalen Großgrundbesitzes, das hier in den Formen der älteren ständischen Gesellschaftsordnung kraft erblicher oder lebenslänglicher Berechtigung eine besondere Vertretung genoß.

Diese Sondervertretung der Reste der alten ständischen Gesellschaftsordnung war berechtigt, solange diese Reste noch in einer gewissen Bedeutung die allgemeine staatsbürgerliche Rechtsgleichheit durchbrachen. In diesen Resten der ständischen Gesellschaft erlangte gleichzeitig der Großgrundbesitz eine eigene berufsständische Vertretung. Das war nicht so übel, solange Deutschland ein vorwiegend agrarisches Land war, wobei man freilich bedauern mußte, daß der bäuerliche Kleingrundbesitz in dieser berufsständischen Vertretung unberücksichtigt blieb.

Die Reste der ständischen Gesellschaftsordnung waren aber als berufsständische Vertretung auch lange allein möglich, da im Anschlusse an die Ereignisse der französischen Revolution die älteren sozialen Organisationen zertrümmert und bis auf geringe Reste in einer allgemeinen staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit aufgelöst waren. So hatte die allgemeine Umwälzung zu einer Atomisierung der Gesellschaft in die einzelnen Individuen geführt. Der Höhepunkt dieser individualistischen Entwicklung war ungefähr um das Jahr 1850 erreicht.

Inzwischen ist die Entwicklung nicht still stehen geblieben. Die Reste der ständischen Gesellschaftsordnung sind immer mehr abgestorben. Deutschland ist auch nicht mehr das vorwiegend agrarische Land, das es einst war. Nur die erhaltenen Elemente der ständischen Gesellschaft als Grundlage der berufsständischen Gliederung zu berücksichtigen, würde daher einseitig sein. Auf der anderen Seite ist auch der Höhepunkt der individualistischen Entwicklung längst

Digitized by Google

überwunden. Von unten herauf wurde Organisation das allgemeine Schlagwort für eine neue und reiche soziale Gliederung. Diese sozialen Organisationen sind privatrechtlich, solange sie noch auf der freien Willensentschließung der einzelnen Mitglieder beruhen. Sie werden öffentlich-rechtliche Bildungen, sobald die Mitgliedschaft des einzelnen Berufsgenossen durch staatliches Zwangsgebot begründet wird. Die Entwicklung beginnt gewöhnlich mit der Freiwilligkeit, um in den Zwang überzugehen. In den wieder belebten Zünften und der Zusammenfassung des Kleingewerbes in Handwerkerkammern, in Handelskammern, Landwirtschaftskammern, in Anwalts-, Ärzte- und Apothekerkammern, neuerdings in den Arbeiterräten und in ihrer zukünftigen Zusammenfassung zu Arbeiterkammern haben wir eine neue soziale Gliederung.

Die in den ersten Jahren des Jahrhunderts erfolgten Verfassungsreformen in den süddeutschen Staaten wie auch das elsaß-lothringische Verfassungsgesetz von 1911 tragen daher diesen neuen berufsständischen Gliederungen bereits Rechnung, die Verfassungen der süddeutschen Staaten neben den altständischen Elementen. Bei einer neuen Organisation der ersten Kammer auf berufsständischer Grundlage würde man dermalen die altständischen Elemente ganz beiseite lassen und allein die neuen berufsständischen Organisationen berücksichtigen müssen.

In diesem Zusammenhange gewinnt die vielfach gestellte Forderung Bedeutung, die Arbeiterräte in der Verfassung zu verankern. Dieser Forderung liegt ein berechtigter Gedanke zugrunde, daß nämlich der mechanische Ausdruck des Volkswillens in Gestalt des allgemeinen Stimmrechtes keine befriedigende Vertretung der wirtschaftlichen Interessen darbietet. Diese kann eben nur gegeben werden in besonderen sozialen Interessenvertretungen. Nur darf man dabei nicht an die Arbeiterräte allein denken. Diese sind nur ein einzelnes, wenn auch wichtiges Rad in dem großen sozialen Getriebe. Andere Vertretungen der verschiedenen Unternehmerverbände, der freien Berufe, der Beamten haben genau dasselbe Recht auf Verankerung in der Verfassung wie die Arbeiterräte. Damit kommt man ganz von selbst zu einer berufsständischen ersten Kammer.

Dem könnte man entgegenhalten, daß eine solche überflüssig sei, da ja schon unsere in der Wahlkammer vertretenen politischen Parteien in neuerer Zeit mehr und mehr durch wirtschaftliche Interessen bestimmt sind. In vollem Umfange war das aber eigentlich nur bei der Sozialdemokratie der Fall, welche die Arbeiterinteressen vertrat. Doch geschah das auch seitens anderer Parteien. Und neuerdings ist die Sozialdemokratie nach rein politischen Gesichtspunkten in Mehrheitssozialisten und Unabhängige gespalten. Den Gegensatz zu der rein sozialen Grundlage der Sozialdemokratie bildete das Zentrum, das alle Bevölkerungsschichten, sozialen Gruppen und wirtschaftlichen Interessen vom feudalen Großgrundbesitzer bis zum Industriearbeiter vertrat, sämtlich geeinigt durch das gemeinsame Band der katholischen Kirche.

Digitized by Google

Der soziale Einschlag, den unsere Parteien in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr bekommen hatten, wird aber wesentlich in den Hintergrund treten, wenn vermöge des parlamentarischen Systems die Mehrheitsparteien die Regierung bilden, und die Minderheitsparteien um die Herrschaft ringen. Dann wirkt unwillkürlich der die Regierung bestimmende politische Gesichtspunkt bejahend oder verneinend auch auf die Parteien zurück. Wenn nun in den Parteien die politischen Interessen in den Hintergrund treten, so bedarf es um so mehr ihrer Geltendmachung in einer Körperschaft, welche nicht unmittelbar den Charakter der Regierung bestimmt, aber auf den ganzen Gang der Staatsgeschäfte einen maßgebenden Einfluß ausübt. Dazu ist eine erste Kammer der gegebene Boden.

Wie aber die ersten Kammern, solange sie die Rechte der alten ständischen Gesellschaft in sich schlossen, zur Vermeidung der Einseitigkeit eine Ergänzung finden mußten in den Spitzen des berufsmäßigen Beamtentums, so erscheint es auch nicht wünschenswert, die erste Kammer der Zukunft nur zu einer berufsständischen Vertretung zu machen. Es wird auch hier nach einer Ergänzung durch andere Elemente zu suchen sein.

In erster Linie bietet sich hier das kommunale Element dar. Allerdings wird man auf dieses nicht ohne Bedenken zurückgreifen. Denn die Aufgaben der Gemeinden liegen nicht auf dem Gebiete der allgemeinen Politik, sondern sind vorwiegend wirtschaftspolitischer Natur. Es erscheint daher als ein ungesunder Zustand, wenn die kommunalen Vertretungen nach allgemeinen parteipolitischen Gesichtspunkten gewählt werden. Eine solche ungesunde Politisierung des kommunalen Lebens, welche schließlich den Tod jeder lebensfähigen Selbstverwaltung bedeutet, muß natürlich dadurch befördert werden, daß die kommunalen Vertretungen Einfluß auf die Zusammensetzung einer gesetzgebenden Körperschaft haben. So sind die Bestrebungen auf Gemeindewahlreform in Schweden im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Linke sich die erste Kammer erobern wollte, deren Mitglieder von den Provinziallandtagen und den Gemeindevertretungen der größeren Städte gewählt werden. Aber auf der anderen Seite ist die Politisierung der kommunalen Vertretungen im wesentlichen bereits durch das allgemeine gleiche Wahlrecht erfolgt. In viel höherem Maße wird sie auch nicht stattfinden, wenn die kommunalen Vertretungen an der Bildung der ersten Kammer beteiligt sind. Und dann wird die unmittelbare politische Einwirkung in den höheren kommunalen Verbänden, deren Vertreter von den kleineren Kommunalverbänden gewählt werden und deshalb nicht beständig Rücksicht auf die Wählermassen zu nehmen haben, allmählich abnehmen. Die Bedenken werden also geringer, wenn man die größeren Kommunalverbände als Wahlkörperschaften nimmt. Dazu kämen dann allenfalls noch die größeren Städte, deren Vertretungen ohnehin schon politisiert sind.

Es würde daher wohl keinem Bedenken unterliegen, zu den berufsständischen Mitgliedern in beschränktem Maße Mitglieder hinzutreten zu

Digitized by Google

lassen, die von den Provinziallandtagen und von den Vertretungen der größten Gemeinden gewählt werden. Dieses kommunale Element müßte sich natürlich in so bescheidenen Grenzen halten, daß dadurch der berufsständische Charakter der ersten Kammer nicht wesentlich beeinträchtigt wird.

Endlich wird, um eine gewisse elastische Spannung zu erhalten, auch ein maßvoller Einfluß der Regierung auf die Bildung der ersten Kammer durch Ernennung einer Anzahl von Mitgliedern nicht ganz auszuschalten sein. Dieser Einfluß darf nicht so groß sein, daß die parlamentarische Regierung jederzeit durch einen Pairsschub die erste Kammer ihrem Willen und damit dem Willen der Mehrheit der zweiten Kammer dienstbar machen könnte. Denn dann wäre die erste Kammer ein politisch bedeutungsloses Schaustück. Dieser Einfluß muß aber doch andererseits so groß sein, um den spröden Widerstand einer schwachen Mehrheit gegen den Gang der Staatsgeschäfte überwinden zu können. Selbstverständlich kann es sich nur um einen Numerus clausus von ernannten Mitgliedern handeln. Dieser wird zweckmäßig auf höchstens die Hälfte der gewählten Mitglieder festzusetzen sein.

Man könnte dagegen höchstens das Bedenken haben, daß das parlamentarische Ministerium jedem Mißtrauensbeschlusse der zweiten Kammer weichen muß, während es über seine Amtsdauer hinaus Mitglieder der ersten Kammer bestellt. Allein das parlamentarische Ministerium, das eine feste Mehrheit hinter sich hat, ist doch mehr rechtlich als tatsächlich in bloß prekaristischem Besitze der Ministersessel und in der Regel für die Legislaturperiode gesichert. Und dann gewinnen doch auch die ernannten Mitglieder, wenn sie auch im allgemeinen der Richtung des Ministeriums angehören mögen, mit ihrer Ernennung für ihre weitere parlamentarische Wirksamkeit vom Ministerium verhältnismäßige Unabhängigkeit.

Da es sich nur um ein elastisches Sicherheitsventil handelt, braucht das Ministerium auch von seinem Ernennungsrechte nicht in vollem Umfange Gebrauch zu machen. Es wird in der Regel genügen, wenn die Regierung einige ihrer Vertrauensmänner zu Mitgliedern der ersten Kammer ernennt. Das Machtmittel eines Pairsschubs für außerordentliche Fälle wird um so wirkungsvoller sein, je weniger das Ernennungsrecht der Regierung bereits vorher anderweit erschöpft war. Die Regierung wird nur in Ausnahmefällen genötigt sein, ihr Ernennungsrecht voll auszunutzen.

Im übrigen gehört für eine erste Kammer, die das ständige Element in der Erscheinungen Flucht vertreten soll, eine längere Legislaturperiode, auf welche die Wahl und Ernennung erfolgt, etwa von sechs Jahren mit alle drei Jahre erfolgender Halberneuerung.

Ob man außerdem der Regierung noch ein Auflösungsrecht geben will, kann vorläufig noch als eine offene Frage behandelt werden. Viel Zweck dürfte es nicht haben, da die Regierung die Wahlkörperschaften für die erste Kammer nicht in dem Maße beeinflussen kann wie die öffentliche Meinung.

Digitized by Google

Was aus den gärenden Verfassungsbildungen schließlich herauskommen wird, ruht ja noch in der Zukunft Schoße. Aber so viel dürfte jetzt schon feststehen, daß eine dauernd lebensfähige Organisation der größeren deutschen Einzelstaaten ohne eine erste Kammer nicht möglich ist.

Literarische Berichte

Die internationale Beschränkung der Rüstungen. Von Dr. Hans Wehberg. Geh. M. 21.60, geb. M. 25.60. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Bei den Bemühungen um eine friedliche „Organisation der Welt", die in immer erneuten Ansätzen und Versuchen die letzten Jahrzehnte vor dem Ausbruch des Weltkrieges ausfüllten, bildet die internationale Beschränkung der Rüstungen ein Teilproblem, dem man in gewissem Sinne eine zentrale Stellung innerhalb des ganzen Fragenkomplexes zusprechen darf. Die Wichtigkeit der Sache rechtfertigt also schon an sich die ausführliche Behandlung, die Wehberg, einer der angesehensten und verdientesten Vorkämpfer auf diesem Gebiet, ihr hat zuteil werden lassen. Seine Untersuchungen zerfallen in zwei große Hauptteile, einen geschichtlichen und einen grundsätzlichen. Der geschichtliche Teil schildert zunächst die Anregungen zur Rüstungsbeschränkung, die von privaten Einzelpersonen und Vereinigungen, Friedenskongressen usw. ausgingen, dann die aus Parlamenten hervorgegangenen, sowie die interparlamentarischen Vereinigungen und Zusammenkünfte; endlich die Anregungen, die direkt von den Regierungen ausgingen und deren Mittelpunkt die Haager Konferenzen bilden, die aber auch während des Weltkriegs (Vorschlag des Papstes am 1. August 1917!) fortgesetzt wurden; neben diesen allgemeinen sind partielle Bestrebungen und Abmachungen, zum Teil ins 18. Jahrhundert zurückreichend, ein interessantes historisches Kapitel für sich. — Der grundsätzliche Teil behandelt im ersten Kapitel die Rüstungen im Verhältnis zur Weltorganisation, das zweite Kapitel versucht eine Widerlegung der Bedenken ethischer, wirtschaftlicher, staatsrechtlicher, völkerrechtlicher und technischer Natur, die gegen die Rüstungsbeschränkung erhoben werden; das dritte schildert die verhängnisvolle Rolle, die der Verfasser speziell der Rüstungsindustrie zuschreibt, und die letzten Kapitel beschäftigen sich mit den Vorschlägen zur Rüstungsbeschränkung, mit ihrer internationalen Kontrolle und Garantie und endlich mit den Beschränkungen, die das Ende des Weltkriegs bringen könnte. Ein Anhang enthält im Wortlaut die wichtigsten Beschlüsse und Kundgebungen, sowie den Entwurf Dr. Quiddes zu einem internationalen Vertrag über Rüstungsstillstand. Man sieht: eine gewaltige Menge Stoff ist in dem Buch zusammengetragen, das künftighin eine unentbehrliche Quelle für jeden bilden wird, der sich mit dem Abrüstungsproblem befassen will.

Aus den Jahren. Gedichte von Otto Linck. Tübingen, Kloeres. M. 1.50.

Der Verfasser dieser Sammlung, ein junger Forstmann, stand als Leutnant im Felde. Darauf weist der erste Abschnitt seiner Gedichte hin: „Vom großen Krieg." An diesen schließen sich noch zwei andere Abteilungen an: „Von Leben und Land" und „Von Tag und Tanz". Linck hat ohne Zweifel dichterische Begabung; das verrät manches seiner Gedichte, und man darf wohl von ihm noch Größeres erwarten, wenn der Sturm und Drang seiner Jugend, der in den Dichtungen öfters zum Ausdruck kommt, verbraust ist und an seine Stelle eine geläutertere Kunstanschauung getreten ist. Als besonders gelungen bezeichnen wir unter anderen die Gedichte: Vorfrühling im Schwarzwald, Wanderung, Wintergang, Soldatenlied, Reitertod. Darin steckt echte Poesie. E. M.

Wie gewinnen wir unser Volk für gute Literatur? Von Friedrich Wilhelm Brepohl. Bad Nassau-Lahn, Zentralstelle zur Verbreitung guter deutscher Literatur. M. 1.25.

Zweierlei charakterisiert diese wertvolle Schrift: sie überspringt erstens die Theorie und geht frischweg in die Praxis, und sie rückt zweitens dem wichtigen Problem gleich fast von allen nur denkbaren Seiten zu Leibe. Beides war nur dadurch möglich, daß das Werkchen aus der Feder eines Mannes stammt, der Gelegenheit hatte, große und tiefe Erfahrungen zu sammeln und Beobachtungen zu machen: noch zuletzt ist Brepohl Leiter der geistigen Versorgung der deutschen Kriegsgefangenen gewesen.

Hans Zimmer.

Digitized by Google

Erzählungen und Novellen von Iwan Wasow. Bibliothek bulgarischer Schriftsteller und Dichter, herausgegeben von M. Tichow und A. Doritsch. Band 1. Sofia—Leipzig, Verlag Iwan H. Nikoloff. 154 S. M. 2.40.

Es lohnt sich in doppelter Weise, diese Erzählungen zu lesen. Man lernt einen Dichter von geistigem Gehalt und feiner künstlerischer Stimmung kennen und wird zugleich in ausgeprägt bulgarisches Volkstum eingeführt. Die Landschaft und die Menschen, vor allem die der unteren Schichten, werden eindrucksvoll gezeichnet, die Freiheitskämpfe der Bulgaren mit kraftvoller Eigenart dichterisch gestaltet. Wasow, heute fast siebzigjährig, hat selbst an diesen Kämpfen teilgenommen, auch später noch eine bedeutende Rolle im öffentlichen Leben seines Landes gespielt und gilt, von seinem Volke hochgeehrt, als Altmeister der bulgarischen Sprache und Literatur.

H. Brömse.

Heinrich von Kleist, der Dichter des Preußentums. Von Max Fischer. Stuttgart und Berlin, J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachf.

Die vorliegende Schrift ist eine sorgfältige Studie über Kleist, vor allem nach seiner patriotischen Seite hin; sie beschränkt sich aber nicht auf den „Preußen" Kleist, sie befaßt sich überhaupt mit seiner dichterischen Tätigkeit, ohne sie freilich zu erschöpfen. Auch verschiedene Probleme der Kleistforschung sind darin behandelt. Vor allem jedoch ist an der Schrift zu loben, daß sie Kleists Verdienste als Vorkämpfer für Preußens und Deutschlands Ehre und Macht hervorhebt. Dr. Ernst Müller.

Der Aufbau. Eine Reihe von Flugschriften, herausgegeben von Conrad Haußmann. Heft 4: **Zukunftsaufgaben der Technik.** Von Conrad Matschoß. Heft 5: **Die Bodenreform.** Der Weg zur sozialen Versöhnung. Von Adolf Damaschke. Heft 6: **Die neuen Aufgaben der Baukunst.** Von Walter Curt Behrendt. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Preis jedes Heftes M. 1.—.

Über die Fülle der Aufgaben, die der Technik nach Kriegsende erwachsen, gibt einer ihrer anerkanntesten und berufensten Führer in Heft 4 der neuen Flugschriftenreihe eine gedrängte Übersicht, die auch dem Nichtfachmann reiche Anregung und vielfache Aufklärung bringen wird. Der Verfasser gliedert sein Thema nach den drei Gegenständen, mit denen es die Technik zu tun hat, indem er die Energiewirtschaft, die Stoffwirtschaft und die Menschenwirtschaft bespricht. Hervorgehoben sei hier besonders der Abschnitt „Menschenwirtschaft", der bedeutsame Winke für die auf ganz neue Grundlagen zu stellende Ausbildung der wissenschaftlichen Techniker und der technischen Handarbeiter gibt. Wenn die einstige Arbeitsfreudigkeit des deutschen Volkes je wieder in normaler Weise erwacht — hier findet sie lohnende Ziele aufgestellt und gangbare Wege vorgezeichnet. — „Heute heißt die große Wahl unseres Volkes: Bodenreform oder Bolschewismus?" Jeder wird die Wahrheit dieses zunächst vielleicht manchem noch paradox oder übertrieben klingenden Wortes begreifen, wenn er die kleine Schrift Adolf Damaschkes, des Führers der deutschen Bodenreformbewegung, liest. Es zeigt sich hier wieder einmal, daß die Forderungen der gebieterischen praktischen Notwendigkeit und der höchsten idealen Sittlichkeit im Grunde ein und demselben Ziel zustreben. Dieses Ziel heißt auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit: Bodenreform. Indem die Bodenreform — das zeigt Damaschke in wahrhaft genialer Beredsamkeit — den einzigen gerechten und möglichen Ausgleich zwischen Individualismus und Sozialismus ermöglicht, wird sie sich als das beste Abwehr- und Heilmittel gegen die wahnwitzigen Irrlehren des bolschewistischen Kommunismus erweisen. — Die deutsche Architektur teilt das Schicksal all unserer nationalen Tätigkeit, sich angesichts des äußeren und inneren Zusammenbruchs unseres Volkes vor fast unüberwindliche Schwierigkeiten gestellt zu sehen. Die Wohnungsnot fordert ein Bauschaffen von der äußersten Intensität; und dabei machen Materialnot, Höhe der Preise und Löhne auch eine ganz bescheidene Bautätigkeit fast unmöglich. Da bedarf es der stärksten Zusammenfassung des Willens, einer aufs feinste geschärften Einsicht in Umfang und Grenzen des Nötigen und Möglichen, einer engen Verbindung nüchternen, praktischen Sinnes mit unerschrockenem Idealismus. Wie diese Forderungen zu erfüllen sind, das deutet in großen Zügen die vorliegende Schrift eines der Besten und Besonnensten unserer jüngeren Architektengeneration an. — Architekten und Laien werden Anregung und Belehrung finden in der kleinen Schrift Behrendts, die, von dem einzig berechtigten Optimismus, den Optimismus unerschrockener Schaffensfreudigkeit, durchdrungen, diesen auch in der Seele des Lesers zu wecken vermag.

Digitized by Google

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Bielschowsky, A., Prof. Dr., Beiträge zum Blindenbildungswesen. Heft 1. Zugleich erster Jahresbericht der Hochschulboheme, Studienanstalt und Beratungsstelle für blinde Akademiker e. V. Berlin, Verlag Julius Springer.

Bobertag, Otto, Mandevilles Bienenfabel. (Bibliothek der Philosophen. Geleitet von Fritz Mauthner. 15. Band.) München, Verlag Georg Müller.

Brepohl, Friedrich Wilhelm, Wie gewinnen wir unser Volk für gute Literatur? Ein Werbe- und Mahnruf für alle, die unser deutsches Volk lieben. Bad Nassau, Zentralstelle zur Verbreitung guter deutscher Literatur. M. 1.25.

Bücher, Karl Dr., ord. Professor der Nationalökonomie an der Universität Leipzig, Die Sozialisierung. Vortrag. Tübingen, H. Lauppsche Buchhandlung. Geh. M. 2.60.

Bülow, J. v., Heinrich Seifferts Ende. Köln, Verlag Heinrich J. Gonski. Geb. M. 4.50.

Cardauns, Hermann Dr., Aus Luise Hensels Jugendzeit. Neue Briefe und Gedichte. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. Kart. M. 4.—.

Dörfler, Peter, Das Geheimnis des Fisches. Eine frühchristliche Erzählung. Freiburg i. B., Herdersche Verlagshandlung. Kart. M. 1.50.

D. W. B., Mitteilungen des Deutschen Werkbundes. Deutscher Werkbund. Jährlich 6 Hefte à M. 6.—, 1918, Nr. 3. Berlin W 35, Selbstverlag des D. W. B.

Fick, F., Dr. (Küßnacht-Zürich), Deutsche Demokratie. München, J. F. Lehmanns Verlag. M. 2.—.

Finckh, Ludwig, Wiederaufbau (Band 96 der „Zeitbücher"). Konstanz i. B., Verlag Reuß & Itta. Kart. 90 Pf.

Hodohm, Dr. Martin, Wir brauchen Kolonien. Berlin W 15, Verlag Hans Robert Engelmann. 40 Pf.

Houben, H. H., Hier Zensur — wer dort? Leipzig, F. A. Brockhaus. Geh. M. 3.60, geb. M. 5.—.

Jünger, Karl, Katholisch-sozialistische Mittelstandsbewegung. Bonn a. Rhein, Verlag Albert Falkenroth. M. 2.—.

Kuhnert, Wilhelm, Im Lande meiner Modelle. Mit 24 Steinzeichnungen, 8 farbigen Tafeln nach Gemälden des Verfassers und zahlreichen Federzeichnungen. Leipzig, Verlag von Klinkhardt & Biermann. Geb. M. 30.—.

Püttmann, Eduard Oskar, Der Spiegel. Novellen und Skizzen. Weimar, Wolf v. Kornatzki-Verlag. M. 6.—.

Sonnenthal-Scherer, Maria, Ein Frauenschicksal im Kriege. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen einer Schwester. Berlin, Verlag Ullstein & Co. Geh. M. 3.50, geb. M. 5.50.

Spengler, Wilhelm, Sechs aus einem Dorf. Neue Kriegserlebnisse. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. Kart. M. 3.80.

Wissenschaftliche Vorträge, gehalten auf Veranlassung Seiner Exzellenz des Herrn Generalgouverneurs Generaloberſten Hans v. Beseler in Warschau in den Kriegsjahren 1916/17. (Herausgegeben von Professor Dr. Wilhelm Paszkowski.) Berlin, Weidmannsche Buchhandlung. M. 8.—.

Wissenschaft und Bildung. Einzeldarstellungen aus allen Gebieten des Wissens. Bd. 148. Prof. Dr. Otto Lauffer, Deutsche Altertümer im Rahmen deutscher Sitte. Eine Einführung in die deutsche Altertumswissenschaft. Leipzig, Quelle & Meyer. Geb. M. 1.50.

Zimmer, Hans, Dr. Theodor Körners Braut. Ein Lebens- und Charakterbild Antonin Adambergers. Mit 11 Bildnissen und einer Handschriftprobe. Stuttgart, Verlag Greiner & Pfeiffer. Geb. M. 7.50.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Übersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

THIS BOOK IS DUE ON THE LAST DATE STAMPED BELOW

AN INITIAL FINE OF 25 CENTS
WILL BE ASSESSED FOR FAILURE TO RETURN THIS BOOK ON THE DATE DUE. THE PENALTY WILL INCREASE TO 50 CENTS ON THE FOURTH DAY AND TO $1.00 ON THE SEVENTH DAY OVERDUE.

AUG 10 1938

ICLF (N)

JUN 22 1978

REC. CIR. JAN 6 '78

NOV 5 1978

REC. CIR. MAY 5 '79

LD 21-95m-7,'37

Digitized by Google

YD 07261

AP
30
D4
V.44:1-2
413314
Deutsche

Digitized by Google